BIBLIOTHEK
390.902 C
ALT-

8.0.62.A.69.

390902

~~4256 C.~~

Vaterländische

BILDER-CHRONIK

aus der

Geschichte des österreichischen Kaiserstaates.

Von seinen

ältesten Bewohnern bis auf die gegenwärtige Zeit.

Nach den besten Hilfsquellen

bearbeitet

und mit Original-Zeichnungen ausgestattet

von

Anton Ziegler.

Die neueste Zeit

in Verbindung mit den Ereignissen in den

Nachbar-Staaten.

Wien.

Auf Kosten des Verfassers und Herausgebers.

Da es Vielen sehr schwer wird, den großen Ereignissen, die im Sturmschritte über die Weltbühne gehen, in ihrer wahren Sachlage zu folgen, und auch Viele nicht immer Zeit und Gelegenheit haben, die mit täglichen Ereignissen oft sehr reichhaltigen Zeitungen zu lesen, so werden hier dem wißbegierigen Forscher alle diejenigen Begebenheiten, welche sich in neuester Zeit zugetragen haben, und mit der Geschichte Oesterreichs in enger Verbindung stehen, in einer leicht faßlichen Sprache und möglichst gedrängter Kürze vorgetragen; und es wird gewiß Jeder, der über die oft und vielfach falsch dargestellten Ereignisse und politischen Volksbewegungen sich näher unterrichten will, eine vollkommen befriedigende Aufklärung finden.

Gedruckt bei Anton Benko.

Die denkwürdigen Tage in Paris.

Im Monate Februar 1848.

Um die jüngsten Ereignisse in Frankreich vollständig zu begreifen, wäre wohl eine Entwicklung des Charakters und der Geschichte des französischen Volkes seit dem Jahre 1789, nämlich seit der blutigen Revolution, in welcher König Ludwig XVI. unter der Guillotine fiel, besonders aber eine genaue Darstellung der Regierung Ludwig Philipps, seit seiner Thronbesteigung nothwendig.

Indessen soll aber diese Darstellung, die von einem weit größeren Interesse für die Neuzeit ist, auf die näherliegenden Umstände beschränkt bleiben, welche einen tief gehenden Zwiespalt zwischen dem französischen Volke und der Regierung herbeiführten, diesen Zwiespalt unheilbar machten, und endlich den Sturz des königlichen Thrones bewirkten.

Ludwig Philipp hatte, als ihm die Königskrone von Frankreich übertragen wurde, versprochen, den Thron mit republikanischen Einrichtungen zu umgeben; allein, schon die geringen Abänderungen, welche mit der Charte, nämlich dem Verfassungsgesetz von Frankreich vorgenommen wurden, täuschten die Erwartungen des Volkes.

Die unermeßliche Mehrzahl der Nation blieb von aller Theilnahme an der Gesetzgebung ausgeschlossen; — alle Anordnungen in Betreff der innern Verwaltung, des Handels, der Gewerbe und Finanzen hatten ausschließlich nur die Wohlfahrt einer begünstigten geringen Minderzahl zum Zwecke, während die große Masse des Volkes in Noth und Elend schmachtete; denn der König selbst hatte nur die festere Begründung seiner Herrschaft, so wie die Sicherung derselben für seine Nachkommen im Auge.

Die Anerkennung seiner Regierung von Seite der fremden Mächte, die mit ihnen geschlossenen Bündnisse und geheimen Verträge, die zu Stande gebrachten Familien-Verbindungen, die Vermehrung seines Hausgutes und Privatvermögens, die Ausdehnung der Regierungs- und die gleichmäßige Beschränkung der Volksrechte, dienten alle nur zu demselben Zwecke und zu den eigenthümlichen Absichten.

Mit den Einkünften des Landes wurde unverantwortlich geschaltet. So stiegen z. B. die Steuern, welche zur Kaiserzeit, nämlich unter Napoleon jährlich 600 Millionen Franken betrugen, unter den ältern Bourbonen über 1000 Millionen einrugen, während der Regierung Ludwig Philipps zuletzt auf 1700 Millionen, und dennoch wurde die große Schuldenlast des Landes um mehr als 2000 Millionen Franken vermehrt; ohne daß mit solchen ungeheuren Geldmitteln etwas wesentliches geleistet worden wäre.

Das Heer kostete große Geldsummen, und dennoch fehlte es an seiner vollständigen Ausrüstung, auch erfüllte es nicht den Zweck, das Ansehen und die Würde der Nation zu vermehren. Die Seemacht oder Marine brauchte immer mehr, ohne dennoch auf einen achtungsgebiethenden Fuß gebracht zu werden. Der Bau von Eisenbahnen wurde weniger eifrig als in andern Ländern betrieben, und das Mark des Landes schien nur dazu bestimmt, in Bestechungen und andern derlei Ausgaben verschleudert zu werden.

Der Wille des Königs war der leitende Gedanke der Regierung; die Minister wurden je länger je mehr seine bloßen Diener; die auswärtige Politik war sowohl dem Vortheil als den Neigungen des Volkes entgegen. Sie zerrieb wegen der Heirath des Herzogs von Montpensier mit einer spanischen Prinzessin und wegen der Hoffnung, den Nachkommen dieses Paares den Thron in Spanien zu verschaffen, das nützlichere Bedürfniß mit England, um sich den nordischen Mächten zuzuneigen, und aus Gefälligkeit für diese den Freiheitsbestrebungen in Polen, Italien und der Schweiz entgegen zu wirken.

Das unwidersprechlichste Zeugniß, daß die Regierung völlig unvolksthümlich war, ging wohl daraus hervor, daß sie nirgens in der Nation eine dauernde, kräftige Zuneigung für sich zu erwecken im Stande war.

Den alten Adel, welcher dem gestürzten Herrscherstamme zugethan war, wußte sie nicht zu versöhnen und zu sich herüber zu ziehen. Das Heer, welches in einer ruhmlosen Unthätigkeit nur aufgerufen wurde, durch ein drohendes Auftreten dem dynastischen Interesse, eigentlich der Herrscher-Familie, des Orlean'schen Hauses zu dienen, in Algier durch einen künstlich verlängerten Krieg hingeschlachtet zu werden, oder seine Waffen gegen das mißvergnügte Volk zu gebrauchen, verglich grollend seine Erinnerungen mit seinem jetzigen Zustande; die katholische Priesterschaft wurde zwar geschmeichelt und unterstützt, aber von Allem ferne gehalten, was sie als die Grundlage ihrer Kirche betrachtete.

Daß die große Masse des Volkes, gewißhandelt, wie sie war, die bitterste Stimmung in ihrem Innern trug, ist unter allen diesen Umständen nicht

anders zu erwarten; aber auch die wohlhabenden Mittelklassen blickten mit Besorgniß auf eine Macht, welche sich selbst zerstörte.

Diesen Schooßkindern der Juli-Herrschaft wurde ängstlich auf diesem unterhöhlten Boden, der mit jedem Augenblick unter ihren Füßen einzustürzen drohte.

Als sie die Regierung unaufhaltsam auf diesem falschen Wege fortrollen sahen, wendeten auch sie unwillig sich von den verblendeten Lenkern ihrer Schicksale ab, und selbst die nähern Umgebungen des Throns, die Militär-Befehlshaber und Beamten sahen ein, daß sie zu schwach sind, eine Macht zu stützen, die sich selbst vernichtete, und zogen zuletzt ihre Hände schen zurück, so, daß der auf einmal von allen Stützen beraubte Thron, wie ein Kartenhaus zerfiel.

An gutgemeinten Ermahnungen hatte es wahrlich nicht gefehlt, am wenigsten an den ernsthaftesten.

So hatte das Volk in zahllosen Aufständen seinen Unwillen kund gegeben, worunter die von Lyon am 21. November 1831, die Unruhen des folgenden Jahres in der Vendée, die Kämpfe der Republikaner in Paris am 6. Juni 1832, der wiederholte Ausbruch zu Lyon am 9. April 1834, dem bald der Aufstand am Thore St. Martin und in der Straße Transnonain in Paris folgte, — die gefahrdrohendsten waren.

Blutig unterdrückt, richtete sich der Haß Einzelner, wie wohl ein geheimer Bund bestehen mochte, gegen die Person des Königs, dessen Leben auf eine verwerfliche Weise sieben Mal, aber immer vergeblich, durch den Meuchelmord bedroht wurde, und zuletzt sein Daseyn schon so unsicher machte, daß er mehr ein Staatsgefangener in seinem eigenen Palast wurde, als daß er der geehrte Herrscher eines großen Volkes gewesen wäre.

Die im September 1835 von den Kammern erwirkten Gesetze, beschränkten die Presse, entkräfteten das Geschwornengericht, lähmten die Thätigkeit der geheimen Gesellschaften, und auch das freie Versammlungsrecht wurde beanständet. Dadurch wurde jetzt das Mißbehagen immer allgemeiner, und durchdrang zuletzt den ganzen Staatskörper, während die Wenigen, welche einen solchen beschränkenden Zustand erträglich fanden, von dem Volke nur verspottet und verachtet wurden.

Den Grund zu diesen vielseitigen Uebelständen suchte man in dem Wahlgesetz, nach welchem nur Derjenige wählberechtigt war, welcher 300 Franken, und Derjenige nur wählbar war, welcher 500 Franken jährlich an unmittelbaren Staatsabgaben oder Steuern entrichtete.

Zu der ersteren Klasse gehörten in Frankreich nur ungefähr 300,000 Menschen, und die Zahl der Letztern, war ganz natürlich noch weit geringer.

Das Recht der Gesetzgebung war daher ausschließlich den Händen einer kleinen Minderheit der Nation überlassen, welche dadurch die Macht erhielt, alle Anordnungen so zu treffen und einzuleiten, wie sie dem Vortheile der besitzenden und wohlhabenden Klassen am Besten zu seyn schienen.

Man nannte diese Klasse der Wähler spottweise pays legal, das allein berechtigte Land — und auf diesem Boden führte der Juli-Thron das Gebäude seiner Macht auf.

Durch Bestechungen jeder Art — nämlich durch Vertheilung von Aemtern, Titeln, Orden, Berechtigungen, Ruhegehalten oder Pensionen, und noch mehr dergleichen Mittel, welche die Macht dazu in Händen hatte, — wurde auf die Wahlen eingewirkt, um, wenn sich auch nicht alle unabhängigen Stimmen erkaufen ließen, doch wenigstens immer eine genügende Mehrzahl in die Kammer der Abgeordneten zu bringen, welche sich zu einem willfährigen Werkzeuge der Regierung gebrauchen ließ.

Ja man ließ sogar diese Männer die Vortheile mit genießen, welche die Stellung der Regierung dazu bot, und wie schamlos diese benutzt wurde, geht daraus hervor, daß man selbst den König und seine Minister beschuldigte, sie hätten die durch die Telegraphen ihnen zuerst zugekommenen Nachrichten zu Gelspekulationen an der Börse mißbraucht.

Die dadurch entstandene Verderbtheit ergriff jetzt alle Säfte des Staats — eine allgemeine Bestechlichkeit und Verkäuflichkeit entsittlichte alle Gemüther, und Thatsachen, wie solche in dem Prozeß gegen den gewesenen Minister und nachmaligen Gerichts-Präsidenten Teste und den General Cubières zum Vorschein kamen, — welche die ganze Korruption oder Verdorbenheit in der Verwaltung aufdeckten — waren nur abgerissene Glieder einer Kette, deren Ende sich nicht absehen ließ.

Alle besser gesinnten Männer trachteten daher dieses Uebel an der Wurzel anzugreifen, das Wahlgesetz zu ändern, und sowohl eine geringere Steuersumme, nämlich einen Census für die Wahlberechtigung festzusetzen, als auch ohne Rücksicht auf Geldbesitz, solche Männer für zulässig oder kompatibel zur Theilnahme an der Gesetzgebung zu erklären, welche durch Wissenschaft und Talent dazu befähigt wären; dagegen aber diejenigen davon auszuschließen, welche durch ihr Verhältniß zur Regierung als unverträglich mit den Verrichtungen eines Volksvertreters angesehen wurden; mithin abhängige Beamte.

Dieser Streit über die sogenannten Kompatibilitäten, nämlich die Zulässigen, und Inkompatibilitäten oder Unverträglichen, hatte bereits Jahre lang gedauert, ohne zum Ziele zu führen.

Die Regierung widersetzte sich hartnäckig jeder Abänderung des Wahlgesetzes, welche ihren Einfluß schmälern konnte, und die von ihr erkaufte Kammermehrheit stand ihr in diesem Kampfe auch treu zur Seite. Es blieb daher den Männern des Volkes nichts anderes übrig, als sich in dieser Sache an die Wähler selbst zu wenden, ihnen die Nachtheile dieser fehlerhaften Einrichtung klar und deutlich vor Augen zu legen, ihnen die unvermeidlichen Folgen zu entziffern, welche dasselbe für sie selbst und den Frieden des Landes herbeiführen müsse, sie dahin zu bringen, durch die Absendung einsichtsvoller, unabhängiger Männer in die Kammer, die bisherige Mehrheit zu sprengen und auf diese Weise einen bessern Weg anzubahnen.

Für diesen Zweck wirkte zwar die Presse, aber noch vollständiger sollte er durch Volksversammlungen

errichtet werden, weil das mündlich gesprochene Wort lebendiger eindringt; — durch Rede und Gegenrede, Zwiefel und Mißverſtändniſſe beſeitigt werden können, und der Meinungs-Ausdruck zahlreicher Verſammlungen, einen Eindruck hervorruft, von dem man glauben dürfte, daß er die Regierung warnen, und ſie vor der Stimme des Landes ſo wie von der ſo eigenſinnig behaupteten Stelle zurück weichen würde.

In dieſer Abſicht veranſtalteten nun die Glieder der Kammer-Oppoſition im Jahre 1847 nach einander folgend, in ſiebenzig größern Städten ſogenannte Reform-Gaſtmale oder Bankets, in welchen über die zu treffenden Umgeſtaltungen des Wahlgeſetzes und die Nothwendigkeit einer Veränderung des Miniſteriums Rückſprache genommen wurde.

Die Regierung wagte es nicht, dagegen einzuſchreiten, weil hier nicht eine allgemeine Volksaufregung Statt fand.

Die Männer, mit, und zu denen man ſprach, waren ja eben die Bevorrechteten, in deren Händen zugleich das Schickſal der Regierung lag, auch durfte ſie diejenigen nicht reizen, welche durch ihre Wahlſtimmen über das beſtehende Geſetz abzuurtheilen hatten.

Aber mit Haß und Erbitterung betrachtete dagegen die Regierung diejenigen Männer, durch welche ſie hier an dem eigentlichen Nerv ihres Lebens angegriffen wurde, und König Ludwig Philipp war leidenſchaftlich genug, die Empfindungen laut zu äußern, als er am 28. Dezember 1847 die Sitzungen der Kammern mit einer Thronrede eröffnete, worin er aller dringenden Ermahnungen ſeines erſten Miniſters Guizot ungeachtet *), das Treiben der Oppoſition, nämlich der Gegen- oder Widerſpruchs-Parthei, als das Werk feindſeliger und blinder Leidenſchaften bezeichnete.

Der Paragraph dieſer Thronrede des Königs lautete nämlich wie hier folgt:

»Meine Herren! Je weiter ich im Leben vorrücke, deſto eifriger widme ich, was mir Gott an Kraft und Thätigkeit verliehen hat und noch verleihen wird, dem Dienſte Frankreichs, der Obhut ſeiner Intereſſen, ſeiner Würde und Wohlfahrt.

Bei der Aufregung, welche feindſelige oder blinde Leidenſchaften anfachen, beſeelt und ſtärkt auch meine Ueberzeugung: nämlich die, daß wir in der konſtitutionellen Monarchie, in der Einigkeit der dohrn Staatsgewalten, die ſichern Mittel beſitzen, jene Hinderniſſe alle wegzuräumen und den moraliſchen und materiellen Intereſſen unſers lieben Vaterlandes Genüge zu leiſten.

*) Gegen die ſchüchternen Bedenklichkeiten, welche die Miniſter wegen der Reformbankette äußerten, antwortete ihnen Ludwig Philipp im Miniſterrathe: »Gehen Sie doch, meine Herren. Ihr es denn an mir. Ihnen Muth einzuſprechen? Glauben Sie, es ſey ſo leicht eine Regierung umzuſtoßen, an deren Begründung Mir 17 Jahre lang gearbeitet haben? Die Eidechſen und Kadaten einiger ehrgeiziger Wirr- und Strudelköpfe werden an unſerer Feſtigkeit zerſchellen.«

Ebenſo wurden die verhängnißvollen Worte in der Antwort oder Adreſſe der Kammer an den König wiederholt, wie hier folgt:

»Sire! Indem Sie ſich dem Dienſte unſers Vaterlandes mit einem Muthe widmen, den nichts, ſelbſt die alleremphndlichſten Schläge des Schickſals niederzubeugen vermögen, nachdem ſie Ihr und Ihrer Kinder Leben der Obhut unſerer Intereſſen, unſerer Würde und Wohlfahrt weihen, befeſtigen Sie immer mehr das Gebäude, das wir Ihnen aufgerichtet haben.

Zählen Sie auf unſern Beiſtand, wenn es gilt zu ſeiner Vertheidigung mitzuwirken. Die Aufregungen, welche feindſelige Leidenſchaften oder blinde Gelüſte anſtiften, werden ſich legen vor der durch unſere freien Verhandlungen aufgeklärten Vernunft und vor dem Ausſpruche aller in einer konſtitutionellen Monarchie zuläſſigen Meinungen.

Die Einigkeit der hohen Staatsgewalten räumt alle Hinderniſſe weg, und geſtattet allen moraliſchen und materiellen Intereſſen des Landes Genüge zu leiſten.«

Man kann wohl behaupten, daß es dieſe beiden Wörter feindſelig und blinde Leidenſchaft waren, welche ihn vom Throne ſtürzten; denn durch dieſe beiden Wörter wurde eine große Anzahl von Männern, welche das Land mit den Aufträge abgeordnet hatte, die Angelegenheiten des Staates zu berathen, vom Throne herab öffentlich gebrandmarkt, und überdies das Recht der Bürger, ſich über die Handlungen der Regierung in Verſammlungen auszuſprechen, beſtritten.

Der aufgeworfene Streit mußte alſo durchgekämpft werdrn, und die Angegriffenen erklärten unverweilt, daß ihnen, wenn die Regierung ſich auf eine Zurücknahme dieſer verletzenden Aeußerung nicht einlaſſen, und die Mehrheit der Kammer dieſelbe gut heißen werde, nichts weiter als eine Berufung an das Volk übrig bleibe.

In der Hauptſtadt Paris ſelbſt unter den Augen der Regierung und der Kammern, wollten ſie jetzt ein Reformbankett veranſtalten — zu der Theilnahme an demſelben die Wähler von Paris, die Nationalgarde, alle aufgeklärten Bürger, Abgeordnete aus allen Theilen Frankreichs berufen, und die Stimme dieſer zahlreichen Verſammlung ſollte der Regierung und der Mehrheit der Kammern ſagen, ob der bisherige Vorgang, oder daßjenige, was bereits geſchehen iſt, im Einklange mit den Wünſchen und den Bedürfniſſen des Landes ſtehe.

Ein unerwarteter Umſtand ſchien aber jetzt der Regierung wieder neue Zuverſicht und neue Kraft zu geben; Abdel-Kader nämlich, der ſo lange Zeit erfolglos bekämpfte Feind von Frankreich in Algier, hatte ſich auf marokkaniſchen Boden gedrängt, und dort von den Truppen des Kaiſers Abder Rhaman's beſiegt, am 24. Dezember den Franzoſen ſich ergeben.

Zugleich mit dieſer Nachricht traf der gefangene Emir am 29. Dezember 1847 in Toulon ein; allein das mit ihm getroffene Abkommen, nach welchem demſelben freigeſtellt worden iſt, ſeinen Aufenthalt in

Mekka oder Aegypten zu wählen, schwächte das Günstige dieses Erfolges, und brachte der Regierung von Frankreich neue Verlegenheiten.

Wie die Eroberung von Algier dem Sturze Karl des X. Königs von Frankreich *) vorausgegangen war, so erschien auch Abdel-Kader nur wie ein Vorbothe des Schicksals, welcher den Sturz des Königs Ludwig Philipps verkündete.

Dazu kam noch, daß die Prinzessin Adelaide, die treue schwesterliche Begleiterin Ludwig Philipps, seit 40 Jahren die Seele seines Kabinets, ohne deren Beirath er keinen wichtigen Entschluß faßte, am letzten Tage des Monats Dezember mit Tod abging.

Hätte jetzt, wie erwartet wurde, Ludwig Philipp diese Gelegenheit ergriffen, seine Krone niederzulegen, so würden die Ereignisse sich anders gestaltet haben; aber er fürchtete eine Regentschaft des vom Volke nicht geliebten Herzogs von Nemours, und auch der Minister-Präsident Guizot mag wohl in einem solchen Falle für seine Stelle besorgt gewesen seyn; und so trieb eine unsichtbare Macht beide Staatsmänner ihr Verhängniß zu erfüllen.

Die Verhandlungen in den Kammern nahmen jetzt eine für die Regierung sehr ungünstige Wendung, und selbst in der Versammlung der Pairs, dieser von jeher so geschmeidigen Diener der königlichen Macht, erfuhr die Politik der Regierung in Italien großen Tadel.

Nicht nur, daß die alten Widersacher Ludwig Philipps, nämlich der Marquise Boissy d'Anglas und der Graf d'Alton Shee sich mit der schonungslosesten Heftigkeit äußerten, sondern auch besonnene Männer, wie z. B. Graf Montalembert, Victor Hugo, Cousin, Mesnard und Andere sprachen sich mißbilligend über das Verhalten von Frankreich gegen den Papst Pius dem IX. und die Reformbestrebungen im Königreich Sardinien so wie in Toskana aus, und der Austruck dieser Gesinnungen ward auch in die Adresse auf die Thronrede niedergelegt, welche übrigens in allen Punkten der herkömmliche treue Wiederhall der königlichen Ansprache blieb.

Heftiger aber noch war dagegen der Streit in der Kammer der Abgeordneten, wo fast alle Männer von Talent und Beredsamkeit sich in der Opposition befanden, während die ganze Last der Vertheidigung des Ministeriums beinahe einzig und allein auf den Schultern des Minister-Präsidenten Guizot lag, dessen Lage noch durch Kränklichkeit erschwert wurde. Dieser Mann konnte auch nur auf die Unterstützung des Ministers des Innern, den Grafen Duchatel und den Justizminister Hebert rechnen, da die übrigen Glieder des Kabinets auf der Rednerbühne ganz unbedeutend waren, dagegen aber ihnen Odilon Barrot, Thiers, Lamartine, Dupont de l'Eure, Ledru Rollin, Garnier Pagès, Arago, Cremieux, Lasteyrie, Leon von Malleville, Carnot, Duvergier d'Hauranne, Leon Faucher, Mauguin und andere Männer kannten, deren Einsicht, die Gabe blühender Rede, Entschlossenheit und Begeisterung im höchsten Grade eigenthümlich waren.

Zu den bereits vorhandenen Waffen gegen das Ministerium kam jetzt noch eine neue, und zwar eine sehr schwer verletzende Waffe hinzu.

Der Steuer-Einnehmer Petit zu Corbeille, war nämlich beschuldigt worden, daß er sein Amt nur den sittenlosen Gefälligkeiten seiner Frau zu verdanken habe; er hatte aber, zur Rettung seiner Ehre öffentlich bekannt gemacht, daß er sein Amt erkauft habe, und dieser verzweigte, seit mehreren Jahren her getriebene Handel durch den Minister-Präsidenten Guizot, und dessen Kabinets-Sekretär, dem vormaligen Finanzminister geleitet worden sey.

Dieser Schlag traf den Minister-Präsidenten Guizot hart, denn dadurch wurde selbst sein Privat-Charakter, der bisher noch immer in Achtung gestanden war, hart angegriffen.

Odilon Barrot forderte nun am 21. Jänner 1848 die Erledigung dieser Frage der Sittlichkeit und Rechtschaffenheit über die alle redlichen Männer übereinstimmend denken, bevor man andere Gegenstände berühre, und über welche eine so große Meinungsverschiedenheit herrsche.

Das Ministerium gestand jetzt zu, daß solcher Aemterhandel bisher eine gewöhnliche Sache gewesen sey, legte aber, um diesen Mißbrauch für die Folge zu unterdrücken, einen Gesetz-Entwurf vor.

Uebrigens waren aber die Erläuterungen und Aufklärungen, welche Guizot in dieser fatalen Sache gab, sehr ungenügend, und es wurde heftig gelacht, als nach der abgeführten Verhandlung von Morny im Namen der Kammermehrheit erklärt wurde, daß man dadurch zufrieden gestellt sey, worauf man dann von dem Worte satisfait (befriedigt) der ganzen Ministerpartheі den Spottnamen der Satisfaits gab.

Die Verschleuderung der Finanzen, die Mißbräuche der innern Verwaltung, die Politik der Regierung, Italien und die Schweiz betreffend, und alle wunden Stellen, an denen das Land blutete, gaben jetzt eine reichhaltige Veranlassung zu den heftigsten

*) Karl X. von Bourbon, ein Enkel Ludwigs des XV., welcher durch seine, die Charte verletzenden Ordonnanzen im Jahre 1830 die Juli-Revolution herbeigeführt hatte, verzichtete freiwillig auf Rechte, welche zu behaupten er nicht mehr im Stande war.

In der Hoffnung, die Königs-Krone von Frankreich wenigstens seiner Dynastie erhalten zu können, erklärte er in einem Schreiben, daß er im tiefen Schmerz über die Liebe, welche sein Volk beimegsucht hätten, und noch betroben könnten, mit Einwilligung Dauphins des Herzogs von Angoulême, zu Gunsten seines Enkels der Krone entsage.

Das diplomatische Korps möge dafür sorgen, daß die Proclamation seines Enkels, als König Heinrich des V. bald zu seiner Kenntniß gebracht werde.

Ludwig Philipp Herzog von Orleans, und General-Lieutenant des Königreichs, an welchen dieser Brief gerichtet war, wurde jedoch von den Volks-Deputirten selbst zum König ausgerufen, und von allen europäischen Mächten anerkannt.

Angriffen eines Ministeriums, welches in der öffentlichen Meinung ohnehin schon so tief gesunken war, und durch solche Aufklärungen, vor einer unruhig bewegten Bevölkerung vollends um den letzten Rest von Achtung und Ansehen gebracht wurde.

Nicht durch das Gewicht seiner Gegengründe, sondern nur durch die größere Anzahl der Stimmen, der dem Ministerium ergebenen, oder von demselben erkauften Kammermitglieder siegte inzwischen dasselbe, und ein Paragraph der Adresse auf die Thronrede nach dem Antrag wurde in seinem Sinne genehmigt und gutgeheißen.

Als man aber zu dem Abschnitt der Adresse kam, welcher den vom König ausgesprochenen Tadel über das Verfahren bei den Reformbanketen bestimmte, wurde der Kampf der Partheien immer heftiger. Zwar versuchte jetzt das Ministerium die Angriffe der Opposition durch die Erklärung auszulegen, daß diese Worte nicht gegen die Mitglieder der Kammer gemeint waren; aber gerade von diesen Mitgliedern waren die Reformbankette ausgegangen, und so mußte auch der ausgesprochene Tadel des Königs, die Wortführer derselben unausweichlich treffen.

Die Opposition drang also mit Heftigkeit darauf, daß die in der Thronrede ausgesprochenen Worte nicht gebilligt werden, und machte verschiedene Vorschläge zu einer veränderten Verfassung in der Gegenantwort der Kammer auf diese gebrauchten und beleidigenden Ausdrücke. Der einsichtsvollere Theil der Kammermehrheit fand es jedoch gerathener die Widerstandsparthei nicht aufs Aeußerste zu treiben, und bemühte sich eine Vermittlung herbeizuführen; allein, das Ministerium, von dem Könige Ludwig Philipp selbst zum beharrlichsten Festhalten gedrängt, blieb unter diesen Umständen hartnäckig dabei stehen, und so unterstützte die Regierungspartei gegen ihren eigenen Vortheil ein Verfahren, dessen gefährliche Folgen von Jedermann sehr leicht einzusehen waren, und sich Niemand verläugnete.

Der Minister Dumon erklärte: Die Bankete haben damit angefangen, sich auf die Grundsätze vom Jahre 1789 zu berufen, und sie werden damit enden, die Grundsätze vom Jahre 1793 zur Anwendung zu bringen.

Hierauf antwortete ihm Odilon Barrot. Advokat am königlichen Hofe zu Paris und Mitglied der französischen Abgeordneten-Kammer: »Die Worte, welche wir eben vernommen haben, machen unsern Augen die Gefahren nur noch deutlicher, welche in der Abweichung von der Bahn aller verfassungsmäßigen und parlamentarischen Regeln liegen, wozu man die Kammer verleiten will, und zwar unter dem Vorwande, daß die Mehrheit ihre Meinung über Vorgänge äußern könne, welche sich unter unserer Mitwirkung im Lande zugetragen haben, ohne dieserwegen unsere Personen anzugreifen.

Es läßt sich Alles auf den Satz zurückführen: man hat uns im vorigen Jahre als Grund der Verweigerung aller vorgeschlagenen Reformen die öffentliche Theilnahmlosigkeit an diesen Dingen entgegen gehalten.

Wir haben uns daher an unsere Mitbürger gewendet; — wir haben sie gefragt, ob es wahr sey, daß sie gleichgiltig gegen die Mängel des Wahlgesetzes wären, und sie haben uns ihre Meinung erklärt.

Verfährt man in England bei allen großen Fragen anders?

Sind jemals die Männer von der Regierung angefeindet worden, welche die öffentliche Meinung befragten?

Wollten Sie uns absichtlich in die Lage versetzen, in der wir uns befinden?

Wollten Sie uns in den Wechselsatz einschließen; entweder nicht das Urtheil des Landes zu hören, um sagen zu können, das Land sey gleichgiltig; oder uns an dasselbe zu wenden, um uns dann vorzuwerfen, wir wären feindselig und blind?«

In dieser Weise fortfahrend, beschwor er die Mehrheit der Kammer, nicht durch ein willenloses Hingeben an das Kabinet einen Zwiespalt herbeizuführen, welcher Unheil über das Land bringen könne; doch Alles, was er, was seine Freunde, was selbst die besonnenen Männer der Gegenpartei sprechen mochten, blieb fruchtlos; und so wurde der ganze Inhalt der Adresse angenommen, und damit das System der Regierung, in welchem Widerspruche dasselbe auch mit der Meinung der unermeßlichen Mehrheit des Landes stand, gebilligt und gutgeheißen.

Es war entschieden, daß die Regierung keinen Fuß breit aus der Bahn, die sie bisher befolgt hatte, weichen, und daß sie vielmehr noch gewaltsamer auf derselben vorwärts gehen, und das Versammlungsrecht, unzertrennlich von jeder freien Verfassung vernichten wollte.

Obwohl die Gegenpartei sich selbst nicht verschweigen konnte, daß es bei der aufgeregten Stimmung der Bevölkerung von Paris, ein verhängnißvoller Schritt sey, so konnte sie doch, ohne ihre eigene Ehre empfindlich zu verletzen und alle Freiheit des Landes in Gefahr zu setzen, es nicht vermeiden, eine große Kundmachung des öffentlichen Willens herbeizuführen, welche sie frei sprach von den Schmähungen des Thrones und seiner Anhänger, welche der Regierung sagte, daß sie sich von der Zuneigung des Landes lossage, und daß der Ausbruch, welchen die Vertreter des Volkes von der ihnen ertheilten Vollmacht gemacht hätten, die künftige Erwählung einsichtsvollerer und unabhängigerer Männer erfordere.

Es wurde jetzt die Abhaltung des mehrmals hinausgeschobenen Reformbankets auf den 22. Februar bestimmt; und die Regierung hatte auch erkläre, demselben kein Hinderniß entgegen zu setzen, jedoch in dem Falle einzuschreiten, wenn dadurch die öffentliche Ruhe gestört werden sollte, wofür dann die Veranstalter des Festes verantwortlich gemacht werden sollen.

Indessen suchte die Regierung die Sache unter der Hand dadurch zu hintertreiben, daß sie den Bemühungen der Festordner entgegenwirkte, nachdem sie theils durch Einschüchterung und Drohung, theils durch Bestechung die Besitzer solcher großen Festlokalitäten dahin brachte, die ihnen gemachten Anträge zurückzuweisen.

Endlich gelang es den Festordnern einen freien Platz am Ende der elysäischen Felder zu bekommen, auf welchem ein großartiges Zelt ausgespannt werden sollte, was zwar ein sehr lüftiger Sammelplatz zu einer Zusammenkunft an einem Wintertage war.

Indessen beabsichtigte man aber mehr den Schein zu treten, und wollte nur schnell etwas von den dort aufgetragenen Speisen genießen.

Der Hauptzweck war mehr, Odilon Barrot sollte einen einzigen Trinkspruch ausbringen, und die Versammlung hierauf im feierlichen Zuge den Rückzug antreten; denn es kam ja nur darauf an, den moralischen Eindruck nicht zu verfehlen, und dieser ließ sich durch die Größe der Theilnahme an dieser Kundgebung und die würdevolle Haltung bei derselben sicher stellen.

Die Festordner hatten bei diesem Reformbankette folgende Vorschrift bestimmt.

Die geladenen Gäste versammeln sich Morgens um 11 Uhr auf dem Magdalenen-Platze, von wo aus sich der Zug um 12 Uhr in Bewegung setzt.

Unbewaffnete Nationalgardisten und sonstige Theilnehmer bilden eine Spalier in dessen Mitte;

1. Die sich einfindenden Offiziere der Nationalgarde.
2. Die unterschriebenen Theilnehmer am Feste.
3. Die beitretenden Pairs und Deputirten.
4. Die Wähler aus den Departements und der Hauptstadt.
5. Die Nationalgarden in Kolonnen nach den Nummern ihrer Legionen.
6. Zwischen der dritten und vierten Kolonne die Studenten der Rechts- und Medizinalschule, und
7. Zuletzt die übrigen Nationalgarden von Paris und der Banmeile, im geordneten Zuge folgen.

Daß die Bevölkerung von halb Paris bei dieser Gelegenheit auf den Beinen seyn werde, läßt sich leicht denken, doch beruhigte man sich bei einer Befürchtung von Ruhestörungen durch die Beispiele von England, wo solche Erscheinungen von Volkszusammenkünften zu den gewöhnlichen gehören. Auch in Rom waren in letzterer Zeit zahlreiche Volkszusammenkünfte, ohne daß sie nachtheilige Folgen gehabt hätten, und eben so auch zu Turin und Neapel.

Die ganze große Hauptstadt Paris, befand sich bei dem Herannahen dieses merkwürdigen Festes in einer außerordentlichen Spannung; als auf einmal ganz unerwartet vier Verordnungen von dem Polizei-Präfekten M. Delessert zu Paris, bekannt gemacht wurden, in welchen die Abhaltung des Festes und jeder Zusammenlauf des Volkes untersagt wurde, und wobei er sich zur Rechtfertigung dieses Verfahrens auf ein Gesetz berief *), welches die Ortsbehörden ermächtigt, alle Verbrechen gegen die öffentliche Ruhe zu unterdrücken und zu bestrafen, so wie die gute Ordnung an allen Orten, wo öffentliche Versammlungen Statt finden, aufrecht zu erhalten.

Der Inhalt dieser Proklamation war folgender: »Einwohner von Paris! Eine Unruhe, welche der Arbeit und den Geschäften schädlich ist, herrscht seit einigen Tagen in den Gemüthern.

Sie schreibe sich von Manifestationen her, welche man vorbereitet.

Die Regierung von nur zu sehr gerechtfertigten Beweggründen der öffentlichen Ordnung geleitet, und sich eines ihr von den Gesetzen verliehenen vorwährend unbestrittenen aufgeübten Rechts bedienend, hat das Bankquet und die zwölften Arrondissements oder Bezirks verboten.

Da sie jedoch nichts destoweniger vor der Deputirtenkammer erklärt hat, daß diese Frage derartig sey, dieselbe einer gerichtlichen Lösung zu unterwerfen, so hat sie, statt sich mit Gewalt der vorhabenden Versammlung zu widersetzen, den Entschluß gefaßt, die Contravention zuzulassen, und den Theilnehmern den Eintritt in den Banquet-Saal zu erlauben; in der Hoffnung, die Theilnehmer würden die Weisheit besitzen, sich auf die erste Aufforderung zurück zu ziehen, um nicht eine einfache Contravention oder Uebertretung in einen Akt der Rebellion zu verwandeln.

Dieses war das einzige Mittel, die Frage vor der höchsten Autorität des Kassationshofes zu entscheiden.

Die Regierung besteht auf dieser Entscheidung; das diesen Morgen von den Oppositions-Journalen angekündigte Manifest deutet jedoch auf einen andern Zweck, andere Absichten; »Es stellt eine Regierung unter der wahren Regierung des Landes der durch die Charte eingesetzten und auf Majorität der Kammern gestützten Regierung auf. Es ruft eine öffentliche der Ruhe der Stadt gefährliche Manifestation hervor. Es verkammelt mit Verletzung des Gesetzes vom Jahre 1831 die Nationalgarden zusammen, und stellt sie im Voraus in Reihe und Glied nach der Zahl der Legion, die Offiziere an der Spitze.

Hier ist bona fide kein Zweifel mehr möglich, die klarsten und anerkanntesten Gesetze sind verletzt.

Die Regierung wird ihnen alle Achtung zu verschaffen wissen, denn sie sind die Grundlage und die Garantie oder Bürgschaft der öffentlichen Ordnung.

Ich fordere jetzt alle guten Bürger auf, sich diesen Gesetzen zu fügen und sich keiner Versammlung anzuschließen, wodurch zu einer bedauerlichen Unruhe Veranlassung gegeben werden könnte.

Ich rufte diese Aufforderung an ihren Patriotismus und ihre Vernunft im Namen unserer Institutionen der öffentlichen Ruhe und der theuersten Interessen der Stadt.«

Auch der General-Lieutenant Jaqueminot, Oberbefehlshaber der Nationalgarde ließ folgenden Tagsbefehl öffentlich bekannt machen.

*) Artikel III. Nr. 3. Tit. II. des Gesetzes vom 16—24. August 1790.
Art. 46. Tit. I. des Gesetzes vom 22. Juli 1791.
Art. 1 der Regierungs-Verordnung vom 3. Brümäre des Jahres XI.
Zwei Polizei-Verordnungen vom 31. November 1830 und 31. Mai 1831, und endlich auf den Art. 471. Nr. 15. des Code pénal. Eine Verordnung betreffend die Restirunsen mit Berufung auf Bestimmungen der Polizei-Verordnung vom 13. Juli 1831.

»Nationalgardisten des Seine-Departements.

So lange die sich vorbereitende Manifestation, sich nicht direkt an Eure Mißachtung und Unterstützung richtete, habe ich mich enthalten Euch daran zu erinnern, in welche Grenzen das Gesetz Eure Rechte und Pflichten schließt; da Ihr seit siebenzehn Jahren nicht aufgehört habt, zu beweisen, daß Ihr die einen wie die andern wohl kennt, und Ihr niemals darin gefehlt habt.

Heute, wo man Euch im Namen der Gesetzmäßigkeit selbst, deren Aufrechthaltung Eurer Hingebung und Eurem Patriotismus anvertraut ist, irre zu leiten sucht; wo Menschen, die Euch fremd sind, Euch versammeln, berufen, und sich die Rechte Eurer Verfehlshaber anmaßen, muß ich laut gegen diese Beleidigung protestiren, und wende mich an Euch im Namen des Gesetzes selbst.

Die Artikel. 1, 7 und 93 des Gesetzes vom 22. März lauten, wie hier folgt:

Art. 1. Die Nationalgardr ist erachtet, das konstitutionelle Königthum, die Charte, und die von ihr geheiligten Rechte zu vertheidigen; den Gehorsam gegen die Gesetze aufrecht zu erhalten, die öffentlicht Ordnung und den Frieden zu bewahren oder wieder herzustellen, der Armee der Linie in der Vertheidigung der Grenzen und Küsten beizustehen, und die Unabhängigkeit Frankreichs und die Unverletzbarkeit seines Gebiethes zu sichern.

Alle Berathungen, welchr die Nationalgarde über Angelegenheiten des Staates, des Departements, und der Gemeinde anstellt, sind ein Attentat oder Angriff auf die öffentliche Freiheit und ein Verbrechen gegen die gemeine Sache und die Konstitution.

Art. 7. Die Bürger dürfen weder die Waffen ergreifen, noch sich als Nationalgardr versammeln, ohne die Ordre der unmittelbaren Befehlshabrr, noch diese eine dergleichen Ordre geben, ohne eine Requisition von Seite der Civilautorität, welche an der Spitze der Truppen bekannt gemacht wird.

Art. 93. Jeder Chef eines Korps, Postens oder Detaschements der Nationalgarde, welcher sich weigert, der Aufforderung einer mit dem Rechte, die öffentliche Macht zu requiriren bekleideten Magistratsperson oder Beamten Folge zu leisten, oder welcher ohne eine solche Aufforderung und außer den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen handelt, wird gerichtlich verfolgt und gemäß dem Art. 234 und 258 des Strafkodex bestraft.

Die Verfolgung zieht die Suspension und die Verurtheilung, dem Verlust des Grades nach sich.

Ihr sehr, Nationalgardisten des Seine-Departements, das Gesetz spricht in zu klaren und bestimmten Ausdrücken, um die Möglichkeit zu gestattrn, daß man Euch durch eine Auslegung irre führt, welche Eure Weisheit zu würdigen wissen wird.

Wenige unter Euch sind gewiß willig, sich zu einem schuldigen Schritt verleiten zu lassen, aber ich möchte ihnen fowohl den Fehltritt als die Reue ersparen, unter den 85,000 Nationalgardisten zu zählen, welche Eure Legion bilden, ihre kleine Zahl herauszählen zu dürfen.

Im Namen des Gesetzes beschwöre ich also Euch, das Zutrauen des Landes, welches das konstitutionelle Königthum und die gesetzliche Ordnung unter die Obhut Eurer Vertheidigung gestellt hat, nicht zu täuschen.

Eben so wenig, werdet Ihr die Stimme Eurer Oberbefehlshaberr mißverstehen wollen, da rr Euch niemals getäuscht hat. Ich zähle auf Eure Weisheit und Euren Patriotismus, wie Ihr auf immer auf meine Loyalität und Hingebung zählen dürft.«

Zu derselben Zeit machte man auch bekannt, daß von allen Seiten Truppen nach Paris im Anmarsche sind, und wirklich kamen auch Munitionswägen mit verschiedenen Vorräthen von Viernnes, und fuhren zu jeder Stunde durch die großrn Verbindungswege nach der Hauptstadt.

Diese willkürliche Handlung rief bereits allgemeine Entrüstung hervor, und die Ordner oder Veranstalter des Festes wurden jetzt von allen Seiten aufgefordert, der ungesetzlichen Maßregel treuß zu biethen.

Allein der Mehrzahl der Opposition oder Widerspruchs-Partei bangte jetzt selbst vor den Folgen dieses Unternehmens und es wurde daher von drn Mitgliedern der Oppositions-Parthei folgende Erklärung veröffentlicht, womit sie ihre Furcht hinter ein unfruchtbares Geschrei über Willkür der Regirung verstecken zu können glaubte; nämlich:

»Nachdem die mit der Anordnung des Banquets des zwölften Arrondissements beauftragte General-Kommission von der Verrathung der Oppositions-Deputirten Kenntniß genommen.

In Anbetracht, daß das Ministerium des Innern von der Tribune herab die Erklärung abgegeben hat, das Banquet zulassen zu wollrn, vorausgesetzt, daß man sich einzeln dazu bindegebe.

Daß man ferner den Ministern Gelegenheit geben würde, eine Contraoention aufzunehmen und von einem Polizei-Tribunal ein politisches Recht aburtheilen zu lassen, welches in das Ressort oder das Gebiet der Kammern und des ganzen Landes fällt.

Daß man somit den Absichten des Ministeriums Vorschub leisten, und zu seinem Vortheil einr Art Komödie spielen würde, welche Bürgern, die von ihrer Pflicht durchdrungen sind, unwürdig wärr.

In Anbetracht ferner, daß die allgemeine Manifestation, an welcher die Bevölkerung von Paris Theil nehmen sollte, dem protektirten Banquet seinen wahren Charakter gegeben hätte.

Daß die von der militärischen Autorität genommenen Maßregeln, diejenigen, welche darin verbarrrn wollten, eine gemeinsame Demonstration gegrn die Gewalt zu machen, gewissen und blutigen Collisionen aussetzen würde.

Daß der Patriotismus und die Menschlichkeit gleicher Weise gebiethet, dergleichen Extremitätrn zu vermeidrn:

Aus diesrn Beweggründen hat die Kommission beschlossen, das Banquet des zwölften Arrondissements aufzuschiebrn, sie überläßt der Macht die Verantwort-

lichkeit für die Provokationen und Gewaltthätigkeiten; sie hat das volle Vertrauen, daß die Anklagesakte gegen ein Ministerium, welches die Bevölkerung von Paris an die Schwelle eines Bürgerkrieges geführt hat, morgen in der Kammer niedergelegt, und daß Frankreich, wenn man es dann fragt, durch das Gewicht seiner Meinung einer Politik Gerechtigkeit anzuthun wissen wird, welche schon so lange die Verachtung und den Unwillen des Landes auf sich zieht.«

Der Mehrzahl der Oppositions-Mitglieder bangte also selbst vor den Folgen dieses Unternehmens; ja der heraufbeschworene Volksgeist erschien ihnen so riesengroß, daß sie voll Schrecken davor zurückbebten, und es ihnen vielleicht im Geheimen willkommen war, sich zurückzuziehen und ihre Furcht hinter ein unfruchtbares Geschrei über Willkür der Regierung verstecken zu können; jedoch die muthigern Männer tadelten eine solche Feigheit, und das Volk, aufgebracht über das Verhalten seiner Führer, wendete den Abtrünnigen den Rücken, welche sich auch bei den spätern Ereignissen dieserwegen von der öffentlichen Meinung verlassen sahen.

Am meisten aber hatte sich die Regierung dadurch selbst geschadet. Männer, welche sich durch Vertheidigung der Volksrechte in Achtung gesetzt hatten, standen an der Spitze des Unternehmens; sie hatten sich für die Erhaltung der Ordnung verbindlich gemacht, und das Volk würde diese Bürgschaft geehrt haben; die Nationalgarde war dabei betheiligt, und mithin auch verpflichtet, für die Folgen einzustehen; der Regierung stand eine große Truppenmacht zu Gebothe, die in und um Paris lagerte, mit deren Hilfe sie einen Auflauf, dem es bei der Haltung der bessern Bürger an Kraft gebrechen mußte, leicht unterdrücken konnte.

Durch ihr vorzeitiges Einschreiten büßte aber die Regierung die Anhänglichkeit der Nationalgarde ein, die sich, von der wankend werdenden Macht zur Unterstützung aufgerufen, gegen sie wendete.

Aus einem unterdrückten Auflaufe würde der Julithron Nutzen gezogen haben. Alle Schuld konnte die Regierung der Opposition zuschieben, und so den Tadel rechtfertigen, welchen sie gegen dieselbe ausgesprochen hatte. Aber aller dieser Vortheile begab sich die Krone durch eine Maßregel, wodurch sie selbst den in den Kammern geführten Streit muthwillig auf die Straßen der Hauptstadt verpflanzte.

Jeder Verständige führete daher die Folgen der unbedachten That, und sah dem 22. Februar mit bangen Ahnungen entgegen.

Anfangs schien es auch, als werde sich die große Besorgniß nicht in ihrem ganzen Umfange ausdehnen; obwohl sich vom frühen Morgen des 22. Februar alle Zugänge zu dem Palast Bourbon, dem Sitzungshause der Volkskammer mit Neugierigen füllten; auch die nahegelegenen Kais oder Flußdämme der Seine und alle Umgebungen waren von großen Volkshaufen besetzt, doch hatte die Regierung alle möglichen Vorkehrungen zu ihrer Vertheidigung getroffen.

Da man der Nationalgarde nicht traute, so wollte man sich derselben in ihrer Gesammtheit auch nicht bedienen, und der Versuch, aus der Nationalgarde nur die verläßlichsten Männer herauszuziehen, war verrathen worden; dagegen war aber die ganze bewaffnete Polizei-Mannschaft, die Munizipalgarde genannt, eine entschlossene und der Regierung ganz ergebene Truppe, und eben so stand auch eine bedeutende Macht an Linien-Militär und Kavallerie in Bereitschaft, auf deren Treue man wohl bauen konnte, ohne aber dabei zu bedenken, wie wenig das Juli-Königthum gethan hatte, sich die Anhänglichkeit des Heeres in dem Grade zu versichern, um seiner Waffen gegen das eigene Volk ganz gewiß zu seyn.

Aus dem Fort von Vincennes war eine bedeutende Anzahl von Geschütz zur Nachtzeit nach Paris geschafft worden, und durch die Herbeiziehung solcher bedeutender Streitkräfte hoffte man jeden Versuch zum Aufstande im Voraus einzuschüchtern.

Unter dem düstern Eindruck dieser Anstalten, wurde die Sitzung der Abgeordneten am 22. Februar eröffnet.

Zugleich wurde auch eine Anklageschrift der Opposition gegen die Minister, welche sie in sieben Punkten beschuldigte durch Zeitungen und Plakate an den Mauern bekannt gemacht, nämlich:

»Die Ehre und das Interesse Frankreichs gegen das Ausland verrathen zu haben;

Die Grundsätze der Verfassung verfälscht zu haben;

Den Bürgschaften der Freiheit und den Rechten der Bürger Gewalt angethan zu haben;

Durch grundsätzlich eingeführte Bestechung, den freien Meinungs-Ausdruck verhindert zu haben;

Mit Aemtern und Vorrechten, Handel getrieben zu haben;

Die Gelder des Staats verschleudert zu haben;

Das Versammlungsrecht gesetzwidrig aufgehoben zu haben; und endlich durch ihre Politik die Grundsätze der Revolution in Frage gestellt zu haben.

Das Volk aber, von der Nutzlosigkeit eines solchen Schrittes innerhalb der Kammern überzeugt, ward dadurch nur um so geneigter gemacht, selbst darüber zu Gericht zu sitzen.

Aber eben so wie die Regierung durch die Aufstellung zahlreicher Truppen dem Volke Furcht einzujagen hoffte, glaubte gegentheils das Volk daß, wenn Paris sich auf der Straße öffentlich zeige, und seine Gesinnung ausspreche, daß die Regierung durch diese drohende Haltung bewogen werden würde, sich von dieser öffentlichen Meinung zu mäßigen; und so stand man sich von beiden Seiten beobachtend gegenüber.

Das Volk durchzog die Straßen unter dem Gesange von Freiheitsliedern, und dem Rufe: »Es lebe die Reform« auch wurde laut gesprochen von der Entfernung der Minister, und einer Abänderung des Regierungs-Systems.

Am Palaste Bourbon häuften sich die Volksmassen zu Tausenden an; ja ein Theil derselben drängte sich in die Vorhalle, wo einige Quadersteine am Wachhause aufgerissen wurden; allein durch die Ankunft von Fußvolk und Reiterei wurde das Volk wieder zurückgetrieben, wobei es aber sehr lärmend zuging.

Povstání lidu v Paříži před ministerialním palácem

Mossa del popolo in Parigi davanti al palazzo del Ministro

Népmorgalom Párisba a Minister Apüjet elol.

Volksbewegung in Paris vor dem Ministerpalast

N°71.

Um den Straßenverkehr nicht zu hindern, wurde das Fahren in der Nähe der Deputirtenkammer, und über die dahin führende Konkordienbrücke verboten; auch schloß man die Gitterthüren zu dem königlichen Palaste der Tuilerien und den dazu gehörigen Gärten ab.

Durch dieses Menschengewühl konnten sich die Abgeordneten nur durch die Vorzeigung ihrer Medaillen den Durchlaß zum Palaste Bourbon verschaffen, in welchem die Sitzung der Kammer um ein Uhr eröffnet ward.

Guizot zeigte sich ganz unbefangen und in einer heiteren Laune; und eben so auch erheuchelte der Kammer-Präsident Sauzet eine völlige Gleichgiltigkeit und eröffnete die Verhandlung mit einem Vorschlag zur Abänderung des Statuts der Bank von Bordeaux.

Die Gesinnung der Abgeordneten war aber auf ganz andere Betrachtungen hingewendet, so daß es an aller Aufmerksamkeit für den Gegenstand der Tagesordnung fehlte, und der Abgeordnete Fould zuletzt die Bitte stellte, nicht das Interesse einer wichtigen Geldanstalt des Landes durch oberflächliche Behandlung zu gefährden oder zu vernachlässigen.

Jetzt verlangte Odilon Barrot die Anklage gegen die Minister, die er eingereicht hatte, zur Kenntniß der Kammer zu bringen; allein, der Präsident machte die Einwendung, dieses wäre gegen die Geschäftsordnung, und bestimmte, daß die Vorlesung am nächsten Donnerstag geschehen solle, ohne dabei zu ahnen, daß an diesem nämlichen Tage und in demselben Lokale die Republik ausgerufen werden würde.

Auf den Straßen blieb sich indessen die Lage der Dinge ganz gleich. Das gegen den Sitzungs-Saal der Abgeordneten mehrmals andrängende Volk, wurde durch das Vorrücken der bewaffneten Macht immer zurückgewiesen, jedoch zeigte sich bis jetzt in der Haltung der Truppen bereits schon ein bedeutungsvoller Unterschied.

Die Linientruppen benahmen sich mit einer schonenden Rücksicht, und sie wurden dabei auch von dem Volke mit dem Zuruf: »Es lebe die Linie! Es leben die Dragener!« begrüßt.

Dagegen benahm sich die Munizipalgarde ungestüm gegen das Volk, und drang mit gezogenen Säbel und mit gefälltem Bajonett, auf die Volkshaufen ein, was diese wieder mit Verwünschungen und Steinwürfen erwiederten.

Dieses erbitterte aber die Truppe noch mehr, und so wurde sie um so mehr gewaltthätiger.

Bei einem Auflaufe der berittenen Polizei, wurde eine in das Gedränge gekommene alte Frau niedergeworfen, und für todscheinend weggetragen; auch erhielt ein Arbeiter einen Säbelhieb, was nun die ersten Vorzeichen der blutigen Ereignisse waren.

Aehnliches geschah auch in andern Stadtbezirken, was auch die Veranlassung war, daß man Barrikaden errichten wollte, was aber noch immer durch die vielen Truppenmassen verhindert wurde.

In der Nähe des Minister-Palastes der auswärtigen Angelegenheiten, verfolgte das Volk einen für einen Polizei-Spion gehaltenen Menschen mit Geschrei und Steinwürfen, der jetzt nur noch vor ärgerer Mißhandlung durch die anspringende Munizipalgarde gerettet werden konnte, bei welcher Gelegenheit ein Wachtmann aus dem Volke überritten und am Kopfe gefährlich verletzt wurde.

Auch in den Palast selbst, nämlich die Wohnung des Ministers Guizot versuchte das Volk einzudringen, und zertrümmerte, da es durch die starke Bewachung ihre Absicht nicht erreichen konnte, wenigstens die Fenster mit Steinwürfen.

In den elysäischen Feldern errichteten bei ungefähr hundert Arbeiter eine Barrikade, ohne daß die in der Nähe stehenden militärischen Truppen sie daran verhindert hätten.

Dieselben Arbeiter überfielen auch später ein Wachthaus, welches durch einen militärischen Posten von sechs Mann besetzt war; und da sich diese entweder nicht vertheidigen wollten, oder vor dem raschen Ueberfall keine Zeit mehr dazu hatten, so wurden sie entwaffnet.

In der Straße Vivienne wurde ein Waffen-Verkaufsladen angegriffen, aus welchem das Volk wohl einige Degen und Säbel erbeutete, dann aber durch die herbeigeeilten Munizipalgarden wieder zum Rückzuge genöthigt wurde.

Auch wurden in den Straßen Rivoli und Sankt Honoré Barrikaden aufgeworfen, aber von den heranziehenden Truppen mußten dieselben ohne Widerstand wieder verlassen werden. Da durch solche Auftritte die Besorgniß immer größer wurde, so wurden die Kaufmannsläden geschlossen, jedoch schlte es dem Volke an Mitteln zu einem Angriff und zur Vertheidigung, und so zerbrach man sogar die Eisengitter an der Kirche Sankt Rochus, um die Eisenstäbe davon als Spieße zu verwenden.

Nach dem Muster der bisherigen Vorgänge ereigneten sich noch mehrere Andere, und so hörte man von einer zahllosen Straßenmenge auf allen Straßen und Plätzen nur Lärmen, Schreien und Freiheitlieder singen.

Das Geschrei nach Reform, und nach dem Sturze des Ministeriums wurde immer heftiger und drohender, ja Viele forderten sogar laut den Kopf des Ministers Guizot, worauf es endlich der Regierung bange zu werden anfing.

Sie sah jetzt ein, daß sie die Hilfe der Nationalgarde zur Herstellung der Ruhe nicht länger mehr entbehren könne.

Es wurde jetzt der Generalmarsch geschlagen; die Grenadiere gingen den Tambours voraus, und reitende Jäger deckten den Rücken. So wiederholten die Trommeln bald durch alle Straßen, allein die Bürgergarden beeilten sich nicht zu sehr, diesem Rufe zu folgen, und so fanden sie sich auch nur sehr geringzählig auf den Mairien oder Sammelplätzen ein.

Beim Anbruche der Nacht, zerstreuten sich jedoch die Volkshaufen, und der Tumult, der sonst gerade um diese Zeit zunimmt, legte sich in allen Theilen der großen volkreichen Stadt; ja selbst das gewöhnliche Leben und Treiben wurde matt, und Pa-

rib hatte bei der eintretenden Dunkelheit das Ansehen, welches dasselbe in der Regel kaum nach Mitternacht hat, so, daß Fremde, welche eben erst ankamen, durch diese auffallende Ruhe getäuscht, zu dem Glauben verleitet wurden, daß schon alle Gefahr wieder beseitigt und Paris nie friedlicher gewesen sey, als eben jetzt.

Nur Streifwachen, welche in den Straßen herumzogen, unterbrachen durch ihre Fußtritte diese nie gewohnte Stille, ja selbst die Theater waren sehr schwach besucht, jedoch in den Wein- und Kofferhäusern fand man zahlreiche Gesellschaften, deren ernsthafte Gespräche sich auf die Ereignisse des vergangenen Tages und die zu ergreifenden Maßregeln bezogen.

Die ersten Volksbewegungen waren ohne Plan und ohne inneren Zusammenhang gewesen, bald aber wurde diesem Mangel dadurch abgeholfen, daß sich bei den Herausgebern der vielgelesenen Oppositionsblätter, nämlich des *National* und der *Reform*, welche die Leitung der Angelegenheiten in ihre Hand nahmen, alle bedeutenden Männer, welche Antheil an der Bewegung nahmen, dort versammelten und die Pläne der weitern Ausführung und die nöthigen Maßregeln in Berathung zogen, um sich einen günstigen Erfolg zu sichern.

Indessen fielen während der Nacht, als im Innern der Stadt alles ruhig war, am Thore Sankt Denis einige Unordnungen vor, nachdem die Arbeiter es unternahmen, die Eisengitter am Thore mit Zangen und Brecheisen zu zerstören; jedoch ein stark gefallener Regenguß und die anrückenden Truppen zerstreuten wieder die Leute.

Um einem neuen Wiederanfange solcher Gewaltthaten zuvorzukommen, oder solches zu verhindern, wurde jetzt auf dem Boulevard »Bonne Nouvelle,« eine Batterie Geschütz aufgeführt, und durch mehrere, im Viereck aufgestellte Kompagnien Fußvolk, die Nacht so ziemlich ruhig erhalten, auch wurde drei dem anhaltend schlechten Wetter der Versuch, in der Straße Sainte Philippe eine Barrikade zu errichten, bei den fortwährenden Regengüssen freiwillig wieder aufgegeben.

Da, wo die Volksbewegung zuletzt ihren Zielpunkt erreicht hatte, da nahm sie auch wieder ihren Anfang.

Die Gegend vom Thore St. *Denis* bis zum Thore St. *Martin*, die große Martinsstraße, welche die Stadt bis zum Seine-Fluß durchschneidet, die Gegend, um die aus der ersten Revolution berühmten Fischhallen, waren der Ausgangspunkt, und der vornehmste Schauplatz der Volks-Unruhen, die sich erst von hier aus nach dem Mittelpunkte der Stadt Paris zuwendeten.

Eine kleine Truppe, an deren Spitze ein langbärtiger Führer mit einer dreifarbigen Fahne, und an seiner Seite ein Tambour mit der Lärmtrommel ging, eröffnete mit einem geringen Anhange einen Kampf, der den Sturz eines Thrones noch nicht ahnen ließ.

Dieser Volkshaufe fing in der Straße Provaires eine Barrikade zu erbauen an, zog sich aber vor einer Abtheilung der Munizipalgarde zurück, und sammelte sich erst wieder in der Straße Montmartre, wo er sich durch herbeigekommene Lehrjungen, und eine große Anzahl von Straßenjungen verstärkte. Nach einem längeren Herumziehen in der Straße Peissonniere, die Fischergasse, hielt der Volkshaufe wieder Stand, und fing an, drei Barrikaden zu errichten, von welchen die eine, die Breite der Straße selbst einnahm, die beiden andern aber die Zugänge zu derselben von den Straßen Clery und Neuve Saint Eustache absperrten.

Nur ungefähr zehn Männer von dieser Volkstruppe waren mit Flinten versehen, während die übrigen bloß mit Stöcken und Eisenstangen bewaffnet waren.

Solche geringe Vertheidigungswaffen erlaubten auch keinen großen oder kräftigen Widerstand, und so waren hier schon allein dreißig Mann Munizipalgarden im Stande, die beiden Seiten-Eingänge zur Straße Montmaire zu öffnen. Bei der Vertheidigung der Hauptbarrikade fielen drei Mann aus dem Volke, welche von der anrückenden Polizei-Mannschaft erschossen wurden, ohne daß dieses Gewehrfeuer erwiedert werden konnte, da wahrscheinlich die Schießgewehre unbrauchbar waren.

Nun wurden die Barrikaden zerstört, wozu alle Truppen mit Aexten, Brechstangen und anderen dazu nöthigen Werkzeugen verwendet wurden.

Aber solche einzelne Siege gegen das Volk waren nur von einem sehr geringen Erfolge, denn der Widerstand nahm immer mehr überhand, und bald waren in den verschiedensten Theilen der Stadt Barrikaden errichtet worden, obwohl diese gegen die andringende bewaffnete Macht keineswegs behauptet werden konnten.

Uebrigens zeigte sich aber bei dieser Gelegenheit eine auffallende Erscheinung, nämlich, daß, während die Munizipalgarde wild auf das Volk losstürmte, die Linientruppen mit einer gewissen Höflichkeit sich gegen das Volk benahmen, welches unverkennbar die Stimmung der Soldaten bewies.

Läßt man sich bei dieser Gelegenheit oder der sehr gefahrvollen Lage nicht von Einzelheiten verwirren; faßt man in einem richtigen Ueberblick die sehr zweckmäßig angeordneten Stellungen der Truppen, und alle wohlberechneten Vorkehrungen in das Auge, — dann die Zahl und Ausrüstung der bewaffneten Macht, und vergleicht man endlich damit die Lage des unbewaffneten Volkes und der geringen Widerstandsmittel desselben, so wird es klar, daß der Ausschlag der Sache in den Händen der Nationalgarde lag.

Hätte also die Nationalgarde ihr Gewicht in die Waagschale der Regierung gelegt; und hätte sie den ernsten Willen gehabt, die gestörte Ordnung wieder herzustellen, so würden auch die Truppen einen größeren Eifer für den gleichen Zweck gezeigt haben, und es ist nicht zu bezweifeln, daß in einem solchem Falle das Volk hätte unterliegen müssen; — eine Behauptung, welche durch die Vorgänge in der ersten

franzöſiſchen Revolution, und den Kämpfen in den Jahren 1832 und 1834 beſtätigt wird.

Erſt, als die wieder zu dem Ergreifen der Waffen aufgefordrte Nationalgarde Anfangs vermittelnd wirkte, ſich zwiſchen die blutig Kämpfenden warf und das Hinſchlachten und Niedermetzeln des Volkes vereitelte, zeigte ſich auch das Linien-Militär, welches nicht gemeint war, ſeine Waffen gegen die Nationalgarde oder das Bürger-Militär zu richten, eine noch geringere Kampfluſt, und auch ſelbſt die Anfangs ſo hitzige und gegen das Volk ſchonungslos wüthende Municipalgarde, wurde ganz unſicher in ihrer Haltung, und wußte zuletzt nicht, wohin ſie ſich wenden ſollte.

Mitten unter dieſem Lärm und dem blutigen Gefechte, welches in allen Straßen der großen Stadt wüthete, verſammelten ſich die Kammern, doch erſchienen die Abgeordneten ſo langſam in dem Sitzungsſaale, daß die Sitzung erſt gegen 3 Uhr Nachmittags eröffnet werden konnte.

Die einlaufenden Nachrichten wurden jetzt immer drohender, die Unruhe und Beſorgniß zeigte ſich auf allen Geſichtern, jedoch der Miniſter Guizot blieb noch immer auf ſeine alte Hoffnung vertrauend ganz ruhig. Da trat der Juſtizminiſter ein, näherte ſich ihm, und machte ihm ganz im geheimen eine Mittheilung, worauf er ſich mit ihm entfernte; auch die andern Miniſter folgten ihnen nach, kamen aber mit Ausnahme des Miniſters Guizot und Duchatel nach einer halben Stunde wieder zurück.

Man drängte und beſtürmte ſie jetzt, Erklärungen über die Abſichten der Regierung abzugeben, und ſich offen auszuſprechen, aber ſie baten für den Augenblick, die Rückkunft der noch abweſenden Miniſter abzuwarten, womit man ſich auch einſtweilen begnügte und zufrieden ſtellte.

Endlich kam der Miniſter Guizot und erklärte, der König Ludwig Philipp habe den Grafen Molé zu ſich berufen um ein neues Miniſterium zu bilden; aber dieſe Nachricht befriedigte Niemanden, denn die Anhänger des bisherigen Miniſteriums waren mißgeſtimmt, ſich von dieſem in einem ſo entſcheidenden Augenblicke verlaſſen zu ſehen; während die Oppoſition getodtet hatte in das neue Kabinet einzutreten, und ſo trennte ſich noch längeren und fruchtloſen Verhandlungen die Kammer.

In der Verſammlung der Pair's, ſtellte Boiſſy d'Anglas heftige Anträge, man ließ ihn aber nicht zum Worte kommen, und ging, ohne irgend einen Entſchluß gefaßt zu haben, auseinander. Außerhalb der Kammern aber verbreitete die Nachricht von der Miniſter-Veränderung eine lebhafte Freude.

Bei den dießfälligen Meldungen der Ordonnanz-Offiziere hörte der Kampf ſogleich wieder auf, und die meiſten Regimenter, durch den langen und anſtrengenden Dienſt, ſchon ſehr ermattet, wurden wieder in die Kaſernen zurückgezogen.

Während in der innern Stadt alle Volksklaſſen ſich froh und freudig umarmten, und ſich zu der Verehrung des Blutvergießens Glück wünſchten, gingen in der Vorſtadt Sankt Martin, wohin die Friedens-Nachrichten nicht ſo ſchnell kommen konnten, noch ſehr bedauernswerthe Ereigniſſe vor.

Eine Kaſerne der Municipal-Garde wurde von dem Volke geſtürmt, und nur durch das Herbeieilen eines Bataillons der Nationalgarde konnten die ſchon gefangenen Polizei-Soldaten von den ärgſten Mißhandlungen noch geſchützt werden.

Ueberhaupt ſchien in dieſen Stadttheilen der Ausgang der Sache nicht befriedigend zu ſeyn, da man hier weit mehr Entſcheidendes erwartet hatte.

Ganz anders war es wieder im Mittelpunkte der Stadt, wo man nichts anderes als eine Aenderung des Syſtems wollte, die auch erreicht war.

Die Ordnung kehrte hier wieder zurück, Jubel und Freude herrſchte in den Häuſern und auf den Straßen, und ſchon waren die Fenſter der meiſten Häuſer erleuchtet, womit die ganze Stadt den Sieg feiern wollte; — aber dieſer Freudensausdruck war noch zu früh, denn ein Zufall brachte wieder einen neuen Sturm hervor, der wüthender aufbrauſte als es bisher der Fall war, und zuletzt den Juli Königsthron zuſammenſtürzte.

Die Volkshaufen ſammelten ſich vor dem Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten auf dem Boulevard der Kapuziner und forderten, zum Spott für den geſtürzten Miniſter, daß auch er ſeine Wohnung mit Kerzenlichtern erleuchten ſoll.

Zugleich wurden aber auch Steine gegen ſeine Fenſter geworfen, wobei durch einen Schuß aus einem, wie man ſagte, zufällig losgegangenen Gewehr dem Pferde des Befehlshabers der dort aufgeſtellten Truppen ein Bein zerſchmettert wurde.

Der Offizier erſchreckt darüber, und in der Meinung, daß das Volk die Abſicht habe, den Kampf wieder aufs Neue anfangen zu wollen, ließ jetzt eine Abtheilung ſeiner Mannſchaft vorrücken, und gab den Befehl, die Gewehre auf das Volk abzufeuern, worauf von der dichtgedrängten und wehrloſen Volksmaſſe mehrere todt und verwundet zu Boden ſtürzten.

Zugleich ſprengte auch Reiterei herbei und beſetzte den Platz, ohne Rückſicht und Schonung auf die gefallenen Menſchenopfer und die herumirrenden Verwundeten.

Ein Wuthgeheul wurde jetzt durch alle Straßen hörbar, und man ſchrie immerfort »Alles was verſprochen wurde iſt Lug und Trug, wir ſind verrathen. Alles was die Regierung uns zugeſichert hatte, iſt nur Täuſchung. Fort zum Kampfe, fort zur Rache.«

Inzwiſchen wurden die Todten auf Karren geladen, und in einem zahlreich begleiteten Trauerzuge nahm man jetzt den Weg nach dem Bureau des National.

Wohin der Zug kam, äußerte ſich eine allgemeine Beſtürzung bei dem Anblicke der blutigen Leichen, und wie von einem Sturmwinde getrieben, verbreitete ſich dieſe ſchreckliche Nachricht durch die ganze Stadt zum Aufrufe nach Rache.

In der ganzen Nacht blieb kein Arm ruhig und war mit dem Bau von Barrikaden und Verſchanzungen

beſchäftigt, ſo daß die Straßen förmlichen Feſtungen gleich ſahen.

Jede noch vorhorgen gehaltene Waffe wurde hervorgeſucht, nachdem ſchon am vorigen Tage mehrere Waffen-Verkaufsläden geplündert, und Schießgewehre erbeutet waren, ja, das Volk ſtand in dieſem kurzen Zeitraume faſt als wohlgerüſtet da.

Mit einer feierlichen Ruhe, welche nur durch das Geläute der Sturmglecke von der Kirche Notre Dame unterbrochen wurde, wurden alle dieſe Vorbereitungen getroffen, die einen harten und blutigen Widerſtand erwarten ließen, während die auf den Boulevards ſtehenden Truppen alles dieſes, was geſchah, ruhig und ganz forgenlos beobachteten.

Inzwiſchen, als ſich die Stadt Paris ſo kampfluſtig rüſtete, hielt der bängſtigte König Ludwig Philipp, welcher bis zu dieſem letzten Augenblicke ganz unthätig zugeſehen hatte, die ganze Nacht hindurch Rath mit ſeiner nächſten Umgebung.

Dem Grafen Molé war es nicht möglich geworden, ein neues Miniſterium zu bilden, und er gab daher den König den von ihm erhaltenen Auftrag in ſeine Hände wieder zurück.

Nun ward Odilon Barrot berufen, und ihm der Vorſitz in einem Miniſterium übertragen worden, welches er mit Thiers, Duvergier de Hauranne und noch andern gleichgeſinnten Männern der Oppoſition bilden ſollte; zugleich war auch der General Lamoriciere zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt worden.

Barrot hatte aber dieſen Antrag nur unter der Bedingung angenommen, wenn die bewaffnete Macht gänzlich zurückgezogen ſeyn würde, wozu auch dieſe ſogleich den Befehl erhielt, und dann unter dem Zurufe des Volkes:

»Es lebe die Linie, es lebe die Reform!« aus der Stadt abzog. — So ſtand jetzt der königliche Juli-Thron waffenlos dem Volke gegenüber.

Das Wort der Männer, welche es übernommen hatten, den Thron zu ſtützen, ſollte jetzt mächtiger ſeyn als Menſchenvernichtende Kugeln und Schwerter.

Thier's und ſeine Freunde begaben ſich zum Volke; aber dieſes konnte ihnen das frige und ängſtliche Zurückziehen vom Banquete nicht verzeihen, und ſah, durch frühere Erfahrungen belehrt, in ihnen nur ehrgeizige Männer, welche nach Ruhm und Macht eine Jagd machen; — und ſo blieben auch ihre Worte und Bemühungen unter dem Volke erfolglos; ja ſelbſt die Nationalgarde zeigte ſich dieſen Männern nicht geneigt oder dienſtd reitwillig. Eben ſo waren auch die Arbeiter der Vorſtädte keineswegs geneigt, ſich eine Wiederholung der argen Geſchichte vom Jahre 1830 gefallen zu laſſen.

Noch einmal hätte König Ludwig Philipp gerne zur Gewalt gegriffen und richtete an den Marſchall Bugeaud, deſſen Blutgierde noch heut zu Tage in der Straße Transnonain erzählt wird, die Frage:

»Getrauen Sie ſich den Sieg gegen das Volk zu erringen?« worauf der Marſchall antwortete.

»Dieſes iſt wohl möglich, aber mehr als 30,000 Menſchen werden dabei fallen!«

Bei dieſer Aeußerung rief der König, den um dieſen blutigen Preis die Erhaltung ſeiner Krone nicht zu theuer ſchien; »Sind Sie aber mit dieſen Menſchenopfern Ihres Sieges auch ganz gewiß?« Allein die Sache war ſchon zu weit gegangen, um hierüber eine beſtimmte Antwort geben zu können, und es war daher ſchon zu ſpät.

Schon war ein Theil des Militärs zum Volke übergegangen, und wieder andere aus dem Soldatenſtande hatten ihre Waffen den Arbeitern übergeben, wodurch alſo keine Möglichkeit mehr vorhanden war, das Militär zum Kampfe gegen die Bürger zu bewegen.

Unter ſolchen ungünſtigen Verhältniſſen für den König, mußten ſeine nächſten Umgebungen ihm keinen andern Rath mehr zu ertheilen, als ihm die Abdankung vorzuſchlagen, und ſo erſchien um halb 12 Uhr eine Bekanntmachung, in welcher der König zu Gunſten ſeines Enkels, des Grafen von Paris, unter der Vormundſchaft der Herzogin von Orleans der Königskrone von Frankreich entſagte.

Zugleich wurde auch eine allgemeine Amneſtie und die Auflöſung der Kammern öffentlich bekannt gemacht.

Aber auch dieſer letzte Schritt war ſchon zu ſpät geſchehen, und genügte nicht mehr; denn das Volk griff nach einer halben Stunde Nachmittags den königlichen Palaſt an, wo ſich noch die letzten getreuen Männer des Königs aufgehalten hatten.

Ein Regiment Infanterie leiſtete wohl Widerſtand, und hundert Mann deſſelben kämpften anhaltend an dem Springbrunnen, das Waſſerſchloß genannt, ja ſelbſt auf die Aufforderung des Generals Lamoriciere weigerten ſie ſich noch, die Waffen niederzulegen, bis ſie endlich überwältigt wurden, nachdem zuletzt ſogar die Nationalgarde Theil an dem Kampfe gegen ſie genommen hatte, während die übrigen Truppen inzwiſchen zum Volke übergegangen waren.

Wie hier, hatte auch auf dem Konkordienplatze ein blutiger Kampf Statt gefunden, bei welchem das Volk die Wachthäuſer geſtürmt und in Brand geſteckt hatte.

Eben ſo hörte man auch vom Louvre her Gewehrfeuer, und es ſanken überall die letzten Trümmer der königlichen Macht.

Endlich ſchrie man von allen Seiten: »Auf zu den Tuilerien, und ſogleich zogen zahlreiche Maſſen von Arbeitern und Nationalgardern gegen das königliche Schloß, welches durch Munitionalgarden, dann einige Jäger und Linien-Truppen beſetzt war, über welche der König kurz vorher noch Muſterung gehalten hatte.

Unter ſolchen drangvollen Umſtänden blieb jetzt der königlichen Familie kaum ſo viel Zeit mehr übrig, zu Fuß nur von wenigen noch getreuen Perſonen begleitet, den prächtigen Palaſt mit ſeinen Koſtbarkeiten und den vielen aufgehäuften Schätzen in einer andern Richtung verlaſſen zu können.

Ja König Ludwig Philipp, hatte auf einen ſolchen gefahrvollen Ausgang der Sache weder gedacht

Rozbití královského trůnu

Á királyi pékmek ssétrombvlása.

Deshazione della Regia svana del Trono

Die Zerstörung des königlichen Thronsessels

N° 72.

noch war er dazu vorbereitet worden, ſo daß er vom Gelde gänzlich entblößt, ſich aus dem Sitze ſeines unermeßlichen Reichthums, wie ein armer Mann entfernte und ſelbſt nicht einmal ſo viel Zeit mehr übrig hatte, die Abdankungs-Urkunde zu unterzeichnen *).

Erſt auf dem Wege aus dem Palaſte bemerkte die Königin dieſen traurigen Zuſtand, und es kam ſo weit, daß die Offiziere der Nationalgarde unter ſich 200 Franken zuſammenlegten, womit ſie den unglücklichen Monarchen betheilten, damit er in einem einſpännigen Wagen nach Verſailles abzureiſen im Stande war.

Nach dieſer tiefbetrübten Flucht der königlichen Familie, welche das Volk ungekränkt ſich entfernen ließ, drang daſſelbe gegen 2 Uhr, nachdem von Seite des Militärs kein Widerſtand mehr geleiſtet wurde, durch den Hof und durch den Garten in das königliche Schloß.

Alles wurde jetzt von Menſchen überſchwemmt, aber nichts verwüſtet oder geſtohlen.

Diejenigen Sachen, welche ſich mit großer Leichtigkeit nach verbergen ließen, wurden auf das gewiſſenhafteſte geachtet, und ſo wurde ſogar ein in den Zimmern der Königin gefundenes Schmuckkäſtchen mit Juwelen ꝛc. nach den Mairien gebracht.

In demſelben Augenblicke, wo das königliche Schloß oder die Tuilerien genommen wurden, fand auf dem Platze des Chateau d'Eau, vor dem Palais Royal, wie ſchon erwähnt wurde, ein blutiger Kampf ſtatt, wobei der General Lamoricière an der Hand verwundet wurde.

Aber dort, wie überall gewann das Volk die Ueberhand, und die Beſiegten betrugen ſich unter einander wie Brüder und Freunde.

Man trug die verwundeten Soldaten durch die Reihen des ſiegenden Volkes in die Lazarethe, und überall zeigte ſich eine unbeſchreibliche Theilnahme an den unglücklichen Opfern einer unbegriffenen Pflicht.

Wie die Zimmer der Tuilerien, wurden auch die prachtvollen Gemächer des Palais Royals von den Arbeitern eingenommen, und die koſtbaren Möbel aus den Fenſtern herabgeworfen, wozu auch die königlichen Kutſchen oder Wägen kamen, welche man aus den Remiſen, der Straße St. Thomas du Louvre herbeigezogen hatte.

Alles wurde hier in Brand geſteckt, und während dieſes verwüſtende Schauſpiel dauerte, trugen Leute aus dem Volke auf den Bajonetten ihrer Gewehre geſchriebene Zettel herum, worauf die Worte ſtanden:

»Tod demjenigen der ſtiehlt,« und ſo wurden bei dieſer Strenge alle diejenigen Perſonen, welche aus den königlichen Zimmern heraus traten, in ihren Taſchen unterſucht, ob ſie nichts Entwendetes oder Geſtohlenes bei ſich trugen.

Ja die Plünderung war bei dieſer Gelegenheit ſo wenig erlaubt, daß man nicht einmal werthvolle Gegenſtände, die den Flammen preisgegeben waren, zu ſich nehmen oder aus den Flammen retten durfte.

Die Gemälde der Gallerie Orléans wurden jedoch geſchont, aber die Kanapés, die vergoldeten Seſſel, die werthvollen Möbel des Ehren-Saals wurden ohne Schonung verbrannt.

In demſelben Augenblicke, wo das Infanterie-Militär überall auf dem Rückzug, auf dem Boulevard defilirte, und unter dem Ruf »Vive la ligne« nach der Madelaineukirche zurückkehrte, hatten die Soldaten, welche den Miniſter-Palaſt der auswärtigen Angelegenheiten bewachten, und die Vereinigung zwiſchen Volk und Militär bemerkten, den Entſchluß gefaßt, das Hôtel zu räumen.

Zwei Offiziere der Nationalgarde, welche gegenwärtig waren, beſtiegen ſich jetzt eine Schildwache der Nationalgarde, und eine Wache aus dem Volke hinzuſtellen, um den Eingang in das Gebäude zu vertheidigen, und die ſo wichtigen Archive und Papiere dieſes Miniſteriums zu beſchützen.

Bei dieſer Gelegenheit wurden folgende Worte mit Kreide an die Thore geſchrieben: National-Eigenthum, Hôtel des Volkes u. ſ. w.

Während dieſem Verwüſtungskampfe in den königlichen Gemächern wurde der reichvergoldete Thronſeſſel aus dem Saale genommen, und von dem Volke nach dem Platze der Baſtille getragen.

Am Fuße der Juli-Säule angekommen, hielt der Zug in der größten Ordnung die Runde um das Eiſengitter, während die Träger dem Seſſel auf die Baſe von weißem Marmor erhoben. Mehrere Bürger, welche den zahlreichen Zug begleitet hatten, ſtellten ſich um die Säule herum, und die Muſiker nahmen Platz auf dem Sockel, auf welchem der reich vergoldete Seſſel aufgeſtellt war.

Nun wurde Feuer unter das unter dem Seſſel gelegte Stroh angelegt, und in wenigen Minuten ſtand der königliche Thronſeſſel in hellen Flammen, wobei es nicht an Beifallsjubel von Tauſenden und von Flintenſchüſſen fehlte. So war jetzt um 2 Uhr der Sieg des Volkes in den Straßen von Paris vollſtändig errungen, und an den Straßenecken folgendes Plakat zu leſen.

»Wünſche des Volkes. Reform für Alle. Allgemeine Amneſtie; — ausgenommen die Miniſter in Anklageſtand verſetzt. Recht der Verſammlung durch eine nahe Manifeſtation geheiligt, Unmittelbare Auflöſung der Kammer und Berufung der Primär-Verſammlungen.

Eine Stadtgarde unter dem Befehl der Munizipalität. Abolition oder Abſchaffung der Septembergeſetze. Freiheit des Wortes, Freiheit der Preſſe, Freiheit der Petition, Freiheit der Aſſociation, Freiheit der Wahl.

Wahlreform. Jeder Nationalgardiſt iſt Wähler und wählbar. Reform des Parlaments. Bezahlung der Deputirten; die öffentlichen Beamten an ihren

*) Auf dem Eintrachtsplatze, nahe bei der Stelle wo König Ludwig XVI. und ſein Vater unter der Guillotine geblutet hatten, unterzeichnete er die Abdankungs-Urkunde; aber es war ſchon zu ſpät. Das Volk, welches das Heft in der Hand hatte, wollte keine königliche Regentſchaft für den Enkel des Königs, nämlich den Grafen von Paris.

Posten, Reform der Pairskammer. Eben so wenig eine königliche Ernennung als erbliche Aristokratie. Administrative Reform. Garantien oder Bürgschaften für alle Beamte gegen den Mißbrauch der Bevorzugungen und Konnexionen. Das Eigenthum geachtet, aber der Arbeit ihr Recht garantirt. Dem Volke Arbeit geschenkt.

Einigung und brüderliche Verbindung zwischen den Industriellen und den Arbeitern. Gleichheit der Rechte durch allgemein gegebene Erziehung; Waisenhäuser, Asylhallen, landwirthschaftliche Schulen, städtische Schulen. Keine Unterdrückung und Ausbeutung der Kindheit mehr. Absolute Freiheit der Kulten. Absolute Gewissens-Freiheit. Schutz für alle Schwachen, Frauen und Kinder. Frieden und heilige Allianz unter allen Völkern. Abschaffung des Krieges, wo das Volk zum Kanonenfutter dient. Unabhängigkeit für alle Nationalitäten. Frankreich sey die Hüterin der Rechte schwacher Völker. Die Ordnung gegründet auf die Freiheit. Allgemeines Bruderthum.«

In der Deputirtenkammer dauerte indessen das Drama fort. Die Zugänge zur Kammer waren Aufen, vom linken Ufer vollständig frei gehalten, jedoch die Brücke so wie der Platz de la Konkorde waren gesperrt, und ein starkes Detaschement Kaoallerie hielt den Brückenkopf so wie den Winkel des Quai des Tuileriens besetzt.

Im Innern des Palastes war das Ansehen der Versammlung ernst und feierlich, und die konservativen Deputirten fragten die von Außen kommenden Personen mit auffallender Unruhe und Verwirrung, wie sich die Sache gestalte; bekamen aber mit jedem Augenblicke immer mehr Ueberzeugung, daß sie ihre Sache verloren haben.

Gegen die Nachmittagsstunde von 2 Uhr, wendete sich der Präsident plötzlich gegen die Seitenthüre, als erwarte er die Ankunft von Personen von Außen her; und bald verbreitete sich auf den Tribunen die Neuigkeit, daß die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen erscheinen werde.

Die Deputirten traten jetzt sehr zahlreich, es mögen ungefähr dreihundert gewesen seyn, in den Sitzungs-Saal ein, jedoch die Ministerbank blieb gänzlich unbesetzt.

Nun trat die Herzogin von Orleans, nachdem sich der König Ludwig Philipp von Paris entfernt hatte, mit ihren beiden Söhnen, den Grafen von Paris und den Herzog von Chartres Beide in der Hand führend, und begleitet von ihren Schwägern, den Herzogen von Nemours, und von Montpensier, dann einigen höhern Offizieren, in die Mitte der Versammlung.

Sie war schwarz gekleidet, und ebenso ihre beiden Söhne. Bei ihrem Eintritte wurden sie von der Mehrzahl der Deputirten freudig begrüßt, worauf sich die Herzogin in den Halbkreis, der Tribune gegenüber, auf einen Sessel niederließ, während ihre beiden Söhne ihr zur Seite, hinter ihr aber die Herzogr von Nemours und Montpensier standen. Mehrere mit ihnen zugleich in den Saal gewaltsam eingetretene Leute, die von den Kammern so wenig als von der Regentin etwas wissen wollten, stellten sich an den Fuß der Tribune.

Odilon Barrot der für die Herzogin sprach *), betrat jetzt die Rednerbühne und sprach zu der zahlreichen Versammlung:

Meine Herren! Niemals haben wir eine größere Kaltblütigkeit, einen größeren Patriotismus bedurft als jetzt. Könnten wir alle in demselben Gefühl vereinigt bleiben, nämlich dem, das Vaterland von der Geisel eines Bürgerkrieges zu retten.

Die Nationen ohne Zweifel, sterben nicht, aber sie können sich durch innern Zwist schwächen.

Niemals hat Frankreich mehr seiner ganzen Größe, seiner ganzen Kraft nothwendig gehabt als jetzt.

In dieser Lage liegt unsere Pflicht vollständig vorgezeichnet. Sie fordert uns auf, uns an die edelmüthigsten Regungen im Herzen der Nation zu schließen.

Die Juli-Krone ruht auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes.«

Da hier die Stimme des Redners unterbrochen wurde, so wollte die Herzogin von Orleans das Wort nehmen; aber man konnte nur die wenigen Worte verstehen: »Ich habe hier meine Kinder.« . . .

Der Lärm erstickte ihre Stimme, und sie wurde von ihrer nächsten Umgebung genöthigt, sich wieder zu setzen, worauf die Ruhe nach und nach wieder hergestellt ward.

Nun sprach Odilon Barrot, per die Tribune nicht verlassen hatte, wieder weiter:

»Im Namen der politischen Freiheit in unserm Lande, im Namen der Bedürfnisse der Ordnung vor Allem, im Namen unserer Einigkeit und Uebereinstimmung unter so schwierigen Umständen, verlange ich hier vom ganzen Vaterlande, sich um seine Repräsentanten von der Juli-Revolution zu sammeln.

Um so mehr Größe und Edelherzigkeit darin liegt, so die Reinheit und Unschuld zu erhalten, und zu erheben, um so gewisser wird mein Vaterland sich mit Muth dieser Pflicht unterziehen. Meinerseits würde ich mich glücklich schätzen, mein Leben, kurz Alles worüber ich in dieser Welt zu gebieten habe, dem Triumphe dieser Sache zu widmen, welche die der wahren Freiheit in meinem Lande ist.

Behauptet man etwa hier in Frage zu stellen, was wir durch die Juli-Revolution entschieden haben?

Meine Herren! Die Umstände sind schwierig, ich gebe es zu; aber es gibt in diesem Lande solche Elemente der Größe, Hochherzigkeit und gesunden Vernunft, daß ich überzeugt bin, es genügt, an sie zu appelliren, damit die ganze Bevölkerung von Paris sich um die Fahne erhebe.

Es finden sich in ihr alle Mittel die ganz Freiheit zu erhalten, worauf dieses Land Anspruch zu machen ein Recht hat, sie mit allen Bedürfnissen der

*) Dupin sprach schon früher für die Regentschaft der Herzogin. — Marie sprach dagegen, weil sie ungesetzlich sey, und forderte, daß eine provisorische Regierung gewählt werden müsse.

Die Herzogin von Orleans tritt mit ihren Söhnen in den Sitzungs-Saal.

Ordnung zu vereinigen, welche ihm so nothwendig sind, alle lebendigen Kräfte dieses Landes um sich zu schaaren und die großen Prüfungen zu überstehen, welche ihm vielleicht noch vorbehalten sind.

Diese Pflicht ist eine einfache, von der Ehre und den wahren Interessen des Landes vorgezeichnete; wenn wir sie nicht mit Festigkeit, Ausdauer und Muth zu erfüllen wissen, so weiß ich nicht, welche Folgen daraus entstehen können; aber überzeugen Sie sich, wie ich Ihnen Anfangs gesagt habe; derjenige, welcher den Muth hat, die Verantwortlichkeit eines Bürgerkrieges im Busen unseres edlen Frankreichs auf sich zu laden, der ist schuldig der höchsten Schuld, der ist schuldig an seinem Vaterlande und an der Freiheit Frankreichs und der ganzen Welt. Was mich betrifft, so will ich eine solche Last nicht auf mich nehmen. Die Regentschaft der Herzogin von Orleans.

Ein Ministerium aus den bewährtesten Ansichten gewählt oder zusammengesetzt; dann die Appellation an das Land, welches sich mit seiner ganzen Freiheit in einer gesetzmäßigen Form aussprechen wird: Das ist dasjenige, was der Lage angemessen ist.

Solches ist wenigstens meine Meinung, und für mich werde ich nicht die Verantwortlichkeit einer andern Lage auf mich nehmen.«

In diesem Augenblicke erhebt sich ein Tumult, und während dem Geschrei »zur Ordnung,« drängt ein Haufe bewaffneter Nationalgarden, Studenten und Arbeiter in den Sitzungs-Saale vor, und zwar bis zu dem Halbkreise wo sich die Herzogin befand. Mehrere trugen Fahnen, und machten durch ihr Geschrei eine solche allgemeine Verwirrung, daß sich der größte Theil der auf den Mittelbänken sitzenden Mitglieder nach den oberen Sitzen zurückzukommen beeilte.

Das Geschrei, »Wir wollen die Rechtsverlustt-Erklärung des Königs, den Rechtsverlust u. s. f.,« wurde unaufhörlich von denjenigen, welche den Haufen anführten, ausgesprochen.

Unter diesem allgemeinen Geschrei und der immer mehr zugenommenen Verwirrung bestieg jetzt Chevalier, der gewesene Redakteur der Bibliothèque Historique, der nicht zu den Kammer-Mitgliedern gehörte, die Tribune und sprach:

»Meine Herren! glauben Sie an die Mäßigung meiner Worte. Ich will Ihnen das einzige Mittel vorschlagen, welches Sie aus der Verlegenheit ziehen kann. Wenn Sie die Situation retten wollen, so haben Sie nur eines zu thun. Hören Sie mich! — Hüthen Sie sich, den Grafen von Paris zu proklamiren ohne Recht; aber haben die Herzogin von Orleans und der Graf von Paris den Muth, sich auf die Boulevards ohne Festungs-Wälle der Stadt in die Mitte des Volkes und der Nationalgarde zu begeben, so mache ich mich verantwortlich für ihre Sicherheit. Wenn das Volk nicht seine Zustimmung gibt, ihm die Macht zu übertragen. . . . .

Hier wurde der Redner von dem Geschrei Vive la Republique! unterbrochen. Endlich ferricht er wieder weiter.

Das Einzige was Sie in diesem Augenblicke zu thun haben ist, uns eine Regierung zu geben, und dieß ist hier auf der Stelle zu thun.

Sie können eine ganze Nation nicht ohne Obrigkeit lassen, dieses ist das erste Bedürfniß, dem Sie jetzt abzuhelfen haben.« . . .

Während dieser Rede erneuerte sich der Lärm durch den Eindrang einer Menschen-Masse in den Saal, und die Herzogin von Orleans sah sich genöthigt mit ihren beiden Söhnen und ihren Begleitern sich aus dem Versammlungs-Saale zu entfernen.

Der Gang, durch welchen die königlichen Personen ihre Flucht nehmen wollten, war aber von Menschen so sehr überfüllt, daß die Herzogin von ihren Kindern getrennt wurde, welche für den Augenblick ein Offiziant der Kammer in Schutz nahm. Um aber auch der Herzogin ihre Flucht zu erleichtern, wurde ihr eine Blouse über ihr Trauerkleid angezogen.

Der Graf von Paris weinte, und als ihn die Personen, welche sich seiner angenommen hatten, fragten, warum er weine, sagte er, dieses könne er seiner Mutter nur allein sagen. Endlich kamen die Kinder mit ihrer Mutter wieder zusammen, nachdem sie sich inzwischen in das Invalidenhaus begeben hatte, von wo sie nach einigen Tagen nach Neuilly fuhr, und so endlich die Grenze erreichte.

Während dieser Zeit hatte in der Kammer die Versammlung ein Ansehen angenommen, welches an die stürmischen Sitzungen der Convention erinnerte; ja die Unruhe und Verwirrung stand auf ihrem höchsten Gipfel.

Ein Bürger in Offiziers-Uniform bestieg jetzt die Rednerbühne, und legte auf den Marmor den Stumpf einer dreifarbigen Fahne mit den Worten nieder.

»Meine Herren! Das Volk hat seine Unabhängigkeit und Freiheit heute, eben so wie im Jahre 1830 wieder erobert. Sie wissen, daß der Thron in den Tuilerien zerbrochen, und zum Fenster hinaus geworfen worden ist.«

Als der Bürger-Offizier diese Worte gesprochen hatte, erschienen auch Cremieux, Ledru-Rollin und Lamartine zu gleicher Zeit auf der Tribune.

Nun hörte man eine Stimme aus dem Haufen der Volksmenge schreien: »Keine Bourbons mehr! Nieder mit den Verräthern! — Eine provisorische Regierung auf der Stelle.«

Unter diesem verwirrten Geschrei entfernten sich mehrere Deputirte durch die Thüre hinaus, und Ledru-Rollin richtete sich an die Leute des Haufens, verlangte im Namen des Volkes Ruhe, und eröffnete seine Rede mit folgenden Worten.

»Im Namen des Volkes sey man überall in Waffen. Herren von Paris, wie man sich auch stelle, ich protestire gegen die Art der Regierung, welche man uns eben auf dieser Tribune vorgeschlagen hat.

Ich thue nicht wie Ihr etwas Neues; denn im Jahre 1842 bei der Diskussion des Gesetzes über die Regentschaft habe ich allein in diesem Zirkel erklärt, daß man es nicht machen dürfe, ohne an das Land zu appelliren.

Man hat zu Euch so eben von der glorreichen Revolution vom Jahre 1789 gesprochen. Geben wir wohl Acht, daß die Leute, die so sprechen, den wahren Geist derselben nicht kennen, und vor allem ihre Konstitution nicht respektiren wollen.

Im Jahre 1791 wurde im Texte der Konstitution selbst erklärt, daß die konstituirende Versammlung, die, wohlgemerkt, mit besonderer Vollmacht ausgestattet war, nicht das Recht habe, ein Regentschaftsgesetz zu geben, und daß man an das ganze Land zu appelliren habe.

Dieses ist der Text der Konstitution vom Jahre 1791.

Nun meine Herren, seit zwei Tagen schlagen wir uns für dieses Recht. — Gut! Wenn Ihr behauptet, daß eine Regierung durch Zuruf, eine ephemere Regierung, welche der revolutionäre Zorn hinwegfegt, wenn Ihr behauptet, daß diese Regierung existirt, so wollen wir uns im Namen der Konstitution vom Jahre 1791 weiter schlagen, welche über unserem Lande, welche über unserer Geschichte schwebt, und welche will, daß eine Appellation an das Land Statt finde, um eine Regentschaft möglich zu machen.«

Hierauf hört man eine Stimme: »Es ist nicht anders möglich.«

Ledru-Rollin fragte: »Also keine Regentschaft möglich.«

Hierauf erwiedern viele Stimmen: »Wir wollen keine Regentschaft.«

Ledru-Rollin. Keine Regentschaft möglich, wie man eben den Versuch gemacht hat, sie uns auf eine Manier aufzubringen, die ich wahrhaft sonderbar und usurpatorisch finden muß.

Wie können Sie, die Majorität selbst, mit einem Male das Gesetz zerbrechen, welches Sie gegen unsere Bemühungen im Jahre 1842 durchgesetzt haben? Das geht nicht, das ist eine Auskunft, die im Lande keine Wurzeln hat.

Im Namen des Rechtes selbst, das man auch in den Revolutionen respektiren soll, denn nur durch das Recht sind wir stark. Im Namen des Volkes, protestire ich also gegen jede neue Usurpation.

Ihr habt von Ordnung, von Blutvergießen gesprochen. Ach! das Blut vergießen, es rührt uns das Herz, denn wir haben es so nahe gesehen als vielleicht Keiner hier.

Gut! Wir erklären doch immer noch, das Blutvergießen kann nicht aufhören, als bis dem Prinzip und dem Rechte genug geschehen ist; und diejenigen, welche sich eben geschlagen haben, werden sich noch diesen Abend schlagen, wenn man ihre Rechte verkennen will.

Im Namen des Volkes, welches Alles ist, frage ich, welche Garantien oder Bürgschaften eine Regierung, die man diesen Augenblick auf den Thron setzen wollte, welche Garantien sie uns gibt?«

Während dieser Rede stand Jemand auf der Bank im Mittelpunkte der Rednerbühne gegenüber auf, und schrieit.

»Ich erkläre, daß die hier ausgestoßenen Worte . . . . . aber bei diesen Worten wurde der Redner von den ihm nebenanstehenden Deputirten zum Stillschweigen gebeten, er aber schrie. »Nein! Nein! — ich protestire.« — Hierauf entstand ein allgemeiner Lärm, und der Redner wurde durch die Bemühungen der Deputirten aus dem Saal gebracht.

Nun setzte Ledru-Rollin, nachdem er von den Anwesenden zum Schluße seiner Rede aufgefordert wurde, seine Rede wieder weiter fort:

»Meine Herren, nachdem ich so im Namen des Volkes spreche, behaupte ich, im Rechte zu bleiben, und ich rufe zwei Erinnerungen an, nämlich:

Im Jahre 1815 wollte Napoleon zu Gunsten seines Sohnes, des Königs von Rom abdanken, das Land trat ohne auf, und verweigerte es.

Im Jahre 1830 wollte Karl X. zu Gunsten seines Enkels abdanken, das Land trat aber wieder auf, und verweigerte es.

Heute ist nun das Land auf, und Ihr könnt Nichts thun, ohne es zu befragen.

Ich verlange also, mit einem Worte, eine provisorische Regierung, nicht von der Kammer ernannt, sondern vom Volke. Eine provisorische Regierung und die unmittelbare Berufung, an eine Konvention, welche die Rechte des Volkes zu ordnen haben soll.«

Nachdem über diesen Schluß der Rede ein allgemeiner Beifall ausgesprochen ward, trat Lamartine, welcher auf der Rednerbühne geblieben war, vor, und nahm das Wort.

»Meine Herren! ich theile tief mit jedem unter Ihnen das doppelte Gefühl, welches diese Versammlung so eben beim Anblick einer der rührendsten Schauspiele bewegt hat, welches die menschlichen Jahrbücher nur darbieten können; das einer erhabenen Prinzessin, die sich aus der Mitte eines verlassenen Palastes in die Mitte der Repräsentanten des Volkes stürzt.«

Von allen Seiten hörte man jetzt den Ruf, »Sehr gut! sehr gut — Hört! Hört!« Man hat aber unter diesem Lärm den Redner nicht weiter verstanden, und er wiederholte nochmals die Worte.

»Ich bitte den Schluß meiner Rede abzuwarten. Ich sagte, meine Herren, daß ich eben so tief, als irgend Jemand in diesem Kreise das doppelte Gefühl theile, der ihn so eben bewegt. Und hier mache ich keine Unterschreidung, denn der Augenblick gestattet sie nicht, zwischen der National-Repräsentation und der Repräsentation der Bürger, des ganzen Volkes, und ferner dieser Augenblick ist der Augenblick der Gleichheit, und diese Gleichheit wird, ich bin es überzeugt, nur dazu dienen, die Hierarchie der Mission erkennen zu lassen, welche besondere Männer von ihrem Vaterlande erhalten haben, nicht um die Besänftigung, sondern um das erste Zeichen zur Wiederherstellung der Eintracht und des öffentlichen Friedens zu geben.

Aber meine Herren, wenn ich diese Bewegung theile, welche das rührende Schauspiel der großen menschlichen Ereigniße einflößt, wenn ich die Ehrfurcht theile, welche Sie alle — welcher Meinung Sie auch zugehören mögen — in diesem Kreise beseelt, so habe ich nicht weniger lebhaft die Ehrfurcht vor diesem glorreichen Volke getheilt, welches seit drei

Tagen kämpft, um eine treulose Regierung zu stürzen, und auf einer fortan unerschütterlichen Grundlage die Herrschaft der Ordnung und die Herrschaft der Freiheit zu begründen.

Allein, meine Herren, ich mache mir nicht die Täuschung, welche man sich so eben auf dieser Tribune machte; ich denke mir nicht, daß ein unmittelbarischer einer Rührung und öffentlichen Empfindung entrissener Zuruf, ein solides unerschütterliches Recht und die Regierung über 35 Millionen Menschen begründen könne.

Ich weiß, daß, was ein Zuruf proklamirt, ein anderer Zuruf hinwegsegen kann, und welches auch die Regierung seyn mag, welche es der Weisheit und den Interessen dieses Landes gefällt, sich zu geben, in der Krise, worin wir uns befinden, ist es dem Volke, ist es allen Klassen der Bevölkerung, ist es allen denen, welche einen Tropfen ihres Blutes in diesem Kampfe vergossen haben, von Bedeutung, eine populäre oder volksrechtliche, feste, kurz unerschütterliche Regierung zu begründen.«

Hierauf erfolgte ein vielseitiger Beifallsruf, nach welchem der Redner wieder weiter sprach:

»Wohl! Meine Herren, wie aber diese Regierung bewerkstelligen? Wie sie finden unter diesen wogenden Elementen, in diesem Sturme, von dem wir Alle fortgerissen werden, und wo eine andere Welle schon die Welle überwogt, welche sie in diesen Kreis getragen hat! Wie diese unerschütterliche Basis finden?

Indem wir in den Grund des Landes selbst herabsteigen, indem wir daraus jenes große Geheimniß des Volksrechts hervorziehen, von welchem alle Ordnung, alle Wahrheit, alle Freiheit hervorgeht!

Darum unterstütze ich, weit entfernt, zu jenen Ausflüchten, jenen Ueberraschungen, jenen Rührungen Zuflucht zu nehmen, die ein Volk, wie Sie sehen, früher oder später bereuet; wenn diese Täuschungen schwinden und nichts Festes, Bleibendes, wahrhaft Volksthümliches und Unerschütterliches dem Lande unter den Füßen lassen; darum unterstütze ich mit allen meinen Kräften die doppelte Forderung, welche ich zuerst auf dieser Tribune gemacht haben würde, wenn man mir beim Anfange der Sitzung den Zutritt gestattet hätte; die Forderung einer Regierung zunächst, ich gebe es zu, der Nothwendigkeit, der öffentlichen Ordnung, der Umstände, einer Regierung, welche das Blut aufhält, welches da fließt, einer Regierung, welche dem innern Kriege unter den Bürgern Einhalt thut.«

Nach vielen Beifallsbezeugungen fährt Lamartine in seiner Rede noch weiter fort:

»Einer Regierung, welche jenes furchtbare Mißverständniß aufhebt, das seit einigen Jahren zwischen den verschiedenen Klassen der Bürger besteht, das uns nicht als ein einziges Volk erkennen läßt, und uns so verhindert, uns zu lieben und uns zu umarmen.

Ich fordere also, daß man auf der Stelle aus dem Rechte des öffentlichen Friedens, aus dem Rechte des Blutes, welches da fließt, aus dem Rechte des Volkes, das vor der glorreichen Arbeit, die es seit drei Tagen vollbringt, Hungers sterben kann, verlange ich, daß man eine provisorische Regierung einsetze, — eine Regierung, welche der definitiven Regierung, wie es dem Lande belieben wird, sich zu geben, nachdem es befragt worden, in keinem, weder unserer Rechte, noch unserer Zorngerichte vorgreife. Ich fordere also eine provisorische Regierung.«

Jetzt hörte man von allen Seiten das Verlangen, nach den Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung, worauf mehrere Personen dem Lamartine zugleich eine Liste überreichten.

Lamartine sprach aber, »Warten Sie meine Herren. Diese provisorische Regierung muß, nach meiner Ansicht, zur Aufgabe haben, zur ersten und großen Aufgabe.

1. Die unumgänglich nöthige Ruhe, um den öffentlichen Frieden unter den Bürgern herzustellen.

2. Auf der Stelle die nöthigen Maßregeln zur Zusammenberufung des ganzen Landes vorzubereiten, und es zu befragen; die ganze Nationalgarde zu befragen; das ganze Land zu befragen; Alles was in seinem Titel als Mensch die Bürgerrechte trägt; und noch ein letztes Wort:

Die Gewalten, welche seit vierzig Jahren auf einander gefolgt sind. . . . .«

Aber in diesem Augenblicke hörte man von Außen ein furchtbares Lärmen gegen eine der öffentlichen Gallerien. Die Thüren wurden durch heftige Stöße mit den Flintenkolben eingeschlagen, und vieles Volk von Nationalgarden untermischt, drang jetzt mit dem wüthenden Geschrei, »Nieder mit der Kammer; nieder mit den Deputirten in den Saal.

Einer dieser Menschen legte sogar sein Gewehr in der Richtung nach der Rednerbühne an; aber durch das abwehrende Geschrei von Andern, »schieße nicht, es ist ja Lamartine« ließ er sich von seinen Kameraden bewegen, mit seiner Mordwaffe abzuziehen.

Der Präsident Sauzet erklärte jetzt, da das Lärmen immer mehr zunahm, und keine Ruhe herzustellen möglich war, die Sitzung für aufgehoben, und ergreift unter einem allgemeinen Hohngelächter, von vielen Deputirten begleitet, die Flucht.

Damit hatte die Versammlung der Deputirten-Kammer ein Ende, jedoch das Volk mit Gewehren und Säbeln bewaffnet, unter die Nationalgardisten und eine große Anzahl Deputirte die noch zurückgeblieben waren, gemischt, blieben in dem Saal eorsammelt, und so nahm jetzt die Sitzung des souverainen Volkes von Paris ihren Anfang.

Nach einigen Augenblicken des Tumults bestieg Dupont (de l'Eure) den Präsidentenstuhl, umgeben von einer großen Anzahl Volkes und Nationalgarden; während Lamartine noch immer auf der Tribune geblieben ist, und vergeblich Anstrengungen machte, den Lärm zu besänftigen.

Der Tumult nahm aber immer mehr zu, so daß es dem Redner gar nicht möglich war, zur Sprache zu kommen.

Endlich ertönte die kräftige Stimme eines Mannes mit dem Gewehr in der Hand, der von den Anwesenden blos einen Augenblick Stillschweigen verlangte, um die Namen derjenigen Personen zu hö-

ren, aus welchen die provisorische Regierung bestehen soll.

Dabei wurde Lamartine von vielen Umstehenden gebeten, nur so lange abzuwarten, bis die Ruhe wieder hergestellt sey, um dann sprechen zu können; und als wirklich die Ruhe wieder einigermassen hergestellt war, erhob sich Lamartine und sprach:

»Meine Herren, den Vorschlag welchen ich unterstütze, und welchem Sie durch Ihren Zuruf nach dieser Tribune bestätigt haben, kommt zur Erfüllung. Eine provisorische Regierung wird namentlich bekannt gemacht werden.«

Hierauf zog sich Lamartine nach dem hintern Theile der Tribune zurück, und Dumoulin bestieg die Tribune, und suchte sich verständlich zu machen; aber der fortgesetzte Lärm verhinderte ihn zu Worte zu kommen.

Nun erschien wieder Lamartine, und bat dringend um Ruhe, wenn man die Namen der provisorischen Regierung proklamiren soll; worauf von Dupont (de l'Eure) der Reihe nach folgende Namen aufgerufen wurden.

Lamartine — Ledru-Rollin — Arago — Dupont de l'Eure — M. Marie.

Hierauf verließ Lamartine die Kammer, begleitet von einer grossen Anzahl von Bürgern.

Indessen dauerte aber der Tumult in den, auf den Bänken der Kammer im Halbkreis und in den Gängen zerstreuten Menschen, noch immer fort.

Nun ergriff Ledru-Rollin das Wort und sprach. — »Bürger! Ihr begreift, daß Ihr hier eine wichtige Handlung unternehmt, nachdem ihr eine provisorische Regierung ernennt.

In solchen Umständen, wie diese, worin wir uns befinden, müssen alle Bürger denjenigen, welche sich als seine Repräsentanten konstituiren wollen, Ruhe und Aufmerksamkeit schenken, daher hört mich ruhig an.

Wir haben etwas Wichtiges vor uns. Es haben eben Reklamationen Statt gefunden; es darf daher eine provisorische Regierung nicht auf eine leichtsinnige Weise ernannt werden. Wollt Ihr mir also erlauben, Euch die Namen zu nennen, welche die Stimmenmehrheit zu proklamiren scheint; ich werde Euch die Namen vorlesen, und wie sie Euch anstehen oder nicht belieben sollten, so ruft bei jeden Namen Ja oder Nein, und um dabei etwas Offizielles zu thun, so bitte ich die Herren Stenographen des Moniteur, die Namen, wie ich sie ausspreche, zu verzeichnen, da wir Frankreich keine Namen präsentiren dürfen, die Ihr nicht gebilligt habt.«

Hierauf wurden folgende Namen vorgetragen, und dabei immer von den Anwesenden durch Ja oder Nein, das entscheidende Woet ausgesprochen.

Dupont (de l'Eure). (Ja!)
Arago. (Ja!)
Lamartine. (Ja!)
Ledru-Rollin. (Ja!)
Garnier-Pagès. (Ja! — Nein!)
Marie. (Ja! — Nein!)

»Nun meine Herren, erlauben Sie mir hier noch ein Wort auszusprechen.

Die provisorische Regierung, welche so eben ernannt ist, hat große, ungeheure Pflichten zu erfüllen. Es wird also nöthig seyn die Sitzung aufzuheben, um sich in den Schooß der Regierung zu begeben, und alle nothwendigen Maßregeln zu nehmen, um dem Blutvergießen Einhalt zu thun und dem Volke seine Rechte zu versichern.«

Nach diesen Worten fing wieder ein verworrenes Geschrei an, und man hörte den Ausruf, »nach dem Hôtel de Ville, nämlich nach dem Stadthause! Vive la République. — Nicht nach dem Hôtel de Ville, der Mittelpunkt der Regierung ist hier. — Keine Civil-Liste mehr! Kein Königthum mehr, u. s. w.

Während diesem Lärmen zog sich Ledru-Rollin zurück, und entfernte sich von mehreren Bürgern begleitet, denen auch Viele von dem anwesenden Volke nachfolgten, und so wurde der Saal nach und nach immer Menschenleerer.

Während diesem Abzuge richtete plötzlich einer aus den Anwesenden seine Aufmerksamkeit auf das große Gemälde über dem Bureau, hinter dem Präsidenten-Sessel, welches die Beziehung Ludwig Philipps auf die Charte vorstellt und das Geschrei: zerreißt dieses Gemälde, verbreitete sich durch die ganze Volksmenge.

Schon stiegen mehrere auf das Bureau, und wollten das Gemälde zerhauen und zerstechen, da trat aber in demselben Augenblicke ein Arbeiter mit einer Doppelflinte hervor, und schreit:

»Halt! ich werde auf Ludwig Philipp schießen,« und mit diesen Worten feuerte er sein Gewehr auf das Bildniß ab.

Nun stürzt über diese That entrüstet, ein Tapezierergehilfe Namens Theodor Sir auf die Tribune, verschaffte sich Ruhe, und sprach:

»Achtung vor den Denkmälern! Achtung vor dem Eigenthume! Warum zerstören? Warum auf diese Gemälde schießen? Wir haben gezeigt, daß man das Volk nicht schlecht regieren darf; — zeigen wir jetzt, daß das Volk die Denkmäler zu achten, und seinem Siege Ehre zu machen weiß!«

Diese mit Kraft und Beredtsamkeit ausgesprochenen Worte wurden auch mit einem allgemeinen Beifallsgeschrei aufgenommen, und Alles entfernte sich, um nach dem Hôtel de Ville zu ziehen.

Volksmassen, ohne Ordnung, und noch unruhig über den gemachten Triumph, und eben so auch mißtrauisch über den erfolgten Sieg, hatten sowohl den Platz, die nahestgenden Straßen, die Stiegen und Säle des Stadthauses fast überschwemmt.

Der Zug durchdrängte jetzt diese aufgestellte Volksmasse, und ließ sich ungeachtet aller Bitten und Bemühungen eines Cremieux, Lamartine, Dupont de l'Eure, Marie, Louis Blanc zur Ordnung und Ruhe bringen; denn kaum war man zu einem Erfolge gekommen, so zeigte sich schon wieder ein anderer Volkshaufe mit Säbeln, Flinten und Bajonetten bewaffnet, auf dem Platze; der noch von Blut gefärbt, und mit todten Pferden bedeckt war.

Während diesem Lärmen und unaufhaltsamen Treiben, zogen fast in jedem Augenblicke Todtenbahren, auf welchen man die todten Körper, der in den zwei Tagen gefallenen Opfer trug, über den Platz in den Saal des Hôtel de Ville, der mit Leichnamen angefüllt war, was vorzüglich dazu diente, die Rache des Volkes noch mehr aufzureizen.

Die Sitzung hatte indessen ihren Fortgang, und die republikanische Verfassung war unter freiem Himmel proklamirt oder ausgerufen worden *).

Nach dieser Sitzung unter freiem Himmel zog sich die provisorische Regierung wieder in den großen Saal des Hôtel de Ville zurück, wo schon so viele denkwürdige Handlungen jener großen revolutionären Dramen vor sich gegangen sind.

Die provisorische Regierung machte hier in zwei Stunden die unzähligen Geschäfte ab, womit sie von dem Volke belagert war; und so endete der Tag des 24. Februar 1848.

*) Frankreich hat, wie aus der Geschichte bekannt ist, mit der Monarchie allerdings kein Glück gemacht, denn in der langen Reihe seiner Könige trifft man auf wenig bedeutende Männer; ja selbst in dem Gedächtniß seiner besten Regenten finden sich häßliche schwarze Flecken.

Nach dem Sturze des Throns im Jahre 1792 unter Ludwig dem XVI., der unter der Guillotine geblutet, wurde er dreimal aufgerichtet, und dreimal wieder durch erstarrende die Schuld derjenigen, welche ihn in Besitz hatten, zusammen.

Wird aber Frankreich unter der Republik glücklicher seyn?

Die Republik ist eine Form, und sie wird eine todte oder misbrauchte Form bleiben, wenn ihr nicht das Volk einen edlen Geist einzuhauchen verspricht.

In Republiken legt nicht das Ansehen der Regierenden den Leidenschaften einen Zügel an, sondern die Achtung vor dem Gesetz.

Einfach in Sitte und Lebensweise, ohne verschwenderischen Ehrgeiz und jene Begierden, welche das eigene Ich zum Gegenstande der Bestrebungen haben, muß der republikanische Bürger in der Hingebung an das Vaterland in uneigennützige Beförderung der Wohlfahrt, Sicherheit, Macht und Größe desselben sein höchstes Ziel finden.

Die griechischen Republiken belohnten ihre Angestellten Brauen it. nicht; ja in ihren schönsten Tagen selbst nicht einmal ihre Krieger. Dem Vaterlande zu dienen war ein Recht, welches durch das Vertrauen der Mitbürger, und den Ruhm, sich um das allgemeine Beste verdient gemacht zu haben, hinreichend belohnt schien.

Hat Amerika, wo sich über einen weitläufigen, ja fast endlosen fruchtbaren Boden, eine nach Verhältniß sehr geringe Bevölkerung ausbreitet, schon eine zuverläßige Probe für die Güte und Haltbarkeit seiner Verfassung gezeigt? Sind Menschen und Verhältnisse in Frankreich so beschaffen, um dieser republikanischen Regierungsform Glück und Dauer zu versprechen?

Die Erfahrung wird uns darüber belehren, jedoch so viel steht unbezweifelt jedenfalls fest:

„Der Mensch muß passend leben, passend in seinem ganzen Wesen zu der Verfassungsform in der er lebt.“ Das erste Erforderniß für eine Republik sind also Republikaner, und der Anfang der neuen französischen Republik gibt allerdings wenig Hoffnung für ihre Dauer.

Es war nicht genug, zerstört zu haben, man mußte auch wieder aufbauen, und dieses geschah mit eben so großer Schnelligkeit, als die Zerstörung Statt gefunden hatte.

Ja die provisorische Regierung schien mit dem Volke an Kraft und Thätigkeit wetteifern zu wollen, und erließ schon am 25. Februar folgende Proklamationen, Bescheide und Verordnungen:

»An das französische Volk! Eine rückwirkende und nur von Wenigen geleitete Regierung ist von dem Heldenmuth des französischen Volkes gestürzt.

Diese Regierung ist entflohen und hat eine Blutspur hinter sich gelassen, welche ihr die Rückkehr auf ewig verbietet.

Das Blut des Volkes ist wie im Monat Juli geflossen; aber dießmal soll dieses großherzige Blut nicht betrogen seyn; es hat sich eine nationale und populäre Regierung in Harmonie mit den Rechten, dem Fortschritt und dem Willen dieses großherzigen Volkes erobert.

Eine provisorische Regierung, hervorgegangen aus dem Zurufe und dem Drange der Stimme des Volkes und der Departements-Deputirten, in der Sitzung des 24. Februar ist augenblicklich mit der Sorge beauftragt, den Sieg zu organisiren und zu versichern.

Sie wird gebildet von Dupont de l'Eure — Lamartine — Cremieux — Arago (vom Institut) — Ledru-Rollin — Garnier-Pagés — Marie — Louis Blank — Armand Marrast — Flocon — Albert (ein Arbeiter), als Sekretär bei den Berathungen — Dumon — Alexandre — de Montaigu und Maurin, als Unter-Sekretär bei den Berathungen.

Dupont de l'Eure ist zum Minister-Raths Präsidenten ohne Portefeuille ernannt worden. — Lamartine zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. — Arago zum Minister der Marine. — Cremieux zum Justiz-Minister. — Bedeau zum Minister des Krieges, was später aber dahin berichtigt wurde, daß der General Subervoie Kriegsminister und Bedeau Kommandant der ersten Division sey. — Marie zum Minister der öffentlichen Arbeiten. — Ledru-Rollin zum Minister des Innern. — Bethmont zum Handels-Minister. — Carnot, zum Minister des öffentlichen Unterrichts. — Goudchaux zum Minister der Finanzen (durch Garnier-Pagés ersetzt), ferner wurden noch ernannt.

Der General Cavaignac zum Gouverneur von Algerien. — Garnier-Pagés zum Maire von Paris.

Die andern Maires werden provisorisch beibehalten, so wie die Adjunkten unter dem Namen Maire-Adjunkten des Arrondissements oder Bezirks.

Die Polizeipräfektur ist unter den Befehlen des Maire von Paris, und wird unter einem andern Titel konstituirt. Die Municipalgarde ist entlassen. Die Stadtgarde von Paris wird der Nationalgarde anvertraut, unter dem Befehl des Ober-Kommandanten der Nationalgarde von Paris.

Etienne Arago ist zum Kommissär der provisorischen Regierung für die General-Direktion der Posten und Guinard ist zum Chef des Generalstabs der Nationalgarde von Paris ernannt. Buchez ist zum Adjunkten der Maire von Paris ernannt, und Recurt, Adjunkt des Maire von Paris, ist Deputirter des Maire von Paris an der Präfektur.

Die provisorische Regierung ernannte noch außerdem, um der Republik in den Departements Anerkennung zu verschaffen, Kommissäre, unter denen sich A Thouret, früher Girant des Journals »La Révolution de 1830« und Delecluze für Lille, Em. Arago für Lyon, und Reuson für Nimes befanden.«

Hierauf wurden noch folgende Proklamationen erlassen.

»Bürger! Die provisorische Regierung erklärt, daß die gegenwärtige Verfassung von Frankreich die republikanische Verfassung ist, und daß die Nation unmittelbar einberufen werden wird, um durch ihre Stimme den Beschluß der provisorischen Regierung und des Volkes von Paris zu ratifiziren.

Im Namen des französischen Volkes »Abschaffung des Königthums.«

Das Königthum, unter welcher Form es auch sey, ist abgeschafft. — Kein Legitimismus oder Exklusivmachung, kein Buonopartismus, keine Regentschaft mehr.

Die provisorische Regierung hat alle nöthigen Maßregeln getroffen, um die Rückkehr der alten Dynastie und die Einsetzung einer neuen Dynastie zu verhindern.

Die Republik ist proklamirt. — Das Volk ist einig. — Alle die Hauptstadt umgebenden Festungswerke sind in unserer Gewalt.

Die brave Garnison von Vincennes ist eine Garnison von Brüdern.

Bewahren wir mit Ehrfurcht die alte republikanische Flagge, deren drei Farben mit unsern Vätern, die Reise um die Welt gemacht haben.

Zeigen wir, daß dieses Symbol der Gleichheit, der Reinheit, des Bruderthums, zugleich das Symbol der Ordnung und der wahrsten und dauerhaftesten Ordnung ist, weil die Gerechtigkeit ihre Grundlage, und das ganze Volk ihr Werkzeug ist.

Das Volk hat schon begriffen, daß die Verproviantirung von Paris einer freiern Zirkulation in den Straßen von Paris erforderlich machr, und die Hände, welche die Barrikaden erbauten, haben an mehreren Stellen eine für den freien Durchgang der Transportwagen hinlänglich weite Oeffnung gemacht.

Folge man überall diesem Beispiele, nehme Paris wieder sein gewohntes Ansehen, der Handel seine Thätigkeit und sein Vertrauen an; wache das Volk zu gleicher Zeit auf die Behauptung seiner Rechte, und fahre es fort, wie es bisher gethan hat, die Ruhe und öffentliche Sicherheit zu versichern.

Im Namen des französischen Volkes. Die provisorische Regierung verordnet: wie hier folgt in mehreren Proklamationen.

Die Deputirten-Kammer ist aufgelöst. Es ist der Pairskammer verboten, sich wieder zu versammeln.

Eine National-Versammlung wird berufen werden, sobald die provisorische Regierung die zur Abstimmung aller Bürger nothwendigen Ordnungs- und Polizei-Maßregeln getroffen haben wird.

Die provisorische Regierung beschließt:

Die Beamten des Civil- Militär- Gerichts- und Verwaltungsstandes sind ihres Eides entbunden.

Die durch die vorige Regierung aufgelösten Nationalgarden sind reorganisirt von Rechtswegen, und treten unmittelbar in Dienst in der ganzen Ausdehnung der Republik.

Die provisorische Regierung erklärt, daß die Nationalflagge die dreifarbige Flagge ist, deren Farben in der von der französischen Republik festgesetzten Ordnung wieder hergestellt sind *).

Die Flagge hat die Inschrift »französische Republik, Freiheit, Gleichheit, Bruderthum,« drei Worte, welche den Sinn der demokratischen Doktrinen, deren Symbol diese Flagge ist, in seiner ganzen Ausdehnung erklären, während ihre Farben die Traditionen derselben fortpflanzen.

Als Zeichen der Vereinigung und im dankbaren Andenken an den letzten Akt der populären Revolution, tragen die Mitglieder der Regierung und die übrigen Autoritäten die rothe Rosette, welche auch auf die Flaggenstange kommt.

Vier und zwanzig Bataillone mobiler Nationalgarde, werden unmittelbar in der Stadt Paris rekrutirt.

Die Einschreibung fängt von heute Mittag, in den zwölf Mairien des Arrondissements an, wo jeder Wehrmann wohnt.

Diese Nationalgarden bekommen einen Sold von einen Frank 50. Centimen den Tag, und werden auf Kosten des Vaterlands bekleidet und besoldet.

Der Kriegsminister ist beauftragt, sich mit dem General-Kommandanten der Nationalgarde der Seine über die Organisation, die prompte Einkleidung und die Bewaffnung der besagten Bataillone zu verständigen **).

---

*) Was an die blutigen Tage der ersten französischen Revolution und ihre Ausschweifungen erinnern konnte, suchte Lamartine sorgfältig zu unterdrücken, daher sprach er auch mit edler Wärme gegen die blutrothen Fahnen, welche mehrere Volkshaufen schon entfaltet hatten.

**) Ungerne nahmen die bessernden Bürger-Klassen diesen großen Zuwachs in sich auf, und das Mißvergnügen stieg, als der Minister des Innern, Ledru-Rollin, die Auflösung der besondern Grenadier und Voltigeur-Kompagnien befahl, welche aus den wohlhabendsten Einwohnern und Bürgern aller Stadtbezirke der Hauptstadt zusammengesetzt, ein durch glänzendere Uniform ausgezeichnetes Korps bildeten.

Die Kinder der im Kampfe gefallenen Bürger sind vom Vaterlande adoptirt, das heißt, an Kindesstatt angenommen.

Die Republik nimmt auf sich, den Verwundeten und den Familien der Schlachtopfer der Monarchie, jede erforderliche Hilfe zu leisten.

Die Tuilerien sollen fortwährend zum Asyl für die Invaliden der Arbeit dienen; auch sollen National-Werkstätten errichtet werden, wozu der Minister der öffentlichen Arbeiten über die Ausführung dieses Dekrets beauftragt ist.

Die provisorische Regierung überzeugt, daß die Größe der Seele die höchste Politik ist, und daß jede von dem französischen Volke bewerkstelligte Revolution der Welt, die Heiligung einer philosophischen Wahrheit mehr schuldig ist. — In Anbetracht, daß es kein erhabeneres Prinzip gibt, als die Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens. — In Anbetracht, daß in den denkwürdigen Tagen, worin wir uns befinden, die provisorische Regierung mit Streit gefunden hat, daß nicht ein Rache- oder Mordschrei aus dem Munde des Volkes hervorgegangen ist, so wird erklärt:

Daß, ihrer Idee nach, die Todesstrafe in politischen Sachen abgeschafft sey, und daß sie den Wunsch der definitiven Ratifikation der National-Versammlung vorlegen werde.

Die provisorische Regierung hat eine so feste Ueberzeugung von der Wahrheit, welche sie im Namen des französischen Volkes proklamirt, daß, wenn die Schuldigen, welche das Blut Frankreichs vergossen haben, in den Händen des Volkes wären, es in ihren Augen eine mehr exemplarische Züchtigung geben würde, sie zu bemüthigen, als sie zu tödten.

Von Seite des Polizei-Departements wird den Bäckern befohlen, daß, wo sie der zum Brodbacken nöthigen Feuerung Mangel leiden, sie sich beim ersten nächsten Holzhändler mit Holz zu versehen haben, wozu noch insbesondere im Namen der französischen Republik allen Bürgern befohlen wird, ihnen im Nothfalle dazu mit Gewalt behilflich zu seyn.

Die Eleven oder Zöglinge der politechnischen Schule und die Bürger de Bassano und de Solons sind beauftragt, über die ganze und vollständige Ausführung der von der provisorischen Regierung der Republik über die Lebensmittel jeder Art getroffenen Anordnungen zu wachen.

Sie werden darauf halten, daß diejenigen, welche mit Verzehrungsgegenständen oder Lebensmitteln handeln, besonders die Bäcker, einen hinlänglichen Vorrath haben.

Sie haben in dieser Beziehung unbeschränkte Vollmacht, und sie werden sich zu diesem Zwecke in die Hallen, Speicher oder Vorrathskammern begeben, um sich von den vollständigen Vorrath derselben zu versichern und zu überzeugen; auch sind sie ermächtigt, die bewaffnete Macht zur Versicherung der Lieferungen von Lebensmitteln in Anspruch zu nehmen.

Eben so haben sie dafür zu sorgen, und jene, die Barrikaden bewachenden Bürger werden ihnen in dieser großen Aufgabe Vorschub leisten, daß die Zirkulation für die Einfuhr der Vorräthe an Lebensmitteln gehörig frei und unbeschränkt sey.

Jetzt, da Vincennes und die Festungswerke genommen sind, ist das Bedürfniß, sich gegen einen neuen Angriff zu sichern, nicht mehr so überwiegend oder nothwendig.

In Anbetracht, daß seit dem 22. Februar die Zirkulation der Handelskorrespondenzen und Effekten in der Stadt Paris sich suspendirt findet.

In Anbetracht, daß die mit der gemeinsamen Vertheidigung beschäftigten Bürger, ihre Zahlungen haben einstellen müssen.

In Berücksichtigung des Dranges der Umstände und auf den Vorschlag des Finanzministers, wird verordnet:

1. Die fälligen Handels-Effekten zahlbar zu Paris am 22 Februar bis zum 15. März, sind auf zehn Tage verlängert, so daß also die am 22. Februar fälligen Effekten oder Wechsel erst am 3. März zahlbar sind.

2. Alle Wechselproteste, Garantieleistungen und die oben erwähnten Verschreibungen sind ebenfalls suspendirt und auf zehn Tage verlängert.

Im Namen des Vaterlandes, bezeugt die provisorische Regierung der Republik den Zöglingen der politechnischen und der andern Schulen laut ihre Anerkennung für ihre bewunderungswürdige Hingebung, die sich nicht einen Augenblick verläugnet hat.

Die Eitelkeit, nämlich die verwundbarste Stelle der Franzosen wurde dadurch gekränkt, und zwar um so tiefer, als gerade die Nationalgarde durch ihr Auftreten den Sieg der Revolution herbeigeführt hatte.

Von ihren alten Waffengefährten unterstützt, zogen also am 25. März die beleidigten Kompagnien und deren Anhänger, ungefähr 3000 Mann gegen das Stadthaus, um die Rücknahme dieser Maßregel zu bewirken.

In diesem Auftreten der alten Nationalgarde, erblickte man aber gerade den ersten Versuch einer Rückkehr zu monarchischen Bestrebungen, die man nicht kräftig genug abwehren zu können glaubte.

Mit Spott wurden daher die verschiedenen Abtheilungen der Garde vom Volke begrüßt, als sie in mehreren Richtungen zum Stadthause zogen.

Auf diese Weise gelang es auch nur einigen bis dahin vorzudringen, während anderen von den aufgeregten Volksmassen der Weg vertreten wurde, und auch jene richteten bei der Regierung Nichts aus.

Dagegen sammelten sich am folgenden Tage die Arbeiter, und alle diejenigen Männer, welche den demokratischen Grundsätzen anhängig waren, in einer Masse, deren Anzahl über 200,000 Menschen angegeben wird.

In einer solchen großen Anzahl, und mit dem Ausspruche der allgemeinen Anhänglichkeit, war es also ganz natürlich, daß sie ein weit größeres Uebergewicht bei der Regierung sich sicherte, und von diesem Tage an, ging auch der Kampf des besitzenden Bürgerstandes gegen die untern Volksklassen vorherrschend zu werden an.

Alles was die Direktion der ſchönen Künſte und Muſeen angeht, früher zum Reſſort der Civilliſte gehörig, wird einer Abtheilung des Miniſteriums der Innern Angelegenheiten zugewieſen.

Die mit der Empfangnahme der Gemälde für die jährlichen Ausſtellungen beauftragte Jury, wird durch die Wahl ernannt und die Künſtler zu dieſem Zwecke durch einen kürzlich bevorſtehenden Erlaß zuſammen berufen werden.

Die Ausſtellung vom Jahre 1848 wird den 15. März eröffnet.

Die ſeit dem 1. Februar auf den Pfandhäuſern oder Verſatzämtern verpfänderten Gegenſtände, beſtehend aus Wäſche und Kleidungsſtücken u. ſ. w., wofür das Darleihen nicht über zehn Franken beſteht, werden den betreffenden Partheien zurück gegeben.

Die proviſoriſche Regierung der Republik macht ſich verbindlich, die Exiſtenz des Arbeiters durch die Arbeit zu ſichern; und macht ſich zugleich verbindlich, allen Bürgern Arbeit zu verſchaffen.

Sie erkennt den Arbeitern das Recht zu, ſich unter einander zu aſſoziiren, oder zu vergeſellſchaften um des gerechten Lohnes ihrer Arbeit zu genießen.

Die proviſoriſche Regierung vertheilt an die Arbeiter, welchen ſie zukommt, jene Million Geldes welches von der königlichen Civilliſte abfällt oder in Erſparung kommt.

In faſt allen Miniſterien und Aemtern, ſind die Maßregeln getroffen, daß kein Zweig des Dienſtes eine Unterbrechung erleide, und um Alles ohne Aufſchub zu organiſiren, was einzurichten und zu ordnen iſt.

Der Miniſter des Innern, erließ ein Rundſchreiben oder Zirkular an die Präfekten, um ſie einzuladen, die republikaniſche Regierung unmittelbar zu proklamiren, und ihn von den getroffenen Maßregeln zu unterrichten.

Man erließ auch den Befehl, alle politiſch Verurtheilten in Freiheit zu ſetzen, und zugleich, jedem von ihnen, die zur Rückkehr zu ſeiner Familie erforderliche Summe auszufolgen zu laſſen *).

Eben ſo wurde auch der Befehl ertheilt, zur regelmäßigen Bewaffnung der ganzen Bevölkerung von Paris.

Die Bürger, welche keinen Theil der Nationalgarde bilden, werden mit Vorbehalt einer beſtimmten Organiſation in Bataillone eingetheilt, und wählen ſich ſelbſt ihre Offiziere.

Da ſich mehreres Gerede verbreitete, welches Beſorgniß für die Sicherheit des Eigenthums des Bürgers erzeugte, ſo ſprach ſich die proviſoriſche Regierung über ſolche böswillige Aeußerungen mit folgenden Worten aus:

»Die Urheber dieſer ligenhaften Gerüchte, können nur Feinde der republikaniſchen Verfaſſung ſeyn, welche ſich das Volk durch ſeinen Sieg erobert hat. Uebrigens hat die proviſoriſche Regierung den Beſchluß gefaßt, daß jeder auf friſcher That ergriffene Dieb zum Tode verdammt ſey.«

Da von böswilligen Leuten mehrere Monumente beſchädigt wurden, ſo wurde folgende Proklamation bekannt gemacht.

»Keine Beſchädigungen! Keine Unordnungen.«

Die Macht appellirt an den Patriotismus aller guten Bürger, gegen die beklagenswerthen Verſuche einiger verirrten oder böswilligen Menſchen, und dieſe Appellation wird gewiß Gehör finden.

Oeffentliche Gebäude, nämlich das Eigenthum der Nation zu zerſtören oder zu beſchädigen, heißt ſich an der Nation vergreifen. Es iſt eine Beſtheit gegen das Volk, deſſen Hände und Arbeit dieſe Denkmäler errichtet haben. Ehren wir daher das Volk in ſeinen Werken.«

Da ſich auch in der triumphirenden Stadt das böswillige Gerücht verbreitete, als beabſichtigen die Arbeiter, die Maſchinen, Werkzeuge, und beſonders die mechaniſchen Preſſen zu zerſtören, ſo antworteten die Arbeiter ſelbſt in einem öffentlich bekannt gemachten Briefe, der folgenden Inhalts war:

»Brüder! Wir erfahren, daß mitten im Jubel des Triumphs, einige der Unſrigen durch treuloſe Rathſchläge irre geleitet, den Ruhm unſerer Revolution durch Exceſſe beflecken wollen, welche wir mit unſerer ganzen Kraft mißbilligen; — ſie wollen nämlich die mechaniſchen Preſſen zerſtören.

Brüder! Dieſe Leute haben Unrecht; wir leiden wie ſie an den Störungen, welche die Einführung der Maſchinen in die Induſtrie nach ſich geführt hat; aber ſtatt uns an die Erfindungen zu halten, welche die Arbeit verkürzen, und die Produktion vermehren, verklagen wir nun die egoiſtiſchen und kurzſichtigen Regierungen für unſere Leiden. Es kann in Zukunft nicht mehr ſo bleiben.

*) Nachdem die Regierung allen, wegen politiſchen Vergehen Verdafteten die Kerkerthüren geöffnet hatte, ſo ließ ſie damit zugleich ein Heer gegen ſich ſelbſt los, welches gleich zum Angriff der beſtehenden Macht überging.

Die jetzt frei entlaſſenen Leute waren nicht am Platze geweſen, als die Gewalt, worauf ſie durch frühere Anſtrengungen und Leiden einen vorzugsweiſen Anſpruch zu haben glaubten, vertheilt worden war.

Es galt, das Verſäumte nachzuholen, und alle gleich ihnen Uebergegangenen oder nicht Befriedigten um ſich zu ſammeln.

Unter ihrer Leitung bildeten ſich mit verſchiedenen Bewegungen zahlreiche Klubbs, die aber alle nicht den Zweck hatten, die Angelegenheiten des Landes beſonnen zu beſprechen, und der öffentlichen Meinung einen Ausdruck zu geben; ſondern das Beſtehende zu ſtürzen, das Eigenthum und die Familie aufzuheben, und eine andere Ordnung der Dinge einzuführen, über deren Grundſätze ſie übrigens weder einig noch im Klaren waren.

Zuerſt gründeten ſie eine herrſchende Macht neben der Regierung; ſtanden jedoch mit verſchiedenen Gliedern derſelben in genauer Berührung und im offenen Einverſtändniß, wodurch ſie bei Verfolgung ihrer Abſichten freie Hand erhielten, und ſelbſt bewaffnete Schaaren um ſich verſammeln konnten.

Also Achtung vor den Maschinen; übrigens die Maschinen angreifen, heißt die Stimme der Revolution aufhalten, sie ersticken, in der hochernsten Lage, wo wir uns jetzt befinden, und das Werk schlechter Patrioten thun.«

Was die dem aufgehobenen Königthum zugehörig gewesenen Residenzen und Paläste betrifft, welche man die Absicht hatte, um die Tyrannei bis auf ihre letzten Spuren zu vertilgen, so wurde diesfalls von dem Maire zu Paris folgendes öffentlich bekannt gemacht. »Daß diese Gebäude in der Zukunft der Nation angehören, und daß nach einem, von der provisorischen Regierung gefaßten Beschluß, solche verkauft, und das dafür erhaltene Geld zur Unterstützung der Schlachtopfer der glorreichen Revolution, und zu den Entschädigungen, welche der Handel und die Arbeit erfordern, verwendet werden soll.

In dieser Beziehung werden daher alle guten Bürger aufgefordert, sich zu erinnern, daß diese Nationalgebäude unter der verantwortlichen Aufsicht des Volkes stehen.«

Außer diesen Proklamationen und Verordnungen der provisorischen Regierung wurden auch an demselben Tage, nämlich den 25. Februar Proklamationen an die Nationalgarde, an die Bürger von Paris und an die Armee im Namen des französischen Volkes erlassen, nämlich:

An die Nationalgarde wie hier folgt:

»Bürger! Eure Haltung in diesen letzten und großen Tagen ist so gewesen, wie man sie von Bürgern, die seit langer Zeit an die Kämpfe der Freiheit gewöhnt sind, erwarten durfte.

Dank Eurer brüderlichen Vereinigung mit dem Volk, und mit den Schulen: die Revolution ist vollendet. Das Vaterland wird Euch dafür dankbar seyn.

Jetzt wo alle Bürger zur Nationalgarde gehören, müssen Alle der provisorischen Regierung zum regelmäßigen Triumph der öffentlichen Freiheit, mit der That beistehen.

Die provisorische Regierung zählt auf Euren Eifer, Eure Hingebung, ihre Anstrengungen in der schwierigen Mission zu unterstützen, welche das Volk ihr übertragen hat.«

An die Nationalgarde! »Der Feind hat uns nicht besiegen können. Er will unsern Sieg entehren.

Uebelthäter verbreiten in der Umgegend von Paris Zerstörung und Brand. Erhebe sich also das bewaffnete Volk wie ein Mann, um sie zu vertreiben.

Die Vereinigung der Nationalgarde mit den heroischen Bürgern, welche hinter den Barrikaden waren die Tyrannei zu zerschmettern, zertrete die Anarchie.

Seyen die ersten Tage unserer Republik so rein, als ihr Triumph ruhmvoll war.

Bürger! Ruhe, Energie, Vertrauen in die provisorische Regierung, welche die französische Republik proklamirt, und wir werden stark genug seyn, gegen alle Machinationen der Vaterlandsfeinde.

Die Nationalgarde nimmt in ihre Reihen das ganze bewaffnete Volk auf. Die Jugend der Schulen, welche Alles für den Triumph gethan hat, ist organisirt und unter den Waffen.

Unsere heroischen und bewunderungswürdigen jungen Männer von der polytechnischen Schule sind an der Spitze unserer Kolonnen.

Ihre jungen Kameraden von der Schule Sct. Cyr und der Generalstabsschule, haben sich ihnen angeschlossen.

Was können ein ganzes Volk, geführt von der provisorischen Regierung, begeistert von der Hingebung, der Klugheit und dem Muthe unserer jungen Offiziere aus dem Volke, die Feinde im Innern und von Außen uns schaden?

Bürger! Ruhe, Einigkeit; unser theures Vaterland hat seinen Rang an der Spitze der europäischen Völker eingenommen.

Alle andern Völker werden diesem Rufe folgen, und sich mit dem Rufe erheben: Freiheit, Gleichheit, Bruderthum.

Bürger von Paris! Die Aufregung, welche in Paris herrscht, könnte zwar nicht den Sieg, aber den Wohlstand des Volkes gefährden. Sie würde die wohlthätigen Folgen der Eroberungen aufhalten, welche es in diesen unsterblichen zwei Tagen gemacht hat.

Diese Aufregung wird sich in kurzer Zeit legen, denn sie hat in den Fakten keine wirkliche Ursache mehr.

Die den 22. Februar gestürzte Regierung ist entflohen. Die Armee kehrt von Stunde zu Stunde zu ihrer Pflicht gegen das Volk und ihrem Ruhm zurück; zur Hingebung an die Nation allein.

Die durch die Barrikaden unterbrochene Zirkulation stellt sich mit Vorsicht, aber mit Schnelligkeit wieder her. Die Subsistenzmittel sind versichert, und die Bäcker auf 35 Tage mit Mehl versehen.

Die Generäle erklären uns ihren freiwilligsten und vollständigsten Beitritt. Nur eines noch verzögert das Gefühl der öffentlichen Sicherheit, nämlich die Aufregung des Volkes, dem es an Arbeit mangelt, und das grundlose Mißtrauen, durch welches die Verkaufsgewölbe geschlossen bleiben, und wodurch die Geschäfte aufgehalten sind.

Morgen wird sich die unruhige Bewegung eines Theiles der leidenden Bevölkerung unter dem Eindruck der wieder aufgenommenen Arbeiten und der besoldeten Einschreibungen beruhigen, welche die provisorische Regierung heute angeordnet hat.

Nicht Wochen mehr verlangen wir von der Hauptstadt und dem Volke, um eine populäre Macht und die Ruhe wieder zu begründen, welche die Arbeit bedingt. Noch zwei Tage und der öffentliche Friede wird vollständig wieder hergestellt seyn. Noch zwei Tage, und die Freiheit hat sich vollständig festgesetzt. Noch zwei Tage, und das Volk wird seine Verfassung haben.«

An die Armee, nämlich an die Generäle, Offiziere und Soldaten, wurde von den Mitgliedern der provisorischen Regierung folgende Proklamation erlassen.

»Die Macht durch die Attentate gegen die Freiheiten, das Volk von Paris durch seinen Sieg, hat den Fall der Regierung herbeigeführt, welcher Ihr den Eid geleistet habt.

Ein unglückseliger Kampf hat die Hauptstadt blutig gefärbt. Das Blut des Bürgerkrieges ist dasjenige, welches Frankreich am meisten anwendet. Das Volk vergißt Alles, und drückt die Hand seinen Brüdern, welche das Schwert von Frankreich tragen. Eine provisorische Regierung ist eingesetzt; sie ist aus der gebieterischen Nothwendigkeit hervorgegangen, die Hauptstadt zu bewahren, die Ordnung wieder herzustellen, und Frankreich volksthümliche Verfassungen nach der Analogie derjenigen zu geben, unter welchen die Revolution Frankreich und seine Armee so groß gemacht hat.

Ihr begrüßt, wir haben keinen Zweifel, diese Vaterlandsflagge, welche in die Hände derselben Macht zurück gelegt ist, von wo sie zuerst ausgegangen war.

Ihr seht ein, daß diese neuen und starken volksthümlichen Institutionen, welche von der National-Versammlung ausgehen werden, der Armee eine Karriere der Hingebung, und zu Diensten bahnen, welche die freie Nation eben so gut und besser noch als die Könige zu schätzen wissen wird.

Die auf einen Augenblick gestörte Eintracht der Armee mit dem Volke muß wieder hergestellt werden.

Schwört Liebe dem Volke, zu dem Eure Väter und Brüder gehören! Schwört Treue seiner neuen Verfassung, und Alles soll vergessen seyn, ausgenommen Euer Muth und Eure Disciplin.

Die Freiheit wird keine Dienste mehr von Euch verlangen als solche, deren Ihr Euch von ihr zu erfreuen, vor ihren Feinden zu rühmen haben werdet.«

Gleichzeitig machten auch die Kommunisten und Sozialisten eine große Manifestation bekannt, um die Gemüther über ihre Absichten zu beruhigen, und der neuen Regierung ihre Mitwirkung zu versprechen, nämlich:

»Eine feierliche Manifestation, deren Charakter, Sicherheit und Vertrauen in allen Gemüthern verbreiten muß, wurde heute von Frauen, Familien-Müttern und Kindern gemacht.

Ein imposanter Zug, gebildet von den Aufseherinnen und Patroninnen der Waisenhäuser, Asylhallen und Werkstätten von Paris, dem man eine große Zahl Kinder angeschlossen hatte, durchzog langsam die bevölkertsten Viertel der Stadt, und begab sich nach dem Sitz der provisorischen Regierung, um die schließliche Organisation der Institutionen zu beschleunigen, welche hinfort der Kindheit Mutterforge und Erziehung geben sollen.

Der Zug, von Arbeitern in Waffen und von Nationalgardisten umgeben, hat die ehrfurchtsvollsten Demonstrationen der Hochachtung und Sympathie zum Zwecke. Uebereall trat die Menge mit Ehrfurcht auf die Seite, und grüßte vor der Flagge der Republik, und den Bannern auf welchen man folgende Inschriften las:

Erziehung für alle Kinder des Volkes. — Waisenhäuser, Asylhallen, Schulen, Lehrzeit. — Das getheiligte Prinzip der Familie. — Lasset die Kindlein zu mir kommen. — Vereinigung der Cultus. — Allgemeines Brüderthum.«

Hierauf zogen die verschiedenen Culte zusammen, nämlich der israelitische Ober-Rabbi, die katholischen Priester und ein protestantischer Prediger.

Das Volk, begrüßte mit tiefer Sympathie diese großartige Manifestation, diesen ersten Schritt zur Organisation der gesellschaftlichen Familie.«

Auch die Kommunisten machten folgende Erklärung.

»Unsere Brüder, Arbeiter: Wir haben immer gesagt, daß wir vor Allem Franzosen, demokratische Patrioten eben so unerschrocken als human und gemäßigt seyen: Ihr habe es eben bewiesen.

Der furchtbare Verrath, welcher Mittwoch Abends den 23. Februar das Blut der Bürger vor dem Palast des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vergossen hat, hat Euch zur Ergreifung der Waffen, zur gemeinsamen Vertheidigung genöthigt; und an dem unsterblichen Tage des 24. Februar, habt Ihr die heroische Hingebung der Bevölkerung von Paris getheilt.

Heute ist es die Einigkeit allein, die Ordnung und die Disciplin, welche dem Volke die Frucht seines Sieges sichern können, nachdem sie ihm seine Rechte und seine Interessen garantiren.

Sammeln wir uns also um die provisorische Regierung unter der Präsidentschaft von Dupont (de l'Eure), welche an die Stelle der hassenswürdigen Regierung, die sich mit dem Blute der Bürger geröthet hat, getreten ist.

Unterstützen wir diese provisorische Regierung, welche sich für republikanisch und demokratisch erklärt; welche die Nationalsouverainität und Freiheit zu Prinzipien, und das Volk zur Devise und zum Losungswort nimmt, und welches die Kammern auflöst, um eine National-Versammlung zu berufen, welche Frankreich die Konstitution geben wird, die es verlangt.

Aber laßt uns selbst beständig, als Konsequenzen dieser Prinzipien zu reklamiren wissen.

Laßt uns verlangen, daß alle Franzosen zu Brüdern gleich in Pflichten, so wie in Rechten, ohne irgend eine Art von Privilegium erklärt werden; alle zu Mitgliedern der Nationalgarde, alle zu Wählern und wählbar zu allen öffentlichen Aemtern ohne die geringste pekuniäre Bedingung.

Laßt uns das natürliche und vorschriftsfreie Recht der Assoziation, der Vereinigung und der Berathung verlangen, die persönliche Freiheit ohne die Willkür irgend eines Menschen, die Freiheit der Presse, ohne Beschränkungen, ohne Kaution und ohne Stempel.

Laßt uns vor allem die Garantie oder Bürgschaft aller Rechte und aller Interessen der Arbeiter fordern; die förmliche Anerkennung des Rechts zu leben, wenn man arbeitet, damit der Familienvater nicht mehr zu der schauderhaften Nothwendigkeit gezwungen sey, Frau und Kinder zu verlassen, um im Kampfe zu sterben.

Laßt uns die Organisation der Arbeit und die Gewißheit des Wohlbefindens durch die Arbeit verlangen.

Laßt uns die Unterdrückung aller Auflagen auf die Gegenstände der ersten Bedürfnisse verlangen.

Laßt uns die Abschaffung der erniedrigenden lästigen und unbilligen Verfassungen des Mauth- und Zollwesens und der Privilegien verlangen.

Laßt uns für das Volk die allgemeine freie gemeinsame, wahre und vollständige Erziehung verlangen.

Laßt uns Anstalten und Bürgschaften für das Glück der Frauen und Kinder verlangen, damit jedem die Möglichkeit werde, sich zu verheirathen, mit der Gewißheit, seine Familie aufbringen und glücklich machen zu können.

Treue unseren Prinzipien des Bruderthums, der Humanität und der Mäßigung, der Gerechtigkeit und Vernunft, rufen wir immer und überall:

Keine Unordnung, keine Gewaltthat, keine Unterdrückung gegen Keinen! über Festigkeit, Klugheit und Klugheit, um Gerechtigkeit für Alle zu erhalten.

Keinen Angriff auf das Eigenthum! aber unerschütterliche Ausdauer in der Förderung aller Mittel, welche die Gerechtigkeit annehmen darf, um das Elend zu unterdrücken; namentlich, nachdem wir ein demokratisches System allmählich abnehmender Ungleichheit und allmählig zunehmender Gleichheit adoptiren.

Hüthen wir uns, die unmittelbare Anwendung unserer kommunistischen Doktrinen zu verlangen. Wir haben immer gesagt, daß wir ihrem Triumph nur durch die Diskussion, die Ueberzeugung, die Macht der öffentlichen Meinung, die persönliche Zustimmung und den Nationalwillen wollten. Bleiben wir unsern Worten getreu.

Aber viele unter uns, haben sich mit ihrem Blute das Recht der Assoziation, der Versammlung und der öffentlichen Diskussion erobert; laßt uns nun auch die unerschütterliche Festigkeit haben, diese Rechte zu behaupten; und die Erfahrung mit der Diskussion vereinigt, wird genügen, zu übereeden und zu überzeugen, daß unser System der sozialen und politischen Organisation das einzige Mittel gegen das Elend sey, das einzige, welches das Glück und die Wohlfahrt der Menschheit versichern kann.

Noch ein Wort. Die provisorische Regierung zeigt die Bewaffnung aller Bürger und die allgemeine Organisation der Nationalgarde an, nachdem sie zugleich dem Volke die Existenz zusichert: geht also nicht Euer glorreichen Barrikaden auf! Laßt im Gegentheile Alles stehen und liegen, um Euch zu organisiren und in die Regimentere zu treten. Vollendet und regelt Eure Bewaffnung, fordert daß die Bastillen entwaffnet werden, daß alle Kanonen, alle Waffen und alle Munition dem Volke ausgeliefert werden, und daß das ganze Pariser-Volk unter den Waffen geordnet sey, unter den Vorgesetzten der eigenen Wahl; dann wird man in Wirklichkeit die Bürgschaft der Ordnung so wie der Freiheit, und der Freiheit so wie der Ordnung haben, auf gleiche Weise, als wenn die ganze Nationalgarde Frankreichs demokratisch bewaffnet und organisiet seyn wird, so wird man auch die wahre Garantie oder Bürgschaft des allgemeinen Friedens, der Unabhängigkeit der Nationen und des Bruderthums der Völker haben.«

Nachdem die Sozialisten und Kommunisten sich aus freiem Antriebe an die provisorische Regierung angeschlossen hatten, so waren in wenigen Stunden die Verhandlungen der neuen Regierung in einem Akte des Patriotismus vollbracht.

Die Sache des Fortschritts und der Freiheit gewann in einem Tage mehr als sie in den siebenzehn Jahren des abgefallenen Königthums gewonnen hatte; ja die Fakta selbst schienen an Thätigkeit, um zum Abschluß zu kommen, mit dem Volke zu wetteifern, als es gesiegt hatte, und mit der Autorität, als sie den Sieg fruchtbar machte.

So z. B. hatten sich die Forts von Vincennes und von Mont Valerien ergeben. — Die Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht hatten ihren Beitritt zur neuen Ordnung der Angelegenheiten gegeben.

Eine Deputation der Opposition der Deputirtenkammer war diesem Beispiele gleichfalls nachgekommen.

Durch die Veranlassung des Exbischofs von Paris wurde ein feierlicher Gottesdienst für die Gefallenen abgehalten, und eine Sammlung für die beiderseitigen Familien der Todten und Verwundeten eingeleitet.

Die Gerichtshöfe hatten wieder mit ihren Sitzungen angefangen, und ertheilten die Gerechtigkeit im Namen des französischen Volkes.

Die Ruhe und Sicherheit trat überall wie durch einen Zauberspruch in's Leben, kurz mit einem Worte, jeder hatte Vertrauen in die Zukunft, und schien von der Wahrheit durchdrungen, daß man vor allem sich vor dem Exceß zu hüthen habe; und daß es nicht genug sey, die Freiheit errungen zu haben, sondern daß man auch wissen müsse, sich der Freiheit würdig zu machen.

Dieses waren also die denkwürdigen Tage, nach welchen die Nation noch einmal souverain, zum dritten Male in einem halben Jahrhundert, die von der Stirn dieser Könige, nämlich eines legitimen, eines aufgedrängten und eines erwählten, gefallene Krone aufheben sollte.

Der Fall dieses letztern Königs, Philipp Ludwig ist vielleicht in der Geschichte ohne Beispiel; denn er flüchtete allein, und konnte auf seiner Flucht, kaum seine zerstreute Familie wieder finden, ja nicht einmal ein einziger Degen war bereit, sich für ihn zu ziehen, oder den Kampf für seinen Thron aufzunehmen.

Die nähern Umstände über die Abdankung und Flucht der königlichen Familie wurden in den ersten Augenblicken auf folgende Weise erzählt.

In den Tuilerien hatte man von allen dem, was in den Straßen der Stadt vorging, und wie weit das Volk schon im Siege stand, keine Ahnung.

Die Königin und die Prinzessinnen sahen in dem ganzen Volks-Aufstande, nur ein, von dem Exminister Thiers veranlaßtes Truggewerbe, welches sie einen

bösen Bubenstreich nannten, dem Thiers dem königlichen Hause Orleans spiele.

Auch der König hielt die Sache nur für eine, gegen seinen persönlichen Einfluß gerichtete Oppositionszänkerei, die für den Augenblick wohl den Staatshorizont verdunkelt, und ein politisches Gewitter herbeiführt, dessen zündende Blitze er aber auf einen oder dem andern Wege beherstam und unschädlich abzuleiten hoffte.

Er bestritt dabei mit einer grenzenlosen Rechthaberei den herbeigerufenen Minister-Kandidaten, jeden Punkt des neuen Regierungs-Programms, und sträubte sich gewaltig gegen jede Zumuthung von Reformen.

Nach einem zweistündigen fruchtlosen Gespräche war man daher gerade so weit, als vorher, kurz, man war über Nichts einig.

Der König schlug vor, eine Pause zu machen, und so wurde die weitere Berathung verschoben.

Guizot, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und Duchatel, Minister des Innern, waren eigentlich immer noch Minister, und sollten es auch bleiben. Ludwig Philipp wollte durchaus keine von den Ordonnanzen ausfertigen lassen, welche Odilon-Barrot und Thiers zu Ministern ernannten, — glaubte sich einstweilen gedeckt unter den Stützen der dynastischen Opposition, und setzte sich nach 10 Uhr Vormittags mit seiner Familie ganz unbesorgt zum Frühstück, welches inzwischen aufgetragen worden war.

Aber bald darauf erschien Rémusat an der Thüre des Speisesaales und verlangte den Herzog von Montpensier zu sprechen. Der König machte ihm die Einladung am Tische Platz zu nehmen, aber Rémusat lehnte diesen Antrag dankend ab.

Nun stand der Herzog von Montpensier von seinem Sitze auf, und Rémusat sprach ganz leise mit ihm.

Hierauf erhob sich der König von seinem Sitze, dem auch die Königin folgte, und auch die andern Mitglieder der königlichen Familie unterbrachen ihr Frühstück, und umringten sämmtlich Rémusat, der jetzt ganz offen und ohne Scheu die schlimme Lage der Dinge wie sie jetzt stehen, erzählte.

Ludwig Philipp war wie versteinert, und gab den Befehl zur Abreise.

Der Karousselplatz war indessen aber noch mit bedeutenden Streitkräften an Kavallerie, Infanterie und Artillerie besetzt.

Der königliche Oberststallmeister Chabonnes verweigerte die Wägen zur Abreise der königlichen Familie vorfahren zu lassen, da er meinte, durch diesen Rückhalt die letzte Schutzwehr der Monarchie noch zu erhalten, und dieser Reise-Aufschub schien auch die Gemüther wieder aufzurichten.

Nun drang die Königin auf kraftvolle Widerstandsmaßregeln, und auch die Prinzessin Clementine sprach sich in diesem Sinne mit den heftigsten Worten aus.

Verschiedene Mittel und Auswege wurden jetzt vorgeschlagen. Einige Offiziere boten sich an, alle auf den Karousselplatz zustoßenden Straßen zu verrammeln, jeden Fuß breit von den Tuilerien zu vertheidigen, und die Munition bis auf die letzte Patrone zu verschießen.

Hierauf sagte die Königin zu Philipp Ludwig, Sire, steigen Sie zu Pferde, ich gehe auf den Balkon und sehe Sie fterben.«

Der König schien einen Augenblick nachdenkend auf diesen Plan einer verzweifelten Gegenwehr hinter einer dreidoppelten Wand von Bajonetten einzugehen, und setzte sich wirklich zu Pferde, von seinen beiden Söhnen, den Herzogen von Nemours und Montpensier begleitet, um über die auf den Karousselplatz in Schlachtordnung aufgestellten Truppen Heerschau zu halten.

Die Linien-Infanterie und Kavallerie begrüßten ihn mit Vive le Rol! — Es lebe der König! — worauf zwei Bataillone der Nationalgarde mit Vive la Réforme! antworteten.

Die Königin und die Prinzessinnen sahen aus einem Fenster zu ebener Erde der Parade zu, und konnten den Ruf der Nation hören.

Nach der Revue zog sich der König in sein Arbeitszimmer zurück, welches durch ein leichtes bewegliches Verdeck mit dem Tuilerien-Garten in Verbindung steht.

Indessen griff der Volksaufstand immer weiter um sich, und die errungenen Vortheile gaben den Insurgenten immer mehr Muth, aus ihrer vertheidigenden Stellung zur Angriffs-Stellung überzugehen.

Die Truppen hingegen, welche durch die Befehle und Gegenbefehle, die ihnen unaufhörlich eine Umänderung ihrer Kommandanten, bald des Ministeriums anzeigten, und dadurch immer mehr in Unsicherheit gebracht wurden, wandten sich jetzt von einer Macht ab, nahmen ihre Gewehre verkehrt auf die Schulter und zogen nach ihren Kasernen.

Wie aber jetzt die Truppen von dem Schauplatze abmarschirten, stürmte das Volk von allen Seiten gegen die Tuilerien, um diesen Platz einzunehmen.

Diese Insurgenten-Schaaren, worunter sich auch viele Kinder befanden, zeigten sich in einem seltenen Anblicke. So ging z. B. neben einem elegant gekleideten jungen Manne, der ein paar Pistolen im Gürtel und einen Säbel an der Seite trug, ein Vorstadtsbewohner mit einem durchlöcherten Hut und in halbzerrissener Kleidung, mit einem Werkzeug, was ihm grade in die Hände gefallen war, und er als Waffe gebrauchte. Eben so ging neben einem Nationalgardisten in seiner Uniform und vollständig bewaffnet, ein rüstiger Fabrikarbeiter im blauen leinenen Kittel und mit einer Hellebarde oder einem eisernen Spieße bewaffnet.

Dabei flatterten unter dieser Volksmenge dreifarbige oder rothe Fahnen, und aus ihren Reihen hörte man nur Geschrei und patriotische Lieder singen.

Die Zöglinge der politechnischen Schule ordneten und kommandirten die Angriffs-Kolonnen, die lustig und mit Eifer in den Kampf marschirten.

Vor einer Kolonne, halb aus Handwerkern, halb aus Studenten bestehend, ritt auf einem kleinen Grauschimmel, eine hübsche und sehr nett gekleidete Frau,

ganz stattlich im Sattel sitzend, und eine lange Reitерpistole schwingend, deren Hahn gespannt war.

Alle diese Rekruten der Revolution drängten sich vor den Ausgängen vom Karoussselplatze her, und auch bald wurde an dem Bau der Barrikaden gearbeitet.

Indessen saß der König ruhig in seinem Arbeits-Kabinet am Schreibtische, und schien nachzudenken.

Der Herzog von Nemours war an seiner Seite, während der Erminister Thier's vor dem Kamin stand und mit Rémusat sprach.

Plötzlich ging jetzt die Thüre auf, und Emil de Girardin trat mit der Schreckensnachricht ein, daß die Proklamation des Ministeriums Thiers-Barrot *) allenthalben von dem Volke mit dem Geschrei Vive la Nation! A bas Louis Philippe! von den Straßenecken herabgerissen werde, und daß bewaffnete Schaaren, von Studenten und Nationalgarden begleitet, gegen die Tuilerien im Anmarsche seyen.

Bei dieser unerwarteten Nachricht fuhr der König von seinem Sitze auf, und fragte die Umstehenden: »Was soll ich thun?« worauf Girardin antwortete »Abdanken, Sire.« Der König rief bedeutungsvoll dieses Wort Abdanken aus, und ließ die Feder aus der Hand fallen.

»Ja Sire, — riefen jetzt die Umstehenden aus — unbedenklich und unverzüglich müssen Sie abdanken, oder Alles ist verloren.«

Hierauf legte ihnen der König eine Proklamation folgenden Inhalts vor:

»Bürger von Paris! der König dankt ab, zu Gunsten des Grafen von Paris mit der Herzogin von Orleans als Regentin. Allgemeine Amnestie! Auflösung der Kammer! Aufruf ans Land!«

In diesem Augenblicke zitterten aber schon die Schloßfenster von Flintenschüssen, die von dem Palais-Royal her knallten.

Mehrere Deputirte stürzten jetzt in das königliche Zimmer, und sprachen zu dem Könige.

»Sire, es ist ein ernster Aufstand, aber keine Revolution; die Monarchie ist noch zu retten durch ein zeitiges Nachgeben.«

Der Herzog von Montpensier sprach jetzt dem Könige zu, er möge Abdanken, jedoch Ludwig Philipp blieb wie festgenagelt auf seinem Lehnstuhl sitzen.

Da fing es auf's Neue durch Gewehrfeuer zu krachen an, was endlich den König aus seiner Betäubung aufschreckte.

»Nun gut — sprach er — ich danke ab,« und sogleich entfernten sich einige Deputirte aus dem Zimmer, um diese Nachricht dem Volke zu überbringen; aber ihre Worte wurden unter dem Lärmen und den Flintenschüssen nicht mehr gehört.

Doch erklärten sich zuletzt mehrere von dem Volke, die Waffen bereitwillig niederzulegen, wenn man ihnen die eigenhändig geschriebene Abdankung des Königs bringen werde.

Diese Forderung des Volkes wurde jetzt dem König gemeldet, worauf er sich an den Schreibtisch setzte um zu unterzeichnen; allein in demselben Augenblicke fiel ihm die Königin mit den dringenden Worten um den Hals: »Sire, schreiben Sie nicht; Sie weichen vor einem Aufstand, man macht Ihnen nur bange!«

Sehr ergriffen, setzte sich der König wieder, nahm die Feder in die Hand, und schrieb langsam und traurig folgende Worte:

»Ich abdique cette couronne que la voix nationale m'avait appelé à porter, en faveur de mon petit — fils le comte de Paris.

Puisse — t'il réussir dans la grande tâche qui lui échoit aujourd'hui.

Im Deutschen lautet diese Abdankung des Königs, wie hier folgt:

»Ich lege diese Krone, die zu tragen mich die Stimme der Nation berufen hatte, zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris nieder.

Möge es ihm gelingen, die große Aufgabe zu lösen, die ihm heute zufällt.«

Nachdem der König diese Worte niedergeschrieben hatte, stand er auf, las sie vor, und überreichte das Blatt Papier, auf welchem die Schrift noch nicht trocken war, so daß sie sich beim zusammenlegen an mehreren Stellen abzog — einem der Deputirten mit der Bitte, es nach der Kammer zu tragen.

Die Königin aber im höchsten Grade gereizt, riß dem Deputirten das Blatt aus der Hand und wollte es anfangs behalten, dann aber warf sie es auf einen Tisch mit den Worten: Meine Herren, der König hat gethan was Sie wollen; er ist doch besser als Sie Alle!«

Hierauf hob der General Lamoricière das Blatt Papier auf, faltete es, und trug es zu den Barrikaden, wo sich die Volkshaufen gesammelt hatten, und somit war Alles vollbracht.

Der König hatte jetzt nur noch an seine Abreise zu denken, und es sollten die Reisewagen vorfahren; allein das Volk bestürmte schon die Umgebungen des Schlosses, und so war auch keine Möglichkeit mehr, von den Reisewägen für die königliche Familie Gebrauch zu machen.

Die Nachricht, daß die Reisewagen nicht vorfahren konnten, und die immer mehr zunehmende Gefahr, versetzte im königlichen Schlosse Alles in die größte Verwirrung.

Die Offiziere, die Adjutanten und Dienerschaften, die mit angstvollen Gesichtern hin und herrannten, wie ein gehetztes Wild bei Treibjagden; die Deputirten, welche dem Königshause anhänglich waren, und gleich wie arme Seelen im Fegfeuer sich hin und

*) Proklamation. Bürger von Paris! Es ist der Befehl ergangen, das Feuer einzustellen. Wir haben vom Könige so eben den Auftrag erhalten, ein Ministerium zu bilden. Die Kammer wird aufgelöst und ein Aufruf an das Volk gemacht. Der General Lamoricière ist zum Oberkommandanten der Pariser-Nationalgarde ernannt. Odilon-Barrot, Thiers, Lamoricière, Duvergier de Hauranne sind Minister. Freiheit! Ordnung! Einigkeit! Reform!

»Odilon-Barrot, Thiers.«

herwandten, die Höflinge, welche mit einem klopfenden Herzen auf dem Zifferblat des Glücks den Augenblick ablauerten, wo der Zeiger die Stunde der Katastrophe erreichen werde; endlich die königliche Familie selbst, die durch ihre zahlreichen Mitglieder die Bilder der unruhigen Haß, der Bestürzung und Angst vermehrte; alles dieses zeigte offenbar den furchtbaren Drang und die höchste Noth der Umstände.

Es war aber auch schon hohe Zeit, die nöthigen Anstalten zur Abreise zu treffen, und keine Minute mehr zu verlieren.

Der König zog jetzt die Uniform aus, die er bei der Revue der Truppen getragen hatte, und legte seinen Degen, seine Epauletten, so wie das große Band der Ehrenlegion ab.

Während er so die Insignien des Königthums weglegte, brach die Königin starr, zornbleich, mit zitternden Lippen, in lauten, bittern Tadel gegen den Minister Thier's aus, und sprach »Sie haben den Thron zerschmettert; Sie haben die Volksleidenschaften zu einem Brand angefacht; dessen Lohe über der Monarchie zusammenschlägt. Sie sind ein Undankbarer, und verdienten keinen so guten König.« Thier's unterdrückte aber seine Verstimmung und gab keine Antwort.

Als der König die Kleider gewechselt hatte, wendete er sich gegen die Herzogin von Orleans, und sprach, »Helene, bleiben Sie!« Die Herzogin hielt sich aber bei diesen Worten die Hände vor das Gesicht, schluchzte, und schwieg.

Nun trat einer der anwesenden Deputirten auf sie zu, und sprach: »Madame, geben Sie mit Ihren Kindern nach der Deputirtenkammer; ich bin überzeugt, das Volk wird Ihnen Platz machen; Sie tragen ja Mitwenttrauer!«

Ihr Sohn, der Graf von Paris horchte verwundert auf Alles, was gesprochen wurde, während sein Bruder, der Herzog von Chartres jämmerlich weinte.

Nur wenige von den Hofleuten, der General von Rumigny, der Ordonnanz-Offizier von Neuilly bewiesen sich als treue Diener zur Stunde der Prüfung, wo es Opfer galt; die Meisten voll Liebe, Anhänglichkeit und Uebermuth vor der eingetretenen Gefahr, zeigten sich aber in diesem drohenden Augenblicke kleinmüthig, herzlos und abtrünnig.

Der König grüßte kopfnickend die Umstehenden, nahm den Arm der Königin, worauf er sich ziemlich schwer lehnte, und verließ das Schloß durch den antreridischen Gang, der an der Südseite des Schlosses in den Garten führt, und unter der Kaiser-Regierung Napoleons für die Spaziergänge seines Sohnes, dem Herzog von Reichstadt, nämlich den jungen König von Rom, gebaut wurde.

Von der Straße Rivoli aus, konnte man zwischen den blätterlosen Bäumen hindurch, diesen Trauerzug der königlichen Familie sehen.

Ludwig Philipp war blaß wie der Tod, und blickte scheu und ängstlich herum. Er ging zu Fuß, war in einem schwarzen Frack gekleidet, hatte einen runden Hut, und trug nicht das geringste Abzeichen seiner königlichen Würde.

Die Königin war in voller Trauer in einem schwarzen Wollkleide gekleidet, ging mit einem festen Schritt, und warf Blicke voll Selbstvertrauen und Zorn zugleich auf Alles was sie umgab.

Hinter den beiden königlichen Personen folgten mehrere Prinzessinen, ebenfalls in Trauergewand und Kinder auf den Armen.

Zwei Hofdamen und eine Anzahl von Nationalgarden mit Adjutanten und Dienstoffizieren, schlossen den Zug, der am Ende der Terrasse aus der kleinen Gartenthür gegen den Konkordienplatz heraustrat.

Vor diesem Trauerzug, der sich ungefähr zwischen ein und zwei Uhr Mittags aus dem königlichen Schlosse entfernte, sprengte ein junger Mensch voran, der beständig rief, daß König Philipp Ludwig abgedankt habe, und man solle also diese Freuden-Nachricht weiter verbreiten.

Man war Anfangs der Meinung, daß der König mit seinen Angehörigen sich nach der Deputirten-Kammer begeben werde, um dort die Abdankungs-Urkunde niederzulegen.

Das Volk, welches im Gedränge immer zahlreicher wurde, schrie vorwährend: »Es lebe Frankreich! es lebe die Reform! jedoch hörte man auch einige aber sehr schwache Stimmen: »Es lebe, der König!«

Nachdem die königliche Familie kaum einige Schritte mehr von dem fatalen Platze angekommen war, wo die Blutgerüste Ludwig des XVI. und seiner Gemalin Maria Antoinette, eine Tochter der großen Kaiserin Maria Theresia, standen, kam sie so in's Gedränge, daß sie sich kaum mehr frei bewegen konnte.

Bei dieser Gelegenheit erinnerte man den König, daß er die Entsagungs-Urkunde zu Gunsten des Grafen von Paris zu unterzeichnen vergessen habe. Man brachte ihn also Tinte und Feder, worauf er das betreffende Blatt auf sein gebogenes Knie legte, und gerade an diesem Platze die Abdankung unterzeichnete, wo Ludwig XVI. und sein Vater auf dem Schaffote den Geist aufgegeben hatten.

In diesem Augenblicke erinnerte sich die Königin, daß weder sie noch der König Geld bei sich habe, und sagte dieses zu einem Offizier der berittenen Nationalgarde, der sogleich unter den Umstehenden Personen, welche größtentheils der gebildeten Klasse angehörten eine Sammlung veranstaltete, in welcher, wie schon erwähnt wurde, gegen 200 Franks zusammen gelegt wurden, welche man jetzt dem Könige als Reisegeld einhändigte.

König Philipp Ludwig schien von diesem so schnellen Menschenzulaufe und dem immer größer gewordenen Gedränge erschreckt zu seyn, und in der That, war auch der vom Zufall gewählte Ort wirklich verhängnißvoll, da in diesem Zufenthalte eine merkwürdige Bedeutung lag.

Ein paar Schritte davon, hätte ein König aus dem Hause Bourbon sich glücklich geschätzt, mit einer gleichen Behandlung davon zu kommen.

Útěk královské rodiny z Tuileriích.

A királyi családnak futása a tuilerákból.

La fuga della famiglia reale dagli Tuileries.

Die Flucht der königlichen Familie aus den Tuilerien zu Paris im Februar 1848

Ludwig Philipp, von einigen Personen schon erkannt, drehte sich lebhaft um, ließ den Arm der Königin los, und schwenkte seinen Hut zum Zeichen, daß er sprechen wolle. Aber der Wirrwar und Tumult war so groß, daß man kein Wort von seiner Rede verstehen konnte.

Die Pferde der Nationalgardisten und Kürassiere, welche den Zug begleiteten, tummelten in diesem Gedränge rund herum, und wurden bei dem immer stärkeren Andrange des Volkes, für die königliche Familie eher eine neue Gefahr, als eine Schutzwehre.

Da rief ein Kürassier-Offizier, der die königliche Familie in Lebensgefahr glaubte, »Meine Herren, Gnade für den König.« Aber eine Stimme aus der Menge des Volkes erwiederte auf diese Bitte: »Wir sind keine Mörder . . . . nur schnell auf und fort mit ihm,« und bald hörte man von allen Seiten das Geschrei: »Ja, ja, schnell auf und fort mit ihm.!«

Die Königin wurde jetzt bei diesem ernstlich geäußerten Volksgeschrei unruhig, und da sie den Arm des Königs nicht mehr fühlte, so drehte sie sich mit äußerster Lebhaftigkeit in Geberde und Stimme um, um den König zu suchen.

Da trat in diesem Augenblicke ein Mann aus dem umstehenden Volke auf sie zu und bot ihr seinen Arm mit den Worten an, »Fürchten Sie nichts Madame! Geben Sie voran, das Volk wird Ihnen Platz machen.

In ihrer Verwirrung, zugleich aber auch voll Zorn, wirs sie den Arm des Arbeiters zurück, und rief in einem höchst gereizten Tone: »Lassen Sie mich!« und ging dann auf den König zu, faßte ihm beim Arme und zog ihn eine kleine strecke Weges zurück. In demselben Augenblicke kamen zwei schwarze niedrige einspännige Stadtwägen herbeigefahren, in welchem einen Wagen sich zwei junge Knaben befanden, die das zusammengeströmte Volk mit neugieriger Aufmerksamkeit durch die Wagenfenster betrachteten.

Der König nahm in dem ersten Wagen zur linken, die Königin zur rechten Seite Platz, der andere Wagen sollte die Herzogin von Nemours und die Prinzessin Clementine mit ihren Kindern und Hofdamen aufnehmen.

Während man noch im Einsteigen begriffen war, setzte sich eine Kavallerie-Eskorte von Nationalgarden, Kürassieren und Dragonern, ungefähr 200 Mann stark in Bewegung, und sprengte den Quai oder Ufergang de la Conference hinab, der unmittelbar nachher vom Volke überschwemmt wurde.

Auf diese Weise waren jetzt die Wagen mit der königlichen Familie von der Eskorte abgeschnitten.

Der Kutscher des ersten Wagens hieb das Pferd an, lenkte nach der Konkordienbrücke ein, und jagte, so eilig er konnte, den Quai d'Orsay auf dem linken Seine-Ufer hinunter.

Der zweite Wagen jagte eiligst dem ersten Wagen nach, und so kamen beide über den Pont des Invalides nach dem rechten Seine-Ufer zurück, konnten aber die reitende Eskorte nicht mehr einholen, da sie schon weit voran geritt war.

Auf dem Quai de Billy vor der großen Dampfmaschinen-Fabrick von Desrône, Arbeiter angehalten, die jetzt den Wagenschlag aufrissen, und das Pferd ausspannen wollten. Da kam aber ein Nationalgarde-Offizier zu Pferde herangesprengt, und machte den Leuten die Vorstellung, daß der König abgedankt habe, und nichts mehr als ein unglücklicher Familienvater sey, der dem Exil oder der Verbannung entgegen reise; worauf ihn die Menge unter Hohngelächter und Verwünschungen weiter fahren ließ.

Während so ein Theil der Königs-Familie nach dem Schlosse Saint Cloud flüchtete, irrte eine junge Frau allein, hilflos und außer sich vor Angst, unter den bewaffneten Volkshaufen herum, die auf dem Konkordienplatze sich herumdrängten. Diese junge Frau war die Prinzessin Clementine, Herzogin von Koburg, die bei dem schnellen Abfahren des zweiten Wagens nicht mehr so viele Zeit zum einsteigen übrig hatte.

Zum Glücke traf sie nach langem Hin- und Herirren den General Thierry, die sie zur Frau von Lasteyrie führte, wo sie ihre Schwägerin, die Herzogin von Montpensier, fand.

Diese Prinzessin war nach dem Aufbruche der königlichen Familie aus den Tuilerien im Schlosse zurück geblieben, oder vergessen worden, und sah sich daher bei der Erstürmung des Schlosses genöthigt, sich in dem obersten Stockwerke zu verbergen, wo sie erst nach drei Tagen ganz bleich und entkräftet von Schreck und Hunger von einem Nationalgarde-Offizier aufgefunden, und zu dem Deputirten Jules de Lasteyrie in seine Wohnung gebracht wurde.

Uebrigens setzte ihre heitere und sorglose Stimmung über das, was um sie herum vorgegangen, nicht wenig in Erstaunen; denn sie lachte wie ein Kind zu Allem, was ihr auf dem Wege begegnete oder auffiel, und äußerte ganz zutraulich, daß sie einen solchen Lärm schon mehr als einmal von den Fenstern ihres Schlosses in Madrid mit angesehen habe *).

In dem Augenblicke, wo das Volk in die Tuilerien zu einer Thüre hereindrang, ging eine schwarz gekleidete junge Frau zu einer andern Thüre hinaus. Sie hielt ein Kind an der Hand, und ein anderes Kind trug ein Offizier auf dem Arme nach. Der Herzog von Nemours ritt neben dieser kleinen Gruppe.

Diese Frau in Trauer gekleidet, war die Herzogin von Orleans, welche in eiligen Schritten zu dem Versammlungs-Saal, wohin sie sich, wie schon erwähnt wurde, begab, der Revolution den Vorsprung abgewinnen wollte.

Auf der Konkordienbrücke verwickelte der kleine Prinz der Graf von Paris sich in die Spitzen des Kleides, und fiel auf das Trottoir, worauf seine Mutter einen heftigen Schrei machte.

Das Kind richtete sich aber wieder auf, da es sich nicht beschädigt hatte, jedoch im Verlauf der Begeben-

*) Jules de Lasteyrie begleitete die beiden Prinzessinnen auf der Eisenbahn bis nach Reurn, von wo sie weiter nach dem Schlosse Eu befördert wurden.

heiten, ſuchten die abergläubiſchen Menſchen darin eine üble Vorbedeutung für die Zukunft zu finden.

Bei dem Eintritt in den Sitzungs-Saal der Deputirten war ihr Schleier über den Hut zurückgeſchlagen. Sie ſah ganz bleich aus, und glänzte in ihren Augen von Thränen, aber ihrer muthvollen, gelaſſenen und ruhigen Haltung konnte man leicht anmerken, daß die Mutter die Gemüthsbewegungen der Prinzeſſin zu bemeiſtern ſuchte.

Die Herzogin ſtieg ruhig die Stufen der Kammer hinab, grüßte nach allen Seiten, und ſetzte ſich in den Lehnſeſſel vor der Rednerbühne. Ihre beiden Söhne an ihrer Seite waren gleich gekleidet, in ſchwarzer Jacke mit gefälteter Kollerette um den Hals, und verriethen in ihrem Geſichte mehr Erſtaunen als Beſorgniß. Der Herzog von Nemours in General-Lieutenants Uniform, mit allen ſeinen Orden auf der Bruſt, mißmuthig, verſtimmt und verſchloſſen wie er gewöhnlich ausſah, ſtellte ſich vor die Herzogin hin.

Man machte jetzt bekannt, daß der König zu Gunſten ſeines Enkels des Grafen von Paris abgedankt habe, und daß die Herzogin von Orleans zur Regentin beſtimmt ſey.

Darüber hörte man von einer Seite ſtarkes Beifallsklatſchen mit dem Rufe, Vive le Roi! Vive le comte de Paris! Vive la régente; während von der andern Seite ſich über dieſe Erklärung Niemand bewegte, und Alles ſtill war.

Inzwiſchen hörte man von Außen großen Lärm und Gewehrfeuer, und es drangen mehrere Bürger in den Sitzungs-Saal die ſich in den Gängen und neben der Rednerbühne Platz verſchafften, worüber ſich bei den Anweſenden große Angſt und Spannung über das was jetzt kommen ſollte, auf den Geſichtern zeigte.

Mehrere von den Eingedrungenen Perſonen, fuhren den Herzog von Nemours barſch an, der ihnen aber ſehr gelaſſen antwortete.

Alle Deputirten verließen jetzt bei dieſer Verwirrung ihre Sitze und flüchteten in den freien Raum, zwiſchen der Wand und den unterſten Bänken des Halbkreiſes, wo die Prinzeſſin mit ihren Kindern ſaß, und ſich bald dem Andrange von beiden Seiten her ausgeſetzt ſah.

Die Herzogin ſtand auf, und der Herzog von Nemours ſo wie mehrere Deputirte, redeten ihr zu die Kammer zu verlaſſen, was aber die Prinzeſſin zu verweigern ſchien; denn ſie mochte wohl einſehen, daß ſie die Regentſchaft dadurch aufgebe, wenn ſie fortgehen oder ſich entfernen würde. Endlich gab ſie aber den zudringlichen Bitten und Vorſtellungen nach, und zwei Leute nahmen die Prinzen auf den Arm, und richteten ſich, von der Herzogin von Orleans begleitet, nach der Ausgangsthüre.

Aber ſogleich hörte man von der Seite das Geſchrei: »Bleiben Sie — Hier bleiben;« wodurch ſich die Herzogin von Orleans entſchloſſen fand, wieder umzukehren, und ſich mit ihren Kindern niederzuſetzen.

Der General Oudinot beſchwor jetzt die Kammer, doch dafür zu ſorgen, daß eine Mutter, die mit ihren beiden Kindern zu Fuß aus den Tuilerien nach der Kammer gekommen ſey, ruhig wieder fortgehen könne, und verlangte, daß der Durchgang nach der hintern Thüre frei bleibe.

Der Präſident nun die Bitte an die geweſſam eingedrungenen nicht zur Kammer gehörigen Leute, den Halbkreis zu räumen, aber dieſe wichen nicht von der Stelle, und blieben in ihrer drohenden Stellung.

Nachdem die Herzogin ſo eine Zeit lang allen Stößen des parlamentariſchen Sturms ausgeſetzt geblieben war, verließ ſie mit ihren beiden Kindern den untern offenen Platz des Halbkreiſes, und ging der Ausgangsthüre zu, durch welche ſie hereingekommen war.

Der Herzog von Nemours ging voran, als ſie aber zur Ausgangsthüre kamen, wurden ſie durch die eben hereinſtrömende Menſchenmenge am Hinausgehen verhindert.

Die Herzogin von Orleans ſetzte ſich alſo mit ihren Kindern an der oberſten Bank nieder, der Herzog von Nemours ſtellte ſich hinter einem der kleinen Prinzen, mokauf ſich auch bald mehrere Deputirte und Nationalgardiſten um die königliche Familie ſammelten, um ſie vor dem Andrange der Menſchen zu ſchützen.

Unter dieſem furchtbaren Tumult im Innern, und dem Lärmen von Außen, blieb die Sitzung einige Zeit unterbrochen, und wie es einigermaßen wieder ruhig geworden war, wurde von den Rednern verlangt, daß auf der Stelle eine proviſoriſche Regierung eingeſetzt werde.

Dieſes war jetzt der erſte derbe Stoß, der in dem allgemeinen Hin- und Herſchwanken der Gemüther mit feſter Hand gegen die königliche Regentſchaft geführt wurde; und ſo riß ſehe Minute, die verſtoß, einen Stein mehr aus der ſchon faſt zerbrochenen Krone, die eine ohnmächtige Kammer auf dem Kopfe eines Kindes feſthalten ſuchte, welches neben ſeiner Mutter ſaß, und den über ſeine Faſſungskraft hinausgehenden wunderlichen Auftritt anſtaunte.

Als Odilon-Barrot auf der Rednerbühne erſchien, ſagte er: »Unſere Pflicht iſt ganz vorgeſchrieben. Sie hat zum Glück die Einfachheit, die eine ganze Nation ergreift; ſie wendet ſich an ihr Edelſtes und Innerſtes, an ihren Muth, an ihre Ehre. Die Juli-Krone ruht auf dem Haupte eines Kindes und einer Frau.«

Bei dieſen Worten hörte man vielſeitiges Beifallsrufen, worauf ſich die Herzogin von Orleans von ihrem Sitze erhob, die Verſammlung grüßte, und auch ihren Sohn dem Grafen von Paris aufforderte, ihrem Beiſpiele zu folgen, was auch das Kind that, und ebenfalls grüßte.

Die Herzogin hielt ein Blatt Papier in der Hand, und gab dem Präſidenten zu verſtehen, daß ſie ſprechen wolle, und wirklich riefen auch mehrere Stimmen, daß man ſie ſprechen laſſen ſolle, aber Andere wieder verlangten, daß Odilon-Barrot in ſeiner Rede fortfahren ſolle.

Die Herzogin von Orleans ſetzte ſich wieder, und als Odilon-Barrot noch einiges über Frieden, Eintracht, Freiheit und Verfaſſung geſprochen,

betrat ein anderer Deputirter die Rednerbühne, und verlangte, daß die Nation einberufen und eine Abgeordnete gewählt werden müssen, da die jetzigen Deputirten nichts mehr seyen.

Gegen diesen Ausspruch erhob sich aber ein gewaltiges Geschrei, denn man wollte nicht zugleich mit der Monarchie abgedankt werden, und so verließ der Redner, von dem Tumulte unterbrochen, und von dem Präsidenten zur Ordnung verwiesen, wieder die Rednerbühne.

Nun drang in diesem Augenblicke ein großer Volkshaufen mit Flinten, Säbeln und Picken, dann Fahnen in der Hand, in den Saal, worauf sich ein großer Theil der Deputirten schnell von den Bänken erhob, und sich nach den höhern Sitzen der Kammer flüchtete. Die Herzogin von Orleans blieb aber auf ihrem Platze, während der Herzog von Nemours ganz ruhig seine gemachten Bemerkungen auf ein Blatt Papier schrieb.

Unter diesem großen Tumult, und der gänzlichen Auflösung aller gesetzlichen Ordnung, bestieg ein ehemaliger Zeitungs-Redakteur die Rednerbühne, und sagte: »Es gebe nur ein Ausflüchtsmittel, aus der schlimmen Lage der dynastischen Dinge herauszukommen, nämlich: die Herzogin von Orleans und der Graf von Paris sollen den Muth haben, sich auf die Boulevards unter das Volk und die Nationalgarde zu begeben; er bürge dafür, daß ihr Leben in keiner Gefahr stehe, und wenn der Graf von Paris, nicht auf den Schultern des Volkes in die Kammer getragen und zum König der Franzosen ausgerufen werde, so dürfe man dann ganz sicher und gewiß der Republik entgegen sehen.

Hierauf erstürmte unter einem fürchterlichen Lärmen und Wirrwar, ein Mann in Obersten-Uniform die Rednerbühne, und steckte den Schaft einer dreifarbigen Fahne auf den Marmor mit den Worten:

»Meine Herren, das Volk hat heute wie im Jahre 1830 seine Selbstständigkeit und Freiheit wieder errungen. Sie müssen wissen, daß der Thron in den Tuilerien so eben zerbrochen, und zum Fenster hinausgeworfen worden ist.«

Ledru-Rollin und Lamartine betraten gleichzeitig die Rednerbühne und forderten, da der Tumult nicht aufhören wollte, im Namen des Volkes einen Augenblick Stillschweigen; und als die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt war, verlangten sie eine provisorische Regierung, nicht von der Kammer, sondern von dem Volke ernannt, dann einen unmittelbaren Aufruf an einen National-Konvent, der die Rechte des Volkes ordnet.

Aber bevor die Rede noch geendigt war, krachte eine Salve von Flintenschüssen in den Korridors oder Gängen des Gebäudes, und die Thüren sprangen durch gewaltige Kolbenstöße auf.

Nun drängte sich Volk und Nationalgarden in einer unermeßlichen Menge in den Saal mit dem Geschrei, »Nieder mit der Kammer! Nieder mit den Deputirten.«

Die Hände dieser Leute, ihre Blousen und Hemden waren noch mit Blut befleckt, und ihre Gesichter glühten von der Hitze des Kampfes und dem getrunkenen Champagner, den sie wie sie sagten, dem Papa Philipp Ludwig in seinem Keller weggetrunken haben.

Sie hatten fast alle Waffen bei sich, und trugen auf ihren Säbelspitzen gesteckte Cake's und blutige Schuhe, die sie den ermordeten Munizipalgardisten ausgezogen hatten.

Mehrere legten jetzt ihre Gewehre an, und hielten sie nach der Gruppe, von welcher die Herzogin von Orleans, die kleinen Prinzen und der Herzog von Nemours umgeben war.

In diesem lebensgefährlichen Augenblicke fragte jetzt die Herzogin den neben ihr sitzenden Deputirten Jules de Lasteyrie, ob sie sitzen bleiben oder aufstehen sollte, und legte bei diesen Worten die Hand auf seine Schulter.

Diese Szene unbeschreiblicher Art, dauerte beinahe eine halbe Stunde, ehe das es dem Präsidenten möglich gewesen wäre, die Ruhe wieder herzustellen.

Da endlich unter einem solchen anhaltenden Lärmen die Sitzung aufgehoben werden mußte, so verließ der Präsident den Lehnstuhl, und auch viele von den anwesenden Deputirten entfernten sich eiligst aus dem Saale.

Die Herzogin von Orleans und die kleinen Prinzen wurden jetzt durch den halbrunden Gang bis zu der kleinen Ausgangsthüre hinter den obersten Bänken im Gedränge des bewaffneten Volkes mit fortgezogen.

Ein Stoß von einem unwiderstehlichen Menschen-Andrange schleuderte die Herzogin von Orleans gegen eine Glasthüre, wo sie hineingedrängt, und dann von der Menge weitergeschoben wurde, so daß sie fast erstickt und bald ohnmächtig an der Thüre, die in den Garten des Präsidentschafts-Hôtels führt, niedersitzt.

Man öffnete ihr hier schnell die Thüre, warf ihr den Grafen von Paris nach, und machte die Thüre wieder zu, während der kleine Herzog von Chartres unter den Füßen der Menschenmenge fast zusammengedrückt am Boden liegen blieb.

Ein Kammerdiener hob jetzt den Kleinen auf, nahm ihn mit in seine Wohnung, und brachte ihn später zu seiner Mutter, der Herzogin von Orleans, die sich nach dem Invalidenhause geflüchtet hatte.

Es war ein furchtbarer Augenblick in einer und derselben Stunde; auf einer Seite der siebende König — auf der andern Seite die jungen, an dem ganzen Unglücke ganz unschuldigen Enkel mit ihrer Mutter zu sehen, die den letzten Weg angetreten hatte um ihr Habe — nämlich die Krone von Frankreich zu retten. — Doch Alles war schon zu spät.

In dem Invalidenhause blieb die Herzogin noch mehrere Tage, und hatte daselbst eine Unterredung mit dem Buchhändler Paquerre, dem spätern Generalsekretär der provisorischen Regierung, und dem Schriftgießer Biesta, Verwalter der sequestrirten Güter des Herzogs von Aumale.

Die Herzogin äußerte, daß sie selbst nichts sehnlicher wünsche, als sich vom Schauplatze der Politik in die Einsamkeit zurückzuziehen, daß aber höhere

Pflichten ihr verbiethen, ihrem unſchuldigen Sohne ohne allen Widerſtand eine Krone entreißen zu laſſen, die ihm von Rechtswegen gehöre.

Die freimüthige Darlegung der politiſchen Sachlage und die Vorſtellungen von der Nichtigkeit jedes Widerſtands-Verſuches, der nur unnützes Blutvergießen nach ſich ziehen könnte, hätten daher die Herzogin von Orleans bewogen, den Regentſchaftsbefugnungen zu entſagen und mit ihren Kindern abzureiſen, was am 24. Februar 1848 geſchah.

Uebrigens war ihr ganzes Benehmen bei der unglücklichen Begebenheit das einer äußerſt charakterfeſten, muthigen Frau, die gegen das Schickſal nicht läppiſch ſich aufbäumt, um es von einem weibiſch ohnmächtigen Nacken zu ſchütteln, ſondern ruhig ſich erhebt, es zu tragen.

Der Herzog von Nemours, hart vom Volke bedrängt, mußte zuſehen, wie man ihm ſeine Epauletts und ſeinen Generalshut abriß, und konnte endlich nur von der Nationalgarde beſchützt, ſich in ein Arbeitszimmer des Deputiertenkammer retten, wo er ſeine General-Lieutenants Uniform auszog, und dafür die Uniform eines gemeinen Nationalgardiſten anzog.

Der Herzog von Nemours blieb noch zwei Tage in Paris bei einem Bürger, und es traf ſich hier ſeltſamer Weiſe, daß er die beiden Nächte in demſelben Bette ſchlief, in welchem unmittelbar vorher ein Mitglied des Central-Ausſchuſſes der Pariſer Wähler mehrere Nächte zugebracht hatte, um den Nachſuchungen der Polizei zu entgehen.

Endlich erfuhr man auch, daß Ludwig Philipp am 3. März in England angekommen ſey.

Der König war bei ſeiner Landung mit einer grünen Blouſe und einem blauen Oberrock bekleidet, was er von dem Kapitain des Dampfſchiffes, auf dem er die Ueberfahrt machte, ausborgen mußte, da er Frankreich, wie er ganz und ſtand, verlaſſen hatte.

Als Ludwig Philipp mit der Königin aus Paris flüchtete, ſchlug er zuerſt den Weg nach Verſailles ein, von da fuhren ſie in einem gewöhnlichen Wagen nach Dreux. Hier übernachteten ſie bei einem Landmanne, der ihnen Alles verſchaffte, was zu einer Verkleidung nothwendig war.

Der König raſirte ſich ſeinen Backenbart ab, und legte auch die Perrücke ab, ſetzte eine alte Mütze auf und nahm einen unſcheinbaren Mantel um.

Schon vor Tages-Anbruch ging die Reiſe weiter, und die Reiſenden ſchlugen jetzt den Weg nach Lorveur ein, 15 Stunden von Honfleur entfernt, begleitet von dem Landmanne, der ſie auch ſicher an die Küſte zu bringen verſprochen hatte.

Sie reiſten größtentheils in der Nacht, und kamen den 26. Februar früh Morgens in Honfleur an, wo ſie einen Augenblick im Hauſe eines ihnen unbekannten Herrn abſtiegen; dann fuhren ſie nach dem Küſtenplatze Tourville, um ſich einzuſchiffen; aber das ſtürmiſche Wetter nöthigte ſie, nach Honfleur wieder zurückzukehren.

Die See war ſo ungeſtüm, daß Ludwig Philipp es nicht wagte, mit der ganz erſchöpften Königin an Bord oder den Schiffsraud zu gehen.

Inzwiſchen kam das Dampfſchiff »Expreß« von Southampton nach Havre, um eine franzöſiſche Geſellſchaft überzuführen.

Die Flüchtlinge gingen nun auf einem Fiſcherboote von Honfleur nach Haore, nur von einem Diener und einer Kammerfrau begleitet, wobei der König, der Sicherheit wegen für einen Engländer gelten mußte.

Am 3. März um 7 Uhr Morgens kam das Dampfſchiff vor Newhaven in Suſſer an, aber das ſchlechte Wetter hinderte den vertriebenen König ſammt Gemalin, den Fuß vor Mittag auf Englands Boden zu ſetzen.

Als der König gegen 12 Uhr am Quai ans Land ſtieg, rief er aus: »Gottlob, ich ſetze nun auf britiſchem Boden.«

Er ſah bekümmert und ornachläßigt aus, denn ſein Bart war ſchon mehrere Tage nicht raſirt geworden.

Als das Königs-Paar in Craydon ankam, ſchrie die Herzogin von Coburg, als ſie ihren königlichen Vater ſah, laut auf, und ihm floßen Thränen über die Wangen, als er ſeine Kinder, die Herzogin Auguſte von Koburg und dem Herzog von Nemours, die ihn in Craydon erwarteten, in ſeine Arme ſchloß.

Was die Miniſter der gefallenen Regierung betrifft, ſo waren ſie am 24. Februar gegen die Mittagszeit im Palaſt des Miniſters des Innern verſammelt geweſen, jedoch als ihnen die Nachricht von der Abdankung und der Flucht des Königs Ludwig Philipp zukam, ergriffen ſie alle die Flucht aus dem Fenſter, und zerſtreuten ſich am Thorweg der Straße de Bärennes angekommen, in verſchiedenen Richtungen.

Guizot flüchtete in der Verkleidung eines Lakayen, und kam über Oſtende in Dover an, wo er nichts als ein Portefeuille in der Hand trug.

Duchatel verkleidete ſich in einen Mantel der ihm die Augen verdeckte.

Hebert hatte ſich einen Schnurrbart angeklebt. Man hat behauptet, daß er auf ſeiner Flucht in der Gegend des Croix-Rouge, von mehreren Bürgern erkannt worden wäre, die ihn aber ruhig paſſiren ließen, ohne ihm das Geringſte nur zuzufügen; ja ein junger Advokat ſoll bei dieſer Gelegenheit ſogar geſagt haben. »Laſſen wir ihn paſſiren... Je höher das Volk ſich erhebt, deſto mehr reſpektiert es ſeine Feinde, welche zur Erde liegen.

Drei Tage hatten den Juli-Thron aufgerichtet, und drei Tage haben ihn wieder umgeworfen.

Die Revolution vom Jahre 1830 ereignete ſich nämlich am Dienſtag, Mittwoch und Donnerſtag den 27. 28. und 29. Juli, und durch ein ſeltſames Zuſammentreffen der Umſtände, ging die Revolution vom Jahre 1848 auch am Dienſtag, Mittwoch und Donnerstag, den 22. 23. und 24. Februar vor ſich.

Die Orleans'ſche Königs-Familie iſt zu ihren Schweſtern gegangen, welche die franzöſiſche Nation ſchon vorher in die Verbannung geſchickt hatte, und

Ludwig Philipp*) hat gerade dieselben Schlußphasen oder Wandlungen der Herrschaft durchgemacht, wie Karl X., nämlich Ministerwechsel, Abdankung zu Gunsten seines Enkels und Absetzung.

Aus dem Leben des Einen Königs, könnte man daher den Stoff zu einer historischen Komödie: »Die Schule der Könige« betitelt herausnehmen.

Nur hat die Bastard-Monarchie der Juli-Barrikaden nicht einmal, wie die legitime Monarchie, den Ruhm gehabt, mit Ehren nach standhafter Gegenwehr zu fallen, und ihre eilige Flucht ist eine unerhörte Schmach. Auch ließ sie durchaus kein Bedauern, keine Sympathie und keinen Anhang zurück.

Diejenigen, welche die dynastische Ordnung aufrecht erhielten, wie man ein Haus stützt, welches man bewahrt, drängten sich von der ersten Minute des Einsturzes an, um die neue republikanische Regierung, so unerwartet sie auch allen kam; denn Niemand dachte an einen so schnellen wunderähnlichen Sieg des Volkes und an ein so ungeheueres, europäisches Ergebniß des Kampfes.

Am Dienstag den 22. Februar lief das Volk zusammen, um in Masse gegen eine ministerielle Willkür zu protestiren, die den Franzosen ein Recht bestritt, welches sie nach Alem, was sie seit fünfzig Jahren erkämpft und gelitten hatten, für immer errungen glaubten.

Am Mittwoch stand das Volk auf, um die Reform zu verlangen, und ein verhaßtes Regierungs-System niederzuschlagen.

Der Sturz des Ministeriums war der Zweck des Aufstandes und wurde mit Hilfe der bewaffneten öffentlichen Meinung, nämlich der Nationalgarde erreicht.

Das verhängnißvolle Pelotonfeuer vor dem Ministerialgebäude der auswärtigen Angelegenheiten gab dem Streite eine andere Wendung.

Am Mittwoch um 9 Uhr Abends, war das Volk noch konstitutionell, um 11 Uhr war es aber schon revolutionär.

Am Donnerstag half das Volk die Regierung, die es am Tage vorher blos in ihrer rückschreitenden Politik angegriffen hatte, in ihrer ganzen Existenz vernichten, und der Ausgang hat bewiesen, daß dem beharrlichen Willen eines Volkes gegenüber, der fürchterlichste Aufwand von Kavallerie, Artillerie, und allen angewendeten Machtmitteln blos ein ohnmächtiges Werkzeug sey.

Auf den Ruf: Vive la réforme! et bas Guizot; folgte das Geschrei: Vive la nation! et bas Louis Philippe!

Ein Ministerium Odilon-Barrot, dünkte dem Volke kein genügendes Resultat mehr.

Man bezweckte den Umsturz des Thrones, und so brauste der Grimm der Volksmassen, der sich am Tage vorher gegen einen Minister-Palast ausließ, jetzt gegen ein Königs-Residenz an.

So wurden Alle, die auf das Nächste, auf die Vertheidigung eines bestrittenen konstitutionellen Rechts ausgingen, trotz ihrer feierlichsten Versprechungen, treu in den Schranken der Gesetze und der Konstitution zu bleiben, Schritt vor Schritt weiter hingedrängt, bis zur Revolution durch die Verkettung der Umstände, die mächtiger waren, als die Versprechungen.

Man zog einstimmig aus, um die Reform zu erobern, und bei diesem ersten Zielpunkte Halt zu machen, konnte aber nicht eher halten, als bis die letzte Station erreicht, und die Republik erklärt war.

---

*) Genealogie des französischen Regentenhauses.
König Ludwig Philipp I. — Gemalin Maria Amalia eine Tochter des Königs Ferdinand des I.

Herzoge und Herzoginen von Orleans.

Ferdinand, Kronprinz, gestorben im Juli 1842, Gemalin Helene, eine Tochter des Erbgroßherzogs Friedrich Ludwig von Mecklenburg-Schwerin.	Louise, vermälte Königin der Belgier.	Ludwig, Herzog von Nemours, Gemalin Victoria, eine Tochter des Herzogs Ferdinand von Sachsen-Coburg Gotha.	Clementine, vermält mit August, Prinzen zu Sachsen Coburg-Gotha.	Franz, Prinz von Joinville, Gemalin Dona Franziska, eine Tochter Dom Pedro I. Kaisers von Brasilien.	Heinrich, Anton, Herzog von Aumale.	Herzog von Rompenser.
				Franziska.		

Herzoge von Orleans.		Herzoge von Orleans.	
Ludwig Philipp, Graf von Paris, Kronprinz.	Robert Philipp, Herzog von Chartres.	Ludwig Philipp, Graf von Eu.	Ferdinand, Herzog von Alençon.

Der ältere Bourbonische Zweig.

Nachkommen des Königs Karl des X. (geboren 1757, gestorben 1836) übergibt seinem Bruder Ludwig den XVIII. am 16. September 1824 den Königsthron von Frankreich.

Heinrich,
Herzog von Bordeaux,
ein Sohn des Prinzen Karl von Artois, Herzog von Berry, Karl X. von Frankreich, und dessen Sohn der Dauphin Ludwig entsagen der Krone und dem Rechte an dieselbe zu seinem Gunsten am 2. August 1830, und er nennt sich dermalen Graf von Chambord.

Die Februar-Revolution war in Frankreich für Viele, ja für die Meisten der Donnerschlag, der den Apostel Paulus auf dem Wege nach Damaskus traf.

Sie wurden davon zu Boden geschmettert, richteten sich aber wieder auf, bekehrten zu den Ihren, die sie am Tage vorher noch bekämpften.

Diese Bekehrung ist aber sehr leicht zu begreifen; denn die Wenigsten in Frankreich liebten die neue Monarchie und Dynastie, ihrer selbst oder ihres Prinzips wegen; und bei denen wo dieses wirklich der Fall war, geschah es blos aus Interesse, aus Liebe zur Ruhe, und aus Furcht vor den Proletariern.

Nach dem so unverhofften Umsturz der monarchischen Ordnung fühlte sich daher ganz Frankreich wie von einer schweren Last befreit, und begrüßte jubelnd die Morgenröthe der Freiheit, die Alle erwarteten, aber keiner schon so nahe glaubte.

Einige hatten wohl Angst, aber das Volk von Paris benahm sich bei seinem Siege so edel, daß es sich zu den größten Opfern bereit erklärte, um die neue republikanische Ordnung begründen zu helfen.

Zu keiner Zeit und in keinem Lande ist nach einer so gänzlichen Durchschneidung aller Bande, welche eine Gesellschaft von 35 Millionen Menschen zusammenhielten, so wenig Auflösung und Zerrüttung erfolgt, als in Frankreich nach diesen ereignißvollen Tagen.

Nach wenigen Tagen hatte Alles in Paris fast seinen gewöhnlichen Anblick wieder gewonnen, ja es war fast unglaublich, daß eine so ungeheure blutige Revolution darüber hingegangen seyn soll.

Ueberall bildeten sich Gruppen von Menschen, welche die lebhafteste Freude, das Vertrauen, den Enthusiasmus, kurz Alles, was frei aus dem Herzen fließt, belebte.

Man sprach sich an, ohne sich zu kennen; — man schüttelte sich die Hände, wie alte Bekannte und Freunde; und dieses vertraute herzliche Handschütteln unter Leuten jedes Standes, jeder Klasse, die sich nie gesehen hatten, die sich niemals wieder sehen sollten, welche Rang oder Vermögen auf die entgegengesetzteste Stufe der gesellschaftlichen Leiter gestellt, und welche die Siegestaufe einen Augenblick auf das nämliche Niveau gestellt hatte, war beredter als Worte, — es war das Herz, welches durch Hand und Auge sprach, und mehr als die gemeinsame Trunkenheit des Sieges, den allgemeinen Rausch des Patriotismus entbüllte.

Mit einem Worte, Paris war bewunderungswürdig in diesen ersten Augenblicken anzuschauen, ja man hätte diese große Weltstadt eine Stadt von Brüdern nennen dürfen, die nur einen und denselben Gedanken haben.

Bei dem am 4. März 1848 stattgefundenen Leichenbegängniß der am 22. 23. und 24. Februar gefallenen Opfer, war die Sct. Magdalenen-Kirche von innen und außen schwarz behangen und mit Fahnen geschmückt.

Auf dem Giebel befand sich die Inschrift: »Den für die Freiheit gefallenen Bürgern.«

Ein ungeheures Leichengerüste in Granit war im Mittelpunkte der Kirche aufgerichtet, welches einem, von Dreifüßen umgebenen Tempel in antiker Form darstellte.

Von der Spitze der Juli-Säule wehte eine ungeheuer große Nationalfahne, und eine andere große schwarze Fahne mit Silbersternen gestickt.

Um die Säule herum standen Dreifüße, in welchen verschiedene Farbenfeuer brannten; der ganze äußere Umfang war mit dreifarbigen Wimpeln geziert.

Im Leichenzuge, den eine unermeßliche Menschenmenge belebte, befand sich ein Wagen, der bis an die Fenster der zweiten Stockwerke emporragte, und von acht schönen, mit reich geschmückten Decken behangenen Pferden gezogen wurde.

Der Wagen war mit Lorbeeren und dreifarbigen Fahnen bedeckt, und mit dem Standbilde der Freiheit gekrönt; das auf seinen verschlungenen Händen die Inschrift trug, »Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft!« Vorne war die Inschrift zu lesen. »Es lebe die Republick.« Hinter dem Wagen gingen die Mitglieder der provisorischen Regierung; dann folgten die Militär- und Civilbehörden.

Man gibt die Zahl derjenigen, welche den Leichenzug der über dritthalb Stunden dauerte, begleiteten, auf 250,000 und die Zuschauer auf 200,000 Menschen an.

Die Leichen der für die Freiheit gefallenen Bürger befanden sich in fünf Wagen, die ganz einfach mit Blumen und Kronen von Immortellen behängt, und mit Nationalfahnen behangen waren.

Ueberdieß wurde in allen Kirchen Trauergottesdienst gehalten, und die Gefallenen sollten in den Gewölben der Juli-Säule neben den Ueberresten der Opfer vom Jahre 1830 beigesetzt werden.

Die provisorische Regierung war inzwischen unermüdet, in allen Zweigen der Verwaltung, in allen Einrichtungen des Staats Aenderungen vorzunehmen, wie sie die neue Regierungsform zum Theil nothwendig machte.

Sie setzte einen Ausschuß zur Umgestaltung des in Frankreich sehr mangelhaften Schulwesens nieder, schaffte die Adelstitel ab, und erließ ein neues Wahlgesetz, nach welchem die Wahlen zu der Verfassung gebenden National-Versammlung in ganz Frankreich vorgenommen werden, und die Abgeordneten sich in Paris versammeln sollten.

Ueber die Verhältnisse Frankreichs zum Auslande sprach sich Lamartine in einem Runschreiben an alle französischen Gesandten bei den fremden Mächten in einer Weise aus, welche Hoffnung auf das Fortschreiten des friedlichen Einvernehmens gewährete und folgenden Inhalts war.

»Mein Herr! Sie kennen die Pariser-Ereignisse, den Sieg des Volkes, seinen Heldenmuth, seine Mäßigung, seine Besänftigung, die Wiederherstellung der Ordnung durch das Zusammenwirken aller Staats-

Pohřeb padnutých w Paříži

Az elesett áldozarok remetése

Il funeraglio die morti perla libertá

Das Leichenbegräbniss der gefallenen Opfer zu Paris, im März 1848

Nº 75.

bürger, gleichsam als ob während dieses Interregnums der sichtlichen Machthaber die allgemeine Vernunft ganz allein die Regierung von Frankreich gewesen wäre.

Die französische Revolution ist demnach in ihren definitionen Zeitraum eingetreten. Frankreich ist eine Republik; die Republik Frankreich bedarf zu ihrem Daseyn der Anerkennung nicht. Sie besteht naturrechtlich, sie besteht nationalrechtlich. Sie beruht auf dem Willen eines großen Volkes, welches über seine Berechtigung nur sich selbst Rechenschaft zu geben hat. Da jedoch die Republik Frankreich nicht wie ein, die europäische Ordnung störendes Meteor, sondern als eine geregelte Macht in die Familie der bestehenden Regierungen eintreten will, so ist es angemessen, daß Sie die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, unverzüglich mit den Grundsätzen und den Tendenzen bekannt machen, welche von nun an der auswärtigen Politik der französischen Regierung zur Richtschnur dienen werden.

Die Proklamirung der französischen Republik ist gegen keine Regierungsform in der Welt ein Angriffsakt. Die Regierungsformen haben Verschiedenheiten, die ebenso wohlberechtigt sind, wie die Verschiedenheiten des Charakters, der geographischen Lage und der intellektuellen, moralischen und materiellen Ausbildung der Völker. Wie die Individuen, haben auch die Nationen verschiedene Lebensalter. Die Grundsätze, denen sie folgen, durchlaufen eine Reihe von Phasen. Monarchische, aristokratische, konstitutionelle, republikanische Regierungen sind ein Ausdruck dieser verschiedenen Stufen der Reife des Geistes der Völker. Diese verlangen mehr Freiheit, nach Maßgabe wie sie sich befähigt fühlen, eine größere zu ertragen; sie verlangen mehr Gleichheit und Demokratie, nach Maßgabe wie sie inniger von Gerechtigkeit und Liebe zum Volke durchdrungen sind. Das ist eine Sache der Zeit. Ein Volk geht zu Grunde, wenn es dem Augenblick dieser Reifer vorauseilt, und es entehrt sich, wenn es ihn unbenutzt entschlüpfen läßt. Monarchie und Republik sind in den Augen wahrer Staatsmänner keineswegs absolute Prinzipien, die einander auf Leben und Tod bekämpfen; es sind Thatsachen, die einen Gegensatz bilden und neben einander bestehen können, wenn sie einander begreifen und achten.

Der Krieg ist also nicht das Prinzip der Republik Frankreich, wie er im Jahre 1792 zu einer unvermeidlichen und glorreichen Nothwendigkeit für sie wurde. Zwischen 1792 und 1848 liegt ein halbes Jahrhundert. Nach einem halben Jahrhundert wieder zu dem Grundsatz von 1792 oder zu dem Eroberungssystem des Kaiserreichs zurückkehren, hieße nicht, mit der Zeit fortschreiten, sondern rückwärts gehen. Die jüngste Revolution ist ein Schritt vorwärts, nicht aber rückwärts. Die Welt und wir: Beide wollen der Verbrüderung und dem Frieden zuschreiten.

Wenn die Lage der Republik Frankreich im Jahre 1792 den Krieg begreiflich machte, so machen die Verschiedenheiten, welche zwischen jenem Zeitraum unserer Geschichte und zwischen unserer Zeit obwalten, den Frieden begreiflich. Streben Sie, diese Verschiedenheiten aufzufassen und in Ihrem Kreise auffassen zu lassen.

Im Jahre 1792 fehlte der Nation die Einheit. Zwei Völker lebten auf demselben Boden. Zwischen den Klassen, welche um den Besitz ihrer Vorrechte gekommen waren, und den Klassen, welche sich Gleichheit und Freiheit errungen hatten, bestand noch immer ein furchtbarer Kampf. Die Ersteren verbanden sich mit dem Königthum in der Gefangenschaft und dem Auslande voll Eifersucht, um Frankreich die Revolution zu bestreiten. Jetzt gibt es keine unterschiedenen und ungleichartigen Volksklassen mehr. Die Freiheit hat jede Fessel gebrochen. Die Gleichheit vor dem Gesetz hat Alles geebnet. Die Verbrüderung, deren Verwirklichung wir proklamirten und deren Wohlthaten die Nationalversammlung organisiren soll, wird Alles vereinigen. Es gibt nicht einen einzigen Staatsbürger in Frankreich, welcher Ansicht er auch zugethan sey, der nicht dem Grundsatze: Das Vaterland über Alles! beiträte und es eben durch diese Einigkeit vor Invasionsgelüsten und Invasionsbesorgnissen sicher stellte.

Im Jahre 1792 hatte nicht das ganze Volk von seiner Regierung Besitz genommen, sondern der Mittelstand wollte die Freiheit allein ausüben und genießen. Der Sieg des Mittelstandes war damals egoistisch, wie der Sieg einer jeden Oligarchie. Jener wollte die durch Alle errungenen Rechte für sich allein behalten. Zu diesem Behuf mußte er dem Emporkommen des Volks eine tüchtige Ableitung eröffnen, nachdem er daſselbe auf die Schlachtfelder trieb, um es von dem Antheil seiner eigenen Regierung abzuhalten. Diese Ableitung bildete den Krieg. Der Krieg war ein Gedanke der Monarchisten und der Girondisten, nicht aber ein Gedanke der weiter vorgeschrittenen Demokraten. Diese wollten, wie wir, eine wahrhafte, vollständige und geregelte Herrschaft des Volkes selbst, unter welchem Namen sie sämmtliche Klassen, aus denen die Nation besteht, ohne Ausschließung und ohne Bevorzugung zusammenfaßten.

Im Jahre 1792 war das Volk nur das Werkzeug, nicht aber der Zweck der Revolution. Jetzt hat die Revolution durch das Volk und für das Volk stattgefunden. Dieses ist selbst die Revolution. Indem es in sie eingeht, bringt es seine neuen Bedürfnisse nach Arbeit, Gewerbthätigkeit, Unterricht, Landbau, Handel, Sittlichkeit, Wohlergehen, Eigenthum, Wohlfeilheit des Lebensunterhalts, Schiffahrt, mit Einem Worte: nach Civilisation mit hinein, und dieses sind lauter Friedensbedürfnisse! Volk und Friede, das ist gleichbedeutend.

Im Jahre 1792 waren die Ideen in Frankreich und in Europa noch nicht darauf vorbereitet, die große Harmonie der Nationen unter einander zum Wohle der Menschheit zu fassen und gelten zu lassen. Der Gedanke des Jahrhunderts, welches zu Ende ging, lebte nur in den Köpfen einiger Philosophen. Jetzt ist die Philosophie volksthümlich. Eine fünfzigjährige Denk-, Sprech- und Schreibefreiheit hat ihre Wirkung gethan. Die Bücher, die Journale, die Tribunen haben das Apostolat der europäischen Intelligenz vertreten. Die von allen Seiten her über Volksgrenzen

hinwegleuchtende Vernunft hat unter den Geistern jene große intellektuelle Nationalität geschaffen, welche die Vollendung der französischen Revolution und die Grundlage der Verbrüderung der Völker auf dem Erdkreise bilden wird.

Endlich war auch noch im Jahre 1792 die Freiheit etwas Neues, die Gleichheit etwas Anstößiges, die Republik ein Problem. Das Anrecht der Völker, von Fénélon, Montesquieu, Rousseau erst unlängst entdeckt, war durch die alten feudalen, dynastischen, sacerdotalen Traditionen dermaßen in Vergessenheit gerathen, aus den Augen gerückt und entkräftet worden, daß die wohlbegründetste Einmischung des Volkes in seine eignen Angelegenheiten den Staatsmännern aus der alten Schule als etwas Unnatürliches erschien. Vor der Demokratie existirten nicht blos die Throne, sondern auch die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Heutiges Tages haben die Throne und die Völker sich gewöhnt an den Namen, an die Formen und an die regelmäßigen Aufregungen der im verschiedenen Umfange fast in sämmtlichen und selbst in monarchischen Staaten ausgeübten Freiheit. Sie werden sich auch an die Republik gewöhnen, die deren vollständige Form bei gereiftern Völkern ist. Sie werden erkennen, daß es eine konservative Freiheit gibt, erkennen, daß in einer Republik nicht blos eine bessere Ordnung bestehen kann, sondern daß selbst mehr wahre Ordnung bei dieser Regierung Aller für Alle, als bei der Regierung Einiger für Einige möglich ist.

Aber auch abgesehen von diesen unerginnzigen Rücksichten, würde das Interesse der Befestigung und des Fortbestehens der Republik allein schon den französischen Staatsmännern Friedensgedanken einflößen. Nicht das Vaterland, sondern die Freiheit läuft im Kriege die meiste Gefahr. Der Krieg ist fast immer eine Diktatur. Die Soldaten vergessen die Staatseinrichtungen über den Persönlichkeiten. Die Throne bilden eine Lockung für die Ehrgeizigen, der Ruhm betäubt die Vaterlandsliebe, der Glanz eines Siegernamens verdeckt das Verbrechen gegen die Nationalsouveränetät. Die Republik wünscht allerdings Ruhm, aber sie wünscht ihn für sich selbst und nicht für einen Cäsar oder einen Napoleon!

Täuschen Sie sich indessen darüber nicht; — diese Ideen, welche Sie den Mächten als Unterpfand der europäischen Sicherheit vorzulegen von der provisorischen Regierung beauftragt worden, haben nicht zum Zwecke, der Republik Verzeihung zu erwirken, daß sie die Kühnheit besessen, ins Leben zu treten, und noch weniger für ein großes Recht und für ein großes Volk demüthig um einen Platz in Europa zu bitten. Sie haben den edlern Zweck, die Souveraine und die Völker zum Nachdenken zu veranlassen, es ihnen unmöglich zu machen, hinsichtlich des Charakters unserer Revolution unabsichtlich in Irrthum zu gerathen; das Ereigniß im rechten Lichte und in seiner wahren Gestalt darzustellen und erst der Menschheit Unterpfänder zu geben, bevor wir sie unsern Rechten und unserer Ehre geben, wenn diese verkannt oder bedroht werden sollten.

Die Republik Frankreich wird dem gemäß Niemand betrügen. Sie braucht nicht erst zu sagen, daß sie dem Kriege nicht ausweichen wird, wenn man dem französischen Volke Kriegsbedingungen stellt. Die Ansicht der Männer, welche in diesem Augenblicke Frankreich regierten, geht dahin: es ist ein Glück für Frankreich, wenn man ihm den Krieg erklärt und es auf diese Weise zwingt, ungeachtet seiner Mäßigung an Macht und an Ruhm nach zu wachsen! Frankreich setzt sich einer furchtbaren Verantwortlichkeit aus, wenn die Republik selbst Krieg erklärt, ohne dazu gereizt zu seyn! Im ersteren Falle würde Frankreichs kriegerischer Geist, sein Thatendrang, die während so vieler Friedensjahre angesammelte Kraft es im eignen Lande unüberwindlich, jenseit der Grenzen vielleicht furchtbar machen. Im zweiten Falle würde es das Andenken an seine Eroberungen gegen sich aufregen, wodurch die Nationen ihm abgeneigt würden, so daß es auf diese Weise seinen ersten und allgemeinsten Bundesgenossen: den Volksgeist und den Civilisationsberuf, zu verlieren Gefahr liefe.

Nach diesen Grundsätzen, zu denen Frankreich bei ruhigem Blut sich bekennt, und die es ohne Scheu wie ohne Herausforderung seinen Freunden und seinen Feinden aussprechen kann, werden Sie die Ehre haben, folgende Erklärungen sich wohl einzuprägen:

Die Verträge vom Jahre 1815 sind in den Augen der Republik Frankreich in rechtlicher Hinsicht nicht mehr vorhanden; die Gebietsbegrenzungen dieser Verträge sind jedoch eine Thatsache, welche sie bei ihren Beziehungen zu andern Nationen als Grundlage und Ausgangspunkt annimmt.

Wenn aber auch die Verträge vom Jahre 1815 nur noch als im gemeinsamen Einverständniß zu modifizirende Thatsachen vorhanden sind, und wenn gleich die Republik laut erklärt, daß es ihr Recht und ihre Aufgabe ist, auf geordnetem und friedlichem Wege zu diesen Modifikationen zu gelangen, so sind doch die Nemunft, die Mäßigung, die Gewissenhaftigkeit, die Klugheit der Republik vorhanden, und bilden für Europa eine bessere und ehrenhaftere Bürgschaft, als die Buchstaben jener von demselben so oft verletzten oder modifizirten Verträge.

Streben Sie dahin, daß diese Emanzipirung der Republik von den Verträgen vom Jahre 1815 begriffen und aufrichtig angenommen wird, und unterlassen Sie nicht, zu zeigen, daß diese Offenheit mit der Ruhe Europa's durchaus nicht unvereinbar ist.

Wir erklären demnach laut: wenn der Augenblick zur Wiederherstellung einiger, in Europa oder sonst wo unterdrückter Nationalitäten nach den Fügungen der Vorsehung und gekommen zu seyn schiene; wenn die Schweiz, unser treuer Bundesgenosse seit Franz dem I., bei der Wachsthumsbewegung, die sie im Innern vornimmt, um dem Bunde der demokratischen Regierungen eine Kraft mehr zu gewähren, gehemmt oder bedroht wäre; wenn die selbstständigen Staaten Italiens besetzt würden; wenn man ihrer innern Umbildung Grenzen bestimmen oder Hindernisse entgegensetzen wollte; wenn man ihnen mit gewaffneter Hand das Recht streitig machen würde, Bündnisse unter einan-

der einzugehen, um ein italienisches Vaterland zu begründen: dann würde die Republik Frankreich sich für befugt erachten, selbst die Waffen zu ergreifen, um jene wohlberechtigten Regungen des Wachsthums und der Nationalität der Völker zu beschützen.

Die Republik hat, wie Sie sehen, die Aera der Proscriptionen und der Diktaturen augenblicklich durchschritten. Sie ist entschlossen, niemals die Freiheit im Innern zu verschleiern. Sie ist ebenfalls entschlossen, ihr demokratisches Prinzip niemals nach Außen zu verschleiern. Zwischen dem friedlichen Strahl ihrer Freiheit und die Blicke der Völker wird sie Keinem die Hand zu halten gestatten. Sie erklärt sich zu den intellektuellen und herzlichen Bundesgenossen aller Rechte, aller Fortschritte, aller gesetzmäßigen Ausbildungen von Staatseinrichtungen bei den Völkern, welche mit ihr nach gleichem Grundsatze zu leben wünschen. Eine versteckte oder aufreizende Propaganda wird sie bei ihren Nachbarn nicht treiben. Sie weiß, daß nur diejenigen Freiheiten von Dauer sind, welche auf ihrem eignen Boden von selbst wachsen. Sie wird aber durch den Glanz ihrer Ideen, durch den Anblick von Ordnung und Ruhe, welchen sie der Welt darzubieten hofft, den einzigen ehrlichen Proselytismus betreiben: den Proselytismus der Achtung und der Sympathie. Das ist kein Krieg, das ist Natur. Das ist keine Aufreizung Europas, das ist Leben. Das heißt nicht, die Welt in Flammen setzen: das heißt, auf seinem Platze am Horizont der Völker strahlen, um diesen voranzuschreiten und zu leiten.

Wir wünschen, um der Menschheit wegen, daß der Friede erhalten werde; wir hoffen es sogar. Eine einzige Kriegsfrage war vor einem Jahre zwischen Frankreich und England aufgeworfen. Diese Kriegsfrage hatte nicht das republikanische Frankreich, sondern die Dynastie hatte sie aufgeworfen. Diese Kriegsgefahr ist mit der Dynastie verschwunden, die Europa, um der durchaus persönlichen Herrschsucht ihrer Familienverbindungen in Spanien wegen, darin gebracht hatte. Diese Hauspolitik der gestürzten Dynastie, welche seit siebzehn Jahren unsere Nationalwürde beeinträchtigte, hatte auf diese Weise durch ihre Prätensionen auch noch eine Krone in Madrid, zu gleicher Zeit auch unsere liberalen Bündnisse und den Frieden Europas beeinträchtigt. Die Republik ist ohne Herrschsucht. Die Republik kennt keinen Nepotismus; sie erbt nicht die Prätensionen einer Familie. Spanien regiere sich selbst; es sey unabhängig und frei. Hinsichtlich der Festigkeit dieser natürlichen Bundesgenossenschaft zähle Frankreich mehr auf die Uebereinstimmung der Grundsätze, als auf die Erbrechte des Hauses Bourbon.

Dieses ist der Geist, welcher die Räthe der Republik beseelt. So wird unwandelbar der Charakter der kräftigen und gemäßigten Politik Frankreichs seyn, die Sie zu vertreten haben.

Die Republik hat bei ihrem Entstehen und in der Hitze eines Kampfes, den das Volk nicht hervorgerufen hatte, drei Worte ausgesprochen, welche ihre Seele offenbarten und den Segen Gottes und der Menschen auf ihre Wege lenken werden: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Am Tage darauf hat sie die Abschaffung der Todesstrafe für politische Vergehen diesen drei Worten im Innern ihren wahren Kommentar gegeben; geben Sie ihnen auch auswärts ihren wahren Kommentar. Der Sinn dieser drei Worte in ihrer Anwendung auf unsere auswärtigen Verhältnisse ist folgender: Befreiung Frankreichs von den Fesseln, in denen sein Prinzip und seine Würde lagen; Wiedergewinnung des Ranges, den es neben den Großmächten Europas einnehmen muß; und endlich Bündniß und Freundschaftserklärung an alle Völker. Ist Frankreich sich seines Antheils am liberalen und civilisirenden Berufe dieses Jahrhunderts bewußt: so ist nicht eins unter diesen Worten, welches Krieg bedeutet.

Ist Europa klug und gerecht; so ist nicht eins unter diesen Worten, welches nicht Frieden bedeutet.«

Am 5. März wurde die Sklaverei in allen französischen Kolonien aufgehoben.

Zur Belebung des Verkehrs ordnete die provisorische Regierung die Errichtung von Wechselbanken und Vorschußkassen an allen bedeutenden Handelsplätzen des Landes an, bewilligte dazu 60 Millionen Franken aus den Staatsmitteln und forderte die Privaten auf, eine doppelt so große Summe dazu vorzuschießen.

In ihren Finanzmaßregeln war die Regierung übrigens wenig glücklich, und die von ihr angeordneten Vorkehrungen mußten später größtentheils wieder rückgängig gemacht werden.

Die Verlegenheiten des Staatsschatzes führten die Aufhebung der Schuldentilgung, die Nicht-Einlösung der Schatzscheine und die Zurückhaltung der Sparkassengelder herbei; was alles Schritte waren, welche das geübte Vertrauen nur noch tiefer erschütterten.

Mit hastiger, unsicherer Hand griff die Regierung bei der immer dringender werdenden Noth der öffentlichen Kassen nach jedem Mittel, wodurch Geld herbeigeschafft werden konnte, ohne aber dabei die Verhältnisse richtig zu überlegen und zu würdigen.

Eben so sogen andere Maßregeln der Regierung nicht weniger gerechten Tadel und großen Unbank zu.

Bei dem Mangel an genügender Beschäftigung für die einheimischen Arbeiterleute, waren die fremden Arbeiter allerdings eine große Last, aber die Art und Weise, wie man diese Leute loszubringen suchte, läßt sich keineswegs rechtfertigen.

Die englischen Arbeiter wurden gewaltsam ausgetrieben, die belgischen, italienischen und deutschen Arbeiter wurden dagegen bewaffnet, und an die Grenzen dieser Länder geschickt, um gewaltsam in ihre Heimath einzudringen und dort die Republik auszurufen.

Aber alle diese Unternehmungen scheiterten, wie z. B. am 25. März an der belgischen Grenze, am 2. bis 4. April in Savoyen und in den ersten Wochen des Monats April in Deutschland.

In den großen National-Werkstätten, um daselbst müßige und dadurch schädliche Hände zu beschäftigen, hat die provisorische Regierung in Paris und der nächsten Umgebung bei 12,000 Arbeiter angestellt; wovon aber 5000, die auf dem Marsfelde beschäftigt

waren, kaum so viel zu Stande brachten, als anderswo ein paar Hundert Leute ausrichteten.

Die Arbeiten auf dem Marsfelde sollten angeblich den Zweck haben, die Böschungen zu beiden Seiten gerade zu machen, und in der Mitte eine gewölbte Straße aufzuführen, damit das Regenwasser abfließen könne.

Eigentlich waren aber diese Arbeiten blos ein Vorwand, um müssigen Leuten Beschäftigung zu geben.

Außer den Ruhestunden sah man fortwährend ganze Haufen müßig beisamen stehen, und allerlei Allotria oder Nebensachen treiben, andere standen wieder gruppenweise um große Feuer gelagert, spielten Karten, oder trieben andere Mockereien und sangen, was den ganzen Tag nicht fehlte, patriotische Lieder.

Es läßt sich denken, daß ein solches Leben diesen Leuten sehr angenehm war, doch auf die Dauer konnte eine solche Wirthschaft keinen Bestand haben; und es schrint, daß die Regierung es bisher nicht wagte, diese Arbeiter streng zur Thätigkeit anzuhalten, was eine traurige Frucht der verbürgten Arbeit war, die der Staatskasse nicht wenig Geld kostete.

Zu den Terrassenarbeiten waren 6000 Ouvriers oder Handwerker in der Nähe von Namart beschäftigt, und ebenso standen über tausend Menschen auf den Boulevards oder Festungswällen in Arbeit.

Von diesen Arbeitern erhielt der Erwachsene täglich zwei Franks, die jüngeren Arbeiter aber nur einen Frank; was der Regierung eine tägliche Auslage von wenigstens 25,000 Franks machte.

Die mobile Nationalgarde war zum Felddienst bestimmt und eingeübt worden, und konnte überall hin verwendet werden.

Seit dem 24. Februar wurde Paris blos durch bewaffnete Bürger bewacht, und durch sie die Ruhe und Ordnung auch musterhaft erhalten.

Die Nationalgarde von Paris zählte ungefähr 180,000 Mann, von welchen bei 30,000 Mann besoldet waren. Die Bürger aus allen Ständen zogen fast alle drei Tage auf die Wache, und verrichteten alle militärischen Dienste, und nur in den dienstfreien Tagen trieben sie wieder ihr Geschäft oder ihr bürgerliches Gewerbe.

Wie sich bisher gezeigt, hatte Ledru-Rollin die Staatsmittel umsonst verschleudert, und die Ehre des französischen Namens verletzt, da er heimlich eben dasjenige that, was er offen abläugnete; ja überhaupt hat dieser Mann eine verhängnißvolle Rolle während der kurzen Dauer der ihm anvertrauten Macht gespielt.

Die Beoollmächtigten, welche er in die Departements abschickte, die willkürliche Macht die er ihnen beilegte, und der Zwang, den er sich auf die Wahlen auszuüben erlaubte, heften an seinem Namen traurige Erinnerungen.

Besonderes Aufsehen machte aber sein Zirkularschreiben an diese abgeschickten Beoollmächtigten seiner Gewalt, in welcher Schrift er die Sprache eines Gewaltherrschers spielte, und alle Grundsätze eines freien Staates verspottete.

Der üble Eindruck konnte auch nicht ganz mehr verwischt werden, als Lamartine den offenen Tadel der Regierung über dieses Verfahren ihres Amtsgenossen aussprach.

Eben so zweideutig und schwach erschien das Benehmen der Regierung, als sie dem am 18. März wiederholt bezeigten Verlangen der arbeitenden Volksmassen nachgab und den Zeitpunkt der Wahlen auf den 23. April, den Zusammentritt der National-Versammlung aber auf den 4. Mai ersetzte.

Durch solche Zugeständnisse waren die der Gesellschaft feindlichen Kräfte nicht befriedigt, die Klubbs wühlten fortwährend die Volksmassen auf; — Ledru-Rollin unterstützte solche Bestrebungen durch seine, an den Mauern angeschlagene Proklamation, worin gesagt wird, daß, wenn die Wahlen nicht den Forderungen der großen Volksmasse entsprechen, das Volk seine Rechte noch einmal auf den Barrikaden erkämpfen müsse. In dieser Absicht versuchte man auch schon am folgenden Tage wirklich einen Hauptschlag, um die gemäßigten Mitglieder der Regierung zu entfernen, die Nationalgarde zu entwaffnen, die Behörden abzusetzen und die Wahlen weiter hinauszuschieben oder zu verlängern.

Jetzt rief aber Lamartine die Nationalgarde zum Schutze der bedrohten Sicherheit auf, und das kräftige Einschreiten derselben vereitelte den Plan der vorgehabten Empörung.

Um nun die Macht der Klubbs in etwas einzuschränken, erging jetzt ein Verbott gegen bewaffnete Vereine, und zugleich fand auch ein Verbrüderungsfest zwischen dem Heere und der Nationalgarde Statt, um durch die innige und brüderliche Verbindung dieser beiden Kräfte die Macht der Regierung zu stärken.

Die Wahlen gingen am 23. April in ganz Frankreich mit einigen Ausnahmen ruhig vor sich, aber wie dieselben ausgefallen sind, entsprach den Erwartungen der wühlerischen Parthei nicht.

Das allgemeine unmittelbare Stimmrecht, und aller Einfluß, den Ledru-Rollin, so wie die Klubbs darauf auszuüben versucht hatten, war nicht hinreichend gewesen, die Stimme des Volkes zu verfälschen.

Die gemäßigte Parthei bekam ein unendliches Uebergewicht, während die Wühler eben so sehr gegen das allgemeine Stimmrecht eiferten als sie dasselbe früher unterstützt und broowortet hatten.

Der Versuch, durch einen Aufstand in Rouen und in der Umgegend eine Umwälzung hervorzurufen, wurde in einem blutigen Kampfe unterdrückt, und das Gesetz behielt seine Oberherrschaft.

Am 4. Mai wurde die National-Versammlung eröffnet, um aber jede Verhandlung über die künftige Staatsform abzuschneiden, machte ein Abgeordneter des Seine-Departements den Antrag: »die Republik als die einzig mögliche Regierungsform von Frankreich anzuerkennen,« welcher Antrag auch ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben, und dem vor dem Sitzungssaale versammelten Volke bekannt gemacht wurde.

Obgleich aber die National-Versammlung die Republik anerkannt hatte, so wollte sie doch keine wesentliche

Veränderung in dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft zulassen, und bemühte sich bei der Wahl des Regierungs-Zuschusses alle revolutionären Männer auszuschreiben.

Die Hauptaufmerksamkeit war nun in der letzten Hälfte des Monats April 1848 besonders auf die Wahlen zur National-Versammlung gerichtet, und es regnete gleichsam Kandidaturen von allen Seiten und aus allen Dorfgemeinden her, um dem Vaterlande mehrere Volksvertreter anzubieten.

Viele Kandidaten, welche der Republik zu Gefallen ihrem Pfluge und ihrem Handwerkszeuge ein Lebewohl sagten, glaubten ihren Mitbürgern, deren Stimmen sie zu erhalten sich bemühten, ihr ganzes Leben vom Geburtstage an bis zum 24. Februar, erzählen zu müssen, und schlossen ihre Lebenstage-Erzählung mit der Versicherung, daß sie dem Dienste des Vaterlandes alles daseinige widmen werden, was sie an Erfahrung, Geschäftskenntniß, Einsicht, Thatkraft und Aufopferungsfähigkeit besitzen.

Die Meisten von den Kandidaten, nannten sich in ihren Glaubens- und Lebensbekenntnissen »Söhne von Arbeitern,« und prahlten sich mit der Hernennung erlauchter Schuhflicker, die unter ihren Vorältern glänzten.

Der Expräfekt Henri Bonnias, glaubte seine Ansprüche zur Deputirtenwahl dadurch geltend machen zu müssen, nachdem er sagte: »Dreißig Jahre lang habe ich konspirirt, und aus allen Kräften in Rede, Zeitschriften und Büchern als Mann der That, vor den Gerichten, aus den Gefängnissen und mit den Waffen in der Hand gestritten, gegen die monarchische Ordnung der Dinge.«

Unter den Liberalen, die sich als Kandidaten zur Deputirtenwahl meldeten, befanden sich drei berühmte Romanschreiber, nämlich Alexander Dumas, Eugène Sue und Honoré de Balzac, so wie auch andere, minder berühmte Schriftsteller.

Je näher die Zeit zu den Wahlen heranrückte, desto ärger tobten die Partheien, und schäumten schon vor Wuth nur bei den bloßen Namen »National-Versammlung,« ja sie erklärten in mehreren Zeitungen und Klubbs-Versammlungen, sie würden die Regierung entweder wegjagen, bevor die National-Vertretung zusammen komme, oder die Repräsentanten nur zwischen zwei Spalieren von hunderttausend Proletariern in die Kammer hineinlassen.

Die Kandidaten der Demagogen-Parthei, wurden vorzugsweise canditats du peuple, nämlich Volkskandidaten genannt, aber trotz der Lobeserden in ihren Klubbs, trotz der Umzüge in den Straßen, trotz aller Proklamationen, Namenlisten, Versprechungen und Drohungen erhielten sie von den viermalhunderttausend Wählern des Seine-Departements kaum zwanzigtausend Stimmen, was immer noch ein sehr ungünstiges Verhältniß für ihre Pläne war.

Die feierliche Handlung der allgemeinen Wahlen fing am ersten Ostertag an, und ging in der größten Ruhe und Ordnung vor sich, und nur die einzige dabei vorfallende Unordnung war die jämmerliche Nachlässigkeit einiger Stadt- und Magistratsbeamten, die vielen Wählern aus ihrem Bezirke nicht eine Karte, sondern ein ganzes Spiel Karten gegeben hatten.

Nach der Zählung der abgegebenen Stimmen, womit man durch vier Tage beschäftigt war, machte der Maire von Paris die Namen der Gewählten dem versammelten Volke auf dem Rathhausplatze bekannt, welche ihrer demokratischen Farbe wegen, mit Jubel begrüßt wurden.

Unter den in der Provinz gewählten Volksvertretern befanden sich mehrere Exdeputirte der alten dynastischen Opposition, manche bekannte Republikaner und auch viele Neulinge aber ohne besondere Bedeutung.

Nach den Eigenheiten zu urtheilen, die sich in dem Wahl-Verzeichnisse bemerkbar machten, schwärmte ein großer Theil von Frankreich für die gemäßigte Republik, wie sie zuerst auf dem Rathhause zu Paris ausgesprochen wurde.

Der Haupt-Apostel der gemäßigten Republik Lamartine, wurde von zehn Wahl-Kollegien zu gleicher Zeit zum Repräsentanten gewählt; Marast und Cormenin wurden jeder viermal; Carmieux, Marie, Ledru-Rollin, Arago, Dupont de l'Eure, Garnier Pagès, Recurt, Paguerre und Cavaignac wurden jeder zweimal gewählt.

Am 4. Mai, es war an einem Donnerstage, trat die National-Versammlung zusammen, worauf sich Paris schon längst mit Ungeduld gesehnt hatte, denn es erwartete, daß Frankreich an diesem Tage und auf diesem Wege, Friede, Ruhe, Ordnung und eine feste, kraftvolle und rechtmäßige Regierung erhalten werde; wer aber nicht ganz Sklave einer vorgefaßten Meinung war, und nur einige Einsicht in die Lage der Dinge hatte, der konnte sich unmöglich von solchen eingebildeten Hoffnungen blenden lassen.

Die Kammer und ihre Zugänge waren mit starken Rotten von National- und Mobilgarden abgesperrt, so, daß diejenigen die sich mit keiner Karte als Volksvertreter oder Zeitungs-Redakteure nicht ausweisen konnten, ziemlich weit davon entfernt bleiben mußten.

Um die Mittagszeit kamen die Repräsentanten in kleinen Gruppen und ohne besondere Abzeichen unter dem Volksrufe Vive la republique! herbei.

Die neugierige Volksmenge, die von diesem Zuge in den verschiedenartigsten Nationalkostümen eine besondere Festlichkeit erwartet hatte, war einigermaßen unzufrieden, da ihre Schaulust nicht befriedigt wurde.

Nach zwölf Uhr Mittags trat die provisorische Regierung aus dem Justiz-Ministerium, wo sie sich versammelt hatte, und der Zug mit dem Oberkommandanten der Nationalgarde und seinem Generalstabe voran, bewegte sich langsam vom Vendomeplatze durch die Straße de la Pair und über die Boulevards nach der Konkordienbrücke hin, zwischen zwei Reihen Nationalgarden und Linien-Truppen, die auf dem ganzen Wege die Spalier bildeten.

Die Regierungsmänner gingen zu zwei neben einander, voran Albert, Flocon, Louis Blanc und Ledru-Rollin, und wurden überall

wo sie vorüber kamen, so wie beim Eintritt in die Kammer mit dem vielseitigen Rufe »Vive la Republique« empfangen.

So lange die Sitzung der National-Versammlung dauerte, nämlich bis zum Abende, benahm sich die Volksmasse zwar äußerlich ruhig, aber sie war innerlich bewegt. Ihre Ungeduld, den Ausgang der Kammersitzung zu erfahren, äußerte sich lebhaft in tausende von Fragen an alle diejenigen, die durch ihre Dienstpflicht oft in die Kammer gerufen wurden.

Endlich nach 5 Uhr Abends erschien die provisorische Regierung von einem zahlreichen Gefolge von Volksdeputirten begleitet, auf dem großen Treppenabsatze bei der Konkordienbrücke, und verkündete von da herab, daß die National-Versammlung die Republik einstimmig angenommen habe.

Die provisorische Regierung dankte ab, und an ihre Stelle trat eine Exekutiv-Kommission von fünf Mitgliedern, welche einstweilen fortregieren und die Minister ernennen sollten.

Die neuen Pentarchen, oder Männer der Fünfherrschaft, Lamartine, Ledru-Rollin, Arago Garnier Pagès und Marie, auf welchen jetzt die ausübende Gewalt der französischen Republik allein ruhen sollte, versammelten sich bei ihrem Präsidenten Arago, und ernannten die Minister.

Der Doktor Recurt erhielt das Ministerium des Inneren mit Carteret als Unter-Staatssekretär. — Bastide erhielt das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit Jules Favre als Unter-Staatssekretär. — Der Arzt Trélat erhielt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, welches für den Augenblick eines der wichtigsten Ministerien wegen der Staatsarbeitswerkstätten war. — Duclerc erhielt das Ministerium der Finanzen. — Cremieux wurde Justiz-Minister. — Bethmont erhielt das Ministerium der Culte. — Carnot den öffentlichen Unterricht, und Flocon wurde Minister für den Ackerbau und Handel. Der Oberst Charras, verwaltete bis zur Ankunft des Generals Cavaignac aus Afrika einstweilen das Kriegswesen, und der Admiral Cafy das Seewesen. Der Buchhändler Bagnerre bekam die Stelle des General-Sekretärs, und eine berathende Stimme bei der Exekutiv-Kommission.

Marrast behielt das Bürgermeisteramt von Paris, und auch das Ober-Polizeiamt wurde in den Händen des Caussidière belassen.

Wenn man das Ganze und Einzelne der innern und äußern Lage beurtheilen will, so findet man in dieser Wahl der Minister und anderer hohen Beamten, eben keine besonderen Beweise ihrer Staatsklugheit, Umsicht und Kraft; denn mit Ausnahme des Generals Cavaignac, dessen Verwaltungs-Talent noch unerprobt war, hatten sich Diejenigen, welche die neue Vollziehungsgewalt zu ihren Gehilfen bei den Staatsgeschäften wählte, längst schon als untüchtige oder unbedeutende Männer gezeigt, und auch erwiesen.

Die fünf Männer residirten gemeinschaftlich in dem prachtvollen Luxembourg-Palaste, und hatten dort ihre Privat- und Berathungszimmer, so wie ihre öffentlichen und geheimen Audienz-Säle.

Auch war hier eine Garde von mehreren hundert Mann zu Fuß und zu Pferde einquartirt, ohne eigentlicher Bestimmung, ob mehr zum Schutz, oder zur Zierde.

Das Volk nahm zwar die feierliche Zustimmung zur Republik von Seite der National-Versammlung mit einem großen Jubel auf, die Einsetzung des fünf Männer-Ausschusses aber nicht mit mehr Neugierde und Interesse, als wenn vormals ein Ministerium die Stelle des andern erhielt.

Und in der That war auch nichts Anderes, ja nicht einmal Das geschehen; denn die Exekutiv-Kommission war den Personen und der Sache nach nur ein Stück und Ausschnitt aus der provisorischen Regierung.

Lamartine blieb immer noch der Erste im neuen Regierungs-Ausschuß, und verbündete sich jetzt mehr als früher mit Ledru-Rollin, welcher als ein schlechter Kämpfer, der er im offenen Kampfe war, es nicht wagte, das gefährliche Ruder auf Kosten seines Kopfs allein anzugreifen.

Mit dem Zusammentritte der National-Versammlung fielen freilich einige Schrecken und Aergernisse hinweg, und man mußte, da es in der Hauptstadt so schlimm ging, in den Departements die Saiten etwas herabspannen. Es wurden daher mehrere Kommissäre aus der Provinz von ihren Posten abberufen, weil sie bei ihrer Verwaltung und Geschäftsführung sich große Mißgriffe zu Schulden hatten kommen lassen. Im ganzen blieb es aber beim Alten, und trotz der Veränderung des Namens der Regierung, bemerkte man keine Veränderung des faktischen oder thatsächlichen Zustands der Republik.

Die Keime zu neuen Freiheitsstraferein zeigten sich in vielen Provinzen von Frankreich so wie in der Hauptstadt selbst, und so waren Rouen, Elbeuf, Rismes, Marseille, Nantes, Rhodez, Vimages, Mühlhausen, Rheims und mehrere andere Städte, der Schauplatz von mehr oder weniger bedrutenden Unruhen und blutigen Ereignissen.

Der neue Vollziehungs-Ausschuß kreuzte bei diesen Vorgängen die Arme, denn er wollte oder konnte nicht einschreiten, weder gegen Diejenigen, welche das Volk anklagte, noch gegen Diejenigen welchen die Bürgerschaft alle Schuld gab.

Die National-Versammlung hatte überdies wenig von dem Ernst und Takte, welchen man doch mit Recht von denjenigen hätte erwarten sollen, die es Andern fast unaufhörlich in die Ohren schrien, daß sie die Stellvertreter von 35 Millionen Franzosen sind; aber Uebermuth und Ausgelassenheit zeigte sich dagegen auf allen Seiten, während Erfahrung und Geschäftskenntniß durchaus mangelte.

Wohl waren darunter einige Geschäftskundige Männer, die es den Andern hätten zeigen können, was sie aber nicht thaten, weil sie entweder nicht sich in die Sache hineinmischen wollten, oder selbst ihre geheime Schadenfreude an dem Wirrwar hatten.

Während die Volksvertreter in den Sitzungen ihre Zeit mit Formalitäten und nichtssagenden Reden zubrachten, waren die Demagogen thätig mit ihren Ränken und geheimen Komplotten.

Der schlaue Polizei-Direktor Cossidière, der schon zweimal die Mine gegen die provisorische Regierung angelegt hatte, während er sich aber jedesmal dem Argwohne und dem Aufstehen zu entziehen wußte, dieser zweite Fouché (unter Napoleons Zeit Polizei-Minister) spielte mit dem herrschsüchtigen Ledru-Rollin eine sehr feine Rolle, und verstand es durch Unterhandlungen Versprechungen und Zusicherungen den Lamartine, so wie die andern drei Ausschuß-Männer in eine so thörichte Sicherheit einzuschlummern, daß sie gar nicht glaubten, daß ein Angriff gegen die National-Versammlung möglich seyn könne. Interessen hätte man aber nur den Tag vor dem 15. Mai die Augen zu öffnen gebraucht, und man würde gesehen haben, daß Alles dazu schon vorbereitet war.

Die Gemeinde von Paris hatte die Häupter der Klubbs in ihr Interesse gezogen, und die tollsten Revolutions-Männer Barbès, Huber, Deplanque, und Villain für sich gewonnen.

Sobrier hatte seine Leibwachen, die meistens Sozialisten waren, und denen er versprach, daß ihre Ideen mit Gewalt durchgesetzt werden sollten.

Dieser Mann wirkte auf Louis Blanc durch Albert, machte Anfrage an die Kommunisten der ganzen Welt, und bedeckte die Mauerwände an den Straßenecken mit Proklamationen, wo der radikalste Sozialismus sich unverschämt aussprach.

Was in Paris hochrevolutionär oder sozialistisch war, wenigstens der feinere Ausschuß desselben, drängte sich in der Rivoli-Straße in einem Hause zusammen, wo die soziale Revolution ihr Hauptquartier hatte, während die sozialistische Armee in ganz Paris wie in einem festen Lager stand.

Blanqui und Raspail mit ihren Klubbs waren nur einzelne Plänkler und Freibeuter, welche von der eigentlichen Heeresmacht getrennt, den sozialen Krieg auf eigene Faust führten.

Dieses große Heer und seine Freischaaren, da sie früher nichts ausrichten konnten und schimpflich abziehen mußten, wollten nun siegen oder sterben, und dazu war jetzt der 15. Mai bestimmt, welcher Tag ihr Triumph- oder Todestag seyn sollte.

Dieser 15. Mai, ein Montag, war von der National-Versammlung bestimmt für die Interpellationen, welche wegen des bisher befolgten und ferner noch zu befolgenden Verhaltens in der polnischen und italienischen Frage an die Minister gerichtet werden sollten.

Bei der Majorität erweckte aber in der Zwischenzeit die Vorstellung von der Größe der Gefahr, die man sich auf diesem Wege selbst bereite, und so war die Versammlung an diesem wichtigen Tage ungewöhnlich zahlreich gewesen; — denn man hatte ein Vorgefühl von dem nahen Sturme.

Die Majorität war entschlossen zum Kampfe gegen die geheime Kabale, und von Außen her gerüstet; Letztere war es aber nicht weniger, um den schlau angelegten Plan durchzusetzen.

Die revolutionären Klubbs, die Journale und Proklamationen hatten auf denselben Tag eine sogenannte volksthümliche Manifestation angesetzt, und zwar »zum Besten der Polen,« und also sehr wohl überlegt, einen Vorwand, wo das Volk sich leicht hinlocken ließ.

So ward jetzt mit Begierde von beiden Seiten der Anbruch des Tages erwartet, welcher Sieg oder Tod bringen sollte, und wirklich war um 10 Uhr Vormittags der Bastillenplatz von zahlreichen Menschengruppen angefüllt.

Jede Gruppe führte ein eigenes Banner, welches den Handwerksstand oder Klubb anzeigte, wozu sie gehörte.

Diese verschiedenen Gruppen bildeten sich zu einer Kolonne, und zogen unter fortwährendem Gesange und dem untermischten Geschrei, »Vive la Pologne!« über die Boulevards nach der Madelaine, wo ihnen der General Cortais zu Pferde entgegen kam, den Anführer des Zuges die Hände reichte, und dann wieder nach der Kammer zurückkehrte.

Diese Kolonne, unterwegs durch viele Müßiggänger, Neugierige und gaffende Pflastertreter an der Zahl vermehrt, ging jetzt gegen die Mittagszeit, ungefähr bei 20,000 Menschen stark auf den Konkordienplatz.

An der Spitze der Brücke de la Concorde sah man eine Kompagnie Mobilgarde aufgestellt. Als die vordersten Fahnenträger der Kolonne bei der Brücke ankamen, und den Uebergang über die Brücke verlangten, wurden sie blos mit den Worten »On ne passe pas« zurückgewiesen.

Da aber bei dieser Gelegenheit die Offiziere schwiegen, und kein Kommandowort zum Fällen der Bajonette gegeben hatten, so blieben die Soldaten mit dem Gewehre bei Fuß, ruhig stehen.

Aber kaum waren einige Minuten vorüber, so war die Kompagnie von dem Volke schon umringt; man nahm jeden einzelnen Soldaten bei der Hand, drückte ihn, nannte ihn Bruder, appellirte an seine Gesinnung, und beschwindelte so auf diese Weise die Truppe.

Die geschlossenen Reihen öffneten sich nun, und die Volksmenge zog über die Brücke unter dem Geschrei, »Vive la Mobile! Vive la Pologne!«

Gegenüber der Brücke theilte sich die wilde Volksmasse, und die kleinere Hälfte, nämlich die Blanquische und Raspail'sche Bande, stürzte rechts nach dem Gartenthore, das von Quai aus in's Innere der Kammer führt.

Das Gitter dieses Eingangs war geschlossen, und von einer schwachen Abtheilung Nationalgarde bewacht, die einen noch schwächeren Widerstand leistete; denn auf den ersten Ruf der anstürmenden Menge: A bas les bayonnettes! Ouvrez la porte! verschwanden sogleich die Bajonette, und das Gitterthor wurde aufgemacht.

Die Hauptmaſſe der Volks-Kolonne ſtrömte durch die Straße de Bourgogne nach dem Palaſt Bourbon, wo der vordere Eingang des Kammer-Palaſtes iſt.

Man hatte jetzt die Gitterthoer ſchlieſſen laſſen, und einige Nationalgarden wollten ſich zur Wehre ſetzen, aber ſie wurden ſogleich von allen Seiten umrungen und auf dieſe Weiſe unthätig gemacht.

Der General Courtais in Gala-Uniform war auf den Unterplatz der Säulenreihe geſtiegen, die auf jeder Seite des großen Thores hinlauft, und hielt ſich mit der einen Hand an den Eiſenſtäben, während er mit der andern Hand die Leute, welche die Mauern erſtiegen hatten, zurückſtoſſen wollte. Er ſprach an das Volk um es zu beſänftigen aber ſeine Stimme blieb Wirkungslos in dem allgemeinen Tumulte; übrigens geſchah im Ganzen auch nichts Ernſtliches, um den Sturm abzuwehren, obwohl um die Kammer herum, 4 bis 5000 Mann Nationalgarden aufgeſtellt waeren; aber Niemand that ſeine Pflicht.

Endlich krachten die großen Thoer untre dem Andrange des wüthenden Volkes, und es folgte eine Szene der gräßlichſten Verwirrung, deren Schrecken durch das Raſen der ſiegestrunkenen Menge noch vermehrt ward.

Nach einem gewaltigen Lärm und Gepolter in dem Gange, der zu den öffentlichen Gallerien hinführt, ſah man die Thüren dieſer Gallerien im Hintergrunde des Saales ſich öffnen, und die Leute in Kitteln, Jacken und Hemdärmeln traten mit ihren Fahnen herein, die ſie mit dem Geſchrei Vive la Pologne! über die Repräſentanten ſchwenkten.

Die Leute ſchienen ſehr aufgereizt, fluchten und deobten mit den Fäuſten. Einzelne ſolch wüthende Leute ſchlugen die Beine übre die Vorlehne der Gallerien, hingen ſich mit den Armen an die Kranzeſimſe, und ließen ſich in den Sitzungs-Saal herab, ſo daß dieſer in wenigen Augenblicken mit Volk, Geſchrei, Fahnen, Staub und Verwirrung ganz überfüllt war.

Das Zetergeſchrei der Frauen, die man ganz unſanft von den Bänken weggeſtoßen hatte, die Beſtürzung und das lautloſe Schweigen der Volks-Repräſentanten bei dem gräßlichen Tumulte, gewährte einen ſonderbaren Anblick. Einige Augenblicke darauf wurden die Saaltüren zu beiden Seiten des Präſidentenſtuhles eröffnet, und hier drang wieder ein wüthender Volkshaufe herein, mit Blanqui, Raspail, Huber, Flotte, Quentin und einigen republikaniſchen Garden in Uniform.

Der Präſident Puchez, der bei dieſem unerwarteten Ueberfall eine große Kopfloſigkeit bewies, griff nach ſeinem Hute, und ſchlug vor, die Sitzung aufzuheben; aber die Verſammlung gab dieſes nicht zu, und man ſchrie vielſtimmig, — Nein! Nein! und es blieben auch die meiſten Repräſentanten auf ihren Plätzen.

Unten im Saale mehrten ſich aber immer mehr die Volkshaufen in abgeſonderte Gruppen, die ſich unter einander erkannten und begrüßten. Die Chefs ſuchten zwar einander zu überliſten, behielten aber gegenſeitig ihren Haß und Groll im Herzen, ohne ſich miteinander zu verſtändigen.

Aus der Menge brevor, zeigten ſich vorherrſchend Blanqui, der Koch Flotte und die Häupter der republikaniſchen Centralgeſellſchaft, welche ſich nach der Rednerbühne drängten, und dieſe mit Gewalt beſetzten.

Blanqui erhob mehrmals ſeine kräftende Stimme, aber man wollte ihn nicht anhören, und überläubte ſeine Worte mit Geſchrei. Endlich konnte er ſprechen, und nun verlangte er: »Die Regierung ſolle augenblicklich eine Armee an den Rhein marſchieren laſſen, und die eingetretenen Inſurgenten die ſich in Rouen befanden, in Freiheit ſetzen.

Vor ihm war Raspail einen Augenblick auf der Rednerbühne erſchienen, wo er einzelne Brocken ſeiner Petitien herabgeleſen hatte, und worin er der National-Verſammlung zumuthete, ſie ſolle ohne weiteres Berathen und Bedenken den Krieg an Rußland erklären.

Gegen dieſe beiden Männer erhoben ſich aber jetzt die Anhänger des Barbés mit Sobrier, und der Klubb de la Révolution, wo auf Barbés ſich auf die Rednerbühne drängte und mit äußerſter Heftigkeit ſprach; aber unter dem furchtbaren Tumult der den Saal brinahe erſchütterte, konnte man von ſeiner Rede nur die abgebrochenen Sätze hören. — Polens Sache iſt unſere Sache. — Ich ſchlage vor, eine Milliarde Rothſteuer von den Reichen zu erheben. — Ich ſtelle ferner den Antrag, daß die Verſammlung erkläre; das Volk hat ſich um das Vaterland verdient gemacht, und Vaterlands-Verräther iſt Jeder, der Rappel oder den Rückruf ſchlagen läßt.

Dieſe Anreäge, wegu Barbés eben ſo ſehr durch ſeine Tollköpfigkeit, ſo wie durch ſeine Eiferſucht auf Blanqui verleitet wurde, erregten ein Jubelgeſchrei von langer Dauer, nachdem der große Sitzungs-Saal in jedem Augenblicke mit Menſchen aufs Neue wieder angefüllt war.

Die Gallerien und Gänge wimmelten von Volk und um den ganzen Saal herum, lief ein drei bis vier Mann dicker Kreis. Mitten in dem Saal war eine große Fahne aufgeſteckt, worauf die Worte »Club des Jacobins« zu leſen waren.

Unbeweglich ſaßen die Repräſentanten bei dieſem Tumult auf ihren Bänken, jedoch ſah man auf den meiſten Geſichtern dieſer Volksvertreter, Bläße und Beſtürzung, zum Theil aber auch den Ausdruck der Beſchämung über dieſe, einer Wirthshausſchlägerei ähnlichen Szene, die nun ſchon über drei Stunden lang gedauert hatte.

»Endlich beſtieg um 4 Uhr Nachmittags Huber die Rednerbühne und erklärte »Im Namen des franzöſiſchen Volkes die National-Verſammlung für aufgelöst.«

Die Menge ließ bei dieſen Worten ein unermeßliches Beaoegeſchrei hören, aber zu gleicher Zeit erſtürmten mehrere Citoyens, nämlich ſogenannte Staatsbürger das Arbeitszimmer des Präſidenten, und trieben dieſen mit ſeinen Sekretären heraus.

Die Repräſentanten ſtanden jetzt von ihren Sitzen auf, und miſchten ſich entweder unter das Volk

Národ vidoby sál snémovny vyslanců v Paříži.

Il Popolo prende d' assalto la sala di Consiglio dei Deputati, in Parigi.

A nép a követek kamarájának teremét Párisban ostromnal veszi be

Das Volk erstürmt den Sitzungs-Saal der Deputirten in Paris.

oder verließen den Saal, wo nun der Lärm aufs höchſte ſtieg, und beinahe eine halbe Stunde dauerte.

Die auf dem Präſidententiſch hinaufgeſtürzten Staatsbürger baten vergebens um Ruhe und Stillſchweigen, konnten aber mit ihrer Stimme unter dem fürchterlichen Getöſe eben ſo wenig, wie das Geklingel der Präſidentenglocke durchdringen, die eine kräftige Männerhand an ſich geriſſen hatte.

Nach 4 Uhr wurde die zahlloſe Volksmaſſe wohl etwas weniger, aber der Tumult dauerte noch immer fort.

Man konnte ſich keine rechte Vorſtellung über dasjenige, was vorging machen, und blieb daher lange in der peinlichſten Unruhe.

Indeſſen ſtellte ſich um den Präſidentenſtiß eine Art von Ruhe her, auch auf den Plätzen der Sekretäre waren Leute beſchäftigt, und man ſagte allgemein, daß an der Zuſammenſetzung einer neuen Regierung gearbeitet werde. Wirklich hörte man auch von einer Seite Barbès, von der andern Seite Blanqui, und von einer dritten Seite Raspail, Albert und Louis Blanc in Vorſchlag bringen. Da wirbelten aber plötzlich die Trommeln in einem anſtoßenden Zimmer, und eine Kompagnie der Mobilgarde rückte im Sturmſchritte mit gefälltem Bajonette in den Saal.

Die Volkshaufen ſchrien den Eindringenden Garden Vive la mobile! entgegen, und wollten mit ihnen Brüderſchaft machen, aber der Kommandant dieſer Garde winkte mit dem Säbel, und ſeine Soldaten vertrieben den ſtürmiſchen Volkshaufen mit dem Bajonette in den Rippen.

Nachdem Huber die Auflöſung der National-Verſammlung ausgeſprochen hatte, ging Barbès Arm in Arm mit ſeinen Verbündeten aus dem Sitzungs-Saal, und nahmen ihren Weg nach dem Stadthauſe.

Ihnen voran ging eine zahlreiche Kolonne längs dem Ufermege hin, und ſchrie unterwegs, L'assemblée nationale est dissoute! Vive le gouvernement révolutionaire! Vive Barbès! Vive Louis Blanc! und mit dieſem Rufe zog die Kolonne ungehindert bei der Polizeipräfektur vorüber, und kam auf dieſe Weiſe nach dem Grèveplatze an.

Aus den Fenſtern des Rathhauſes ſahen Hunderte von Köpfen heraus, in der bangen Erwartung der gefahrvollen Lage, die jetzt bevorſtehen kann.

Die republikaniſche Garde welche das Stadthaus zu ſchützen hatte, verhielt ſich indeſſen ruhig, und ließ geſchehen wie es ſich fügte, und ſo drangen die Aufrührer ohne Schwertſtreich in das Gebäude.

Einige davon kletterten über das geſchloſſene Gitter, und öffneten es der andrängenden Volksmenge, die mit dem Geſchrei Vive la république démocratique! ſich in das Innere des Gebäudes ſtürzte, wobei mehrere Thüren und Fenſter zerſchlagen wurden.

Barbès mit mehreren ſeiner Freunde, bildeten in einem Zimmer eine Art von Revolutionsrath, und machte von einem Stuhle herab die Namen der revolutionären Regierungs-Mitglieder bekannt.

Gegen die herabgeleſenen Namen Ledru-Rollin und Flocon äußerte ſich ein mehrfacher Widerſpruch, jedoch nach einem längeren hin- und herſtreiten, genehmigte man den Namen Ledru-Rollin, jedoch Flocon wurde beſeitigt.

Die Namen von Barbès, Sobrier, Couſſidière, Louis Blanc, Albert Thoré, Pierre Lerroux, Raspail, Proudhon und Cabet fanden ſo ziemlich die allgemeine Zuſtimmung. Als aber der Name Blanquis erwähnt und vorgeſchlagen wurde, ſchrie Barbès ganz unwillig: »Ihr habt die Wahl zwiſchen ihm und mir; ich will mit dieſem Menſchen nichts zu thun haben.«

Und ſo war auch von Blanqui nicht weiter mehr die Rede. Man ſchrieb jetzt in größter Eile die Namen der neuen Regierungs-Mitglieder auf kleine Zettel, welche von einigen Perſonen mit roten Leibbinden vom Fenſter heraus auf den Grèveplatz geworfen wurden, wo ſie das Volk mit Jubel aufnahm.

Indeſſen hörte man von Außen den Generalmarſch ſchlagen, worauf die anrückende Nationalgarde nicht nur den Platz von der Volksmenge ſäuberte, ſondern auch in geſchloſſenen Reihen das Stadthaus beſetzte.

Barbès mit ſeinen Freunden zogen ſich vor dem übermäßigen Lärm der in dem großen Saale tobte, in ein anſtoßendes kleineres Zimmer zurück, wo man eben beſchäftigt war, eine Proklamation zu verfaſſen, in welcher die hohen Staatsämter unter jene Spießgeſellen aufgetheilt waren, und die nun in die Druckerei abgegeben werden ſollte; aber in demſelben Augenblicke drangen die Nationalgarden in den großen Saal ein, beſetzten alle Zugänge zu dem Zimmer, wo ſich die Inſurgenten befanden, und ſo wurden dort auf einmal 72 Perſonen verhaftet, worunter ſich auch die Repräſentanten Barbès und Albert befanden.

In dem Berathungszimmer fand man auch ein ſchwarzes Brett, auf welchem die Namen Barbès, Ledru-Rollin, Albert, Thoré, Cabet, Raspail, Proudhon, Sobrier, Pierre Leroux, Couſſidière und Louis Blanc mit Kreide aufgeſchrieben waren, und außerdem eine Proklamation folgenden Inhalts:

»Das Volk hat die National-Verſammlung aufgelöst; es iſt daher keine andere Staatsgewalt mehr übrig, als das Volk ſelbſt. Weil nun das Volk den Wunſch geäußert hat, die Staatsbürger Barbès, Louis Blanc, Albert, Ledru-Rollin, Raspail, Pierre, Leroux und Thoré zur proviſoriſchen Regierung haben zu wollen, ſo ſind dieſe Staatsbürger zu Mitgliedern der Regierung ernannt worden.

Der Staatsbürger Couſſidière behält die Polizei-Präfektur, und der Nationalgarde wird hiemit anbefohlen, ſich in ihre Wohnungen zurück zu begeben.

Auch Blanqui, Flotte und ſeine Angehörigen wurden bei dieſer Gelegenheit gefangen genommen, nachdem dieſe im Saale geblieben ſind, als Barbès und Sobrier die beim Eindrange der

Nationalgarde die Kammer verlassen, und sich gestücket hatten. -

Auf der Flucht ergriffen, wurden sie als Staatsverbrecher auf frischer That ertappt, nach der Polizei-Präfektur gebracht, allein, man hatte bei dieser Gewaltsmasregel ganz vergessen, daß sie Konspirations- oder Komplott's-Brüder des Polizei-Direktors Caussidière waren, der sie wieder entschlüpfen ließ, jedoch sein Nachfolger hatte sie wieder aufs Neue eingefangen.

Raspail, der eben so wenig wie Blanqui nach dem Stadthause gegangen war, wurde in seiner Wohnung verhaftet, und die Gefangennehmung des Courtais geschah noch in der Kammer durch die Nationalgarde.

Diese verhaftete ihren eigenen General, und beschuldigte ihn nebst der Verrätherei noch mehreren anderen Schändlichkeiten, obwohl seine Schuld nur geösstentheils darin bestanden haben mag, daß seine Ansichten von der Hoheit und Unverletzlichkeit des Volkswillens ihm plattedings unfähig machten zu dem Posten, den er vom 24. Februar bis zum 15. Mai bekleidete.

Clement Thomas, früher Unter-Offizier, damals Oberst der zweiten Legion der Nationalgarde, um nichts weniger tüchtiger und ein eben so großer Demokrat als Courtais, wurde jetzt zum Ober-Kommandanten der Nationalgarde ernannt.

Den Staatsbürger Sobrier ergriffen mehrere Bürger auf den Seine-Uferwege d'Orsay, als er eben vom Ministerium des Innern herkam, wo er mit einer kleinen Insurgenten-Bande eindrang, und sich von Recourt die Staatssiegel auslisern ließ.

Sein Wohnhaus in der Straße Rivoli wurde von der Nationalgarde umzingelt, welche die daselbst sich eingeschlichenen Meuterer theils vertrieben theils gefangen nahmen.

In dem Redaktionszimmer der »Commune de Paris fand man verschiedene Papiere vom interessanten Inhalte, und darunter auch eine Reihenfolge von Entwürfen und Verordnungen, deren Verfügungen ein vollständiges revolutionäres Regierungssystem anzeigten.

Diese Dekrete waren abgefaßt. Im Namen des verjüngenden Volkes von Paris, welches im Februar und Mai die Republik gestiftet hat.«

Die National-Versammlung wurde für aufgehoben erklärt, und an ihre Stelle ein öffentlicher Wohlfahrts-Ausschuß von neun Mitgliedern eingesetzt.

Um das Wegschleppen des baren Geldes aus dem Lande zu verhüthen, wurde Jeder, der über die Grenzen der Republik hinausreisen will, für vogelfrei erklärt.

Auch wurden alle öffentlichen Gewalten, Behörden und Aemter, aufgenommen die Maires, aufgehoben. Dagegen wurden Munizipal Ausschüsse von sieben Mitgliedern, nahmhafter Patrioten, worunter fünf Handwerker sich befinden, gebildet, und diesen Ausschüssen wurde die Untersuchung des öffentlichen Vermögensbestandes, und die richterliche Entscheidung in Polizei-Ordnungs und Dekret-Vollstreckungssachen übertragen. Ebenso wurde unter dem Namen Arbeiter-Garde, eine Garde gestiftet, welche aus lauter nahmhaften Patrioten zu bestehen hat, und dagegen erklärt, daß die Nationalgarde aufgehoben sey, und jeder Nationalgardist, der sich in Waffen oder in Uniform sehen läßt, für vogelfrei zu behandeln sey.

Eben so wurde eine außerordentliche Steuer angeordnet, welche in ganz kurzer Frist zu entrichten ist. Das unbewegliche Gut derjenigen, welche nicht bezahlen, soll für ein Gemeingut gelten, und das bewegliche Gut oder Effekten ꝛc. sollen eingezogen und unter die Hilfsbedürftigen vertheilt werdin.

So wurden auch die Gemeinden zusammenberufen, um den öffentlichen Wohlfahrts-Ausschuß und die jetzige Republik anzuerkennen; — endlich wurde bestimmt: daß die Organisation der Arbeit binnen drei Wochen bekannt gemacht werde, und ganz im Interesse der Arbeiter ausfallen solle, und zwar mit möglichster Berücksichtigung der Interessen der Meister.

Die Demagogen, nämlich die Volksleiter, wütheten, wie man sich leicht denken kann fürchterlich am Abend des 15. Mai, wo sich auch die Nachricht verbreitete, man werde die Klubbs schließen lassen; und dieses geschah auch wirklich mit einigen solchen der verufenstan Versammlungsörteen, die an demselben Tage ihre letzte Sitzung feierten.

Freilich versuchten sie bei dieser Gelegenheit Alles aufzubiethen um das Volk in Wuth zu bringen, aber sie fanden von keiner Seite weder Gehör noch Schutz.

Ein kommunistischer Klubb in dem Stadtviertel Saint Martin, empfing die eindringende Nationalgarde mit Flintenschüssen, wobei einige Bürger theils todt blieben theils verwundet wurden, aber die Schüsse wueden bald duech ein zahlreiches Gewehrfeuer erwiedeet, bei welchem mehreee Meuteeee stüeeten, und die andern die Flucht ergriffen.

Sonst geschah nirgens ein bewaffnetee Widerstand, und so lief Alles ohne Blutvergießen ab; ja sogar die Auflösung der republikanischen Garden, welche die Meuterei ungehindert haben in das Stadthaus eindrängen lassen, und beinahe sich gezeigt hatten, selbst auf die anrückende Nationalgarde zu schießen, ging am nächstfolgenden Tag ohne blutigen Zusammenstoß vor sich.

Das Koeps dee Beegbewohnee welche ungefähr 2000 Mann stark waren, stand in der Polizei-Präfektur wie in einem verschanzten Lager, und es schien, als wollte sich diese Truppe bis auf's äußeeste vertheidigen. Der General Bedeau, der den Oberbefehl über die Truppen der Garnison von Paris erhalten hatte, umzingelte aber das Polizei-Amt mit 6000 Mann Truppen und 2000 Mann Nationalgarde, und schon war Alles zum Sturmlaufen in Bereitschaft, als sich auf das Zureden des Polizei-Präfekten Caussidières diese Bergbewohner ohne einen Schuß zu machen, ergaben, wozu aber mehr die Ursache gewesen seyn mag, weil sie die Kanonen gegen ihre Person gerichtet, bereits im Anzuge sahen.

Durch zwei Tage blieben die Legionen der Nationalgarden und der Infanterie-Regimenter auf den öffentlichen Plätzen der Stadt aufgestellt, und ebenso waren auch aus der Provinz von mehreren Seiten her Nationalgarden angekommen, um der National-Versammlung in diesem gefahrvollen Zustande hilfreiche Hand anzubieten.

Die öffentliche Meinung zürnte bei dieser Gelegenheit besonders auf Lamartine; denn als der talentvollste und bedeutendste Mann sollte er auch der Schuldigste von den Fünfen gewesen seyn.

Ja man beschuldigte ihn eines förmlichen Bündnisses und Kontrakts mit Ledru-Rollin und dem Polizei-Präfekten Caussidiere über eine Art von Triumvirat, das sie stiften könnten, und Lamartine gestand später auch selbst, daß er, nach der Auflösung der provisorischen Regierung ein Triumvirat gewünscht habe, und nahm sogar nach dem Angriffe vom 15. Mai, keinen Anstand, in der National-Versammlung für Caussidiere das Wort zu sprechen, der hinter dem Rücken von Barbès dem Blanqui die Hand gereicht, und die Fäden des Komplotts nach allen Seiten hin, wenn auch nicht selbst angesponnen, doch gehalten hatte.

Caussidiere besaß so viele Klugheit, einzusehen, daß jeder Versuch, sich vor der National-Versammlung zu rechtfertigen, etwas sehr mißlich und ungeschickt gewesen wäre, und legte daher seine Volks-Deputirtenstelle zugleich mit dem Amte eines Polizei-Direktors nieder, und suchte, wie er am leichtesten aus der Schlinge kommen könne.

Die Exekutiv-Kommission bewies nach dem 15. Mai eben so wenig Einstimmigkeit und Festigkeit wie früher, und so war die fürchterliche Kluft wirklich eingetreten die Jedermann seit einigen Wochen vorausgesehen hatte, und wovon Viele die Rettung des kranken Staatskörpers gehofft hatten.

Auch kam der Kranke glücklich davon, aber ohne Beihilfe der Aerzte, die, dem alten Schlendrian getreu, absichtlich die Augen zudrückten, und durchaus nicht sehen wollten, wo das Uebel steckte, und womit es geheilt werden könnte.

Die Masse der Bürger blieb gleichgültig und brummen, und viele Andere wieder warteten, aber sie wußten nicht auf was, aber sie warteten dennoch und verließen sich auf Gott, der »Frankreich beschützt« wie den Umschrift auf den fünf Frankstücken weiser.

Bei einer so erhärmlichen Stimmung und Verstimmung, hätte man den Festjubel für bessere Zeiten und Umstände aufschieben können, aber die Exekutiv-Kommission bildete sich ein, die Pariser brauchen blos ein Volksfest, um wieder froh und gesund zu werden.

Das Brüderschaftsfest hatte man schon gefeiert, nun sollte noch das Eintrachtsfest dazu kommen.

Man hatte schon einige Wochen vor der Begehenheit des 15. Mai umfassende Vorbereitungen zu dieser Feierlichkeit getroffen, und das Volk dafür zu interessiren gesucht.

Auf dem Marsfelde, wo sich am 14. Mai die bripiellose Herrlichkeit des Festes zeigen sollte, ward Alles hergerichtet und zugerüstet, was die Augen zu blenden und die Herzen zu verführen möglich war.

Die Eisenbahnen, Postwagen und Dampfschiffe brachten von allen Seiten Fremde nach Paris, und ebenso erschienen auch aus allen Departements Abgeordnete. Allein der politische Horizont verfinsterte sich so stark, daß das Fest der Eintracht leicht das Zeichen zum Bürgerkriege werden konnte, und so wurde es abgeblasen unter dem Vorwande, weil die Vorkehrungen dazu nicht fertig geworden sind.

Ein großes Glück! denn am Sonntag den 14. Mai war ein so starkes und anhaltendes Ungewitter, welches durch die häufigen Regengüsse den ganzen Festtag weggeschwemmt hätte, und am Montag den 15. Mai brach das Ungewitter auf der Erde selbst aus, wobei die National-Versammlung und ganz Frankreich in Gefahr standen, unterzugehen; was 24 Stunden nach einem Festtage, wo man ewige Bruderschaft getrunken, eine schauderhafte Schmach gewesen wäre.

Nach dem Ereignisse vom 15. Mai, traf nun die Exekutiv-Kommission die Anstalten für das Fest, und um den Reiz der Ueberraschung zu vermehren, ließ man Paris die ganze Woche hindurch in der Ungewißheit, ob das Fest Statt finden werde oder nicht.

Die Pariser waren freilich mit Wachestehen und Patrouillenmachen so sehr in Anspruch genommen, daß ihre Neugierde von lauter Dienstmachen eingeschlafen war; aber das Gerede, von dem Stattfinden des Festes bestätigte sich endlich, und ergriff sogar die Volks-Repräsentanten, die eine hohe Berathung hielten, ob sie bei dem öffentlichen Aufzuge ihre Trikolorbinden gürtelartig oder kreuzweise tragen sollten.

Die Regierung gab jetzt ein neues Fest-Programm heraus, worin die Ordnung des Zuges sorgfältig bestimmt, aber nur eines dabei vergessen war, nämlich die Einladung der Nationalgarde.

Der nächste Sonntag der 21. Mai, war wirklich von dem schönsten Wetter begünstigt, und das Fest der Eintracht war gefeiert worden.

Schon um 6 Uhr Morgens schlug die Lärmtrommel, und um 8 Uhr marschirte die Nationalgarde über die Uferstraße und die Boulevards von dem Bastillen- bis zum Konkordienplatze; und eine viertel Stunde später, begab sich die Exekutiv-Kommission vom Schlosse Luxembourg nach dem Kammerpalaste, worauf der feierliche Zug sich nach dem Marsfelde bewegte, wo bereits über hunderttausend Zuschauer versammelt waren.

Am Eingange des Marsfeldes, bei der Jenabrücke standen auf einer breiten Basis zwei unvollendete Pyramiden, jede mit drei kolossalen Gyps-Statuen umgeben und mit Inschriften versehen.

Die Statuen stellten vor, einerseits Frankreich, Italien und Deutschland mit verschiedenen Attributen; — andererseits; die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderschaft.

Neun Flaggen freier Völker und goldeingefaßte Fahnen hingen an einem Seile von einer Pyramide

gut andern, und bildeten eine Art Ehrenpforte. Etwas weiterhin ſah man zwei andere koloſſale Statuen, den Handel am Boden liegen, weil man nicht mehr Zeit genug gehabt hatte, ſie aufzurichten.

Von hier lief mitten über das Marsfeld eine doppelte Reihe von Fußgeſtellen mit Dreifüßen, worauf Talgſchalen ſtanden.

Von einem Fußgeſtell zum andern zog ſich eine Schnur bin von farbigen Gläſern.

Rund um das Marsfeld herum, zog ſich eine Reihe von Maſten mit Trikolorfahnen und Trophäen aus farbigen Gläſern.

Eine andere Reihe Kandelaber mit Girandolen befand ſich auf beiden Seiten zwiſchen der äußerſten und innerſten Reihe der Fußgeſtelle.

Die ganze Anlage bildete alſo ſechs Reihen Dekorationen, die am Abend, als alle in Feuer flammten, eine glänzende Wirkung hervorbrachten, bei Tage aber ein kümmerliches Anſehen hatten.

Mitten im Marsfelde auf einem hohen Fußgeſtell, an deſſen vier Ecken vier Löwen angebracht waren, erhob ſich die koloſſale Statue der Freiheit, in der linken Hand Eichenkränze haltend, die ſie von einem Altar hergenommen, und in der rechten Hand ein Schwert, und einen Oelzweig.

Zwei Statuen, die Land- und Seemacht vorſtellend, wiederholten auf dem ſüdlichen Ende des Marsfeldes die Anordnung auf dem entgegengeſetzten Schwalende.

Vor der Militärſchule war ein großes Amphietheater errichtet, worauf auf den oberſten Bänken die Zuſchauer, etwas tiefer die verſchiedenen Adminiſtratoren und Behörden, ganz voran die fünf Regierungs-Männer und die Miniſter ſaßen, die hier in der brennenden Sonnenhitze und unter dem Staube von 300,000 Menſchen zehn peinliche Stunden der Muſterung und des Deſtilirens zubrachten.

Beim Abgehen des Zuges zeigte ſich dieſelbe Stockung und Unordnung, die man bei den Zurüſtungen des Feſtes überall bemerken konnte.

Statt von einer Seite herzukommen, deſtilirten die Bataillone der Nationalgarde und der Armee von der rechten Seite her, und die Abgeordneten von den Handwerkerſchaften mit ihren Wagen und Trophäen von der linken Seite her, ſo daß ſie vor dem Amphietheater, wo der Zug am ordentlichſten und leichteſten hätte vorübergehen ſollen, zuſammenſtießen und am ärgſten in einander kamen.

Die einzigen Repräſentanten der ſchönen Künſte bei dem Zuge waren die Singſchüler. Fünfhundert junge Mädchen aus den Vorſtädten, bald wie katholiſche Firmlinge, bald wie junge Druidinnen gepuzt gingen hinter dem Wagen der Landwirthſchaft, und machten mit dem Gefolge ihrer Mütter in bürgerlicher Hausfrauentracht den ſeltſamſten Eindruck.

Der ganze innere Raum des Marsfeldes war für die Volksmenge zugänglich gemacht, die von einem Ende zum andern hin und her ging.

In der erſten Zeit nach dem Monate Februar, als man nicht wußte, wie man die brotloſen Arbeiter beſchäftigen ſollte, hatte man dieſe dazu verwendet, die Erdwälle abzutragen die an den beiden Langſeiten des Marsfeldes aufgeworfen waren.

Die Menge der Zuſchauer hatte ſonſt bei großen Feierlichkeiten ihren Standort auf dieſen Wällen gehabt, und konnte von da aus Alles überſehen, was auf der Feſtebene vorging.

Bei dem Eintrachtsfeſte war aber dieſes nicht mehr der Fall; denn die eigentliche Haupt-Szene, das Deſtiren des Zuges war ganz am Ende des Feldes, vor dem dort aufgeſchlagenen Amphietheater zuſammengeſtellt.

Was alſo dort vorging, hörten und ſahen blos die auf den erhöhten Sitzen des Amphietheaters verſammelten Leute; die große Menſchenmaſſe aber trieb ſich auf der Feſtebene herum, ohne von den feierlichen Szenen etwas zu ſehen oder zu hören.

Die Zurüſtungen zu dieſem Feſte geſchahen mit einem großen Koſten-Aufwande, und dennoch langſam und nur halbfertig.

Von einer ſchlimmen Bedeutung war übrigens die allgemeine Lauheit bei dieſem Feſte, welches ein Bruderfeſt hätte ſeyn ſollen. Dabei hörte man nur ein ſehr mattes Rufen: Es lebe die Republik. Niergens war eine Spur von politiſcher Begeiſterung, von religiöſer Weiſe von einem klaren lebendigen Wollen. Ueberall ein Zweck- und ſinnloſes Durcheinander von Kräften, und Flammen in einem ungeordneten Chaos, in der Erwartung auf das Schöpfungswort des Meiſters.

Was man ſich von dieſem Eintrachtsfeſte verſprochen hatte, ging natürlich eben ſo wenig in Erfüllung als Dasjenige, was man von dem frühern Bruderſchaftsfeſte gehofft hatte; denn die oberſte Staatsgewalt blieb ein uneiniges Kollektivweſen, und das öffentliche Leben ein Chaos.

Die Exekutiv-Kommiſſion wollte ſich gegen die Vorwürfe der Sorgloſigkeit, welche ihr wegen der Ereigniſſe am 15. Mai von allen Seiten gemacht wurden, vertheidigen, und ließ daher einen, von Marie abgefaßten Regierungsbericht der National-Verſammlung vorlegen. Dieſes Aktenſtück meldete aber nichts Neues, und ſtellte nur heraus, daß zu allen Gründen, welche offenbar die Exekutions-Kommiſſion zur Abſetzung des Polizei-Präfekten bewegen konnten, noch andere bisher unbekannte Gründe dazukamen, die um ſo unbegreiflicher machten, warum jene Kommiſſion ſo lange warte, bis Cauſſidière es für gut fand, in der Kammer ſeine Repräſentanten-Würde und das Polizei-Amt niederzulegen.

Der neue Polizei-Präfekt Trouſſe-Chebaul, der ehemalige Maire von Le Mans, gab in ſeiner vielumfaſſenden Verwaltung zwar unzweideutige Proben von Wachſamkeit, Ernſt und Entſchloſſenheit in der Ausführung der zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit gegen die Kabalen ergriffenen Maßregeln; aber die Polizei-Präfektur war voll von Kreaturen, die Cauſſidière eingeſchoben hatte, und die ſeiner Perſon ſo wie ſeinem Parthei-Intereſſe noch immer zugethan blieben.

Die revolutionssüchtigen Demagogen besaßen in den Arbeitswerkstätten, immer noch vor den Thoren von Paris eine Armee von hunderttausend verlotten aber spartanische Sklaven, die auf allgemeine Unkosten erhalten wurden, und beim ersten Ruf ihrer Führer, vom Arbeiterwerkzeug zum Gewehr greifen konnten. Außerdem hatten sie zu ihrer Verfügung über zehntausend Mitglieder der Klubbs und der geheimen Gesellschaften, die in einer Nacht sich leicht zusammen trommeln ließen.

Die Unruhen und Zusammenrottungen auf den Gassen vermehrten sich immer mehr und mehr. Die Regierung trat denselben nur mit begütigenden Reden und ermahnenden Proklamationen entgegen. Die Nation jedoch hatte zu viel ausgestanden, um geduldig ihr letztes Ende abzuwarten. Man sagte allgemein »Seyn oder Nichtseyn,« Stillstand war Tod, und das Land wollte nicht zutwillig am Leichentuche der sogenannten sozialen Republik begraben werden.

Die Mittelwege und Mitteldinge traten immer mehr zurück, und die äußersten Partheien allein blieben im Vordergrunde einander gegenüber stehen.

Diese schroffe Scheidung der Partheien, zeigte sich schon bei den Pariser-Nachwahlen, die, mit Ausschluß aller Mittelfarben in den entgegengesetztesten Abstufungen ausfielen.

Das Resultat dieser Nachwahlen war ein seltsames Gemisch von sozialistischen Notabilitäten und dynastischen Semmitäten der ehemaligen Thiers-Parthei.

Unter den elf nachgewählten Repräsentanten figurirten Proudhon, Pierre Leroux, Cauffidière, Legrange, daneben Thiers, Changarnier, Victor Hugo, Boisset.

Paris war jetzt fortwährend von einem unbehaglichen und unheimlichen Gefühl gepeinigt; denn man sprach von einem neuen Verschwörungsplan, gleich dem vom 15. Mai, der aber diesmal so angelegt werden sollte, daß er nicht so leicht mißlingen werde. Große Vorräthe von Waffen und Kriegsmunitionen, sagte man, seyen in den verschiedenen Bezirken der Stadt aufgehäuft. Die Kommunisten selien an der Spitze dieses, und im Einverständnisse handeln mit den Unzufriedenen aller Partheien, die durch ihre zusammenwirkende Verbindung, eine jede ihren Zweck zu erreichen hofften. Kurz man sagte voraus, und dieses mit aller Gewißheit, daß ein großer und entscheidender Tag nahe bevorstehe.

Indessen verhandelte man in der National-Versammlung die Frage der Staatsarbeitswerkstätten, nachdem die Exekutiv-Kommissien mehrmals aufgefordert worden war, dieser großartigen Bettelei ein Ende zu machen. Trélat der Minister der öffentlichen Arbeiten, gab zur Antwort, daß es jetzt keine so leichte Aufgabe sey, jenen großen Haufen von brotlosen Leuten zu zerstreuen. Die Regierung habe schon längst daran gedacht; allein bevor man die Arbeiter nach den ihnen angewiesenen Heimathsorten hinschicken kann, müsse man für ihre Unterkunft und eine angemessene Beschäftigung sorgen. Einige Züge von solchen arbeitslosen Leuten sind bereits abgeschickt worden, und andere werden ihnen täglich nachfolgen

Unter solchen Umständen schien nun die Frage der Staatsarbeitswerkstätten der beste Vorwand für das Wagniß eines entscheidenden Kampfes; und so näherten sich die verhängnißvollen Juni-Tage, wozu beide Theile schlagfertig waren.

Der Pariser Straßenkampf.

Im Monat Juni 1848.

Das größte Maß bürgerlicher Freiheit, welches ein Volk erlangen kann, hatte Frankreich durch die Februar-Revolution erreicht, und die Aufgabe, welche den Vertretern der Nation noch zu erfüllen blieb, bestand in dieser Beziehung nur darin, das Errungene durch weise Gesetze und Einrichtungen zu sichern — der öffentlichen Freiheit dadurch eine feste, dauernde Grundlage zu geben, und den Segnungen derselben die vollständigste Wirksamkeit zu verleihen.

Dazu gehörte ganz besonders ein wohlgeordneter Staatshaushalt, Verminderung und gleichmäßigere Vertheilung der öffentlichen Lasten und Steuern, das Aufgeben des früher bestandenen engherzigen Handels- und Zollsystems, Belebung des Gewerbsfleißes durch Anwendung richtigerer Grundsätze, als die bisherige Absperrung dargeboten hat, und eine freiere Bewegung der Gemeinde- und Provinzial-Verwaltung.

Es würde auch nicht schwer geworden seyn, dieses Ziel zu erreichen, wenn anders die geeignetsten Männer für eine solche Arbeit berufen worden wären, die wirklich auch sehr leicht zu finden waren, da sie ihre Namen bereits durch die Presse berühmt gemacht hatten.

Allein zu den Forderungen, welche das Volk an die neue Gestaltung der Dinge machte, waren andere Forderungen dazu gekommen, die tiefer, als selbst die politische Freiheit in das Leben eingriffen, und ihre Befriedigung nicht auf dem langsamen aber sichern Wege der Prüfung und Erfahrung suchten, sondern im ersten Anlaufe und auf gewaltthätige Weise gewonnen werden sollten.

Das Eigenthum, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, selbst die Verhältnisse der Familie wurden in Frage gestellt; alle bestehenden Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft sollten mit rascher Hand zertrümmert und andere Formen dafür gefunden werden, für die inzwischen kein durchdachter und haltbarer Plan vorgelegen war.

Das Schadhafte, was das Vorhandene an sich trug, war freilich bekannt, und wurde auch schmerzlich empfunden, aber seit länger als einem Menschenalter hat sich das Nachdenken und die Wissenschaft vergeblich bemüht, Heilmittel dafür aufzusuchen und ein System aufzustellen, welches die Merkmale innerer Wahrheit an sich trägt, die Möglichkeit der Ausführbarkeit nachweiset, und eine wahrhafte Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände verspricht.

Was bisher in dieser Beziehung geschehen ist, gehört in das Reich der Träume und Hirngespinnste; die sich jedem unbefangenen Blicke als widersinnig und unausführbar darstellen, aber durch die blendenden Farben, womit sie bekleidet wurden, ganz geeignet waren, den kindlichen Ansichten einer gedankenlosen Volksmenge zu schmeicheln.

Diesen Luftschlössern, wie sie die erhitzte Einbildungskraft eines Louis Blanc, Cabet, Proudhon, Leroux und Anderer geschaffen hatte, jagte man gleich nach den Februartagen nach, und selbst die trostlosen Erfahrungen, welche man mit den National-Werkstätten machte, waren nicht hinreichend, den Wahn zu zerstören, daß auf ähnlichen Irrwegen der leidenden Menschheit geholfen werden könne.

Ein großer Theil dieser vorgeblichen Weltbeglücker glaubte an seine Geheimmittel selbst nicht, und lachte im Stillen über den einfältigen Volkshaufen, der nach dem hingehaltenen Köder begierig schnappte.

Diesen Leuten war es nur darum zu thun, das Bestehende zu stürzen, um auf den Trümmern desselben die eigene persönliche Macht und Größe zu errichten, unbekümmert um die Folgen, welche für die unermeßliche Mehrzahl der Nation daraus hervorgehen würden.

In ihrem Munde waren die Worte: gleiche Vertheilung der Güter; gleicher Antheil für Alle an den Gaben der Natur; keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Die Hoffnung, solchen Plänen durch die National-Versammlung Eingang zu verschaffen, war schon, als die Wahlen bekannt wurden, geschwunden, nachdem diese meistens auf Anhänger der monarchischen Staatsreform oder auf solche Republikaner gefallen waren, welche zwar die öffentliche Freiheit geschert, dagegen aber von einem Umsturz der gesellschaftlichen Zustände nichts wissen wollten.

Die National-Versammlung ist also in dieser Hinsicht der treuliche Ausdruck der vorherrschenden Meinung in ganz Frankreich, denn obgleich das Wahlrecht allgemein und unbeschränkt war, obgleich die Klubbs und selbst die Regierung, in so weit der Einfluß des Ledru-Rollin und seines Anhanges in derselben reichte, kein Mittel unbenutzt gelassen hatten, in ihrem Sinne auf die Wahlen einzuwirken, so hatte doch das Land, welches durch die Februar-Revolution nur überrascht worden und darauf bedacht war, sich von der Gewalt der Hauptstadt zu befreien, seine Unabhängigkeit bewahrt *).

*) Ludwig Napoleon, der Sohn des zweitältesten Bruders des Kaisers, der unter Ludwig Philipps Regierung schon zweimal den Versuch gemacht hatte, die alten Erinnerungen des Heeres aufzufrischen, und mit dieser Hilfe zur Macht zu gelangen, bemerkt sich auch jetzt wieder um einen persönlichen Anhang zu gewinnen, aber sein Bemühen blieb vergebens. Wohl gelang es ihm, seine Erwählung zum Volksvertreter durchzusetzen, die National-Versammlung vernichtete aber die Wahl, und erneuerte, seine Person betreffend, das gegen die Familie Buonoparte bestehende Verbannungs-Gesetz.

Diese Stimmung der Provinzen war der Umsturzpartei in Paris zeitig genug bekannt geworden, was nun die Ursache war, daß man die Wahlen hinauszuschieben, und den Zusammentritt der National-Versammlung aufzuhalten trachtete; und wenn dieses nicht gelingen sollte, so war der Plan gefaßt, dieselbe wie schon gesagt, am 15. Mai zu sprengen.

Solche Umtriebe fanden aber nicht nur in Paris Widerstand, sondern auch in den Provinzen sprach man sich entschieden gegen eine derartige Tyrannei aus, und schickte sogar zum Schutz der Volksvertreter Nationalgarden aus den entfernten Theilen Frankreichs, da schon damals vorauszusehen war, daß ohne einen gewaltigen Bürgerkrieg eine Aenderung der bestehenden Verfassung nicht durchzusetzen seyn werde.

Dadurch ließen sich aber die Männer, für welche die Gegenwart wenig Hoffnung darbot, während das Gelingen eines gewaltigen Spiels sie zu den größten Erwartungen berechtigte, nicht abschrecken.

Die Kräfte, über welche sie zu verfügen hatten, waren auch keineswegs gering, denn gleichgesinnte Freunde faßten in der National-Versammlung, wie z. B. Louis Blanc, Caussidière, Proudhon und so mehr. In der Regierungsgewalt konnten sie wieder auf die Unterstützung des Ledru Rollin hoffen, dann war die Nationalgarde, welche vor den Februartagen 58,000 Mann zählte, jetzt über 240,000 Mann stark, von welchen sie bei einem Aufstande auf einen beträchtlichen Anhang rechnen konnte. Wenigstens der Uebertritt der jungen Beweglichen, so wie der republikanischen Nationalgarde wurde schon als gewiß vorausgesetzt. Eben so suchte man die Theilnahme des stehenden Heeres auf alle nur mögliche Weise zu gewinnen und hoffte, daß dasselbe eben so wenig, wie in den Februartagen geneigt seyn werde, den Aufstand ernstlich zu bekämpfen.

Vor Allem aber war man der Arbeiter in den Nationalwerkstätten versichert, wohin sich alles müssige und arbeitsscheue Gesindel geflüchtet hatte, und die noch außerdem mit einer Menge von Leuten vom gleichen Schlage, die sich in Paris herumtrieben in Verbindung standen.

Nach den Angaben des Direktors dieser Anstalten, zählte man in den Nationalwerkstätten über 120,000 Menschen, von welchen die Regierung höchstens 40,000 Personen bei öffentlichen Arbeiten beschäftigen zu können erklärt hatte; die übrigen sollten theils in das Heer eintreten, theils in ihre Heimath entlassen werden.

Eine solche Aussicht stand aber im größten Widerspruche mit den Zusicherungen, welche ihnen Louis Blanc gemacht hatte, nachdem er sagte:

»Ihr seyd die eigentlichen Abgeordneten des Volkes, und wenig liegt daran, ob neben Euch noch eine zweite National-Versammlung sich erhebt.

Als ich noch ein Kind war, sagte ich, die gesellschaftliche Ordnung ist ungerecht; ich schwöre aber vor Gott und meinem Gewissen: wenn ich jemals be-

rufen bin, die Bedingungen dieſer ungerechten Geſellſchaft zu regeln, ſo will ich nicht vergeſſen, daß ich eines der unglücklichſten Kinder des Volkes war.

Ich habe gegen dieſe geſellſchaftliche Ordnung, welche ſo viele unſerer Brüder elend machte, einen Eid Hannibals geſchworen.

Das Proletariat iſt der Sklaverei gleich. Das allgemeine Stimmrecht gibt zwar den Volksmillen einer Geſellſchaft zurück, in der alle Verhältniſſe gleich ſind, aber in der wirklichen Geſellſchaft iſt dieſes nicht der Fall. Wiſſt, meine Freunde, ihr werdet nicht blos mächtig und reich ſeyn, ſondern Könige, denn alle Menſchen ſind gleich, ſind Könige!«

Solche Worte brachten ein flammendes Feuer in den raubgierigen Blicken derjenigen, an die ſie gerichtet waren, und die jetzt mit einem grimmigen Haß und Neid einen Jeden verfolgten, den Fleiß oder Glück beſſer als ſie bedacht hatte.

Der Kampforeis waren alſo die Schätze der Hauptſtadt, die Herrſchaft über Frankreich, wozu die Unglücklichen von allen Seiten bearbeitet wurden.

Uebrigens waren aber mit dieſer planmäßig angelegten Ausführung nicht nur die Führer der kommuniſtiſchen und ſozialiſtiſchen Partei beſchäftigt, ſondern es waren auch die Hände aller derjenigen im Spiele, welche die Republik zu ſtürzen beabſichtigten, um den blutigen Weg durch die Geſetzloſigkeit zum Throne zurückzunehmen.

Geld — man weiß nicht wohe — wurde dabei nicht geſpart, und da Nahrungsloſigkeit und Noth in Paris einen ſehr hohen Grad erreicht hatten, ſo war es auch ſehr leicht, auf dieſem Wege für die Empörung Rekruten anzuwerben.

In den National-Werkſtätten war bereits eine ganz militäriſche Einrichtung getroffen worden. So bildeten nämlich 11 Mann eine Rotte, welche ihren Anführer wählte. Fünf ſolche Rotten machten eine Brigade unter einem gewählten Brigadier; und vier Brigaden ſtanden unter einem Lieutenant; vier ſolche Abtheilungen gehörten zu einer Komagnie, und drei ſolche Kompagnien, welche über 2700 Mann zählten, wurden endlich von einem Dienſtherrn — oder Chef de Service angeführt. Ein Arondiſſements oder Bezirks-Chef hatte mehrere ſolche Dienſtherren untergeordnet, und ſo ging es in der Eintheilung aufwärts.

Auf eine ſolche Weiſe wurde es alſo leicht, Ordnung und Zuſammenhang in die Bewegungen dieſer Leute zu bringen, als ſie zum Kampfe aufgerufen wurden, wobei ſich aber kaum der vierte Theil derſelben ſehen ließ oder betheiligte, da Beſonnenheit, Furcht vor dem blutigen Ausgange oder körperliche Gebrechen die Mehrzahl von dem gewaltſamen Unternehmen entfernt hielt, dem aber dagegen wieder andere Kräfte von mehreren Seiten her zahlreich zuſtrömten.

Um gleichſam eine Heerſchau über den Zuſruhr zu halten, und denſelben einzuüben, fanden im Monat Juni faſt täglich Aufläufe an den Thoren Saint Martin und Saint Denys Statt, die in den letzten Abenden vor dem Ausbruch der verſuchten Revolution einen ſehr drohenden Charakter annahmen, und der Regierung wohl als ein Spiegelbild der kommenden Ereigniſſe dienen konnten.

Ueberdieß war die Meinung, daß eine gewaltſame Löſung der geſpannten Verhältniſſe in der Hauptſtadt unvermeidlich ſey, längſt in der ganzen Bevölkerung verbreitet, und wenn daher die Regierung nicht vollſtändig gerüſtet war, dem Zuſruhr bei ſeinem Entſtehen mit der größten Kraft zu begegnen, ſo darf ihr dieſes unverholen zum gerechten und verdienten Vorwurfe gemacht werden.

Eine Beſatzung von 26,000 Mann, die bewegliche und republikaniſche Nationalgarde ungerechnet, die noch binnen wenigen Stunden durch zwölf Schwadronen und mehrere Bataillone von Verſailles verſtärkt werden konnte, ſo wie die Unterſtützung, auf welche bei einem großen Theile der Nationalgarde zu rechnen war, wäre hinreichend geweſen, bei einer zeitigen, kräftigen und geſchickten Verwendung, den entſetzlichen Folgen zuvorzukommen, welche der Juni-Aufſtand herbeiführte, und anklagende Stimmen ſind daher in Paris ziemlich laut geworden, welche die Regierung beſchuldigten, daß ſie den Zuſruhr zu einer bedeutenden Höhe habe anwachſen laſſen, um durch ſeine Unterdrückung die Herrſchaft des Säbels nothwendig zu machen.

Was aber die Anführer des Aufſtandes betrifft, ſo war ihnen kein Vorwurf zu machen, daß ſie in der Betreibung ihrer Anſtalten und Vorkehrungen etwas verſäumt hätten.

Geheime Niederlagen von Waffen und Schießbedarf befanden ſich auf allen geeigneten Punkten, und waren zureichend zu einem ernſtlichen Angriffe. Die Arbeiter waren, wie ſchon erwähnt worden, militäriſch geordnet und mit Führern verſehen geweſen. Des Abfalls eines großen Theils der Nationalgarde war man ſicher, und die Theilnahme der beweglichen oder Mobilgarde, deren Väter und Brüder in den Reihen der Zuſrührer ſtanden, erwartete man ganz gewiß und ſicher.

Mit Verübung der von Ludwig Philipp ſelbſt verfaſſatteten militäriſchen Aufnahme von Paris und der Entwürfe zur Vertheidigung dieſer großen Stadt, welche Marſchall Bugeaud vor mehreren Jahren geliefert, und die man jetzt ſich aus den Archiven der Polizei-Präfektur verſchaffte hatte, war der Angriffsplan entworfen worden.

Nämlich, anſtatt wie ſonſt, den Kampf über alle Straßen der Hauptſtadt auszudehnen, wollte man ſich von beiden Ufern der Seine dem Mittelpunkte der Stadt nähern, das Rathhaus, die Polizei-Präfektur, die wichtigſten öffentlichen Gebäude beſetzen, ſich hierauf längs der Seine-Ufer wege bis zum Palaſt der National-Verſammlung ausdehnen, und ſo alle Sitze der Macht, und damit dieſe ſelbſt gewinnen.

Dieſen umfaſſenden Entwürfen der Umſturz-Partei hatte, wie ſchon geſagt, die ſchlecht vorbereitete Regierung nicht nur ſchwache Widerſtandsmittel entgegengeſetzt, ſondern manche ihrer Mitglieder haben den Zuſtand ſogar begünſtigt, was alſo kein Wunder iſt, daß, als das Komplott zum wirklichen Ausbruche kam, der Aufſtand, zwar nur Anfangs ſiegreiche

Fortſchritte machte; und auch alle Wahrſcheinlichkeit eines Erfolges für ſich gehabt hätte, wenn die National-Verſammlung die oberſte Gewalt nicht in die Hände des Kriegsminiſters Cavaignac gelegt hätte, von welchem Augenblick an die Geſtalt der Dinge eine ganz andere Wendung nahm.

Der 22. Juni zeigte der Hauptſtadt Paris ein Vorſpiel der Revolution, nachdem ſich gegen die zwölftauſend Arbeiter der National-Werkſtätte, an dieſem Tage bei den Zugängen des Pflanzengartens verſammelten, von wo ſie mit fliegenden Fahnen und unter dem Geſange vaterländiſcher Lieder nach dem Palaſt Luxembourg zogen, um den für die Angelegenheiten der National-Werkſtätten niedergeſetzten vollziehenden Gewalt ihre Beſchwerden vorzutragen, und gegen die, von der Regierung beabſichtigte Entlaſſung der Arbeiter zu proteſtiren.

Marie erklärte ſich bereit, fünf Männer aus dem Volkshaufen zur Beſprechung als Abgeordnete zu empfangen, als aber dieſe ſeinen Saal betraten, erkannte er in dem Vorſprecher oder Redner, einen der Aufrührer, welche am 15. Mai in den Sitzungs-Saal der National-Verſammlung gewaltſam eingedrungen waren, und weigerte ſich daher mit dieſem Manne zu unterhandeln; jedoch an die vier übrigen Abgeordneten wendete er ſich mit den Worten, »Ihr ſeyd nicht die Sklaven dieſes Menſchen, und könnt Euer Begehren auch ohne ſeine Hilfe mir vorbringen.«

Dieſe Worte wurden aber entweder von ihnen ſelbſt mißverſtanden, oder was noch wahrſcheinlicher iſt, abſichtlich anders ausgelegt, und ſo in dieſem entſtellten oder wortverdrehten Sinne den übrigen verſammelten Arbeitern, die ſich inzwiſchen auf dem Platze Saint Sulpice aufgeſtellt hatten, mit dem Ausrufe mitgetheilt, »der Miniſter Marie hätte die Arbeiter Sklaven genannt.«

Der Eindruck den jetzt dieſe Lüge machte, war furchtbar, und die ganze Volksmaſſe brüllte mit wüthendem Geſchrei, »Nieder mit Marie! Nieder mit der vollziehenden Gewalt! Nieder mit der National-Verſammlung!«

Redner ſchwangen ſich bei dieſer Gelegenheit auf einen Springbrunnen, und ermahnten das verſammelte Volk in den heftigſten Ausdrücken, Paris nicht zu verlaſſen, und dem von der Regierung gegebenen Befehl, in die Provinzen zu gehen, wo man ſie dann wie entlaſſene Sträflinge behandeln würde, nicht Folge zu leiſten.

Mit einem tauſendſtimmigen Jubelgeſchrei wurde dieſer Vorſchlag zum Beſchluß erhoben, und die zahlreiche Volksmaſſe ſetzte ſich hierauf in Bewegung, um durch die Straßen du Four und des Saints Peres über die Brücke der Tuilerien, den Carouſſelplatz und den Platz vor dem Nationalpalaſte zu erreichen, von dort aus aber die Richtung nach dem Stadthauſe und der Vorſtadt Saint Antoine zu nehmen.

Dieſer Umzug dauerte bis 5 Uhr Abends, doch ließen es die Leute für dieſen Tag blos bei einem aufrühreriſchen Geſchrei bewenden, verabredeten ſich aber, daß bei dem Weggehen aus den Werkſtätten ſich ſämmtliche Arbeiter auf dem Platze des Pantheon einfinden, ihre Intereſſen beſprechen, und ihren Forderungen einen beſtimmten Ausdruck geben ſollten.

Sobald aber die Behörden von dieſem Beſchluſſe Nachricht erhielten, wurden die Truppen in den Kaſernen bereit gehalten, ſo wie der Nationalgarde die erforderliche Weiſung ertheilt, und ſo fanden jetzt die Anführer der Bewegung, als ſie um 6 Uhr nach dem Pantheon ziehen wollten, den Platz militäriſch beſetzt, worauf ſie ſich nach dem Baſtillenplatze zu den dort verſammelten Arbeitern aus der Vorſtadt Saint Antoine begaben, um ihre Angelegenheiten zu beſprechen.

Von allen Seiten ſtrömten jetzt dieſer Verſammlung fortwährend neue Zuhörer und Neugierige zu, und um 9 Uhr war die Menge derſelben ſo zahlreich geworden, daß die Sicherheitswachen, und die wenigen Truppen die hier aufgeſtellt waren, nichts gegen dieſelben zu unternehmen wagten, als ſich endlich der Zug in Bewegung ſetzte, um über die Uferwege nach dem Stadthauſe zu marſchiren.

Von dieſem Augenblicke an verſchwanden alle Wagen von den Straßen, die Kaufmannsläden in den Stadttheilen Saint Antoine, Saint Martin und Saint Denis wurden geſchloſſen, und unter dem Rufe: »Arbeit in Paris!« »Wir verlaſſen Paris nicht!« »Nieder mit Lamartine!« »Nieder mit Marie!« wälzte ſich die Volksmaſſe nach der Brücke au Change, über den Gerichtshof und über die Brücke Saint Michel nach dem Schloſſe Luxembourg.

Hier aber fand der Menſchenſtrom der aufrühreriſchen Menge alle Zugänge von einer anſehnlichen Truppenmacht beſetzt, welche ganz kalt und ruhig, aber auch ganz unzugänglich für eine freundliche Anſprache, ſo wie für Beleidigungen, den Zudrang abwehrte.

Im ihren Erwartungen getäuſcht, zerſtreute ſich die Volksmaſſe in den verſchiedenſten Richtungen, obwohl nur, um ſich vor dem Palaſte der National-Verſammlung wieder zuſammen zu finden. Allein, auch hier waren dieſelben militäriſchen Vorſichtsmaßregeln angeordnet geweſen, und ſo erklärten jetzt die Anführer der Volksbewegung, ſie ſeyen nur gekommen, um der National-Verſammlung eine Bittſchrift zu überreichen.

Da man ihnen geſtattete, dieſelbe dem Abgeordneten Peter Leroux zu übergeben, welcher ſie dann der Verſammlung mittheilen wird, ſo wurden die fernern Unternehmungen der verſammelten Volksmenge für den folgenden Tag beſchloſſen.

Jetzt hätte man doch glauben ſollen, daß die Regierung hinlänglich gewarnt geweſen wäre, und die Nacht nicht hätte verſtreichen laſſen ſollen, ohne alle wichtigen Punkte mit Truppen ſtark zu beſetzen, um dadurch das Entſtehen eines weitern Volksaufruhrs zu verhindern, ſo aber geſchah nichts für dieſen Zweck, und es entſtand ein Volksaufſtand, der von allen, die Paris jemals erlebt hat, der fürchterlichſte und planoolſte genannt werden kann.

Früher waren die Mißvergnügten übereingekommen, den 14. Juli, nämlich den Jahrestag der Erstürmung der Bastille durch einen Volkskampf zu feiern; da sich aber die National-Werkstätten mit einer baldigen Auflösung durch die Regierung bedroht sahen, so mußte man eilen, bevor die wichtigste Macht der Empörung bei Seite geschafft, und unthätig gemacht ist.

Man bestellte die Kämpfer, bildete Waffen und Munitions-Niederlagen, wies die Posten an, und hielt auch einen hohen Kriegsrath.

Die Häupter und Anführer waren die Vorgesetzten oder Direktoren und Unterbeamten der Staats-Arbeitswerkstätten, dann die Offiziere der republikanischen Garde, die man bei der Reorganisirung des städtischen Truppenkorps ausgeschieden hatte, ferner die aus derselben Garde ausgestoßenen Gemeinen, und die Montagnards oder Bergbewohner, einige wenige Ueberläufer der mobilen Nationalgarde, und sogar einige Offiziere dieser Garde, die wüthendsten Klubbisten, und endlich die tüchtigsten und verwegensten der freigelassenen Sträflinge.

Also diese ehemalige Soldaten, mehrere Leute von Kopf und Tüchtigkeit, und andere Häuptlinge von höherer Stellung organisirten, lenkten und vollführten diese große Arbeiter-Bewegung; diese neue Freiheitsrasserei gegen die gesellschaftliche Ordnung und Bildung.

Bei allen Volksaufständen, die seit siebenzehn Jahren in Paris vorgefallen sind, sah man immer eine große Anzahl von Studenten und Handlungsdienern betheiligt. Im Februar traten ebenfalls ganze Schaaren von solchen Leuten der Bewegung bei; dießmal aber geschah nichts Aehnliches, denn die große Anzahl der Insurgenten-Armee, die über 40,000 Mann zählte, kam durchgehends aus den Staats-Arbeitswerkstätten.

Die Hauptanführer des Komplotts glaubten nichts besseres thun zu können, als eine schon vorhandene gut abgetheilte Volksmasse zu benutzen, die in Bezirke, Brigaden, Rotten u. s. w. trefflich eingetheilt war.

Die Staats-Arbeitswerkstätten enthielten, wie man sagte, über 20,000 freigelassene oder entsprungene Sträflinge, die wohl nicht alle bei dem Aufstande mitwirkten; aber man darf annehmen, daß unter den Insurgenten die Verbrecher von Profession diejenigen gewesen sind, welche mit der größten Wuth und dem grimmigsten Widerstande sich benommen hatten, und denen man besonders jene grausamen Verstümmlungen der Gefangenen, und jene kannibalische Wildheit zuschreiben muß, vor welcher die ganze Bevölkerung noch jetzt schaudert.

Nach den Personen, welche den Aufstand geleitet hatten, ist es bei ihren Kenntnissen und ihrer Thätigkeit nicht zu verwundern, daß ein umfassender und gut durchdachter Plan zu Grunde gelegt war, der nicht nur Jedermann, sondern selbst die französischen Generäle in Erstaunen gesetzt hatte.

Der Barrikadenkrieg, den das Pariser-Volk aus häufiger Praxis sehr gut kennt, so, daß von einem Manne mit dem Spitznamen »der Barrikaden-Professor, die Rede gewesen ist, erreichte dieses Mal eine wunderbare Höhe der Vollkommenheit; ja es mußten von den Truppen die kräftigsten Mittel des Belagerungskrieges angewendet werden, um über diese Verrammlungen die Oberhand zu gewinnen, was erst nach vier Tagen und vier Nächten, während eines blutigen und erbitterten Kampfes der Fall war.

Die großartigen Barrikaden, von Nebengassen flankirt, oder von dem Feuer aus den vielfältigen Seiten eines Kreuzweges bestrichen, die verschanzten und mit Laufgängen untereinander verbundenen Häusergruppen, welche die Insurgenten besetzt hatten, die geräumigen Bauplätze, die sie zu Blockhäuser hergerichtet hatten, die öffentlichen Gebäude, woraus sie Festungen und Waffenplätze gemacht, dann der Umstand, daß dießmal die Gefechte sich blos auf gewissen Punkten und in bestimmten Richtungen entwickelten, während sonst die Konflikte immer gleichzeitig überall anginen, — Alles dieses zeigt auf ein früher schon gut durchdachtes und vom Ganzen, bis auf die geringsten Kleinigkeiten überlegtes Operations-System, und dieses System war auch ganz vortrefflich der Oertlichkeit angepaßt.

Da die Stadttheile der Westseite mit ihren breiten geraden Straßen und geräumigen zugänglichen Plätzen, das Aufmarschiren starker Infanterie-Kolonnen, den Angriff der Kavallerie und das Einschreiten der Artillerie im vollen Maße gestatteten, so richteten die Insurgenten nach dieser Seite hin fast gar keinen Angriff, sondern wählten sich zum Schlachtfelde, die volkreichen östlichen Stadtviertel, die ungeachtet aller erheblichen Verbesserungen in den letzten fünfzehn Jahren noch immer ein Labyrinth von kleinen, engen, krummen und schmalen Straßen und Sackgassen waren.

Unter solchen vortheilhaften Lagen, konnten sich die Insurgenten leicht verflechten und vertheidigen, während die reguläre Truppe sich in solch verwickelten Gassen nur äußerst schwer zurecht fand, und sich nicht mit Kraft entwickeln konnte.

Außerdem grenzten diese Stadtbezirke an zwei Staatsgebäude, deren Wegnahme dem Volksaufstande gleich eine unberechenbare Wichtigkeit geben mußte: nämlich an das Stadthaus und an die Polizei-Präfektur, wo sich alle Mittel vorfanden, um eine neue Verwaltung in Gang zu bringen.

Die vollkommsten Aemter können einer augenblicklichen Zerrüttung nicht entgehen, wenn sie mit Gewalt aus ihrem gewöhnlichen Lokale vertrieben werden, und die bloße Besitznahme derselben gestattet, sie augenblicklich zum Besten der Insurrektion wieder einzurichten, und mit den vorgefundenen Hilfsmitteln nach allen Seiten hin zu handeln.

Dazu kommt noch der moralische Einfluß der geschichtlichen Erinnerungen und des Vorbergehenden, was gleichsam vorschreibt, daß zu Paris eine provisorische Regierung, daß eine Revolution auf dem Stadthause ausgerufen werden muß, wenn sie im öffentlichen Bewußtseyn eine Stelle finden will, wo sie sich befestigen kann.

Das Stadthaus war alſo der Zielpunkt der Volksbewegung, die ſich von beiden Ufern der Seine dahin richtete; und wäre dieſer Zweck erreicht worden, ſo konnte ſich dann der Aufſtand an den Uferſtraßen der Seine hinziehen, und den Palaſt der National-Verſammlung erreichen.

In vier größern Heeresmaſſen abgetheilt, von welcher jede ungefähr 6 bis 8000 Mann zählte, viele zerſtreute Pfänlerhaufen nicht mitgerechnet, trachteten nun die Inſurgenten mit aller Gewalt dem Stadthauſe nahe zu kommen, von wo ſie dann, wie ſchon geſagt, die Quais längs der beiden Flußufer bis zum Palaſt der National-Verſammlung hin vorgedrungen wären.

Auf dem linken Ufer hielt ein trefles Inſurgenten-Korps, deſſen General-Quartier im Pantheon war, und das die ganze Straße Saint Jacques, die Rue de la Cité und die Zugänge der Brücke Saint Michel und des Petit-Pont beſetzt, während weiterhin auf demſelben Ufer eine zweite Neben-Kolonne die Straße Saint-Viktor, den Platz Maubert und die Brücke des Hôtel-Dieu im Beſitz hatte.

Auf dem rechten Ufer ſtritt von der Vorſtadt oder Foubourg Poiſſonier bis zur Vorſtadt du Temple die dritte Haupt-Kolonne, die ihr Generalquartier im Clos oder dem eingeſchloſſenen Platze Saint-Lazare einrichtete, und durch die großen Adern vorzudringen ſuchte, die von jenen Vorſtädten faſt ſchnurgerade gegen die Hallen und das Stadthaus hinablaufen.

Die vierte Inſurgenten-Maſſe endlich, die an einer auf dem Baſtillenplatz, am Eingang der Vorſtadt Saint Antoine errichteten Barrikade von einem großartigen Umfange ihren Anhaltspunkt hatte, erſtreckte ſich durch die Straße Saint-Antoine bis zur Kirche Saint Gervais, die gleich hinter dem Stadthauſe liegt, und bei welcher ſich eine andere ungemein feſte Verrammlung am Eingange des Platzes Baudoyer erhob.

Alle größern Hauptſtraßen und kleinern Seitengaſſen waren mit zahlreichen Barrikaden durchſchnitten, zwiſchen welchen die Inſurgenten mittelſt der, an beiden Enden jeder Verrammlung freigelaſſenen Durchgänge, hin und her verkehrten, wie bei allen andern frühern Kolliſionen oder Zuſammenſtößen.

Viele kleine Inſurgentenſchaaren kämpften, jede unter ihrem beſonderen Anführer, an vielen Orten auf eigene Fauſt, nachdem ſie ſich von weitem an eine der vier Haupt-Inſurgenten-Schaaren anſchloſſen.

Der Aufſtand umfaßte die Vorſtadt Saint-Martin, die Vorſtadt du Temple, die Vorſtadt Saint Antoine, das Quartier oder die Stadtviertel des Marais und Saint Antoine auf dem rechten Ufer der Seine nebſt der Cité oder Altſtadt und der Inſel Saint-Louis.

Auf dem linken Ufer beſetzte er den untern Theil des Stadtviertels Saint-Jacques, die Vorſtädte Jacques, Saint-Viktor und Saint-Marcel. Mehrere dazwiſchen gelegene Punkte, als das Panthron, die Umgebung von der Kirche Notre-Dame, der Pont oder die Brücke Saint-Michel, die Kirche Saint-Gervais, und der eingeſchloſſene Platz Saint-Lazare dienten zur Verbindung der beiden Hauptſtellungen.

Das General-Quartier alles Inſurgentenkorps war in der Kirche Saint-Severin, unten im Stadtviertel Saint-Jacques, und ihr Waffenplatz in der Vorſtadt Saint-Antoine.

Das Vorhaben der Inſurgenten war, wie ſchon geſagt, ſich dem Stadthauſe zu nähern, nachdem ſie jenen Halbkirkel, der die Hälfte von Paris in ſich faßte, nach und nach immer mehr verengerten oder einſchloſſen.

Die örtliche Beſchaffenheit, des mit einer großen Anzahl krummer Straßen durchſchnittenen Lokale, ſicherte den kämpfenden Volksbauſen einen leichten Rückzug, und ſollte ihnen das Glück günſtig ſeyn, ſo hatten ſie die nahe Hoffnung als Herrn des Hauptverkehrs, das Stadthaus in ihre Hände zu bekommen.

Der blutige Kampf brach am 23. Juni um 7 Uhr Morgens bei dem Thore Saint-Denis aus. Um dieſe Stunde ſah man auf einmal einen Haufen unbewaffneter Blusen-Männer erſcheinen, welche die Fahnen von Staats-Arbeitswerkſtätten, von Klubbs und Arbeiter-Vereinen ſchwenkten.

Im Augenblicke waren aus Wagen, Brettern, Balken, Pflaſterſteinen und Eiſengittern drei Barrikaden gemacht, und faſt alle Blouſenleute waren auf eine unbegreifliche Weiſe mit Waffen verſehen.

Der Aufſtand war keineswegs heimlich geſchehen, ſondern am Abende vorher ziemlich laut und öffentlich angeſagt worden.

Ein Zuſammenlauf von 3000 Menſchen hatte jetzt auf dem Pantheonplatze Statt gefunden, wo die letzten Maßregeln getroffen, und die genaueſten Verhaltungsbefehle für den andern Tag ausgegeben worden ſind.

Die Exekutiv-Kommiſſion des Luxembourg ſcheint aber die Gefahr nicht geahnt, oder wohl abſichtlich überſehen zu haben, denn es iſt thatſächlich bekannt, daß damals 10,000 Mann Truppen in Paris waren.

Um 8 Uhr Morgens ſchlug der Rappel oder die Zuſammenberufung in den Straßen; jedoch die Nationalgarden fanden ſich nur in ſehr geringer Anzahl ein, ſo, daß gegen die erſten Barrikaden nur einige ſchwach beſetzte Bataillone ausgeſchickt werden konnten, welche zwar, das erſte Feuer mit großer Standhaftigkeit ausbielten, aber dennoch mit einem großen Menſchenverluſte zurückgeſchlagen wurden, bis endlich die Linien-Truppen und die Mobilgarden die Verrammlungen und Barrikaden erſtürmen gebolfen hatten.

Die Barrikaden an dem Thorr Saint-Denis, und dem Thorr Saint-Martin hielten nicht lange aus; aber deſto länger und hartnäckiger widerſtanden dir der Vorſtädte Saint-Denis und Saint-Martin.

Hier hatten nämlich die Inſurgenten ſchreckliche Vertheidigungs-Vorkehrungen getroffen; und ſo waren doppelte Verrammlungen, Pfänſler und Tirailleure an den Fenſtern ſchon im Voraus, in der beſtgeordnetſten Bereitſchaft geſtanden.

Der Angriff auf dieſe Stellungen geſchah mit den vereinigten Streitkräften der Linien-Infanterie, National- und Mobilgarde, dann der Artillerie.

Dieſer Angriff, der auf beiden Seiten vielen Menſchen das Leben koſtete, wurde von dem General Lamoricière geleitet, den mehrere Volksvertreter auf den Schlachtenplatz begleiteten.

In der Vorſtadt Poiſſoniere, hatte der General Lafontaine alle Mühe ſich gegeben, die Inſurgenten hinter die Barrikaden zu vertreiben, und in der Vorſtadt du Temple war der Widerſtand ſo heftig, daß der General Cavaignac die bei der Kammer und dem Konkordienplatze aufgeſtellten Truppen, zu Hilfe ziehen mußte, worauf dann erſt ſpät gegen Abend die Meuterer gebändigt wurden.

Während die Schlacht auf dem rechten Ufer vor ſich ging, organiſirte ſie ſich auf dem linken Ufer.

In der Vorſtadt Saint-Jacques, am Pantheon, der Straße des Mathurins, an der Brücke Saint-Michel, in der Cité, am Platze Châtelet u. ſ. w. errichtete man Barrikaden, von welchen zwar mehrere weggenommen wurden, aber die meiſten dieſer Verrammlungen blieben dennoch ſtehen.

Schon am Vormittage des 23. Juni, wurden in dem Stadtviertel Saint-Jacques zwei Kompagnien Linien-Infanterie, die eben gegen eine Barrikade gefeuert hatten, von den Inſurgenten in einer engen Straße umzingelt und beinahe gezwungen, ſich mit der Kapitulation und dem Verſprechen, zurück zu ziehen, daß ſie ſich nicht mehr mit den Inſurgenten ſchlagen.

Die Kaſerne eines Bataillons mobiler Nationalgarde, welches noch keine Befehle erhalten hatte, wurde von einer großartigen Volksmaſſe blokirt. Ein Bataillon Linien-Infanterie, welches nach dem Stadtviertel Saint-Antoine zu marſchiren angewieſen war, um die dortige Mairie am Platze Royale zu beſetzen, wurde von allen Seiten angegriffen, und von oben herab aus allen Häuſern, wo die Inſurgenten hineingedrungen waren, mörderiſch mitgenommen, dann ſich zu unterwerfen genöthigt, nachdem es ſeine letzten Patronen verſchoſſen, und keine Verſtärkung oder Hilfeleiſtung erhalten hatte.

Die Inſurgenten bemächtigten ſich jetzt der Mairie, plünderten dieſelbe aus, und fanden darin eine große Menge von Waffen und Munition.

Ein Bataillon Mobilgarde endlich, welches die Barrikade Saint-Séverin mit dem heldenmüthigſten, und tollkühnſten Anlaufe beſtürmte, verlor auf einmal dreihundert junge Leute, und zog ſich dann nach dieſem blutigen Verluſte nach der Brücke Saint-Michel zurück, wo es in einem erbärmlichen Zuſtande ankam, denn alle dieſe blutjungen Soldaten waren am ganzen Körper mit Blut beſpritzt und mit Wunden bedeckt.

Ueberhaupt widerlegte die Truppe auf eine glänzende Weiſe das Mißtrauen, welches die Regierung Anfangs in ſie geſetzt hatte.

Es gab wahrhaft keine unerſchrockeneren, keine muthigeren Streiter für die Sache der Ordnung während den Juni-Tagen in Paris, als dieſe Männer.

Nur wenige Leute aus den Reihen derſelben, waren ihrem Eide untreu geworden; und ſo war im Ganzen die Haltung dieſer jungen Leute vortrefflich; dieſes war auch die Urſache, daß gerade ſie der Wuth ihrer Gegner am ärgſten ausgeſetzt waren, und die meiſten Grauſamkeiten, welche bei dieſen Straßenkämpfen verübt wurden, ſind immer nur zwiſchen den Inſurgenten und der Mobilgarde vorgefallen.

Nicht weit davon, am Ecke der Straße Saint-Jacques und der Straße des Noyers, wurde der Birio an der Spitze einer Kompagnie Linien-Infanterie, welche ihm der General Bedeau mitgegeben hatte, in die Bruſt von einer Kugel getroffen, die ihm durchbohrte und im Rücken ſtecken blieb.

Abends um 11 Uhr hörte man den Generalmarſch in allen Stadtvierteln ſchlagen, worauf die Nationalgarden in größerer Anzahl ausrückten, und ſo war Paris die ganze Nacht hindurch militäriſch beſetzt.

Der Kampf hörte aber dieſerwegen nicht auf, und man hörte beſtändig das Krachen des Gewehrfeuers, welches nur in ſehr kurzen Zwiſchenräumen ſchwieg, und beſonders von dem Stadtviertel Saint-Jacques und Marais herüber knallte. Gleichzeitig hörte man auch aus dieſen Stadttheilen den dumpfen Ton der Sturmglocken, die von den Inſurgenten geläutet wurden; und ſo brach endlich der verhängnißvolle nächſte Tag an.

Der erſte Kampftag war alſo vorüber, aber ohne eine Entſcheidung herbeigeführt zu haben.

Die einzelnen Erfolge, welche die Truppen errungen hatten, waren meiſtens wieder verloren gegangen, und die Wetterwolke, welche ſchwer und düſter über die Stadt Paris herabhing, ängſtigte die Gemüther um ſo mehr, als die Leitung der Bewegung von verborgenen Händen ausging, und kein Blick den geheimnißvollen Schleier zu durchdringen im Stande war, der ſich über das blutige Unternehmen ausbreitete.

Nur deſſen war ſich jeder ordnungsliebende Bürger bewußt, daß ein Krieg gegen das Beſtehen der geſellſchaftlichen Ordnung geführt werden ſollte.

Nicht Freiheit wollte man erringen; denn ſie war im vollem Umfange gegeben. Nicht Gleichheit vor dem Geſetze, denn alle hemmenden Schranken waren niedergeriſſen. Nicht die Oeffnung der Brüderlichkeit konnte es ſeyn, welche alle Mittel der Zerſtörung gegen die Häupter von Mitbürgern richtete; denn kein Wort des nationalen Wahlſpruchs fand bei dieſem Streite einen Widerhall.

Die Geſetzloſigkeit, der Raub, der Mord, die Auflöſung aller Familienbande, waren der Zweck einer Erhebung, welche nur mit der tiefſten Erniedrigung der Nation enden konnte, und daher die Herzen aller redlichen Leute mit bangen Schaudern erfüllte.

In der National-Verſammlung hatte an dieſem Tage die größte Verwirrung geherrſcht. Mit ängſtlicher Spannung horchten die anweſenden Volksvertreter auf die eingelaufenen Erzählungen.

Der Präsident Senard machte jetzt die ihm zugekommen Berichte bekannt, und Flocon gab die Auskunft über die Thätigkeit der Regierung.

Nach 4 Uhr Nachmittags erschien der General Cavaignac, begleitet von vielen Offizieren der Nationalgarde, im Sitzungs-Saale, betrat die Rednerbühne, und erzählte den Gang des Aufstandes und der getroffenen Gegenmaßregeln, belobte die Haltung der Nationalgarde, der Linien-Truppen und der Mobilgarde, und sagte; in Beziehung auf die republikanische Garde berufe ich mich auf einen von dem General Bedeau so eben erhaltenen Bericht, worin er sagt: »Die Garde ist zum Bewundern,« welche Worte mit einem großen Beifallsrufe von den Anwesenden aufgenommen wurden.

Hierauf nahm Garnier-Pagès das Wort, und sprach:

»Wenn schon die Mitglieder der ausübenden Gewalt nicht früher in diesen Kreis getreten sind, so kommt dieses von daher, weil es feierliche Augenblicke gibt, in denen man nicht reden, sondern handeln muß; und zwar handeln mit Kraft und Nachdruck, mit dem Gefühle der Pflicht und der vollsten Hingebung. Wir stehen einem wohlgeordneten, bezoldeten, gut bewaffneten Aufstande gegenüber, der diese Hauptstadt mit Blut bespritzt, und uns daher ernstliche Pflichten auferlegt.

Weiters erklärte er sich über den eingeschlagenen Weg, Einheit und Zusammenhang in die Anstalten zum Angriff und zur Vertheidigung zu bringen, und bemerkte, daß dem Kriegsminister, General Cavaignac der Befehl über die gesammte bewaffnete Macht anvertraut worden sey.

Mit seiner gewohnten Entschiedenheit, mit seiner bekannten Vaterlandsliebe habe Cavaignac Sorge getragen, die National-Versammlung mit zahlreichen Streitkräften zu umringen, um sie von hier aus nach allen Seiten hin zu verwenden, wo es ihm nöthig scheinen wird.

Den Erfolg hat er bereits mitgetheilt, aber damit ist es nicht genug; man muß ein Ende machen, und man wird es auch machen mit den Aufwieglern.

Unsere Last ist schwer, sie drückt uns, und wir müssen daher eilen, sie abzuwerfen; aber wo die Gefahr ist, da ist auch unser Platz, und zwar in der vordersten Reihe. Die Ordnung ist bedroht, und wir sind bereit, sie zu schützen.

Wir haben bereits kräftige Maßregeln ergriffen, aber noch kraftvollere sind erforderlich, und zwar schnell müssen diese ergriffen werden. Ich gehe in diesem Augenblicke nicht weiter. Bevor man verhandelt, muß man gehandelt haben.

Zuerst rücken wir dem Aufstande auf den Leib, und geben selbst auf die Barrikaden!«

Von diesen, durch wiederholten Beifall unterbrochenen Worten, nahm der Deputirte Bonjean die Veranlassung zu dem Antrage; einige Mitglieder aus der Versammlung zu wählen, welche sich in die Reihen der Nationalgarde begeben, damit diese sehe, daß, wo sie stirbt, auch wir zu sterben wissen.

Zu diesem Antrage gab die Versammlung ihre freudige Zustimmung, worauf Lamartine sich mit ähnlichen Worten wie Garnier Pagès aussprach, und die Versammlung bat, bei der immer mehr zunehmenden Gefahr beisammen zu bleiben.

Diese aus allgemeiner Wahlstimme hervorgegangene Versammlung verkörpere Frankreich, und sie sey gleichsam das Vaterland selbst.

Die Regierung werde nach dem besten Willen und Gewissen, und mit vollem Nachdrucke zu Werke gehen, für ihr Vorhaben aber entwerde um Billigung bitten, oder sich der Anklage unterwerfen.

Obgleich alle diese Vorträge im Sitzungs-Saale die größte Billigung zu finden schienen, so dachte dennoch ein großer Theil der Abgeordneten bereits auf den Sturz der vollziehenden Gewalt, deren Verfahren in einer Zusammenkunft, die in dem Saale der frühern Abgeordneten-Kammer Statt fand, der strengsten Prüfung unterworfen wurde.

Der Präsident Senard begab sich nun in diesen Kreis, dem er ein ungefehliches Benehmen zum Vorwurf machte, und bemerkte, auf verschiedene an ihn gemachte Fragen, daß der General Cavaignac, von ihm mit der Sorge für die Sicherheit der National-Versammlung beauftragt worden sey, daß dieser aber sich nur unter der Bedingung bereit erklärt habe, wenn er Gewalt erhalten würde, ausschließlich auf seine eigene Verantwortlichkeit zu Werke zu gehen, ohne weder von dem Präsidenten der National-Versammlung, noch von dem Regierungs-Ausschuß Befehle annehmen zu dürfen.

Die Richtigkeit seiner Bemerkungen würdigend, habe er also als Präsident der National-Versammlung für die unumschränktesten Vollmachten an den Kriegsminister gestimmt, und verlangt, daß die Mitglieder der Regierung ihre bleibende Zusammenkunft im Saale des Präsidenten halten. Damit waren diese nicht einverstanden, und nur zwei derselben wollten hier anwesend seyn, die drei übrigen aber ihre Sitzung im Palaste Luxembourg halten, endlich sey er aber mit seinem gutgemeinten Vorschlage dennoch durchgedrungen.

Stürmischer war hierauf die nächtliche Sitzung der National-Versammlung.

Bestimmte Nachrichten fehlten durchgehends und die einzelnen Berichte und Erzählungen vermehrten nur noch mehr die Unruhe.

Zwischen Caussidiere und Duclerc erhob sich ein Streit, in welchem der Erstere verlangte, daß die Versammlung in ihrer Gesammtheit zum Volke sprechen solle; während der Letztere behauptet, sie dürfe sich nicht aus dem Sitzungs-Saale entfernen.

Während der Kriegsminister die seit seinem vorigen Vortrag stattgefundenen Einzelheiten des Kampfes geschildert hatte, verbreitete sich die Nachricht im Saale, daß der Abgeordnete Birio schwer verwundet worden sey, und von den Abgeordneten Bedeau Clement Thomas und Dornes erfuhr man die gleichen Nachrichten.

Die wachsende Gefahr kam jetzt der vollziehenden Gewalt sehr zum Nachtheile, ja man überzeugte

ſich ſogar, daß das verſprochene kraftvolle und einheitliche Auftreten derſelben ſich nicht beſtätige, und ſo wurde die Frage über die Abſetzung derſelben immer dringender.

Unvollſtändlich und daher auch ohnmächtig zog ſie die National-Verſammlung in dieſe Unvollſtändigkeit und Ohnmacht mit hinein.

Freiwillig wollte die Regierung nicht zurücktreten, und in einem ſolchen Augenblicke einen Staatsſtreich zu wagen, war zu gefährlich.

Düſter und rathlos wie die Verſammlung war, wogte alſo der Sturm der Meinungen in dieſer Nachtſitzung hin und her, bis endlich Garnier Pagès erſchien und erklärte, daß ſeine Kollegen ihre Pflicht erfüllen, was ſich auch nicht läugnen ließ.

Arago, ein Mitglied der National-Verſammlung erzählte den Muth eines alten Generals, und Lamartine war überall, wo es Gefahr gab. Alles aber, was Garnier Pagès ſagte, konnte den Ernſt der bedenklichen Lage nicht verſchleiern.

In dem was er mittheilte, erblickte die Verſammlung nur erzwungene Redensarten, die in einem ſolchen Augenblicke nichts fruchteten.

Conſidérant ſchlug einen Aufruf an die Inſurgenten vor, aber die Verſammlung glaubte irrig, ihrer Würde etwas zu vergeben, wenn ſie es wäre, die den Frieden anbiethen würde.

So verging mit vielem und nutzloſen Hin- und herreden die Nacht, und die Sonne erhob ſich, um den entſetzlichen, den furchtbarſten Tag in der Geſchichte von Paris mit ihren Strahlen zu beleuchten.

Um 7 Uhr Morgens war die National-Verſammlung ſchon wieder auf ihren Plätzen, da ſie einem wichtigen Antrage entgegen ſah.

Der Präſident eröffnete die Sitzung um 8 Uhr, mit einer Schilderung der Lage der Hauptſtadt.

Die Nacht ſey wohl ohne Kampf vergangen, aber die Zahl der Barrikaden haben ſich vermehrt, und der Aufſtand habe größere Mittel erhalten, und ſchreine entſchloſſen, den Krieg mit einem Nachdruck fortzuſetzen.

Zwar hätten auch die Truppen Stellungen genommen, welche einen glücklichen Erfolg hoffen laſſen, doch dürfe man ſich nicht verſchweigen, daß dieſer nur durch einen heftigen und blutigen Kampf zu erringen ſey.

Die Linientruppen und die Nationalgarde zeigen den größten Eifer. Aus der Umgebung ſind Verſtärkungen angekommen, zwei Bataillone Nationalgarde ſeyen von Verſailles eingetroffen; auch aus andern Städten erwartet man mehrere Regimenter des ſtehenden Heeres, wovon ſchon einige unterwegs ſind.

Der beſten Verwendung dieſer Streitkräfte von Seite des Kriegsminiſters, dürfe man keinen Zweifel haben, und daher ſicher ſeyn, daß die Republik über die Inſurgenten ſiegen werde.

Inzwiſchen wurde der Präſident von der National-Verſammlung angegangen, den Eifer, welchen die Nationalgarde und das Heer am verfloſſenen Tage bewieſen haben, und am heutigen Tage zu bewähren ſich bereitwilligſt erklärten, auf eine würdige Weiſe zu entſprechen, und zwar nicht allein mit Worten des Dankes, ſondern mit thatſächlicher Anerkennung der Verdienſte, welche ſich die Bürger und das Heer um die Wohlfahrt der Regierung erworben.

Der Präſident wollte dieſem Antrag einem Ausſchuſſe zur Prüfung übergeben, aber die Ungeduld der Verſammlung geſtattete hier in dieſem wichtigen Falle keinen Aufſchub, und ſo wurde einſtimmig Folgendes beſchloſſen.

»Die Republik übernimmt die Verſorgung der Witwen und Kinder, welche geſtern für die Ordnung und die Erhaltung der republikaniſchen Staatseinrichtungen gefallen ſind, oder die noch in dem gegenwärtigen Kampfe fallen werden.«

Nachdem jetzt die Verhandlungen auf eine Stunde ausgeſetzt worden ſind, ſo beſchäftigte man ſich mit Erkundigungen nach dem Abgeordneten St. Georges, der bei ſeinem ſchwer verwundeten Sohne ſich aufhielt, nach den Mitgliedern Birio, Bedeau, Thomas Dorres u. ſ. w.

Hierauf meldete Pascal Duprat in gedrimer Sitzung in ſeinem und ſeiner Freunde folgenden Antrag an:

»Paris wird in Belagerungszuſtand erklärt. Alle Gewalt wird den Händen des Generals Cavaignac übergeben.«

Dieſer Antrag fand auch augenblickliche Unterſtützung, und es kam daher zur Abſtimmung unter folgenden Bemerkungen.

Dupin will nur Uebertragung einer zeitweiſen Gewalt; Laberit hält den Belagerungs-Zuſtand nicht für nöthig. Anthony Thouret verlangt an die Spitze des Geſetzes folgende Worte beizuſetzen: Die National-Verſammlung erklärt ſich in bleibender Wirkſamkeit.«

Jules Favre und Andere Mitglieder wollen die Worte beigefügt wiſſen: »Der Vollziehungs-Ausſchuß ſtellt ſofort ſeine Verrichtungen ein.« Andere erklären wieder dieſen Zuſatz für überflüſſig und Ducler bemerkt: »Sie wollen eine Maßregel der öffentlichen Wohlfahrt verfügen; machen Sie keine Kränkung daraus.« u. ſ. w.

Endlich wurde der Schluß verlangt, und alle Nebenanträge fallen durch, und das Geſetz wurde ungeachtet der Verwahrung mehrerer Mitglieder der Linken gegen den Belagerungszuſtand, mit folgenden Worten angenommen.

»Paris wird in Belagerungszuſtand erklärt. Die geſammte vollziehende Gewalt wird dem General Cavaignac übertragen. Die National-Verſammlung bleibt in ihrer ununterbrochenen Wirkſamkeit.«

Von den Abtheilungen wurden jetzt ſechzig Abgeordnete ernannt, um das Geſetz in allen Mairien, das heißt; Stadtbezirken, bekannt zu machen.

Andere haben ſich wieder entfernt, um in den Reihen der Nationalgarde für die Herſtellung des Friedens zu wirken.

Gegen 11 Uhr Vormittags nahm der Präſident wieder ſeinen Sitz ein, und trug in der geſpannteſten

Erwartung den versammelten Deputirten folgendes von den Mitgliedern des Vollziehungs-Ausschusses *) unterfertigtes Schreiben vor:

»Der Vollziehungs-Ausschuß würde geglaubt haben, gegen seine Pflicht und seine Ehre zu handeln, wenn er sich im Angesichte einer Empörung und einer öffentlichen Gefahr zurückgezogen hätte. Nachdem aber die Gewalt ihm entzogen wird, mit der er von Ihnen bevollmächtigt war, so tritt er jetzt in die Reihen der Nationalgarde zurück, um sich mit ihnen der gemeinsamen Gefahr und der Wohlfahrt der Republik zu widmen.«

Ueberall, wohin nun die Abgeordneten kamen, um die Beschlüsse der National-Versammlung bekannt zu machen, wurden sie mit großer Begeisterung empfangen, und Muth und Zuversicht belebten die Kampfhelden für die Republik **).

Am anbrechenden Morgen nämlich den 24. Juni, waren die Insurgenten noch besser und stärker organisirt, als am vorhergehenden Tage, und waren zugleich im Besitz folgender Stellungen.

Auf dem rechten Seine-Ufer war der Clos oder der eingeschlossene Platz Saint-Lazare, zu einer fast uneinnehmbaren Festung verwandelt worden und unverwüstlich befestigt.

Von ansehnlichen Barrikaden geschützt, hatten sich die Insurgenten noch außerdem hinter den Mauern des neuen Spitals, welches in jener Gegend gebaut wurde, sicher und fest verschanzt.

Nach einer gut ausgedachten Strategie, stand dieser Posten mit vorgeschobenen Schanzwerken in Verbindung, die zwar freilich nur in größter Eile ausgeführt waren, aber dennoch fest hielten, und sich über die Anhöhen der Vorstädte Saint-Denis, Saint-Martin, La Chapelle, La Villette, die Stadtheile du Temple und Popincourt, dann die Vorstadt Saint-Antoine hinüber erstreckten.

Auf dem linken Seine-Ufer war der Hauptsitz der Operationen oder Unternehmungen im Pantheon. Die Straßen Saint-Jacques, Laharpe, des Mathurins, der Platz Maubert, waren alle zehn Schritte mit ungeheuren Barrikaden durchschnitten.

Vier Kanonen, welche in ihre Hände gefallen waren, sicherten diese Stellung, besonders das Pantheon, dessen Wegnahme äußerst schwierig und gefährlich war, während die Wichtigkeit derselben den Angriff nothwendig machte.

Die Anführer des Aufstandes hielten sich in der Kirche Saint-Séverin auf, wo ihr Generalquartier war, und von wo ihre Ordonnanz-Offiziere mit Befehlen nach allen Richtungen hin abgingen.

Der Aufstand hatte sich indessen nicht blos darauf beschränkt, die beiden Seineflus-Ufer zu besetzen, sondern er hatte sich auch in der Cité, bekanntlich eine Insel der Seine verschanzt, wo das Hôtel-Dieu, als der Mittelpunkt der Operationen, sehr umsichtig und wohlberechnet angelegt war.

Das Pantheon, die Cité, der Clos Saint Lazare bildeten den Mittelpunkt, und die zwei Flügel einer wirklich furchtbaren Angriffslinie.

Einerseits erstreckte sich der Aufstand über die Stadtviertel Saint-Antoine und du Temple, die Vorstädte du Temple und Saint Martin, bis zum eingeschlossenen Platz Saint Lazare und den Platz Lafayette. Andrerseits hatte der Aufstand die Stadttheile Saint-Marcel, Saint-Victor und den untern Theil des Stadtviertels Saint-Jacques im Besitze; und schlug so einen unermeßlichen Halbzirkel über die ganze östliche Hälfte der Stadt.

Im Besitze der Kirche Saint-Séverin, der Brücke Saint-Michel und der Umgebungen der Brücke Notre Dame, reichte der Volksaufstand, von dieser Seite her sogar jenseits des Seine-Flusses bis nach der Kirche Saint-Gervais hin, wo er eine feste Stellung erhalten hatte.

Würde es jetzt den Insurgenten gelungen seyn, von diesen Punkten aus, die sie in der Vorstadt du Temple im Besitz hatten, gegen den Seine-Fluß hinunter zu dringen, so würden sich das Stadthaus so wie die dort aufgestellten Truppen zwischen zwei Feuer eingeklemmt, in der bedenklichsten Lage befunden haben. Vom Platze Lafayette konnten die Insurgenten überdieß zu den Boulevards oder Vormauern der Stadt und bis in den Mittelpunkt der Stadt hinabsteigen.

Zum Glücke hatte aber die National-Versammlung noch am vorhergehenden Abend dem General Cavaignac alle Civil- und Militärgewalt übertragen, und von diesem Augenblicke an war die Vertheidigung der bedrohten Hauptstadt, und die Unterdrückung des nahenden Volksaufstandes mit einer Uebereinstimmung, einer Genauigkeit und Thätigkeit geleitet worden, wovon bisher noch kein Beispiel in den Jahrbüchern der Pariser Bürgerkriege vorgekommen ist.

Durch seine vortrefflichen militärischen Anordnungen, durch das Vertrauen, welches sein Patriotismus und die Biederkeit seines Charakters allen Einwohnern und Truppen-Gattungen einflößte, entschied Cavaignac den Sieg über die Barbarei, und rettete Paris vor Brand und Plünderung.

Der anbrechende Morgen wurde damit zugebracht, daß man Truppen auf den obengenannten verschiedenen Punkten zusammenzog, um die Legionen und Bataillone, welche die ganze Nacht im Kampf gestanden waren, zu verstärken und abzulösen.

---

*) Diese waren: Arago, Ledru-Rollin, Garnier Pagès, Lamartine, Marie und Pagnerre.

**) Bonjean erzählte folgendes rührende Beispiel von Vaterlandsliebe. Ein alter mit dem Kreuz der Ehrenlegion geschmückter Soldat, kämpfte nämlich mit seinem ältesten Sohne in den Reihen der Nationalgarde. Der Sohn wurde von einer Kugel getroffen, worauf der Vater den verwundeten Sohn auf seine Schultern nahm, um ihn nach Hause zu tragen; aber ein zweiter Schuß tödtete den Sohn vollends. Da eilte der alte Mann nach Hause, und holte seinen jüngern Sohn, damit nun dieser den Platz seines eben gefallenen Bruders zum Kampfe einnehme.

Um 4 Uhr Morgens wurde in allen Stadttheilen Rappell geschlagen, und gleichzeitig hörte man sehr deutlich das Knittern des Gewehrfeuers, und den Kanonendonner, der fast auf allen Punkten zugleich anfing, und bis gegen den Abend dauerte.

Der Nationalgarde, die am 23. Juni das stärkste Feuer ausgehalten und viel gelitten hatte, wurden am 24. Juni zweierlei Verrichtungen zugetheilt, nämlich: die Mehrzahl der Nationalgarde bewachte das Innere der Stadt, und so stand jede Kompagnie in den Straßen ihres Bezirkes, wo sie strenge Aufsicht führte, und häufige Patrouillen machte.

Um 10 Uhr wurde an den Straßenecken das Dekret der National-Versammlung angeschlagen, in Folge dessen die Versammlung sich für permanent erklärte, Paris in Belagerungs-Zustand versetzte, und dem General Cavaignac alle Exekutivgewalt übertrug.

Von nun an war der Verkehr in den Straßen untersagt, und Niemand konnte passiren, ohne daß er mit einem Erlaubnißschein der Behörde versehen war. Auch ward befohlen, alle Gassenläden und Hausthüren zu schließen, und eben so wurde strenge verbothen, die nach der Straße gehenden Fenster aufzumachen, weil häufig daraus geschossen wurde.

Die rastlose Wachsamkeit, welche die Nationalgarde durch drei Tage und Nächte unausgesetzt leistete, verhinderte, daß die aufrührisch Gesinnten und die fast ebenso nachtheilig wirkenden Neugierigen sich in den Straßen zusammenstellten, und den zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung ausgeschickten Truppen ihre Wirksamkeit erschwerten.

Ohne diese, zum ersten Male in Paris eingeführte strenge Maßregel, wären von dem freiheitsschwindenden Volke vielleicht Barrikaden an allen Straßenecken gemacht worden, und der Aufstand, wenn auch an einem Punkte gedämpft, würde jeglich wieder an einem andern Punkte ausgebrochen seyn.

Die übrige Mannschaft der Nationalgarde, welche von dem Straßendienst befreit blieb, wurde als Hilfs- und Reserve-Truppe der Linien-Infanterie und Mobilgarde zugetheilt, um die Stadtviertel, wo die Insurgenten verschanzt waren, zu umzingeln, und den Kreis, worin man sie umschließen wollte, immer enger zusammenzuziehen.

Diese Vorkehrungen waren auch dringend nöthig, denn die vorher bestimmte Kombination oder Berechnung der feindseligen Volksbewegung, entwickelte sich mit der fürchterlichsten Konsequenz oder Verbarlichkeit.

Das Zentrum rückte durch die Straße Saint-Antoine vor, und ergriff eine feste Stellung bei der Kirche Saint-Gervais, von wo es den benachbarten Platz des Stadthauses zu gewinnen suchte.

Der linke Flügel operirte in zwei Kolonnen die Straßen Saint-Jacques und Saint-Victor entlang, nachdem er sich in die Cité bis zum Hôtel Dieu hin erstreckte, und über die Brücke Saint Michel und die Brücke au Change hinüber zu kommen suchte. Aber die von dem General Cavaignac getroffenen Vertheidigungsmaßregeln vereitelten diesen kühnen Plan; die Linien-Infanterie, die Bürgermiliz, die republikanische und die mobile Garde schlugen mit Aufopferung ihres Bluts alle Angriffe ab, und gingen von der Vertheidigung bald zum Angriffe über.

Oben in der Vorstadt Poissonnière hatten die Insurgenten eine gewaltige Barrikade errichtet, die gewissermaßen an die Barrière angelehnt, und aus Quadersteinen gebaut war.

Die Aufrührer hatten sich hier in großer Anzahl versammelt, und viele derselben vertheidigten jenen Quadersteinbau, während wieder Andere gruppenweise vertheilt in den Häusern und Tereasse, um die an die Zollmauer stoßenden Schlachthallen bei der Barrière Rochechouart standen. Der Kern der Insurgentruppe endlich hatte sich in dem neuen Spitalbau des Clos Saint-Lazare verschanzt.

Eine andere eben so fürchterliche Barrikade war in der Vorstadt Saint-Denis vor der großen Fabrik des bekannten Mechanikers Cavé erbaut.

Die Stellung der Insurgenten war überaus günstig, denn im Rücken schützte sie die Zollmauer; — und der Ellenbogen, den die Vorstadt Poissonnière an seinem Ende bildet, machte den Gebrauch des schweren Geschützes gegen die Barrikade sehr schwierig, und dieses war auch die Ursache, daß man den Angriff lange verschob. Endlich um 3 Uhr Nachmittags wurden ansehnliche Truppenmassen nach dieser Gegend hin gerichtet, und der Kampf nahm auch sogleich seinen Anfang: fiel aber, da der Erfolg schwer beizukommen war, sehr mörderisch aus, wobei die Truppen großen Verlust erlitten. Aber auch die aus der Umgegend von Ponteise und Montmorency herbeigeeilten Nationalgarden büßten ebenfalls viele Leute dabei ein.

Um 5 Uhr wurde endlich die Barrikade Poissonnière weggenommen, und bald darauf der Platz Lafayette, so wie die ganze Umgegend wieder erobert; worauf die Insurgenten sich in das Clos Saint-Lazare und in die Spitalgebäude flüchteten, wohin die Reiterei sie nicht verfolgen konnte.

Schon früher wurden die Insurgenten aus der Barrikade in der Rue du Faubourg du Temple, oben an der Rue oder Straße Bichat vertrieben; und zogen sich daher ganz vorsichtig hinter eine zweite Barrikade an der Einmündung der Straße Corbeau, und hinter eine dritte ungleich schwächere nicht weit von dem Spital Saint-Louis zurück. Aber Kugeln drangen bis in das Innere dieses Spitals, richteten aber keinen großen Schaden an. Endlich wurden aber alle diese Barrikaden weggenommen, die Volkshaufen aus den Straßen der Vorstadt du Temple von Nationalgarden, Dragonern und Kürassieren vertrieben.

Um 6 Uhr Abends waren auch die Vorstädte Saint-Martin, du Temple, dann die Ufer des Kanals gesäubert, so wie die Barrikaden der Straßen d'Angoulême, des Filles du Calvaire, Boumerat und Vendôme von der Mobil- und Nationalgarde erstürmt.

Ein Bataillon Mobilgarde und mehrere Kompagnien Linien-Infanterie von der Artillerie unter-

stützt, überwältigten den Stadttheil du Temple, wo man mit der größten Erbitterung kämpfte.

Jede Verbindung zwischen den Insurgenten des Clos Saint Lazare und der Vorstadt Saint-Antoine, wo der Aufstand am stärksten war, fand sich auf diese Weise abgeschnitten, und das Stadthaus gegen einen Angriff von hinten her sicher gestellt.

Die Kirche Saint-Gervais blieb nach einem blutigen Kampfe, wobei die Artillerie einschreiten mußte, in der Gewalt der Nationalgarde, und der Volks-Aufstand wurde dadurch aus der nächsten Nachbarschaft des Stadthauses verdrängt. Aber um das Stadthaus ganz frei zu machen, und von der fortdauernden Gefahr eines augenblicklichen Ueberfalls zu erlösen, mußte der gegenüberliegende Theil der Cité wieder eingenommen werden. Hier waren die Insurgenten fast in alle Häuser eingedrungen, und hatten die Mauerwände durchgebrochen, so daß sie aus ziemlich weiten Entfernungen von einem zum andern Hause ganz sicher kommen konnten. Auch befanden sich hier diese aufrührischen Volksmassen in einer fast unüberwindlichen Stellung durch die Begünstigung der engen Straßen und Gassen, wohin man die Truppen ohne einen zu großen Menschen-Verlust zu erleiden, nicht leicht vorrücken und eindringen lassen konnte.

Nun nahm der Kampf seinen Anfang über die Brücke Notre-Dame auf dem Quai, aux Fleurs, wo das große Kleider-Magazin der Belle Jardiniére, ein sehr hohes Haus am Eck der Straße de la Cité, so wie ein anderes am äußersten Ende des Quai Napoleon gelegenes Haus, worin sich die Insurgenten verschanzt hatten, von Kanonenkugeln durchlöchert, und die Cité wie eine Festung förmlich belagert wurde.

Ein Theil der aus ihren vordersten Stellungen vertriebenen Insurgenten zog sich jetzt über die Brücke des Hôtel-Dieu und die Brücke Saint-Michel nach den hintern Gebäuden des Hôtel-Dieu und nach den Häusern am Platze Saint-Michel zurück. Fast die ganze Cité fiel in die Gewalt der bewaffneten Macht, die nach diesem blutigen Kampfe das linke Seine-Ufer erreichte, und nun dem in der Kirche Saint-Séverin befindlichen General-Quartier des Aufstandes gegenüber stand.

Das Lokal dieses General-Quartiers, war von den Insurgenten sehr klug ausgewählt, denn es lag in gleicher Entfernung zwischen den Straßen Labarpe und Saint-Jacques, wovon die eine auf die Brücke Saint-Michel, die andere auf die kleine Brücke zuläuft.

Ungeheure Barrikaden sperrten diese beiden Brücken, und als dieselben mit Kanonen zerschmettert waren, sah man wieder neue Barrikaden an den Ausmündungen jener zwei Straßen sich aufthürmen, und alle Steckwerke der hohen Häuser mit Insurgenten besetzt, die hinter den Fenstern im Verstecke ihre Gewehre auf die anrückenden Truppen abfeuerten.

Ueber zehn Stunden brachte hier fast in einem fort das Gewehrfeuer und abwechselnd schwerer Geschütz. Der Widerstand war hier aus diesem Grunde so hartnäckig, weil, wenn die kleine Brücke und die Brücke Saint-Michel von den Truppen eingenommen und besetzt würden, die Insurgenten der beiden Ufer nicht mehr miteinander verkehren konnten. Nur die Artillerie allein war also im Stande, diesen Widerstand zu beseitigen, und so wurde dadurch das Kaffehaus Matteai, der Brücke Saint-Michel gegenüber mit Kanonenschüssen überfaet, und an der kleinen Brücke wurde das Haus, worin die Ausschnitwaren-Handlung der Deux Pierrots am Eck der Straße Saint-Jacques sich befindet, von den Kanonenkugeln sehr dart mitgenommen.

Nach drei Uhr waren die Truppen im Besitz des Platzes Saint-Michel, des Hôtels-Dieu und der umliegenden Häuser, worin sich die Insurgenten festgesetzt hatten.

Diese wurden weiter zurückgeworfen und zogen sich immer erbitterter mit ihren zunehmenden Verlusten nach dem Platze Maubert hin, wo das Gefecht heftiger anging, als es früher der Fall war.

Nach einem blutigen Kampfe, der nicht weniger als zwei Stunden dauerte, wurden die Insurgenten aber auch aus dieser Stellung verdrängt, worauf sie sich nach der Straße Saint-Victor hinauf bis an die Weinhalle zogen, wo sie sich wieder aufs Neue unter einem abwechselnden Kampfe mit den sie verfolgenden Truppen festsetzten.

In der Vorstadt Saint-Marceau war der Kampf zwischen dem Volke und den Truppen ebenfalls sehr hitzig und blutig.

Die Insurgenten vertheidigten hier Schritt für Schritt alle Barrikaden, die sie in gewissen Entfernungen errichtet hatten; aber nach 3 Uhr Nachmittags wurden sie endlich von den Truppen aus den Hauptstellungen ihres Stadtviertels verjagt.

In dieser, hauptsächlich von Tröblern, Weinwirthen, Gärbern, Färbern und Lumpensammlern bevölkerten Stadtgegend war die Erbitterung so groß, daß die Weiber siedendes Wasser und Oehl aus den Fenstern auf die Soldaten herabgossen. Andere Weiber waren wieder bei der Vertheidigung der Barrikaden sehr thätig, oder sie stellten sich mit Säbeln und Piken bewaffnet, mit einem furchtbaren Geschrei den Soldaten entgegen, und schimpften von einer Seite auf diejenigen, welche die Flucht ergriffen, daß sie sich feig benahmen, und auf die Anrückenden, die sie als ihre Feinde betrachteten.

Mit einer wahren Furienwuth suchten sie solchen Soldaten die Gewehre zu entreißen, und mehrere von diesen wüthenden Weibern feuerten nicht nur aus den Fenstern auf die anrückenden Truppen, sondern goßen auch siedendes Wasser und Oehl auf die Unglücklichen herab.

In eben diesem Stadtviertel wurde sogar später versichert, daß die Aufwiegler das kämpfende Volk mit Branntwein zu berauschen gesucht haben, wobei sich durch eine chemische Untersuchung gezeigt haben soll, daß dieses berauschende Getränke mit einem Zusatz von Gerberlohe und Tabak verfälscht war, was nach einem solchen Genusse bis zur höchsten Wuth reizte; und so geschah es auch, daß die Berauschten mit verschiedenen Mordwerkzeugen, so wie sie ihnen zur Hand kamen, unter einem unmenschlichen Gebrüll, die Gefangenen Soldaten, wie wilde Thiere hinschlachteten.

Nicht weit von diesem schaudervollen Menschengemetzel wurde wieder ein anderer grimmiger Kampf geliefert, nämlich gegen die in der Kirche Saint-Severin verbarrikadirten Insurgenten, welche die Mobilgarde aus diesen Verschanzungen vertrieb.

Ein sehr wüthender und blutiger Kampf jener traurigen Tage entstand auch am 24. Juni im obern Theile des Stadtviertels Saint-Jacques beim Panthron; wo das gegenseitige Feuer beinahe den ganzen Tag nicht aufhörte.

Die Nationalgarde rückte zuerst auf dem Platze aus, wurde aber von der Kolonnade des Panthron her, mit einem so entsetzlichen Gewehrfeuer empfangen, daß sie sich nach der Straße Saint-Jacques zurückziehen mußte.

Nach Verlauf von zwei Stunden versuchte es ein Bataillon mobiler Nationalgarden vom Neuen, sich der um den Platz herum liegenden Häuser zu bemächtigen, aber das Feuer der Insurgenten war so mörderisch, daß über hundert Mobilgardisten von den feindlichen Kugeln zu Boden stürzten, worauf die Angreifenden sich wieder zurückzogen, und indessen in die Gebäude der Rechtsschule flüchteten.

Die Linientruppe eilte jetzt der bedrängten Mobilgarde mit Kanonen entgegen, als in demselben Augenblicke ein zahlreich bewaffneter Volkshaufe anrückte, den man wegen ihren Uniformen für Nationalgarden hielt. Es waren auch vielleicht Nationalgarden von mehreren ihrer Offizieren angeführet, aber es waren solche, welche die Insurgenten zu unterstützen herbeigekommen waren.

Diese Nationalgarden benützten jetzt diesen Irrthum der Truppe, welche sie für Freunde ansah, und gaben ein allgemeines Feuer, wobei nicht nur viele Menschen fielen, sondern sie bemächtigten sich im ersten Mierwar auch einer Kanone.

Die bei diesem unvorhergesehenen Umstande auf einem Augenblicke gestörte Truppenkolonne, sammelte sich aber bald wieder zusammen, nahm den feindlich gesinnten Nationalgarden die erbeutete Kanone wieder weg, und verjagte sie zuletzt von dem Platze; worauf sich die ungetreuen Garden in das Innere des Pantheon flüchteten, wo sie alle nur möglichen Vertheidigungsmittel in Bereitschaft fanden.

Um sie daraus wieder zu vertreiben, mußte man jetzt in der Straße Soufflot Kanonen aufführen und Breche in die Thüren schießen lassen. Dieser Angriff dauerte wenigstens anderthalb Stunden, und endlich, als die Bresche gemacht war, drangen die Linientruppen und die Mobilgarden im Sturmschritte, trotz des mörderischen Kugelregens hinein, und überwältigten die Insurgenten ungeachtet ihres hartnäckigen Widerstandes.

Mit der Einnahme des Pantheonplatzes und des Panthron (oder Ehrentempels) selbst, war aber erst der vierte Theil der blutigen Arbeit vollendet, denn ringsherum blieben noch die Barrikaden der Straße de la Vieille Estrapade *), der Straße Neuve Sainte Genevieve, der Straße Fourcy u. s. w. zu bezwingen übrig.

Durch vier Stunden dauerte noch ohne Unterbrechung das Gewehrfeuer, worunter man häufig auch Kanonendonner hörte. Ein schrecklicher Gemetzel fand hier Statt, und beide Theile erlitten große Verluste, bis endlich gegen 4 Uhr Nachmittags die Straßen dieses Stadtviertels frei gemacht werden konnten; und wozu die offene Theilnahme der übergetretenen Nationalgarden und ihrer Offizere in Uniform, ganz besondes dazu beitrug, dem Aufstande den so entsetzlichen Umfang zu geben, welchen er hier gewonnen hatte.

Nur mit der größten Mühe und Aufopferung überwältigten die Truppen auf diesen verschiedenen Punkten die Insurgenten, die nun zwar auf dem linken, so wie auf dem rechten Seine-Ufer zurückgeworfen und von der Vorstadt Saint-Antoine abgeschnitten wurden, aber in dieser berüchtigten Vorstadt und in den Außen-Gegenden der östlichen Stadttheile noch sehr stark verschanzt, und immer noch fürchterlich waren.

Unter den verzweifeltsten Vertheidigern befanden sich viele jener brodlosen Arbeiter, welche seit vier Monaten mit allen Drangsalen des Hungers und der Entbehrung in jeder Weise zu ringen gehabt hatten, und die daher vom Kampfe nicht ablassen wollten, nachdem sie schrien »Besser durch eine Kugel, als vor Hunger sterben!« Schrecklich, daß solche Zustände in einer Stadt so weit überhand nahmen, die doch so lange der Sitz der Beteiebsamkeit und des heitern Lebensgenusses gewesen ist.

Eine peinliche Ungewißheit herrschte den ganzen Tag hindurch im ganzen westlichen Stadttheile, wo man keine sichere Nachricht von den Vor- oder Rückschritten des Volks-Aufstandes hatte, und auf die oft widersprechendsten Nachrichten und Erzählungen beschränkt war.

Das ununterbrochene Krachen des Gewehrfeuers und der Kanonendonner, welches bis spät in der Nacht dauerte, gab deutlich zu erkennen, daß der gegenseitige Kampf zwischen Volk und Militär noch immer fortdte, und daß der Ausgang desselben noch sehr unentschieden sey.

Die ganze Nacht vom 24. auf den 25. Juni, nämlich vom Sonnabend auf den Sonntag, ließen sich wie schon erwähnt wurde, die Gewehrfeuer und der Kanonendonner nach den verschiedenen Richtungen hin hören.

Die noch am Abend des 24. Juni der Kammer zuletzt mitgetheilten Nachrichten waren auch so weit als wahr anzunehmen, daß der Volks-Aufstand aus der Cite und dem Innern der Stadt auf beiden Ufern des Seine-Flusses zurückgeworfen, und die Vorstädte Saint-Jacques, Sainte-Victor, Saint-Marcel, Saint-Denis, Saint-Martin und Poissonière gesäubert seyen, wenigstens bis in die Nähe der Barrieren oder Boemaurern; — daß ferner die Insurgenten

*) Beim Angriff der in der Straße Estravada gelegenen Barrikade wor es, wo der General Dame-

me Befehlshaber der Mobilgarde, eine Wunde erhielt, an welcher er den darauf folgenden Tag starb.

nur noch drei Punkte besetzt hatten, nämlich den Clos Saint-Lazare, eine Barrikade in der Vorstadt du Temple und die Vorstadt Saint-Antoine, die man noch nicht ernstlich angegriffen hat.

Aber nicht blos an diesen hier genannten Orten, sondern auch noch an vielen andern Stellen und so gar ganz nahe am Stadthause, im Stadtbezirke Saint-Antoine, und im Marais waren noch Barrikaden-Gruppen stehen geblieben, die alle Bemühungen der Strategie oder Kriegslist am vorigen Tage zu Nichts gemacht hatten, und gegen diese eisenfesten Verschanzungen setzten die Kanonen von Mitternacht angefangen, ihre zerstörende Arbeit fort.

Auch war der Präsident der National-Versammlung, so wie der General Cavaignac über den Ausgang des Kampfes keineswegs so beruhigt, als beide Männer Andern Leuten glauben machen wollten, und die außerordentliche innere Stärke des Aufstandes, seine anhaltende Ausdauer, der von den Insurgenten gefaßte Invasions- oder feindliche Angriffsplan, der ihnen zu Gebothe stehenden fürchterlichen Hilfsmittel, kurz die durch einen sich so sehr in die Länge ziehenden Kampf erweckte Ungewißheit, bewogen den Kammer-Präsidenten und den Ober-General im Gebrimen zu der Uebereinkunft, den Sitz der National-Versammlung aus Paris weg zu verlegen, wenn der Volksaufstand siegen sollte.

Der General Cavaignac wollte den Insurgenten in der Umgegend der Kammer ein letztes Treffen liefern, und wenn auch dieses zum Nachtheile der von ihm beabsichtigten guten Sache ausfallen sollte, dann mit den Truppen der Armee und den Bataillonen der Bürgermiliz, die sich zum Auszug aus Paris entschließen würden, nach Saint Cloud oder nach Versailles, oder einer noch weiter entlegeneren Provinzialstadt sich zurückziehen.

Aber nur im äußersten Nothfalle und gleichsam unter dem blutigsten Kampfe mit den Insurgenten wäre dieser Rückzug ausgeführt worden. Indessen zeigte sich aber dennoch, daß die empfindlichen Verluste, welche der Volks-Aufstand bereits erlitten hatte, diesem zwar nichts von seiner Widerspänstigkeit, jedoch ein guter Theil von der Verwegenheit und rasenden Wuth benommen worden ist; so der zunehmende Zeit-Abschnitt des Volks-Aufstandes, war schon merklich abgelaufen, und die Taktik oder Kriegsmethode desselben nur mehr lediglich auf die Vertheidigung gegen die angreifenden Truppen beschränkt.

Wie schon erzählt wurde, so hatten die Aufrührer die ganze Nacht vom 23. bis zum 24. Juni und den folgenden Morgen Barrikaden gebaut; jede neue Barrikade wurde ein Mittelpunkt für die Errichtung anderer Barrikaden, und so war zu besorgen, daß der Volksaufstand, nachdem er aus den Stadtbeilen, wo er die Oberhand hatte, ringsherum beständig seine bewaffneten Volksbaufen ausjenden, und am Ende über die ganze Stadt sich verbreiten, und die National-Versammlung umzingeln oder einfangen werde.

Unter solchen gefahrvollen Umständen war es also von der größten Wichtigkeit, diese Volksaufstände zurückzuwerfen und an einigen Stellen zu konzentrieren, denn die Streitkräfte, worüber die Insurgenten für die Vertheidigung der Barrikaden zu verfügen hatten, waren nicht so sehr zu fürchten, als die Zuordnung des Aufstandes, den er möglicherweise gewinnen konnte, und der dann viel ansehnlichere Streitkräfte als die Regierung hatte, in Anspruch genommen, und in Schach gehalten haben würde.

Die Aufgabe am 24. Juni war daher die Ausbreitung des Aufstandes zu hemmen, seine Hauptverzweigungen von einander zu trennen, und diese Aufgabe wurde auch, aber leidlich gelöst.

Am 24. Juni Abends war jede Verbindung zwischen dem Clos Saint-Lazare und der Vorstadt Saint-Antoine, so wie zwischen dieser Vorstadt abgeschnitten; derselbe Abend reichte sogar noch bin, die letzten Barrikaden in dem Stadtbezirke Saint-Martin wegzunehmen, und im ganzen Stadtheile der Straße Saint-Jacques, des Sterbenneplatzes und des Panthroit, die Ordnung einigermaßen wieder herzustellen.

An eben diesem Abende übernahm der General Bréa daselbst das Kommando an der Stelle des Generals Damesme, der am Eck der Straße Sainte Genevieve verwundet worden war, wo die Insurgenten eine Terrasse des Kollegiums Heinrich des IV. und eine fürchterliche Barrikade im Besitz hatten.

Am 25. Juni ließ nun der General Bréa die Straße Mouffetard rekognoßiren, und die verdächtigen Häuser visitiren und entwaffnen, und besetzte dann die Kaserne de l'Oursine, die man am Abend vorher in Brand zu stecken versucht hatte.

Gleichzeitig verstärkte er dem ersten Bataillon der Mobilgarde den Posten der Mairie des zwölften Arrondissements oder Stadt-Bezirks an, und marschirte an der Spitze von zwei Bataillonen Linien-Infanterie, nebst zwei Kanonen und einigen Abtheilungen von Mobilgarden die Straße Saint-Jacques hinauf, nach der Barrière von Fontainebleau zu, die von ungefähr dreithalbtausend Insurgenten besetzt war.

Der Regierung war Alles daran gelegen, dieses Sammelplatz der äußersten Hitzköpfe in ihre Gewalt zu bekommen, wozu nun dem Brigade-General Bréa der Auftrag ertheilt war.

An der Spitze einer ansehnlichen Truppenmacht, drängte er jetzt seine Gegner auf vielen Punkten nach und nach außerhalb der Zoll-Linie, und befand sich Sonntags früh den 25. Juni an der besprochenen Barrière Fontainebleau, begleitet von dem Hauptmann Maugin und den Kommandanten Desmarets und Gebert.

Bis dahin war es ihm gelungen, viele Aufrührer durch gütliches Zureden zu entwaffnen, nachdem er besonders auf die von der National-Versammlung zur Unterstützung dreißiger Arbeiter bewilligten drei Millionen Franken hinwies.

Daraus schöpfte er jetzt Hoffnung, auch an diesem Punkte, der äußerst stark befestigt, und von vielen Insurgenten besetzt war, williges Gehör zu finden.

Da, wo die Straßen von Jury und Fontainebleau zusammenlaufen, waren bedeutende Barrikaden und Verrammlungen errichtet, auf gleiche Weise waren die Zugänge der Boulevards abgesperrt, und eine förmliche Steinmauer erhob ſich am Gitter der Barrière.

Von mehreren Hunderten der Inſurgenten, welche dieſe Verſchanzungen vertheidigten, war ein Theil wohl ſchon entmuthigt und erſchöpft, und auch ſogar bereit ſich zu ergeben, allein, die Uebrigen waren noch immer feſt entſchloſſen, ſich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen.

Der General richtete jetzt Worte der Verſöhnung an dieſe Leute, die auch mit Beifallsgeſchrei erwidert wurden. So geräuſcht durch dieſen Schein, folgte er der ihm gemachten Einladung zur Unterredung mit den übrigen Inſurgenten; und überſtieg mit ſeinen oben genannten Begleiteen die Barrikade, während ſich ſeine Mannſchaft vor der Verſchanzung ruhig aufſtellte.

Kaum aber befanden ſich dieſe vier Friedensboten in der Gewalt ihrer Feinde, ſo wurden ſie ſchon ergriffen, mißhandelt, und von einem wüthenden Volkshaufen mit dem Geſchrei, Tod dem Cavaignac! Tod dem Kerkermeiſter des Pantheons! Tod dem Mörder unſerer Brüder! — umringt.

Schon im Begriffe, den General Bréa zu erſchießen, hörte man eine Stimme mit den Worten: »Das iſt Cavaignac nicht, dieſen General kenne ich gut, er trägt beſtändig einen Panzer auf ſeinem Leibe, ſehet nach, ob dieſer einen Panzer hat.

Da man bei näherer Unterſuchung fand, daß Bréa keinen Panzer trug, ſo bemühten ſich mehrere Perſonen ihn zu retten, und ſprachen, »das iſt ein Tapferer aus der alten Zeit, ein braver Graubart!« Hierauf führten ſie den General, um ihn noch weiteren Gewaltthätigkeiten zu entziehen, in das Zollamtsgebäude, während der heftigere Volkshaufe mit einem wüthenden Rachegeſchrei nachfolgte.

Bei dieſem Umſtande mußten ſeine Beſchützer auf ein anderes Rettungsmittel denken, und begleiteten den unglücklichen General zu dem Maire des Bezirks, welcher in ſeinem Hauſe eine Weinſchanke unter dem Schilde »der große Saal« hatte.

In dieſem Hauſe angekommen, ſchloßen ſeine Begleiter die Thüre; aber die Volksmaſſe heulte vor Wuth, daß man ihr die eingefangene Menſchen-Beute entreißen wolle.

Da kein anderer Ausweg mehr übrig war, ſo brachte man den General in den Garten und eilerte ihn an, ſich über die Mauer zu flüchten. Bréa hielt dieſe Flucht für unehrenhaft, und es dauerte lange, bis er ſich entſchloß, dieſes Wageſtück zu verſuchen. Schon ſtand er mit einem Fuß auf der Mauer, als die wüthende Volksmenge die Thüren einſprengte, in den Garten ſtürzte, und den General von der Mauer herabriß.

Bréa entſchuldigte ſich damit, daß auch die jenſeitige Mauer von Inſurgenten beſetzt ſey, und alſo auf dieſem Wege durchaus keine Flucht möglich geweſen wäre.

Man brachte jetzt den General in das zweite Stockwerk des Hauſes, ließ ihn an einem Tiſche Platz nehmen und bewog ihn, eine ſchriftliche Erklärung über die Gründe anzugeben, welche ihn zu dieſem Schritt veranlaßt haben, damit man die Volksmaſſe einigermaßen beruhigen könne.

Bréa ſchrieb nun folgende Zeilen auf ein Blatt Papier.

»Der Unterzeichnete General iſt mit dem Abgeordneten de Ludre an dieſe Barrieren gekommen, um dem Volke von Paris an der Bannmeile bekannt zu machen, daß die National-Verſammlung drei Millionen Franks zu Gunſten der bedürftigen Volksklaſſe bewilligt, und daß er dabei ausgerufen habe: Es lebe die demokratiſche und ſoziale Republik.«

Aber er konnte ſein Schreiben nicht weiter mehr fortſetzen, denn die wüthenden Volksmaſſen erbrachen die Thüre und ſtürmten mit dem Geſchrei, »Tod dem Cavaignac!« in den Saal, trotz dem, daß ſie von dem Mißverſtändniſſe, daß Bréa nicht Cavaignac ſey, ſchon überzeugt waren.

Gebert, der von dem General getrennt worden war, machte den Verſuch wieder zu ihm zu kommen, aber kaum war er in dem Hauſe angekommen, ſo wurde er ſchon von Leuten umringt, geſtoßen, und ein Stein gegen ihn geworfen, der ihn aber nicht traf.

Hierauf entriß man ihm ſeinen Degen, dann die Epaulets oder Achſelſtücke, und packte ihn bei der Gurgel.

Er verlangte jetzt zu dem General Bréa geführt zu werden, deſſen Lage dadurch immer gefährlicher wurde; da man von ihm forderte, daß er den Rückzug der Truppen, die vor den Barrikaden ſtanden, befehlen ſolle, was er zwar lange verweigerte, endlich aber doch durch die Gefahr genöthigt, welche ſeinen Begleitern drohte, ſchrieb er die Worte auf ein Blatt Papier. »Ich befehle den Truppen, ſich zurück zu ziehen; ſie mögen auf demſelben Wege wie ſie gekommen ſind, umkehren.«

Seine Freunde ſahen ein, daß nur durch eine weitere Entfernung von dem Orte der Gefahr, eine Rettung möglich ſey, und beſchloſſen daher, ihn nach dem Wachtpoſten zu führen, der in einer ziemlichen Entfernung von der Barriere auf der Straße nach Fontainebleau liegt.

Dahin brachte man ihn nun nebſt Gebert und fand dort den Kommandanten Desmarets, dem es nicht wenziger ſchlecht gegangen iſt; denn auch ihm waren der Degen und die Epaulets herabgeriſſen worden, und ſeinen Rock trug ein Kind auf einer Stange als Standarte herum.

Desmarets ſtand an einem Fenſter, als man ihm warnend zuflüſterte, ſich unter die Pritſche der Wachtſtube zu verſtecken, wo er der Aufmerkſamkeit derjenigen Perſonen entging, die ſich jetzt in dieſem Augenblicke mit dem General beſchäftigten.

Diejenigen Leute, die für den unglücklichen General Bréa beſorgt waren, fanden auch hier gleichgeſinnte Theilnehmer, und man wollte den letzten Verſuch machen, den Gefangenen den Händen ſeiner wüthenden Feinde zu entreißen.

Man fing nun an, die Mauerwand des Wachthauses zu durchbrechen, und schon war dieses größtentheils geschehen, als dieses großmüthige Wagestück von einem vierjährigen Kinde verrathen wurde.

Diejenigen, welche den General auf die Weise retten wollten, sahen jetzt ihr eigenes Leben einer großen Gefahr ausgesetzt, und entzogen sich so gut es geschehen konnte, vor den anstürmenden Volke, dem nun der General bloß überlassen ward.

General Bréa und der Hauptmann Maugin, hatten sich jetzt vor einem Tische niedergesetzt, und Bréa erwartete mit Ergebung, was man weiter von ihm noch begehren werde.

Seine ängstlich herumgeworfenen Blicke sahen aber überall nur drohende Gesichter, bei welchen jede Spur von einem Mitgefühl verschwunden war.

Maugin, der den entsetzlichen Auftritt, der jetzt kommen wird, voraussah, kreuzte seine Arme über die Brust, und sprach zu denjenigen welche sich in die Wachtstube vordrängten:

»Was will man von uns? Wollt ihr uns erschießen, so entschließt euch dazu, hier ist unsere Brust!«

Ein letzter Freund der Unglücklichen machte jetzt noch eine Anstrengung, und näherte sich dem General mit den Worten: »Geben Sie mir ein Wahrzeichen, und ich rette Sie. Ich eile zu den Truppen und melde dort, daß Sie gefangen sind, und die Truppen werden gewiß zu ihrer Befreiung herbeieilen.«

Der General gab jetzt sein letztes Epaulets her, erklärte aber, daß er sein Ordenskreuz und seinen Degen behalten werde.

Diese Unterredung war aber nicht unbemerkt geblieben, und beschleunigte auch wahrscheinlich den Ausgang der Sache; denn man begriff ganz deutlich, daß den Gefangenen Hilfe gebracht werden sollte, und so hörte man augenblicklich das Geschrei: »Tod! Tod! man muß ein Ende machen.«

Dieses Geschrei wurde von Außen gehört, worauf viele der Anwesenden die Flucht ergriffen; Andere schrien wieder, wir sind verloren und verrathen, die Mobilgarde ist im Anmarsche u. s. w.

In diesem gefahrvollen Augenblicke erschien der Oberst-Lieutenant Thomas mit einem leichten Infanterie-Regimente, der einen Theil von dem Bataillon der Mobilgarde anführte an der Verschanzung und forderte, den in einem verrätherischen Hinterhalt gelockten General Bréa mit seinen Begleitern von den Insurgenten mit der Drohung zurück, daß er sie alle niederschießen lasse, wenn sie sich weigern würden, die auf so eine elende Weise gefangenen Offiziere herauszugeben.

Nach einem längeren Hin- und herdepartiren bewilligte endlich der Oberst-Lieutenant den Aufrührern, was sie verlangten, nämlich: eine halbe Stunde Bedenkzeit, und ging hierauf zu dem General Cavaignac, um diesen von dem fatalen Umstande in Kenntniß zu setzen.

Während dieser halben Stunde ging aber die Ermordung des Generals Bréa und des Kapitains Maugin vor sich; und als der Oberst-Lieutenant von Cavaignac zurück kam, und sich aufs Neue zur Barrière begeben wollte, wurde er selbst schon von weitem her mit Flintenschüssen empfangen, worauf er jetzt sogleich die Stellung der Insurgenten angreifen ließ.

Sieben Bartikaden umstarrten den Platz innerhalb und außerhalb der Barrière, und machten aus derselben ein sehr festes Verstreck für die Insurgenten.

Die Barrikaden wurden mit Kanonen beschossen, und im Sturmlaufe mit dem Bajonette weggenommen, ohne daß die angreifenden Truppen dabei einen bedeutenden Menschen-Verlust gehabe hatten; leider aber fand man nur noch die verunstalteten Leichname der beiden, als Friedens-Unterhandler eingefangenen Offiziere.

Die Barrière wurde hierauf wieder von der Truppe und Mobilgarde besetzt, und von diesem Augenblicke an waren die Stadttheile Seine-Jacques und Mouffetard in der Gewalt der bewaffneten Macht.

Ueber das schreckliche Ende des Generals Bréa mit seinen Begleitern, wurde von einem glaubwürdigen Zeugen Folgendes erzählt.

Die Truppen umgingen mittelst einer Oeffnung in der Ringmauer die Aufrührer, schossen dieselben größtentheils nieder, und erstürmten die Barrikaden, wo man später in einem Zollwachthause die grausam verstümmelten Leichen vom General Bréa und dem Kapitain de Maugin fand.

Die Gefangenen waren, wie schon gesagt, in das Wachthaus geführt worden, wo es dem Bataillons-Kommandanten Dupont und dem Infanterie-Major in der entstandenen Verwirrung gelang sich zu verstecken; und zwar kroch der Major unter ein Bett.

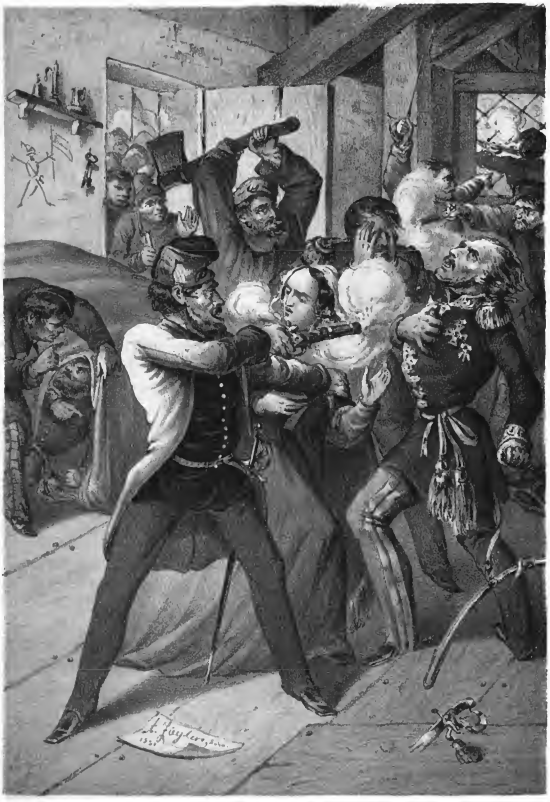
Bréa und Maugin wurden zuerst gemißhandelt, und als der Oberst Thomas die Truppen gegen die Barrikaden führte, trafen die Insurgenten die Anstalten, die unglücklichen Gefangenen zu erschießen. Ein Weib suchte den General Bréa mit ihrem Körper zu schützen; aber sie wurde von den Wüthenden weggeschleudert und ohne Zeit-Aufschub fiel der General von einer Kugel, die ihm den Unterleib durchbohrte, todt zu Boden. Maugin wurde durch einen zweiten Schuß am Kopfe verletzt, und während er sich das Gesicht mit den Händen bedeckte, schlug ihn ein Aufrührer von Hinten mit einem Beile nieder. Hierauf schnitt man ihm Nase und Ohren ab, und verstümmelte den Leichnam so stark, daß man die menschliche Form kaum mehr erkennen konnte. Indessen entdeckte ein Blousenmann den Infanterie-Offizier unter dem Bette, und zeigte denselben Mittel und Wege, wie er sich aus dieser Todesgefahr retten konnte; dieses gelang ihm auch, so wie seinen zweiten Unglücksgefährten dem Bataillons-Kommandanten Dupont, der durch eine Verkleidung entkommen war.

Indessen war aber die Wuth der Mörder noch nicht gestillt, denn sie wollten ihre Schlachtopfer noch verstümmeln.

Der General Bréa zuckte noch mit den Beinen, worauf man ihn mit mehreren Bajonettstichen durchbohrte.

Zavraždění jenerala Bréa a průvodce od insurgentů.

Il ammazzamento del generale di Brea e il suo accompagnatore dei insurgenti.



Brea tábornok s'kisérőjének a' felkelők ältüli meggyilkoltatása.

Die Ermordung des Generals Bréa und seines Begleiters von den Insurgenten.

N°76.

Hierauf ſchlug einer der Mörder mit dem Gewehrkolben ihm den Hirnſchädel entzwei, während Andere auf Maugin hinſtürzten, und ihn den Kopf gänzlich zerſchmetterten. In einer von den Wüthenden letzte wirklich noch in der Meinung, den General Cavaignac vor ſich zu haben, und befühlte ganz kaltblütig die Bruſt, um zu ſehen, ob er einen Panzer am Leibe trage.

Auf dem rechten Ufer behaupteten die Inſurgenten im Stadttheile des Marais mehrere Barrikaden, die man anzugreifen verſäumt hatte, weil ſie vereinzelt da ſtanden, und nicht im Stande waren, ſich lange Zeit zu halten, oder Mittelpunkte für neue Verrammlungen abzugeben; aber dieſe Barrikaden wurden am 25. Juni ebenfalls weggenommen.

Indeſſen hielten ſich die Inſurgenten noch immer ſehr tapfer in dem Stadttheile Saint-Antoine, im Clos Saint-Lazare in der Vorſtadt Poiſſonière, in der Chauſſée Saint-Denis und in der ganzen Gegend des äußern Boulevards, die ſich von La Chapelle-Saint-Denis in einem großen Halbzirkel nach der Vorſtadt Saint-Antoine erſtreckt, welcher ganz von ihnen eingenommen war.

In dieſer letztern Vorſtadt hatte der Aufſtand durch zwei ganze Tage Zeit gehabt, um ſich zu organiſiren, nämlich zu ordnen und zu verſtärken.

Als erſte Vertheidigungs-Linie hatte hier der Aufſtand den Kanal und die Seine, welche den Truppen-Angriff blos an einer kleinen Anzahl Stellen zuließen. Außerdem waren die vorderſten Häuſerreihen von den Inſurgenten beſetzt, die Einmündungen aller Straßen waren verrammelt und verſchanzt, ſo daß die ganze Vorſtadt wie in eine Feſtung umgebaut, ein Anſehen hatte.

Die Nachaarſchaft von Wiennes, und der Mangel an volksreichen Nebenquartieren, hinderten aber, daß der Aufſtand ſeine böſartigen Verzweigungen nicht weiter nach Außen hin ausdehnen konnte.

Von verſchiedenen Anhöhen der Stadt, wo man die Vorſtadt überſah, konnte man deutlich wahrnehmen oder bemerken, wie gewiſſe Perſonen, nachdem ſie das Terrain ausgekundſchaftet hatten, Befehle ertheilten, die von den bewaffneten Inſurgenten-Truppen auf allen Seiten hin, willig und ſchnell befolgt wurden.

Es war auch leicht zu erkennen, daß die Inſurgenten verſtreuweiſe abgetheilt waren, und nicht einzeln für ſich, ſondern zuſammen in ihrer Vertheidigungsweiſe handelten, was bei jedem Angriffe der Truppen den hinlänglichen Beweis gab.

An jedem Ecke der Brücke von Auſterlitz erhob ſich eine Barrikade, und der Platz Walhubert, an dem nördlichen Eingange des Pflanzengartens, war ebenfalls verbarrikadirt und zu einer Art von Bollwerk umgeſchaffen worden, welches die Truppen abhalten ſollte über den Seine-Fluß herüber zu kommen, und die Vorſtadt Saint-Antoine von ſeiner ſchwächſten Seite, nämlich von der Waſſerſeite her anzugreifen.

Jenſeits des Kanals in der Umgebung des Kornmagazins, hatten die Inſurgenten die Kaſerne der Céleſtine, die ihnen ebenfalls zum Vorwerk diente, und die Brücke Damiette, welche den Quai der Célſtiner mit der Inſel Saint Louis verbindet; — gleichfalls lehnten ſie ſich an den Platz Royale, der in ihrer Gewalt geblieben iſt, und reichten längs der Quais oder Uferwege und der kleinen damit parallellaufenden oder gleichweit von einander abſtehenden Gaſſen, die Straße Saint-Antoine bis zur Straße Saint Geoffroy-Laſnier hinab, ein paar Schritte weit vom Stadthauſe, nachdem ſie einen Triangel einnahmen, der den Kanal zur Grundlage hatte.

Der Clos Saint-Lazare war ſeinerſeits eine wahre Feſtung geworden; die neue Kirche Saint Vincent-de-Paula zur rechten Seite, und die Mauth-Niederlage zur linken Seite, dienten den Inſurgenten als Bollwerke; ſie ſuchten aber nicht mehr die Linie der Boulevards zu erreichen, und von da aus in's Innere der Stadt vorzudringen, ſondern hatten als Operations-Linie die Zoll-Mauer gewählt, die in dem ganzen Umfange des Aufſtandes mit Schießlöchern durchbrochen war, durch welche die Inſurgenten feuerten.

Häufige Patrouillen und ſonſtige Signale machten es ihnen möglich, ihre Kräfte zuſammen zu ziehen, und ihre vereinigten Anſtrengungen nach gewiſſen Punkten hin zu richten. Sie waren im Beſitze von mehreren Barrikaden, und dadurch in der unmittelbaren Verbindung mit La Villette, La Chapelle, Belleville und Montmartre, wo ſie einen Theil der Nationalgarden für ſich gewonnen hatten, und den andern Theil der Nationalgarden von Paris abſchnitten.

Aus dem, was bisher geſagt worden iſt, geht nun hervor, daß der Volksaufſtand aus dem Mittelpunkte der Stadt vertrieben worden, und jetzt in den Aeußern Gegenden, und beſonders in zwei Vorſtädten konzentrirt oder zuſammengezogen war, die zu feſten Plätzen umgeſchaffen waren.

Es handelte ſich alſo darum, Belagerungen anzuſtellen, denn man hatte jetzt nicht mehr nöthig, die Barrikaden von vorne anzugreifen und zu ſtürmen, ſondern die Linientruppe, die Mobil- und Nationalgarde konnten der Artillerie, den Sappeuren und Mineuren, welchen die Hauptarbeit zuſtand, den Platz zu ihrer Thätigkeit überlaſſen.

Während die Kanonen die Barrikaden zerſchmetterten, öffneten jetzt die Sappeurs einen verdeckten Weg durch die Häuſer, ſo daß die Truppen die Inſurgenten von oben herab aus den Fenſtern, oder von hinten her angreifen konnten.

Dieſes Verfahren verzögerte zwar den Erfolg, machte aber den Sieg gewiſſer, und koſtete weniger Blut und Menſchen.

Die Kirche Saint Vincent-de-Paula wurde am Morgen eingenommen, und gegen ein Uhr drang der General Lamoricière in das Mauthamtsgebäude, nachdem durch Bomben die Eingangsthore zerſprengt worden waren.

Durch Haubitzen und mit Sturmangriff wurden die Insurgenten aus dem eingeschlossenen Lager Saint-Lazare vertrieben, wo man über 6000 Gewehre und einen bedeutenden Kriegsvorrath erbeutete.

So drangen die Truppen nach und nach immer weiter vor, und trennten zuletzt den Volksaufstand auseinander, nachdem sie denselben einerseits nach Montmartre, anderseits nach La Villette und in die Vorstadt du Temple hin zurückdrängten.

Bald waren die Barrikaden genommen, und die Verbindungen der Stadt mit La Chapelle, Saint-Denis und Montmartre wieder hergestellt, wo die zugeströmten Nationalgarden aus ihrem peinlichen Blokadezustand und ihren entsetzlichen Aengsten erlöst, den Parisern endlich ihre hilfreiche Hand biethen konnten.

Ungleich hartnäckiger und mörderischer war aber der Kampf in dem Stadttheile Saint-Antoine, wo die Insurgenten Vertheidigungsmittel von der furchtbarsten Art aufgeboten hatten.

In der Straße Saint-Antoine waren ungeheure Barrikaden aus Pflastersteinen in einer Entfernung von 30 zu 30 Schritten aufgethürmt, und in den engen und winkeligen Gassen versperrten ebenso nahe an einander aufgeschichtete Steinmassen und Verrammlungen den Durchgang. Außer diesen Verschanzungen hatten die Insurgenten noch alle Häuser besetzt, welche die Straße beherrschten, und zwischen den Hofräumen Verbindungen und Durchschlupfwinkel hergestellt, wodurch sie im Stande waren, sich nach allen Punkten hin zu begeben, ohne daß sie gesehen werden konnten, oder einer sonstigen Lebensgefahr ausgesetzt waren.

Die Fensteröffnungen waren mit Möbeln, Matratzen und Strohsäcken so gut verrammelt, daß sich die Kugeln darin verloren, ohne die Insurgenten zu beschädigen, welche aus diesen Verstecken mit gut gezielten Schüssen auf die anstürmenden Truppen herabfeuerten.

Auch am Bastillenplatz waren die Vorkehrungen und Verschanzungen der Insurgenten trefflich eingerichtet, und drohten den anrückenden Truppen überall mit Tod und Verderben; ja die Barrikaden, welche dort in einem Zeitraum von 48 Stunden errichtet worden sind, konnten von jedem Sachkundigen für Meisterwerke der Feld-Verschanzungskunst betrachtet werden.

Einige Barrikaden waren in der Form eines Glacis angelegt, von deren elastischen Böschungen die Kugeln abprallten, die nun, da sie auf keinen Widerstand kamen, den Kämpfenden über die Köpfe hinwegflogen. Andere Barrikaden hatten wieder einwärts gehende Winkel, um die Kanonenkugeln aufzufangen, oder nach zwei Seiten hin, auf die anrückenden Truppen zu feuern. Eine Barrikade war sogar aus Quadersteinen und behauenen Werthöfleen gemacht, und vollkommen so dick und fest, als die Mauern einer mittelalterlichen Ritterburg. Mehrere Barrikaden waren auch mit Brettern gefüttert, die man aus den Holzhöfen dazu hergeschleppt hatte.

Diese fürchterlichen Vertheidigungsmauern und Schanzwerke, von mehreren Tausenden verzweifelten Menschen vertheidigt, stellten den angreifenden Truppen Hindernisse entgegen, welche sie nur dadurch, daß sie jedem Pflasterstein mit ihrem Blut erkämpften, beseitigen konnten.

Die ersten Barrikaden in der Straße Saint-Antoine wurden mit unglaublicher Erbitterung angegriffen und vertheidigt. Sie waren fast dem Stadthause gegenüber errichtet, und wegen ihrer überaus wichtigen Lage die Zielscheibe des Angriffs und der Vertheidigung.

Um sie zu überwältigen, mußte man das Terrain Schritt für Schritt und die Straße Haus für Haus erobern, und wenn man in die Häuser hineinkam, so fand man dieselben von Menschen leer, und alles Nachsuchen der Truppen nach Flüchtigen oder Aufrührern war vergebens, denn die Insurgenten hatten in den benachbarten Gebäuden ihre Verbindungen und geheimen Ausswege bis oben nach der Straße Geoffroy-Vasnier so geschickt angebracht, daß man sie nirgends auffinden konnte.

Den ganzen Sonnabend und die ganze Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag schon donnerte das Geschütz gegen die Stellungen, die aber erst nach mehreren blutigen Gefechten genommen und überwältigt werden konnten, wobei die Linien-Infanterie und Mobilgarde viele Offiziere verloren, und wobei fast alle Artilleristen, welche bei den Kanonen beschäftigt waren, Wunden davon tetzgen.

Am 25. Morgens rückten die Truppen bis in die Straße Saint-Antoine vor, worauf der Maeich der Kolonnen gegen die Bastille hin, eifrigst betrieben wurde, während eine Abtheilung Linien-Infanterie mit der Artillerie der Nationalgarde nach dem Ufergang des Ormeé abging; um sich längs dieses Weges hin, nach der Brücke Marie und der Kaserne der Célestiner zu richten, die noch von den Insurgenten besetzt war.

Hier wurden unterwegs zahlreiche Barrikaden überwältigt, die Kaserne unter einem blutigen Kampfe genommen, und die Insurgenten aus dem Kornmagazine vertrieben, wo sie sich festgestellt hatten.

Die Truppen gingen theilweise am Flusse bis zur Brücke von Austerlitz hinauf, die sie einnahmen, und marschirten von da zurück über den Boulevard Bourbon nach dem Bastillenplatz hin.

Der General Négrier hatte eben einen Kommandanten der Nationalgarde abgeschickt, Verstärkungstruppen zu holen, um den obern Theil der Straße Saint-Antoine zu säubern, wo die Insurgenten noch in der Nähe der Kirche Saint-Paul und der Mairie des achten Arrondissements am Platze Royale festen Stand hielten, als er an dem Ausgange der Straße Saint-Antoine, der großen Barrikade, die den Eingang der Vorstadt absperrte, gegenüber, von einer Kugel tödtlich getroffen wurde.

Gleiches Schicksal hatte auch der Volksrepräsentant Charbonnel, der neben dem General Négrier geritten war.

Indessen besetzte der General Lamoricière die Straße der Vorstadt du Temple und die Linie der Boulevards bis an die Straße des Filles du Calvaire, wo einige im Bau begriffene Häuser von den

Insurgenten eingenommen waren, die aber bald durch Kanonen daraus vertrieben wurden, so daß Lamoricière gegen Abend seine Verbindung mit den Kolonnen der Generäle Perrot und Négrier auf dem Bastillenplatz herzustellen konnte; — und so standen nun die vereinigten Streitkräfte der Regierung vor der Vorstadt Saint-Antoine, welche an diesem Tage von früh Morgens bis Abends bombardirt wurde.

Die am 24. und 25. Juni fast auf allen Punkten geschlagenen Insurgenten wurden am 26. Juni vollständig überwunden, und das linke Ufer, die Cité so wie die Insel Saint Louis befanden sich völlig aufgeräumt.

Auf dem rechten Ufer waren die Vorstädte Montmartre, Poissonière, Saint-Denis und Saint-Martin ganz gesäubert, und die Linie der Boulevards, die Stadtheile du Temple und Saint-Antoine befanden sich in den Händen der Truppen; dagegen hielten sich aber die Insurgenten noch hauptsächlich in zwei Gegenden von Außen her, nämlich in der Vorstadt du Temple, wo die Truppen dies stellenweise die Oberhand gewonnen hatten, und in der Vorstadt Saint-Antoine, wovon nur der Theil bei der Brücke von Austerlitz und längs dem Seine-Fluß bezwungen worden war.

Der General Lamoricière, nachdem er am 25. Juni Abends die fürchterlichen Stellungen auf den Anhöhen bei der Vorstadt Poissonière, Montmartre und la Chapelle-Saint-Denis hatte wegnehmen lassen, traf noch in der Nacht die nöthigen Anstalten, die Vorstadt du Temple einzunehmen, und dann auf der linken Seite der Vorstadt Saint-Antoine zu operiren.

Am 26. Juni früh Morgens, nachdem er die ersten Barrikadrn am Eingange der Vorstadt, diesseits des Kanals bombardirt, ließ er sie mit dem Bajonnette erstürmen, und die Insurgenten, längs des Kanals gedämmt, hatten sich nach der Vorstadt Menilmontant und Popincourt hingeworfen.

Die Mobilgarde und Linien-Infanterie gingen hierauf bis jenseits der Barrière, und richteten von da ihren Marsch nach dem Stadtheile Popincourt und der Vorstadt Saint-Antoine, wo der Aufstand vollständig im Angriffe stand, und vier Tage Zeit gehabt hatte, sich zu befestigen.

Die Hauptstraße der Vorstadt Saint-Antoine gehörte in ihrer ganzen Länge den Insurgenten, und war theilweise von ungeheuren Barrikaden durchschnitten. Vom Bastillenplatz bis zur Thorbarrière zählte man an dieser Tage 65 Barrikadrn, von welchen die vorderstrn aus Quaderstrinen und Baumaterialien mit großer Kunst aufgeführt, und beinahr bombenfest hergestellt waren. Sie hatten bedeckte Gänge und Schußlöcher wie eine Festung, wobei wahrscheinlich ein Militär-Ingenieur die Verschanzungsbautrn geleitet und angegeben haben mußte.

Die nach dem Seine-Fluß hinlaufrnden Querstraßen waren ebenfalls verschanzt und verrammelt, so wie auch die auf den Kanal zuführenden oder sich dahin richtrnden Gassen.

Auf der mittelsten Barrikade, welche eine von den drei Stärksten war, nämlich am Eingange der Vorstadt, vom Bastillenplatze her, wehte die blutrothe Fahne. Zwischen zwei ebenfalls sehr festen Verrammlungen hatten die Insurgenten eine Eisrerei eingerichtet, wo sie Kugeln verfertigten mit einem eigenen Apparat, durch welchen man vier Kugeln auf einmal gießen konnte.

Das Baumwollenpulver, welches die Insurgenten verbrauchtrn, wurde von einem Pastetenbäcker verfertigt, und aus Gasröhren der Versuch zu Kanonen gemacht; da sie aber inzwischen ein paar alte kupferne Kanonen von einem kleinen Kalibrr bei einem Eisenröhrr ausfindig machten, so wurden jetzt diese als Vertheidigungsmittel angewendet.

Auch hatten die Insurgenten, wie es schien, eine Art Mörser verfertigt, woraus sie mehrere Kartetschen abfeuren konnten.

Hatten die Insurgenten Mangel an Kugeln, so schnitten sie in diesem Nothfalle die eisernen Fenstergitterstangen in kleine Stücke, und schossen damit auf ihre Feinde.

Diese Leute glaubten, oder waren in der Meinung, so gewiß und sicher zu gewinnen, daß sie von den Einwohnern verschiedene Gegenstände begehrten, und dafür Empfangsscheine von ihrrn Befehlshabern ausstellen ließen, welche auf dem Stadthause zur Ausbezahlung angewiesen waren.

Die Ueberzeugung, daß ein Theil des schweren Geschützes, welches sie um sich herum donnern hörten, in den Händen ihrer Brüder unter dem Kommando von Freund Cauffidière-sey, bestärkte sie in ihrem Wahne so stark, daß alle in vermittelter Absicht eingeleitrten Unterhandlungen einzelner Volksrepräsentanten, welche als Geiseln festgenommen wurden, und selbst der Schrie des Affrr, Erzbischofs von Paris, der sich durch seinen evangelischen Hirtenrifer den Märtyrertod zuzog, umsonst waren.

Dieser edle Mann, dessen Herz von den Greueln dirrs Bürgerkrieges zerrissen wurde, wollte, da er bis dahin in Saint-Etienne du Mont, wo er die Konfirmation der Kinder besorgt hatte, abgesperrt geworfen war, nach der wiedrrerlangten Freiheit einen Versuch zu wagen, die Aufstände zur Niederlegung der Waffen zu bewegen.

Er hoffte sie der Stimme der Religion zugänglich zu finden, nachdem alle Anerbirtungen der Staats- oder Regierungsgewalt fruchtlos geblieben waren.

Seine Umgebungen bemühten sich, ihn von einem solchen Schritte zurückzuhalten, der leicht sein Leben kosten dürfte, doch wies er solche Besorgnisse mit den Worten zurück: »Auf mein Leben kommt es dabei nicht an.«

Die Schwierigkeit war jetzt dabei nur, den gefährlichen Kampfplatz ungehindert zu erreichen, wobei er aber auf die Unterstützung der Regierung oder Staatsgewalt rechnete. Er ging daher in Begleitung von zwei General-Vikarrn zu Fuß nach dem Gebäude der Präsidentenschaft, und in seiner Absicht dadurch noch

mehr ermuthigt, daß man ihm auf dem Wege dahin alle Ehrfurcht bezeigte, trug er dem General Cavaignac seine Bitte vor, welche dieser in der Hoffnung auf einen guten Erfolg mit der größten Bereitwilligkeit bewilligte.

Hierauf wanderte der, seine Kränklichkeit nicht achtende Erzbischof sogleich nach dem Bastillenplatze, wohin ihm tausende von Segenswünschen folgten, während ihm von der entgegengesetzten Seite her, ein Kanonendonner und Gewehrfeuer entgegen knatterte.

Je weiter er durch die Reihen der Truppen vorwärts kam, um so dringender baten ihn die bis zu Thränen gerührten Offiziere, diesen lebensgefährlichen Kampfplatz nicht zu verfolgen, da sein Versuch ohne Zweifel vergeblich seyn werde. Mit einer ruhigen Würde antwortete er aber, so lange ihm ein Schimmer von Hoffnung bleibe, werde er nicht nachlassen, dem Blutvergießen Einhalt zu thun.

Während er auf seinem Wege dem Umstehenden Volke seinen Segen, und den Sterbenden Worte des Trostes zusprach, kam er zu dem Befehlshaber, dem er den Auftrag des Generals Cavaignac's zur Einstellung des Feuers mit den Worten überreichte: »Ich werde mit meinen priesterlichen Begleitern allein vorwärts gehen, mein Amtsgewand wird mich schützen,« und obwohl jetzt mehrere Nationalgarden sich um ihn herumdrängten, ihm auf diesem gefährlichen Gange zu begleiten und zu schützen, so wies er dieses über alle ihm gemachten Beförchtungen entschieden zurück. Nur ein Arbeiter erbielt von den Vielen, die sich ihm zum Schutze angeboten hatten, die Erlaubniß, ihm zu begleiten, der jetzt einen grünen Palmenzweig als Sinnbild oder Zeichen seiner friedlichen Sendung voran trug; übrigens folgten diesem kleinen Zuge in einiger Entfernung, und da es schon Abends war, ganz unbemerkt, mehrere theilnehmende Personen.

Bei dem Anblicke dieses Friedensboteus, stellte die Barrikade ihr Feuer ein, und es schien, als ob alle feindlichen Absichten aufgehört hätten. Man stieg von der Barrikade herab, und empfing den Erzbischof in der freudigsten Erwartung einer heilbringenden Botschaft. Aber auf dem Wege dahin waren dem Erzbischofe mehrere Soldaten, wahrscheinlich in der guten Absicht nachgefolgt, sich mit den versöhnenden Arbeitern sogleich zu verbrüdern. Da hörte man aber auf einmal ein lebhaftes Geschrei »zu den Waffen, fort auf unsere Barrikaden,« und in demselben Augenblicke fiel auch ein Schuß, der das Zeichen zu einem entsetzlichen Gewehrfeuer gab.

Der Erzbischof hatte sich nun von der Barrikade wegbegeben, um seinen Weg in die Vorstadt zu nehmen, während er sich unterwegs fortwährend bemühte, durch seine gutgemeinten Worte die Volksmassen zu beschwichtigen und zu beruhigen, was ihm auch so ziemlich gelang.

Plötzlich fiel aber der Erzbischof den neben ihm gehenden Arbeiter, der den Palmenzweig trug, mit den Worten in die Arme: »Freund, ich bin getroffen!«

Eine Kugel, die vom Fenster eines Hauses herab abgefeuert wurde, hatte seine Brust durchbohrt, und ihn tödlich verwundet.

Mehrere aus den Insurgentenhaufen umringten ihn jetzt, hoben ihn auf ihre Schultern, und trugen ihn zu dem Pfarrer von Saint-Antoine, während das umstehende Volk sich mit Bedauren und Wehklagen um ihn herumdrängte, und dadurch die aufrichtigsten Beweise von Mitleiden über das ihn getroffene Unglück, und die ungeheuchelte Verehrung an den Tag legte.

Die Vikare, welche den Erzbischof begleiteten, waren im Volksgedränge von ihm getrennt worden, und so irrte einer davon die ganze Nacht in den entlegensten Gassen herum, bis er zu dem Sterbebette des Leidenden kam. Der andere Vikar kam bis zur Juli-Säule, wo er von Schreck ganz ermattet, niedersank, und so dem Kugelregen der Barrikade ausgesetzt war; endlich erholte er sich wieder, und eilte unter der größten Todesgefahr auf den Bastillenplatz, wo ihm auf dem Wege dahin, eine Gewehrkugel seinen Hut durchbohrte. Auch kam er dann später zu dem Zufluchtsorte des Erzbischofs, wo er sich jammernd an das Sterbelager des tödlich Verwundeten hinwarf, der ihm mit aller Ruhe, und einer seltenen Seelengröße mit den erhabenen Worten empfing: »Ein guter Hirt gibt sein Leben für seine Heerde!«

Die Bevölkerung von Saint-Antoine bezeigte den Erzbischofe unausgesetzt die größte Theilnahme und Verehrung, und die Trauer über dieses, dem Kirchenfürsten getroffene Unglück, war fast allgemein.

Am folgenden Tage wurde der Kranke in sein Wohngebäude gebracht, wo er auch an seiner tödlichen Verwundung starb.

Da nun alle gütlich gemachten Versuche zur Unterhandlung und Friedensausgleichung mit den Insurgenten vergeblich blieben, so mußte jetzt mit Gewalt eingeschritten werden.

Bei den Insurgenten waren die drei Hauptstraßen, nämlich die Vorstadts-Straße Saint-Antoine, die Straße Charenton und de la Roquette mit starken Barrikaden an ihren Eingängen verrammelt und verschanzt.

Der Boulevard Beaumarchais, die Straße Saint-Antoine und der Boulevard Bourbon auf der Stadtseite, waren im Besitze der Truppen. Drei Redouten mit Kanonen besetzt, deckten diese dreifache Angriffsfronte, während der freie Bastillenplatz und der mitten durchlaufende Kanal die beiden gegenseitig feindlichen Lager trennte.

Der General Perrot hatte die oberste Leitung der gegen die Vorstadt gerichteten Operationen, oder Unternehmungen übernommen, wozu ihm der Exminister des Inneren Recurt und Adam, der Adjunkt des Maire von Paris zugetheilt waren.

Der General Cavaignac hatte indessen aus Arras und Lafère ein Regiment vom Genie-Korps mit dem nöthigen Belagerungsapparat kommen lassen, und bald wurde am Ende der Straße Saint-Antoine eine fürchterliche Redoute erreichtet, welche die gegenüberliegende Straße der Vorstadt bestreich; auch wurde der Holzhof an der Ecke des Quai oder

Smrtedlni raněni Arcibyscupa Pařizkeho.

Il ferimento mortale del arciovescovo.

A' parist érsek halálos megsebesétése.

Die tödtliche Verwundung des Erzbischofs von Paris.

N°77.

Ufer-weges Bourbon in eine Kaſematte umgewandelt, wo die Truppen ſich verſtecken konnten.

Die Inſurgenten beſetzten dagegen alle Häuſer, und man konnte deutlich ſehen, wie ſie die Fenſter mit Matratzen verrammelten, und ſich auf ihren Poſten ſtellten.

So rüſtete man ſich von beiden Seiten mit außerordentlicher Thätigkeit zu dem bevorſtehenden blutigen Kampfe, als inzwiſchen um 8 Uhr Morgens von den Abgeordneten der Vorſtadt, Friedens-Anträge überbracht wurden.

Die Parlamentäre oder Unterhändler hielten mitten auf dem Baſtillenplatze bei der Juli-Säule ſtill, von wo aus der Deputirte Recurt ſich zu den Inſurgenten begab, um ihre Bedingungen zu erfahren.

Dieſe machten jetzt den Antrag, ihre Barrikaden unter der Bedingung einzureißen, wenn man ihnen ihre Waffen laſſen und die Gefangenen von Vincennes freigeben werde.

Recurt ermahnte ſie, von dieſem unſinnigen Begehren abzuſtehen, und ſich ohne Bedingung zu unterwerfen; aber ſein Zureden fand kein Gehör bei den erhitzten Köpfen, und ſo wurden die Parlamentäre, ohne etwas ausgerichtet zu haben, wieder zurückgeführt.

Gegen 9 Uhr, ungefähr nach Verlauf einer Stunde, fanden neuerliche Verhandlungen zwiſchen den ſich feindlich gegenüberſtehenden Partheien Statt, wobei die Inſurgenten erklärten, ihre Waffen niederlegen zu wollen, wenn man ihnen die »demokratiſche und ſoziale Republik« verbürge, und legten bei dieſer Erklärung das Programm vor. Aber dieſe ſchriftliche Bekanntmachung war ein ſolch verwirrtes Gemiſch von ſozialiſtiſchen und jakobiniſchen Grundſätzen, daß ſich der Deputirte Recurt weigerte es zu durchleſen, und verlangte daher die unbedingte Unterwerfung.

Indeſſen hörte man von der linken Seite her, Gewehrfeuer und Kanonenſchüſſe krachen, die von Minute zu Minute immer näher kamen.

Es war nämlich der General Lamoricière, der durch die Vorſtadt du Temple gegen die Vorſtadt Saint-Antoine anrückte, und es wurde jetzt dringend nöthig, auch von der Stadtſeite her anzugreifen, wenn beide Kampf-Unternehmungen, wie ſie verabredet waren, zuſammentreffen, und in einander wirkſam greifen ſollten.

Es war ungefähr nach 9 Uhr, in welchem Augenblicke ein Adjutant des Generals Cavaignac, mit einem Befehl zum General Perrot kam, um 10 Uhr Vormittags das Feuer zu eröffnen; wenn die Vorſtadt ſich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben habe.

Nachdem dieſer Befehl den Inſurgenten mitgetheilt worden war, kamen die Einwohner aus der Vorſtadt theils mit aufgehobenen Händen, theils von Kummer niedergebeugt heraus, betheuerten laut, daß ſie mit Gewalt zur Theilnahme bei dem Aufſtande angehalten worden ſind, und baten um Gotteswillen, man möge wenigſtens ihren Frauen und ihren ſchuldloſen Kindern den freien Abzug geſtatten.

Der Deputirte Recurt gewährte ihnen dieſe Bitte, und bald ſah man an der Ecke des Boulevard Contreſcarpe eine zahlloſe Schaar von Weibern und Kindern, die ſich nach dem Ufer-wege hin flüchteten.

Aber dieſer Auszug hörte bald wieder auf, weil entweder die Furcht der Uebrigen ſie abhielt, oder die Inſurgenten ſie nicht fortlaſſen wollten.

Die Verhandlungen hatten indeſſen drei Stunden gedauert, ohne daß es zu einem beſtimmten Entſchluſſe von den Inſurgenten gekommen wäre; und ſo näherte die für die Unterwerfung feſtgeſetzte Stunde heran.

Die Geſchütze waren in Batterien aufgeſtellt, und die brennenden Lunten zum Abfeuern bereit. Man wartete von beiden Seiten in einer allgemeinen Angſt, und mit beklemmtem Herzen auf den verhängnißvollen Augenblick. Endlich ſchlug die beſtimmte Stunde, ein Kanonenſchuß donnerte, und gab das Zeichen zum mörderiſchen Kampfe.

Nun ging das Gewehrfeuer von beiden Seiten los, und die Kanonade tobte ſo gräßlich, daß die Gebäude der Vorſtadt zitterten, und den Kanonieren das Blut aus den Ohren floß.

Die Inſurgenten erwiederten das Feuer mit derſelben Kraft und Ausdauer, aber bald ſteckten die Haubitzen ein Haus am Eck der Straße de la Roquette in Brand, und ein dicker Qualm, den der Wind über die benachbarten Häuſer weg wehte, vertrieb die Inſurgenten aus dieſen ihren Verſtecken.

Hierauf ließ das Schießen einige Zeit nach, und in dieſem Augenblicke ſtürmten die ſchon ungeduldigen Mobilgarden über die Verſchanzungen hinüber, ſtürzten nach dem Baſtillenplatz und ſtürmten gegen die Vorſtadt, um die auf den Barrikaden aufgeſteckten Fahnen herabzureißen.

Vergebens ſchrie der General Perrot, um ſie von dieſem vorreiligen Kampfe abzuhalten, und drohte ihnen zuletzt, daß er mit Kanonen auf ſie ſchießen laſſen werde, wenn ſie ſeinen Befehl nicht beachten; aber nichts konnte ſie mehr von ihrem eifrigen Kampfe gegen die Inſurgenten abhalten.

Der General in dieſem entſcheidenden Augenblicke raſch entſchloſſen, ließ jetzt auf der Stelle den Sturmmarſch ſchlagen und ein Linien-Infanterie-Regiment nachrücken, welchem ſich auch die Nationalgarde anſchloß.

Man theilte ſich im Sturmſchritte in drei Kolonnen ab, von welchen die erſte gerade gegen die Vorſtadt losrückte; die zweite Kolonne griff die Straße de Charenton, und die dritte Kolonne die Straße de la Roquette an.

Ein lebhaftes Gewehrfeuer der Inſurgenten krachte jetzt gegen die Angriffs-Kolonnen, aber trotz allem dieſem hartnäckigen Widerſtande wurden die erſten Barrikaden bald geſtürmt, worauf ſich die Inſurgenten nach allen Seiten hin flüchteten und zerſtreuten.

Hierauf ſtürzten die Truppen in die nächſtgelegenen Straßen, erſtürmten die Häuſer, und beſetzten ſchnell die Barrikaden der ganzen Vorſtadt, wobei es

nicht an Todten und Verwundeten von beiden Seiten fehlte.

Diese voreilige Erstürmung der Vorstadt Saint-Antoine hinderte den General Lamoricière, an der von ihm beabsichtigten Entwicklung seiner Truppen-Kolonnen, die sich vom Kanal bis über die Thorbarrière hinaus, in einem Halbzirkel ausbreiten sollte, um die Insurgenten von der Seite und von hinten her anzugreifen, und ihnen jeden Rückzug abzuschneiden, und dieses war auch die Folge, daß sich die Hauptanführer und Hauptbanden des Aufstandes, größtentheils retten, und eine sichere Flucht ergreifen konnten.

Während man sich so auf dem Bastillenplatze und in der Vorstadt Saint-Antoine blutig schlug, verschanzten sich die aus der Vorstadt du Temple und dem Boulevard zurückgeworfenen Insurgenten auf der andern Seite des Kanals, der für sie gleichsam den Wallgraben einer großen Festung abgeben konnte.

Hinter sich hatten sie die Gemeinde von Belleville revolutionirt, die ihnen als Anhaltspunkt diente, und ihren letzten Rückzug deckte. Endlich bis zu den Barrièren hingedrängt, vertheidigten sie sich noch an mehreren Stellen der Zollmauer, die mit Schießscharten und Ausgängen durchbrochen war, und wo sie gegenüber die Bäume umhieben, und daraus Barrikaden machten.

Eine der stärksten Barrikaden war am Eingange der Straße Pyat und der Straße Saint-Laurent gebaut, und lag der Barrière von Belleville gegenüber. Eine andere Barrikade befand sich vor der Mairie von Belleville, die aber nicht so fest gebaut war, und daher einen ernstlichen Angriff nicht aushalten konnte.

Mehrere andere Barrikaden, die man weiter hinaus durch die ganze Pariser-Straße bis zu den Festungswerken von Romainville hin aufgeführt hatte, sollten die Insurgenten gegen einen Angriff der schweren Kavallerie und leichten Infanterie schützen, der von Bondy oder Vincennes oder die Straße von Romainville her kommen sollte.

Die Möglichkeit eines Ueberfalls von dieser Seite machte ihnen auch viele Sorge, da sie mit jedem Augenblicke fürchteten, von den Truppen umgangen und blockirt zu werden, ohne daß ihnen dann ein Ausweg übrig geblieben wäre.

So blieben sie nun vom Freitag bis Montag in ihrer Stellung, aber schon am Montage früh führte die Niederlage des Aufstandes in der Vorstadt Saint-Antoine den Abfall einzelner Insurgenten herbei, welche hie und da Schlupfwinkel suchten und auf dem Felde ihre Waffen versteckten.

Gleichzeitig verließen auch die, durch das Bombardement in die größte Gefahr ausgesetzten Einwohner die ganze Umgegend, und flüchteten sich mit ihren Weibern und Kindern, mit ihren Habseligkeiten und Lebensmitteln aufs freie Feld, um, wie sie hofften, bald wieder in ihre Häuser friedlich zurückkehren zu können.

Dieser sehnlichst gehoffte Augenblick blieb auch nicht lange aus, denn zwischen 5 und 6 Uhr Abends, wurden sowohl die fest gebauten Barrikaden, als auch die schwachen Verrammlungen in Belleville eingenommen, worauf die Nationalgarde, die Mobilgarde und die Linien-Infanterie von der Artillerie unterstützt, ganz Belleville von den Insurgenten säuberte, die nun aus allen Gegenden zurückwichen, und sich in einer ordnungslosen Flucht nach allen Seiten hin zerstreuten.

Die blutigen Kämpfe am 26. Juni Abends in Belleville, waren die letzten Scharmützel der viertägigen großen Bürgerschlacht, in und vor den Mauern der großen Weltstadt Paris, wobei über 45,000 Mann im Kampfe standen.

Viele von ihren Kompagnien wurden von Personen in Offiziers-Uniform der Nationalgarde und von Leuten in Civilkleidern, die das rothe Ordensband der Ehrenlegion trugen, kommandirt und befehligt.

Alle diese Insurgentenhaufen handelten in einer erstaunlichen Uebereinstimmung, und die Richtigkeit ihrer Manoeuvres, der Bau ihrer Barrikaden, so wie die Ordnung und Berechnung ihrer strategischen Maßregeln, setzten die erfahrendsten Generäle und Offiziere, welche den Kampf mitmachten, in Erstaunen.

Bei einer solchen Leitung, und bei den vielfältigen Hilfsmitteln die ihnen zu Gebothe standen, ist es dahrer auch nicht zu verwundern, daß sie sich ihres Sieges ganz sicher glaubten, und wirklich mörderische Gefechte gegen sie geführt werden mußten, um sie unter einem wahrhaft schmerzlichen Menschenverluste zu überwältigen.

Mehrere schätzten die Gesammtzahl der Todten und Verwundeten auf beiden Seiten ungefähr auf zehntausend, die aber nach spätern Erhebungen auf die Hälfte herabgesetzt wurden.

Die Mobilgarde, welche meistens aus jungen Leuten, in einem Alter von 15 bis 20 Jahren bestand, und schon in den Februartagen mitgekämpft hatte, ist am meisten, und gab offenbar durch ihr muthvolles und todtverachtendes Benehmen gegen die Insurgenten den Ausschlag zum Siege der Regierung, so daß man ihr den Ehrentitel der jungen Garde beilegte.

Wie verdienstvoll aber auch das Lob seyn mag, das man der Mobilgarde wegen ihres aufopfernden Betragens von allen Seiten zu Theil kommen ließ, so knüpft sich dennoch an das muthvolle Einschreiten dieser Garde ein schreckenvoller Gedanke, nachdem diese für die Regierung so glücklich ausgefallene Intervention oder Dazwischenkunft der Mobilgarde blos durch einen Zufall herbeigeführt wurde, von dem jetzt das Schicksal Frankreichs abhing; denn die Mobilgarde hätte sich eben so leicht auf die Seite der Insurgenten wenden können, und würde dann den Ausschlag zum Nachtheile der Regierung gegeben haben.

Die Veranlassung dazu war nämlich folgende. Die erste Kolonne der Mobilgarde, die den Auftrag hatte, gegen eine Barrikade den Marsch anzutreten, blieb Anfangs unschlüssig, was sie thun sollte, und so war der Schritt, mit dem sie gegen die Insurgenten anrückte, äußerst schwankend und zweifelhaft. Nicht weit von der Barrikade entfernt, blieb die Truppe ruhig stehen, nahm das Gewehr umgekehrt in den Arm, und zeigte dadurch sehr auffallend, daß sie nicht Lust habe gegen die Insurgenten zu

kämpften. Da gaben aber die Handwerker, welche hinter der Barrikade lauerten eine Gewehrsalve in die ruhig stehende Truppe, worauf vier Mann zu Boden stürzten.

Dieser heimtückische Angriff, der sich schnell unter der ganzen Mobilgarde verbreitete, erbitterte diese jetzt auf's Aeußerste, und machte sie daher so bereitwillig, sich mit der Linien-Infanterie zu vereinigen, und die Insurgenten auf Leben und Tod vernichten zu helfen.

Der Menschenverlust, wie schon erwähnt, war bei diesem blutigen Kampfe nicht unbedeutend, und man braucht nur die getroffenen Generäle zu zählen, so wird sich die Wahrheit davon bestätigen. So wurden nämlich von 14 Generälen, welche das Kommando führten, 11 Generäle getroffen; zwei davon, der General Négrier, aus den französischen Feldzügen in Afrika her bekannt, und der General Bréa, blieben auf dem Wahlplatze; dann starben an ihren Wunden die Generäle François, Reynaud, Bourgon und Duvivier, und endlich wurden die Generäle Bedeau, Damesme, Korte, Lafontaine und Foucher mehr oder weniger verwundet.

Die Generäle Lebreton, Perrot und Lamoricière kamen wohl glücklich durch, und nur dem Letztern wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen.

Alle Soldaten versicherten, daß in keiner Schlacht der Kaiserzeit das Verhältniß der todten und verwundeten Generäle so groß gewesen sey, und daß bei keiner Bestürmung einer Festung oder Redoute so viel Menschen geblieben sind, als bei der Einnahme der Pariser-Barrikaden in den schreckensvollen Junitagen.

Der Juni-Aufstand hat aber auch durchaus keine Aehnlichkeit mit den andern Volksaufständen, die sich bisher erhoben und Paris mit Blut befleckt hatten.

Sonst war es der Kampf von zwei politischen Systemen, nämlich der Krieg einer von der Regierung ausgeschlossenen Minorität, gegen die Inhaber der herrschenden Staatsgewalt.

Der überlieferte Staat sollte im Ganzen so bleiben, wie er war, aber wenigstens blos in einzelnen Theilen einer Reform oder Veränderung unterworfen werden; und es kam einzig und allein darauf an, wer ihn lenken sollte.

Der darüber entstandene Streit wurde mit leidenschaftlicher Erbitterung, aber fast immer noch auf eine loyale Weise, ohne Heimtücke und Niederträchtigkeit ausgefochten, und selbst ein unnützer Mord empörte schon die öffentliche Meinung mehr, und erzeugte einen größern Abscheu, als der sträfliche Antrag zu einer Meuterei.

Diesmal wurde aber die rothe Fahne, und mit ihr ein furchtbares Prinzip entfaltet, und man hörte nicht mehr das Geschrei »Vive la charte! Vive la nation! oder Vive la liberté! sondern die Insurgenten oder Aufrührer kämpften mit dem Rufe »Vive la république democratique et sociale,« und als Ergänzung zu dieser Schlachtparole schrieb man auf die Fahnen die Worte: »le pillage et le viol!« (Plünderung! — Nothzüchtigung!)

Einer von den Insurgenten, der mit den Waffen in der Hand ergriffen wurde, äußerte: »Alle Leute die etwas besitzen, sind Spitzbuben; das ist meine Meinung, und blos dafür habe ich blutig gekämpft.« Ein anderer wieder; dem man fragte, was er unter demokratischer und sozialer Republik verstehe, gab zur Antwort: »Die Regierung der Handwerker.«

Die Nachwelt wird es kaum glauben, daß die Insurgenten an den Gefangenen so grauenhafte Mordthaten verübt haben, und dieses um so weniger, da diese Abscheulichkeiten in einem auf vorgeschrittene Gesittung so stolzen Jahrhunderts, und in der Hauptstadt eines Landes geschehen sind, welche sich rühmt, an der Spitze der europäischen Bildung und Aufklärung zu stehen. Welches Schicksal wäre also dieser unglücklichen Hauptstadt Paris noch beorgestanden, wenn die Empörung des Pöbels die Oberhand und den Sieg über die Regierung erkämpft hätte!

Schwerlich wird man in den Jahrbüchern anderer europäischer Völker ein Beispiel eines so wüthenden und mörderischen Menschenkampfes finden; denn es wurden in diesen verhängnißvollen Tagen Handlungen und Verbrechen von unglaublicher Barbarei verübt, von welchen zwar Viele verleitet gewesen seyn mögen, Viele aber wieder aus wilder Leidenschaft und kannibalischer Mordlust geschahen.

Es ist unwiderlegbar bewiesen worden, daß die geistigen Getränke, welche man in einigen Stadtbezirken den Mobilgarden und Linientruppen verkauft hatte, mit giftigen Substanzen vermischt waren, und den Einzelnen welche davon getrunken hatten, schreckliche Konvulsionen, und sogar tödliche Anfälle verursachten.

Als nämlich die Insurgenten am Sonnabend Nachmittag sich von dem Platze Maubert zurückziehen mußten, wurden fünf gefangene Offiziere der Mobilgarde von einem Manne der in Weiberkleidung gesteckt war, mit einem Hackmesser getödtet.

Im Stadtbezirke Saint-Manceau fand man mehrere Mobilgarden an den Handgelenken aufgehängt, und mit Säbel und Bajonettstichen erdolcht, und eine von den verhafteten Furien die man unter den Insurgenten aufgriff, gestand mit einer schauderhaften Freimüthigkeit, daß sie drei Mobilgarden die Köpfe abgeschnitten, und dann schandvoll verstümmelt habe.

Auf einer von den Haupt-Barrikaden der Vorstadt Saint-Antoine sah man die gräßlichst zugerichteten Leichname eines republikanischen Garde-Soldaten in seiner Uniform mit aufgeschlitztem Bauch, und heraushängenden Gedärmen auf einem hohen Pfahle aufgespießt.

Auf anderen Barrikaden waren abgeschnittene Köpfe mit Kappis, so wie man sie zu Vogelscheuchen verwendet, aufgesteckt. Auch sah man einen Kopf, dem man Pech in den Mund gegossen, dann einen Docht eingezogen und auf eine Picke gesteckt hatte, der dann als eine Pechfackel gebraucht wurde wobei die ausgelassendsten Lieder gesungen wurden.

Im Clos Saint-Lazare wurden einem gefangenen Infanterie-Offizier die beiden Hände abgehauen, worauf er langsam verblutete, und so auf der Erde den jammervollſten Tod nahm. Einem Dragoner ſägte man die Füſſe ab, und ſetzte ihn ſterbend wieder auf ſein Pferd.

Hinter der Barrière Rochechouart wurde eine Spritze gefunden, die mit Vitriolöl angefüllt war, welches die Inſurgenten den angreifenden Soldaten und Mobilgarden in das Geſicht ſpritzten. Eben ſo fand man auch viele groſſe Eiſenblechflaſchen mit Terpentinöl angefüllt, womit man die öffentlichen Gebäude in Brand ſtecken wollte.

An den äuſſern Mauerwänden der Mairie des achten Stadt-Bezirks und der Kaſerne de l'Ourcine im Stadttheile Saint-Marceau fand man Pech und Theeranſtrich, womit ſie überzogen waren, um dieſe Gebäude leichter in Brand zu ſtecken, was aber durch den ſtarken Wind verhindert geworden zu ſeyn ſcheint.

Thüren und Thürpfoſten waren verkohlt und angebrannt, aber die Flamme drang nicht bis an das Innere.

So fand man auch bei vielen Gefangenen die deutlichſten Beweiſe der unbarmherzigſten Wuth, welche die Inſurgenten an ihnen auslüdten, die nicht blos ſiegen, ſondern auch martern und umbringen wollten.

Einfach gegoſſene oder ſelbſt gebackte Kugeln waren ihnen nicht genug zu tödten, und ſo fand man bei ihnen Stücke von verzoſteten Kupfer, die ſie in ihre Gewehre einluden, dann kleine kupferne Röhren mit Pulver gefüllt, an die eine kleine Lunte angebunden war, die erſt in der Wunde zerplatzte. Auch fand man eiſerne, mit einem auf beiden Seiten hervorſtehenden Meſſingdrahte durchſtochene Kugeln, die in vielen Fällen nicht ſo leicht aus der Wunde herausgezogen werden konnten, und woran die Verwundeten deklagenswerth ſterben mußten.

Die Bürgerkriege und Religionskriege haben bisher nie etwas ſo ſcheuſsliches ausgeſonnen; ja ſeit den Zeiten der Merovinger iſt ſchwerlich eine ſolche Verachtung alles Göttlichen und Menſchlichen jemals in der Geſchichte vorgekommen.

Nicht einmal die Spitäler wurden von den Inſurgenten verſchont. Das Spital Saint-Louis und das Hôtel-Dieu waren mit Barrikaden eingeſchloſſen, und in dieſem ſchrecklichen Zwinger ſtanden die armen Kranken tauſend und tauſend Todesqualen aus, nachdem die Kugeln bis in die Krankenſäle eindrangen und auf die Betten fielen.

Nach der Anſicht oder Meinung der Inſurgenten, gehörten die Unglücklichen, die ein Bett im Spitale hatten, nicht zum Volke, ſondern zu dem von ihnen verachteten Bürgerſtande, der, wie ſie ſagten, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden ſollte.

Die Zahl der Inſurgenten die gefangen genommen wurden, war übermäſsig groſs, und betrug über 14,000 Mann, die gröſstentheils in den Forts der Pariſer-Feſtungswerke untergebracht wurden; beſonders in den Forts von Ivry, Vanves und Montvalerien. Andere blieben noch in der Militärſchule, im Gros Caillou, in der Kaſerne der Straſse de Tournon, in der Conciergerie, in der Polizei-Präfektur und in den verſchiedenen Arbeitshäuſern, ſo wie in dem Militärgefängniſſe der Abbaye. Auch den unterirdiſchen Gang, der aus dem Schloſſe der Tuilerien nach der Gartenterraſſe an der Waſſerſeite hinführt, und durch den ſich König Ludwig Philipp mit ſeiner Familie am 24. Februar flüchtete, benützte man als ein Gefängniſs.

Die Gefangenen waren aus allen Ständen und Gewerben, ja es befanden ſich ſogar eine groſse Anzahl Frauen unter ihnen.

Viele waren penſionirte Offiziere, abgedankte Soldaten, Ingenieure, Sarpeure u. ſ. w. Auſserdem fand man auch unter ihnen etwa hundert Studenten, viele junge Leute von der aufgelöſten republikaniſchen Garde, und viele Arbeiter und Handwerker, beſonders aber Schneider.

Merkwürdig war der Anblick der Stadt, ſo lange der Kampf dauerte, denn das gewöhnlich ſo lärmende und wimmelnde Paris ſah aus, wie eine ungeheure Stadt, wo die zahlreiche Volksmenge ſich unter die Erde verkrochen hat.

Die endloſen langen Straſsen, Uferwege und Boulevards waren ſtill und öde, und nirgens ſah man weder Wagen noch Fuſsgänger. Alle Thore, Gewölbsläden und Fenſter waren geſchloſſen, weit und breit ſah man keinen rauchenden Schornſtein, ſondern blos die und da in die Luft aufkräuſelnde weiſse Wolken vom Pulverdampfe; und nur das ſchauerliche Krachen des Gewehrfeuers, des Kanonendonners und das Wirbeln der Trommeln unterbrach die Todtenſtille. Ueberall ſah man Soldaten, Bürger in Uniform, Kavallerie und Kanoniere, welche jetzt die einzige ſichtbare Bevölkerung von einer Million Menſchen waren, die mit einem bangen Herzen im Innern der Häuſer das Ende dieſes klagevollen und blutigen Kampfes abwarteten.

Der militäriſche Anblick, der ſich an den Uferwegen und an den Boulevards zeigte, hatte dagegen etwas ganz eigenthümliches, und belebte das Ganze durch die Nationalgarden aus der Provinz, der Stadt und Landmiliz, die in glänzenden Uniformen und wieder in blauen leinenen Kitteln, mit rauſchender Muſik und flatternden Fahnen herumgiengen.

Es war aber zugleich ein rührender Anblick, dieſe wackern Bürger-Kolonnen in ihrer militäriſchen Haltung zu ſehen, die Haus und Hof, Weib und Kind nebſt ihren erwerblichen Geſchäften im Stich gelaſſen hatten, um der bedrohten Hauptſtadt und der in Gefahr ſtehenden bürgerlichen Geſellſchaft beizuſtehen.

Dieſer patriotiſche Eifer nach der Hauptſtadt zu ziehen, ging jetzt durch ganz Frankreich, und ſo kamen Nationalgarden nicht blos von 30 bis 40 Meilen in der Umgegend von Paris, ſondern ſogar aus der Bretagne, aus der Vendée, dem Elſaſs und der Franche-Comté in zahlreichen Schaaren herbei, welche nach zwei Tagen gegen hunderttauſend bewaffnete Männer zählten.

Pohled v Paříži po výtězstvy proti insurgentům.

La kena a parigi depo il vittoria hmo verso altri insurgenti.

Párisnak kinézés a' felkelőkön nyert győzedelem utan.

Schauplatz in Paris nach dem Siege gegen die Insurgenten.

Alle waren gut montirt, munter, rüſtig und ſchlagfertig, kurz, Frankreich erhob ſich wie Ein Mann, um die Inſurgenten, welche den friedliebenden Bürger und Geſchäftsmann mit Mord und Plünderung drohten, aufs Haupt zu ſchlagen, und die erforderliche Ordnung und Sicherheit herzuſtellen.

Eben ſo merkwürdig war auch der Anblick der großen Stadt in den erſten Tagen nach dem beendigten blutigen Kampfe.

Am 27. Juni dauerte die ſtrenge Straßenpolizei faſt ohne Ausnahme und ununterbrochen fort. Man unterſuchte genau die verdächtigen Straßen und Häuſer, und fand bei dieſer Gelegenheit ſelbſt in jenen Stadtviertel wo gar keine Konflickte vorgefallen ſind, große Vorräthe von Waffen, Patronen, Kriegsmunition, Kugelformen, und allerlei andere Werkzeuge, nämlich Hacken, Beile, Eiſenſtangen u. ſ. w., was vermuthlich zum Einſchlagen der Mauerwände, und zum Bau der Barrikaden beſtimmt geweſen war.

Hätte alſo die ſtrenge Aufſicht nur einen Augenblick nachgelaſſen, ſo würden gewiß wieder Verſuche gemacht worden ſeyn, Barrikaden im Innern der Stadt zu errichten, um dadurch die Aufmerkſamkeit von den äußern Stadtheilen und der Umgegend abzulenken, wo die Inſurgenten zwar vorläufig geſchlagen, aber dennoch immer nicht ganz gebändigt und überwältigt waren.

Eine kleine Anzahl Kaufsgewölbe wurden am 27. Juni Morgens wieder aufgemacht, doch gegen die Mittagszeit wurde es mit dem Geſchäftsgange immer lebendiger. Auch ließen ſich ſchon einige Cabrioletes und Fiakres, ja ſogar einige Equipagen ſehen, die in den Straßen hin und herrollten.

Die Fußgänger wanderten gleichfalls in den Gaſſen herum, aber ohne großen Andrang. Auf allen Geſichtern bemerkte man den ſehr begreiflichen Ausdruck des Gefühls einer großen Erlöſung. Die Bangigkeit, die alle Gemüther beklemmt hatte, war einer gewiſſen Hoffnung gewichen; doch bemerkte man nirgens etwas, was wie eine Beſorglichkeit ausgeſehen hätte.

Man beſuchte die Stellen des Schlachtfeldes, wo der Bürgerkampf am heftigſten und blutigſten gewüthet hatte, und wo noch auf allen Mauerwänden und Pflaſterſteinen die entſetzlichſten Blutſpuren des erbitterten Menſchen-Gemetzels zu ſehen waren.

Am Pantheon, im Stadtviertel Saint-Jacques, in der Cité, beim Stadthauſe und in der Vorſtadt Saint-Antoine, ſah es aus wie in einer Feſtung, welche ein langes Bombardement ausgehalten hatte, und zuletzt mit Sturm eingenommen worden iſt.

Man ſah hier kampirende Truppen, Bivouakfeuer, Marketenderinen, Vorpoſten, ſtrenge Poſtenketten, friſch aufgewaſchene oder mit Sand beſtreute Blutflecken, ſtarres und finſteres Schweigen der Einwohner, welche die Verheerungen des Krieges betrachteten, und von den fürchterlichſten Gemüthsbewegungen der letzten Tage, ſich noch nicht wieder erholt hatten.

Die aufgewühlten Straßen, die von den Kugeln beſchädigten Häuſer und zerſchmetterten Fenſter, hatten etwas ſchauerliches und faſt unbeſchreibliches.

Sehr ſtark litt der Stadtbezirk Latin von der Straße Labarpe bis zum Platze Maubert, vom Hôtel-Dieu bis ans Ende der Vorſtadt Saint-Marceau, und vor der Brücke Saint-Michel bis über das Pantheon hinaus.

In den Straßen Saint-Jacques und Saint-Victor, ſah man alle zehn Schritte von einander Barrikaden, und ebenſo waren auch alle Seitengaſſen verrammelt, alle Häuſer von innen durchbrochen, ſo daß man leicht und gefahrlos von einem Hauſe in das andere kommen konnte.

Um das Pantheon herum waren furchtbare Barrikaden aufgethürmt, die mit Pulverminen und Kanonen geſprengt werden mußten. Auch waren rund herum alle Fenſterſcheiben zerſchmettert, und auch manche Mauerwände waren eingeſtürzt.

Die Gitter des Pantheon waren umgebogen, die Thüren eingeſchoſſen, die kannelirten Säulen der Hauptfronte und die Sculpturen des Giebelfeldes von Kugeln durchlöchert, und von inwendig zwei große Statuen, die Republik und den Genius der Unſterblichkeit vorſtellend, die in der Achſe der Eingangsthüre ſtanden, zerſchmettert.

Die Kirche Saint Etienne-du-Mont, hatte ebenfalls viele Spuren von Kanonenkugeln aufzuweiſen, von welchen eine die Thurmſpitze mit weggenommen hatte.

Die Straße Saint-Jacques in der Nähe der Straße des Mathurins und der Brücke des Hôtel-Dieu zeigten einen troſtloſen Anblick, denn mehrere Häuſer waren hier von Kanonenkugeln durch und durch zerſchoſſen, und andere von abgeprellten Kugeln wie geflecht; alle Vorſprünge an den Wänden, Thüren und Gewölbsſchildern, waren wie abraſirt.

In der Cité und in den engen Straßen um das Stadthaus, wo man nicht ſo weit die Zerſtörungen überſchauen konnte, konnte man aus den einzelnen Theilen das Ganze beurtheilen, was ſehr gräßlich erſchien.

Auch dort in ſolchen ſchmalen Gaſſen, wo kaum ein Wagen durchfahren kann, donnerten Kanonen und krachte das Pelotenfeuer, und auch dort vermütheten die eingedrungenen Kugeln die Häuſer, und verbreiteten Tod und Verderben um ſich her.

In dieſen kleinen und engen Feſſengaſſen, ſtritt man ſich um jeden Fuß breiten Boden, wie um das ewige Leben, und Sterbende, ſo wie Beſtürmte bedeckten mit ihren blutigen Leichen den Boden.

Die Tage darauf, als die Schlacht ausgetobt hatte, ſah man hier blos noch rauchende Trümmer, umgeſtürzte Barrikaden und verwüſtete Wohnungen. Aber wie mögen erſt dieſe Stellen in dem Augenblicke des erbitterten Kampfes ausgeſehen haben, wo man gewiß nicht wußte, wo man den Fuß hinſetzen ſollte, um nicht im Blute auszurutſchen.

Am ſchrecklichſten ſah es aber aus, wenn man vom Platze Baudoyer die Straße Saint-Antoine hinaufging, wo die Häuſer beinahe ganz zerſtört und von Kanonen zerſchmettert, und ebenſo von Kartätſchen- und Flintenkugeln übel zugerichtet und zerſchoſſen waren; ja einige Häuſer waren von den Kanonenkugeln

so ſtark durchlöchert, daß ſie in ihren Grundfeſten ſchwankten, und einſtürzenden Ruinen gleich ſahen.

Die Fenſterkreuze waren herausgeriſſen, die Wandſpiegel der dortigen Kaffeehäuſer waren wie Zielſcheiben durchlöchert, die Marmortiſche und kryſtallenen Kronleuchter waren in Stücke zerſchlagen, die an den Kaufmannsläden ausbängenden Stoffmuſter waren zerfetzt, die gußeiſernen Balkons waren umgebogen und faſt vernichtet, die Außenſeiten der Kaufmanns-Auslagkäſten in kleine Stücke zerhauen, die vergoldeten Buchſtaben der Firmatafeln und Ladenſchilde waren einer nach dem andern weggeriſſen, die Bäume am Ausgang der Straße umgehauen, kurz überall erblickte man das Bild einer troſtloſen Zerſtörung und Verheerung.

Eben ſo wunderlich und ſchaudervoll ſah es auch in der Vorſtadt Saint-Antoine aus. Am Eingang der Vorſtadt wurden einige Häuſer von Kanonenkugeln ſehr hart mitgenommen und halb niedergebrannt. Eben ſo ſah es auch auf beiden Seiten der Hauptſtraße auf einer ziemlich weiten Strecke aus, und man ſah viele Häuſer in Schutthaufen zuſammengeſtürzt, die noch vom Brand rauchten. Eine Seitenwand eines ſolchen zerſtörten Hauſes blieb verſchont, und an dieſer Wand hing ſeltſamerweiſer ein Spiegel über dem Kamin, welches im ganzen Hauſe das einzige Möbel, und gerade das allerzerbrechlichſte war, welches unbeſchädigt blieb.

Großartige Streitkräfte hatten nach dem Kampfe alle Straßen der Vorſtadt beſetzt. Man hielt in allen Häuſern genaue Durchſuchung, und fand bei dieſer Gelegenheit eine ungeheure Menge von Schießgewehren, und viele Spuren von dem Zuſammenhalte der Inſurgenten, ſo z. B. Uebertrete von verſchüttetem Schießpulver und Branntwein auf den Tiſchen, auch große Blutflecken am Fußboden.

Ging man vom Baſtillenplatz den Kanal hinauf, ſo kam man an den Clos Saint-Lazare, und zu den Vorſtädten der Nordſeite, wo ſich die Merkmale des Kampfes zeigten, nämlich zerſchoſſene Mauerwände, eingefallene Dächer, durchgebrochene Schießlöcher, Schutt und Trümmer, doch aber nichts von der Art, wie oben von anderen Plätzen geſagt worden iſt.

Dort wie überall konnte man aber den wohlberechneten Plan des Aufſtandes wahrnehmen, und die bedachtſamen Vorkehrungen erkennen, die von den Hauptanführern der Inſurgenten getroffen worden ſind.

Dieſe Leute hatten ſich die am günſtigſten und vortheilhafteſt gelegenen Oertlichkeiten ausgeſucht, und überall für ihren ſichern Rückzug geſorgt.

Die Zahl der Todten und Verwundeten war ſo groß, daß die gewöhnlichen Spitäler nicht mehr hinreichten, um ſie unterbringen zu können, und ſo mußte man Feldlazarethe und proviſoriſche Leichenkammern einrichten, wie es in mehreren Kirchen, im Pantheon, im Stadthauſe, im Bazar Bonne-Nouvelle und einem Theile des Louvre und der Tuilerien der Fall war.

Unter dem Dom des Pantheon lagen auf einer Eſtrade oder erhöhtem Platze die Leichname des Generals Bréa und des Stabskapitains Maugin, die an der Barrière von Fontainebleau von den Inſurgenten ermordet worden ſind.

In der großen Prachthalle der Tuilerien und den anſtoßenden Staatszimmern, befanden ſich gegen achtzig Krankenbetten mit Verwundeten von der Nationalgarde, der Linien-Infanterie und den Inſurgenten.

In einem beſondern Zimmer, welches von Nationalgarden und Linien-Infanterie Soldaten ſorgſam bewacht war, befanden ſich zehn verwundete Inſurgenten, welche von der gefährlichſten Sorte waren.

In dem großartigen Prachtſaal, la Salle de Louis XIV. genannt, lagen auf einer Seite vor der Reiterſtatue dieſes Königs ſechs todte Körper (Kadaver) am Boden, und auf der andern Seite ſtanden zwei Särge mit einbalſamirten Leichen. Die nach dem Garten hinausführende große Schloßterraſſe im erſten Stock, wo der König Ludwig Philipp und ſeine Familie ſpazieren gingen, wenn an ſchönen Sommertagen vor den Schloßfenſtern die Militärmuſik ſpielte, war mit blutigen Leinenmützchen, Matratzen u. ſ. w. vollgepackt, und in dem ganzen ehemaligen Königs Palaſte herrſchte jetzt eine Miſchung von Blut und Leichengeruch.

Im Hofe und im Garten der Tuilerien biouakirten Nationalgarden und Linien-Infanterie, und auf dem Konkordienplatz war der Truppenſtand, die Artillerie abgerechnet, noch eben ſo ſtark wie früher.

Die Schildwachen hatten den ſtrengſten Auftrag, Niemand über den Platz zu laſſen, der nicht zur National-Vertretung, zur Armee oder zu einer Zeitungs-Redaktion gehörte.

Die daſelbſt ſehr zahlreich aufgeſtellte Kanallerie hatte auf den Theilen des Platzes, die mit Aſphalt belegt ſind, ihre Futterplätze und offene Stallungen eingerichtet. Die Pferde ſtanden längs der Grabenund Brunnengeländer angebunden, wo ſie auch gefuttert wurden. Hinter den Pferden auf der Erde lagen die blanken Küraſirhelme mit Roßſchweifen dicht an einander gereiht, und weiterhin ſah man Heuſchober, angefüllte Haferſäcke, Futtergeſchirre, Lagerzelte, Wachfeuer, Streulager u. ſ. w.

Der Pantheonplatz war ebenfalls ein Lagerplatz für Truppen aller Waffengattungen, und ebenſo der Platz Saint-Michel, der Blumenmarkt, der Platz, wo ſich der Juſtiz-Palaſt befindet, der Baſtillenplatz und der Stadthausplatz.

Einen ſehr belebten und maleriſchen Anblick gaben die Boulevards, beſonders vom Boulevard Bonne-Nouvelle angefangen.

Bei dem Thore Saint-Denis kampirten Lanzenreiter, bei dem Thore Saint-Martin Dragoner, und am Chateau d'Eau, auf dem Boulevard Saint-Martin waren die Zelte eines Infanterie-Regiments aufgeſchlagen. Hier war das Lager beſonders vollſtändig, denn in der Mitte eines Linien Karrés befand ſich auch ein Artillerie-Park.

Auf dem mittlern Fahrwege der Quais und Boulevards ſtreiften beſtändig zahlreiche Kolonnen von Nationalgarden, die aus den Provinzen angekommen

waren, oder wieder in ihre Heimath zurückkehrten, in den mannigfaltigſten Uniformen und Landestrachten.

Dieſe ein- und ausrückenden Bürger-Kolonnen auf ihrem Hin- und Herwege, wurden jedesmal mit Händeklatſchen und Beifallsrufen begrüßt, dazwiſchen lab man wieder Leichenwagen, die nach den Kirchhöfen fuhren, wobei immer von den Wachpoſten ins Gewehr gerufen wurde. Auch ſah man viele ſchwer beladene Wägen mit Waffen und Kriegs-Vorräthen, die bei den ſtrengen Haus-Unterſuchungen in Beſchlag genommen, und von Truppen begleitet in die Magazine zur Aufbewahrung gebracht wurden.

Auch fehlte es nicht an großen Transportirungen gefangener Inſurgenten, welche die Hände auf den Rücken gebunden hatten, und unter einer ſtarken Bedeckung von Nationalgarden zu Fuß und zu Pferde, nach den Gefängniſſen gebracht wurden.

Hinter dieſen Schaaren, folgten wieder Weiber mit Körben voll Wäſche und Kompreſſen, und Laſtenträger mit großen Ballen von Charpie auf dem Rücken, die in die Spitäler und Lazarethe abgeliefert wurden.

Inzwiſchen ſah man auch kleine Truppen von Mobilgarden, mit den Fahnen die ſie von den Barrikaden erbeutet hatten, und nun nach der National-Verſammlung oder dem Etat-Major brachten.

Wo aber dieſe Mobilgarden, und eigentlich Helden der Juni-Tage vorüberkamen, wehte man ihnen Tücher aus den Fenſtern entgegen.

Weiber und Mädchen aus allen Ständen, ſtürzten auf die Straße, und reichten den vorüberziehenden Mobilgarden Blumenkränze, küßten und umarmten ſie mit Freudenthränen, und von allen Seiten, ſo wie aus den Reihen der Nationalgarde und Linien-Infanterie, hörte man den tauſendſtimmigen Ruf: Vive la brave garde mobile!«

Nachdem die Ruhe einigermaßen wieder hergeſtellt war, wurde von der National-Verſammlung beſchloſſen, daß ein Ausſchuß zuſammengeſetzt werde, um die Gründe zu der verſuchten Revolution, ſo wie die Anſtifter derſelben, und ihre Verzweigung mit der Bewegung vom 15. Mai, wo man den Verſuch gemacht hatte, die National-Verſammlung zu ſprengen *), zu erforſchen.

Die Thätigkeit der Kriegsgerichte nahm alſo bald ihren Anfang, und viele von den Verhafteten und in Unterſuchung gezogenen Perſonen erklärten, daß nur Noth ſie zu dem Aufſtande getrieben habe, während wieder Andere ausſagten, daß ſie die Einführung der demokratiſchen und ſozialen Republik beabſichtigt haben.

Unter den Verhafteten befand ſich auch der ſchändliche Pasquin, der ſich rühmte, einem Offizier beide Hände abgeſchnitten zu haben, und eine Weibsperſon Namens Leblanc, welche vier gefangenen Soldaten der Mobilgarde, mit einem Fleiſchermeſſer die Köpfe abgeſchnitten hatte.

Uebrigens war bei dieſer Gelegenheit, eine große Anzahl entlaſſener Sträflinge wieder aufgegriffen worden, welchen man alle die ſo zahlreich vorgekommenen Unmenſchlichkeiten zum Vorwurfe machte, womit der Kampf der Juni-Tage, auf die ſchrecklichſte Weiſe befleckt worden iſt.

Dieſe Leute zeigten, was die bürgerliche Geſellſchaft zu erwarten gehabt hätte, wenn der Sieg in den Händen des Aufruhrs geblieben wäre, und dieſe Betrachtung hat auch nicht wenig dazu beigetragen, die Herrſchaft des Geſetzes wieder zu befeſtigen.

Der General Cavaignac hatte ſich nach hergeſtellter Ordnung bereit, in der Sitzung der National-Verſammlung die erhaltenen außerordentlichen Vollmachten wieder zurückzugeben, aber die Verſammlung, die es einſah, daß auch ferner noch eine ſtarke Hand erforderlich ſey, um die tief erſchütterte bürgerliche Geſellſchaft in ein ruhiges Gleichgewicht zurückzuführen, vertraute dieſem General aufs Neue die vollziehende Gewalt, unter dem Titel eines Präſidenten des Miniſterraths und mit der Befugniß an, ſein Miniſterium ſich ſelbſt zu wählen *).

Da der Präſident Senard die Geſchäfte als Miniſter der innern Angelegenheiten übernahm, ſo wählte die National-Verſammlung zu ihrem Vorſitzenden Marie, um den abgetretenen Vollziehungs-Ausſchuſſe dadurch einen Beweis von Anerkennung zu geben.

Durch eine glänzende Todtenfeier am 6. Juli, wurde auch das Andenken der für die Republik gefallenen Opfer geehrt; dann folgte die feierliche Beerdigung des Erzbiſchofs Auguſt Denis Affre, und einige Tage darauf das prachtvolle Leichenbegängniß des Generals Daoiöer.

Bei der Nachforſchung nach den Leitern und Anführern des Aufſtandes zeigte ſich, daß die Vorgeſetzten und Direktoren der National-Werkſtätten, Offi-

---

*) Der Charakter dieſer Volksbewegung wurde durch den Ruf: »Es lebe Polen! es lebe Italien! Nieder mit der Regierung! verdeckt, und gewann dadurch Viele, die mit der auswärtigen Friedens-Politik eines Lamartine unzufrieden waren.

Es gelang auch den bewaffneten Volksmaſſen die National-Verſammlung zu ſprengen, und eine neue Regierung zu proklamiren; aber dieſe Bewegung wurde durch die Nationalgarde erdrückt, deren General Courtais anfangs mit Abſicht nicht hatte den Generalmarſch trommeln laſſen, weil er mit jenen Verſchwornen ſelbſt im Bunde ſtand.

*) Das Miniſterium Cavaignacs beſtand aus Senard, Miniſter des Innern — Baſtide, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten — Goudchaux, Miniſter der Finanzen, und ſpäter Trouve Chauvel. — Bethmont, Miniſter der Gerechtigkeit; — dann ſpäter Marie, Vorſitzender der National-Verſammlung. — Lamoriciére. Miniſter des Krieges. — Carnot, Miniſter des Unterrichts, ſpäter Baudabelle dann Freſlon. — Tourret de l'Allier, Miniſter des Ackerbaues und Handels. — Recurt, Miniſter der öffentlichen Arbeiten. — Leblanc, Admiral, Miniſter des Seeweſens, ſpäter Vernier de St. Maur, Schiffs-Kapitain.

gere der republikanischen Garde, welche bei der Umbildung oder Reorganisirung dieser Truppe ihre Entlassung erhalten hatten, die ausgestoßenen Mannschaften, die Freischaaren der Montagnards oder Bergbewohner, einige Ueberläufer der Mobilgarde, die bestigten Vorsteher der Vereine, und die größten Wagehälse die entlassenen Sträflinge gewesen sind.

Von den Studenten der hohen Schulen in Paris, die bei früheren Gelegenheiten eine so einflußreiche Rolle übernommen hatten, und ebenso von jungen Kaufmannsleuten, welche sich an den Februar-Ereignissen so zahlreich betheiligt hatten, war bei der Juni-Revolution Niemand betheiligt oder im Bunde der Insurgenten.

Der große Staatsprozeß, der zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen eingeleitet worden war, hatte in dieses vorwortene Getriebe weniger Licht gebracht, als man erwartete.

Der Oberst-Lieutenant Bertrand der dem Untersuchungsrichter beigegeben war, ertheilt die obere Leitung desselben, und nahm seinen Sitz in dem Gerichts-Palaste.

Der Kommandant Courtais d'Hurbal und die Schwadronsführer Bourguignon, Tiffeuil und Konstantin wurden zu Berichterstattern ernannt, doch zeigte sich bald, daß Letzterer, der das größte Vertrauen des Generals Cavaignacs hatte, von der Bank der Richter auf die Bank der Angeklagten wandern mußte.

Als Anführer des Aufstandes wurden folgende Personen ausgekundschaftet. Becker, Oberst-Lieutenant und Stabschef der italienischen Legion. — Mellinger, Lehrer des Genie-weſens. — Degnuigand, Sapeur vom Genie-korps. — Bochet, Tambour eines Linien-Infanterie-Regiments. — Duvilliers, Hauptmann. — Picou und Linard, Lieutenants. — Duval, Brigadier aus den National-Werkstätten. — Girard, früher Hauptmann der Mobilgarde. — Cabagone, Munizipalgardist. — Cour de Roi, früher Tambour der republikanischen Garde. — Darnot, Hauptmann, Tourgon, Bremore-Pigay und Walkeies, verabschiedete Offiziere. — Herfingaux, Hauptmann der republikanischen Garde.

Der Mitwirkung an dem Aufstande wurden als schuldig angeklagt und verhaftet: Thore, der Herausgeber der wahren Republik. — Bremier, ein Maler. — Thuillier, der Herausgeber des Peres Duchesne, und Grandmenil, der Herausgeber der Reform.

Eine besonders wichtige Rolle hatten bei dem Aufstande gespielt, die entlassenen Sträflinge Dumenil, Goyat, Fallet, Mellirt und Luc.

Schwere Beschuldigungen sprach man bei dieser Gelegenheit gegen die früher vollziehende Gewalt aus, nämlich: Ledru-Rollin sollte ein förmliches Bataillon für den Barrikadenbau errichtet haben, was aber nicht erwiesen werden konnte; dagegen wurde aber bestätigt, daß die entlassenen Offiziere und Mannschaften der republikanischen Garde ihren Sold widerrechtlich bis zum 20. Juni forbezogen haben.

Der Bericht, welchen Bouhaare im Namen des von der National-Versammlung niedergesetzten Ausschusses erstattete, wies aus, daß die Bewegung des 15. Mai mehr politischer, der Juni-Aufruhr mehr sozialistischer Natur gewesen sey.

Am 15. Mai sollte nämlich die National-Versammlung aufgelöst, die Regierung gestürzt, und ein Wohlfahrts-Ausschuß eingesetzt werden; die gesellschaftliche Frage war nur eine Beigabe; noch weniger war eine Betheiligung der königlichen oder kaiserlichen Parthei dabei zu entdecken gewesen.

Dagegen hatte aber die verlaßene Regierung die Pflicht verübt, dem Volke Achtung vor der aus seiner eigenen freien Wahl hervorgegangenen National-Versammlung einzuflößen; an dessen State aber eine Auflösung in alle Verhältnisse, eine Verwirrung in die Begriffe, Unordnung in die Staatsmaschine gebracht, und durch Begünstigung der Klubbs der Frieden des Landes untergraben ward.

Diese Behauptungen wurden durch genaue Darlegung des Verhaltens von Ledru-Rollin unterstützt, auch bob der Bericht die zwiespaltige Handlungsweise der verschiedenen Mitglieder der Regierung schneidend hervor, schilderte die Entstehung und Geschichte der National-Werkstätten, das Verhalten des Louis Blanc bei diesen Angelegenheiten, den Mißbrauch der Amts-Gewalt des Cauffidière als Polizei-Präfekt, seine Verbindung mit Raspail, Blanqui, Kerfauſie, Kabet, und bezeichnet somit die Männer, gegen welche sich die Thätigkeit der Gerichte zu wenden habe. Am 25. August genehmigte auch die National-Versammlung den Antrag, ihre beiden Mitglieder, den Marc Cauffidière und Louis Blanc in Anklagestand zu versetzen, doch entfernten sich Beide früher, und gingen über Belgien nach England.

Die Militärgerichte setzten inzwischen ihre Thätigkeit fort, und es wurden von mehr als 15,000 Eingezogenen, über 10,000 der Untersuchung unterworfen, worvon über 6000 Freigesprochen, über 4000 zur Verbannung verurtheilt, und über 200 von die Kriegsgerichte verwiesen wurden.

Uebrigens war der Juni-Aufstand im Wesentlichen der Bewegung des Jahres 1848 darin gleich, daß er unklar in seinen Zwecken, gewaltthätig in seinen Mitteln, ohne Berechnung seiner Kräfte das Ziel übersprang, welches eine vernünftige Erwägung sich vorgesteckt hätte.

Wie jede Uebertreibung, hat auch dieser Aufstand seine eigene Sache, wie die Sache der Freiheit im Allgemeinen geschadet, und zwar nicht nur allein in Frankreich, sondern auch alle benachbarten Länder haben die lähmende Einwirkung desselben erfahren, ohne doch aus den Lehren die der Aufstand enthält, einen Nutzen zu ziehen.

Frankreich unter der Präsidentschaft des Karl Ludwig Napoleon Buonoparte.

Die Verfassung gebende National-Versammlung von Frankreich, hatte gerade nach einer zwimonatlichen Berathung am 4. November 1848 ihr Werk vollendet, und die dem französischen Volke gegebene Verfassung, nämlich die siebente seit sechzig Jahren, mit einer großen Stimmenmehrheit genehmigt, worauf der Präsident Marast verkündigte, daß die konstituirende Versammlung im Namen des französischen Volkes die Verfassung angenommen habe.

Nach dieser Verfassung sollte nun ein Bürger, welcher den Titel als Präsident erhält, auf vier Jahre gewählt werden, der erst nach vierstrichenen vier Jahren wieder wählbar ist.

Dieser Präsident wurde jetzt in einer geheimen Abstimmung und mit unbedingter Mehrheit der Stimmenden, durch die Wahl aller Wähler der französischen Departements und Algeriens gewählt.

Das durch die Einführung der Republik überraschte Volk, hatte das ihm verliehene allgemeine Wahlrecht schon bei der Berufung der Verfassung gebenden Versammlung dazu benützt, seine geringe Vorliebe für die neue Staatsform durch die Wahl von Männern zu erkennen zu geben, welche der Mehrzahl nach als Anhänger der Monarchie bekannt waren, und legte bei der Ernennung des Präsidenten von Frankreich abermals ein unwidersprechliches Zeugniß derselben Gesinnung ab, denn es wünschte eine geordnete Regierung, und wendete sich von allen denjenigen ab, welche die Revolution gemacht hatten, oder durch sie zur Gewalt gekommen sind.

Das Alte zurückführen war nicht an der Zeit, aber unter den aufgetretenen Bewerbern suchte das Volk denjenigen heraus, der die Erinnerung an eine Zeit des Ruhmes und der Wohlfahrt für sich geltend machte, mit den großen Partheien nicht in Verbindung stand, und ihm eine ruhige und wohlfeile Regierung versprochen hatte.

Von der National-Versammlung war der General Cavaignac durch die ihm übertragene Gewalt der Nation als der Würdigste für diese höchste Ehrenstelle als Präsident bezeichnet worden, während die Demokraten für ihre Führer, nämlich für Ledru-Rollin und Raspail arbeiteten; und so hatte jede Parthei ihre Vorkämpfer. Aber das Volk entschied am 10. Dezember mit mehr als von fünf Millionen Stimmen für den Neffen des Kaisers Napoleon, der jetzt von der National-Versammlung als Präsident der französischen Republik bis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852 ausgerufen wurde*);

*) Die Republik hat man als die vollkommste Staatsform gerühmt. Es hat aber viele Republiken gegeben, wie z. B. Venedig, das alte Rom, die ungeachtet ihres Namens, die Grundsätze der wahren Freiheit, Menschlichkeit und Gleichheitärger verletzten, als unumschränkte Monarchien unserer Zeit; denn eine Republik, in welcher eine Aristokratie oder Adelsherrschaft an der Spitze steht, oder in welcher eine Sklaverkaste die Grundlage bildet, hat jedenfalls größere Mängel als eine absolute Monarchie, in welcher eine Regenten-Familie aufgestützt, die Beschützerin der Künste Wissenschaften und guter Sitten ist.

Das Wesen der demokratischen Republik, derjenigen, die noch am ersten ein Lob verdient, wird bestimmt durch

1. die vollständige Freiheit der Bürger vor dem Gesetze, das heißt die Fähigkeit eines jeden Bürgers zu den höchsten Stellen im Staate zu gelangen.

2. Die Unverordnung der Exekutivgewalt unter die gesetzgebende Gewalt. Der große Fehler vieler alten und neuen Staatsformen ist die schrankenlose Macht, die in die Hände eines Einzelnen gelegt wird, von dessen Charakter und Umgebung, dann hauptsächlich der gute oder schlechte Gebrauch derselben abhängt. In konstitutionellen Monarchien bildet sich, wenn das Volk freiheitsfähig ist, die parlamentarische Regierung, auf deren kräftigste Stütze das suspensive Veto ist. Es kann demnach die Unterordnung der Exekutiv-Gewalt in der Republik am vollkommensten gelingen, weil hier der erste Träger der Exekutiv-Gewalt verantwortlich ist.

3. Die vollständige Herrschaft des Wahlgrundsatzes, da in einer demokratischen Republik aller Einfluß von dem Volke abhängt, das ihm denjenigen verleiht, welcher seiner würdig ist, oder ihn zu verdienen versteht.

Der Grundsatz, daß zu jedem Amte vom Volke selbst gewählt wird, gibt die Bürgschaft, daß Nepotismus und Unfähigkeit von dem Aemtern entfernt bleibt.

Die Verantwortlichkeit, die jeder mit dem Amte zugleich für die Verwaltung, desselben übernimmt, der Grundsatz, daß jedes Vergehen im Amte am Täter selbst, und nicht etwa an einem höheren Beamten allein, der den Befehl gegeben hat, bestraft wird, bewgt allen üblen Folgen vor, die aus einer zu großen Unabhängigkeit der Beamten dem Volke gegenüber entstehen können.

— während Cavaignac nur ungefähr anderthalb Millionen, Ledru-Rollin über 300,000, Raspail über 36,000, Lamartine gegen 18,000 und der General Changarnier gar nur fünfeinhalbtausend Stimmen zu dieser hohen Würde erhalten hatten.

Seit jener Zeit, als der entthronte Kaiser Napoleon am 5. Mai 1821 auf der Felsen-Insel St. Helena gestorben war, hatte sich das öffentliche Interesse wenig mit seinen, in das Privatleben zurückgezogenen Verwandten beschäftigt, und nur erst, als der Neffe dieses weltgeschichtlichen Kaisers am 10. Dezember 1848 zur höchsten Staatswürde der französischen Republik berufen wurde, und er die Leitung der Staatsangelegenheiten übernahm, dann mehrere seiner Verwandten den französischen Boden wieder betraten und sich einbürgerten, forschte man nach der Herkunft und Vergangenheit der von diesem großen Kaiser der Franzosen abstammenden und noch am Leben befindlichen Familienglieder.

Es dürfte also hier nicht ohne Interesse seyn, von Napoleons Verwandtschaften in einer kurzen Darstellung, so wie von den Nachkommen seiner Stiefkinder und den Verwandten seiner geschiedenen Ehegattin Josephine, etwas näheres zu erfahren; wozu die hier nachfolgende Stammtabelle nöthig beigesetzten Anmerkungen die besten und leichtfaßlichsten Aufschlüsse gibt.

Stamm-
von den
Ludwig Napo
Präsident der

A. Karl Buonoparte, geboren zu Ajaccio im Jahre 1744, gestorben im Jahre 1785, Vermählt mit Letitia Ramolino, geb. zu Ajaccio im Jahre 1750, gestorben im Jahre 1836. Kinder aus

1.	2.	3.	4.
C. Joseph. geb. zu Corte auf Korsika 1768. König von Neapel. gest. zu Florenz 1844. Seine Gemalin war Julie Clary, die Tochter eines Seifen-Fabrikanten zu Marseille. geb. 1777. gest. zu Florenz 1845. *)	**Napoleon.** Kaiser der Franzosen, geb. zu Ajaccio 1769. gest. auf der Insel St. Helena 1821. Seine erste Gemalin war Josephine Tascher de la Pagerie, die Wittwe von Alexander Vicomte von Beauharnais. Die Kinder aus dieser Ehe mit Beauharnais waren, (Siehe unten die Anmerkung. **)	**D. Lucian.** geb. zu Ajaccio 1775. gest. zu Viterbo bei Rom 1840. Seine erste Gemalin war Christine Boyer, die Tochter seines Gastwirtes. Die zweite Gemalin war Jouberteau, die Wilwe eines Wechsel-Agenten.	**E. Elise Mariane.** geb. zu Ajaccio 1777. gest. in Bologna 1820. vermält mit Bacciochi. geb. in Korsika 1762. und gest. in Triest 1840. Er war Offizier im Regimente Royal-Corse, und wurde dann später zum Fürsten von Piombino erhoben.
Kinder aus dieser Ehe.	Die zweite Gemalin Napoleons war Maria Louise, kaiserl. Prinzessin von Oesterreich, geb. zu Wien 1791. vermält zu Paris 1810 gest. zu Parma 1847.	Kinder aus der ersten Ehe.	Kinder aus dieser Ehe.
1. Lätitia Jenaide. geb. zu Paris 1804. Sie war vermält mit Karl Lucian, ein Sohn Lucian Buonoparte's, Bruder des Kaisers Napoleon, vom Papst Pius dem VII. zum Fürsten von Canino und Musignano ernannt.	Kind aus dieser Ehe. Franz. König von Rom, dann Herzog von Reichsstadt, geb. zu Paris 1810. gest. zu Wien im kaiserl. Lustschlosse Schönbrunn 1832.	1. Charlotte Maria geb. 1794 zu Maximin und vermält an den Prinzen Marius Gabrielli, geb. 1778. gest. zu Rom 1811. Kinder aus dieser Ehe waren. a. Christina, vermält mit dem Marquis Strohanoni. — b Lavinia die Gemalin des Grafen Pranti. — c. Emilie, welche im Kloster ging. d. Placida, e. e. Französin.	1. Friedrich Napoleon. geb in Nordropio bei Udine 1810. gest. in Rom 1833.
2. Charlotte, die Gemalin des zweiten Sohnes des frühern Königs von Holland, Napoleon Ludwig. Er starb 1831 zu Forli, und sie 1839 zu Sarzane.		2. Christine Egypte. geb. zu Paris 1798. Diese war vermält an den schwedischen Grafen Posse. — Diese Ehe wurde später für ungiltig erklärt, worauf der zweite Gemal das englische Parlamentsglied Lord Dudley Stuart wurde. Kind aus dieser Ehe war ein Sohn. a. Frank, Offizier in der indischen Armee.	2. Napoleon Elise, geb. in Paris 1806. Vermält mit dem Grafen Camerata aus der Mark Ankona. Seit dem Jahre 1830 auf dem Schlosse bei Görz.
		Kinder aus der zweiten Ehe. 3 Karl Julius Prinz von Canino, geb. zu Paris 1803. — Seine Gemalin war Lätitia Jenaide, eine Tochter des Königs Joseph von Neapel, Bruder Napoleons. Aus dieser Ehe stammen 12 Kinder, nämlich: a. Joseph Lucian, Prinz von Musignano, geb. zu Philadelphia 1824 — b. Alexandrine geb. zu Rom 1826. — c. Lucian Ludwig geb. zu Rom 1827. — d. Julie Charlotte geb. zu Rom 1830. — e. Charlotte Honorine geb. zu Rom 1832. — f. Leonie Stephanie, geb. 1838 zu Florenz, gest. 1839 zu Rom. g. Maria Desiderie, geb. in Rom 1835. h. Auguste Amalia, geb. in Rom 1836. i. Napoleon Jakob, geb. in Rom 1839. k. Aloisia Mathilde, geb. in Rom 1840. l. Albertine M. Theresia geb. zu Florenz 1842. und gest. 1842. — m. Karl Albert, geb. in Rom 1843.	
		4. Lätitia, geb. in Mailand 1804. und vermält mit Wyse, einem englischen Lord-Schatzmeister. Aus dieser Ehe stammt ein Sohn Namens Alfred, den die Mutter auf dem Irrenhause bei Nancy wohin ihn der Vater gebracht. wieder befreit hatte.	
		5. Joseph. geb. in Rom 1806. und gest. 1807.	
		6. Johanna. geb. in Rom 1807. und vermält mit dem Marquis Honorati. Aus dieser Ehe stammt eine Tochter Namens Cletia. welche im 22sten Jahre nächst Ancona starb.	
		7. Paul Maria. geb. in Rom 1808 u. 1827 gest.	
		8. Ludwig, geb. in England 1833.	
		9. Peter Napoleon, geb. in Rom 1815.	
		10. Anton, geb. 1816.	
		11. Maria, geb. 1818. vermält mit dem Chevalier Vincenzo Valentini. Aus dieser Ehe stammen drei Kinder, nämlich: Valentin, Anton und Lucian.	
		12. Konstanze Lucine, geb. 1823, welche als Nonne zu Rom in ein Kloster ging.	

*) Eine Schwester Eugenia Clary war die Gemalin des französischen Generals Bernadotte. — **) (Siehe Seite 79.)

Tabelle
Verwandten
Leon Buonoparte
Republik Frankreich.

B. Lätitia Ramolini, geb. zu Ajaccio 1750, gestorb. zu Rom 1836.
dieser Ehe.

5.	6	7.	8
F. Maria Pauline. geb. in Ajaccio 1780. vermält mit dem General Leclerc. Nach seinem Tode war der zweite Gemal der Prinz Camillo Borabese. M. Pauline starb zu Florenz 1825.	G. Charlotte oder Karoline. geb. in Ajaccio 1788. Vermält an den General Murat, später König von Neapel. Er war bei Cahors 1771. geb. und wurde 1815 zu Pizzo in Kalabrien kriegsrechtlich erschossen Charlotte starb in Florenz 1857.	ehemaliger König von Westphalen, seit dem Jahre 1815. Herzog von Montfort, geb. zu Ajaccio 1784. Vermält mit Elisabeth, eine Tochter des Kaufmanns Paterson. Nach erfolgter Trennung von dieser Gemalin, vermälte sich Hieronimus als König von Westphalen mit Friederike, einer Tochter des Königs Friedrich I. von Würtemberg.	I. Ludwig. vermälte sich mit Hortensia, einer Tochter Beauharnais und Josephinen, die Stiefund Adoptiv-Tochter des Kaisers Napoleon.
Kind aus dieser Ehe.	Kinder aus dieser Ehe.		Kinder aus dieser Ehe.
Napoleon geb. in Rom 1804.	1. Napoleon Achill, geb. zu Paris 1801. gest. 1847 zu Jefferson County. 2. Napoleon Lucian, geb. in Paris 1803. ist Vater von zwei Kindern, Joachim und Karoline. 3. Lätitia, geb. in Paris 1802. vermält mit dem Marquis Pepoli aus Bologna. aus welcher Ehe vier Kinder stammen, nämlich: Joachim, Karoline, Elisabeth und Pauline. 4. Louise Julie, geb. in Paris 1805. vermält mit dem Grafen Julius Rasponi von Ravenna, aus welcher Ehe vier Kinder, Namens Joachim, Peter, Lätitia und Achill stammen.	Kind aus der ersten Ehe mit Elisabeth. 1. Hieronimus, geb. 1805. der London, der seit dem Jahre 1829 zu Baltimore mit einer Amerikanerin verehlicht lebt. Kinder aus der zweiten Ehe mit der Prinzessin von Würtemberg. 2. Hieronimus Napoleon, geb. in Triest 1814. gest. in Florenz 1847. 3. Amalia, geb. in Triest 1820. und verehelicht mit dem russischen Fürsten Demidow. 4. Hieronimus, gewöhnlich Napoleon Buonoparte genannt, geboren in Triest 1822. ***	1. Napoleon Karl, geb. in Paris 1802. Erbprinz von Holland. gest. 1807 im Haag. 2. Napoleon Ludwig. geb. in Paris 1808. gest. 1831. in Forli. 3. Karl Ludwig Napoleon, geb. in Paris 1808. gegenwärtig Präsident der Republik Frankreich.

**) Josephine Tascher de la Pagerie, geb. zu Martinique 1763. Vermält mit Alexander Vicomte von Beauharnais a), geb. auf der Insel Martinique 1760. und hingerichtet in Paris durch die Schreckensmänner 1794. Die Kinder aus dieser Ehe waren.

1. Eugen Beauharnais, geb. in Paris 1781. Seit dem Jahre 1805. Vicekönig von Italien, dann seit dem Jahre 1814 Herzog von Leuchtenberg und Fürst von Eichstädt.
   Seine Gemalin war die Prinzessin Auguste von Baiern, aus welcher Ehe sechs Kinder stammen, nämlich:
   a. Eugenie Josephine, Prinzessin von Venedig, geb. in Paris 1807. und vermält 1823, mit dem damaligen Erbprinzen von Schweden, Joseph Franz Oskar, dem sie drei Söhne und eine Tochter gebar.
   b. Eugenia Napoleone, geb. 1808. und vermält 1826 mit Friedrich Fürst von Hohenzollern-Hechingen. Sie starb 1847.
   c. August Karl, geb. 1810. vermält 1835 mit Dona Maria II. Königin von Portugal gest. 1853.
   d. Amalie Auguste Herzogin von Braganza, geb. 1812. Vermält 1829 mit Dom Pedro dem I. Kaiser von Brasilien, welcher 1834 starb und aus dieser Ehe eine Tochter Namens Maria Amalia hinterließ, geboren 1834.
   e. Theodolinde Beauharnais, geb. 1814. vermält 1841 mit dem General-Major Grafen Wilhelm von Würtemberg, dem sie zwei Töchter gebar.
   f. Maximilian Joseph Herzog von Leuchtenberg. geb. 1817. Vermält 1839, mit der Großfürstin Maria, einer Tochter des Kaisers Nikolaus von Rußland, aus welcher Ehe 4 Kinder stammen.

K. 2. Hortensia, geb. zu Paris 1783 vermält mit Ludwig Buonoparte, einem Bruder des Kaisers Napoleon, und der Mutter des gegenwärtigen Präsidenten der Republik Frankreich. Karl Ludwig Buonoparte.

a) Graf Claudius Beauharnais war der Sohn eines Onkels des in der Revolution hingerichteten Generals, und der Fanny Beaudarnais geb. in Martinique.
Claudius bekleidete als Garde-Offizier König Ludwig des XVI, die Tochter des Grafen Marnesim, bekleidete am Hofe Napoleons verschiedene hohe Würden, und starb im Jahre 1819.
Aus seiner Ehe wurde im Jahre 1789 die Tochter Stephanie geboren, die Napoleon adoptirte, und im Jahre 1806 mit dem Prinzen Karl Ludwig Friedrich, nachmaligen Grosherzog von Baden verheirathete.
Ihre Töchter sind Louise, die sich 1814 von ihrem Gemale, dem Prinzen Gustav von Wasa trennte. — Josephine seit dem Jahre 1834 mit dem Prinzen Karl von Hohenzollern vermält — und Maria Amalia, welche seit dem Jahre 1843 mit dem Marquis Douglas verheirathet ist.

***) Dieser dritte Sohn von Hieronimus, gewöhnlich Napoleon Buonoparte genannt, wird folgendermaßen geschildert.
„Napoleon ist ein junger Mann von vielem Geist und sehr weit gehenden Meinungen, von einem sehr komplizirten Charakter und malkontenter Laune.
Er hat sich zum eigentlichen Fortsetzer der Politik des Kaisers Napoleon gemacht und hat zur Zeit der Präsidentenwahl seinem Vetter Karl Ludwig Buonoparte große Dienste geleistet, denn er sah es mit Vergnügen, daß Frankreich die Gunst einem Mitgliede aus seiner Familie zuwendet hatte.
Aber er sagte auch schon damals seinen Freunden. „Wenn mein Vetter einmal Präsident geworden ist, und nicht gerade ausgeht, — wenn er sich von den Ministern Thiers, Barrot und den andern reaktionären Mitgliedern leiten läßt, so mag er dundermal mein Vetter seyn, das wird mich nicht abhalten mit ihm anzubinden.

A. Lätitia Ramolini war wegen ihrer großen Schönheit weithin berühmt, und heirathete in ihrem siebenzehnten Lebensjahre Karl Buonoparte, deſſen Familie zu denjenigen gehörte, welche man die Cittadini nannte, weil ſie den erſten Rang in der eltä (Stadt) auf der Inſel Korſika einnahmen.

Im Jahre 1768 traten die vom General Paskal Paoli faſt ganz aus Korſika vertriebenen Genueſer, ihr Anrecht auf die Inſel an Frankreich ab, worauf ſich Buonoparte mit ſeiner Familie, ſeiner Schweſter Maria Gertrude, und ſeinem Oheim Napoleon nach Corte zum General Paoli begab, um mit ihm gegen die Fremden zu kämpfen. Nach der blutigen Niederlage der Korſikaner bei Ponte Nuovo, begleitete Buonoparte Clemente Paoli, den Bruder des Generals nach Riolo, wo der heroiſche Widerſtand aufs Neue ſeinen Anfang nehmen ſollte; aber es gelang ihnen nicht, das Volk zu begeiſtern.

Ebenſo hatte auch eine zweite Reiſe keinen beſſeren Erfolg, denn die Franzoſen waren immer ſiegreicher vorgedrungen, und ſo mußten bald darauf die beiden Brüder Paoli die Inſel Korſika verlaſſen, und ſich nach England flüchten.

Nicht lange vor dieſer Flucht hatte ſich auch Karl Buonoparte von dieſen beiden Brüdern getrennt, und ſich um die Sache Frankreichs angenommen, worauf er ſich mit ſeiner Frau, die ihn überall hinbegleitet hatte, nach dem Dorfe Ajaccio zurück zog.

Zwei Monate nachher, nämlich den 15. Auguſt 1769 gebar Lätitia einen Knaben, der zum Andenken an des Vaters um ein Jahr früher geſtorbenen Oheims, Napoleon genannt wurde.

Nachdem die franzöſiſche Regierung in Korſika befeſtigt war, behaupteten die Korſikaner durchaus Edelleute zu ſeyn, und verweigerten die Steuerzahlung.

König Ludwig XV. befahl nun, 400 Familien als adelig aufzuzeichnen, bei welcher Gelegenheit nun auch die Familie Buonoparte in den Adelſtand mit aufgenommen wurde.

Ein Beſchützer dieſer Familie und beſonderer Freund der Lätitia war der Graf Marboeuf, Gouverneur der Inſel, der ſchon im Jahre 1767 mit franzöſiſchen Truppen auf der Inſel Korſika gelandet war.

Durch den Einfluß dieſes Mannes, ward Karl Buonoparte zum königlichen Rath und Beiſitzer von der Provinz und Stadt Ajaccio ernannt, auch ward er Mitglied des Raths der zwölf Edlen auf Korſika.

Gegen das Jahr 1785 befiel ihm eine Magenkrankheit, worauf er nach Montpellier ging, um ſich hier heilen zu laſſen, aber die Kunſt der Aerzte richtete gegen dieſes leidende Uebel nichts aus, und ſo ſtarb er daſelbſt am 24. Februar 1785.

Derſelben Krankheit unterlag auch ſpäter der große Kaiſer Napoleon auf der Inſel St. Helena, und da dieſer ſehr gut wußte, daß dieſes ein ererbtes Uebel ſey ſo befahl er, ſeinen Körper zu ſezirren, weil man vielleicht den Keim der Krankheit entdecken, und ſeinen Sohn, ſollte er ebenfalls von dieſer Krankheit befallen werden, davon heilen könnte.

B. Als die Inſel Korſika im Jahre 1793 durch Paoli's veränderte Politik unter Englands Herrſchaft kam, mußten die Anhänger von Frankreich ſich flüchten, und ſo geſchah es auch, daß ſich Lätitia mit ihren Kindern nach Marſeille begab, wo ſie in großer Noth mit der Penſion, die der franzöſiſche Konvent den korſikaniſchen Flüchtlingen gegeben hatte, ſich das Leben friſtete.

Am 9. November 1799 ging Lätitia nach Paris, und mit der Erhebung ihres Sohnes Napoleon zum Kaiſer der Franzoſen, erhielt ſie den

---

Heute iſt Ludwig Buonoparte Präſident, und thut gerade das Gegentheil von Dem, was Napoleon von ihm verlangt.

Auch ſieht man dieſen nicht mehr im Elyſée-Bourbon. Jede offizielle Stellung, welche ſein Vetter ihm anbot, hat er ausgeſchlagen, und verläugnet durchaus nicht, ſeine Unzufriedenheit oder Mißbilligung über die herrſchende Politik.

Wenn Ludwig Buonoparte geſtürzt würde, könnte ſein Vetter Napoleon Buonoparte ihn leicht erſetzen, denn es ſteht nichts im Wege, daß er durch eine Koalition der Anhänger des Kaiſers Napoleon und der Republikaner zur Gewalt befördert würde.

Napoleon Buonoparte kann ein anderer Cavaignac werden, mit dem Vortheile des Jaubers, den ſein Name hat.

Er gehört zu jener Partei, welche man ausländiſche Republikaner nennt, und die von den Sozialiſten nichts wiſſen wollen.

Napoleon will im Innern die Republik Cavaignac's, und nach Außen die eine Politik, welche mit der Politik des Kaiſers nicht zu ſehr kontraſtirt."

Inzwiſchen iſt Napoleon Buonoparte zum Gründen der Republik in Madrid ernannt worden, wo er im April 1849 eintraf.

Auf ſeiner Reiſe ſprach er ſich in Bordeaux mit einem heftigen Tadel über den reaktionären Präſidenten aus, und meinte, man müſſe für die geiſtgebende Verſammlung Männer der Oppoſition wählen, um des Präſidenten Politik zu bekämpfen.

Bald darauf veröffentlichte das Journal „Mémorial Bordelais" einen Brief des Präſidenten an ſeinen Vetter Napoleon Buonoparte, in welchem er dieſen ſeine wenig verwandtſchaftlichen Reden verwies, und ſich ſelbſt vertheidigte.

Napoleon Buonoparte hatte hierauf um einen Urlaub nachgeſucht, der ihm für die Eröffnung der „Legislative" gewährt wurde, als er aber von der Veröffentlichung jener Familien-Korreſpondenz Nachricht erhielt, reiſete er von Madrid ab, bevor noch die Antwort auf ſein Urlaubsgeſuch eingetroffen war.

In Paris verſammelte ſich jezt der Miniſterrath, und es wurde dann beſchloſſen, nachdem ſich Napoleon Buonoparte ohne Urlaub von ſeinem Poſten in Madrid entfernt habe, ſo ſey er abgeſetzt.

Uebrigens ſcheint es, daß der Präſident Buonoparte ſeinen Vetter, der in zwanzig Kollegien zugleich als Kandidat auftrat, ganz auf dieſelbe Weiſe nach Madrid habe entfernen wollen, wie einſt der Kaiſer Napoleon es gethan, nachdem er ſeinen Bruder Lucian im Jahre 1804 auf demſelben Geſandtſchaftspoſten expedirt hatte.

Titel Madame Mère, und nebstbei einen angemeſſenen Hofſtaat.

Sie wurde von nun an die allgemeine Beſchützerin der wohlthätigen Anſtalten des Reiches, und erfüllte durch acht Jahre die Pflichten ihres ſchweren Amtes mit großem Eifer; ja ſelbſt als das verhängnißvolle Jahr 1814 hereinbrach, verlor ſie nicht den Muth und die Weichheit ihres Charakters, und tröſtete auf der Inſel Elba den gefallenen Helden, ihren Sohn Napoleon.

Die Hundert Tage führten ſie wieder nach Paris zurück, und die letzte Niederlage in der Schlacht bei Waterloo nach Rom, wo ſie ihre letzten Lebenstage bis zu ihrem Sterbtage des 2. Februars 1836 mit der Zuverſicht zubrachte, daß die Geſchichte ihres Hauſes noch nicht zu Ende ſey.

C. Joſeph Buonaparte, der ältere Bruder des Kaiſers Napoleon, gehörte immer zu des Kaiſers treueſten Anhängern, was nicht von allen Mitgliedern der Familie geſagt werden kann.

Während der Siege ſeines Bruders im Jahre 1796 war er Kriegs-Kommiſſär bei der italieniſchen Armee, und im darauffolgenden Jahre ernannte ihn das Direktorium zum Geſandten bei der Republik Parma, dann am päpſtlichen Hofe.

Nach der Thronbeſteigung ſeines Bruders Napoleon, wurde er franzöſiſcher Prinz und Großwähler, und präſidirte als ſolcher in gewiſſen Fällen, und während der Abweſenheit des Kaiſers dem Senat, gab dem Kaiſer Nachricht von den Reklamationen der Wahl-Kollegien, ſtellte ihm die erſten Würdenträger und Senats-Mitglieder zur Eidesleiſtung vor, und verrichtete noch mehrere wichtige Dienſte.

Der Kaiſer Napoleon hatte zu dem geſchmeidigen und volksthümlichen Bruder ein unbedingtes Vertrauen, und wußte ihn auch zu benutzen; und tadelte höchſtens ſeine Einfachheit, die mit der Pracht und der ſtrengen Etikette, welche in den Tuilerien herrſchte, im großen Widerſpruche ſtand.

Im Jahre 1805 warb zwiſchen dem König von Neapel und dem Kaiſer Napoleon ein Vertrag geſchloſſen, durch welchen der König ſich zu der ſtrengſten Neutralität verpflichtete.

Ferdinand IV. hätte dieſen Vertrag auch wahrſcheinlich gehalten, aber er wurde von ſeiner Gemalin Maria Karoline, eine Schweſter der unglücklichen Antoinette, die Gemalin Ludwig des XVI. von Frankreich, der mit ihr unter der Guillotine fiel, und die daher Frankreich leidenſchaftlich haßte, zum Treubruch verleitet.

Es erſchien nämlich eine engliſch-ruſſiſche Flotte vor Neapel, ſetzte die Mannſchaft ans Land, und bedrohte die franzöſiſche Armee im Rücken.

Nach dem abgeſchloſſenen Preßburger-Frieden vom Jahre 1805, in welchem Oeſterreich zerriſſen und gedemüthigt wurde, erklärte nun Napoleon in einer feierlichen Proklamation, »die neapolitaniſche Dynaſtie habe aufgehört zu regieren, und drang in Neapel ein, worauf am 30. März 1806 Joſeph Buonaparte zum König von Neapel erklärt wurde.

Dieſer älteſte Bruder Napoleons, der zu Piſa ſtudirt, und als Gehilfe bei einem Advokaten gearbeitet hatte, war alſo jetzt legitimer König von Neapel, der, inſoferne er die Verwaltung nach dem Muſter der franzöſiſchen Regierung verbeſſerte, und manche bourboniſche Mißbräuche beſeitigte, auch gut regierte.

Im Jahre 1808 wurde Joſeph Buonaparte auch zum König von Spanien und beider Indien ernannt, worauf er ſich nach Madrid begab, und dort ſeinen feierlichen Einzug hielt; jedoch der Sieg Wellingtons bei Victoria im Juni 1813, machte der franzöſiſchen Herrſchaft in Spanien ein Ende, und in dem Friedensabſchluſſe von Valencay, wurde Ferdinand VII. wieder als König von Spanien anerkannt.

Als Napoleon im Jänner 1814 ſeine Vorbereitungen zur Abreiſe von Paris traf, ernannte er ſeine Gemalin, die Kaiſerin Maria Louiſe zur Regentin, und ſeinen Bruder Joſeph zum General-Lieutenant des Reiches und zum Ober-Kommandanten der Nationalgarde.

Das Amt, welches Napoleon jetzt ſeinem Bruder aufreiegte hatte, war bei der Lage der Dinge von großer Verantwortlichkeit, und Joſeph konnte bei dem Anrücken der Alliirten im März 1814 auf Paris, mit Beſtimmtheit das verhängnißvolle Ende vorausſehen.

Schon in den erſten Tagen des Monats März, hatte er auf Napoleons Veranlaſſung, einen Agenten in die Umgegend von Lüttich geſchickt, wo ſich ſein Schwager, der General Bernadotte, befand, um die Abſichten der Alliirten zu erfahren. Bernadotte aber antwortete, es ſey für Napoleon nichts mehr zu hoffen; jedoch, wenn in Paris ein Regentſchaftsrath gebildet würde, ſo könnte man vielleicht auf die Zuſtimmung der Alliirten rechnen.

Es verſammelte ſich nun am 28. März in den Tuileeien der Regentſchaftsrath, und man beſprach ſich hier über die Frage, ob die Kaiſerin Maria Louiſe bleiben, oder ſich nach Blois zurückziehen ſollte. Indeſſen wurde aber nach langen und lebhaften Debatten, der Beſchluß gefaßt, daß Maria Louiſe in Paris bleiben ſolle, jedoch Joſeph zeigte einen Brief ſeines Bruders Napoleons vor, in welchem derſelbe für den Fall des Anrückens der Alliieten auf Paris, befahl, wenn ſie in ſolchen Truppenmaſſen ankommen würeden, daß jeder Widerſtand unmöglich bleibe, ſo ſolle die Regentin Maria Louiſe mit ihrem Sohne abreiſen.

Am nächſten Morgen den 29. März 1814 reiſte alſo Maria Louiſe mit ihrem Sohne, dem Könige von Rom, und nachmaligen Herzog von Reichsſtadt nach Blois, wohin ſie die Buonaparte, welche ſich in Paris befanden, ſo wie des Kaiſers Mutter Lätitia und ihre Tochter Pauline begleiteten.

So rückte nun der 30. März heran, und der Kampf begann bei Romainville zwiſchen dem Fürſten Eugen von Würtemberg und den Generälen Marmont und Mortier.

Von Montmartre aus erkannte Joseph, der in Paris zurückblieb um die Regentschaft zu verwalten, daß er es nicht mit einer Kolonne von 40,000 Mann, sondern mit der ganzen schlesischen Armee zu thun habe; denn es stürmten bereits 180,000 Mann auf Paris los, und konnten schon um 3 Uhr Nachmittags in der Hauptstadt seyn.

In dieser bedrängten Lage schrieb Joseph mit einer Bleifeder folgendes Billet an Mortier und Marmont. »Wenn der Marschall Herzog von Treviso und der Marschall Herzog von Ragusa ihre Stellungen nicht mehr halten können, so sind sie ermächtigt, mit dem Fürsten von Schwarzenberg und dem Kaiser von Rußland, welche sich vor ihnen befinden, in Unterhandlungen einzugehen,« und dieses weltdistorische Blatt Papier war auch der Anfang der Kapitulation, die noch während der Nacht zu Stande kam.

Am nächsten Morgen des 31. März 1814, wurden hierauf die Wachposten an den Barrieren, von russischen und preußischen Soldaten abgelöst, während aber Tags vorher Joseph Buonoparte schon nach Blois zur Kaiserin Maria Louise, und von da nach dem Waadtlande in der Schweiz abgereist war.

Bei Napoleon's Rückkehr von der Insel Elba erschien Joseph Buonoparte nochmals in Paris, ging nach der Niederlage in der Schlacht von Waterloo mit dem Kaiser nach Rochefort, und bewies ihm seine treueste Anhänglichkeit.

Im September 1815 kam er, da er sich von nun an Graf von Survilliers nannte, zu Neuyork an, wo er sich das Landgut Point-Breeze am Delaware im Staate Neujersey nicht weit von Bordentown kaufte, und lebte dann von seinen Nachbarn geliebt und geachtet, für Wissenschaft und Landbau.

Im Jahre 1841 erhielt er die Erlaubniß nach Italien überzusiedeln, wo seine Gemalin July Clary seit dem Jahre 1815 lebte; aber die Vereinigung dieser beiden Ehegatten war nur von kurzer Dauer, denn schon im Jahre 1844 starb Joseph Buonoparte zu Florenz.

Julie Marie, die Tochter eines reichen Seifenfabrikanten zu Marseille, lebte einfach und anspruchslos, und vertrat dennoch ihren eingenahmten Rang als Königin mit einer ebenmäßigen Würde.

Indessen ging sie nie nach Spanien, und residirte auch in Neapel nur drei Monate, wo sie sich sehr beliebt machte.

Ihre Gesundheit erlaubte ihr nicht im Jahre 1814 ihren Gemal nach Neuyork zu begleiten, und erhielt nur mit vieler Mühe die Erlaubniß, in Frankfurt sich aufhalten zu dürfen, doch wurde ihr später von dem König der Niederlande bewilligt, ihre Residenz in Brüssel zu nehmen, wo sie bis zum Jahre 1823 blieb, dann zog sie sich mit Genehmigung des Großherzogs von Toskana nach Florenz, wo sie unter dem Namen einer Gräfin von Survilliers bis zu ihrem, im Monate April 1845 erfolgten Tode verblieb.

D. Lucian Buonoparte ergriff im Jahre 1789 die Sache der Revolution, und war ein so eifriger Jakobiner, daß er mit dem Sturze der Schreckensherrschaft kaum der Verfolgung entging.

Er ging nun von St. Maximin im Var-Departement, wo er Christina Boyer, die Tochter seines Gastwirths geheirathet hatte, nach Marseille zurück, und lebte hier in wenig glänzenden Verhältnissen.

Sein Glück erhob sich erst mit dem Jahre 1795, wo er Kommandant der Artillerie, dann später zum Kriegs-Kommissär ernannt wurde.

Uebrigens ist thatsächlich bekannt, daß Napoleon mit seinem Bruder Lucian nicht zusammen leben konnte, denn Lucian war sehr eigenwillig und unfähig, sich in etwas zu fügen.

Nachdem die Konstitution des Jahres VIII. am 13. Dezember 1799 proklamirt worden war, und darauf alle revolutionären Männer aus der Regierungs-Verwaltung entfernt worden waren, übernahm Lucian das Ministerium des Innern, und Frankreich konnte sich im Ganzen über seine Verwaltung auch freuen und damit zufrieden seyn.

Er beschützte Künste und Wissenschaften, beförderte den öffentlichen Unterricht, und gründete eine Lehranstalt, in welcher die Schüler größtentheils auf Staatskosten für ein bürgerliches Gewerbe oder für den Militärdienst erzogen wurden.

Aber bald zeigte sich zwischen den beiden Brüdern, eine sehr auffallende Mißhelligkeit, so, daß Lucian sein Portefeuille als Minister auf den Tisch warf, und nebstbei dem Bruder die größten Beleidigungen sagte.

Im Anfange des Jahres 1801 ward Lucian als Gesandter nach Madrid geschickt, um ihn dadurch gleichsam zu entfernen, wo er einige wichtige Verträge zur entschiedenen Zufriedenheit Napoleons abschloß.

Im Jahre 1802 kehrte er, nachdem er sich bereits ein großes Vermögen erworben hatte, nach Paris zurück, wo er an der Spitze der gouvernementalen Partei stand, und auf einen Sieg seines Bruders bin arbeitete.

Napoleon wurde jetzt lebenslänglicher Consul, und die Republik Frankreich war zu Ende. Die monarchischen Einrichtungen sollten jetzt auf das Kaiserthum vorbereitet werden, und so wurden Sinecuren unter den Namen von Senatorien errichtet, und mit ansehnlichen Einkünften ausgestattet, welche die Nationalgüter liefern mußten.

Napoleon wollte große Grundeigenthümer, gleich den englischen Lords schaffen, bei welcher Gelegenheit Lucian die Senatorie von Trier, und sein ältester Bruder Joseph die Senatorie von Brüssel bekam.

An einem schönen Sommertage schlich sich jetzt Josephine, die erste Gemalin Napoleons zu ihm, setzte sich auf seine Knie, fuhr ihm mit der Hand durch das Haar, und sprach: »Ich bitte dich Buonoparte, mache dich nicht zum König. Ich weiß, der häßliche Lucian drängt dich dazu, Höre nicht

auf ihn.« Buonopartе aber antwortete. »Du biſt närriſch meine Joſephine. Deine alten Weiber aus der Vorſtadt St. Germain erzählen Die dieſes Märchen. Du langweilſt mich, laſſe mich daher zufrieden!«

Aber wieder zeigte ſich wie früher, daß Lucian durch Eigenſinn, unbefriedigten Ehrgeiz und einen unſtäthbaren Charakter, ſich nach errungenem Glanze von Napoleon aufs Neue trennte, und die Politik nur zu ſeinem Privatvergnügen machte.

Seine erſte Gemalin Chriſtina Boyer, war im Jahre 1800 zu Paris geſtorben, worauf ſich Lucian in eine junge und ſchöne Perſon Madame Joubertеau verliebte, die aber von niedriger Herkunft und leichten Sitten war.

Ihr erſter Mann war ein Wechſel-Agent geweſen, der im Jahre 1801 mit der Expedition Leclers nach St. Domingo ging, wo er am gelben Fieber ſtarb.

Da nach der Geburt eines Sohnes ihr Lucian das Verſprechen machte, ſie zu heirathen, ſo gab ſich ſeine Schweſter Eliſe Bacciocchi alle erdenkliche Mühe, dieſe Heirath zu verhindern, deren Folgen ſie ſehr deutlich vorausſah.

Als auch Napoleon von dieſen Heirathsabſichten Kenntniß erhielt, drang er in Lucian, der vermittelſt Königin von Etrurien, eine Tochter Karls des IV. von Spanien, ſeine Hand zu geben; aber Lucian vermählte ſich heimlich mit Madame Joubertеau, worauf eine würdende Szene zwiſchen den beiden Brüdern Statt fand.

Lucian reiſte hierauf eiligſt nach Mailand, und hielt ſich mehrere Jahre in Italien auf, wo ihn Napoleon mehrmalen eine friedliche Verſöhnung anbot, die aber vergeblich blieb.

In Mantua hatten die beiden Brüder eine lange Unterredung gehabt, welche bis in die Nacht dauerte, und Lucian entfernte ſich hierauf tief bewegt mit Thränen in den Augen aus dem Zimmer Napoleon's.

Napoleon verlangte die älteſte Tochter ſeines Bruders zur Frau für den Prinzen von Aſturien, den ſpätern König von Spanien, Ferdinand den VII., und wollte Lucian zum König von Italien machen. Er verlangte ferner, Lucian ſolle ſich von ſeiner Gemalin ſcheiden laſſen, der er dann ein großes Beſitzthum in Italien zutheilen würde.

Auch er und der älteſte Bruder Joſeph wäre den ſich von ihren Frauen ſcheiden laſſen, und dieſe drei Trennungen der Ehe könnten dann an einem Tage Statt finden. Aber Lucian weigerte ſich über alle ihm gemachten Vorſchläge, und wollte ſich nach Nord-Amerika begeben.

Auf ſeiner Seereiſe wurde er aber von engliſchen Kreuzern auf der Höhe von Cagliari (Inſel Sardinien) angehalten, und nach Malta, dann nach London gebracht, wo er bis zum Jahre 1814 als Kriegsgefangener lebte.

Als im Monate Februar 1815 Napoleon die Inſel Elba verlaſſen hatte, und ſich nach Paris begab, beſtieg Napoleon den Thron, zu ſeiner rechten Seite hatte er ſeinen Bruder Joſeph, zur linken Seite ſeine Brüder Lucian und Hieronimus, die alſo Beide nicht mehr verläugnet wurden.

Auf dieſe feierliche Weiſe empfing er die Adreſſe der Central-Deputatien der Wahlkollegien, und legte dann nach Vorleſung derſelben, die Hand auf das Evangelium, um die Konſtitution zu beſchwören.

Als am 22. Juni 1815 Napoleon zu Gunſten ſeines Sohnes abdankte, ſchrieb Lucian ſelbſt die Entſagungs-Akte, und vertheidigte in der Pairskammer die Preſſamation Napoleons des II. zum Kaiſer.

»Der Kaiſer iſt todt« rief er aus »es lebe der Kaiſer,« und ſchwor ewige Treue dem Sohne ſeines Bruders.

Am 26. Juni 1815 war Lucian nach Rom gereiſt, nachdem die Alliirten ſich näherten und König Ludwig XVIII. den franzöſiſchen Boden wieder betreten hatte.

Gefangen genommen und auf die Citadelle von Turin gebracht, erkaufte er ſeine Freiheit nur dadurch, daß er ſagte, er habe ſich den Planen ſeines Bruders beharrlich widerſetzt, und ſich nur in der letzten Zeit ihm angeſchloſſen, um ihn zur Mäßigung zu bewegen. Er lebte hierauf in Rom und in der Umgegend, widmete ſeine Zeit der Weltweiſheit, und veranſtaltete Ausgrabungen.

Nach der Juli Revolution durfte er den Kirchenſtaat verlaſſen, was die verbündeten Mächte früher nicht zugegeben hatten; und ſo lebte er wieder mehrere Jahre in London, bereiſte im Jahre 1838 Deutſchland, und ging ſpäter nach Italien zurück, wo er im Jahre 1840 zu Viterbo bei Rom ſtarb.

E. Napoleons älteſte Schweſter war Eliſe Maria Anna, welche als die ſchöne ungebundene Karſtkanerin nicht der Verläumdung entging.

Im Jahre 1797 vertheirathete ſie ſich mit Bacciocchi, einem geweſenen Offizier des Regiments Royal-Corſe.

Napoleon hatte eben die Friedens-Präliminarien mit Oeſterreich zu Leoben unterzeichnet, als die Familie ſeine Erlaubniß zu dieſer Heirath bei ihm anſuchte, was er aber mit kraftvollen Ausdrücken verweigerte.

Die Mutter Lätitia und ihre Tochter Eliſe nahmen ſehr zu einer Weiberliſt ihre Zuflucht, und ſchrieben, da ſie keine Antwort auf ihren Brief erhalten hätten, daß ſie ſeine Einwilligung vorausgeſetzt hätten, und daß daher die Heirath vollzogen worden ſey; worüber ſich Napoleon, der ſchon damals hochfliegende Plane hatte, ziemlich ärgerte.

Uebrigens, es war geſchehen, und er ließ nun Bacciocchi bald darauf zum Oberſten eines leichten Infanterie-Regiments ernennen.

Eliſe, eine geiſtreiche, liebenswürdige und hochgebildete Frau, wurde nach ihrem Taufſcheine Marianne genannt, und ſie nahm erſt in Paris, als ein Hof von Gelehrten und Künſtlern ſie umringte, den zärtlichen Namen Eliſe an.

Elise war aber auch etwas gottlos, und mußte von Napoleon oft bittere Vorwürfe hören, wegen der antireligiösen Erziehung, die sie ihren Kindern gab.

Im Jahre 1805 sicherte Napoleon seiner Schwester Elise und ihrem Gemal den Besitz des Herzogthums Lucca zu. Eben so wurde ihr auch das Großherzogthum Toskana im Jahre 1808 zugetheilt, aber ihr Gemal erhielt niemals den Titel eines Großherzogs.

Von nun an hielt sie ihren Wohnsitz in Florenz, Pisa, Poggio und Cojano. Nach dem Jahre 1815 nahm sie ihre Zuflucht nach Triest. Später wohnte sie mit ihrer Schwester Karoline, der Wittwe des Königs Murat im Schlosse Haimburg nächst Wien, und auch zu Brünn in Mähren.

Als Gräfin von Campignano fand sie endlich einen Aufenthalt in Bologna, wo sie Anfangs August 1820, also noch vor ihrem großen Bruder gestorben, und in Triest beerdigt worden ist.

F. Maria Pauline Buonoparte, eine der schönsten Frauen ihrer Zeit, die man später in Italien la princesse colletto nannte, sollte, als sich ihre Familie in Marseille befand, den fehlenden Konvent-Deputirten Fréron, damaligen Regierungs-Kommisse heirathen. Ihre plötzlich meldete sich ein Frauenzimmer als Frérons seit mehreren Jahren ihm rechtmäßig angetraute Gattin, und so ward das Verhältniß wieder abgebrochen.

Pauline vermälte sich jetzt erst nach dem Jahre 1797 mit dem General Leclere, der gegen Ende des Jahrs 1801 mit der Expedition nach St. Domingo beauftragt ward.

Nach dem Tode Leclere's ging Pauline wieder nach Europa zurück und reichte ihre Hand im Jahre 1803 dem Prinzen Camilo Borghese.

Pauline war stolz, von Kapeigen und Leidenschaft befangen, und von ihrem Galanteien wollte man Manchrelei wissen.

Mit der Kaiserin Maria Louise, der zweiten Gemalin Napoleons konnte sie sich durchaus nicht vertragen, und fiel dieserwegen oft in Ungnade, was auch die Ursache war, daß ihr Gemal immerwährend in einer mittelmäßigen Lage blieb; da ihnen nur das Herzogthum Guastalla zugetheilt war.

Aber ungeachtet ihres Eigensinns liebte sie ihr Beuder Napoleon dennoch zärtlich, denn sie hatte Augenblicke, die einer Frau des Alterthums würdig waren.

Auf der Reise nach der Insel Elba, begegnete Napoleon seiner Schwester Pauline, die von der ganzen Begebenheit noch nichts wußte, unweit des Orets wo die Einschiffung Statt finden sollte.

Als die Begleiter des Kaisers ihr von seinem Unglücke und von den vielen und harten Demüthigungen, die er erfahren mußte, erzählten, wollte sie diese verhängnißvollen Mittheilungen unmöglich glauben, aber als sie ihn bald darauf selbst erblickte, sank sie in Ohnmacht, und konnte lange nicht wieder zu sich gebracht werden.

Sie tröstete ihn auf der Insel Elba, schickte ihm ihren Diamanten-Schmuck vor der Schlacht von Waterloo, und wollte ihn später nach der Insel St. Helena begleiten.

Von ihrem Gemal schon seit dem Jahre 1805 getrennt, lebte sie nach dem Jahre 1815 zu Rom auf der Villa Borghese, und wurde von dem Papste zur Dankbarkeit der vielen Freundlichkeiten, welche sie ihm bei seinem Aufenthalte in Frankreich erwiesen hatte, mit Auszeichnung behandelt.

G. Die jüngste von Napoleons Schwestern war die kleine Charlotte, Maria Karolina, welche sich in dem Hause ihrer Mutter zu Marseille mit dem Küchendienste beschäftigte, Brot und Fleisch einkaufte, und gewiß von ihrer einstigen Krönung als Königin sich nichts träumen ließ.

Ihr Bruder wollte sie zuerst, als sie 17 Jahre alt war, mit Moreau, seinem Rivalen verheirathen, um dadurch von Moreaus Eifersucht sich zu befreien. Moreau war aber kalt und finster, und konnte ihre Liebe nicht gewinnen; und so neigte sich bald ihr Herz zu Joachim Murat, der so gut wie der General Leclere, dem künftigen Kaiser große Dienste geleistet hatte.

Murat war Dioissons-General, dem jetzt der dankbare Napoleon nicht nur die Schwester zur Gemalin, sondern auch eine Heirathsausstattung von 30,000 Franc's gab, was später mit dem Königreiche Neapel vermehret ward.

Napoleon ärgerte sich, nicht mehr als 30,000 Franc's geben zu können, und nahm daher seiner Frau ein diamantenes Halsband weg, um es seiner Schwester zu schenken.

Josephine war wüthend darüber, und ließ sich von den Liefreanten der italienischen Spitäler 250,000 Franc's zahlen, womit sie sich eine prachtvolle Perlenschnur kaufte, die einst die Königin Maria Antoinette, eine Tochter der großen Kaiserin Maria Theresia getragen hatte. Ihrem Gemal machte sie aber als glaubwürdig vor, ihr habe diese Perlenschnur die cisalpinische Republik verehrt.

Die Vermälung dieser jüngsten Schwester wurde in Luxemburg im Dezember 1799 vollzogen, worauf Murat nach und nach zum Marschall, zum Großherzog von Berg und endlich zum König von Neapel empostieg.

Joachim Murat war der Sohn eines Gastwirths, und wurde bei Kahors in Frankreich geboren. Anfangs zum geistlichen Stande bestimmt, wurde er nachher Gehilfe seines Vaters in der Gastwirthschaft, lebte locker, und trat dann in Militärdienste.

Später nahm ihn Napoleon als Adjutant mit nach Italien, wo er sich in mehreren Schlachten großen Ruhm erwarb.

Auch begleitete er Napoleon auf seinem Zuge nach Egypten, wo er sich ebenfalls außerordentlich auszeichnete, und immer durch seine Tapferkeit zur Entscheidung des Sieges beitrug.

Als er wieder nach Frankreich zurückkehrte, verehelichte er sich mit Napoleons jüngster Schwe-

ſter Karolina Anunciade, und leiſtete ſeinem Schwager dem Kaiſer Napoleon, der ihm bis zum König von Neapel erhob, bis zum Jahre 1815 treffliche Dienſte.

Nach der Schlacht bei Belle-Alliance wollte er, um nicht den Feinden in die Hände zu fallen, ſich nach England flüchten, allein ein Argwohn wegen ſeiner dortigen Sicherheit hielt ihn zurück, und da er das Volk gegen ſich bis zum Mordanſchlage aufgebracht wußte, flüchtete er aus Toulon, und irrte lange Zeit dem höchſten Elende Preis gegeben, umher; endlich entſchloß er ſich mit einigen treuen Begleitern in einer offenen Barke nach Korſika zu gehen; allein vom Seeſturme überfallen, nahm ihn ein Paquetboot auf, wo er mehrere flüchtige franzöſiſche Offiziere fand, mit welchen er jetzt den tollen Entſchluß faßte, die Wiedereroberung von Neapel zu verſuchen.

Als er in Baſtia ankam, ſammelte er ein kleines Korps Korſikaner und franzöſiſche Flüchtlinge um ſich, und miethete mehrere Schiffe, mit welchen er von Ajaccio abſegelte, um in Salerno zu landen; dort ſeine Anhänger zu ſammeln, und dann mit einer bedeutenden Macht vor Neapel zu erſcheinen.

Der Sturm zerſtreute aber ſeine Schiffe und vereitelte dadurch ſeine Pläne. Nun wollte er nach Trieſt gehen, als der Schiffs-Kapitain, der die kleine Flotte kommandirte, ihm bekannt machte, daß er Seeſchaden gelitten habe, und daher genöthigt ſey, bei Pizzo in der Bucht von Kalabrien zu landen.

Bei der Landung daſelbſt verlangte der Kapitain einen Paß von Murat, dieſer aber in der Beſorgniß, daß er dadurch verrathen werde, verweigerte denſelben, und erklärte, daß er ſelbſt mit ſeinen Leuten an's Land gehen wolle.

Gleich bei ſeinem Austreten ans Land, wurde er von einigen Seeleuten erkannt, die ihn mit den Worten: »Es lebe Joachim« begrüßten. Nachdem auch die Hafenwache vor ihm in das Gewehr getreten war, befahl er dieſer ihm zu folgen, und ging ſogleich auf Monteleone zu; aber ein Gendarmerie-Kapitain hielt ihn auf, mit dem er jetzt zum Geſtade zurückkehren mußte.

Hier ſuchte er vergebens ſein Schiff, was ſich aber ſogleich in die hohe See begeben hatte. Bei ſeinem Umbeitren an der Küſte wurde er nun von einem nachſeilenden Volkshaufen aus Pizzo eingeholt, und ein Theil ſeiner Begleiter ermordet, er aber mit den Uebrigen gefangen genommen, und unter mancherlei Mißhandlungen nach Pizzo gebracht.

Hierauf kam von Neapel der Befehl, ihn vor eine Militär-Kommiſſion zu ſtellen, von welcher er zum Tode verurtheilt, und in einem Saale des Schloſſes zu Pizzo am 18. October 1815 erſchoſſen ward.

Seine Gemalin Karoline, hat als Königin ihrer hohen Stellung ſich würdig gezeigt, und in Neapels Adminiſtration oftmals mit Glück eingewirkt. Murat war aber zu eitel, um zu dulden, daß die ihm an Geiſt überlegene Frau die eigentliche Regierung übernahm, wie es ihre Schweſter Eliſe that; indeſſen wendeten ſich aber die Miniſter oft heimlich an die Königin, und handelten nach ihrem Rath.

Treu war ſie übrigens ihrem Manne nicht mehr als ihre Schweſtern den ihrigen Männern.

Nach dem tragiſchen Ende Murats, erlaubte ihr der öſterreichiſche Hof in Trieſt ſich aufzuhalten, wo ſie als Gräfin von Lipona bei ihrer Schweſter Eliſe und ihrem Bruder Hieronimus, der mit ſeiner Gemalin dorthin kam, Troſt ſuchte.

Im Jahre 1837 reiſte ſie nach Paris, wo ihr die Kammern eine lebenslängliche Penſion von 100,000 Franc's bewilligten. Kurz nach ihrer Rückkehr von Paris, ſtarb ſie im Mai 1839 zu Florenz an demſelben Magenkrebſe, welcher ihrem Vater und ihrem Bruder den Kaiſer Napoleon hinweggerafft hatte.

H. Hieronimus Buonoparte war König von Weſtphalen, und ſeit dem Jahre 1815 Herzog von Montfort, welchen Titel er ſich ſelbſt beilegte.

Während ſeines Aufenthalts in den vereinigten Staaten, hatte er ſich im Jahre 1803 mit Eliſabeth, der älteſten Tochter des Kaufmanns Patterſon zu Baltimore verehelicht, welche Heirath ihn nach den Beſtimmungen Napoleons, von der politiſchen Familie des Kaiſers und der Erbfolge ausſchloß.

Hieronimus war rückſichtlich ſeiner Ehe durch einige Zeit von ſeinem Bruder Lucian in dem Widerſtande gegen Napoleon aufgereizt worden, aber ſpäter willigte er doch in die Trennung von ſeiner Frau, und Napoleon erklärte im Jahre 1805 die Heirath ſeines Bruders aus dem einfachen Grunde für ungiltig, weil dieſelbe ohne Einwilligung der Mutter Lätitia, die gar nichts davon gewußt hatte, und ohne Aufgebot an dem Orte, wo Hieronimus ſeinen Aufenthalt hatte, geſchloſſen worden iſt.

Hieronimus begleitete hierauf die verſtoßene Patterſon und ihren Vater nach Liſſaboa, von wo ſie ſich nach Amerika einſchifften.

Durch den Frieden zu Tilſit erhielt jetzt Hieronimus im Jahre 1807 das neugeſchaffene Königreich Weſtphalen, worauf er ſich mit Friederike, einer Tochter des Königs Friedrich des I. von Würtemberg vermählte.

Als ihr Vater nach der Schlacht von Waterloo die Heirath mit Hieronimus aufheben wollte, ſchrieb ſie jenen denkwürdigen Brief, in welchem ſie erklärte, ihrem Ehegatten treu zu bleiben, und überall hinfolgen zu müſſen. Nach dem Tode der Prinzeſſin, welche im Jahre 1835 zu Lauſanne ſtarb, vermählte ſich Hieronimus mit der florentiniſchen Marquiſe Bertolini, die ihn auch nach Paris begleitet hat.

I. Ludwig Buonoparte, ſpäter Graf von St. Leu, der Vater des jetzigen Präſidenten, war ein verſtändiger und ehrlicher Mann.

Er begleitete Napoleon nach Italien und Egypten, wurde aber neben dem großen Bruder nicht beſonders bemerkt.

Nach dem 18. Brumaire, war er Gesandter in Berlin, und im Jahre 1806 ward er als König von Holland ausgerufen.

Ludwig erhielt alle Rechte eines Königs, aber Napoleon betrachtete ihn dennoch nur so wie seine Präfekten.

Als die Vereinigung Hollands mit Frankreich angeordnet war, sagte Napoleon ganz unverhohlen, daß seine Brüder, wenn sie die Throne von Europa besteigen, zuerst ihm und Frankreich angehören, und dann erst ihren Völkern.

Im Monat Juli 1810 legte der müde König, welcher nach Kräften ein Holländer geworden, seine Krone wieder nieder, und ging über Teplitz nach Grätz.

Die beiden Brüder sahen sich im Jahre 1814 wieder, ohne sich besser zu verstehen.

Ludwig begleitete die Kaiserin Maria Louise nach Blois, und blieb während der hundert Tage in Rom, trotz der verführendsten Einladung Napoleons, der ihm zum Pair ernannte, und an seiner Seite haben wollte.

Seit dieser Zeit lebte Ludwig meistens in Florenz von seiner Gemalin Hortensia völlig getrennt, und später förmlich geschieden.

K. Ludwigs Gemalin Hortensia war die Tochter Beaubarnais und der Josephine, die Stief- und Adoptiv-Tochter Napoleons.

Josephine gab in jenem Jahre, nämlich 1783, als Hortensia geboren wurde, ihrem Gemal Beaubarnais, der ihr übrigens ebenfalls untreu war, Gelegenheit zur Eifersucht.

Ein Creole, den sie auf ihrer heimatlichen Insel als vierzehnjähriges Mädchen geliebt hatte, war ihr nach Paris gefolgt, und so glaubte sich Beaubarnais ziemlich überzeugt, daß Hortensia nicht sein Kind sey, und trug auch dieserwegen auf Ehescheidung an, worüber aber Josephine bei dem Parlamente den Prozeß gewann.

Sie erhielt hierauf die Erlaubniß, das Haus ihres Ehegatten nicht zu bewohnen, doch mußte er ihr, wenn er sie nicht zu sich nehmen würde, eine bedeutende Rente oder Pension bezahlen.

Josephine benutzte jetzt ihre Freiheit, um ihre kranke Mutter auf Martinique zu besuchen, und nahm die kleine Hortensia mit auf die Reise.

Die Insel befand sich aber damals in Aufruhr (1787), und so ging sie wieder eiligst nach Europa zurück.

Wie gewöhnlich ohne Geld, hatte sie auch diesmal, als sie die Plätze auf dem Schiffe bezahlt hatte, nicht mehr so viel, um ihrer Tochter Schuhe kaufen zu können, und so schenkte ihr ein Bootsmann ein paar Schuhe für das Mädchen.

Später, als die Kaiserin einst ihre Diamanten zeigte, äußerte sie sich, daß sie damals mit jenen geschenkten Schuhen mehr Vergnügen gehabt habe, als mit allem diesen Schmuck.

Nach ihrer Ankunft in Paris, hatte Josephine eine Unterredung mit ihrem Gemal, und durch die beiden Kinder Eugen und Hortensia, welche sich dem Vater zu Füßen warfen, war der häusliche Friede vor der Hand wieder hergestellt.

Auch als die Gemalin Napoleons liefernte Josephine Anfangs Stoff zu mancherlei Gerede, ja selbst, als Napoleon im Jahre 1799 aus Egypten zurückkehrte, reiste ihm sein Bruder Lucian, der Josephine haßte, entgegen, und wurde ihr Ankläger, worauf Napoleon durch zwei Tage sie nicht sehen wollte, allein Eugen und Hortensia mußten abermals für die Mutter bitten, die bereits krank und weinend der Ehescheidung entgegen sah.

Unter solchen Verhältnissen wuchs Hortensia empor. Sie war zwar nicht schön, aber eine geistreiche und liebenswürdige Frau.

Ihrem Stiefvater dem Kaiser Napoleon stand sie sehr nahe, und vielleicht selbst zu nahe; denn des Kaisers Zärtlichkeit für Hortensiens ältesten Sohn, den Erbprinzen von Holland, ist wenigstens oft im bösen Sinne gedeutet worden.

Die Heirath der Hortensia mit Napoleons jüngstem Bruder Ludwig wurde im Jahre 1802 vollzogen, aber ein einigermaßen freundliches Verhältniß zwischen Beiden trat erst zwei Jahre später ein; denn Ludwig hatte seine Gemalin mit einem großen Widerstreben die Hand gereicht.

Die ganze Sache war eine Intrigue oder listige Verwebung der Mutter Josephine, die sich von Napoleons Brüdern und Schwestern angefeindet sah, und daher durch diese Verbindung in der Familie ihres Gemals eine Stütze suchte, was ihr aber nicht gelang.

Hortensia, als sie sich für die Mutter opferte, liebte Duroc, den spätern Herzog von Friaul, und wechselte auch Briefe mit ihm. Ja selbst Napoleon hatte Hortensia für Duroc bestimmt, und die Familie begünstigte diesen Plan, weil sie Josephine beseitigen wollten.

Hortensia lebte nun seit dem Jahre 1810 in Paris, und selbst im Jahre 1814 verließ sie die Hauptstadt nicht.

Als Napoleon im Juni 1815 nach der Schlacht von Waterloo, acht Tage, gleich einem Gefangenen, in Malmaison zubrachte, hatte er keine andere Gesellschaft als seine Stieftochter Hortensia.

Während der gefallene Kaiser seinem Verbannungsorte der Insel St. Helena entgegen schiffte, folgte Hortensia der Einladung des Königs von Baiern, und wohnte einige Zeit zu Augsburg.

Schon nach der Thron-Entsagung ihres Gemals, hatte ihr Napoleon die Besitzung St. Leu bei Paris mit einem Einkommen von jährlichen zwei Millionen Franc's zugewiesen. Im Jahre 1824 kaufte sie sich in Arenenberg, im Kanton Thurgau an, und wohnte dort gewöhnlich in den Sommermonaten.

Karl Ludwig Napoleon Buonoparte

Präsident der Republik.

Dieser Prinz war der dritte Sohn von Ludwig Buonoparte, einem Bruder des Kaisers Napoleon und der Hortensia von Beauharnais, der Stieftochter des Kaisers, wurde am 20. April 1808 zu Paris geboren, und später im Palast zu Fontainbleau vom Kardinal Fesch, dem Stiefbruder der Lätitia, getauft, wobei der Kaiser Napoleon mit seiner zweiten Gemalin Maria Louise die Pathenstelle versahen.

Nachdem dieses Prinzen beide Brüder, Karl Napoleon, und Louis Napoleon bereits gestorben waren, so gingen auf diesen dritten Sohn die Ansprüche der Familie Buonoparte über, welche sich auf den Senatsbeschluß vom 18. Mai 1805 gründeten, der in Ermanglung männlicher Nachkommen des Kaisers Napoleon den beiden Brüdern desselben, Joseph und Ludwig Buonoparte und ihren männlichen Nachkommen das Recht der Erbfolge auf den kaiserlichen Thron von Frankreich zuerkannte.

Da nun Joseph Buonoparte, oder wie er sich nach seiner Verzichtung vom spanischen Throne nannte, der Graf von Survilliers im Jahre 1844 ohne männliche Nachkommen in Spanien starb, so wurde sein Neffe der Erbe jener, vom Sturme der Zeit verwehten Rechte auf einem eingestürzten Kaiserthron.

Karl Ludwig Napoleon wuchs unter der Aufsicht und Leitung seiner höchst zärtlichen Mutter, später zu Arenenberg in der Schweiz heran, dort still seine Zukunft abwartend.

Die Unfälle seiner Familie gingen, als er noch ein harmloses Kind war, unempfunden vorüber, aber in der Seele des Jünglings pflanzte Hortensia den Ehrgeiz der eigenen Brust, und ermahnte ihn, der Größe seines Hauses und der Ansprüche desselben nicht zu vergessen; daher wurde auch bei seinem Unterrichte, besonders auf die Kriegswissenschaften Rücksicht genommen.

So nahte das Jahr 1830 heran, und die Juli-Revolution in Paris ließ die Hoffnungen der Völker und der Familie Buonoparte wieder neu aufblühen.

Die alten Bourbons, welche die Armee decimirt, des Kaisers Anhänger verfolgt und gehetzt, die Familie Buonoparte durch das Amnestiegesetz vom 12. Jänner 1816, wo es heißt, »die Verwandten Napoleons in auf- und absteigender Linie, seine Onkel und Tanten, Neffen und Nichten, seine Brüder und ihre Frauen, seine Schwestern und ihre Männer, sind auf ewige Zeiten aus dem Königreiche verbannt, und haben Frankreich bei Strafe zu verlassen,« — waren nicht mehr.

Napoleons Geschlecht belebte sich wieder aufs Neue, und die Verbannten schöpften mit den Juli-Ereignissen neue Hoffnung *).

Aber die neue Dynastie hielt das Verbannungsgesetz nicht nur aufrecht, sondern erneuerte es sogar im April 1832.

Gegen den Akt der von der Deputirten-Kammer vorgenommenen Wahl, welche die Krone von Frankreich auf Ludwig Philipp von Orleans setzte, protestirte Joseph Buonoparte, Graf von Servilliers, von Neupork aus, und sprach den Rechten seines Neffen, dem Sohne des Kaisers Napoleons, nämlich dem Herzog von Reichstadt das Wort. Die Belgier wollten wieder Eugens ältestem Sohne, dem Prinzen August von Leuchtenberg die Krone von Frankreich anbieten, aber auch dagegen kamen Einwendungen, und so blieb die Familie Napoleons wieder in die Reihe der Ausgeschlossenen zurückgestoßen.

In Paris war man über die Ansprüche der Familie Buonoparte stillschweigend hinweggegangen, obwohl zwei unbekannte Männer den Versuch gemacht hatten das Kaiserthum zu proklamiren; und so mußten die Napoleoniden, da sie ihre Bestrebungen zurückgedrängt sahen, sich anderswohin wenden.

Die Königin Hortensia befand sich, als die Juli-Revolution ausbrach, auf ihrem Schlosse zu Arenenberg im Thurgau in der Schweiz. — Der ältere Sohn Napoleon Ludwig, welcher seine Cousine, die zweite Tochter von Napoleons Bruder Joseph, nämlich die Prinzessin Charlotte, geheirathet hatte, lebte mit seinem Vetter in Florenz; und der jüngere Sohn, Ludwig Napoleon, der jetzige Präsident der Republik Frankreich, besuchte die Artillerie und Militärschule zu Thun im Kanton Bern.

Im October 1830 reiste Hortensia nach Rom, wohin sie ihr jüngerer Sohn Ludwig Napo-

*) Nach der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahre 1813, mußte Napoleon seinen Thron an Ludwig den XVIII. abtreten, worauf er nach der Insel Elba verwiesen ward. Indessen erschien er im März 1815 wieder in Paris, wo er aber mit der unzufriedenen Stimmung nur zu gut bekannt wurde. Nach der Schlacht bei Waterloo kam Napoleon auf die Insel Helena, und hier starb einer der größten Männer der Welt, beinahe einsam und vergessen am 5. Mai 1821.

Der erste Pariser-Friede war im Monate Mai 1814 geschlossen worden, und Frankreich verlor Alles was es seit zwanzig Jahren erobert hatte.

Der zweite Friede vom November 1815 kostete dem Lande aufs Neue ungeheure Opfer. Ludwig XVIII. starb im September 1824, und ihm folgte sein Bruder der Graf von Artois, unter dem Namen Karl X. in der Regierung von Frankreich.

Das Volk war aber diesem König abgeneigt, und diese Gesinnung stieg bis zum Hasse, als er seinen Liebling Polignac zum ersten Minister erhob.

Die Ordonnanz vom 25. Juli 1830 reizte die Besorgnisse des Volkes zur Wirklichkeit, und hatte die Tage der revolutionären Bewegung vom 27., 28. und 29. Juli zur Folge, worauf Karl X. dem Thron entsagte, und diesen Ludwig Philipp Herzog von Orleans überließ, der nun König der Franzosen ward.

leon begleitet hatte, und wo Beide kurze Zeit vor dem Tode des Papstes Pius VIII. der am 30. November 1830 starb, eintrafen.

Von der kaiserlich Napoleonischen Familie befanden sich damals in Rom, die ehrwürdige Mutter Lätitia, der Kardinal Fesch und Hieronimus Buonoparte mit seiner Familie.

Da man in Rom einen Aufstand befürchtete, so wurde Ludwig Napoleons Gegenwart von der Regierung mit Mißtrauen bemerkt, denn er mag damals den Ruf eines uneubigen Kopfes gehabt haben.

Wirklich gab man auch dem Kardinal Fesch einen Wink von diesem Bedenken der Regierung, da aber dieser unbeachtet geblieben ist, so holten 50 Mann päpstliche Soldaten den unliebsamen Fremdling ab, und führten ihn über die Grenze; — so es fehlte nicht viel, so wäre es auch dem sehr jungen Sohn Hieronimus, der in politischer Beziehung gewiß ungefährlich war, nicht viel besser ergangen; allein hier legte sich glücklicherweise der russische Gesandte in's Mittel; denn der russische Hof vergaß nie die Verwandtschaft mit dem frühern König von Westphalen.

Indessen war die Aufregung in Italien von der Juli-Revolution in Paris angefacht, immer größer geworden, wobei Fürst Metternich, Oesterreichs Minister, der immer Rath wußte, dießmal nicht ohne Angst blieb, obwohl er bei der Nachricht von den französischen Ereignissen sich mit den Worten ausdeückte: »Glaubt man, daß wir uns fürchten, Konstitutionen zu geben?«

Da aber die Konstitutionen in Italien so wie in Oesterreich ausblieben, so brach am 4. und 5. Februar 1831 die Revolution in Modena, Parma, Bologna und Reggio zu gleicher Zeit aus. Die Romagna erhob sich, und so wehten dreifarbige Fahnen in Ferrara, Urbino und vielen andern Städten.

Sertognani und Armandi standen an der Spitze der Insurgenten, und bemächtigten sich der Stadt Ancona, bei welcher Gelegenheit auch die Prinzen Napoleon Ludwig und Ludwig Napoleon die Fahne des Aufstandes ergriffen.

Die Städte waren aber uneinig und eifersüchtig, und ebenso fehlte es auch an Anführern, so wie an einer Oberleitung, die nirgens bemerkbar war.

Die Prinzen Buonoparte bildeten mobile Kolonnen, und suchten den revolutionären Kampf zu organisiren, so weit es ihnen möglich war, und so gut es ging. Sie schlugen mit dem General Sertognani die päpstlichen Truppen an mehreren Orten, und zuletzt bei Civita-Castellana, worüber großer Jubel im Lager der Insurgenten, und dagegen großer Schrecken und Bestürzung im Vatikan oder dem römischen Hofe herrschte.

Aber diese übereilte Freude, so wie die verbreitete Angst unter der päpstlichen Partei, sollte von nicht langer Dauer seyn, denn Ludwig Philipps kluge Politik und des Herzogs von Modena Unterhandlungen, mit Menotti und dem Fürsten Metternich, wußten dafür zu sorgen, daß die Revolution nicht zu lange dauerte.

Wohl hatte Frankreich in beiden Kammern feierlichst erklärt, daß sie eine Intervention nicht dulden werde, aber dennoch rückte am 25. Februar die österreichische Armee, welche am Po-Flusse stand, gegen Parma und Modena vor.

Unter den verschiedenen, untereinander unabhängigen provisorischen Regierungen, welche in den Städten bestanden, hatte diejenige, welche in Bologna sich gebildet, eine gewisse Oberehbrit über die andern erhalten, und war das Centrum des Aufstandes. Sie suchte die Oesterreicher von Reggio und Modena zurückzudrängen, und befahl dem General Seekognani, so wie den beiden Prinzen in ihrem Marsche auf Rom einzuhalten.

Die Prinzen Buonoparte hatten ungeachtet ihrer Tapferkeit und Popularität oder Volksthümlichkeit, sich keinen eigentlichen Einfluß zu verschaffen gewußt, und da ihnen auch die provisorische Regierung wenig Zutrauen schenkte, so erhielten sie den Befehl, das ihnen von den Generalen anvertraute Kommando niederzulegen, und die Armee zu verlassen.

Ja selbst, als Bologna auf dem Punkte stand, in die Hände der Oesterreicher zu fallen, verweigerte die provisorische Regierung den beiden Brüdern das freiwillige Anerbieten, bei der Avantgarde gegen die Oesterreicher zu kämpfen, und sie mußten jetzt sogar die Stadt verlassen.

Nicht verläugnen kann man jedoch, daß römische Diplomatie die Hand dabei im Spiele hatte, und man sagte den Italienern ganz offen und frei, daß sie nach einer allenfälligen Niederlage das Schlimmste zu erwarten hätten, wenn die beiden Prinzen in ihrer Mitte angetroffen würden.

Dabei wurde nicht nur auch auf den persönlichen Ehrgeiz, welcher die hilfreichen fremden Prinzen leiten könnte, aufmerksam gemacht, sondern es trat auch der Umstand ein, daß die provisorische Regierung bis zum letzten Augenblicke auf Frankreichs Hülfe, und auf sein Festhalten am Prinzip der Nichtintervention rechnete.

Untee solchen Verhältnissen verließen nun die beiden Prinzen am 19. März 1831 Bologna wie Ausgewiesene, wozu noch das Unglück kam, daß der ältere Bruder Napoleon Ludwig gleich am folgenden Tage in Faenza von einer tödlichen Krankheit, nämlich von den Masern befallen wurde.

Da die Oesterreicher am 21. März in Bologna eingerückt waren, und sich schon der Stadt Faenza näherten, so konnte Ludwig mit dem kranken Bruder hier nicht bleiben, und da die provisorische Regierung die Verkehrungen traf, ihren Sitz nach Ancona zu verlegen, so wollte jetzt Ludwig mit seinem kranken Bruder sich auch dahin begeben, da er hoffte, diesem werde es vergönnt seyn, dort in Ruhe zu sterben. Aber als sie in Forli, zehn Meilen von Faenza angekommen waren, hatte sich das Uebel in einem so hohen Grade entwickelt, daß sich der Kranke mit jeder Stunde der Auflösung näherte, und endlich am 27. März 1831 nach großen Leiden starb.

Ludwig Napoleon reiste jetzt nach Ancona, wo er fast zu gleicher Zeit mit der provisorischen

Regierung eintrat, die aber, bevor sie selbst von ihrer Wirksamkeit abtrat, ihn ernstlich ermahnte, sich zu entfernen. Aber wohin sich wenden? Die Staaten von Italien waren den Flüchtlingen verschlossen, und inzwischen wurde auch der Prinz Ludwig krank, und von den Masern ergriffen.

Da er sich also nur heimlich aufhalten konnte, so ließ die Mutter, welche ihn nach Ancona begleitet hatte, das Gerede verbreiten, ihr Sohn habe sich nach Korfu eingeschifft. Endlich erlaubten die Aerzte die Abreise, und so kam durch Mutterlist und mütterliche Fürsorge der kaum genesene Sohn durch die österreichischen Truppen, und galt indessen für eine Person aus ihrer Dienerschaft. Die Reise ging jetzt durch Loreto, das Chianathal, Pisa, Lucca und Genua an die französische Grenze.

Auf jeder Post standen sie in der Gefahr erkannt zu werden, und manche Begegnung verursachte ihnen Angst und Herzklopfen, bis sie endlich bei Antibes ankamen, wo sie gerettet waren.

Die kleine Gesellschaft übernachtete in Cannes, wo Napoleon mit einer kleinen Truppe Soldaten gelandet war, als er von der Insel Elba zurückkam, um seinen Thron und die Welt wieder zu erobern.

Sein Neffe und einstiger Erbe betrat aber jetzt denselben Boden als ein Verbannter, wo es in der Macht des nächstbesten Gendarm stand, ihn zu verhaften.

Hortensia wollte den Weg nach Paris machen, um sich dort dem neuen Könige, — jedoch aber ihm nur ganz allein — zu entdecken, denn sie hatte Zutrauen zu ihm, und war ihm gegenüber zu jeder Zeit in einem freundschaftlichen Verhältnisse gewesen; auch war ihr König Ludwig Philipp Verpflichtungen schuldig.

Im April 1815 erlaubte nämlich der Kaiser Napoleon der Mutter des jetzigen Königs Ludwig Philipps so wie seiner Tante der Herzogin von Bourbon, in Frankreich zu bleiben, und sicherte Beiden angemessene Renten zu, was durch die Vermittlung und die Fürbitte der Hortensia geschah.

Es gelang auch den Reisenden, unerkannt Frankreich zu durchreisen und nach Paris zu kommen, wo sie in einem Hôtel der Rue de la Paix abstiegen, von wo man die Vendomesäule sehen konnte.

Hortensia schrieb jetzt an den Adjutanten des Königs, und wußte ihn durch eine kleine List, ohne daß sie ihren Namen nannte, zu einem Besuche zu bewegen.

Der Adjutant war sehr erstaunt, Hortensia, die er in Malta glaubte, in Paris zu sehen, bei welcher Gelegenheit sie um eine Unterredung mit dem Könige bat. Obwohl Ludwig Philipp sich mit großer Ueberraschung und halben Schreck über die Unvorsichtigkeit der Hortensia aussprach, daß sie nach Frankreich gekommen sey, und sie Anfangs nicht sprechen wollte, so ward sie dennoch in's Palais Royal gerufen, wo sie der König sehr gnädig aufnahm, und mit den theilnehmensten Anerbiethungen überhäufte.

Hortensia erzählte ganz kurz die Behandlung, die ihre Kinder in Rom erfahren hatten, und da die österreichische Regierung ihrem Manne erklärt hatte, die Söhne, von welchen jetzt nur noch einer lebt, dürften die Schweiz nicht mehr bewohnen, so bitte sie um französische Pässe nach derselben Schweiz, wo sie nun unter französischem Schutze zu leben wünscht.

Als Hortensia nach dem Hôtel zurückkehrte, fand sie ihren Sohn Ludwig von einer bösartigen Fieberkrankheit befallen, was einen längern Aufenthalt in Paris erforderte, der aber dem König Ludwig Philipp sehr ungelegen kam; und ihn zuletzt in die nothgedrungene Lage versetzte, im Falle nicht wirkliche Lebensgefahr für den Sohn vorhanden wäre, augenblicklich abzureisen; worauf sich Hortensia mit ihrem kranken Sohne nach London begab.

Hier sah Hortensia viele interessante und ihr werthe Personen, nämlich den Napoleon Achill, ein Sohn Murats, den Landbauer und Advokaten aus Florida, der mit seiner jungen Frau von Amerika nach England gekommen war. Auch Leopold, der jetzige König von Belgien, dem man damals eben den belgischen Thron angeboten hatte, machte ihr einen Besuch.

Aber unter diesen traf auch ein anderer Gast in London ein, der für Hortensia sehr beunruhigend war, nämlich die Herzogin von Berry, welche aus der Absicht nach London kam, um die Absichten der Buonoparti'schen Familie, zu erforschen.

Damals erbielt auch Ludwig Buonoparte, der sich inzwischen von seiner Krankheit wieder erholt hatte, mannichfache Aufforderungen nach Paris zu kommen, und sich an die Spitze einer Buonoparti'schen Bewegung zu stellen, was er aber entschieden verweigerte.

Als Hortensia von Tunbridge Wells, wo sie die Bäder gebrauchen wollte, wieder nach London zurückkehrte, fand sie dort Dom Pedro, den Herzog von Braganza, den Exkaiser von Brasilien, der sich im Jahre 1829 mit Amalia, der Tochter Eugens von Beaubarnais, einer Nichte der Hortensia vermält hatte, und nachdem er im April 1831 zu Gunsten seines Sohnes abgedankt hatte, sich über England nach Frankreich begab.

Der Anblick seiner gefallenen Größe, erinnerte jetzt die verbannten Buonoparte aufs Neue an das Schicksal ihres Hauses, worauf der Muth immer mehr und mehr bei ihnen zu sinken anfing.

Nachdem die französischen Päße für die Schweiz angekommen waren, reiste Hortensia unter dem Namen einer Herzogin von Arenenberg mit ihrem Sohne Ludwig Buonoparte im Monate August 1831 von England ab, und machte, das Incognito benützend, einen kurzen Ausflug nach Boulogne, wo sie sich der glanzvollen Zeit des Jahres 1805 erinnerte.

Auf ihrer Reise berührten sie Chantilly, die Residenz des Prinzen Condé, dann Ermenonville und St. Denis.

Zu Malmaison, das letzte Schloß, wo sich der Kaiser Napoleon aufhielt, bevor er Frankreich für immer verlassen, und wo er im Juni 1815, die einsamen Tage der Abdankung mit Hortensia ver-

lebt hatte, erhielten sie aber keine Erlaubniß, dasselbe zu betreten.

So setzten sie nun ihre Wanderung weiter fort, und kamen endlich in der Mitte des Monats August zu Arenenberg an, wo ihnen trotz aller Bemühungen der Diplomaten der ruhige Aufenthalt gestattet war.

Hier begann nun eine Zeit von fieberhafter politischer Bewegung und aufflammender Hoffnung, welche desselben nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt, dem Sohne des Kaisers Napoleon in wirksame Thätigkeit kam.

Als die Kaiserin Maria Louise im März 1814 mit ihrem Sohne nach Blois flüchten mußte, und bald darauf nach dem Lustschlosse Schönbrunn bei Wien gebracht wurde, verlangte Napoleon bei seiner Abreise nach der Insel Elba, und während der hundert Tage seinen Sohn, dem die Erbschaft der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla als der Mutter neue Besitzthümer zugesichert war, was aber die Alliirten entschieden verweigerten.

Nun versuchte der Sohn einer seltsamen Gouvernante, Graf von Montesquiou im Monate März 1815, den jungen Prinzen zu entführen, was aber zur Folge hatte, daß von nun an Napoleons Sohn in der Wiener Hofburg sorgsam bewacht wurde.

Im Jahre 1816 trat Maria-Louise die Regierung ihrer italienischen Staaten an, und trennte sich von ihrem Kinde, worauf der Prinz im Jahre 1817, als ein Vertrag der alliirten Mächte, ihm das Erbrecht auf Parma genommen hatte, die Zusicherung der früher Zweibrückischen, damals toskanischen Herrschaft Reichstadt in Böhmen erhielt.

Oesterreichische Titel, Wappen und Chargen in der Aemee, sollten im Herzen des Prinzen alle andern Sympathien und Erinnerungen verwischen, jedoch hatte der Prinz ungrachtet aller Vorsicht die Geschichte seines Hauses sehr gut gekannt, und schon in seinem zwanzigsten Jahre oft sich geäußert, daß er keine Freude mehr am Leben habe, und man möge ihn in Ruhe sterben lassen.

Im April 1832 wurde er von einer Lungenschwindsucht ergriffen, und starb in den Armen seiner Mutter, in demselben Schlosse, wo sein Vater Napoleon im Jahre 1809 den Wiener-Frieden unterzeichnet hatte *).

Nach diesem Todtenfalle war jetzt Ludwig Napoleon in den Augen der Buonopartisten der rechtmäßige Erbe des kaiserlichen Throns.

Lucian war älter als der frühere König von Holland, und auch er hatte männliche Erben, aber Lucian und sein Bruder Hieronimus waren durch einen Senatsbeschluß vom 18. Mai 1804 ausgeschlossen worden; denn Napoleon sagte. »Es ist meine Absicht, von meiner politischen Erbschaft zwei meiner Brüder auszuschließen, und zwar Lucian, weil er, trotz seines Verstandes, eine Kameenals-Heirath eingegangen ist, und den Andern: nämlich Hieronimus, weil er sich erlaubt hat, ohne meiner Einwilligung eine Amerikanerin zu heirathen. Uebrigens werde ich ihnen ihre Rechte wieder geben, wenn sie sich von ihren Frauen trennen lassen.

Was die Männer meiner Schwestern betrifft, so haben sie keine Ansprüche zu reheben, denn ich gelangte nicht auf den Kaiserthron durch ein Nachfolgerecht, sondern durch den Willen des Volkes. Ich kann also davon Theil nehmen lassen, wem ich will.

Man hat gesagt, wenn ich Jemand ausschließe, das mein Wille keinen Grhoesam finden wird. Man hat sich auf das Testament Ludwig des XIV. berufen, aber die Umstände werden sehr verschieden seyn.«

Bei der Proklamation der Zusatzakte freilich, die am 22. April 1815 statt fand, glaubte man, Lucian als Joseph's präsumtiven Thronfolger förmlich anzuerkennen; aber es fehlte die Zeit zu der Verwirklichung dieser Absicht; auch hat Lucian schon durch sein Betragen nach der Schlacht bei Waterloo durch seine Verläugnung des Kaisers, seinen allenfälligen Ansprüchen nachträglich entsagt.

Als am 15. Dezember 1809 die Ehescheidung Napoleons von seiner ersten Gemalin Josephine in Gegenwart der ganzen Familie vollzogen ward, entsagte zwar Eugen, Josephinens Sohn von ihrem Gemal Beauharnais, ein Beuder der Hortensia, dem Thron Italiens, der ihm zugesichert war, wenn der Kaiser aus seiner zweiten Ehe mit Maria Louise keine Kinder bekommen sollte, und Hortensia entsagte gleichfalls unter derselben Voraussetzung der französischen Krone, deren einzige Erben damals ihre Kinder waren.

Mit dem Tode des Herzogs von Reichstadt, leben aber natürlich die alten Ansprüche, wenn auch nicht die Rechte wieder auf, und Ludwig Buonoparte ein Sohn der Hortensia. bewahrte seinen Ehrgeiz auf die väterlich- und mütterlichen Ansprüche blos für Frankreich allein, der aber vorrilig Freunde zu andern Zwecken benützen wollten.

Durch die Bemühungen Dom Pedro's ihres Vaters, hatte Maria II. da Gloria von Portugal im September 1833 in Lissabon ihren feierlichen Einzug gehalten, und nach der Entsagung ihres verlobten Bräutigams, dem Usurpator Dom Miguel, erklärten die Kortes die fünfzehnjährige Königin (im Septembre 1834) für volljährig.

Nun handelte es sich aber um ihre Heirath, und man sagte, es wären dem Ludwig Buonoparte Anträge gemacht worden, die aber zu keinem Entschlusse führten, worauf Donna Maria sich mit August Karl von Beauharnais, einem Cousin Ludwigs Napoleon vermälte.

Uebrigens widerlege sotter Ludwig Buonoparte, daß in dieser Angelegenheit, so viel er wisse, gar kein Schritt geschehen sey, und erklärte, das Beispiel seines Vaters, der im Jahre 1810 abdankte, habe ihn gelehrt, sein Vaterland jedem fremden Throne

*) Maria Louise starb am 18. Dezember 1847, worauf ihre Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla nach der Bestimmung des Pariser-Traktats vom 30. Juni 1827 an den Infanten Karl Ludwig, Herzog von Lucca übergingen.

vorzuziehen. Uebrigens ſey er überzeugt, das franzöſiſche Volk werde früh oder ſpät Diejenigen wieder zurückrufen, welche im Jahre 1815 in die Verbannung gezogt worden ſind; und dieſe Hoffnung, eines Tages dem Vaterland als Bürger und Soldat zu dienen, gehe ihm über alle Throne der Welt.

So nahte das Jahr 1836 heran und Frankreich ſchien immer noch nicht glücklich zu ſeyn. Im Juni 1832 nach dem Begräbniß des General Lamarque hatte man ſich in den Straßen von Paris geſchlagen. Im April 1834 war Lyon der Schauplatz fürchterlicher Verheerungen geweſen, und gleich darauf war die republikaniſche Parthei zu Paris losgebrochen. Im Februar 1835 begann der April-Proceß, welcher die Aufſtände zu Lyon, Paris, Marſeille, St. Etienne, Beſançon, Arbois, Chalons, Epinal, Luneville und im Jüra-Departement in eine große Anklage zuſammenfaßte.

Die willkürliche Proceßführung und die Haltung der Angeklagten, vermehrte aber immer mehr die Theilnahme des Volks für die Verfolgten, und die meuchleriſchen Angriffe auf die Perſon des Königs Ludwig Philipp zeigten deutlich, welch großer Haß in dem republikaniſchen Lager gegen den Bürgerkönig herrſche; — ja, wer jetzt Frankreichs Lage ruhig betrachtete, konnte deutlich wahrnehmen, daß die Juli-Dynaſtie noch nicht vollkommen befeſtigt ſey; und Ludwig Buonoparte ſo wie ſeine Anhänger von ihren Wünſchen und Hoffnungen irregeführet, ſahen dieſe Königs-Dynaſtie ſchon im Geiſte geſtürzt.

Der Prinz Ludwig Buonoparte beſuchte oft die Bäder in Baden-Baden, wo er den Oberſten Baudrey vom vierten Artillerie-Regimente, das in Straßburg ſtand, kennen lernte.

Straßburg ſollte jetzt der Ausgangspunkt eines Unternehmens werden, und iſt Straßburg gewonnen, ſo wollte man das Land durch begeiſternde Aufrufe mit ſich gegen Paris fortreißen.

Auf dem Wege dahin ſollten die Soldaten, die jungen Männer und die Bauern ſich um ihn ſchaaren; denn die Juli-Regierung, meinte er, würde ihm vor den Thoren von Paris eine zweifelhafte Armee entgegen führen, während die Vorſtädte ſich erheben, und Ludwig Philipp's ſchwankende Regimenter zwiſchen zwei Feuer bringen würde; und ſo wäre der König oder wie er genannt wurde, der Uſurpator vom Jahre 1830 geſtürzt.

Der glückliche Sieger würde hierauf die franzöſiſche Nation in Urwahlen zuſammenrufen, damit ſie Kraft der Souverainität des Volks ihre Stimme dem Beſten und Tapferſten geben könne.

Unter den Beſten und Tapferſten verſtand ſich aber Ludwig Buonoparte ſelbſt, und hielt ſich von Frankreichs Schutzgeiſt und dem Glücke begünſtigt, ſchon zum Nachfolger des großen Kaiſers Napoleon bezeichnet.

Der Plan war wirklich kühn und klug ausgedacht, denn hatte doch Napoleon von der Inſel Elba zurückkehrend auch Aehnliches entrogt; aber die Geſchichte wiederholt ſich nicht in denſelben Formen, und der große Kaiſer Napoleon konnte wohl Alles, aber nicht ſein Genie vererben.

Ein erſter Verſuch, die Straßburger-Garniſon, welche aus drei Infanterie-Regimentern, einem Bataillon vom Ingenieurs-Korps und zwei Regimentern Artillerie beſtand, zu gewinnen, war nicht glücklich ausgefallen.

Ludwig Buonoparte kam heimlich nach Straßburg, und befragte die Officiere, welche er dem Andenken ſeines Oheims und ſeiner eigenen Sache ergeben wußte, aber dieſe riethen von dem Vorhaben ab, da der Zeitpunkt noch nicht günſtig wäre; er möge daher durch Geduld und kluges Abwarten eines paſſenderen Augenblicks ſich den Sieg verdienen.

Der Prinz kehrte auf dieſe Ermahnung niedergeſchlagen und faſt entmuthigt nach Arenenberg zurück, und ſchrieb jetzt dem General-Lieutenant Voirol, einem alten Soldaten des Kaiſers, welcher am Niederrhein kommandirte, einen einladenden Brief, worin er ihn um eine Zuſammenkunft bat.

Voirol gab aber auf dieſe heimliche Einladung keine Antwort, und hielt es vielmehr für ſeine Pflicht, dem Präfekten des Departements, die Sache anzuzeigen, worauf der Präfekt erwiederte, er habe einen vertrauten Agenten in der Nähe des Prinzen zur Beobachtung, und wiſſe von Allem was geſchah.

Bald darauf gab ein Hauptmann, der ebenfalls einen nicht weniger unvorſichtigen Brief von Ludwig Buonoparte erhalten hatte, dieſen Brief ſeinem Kommandanten, durch welchen er an Voirol gelangte, der jetzt in ſeinem Dienſtgewiſſen ernſthaft beunruhigt ward.

Er ſchickte daher den Hauptmann mit den Briefen des Prinzen nach Paris, und ließ dem Miniſter dieſelben einhändigen; aber der Miniſter Thier's ließ den Krom-Prätendenten ſchreiben in ſeinem Spiele freien Lauf, damit er Muth gewinne, es nochmals zu wiederholen.

Solche Warnungen wären für den Prinzen genug geweſen, wenn er ſie hätte verſtehen wollen, allein die Verhandlungen der Schweiz mit der franzöſiſchen Regierung wegen politiſchen Flüchtlingen, und die Unruhen, die in Frankreich aufs Neue aufgebrochen waren, gaben dem ehrgeizigen Kron-Prätendenten neuen Stoff zu einem hoffnungsvollen Unternehmen.

Ludwig Buonoparte entfernte ſich im Herbſte des Jahres 1836 von Arenenberg unter dem Vorwande gegen ſeine Mutter Hortenſia, er wolle eine Jagdpartie in dem Fürſtenthume Hohenzollern-Hechingen machen.

Beim Abſchied war die Mutter ſehr bewegt, und da ſie doch von den Abſichten ihres Sohnes etwas ahnen konnte, ſo ſteckte ſie ihm als eine Art Talisman den Hochzeitsring der Joſephine mit Napoleon an ſeinem Finger.

In Freiburg (Großherzogthum Baden) erwartete der Prinz mehrere vertraute und hochgeſtellte Perſonen, die aber nicht kamen; endlich, nachdem er drei Tage vergebens gewartet hatte, ging er nach Straßburg und begab ſich Abends zu einem vertrau-

ten Freunde Namens Persigny, der schon durch zwei Monate das Komplott geleitet hatte.

Am folgenden Tage hatte er eine Unterredung mit dem Obersten Vaudrey, der aber immer noch bei seinen Abmahnungen fest stehen blieb, während der Prinz bei seinem Entschlusse beharrte.

Am Abend desselben Tages, nämlich den 29. October 1836 fand auch eine Zusammenkunft der Verschwornen bei Persigny Statt, wo man besonders Vaudrey und den Kommandanten Parchuin bemerkte, welch Letzterer mit leichterer Mühe zu bewegen war, als der vorausſichtige Vaudrey.

Die Berathſchlagung nahm ihren Anfang und die Kühnen und Klugen wollten ſich zuerſt an das dritte Artillerie-Regiment wenden, welches das einzige war, welches ſeine Pferde und ſeine Kanonen bei der Hand hatte.

Iſt einmal dieſes Regiment für die Verſchwörung gewonnen, ſo zweifelte man nicht an der Zuſtimmung des vierten Artillerie-Regiments, welches zum Befehlshaber den Obersten Vaudrey hatte.

Von dem Uebertritt des Ingenieur-Bataillons war man durch frühere Einverſtändniſſe ſicher, endlich hatte auch der Oberſt Vaudrey die Schlüſſel des Arſenals. Es handelte ſich alſo nur darum, den Platz d'Armes zu beſetzen, und die Infanterie-Regimenter ſo wie die Stadt durch die aufgeſtellten Kanonen zum Gehorſam und zur Unterwerfung zu zwingen; aber von einer ſolch gewaltſamen Handlung ſchreckte Ludwig Buonoparte zurück, und ſo ward beſchloſſen, ſich der Kaſerne Auſterlitz, worin ſich das vierte Artillerie-Regiment befand zu verſichern, und dann über einen langen Wall hin, bis zur Finkmattkaſerne zu dringen, um es mit dem dortigen Infanterie-Regimente zu verſuchen; während man ſich unterwegs der wichtigſten öffentlichen Gebäude der Stadt bemächtigen wollte.

Hierauf gingen die Verſchwornen auseinander, und in einem Hauſe, das von der Auſterlitz-Kaſerne nicht weit entfernt war, wurden Proklamationen an das Volk, an die franzöſiſche Armee, und an die Bewohner von Straßburg verfaßt.

Das Volk erinnerte der Prinz an die ungeſetzmäßige Erbebung der königlichen Familie Orleans, um welche die Nation nicht befragt worden ſey, an die Fehler der Regierung, an Frankreichs gedemüthigte Stellung und an den alten Ruhm der dreifarbigen Fahne. Er komme jetzt, das Vermächtniß des Kaiſers in der einen Hand, und den Degen von Auſterlitz in der andern Hand, als der Befreier und Retzer von dem ſchmachvollen Drucke

Er fordere daher die Soldaten auf, die Barbarei aus dem Kapitol zu vertreiben im Namen des großen Helden, der die Armee ſo glorreich dahin geſtellt hat.

Die Bürger von Straßburg ſollten endlich die aufgelöſte Nationalgarde wieder errichten, und mit ihm nach Paris marſchiren.

Dieſe Proklamationen waren mit dem Namen »Napoleon« unterfertigt, die Rollen vertheilt und die Stunden für jede Bewegung feſtgeſetzt.

Am Morgen des 30. Octobers gegen 5 Uhr ſchrieb der Prinz zwei Briefe an ſeine Mutter Hortenſia, worin er in einem Briefe das Gelingen des Plans, in dem andern Briefe das Gegentheil anzeigte, und harrte des entſcheidenden Augenblicks.

Der Morgen dieſes Tages, an welchem man zu dieſem Unternehmen ſchritt, brach trüb und herbſtlich an, und es zeigte ſich nicht, als ob die Sonne von Auſterlitz den Ausbruch der Verſchwörung begünſtigen wollte.

Um 5 Uhr ließ Vaudrey im Hofe der Auſterlitz-Kaſerne Generalmarſch blaſen, worauf die Soldaten in den Hof eilten, und ein Viereck bildeten, in deſſen Mitte ſich der Oberſt begab.

Die Kanoniere zu Pferde hielten das Gitter beſetzt, welches auf den Auſterlitzplatz führt, und bald darauf erſchien der Prinz.

Vaudrey ſtellte ihn jetzt dem Regimente vor, und verkündigte den Anfang der Revolution. Die Soldaten empfingen den Prinzen mit dem Rufe: »Es lebe der Kaiſer!« worauf er einige ergreifende Worte ſprach, nachdem er ſie erinnerte, daß ſein Oheim der große Napoleon bei der Belagerung von Toulon, in dieſem Regimente ſeinen erſten Waffendienſt geleiſtet — und daß dieſes Regiment ihm die Thore von Grenoble eröffnet habe, als er von der Inſel Elba zurückkehrte.

Durch dieſe begeiſternden Erinnerungen wiederholten die Soldaten ihren Ruf »Es lebe der Kaiſer,« und die Muſik ertönte in Siegesmärſchen.

Ludwig Buonoparte glaubte jetzt ſchon an einen Sieg, und gab ſeinem Adjutanten den Befehl, den glückwünſchenden Brief an ſeine Mutter Hortenſia abzuſchicken.

Um dieſelbe Zeit hatten mehrere Offiziere auch das Ingenieur-Bataillon mit ſich fortgeriſſen, der Brigade-General ſo wie der Oberſt des dritten Artillerie-Regiments, welches auf die Aufforderung zweier gewonnener Offiziere, im Namen des Prinzen zu den Waffen griff, wurden arretirt, während Perſigny ſich zugleich des Präfekten bemächtigte, und zwei andere Mitverſchworne dann den Telegraphen und die Stadt-Druckerei in Beſchlag nahmen.

Als die Straßburger von dem Lärm geweckt wurden, und ihre Thüren und Fenſter öffneten, ſahen ſie das ſchreinbar glückliche Gelingen eines Komplots, von welchem Tags vorher noch niemand eine Ahnung gehabt hatte, aber gerade in dieſem Geheimnißvollen lag das Unglück des Unternehmens; denn Verſchwörungen, welche gelingen ſollen, müſſen von dem Volke, wenigſtens im dunklen Vorgefühl erwartet und vorhergeſehen werden.

Als der große Napoleon am 9. October 1799 in Freius eintraf und nach Paris eilte, wußte er dieſe Wahrheit zu würdigen. Es blieb wohl bis zum 9. November das Geheimniß des Staatsſtreichs verborgen, aber die entſchiedene Haltung des jungen Generals, und ſein vorſichtiges Ablehnen aller, von den Partheien ihm gemachten Anträge, ließen errathen, daß ſich etwas vorbereite, und daß Napoleon Mann genug ſey, irgend welchen Schlag

den er im Plane führte, mit Glück und Verſtand auszuführen.

Der Neffe Napoleons kam aber den Meiſten, wie eine ſonderbare Ueberraſchung, denn man wußte nicht, was von ihm zu halten ſey, und dieſerwegen blieb auch die Einwohnerſchaft der Stadt von der Begeiſterung der Soldaten ganz unberührt und weniger theilnehmend an dem Aufſtande.

Nur ein geringes Häuflein folgte dem Prinzen, der jetzt mit dem gewonnenen vierten Artillerie-Regimente nach der Kaſerne Finkmatt marſchirte.

Als man vor der Wohnung des Generals Voirol ankam, präſentirte der Poſten das Gewehr, und rief: »Es lebe der Kaiſer.« Der Prinz ging nun zum General und verſuchte es nochmals, ihn für ſeine Sache zu gewinnen; aber alle Bemühungen blieben vergebens, denn der General wollte den Eid nicht brechen, welchen er dem Könige Ludwig Philipp geleiſtet hatte.

Ludwig Buonoparte ließ ihn nun bei dieſer beharrlichen Weigerung verharren, worauf der Poſten den Aufrührern zur Kaſerne folgte.

In dieſe führten aber zwei Wege, nämlich der eine gegen Norden ging über den Stadtwall zu einem eiſernen Thor des Hofes, und gegenüber ging eine kleine enge Straße von der Vorſtadt Pierre aus, gleichfalls auf den Hof zu. Man mußte natürlich über den Wall in die Kaſerne dringen, wenn die ganze zahlreiche Truppe mit einem Stoß in dieſe einrücken und der Rücken frei gehalten werden ſollte.

Aber auch hier ſollte wieder die unglückliche Leitung Alles verderben; nachdem die Kolonne ſich in der kleinen Straße verwickelte, worauf ſich der Prinz mit 400 Mann auf den Hof wagen mußte, den er aber nur mehr als Gefangener verlaſſen ſollte.

Die Infanteriſten des Regiments, welche die Finkmatt-Kaſerne bewohnten, waren noch ruhig in ihren Zimmern, endlich lockte ſie aber der Lärm an die Fenſter, worauf ſie der Prinz vom untern Hofraume aufforderte, ſich ihm anzuſchließen. Man denke ſich aber das damals Unvorbereitete des ganzen Unternehmens, und den Mangel an Einverſtändniſſen unter dem Infanterie-Regimente ſelbſt, ſo wird man die Tollkühnheit des Kron-Prätendenten kaum begreifen können; aber dennoch begünſtigte ihn das leicht zu beſtimmende, leicht zu begeiſternde franzöſiſche Blut.

Die Infanteriſten eilten jetzt in den Hof, unter welchem jetzt ein alter Sergeant, der in der kaiſerlichen Garde gedient hatte, hervortrat, die Hände des Prinzen ergreift, und ſie unter Thränen küßt. Die Soldaten ſtanden gerührt, und miſchten ſich unter die Kanoniere, worauf man ein tauſendſtimmiges Geſchrei »Es lebe der Kaiſer!« von allen Seiten hörte.

Da verlautete, wahrſcheinlich von einigen Offizieren des Infanterie-Regiments das Gerede, der Prinz ſey ein Betrüger; er ſey blos der Neffe des Oberſten Vaudrey und uſurpire den Namen des großen Kaiſers Napoleon. Ein Lieutenant ſtürzte jetzt auf den Prinzen zu, um ihn zu verhaften; die Kanoniere bemächtigten ſich aber des Lieutenants, der wieder ſeine Freiheit erhielt, aber die Soldaten des Infanterie-Regiments waren ſchon mißtrauiſch geworden.

In dieſem gefahrvollen Augenblicke erſchien ein Ober-Lieutenant, und ſprach zu den Soldaten, welche jetzt von ihrem Bajonette gegen die Empörer Gebrauch machten. Die Artilleriſten, welche ſich in der breiten Straße Faubourg Pierre aufgeſtellt hatten ſtürzten, als ſie von der Gefahr ihrer Kameraden hörten, in den Kaſernhof, und bald fing eine greulich blutige Szene an.

Auf dem Walle hatte ſich Volk verſammelt, das für den Prinzen Anhänglichkeit zeigte, und warf auf die Infanteriſten Steine.

Dieſe jetzt zur Wuth gereizt, drangen mit geſällten Bajonett immer weiter vor auf die Artilleriſten, die ſich in Bereitſchaft machten, um von ihren Kanonen, die ſie herbeigebracht hatten, Gebrauch zu machen und Feuer zu geben.

Die übrigen Artilleriſten wurden gegen den Wall gedrängt und kamen zum Theil unter die Pferde ihrer Kameraden. Da befahl jetzt ein Offizier einige Flintenſchüſſe in die Luft gegen den Wall hinzugeben, worauf ſich das erſchrockene Volk nach allen Seiten hin zerſtreute.

Der Prinz hätte ſich jetzt wohl noch retten können, denn zwei ſeiner Anhänger erboten ſich, ihm mit dem Degen in der Hand, einen freien Ausweg zu verſchaffen, er weigerte ſich aber, und ward verhaftet.

Auch Vaudrey ergab ſich, als ihm Taillandier im Geheimen mitgetheilt hatte, man halte in der Stadt das Komplot für ein legitimiſtiſches.

Parquin, der vor der Kaſerne in der Uniform eines Wachtmeiſters erſchien, wurde gleichfalls verhaftet, und das dritte Artillerie-Regiment, als es von der Niederlage des Prinzen hörte, machte am Eingang der Straße der Vorſtadt Pierre Halt, und zerſtreute ſich bald darauf, welchem Beiſpiele auch das Ingenieur-Bataillon nachfolgte.

Außer Parquin wurden noch der Kommandant Debrue, ſo wie zwei Lieutenants nebſt noch mehreren Perſonen gefänglich eingezogen; indeſſen gelang es aber noch mehreren dabei betheiligten Offizieren und Bürgern glücklich zu entkommen.

Am Nachmittage war die ganze Aufſtands-Szene wieder zu Ende, und der Prinz hatte den glückwünſchenden Brief an ſeine Mutter zu voreilig abgeſchickt.

Man hat geſagt, die Regierung ſey über das Straßburger-Ereigniß in große Beſtürzung gerathen; übrigens war aber auch wieder das Gerede, die Regierung habe von dem Komplote ſchon früher Kenntniß gehabt. Vielleicht hatte man auch in Paris auf die Flucht des Prinzen gerechnet, und ſeine Gefangenſchaft war es nur, die der Regierung eine gewiſſe Verlegenheit verurſachte, denn was ſollte man mit dem Prinzen anfangen?

Der Pairshof war unſicher. Mehrere Pairs, die mit dem Kaiſerreiche in Verbindung ſtanden, und, wenn auch nicht eine große Anhänglichkeit für den Prinzen, doch das Unziemliche ihrer richterlichen Stellung in ſeinem Prozeſſe empfanden, hatten ſich zuvor rekuſirt. Vor die Jury andererſeits, wollte man

den Prinzen auch nicht stellen, denn ein »Nichtschuldig« wäre leicht möglich gewesen. Ferner hatte auch dieses bürgerliche Verfahren gegen den Sohn eines frühern Königs seine leicht begreiflichen Bedenklichkeiten.

Nach langen Berathungen im Ministerrath, wurde endlich der Beschluß gefaßt, den Prinzen von seinen Mitschuldigen zu trennen, und ihn nach Amerika zu verbannen, und so wurde nun Ludwig Buonoparte in das Gefängniß, und dann unter sicherer Eskorte nach Paris gebracht, wo er den Beschluß seiner Verbannung erfuhr.

Während seines zweistündigen Aufenthalts in Paris, schrieb er einen Brief an Ludwig Philipp, in welchem er um Schonung seiner Mitschuldigen bat, und dann einen zweiten Brief an seine Mutter Hortensia, in welchem er sie bat, ihm nicht nach Amerika zu folgen, dann, daß sie für die Straßburger Gefangenen sorgen wolle. Hortensia von dem Unglücke ihres Sohnes unterrichtet, war jetzt nach Frankreich geeilt, um Fürbitte zu thun.

Ludwig Buonoparte kam auf einem abscheulich eingeleiteten Umweg, erst nach drei Monaten, nämlich Anfangs März 1837 zu Neuyork an das Land, wo er die Absicht hatte, sich wie Achill Murat eine unabhängige Existenz zu verschaffen.

Am 6. Jänner 1837 kamen die Mitschuldigen des Prinzen vor die Jury zu Straßburg, wo aber sämmtliche Angeklagte zum großen Jubel des Publikums, und zur Bestürzung des Ministeriums frei gesprochen wurden.

Bei dieser wichtigen Verhandlung scheint angenommen worden zu seyn, daß die Schwurmänner nicht von der Theilnahme für Pläne der Buonoparti'sten, oder von den Hoffnungen der Republikaner, nicht von einem geheimen Widerwillen gegen die Dynastie Orleans, und auch nicht von Oppositionsgelüsten gegen das Ministerium eingenommen waren, sondern, daß sie von dem empörenden Gefühl der Ungerechtigkeit überzeugt waren, die einen Prinzen glücklich in ein fremdes Land wandern läßt, während die von ihm Verführten als Opfer seines Ehrgeizes fallen sollten.

Im Herbstmonate des Jahres 1837, erhielt der Prinz einen Brief von seiner Mutter, die am Sterbebette lag. Auf diese Nachricht eilte er nach England, schiffte sich von dort nach Holland ein, fuhr den Rhein hinauf, und kam unerkannt über Karlsruhe nach dem Kanton Thurgau, worauf nach seiner Ankunft Hortensia am 5 October 1837 starb.

Die Anwesenheit Ludwig Buonoparte's in der Schweiz, in der Nähe der Grenze, wurde indessen von der französischen Regierung sehr ungünstig beurtheilt, denn das Ministerium hatte erwartet, er werde wieder nach England zurückkehren.

Da nun aber dieses nicht geschah, verlangte der französische Gesandte in der Schweiz, der Herzog von Montebello im Namen seiner Regierung die Ausweisung des Prinzen, wogegen aber die Schweiz wie im Jahre 1836 mit der Bemerkung protestirte, der Prinz sey ein Bürger im Kanton Thurgau.

Ludwig Philipp als König von Frankreich, wollte aber von der Buonoparti'schen Sorge befreit seyn, und ließ ein Armeekorps von 25,000 Mann an die Grenze hinziehen, während aber auch die Schweiz ihre erforderlichen Gegenrüstungen einleitete.

Der Widerstand der Schweiz, wenn sie sich dazu ernstlich entschlossen hätte, konnte ihrem Handel und ihrer Unabhängigkeit nur verderblich seyn, und da Ludwig Buonoparte überdaupt nicht die Ursache des Krieges seyn wollte, so verließ er Arenenberg, und reiste durch Deutschland und Holland nach Rotterdam, wo er sich einschiffte. Im October 1838 traf der Prinz in London ein und beschäftigte sich hier mit schriftstellerischen Arbeiten.

In Paris folgten indessen die Ministerwechsel rasch auf einander; Thiers seit 1. März 1840 Conseil-Präsident, liebte in der Politik das Dramatische, und so erhielt Guizot, der Gesandter in London war; den Auftrag, die irdischen Ueberreste des Kaisers Napoleon von der englischen Regierung zurückzufordern, worüber auch die erwünschte Genehmigung erfolgte.

Die Nachricht davon wurde sowohl von den Kammern als auch von dem Publikum mit Begeisterung aufgenommen, und der Prinz von Joinville erhielt den Auftrag, den Sarg mit den irdischen Ueberresten Napoleon's auf der Insel St. Helena in Empfang zu nehmen.

Frankreichs Begeisterung über die Wiedereroberung der kaiserlichen Asche; die Petitionen um die Rückberufung der Familie Buonoparte, welche schon damals der Deputirten-Kammer zugingen; die von der Quadeuppel-Allianz bewoegerufene Entrüstung, welche Ludwig Buonoparte gegen die Dynastie Orleans gerichtet glaubte; endlich die unerschütterliche und von seiner zum Theile verdächtigen Umgebung genährte Ueberzeugung, er brauche nur zu erscheinen, damit Frankreich sich ihm zu Füssen werfe, — dieses Alles ließ Ludwig Buonoparte's Einbildungskraft die Straßburger-Exfahrungen vergessen, und den Plan eines neuen tollkühnen Unternehmens fassen.

Er wollte auf seiner Rückkehr in Boulogne landen, und von dort aus Frankreich erobern.

Als das Comité in Paris, welches die Buonoparti'schen Angelegenheiten leitete, von dem unsinnigen Vorhaben Nachricht erhielt, schickte es ganz erschrocken darüber, den Obersten Vaudrey und eine vornehme Frau, die eine Freundin der Königin Hortensia war, nach London, um Ludwig Buonoparte vor sich selbst und seinen Rathgebern zu warnen.

Man sagte ihm, die Regierung wisse von Allem, und es solle sich vor den Schlingen der französischen Polizei hüthen.

Diese Angabe hatte auch allerdings keine Unwahrscheinlichkeit, denn man wird sich erinnern, daß der Präfekt von Straßburg, als ihm Voirol die Projekte und Briefe des Prinzen mittheilte, von einem vertrauten Polizei-Agenten sprach, den er in der Nähe des Kron-Prätendenten habe; warum sollte also jetzt, nach dem ersten Attentat oder Angriff das fran-

zösische Ministerium die nöthigen Vorsichtsmaßregeln und Beobachtungen des Prinzen unbrachten gelassen haben?

Man darf also gar nicht zweifeln, daß der Minister Thier's und der König Ludwig Philipp auf die Familie Buonoparte, welche sich in London aufhielt, ein wachsames Auge hatten, und von den Absichten des Prinzen Ludwig Buonoparte genau unterrichtet waren. Sie ließen aber das Komplot, wie immer zum Ausbruche kommen, um die ihnen gefährliche Parthei sicher und ganz schlagen zu können.

Der Plan des Prinzen war jetzt im Ganzen die Wiederholung des Straßburger-Attentats. Boulogne sollte zuerst erobert werden, weil es dem Kaiserreiche durch die glanzvollen Szenen des dortigen Feldlagers vom August des Jahres 1805 ein unvergeßliches Andenken bewahrt.

Von Boulogne und der Umgegend aus, sollte daher das Land aufgeboten und gegen Paris mit fortgerissen werden.

Am 1. August 1840 waren dazu alle Vorbereitungen getroffen, und zur Ausführung des Anschlags in London ein Dampfschiff unter dem Vorwand einer Vergnügungsfahrt an den Küsten von Schottland gemiethet worden.

So schiffte sich jetzt der Prinz mit einem bedeutenden Waffenvorrath und 50 bis 60 Theilnehmern, unter welchen sich mehrere hochgestellte Offiziers außer Dienst, so wie auch mehrere Personen befanden, die schon bei dem Straßburger-Attentat betheiligt waren, zu London ein, und landete am 6. August Morgens um 2 Uhr bei Wimereux.

Ein Zollwächterposten wurde jetzt übertumpelt, und so marschirte die Kolonne auf Boulogne zu, wo sich in dem Hafen der Stadt das Dampfschiff wieder einfinden sollte, um den allenfälligen Rückzug zu decken.

Die Garnison der Stadt bestand aus zwei Kompagnien Infanterie, einer Kompagnie Kanoniere, einer Gendarmerie-Brigade und einer Kompagnie Küstenwächter.

Es handelte sich jetzt darum, zuerst das Infanterie-Regiment zu gewinnen, und so rückte der Prinz nach 4 Uhr in Boulogne ein.

Ein Infanterieposten in der Altenstraße wurde entwaffnet, während vor der Kaserne des Infanterie-Regiments ein heimlich mit dem Komplotte einverstandener Offizier dem Wachposten befahl, die Waffen zu präsentiren.

Die Gruppe drang nun in den Hof der Kaserne, und der Prinz ließ Appell schlagen, worauf die Soldaten tumultuarisch zusammen stürzten, und durch den Anblick des Adlers begeistert, in das Geschrei ausbrachen »Es lebe der Kaiser.«

Der erste Akt der Komödie war also wieder glücklich zu Ende gespielt, aber wie in Straßburg trat ein Ereigniß dazwischen und vereitelte den ganzen Plan des Aufstandes.

Ein Hauptmann kam in die Kaserne und erinnerte die Soldaten an ihre Pflicht, worauf sich bald zwei militärische Partheien bildeten, die schon bald auf dem Punkte standen handgemein zu werden.

Nach dem Aufgange der Straßburger-Affaire, hatte man dem Prinzen zum Vorwurf gemacht, daß er zu wenig Energie oder Thatkraft gehabt hätte; jetzt wollte er sich aber als ein Anderer zeigen, und drückte auf den Hauptmann, dessen Widerstand sein Unternehmen mit Lächerlichkeit bedrohte, eine Pistole ab. Der Schuß fehlte aber, und verwundete einen Soldaten am Halse, worauf auch bald das Buonoparti'sche Häuflein die Unmöglichkeit einsah, hier einen Vortheil zu ziehen.

Nachdem man sich in guter Ordnung aus der Kaserne zurückgezogen hatte, wollte jetzt der Prinz das Schloß erobern, und das Volk in der Stadt zum Aufstande bereden, aber das Schloß war fest verrammelt, und jeder Versuch die Thüren zu sprengen, vergeblich geblieben.

Indessen war eine, schon vorher in London gedruckte Proklamation an das Volk vertheilt worden, worin man sagte, die Asche des großen Kaisers Napoleon, welche in das wiedergeborne Frankreich zurückkehre, dürfe nicht entweiht werden durch heuchlerische Huldigungen.

Vor drei Jahren habe er, Ludwig Buonoparte, der Sache des Volks sich gewidmet, und wenn auch sein Unternehmen in Straßburg mißlungen sey, so habe die Jury in Elsaß sein Recht dennoch anerkannt.

Nun wurden noch aufgezählt die Leiden, welche die jetzt herrschende Dynastie über Frankreich gebracht habe.

Alle Klassen wurden angesprochen, und jeder Klasse gesagt was sie im Jahre 1830 gehofft und was sie erhalten habe. Eben so wurde erwähnt, daß bereits zehn Ministerwechsel aufeinander gefolgt seyen, ohne die Lage des Landes nur im Geringsten zu bessern.

Wer an die Spitze des französischen Volkes gestellt würde, der habe ein Mittel in Händen, große Dinge zu vollbringen; er brauche nur zu wollen. Er wolle Ordnung und Frieden wieder herstellen, und sich mit den ausgezeichneten Männern jeder Parthei umgeben, und auf die Interessen der großen Körperschaften des Volkes sich stützend, ein unerschütterliches Gebäude der Ruhe und des Wohlstandes gründen.

Sichere Allianzen sollen Frankreich dafür bewahren, daß es nicht in einen allgemeinen Krieg gestürzt werde; ja der Krieg in Algerien wurde sogar als eine Plage des Landes bezeichnet.

Zuletzt schloß diese Proklamation mit den unvermeidlichen Erinnerungen an des großen Kaisers Schatten und das Schwert von Austerlitz *).

*) Auf dem Schiffe wurde auch der Entwurf eines Dekrets aufgefunden, in welchem die Dynastie Orleans für abgesetzt erklärt wird, und die Kammern aufgelöst werden. Bei der Ankunft des Prinzen Ludwig Buonoparte, der sich Napoleon unterzeichnete, soll ein National-Kongreß zusammenberufen werden, der die Regierungsform zu bestimmen habe. Der Minister Thier's ward zum Präsidenten der provisorischen Regierung ernannt, und Clauzel erhielt den Oberbefehl über die Truppen in Paris.

Als der Prinz durch die Stadt Boulogne zog, war ihm der Unter-Präfekt mit der Nationalgarde entgegen getreten, und hatte ihn aufgefordert, sich zurückzuziehen.

In diesem Augenblicke wäre es noch möglich gewesen, daß sich der Prinz auf das Schiff hätte begeben können; aber er glaubte noch immer an einen günstigen Ausgang und verfolgte seinen Plan.

Zwischen der Stadt und dem Ufer befindet sich die von Napoleon errichtete Denksäule, welche die Königin Hortensia im Jahre 1831 mit dem Prinzen bestiegen hatte.

Ludwig Buonoparte und seine Begleiter machten jetzt einen Kreis um die Säule, und ein Lieutenant stieg hinauf um den Adler auf der Spitze unter dem Geschrei: »Es lebe der Kaiser« aufzupflanzen.

Da erschien wieder der Unter-Präfekt an der Spitze einer Truppe Infanterie und der Nationalgarde, worauf sich jetzt die Empörer an das Ufer begaben. Aber man fand hier nur einen einzigen Nachen, in welchen der Prinz von seinen Begleitern, um ihn zu retten, fast hineingestoßen wurde; jedoch die Soldaten gaben auf diese kleinen Fahrzeuge sogleich Gewehrfeuer.

Der Prinz erhielt eine gefahrlose Kugel am Arm, der Oberst Voisin wurde verwundet, Faure, ein Kaufmann, fiel aber todt nieder, und bald strandete auch das Schiff.

Der Graf Dunin, ein Neffe des Erzbischofs von Posen ertrank, die Uebrigen wollten sich durch Schwimmen retten, aber man setzte ihnen nach, und so wurden Ludwig Buonoparte und viele seiner Theilnehmer, theils am Ufer, theils in der Umgegend ergriffen, und verhaftet; während es nur dem Grafen Gurrelles, dessen Flucht zwei Fischer begünstigten, gelang, als der Einzige der Verschwornen, glücklich zu entkommen.

Die Gefangenen wurden jetzt auf das Schloß in der obern Stadt gebracht, und dort so lange aufbehalten, bis von Paris der Befehl kam, den Prinzen nach der Hauptstadt zu bringen; wo durch eine königliche Ordonnanz der Pairshof zusammen berufen wurde, um über das Attentat zu Boulogne Gericht zu halten.

Am 28. August 1840 hatte der öffentliche Prozeß seinen Anfang genommen, nachdem man schon bei der Verunterſuchung alle Diejenigen ausgeschieden hatte, welche nur mit einigem Schein der Wahrheit behaupten konnten, sie hätten bei der Abfahrt von London das Verhaben des Prinzen nicht gekannt, oder waren davon nicht unterrichtet.

Es saßen daher von den vielen betheiligten Personen nur 19 als Urheber oder Theilnehmer der Verschwörung auf zwei Anklage-Bänken, nämlich der Prinz Ludwig Buonoparte, — der General Montholon, — der Oberst Voisin, die Kommandanten Le Duff von Mésonan und Parquin, der Oberst Bouffet von Montaubau, Lombard, Persigny, Forestier, der Ingenieur Baraille, der Lieutenant Aladenize, der Oberst-Lieutenant Laborde, der Hauptmann Alexandre, der Doktor Conneau und dann Ornano, Galvain, d'Alembert Orsi und Bure.

Als der Prinz in das Luxembourg trat, präsentirte die Wache das Gewehr, welche Ehrenbezeugung aber widerrechtlich dem Orden der Ehren-Legion galt, den er trug, und den ihm der Kaiser Napoleon in frühester Jugend ertheilt hatte.

Noch auffallender war es aber, daß mehrere Pair's den Prinzen begrüßten, und daß nur 167 bei dem Namens-Aufruf antworteten, während die Mehrzahl Derjenigen, welche dem Napoleon'schen Adel angehörten, und viele Andere sich stillschweigend wegen Furcht von Partheilichkeit zurückgezogen hatten.

Nachdem die ersten Formalitäten erfüllt waren, verkündigte der Kanzler Pasquier dem Prinzen in kurzen Worten den Gegenstand der Anklage, worauf der Prinz um die Erlaubniß bat, einige Betrachtungen dem Gerichtshof mitzutheilen, was ihm der Kanzler auch gewährte.

Nun sprach der Prinz ungefähr folgende Worte:

»Zum ersten Male in meinem Leben ist es mir erlaubt, die Stimme in Frankreich zu erheben, und offenherzig zu Franzosen zu sprechen.

Trotz der Wachen die mich umgeben, und der Anschuldigungen, die ich so eben erfahren habe, kann ich, erfüllt von den Erinnerungen meiner ersten Kindheit, innerhalb des Palasts dieses Senats, in Ihrer Mitte, meine Herren, die ich kenne, — kann ich nicht glauben, daß Sie meine Richter seyn können, noch daß ich mich Ihnen gegenüber zu rechtfertigen habe.

Eine feierliche Gelegenheit ist mir geboten, meinen Mitbürgern meinen Weg, meine Absichten, meine Plane auseinander zu legen, ihnen zu sagen, was ich denke und was ich will.

Frei von Hochmuth und Schwäche, erinnere ich mich an die Rechte, welche die Nation meiner Familie anvertraut hat, einzig und allein um die Pflichten anzuerkennen, welche diese Rechte uns zugeführt.

Seit 50 Jahren ist der Grundsatz der Volks-Souverainität in Frankreich geweiht durch die mächtigste Revolution, die in der Welt sich ereignet, und in dieser ganzen Periode ist der Wille der Nation, so feierlich und in so zahlreichen Stimmen niemals proklamirt worden, wie es für die Annahme der kaiserlichen Konstitutionen geschehen ist.

Die Nation hat diesen großen Akt niemals widerrufen, und der Kaiser hat es gesagt, was ohne die Nation geschehen ist, sey ungesetzlich.

Glauben Sie daher ja nicht, daß ich den Einflüsterungen des persönlichen Ehrgeizes Gehör gegeben, und nach Frankreich gekommen bin, um eine kaiserliche Restauration zu versuchen; o nein! ich bin von einer höhern Lehre erzogen, und ich habe edleren Beispielen nachgelebt.

Mein Vater stieg ohne Kummer vom Throne herab, als er es nicht mehr für möglich hielt, die Interessen Frankreichs mit den Interessen des Volkes zu versöhnen, das er zu regieren berufen war.

Zajetí Ludvika Bonaparte-ho u Boulogne.

Bonaparte Lajos elfogatása Boulogénál.

L'arrestazione di Luigi Buonaparte presso Boulogna.

Die Gefangennehmung Ludwig Buonaparts bei Boulogna

Ludvik Bonaparte a jeho souvinníci před soudem.

Luigi Buonaparte ed i suoi complici avanti all' giudizio.

Bonaparte Lajos és bűnészesei a vállottak pádjan.

Ludwig Buonaparte und seine Mitschuldigen auf der Anklagebank.

Der Kaiser, mein Oheim, dankte ab und wollte nicht das Kaiserreich durch Verträge erkaufen, die Frankreichs Grenzen beschränken und das Land jener drohenden Verachtung des Auslandes preis geben sollten, welche wir jetzt erleben. Diese Lehren habe ich nicht vergessen.

Noch sprach er weiter zu den Pairs von Frankreich von dem National-Kongreß, damit das Volk selbst entschieden könnte, über die Regierungsform seiner Wahl; dann, daß er keine Mitschuldigen habe, und das ganze Unternehmen blos von ihm allein selbst geleitet worden sey. — Der Gerichtshof sey ein politischer Körper. Es handelt sich hier um keinen Prozeß, sondern um einen Kampf zwischen dem Besiegten und den Siegern.

Die andern Fragen, die von dem Kanzler an ihn gestellt wurden, ließ er unbeantwortet, bis auf diejenigen, welche seine Mitschuldigen betroffen hatten, die er mit aller Mühe frei zu reden suchte; und diese befolgten auch größtentheils in ihrer Vertheidigung daßelbe System, und läugneten mit großer Verbarrlichkeit jede Mitwissenschafte an dem Attentate.

Am 30. September war das Verhör zu Ende, und am 2. October 1840 wurden die Debatten geschlossen.

Berryer vertheidigte Ludwig Buonoparte in einer glanzvollen Rede, und sagte: »Im Jahre 1836 hat man erkannt, daß der Prinz durch das Verbannungsgesetz außerhalb des Rechts gestellt worden; daher hat man ihn den Richtern entzogen, und so ist der gegenwärtige Prozeß ein Widerspruch. Aus der Schweiz, mußte sich der Neffe des Kaisers entfernen; also gibt es keine Gesetze, die ihm ein Vaterland und die Freiheit sichern, auch gibt es keine Gesetze, die ihn zum Tode verurtheilen. Und wenn er gefiegt haben würde, hier frage ich, würden ihn seine jetzigen Richter verstoßen haben? Wie wollen sie ihn richten, und welches Gesetz auf ihn anwenden? Vielleicht den Straf-Kodex? Dieser spricht auf den Tod, und dieses werden die Pairs gewiß nicht wagen. Sie können nur ein politisches Urtheil fällen.

Andere Vertheidiger sprachen für die übrigen Angeklagten, wobei sich der General Montholon mit den wenigen Worten rechtfertigte:

»Er habe den letzten Seufzer des Kaisers auf St. Helena empfangen: wie hätte er also auf dem Strande von Boulogne den Neffen Napoleons seinem Schicksale überlassen können?

Endlich trug der General-Prokurator die Todesstrafe über Ludwig Buonoparte an, und am 6. October verkündigte der Kanzler die Entscheidung.

Der Pairshof verurtheilte Ludwig Buonoparte aber zu einem lebenslänglichen Gefängniß, den Lieutenant Aladenize zur Deportation und die Uebrigen zu Gefängnißstrafen von zwanzig bis zu fünf Jahren, nämlich nach dem sträflichen Verhältnisse ihrer Theilnahme.

Hierauf wurde der Prinz am nächstfolgenden Tage, nach der 5 Meilen von Peronne, im Departement der Somme gelegenen Festung Ham geführt, wohin der General Montholon und der Dr. Conneau die Erlaubniß erhielten, ihre Verhaftung mit der Ihrigen zu theilen.

In das Gefängniß des Prinzen kam die Nachricht von der Einbringung der Asche des Kaisers Napoleon, die zu Paris am 15. Dezember 1840 Statt fand.

Auch hörte er von den Petitionen, in welchen um die Rücknahme des Gesetzes gebeten wurde, welches die Familie Buonoparte verbannt hielt.

Am 21. October 1840 hatte Thier's als Minister seine Entlaßung genommen, worauf das Ministerium Soult-Guizot-Duchatel ans Ruder kam, von welchem die Abschaffung eines Repreßgesetzes, ungrachtet der oft gemachten Versuche und energischen Schritte nicht zu erwarten war.

Uebrigens waren aber diese Anstrengungen, die für den Prinzen gemacht wurden, immerhin tröstend, denn sie bewiesen, daß seine Anhänger an ihn dachten.

So war nun das Jahr 1845 herangekommen, in welchem der Vater des Prinzen von einer bedenklichen Krankheit überfallen wurde, die nun auf's Neue die Veranlassung gab, sich für die Befreiung des Prinzen zu verwenden.

Die Regierung sah selbst den Prinzen sehr ungern in einer Gefangenschaft, und es wurde ihm mehrmalen der Vorschlag gemacht, er könne seine Freiheit erlangen, wenn er dem Könige Ludwig Philipp das Ehrenwort gebe, daß er den französischen Boden nicht wieder betreten wolle; was aber der Prinz immer beharrlich verweigerte.

Indeßen schrieb er aber einen Brief an den Minister Duchatel, in welchem er bat, sich auf kurze Zeit zu seinem Vater begeben zu dürfen, er würde dann freiwillig auf sein Ehrenwort wieder in sein Gefängniß zurückkehren; allein das Ministerium verwarf diese Bitte.

Nun machte er den letzten Versuch, und schrieb an den König selbst, worin er das Versprechen wegen Rückkehr in seine Haft auf sein Ehrenwort wiederholte, und an die menschlichen Gefühle Ludwig Philipps appellirte; aber auch dieser Versuch schlug fehl, und so beschloß er keinen Schritt in dieser Angelegenheit mehr zu thun, noch zu dulden.

Indeßen verschlimmerte sich der Zustand seines Vaters immer mehr, und es kamen Briefe über Briefe von Florenz, worauf er endlich beschloß, um seinen sterbenden Vater noch zu sehen, aus dem Gefängniß zu entweichen; und dieses Vorhaben ward auch am 25. Mai 1846 auf eine ziemlich wunderbare Art durchgeführt, welches Ereignis der Prinz auf folgende Weise selbst erzählt.

»Die Festung Ham war von 400 Soldaten besetzt, die täglich zuerst eine Wache von 60 Mann außerhalb der Festung aufstellten. Das Thor des Gefängnisses war durch drei Gefangenwärter bewacht, von welchen immer zwei Mann Schildwache standen.

Vor diesen mußte er nun zuerst vorbeigehen, dann durch den innern Hof, bei den Fenstern des Kommandanten vorüber. Dort angekommen, blieb nur

noch die kleine Eingangsthüre übrig, vor welcher innerhalb ein Beobachtungs-Soldat, ein Sergeant, der Portier, eine Schildwache und ein Posten von 30 Mann sich befanden.

Da er jedes Einverständniß hatte vermeiden wollen, so mußte er zu einer Verkleidung seine Zuflucht nehmen, wozu sich eine sehr schickliche Gelegenheit darbot, da in dem Gebäude, das er bewohnte, gerade mehrere Zimmer ausgebessert wurden. Der Kammerdiener, den der Prinz bei sich hatte, schaffte den Anzug eines Arbeiters herbei, nämlich eine Blouse und ein paar Holzstiefeln.

Als am Montag Morgens den 25. Mai die Arbeiter ankamen, und sich in die Zimmer begaben, brachte ihnen der Kammerdiener zu trinken und zu essen, damit sie den Prinzen bei seiner Flucht nicht auf dem Wege begegneten.

Unten auf der Treppe stand ein Wächter, da aber der Prinz vorsichtiger Weise ein Stück Bretterpfosten auf der Schulter trug, so hielt er dieses vor das Gesicht, und kam so glücklich in den Hof, wo er immer das Stück Holz nach jener Seite hinhielt, wo ihm Personen oder Schildwachen begegneten.

Als er vor der ersten Schildwache vorbeigekommen war, ließ er das Brett fallen, und bemühte sich abschicklich dasselbe aufzuheben, da in demselben Augenblicke ein wachthabender Offizier im entgegen kam, der ihn aber nicht bemerkte, da er gerade mit dem Lesen eines in der Hand haltenden Briefes beschäftigt war.

Die Soldaten, welche den Posten an der kleinen Eingangsthüre hatten, erstaunten wohl über seine Kleidung, und der Trommelschläger kehrte sich sogar mehrmalen um, ihn genauer zu betrachten.

Indessen öffnete aber der Beobachtungs-Soldat die Thüre, und der Prinz befand sich außerhalb der Festung; wo ihn die dort beschäftigten Arbeiter gleichfalls mit Aufmerksamkeit ins Gesicht faßten, aber bald hörte er in diesem angstvollen Augenblicke die tröstlichen Worte: Ach! es ist ja Bernard!«

Nun eilte er auf die Straße von St. Quentin hin, wo ihm sein Kammerdiener mit einem Wagen einholte, welcher schon früher bestellt gewesen war.

Außerhalb der Stadt stand ein Postwagen in Bereitschaft, der nun den Prinzen, nachdem er Valenciennes brachte, von wo aus er mit der Eisenbahn incognito durch Belgien nach Ostende fuhr; und so kam er am 26. Mai Abends in London an.

Ob die Regierung von dieser Entweichung wußte, und damit heimlich einverstanden war, ist verschiedenartig besprochen worden; — übrigens mußten Ludwig Philipp und der Minister Guizot jedenfalls sich nachträglich freuen, daß sie ihr im Kerker befindliches Opfer los geworden sind.

Der Prinz meldete von London aus seinem Vater die glückliche Flucht, worauf sich dieser nach Livorno bringen ließ, um den Sohn, dessen Ankunft er erwartet hatte, einige Stunden früher in seine Arme schließen zu können. Aber der Sohn kam nicht, denn der österreichische Gesandte und das englische Ministerium verweigerten ihm die Päße zur Abreise nach Italien auszufolgen.

Nach einem, in unnützen Schritten und Reklamationen verlorenen Monate schrieb der Prinz seinem Vater, die Diplomatie halte ihn auf englischem Boden gefangen, und drei Tage nachher, am 25. Juli 1846 starb zu Livorno im acht und sechzigsten Lebensjahre sein Vater, der nach einem kurzen und scheinbaren Glanze wenig Freude in seinem Leben gehabt hatte.

Uebrigens sollte man glauben, es wäre dem Sohne, trotz der Weigerung der Gesandtschaften dennoch möglich gewesen, selbst ohne Paß, unerkannt von London nach Livorno zu kommen, um dem Vater die Augen zuzudrücken; aber die Königin Hortensia hatte Jahre hindurch von ihrem Manne entfernt gelebt, und so scheint es, daß auch die Kinder der Vaterliebe fremd geworden sind.

Am 27. Mai 1846 schrieb der Prinz einen Brief an den französischen Gesandten zu London, in welchem er erklärte, daß er nicht das Gefängniß verlassen habe, um jenen Krieg gegen die französische Regierung zu erneuern, der so unglücklich für ihn geendet habe; sondern nur der Gedanke, sich seinem alten Vater zu nähern, habe ihn zu dieser Entweichung aus seinem Gefängnisse veranlaßt.

Uebrigens gedenkt er der vergeblich gewesenen Bitten, die seine Freunde und er an die französische Regierung gerichtet haben; und so sey ihm nur allein jene Zuflucht geblieben, welche die Herzoge von Nemours und Guise, unter ähnlichen Umständen zur Zeit Heinrich's des IV. gerettet. Er ersuche zugleich den Gesandten, die französische Regierung von seinen friedlichen Absichten zu benachrichtigen, und solche von seiner Seite freiwillig gegebene Erklärung werde hoffentlich die Gefangenschaft seiner eingekerkerten Freunde abkürzen.«

Diese Mahnung blieb auch nicht ungehört, und so wurden im Juni 1846 mehrere, der in die Boulogner-Affaire verwickelte Personen auf freien Fuß gesetzt.

Mit der Revolution vom Februar des Jahres 1848 waren die Buonoparte fast zugleich in Paris eingetroffen, und die provisorische Regierung erhielt schon am 26. Februar einen, von dem Prinzen Ludwig Buonoparte unterzeichneten Brief folgenden Inhalts:

»In demselben Augenblicke, als das Volk gesiegt hat, habe ich mich auf das Stadthaus begeben.

Jeder gute Bürger hat die Pflicht sich um die Republik zu schaaren. Ich bin einer der Ersten, der dieser Pflicht nachkommt, glücklich daher, wenn meine Vaterlandsliebe nützlich verwendet werden kann.

Die provisorische Regierung dürfte sich aber wohl, von dieser gefährlichen Verwendung, und suchte es, dem Prinzen dergleichen zu machen, daß er ihr im Weg stehe.

Der Prinz Buonoparte verlor aber darüber weder seine Geistesgegenwart noch seine angestrebten

Uprchnutí Ludvíka Bonapartého z pevnosti Hamské.

Fuga di Luigi Buonaparte dalla fortezza di Ham.

Bonaparte Lajos Ham várából szökése.

Ludwig Buonaparts Entweichung aus der Festung Ham.

Hoffnungen, und ſcheieb einen zweiten Brief, welcher durch die Journale verbreitet wurde.

Am 19. Mäej 1848 wurde in dem Bureau der Verſammlung die Frage beſprochen, ob ein Verbannungs-Dekret gegen Ludwig Philipp und deſſen Familie zu erlaſſen ſey, und ob das Verbannungsgeſetz vom Jahre 1832 gegen die Familie Buonoparte in Bezug auf Ludwig Buonopaete aufrecht zu erhalten ſey. Dieſen Gedanken gab man aber keine Folge, jedoch gegen die Dynaſtie Oelean, wurde von der National-Verſammlung das Verbannungs-Dekret als Geſetz angenommen.

Dem Prinzen Ludwig Buonoparte ſtand jetzt nichts mehr im Wege, daß er bei den nächſten Deputirten-Wahlen als Kandidat auftreten konnte, und ſo ward er in vier Departements, mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

Jetzt wurde das Intereeſſe für den Prinzen immer größer, und man ſah den neuen Stern immer höher ſteigen. Paeis fing an zu gähren, und der Name Ludwig Buonoparte war die Urſache oder der Vorwand der drohenden Bewegung.

Am 12. Juni wurde das Gebäude der National-Verſammlung umlagert, wobei die Nationalgarde in Anſpruch genommen werden mußte.

Die Sitzung war ſtürmiſch, denn gleich im Anfange beſtieg Napoleon Buonoparte, ein Sohn des Hieronimus die Tribune, und vertheidigte ſeinen Vetter. Ja er klagte auch die Regierung an, nachdem ſie Aufſtände hervorſuchte, um einen Grund zu bekommen für die Erneuerung des Verbannungs-Dekrets.

Am Abende dieſes Tages fand nur zum Scheine und zwar zu Gunſten der Buonoparte noch ein unbedeutender Krawall Statt; ja es war ſogar das Gerede verbreitet worden, das Volk habe die National-Verſammlung geſtürmt, aber man überzeugte ſich bald, daß es nur einige hundert Gaſſenjungen waren, welche lärmend auf dem Konkordienplatze erſchienen, welche durch die Nationalgarde zerſtreut wurden.

Am 13. Juni wurde für die Zulaſſung des Prinzen Ludwig Buonoparte als Volksvertreter abgeſtimmt, wofür ſich eine bedeutende Stimmenmehrheit erhob. Als ſeine Zulaſſung beſchloſſen war, hörte man von dem National-Palaſte von dem verſammelten Volke das Geſchrei »Es lebe die National-Verſammlung! Es lebe die Republik.«

Am 24. September Abends traf Ludwig Buonoparte in Paris ein, und ſtieg bei der Prinzeſſin Demidow, ſeiner Couſine (der Tochter des Hieronimus) ab.

Er ließ jetzt bei der Regierung die Anfrage machen, ob er ſich auf ſeinen Sitz in der National-Verſammlung ungehindert begeben könne, woraus die Antwort erfolgte, daß ihm nichts entgegen ſtehe.

Am 26. Septembe erſchien nun Ludwig Buonoparte in der National-Verſammlung, wo ſein Eintreten eine Art parlamentariſchen Aufſtandes hervorrief.

Er war ſehr einfach gekleidet, und trug in ſeiner ganzen Perſon den Stempel der Würde der Sanftmuth und Diſtinktion. Man bemerkte ſeine große Geſtalt, ſeine braune ſüdliche Geſichtsfarbe und daß er graue Haare bekomme; übrigens fand man bei ihm wenig Aehnlichkeit mit ſeinem großen Oheim dem Kaiſer Napoleon.

Als er in den Saal getreten, und ſeine Wahl für rechtmäßig erklärt ward proklamiete der Präſident den Bürger Karl Ludwig Napoleon Buonoparte als Volksvertreter für das Departement der Yonne.

Der Prinz beſtieg hierauf die Tribune und hielt folgende Rede: »Bürger, Repräſentanten! Nach den vielen Weitwendungen, deren Gegenſtand ich geweſen bin, iſt es mir nicht möglich, das Stillſchweigen zu bewahren.

Ich muß mich laut ausſprechen an dem erſten Tage, da ich die Ehre habe, in Ihrer Mitte zu ſitzen, ich muß die Gefühle zu erkennen geben, die mich ſtets belebt haben.

Nach drei und dreißig Jahren der Proſcription und meiner Verbannung iſt es mir endlich erlaubt, Frankreich und meine Mitbürger wieder zu ſehen.

Die Republik hat mir dieſes Glück gegeben, möge die Republik meinen Schwur der Erkenntlichkeit und Ergebenheit empfangen.

Meine edlen Mitbürger, die mich durch ihre Wahlſtimme geehret haben, können auf mein eifriges Beſtreben zuchnen, mit ihnen an der Entwicklung der demokratiſchen Verfaſſung zu arbeiten, welche das Volk zu fordern das Recht hat.

Bis jetzt habe ich nur durch die Lektüre und das Nachdenken von Ihren Arbeiten Kenntniß nehmen können. Heute erſt, meine lieben Kollegen, kann ich ſelbſt daran Theil nehmen.

Meine Haltung in Ihrer Mitte, wird die eines Mannes ſeyn, der feſt entſchloſſen iſt, ſich aufzuopfern für die Vertheidigung der Ordnung und für das Heil der Republik.«

Dieſe Rede machte einen guten Eindeuck. Die Vertheidigung der Ordnung beruhigte die Rechte, und der ſchwache, unterhöhlte Berg fand Troſt an der Entwicklung einer demokratiſchen Verfaſſung.

Aber mit der Theilnahme an den Arbeiten der Verſammlung war es von Buonoparte nicht ſehr ernſtlich gemeint; er nützte ſich auf der Rednerbühne wenig ab, und enthielt ſich ſogar bei der Abſtimmung wichtiger Beſchlüſſe.

Nach der Annahme der Verfaſſung im November 1848, nahm die Wahlſchlacht über die Ernennung des Präſidenten ihren Anfang, die aber bald nur mehr ein Kampf zwiſchen Cavaignac und Ludwig Buonoparte war.

Buonoparts Progeamm war gemäßigt republikaniſch, und allen Partheien gerecht, beſonders aber der Bouegeoiſie, der es Reformen in den Finanzen und Frieden verſprach; woraus nun für Ludwig Buonoparte als Präſident der franzöſiſchen Republik bis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852; die meiſten Stimmen ſich vereinigten.

Cavaignac hatte jetzt in wenigen aber würdigen Worten, die ihm bisher unvertraut geweſene

Staatsgewalt, in die Hände der National-Verſammlung zurückgegeben und zugleich die Abdankung ſeiner Miniſter angezeigt.

Der neue Präſident leiſtete jetzt den vorgeſchriebenen Eid, wobei er folgende Anrede hielt:

»Die Stimme der Nation und der Eid, den ich ſo eben geleiſtet habe, zeichnen mir mein künftiges Verhalten vor.

Meine Pflichten ſind mir vorgeſchrieben, und ich werde ſie auch als Ehrenmann erfüllen.

Ich werde in allen denjenigen Perſonen Feinde des Vaterlandes ſehen, die ſuchen würden, durch ungeſetzliche Mittel das zu ändern, was Frankreich eingeſetzt hat.«

Als er noch weiter ſprach, verſicherte er die Befeſtigung der demokratiſchen Staats-Einrichtungen, die Linderung der Leiden des Volkes, die Zurückführung der Verirrten auf den rechten Weg und die Beſchwichtigung der Leidenſchaften.

Endlich ſprach er noch unter einem großen Beifallsrufe die bedeutungsvollen Worte aus.

»Setzen wir Männer des Landes, und nicht die Männer einer Partei, ſo werden wir mit Gottes Hilfe wenigſtens das Gute thun, wenn uns das Große zu thun nicht vergönnt iſt.«

Die neuen Miniſter welche der Präſident Buonoparte wählte, waren aus allen Partheien gezogen, weil er ſie alle vereinigen und verſöhnen wollte.

Zur ouvertürlichen Linken in der Deputirten-Kammer gehörten Odilon-Barrot, de Tracy und Leon Faucher. Zum Centrum gehörten L. de Malleville, Drouyn d'Lhuys und Paſſy. Alt-Republikaner war Birio. Legitimiſt war Falloux. Altkonſervativ war der General Rulliere. Aus den Sozial-Demokraten war Niemand, wie ſich leicht begreifen läßt, in das Miniſterium gewählt worden.

Mit der Einſetzung des Präſidenten, hatte die National-Verſammlung die Stadt Paris überraſcht, weil nicht ohne Grund eine unruhige Bewegung befürchtet werden war.

So ſah ſich jetzt Ludwig Buonoparte an dem Ziele ſeiner ehrgeizigen Wünſche, oder wenigſtens befand er ſich in der Vorhalle des Tempels der Macht, deſſen Pforten er ſchon zweimal, nämlich im Jahre 1836 durch einen Militär-Aufſtand in Straßburg, und im Jahre 1840 durch ein ähnliches Unternehmen in Boulogne gewaltſam aufzureißen verſucht hatte.

Die Erinnerung an jene unbeſonnenen Streiche war nicht zu vertilgen, und in Rückſicht auf eine ſolche Vergangenheit, blieb der Verdacht, daß der Erbe des Kaiſers, der vergeblich darnach getrachtet hatte, ſich als Napoleon II. dem Lande als Herrſcher aufzudringen, die jetzt freiwillig in ſeine Hand gelegte Macht einſt zu weiter reichenden Planen benützen werde.

Dieſes Mißtrauen hat ihn auch ſeit jener Zeit, ungeachtet aller ſeiner gemachten Betheuerungen, beſtändig begleitet, und ſeine ohnehin dornenvolle Bahn noch ſchwieriger gemacht.

Die erſten Angriffe in der National-Verſammlung richteten ſich gegen den Schild des Präſidenten Buonoparte, und gegen den General Changarnier, in deſſen Hände, — gegen die Verfaſſung — der Befehl über die Nationalgarde von Paris, gleichzeitig mit dem über die Beſatzungstruppen der Hauptſtadt gelegt ward, und eben ſo gegen den Marſchall Bugeaud den offenbaren Anhänger der Familie Orleans, welcher den Oberbefehl über das Alpenheer erhalten hatte.

Die Alt-Republikaner beanſtändeten dieſe Mißverhältniſſe mit ſchärfen Worten, und ermüdeten nicht in ihren Anſtriffen.

Von Seite der fremden Mächte wurde die Erhebung des Ludwig Buonoparte nicht ungerne geſehen, denn ſie erwarteten von ihm die Niederhaltung oder Einſchläferung der Partheien im Innern von Frankreich, während ſie in ihm ohnehin keinen Kriegsfürſten zu befürchten hatten, da man allgemein einſah, daß die Talente des verſtorbenen Kaiſers Napoleon, und die Größe ſeines Charakters, kein Erbtheil ſeines Neffen geworden ſind.

Die Erklärung welche Drouyn d'Lhuys, nämlich der Miniſter der äußern Angelegenheiten an die fremden Geſandten richtete, war vollkommen geeignet, dieſe Männer über die Zukunft zu beruhigen, denn er ſagte ihnen.

»Die äußere Politik, welche ich zu vertreten die Ehre habe, wird eine Politik des Friedens, der Verſöhnung und der völkerrechtlichen Verbrüderung ſeyn;« und er hat wirklich mehr als Wort gehalten, denn nachgiebiger, ja ſelbſt furchtſamer war die auswärtige Politik Frankreichs zu keiner Zeit mehr, als während der Dauer ſeines Miniſteriums.

Das Programm der Miniſter, welches Odilon-Barrot in der Sitzung der National-Verſammlung vom 26. Dezember vorgetragen hatte, befriedigte nicht, denn es ſchloß ſich genau an die Rede des Präſidenten Ludwig Buonoparte bei ſeiner Eidesablegung an, bewegte ſich in allgemeinen Ausdrücken, und entſchuldigte das unterlaſſene nähere Eingehen auf die Lage des Staats damit, daß ſie, die Miniſter, noch zu neu in den ihnen anvertrauten Aemtern wären, und noch zu wenig mit den innern Verhältniſſen bekannt ſind.

In jeder größeren Verſammlung kann es nicht fehlen, daß ſich Partheien bilden, aber nur in ſo aufgeregten Zeiten, wie die gegenwärtigen waren, traten ſie einander mit ſolcher Schroffheit gegenüber auf, daß ein feſtes Aneinanderſchließen der gleichartigen Partheien zum unabweislichen Bedürfniſſe ward.

Wie man dieſes in der Paulus-Kirche zu Frankfurt geſehen hat, ſo bildeten ſich auch in der franzöſiſchen National-Verſammlung parlamentariſche Klubbs, welche ſich in beſonderen Zuſammenkünften über ihre Abſtimmungen in der Verſammlung im Voraus ſchon verſtändigten.

Cavaignac ſchloß mit mehreren Freunden einen ſolchen Verein, welcher zum Zweck hatte, ſich durch die Schwierigkeiten der Finanzlage nicht von allen nützlichen Reformen zurückhalten zu laſſen.

Prisaha prezident Ludvika Bonaparta.

Le prestazione di giuramento del presidente Luigi Bonaparte.

Bonaparte Lajos elnökének eskütétele.

Die Eidesablegung des Präsidenten Ludwig Buonaparte.

Baraguai d'Hilliers führete den Vorsitz in dem Klubb der Straße Poitiers, der besonders die monarchische Parthei verband. Die Bruchtheile der Linken traten aber auch in Verbindungen, wodurch eine schärfere Sonderung und Scheidung der Partheien bewirkt wurde.

Das Volk erwartete vor Allem Erleichterung seiner Lasten und die National-Versammlung wollte das Jahr nicht verstreichen lassen, ohne wenigstens dem Volke ihren guten Willen zu beweisen.

Eine der drückendsten Steuern war die Auflage auf das Salz, welches nicht blos ein unentbehrlicher Artikel in jedem Hauswesen, sondern auch ein wichtiger Hebel in der Landwirthschaft ist.

Am 28. Dezember wurde also beschlossen, den Preis desselben auf zehn Franken für ein Kilogramm vom 1. Jänner 1849 herabzusetzen, wodurch freilich der Staatsschatz jährlich 46 Millionen verlor, während ohnehin schon eine Weniger-Einnahme von beinahe 500 Millionen zu erwarten stand.

Mit seinem Kabinet kam der Präsident auch sehr bald in ein Zerwürfniß. Er wollte nämlich doch etwas wirklich gelten und sich einen Einfluß auf das Beamtenthum sichern, nachdem er sich die Ernennung zu den höhern Stellen vorbehalten hatte. Günstlinge sollten belohnt, Anhänger sollten gewonnen werden. Dieser Zuziehung des Präsidenten aber widersetzte sich Leon von Malleville, der Minister des Innern mit Entschiedenheit, nachdem er behauptete, daß das Ministerium für die Handlungen seiner Beamten hafte, und daher auch das Recht haben müsse, sie nach eigenem Ermessen zu wählen.

Dazu kam noch ein zweiter Gegenstand. Der Präsident verlangte nämlich die Auffolgslassung der Akten aus seinen frühern Anstandsversuchen zu Straßburg und Boulogne. Nun waren es aber gerade die Minister Malleville und Thiers gewesen, welche Ludwig Napoleon bei dieser letzten Veranlassung in eine Falle gelockt hatten, um ihn zu verderben.

Es konnte also den Ministern nicht gleichgiltig seyn, dem Präsidenten die Beweise ihres damaligen hinterlistigen Verfahrens in die Hände zu liefern, daher verschreten sie im Einverständnisse mit dem Justiz-Minister Odilon-Barrot, daß nach der vollzogenen Präsidentenwahl die betreffenden Acten unter Siegel gelegt werden sepen, und aus dem Staatsarchive nicht entfernt werden könnten.

Diese Angelegenheit wurde in der National-Versammlung vielfach besprochen, und ein im gereizten Tone geschriebener Brief des Präsidenten an den Minister Malleville bestimmte diesen zuletzt, seine Entlassung anzubiethen, welche auch nach einigen schriftlichen Unterhandlungen angenommen wurde.

Mit diesem Minister trat auch zugleich Bixio, der Minister des Ackerbau's und des Handels, aus dem Kabinet, der sich als Alt-Republikaner darin zu vereinzelt und unbehaglich fühlte, worauf nun Leon Faucher das Ministerium des Innern, und Lacrosse das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, und Buffet jenes für Ackerbau und Handel übernahmen.

Die sozial-demokratische Parthei griff die Regierung des Präsidenten sowohl durch den in den Klubbs gehaltenen Reden, als durch die Presse, mit maßloser Heftigkeit an, aber die Gerichte waren auch nicht nachlässig, durch äußerst strenge Beurtheilungen dagegen einzuschreiten. Ja die mit einer Härte geschehenen Beurtheilungen waren ungemessener als zur Zeit der königlichen Regierung, und es ist vorwaltend geblieben, obwohl schon nicht übersehen werden darf, daß auch die Angriffe gegen den Präsidenten nicht selten in pöbelhafte Rohheit ausarteten.

Mit mehr Freiheit, aber gerade dieswegen tiefer eindringend, waren die Angriffe welche Emile Girardin in seinem Journale »die Presse« wider diejenige Macht führte, zu deren Begründung er wesentlich beigetragen hatte. Aber seine Hoffnung auf eine Ministerstelle war unbefriedigt geblieben, und dieß machte ihn zu einem Feinde des Präsidenten, der es jetzt mit seiner gewandten Feder vortrefflich verstand, die Begriffe zu verwirren, und ohne auf einen bestimmten Weg hinzuweisen, doch immer von dem rechten Weg abzulenken.

Eben so behandelte auch die National-Versammlung den Präsidenten mit einer beleidigenden Kälte, und zeigte feindselige Gesinnungen.

Beim Neujahrs-Empfang erschien nicht der vierte Theil ihrer Mitglieder, und bei der Veränderung der Vorstände in den Abtheilungen, wurden theils entschiedene Republikaner, theils Anhänger der gestürzten Königs-Familie gewählt. Besonders schien aber der republikanische Verein im Palais national zu einer strengen Ueberwachung und entschiedener Opposition geneigt.

Die am 7. Jänner vorgenommene Erneuerung des Vorstandes in die Versammlung brief: Bebeau, Corbon, Goudchaux, Lamoriciére, Havin und Billaut zu Vize-Präsidenten, Peau, Degeorge und J. Richard zu Schriftführern, — Männer, die meistens Gegner des Präsidenten waren, und in gleicher Weise wurden auch die Ausschüsse über das Unterrichtswesen und das Preßgesetz zusammengesetzt. In ersterer Beziehung erregte Falloux, der eifrige Gegner der Universität und der Gönner der Geistlichkeit, welcher unter dem Vorwande der Freiheit des Unterrichts, die Leitung desselben in die Hände gesetzt werden sollte, das öffentliche Mißtrauen in einen hohen Grade.

Die Frage wegen Selbstauflösung der Verfassung gebenden Versammlung, welche eigentlich schon am 4. November den Zweck ihrer Zusammenberufung erfüllt hatte, fing an, das Land lebhaft zu beschäftigen, und es kamen dieserwegen Anträge, die immer zahlreicher wurden; aber die Kammer beschuldigte die Minister, daß sie solche selbst veranlassen, was auch nicht ohne Grund geschehen seyn mag.

Die Versammlung hatte nämlich die Wahl Ludwig Buonopartes ungerne gesehen, und so war ein aufrichtiges Anschließen an seine Regierung nicht zu erwarten.

Ebenso schienen auch die Abgeordneten nicht geneigt, sobald ihre Plätze zu verlassen, da viele derselben wenig oder gar keine Aussicht hatten, wieder

gewählt zu werden, und daher auf der vorigen Berathung der organischen Gesetze, so wie eines Theiles der Verfassung, durch welche diese erst vervollständigt werde, fest bestanden.

Die auswärtige Politik war für die Regierung des Präsidenten ein dornenvolles Feld, denn bezogen in allen Entschlüssen durch die unsichere Lage im Innern des Landes, fehlte es den neuen Machthabern auch noch an scharfer und großartiger Auffassung der Verhältnisse.

Den Bewegungen in Deutschland gegenüber, war diese Politik kleinlich und ungroßmüthig. Das Streben der deutschen Volksstämme nach einer einheitlichen Macht, wurde mit neidischen Blicken verfolgt, die in Frankfurt geschaffene Centralgewalt wenig geachtet, und die freiheitsstrebende Erhebung der Herzogthümer Schleßwig-Holstein ganz offen verfolgt.

Italien hatte zu seinem Verderben den schmeichelhaften Reden und Versprechungen zu viel vertraut, obwohl wieder von anderer Seite in Erinnerung auf vergangene Jahre, durch den neu erwachten Nationalstolz, fremde Hilfe mit den Worten »Italien wird sich selbst helfen,« abgewiesen wurde.

Dieses war das kühne Wort fast aller Italiener, aber bei der innern Zerrissenheit der Partheien, hat sich die großsprechende That erst bestätigt.

Uebrigens war aber auch dem französischen Kabinete mehr daran gelegen, mit Oesterreich in einem guten Einvernehmen zu bleiben, als an der Gründung einer italienischen Republik, besonders, da dabei Grundsätze zur Geltung gebracht werden sollten, gegen die man im eigenen Lande beharrlich ankämpfte.

Die Lostrennung Siciliens von Neapel, wurde von Frankreich als ein schüchterner Schlepptäger Englands begünstigt, aber dem was in Venedig, der Lombardie, in Sardinien und Toskana dann im Kirchenstaate vorging, war man im Elysée national nichts weniger als geneigt.

Der Abgeordnete Beaune brachte alle diese Angelegenheiten in der National-Versammlung zur Sprache, konnte aber von den Ministern nur sehr zurückhaltende Erklärungen erhalten, und ebenso sprach die Mehrheit der Versammlung ganz unverhohlen die Absicht aus, den Papst in seine Staaten wieder zurückgeführt zu sehen.

Noch war die Stelle eines Vizepräsidenten der Republik zu besetzen, und die Regierung brachte dazu drei Kandidaten, nämlich Boulay — de la Meurthe — den General Baraguay d'Hilliers und Vivien in Vorschlag. Bei der Vorlesung wurden aber die beiden ersten Namen mit einem spöttischen Gelächter angehört, und nur gegen Vivien äußerte man eine allgemeine Achtung.

Indessen glaubte der parlamentarische Verein im Palast der schönen Künste, der aus Cavaignacs Freunden bestand, so wie der republikanische Verein im Palais national und selbst die Rue Poitiers das Vorschlagsrecht des Präsidenten berücksichtigen zu müssen, und so wurde der wenig bekannte, ehemalige Deputirte und Oberst der Pariser-Nationalgarde Boulay mit entscheidender Stimmenmehrheit gewählt.

Als aber später die Regierung eine beträchtliche Ausstattung für ihn in Anspruch nahm, bewilligte die Versammlung nur einen Jahrsgehalt von 48,000 Franken, auf welchen aber Boulay gänzlich verzichtete, und sein freilich ziemlich geschäftsloses Amt unentgeltlich verwaltete.

Die Spannung welche mit dem Verhältniß zwischen Sardinien und Oesterreich hervortrat, veranlaßte die französische Republik, in der ersten Hälfte des Monats Jänner den General Pelet nach Turin zu schicken, um dort mit seinem Rath nützlich zu werden — besonders aber, wenn auch gleich nicht offen ausgesprochen — um die Wehrkraft des Landes zu prüfen, und darüber zu berichten.

Die Nachrichten, die er zurückbrachte, lauteten nicht günstig, worauf sich nun das französische Kabinet veranlaßt fand, dem König von Sardinien, Karl Albert, von einer Wiederaufnehme der Feindseligkeiten gegen Oesterreich dringend abzumahnen, was aber nicht beachtet wurde.

Die durch die Hinrichtung der Mörder des General Bréa aufgeregte Wuth der Demokraten stieg noch mehr, als im Monat Jänner die demagogischen Klubbs, »der Centralconseil und der National-Kongreß« geschlossen wurden, und Leon Faucher das Gesetz wider die Klubbs in Vorschlag brachte, welches zwar im Laufe der Berathungen einige Milderung erhielt, aber dennoch dem Belieben der Regierung eine starke Waffe in die Hände gab.

Die Aufregung war so groß, daß die Regierung sich veranlaßt fand, den National-Palast mit einer starken Truppenkette zu umstellen, ohne daß der Präsident in der Versammlung davon zuvor benachrichtigt worden wäre, der überdieß auf seine dießfällige Anfrage an den General Changarnier ein beleidigendes Antwortschreiben erhielt, und nun dem General Lebreton den Befehl über diese Truppen übertrug.

Solchen Vorgängen wurde eine große Wichtigkeit beigelegt, denn man sagte, Paris kann ohne Aufregung nicht leben, und in Ermanglung großer Ereignisse, müssen also kleinliche Reibungen, den Stoff zum Kampfe für die Partheien geben.

Ernster gestalteten sich indessen die unruhigen Bewegungen durch die in Antrag gebrachte Verminderung der Mobilgarde von 12 auf 6 Bataillone.

Mehrere Ober-Offizjere machten jetzt dagegen beim General Changarnier Vorstellungen, wobei sich der Major Aladenize zu einer Heftigkeit hinreißen ließ, welche alle Schranken der Kriegszucht durchbrach. Da er nun nebst mehreren Offizieren verhaftet wurde, so schritt dagegen die Mannschaft ein, die aus lauter jungen Arbeitern bestand, und zum Siege der Regierung im Juni wesentlich beigetragen, mithin auch wohl ein Recht hatte, sich über Undankbarkeit zu beklagen.

Allein ungeachtet dessen schritt die Linien-Infanterie dagegen ein, um den Trotz dieser republikanischen Leibwache zu brechen; und so wurde endlich die Mobilgarde wirklich auf sechs Bataillone vermindert, und

dann zu Ende des Monats März nach Korsika in Besatzung verlegt.

Der 29. Jänner war ein völlig kriegerischer Tag, an welchem die Regierung große militärische Streitkräfte entwickelte, und unter dem Vorwande einer entdeckten Verschwörung, 400 Personen verhaften ließ.

Die Vorlegung des Klubbgesetzes benutzte Ledru-Rollin zu einer Anklage gegen die Minister, welche von vielen seiner Freunde unterzeichnet war, und dem Justiz-Ausschusse überwiesen, aber durch die Verneinung der Dringlichkeitsfrage abgeworfen wurde, wogegen aber die Opposition sich eines andern Mittels bediente, das Kabinet und die Mehrheit zu entzweien.

Leon Faucher hatte nämlich in einem Rundschreiben an die Präfekten die feindselige Stimmung der Versammlung gegen die Regierung gerügt, und die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß Letztere vom Volke unterstützt, und namentlich von diesem die Auflösung der Versammlung beantragt würde, was allerdings die Mehrheit reizte, und die Regierung in einen üblen Stand versetzte.

Aber dennoch wurde die Selbstauflösung der Versammlung in einer dritten Berathung einstimmig beschlossen, jedoch die Feststellung des Budgets für das Jahr 1849 unter die Zahl der noch früher zu erledigenden Gesetze — unter welche auch das dritte vorgelegte Wahlgesetz gehörte — aufgenommen.

Die Anklage gegen die Minister blieb ohne Folge, und auch in Rom hatten sich die Dinge auf eine der päpstlichen Macht sehr nachtheilige Weise gezeigt.

Daß das französische Kabinet der dort eingeführten Republik nicht geneigt war, blieb außer allem Zweifel, und Ledru-Rollin versuchte die Regierung zu offenen Erklärungen zu drängen, um feindliche Absichten derselben zu einer Bewegung im Volke benutzen zu können.

Aber Drouyn d'Lhuys, Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiederte, daß Frankreich sich nicht für alle Revolutionen in Europa solidarisch verbindlich gemacht habe, und bevor man sich über die Republik in Rom freuen könne, müsse man zuerst erfahren, wie diese Republik beschaffen sey wird.

Im Geheimen wurde aber die Dazwischenkunft in die römischen Angelegenheiten bereits beschlossen, und die Rüstungen zu derselben in Toulon und Marseille, hatten bereits ihren Anfang genommen.

Sobald sich der Zeitpunkt der Wahlen mit ziemlicher Genauigkeit berechnen ließ, bemächtigten sich alle Parthein zu dieser wichtigen Angelegenheit, bildeten Wahlausschüsse, und oernachläßigten kein Mittel auf die Wahlen durch vielseitige Umtriebe einzuwirken.

Die Berathung des Wahlgesetzes führte am 21. Februar einen unerwarteten Zwischenfall herbei. Als nämlich die Personen aufgezählt wurden, welchen das Recht der Wählbarkeit zu entziehen sey, schlug der Deputirte Peter Lerour vor, man soll als solche auch die Ehedrecher bezeichnen, und die Kammer genehmigte wirklich diesen Antrag zum Beschluß, der selbst auch in dritter Behandlung auftrecht erhalten wurde.

So kam es in der National-Versammlung auch zur Berathung des Gesetzes über den Staatsrath, wodurch die Gewalt des Präsidenten neue und bedeutende Einschränkungen erlitt, da er bei allen wichtigen Regierungsverhandlungen, wie z. B. bei Auflösung der Departemental-Kantonal- und Municipalräthe an das Gutachten dieser Körperschaft, nämlich an den Staatsrath gebunden wurde.

Eine parlamentarische Untersuchung der Vorgänge vom 29. Jänner, welche der Berg beantragt hatte, wurde von der Versammlung mit Stimmenmehrheit abgelehnt, dagegen brachte aber der Deputirte Buoignier die italienische Frage wieder in Anregung, schilderte die Lage der Dinge in überspannten Worten, und verlangte die Erneuerung der Erklärung vom 29. Mai 1848, nämlich: »Bruderbund mit Deutschland — Befreiung Italiens — und Herstellung des Königreichs Polen.«

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn d'Lhuys behauptete aber, dem Geiste jener Erklärung bisher getreu geblieben zu seyn, und gerade jetzt wolle man eine andere Auslegung geben, welche den Krieg mit seinen Wechselfällen und Lasten unvermeidlich nach sich ziehen müsse.

Ledru-Rollin ließ sich auf eine Prüfung der Regierungs-Verhandlungen ein, und legte den Maßstab jener Erklärung daran, wodei es ihm freilich leicht werden mußte, die geringe Uebereinstimmung von beiden Seiten zu zeigen.

Er sagte, die Abgesandten von Rom habe der Minister nicht einmal ämtlich empfangen, während er dagegen Bündnisse mit Monarchen schließt, welchen der bloße Name »Republik« schon ein Abscheu ist.

Wie die Franzosen ihren König, so haben auch die Römer den Papst vertrieben, besitzen also dasselbe Recht wie die Franzosen, ihre Angelegenheit selbstständig zu ordnen, und doch denken die Minister von Frankreich auf nichts Anders, als auf Knechtung der jungen Republik. Lamartine und Cavaignac übernahmen aber die Vertheidigung der Regierung, und so endeten die Verhandlungen ohne allen Erfolg.

Am 12. März genehmigte die Versammlung die Forterhebung der Steuern, jedoch mit der schon früher beantragten Beschränkung, daß die Berathung des Budgets an die Spitze der Tagesordnung gestellt werde.

Gleichzeitig zeigte auch der Finanz-Minister an, daß der Präsident unter dem Namen von Repräsentationskosten, monatlich 50,000 Franken beziehe, wie sie früher der General Cavaignac erhalten habe.

Das Wahlgesetz fand am 15. März die Annahme, nachdem über die sogenannten Unzuträglichkeiten hitzige Berathungen vorangegangen waren.

Einer großen Anzahl von Beamten wurde die Wählbarkeit entzogen, und selbst die Minister hatten Mühe, nicht in die Reihe geworfen zu werden.

Als Wahltag wurde der 13. Mai, und als der Tag des Zusammentritts der gesetzgebenden Versammlung, der 28. Mai bestimmt, worauf am folgenden Tage die Berathungen des Haushalts ihren Anfang nahmen, in deren Verlauf die Versammlung auf bedeutende Ersparungen Bedacht nahm, die aber gerade

bei den wichtigsten Ausgabsposten: nämlich dem Heer und der Flotte, nicht durchzuführen waren, und dagegen solche Zweige betrafen, welche der Unterstützung des Staats am meisten bedurft hätten, nämlich öffentliche Arbeiten, das Unterrichtswesen und den Landbau.

Ist aber einmal das Mißverhältniß zwischen der Einnahme und Ausgabe in einem Staate so weit wie in Frankreich vorwärts geschritten, so werden sich die Unzuträglichkeiten in der Auflegung der Steuern so wie in ihrer Verwendung immer schwer beseitigen lassen.

In einer dreimaligen Berathung der National-Versammlung, wurde das Gesetz über die Klubbs angenommen, nachdem damit in Paris der schmachvollste Mißbrauch getrieben wurde.

Ludwig Buonoparte als Präsident, hatte mit seinen Vettern nicht weniger als mit seinen Gegnern zu thun.

Napoleon Buonoparte, ein Sohn des Hieronimus *), der im Monate März als Gesandter nach Madrid geschickt wurde, hielt in Bordeaux eine Rede, in welcher er den Präsidenten als in der Gewalt der königlichen Partheien, deren Joch zu zerbrechen er beabsichtige, beschuldigte.

Ludwig Buonoparte wurde dadurch der Kammer-Mehrheit gegenüber, auf eine sehr unangenehme Weise so weit bloßgestellt, daß er in einem Schreiben an seinen verwandtschaftlichen Gesandten, welches durch die Zeitungen der Oeffentlichkeit übergeben wurde, einen Tadel auszusprechen genöthigt war, der diesen so sehr erzürnte, daß er ohne den Urlaub abzuwarten, oder einem Abschied von Madrid zu nehmen, sich sogleich entfernte.

Inzwischen kamen trübe Nachrichten aus Italien an, nachdem der König von Sardinien, Karl Albert am 12. März den Waffenstillstand gekündigt, und am 20. März den Krieg gegen Oesterreich wieder begonnen hatte, der aber binnen drei Tagen mit der völligen Niederlage von Sardinien endete; was nun Odilon Barrot der National-Versammlung mit der Bemerkung bekannt machte, daß, obgleich man in Turin die Rathschläge Frankreichs nicht beachtet habe, die Regierung dennoch entschlossen sey, den Beystand von Piemont, so wie die Ehre und das Interesse von Frankreich zu bewahren.

Die Radikalen forderten aber mehr, denn diese wollten Krieg, die Besetzung von Savoyen und Nizza, und die Abschickung von Flotten nach Genua und Venedig; allein der Krieg, den man zu einer Zeit vermieden hatte, wo der Erfolg so sicher gehofft wurde, konnte nicht jetzt unternommen werden, wo die Lage der Dinge ein solches Wagestück gar nicht begünstigte.

Ein schnell zusammengetretener Ausschuß schlug also die friedliche Beisetzung einiger italienischen Städte vor, und die Regierung nahm diesen Vorschlag auch gerne an, nachdem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte, daß in Italien drei große Interessen wahrzunehmen seyen; nämlich der ungeschmälerte Bestand von Piemont, die Entfernung der Oesterreicher und die Lösung der päpstlichen Frage. Alle diese Angelegenheiten hoffe die Regierung durch friedliche Mittel, aber rasch, und mit Nachdruck und im Einverständnisse mit der möglichst größten Zahl von Mächten zu bewerkstelligen.

Dieser letzte Zusatz in der Rede des Ministers, empörte aber den Berg am meisten, und man frug jetzt, wer diese Mächte seyen? Neapel, Spanien, Oesterreich und Rußland, sämmtlich die geringsten Bundesgenossen einer Republik zur Aufrechthaltung der Volksfreiheit in Italien! Der Erfolg hat gegen die Regierung entschieden, im Falle anders ihre Absichten mit ihren Worten übereinstimmten. Sardinien ist zwar erhalten, aber geschwächt, und dem österreichischen Einflusse preis gegeben; Oesterreich hat Modena, Parma, Toskana und den Kirchenstaat, — mit Ausnahme der Hauptstadt in seiner Gewalt, und Rom ist blutig niedergeworfen worden.

Diese Verhandlungen dauerten mehrere Tage fort, und arteten zuletzt in Persönlichkeiten und harte Vorwürfe aus, jedoch der Regierung stand die Stimmenmehrheit zur Seite, und so wurde der obige Ausschuß-Antrag genehmigt.

Wie eine neue Bombe, schlug die Nachricht von der Deutschen Kaiserwahl ein, aber sie zerplatzte unschädlich, und die ablehnende Antwort des Königs von Preußen ließ voraussehen, daß die Zerrissenheit in Deutschland nur immer weiter vorschreite, und von dieser Seite auf lange Zeit hinaus nichts zu befürchten seyn werde.

Gestützt auf den Beschluß der National-Versammlung zeigte Odilon Barrot in der Sitzung vom 16. April an, daß die Regierung, nachdem die Oesterreicher in Toskana eingerückt seyen und sich im Kirchenstaate eine Krisis vorbereite, nicht länger gleichgiltig bleiben könne.

Das Kabinet habe die Absicht, in Italien eine Regierung auf wahrhaft freisinnige Einrichtungen zu begründen, wozu sie bereits die Vollmacht der Versammlung besitze, und verlange nun zum Zweck einer Ausrüstung nach Rom 1,200,000 Franken, um ein Armee-Korps drei Monate lang, auf den Kriegsfuß erhalten zu können.

Diese Dringlichkeit wurde auch anerkannt, und ein Ausschuß ernannt, der unter dem Vorsitze des Lamoricière, aus Senard, Dufoure, Schölcher, Thiers, J. Favre und dem General Suvervie bestand; und in einer Abendsitzung sogleich Bericht erstatten sollte.

Jules Favre sagte in diesem Bericht: »Die Kommissien hat den Rathspräsidenten und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in ihre Mitte berufen, und aus den Erklärungen dieser Herren geht hervor, daß die Regierung nicht geneigt sey, ihre Grundsätze aufzugeben, um zur Vernichtung einer unabhängigen Souverainität beizutragen, die französische Fahne neben der österreichischen Fahne wehen zu lassen, sondern daß man Oesterreich verhindern müsse,

*) Stammtabelle Seite 79. H—7, und die Note mit *** bezeichnet.

die Gesetze des Krieges und die Vorrechte des Sieges zu mißbrauchen.

Aus Odilon Barrots Rede ging zwar dasselbe, zugleich aber auch die Abneigung des Kabinets gegen die römische Republik hervor, und ihr Fall schien ohne Zweifel sicher, daher nannte Ledru-Rollin diese Einmischung ein österreichisches Bündniß — eine Freiheit — eine Restauration und einen schreienden Widerspruch mit der Verfassung. Aber alle diese Einwendungen nützten nichts, und so wurde, mit zwar geringer Stimmenmehrheit die geforderte Geldsumme zur Ausrüstung einer Armee bewilligt.

Die nach Rom bestimmte Ausrüstung ward jetzt vollendet, und am 17. April Abends, verließen die Schiffe die Rhede von Toulon, und segelten nach den hyerischen Inseln, wo sich das unter dem Befehl des Gegen-Admirals Tresouart stehende Geschwader sammelte.

Den Oberbefehl über die Landtruppen hatte der General Oudinot de Reggio erhalten, dem der Divisions-General Regnault de Saint-Jean d'Angely beigegeben ward.

In der Spitze der drei Brigaden, von welchen Anfangs nur zwei eingeschifft wurden, standen die Generäle Molière, Levaillant und Chadepsson.

Drei Batterien Artillerie, zwei Kompagnien Genie-Truppen und zwei Schwadronen des ersten Jäger-Regiments zu Pferde, hatten sich der Expedition angeschlossen.

Der Oberst Frapolli, welcher außerordentlicher Gesandter der römischen Republik in Paris war, machte Einspruch gegen die Dazwischenkunft in die Angelegenheiten seines Landes, und ließ das an den Minister des auswärtigen Angelegenheiten Drouyn de Lhuys dieserwegen gerichtete, aber von ihm nicht angenommene Schreiben, in den Zeitungen veröffentlichen.

Das französische Kabinet hatte dagegen den Herrn Mercier nach Rom geschickt, um dort eine Gegenbewegung im Sinne der französischen Politik hervorzurufen, und die freundliche Aufnahme des Landungsheeres vorzubereiten.

Der Unterhändler scheiterte aber mit dem Versuche gänzlich, und sah sich seiner Sicherheit wegen genöthigt, nach Genua zu retten.

Am 20. April wurden die französischen Truppen eingeschifft, nämlich diejenigen, die eben erst aus Afrika gekommen waren. Auch Oudinot traf zugleich in Marseille ein.

Am 30. April Abends um 7 Uhr, verließ die Flotille den Ankerplatz bei den hyerischen Inseln, erschien vor Civita vecchia und schiffte mit 1800 Mann Truppen aus, welche die Stadt unter Zustimmung der Behörden, um Mittag besetzten.

Die Politik des französischen Kabinets in Italien, war eine äußerst zwiespaltige und doppelgängige gewesen; denn während es aus Hingebung an die katholischen Mächte, Oesterreich, Spanien und Neapel, die Rechte des Papstes gegen seine Unterthanen unterstützte, befolgte es aus Gefälligkeit für England die gerade entgegengesetzte Politik in Sicilien, und schloß sich den Forderungen an, welche Lord Palmerston zu Gunsten der aufständischen Insel gegen den König von Neapel ableitend machte.

Aus diesem Widerspruch kam man aber nur dadurch heraus, daß Palermo und ganz Sicilien, von dem man nach Verwerfung der vermittelnden Vorschläge, den heftenmüthigsten Widerstand erwartet hatte, sich in Folge geheimer Umtriebe der dortigen Aristokratie den neapolitanischen Waffen auf Gnade und Ungnade unterwarf.

Als die bestimmtesten Nachrichten über diese Vorgänge in Paris bekannt wurden, sah sich die freisinnige Parthei auf eine sehr unangenehme Weise überrascht, während diese Vorgänge der Regierung sehr gelegen kamen.

Das Budget der National-Versammlung wurde über acht Millionen festgesetzt, während die frühere Deputirten-Kammer nur sieben Millionen Franken gekostet hatte. Rechnet man also noch den Aufwand für den Präsidenten dazu, so zeigt die Summe der Ausgabe wenig Unterschied mit dem Betrag der sonstigen königlichen Civil-Liste, was auch die königlich gesinnte Parthei mit grellen Worten dem Volke schilderte, um damit zu beweisen, wie täuschend die Vorspiegelung der Republik in Betreff einer wohlfeileren Regierung gewesen ist; und wobei man noch besonders auf den Umstand aufmerksam machte, daß ein großer Theil der königlichen Einkünfte durch Gaben und Unterstützungen, dem Volke in den Provinzen großmüthig zugeflossen sey

Je näher der Tag der Wahlen heranrückte, um so mehr stieg jetzt die Aufregung in Paris, und unter dem Vorwande von Wahlbewegungen, fanden Zusammenrottungen am Thore St. Martin Statt, die besonders am 28. April einen so drohenden Charakter annahmen, daß die Regierung dagegen kräftig einschritt und gegen 700 Personen verhaften ließ.

Obschon in Paris angefeindet, fand der Präsident Ludwig Buonoparte jedesfalls eine warme und achtungsvolle Aufnahme, wenn er sich in den Provinzen zeigte.

Als er am 30. April der Nationalgarde von Troyes die Fahnen überreichte, welche der Bischof einweihte, waren 40,000 Menschen versammelt, die ihn lebhaft begrüßten. Auch auf dem ganzen Wege dahin, nämlich in Melun, Montereau, Ormes, Romilly fand er die Behörden und die Nationalgarde zu seinem Empfange aufgestellt; dagegen fand die sozialistische Parthei nur in einzelnen Departements Beifall, ja bei einem solch sozialistischen Banket zu Moulins, wäre Ledru-Rollin beinahe das Opfer der Gegenpartei geworden.

Glanzvoller als der 24. Februar wurde die Jahresfeier der Einsetzung der National-Versammlung am 4. Mai abgehalten; jedoch der Freudentaumel der an diesem Tage über Paris ausgegangen war, trübte sich durch die Nachricht der Schlappe, welche die französischen Truppen vor Rom erlitten hatten.

Jules Faore brachte diese Angelegenheit am 7. Mai in der National-Versammlung zur Sprache,

tadelte heftig die Anwendung der Waffengewalt gegen Rom, und verlangte die Niedersetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Anweisungen, welche das Kabinet dem General Oudinot gegeben hatte.

Ferner brachte er in Antrag, die Zurückberufung dieses Generals und die Absendung von zwei Abgeordneten nach Rom, um dort die wahren Absichten und den Willen der National-Versammlung bekannt zu machen.

Der Ausschuß wurde auch sogleich gewählt, und Goudchaux an die Spitze desselben gestellt. Der Berichterstatter dieses Ausschusses, der Deputirte Senard schlug zur Tagesordnung vor: »Die National-Versammlung ladet die Regierung ein, ohne Aufschub Maßregeln zu ergreifen, damit die italienische Ausrüstung nicht ferner mehr ihrem wahren Zwecke entfremdet werde.«

In seinem Bericht bemerkte er auch: »Der Zweck der Unternehmung sey der Schutz gewesen, welchen man der Freiheit des römischen Volkes gegen die Versuche Oesterreichs habe gewähren wollen, nicht aber die Unterdrückung dieser Freiheit. Die Mehrheit des Ausschusses sey der Meinung, daß die Leitung der Angelegenheiten diesem Zweck nicht entspreche; daß die dem General Oudinot ertheilten Anweisungen von den Erklärungen bedeutend abwichen, welche die Minister früher auf der Rednerbühne bekannt gegeben haben, und daß der General seinerseits wieder über diese Anweisungen hinausgegangen, nachdem er zur Anwendung von Waffengewalt geschritten sey.

Dieses wollte aber der Minister Druyn d'Lhuys nicht zugeben, und verlas die dem Generale ertheilten Anweisungen, die aber so zweideutig und auf Schrauben gestellt waren, daß sich die eigentliche Absicht der Regierung nicht deutlich genug erkennen ließ; worauf die Verhandlungen in einer sehr gereizten und leidenschaftlichen Weise bis nach Mitternacht dauerten.

Am folgenden Tage, wo die Versammlung bei den drohenden Verhältnissen es für gut fand, alle Anträge auf die Verminderung des Kriegs-Budgets zu verwerfen, richtete auch der Präsident ein Schreiben an dem General Oudinot, worin er seinen lebhaften Kummer über die unter den Mauern Rom's erlittenen Unfälle ausdrückte, und sagte darin noch weiter: »Unsere militärische Ehre steht auf dem Spiele; ich werde nicht dulden, daß sie Schaden leide.

Sagen Sie Ihren Soldaten, daß ich ihre Tapferkeit würdige, daß ich ihre Sorgen theile, daß sie stets auf meine Erkenntlichkeit rechnen können.«

Dieser Brief, der in einem ziemlichen Widerspruch mit dem Beschlusse der Kammer stand, und wo überdieß die Gegenzeichnung eines Ministers fehlte, verursachte nun neue Stürme, welche aber das Kabinet mit der Erklärung beschwichtigte, daß dieser Brief keinen ämtlichen Charakter trage, dem Herre durch keinen Tagsbefehl bekannt gemacht worden, sondern von dem Feldherrn nur den höhern Offizieren als ein Ausdruck der wohlwollenden Gesinnungen des Präsidenten persönlich mitgetheilt worden sey.

Lesseps, vormals General-Konsul in Barcellona, wurde jetzt in Begleitung des römischen Unterhändlers Recurti nach Rom geschickt, um die Stimmung zu prüfen, und eine Ausgleichung einzuleiten.

Bald darauf ereignete sich aber ein neues Zerwürfniß mit der vollziehenden Gewalt, und zwar am 10. Mai.

Marrast hatte nämlich von dem General Morey eine Verstärkung von zwei Bataillonen zum Schutze der National-Versammlung verlangt, dieser aber hatte sich geweigert, einen Befehl zu vollziehen, der ihm nicht unmittelbar von dem Ober-General Changarnier zugefertigt oder gegeben worden sey.

Marrast berief sich jetzt auf die Verfassung, welche dem Präsidenten der National-Versammlung dieses Recht gibt, und fordert die Bestrafung des widersetzlichen Generals.

Odilon Barrot und der Kriegsminister entschuldigten hier auch das Verfahren Moreys, mit den Gewohnheiten der militärischen Unterordnung; während aber einige Abgeordnete behaupteten, Changarnier habe dem General Morey ausdrücklich verbothen, den Anordnungen des Generals Folge zu leisten. Auch Changarnier äußerte, daß der Präsident dergleichen Anforderungen an ihn, und nicht an seine Untergebenen zu richten habe.

Dieser Streit wurde übrigens im Elysée geschlichtet, wo die Gegner sich persönlich unter der Vermittlung des Präsidenten wieder aussöhnten.

Flacon stellte am 12. Mai eine Frage wegen der russischen Einmischung in Ungarn, aber der Augenblick, wo ein französisches Heer zu einem ähnlichen Zwecke in Italien stand, war von den Deputirten nicht gerade am passendsten gewählt worden; übrigens versicherte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß bereits an die Kabinete von Petersburg, Wien, London und Berlin in dieser Angelegenheit geschrieben worden sey, und daß man seiner Zeit die hierauf erfolgenden Antworten bekannt machen werde.

So rückte nach und nach der Tag der Wahlen für die neue National-Versammlung heran, während inzwischen der Minister Faucher eine telegraphische Depesche an die Präfekten gerichtet hatte, worin er sagte, daß die unseligen Junitage leicht wieder kommen könnten, und die Aufrührer nur auf das Ergebniß der Abstimmungen warten; auch war dieser Depesche ein Verzeichniß von denjenigen Deputirten beigefügt gewesen, welche Tags zuvor gegen die Minister gestimmt hatten.

Darin erblickten nun der Berg, und mit ihm auch die gemäßigten Republikaner eine verfassungswidrige Einwirkung auf die Wahlen, was aber der Minister damit rechtfertigte, daß die Präfekten von jeher über den Zustand der Hauptstadt unterrichtet worden seyen.

Obwohl die Gemäßigten aus den Wahlen wieder mit einer starken Mehrheit hervorgingen, erschreckte dennoch die größere Zahl der Sozialisten, welche in die gesetzgebende Versammlung eintreten sollte, und deren ohne Nachwahlen nur 217 waren.

Auffallend war es auch, daß von den vier Präsidenten, welche nach einander in der Verfassung gebenden Versammlung den Vorsitz geführt hatten; näm-

lich: Buchez — Senard — Marie und Marraſt, keiner wieder gewählt worden ſey.

Am vollſtändigſten war aber der Sieg der Rothen im Elſaß, und gerade dieſe Provinz ſchien am gefährlichſten zu ſeyn, weil ſich dort die meiſte Theilnahme für den inzwiſchen ausgebrochenen Aufſtand in der Pfalz und in Baden zeigte.

Es war faſt komiſch, daß die franzöſiſchen Sozial-Demokraten ihre Hoffnungen auf das Gelingen der Bewegung in Deutſchland, und die Deutſchen dagegen auf den Ausbruch einer neuen Empörung in Frankreich ſetzten; jedoch Beide hatten ſich in ihren Hoffnungen gewaltig getäuſcht; denn die franzöſiſche Regierung ergriff ſchnell durchgreifende Mittel, um die Unterſtützung zu vereiteln, welche man im Elſaß den Pfälzern und Badnern leiſten wollte.

Am 18. Mai beendete die National-Verſammlung die Berathung des Einnahms-Budgets, nachdem ſie zugleich die Getränkſteuer mit Anfang des künftigen Jahres aufhob, um ſich dadurch volksthümlich zu machen, während ſie aber auf der andern Seite der neuen geſetzgebenden Verſammlung eine unüberſteigliche Schwierigkeit hinterließ, da dadurch in der Staatskaſſe eine tiefe Lücke geriſſen wurde, zu deren Ausfüllung ſich noch kein Mittel gefunden hatte.

Das Budget wurde in der Einnahme auf vierzehnhundert, die Ausgabe auf mehr als fünfzehnhundert Millionen Franken geſtellt, in der Wirklichkeit war aber die Einnahme noch weit geringer zu betrachten.

Nicht genug damit, führte die ſcheidende National-Verſammlung noch einen andern Streich gegen die Regierung aus, nachdem ſie den Geſetz-Entwurf, welcher die Unterordnung der Ober-Befehls über die National-Garde mit dem Oberbefehl über die Beſatzungstruppen von Paris ausſpricht, auf drei Monate außer Wirkſamkeit treten ſollte, — verwarf.

Nach dieſem Beſchluſſe wurde nun der General Perrot Anführer der Nationalgarde, und Changarnier behielt bloß den Befehl über die erſte Militär-Diviſion.

Allerdings war die National-Verſammlung bei dieſem Beſchluſſe in ihrem Recht, aber ſie nahm jetzt dieſes Recht nicht aus Ueberzeugung, ſondern bloß aus dem Grunde in Anſpruch, um die Regierung einigermaſſen in Verlegenheit zu ſetzen.

Wenn alſo unter ſolchen Verhältniſſen nicht die Wohlfahrt des Staates die Quelle der Geſetze iſt, wenn Haß, Vortheil, Ränkeſucht, und überhaupt unedle Leidenſchaften über das Schickſal des Volkes entſcheiden; — endlich wenn jede von ſeiner Beſtimmung abtretende Verſammlung nur darauf denkt, ihren Nachfolgern eine trübe Erbſchaft zu hinterlaſſen, ſo kann auch die beſte Verfaſſung dem Lande keinen Segen bringen.

Der Deputirte brachte noch einmal die auswärtige Politik zur Sprache, und tadelte die Miniſter, daß ſie nichts zur Ausführung des Beſchluſſes vom 7. Mai gethan haben. Die Oeſterreicher überſchwemmten nämlich den Kirchenſtaat, und hatten Bologna und Livorno in Beſitz, während der Czar mit 300,000 Mann Ruſſen Ungarn bedränge.

Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn d'Lhuys bemerkt aber hierauf, daß alle dieſe Fragen bereits ſchon abgehandelt worden wären. Nach Rom ſey ein Beoollmächtigter abgegangen, und die Unterhandlungen wegen der ruſſiſchen Einmiſchung ſeyen noch im Zuge.

Am 26. Mai hielt die Verfaſſung gebende Verſammlung ihre letzte Sitzung, wobei ſie der Nationalgarde und dem Herre eine Danſſagung zuerkannte, während Marraſt in ſeiner Schlußrede noch Rückblicke auf die Thätigkeit der Verſammlung warf. Sie hatte nämlich 319 öffentliche Sitzungen gehalten, — und ſich 124 Mal in ihren Abtheilungen verſammelt. Die Zahl der eingelaufenen Bittſchriften betrug 20,565, von welchen aber nur 960 Geſuche zum Vortrag gekommen ſind.

Die Beziehungen der Regierung hatten ſich indeſſen ſo freundſchaftlich geſtaltet, daß Kiſſeleff am 28. Mai dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten ein Schreiben überreichte, durch welches er als ruſſiſcher Geſchäftsträger bei der Republik Frankreichs beglaubigt wurde, — ein Umſtand, der alſo wenig kräftiges Einſchreiten von Seite Frankreichs gegen die Einmiſchung Rußlands in die ungariſchen Angelegenheiten erwarten ließ.

Dieſes geſchah an demſelben Tage, an dem die geſetzgebende Verſammlung ihre Sitzung hielt, die jedoch nur anderthalb Stunden dauerte.

Der Abgeordnete Keratry führte als Alters-Präſident den Vorſitz und erklärte nach einer kurzen Anrede: daß die Verſammlung, da ſie ihre Gewalten unmittelbar von der Verfaſſung und dem Geſetz erhalte, eröffnet ſey.

Dieſelbe Rechtsanerkennung ſprach auch der Miniſter-Präſident Odilon Barrot aus, und zeigte zugleich an, daß die vollziehende Gewalt, ſobald die Verſammlung ſich durch die Wahl ihres Vorſtandes eingeſetzt haben werde, ihr eine Darſtellung der Angelegenheiten der Republik vorzulegen beabſichtige.

Die geſetzgebende Verſammlung zählte 750 Mitglieder, mithin um 150 Deputirte weniger, als die vorige Verſammlung, und unter dieſen 750 Mitgliedern befanden ſich 333 Neugewählte.

Unter dieſen neu eingetretenen Deputirten befanden ſich viele unbekannte Namen und höchſt untergeordnete Talente, während Männer, die ſich bisher auf der politiſchen Schaubühne einen Ruf erworben hatten, gänzlich übergangen worden ſind.

Bei der Bildung der Geſchäfts-Abtheilungen, wurden nur ſolche Perſonen zu den Vorſtänden gewählt, welche der konſervativen Parthei, und zu den gemäßigten Republikanern gehörten; und eben ſo ging man bei den Wahlprüfungen ſehr ſchonend zu Werke.

Wer jedoch auf einen friedlichern Gang der Berathungen in der neuen Verſammlung gehofft hatte, wurde ſchon am 31. Mai getäuſcht, denn der alte Streit mit dem General Changarnier vererbte ſich auch auf die neue geſetzgebende Verſammlung.

General Lebreton, als einer der Quäſtoren oder Schatzmeiſter, zugleich mit dem Befehl über die zur Beſchützung der Verſammlung beſtimmten Trup-

ven beauftragt, zeigte an, daß er bei Ausrichtung seines Amtes auf Hindernisse gekommen sey, die ihre Quelle wieder in dem schon bekannten Morey und dem General Changarnier haben.

Lebreton und Chavoix ließen jedoch bei dieser Gelegenheit Aeußerungen fallen, welche eine Rücksichtslosigkeit gegen die Versammlung selbst bewiesen, worauf ein so heftiger Tumult entstand, daß die Sitzung auf eine viertel Stunde unterbrochen werden mußte.

Nachdem die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt war, ergriff Ledru-Rollin das Wort und sprach: »Wie die Sachen stehen, ist der Präsident nicht Herr über die, zu unserer Sicherheit aufgestellten Truppen, und es kann geschehen, daß am seinem Befehle zu trotzen, die Schwelle dieses Saales verletzt wird.«

Da entschlüpfte dem Präsidenten, die wenn auch schon wahre aber doch in seiner Stellung etwas zu voreilige Aeußerung: »Ihre alten Freunde, die Kommissäre, sind es, die am 15. Mai den Kreis dieser Versammlung verletzt haben.«

Auf diese Worte entstand jetzt ein Sturm der heftiger war, als alle diejenigen, welche bisher diesen Saal erschüttert hatten.

Endlich gelang es dem Marschall Bugeaud durch einen vermittelnden Vorschlag, Alles auf den frühern Standpunkt zurückzuführen, nachdem er äußerte: »die Mehrheiten, ihre Herren, sind noch mehr zur Mäßigung verpflichtet als die Minderheiten.«

Gründlicher wurden aber noch die weitern Folgen dadurch vermieden, daß der Präsidentenstuhl am folgenden Tage durch die auf Dupin dem Aeltern gefallene Wahl besetzt wurde.

Eine Minister-Krisis hatte lange her schon geschwebt, doch war ihre Lösung bis zum Zusammentritt der gesetzgebenden Versammlung verschoben worden, um auf die Mehrheit derselben dabei Rücksicht zu nehmen.

Am 2. Juni erfolgte der Stellenwechsel, wobei Dufaure die Angelegenheiten des Innern — Tocqueville die Angelegenheiten des Aeußern, — und Lanquinais den Handel und die Gewerbs-Angelegenheiten übernahmen, während die übrigen Minister in ihrer Amtswirksamkeit blieben.

Bald bildeten sich auch wieder die parlamentarischen Klubbs, und der vormalige Poitiers-Verein kam im Palaste des Staatsraths zusammen. Unter der Leitung der Herren Dufaure, Lamoriciere und G. de Beaumont sammelte sich der sogenannte Ufers-parti. Das linke Centrum hielt seine Sitzungen wieder im National-Palast, und der Berg zählte in seinem Klubb ungefähr hundert Mitglieder.

Lesseps, der als Unterhändler nach Rom geschickt worden war, hatte durch die den Römern vorgeschlagenen Zugeständnisse, wie das Kabinet behauptete, seine Vollmachten überschritten; wie er selbst aber sich rechtfertigte, nur darum diese Mißbilligung erfahren, weil seine Anweisungen nicht mit jenen Vollmachten übereinstimmten, welche der General Oudinot erhalten habe; und weil dieser sie in noch beschränkterer Weise auslegte, dann endlich die Ansichten des französischen Kabinets sich geändert hatten.

Genug, er wurde verläugnet, zurückberufen, und an seine Stelle von Corcelles am 6. Juni nach Rom abgeschickt.

Die lang erwartete Botschaft des Präsidenten, und wie man sagte, das Werk aus seiner Hand, wurde endlich am 6. Juni der Versammlung angezeigt, und erschien am folgenden Tage in der Zeitung »des Moniteur« abgedruckt.

Der Eintritt der neuen Minister, welche nicht mit allen Punkten des Präsidenten einverstanden waren, und einige Abänderungen durchgesetzt hatten, war an dem verspäteten Erscheinen Schuld.

Sie behandelte sowohl Gegenstände der Staatswirthschaft und der Verwaltung, so wie die Lage Frankreichs im Innern, und die Politik der Regierung nach Außen.

Ueberdieß kündigte sie aber einige gesellschaftliche Umgestaltungen an: nämlich unentgeldliche Rechtspflege für die Armen, Pensions-Klassen für die arbeitenden Klassen, Neugestaltung des Hypothekengesetzes und Kredits-Anstalten für den Ackerbau; womit inzwischen aber schon früher gemachte Zusagen nur erneuert wurden.

Andere Erwartungen, besonders in Betreff des Finanzwesens, waren zu unbestimmt, um ein Urtheil darauf begründen zu können, und eben so wenig gab sich das künftige Verhalten der Regierung dem Auslande gegenüber deutlich zu erkennen, daher brachte auch diese weit ausgedehnte Urkunde des Präsidenten, nur eine geringe Wirkung hervor.

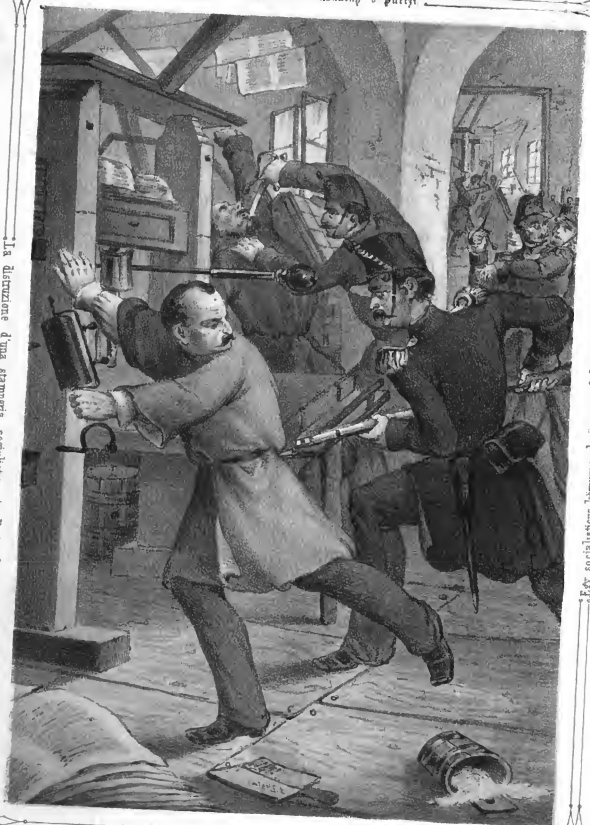
Oudinot hatte Rom am 4. Juni vom neuen heftig angegriffen, und die gewaltsame Niederwerfung der römischen Republik lag jetzt in der unzweifelhaften Absicht der französischen Regierung.

Der Berg, entschlossen einen Schlag zu führen, und von seinen Anhängern dazu gedrängt, versuchte nun am 11. Juni einen parlamentarischen Kampf, wobei Ledru-Rollin sagte: »Der Zeitpunkt, Erklärungen von den Ministern zu verlangen, ist eigentlich schon vorüber; Rom ist angegriffen worden; es hat einen ganzen Tag lang heftigen Widerstand geleistet, und unser Verlust ist ungeheuer. Rom aber sollte beschützt werden, das war der Zweck der Aussendung.

Die Verfassung verbietet uns die Freiheit eines Volkes anzutasten; der Beschluß der National-Versammlung vom 7. Mai, schrieb auch vor, Italien, die Bruderhand zu reichen; ihr habt aber das Gegentheil gethan, darauf läßt sich also jetzt nur mit einer Anklage antworten.«

Odilon Barrot bestritt hierauf die Nachricht von schweren Verlusten, und sagte: »Diese, zum dritten Male in Scene gesetzte Anklage, solle nur die Gemüther aufregen und das Land beunruhigen. Die Opposition möge doch gerade hin auf Anerkennung der römischen Republik antragen.

Zboření společenské tiskarny v Paříži.



La distruzione d'una stamperia socialistica in Parigi.

Egy socialisticus kényszyomda összerombolása Párizsban.

Die Zerstörung einer sozialistischen Buchdruckerey in Paris.

N°84.

Die Regierung könne weiter nichts thun, als, nachdem alle Mittel gütlicher Unterhandlung erſchöpft ſind, zur Gewalt ſchreiten.

Hierauf erzählt er die Geſchichte Rom's ſeit der Thronbeſteigung des Papſtes Pius des IX. mit kurzen Worten, und kommt dann zu dem Schluß, daß Frankreich nicht gegen die Freiheit, ſondern gegen eine fanatiſche Fraction kämpfe, welche die geſetzliche und einzig mögliche Freiheit zerſtöre.

Ledru-Rollin antwortete ihm kurz, aber ſchlagend, berief ſich auf die Erklärungen des Leſſeps; auf den Einfluß, den die diplomatiſchen Agenten von Rußland, Oeſterreich und Preußen auf Oudinot ausgeübt haben; daß das Unternehmen gegen Rom nicht mit Worten des Friedens, ſondern gleich am 30. April mit Kanonen und Bajonetten ſeinen Anfang genommen habe, und ſchloß mit den drohenden Worten: »Die Verfaſſung iſt verletzt, wir werden ſie vertheidigen durch alle möglichen Mittel, ſelbſt durch die Waffen!«

Auf dieſe Kriegserklärung mitten im Kreiſe der geſetzgebenden Verſammlung folgte der heftigſte Auftritt, bis endlich auf Larabits Antrag die einfache Tagesordnung angenommen wurde.

Eben ſo wurde auch die Anklage des Präſidenten und der Miniſter mit bedeutender Stimmenmehrheit verworfen.

Der Aufſtandsverſuch, der hierauf am 13. Juni folgte, war eine ſchwächliche Nachgeburt deſſen, was ſich ein Jahr früher in Paris zugetragen hatte.

Eine von vielen Mitgliedern des Bergs unterzeichnete Verkündigung ſprach die Nothwendigkeit aus, die verletzte Verfaſſung zu ſchützen, und ermahnte die Soldaten an ihre Bürgerpflicht.

Die demokratiſche Preſſe reizte durch heftige Artikel, nachdem ein von dem Ausſchuß der Preſſe, der Schulen und des Arbeiter-Vereins erlaſſener Aufruf zur Gewalt aufforderte.

Ein anderer Aufruf von dem Verein der Verfaſſungsfreunde äußerte ſich zurückhaltender, ohne daß ſich der Sinn verkennen ließ, und ein dritter Aufruf von dem Ausſchuß der fünften Legion der Nationalgarde, machte die Einladung an die ganze Nationalgarde zu einem unbewaffneten Zuge nach dem Nationa-Palaſt und dem Elyſée um der geſetzgebenden Gewalt, die wahre Stimmung der Hauptſtadt Paris bekannt zu machen.

Der Beifall den dieſe Aufrufe fanden, war ſehr gering — die Regierung ſtand wohlgerüſtet da, und ſo wurden ohne einen beſonderen Widerſtand, die Zuſammenrottungen, die ſich auf verſchiedenen Punkten zeigten, bald zerſtreut; jedoch auf den Boulevards kam es zu einem Handgemenge mit den Truppen, wobei mehrere Verwundungen vorfielen, während die Nationalgarde ſelbſt, die Preſſen einer ſozialiſtiſchen Buchdruckerei, durch welche dergleichen aufreizende Druckſchriften unter das Volk verbreitet wurden, mit roher Gewalt zerſtörte.

Ledru-Rollin hatte die Artillerie der Nationalgarde am National-Palaſt für ſich gewonnen, und zog mit ihr in das Konſervatorium der Handwerker und Künſte, wo ihnen der Direktor Rouillet — der auch dieſerwegen ſeine Bedienſtung verlor — einen Saal einräumte, in welchem die verſammelten Abgeordneten ſich mit der Einſetzung einer neuen Regierung beſchäftigen wollten.

Aber bald zerſtreute die bewaffnete Macht dieſes Winkelparlament, verhaftete mehrere Mitglieder dieſes Klubbs, während ſich die Andern durch die Flucht retteten; und ſo war die um 2 Uhr Nachmittags begonnene Bewegung ſchon am Abende wieder unterdrückt.

Die National-Verſammlung hatte ſich jetzt in Permanenz erklärt, und die Stadt ſo wie den ganzen Umfang der erſten Militär-Dioiſion, das heißt, die Departements Seine, Seine und Oiſe, Oiſe, Loiret, Loire und Cher, Seine und Marne, Niederſeine und Eure, Yonne und Aube, in Belagerungszuſtand verſetzt, auch wurde der Befehl über die Nationalgarde vorläufig wieder in die Hände des Generals Changarnier gelegt.

Die vollziehende Gewalt erhielt, obwohl ſich die Linke gegen ſolche Beſchlüſſe kräubte, mit großer Stimmenmehrheit die Ermächtigung, das Belagerungsgeſetz auf alle Städte, in welchen Empörungen ausbrechen ſollten, auszudehnen, und ebenſo wurde noch in der Abendſitzung die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der verhafteten Abgeordneten, Namens Sucher, Deoille, Maigne, Daniel, Pilhes, Fargin-Fayolle, Boch und Fawtier, dann der übrigen Betheiligten ausgeſprochen.

Die mit dem Pariſer-Aufſtande zuſammenhängenden Bewegungen in Reims und Dijon wurden gleichfalls ſchnell unterdrückt; — jedoch ernſter zeigte ſich die Bewegung in Lyon, wo erſt nach einem vier und zwanzigſtündigen Kampfe, der über 50 Menſchenleben koſtete, die bewaffnete Militärmacht die Oberhand behielt.

Lyon ſelbſt, ſo wie die Departements der Rhone, Rine, Loire, Iſere und Dröme wurden in Belageruugszuſtand erklärt.

In Elſaß beſtand eine förmliche Verſchwörung, und auch in Straßburg wurden Verſuche gemacht, den Aufſtand auszubreiten, die jedoch ebenfalls verunglückten.

Gegen die Preſſe ergriff die Regierung die ſtrengſten Maßregeln, und ſo wurden die demokratiſchen Journale: »Das Volk« — »die demokratiſch und ſoziale Revolution« — »die wahre Republik« — »die friedliche Demokratie« — »die Reform« — und »die Rednerbühne der Völker« auf die Dauer des Belagerungszuſtandes unterdrückt, und überhaupt die früher beſtandene Preßfreiheit durchgehends aufgehoben, und alle Zeitſchriften mit dreifachen Maßregel bedroht, inſoferne ſie ſich Angriffe gegen die Regierung erlauben würden.

Eben ſo wurde auch ein ſtrenges Klubbgeſetz angenommen, und von dem Miniſter des Innern an die Präfekten die Weiſung erlaſſen, die politiſchen Klubbs in den Departements zu verbieten, und nöthigenfalls ſie mit Gewalt auseinander zu treiben, womit alſo das Vereinsrecht wie zerſtört war.

Am beengendsten für die Freiheit der Kammer-Verhandlungen war aber der Geseß-Entwurf über die neue Geschäftsordnung, welcher eine strenge Aufsicht einführte, den einfachen Ordnungsruf, denselben verstärkt durch Eintragung in das Protokoll, die Rüge und die Rüge mit zeitweiliger Ausschließung, so wie die Entziehung der Taggelder für Abgeordnete, welche ohne Urlaub oder über den Urlaub hinaus von den Sizungen wegblieben, einführte, die Dauer der Präsidentenwürde auf drei Monate, die der Quästoren oder Schazmeister auf ein Jahr ausdehnte, und die Zahl der Vize-Präsidenten von sechs auf vier herabsezte; u. s. w.

Da die Bedrängung der Weltstadt Rom nur langsam vorwärts geschritten war, so hatte am 1. Juli die gesezgebende Versammlung den Widerstand daselbst aufzugeben. Es wurde nun am 3. Juli die Stadt und am 5. Juli die Engelsburg besezt, worüber der Jubel der Stimmenmehrheit in Paris, bei dem Eintreffen dieser Nachrichten die Klage der Freunde des Volks überströmt.

Der Deputirte Melun trug am 9. Juli auf die Einsezung eines Ausschusses an, welcher ein Gesez über den vom Staate den Armen zu leistenden Beistand vorberiten sollte; bei welcher Gelegenheit Victor Hugo, der eifrige Freund der Armen und Nothleidenden, seine berühmt gewordene Rede zum Besten der leidenden Klassen im Volke hielt, und dadurch die Einsezung eines solchen Ausschusses bewirkte.

Auch wurde die National-Versammlung vom 13. August bis zum 30. September vertagt, jedoch blieb ein Ausschuß von 25 Mitgliedern zurück, der in dringenden Fällen, die Einberufung der Versammlung verfügen konnte, alle Geschäfts-Ausschüsse sollten aber feiern.

Ebenso legte der Minister des Innern einen Gesez-Entwurf zur Regelung des Belagerungszustandes vor, nach welchem derselbe im Falle des Krieges oder eines Aufstandes, jedoch nur von der National-Versammlung verhängt, und auch nur von dieser wieder aufgehoben werden kann.

Ist die National-Versammlung nicht beisammen, so ist zwar die Einholung eines Gutachtens des Staatsraths hinlänglich; jedoch muß in einem solchen Falle der Präsident dem bleibenden Ausschusse von der getroffenen Anordnung immer in Kenntniß sezen, damit dieser nach Gutbefinden die Einberufung der National-Versammlung veranlassen kann.

Obwohl der Belagerungszustand alle Gewalten in die Hände des Militär-Befehlshabers legte, so wurden die Preß-Vergehen dennoch durch Geschworne abgeurtheilt, dirimigen Verbrechen aber, welche einmal vor dem Kriegsgericht anhängig gemacht worden waren, verblieben ihnen auch nach der Aufhebung des Belagerungszustandes zur Aburtheilung, obwohl diese lezte Bestimmung von der Opposition stark angefochten wurde.

Der Finanz-Minister Passy legte den Voranschlag des Staatshaushaltes für das Jahr 1850 vor, in welchem sich die Einnahme auf 1268, die Ausgabe auf 1591, und der Mangel an Gelddeckung, am 1. Jänner 1850 auf 320 Millionen Franken berechnet herausstellte, mithin die Ausgabe um 265 Millionen zu; die Einnahme dagegen um 150 Millionen abgenommen habe.

Mit einer neuen Ueberraschung kam der Minister der innern Angelegenheiten, nachdem er einen Gesez-Entwurf zur Aufhebung des Belagerungszustandes von Paris und der nächstgelegenen Departements vorlegte.

An demselben Tage, nämlich den 6. August, kam auch wieder die römische Frage zur Sprache, die freilich immer neue Angriffspunkte darbot, da die fortschreitende Entwicklung der Verhältnisse, auch die Entfernung von dem Anfangs angegebenen Zweck dieser Einmischung immer deutlicher aufklärte.

Der Deputirte Arnaud begann den Kampf in ziemlich gemäßigter Weise, worauf ihm der Minister Tocqueville antwortete, daß er die Verantwortung zwar erst seit seinem Amtsantritt übernehmen könne, und von dieser Zeit an sich frei von jedem Verwurfe wisse.

Der französische Bevollmächtigte d'Harcourt in Gaëta, der aber diese Stelle wieder niederlegte — sey angewiesen, drei Geschtspunkte festzuhalten, nämlich: zuerst den französischen Einfluß in Italien wieder zur Geltung zu bringen; — zweitens die Herstellung des Papstes zu bewirken, in soferne diese durch die allgemeinen Interessen der katholischen Kirche gefordert worden; endlich drittens, die Zurückführung der alten Regierung mit ihren Mißbräuchen zu verhindern.

Wie die Sachlage war, so ließ sich ornünftiger Weise nichts anderes thun, aber eines Theils widersprach Alles was in Gaëta geforder wurde, und was in Rom unter den Augen der französischen Machthaber geschah, der Annahme, daß dem französischen Kabinet Ernst mit seinen Anträgen sey; aber daß es solche gegen die römische und fremde Diplomatie durchsezen könne.

Dieser Widerspruch, das Ungeeignete der ganzen Unternehmung, ihre über den ursprünglichen Zweck und die Zugeständnisse der National-Versammlung hinausreichenden Folgen, waren ein viel zu weites Feld, um nicht der Opposition Gelegenheit zu geben, sich darauf herum zu tummeln, und andere Dinge hinein zu mischen.

Auch wurde das Gesez über die Organisation des Richterstandes angenommen, das eine rückwirkende Kraft erhielt. Die provisorische Regierung hatte nämlich die Absezbarkeit der Richter ausgesprochen, die gesezgebende Versammlung diesen Beschluß aufgehoben, und nun wurde festgesezt, daß die in dieser Zwischenperiode angestellten Richter ebenfalls die Lebenslänglichkeit ihrer Stellen genießen sollten.

Nach einigen Tagen darauf, nämlich einem Tage früher als die Versammlung ihre lezte Sizung vor ihrer Vertagung (am 10. August) hielt, ereignete sich in der Sizung ein höchst ärgerlicher Vorfall.

Ein Schimpfwort gegen den Präsidenten, welches der Abgeordnete Gastier fallen ließ, erbitterte den als Hizkopf bekannten Peter Buonoparte (ein Sohn Lucian's; dem Bruder des Kaisers Napo-

eon) so sehr, daß er dem Deputirten Gastier eine Ohrfeige gab. Der Präsident entfernte hierauf die Streitenden, und eine gerichtliche Untersuchung, die jedoch mit einem sehr milden Spruche endete, war die Folge dieser Unschicklichkeit.

Der Präsident hatte jetzt eine Reise in die nordwestlichen Departements angetreten, wurde in Rouen glänzend, dagegen aber in Havre ganz gleichgiltig empfangen.

Der Maire brachte bei dieser Gelegenheit bei einem Festmahle einen Toast aus, nachdem er unter Anderm auch sagte: »Sie verbürgen uns, daß kein Aufstand Hoffnung auf Erfolg haben werde; dulden Sie aber auch nicht, daß eine politische Parthei etwa eine erfolglose dynastische Erhebung wage.«

Diese wenigen Worte, welche ein Mißtrauen gegen den Präsidenten selbst aussprachen, machten großes Aufsehen, jedoch der Präsident zog sich für den Augenblick durch einen klug berechneten Trinkspruch würdevoll aus der Schlinge, nachdem er die Stadt Havre hoch leben ließ.

Der Friedens-Kongreß, der sich unter dem Vorsitz von Victor Hugo in Paris eröffnete, brachte in dreitägigen Sitzungen die Frage zur Verhandlung, wie durch ein zu beikellendes allgemein anerkanntes Schiedsgericht, der Krieg unter den Nationen vermieden werden könne, — wobei die Engländer und Amerikaner zahlreicher als die Franzosen vertreten waren; allein, obwohl in dieser Angelegenheit manches eindringliche und schöne Wort gesprochen wurde, so kamen doch nichts Anderes, als schöne Wünsche zu Stande.

Die Sitzungen der Departementalräthe, welche gegen Ende des Monats August ihren Anfang nahmen, und sich zum Theil über den ihnen vorgezeichneten Zielpunkt ausdehnten, hatten keineswegs den Erfolg, welchen die königlich Gesinnten davon erwarteten.

Sie sollten das Verlangen aussprechen, die Frage über die Staatsform an das Volk gebracht zu sehen, was aber unterblieb; und nur in fünf Departements äußerte sich der Wunsch nach einer Durchsicht der Verfassung zum Zwecke einer längern Dauer der Präsidentschaft, der Wählbarkeit der abtretenden Präsidenten, und der Einführung des Zweikammersystems, um den Bestand der Dinge eine festere Bürgschaft zu geben.

Selbst auf größere Selbstständigkeit in der Verwaltung der Departemental-, Kantonal- und Municipal-Angelegenheiten wurden keine durchgreifenden Anträge gestellt, und vom allgemeinen Staatssachen waren nur Finanzfragen und der Unterricht der Gegenstand der Verhandlung.

Am 7. September enthielt die Pariser-Zeitung »der Moniteur« den Brief, welchen Ludwig Buonoparte am 18. August an seinen Adjutanten Edgar Ney in Rom gerichtet hatte, und worin er seine persönlichen Ansichten in den römischen Angelegenheiten bekannt machte.

Er sagte nämlich: »Die französische Einmischung hatte den Zweck, eine Grenze zu ziehen, um die Freiheit Italiens, sowohl gegen die eigenen Uebertreibungen einer heftigen Parthei, als auch gegen die Uebergriffe der Priesterherrschaft sicher zu stellen.

Der General Rostolan, welcher — nachdem Oudinot auf sein Ansuchen zurückgerufen ward — dort einstimmig den Befehl führte darf nicht dulden, daß im Schatten der dreifarbigen Fahne Dinge vorgehen, welche den Charakter der Jajoisichenkunft Frankreichs entstellen.

Dieser Brief widerspach nirgends dem Geiste, zu dem sich das Kabinet fortwährend bekannt hatte, aber es schien das ernstlich zu fordern, was bisher nur in Worten fest gehalten worden war; jedoch die kirchliche Parthei war darüber sehr erzürnt, und selbst die Opposition, die mit der Gesinnung des Präsidenten einstimmig seyn mußte, nahm Anstoß daran, daß der Brief nicht von einem Minister mit unterfertigt worden sey.

Am 1. October trat, die National-Versammlung wieder zusammen, und die Minister verlangten von ihr verschiedene Kredite, welche die Besetzung von Rom nothwendig machten, und wodurch diese Angelegenheit auf's Neue zur Verhandlung kam.

Der mit seinem Vetter, dem Präsidenten der Republik äußerst unzufriedene Napoleon Buonoparte legte, aufgefordert von dem Deputirten Emil von Girardin am 1. October drei Anträge auf das Bureau des Präsidenten nieder, nämlich: die Aufhebung der Verbannung gegen den ältern und jüngern Zweig der Bourbonischen Linie, so wie auf die Befreiung der ohne Urtheil und Recht ausgewiesenen Juni-Gefangenen. Dieses sollte aber bloß zum Zwecke haben, eine Zwietracht zwischen den Partheien hervorzurufen.

Diese drei Anträge hatten eine starke Mehrheit wider sich, jedoch waren dabei zwei Dinge sehr bemerkenswerth: nämlich, zuerst die Erklärung eines Redners der legitimistischen Parthei Namens Berryers, daß der Herzog von Bordeaux nie als einfacher Bürger nach Frankreich zurückkehren werde, womit er die Erwartungen und Bestrebungen der Legitimisten offen ankündigte, und dann, daß die Minister mit der Mehrheit wider die Amnestie stimmten, während kurze Zeit nach ihrer Entlassung der Präsident 700 Juni-Gefangene selbst begnadigte.

Am 4. October bewilligte die National-Versammlung gegen 6,400,000 Millionen Franken zum weitern Ausbau des Louvre nach einem Plane, der noch mehr als eine viermal so hohe Summe Franken in Anspruch nahm; allein, diese Verschwendung — da an königlichen Schlössern doch kein Mangel war, — läßt sich aber nur durch die Nothwendigkeit entschuldigen, um den vielen müßigen Arbeitern in Paris eine Beschäftigung zu geben.

In der Sitzung vom 5. October verschwand der Name »Bürger« aus der Anrede, so wie er aus den ämtlichen Berichten verschwunden war. Zwar kämpfte der Berg noch einmal für die republikanische Sitte, aber das Wort »Herr« wurde mit Stimmenmehrheit in sein altes Recht wieder eingesetzt.

Uebrigens betrafen die weit wichtigeren Verhandlungen in den October-Sitzungen die römischen Ange-

legenheiten, weil es ſich dabei nicht einfach um eine bloße Geldbewilligung, ſondern um die politiſche Seite handelte.

Durch die Thätigkeit der Diplomaten in Gaëta, war ein päpſtlicher Erlaß, oder ein ſogenanntes Motupropio — ein Entſchluß aus eigener Bewegung — vom 12. September hervorgegangen, welcher den Römern einige kümmerliche politiſche Rechte zugeſtand, und eine freiſinnige Gemeinde-Verfaſſung in Ausſicht ſtellte.

Die Volksvertretung ſollte darnach in Finanz-Angelegenheiten eine entſcheidende, in allen übrigen Gegenſtänden der Geſetzgebung aber nur eine berathende Stimme haben.

Am 18. September war auch eine Amneſtie bekannt gemacht worden, welche jedoch ſo viele Ausnahmen hatte, daß man die Zahl der von ihren Wohlthaten Ausgeſchloſſenen allein in der Hauptſtadt des Kirchenſtaats auf dreizehntauſend Perſonen berechnete.

Dieſe geringen Zugeſtändniſſe befriedigten aber in Rom die Erwartungen, ja ſelbſt der gemäßigt Geſinnten nicht, und die Oppoſition der franzöſiſchen National-Verſammlung fand dadurch die römiſche Volksfreiheit, deren Wahrung und Sicherſtellung das Kabinet ſo oft ausgeſprochen hatte, nicht im geringſten verbürgt.

Thiers, der frühere Miniſter-Präſident, nun Abgeordneter der National-Verſammlung, bezeichnete aber in ſeinem Vortrage das päpſtliche Motuproprio als vortrefflich und als den Kern, aus welchem die Freiheit hervorgehen und ſich ausbreiten könne.

Dieſe klerikaliſche Auffaſſung der Sache erbitterte die geſammte Preſſe, und die Debats rügten es, daß der Abgeordnete Thiers, von dem Briefe des Präſidenten in ſeiner Berichtserſtattung gar keine Erwähnung machte, und dadurch die völlige Nichtbeachtung der Anſichten ausgeſprochen habe, welche der erſte Magiſtrat der Republik in dieſer Angelegenheit erwartet hätte.

Das Journal »der National« bemerkte, »Es fehlte dem Leben des Abgeordneten Thiers eine letzte Apoſtaſie nämlich Abtrünnigkeit. An dem Altar des Katholicismus, das Haupt auf den Knien des Klerus, die Füße im Blut unſerer Soldaten, hat er ſie vollbracht.«

Als Thiers von der Rednerbühne herabſtieg, empfing er die Glückswünſche der überſpannteſten Mitglieder des politiſchen und kirchlichen Rückſchrittes, aber, ohne die Meinung der Bergpartei in Betracht zu ziehen, kamen doch die verſtändig urtheilenden Mitglieder aller Partheien zu der Ueberzeugung, daß Thiers nur ein Ehrgeiziger Mann ſey, der ſich jeden Handgriffs bedient, welcher ihn zur Macht emporheben kann; und welchen er im gegenwärtigen Augenblicke durch die Unterſtützung der Geiſtlichkeit und ihrer Freunde, am ſicherſten zu erlangen hofft.

Die Verhandlungen über dieſen Bericht, eröffnete am 18. October der Miniſter der äußern Angelegenheiten von Tocqueville durch die Erklärung, daß der Zweck der franzöſiſchen Ausrüſtung, die Wiedereinſetzung des Papſtes in ſeine Rechte als kirchliches Oberhaupt geweſen ſey; wohl habe man die ehrfurchtsvolle Bitte an ihn gerichtet, ſeinem Volke ſolche Einrichtungen zu geben, welche dieſem bürgerliche Freiheit und Wohlſtand verſichern könnten. Ebenſo hoffte man eine Erweiterung der Amneſtie zu erlangen.

Auf dieſe Worte ſchrie der Deputirte Teſtolin von der Linken dem Miniſter entgegen »Sie lügen,« worauf der Deputirte, nachdem er dieſes Wort wiederholt hatte, mit dem zweimaligen Ordnungsrufe des Präſidenten beſtraft wurde.

Indeſſen wurde aber dieſerwegen der Vortrag des Miniſters doch nicht günſtiger aufgenommen, und dieſe heftigen und bittern Berathungen, die im Ganzen wenig neue Geſichtspunkte darbothen, ſondern nur eine Wiederholung der frühern Angriffe, und der ziemlich lahmen Verſuche zu deren Abwehr waren, dauerten bis zum 20. October, wo die Verſammlung ohne Abſtimmung die einfache Tagesordnung annahm, und darauf die geforderten Summen von 140,000 Franken dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, über ſechs Millionen dem Kriegs-Miniſter und gegen zwei Millionen Franken dem Marine-Miniſter zur Beſtreitung der Koſten des römiſchen Feldzuges bewilligte.

Die ſchon längſt beſtehende Spannung zwiſchen dem Präſidenten und ſeinem Miniſterium *), ſo wie der Mehrheit der National-Verſammlung, war durch dieſe Verhandlungen weſentlich vermehrt worden.

Die Politik Ludwig Buonoparte's war dabei durch ſeine Miniſterſchaft ſchlecht vertreten, oder geradezu verläugnet worden, und die Nichtachtung, welche ihm die Mehrheit merken ließ, verletzte ſein Ehrgefühl.

Der Unterrichts-Miniſter Fallour hatte ſeine Entlaſſung eingereicht, weil ihm ſelbſt die Anſicht ſeiner Kollegen in der römiſchen Frage noch zu freiſinnig erſchien, und ſo handelte es ſich jetzt darum, ſeinen Platz zu erſetzen.

Während aber die Miniſter darüber ſich berathen, beſchäftigte ſich der Präſident mit ganz anderen Plänen. Er wollte nämlich die Feſſeln ſprengen, die ſein Miniſter-Kabinet ihm angelegt hatte, — die durch

*) Miniſterium vom 20. Dezember 1848 bis 31. October 1849.

Odilon Barrot, Juſtiz-Miniſter mit dem Vorſitze im Miniſterrath, in Abweſenheit des Präſidenten der Republik beauftragt.

Drouyn d'Huys, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten. Ihm folgte Tocqueville.

Rulliére Joſeph Marc. Diviſions-General und Miniſter des Kriegs.

Tracy Miniſter der Marine und der Kolonien.

Leon von Malleville, Miniſter des Innern, erſetzt durch Leon Faucher. Dieſem folgte indeſſen Lacroſſe, Miniſter der öffentlichen Arbeiten, dann Dufaure.

Faucher Leon, Miniſter der öffentlichen Arbeiten.

Bixio, Miniſter des Ackerbaues und des Handels. Dieſem folgte nach ſeinem Austritte Buffet, dann Lanjuinais.

Fallour, Miniſter des öffentlichen Unterrichts und des Kultus, — endlich Paſſy Hippolit, Miniſter der Finanzen.

die Verfassung, ihm auferlegte Verantwortlichkeit zu einer Wahrheit machen, und eine dem amerikanischen Präsidenten ähnliche Stellung einnehmen, nachdem er sich mit Männern umgab, welche mehr die Vollstrecker seiner persönlichen Entschlüsse, als die Vormünder seines Willens wären.

Unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses, wurden also die Anhalten zur Bildung eines neuen Kabinets getroffen, und als sich am 31. October früh um 10 Uhr der Ministerrath bei dem Präsidenten versammelte, um über die Wahl des Unterrichts-Ministers eine Entscheidung zu treffen, trat ihnen völlig unerwartet Ludwig Napoleon mit der Erklärung entgegen, daß sie zwar seine persönliche Achtung, aber nicht den Grad von Unabhängigkeit besitzen, welche die Regierung der Mehrheit der National-Versammlung gegenüber bewahren müsse.

Nachdem er diesen Vorwurf näher auseinandergesetzt und gerechtfertigt hatte, zeigte er den darüber erstaunten Ministern an, daß er sich mit andern Männern zu umgeben entschlossen sey, und seine neue Ministerwahl bereits schon getroffen habe *).

Durch eine an den Präsidenten der National-Versammlung Dupin gerichtete Botschaft, zeigte Ludwig Buonoparte die Wahl seiner neuen Minister an, und rechtfertigte die Gründe zu diesem seinem Entschlusse.

Er sagte nämlich: »Die Nothwendigkeit einer einigen und festen Leitung der Staatsgeschäfte und einer bestimmt gefaßten Politik, die durch keine Unentschlossenheit die Gewalt bloß stellt; — die Anstellung von Männern, welche ebenso die Verantwortlichkeit des Präsidenten, wie die ihrige, im Reden und im Handeln beachten; — die Gemeinsamkeit der Ideen, der Ansichten, der Ueberzeugungen zwischen dem Präsidenten und seinen Ministern; — der feste Wille, dem Lande Vertrauen zur Regierung und Glauben an die Zukunft zu geben; die Nothwendigkeit, Besorgnisse zu stillen, Leidenschaften zu bändigen, den edlen Trieben eine nützliche Leitung zu geben, die Lehren der Religion zu stärken, ohne die Grundsätze der Revolution zu verläugnen und so das Land zu retten, trotz ehrsüchtiger Parthieen und selbst der Unvollkommenheiten der neubegründeten Staatseinrichtungen, habe die Wahl von Männern nöthig gemacht, deren Ansichten mit dem Präsidenten im Einklange auf ein solches Ziel hinwirken würden; und so war für die neuesten Ereignisse Frankreichs ein Wendepunkt eingetreten, deren Folgen noch in ihrer weitern Entwicklung begriffen sind.

*) Ministerium vom 31. October 1849.
Dhautpoul, Divisions-General und Kriegs-Minister. — De la Hitte, General und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. — Ferdinand Barrot, Minister des Innern. — Achill Fould, Minister der Finanzen. — Parieu, Minister des öffentlichen Unterrichts und des Kultus. — Rouher, Minister der Justiz. — Romain Desolse, Minister der Marine. — Bineau, Minister der öffentlichen Arbeiten. — O Dumas, Minister des Handels und der Gewerbe.

Ludwig Philipp Herzog von Orleans,

König der Franzosen.

Kein Mann der neuesten Zeit ist durch den auffallendsten Wechsel der Schicksale so ausgezeichnet, als Ludwig Philipp, und selbst die Blätter der Geschichte, weisen auf wenige Männer zurück, welche sich in dieser Beziehung mit ihm vergleichen lassen.

Ludwig Philipp, am 6. October 1773 zu Paris im Palais royal geboren, stammt aus einer Familie, welche eine traurige Berühmtheit in der Geschichte erlangt hat; und an deren Glieder fast durchgehends das Gedächtniß schwerer Verbrechen haftet.

Ludwigs Vater, auch Ludwig Philipp August genannt, Herzog von Orleans, legte sich in der ersten französischen Revolution, den Namen Philipp Egalité, nämlich »Gleichheit« mit einem großen Unrechte bei, denn ohne Beispiel waren die Laster und Unthaten, womit dieser von allen Parthieen gebrandmarkte Mann ein Leben befleckte, welchem das Beil der Guillotine am 6. November 1793 ein Ende machte.

Als einziger Lichtpunkt darin erscheint das Bestreben, im Bewußtseyn der eigenen Mangelhaftigkeit seiner günstigen und sittlichen Bildung, seinen Kindern eine gute Erziehung zu geben, obwohl er sich in den Mitteln dabei arg vergriff.

Im fünften Jahre unter die Aufsicht des Ritters von Bouard gestellt, eines Artillerie-Offiziers, wurde der junge Ludwig Philipp bei seiner Geburt Herzog von Valois, und nach dem Tode seines Großvaters Herzog von Chartres genannt, im Jahre 1782 den Händen einer geistvollen Schriftstellerin, nämlich der durch mannichfache gelehrte Kenntnisse ausgezeichneten Frau von Genlis übergeben, welcher überhaupt die Erziehung der Orleans'schen Kinder anvertraut worden ist *).

Es ist nicht zu läugnen, daß diese Frau im Verein mit mehreren tüchtigen Lehrern, die nicht unbedeutenden Fähigkeiten des Knaben umfassend entwickelte, und seinen Geist mit jenem vielseitigen Wissen schmückte, für dessen Bereicherung Ludwig Philipp sein ganzes Leben hindurch Sorge trug.

Sie selbst ertheilte ihm Unterricht in der alten Götterlehre, Literatur, Geschichte, Erdbeschreibung und den Naturwissenschaften, während in ihrem Beisein der Abbé Guyot die alten Sprachen lehrte; Lebrun die Religionslehre, das Rechnen und die Mathematik über sich hatte. Andere Lehrer waren für

*) Antonius Philipp, Herzog von Montpensier, geboren am 3. Juli 1775, gestorben zu Twickenham am 18. Mai 1807. — Ludwig Karl Graf von Beaujolais, geboren am 7. October 1779, gestorben zu Malta am 30. Mai 1808. — Eugenia Adelaide, Louise, geboren am 23. August 1777, gestorben zu Paris am 31. Dezember 1847. Adelaide hatte noch eine Zwillings-Schwester, die am 6. Februar 1782 starb.

die englisch, deutsche und italienische Sprache, für Chemie, Wundarzneikunde, Apothekerkunst, Ackerbau, Zeichnen und Baukunst angenommen worden.

Der Knabe wurde dabei freilich mit den verschiedenartigsten Kenntnissen so überhäuft, daß nothwendigerweise Manches nur oberflächlich angenommen werden konnte; doch wirkte diese Ueberfüllung einigermaßen den Grundsätzen und der Methode des großen Gelehrten Rousseau's entgegen; jedoch die Erfahrung hat wenigstens bewiesen, daß auch ein solches Durcheinander, eine gute Belehrung nicht unmöglich macht.

Ueberall begegnete der Blick des Knabens wissenschaftlichen Gegenständen, die in Karten und Tabellen die Wände bedeckten, in Modellen auf den Tischen standen, und da die Lehrer und Diener in den verschiedenen fremden Sprachen mit ihm sprechen mußten, so gewann er die Kenntniß derselben nothgedrungen und unmittelbar.

Anfangs zeigte Ludwig Philipp wenig eigenen Trieb zum lernen, war unaufmerksam und nachlässig, doch besaß er Geist, ein glückliches Gedächtniß und Eitelkeit, welche Eigenschaften seine Erzieherin sehr gut zu benützen verstand.

Sein Ehrgeiz erwachte, und die Besorgniß war einem unruhmlichen Daseyn stoonte seinen Eifer.

Körperliche Uebungen stählten dabei die Gesundheit und Kraft seines Körpers, befähigten ihn später, alle Beschwerden seines unstäten Lebens zu ertragen, und waren gewiß auch die Ursache seiner Gesundheit, die ihn selbst im hohen Alter nicht verließ, so wie sie überhaupt auf seine Lebensdauer einen entscheidenden Einfluß ausgeübt haben.

Auf das Gemüth des Knaben übte aber das falsche Weib einen unheilbringenden Einfluß aus, und entwickelte darin einen Hang zur Schlauheit, Verstellung, List und Ränkesucht, welche andere, wahrhaft große Eigenschaften verdunkelten, ihm durch seine ganze Lebenszeit eigenthümlich blieben, und ihm statt wahrer Seelengröße, nur den täuschenden Schein derselben gaben.

So innerlich ausgestattet, und mit einem gesunden durch alle ritterlichen Leibes-Uebungen gekräftigten Körper begabt, fand den sechzehnjährigen Jüngling der Ausbruch der französischen Revolution vom Jahre 1789.

Es läßt sich nicht mit Zuverlässigkeit bestimmen, ob es wirkliche Begeisterung war, welche ihn für diese Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft ergreift, oder ob es eine täuschende Maske war, hinter welche sich ehrgeizige Plane verstecketen.

Er besuchte damals fleißig die Sitzungen der National-Versammlung, und war aufrichtig für die Konstitution.

Da sich im Jakobinerklubb zu jener Zeit die bedeutendsten Redner hören ließen, so bekam der siebenzehnjährige Herzog von Chartres ebenfalls Lust, auf der Rednerbühne einen Versuch zu machen, wo er Reden hielt, in welchen er sich zu Grundsätzen bekannte, die aber mit seinem ferneren Leben in keinem Einklange standen.

Da die National-Versammlung verordnet hatte, daß die Obersten der Regimenter, das wirkliche Kommando über dieselben führen müßten, so war der Herzog von Chartres, als Oberst des Dragoner-Regiments, welches seinen Namen führte, genöthigt, sich nach Vendôme zu begeben, wa dasselbe in Garnison lag.

Ludwig Philipp kam dort am 23. Juni 1791 an, und zeichnete sich bald darauf durch zwei muthige Züge aus, nämlich: Am Frohnleichnamsfeste den 23. Juni 1791, schimpften zwei Priester, welche den Eid auf die Konstitution nicht geleistet hatten, auf die vorüberziehende Prozession, worauf das Volk diese Beiden ergreifen und mißhandeln wollte, wenn sie nicht noch Zeit gefunden hätten, sich eiligst in ein Haus zu flüchten und dort zu verbergen.

Schon wollte man das Thor erbrechen, als der junge Herzog noch zu rechter Zeit herbeigeeilt kam, in das Haus drang, und die beiden Priester an den Armen herausführte.

Er bat jetzt für dieselben um Gnade, und das Volk ertheilte sie auch; verlangte aber, daß sie aus der Stadt zu Fuß ausgehen, und dieselbe für immer verlassen müssen.

Der Herzog wollte nur die Priester begleiten, und mehrere Dragoner versammelten sich um ihren jungen Oberst, doch der Prinz will Meteuren in das Volk, befahl ihnen daß sie zurückbleiben sollten.

Nicht weit von der Stadt, bei dem ämblick des Flusses, erneuerte sich aber wieder die Wuth des Volkes, und man wollte jetzt die beiden Priester in den Fluß stürzen; aber der junge Herzog erinnerte die wüthenden Leute auf das ihm gemachte Versprechen, worauf sich wieder Alles beruhigt zeigte.

Nun kamen aber bewaffnete Bauern herangezogen, welche durchaus den Tod der Priester verlangten, und schon Miene machten, dieselben zu ergreifen.

Da jetzt das Bitten des Herzogs für die Unglücklichen kein Gehör mehr fand, so machte er ihnen den Vorschlag, die Beiden nach Vendôme zurückzuführen, und dort einzusperren. Nach langem hinund her Streiten, wurde endlich dieser Vorschlag angenommen, und der Prinz zog mit den beiden Priestern wieder nach der Stadt zurück, wa er sie unter einer schwren Wache, selbst in das Gefängniß führte.

Ueber einen zweiten mordvollen Zug des siebenzehnjährigen Herzogs, wird folgendes erzählt: Ein Bürger Namens Siret, wollte sich, vom Bade ermüdet, auf einen Felsen niederlassen, der neben einem ihm unbekannten, aber durch den Tod mehrerer Personen berüchtigten Abgrund hervorragt. Der Strom erreichte ihn jetzt, und er schrie in dieser Todesgefahr um Hilfe und Rettung.

Der Herzog, ungefähr hundert Schritte von dem Unglücklichen entfernt, eilte herbei, und tröstete ihn mit den Worten: »Er möge Muth haben, er selbst werde ihm zu Hilfe kommen,« stürzte sich sogleich in den Fluß und ergriff sie nur mehr über dem Wasser hervorragende Spitze der Hand des Bürgers.

Dieser faßte sich aber mit einer solchen Gewalt an den Arm seines Retters, daß Beide der Strudel

der Loire zu verschlingen drohte. Eduard, der Neger des Prinzen, der ihn an diesem Tage gerade zufällig begleitet hatte, warf sich jetzt schwimmend seinem Herrn und Gebiether nach, und rettete diesen mit den schon in Todesangst kämpfenden Mitbürger aus der Gefahr.

Als das Regiment einige Tage darauf den Befehl erhielt, sich nach Valenciennes zu begeben, erhielt der junge Prinz die Bürgerkrone, welche im Jahre 1814 aufgefunden, der nachmalige König seiner Gemalin schenkte.

Nach der Flucht des Königs Ludwig XVI., und dem Heranrücken der verbündeten Armeen war die innere Lage des Landes auf das äußerste erschwert worden. Der junge Herzog nahm an diesen ersten Revolutionskriegen einen ehrenvollen Antheil, und zeichnete sich bei jeder Gelegenheit vortheilhaft aus, besonders bei der Einnahme von Courtray im Mai 1792, bei Valmy, wo die Verbündeten den General Kellermann angriffen, bei Boussu und in der Schlacht bei Jemappes am 6. November 1792, wodurch er nach und nach seine verdiente Beförderung zum General-Lieutenant bewirkte.

Während die Söhne des Herzogs von Orleans für das Vaterland in's Feld zogen, erschwerte sich dessen Stellung in Paris immer mehr, obgleich er zum Mitgliede des Konvents gewählt worden war.

Er hatte der Sache der Revolution große Opfer gebracht, das Königthum war gefallen, und der Herzog von Orlean's jetzt nur mehr ganz einfach Philipp Egalité.

Auch die Kommune war voll Mißtrauen gegen ihn, und strenger als der Konvent, denn diese Behörde setzte es durch, daß die Prinzessin Adelaide auf die Liste der Emigrirten gebracht wurde, und als sie dennoch es wagte, nach Paris wieder zurückzukehren, mußte sie die Stadt binnen 24 Stunden verlassen. Später wurde auch im Konvente darüber gestritten, ob der Herzog von Orleans gleichfalls zu verbannen sey oder nicht.

Als Ludwig Philipp von der gefährlichen Lage seines Vaters Nachricht erhielt, eilte er nach Paris, um ihm den Rath zu geben, daß er mit seiner Familie nach Amerika auswandere, und stellte seinem Vater die furchtbare Lage vor, in welcher er sich befinden würde, wenn König Ludwig XVI. gerichtet werden sollte.

Doch jede Ermahnung blieb fruchtlos, und so kehrte der Sohn wieder mit betrübten Herzen zur Armee zurück.

Hier dürfte es nicht uninteressant seyn, die Art und Weise zu erfahren, wie der Herzog von Orleans dazu kam, für den Tod seines Verwandten, des Königs Ludwigs XVI. zu stimmen.

Courtois erzählt dieses in seinen Memoiren auf folgende Art.

»Ich erhielt eine Einladung, mich Abends in das Palais royal zu begeben, wo ich den Herzog allein in seinem Arbeitszimmer, in einer lebhaften Aufregung, und in schnellen Schritten auf und abgehend fand.

Nach wenig Augenblicken sagte er mir mit Verlegenheit und einer bewegten Stimme: »Sie, der weise, gemäßigte Mensch, Feind jedes Excesses, welche Rolle würden Sie in dieser großen Angelegenheit spielen?« »Ihre Rolle — antwortete ich — ist eine ganz ausnahmsweise, sie kann sich nach der Meinung von Keinem unter uns Beiden richten.« — »So habe ich es auch immer verstanden — gab der Herzog zur Antwort — »aber ich wünsche von Ihnen eine genaue und bestimmte Antwort.« — »Da ich mich nicht fern halten kann, so würde ich alles Mögliche thun, das Leben des Königs zu retten.« — »Das ist auch das weiseste, humanste und politische'ste, das wollte ich auch thun.« war jetzt des Herzogs Antwort.

Ich sprach noch weiter, daß eine große Anzahl von Deputirten sich dieser Idee anschließen werde. Bei diesen Worten nahm der Herzog meine Hand, drückte diese, und sagte: »Sind Sie aber auch dieser Männer gewiß? Werden Sie den Einflüssen und den Drohungen widerstehen? Ich sehe zu sehr voraus, daß viele von diesen Deputirten, die so wohlgesinnt sind; das Leben des Königs preis geben werden, um das ihrige zu retten.«

Dieses Wort allein erklärte die gefährliche Lage, in welche sich der unglückliche Herzog versetzt hatte, nachdem er nicht darauf bestand, sich fern zu halten.

In diesem Augenblicke führte man Desmoulins und Danton ein, von welchen ich nicht wußte, daß sie eingeladen waren.

Ich fing an Verdacht zu schöpfen, welches die Idee des Herzogs gewesen seyn könnte, und welche Rolle er mir in dieser Unterhaltung bestimmt hätte.

Gleich Anfangs kam Danton sichtbar bewegt zu mir, meine Hand ergreifend, und sagte: »Ich glaubte nicht Dich hier zu finden; aber ich sage Dir im voraus, Deine Rathschläge und die Rathschläge von Manuel sind außer der Mode. Heute sucht man das gestern gegebene Wort wieder zurück zu nehmen.

Dieses wurde gesagt, nachdem man einen prüfenden Blick auf den Herzog warf, der betroffen und verwirrt schien. Sich wieder erholend, antwortete er dem Danton mit Ruhe und einer Art von Feierlichkeit: »Ich werde mich nicht zurückziehen obgleich ich Unrecht hatte, mich zu verpflichten; aber mit Euch stimmen, das werde ich nie, nein, es nie thun! Ich habe Euch meine Gründe mitgetheilt; Euer Kollege kennt sie jetzt; möge er unser Richter seyn, ich bin es zufrieden.«

»Wie die Advokaten, werden wir dieses nicht annehmen, erwiederte Danton mit einer Donnerstimme. Was gestern ausgemacht und geschworen worden ist, kann heute nicht wieder in Frage gestellt werden. Für eine gerichtete Sache gibt es keinen Schiedsrichter mehr. Wir haben Ihr Wort und wir zählen darauf.«

Während dieses Streites war Desmoulins ganz verwirrt und ohne Haltung. Er liebte den Prinzen, der ihn mit Güte überschüttete, und sagte daher zögernd: »Man kann sich nicht mehr widersprechen. Sie werden mit uns stimmen, und dieses wird jeden

Verdacht, jeden Nebengedanken über den Ernst der Absichten, die man verleumdet, verbürgen.«

Während Desmoulin's dieses sagte, nahm er eine Feder und schrieb, was er dann später mit lauter Stimme vorgelesen hatte. »Einzig mir meiner Pflicht beschäftigt und überzeugt, daß Alle, die sich gegen die Souverainität des Volkes vergangen haben, vor noch vergehen werden, den Tod verdienen, stimme ich für den Tod des Königs Ludwig XVI.«

Danton, nachdem er das Papier aus Desmoulins Händen genommen hatte, las es aufmerksam, als ob er die Aufschrift abzusagen wollte, machte mit dem Kopfe ein Zeichen zur Zustimmung, und gab es dem Herzog, der, obgleich er es mit einem besonderen Widerwillen empfing, gleichfalls mit der Hand ein Zustimmungszeichen gab. Danton sagte: »Einige Dummköpfe können im vorkommenden Falle glauben, daß Sie dieses des Thrones unwürdig macht; aber in den Augen der Republikaner, die ihre Meinungen opfern, werden Sie seiner nur unter dieser Bedingung würdig seyn. Kommen wir auf diese Erbärmlichkeiten nicht mehr zurück. Schreckliche Ereignisse sind nahe; sie werden uns Alle vielleicht davon tragen, aber thun wir unsere Pflicht Es geschehe was da wolle.«

Man brachte jetzt Erfrischungen; aber die Versegenheit des Herzogs blieb außerordentlich, und Desmoulins konnte sich selbst nach einigen Zwangan thun nicht erheitern.

Wir gingen nun fort, und auf dem Wege sagte mir Danton: »Wenn ich es nicht kurz gemacht hätte, so würde Dal, was gestern Abends ausgemacht und beschworen worden ist, in Frage gestellt worden seyn. Was ich am meisten schrur, sind die Feiglinge; wenn man ihm nicht etwas weiß macht, wird er uns entschlüpfen.«

Ich erfuhr hierauf von meinen Kollegen die Einzelheiten von Dem, was am vorigen Tage im Palais royal vorgefallen war. Unterrichtet, von demjenigen was man von ihm verlangte, hatte sich der Herzog von Orleans vorbereitet und leistete einen verzweifelten Widerstand.

Desmoulins sagte mir, wie der Herzog diesmal voll Entschlossenheit mehrmalen das Wort nehmend, sich zu einer Höhe erhoben, daß er selbst davon gerührt und nahe daran war, den Streit aufzugeben. Desmoulins hatte dieses Wort aufgegriffen das ihm erhaben schien »Man muß in einer Revolution, das Leben zu verdienen, der Scharfrichter seines Königs, ja selbst seines Verwandten seyn.«

Die Macht Dantons trug also den Sieg davon. Das Auge voll Feuer, und mit donnernder Rede, stellte er ihm als unvermeidlich für sich und die Seinigen das Exil so wie den Verlust seiner Güter vor; worauf sich der Herzog ergeben, und Alles versprochen hatte. ꝛc.

So kam Philipp von Orleans dazu, für den Tod seines Verwandten Ludwig XVI. zu stimmen, bei welcher Nachricht sein Sohn der Herzog von Chartres nicht wenig zurückschauderte, der nun, so gut er konnte, im Getümmel des Krieges sich zu zerstreuen suchte.

Als sich die Verhältnisse in Paris immer entsetzlicher gestalteten, und das Haupt Ludwig des XVI. gefallen war, worauf sich der Sturz auch von seiner Familie voraussehen ließ, folgte er dem General Dumouriez, der sich mit den Oesterreichern in geheime Unterhandlungen eingelassen hatte, machte den ganzen Feldzug mit, und zeichnete sich bei den bekannten Rückzuge vor den Oesterreichern belobend aus.

Nachdem der General Dumouriez beim Scheitern seiner Plane gegen den Konvent zu den Oesterreichern übergieng, soll auch dem jungen Herzoge das Anerbieten gemacht worden seyn, österreichische Kriegsdienste zu nehmen; gewiß aber ist es, daß er einen solchen Plan nicht verfolgte, sondern sich nach der Schweiz wendete, wo er mit seiner dahin geflüchteten Schwester Adelaide in Schaffhausen zusammentraf.

Als die Nachricht von der Niederlage bei Neerwinden, und später die Nachricht von dem Verrath des Generals Dumouriez nach Paris kam, kannte die Wuth des Konvents keine Grenzen mehr, und es wurde sogleich ein Dekret zur Verhaftung aller Bourbons erlassen; auch wurde der Herzog von Orleans (Vater) gefangen genommen, und nach Marseille gebracht.

Am 6. November erschien der alte Herzog in Paris vor dem Revolutions-Tribunal. Seine Haltung war eine Würdige Als er in dem Karren mit noch vielen andern Unglücklichen an dem Palais royal vorbeifuhr, blieb dieser Karren ungefähr 10 Minuten lang dort stehen.

Man hat sich diesen Halt mit dem Herzoge lange nicht zu erklären gewußt, und war der Meinung, die Feinde des Herzogs von Orleans hätten es aus Rache gethan, dem ist aber so nicht gewesen. Der Herzog sollte nämlich durch eine Verschwörung, zu seinen Gunsten, die nicht ohne Aussicht war, befreit werden; jedoch der Plan scheiterte an dem zufälligen Umstande, daß Robespierre, den man gleichzeitig ermorden wollte, nicht nach Hause gekommen war.

Als der junge Herzog Ludwig Philipp von der Verhaftung seines Vaters Nachricht erhielt, ging er mit seiner Schwester Adelaide nach Zürich, wo sie aber als Flüchtlinge ausgewiesen wurden.

Hierauf wendeten sie sich unerkannt nach Zug, gaben sich für eine englische Familie aus, und hielten sich dort drei Wochen auf; aber die Schweiz war damals mit Emigranten überfüllt, und er daher um so leichter erkannt, was ihn nöthigte, auch diese Stadt wieder zu verlassen

Seine Schwester Adelaide war hier erkrankt, und da ihm an ihrer Sicherheit gelegen war, so suchte er sie in das Kloster St. Klara bei Brembgarten zu bringen, wo er unter dem Namen einer englischen Familie, sie von den Nachsuchungen der Polizei sicher zu seyn glaubte.

Er selbst begab sich nun mit seinem Kammerdiener Beaudoin nach Luzern; allein da er seine wenigen Geldmittel, die er noch besaß, schon vereist hatte, so verschaffte ihm der Marquis de Montesquien eine Lehrerstelle im Kollegium von Reichenau, die er

sich durch ein Examen erwarb, und unter dem fremden Namen Chabaud-Latour bekleidete.

Hier erfuhr er den Tod seines Vaters, der am Schaffote gebluret; und auf ihm, dem gegenwärtigen Schullehrer, übergingen nun die Titel und Ansprüche des Hauses Orleans, die aber, damals von einer sehr geringen Bedeutung waren.

Adelaide zog sich jetzt zu ihrer Tante, der Prinzessin von Conti nach Ungarn zurück, und so hatte Ludwig Philipp weniger Schwierigkeit, den bereits gefaßten Plan, nach Amerika zu gehen, auszuführen; wozu ihn besonders der ehemalige amerikanische Geschäftsträger in Paris, der Gouverneur Morris, der die Familie Orleans noch in ihrem Glanze gesehen hatte, den Rath gab, und ihn zu dieser Auswanderung mit Geld unterstützte.

Ludwig Philipp reiste jetzt im Monat März 1795 nach Hamburg, da aber sein Geld nicht ausreichte, so mußte er seine Reise nach Amerika abermals aufschieben, und sich vorläufig auf eine Wanderung in den Norden von Europa beschränken.

Von Montjoir und seinem Kammerdiener begleitet, ging er nach Kopenhagen, wo er einen geringen Kredidbrief an ein Großhandlungshaus hatte, das ihm auch einen freien Reisepaß für das ganze Land verschaffte.

Nachdem er die historischen Sehenswürdigkeiten von Dänemark in Augenschein genommen hatte, reiste er nach Gothenburg und Christiania, wo er den Pastor Monod kennen lernte, der dann später Vorsteher der reformirten Kirche in Paris wurde.

In den Gebirgen von Dovrefield studirte er den Bergbau und die Forstkunde; ging hierauf nach Lappland über den Polarkreis hinaus, wo Rennthiere das Gespäck der Reisenden tragen mußten.

Im Monat August 1795 kamen sie zu Hammerfest auf dem Qualoe an, und waren also um fünf Grade weiter gereist, als die beiden Franzosen Maupertius und Regnard, die vor ihnen in diese Gegenden gekommen waren.

Von dort begab er sich nach Finnland, und kam im Monat November wieder in Stockholm an.

Hier wurde er auf einem Balle von Rivals, dem französischen Gesandten erkannt, in Folge dessen bei Hofe empfangen, und auf seinen Weiterreisen im Innern des Landes durch den Schutz der Regierung unterstützt, worauf er über Kopenhagen und Lübeck nach Friedrichsstadt reiste.

Die Auswanderung nach Amerika, die er schon früher hätte unternehmen sollen, wurde nun fest beschlossen, und durch Morris mit unbegrenzten Kredidbriefen auf Neu-York versehen, worauf er sich im Monat September 1796 in Hamburg einschiffte.

Von jetzt an begleitete ihn Baudouin allein, während er sich selbst für einen Dänen ausgab.

Im Monat October kam er in Philadelphia an, wo er sein Inkognito ablegte, und sich hierauf der französischen Gesandtschaft vorstellte.

Am 7. Februar 1797 erlebte er die Freude, seine beiden Brüder Montpensier und Beaujolais, die durch das Direktorium befreit worden waren, in Amerika wieder zu sehen *).

Die drei Brüder wurden jetzt dem berühmten Washington vorgestellt, der sie einlud, ihn auf seinem Landsitze Mount-Vernon zu besuchen, wo er ihnen dann Empfehlungsschreiben für die Reise, die sie in das Innere von Amerika unternehmen wollten, übergab.

Bei der Unterredung des jungen Herzogs von Orleans, mit dem als Feldherrn, Staatsmann und Weisen gleich ausgezeichneten Greis, dessen ganzes Leben ein Opfer für die Wohlfahrt des Vaterlandes war, zeigte sich aber ein auffallender Kontrast zwischen der Seele dieses großen Mannes und dem ehrgeizigen Streben des jungen Herzogs, und Beide trennten sich, ohne zu einer Verständigung in ihren Ansichten gekommen zu seyn.

Alle drei Brüder genossen in den Freistaaten die wohlwollendste Aufnahme, allein Ludwig Philipp, der unermüdliche Reisende, hatte nicht die Geduld, lange Zeit an einem Orte zu bleiben, und so durchstreift er in Begleitung seiner Brüder das weite Gebiet der Freistaaten in verschiedenen Richtungen; ja sie hielten sich sogar eine Zeitlang bei einem Stamme der Irokesen auf.

In Kentucky fanden die Reisenden eine französische Kolonie, die sie sehr angenehm überraschte; sie gingen dann weiter bis zu den kanadischen Seen, und dann wieder zurück nach Philadelphia, wo sie im Monat Juni 1797 ankamen.

Von Philadelphia reisten sie im Monat September nach Neu-York, Massachusetts, Boston, und von dort wieder zurück nach Neu-York.

In Frankreich hatte indessen eine regelmäßigere Regierung der revolutionären Regierung Platz gemacht, und man wendete jetzt seinen Blick nach der Familie Orleans, nachdem der Kern der Nation einen unüberwindlichen Haß gegen die ältern Bourbons äußerte.

Ludwig Philipp, von dem Stande der Dinge unterrichtet, trat jetzt mit den Anhängern seines Hauses in Verbindung; aber der 18. Fructidor (Fructmonat) vernichtete wieder alle Hoffnungen der Royalisten, und beide königliche Linien die Bourbons und Orleans wurden aufs Neue verbannt.

Die Mutter des Herzogs (Louise, Marie, Adelaide von Bourbon, eine Tochter des Herzogs von Penthièore) wurde gefangen genommen, und mußte im Monat September 1797 nach Spanien auswandern.

Ludwig Philipp beschloß nun, sich zu seiner Mutter, welche sich damals zu Barcelona, der Hauptstadt der spanischen Provinz Katalonien aufhielt, zu begeben; da aber der Krieg zwischen England und Spanien die Reise erschwerte, so reiste er im Monat Dezember 1797 zuerst nach Luisiana, welches damals

*) Weniger glücklich als Ludwig Philipp, betraten seine beiden Brüder, der Herzog von Montpensier und der Graf von Beaujolais nach einer stürmischen Ueberfahrt erst am 8. Februar 1797 den amerikanischen Boden, doch entschädigte das Wiedersehen der Brüder für die ausgestandenen Leiden.

ſpaniſch war, und ſchiffte mit ſeinen Brüdern von dort nach Havannah, dem Hauptorte der ſpaniſch-weſtindiſchen Inſel Cuba ein, wo er mit ſeinen Brüdern nach mancherlei Gefahren im Monat März des nächſtfolgenden Jahres ankam.

Ihre anfängliche Aufnahme daſelbſt war ſo freundlich, daß ſie bald entſchloſſen waren, ſich daſelbſt niederzulaſſen; als aber die ſpaniſche Regierung von dem Aufenthalte der Orleans'ſchen Prinzen in Havannah Nachricht erhielt, erließ ſie — aus Haß gegen dieſe, und aus Beſorgniß wegen ihrer Stellung zur Regierung der franzöſiſchen Republik — den ſtrengſten Befehl an den Statthalter von Cuba, ſie nicht nur augenblicklich fortzuweiſen, ſondern auch ihren Aufenthalt auf keiner ſpaniſchen Beſitzung zu dulden.

Unter dieſen Umſtänden beſchloſſen nun die Prinzen, ſich in Englands Schutz zu werfen, und erhielten zur Reiſe dahin, trotz des Widerſtandes des Grafen von Artois (nämlich des nachmaligen Königs von Frankreich, Karl des X.) die Erlaubniß.

Sie reiſten jetzt von Havannah wieder nach Neu-York, und ſchifften ſich dort nach England ein, wo ſie im Jänner 1800 landeten.

Dort liefen ſich die Prinzen in der Stadt Twickenham, nahe bei London am linken Ufer der Themſe nieder, wo ſie durch Studien, belehrende Reiſen, und freundſchaftlichen Umgang ihre Zeit ſehr angenehm ausgefüllt hätten, wenn nicht die Kränklichkeit des Herzogs von Montpenſier, der in Folge langer Keekerhaft an einem Bruſtübel litt, und im Jahre 1807, in ſeinem zweiunddreißigſten Jahre ſtarb, dieſes Verhältniß getrübt hätte.

Auch der Graf von Beaujolais trug den Keim derſelben Krankheit in ſich, und da ihm die Aerzte ein milderes Klima anriethen, ſo zog Ludwig Philipp mit ihm nach Malta, aber nur, um dort den Bruder zur Erde zu beſtatten.

Nun begab ſich Ludwig Philipp in Folge einer Einladung des Königs Ferdinand des IV. nach Meſſina, und von dort nach Palermo, wo er die Zuneigung der Prinzeſſin Maria Amalia gewann, und auch das Verſprechen ihrer Hand erhielt.

Der Ehrgeiz trieb ihn aber wieder aus den Armen der Liebe nach Spanien, wo er der einſtweiligen Regierung, ſeine Dienſte gegen die, unter Napoleon eingedrungenen Heere Frankreichs anbiethen wollte, und landete zu Gibraltar; allein die engliſche Regierung wollte ſeine Einmiſchung nicht dulden, und ließ ihn, daher durch den Befehlshaber dieſes Platzes, wider ſeinen Willen nach England führen, wo er in Portsmouth beim Einſchiffen ſeine Schweſter Adelaide traf, die gerade von Malta angekommen war.

Ludwig reiſte nun mit ihr nach Malta, und ging von dort nach Palermo, wo er aber die Geſinnungen der königlichen Familie ſehr verändert fand.

Die Königin Karoline von Neapel, Maria Antoinettens Schweſter, hatte nämlich, wie ſchon früher erwähnt wurde, dem Herzoge von Orleans ihre Tochter zur Ehe verſprochen.

Inzwiſchen hatte man aber den Herzog bei ihr verleumdet, und ſo weigerte ſie ſich jetzt, die Vermählung mit dem Sohne desjenigen, der für den Tod ihres Schwagers, den König Ludwig XVI. geſtimmt hatte, vollziehen zu laſſen. Endlich gelang es aber dennoch dem Herzoge, die Umtriebe der Legitimiſten wieder zu zerſtören. Die Heirath wurde aufs Neue beſchloſſen, und die Vermählung am 25. November 1809 ganz in der Stille des Palazzo reale in Palermo vollzogen.

Jetzt machte der Herzog neue Verſuche, in Spanien, in deſſen Siegen er die Vernichtung Napoleons wahrnehmen wollte, ein Kommando zu erhalten, wozu ihn der General Dumouriez unaufhörlich aneiferte.

Da die Junta (Rathsverſammlung) hörte, daß die an Frankreich grenzenden Provinzen unzufrieden ſeyen, und die Erſcheinung eines Bourbon'ſchen Prinzen in denſelben, das Zeichen zu einem Aufſtande werden könnte; ſo beſchloß ſie, nachdem ſie bereits Erkundigungen eingezogen hatte, ob der Herzog von Orleans dort Sympathien oder Anhänglichkeit habe, dieſen zur Beſehligung der Truppen in Katalonien einzuladen.

Im März des Jahres 1810 wurde der Herzog in einem beſonderen Schreiben zu dieſer Rolle aufgefordert, und obgleich damit beſchäftigt, Sicilien gegen Murat zu vertheidigen, ſo verließ er dieſes Unternehmen, um der Sache Spaniens zu dienen.

Am 22. Mai 1810 reiſte er nun ab, landete in Tarragona, und erließ ſogleich eine Proklamation gegen Napoleon in der Abſicht, daß er dadurch die franzöſiſchen Truppen zum Abfalle und zur Deſertion verleiten weede, welcher Verſuch aber mislang.

Der Herzog begab ſich hierauf nach Kadix, und beſuchte dore die Mitglieder der Verſammlung, die ihn aber etwas lange auf ſeine wirkliche Ernennung warten ließen, denn ſie machten jetzt Schwierigkeiten, und erklärten, ihn eigentlich gar nicht eingeladen, ſondern nur zugelaſſen zu haben, und meinten, das Kommando in Katalonien käme jetzt ſchon zu ſpät.

Die Cortes (Stände-Verſammlung des Königs) prüften wohl dieſe Angelegenheit; aber Ludwig XVIII. und die Legitimiſten hatten bereits ihre Fäden geſponnen. Die engliſche Regierung widerſetzte ſich, und als Ludwig Philipp ſelbſt vor den Cortes ſprechen wollte, verſagte man ihm den Eintritt; worauf er unverrichteter Sache nach Sizilien zurückkehrte.

Während der Abweſenheit des Herzogs von Orleans, wurde ſeine Gemalin mit einem Prinzen (am 2. September 1810) entbunden, den man Philipp Ludwig, Herzog von Chartres nannte, und der zweiunddreißig Jahre ſpäter, als Kronprinz durch einen unglücklichen Zufall ſein Leben endete.

Als die erſte Reſtauration (Wiederherſtellung) in Frankreich eintrat, verließ der Herzog von Orleans Palermo, und eilte nach Paris, wo er in einem Gaſthofe abſtieg. Von hier ging er gedankenvoll nach dem Palais royal, dem Hauſe ſeiner Ahnen, und kam bis an die

Thür der großen Treppe, wo er, von dem Gefühle überwältigt, niederstürzte und die Stufen küßte.

Der Portier, der noch die Napoleonisch-kaiserliche Uniform trug, hielt den Fremden Anfangs für verrückt, aber bald merkte er den wirklichen Zusammenhang der Sache, und erschöpfte sich in Komplimenten und Bücklingen.

Der Herzog ging jetzt in die Tuilerien, wo Ludwig XVIII. ihn freundlich empfing, und ihm zum General-Obersten der Husaren ernannte. Auch gab er ihm alle seine Güter wieder zurück, und ertheilte ihm das Kreuz des heiligen Ludwig.

Der Herzog leistete auf den Knien vor dem stehenden Könige mit bloßem Schwerte den Eid, und als der König ihn umarmen wollte, warf er sich ihm nochmals zu Füßen, und küßte ihm die Hand.

Bei der Nachricht von der Abreise Napoleon's von der Insel Elba, stellte sich der Herzog von Orleans dem König Ludwig XVIII. zur Verfügung, und ging nach Lyon zur Bekämpfung Napoleons.

Als er wieder nach Paris zurückgekommen war, schickte ihn der König nach den nördlichen Provinzen, wo er auf den Geist der Truppen einwirken sollte; allein, nachdem der König von Paris sich geflüchtet hatte, legte auch Ludwig Philipp sein Kommando nieder, und reiste mit seiner Schwester Adelaide nach England.

Die zweite Restauration in Frankreich setzte den Herzog auf's Neue in alle seine Titel und Rechte ein, worauf er in der Thronsitzung am 25. September 1815, dem König den Eid der Treue leistete.

Bald kam aber das Gerede von einer Verschwörung Ludwig Philipps in Umlauf, so daß er es unter solchen Verhältnissen vorzog, sich auf einige Zeit wieder nach England zu begeben.

Ludwig Philipp hatte schon mehrmalen um den Titel »Königliche Hoheit« den seine Gemalin als eine Königstochter führte, angesucht, aber der König Ludwig XVIII. verweigerte dem Herzoge standhaft die Auszeichnung, und entgegnete jedesmal auf das Gesuch: »Er nämlich, Ludwig Philipp, ist dem Throne schon nahe genug, ich werde mich hüthen, dem Thron ihn noch zu nähern.« *)

Die Fehler der Restauration vergrößerten täglich das Feld der Liberalen, und da der Herzog von Orleans, obgleich sehr vorsichtig, weder seinen Ursprung, noch die ihm natürlich angewiesene Rolle verläugnen konnte, so wurde das Palais royal der Mittelpunkt liberaler oder freisinniger Männer.

Künste und Wissenschaften hatten dort ebenfalls ihren Eintritt, und die ausgezeichnetsten Männer kamen in das Haus und eröffneten einen Kreis, der dem in den Tuilerien ganz entgegen gesetzt war.

*) Ludwig XVIII. sagte einstens bei einer Unterhaltung zu dem Herzoge: »Mein Cousin, Sie sind neben Berri der Nächste zum Throne. Sie haben mehr Aussichten durch das Recht, als durch die Usurpation (gesetzwidrige Besitznahme). Ich glaube an Ihren Verstand wie an Ihr gutes Herz, ich bin ruhig.«

In Bezug auf die Hoffnungen die man ihm machte, sagte er damals, »Ich bin für die Einen zu viel, und für die Andern nicht genug Bourbon *).

Am 6. September 1824 starb Ludwig XVIII. und unter seinem Bruder und Nachfolger Karl X., erhielt nun die Restauration oder Wiederherstellung ein noch entschiedeneres Gepräge.

Der Herzog von Orleans ging indessen ruhig seinen Weg weiter, beschäftigte sich mit der Erziehung seiner Kinder, und beobachtete sorgfältig die Ausschweifungen und Fehler der völlig blinden Regierung.

Karl X. zeigte sich weniger mißtrauend als sein Vorgänger, ließ der Familie Orleans alle nur möglichen Wohlthaten widerfahren, und ertheilte allen ihren Mitgliedern den so sehnlich erwünschten Titel »Königliche Hoheit.«

Diese Wohlthaten verhinderten indessen Ludwig Philipp nicht, bei jeder Gelegenheit Opposition oder Widerstand zu machen, was er bei seinen liberalen Absichten und bei dem blinden Regierungs-Systeme Karl X. nicht ganz aufgeben konnte.

Als der Einfluß der Jesuiten überhand nahm, und nach allen Seiten hin Unterdrückungsmaßregeln von der Regierung durchgesetzt wurden, erhielt der Herzog von Orleans einen Brief von Lemaire,

*) Die Ermordung des Herzogs von Berri am 13. Februar 1820, ließ einen furchtbaren Verdacht auf Ludwig Philipp fallen, und die Ultras klagten ihn fast offen an, und schrieben ihn dieses furchtbare Verbrechen zu.

Dieser Herzog von Berri, war der zweite Sohn des Grafen von Artois und der Maria Theresia von Savoyen, im Jahre 1778 geboren. Er flüchtete im Jahre 1792 mit seinem Vater nach Turin, diente unter Condé am Rheine, zog nach Rußland, und im Jahre 1801 nach England, wo er ununterbrochen zur Wiederherstellung der Bourbons arbeitete.

Als im Jahre 1814 Kaiser Napoleon abgesetzt war, kehrte Berri nach Frankreich zurück, und wurde zum General-Obersten ernannt.

Nach der Rückkehr Napoleons von der Insel Elba, gab ihm der König den Oberbefehl über alle Truppen in und um Paris. Er war aber nicht glücklich, und mußte sich nach Gent zurückziehen, so daß er erst nach der Schlacht bei Waterloo nach Paris zurückkehren konnte. Er wurde nun Präsident des Wahl-Kollegiums der nördlichen Departements, und später, nachdem er in der Sitzung der Kammern die konstitutionelle Verfassung beschworen, Präsident des vierten Bureau. Als er sich dem öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, wurde er durch Louvel, der die Bourbonen vertilgen wollte — ermordet.

Er hinterließ von seiner Gemalin, eine Tochter des nachmaligen König Franz des I. beider Sizilien, eine Tochter und einen Posthumus, nämlich einen nachgebornen Sohn Namens Heinrich, Herzog von Bordeaux (polit-ikn de France) in welchem die Bourbons den Erhalter ihres Stammes betrachten.

Die Geburt dieses Herzogs von Bordeaux beruhigte die Royalisten einigermaßen; indessen wurde aber die Herzogin von Berri in einer Protestation des Herzogs von Orleans (Morning-Chronicle) beschuldigt, ein Kind untergeschoben zu haben.

folgenden Inhalts: »Ein wenig Muth, Prinz! es bleibt in unserer Monarchie ein guter Platz zu nehmen, der Platz, den Lafayette in einer Republik einnehmen würde — den des ersten Bürgers von Frankreich. Das französische Volk ist ein großes Kind, das es gerne sieht, wenn es einen Vormund hat; seyen Sie es: u. s. w.

Auch Stanislaus Girardin sagte auf seinem Sterbebette zu dem Herzoge von Orleans: »Ich nehme wenigstens mit Wonne den Gedanken mit in das Grab, daß Sie in kurzer Zeit König seyn werden.«

So bereiteten sich die Geister auf eine Revolution vor, und die Blicke der Liberalen fielen von selbst auf den Herzog von Orleans, der von seiner Seite aus sehr geschickt zu Werke ging, und sich als der Mann der Zukunft betrachtete.

Die Hoffnungen die sich noch an die Bourbonische Dynastie knüpften, als das reformistische Ministerium Martignac am Ruder stand, waren nur von kurzer Dauer.

Auch war Karl X. zu eigensinnig und zu sehr von den Jesuiten umgarnt, um nicht sein eigenes System durchsetzen zu wollen.

Als Karl X. mit dem Ministerium Polignac die Thronsitzung vom Jahre 1830 eröffnete, strauchelte er über den Teppich, und sein Hut fiel zur Erde, welchen der Herzog von Orleans, der am Throne stand, aufhob und dem Könige reichte.

Dieses Ereignis wurde jetzt als ein Wahrzeichen betrachtet, und machte die abergläubischen Männer der Revolution bedenklich.

Endlich erschienen die verhängnißvollen Ordonanzen, welche das Siegel seines Systems waren, und die Veranlassung zum Ausbruche der Revolution vom Jahre 1830 gaben.

Als man Karl den X., der neben seinem Eigensinne auch noch den Fehler begangen hatte, keine starke Armee in Paris zusammenzuziehen, den Rath gegeben hatte, sich des Herzogs von Orleans, den man wahrscheinlich auf den Thron setzen würde, zu bemächtigen, schlug der König — voll Vertrauen in seinen Vetter — diese Sicherheitsmaßregel aus.

Indessen hatte sich aber der Herzog von Orleans selbst nach Neuilly zurückgezogen, wohin sich Laffitte, der längst schon die Idee hatte, ihn zum Könige zu machen, ihm sagen ließ; er hätte binnen 24 Stunden zwischen einer Krone und einem Reisepaß zu wählen.

Ludwig Philipp hatte sich in einem Pavillon seines Gartens versteckt gehalten, und da er diesen Aufenthalt noch für zu unsicher hielt, so reiste er am 29. Juni nach Rainy.

Der Sieg des Volkes war indessen so vollständig als möglich geworden, und nur blieb jetzt die Frage noch übrig, welche Regierung den Bourbons folgen solle. Die alten Bourbons waren in Frankreich auf das äußerste verhaßt, ja man betrachtete ihren ganzen Stamm als unverbesserlich, und selbst das Ausland hatte keine besondere Zuneigung zu einem Königshaus, das wiederholt an seinen Eiden treubrüchig geworden war.

Ein Weiterregieren dieser Linie schien also um so schwerer, nachdem der Thronfolger unmündig, und eine vormundschaftliche Regierung, während einer so unermeßlichen Volksaufregung sehr gefährlich war. Es blieb also nur noch zu entscheiden übrig, welche Parthei den Sieg davon tragen solle.

Die Buonoparte hatten nicht die Mehrzahl ihrer Anhänger im Lande, denn man hatte ja das Kaiserthum zweimal fallen lassen. Napoleon war todt, und sein Reich war mit ihm insoferne untergegangen, als seine Erfolge durch die Verträge vom Jahre 1815 ganz verloren gegangen sind.

Den jungen Herzog von Reichstadt, an welchen sich höchstens das Bild seines Vaters knüpfte, hielt Oesterreich am kaiserlichen Hofe zurück. Ebenso befanden sich die Republikaner in einer noch zu geringen Anzahl im Lande, da die Ausschweifungen der frühern Republik noch in einem zu frischem Andenken waren, und dem friedlichen Bürger und Geschäftsmanne zu viele Furcht einjagte; und diejenige Parthei, welche die Republik wollte, hatte nicht die Hauptkräfte des Landes für sich. Es blieb also nur noch die Orlean'sche Parthei übrig, zu welcher so ziemlich Alles gehörte, was Aufklärung besaß, und mit dem Geiste des Jahrhunderts fortgeschritten war.

Die konstitutionelle Monarchie war in Frankreich noch nicht verwirklicht worden, nachdem sie den Grundsätzen der ältern Bourbons gerade entgegensetzt war, und so both sich jetzt das Haus Orleans selbst an. Wohl hatte Karl X. den Herzog Ludwig Philipp mit Wohlthaten und Ehrenbezeugungen überhäuft, und jetzt sollte dieser dessen Enkel die Königskrone entziehen; allein der Herzog glaubte dieses schreiende Unrecht dadurch zu mildern, wenn er die Krone vollständig in den Koth fallen, von seinen Anhängern aufheben, und solche sich dann erst aufsetzen ließ.

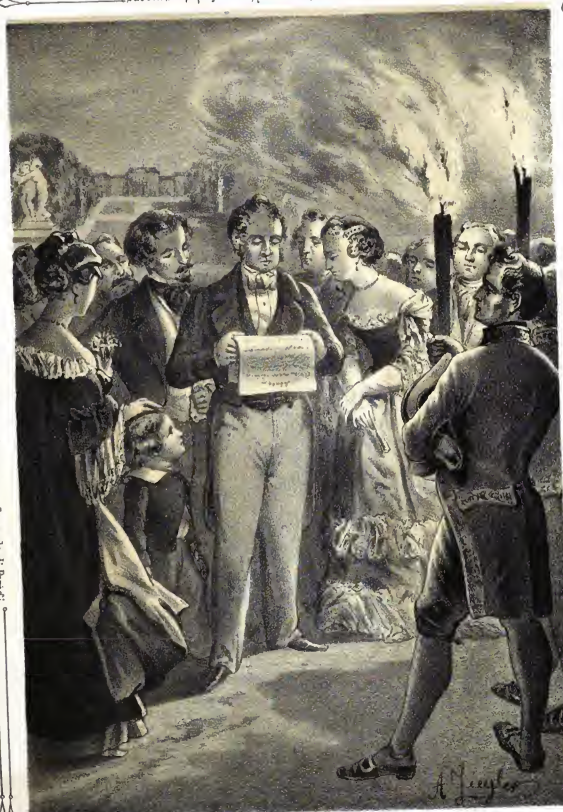
Ueberhaupt war das Benehmen des Herzogs von Orleans, besonders während der hundert Tage, und nach dem wiederholten Sturze Napoleons mehr als zweideutig, und blieb fortwährend das des heimlichen Bauerns, wemit seine öffentlich zur Schau getragene Anhänglichkeit gegen das königliche Haus Bourbon in einem auffallenden Widerspruche stand.

Die Jahre von seiner Rückkehr an, bis zum Ausbruch der Juli-Revolution, benutzte er zu Aufhäufung eines großartigen Vermögens, wozu er oft Mittel anwendete, welche gerechten Tadel verdienen.

Beständig hatte er im Geheimen um die Gunst der liberalen Parthei gebuhlt, und seine Kunst, die Meinungen der Menschen zu bestechen, sie über seine wahren Gesinnungen zu täuschen, und große Hoffnungen von sich zu machen, zeigte sich so gewaltig, daß die aufrichtigsten Freunde der Freiheit in ihm den Retter des Vaterlandes erwarteten, und ihm die höchste Gewalt anbothen, als der Thron durch die Vertreibung Karl des X. erledigt war.

Ludvík Filip přijímá vyzvání k general poručicství.

Luigi Filippo riceve l'invito d'essere Governatore Generale di Parigi.



Lajos Fülöp felhívást kap a' párizsi vezérhadnagyság elfogadására.

Ludwig Philipp empfängt die Aufforderung zur General Lieutenant. von Paris.

N° 85.

Im Stadthause wo von Girard, Dupin, Guizot und Andere eine Municipal-Kommission als provisorische Regierung eingesetzt worden ist, wurde für den Herzog von Orleans gesprochen. Die Republikaner hielten wohl die Waffen noch in der Hand, und machten durch Energie und Tapferkeit die Wagschaale schwanken, aber Laffitte ergriff das Loß, welches für Ludwig Philipp gezogen ward.

Man entwarf nun folgende Proklamation: »Karl X. kann nicht mehr nach Paris zurück: er hat das Blut des Volkes fließen lassen. die Republik würde uns einen furchtbaren Zwiespalt aussetzen, und uns mit Europa entzweien. Der Herzog von Orleans ist ein der Revolution ergebener Prinz. Der Herzog von Orleans hat sich nie gegen uns für uns geschlagen. Der Herzog von Orleans war bei Jemappes. Der Herzog von Orleans ist ein Bürger-König. Der Herzog von Orleans hat die dreifarbige Fahne ins Feuer getragen. Der Herzog von Orleans allein kann sie noch tragen. Wir wollen keinen andern. Der Herzog von Orleans entscheidet sich nicht; er erwartet unsern Wunsch. Sprechen wir diesen Wunsch aus, und er wird die Verfassung wie wir sie immer verstanden und gewollt haben, annehmen. Er wird seine Krone vom französischen Volke erhalten.«

Die Orleanistische Parthei hatte indessen Versuche im Hause des Herzogs selbst gemacht, und Dupin, Thier's und Andere begaben sich nach Neuilly, wo sie aber nur die Herzogin antrafen, die einen starken Widerwillen gegen die Anträge zeigte, welche man ihrem Gemale vorlegen wollte.

Die im Palais Bourbon vereinigten Deputirten ernannten jetzt eine Kommission, und beauftragten diese, von den Pairs die General-Lieutenanschaft für den Herzog von Orleans zu verlangen, welche nun gleichfalls eine Deputation von 12 Mitgliedern ernannte, um dem Herzoge von Orleans den Wunsch der Kammer vorzulegen.

Die Deputation fand aber Ludwig Philipp, der zu feig war, aus seinem verborgenen Hinterhalte als offener Bewerber vorzutreten, nicht in Neuilly, und so unternahm es seine muthigere Schwester Adelaide, die dargebothene Krone für ihn anzunehmen.

Als der Herzog Abends zurückkehrte, las er bei Fackelschein im Schloß-Parke die Aufforderung im Versteyn seiner Familie, und nahm hierauf die General-Lieutenantschaft an. Er ging noch denselben Abend nach Paris, und begab sich in das Palais royal, wo er den Herzog von Montemart mit den Worten empfing. »Wenn Sie den König früher sehen als ich, so sagen Sie ihm, daß man mich mit Gewalt nach Paris geschleppt hat.

Gestern Abend hatten mehrere Menschen Neuilly überschwemmt, und im Namen der Deputirten nach mir verlangt. Auf die Antwort, daß ich abwesend sey, haben diese Menschen der Herzogin erklärt, daß man sie mit ihren Kindern nach Paris führen und sie gefangen halten würde, bis der Herzog von Orlean's erschienen wäre.

Die Herzogin, erschrocken über ihre Lage, und für ihre Kinder zitternd, schrieb mir ein sehr dringendes Billet, mit der Bitte, sobald als möglich wieder zu kommen.

Als ich diesen Brief erhielt, habe ich keinen Anstand mehr genommen, und bin gekommen, um meine Familie zu befreien, und so hat man mich noch spät Abends hieher gebracht.«

Während diesem Gerüchte hörte man von Zuken das Geschrey: »Es lebe der Herzog von Orleans!« worauf Montemort ihn mit den Worten aufmerksam machte. »Hören Sie, wem dieser Ruf gilt; Sie sind es.« Ludwig Philipp antwortete aber: »Ich werde mich lieber ermorden lassen, als die Krone annehmen.«

Indessen wurde am 31. Juli um 9 Uhr Morgens, die Deputation der Kammer von dem Herzoge empfangen, wobei Laffitte die Erklärung der Kammer vorlas. Der Herzog erbat sich bei dieser Gelegenheit diese Rede, und sagte: »Dieses wird das schönste Actenstück in meinen Archiven seyn.«

Bevor er sich aber zur Annahme entschieden erklärte, holte er sich noch erst den Rath Talleyrand's ein, der ihm ganz kurz sagen ließ: »Er möge zugreifen.«

Der Herzog von Orleans ertheilte nun den Deputirten die Antwort: daß er die General-Lieutenantschaft bekleiden wolle; und gab in einer Proklamation der Stadt Paris davon folgende Anzeige.

»Bewohner von Paris! Die in dieser Augenblicke vereinigten Deputirten von Frankreich, haben den Wunsch ausgedrückt, daß ich mich in diese Hauptstadt begebe, um dort das Amt eines General-Lieutenants zu übernehmen.

Ich habe nicht geschwankt, Eure Gefahren zu theilen, mich in die Mitte dieser heroischen Bevölkerung zu stellen, und alle Anstrengungen zu machen, Euch vor dem Bürgerkriege und der Anarchie zu bewahren.

Nachdem ich in diese Stadt zurückkehrte, habe ich mit Stolz jene glorreichen Farben getragen, die Ihr wieder aufgenommen habt, und die ich lange Zeit selbst getragen habe.

Die Kammern werden sich versammeln; sie werden für die Mittel sorgen, das Walten der Gesetze und die Erhaltung der Rechte der Nation zu sichern. Eine Charte, nämlich eine Verfassung wird jetzt eine Wahrheit seyn.«

So auf diese Weise erklärte sich jetzt der Herzog mit einem Schritte für die Revolution, und handelte doch so vorsichtig, daß er im schlimmsten Falle bei dem Hause Bourbon, wieder zu Gnaden eingehen konnte.

Aber noch war die Zustimmung des Stadthauses, wo Lafayette die meiste Gewale hatte, nicht erreicht, denn Lafayette kannte den Herzog von Orleans noch zu wenig, wiederstrebte sich aber auch seiner Ernennung nicht.

Der erste Schritt, durch welchen der Herzog, wirklich mit der ältern Linie brach, war sein Gang nach dem Stadthause. — Voran ritt der Herzog von Orleans selbst, und hinter ihm trug man den gichtkranken Laffitte auf einem Sessel.

Das zahlreich versammelte Volk empfing den Zug mit einem unbeschreiblichen Jubel, so, daß Laffitte: mit welchem der Herzog unterwegs sprach, sagte: »Das geht gut,« und Ludwig Philipp antwortete ihm: »Ja, das geht nicht schlecht.«

Auf dem Grèveplatze änderte sich aber die Freuden-Szene, und es ging dort schon nicht mehr so gut, da die Patrioten den Herzog in's Wasser zu werfen drohten. Aber Lafayette und die provisorische Regierung gingen dem Herzoge entgegen, und führten ihn in den Saal Heinrichs des IV., wo ein unbeschreiblicher Tumult herrschte, da man in großer Erwartung war, welche Stellung Lafayette dem Herzoge gegenüber einnehmen werde.

Als das Manifest der Kammer vorgelesen war, gab Lafayette dem Herzoge eine dreifarbige Fahne in die Hand und ging mit ihm an das Fenster, wo er ihn vor allem Volke umarmte, und damit war nun der Bund besiegelt.

Ludwig Philipp kehrte jetzt triumphirend nach dem Palais royal zurück, wo Abends auch die Herzogin mit ihren Kindern eintraf.

An demselben Abende führte auch Thiers noch mehrere Republikaner zu ihm, die ihm gleichsam sein politisches Glaubensbekenntniß abforderten, wobei er die konstitutionelle Monarchie vertheidigte, im ganzen aber nicht viel mehr versprach, als er gehalten hat. Kurz, so wie die ältern Bourbon's über seine erheuchelte Treue schrecklich enttäuscht wurden, so hinterging er auch sehr bald das Vertrauen seiner Freunde und Anhänger.

Karl X. hatte sich inzwischen nach Rambouillet zurückgezogen, wohin der Herzog von Orleans eine Deputation schickte, die aber der geflüchtete König Anfangs nicht annehmen wollte, endlich aber gab er dennoch nach, und ernannte den Herzog von Orleans selbst zum General-Lieutenant des Reiches.

Karl X. setzte noch immer Vertrauen in seinen Vetter, den Herzog, — dankte ab, und schrieb diesem, er solle, da der Dauphin auch abgedankt habe, den Herzog von Bordeaux als Heinrich den V. zum Könige ausrufen lassen. Ludwig Philipp weigerte sich aber, den Abgedankten Karl X. zu empfangen, und ließ dem Könige sagen, zuerst müsse die Ordnung wieder hergestellt seyn, dann wird man sehen, was zu thun ist.

Noch hatte Karl X. über 12,000 Mann Truppen und 38 Kanonen zu gebieten, welche erst beseitigt werden mußten, bevor Ludwig Philipp die Maske abnehmen konnte.

Er schickte nun eine Deputation nach Rambouillet, und als man ihn fragte, was sie zu thun hätten, wenn man ihnen den Herzog von Bordeaux übergeben würde, antwortete Ludwig Philipp: »Der Herzog von Bordeaux! aber das ist Euer König.«

Bei diesen Worten warf sich ihm die Herzogin von Orleans in die Arme, und rief aus: »Ach! Sie sind der ehrlichste Mann im Reiche!«

Inzwischen hatten aber die Kommissäre den geheimen Auftrag, Karl den X. zur Abreise zu bewegen; aber dieser weigerte sich so standhaft, daß man zu einer List seine Zuflucht nehmen mußte.

Man verbreitete nämlich in Paris das Gerede, daß Karl X. mit einer Militärmacht im Anzuge sey, brachte das Volk durch diesen Winkelzug unter die Waffen, und setzte es dem Könige auf den Leib, so daß sich bei 15,000 Mann schon in der Nähe von Rambouillet sehen ließen.

Nun erhielt Karl X. von seinem Vetter, dem Herzoge Ludwig Philipp, einen Brief, und zugleich die Warnung, daß über 60,000 Mann im Anrücken seyen.

Als jetzt der alte König den Odilon Barrot fragte, was denn die Pariser noch von ihm wollen, da er ohnehin schon abgedankt habe, gab ihm dieser mit Advokatenkunst zur Antwort, es sey im Interesse des Herzogs von Bordeaux, daß kein Blut mehr fließe, er möge daher abreisen, worauf nun wirklich der getäuschte König nach Maintenon reiste, seine Garde entließ, und dann sich nach Cherbourg begab.

Ludwig Philipp hatte als General-Lieutenant von Frankreich, am 3. August die Kammer eröffnet, und eine Art von Thronrede gehalten, in welcher aber von dem Herzoge von Bordeaux mit keinem Worte eine Erwähnung gemacht wurde.

Als Karl X. auf seiner Reise nach Cherbourg diese Rede las, sagte er, »Ich hoffe wenigstens, daß der Herzog von Orleans es nicht thun wird, eine Krone zu nehmen, die ihm von Rechtswegen nicht gehört.« Auf diese Aeußerung antwortete ihm aber die Prinzessin: »Er wird sie wohl nicht nehmen, aber er wird es dulden, daß man sie ihm aufsetze.«

Die Deputirten-Kammer erklärte nun den Thron für erledigt, und forderte Ludwig Philipp auf, ihn anzunehmen, wozu auch die Pairskammer einstimmte.

Am 9. August wurde jetzt Ludwig Philipp zur ersten Königs-Sitzung im Palais Bourbon von beiden Kammern empfangen. Krone, Szepter und Schwert lagen neben dem Throne.

Nach 2 Uhr erschien der Herzog, nahm auf einem Sessel Platz, und erinnerte den Präsidenten der Kammer, die Akte vom 7. August vorzulesen. Nachdem dieses geschehen war, wurde auch von dem Präsidenten der Pairskammer die Zustimmungsakte der Pairs vorgelesen.

Der Herzog erklärte hierauf die Annahme der Krone, zog den Handschuh aus, entblößte das Haupt, hob die Hand in die Höhe und schwur folgenden Eid:

»Im Beisein Gottes, schwöre ich, die konstitutionelle Charte mit den in der Erklärung bezeichneten Veränderungen getreu zu beobachten; nur durch die Gesetze und nach den Gesetzen zu regieren; jedem nach seinem Rechte, gute und genaue Gerechtigkeit ausüben zu lassen, und in jeder Beziehung allein in der Absicht des Interesses, des Glücks und des Ruhms des französischen Volkes zu handeln.«

Hierauf hörte man den dreimaligen Ruf: »Es lebe der König!«

Průvod Ludvíka Filipa k radnici v Paříži.

Lajos Fülöp menete a párizsi városházához.

Corteggio di Luigi Filippo suo al hotel de ville a Parigi.

Ludwig Philipps Zug nach dem Stadthause zu Paris.

Ludwig Philipp unterzeichnete hierauf die drei Originalien der Verfassung und seines Eides, worauf ihm die Marschälle Scepter, Krone und Schwert überreichten.

Nun stieg er auf den Thron, bedeckte sich, und hielt seine erste Königsrede, in welcher er sagte: »Er hätte gerne gewünscht, nie den Thron zu besteigen, aber er habe es Frankreich zu Liebe gethan.«

So, durch eine thatsächliche Usurpation, ohne Wahl durch das Volk, und selbst ohne Zustimmung desselben, hoffnungmenig ehrgeizige Menschen, ein neues Königthum auf Jahrhunderte begründet zu haben; und dieser Willkürakt weniger Personen hat auch der Juli-Regierung den Charakter und ihr Schicksal bestimmt.

Die Juli-Revolution kam für die Regierungen von Europa nicht ganz unerwartet, denn man kannte Frankreich und dessen Regierung zu genau, um nicht den Ausbruch einer Katastrophe vorauszusehen.

Nicht Sympathie für Karl den X, sondern die Furcht vor den Folgen der Verletzung eines, an ganze Weltzustände geknüpften Prinzips war es, was die Throne von Europa bei diesem großen Ereignisse bewegte.

Die Völker athmeten ihrerseits mit Begeisterung die Freiheitsluft ein, die von Westen herkam, und machten ernsthafte Bewegungen, ihren Zuständen eine andere Gestalt zu geben.

Am meisten durfte der neue König Ludwig Philipp auf England rechnen, das seit dem spanischen Feldzuge vom Jahre 1823 mit der französischen Regierung in Mißverhältnissen stand. Auch die Eroberung von Algier und die Zuneigungen des Ministeriums Polignac für Rußland waren England sehr mißfällig. So kam es nun, daß nicht allein die Whigs, sondern auch die Tories, die damals am Ruder standen, der Juli-Regierung die Hand reichten, jedoch gab bei dieser Gegelegenheit das englische Ministerium unter der Hand zu verstehen, wie Frankreich sich die besondere Freundschaft Englands sichern würde, wenn es auf Algier verzichten möchte *).

Die deutschen Staaten zeigten gegen Ludwig Philipp keine systematische Opposition, wohl aber Rußland, dessen Lebensprinzip ebenso verletzt war, wie sein Interesse.

Der König Ludwig Philipp selbst hatte sowohl für die innern Angelegenheiten, so wie für die äußern Angelegenheiten zwei Systeme der Politik zu wählen.

Das erstere System bestand in einer Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, und der Isolirung nach Außen hin. Das Andere System bestand in der Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten und der Einschmeichlung in den allgemeinen Rath der Fürsten.

Der erstere Weg war ein gefährlicher, denn jemehr Ludwig Philipp der demokratischen Parthei einräumte, desto mehr wurde sein junger Thron bedroht. Auch für die Nation selbst war ein formwährendes Einzelnstehen sehr mißlich; was nur mit dem Schwerte in der Hand geschehen konnte. Rechnet man zu diesen Gründen auch noch die persönlichen Neigungen des Königs, so kann man sich leicht erklären, warum er die konservative Politik der vorschreitenden Politik vorzog, was ihm aber nicht leicht wurde diesen Weg einzuschlagen.

Die unbestimmten Hoffnungen und Wünsche der ganzen Nation, die übertriebenen Anforderungen der republikanischen Parthei und der falsche Liberalismus oder die Freisinnigkeit der Legitimisten, nämlich; der Anhänger der Rechtmäßigkeit der Erbfolge in der Staats-Regierung; Alles dieses verfolgte ihn, und stellte sich als Hemmniß gegen den zu eifrigen Konservatismus, nämlich die Erhaltung des Alten beförderuden Grundsatzes dar.

Den Patrioten, wie Dupont (de l'Eure), Lafayette, Laffitte und Anderen umgeben, denen er mehr Ehrlichkeit als Kenntniß — die Staatsgeschäfte zu leiten — zuschrieb, dachte er, obgleich er mit ihnen sein erstes Ministerium bilden mußte, sich so bald als möglich von ihnen wieder loszumachen.

Im ersten Ministerium, welches am 11. August 1830 eintrat, saßen neben den Liberalen die Hauptstützen des Konservatismus; neben Dupont (de l'Eure) als Justizminister und Gérard als Minister des Krieges, Molé für die auswärtigen Angelegenheiten, Guizot für die innern Angelegenheiten, Broglie für den Unterricht, Louis für die Finanzen, und Sebastiani für die Marine.

Außer diesen Staatsmännern hatte der König noch vier Minister ohne Portefeuille, nämlich Laffitte, Kasimir Périer, Bignon und Dupin.

Die Volksthümlichkeit lag dem Könige sehr am Herzen, daher richtete er eine Proklamation an das Volk folgenden Inhalts:

»Franzosen, Ihr habt Eure Freiheiten gerettet, Ihr habt mich berufen, Euch nach den Gesetzen zu regieren; Eure Aufgabe ist glorreich erfüllt, die Meinige beginnt. An mir ist es nun, die gesetzliche Ordnung, die Ihr erobert habt, achten zu lassen.

Ich kann Niemanden erlauben, sich ihrer zu entledigen, denn ich bin ihr selbst unterworfen. Im öffentlichen Dienste sind Reformen nöthig. Die Erbauung gewisser Steuern belastet das Land mit einem schweren Drucke. Es werden Gesetze vorgeschlagen werden, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Bei dieser Prüfung wird man keinen Einspruch ersticken, kein Interesse vergessen, keine Thatsache verkennen; aber in Erwartung der neuen Gesetze, ist man den bestehenden Gesetzen noch immer Gehorsam schuldig.

Was mich betrifft, so werde ich weder in der Zukunft meine Versprechungen, noch gegenwärtig meine Pflichten vergessen.

Franzosen! Europa betrachtet mit Bewunderung, zu der sich einige Ueberraschung mischt, unsere ruhmreiche Revolution; es fragt sich, ob es in der

*) Algier, in Nord-Afrika war vormals ein Seeräuber-Staat, und ist nun eine französische Kolonie zwischen Tunis und Marokko, mit 2 Millionen Einwohner.

That die Wirkung der Civilisation und der Arbeit ist, daß dergleichen Ereignisse Statt finden können, ohne daß die Gesellschaft erschüttert wird.

Zerstreuen wir diese letzten Zweifel; möge eine ebenso regelmäßige als nationale Regierung schnell der Niederlage einer absoluten Macht folgen.«

Zu dieser offiziellen Sprache kamen noch Zustimmungen, durch welche sich das Volk für einen Augenblick so leicht bestechen ließ, wie zum Beispiel für die Abschaffung der Titel »Monseigneur« (Gnädiger Herr); »Excellenz« (oder Euer Herrlichkeit), für die Minister; dann die zuvorkommende Freundlichkeit, und die angenehmen Worte, mit welchen die unzähligen Deputationen von dem Könige empfangen wurden.

Bedeutungsvoll für Ludwig Philipp war das Fest der Nationalgarde auf dem Marsfelde, wo 60,000 Bürger-Bajonette, die sich hier in den Händen der Mittelklasse befanden, und ihr Geschick so eng an das des Königs geknüpft glaubten, ihm Vertrauen in das Gedeihen seiner Monarchie einflößten.

Das Herz voll Freude, warf er sich Lafayette mit den Worten in die Arme. »Dieses ist mehr werth als die Krönung zu Rheims!«

Die Nationalgarde setzte damals wirklich auch Enthusiasmus für Ludwig Philipp, und er schrieb gleich am folgenden Tage an Lafayette folgenden Brief:

»Ich beeile mich, Sie mein lieber General zu bitten, bei dieser glorreichen Nationalgarde, deren Patriarch Sie sind, mein Dolmetscher zu seyn, und ihr die ganze Bewunderung, die sie mir heute eingeflößt hat, kund zu geben.

Sagen Sie ihr, daß sie nicht allein meine Erwartungen übertroffen hat, sondern daß es nicht in meiner Macht steht, ihr alle Freude und alles Glück, daß sie mich empfinden ließ, auszudrücken.

Zeuge der Föderation vom Jahre 1790 auf demselben Marsfelde, Zeuge des Schwunges vom Jahre 1792, als ich zu unserer Armee in der Champagne 48 Bataillone ankommen sah, welche die Stadt Paris in drei Tagen dergestellt und die so viel zum Zurückschlagen der feindlichen Invasion beigetragen, die wie bei Valmy aufzuhalten das Glück hatten, bin ich im Stande, einen Vergleich anzustellen, und mit Freuden sage ich Ihnen, daß dasjenige was ich gesehen habe, demjenigen, was ich damals so schön fand, und was unsere Feinde für so gefährlich hielten, weit überlegen ist.

Sagen Sie, mein lieber General, der Nationalgarde auch, wie viel ich von Dem, was sie mir bezeugt hat, genossen habe, und wie sehr mein Herz davon durchdrungen ist.«

Höchst bezeichnend wurde Ludwig Philipps Stellung zu den auswärtigen Mächten. Vor allen Dingen lag ihm daran, von diesen anerkannt zu werden; denn einmal angenommen, im Rathe der Fürsten, mußte seine Stellung im Lande selbst den feindlichen Parthieen gegenüber imposanter werden.

Während er bei Rußland um ein Bündniß anklopfte, suchte Ludwig Philipp — gleichzeitig ein solches mit England zu befestigen, und von dorther erbielt er in der That alle nur möglichen Freundschafts-Versicherungen. Auch die Großmächte, nachdem sie über die Absichten Ludwig Philipps sichergestellt waren, nahmen keinen Anstand mehr, ihn als König anzuerkennen, und diesen Großmächten folgten auch bald die kleinern Regierungen.

Aber die revolutionären Elemente in Paris, schlummerten nicht lange, denn die arbeitenden Volks-Klassen wollten die Revolution zu ihrem Vortheile gemacht haben, und verlangten Erhöhung ihres Lohnes.

Am 13. August geschah in Paris ein Auftand, durch welchen die Stadt lange ein unruhiges Ansehen bekiett; welche Aufregung im Volke sich noch durch den Prozeß vermehrte, den man den Ministern des vorigen Königs Karl des X. gemacht hatte.

Der König fürchtete jetzt mit Recht, daß die Wuth des Volkes die Rolle der Mäßigung, die er Frankreich im Auslande spielen ließ, verderben könnte, und schloß sich bereitwillig dem Antrage an, die Todesstrafe in politischen Angelegenheiten ganz abzuschaffen, aber dadurch kam das Volk in eine noch größere Wuth.

Am 18. October Abends brach in Paris ein neuer Aufstand aus, wobei die Nationalgarde zur Unterdrückung desselben, trefflich ihren Dienst that; allein die Insurgenten warfen sich auf Vincennes, wo die Minister des alten Königs Karl X. gefangen saßen, und wollten die Festung in Brand stecken, was aber durch die Entschlossenheit des Generals Daumesnil noch verhindert wurde.

Die Pairskammer, welche sich für den Prozeß gegen die Minister Karl X. zum Gerichtshofe umgestaltet hatte, setzte den Anfang der Verhandlungen auf den 18. December fest.

Dem König Ludwig Philipp mußte viel daran liegen, die Revolution, die ihn auf den Thron erhoben hatte, nicht mit Mordthaten beflecken zu lassen, und so waren daher die Vorsichtsmaßregeln groß, die bei der Ueberführung der Minister nach dem Luxembourg ergriffen wurden.

Aber es mußte auch auf den Pairshof dahin gewirkt werden, daß er gegen die Minister die Todesstrafe nicht aussprechе.

Um nun diese doppelte Aufgabe zu lösen, gebrauchte der König folgende List. Die angeklagten Minister wurden nämlich während der Fällung des Urtheils nach Vincennes zurückgeführt, und gleichzeitig das Gerede verbreitet, als wären sie zum Tode verurtheilt worden.

Als aber das wahre Urtheil bekannt wurde, äußerte sich der Unwille darüber sowohl in Paris als auch unter der Nationalgarde, und man wollte schon den Palast stürmen; allein man erinnerte sich gerade noch zu rechter Zeit, daß die Wühler diese Gelegenheit zu schlimmern Zwecken benützen könnten, und so unterblieb der gefahrvolle Auftritt.

Die moralische Diktatur, welche Lafayette auf die Nationalgarde ausübte, und die liberalen Ansprüche dieses unbeugsamen Patrioten wurden jetzt dem Könige Ludwig Philipp schon lästig, worauf Lafayette seine Entlassung selbst einreichte, und in

einem Gespräche mit dem Könige ihm folgende Aeußerung machte.

»Ich sehe hier für mich nicht allein eine Pflicht, sondern eine Gelegenheit, Ihnen Sire zu sagen, daß Ihr Regierungs-System nicht mehr das Meinige ist.

Es scheint mir, als ob das öffentliche Vertrauen eine Sendung gegeben hat; ich kann Ihnen nicht sagen, wo sie gedrieben steht; vielleicht in der bloßen Meinung, vielleicht in der Luft. Aber das französische Volk und viele Patrioten anderer Länder überreden mich, daß da, wo ich bin, die Freiheit keinen Schaden leidet Ich sehe nun aber, daß diese Freiheit bedroht, ja beeinträchtigt ist; und ich will Niemand betrügen.

Der Gang Ihrer Regierung erschient mir weder nach Innen noch nach Außen als derjenige, den ich dem Interesse der Freiheit für beilsam halte. Es wäre also nicht recht von mir, wenn ich wie ein träger Körper zwischen dem Volke und der Regierung stehen bleiben würde. Bin ich einmal von der Regierung entfernt, so wird Jeder besser wissen, woran er sich zu halten hat.«

In der That öffnete Lafayette's Rücktritt vielen Männern die Augen. Ludwig Philipp hatte bereits angefangen, die konservative Macht des Landes, nämlich die Nationalgarde zu fürchten, die ihn auf den Thron erhoben, und unter billigen Bedingungen versprochen hatte, ihn auf demselben zu vertheidigen.

Er fürchtete auch Lafayette's Reue über die Umarmung auf dem Stadthause, und seinen Einfluß auf die mächtige Bürgergarde, deren Anführer er bereits während der ersten Revolution gewesen ist.

Kaum war also Lafayette zurückgetreten, so löste auch Ludwig Philipp sogleich die Artillerie der Nationalgarde auf, da diese meistens aus Demokraten bestand, und zu welcher der junge Herzog von Orleans selbst gehörte.

Der polnische Aufstand hatte in Frankreich vielfältige Theilnahme gefunden, und die demokratische Parthei stimmte das alte Lied von der Befreiung Polens aufs Neue an, und drängte den König zum Theil auch aus besondern Absichten zum Kriege.

Mehr aber noch als bei dem polnischen Aufstande, war Frankreich bei der belgischen Revolution betheiligt, nachdem es eine nicht unbedeutende Parthei gab, welche die Vereinigung von Belgien mit Frankreich wünschte, während von der andern Seite der Herzog von Nemours zum Kandidaten für den belgischen Thron vorgeschlagen wurde, worauf sich aber die französische Regierung dahin erklärte, daß sie weder die Vereinigung Belgiens mit Frankreich, noch die Krone für Nemours annehmen wolle.

Ein merkwürdiges Ereignis in der Lebensgeschichte Ludwig Philipps verdient hier auch einer besonderen Erwähnung.

Die Legitimisten nämlich: welche unaufhörlich Ränke schmiedeten, beschlossen den Todestag des Herzogs von Berri kirchlich zu feiern. Während es aber der Regierung gelungen war, eine solche Feier in der Kirche St. Roche zu verhindern, konnte sie in einer andern Feierlichkeit in der alten Kirche St. Germain l'Aurois nichts entgegen setzen.

Um die Bedeutung dieser Feierlichkeit zu würdigen, ist zu erinnern nothwendig, daß die Legitimisten Ludwig Philipp als Theilnehmer an dem Morde des Herzogs von Berri beschuldigten.

Die Anwesenden, meistens Anhänger von der ehemaligen Garde-du Corps, machten aus der Ceremonie eine wahre Manifestation für die Legitimität.

Die Nachricht von diesem Aufsehen erregenden Auftritt hatte sich indessen in Paris verbreitet, worauf das Volk wüthend in die Kirche stürzte und Alles zertrümmerte, was es hier vorfand.

Die Behörden unternahmen nichts um diesem Unfuge Einhalt zu thun, so, daß der Verdacht wieder auf den König fiel, als habe er den Legitimisten die Vorstädter auf den Hals geschickt.

Am nächstfolgenden Tage geschah in dem Palaste des Erzbischofs derselbe Tumult, wo eine förmliche Verwüstung Statt fand, und selbst schon die angrenzende Notre-Dame-Kirche bedroht war.

Ueberall riß jetzt das Volk die Lilien von den öffentlichen Monumenten herab, und Ludwig Philipp, der sie bisher in seinem Wappen beibehalten hatte, entschloß sich, dieselben sowohl aus diesem, als auch aus den Staats-Siegeln verschwinden zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit sagte Kasimir Périer zu dem Sekretär der Präsidentschaft der Deputirtenkammer. »Der König opfert sein Wappen, das hätte er am Morgen nach der Revolution thun sollen, da habe ich es ihm selbst gerathen; aber er wollte nicht, daß man sie auskrage, diese Lilien, auf die er mehr hält als die Alten. Jetzt kommt der tumultuarische Volkshaufe vor seinem Fenster vorbei — und nun wirft er selbst sein Wappen auf die Straße in den Rinnstein.«

Ludwig Philipp, der im Rathe seiner Minister beständig den Vorsitz hatte, leitete besonders die auswärtigen Angelegenheiten. Als nun Graf Apponi das Ministerium benachrichtigte, daß Oesterreich in Modena einschreiten würde, erklärte Lafitte: Frankreich werde sich dem Einschreiten mit bewaffneter Hand widersetzen. Aber Oesterreich gab nicht nach, und der Marschall Maison schrieb nach Paris: »Fürst Metternich habe gesagt, Oesterreich würde überall, wo Aufstände ausbrechen, einschreiten. Sollte es auch den Krieg herbeiführen, so ziehe man einen solchen dem langsamen Tode durch Volks-Aufstände vor.«

Diesen Worten des Fürsten Metternich fügte der Marschall Maison noch bei: »Sie wissen, daß bisher Niemand offener als ich für den Frieden war, aber heute bin ich überzeugt, daß, um die Gefahren, die Frankreich bedrohen, abzuwenden, man ohne Zeitverlust, und bevor Oesterreich gerüstet ist, die Initiative oder Einleitung des Krieges ergreifen, und eine Armee nach Piemont schicken müsse.

Ludwig Philipp fürchtete, daß dieses wichtige Schreiben seine Minister noch stärker aufregen und der Kriegsparthei mehr Kraft geben würde, und

verheimlichte also verfassungswidriger Weise dieses Schreiben seinen Räthen.

Laffitte zog sich jetzt besonders wegen dieses Zwischenfall zurück, worauf am 14. März 1831 ein konservatives Ministerium unter Kasimir Périer zu Stande kam.

Dieser war ein Mann voll Geist und Lebenskraft, Staatsmann in vollster Bedeutung des Wortes, voll Selbstbewußtseyn und voll Empörung schon bei dem bloßen Gedanken, ein Werkzeug irgend einer Macht zu werden.

Die Parthéien setzten inzwischen theils heimlich, theils offen ihren Krieg gegen die Regierung fort.

Die Republikaner wollten nicht, daß der Juli-Orden, den man den Kämpfern zugedacht hatte, die Inschrift: »Donné par le roi« tragen sollte; und so fanden wieder Zusammenrottungen auf dem Vendômeplatze Statt, die aber auf eine komische Weise durch Feuerspritzen, welche der Maréchall Lobau gegen die regenscheuen Pariser anwendete, zerstreut wurden.

In der Verwaltung, die theilweise selche, der Regierung feindliche Beamten verfahen, wurden bedeutende Veränderungen vorgenommen. Die alte Bourbonische Familie wurde durch ein Gesetz vom 29. März 1831 für immer vom französischen Boden verbannt. Wichtiger noch war aber das neue Wahlgesetz, nach dem Census von tausend Franks auf Fünftausend für die zu Wählenden herabgesetzt, und die Anzahl der Wähler in jedem Departement durch die Höchstbesteuerten verdoppelte.

Nachdem Ludwig Philipp die Abgeordneten-Kammer aufgelöst hatte, benutzte er die Zwischenzeit bis zu den neuen Wahlen zu einer Reise in die Provinzen, auf welcher es ihm nicht an Zeichen von lebhafter Theilnahme fehlte.

In Metz kam es aber auf eine nicht unbedeutende Opposition; bei welcher Gelegenheit er der Munizipalität so wie der Nationalgarde in ziemlich fleengen Worten antwortete; er erfuhr aber auch dieserwegen zu seinem Mißvergnügen, daß von allen Offizieren der Nationalgarde die er zur Tafel geladen hatte, nur ein Einziger erschien.

Auch an andern Orten fehlte es nicht an ähnlichen Abneigungen, so daß der Minister Kasimir Périer ängstlich wurde, und an den Maréchall Soult, der den König begleitete, schrieb: »Wenn das so fortgeht, so zerbreche ich Euch wie Glas.«

Kurze Zeit darauf verließ Ludwig Philipp, den man anklagte, daß er mit den ältern Bourbon's in einem geheimen Einverständnisse stehe, das Palais-royal, und schlug seinen Feinden zum Trotz, seine Residenz in den Tuilerien auf.

Am 21. Novembre 1831 brach in Lyon ein Aufstand furchtbarer Art aus, nämlich die Arbeiter-Klasse, um deren Schicksal die Regierung sich wenig bekümmert hatte, stiftete einen Aufruhr an, und es floß am 23. und 24. November Bürgerblut in den Straßen von Lyon.

Die Arbeiter kämpften an diesen Tagen unter dem schrecklichen Wahlspruche: »Arbeitend leben, oder kämpfend sterben.«

Nach einem blutigen Kampfe behielten die Truppen die Oberhand, und am 3. Dezember rückten der Maréchall Soult und der Herzog von Orleans in die Stadt ein.

Am 4. Jänner 1832 unterdrückte man in Paris eine neue Verschwörung, die bereits mit dem Läuten der Glocken von der Kirche Notre-Dame angefangen hatte, und kurz darauf eine zweite Verschwörung, die in der Straße des Prouvaires ihren Sitz hatte, und deren Zweck dahin ging, sich während eines Balles in den Tuilerien der königlichen Familie zu bemächtigen.

Diese letztere Verschwörung war von Legitimisten und Buonopartisten angestiftet, und hatte bedeutende Männer unter ihren Theilnehmern.

In Folge eines neuen Aufstandes in dem Kirchenstaate, hatten 6000 Oesterreicher auf Ansuchen des Papstes, die Stadt Bologna besetzt. Kasimir Périer leitete damals als Minister die auswärtigen Angelegenheiten fast ganz allein, und beschloß, um wieder den österreichischen Einfluß in Italien ein Gegengewicht aufzustellen, Ancona durch französische Truppen zu besetzen, was auch in der Nacht vom 22. zum 23. Februar 1832 vollständig gelang.

Die Legitimisten wollten zuerst eine Schilderhebung, jedoch waren sie über die Wahl der Mittel immer noch uneinig.

Die Einen verlangten eine Wiederherstellung auf dem gesetzlichen Wege, während die Ultra's eine Wiederherstellung oder Restauration durch fremde Bajonette verlangten.

Noch eine andere Parthei sammelte sich um die Herzogin von Berri, und eifrete diese Dame an, in Frankreich den Bürgerkrieg hervorzurufen, um ihren Sohn den Herzog von Bordeaux, unter dem Namen Heinrich V. auf den königlichen Thron von Frankreich zu erheben.

Die Hauptverschworenen waren: Der Maréchall von Bourmont, der Herzog d'Escars, der Graf Kergolay und der Vicomte von St. Priest.

Am 24. April 1832 schiffte sich die Herzogin von Massa aus, auf dem »Karlo Alberto« ein, und landete am 28. April gegen Mitternacht in Marseille, aber die Behörden waren schon vorbereitet, und unterdrückten jeden Aufstand gleich beim Beginne.

Graf Kergolay wurde gefangen genommen; jedoch die Herzogin weigerte sich, sich einzuschiffen zu lassen, und flüchtete ins innere des Landes.

Nachdem sie in Wäldern und andern Schlupfwinkeln herumgeirrt war, bat sie einen Republikaner mit den Worten: »Ich bin die Herzogin von Berri,« um Schutz, und erhielt auch diesen mit der freundschaftlichsten Theilnahme.

Während sie wieder weiter im Lande herumirrte, glaubte man in Paris, sie befinde sich noch auf dem Schiffe »Karlo Alberto,« und gab den Befehl, das Schiff durch ein Dampfschiff zu verfolgen.

Dieses gelang auch am 5. Mai, jedoch aus Mißverständniß verhaftete man eine Ebenbame der Herzogin, während sie selbst als Bauersweib verkleidet,

mit einer schwarzen Perücke (da sie blonde Haare hatte), unter dem Namen Petit Pierre sich auf der Flucht befand.

Am meisten rechnete sie auf die Vendée; aber sie wurde hier in ihren Hoffnungen getäuscht, nachdem die einflußreichsten Personen ihr dort von dem tollkühnen Unternehmen abriethen.

Als die Legitimisten in Paris von der Ankunft der Herzogin von Berri Nachricht erhielten, schickten sie Berryer an sie ab, der sie in einer elenden Hütte, neben ihr zwei Pistolen auf einem Tische liegend, auf einem Strohlager ruhend fand, welches der ärmste Taglöhner verschmäht haben würde.

Die fast übernatürlichen Anstrengungen dieser Frau hatten etwas Rührendes, auch fehlte es ihrer Umgebung nicht an ritterlichen Zügen.

Berryer wendete seine Advokatenkunst an, um die unglückliche Frau zum Rückzuge zu bestimmen, und er erhielt auch ihr Wort; jedoch schon am andern Tage verwarf sie wieder den wohlgemeinten Rath und schrieb an den Baron von Charette folgende Worte: »Lieber Freund, geben Sie Ihre Entlassung nicht, denn Petit Pierre gibt die ihrige nicht.«

Sie und ihre Parthei stellten nun den Ausbruch der Verschwörung auf die Nacht vom 3. zum 4. Juni fest, und es kam auch zur bestimmten Stunde wirklich dazu; jedoch die Regierung setzte fünf Departements in Kriegszustand, und handelte mit einer außerordentlichen Strenge.

Indessen hatte auch die republikanische Parthei eine Schilderhebung vorbereitet, wozu ihr der Tod des berühmten Generals Lamarque die beste Gelegenheit gab, nachdem bei dem am 5. Juni prachtvoll abgehaltenen Leichenbegängnisse dieses berühmten Patrioten ein Aufstand ausbrach.

Der Marschall Clauzel, Lafayette, Lafitte und Mauguin boten die Zipfel des Leichentuches, und nach ihnen folgten im Zuge die beiden Kammern, die Nationalgarden, dann die Flüchtlinge von allen Nationen mit Trauerfahnen und Immortellen-Kränzen.

Die Regierung wußte, daß man bei dieser Leichenfeier eine feierliche Manifestation oder Staats-Erklärung gegen den Julithron in der Absicht hatte, und war daher auch gerüstet.

An dem Thore St. Denis kam es unter dem Geschrei: »Es lebe die Republik!« zu einem Streite mit der bewaffneten Macht. Die Zöglinge eilten aus der politechnischen Schule trotz des ergangenen Verbots, dem Gedränge zu, und brachten einen unbeschreiblichen Enthusiasmus unter das Volk.

Der Leichenzug war indessen glücklich bis zur Brücke von Austerlitz angekommen, wo man jetzt den Sarg auf eine Estrade stellte, von wo er, nach dem Wunsche des Verstorbenen, in das Departement des Landes gebracht werden sollte.

Nach gehaltenen Anreden des Lafayette, Clauzel und Mauguin zeigte sich plötzlich eine rothe Fahne, und der Kampf nahm seinen Anfang.

Die Republikaner schlugen Lafayette vor, in den Stadthause eine neue Regierung einzusetzen, er aber suchte noch zu rechter Zeit einen Ausweg, und flüchtete sich in einen Wagen.

Nun sannte man ihm aber die Pferde aus und schleppte ihn unter dem Rufe: »Es lebe Lafayette, es lebe die Republik!« fort.

Nach einem blutigen Kampfe, namentlich am Kloster St. Marry und im Vorstadt-Bezirke St. Martin, errang die bewaffnete Macht den Sieg über den Volksaufstand.

Die Regierung ging jetzt mit unerhörter Strenge zu Werke. Es geschahen mehrere Verhaftungen; mehrere Journale wurden mit Beschlag belegt; die politechnische Schule und die Thierarzneischule von Alfort wurden aufgelöst, und Paris selbst in Belagerungszustand versetzt, was jedoch der Kassationshof von Paris für nichtig erklärte; — und so entschieden auch die Geschwornengerichte von Paris statt der Kriegsgerichte das Los der Angeklagten.

Das Ministerium hatte durch den Tod Kasimir Périer's, der am 16. Mai an der Cholera starb, sein Haupt verloren, worauf sich Ludwig Philipp mit Dupin über die Bildung eines neuen Kabinets berieth, was am 11. October unter dem Präsidenten Marschall Soult zusammengesetzt wurde.

Inzwischen war der Krieg in der Vendée noch nicht beendigt; denn die Herzogin von Berri flammerte sich verzweiflungsvoll an den französischen Boden, und irrte, bald als Bäuerin, bald als Kammermädchen verkleidet, in der Gegend von Nantes herum, ließ sich in Stroh verpackt weiter transportiren, und machte alle Verfolgungen der Behörden zu Schanden.

Dieses Herumirren der Herzogin hätte auch noch längere Zeit fortdauern können, wenn nicht ein getaufter Jude Namens Deutz, sich dem Minister des Innern, nämlich Thiers, angeboten haben würde, ihm die Herzogin in die Hände zu liefern.

Man erfuhr, daß die flüchtige Herzogin von Berri bei Mademoiselle Duguigny in Nantes am 6. November speisen wolle; und umstellte daher sehr vorsichtig dieses Haus.

Dieses wurde nun durch zwanzig Stunden mit aller Aufmerksamkeit, aber fruchtlos durchsucht, so, daß die Behörde, obschon sie von der Anwesenheit der Herzogin überzeugt war, bereits den Muth zu weiteren Nachforschungen verloren hatte.

Endlich fündete man Feuer in den Kaminen an, weil man glaubte, daß die Herzogin sich in einem derselben verflecht hätte, und wirklich kam sie auch, da sie das Feuer und den Rauch nicht länger mehr ertragen konnte, mit ihrer Gesellschafts-Dame zum Vorschein. Hinter dem Kamin war nämlich ein langer leerer Raum, und in diesem elenden Loche hatte die heldenmüthige Herzogin volle zwanzig Stunden zugebracht.

Man führte sie jetzt unter einem sicheren Geleite nach der Festung Blaye, wohin man einige Aerzte abschickte, um der Herzogin ihren Zustand zu untersuchen, da sie eine auffallende Kränklichkeit angab. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich aber, daß sie ganz einfach schwanger sey, worauf sie dem sie bewachen-

den General Bugeaud folgende schriftliche Erklärung gab. »Durch die Umstände und durch die von der Regierung verordneten Maßregeln gedrängt — obgleich ich die ernstesten Gründe habe, meine Verheirathung geheim zu halten — glaube ich es mir selbst und meinen Kindern schuldig zu seyn, zu erklären, daß ich mich während meines Aufenthalts in Italien heimlich verheirathet habe.

Der Regierung lag daran, den Ruf der Frau, welche die Mutter des Bourbon'schen Kron-Ansprechers war, herabzuwürdigen, und es wurde dieserwegen beschlossen, die Entbindung der Herzogin von Berri im Gefängnisse vorübergehen zu lassen.

Die Legitimisten machten nun alle möglichen Anstrengungen, sie durch die Flucht zu befreien, und übertrugen diesen Auftrag an Choulot, dem es aber nur mit großer Mühe gelang in die Festung zu kommen. Er überzeugte sich aber bald, daß die Flucht nur mit der geheimen Zustimmung des Königs Ludwig Philipp möglich seyn kann, und bat dieserwegen um eine Audienz; jedoch Ludwig Philipp antwortete ihm, daß seine Regierung Sicherstellungen nöthig habe, und weigerte sich dieserwegen standhaft, seine Verwandte aus dem Gefängnisse heimlich zu befreien.

Am 10. Mai wurde durch eine telegraphische Depesche die Anzeige gemacht, daß die Herzogin von Berri von einem Mädchen entbunden worden, und der Vater des Kindes Graf Hektor Lucheſi-Palli, aus dem Hause Campo-Franko, Kammerherr des Königs von Neapel, sey.

Hierauf wurde am 8. Juni die Herzogin nach Italien zurückgeschickt, wo sie dann am 5. Juli glücklich in Palermo ankam. Das neugeborne Kind starb aber noch im Monat November desselben Jahres.

Am 9. April 1834 brach in Lyon in Folge eines Gesetzes gegen die Verbrüderungen ein neuer Aufstand aus, der die Veranlassung zu einem ähnlichen Ereignisse in Paris gab; allein die bewaffnete Macht blieb wiederum im Siege, ließ sich aber Grausamkeiten von unerhörter Art zu Schulden kommen. So wurden unter Anderem in einem Hause der Straße Transnonain fast alle Einwohner, Greise, Kinder und Frauen, von den Soldaten auf die unbarmherzigste Weise hingeschlachtet.

Am 5. Mai erschienen 121 der Theilnahme an den letzten Aufständen Angeklagte, meistentheils Mitglieder der geheimen Gesellschaften, vor dem Pairshofe; aber fast alle diese Beschuldigten verweigerten ihren Richtern die Antwort unter dem Vorwande, daß man ihnen die Vertheidiger verlogt habe, welche sie gewählt hatten.

Während sie nun so dem Gange des Prozesses Schwierigkeiten in den Weg legten, gelang es aber einem Theile der in dem Gefängnisse St. Pelagie eingeschlossenen Gefangenen zu entkommen; diese Flucht war aber so kühn und schwierig, daß sie sich nur durch die Theilnahme hochgestellter Personen erklären läßt.

Endlich mußte man bei dem Prozesse summarisch und nach den Actenstücken verfahren, worüber die Urtheile weit strenger ausfielen, als man sie erwartet hatte.

Am 28. Juli 1835 wollte sich der König, um zu Ehren der fünfjährigen Feier der Juli-Revolution eine Revue abzuhalten, und den Grundstein zur Juli-Säule zu legen, auf dem Boulevard begeben. Aber schon vor diesem Tage, hatten sich im Inund Auslande Gerüchte verbreitet, daß man dem Könige Ludwig Philipp nach dem Leben trachte, ja sogar das Wort Höllenmaschine war unter dem Volke im Gerede verbreitet worden; und dennoch hatte es die Polizei nur bei ganz oberflächlichen Untersuchungen dabingehen lassen.

Um 10 Uhr Morgens stieg der König zu Pferde, begleitet von den Prinzen von Orleans, Nemours und Joinville, den Marschällen Mortier, Lobau und Maison, dem Herzoge von Broglie, Thiers und Anderen.

Man kam bis zu dem Boulevard du Temple, wo der König bei dem Garten eine Petition der achten Legion der Nationalgarde entgegen nahm.

Plötzlich entwickelte sich aber ein Rauch aus einem Fenster, und als der König dieß bemerkte, sagte er zu seinem Sohne Joinville, »das ist für uns.« Aber in demselben Augenblicke zerplatzte auch schon die Höllenmaschine in der furchtbarsten Art, und warf einen Regen von Kugeln auf den königlichen Zug.

Rings umher fielen Opfer, theils todt theils verwundet, und nur, wie ein Wunder, geschah der königlichen Familie nichts.

Der König setzte seine Revue ruhig fort, aber kaum war sie zu Ende, so schütterte der Himmel unter Blitz und Donner, einen furchtbaren Regen über Paris.

Als das Haus, in welchem die Rauchwolke aufstieg, untersucht wurde, fand man einen halbnackten, verwundeten Menschen an einem Seile sich herablassen, der auch sogleich gefangen genommen wurde.

Er gab in seinem Verhöre an, daß sein Name Gérard sey, und gestand auch ohne Umstände sein Verbrechen ein. Sein wahrer Name war aber Joseph Fieschi, und sein Vaterland Korsika.

Dieser Mensch, der früher zum Militärstand gehörte, war schon im Jahre 1816 wegen Diebstahl verurtheilt worden, entzog sich aber wegen anderer Verbrechen immer den Händen der Gerechtigkeit.

Am 30. Jänner 1836 erschien er mit noch vier anderen Angeklagten vor dem Pairshofe, worauf am 15. Februar desselben Jahres der Urtheilsspruch zum Tode gefällt, und nach 3 Tagen die Hinrichtung an der Barrière St. Jacques vollzogen wurde.

Die fortwährende Gefahr, in welcher sich nicht nur allein der König, sondern auch das Königthum befand, bestimmten die Regierung, noch kräftiger gegen ihre Feinde aufzutreten.

Da unter diesen Verhältnissen die allgemeine Stimmung jeder Unterdrückungsmaßregel günstig war, so schlug das Ministerium den Kammern folgende Gesetze vor:

Eine Geldstrafe von 10 bis 50,000 Franks für jede Beleidigung gegen den König, und jeden Angriff gegen das konstitutionelle System durch die Presse.

Der König durfte also direkt oder indirekt keiner Kritik mehr unterzogen, und der Republikanismus und Legitimus nicht mehr öffentlich gepredigt werden. Eben so wurde verboten, die Namen der Geschwornen zu bezeichnen und Subscriptionen zur Deckung der Geldstrafen zu eröffnen.

Die Führer der Journale sollten bei Anklagen die Verfasser der beschuldigten Artikel nahmhaft machen.

Bilder, Kupferstiche, Schauspiele u. s. w. wurden unter Censur gestellt.

Die Justizministerien sind ermächtigt so viele Geschwornengerichte zu ernennen, als die vorliegenden Fälle nothwendig machen, und die General-Prokuratoren können die Formalitäten des Prozesses abkürzen.

Auch wurde den Geschwornen die geheime Abstimmung erlaubt und die Stimmenmehrheit von acht auf sieben herabgesetzt.

Eben so wurde ein Artikel des Strafgesetzbuches dahin berichtigt, daß, wenn die einfache Haft durch Deportation ersetzt wird, der Verurtheilte in einem auf dem kontinentalen Boden des Staats liegenden Gefängnisse eingesperret werden konnte.

Diese strengen Gesetze gingen auch trotz der Opposition der Presse und der Parteien in der Abgeordneten-Kammer mit Stimmenmehrheit durch, und auch die Pairskammer nahm diese in der politischen Welt allgemein genannten September-Gesetze an.

Als später der Oesterreicher Krakau besetzten und Frankreich ruhig zusah, erhob sich die Opposition, und die ganze liberale Parthei des Landes gegen die Regierung.

Alles wußte, daß die wahre Quelle der Friedenspolitik auf dem Throne selbst zu suchen sey, und Ludwig Philipp wurde dadurch mit jedem Tage unvolksthümlicher.

Der Minister-Präsident Thiers, welcher die äußeren Angelegenheiten leitete, entfernte sich damals von der englischen Allianz und neigte sich Oesterreich zu.

Fürst Metternich hatte nämlich bereits Versuche gemacht, die Räumung von Ancona zu erwirken, und dagegen den Rückzug der österreichischen Truppen versprochen.

Thiers sagte die Räumung zu, und zwar auf die Veranlassung des Königs, der daran dachte, seinen ältesten Sohn mit einer Erzherzogin von Oesterreich zu verheirathen.

Die beiden Herzoge von Orleans und Nemours unternahmen auch dieserwegen eine Reise nach Deutschland, die mit allem nur möglichen Glanze ausgestattet war.

In Berlin so wie in Wien wurden die blühenden Prinzen mit besonderer Auszeichnung empfangen, aber der Hauptzweck, warum sie diese Reise unternommen hatten, scheiterte, denn das Haus Habsburg-Lothringen wollte keine Familien-Gemeinschaft mit dem herzoglichen Hause Orleans, obgleich der Prinz unter der Zucht seines Vaters Ludwig Philipp durchaus nicht revolutionär war; und so wurde die Prinzessin Therese, eine Tochter des Erzherzogs Karl, dem Kronerzinzen von Frankreich verweigert.

Am 25. Juni 1836 Abends gegen 6 Uhr begab sich Ludwig Philipp in Gesellschaft der Königin und seiner Schwester Adelaide von den Tuilerien nach Neuilly. Als sie an der Brücke Royal ankamen, wurde plötzlich eine Steckbüchse auf den, die Truppen grüßenden König in einer solchen Nähe abgeschossen, daß die Ladung ihm den Bart streifte.

Der Mörder, ein junger Mensch Namens Alibaud, machte nicht den mindesten Versuch sich zu flüchten, und bekannte in seiner Aussage, daß er seinen Mann verfehlt habe.

Einem Offizier, der zu ihm sagte: »Ungeheuer, ich würde dir Brot gegeben haben, wenn du es verlangt hättest,« — gab er zur Antwort — »Ich hatte nicht um Brot, ich verdiente es; und wer mich daran hindert, mir Brot zu verdienen, den tödte ich.«

Auch Alibaud wurde von der Pairskammer zum Tode verurtheilt, und am 11. Juli enthauptet.

Die Schweiz war damals der Aufenthalt der politischen Flüchtlinge mehrerer europäischen Staaten, und die Regierungen behaupteten, daß von dort aus beständig neue Verschwörungen gesponnen würden.

Fürst Metternich verlangte nun namentlich die Ausweisung der Flüchtlinge, und suchte sich dieserwegen mit Frankreich zu vereinigen.

Die Schweiz, obgleich Anfangs ausweichend, mußte zuletzt den Anforderungen nachgeben, und es wurde beschlossen; daß die Flüchtlinge, die den internationalen Interessen der Schweiz zuwidergehandelt haben, ausgewiesen werden sollen.

Inzwischen wurde aber hier die Empörung gegen den König Ludwig Philipp und sein Ministerium so groß, daß der Herzog von Montebello als französischer Gesandter nicht nur öffentlich beschimpft wurde, sondern selbst noch in Lebensgefahr kam.

Die Flüchtlinge hatten nämlich in Bern einen französischen Spion ergriffen, der die Rolle eines Flüchtlings spielte, um die Plane und Absichten der Verschwornen kennen zu lernen. Der Minister-Präsident Molé, der nach Thiers Entlassung dessen Stelle übernahm, schickte an den Vorort dieserwegen eine drohende Note, die aber keine weitern Folgen hatte.

Am 30. October machte der Prinz Ludwig Napoleon Buonoparte in Straßburg einen Versuch zum Aufstande, der aber mißglückte und dem Julithron vielmehr zu einer festern Grundlage half. Der König Ludwig Philipp benahm sich übrigens großmüthig, und erlaubte dem Prinzen, anstatt ihn vor ein Gericht zu stellen, nach Amerika auszuwandern, was dann zur Folge hatte, daß der Assisenhof von Kolmar auch die andern Angeklagten in Abwesenheit ihres Anführers frei sprach.

Als am 6. November Karl X. der letzte legitime König auf fremdem Boden an der Cholera starb, legten alle Höfe die Trauer an, jedoch Ludwig Philipp vermied diese Trauer-Ceremonie an seinem königlichen Hofe.

Am 27. Dezember 1836 begab sich der König zur Eröffnung der Kammern in das Palais Bourbon. Als er zum Eingange in den Tuileriengarten

kam, näherte er seinen Kopf dem Wagenfenster, um das umstehende Volk zu grüßen, aber in demselben Augenblicke fiel ein Schuß, der seine Brust streifte und zwischen den Köpfen der Herzoge von Nemours und Joinville vorüber im Wagen stecken blieb.

Der Mörder Meunier versuchte während seines Abführens sich den Kopf an einer Mauer zu zerschmettern, worau er aber verbunden wurde.

Vom Pairshofe zum Tode verurtheilt, begnadigte der König diesen jetzt noch zwanzigjährigen Menschen, nachdem er die tiefste Reue über sein Verbrechen gezeigt hatte.

Bei Gelegenheit der Verheirathung des Herzogs von Orleans mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg, ertheilte der König am 8. Mai 1837 eine allgemeine Begnadigung für alle politischen Verurtheilten mit Ausnahme derjenigen, die sich der Strafe des Gesetzes entzogen hatten.

Die Vermälung des jungen Ehepaars wurde am 30. Mai zu Fontainebleau mit einem großen Aufwande gefeiert, wobei selbst der alte Talleyrand erklärte, noch nirgens so viel Glanz gesehen zu haben als bei dieser Festlichkeit.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch das National-Museum von Versailles, zu welchem Ludwig Philipp das herrliche Schloß Ludwigs des XIV. umgestalten hatte, eröffnet.

Die Stiftung dieses, in der Welt einzigen Museums gehört zu den schönsten Thaten Ludwig Philipps und sichert ihm einen Platz in der Monumentalgeschichte Frankreichs.

Die Epoche des Ministeriums Molé war die glänzendste in der Regierung Ludwig Philipps. Der König regierte nämlich allein und sah seine Dynastie von Tag zu Tag immer mehr befestigt.

Indessen fingen aber auch die Krebsschäden der französischen Zustände sich immer mehr blos zu legen an, und besonders wirkten auf die Demoralisation der Massen jene Reihe skandalöser Ereignisse, an welchen besonders das Jahr 1847 so überreich war.

Ein Pair von Frankreich und überhaupt ein Mann aus der unmittelbarsten Nähe des königlichen Hofes, der Herzog von Praslin ermordete seine Frau, die eine Tochter des Marschalls Sebastiani war, unter den scheußlichsten Umständen.

Er wurde hierauf gefangen genommen, und sollte vor den Pairshof gestellt werden, allein er hatte noch Zeit gefunden, sich zu vergiften, und entging durch diesen Selbstmord dem Schaffote.

Nach seinem Tode wurden Briefe veröffentlicht, aus welchen sich zeigte, daß er ein verrrautes Verhältniß mit der Erzieherin seiner Kinder gehabt hat, und wegen dieser Person das Zerwürfniß mit seiner Frau bis zu deren Ermordung steigerte.

Der General Dupans-Cubieres, Pair von Frankreich und ehemaliger Kriegsminister, dann der ehemalige Minister Teste, einer der Präsidenten des Kassationshofes, wurden, der eine wegen Bestechung, der andere wegen Beschechlichkeit von dem Pairshofe verurtheilt; und nach dem frechsten Läugnen, mußte Letzterer endlich eingestehen, hundertausend Franks für die Bewilligung zur Anlegung von Minien angenommen zu haben.

Er versuchte sich im Gefängniß selbst zu erschießen, und man sagte allgemein, sein eigener Sohn habe ihm die Pistolen dazu verschafft.

Der Justiz-Minister Martin (du Nord), starb plötzlich eines geheimnißvollen Todes. Er soll in Stumpfsinn verfallen gewesen seyn; denn man fand ihn, als ein Polizei-Kommissär ein heimliches Spielhaus, in welchem auch andere Dinge getrieben wurden, durchsuchte, wo man nur Wüstlinge und Industrieritter zu finden gehofft hatte.

Bretson, der französische Gesandte und Vermittler der spanischen Heirathen, schnitt sich die Kehle ab *).

Emil de Girardin klagte den Minister Guizot an, daß dieser die Pairswürde habe verkaufen wollen; und der Kläger wurde dabei überwiesen, wie er selbst diese Würde für seinen Vater angesucht und dabei versprochen habe, von der oppositionellen Presse zurückzutreten.

Gleichzeitig stellte sich auch heraus, daß der Minister des Innern, Duchâtel für die Ertheilung eines Theater-Privilegiums, einem ministeriellen Journal, der »Epoque« dunderttausend Franks von Demjenigen, welchem er das Privilegium ertheilte, habe auszahlen lassen.

Der Handels-Minister Cunin-Gridaine wurde überwiesen, 500 Stück Eisenbahn-Actien von der Nordbahn-Gesellschaft, also ein Benefiz von zweimalhunderttausend Franks, angenommen zu haben, nachdem der Minister Guizot kurz zuvor erklärt hatte, ein Minister, dem dieses nachweisen könnte, habe eine infame That begangen.

Ebenso skandalös waren die Angelegenheiten mit Petit, der den Verkauf von Stellen am Rechnungshofe entdeckte. Mit Drouillard, einem Deputirten, der wegen Stimmenverkauf verurtheilt wurde. Mit de Jessieu, der sich verbindlich machte, ein Eisenbahngesetz für 450,000 Franks votiren zu lassen. Mit Lagrange und Benier, wobei die Unordnungen in der Verwaltung der Kriegsklassen zum Vorschein kamen. Mit Lassalle, der vor die Zuchtpolizei gestellt wurde, weil er in Algier Stellen für Geld vergeben hatte, u. s. w.

Die Verbrechlichkeit der Regierung haben nun allerdings gesiegt, diese könne für die Korruption oder Verderbtheit einzelner Individuen nicht verantwortlich gemacht werden; aber es läßt sich auch nicht läugnen, daß so allgemeine Wahrzeichen für das herrschende System doch etwas beweisen. Uebrigens stellte sich die Verdorbenheit auch in der Regierung selbst heraus.

Endlich wurden auch andere Acte, wie z. B. die Räumung von Ancona durch die Franzosen, Ur-

*) Bei der bevorstehenden Verheirathung der jungen spanischen Königin und ihrer Schwester standen die Interessen Frankreichs und Englands im Spiele, Frankreich hatte darauf zu achten, daß die Bourbonische Linie ungemischt auf dem spanischen Throne verbleibe; England hätte es wieder gerne gesehen, daß ein Koburg die Hand der Königin erhalte.

ſachen einer Erneuerung der Koalition oder Verbindung.

Die Adreſſe vom Jänner 1839 zeigte dem Miniſterium an, daß es einer ſolchen Verbündung gegenüber in der Kammer keinen Halt mehr hatte, und es gab daher ſeine Entlaſſung ein.

Ludwig Philipp kümmerte ſich jedoch feſt an den Miniſter Molé, und zog es ſogar vor, die Kammer aufzulöſen.

Die Wahlen hatten noch nie unter einer ſolchen Aufregung Statt gefunden, wie jetzt, denn man wußte daß es der Frage galt, wer Sieger bleiben ſollte; das Prinzip der Volksſouverainität oder perſönlichen Regierung.

Die Vereinigung, nämlich die gegen einen Andern zuſammenhaltende Parthei trug bei den Wahlen einen entſchiedenen Triumph davon, und das Miniſterium zog ſich vor der Niederlage zurück. Von dieſem Augenblicke an ſchreibt ſich die Hauptniederlage des Julikönigthums. Die königliche Gewalt war im Innerſten erſchüttert, und hatte dieſes beſonders jenen zu verdanken, die ſie zu ihren Freunden zählen mußte, nämlich, Thiers, Guizot und Barrot.

Edle und unedle Beweggründe hatten dieſe monſtröſe oder unförmliche Vereinigung verſchiedenartiger Kräfte zu Stande gebracht, und kein Miniſterium war ſtark genug geweſen, ihr zu widerſtehen.

Kaum war die alte Regierung geſtürzt, als die Uneinigkeit der Sieger ſich in ihrer ganzen Gewalt herausſtellte. Der König beauftragte den Miniſter Soult, ſich mit Thiers zu verſtändigen; dieſer gab aber zur Antwort, er würde nur einer perſönlichen Einladung des Königs Folge leiſten.

Da ſich Soult mit Guizot und Barrot nicht verſtändigen konnte, ſo betief er Dupin, Sauzet, Paſſy, Villemain, Dufaure, Humann und Duperré zuſammen. Er ſelbſt ſollte den Vorſitz, und Thiers die Miniſterſtelle der auswärtigen Angelegenheiten erhalten; aber Thiers machte dem Könige die ſchweren Bedingungen, daß er ſich nicht in die Regierung miſchen, — die Vertheilung der Aemter den Miniſtern überlaſſen, — und Spanien beſchützen ſolle.

Die Verlegenheit des Königs war ſo groß, daß er ſelbſt dieſe unmöglichen Zugeſtändniſſe machte; aber, als es an die Vertheilung der verſchiedenen Miniſterien ging, ſagte er über Paſſy: »Dieſer iſt mein perſönlicher Feind,« und über Villemain: »Dieſer iſt ein Feind meines Hauſes.« Endlich gab der König auch in dieſer ſchwierigen Stellung nach, jedoch über die ſpaniſche Angelegenheit wollte er ſich lange nicht verſtändigen. Endlich als ſchon Alles zur Unterzeichnung der Ordonnanzen bereit war, machte Thiers noch weitere Bedingungen, er wollte nämlich die Ernennung Odilon-Barrots zum Präſidenten der Kammer, und Dupont's (de l'Eure) zum Rathe am Kaſſationshofe.

Dieſes wurde nun aber dem König doch ſchon zu arg, und als Thiers ganz zornig ſagte: Ich habe es Ihnen ja geſagt, daß dieſe Herren mehr werth ſind als ich« — antwortete ihm der König — »Das ſehe ich.«

Die Nothwendigkeit, mit irgend einem Miniſterium vor den Kammern zu erſcheinen, beſtimmte nun Ludwig Philipp, ein vorläufiges Miniſterium zu ernennen, und ſo wurden Montebello, Cubières, Gasparin, Girod, Dupinier, Parent und Gautier nahmhaft gemacht.

Dieſes ſchwache Miniſterium mußte für die erſten Sitzungen genügen, da aber die Kammer den Miniſter Paſſy zum Präſidenten erwählte, ſo beurtheilte dieſes auf eine Beſchmelzung des rechten Centrums und der Abtenderung Paſſy's hin.

Aus dieſem Grunde verſuchte jetzt der König ein neues Miniſterium, mit Paſſy an der Spitze, zu bilden, aber dieſer Verſuch ſcheiterte ebenfalls an dem Starrſinn des Miniſters Thiers.

Dieſe Anarchie oder Herrenloſigkeit in der Regierung, brachte auch eine gleiche in den Straßen von Paris hervor, und ſo ergriffen am 12. Mai die geheimen Geſellſchaften, den Augenblick der Miniſterkriſis für einen günſtigen Zeitpunkt haltend, die Waffen.

Die Inſurgenten, an deren Spitze Barbes und Martin Bernard ſtanden, wurden wie gewöhnlich geſchlagen, und die Anführer derſelben gefangen genommen.

Während dieſer Gefahr kam nothgedrungener Weiſe ein Miniſterium zu Stande, welches aus folgenden Perſonen beſtand. Soult, hat den Vorſitz, und beſorgt die äußern Angelegenheiten. Duchatel wurde Miniſter des Innern. Schneider Miniſter des Krieges, Duperré übernahm die Marine. Cunin Gridaine den Handel. Dufaure die öffentlichen Arbeiten. Villemain den Unterricht. Teſte die Juſtiz, und Paſſy die Finanzangelegenheiten.

Am 27. Juni 1839 erſchienen die Angeklagten vom Mai-Aufſtande vor dem Pairshofe, und bald darauf erfolgte der Urtheilsſpruch, nach welchem Barbes zum Tode, und Martin Bernard zur Deportation oder Landesverweiſung verurtheilt wurden.

Die Schweſter des Barbes warf ſich vor dem Könige zu Füßen, und erhielt Gnade für ihren Bruder. Sechs Monate ſpäter erſchien eine zweite Abtheilung der Mai-Angeklagten vor dem Pairshofe, bei welcher ſich Blanqui befand, welchen die Richter gleichfalls zum Tode verurtheilten, aber auch dieſen hatte der König begnadigt.

Die orientaliſche Angelegenheit verſetzte damals ganz Europa in Aufregung. Da nämlich Sultan Mahmud einerſeits von Mehemed-Ali bedrängt, anderſeits mit der gefährlichen Freundſchaft Rußlands beglückt wurde, ſo ſtellte ſich die orientaliſche Angelegenheit für die Großmächte von Europa von doppelter Seite dar.

Es handelte ſich zuerſt darum, einen Krieg zwiſchen dem Sultan und dem Paſcha zu vermeiden, damit Rußland keinen Vorwand zum Einſchreiten bekomme.

Am bestimmtesten waren betheiligt nächst Rußland, — Frankreich und England, denn Beide hatten gleiches Interesse, Rußlands Schutzherrschaft über Konstantinopel zu zerstören, oder wenigstens nicht weiter um sich greifen zu lassen.

Aber wenn ihr Interesse nach Konstantinopel hin dasselbe blieb, so war es in Bezug auf Aegypten ganz von entgegengesetzter Sachlage. England nämlich hatte sich der aufwachsenden Macht des Mehemed-Ali schon lange Zeit der widersetzt, weil es eine Handelsstraße von London nach Kalkutta gründen wollte, welche also die Ländereien des Vize Königs durchschneiden mußte. Da nun Mehemed-Ali's Regierung eine regelmäßigere als die türkische, und er demnach weniger leicht zu handhaben war, als der Sultan, so suchte England die Rückerstattung Syriens an die Pforte, und überhaupt eine Schwächung der ägyptischen Macht durchzusetzen.

Dagegen lag es wieder in Frankreichs Interesse, der Pforte in Mehemed-Ali einen mächtigen Vasallen zu erhalten; auch konnte eine direkte Handelsstraße der Engländer nach den indischen Besitzungen, den Franzosen ebenfalls nicht gleichgiltig seyn.

Außerdem hatte Frankreich auch durch den Vize-König Handelsvortheile im mittelländischen Meere, und im Ganzen bestanden zwischen Frankreich und Aegypten freundschaftliche Verhältnisse, die nicht erlauben, Mehemed-Ali entkräften zu lassen.

Die Politik welche Ludwig Philipp in dieser wichtigsten aller europäischen Angelegenheiten verfolgte, ist charakteristisch für seine große Staatskunst.

Man kann die Staatskunst überhaupt auf zweifache Art betreiben. Die eine, welche man die ein auf Erfahrungen begründete nennen möchte, beschäftigt sich eigentlich nur mit den Bedürfnissen des Augenblicks, tritt ruhig auf, und sucht alle Interessen zu schonen; und dieses war die Staatskunst Ludwig Philipp's. Die andere blickt weit in die Ferne, erkennt die Bedürfnisse einer Nation auf Jahrdutzende hinaus, und sucht für sie zu sorgen. Zur Erreichung eines so großen Zweckes, ist es allerdings mit einem behutsamen Auftreten, diplomatischen Kniffen und Ueberredungskünsten nicht geschehen. Ludwig Philipp besaß diese wahre Staatskunst nicht, denn was nicht ein augenblickliches Bedürfniß war, lag außerhalb seinem Geschäftskreise, und er that eigentlich nur, was er thun mußte; so wie es seine Politik in der orientalischen Angelegenheit hinlänglich bestätigt.

Die Bemühungen der europäischen Mächte, den Ausbruch des Krieges in der Türkei zu verhindern, waren feuchtlos geblieben.

Der Sultan glühte vor Rache gegen den kühnen Vasallen, der ihm seine schönsten Provinzen genommen hatte, und so überschritt die türkische Armee bei Bir den Fluß Euphrat.

England wollte dem immer mehr um sich greifenden Einflusse Rußlands in Konstantinopel ein Ende machen, und schlug dem französischen Ministerium vor, von den Russen, wenn sie es wagen sollten vorzurücken, gemeinschaftlich den Rückzug zu verlangen, im schlimmsten Falle aber die Dardanellenstraße mit einer vereinigten Flotte zu erzwingen *).

Das Unternehmen war kühn, aber auch entscheidend. Ludwig Philipp hatte den Muth nicht, Frankreich daran Theil nehmen zu lassen, und schlug statt dieser Ausführung eine Unterhandlung bei der Pforte vor, die den vereinigten Flotten den Durchgang gutwillig gestatten sollte. Dafür nun aber, daß dieser Durchgang nicht bewilligt wurde, wußte wieder England zu sorgen, und so konnte sich England bald die Ueberzeugung verschaffen, was es von einem Bündnisse mit Frankreich in dieser Angelegenheit zu erwarten habe.

Indessen erlaubten sich aber komischerweise die französischen Minister, obschon sie die Werkzeuge einer feigen Politik waren, über den Lord Palmerston zu spötteln; allein dieser trug von diesem Augenblicke Groll in seinem Innern, und obgleich er mit der französischen Regierung noch nicht brach, so sah er sich dennoch ungwungen nach einem anderen Verbündeten um. Das Schlimmste aber war, daß Ludwig Philipp die Nothwendigkeit, eine Protektion des Mehemed-Ali einsehend, und gezwungen, von den Sympathien des Volks für diesen außerordentlichen Mann, fortwährend eine Doppelrolle spielte. Er sprach, wie die andren gekrönten Häupter von der Nothwendigkeit der Erhaltung der Türkei, und wollte doch, daß der Vize-König die Hälfte davon behalte.

Während das Ministerium vom 12. Mai mit dieser wichtigen Angelegenheit zu thun hatte, scheuete Ludwig Philipp sich nicht, dasselbe mit einer Vorlage eines Dotationsgesetzes für den Herzog von Nemours zu belasten, was aber von der Kammer verworfen wurde, und so zog sich dann auch das Ministerium zurück.

Der Sturz des Ministeriums vom 12. Mai war für Ludwig Philipp ein harter Schlag, denn er mußte jetzt am 1. März 1840 ein Kabinet aus dem linken Centrum bilden, an dessen Spitze Thiers als Minister der auswärtigen Angelegenheiten trat. Rémusat wurde Minister des Innern, Mirbel Minister der Justiz, Desages-Cubières Minister des Kriegs, Roussin Minister der Marine, Gouin des Handels, Jaubert der öffentlichen Arbeiten, Cousin des Unterrichts, und Pelet (de la Lozère) der Finanz-Angelegenheiten.

Da Frankreich sich mit den Großmächten über die orientalische Angelegenheit nicht einigen konnte, so schlossen diese am 15. Juli 1840 in London einen

*) Dardanellen ist der Name der vier festen Schlösser am Hellespont, auf der europäischen und asiatischen Küste einander gegenüber, und dienen dazu, fremden Schiffen den Durchgang durch jene Meerenge abzuwehren.

Hier kann das nur vierhundert Klafter breite Meer mit Ketten abgesperret werden.

Die Dardanellen wurden im Jahre 1658 von Mahumed dem IV. angelegt, und man hielt sie für unbezwinglich, so wie es auch als eine Unmöglichkeit angesehen wurde, ihnen zum Trotz das Meer zu passiren.

Vertrag ab, laut welchem ſie ſich bei der Pforte verpflichteten, gegen Mehemed-Ali einzuſchreiten.

Frankreich rüſtete nun, und der König ſchien mit dem Miniſter Thiers einverſtanden, die der franzöſiſchen Nation angethanene Demüthigung durch Krieg zu rächen; allein Ludwig Philipp, an deſſen kriegeriſchen Geiſt die Großmächte übrigens nie geglaubt hatten, ſchlug plötzlich andere Wege ein; und obgleich er die kriegeriſche Politik durch den Bauim der Feſtungswerke in Paris und durch andere Kriegsrüſtungen zu billigen ſchien, ſo weigerte er ſich dennoch weiter zu gehen, und entließ das Miniſterium, welches, da es die Verantwortlichkeit dieſer Doppelrolle auf ſich geladen hatte, äußerſt unpopulär wurde.

Der Miniſter Thiers trug ſeit dieſer Zeit gegen den König einen unverſöhnlichen Haß, welcher jetzt Guizot, der Geſandter zu London war, nach Paris zurückberief, und ihm das Geſchäft der auswärtigen Angelegenheiten übergab.

Soult nahm den Vorſitz im Miniſterium des Krieges, Duchâtel bekam die Geſchäfte der Innern Angelegenheiten, Martin du Nord wurde Miniſter der Juſtiz, Humann erhielt das Finanzweſen, Treſt wurde Miniſter der öffentlichen Arbeiten, Villemain erhielt den Unterricht, Duperré wurde Miniſter der Marine, und Cunin-Gridaine Miniſter des Handels.

Das perſönliche Regierungs-Syſtem des Königs erhielt erſt unter Guizot ſeinen reinſten Ausdruck, denn er ſchaltete und waltete ohne weſentliche Oppoſition oder Widerrede von Seiten ſeiner Miniſter; — ja man kann ſagen, daß er in dieſer letzten Regierungs-Epoche das Schickſal Frankreichs faſt allein geregelt hat.

Ludwig Philipp war es alſo, der ſich beeilte, bei den auswärtigen Mächten, nach dem Zerwürfniſſe vom Jahre 1840, wieder in Gnaden einzugehen, und der den, Frankreich erniedrigenden Londoner-Vertrag vom 15. Juli 1841 abſchloß.

Dieſer Vertrag, welcher der Vereinzelung Frankreichs, die ihm damals allein ziemte, ein Ende machte, hat ſeiner auswärtigen Politik unendlich geſchadet; denn er war der ſprechendſte Beweis, daß die Mächte nur zu wollen brauchten, um Frankreich zu allen nur möglichen Konzeſſionen zu zwingen; alſo der Beweis, daß Frankreich nicht entſchloſſen war, ſeine Politik nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen.

Würdevoller benahm ſich Ludwig Philipp bei der Angelegenheit des Unterſuchungsrechts, wo ihn aber freilich die Kammer zu einer nationaleren Politik zwang; — in dem Kriege mit Marokko aber beugte er ſich wieder vor den Engländern.

Von einer außerordentlichen Geſchicklichkeit war ſeine Politik hinſichtlich der ſpaniſchen Heirathen, wobei ihm England allerdings ohne Berechtigung die größte Schlauheit zum Vorwurf machte.

Indeſſen läßt ſich aber nicht verkennen, daß er hier einen bedeutenden diplomatiſchen Sieg davon getragen hat, für welchen die Nation, wenn ſie nicht ſchon ſehr gegen ihn eingenommen geweſen, dankbarer hätte ſeyn ſollen.

In Italien war ſeine Politik freiſinniger als man Anfangs geglaubt hatte, denn er war offenbar für den Fortſchritt, zu welchem der Papſt Pius IX. die Loſung geben wollte.

Dagegen ſtand er wieder in der Schweiz auf der Seite des Sonderbundes, und zwar aus Furcht vor einer Anſteckung Frankreichs, im Falle die Liberalen ſiegen würden.

Unter dem Miniſterium Guizot war die Lage Ludwig Philipps im Innern ſehr kritiſch geworden; auch hatte ſeine Dynaſtie durch den unglücklichen Tod des Herzogs von Orleans am 13. Juli 1842 einen harten Stoß erhalten.

Nachdem der Herzog nach St. Omer reiſen ſollte, um dort eine Heerſchau zu halten, begab er ſich, um Abſchied von der königlichen Familie zu nehmen, nach Neuilly, dem Lieblings-Aufenthaltsorte ſeines Vaters.

Als er in einem zweiſpännigen Kabrioles, das er allein beizog hielt, ungefähr an die in das Gehölz von Boulogne führende Porte Maillot ankam, wurde das Pferd ſcheu, welches der Kutſcher ritt. Der Wagen rollte jetzt dem Chemin de la Révolte zu, und da der Herzog glaubte, daß man des Pferdes nicht mehr Meiſter werden könnte, ſo ſtellte er ſich an den niedern Wagentritt, ſprang von dieſem herab, — fiel aber mit dem Kopfe ſo gewaltig auf den Boden, daß er beſinnungslos liegen blieb.

Während man ihn aber zu einem Gewürzkrämer in der Nachbarſchaft brachte, hatte der Kutſcher die Pferde vollkommen gebändigt, allein dieſes war ſchon zu ſpät.

Ein Arzt aus der Umgegend unterſuchte zuerſt durch einen Aderlaß Hilfe zu ſchaffen, aber ſeine Bemühungen blieben vergebens.

Inzwiſchen eilte der König und die Königin von Neuilly herbei, und bald folgten ihnen auch Adelaide, die Schweſter des Königs und die Prinzeſſin Klementine, jedoch ſie erhielten von dem ſterbenden Prinzen keinen lebendigen Blick mehr, und bald erklärten die herbeigerufenen Aerzte den Fall für tödtlich.

Der Herzog von Aumale, der Herzog von Montpenſier, ſo wie die in den Tuilerien verſammelten Miniſter, die Marſchälle Soult und Gerard, der Kanzler von Frankreich, der Polizei-Präfekt, und noch mehrere andere hohe Staatsbeamte wurden herbeigerufen. Auch das Volk umlagerte den Eingang in das Haus, als endlich der greiſe König aus demſelben heraustrat, und ſchluchzend ſagte: »Keine Hoffnung mehr.«

So ſtarb plötzlich der von allen Prinzen des Hauſes am meiſten geliebte Thronerbe Frankreichs in der Blüthe ſeiner Jahre, eine Wittwe und unmündige Kinder hinterlaſſend.

Ludwig Philipp war im Alter ſchon ſo weit vorgerückt, um mit der Ernennung eines Regenten während der Minderjährigkeit des Grafen von Paris zu eilen, und er ſetzte es auch durch, daß der Herzog von Nemours, ſein zweiter Sohn, von den Kammern zu dieſer Würde beſtimmt wurde, ob-

gleich die Opposition die Ernennung der Herzogin von Orleans gewünscht hatte.

Im Jahre 1844 sah sich Frankreich genöthigt, gegen den Kaiser von Marokko den Krieg zu beginnen, nachdem dieser die Aufstände in den bereits eroberten algierischen Provinzen unterdrückt, und eröffnete sein Gebiet dem Todfeinde der Franzosen, dem Abdel-Kader als Zufluchtsort.

Außerdem hatte der Kaiser mit der französischen Regierung Streitigkeiten über die Grenze zwischen Algier und Marokko angefangen.

Diese Zwistigkeiten gingen so weit, daß der Kaiser die Räumung der Festung Lalla-Maghrnia verlangte, und am 30. Mai 1844 einen seiner Verwandten mit regelmäßigen Truppen zum Angriffe der französischen Grenze ausschickte.

Frankreich und England kamen hier abermals indirekt an einander, nachdem England einen Krieg gegen Marokko von Seite Frankreichs unmöglich mit Gleichgültigkeit ansehen konnte.

Die Bedeutung und Sicherheit von Gibraltar, hätte durch die unmittelbarste Nähe einer großen französischen Besitzung abnehmen müssen, und die französische Regierung erkannte daher die Anforderungen Englands, für den Fall daß Frankreich einen Krieg mit Marokko beginnen müsse.

Hier stelle sich unläugbar das englische Uebergewicht bei dem sogenannten herzlichen Einverständnisse heraus; denn während England sich von keiner Nation der Welt die Grenzen der Eroberung einer Kolonie hätte vorschreiben lassen, ging Frankreich die Bedingung ein, Marokko nur zu demüthigen, keineswegs aber zu erobern.

Der Marschall Bugeaud übernahm jetzt den Krieg zu Lande — der Prinz von Joinville befehligte die Flotte, und die Siege von Isly und Mogador verdrängten den Feldzug nicht ohne Glanz.

Dem Kaiser von Marokko wurde nach diesen beiden großen Siegen ein Bündniß aufgedrungen, nach welchem Abdel-Kader gleichsam zwischen zwei Feinde zu stehen kam, so daß Frankreich aus diesem Kriege eigentlich nur die Aussicht auf die allerdings leichter gewordene Gefangennehmung des gefährlichen Emir davon trug.

Wahr ist es, daß England, so bald es sich von der Mäßigung Frankreichs überzeugt hatte, dem Kaiser von Marokko Vorstellungen machen ließ, die französischen Bedingungen anzunehmen, und demselben auch erklärte, es werde ihm bei einem Kriege nicht zu Hilfe kommen.

Dieses fand auch noch unter Aberdeen's Ministerium Statt, unter welchem übrigens das französisch-englische Bündniß seinen höchsten Gipfel erreichte; wenigstens war der Schein eines wahrhaft ritterlichen Verhältnisses zwischen beiden Nationen vorhanden.

Die Königin von England besuchte den König von Frankreich im Schlosse zu Eu, und dieser besuchte wieder kurz darauf die Königin in Windsor.

Aber trotz dieser Freundschaftlichkeit der beiden gekrönten Häupter, fehlte es selbst während des Tory-Ministeriums nicht an Scheinungen.

In Griechenland unterstützte nämlich Frankreich fortwährend das Ministerium Kolettis, während England an das Ministerium Maurokorbatos hielt, und auch nach dem Tode Kolettis bestand, der indessen wieder in das englische Ministerium eingetretene Lord Palmerston auf ein Ministerium Maurokorbatos; jedoch Otto I. von den Kammern unterstützt, verweigerte dieses, und so kam es zu einem von England und der Pforte beförderten Aufstande, der aber weiter keine wichtigen Folgen hatte.

Die entschieden reaktionäre Politik unter dem Ministerium Guizot, und der Ansicht von der Dauer, den es annahm, gegen Ludwig Philipp die Feindschaft der aufrichtigen, so wie der ehrgeizigen Männer des Landes zu; und zwar, die Einen wollten es aus Grundsatz, die Andern aus Interesse stürzen.

Das Juli-Königthum war ein Bürgerkönigthum, gestützt auf die Mittelklasse, und diese war es, welche die Majorität oder das Uebergewicht der Kammer bilden sollte, das sie aber nicht bildete.

Mittelst des bestehenden Wahlgesetzes waren es die von der Regierung abhängigen Beamten, welche die Kammer-Stimmenmehrheit repräsentirten oder vertraten.

Dieserwegen entwickelte sich nun im Lande eine Partei, welche nach einer Reform oder Abänderung des Wahlgesetzes verlangte, und die durch den reaktionären Gang der Regierung täglich mehr Kraft und Anhänglichkeit erhielt. Dazu kam in den letzten Jahren noch die Entbüllung eines verabscheuungswürdigen Verbindungs-Systems, zu welchem Ludwig Philipp, um sich das Uebergewicht in der Kammer zu sichern, seine Zuflucht genommen, und das bei dem sehr genußsüchtigen französischen Volke einen nur zu günstigen Boden gefunden hatte.

Der Ruf nach einer Wahlreform wurde namentlich in Folge dieser Enthüllungen allgemein; allein Ludwig Philipp sah in der Erweiterung des Wahlgesetzes, wenn auch nicht gerade eine Lebensfrage für seine Dynastie, doch eine für sich; und so widerstand er heftig, was die Veranlassung zur Februar-Revolution vom Jahre 1848 gab. Den Thron des Juli-Königs zu stürzen, trugen besonders zwei Umstände bei; nämlich, die Entlassung des Ministeriums Guizot, dessen Ludwig Philipp eines andern Kabinets sicher war, und die dadurch entstandene Unordnung, welche von seinen Feinden benutzt wurde, dann aber der Anstand, den Thiers nahm, sich für einen Mann, der ihn undankbar behandelt hatte, zu schlagen.

So kam nun der 22. Februar heran, und die von dem Stande der Dinge noch wenig unterrichteten Volksklassen bezahen sich auf den Schauplatz; jedoch die Truppen jagten das Volk auseinandre, ge-

ſtörten einige angefangene Barrikaden, und ſtellten allmählig die Ruhe dem Scheine nach wieder her.

Am 23. Februar nahmen aber die Dinge eine andere Wendung. Die Nationalgarde ſprach ſich entſchieden für die Reform aus, und ſchickte Deputationen an den König, der endlich unruhig zu werden, und an die Entlaſſung ſeines Miniſteriums zu denken anfing.

Die Königin ſoll gleichfalls davon geſprochen haben, daß Guizot das Opfer des Rückſtritts bringen müſſe, worauf nun der König dieſen Miniſter fragte, was zu thun ſey; jedoch Guizot gab kurz zur Antwort: »er wiſſe es nicht, wohl aber wiſſe er, was er nicht thun könnte; er könne weder die Reform ertheilen, noch ſich gegen die Nationalgarde ſchlagen.«

Ludwig Philipp erwiederte hierauf! »So wären wir denn zur Ohnmacht verdammt; ich werde zu Molé ſchicken;« und ſomit war Guizot entlaſſen. Der König hat aber ſpäter behauptet, er habe Guizot nie fortgeſchickt, ſondern derſelbe ſey von ſelbſt gegangen.

Da der Hauptfehler des Königs in dieſem Miniſterwechſel während des Kampfes beſtand, ſo iſt die Aufklärung des Punktes wichtig. Wahrſcheinlich haben aber beide Parthein Recht; denn Guizot hat den König im Stich gelaſſen, als er den Kampf gegen die Nationalgarde nicht annehmen wollte; und der König hat Guizot dadurch entlaſſen, nachdem er den Molé rufen ließ.

Die Rolle, die Molé bei der Miniſter-Kriſis geſpielt hat, iſt auffallend, und man hat erzählt: Molé habe dem Könige die Bildung eines Miniſteriums zugeſagt, ihn aber bis nach Mitternacht warten laſſen, und ſich dann geweigert ein Miniſterium zu bilden; worauf ſich nun der König genöthigt ſah, den Miniſter Thiers rufen zu laſſen; einen Mann, der, obgleich der Juli-Dynaſtie aus Ueberzeugung ergeben, dennoch mit dem Könige in einem geſpannten Verhältniſſe lebte.

Die nächſten Urſachen dazu mögen geweſen ſeyn — die orientaliſche Angelegenheit — der Sturz des Miniſteriums vom März — und das Opfer, welches Thiers damals dem Könige brachte.

Seit jener Zeit war Thiers ſo ſehr verletzt, daß er ſeit dem Jahre 1840 das Miniſterium zweimal ausſchlug, und dem Könige erklärte, er würde nur bei Ceremonien im Schloſſe erſcheinen. Jetzt ſah ſich Ludwig Philipp genöthigt, ſich unter den Schutz der Popularität eines Mannes zu ſtellen, die er ſelbſt ſo tief untergraben hatte. Thiers war, obgleich entſchloſſen, in ruhigen Zeiten nie mehr der Miniſter Ludwig Philipps zu werden, von der Gefahr zu ſehr unterrichtet worden, als daß er ſich länger geweigert hätte, dem Könige ſeine Hilfe zu gewähren.

Der blutige Vorfall auf dem Boulevard der Kapuziner, wozu die Republikaner die Veranlaſſung gegeben haben ſollen, hatte indeſſen der Bewegung eine ungleich ernſthafte Wendung gegeben, jedoch, ſo groß auch die Gefahr war, ſo iſt doch daran nicht zu zweifeln, wenn Thiers in der Nacht vom 23. zum 24. Februar das Miniſterium übernommen, die Reform ertheilt, und im Einverſtändniſſe mit dem Marſchall Bugeaud gehandelt hätte, der Juli-Thron, obſchon ohne Ludwig Philipp, dennoch hätte erhalten werden können.

Nach der Ertheilung der Reform wäre die Abdankung Ludwig Philipps allerdings eine politiſche Nothwendigkeit geweſen; und Thiers konnte auch auf dieſe Abdankung rechnen, nachdem der König die Reform einmal zugeſtanden hatte. Denn Ludwig Philipp würde mit der Wahl- und Parlamentsreform nicht mehr derſelbe Fürſt geweſen ſeyn, der faſt achtzehn Jahre lang verfaſſungsmäßig regierte. Außerdem konnte Thiers ein Miniſterium unter Ludwig Philipp nur dann behalten, wenn dieſer ihm die Initiative bei wichtigen politiſchen Handlungen gelaſſen hätte. Der König wäre dann auch ſo nur noch ein Schatten ſeines frühern Ich geblieben.

Ob nun Thiers Anfangs wirklich die Abſicht hatte, den König zum Abdanken zu bringen, oder ob er die Nothwendigkeit davon erſt ſpäter eingeſehen habe, bleibt indeſſen dahin geſtellt; iſt aber gewiß, daß Thiers, als er den König zwiſchen 3 und 4 Uhr Morgens verließ, wegen des Miniſterium förmlich übernommen hatte, noch im Einklange mit dem Marſchall Bugeaud ſtand.

Daran konnte nun allerdings auch der Umſtand Schuld ſeyn, daß er, ohne ſeine Kollegen befragt zu haben, keine beſtimmte Zuſage machen durfte. Ferner hatte ihm der König in der Nacht noch die Auflöſung der Kammer, die er verlangte, nicht zugeſagt.

Was aber das Einverſtändniß mit dem Marſchall Bugeaud betrifft, ſo hatte Thiers andere Skrupel, nämlich: nachdem der König ihn rufen ließ, und die Reform bewilligte, hatte er ſelbſt den freiwilligen Weg — den Weg der Verſöhnung eingeſchlagen. Bugeaud's Marſch aber bedeutete Krieg. Nun ſollte deſſen Ernennung an die Stelle der beiden untüchtigen Generäle Sebaſtiani und Jaqueminot, zur Befehligung der Linie und Nationalgarde am nächſten Morgen veröffentlicht werden; Thiers aber kannte die Anſichten ſeiner Freunde zu genau, um ſich ohne ihre Zuſtimmung in die Nachbarſchaft des Marſchalls Bugeaud zu ſetzen.

So dringend es alſo mit der Ernennung eines neuen Reform-Miniſteriums war, ſo wenig kann man von der andern Seite Thiers verdenken, wenn er die Ordonanzen nicht gleich für den nächſten Morgen ausfertigen ließ; jedoch hatte er eine kurze Angrige im »Moniteur« abdrucken laſſen, daß der König ihn mit der Bildung eines Miniſteriums beauftragt habe.

Nun kömmt aber ein offenbarer Fehler in Vorſchein: nämlich, ſtatt ſich den Marſchall Bugeaud für alle Fälle im Hintergrunde zu halten, und den Pariſern zu ſagen; »Da habt ihr die Reform, wenn ihr aber noch mehr wollt, ſo iſt der Marſchall mit ſeinen Soldaten da.« — Dann überredete man den König, die Anweſenheit der Truppen ſey an der Aufregung des Volkes Schuld, mit ihrem Rückzuge würde man erſt Vertrauen in die ertheilte Reform

bekommen; und wirklich befahl der König dem Marschall Bugeaud einen allgemeinen Rückzug.

Dieser weigerte sich aber, diesen Befehl zu vollziehen, obwohl von den in Paris befindlichen Truppen kaum 20,000 Mann schlagfertig waren, und sich noch überdieß in einem kläglichen Zustand befanden. So hatte z. B. ein Theil der Truppen nicht mehr als zehn Patronen auf den Mann gerechnet, und als man Munition von Vincennes bringen lassen wollte, war es schon zu spät.

Außerdem befanden sich die auf einer ungeheuren Strecke ausgebreiteten Soldaten von den Anstrengungen des 22. und 23. Februar ermüdet und abgespannt, ja man hatte sie im Regen bivouakiren lassen, und dazu noch schlecht mit Lebensmitteln versehen. Endlich mußte auch ihr moralischer Zustand Besorgniß machen, denn sie waren fast durchgehends des Hin- und Herziehens schon müde.

Sebastiani, der die Linie, und Jaqueminot, der die Nationalgarde befehligte, wollten sich einander im Kommando nicht unterordnen, und obschon der Herzog von Nemours von dem König zwischen beide Kommandanten gestellt wurde, so war er doch nicht im Stande, die erwünschte Einheit dieser beiden Männer herzustellen.

Der Marschall Bugeaud hätte also alle Ursache gehabt, die Armee zurückzuziehen, als dieses ihm im Namen des Königs befohlen wurde; aber er sah in diesem Rückzuge zugleich die äußerste Gefahr, und wollte den Kriegsplan, den er am Morgen angefangen, und nach welchem er vier Haupt-Kolonnen unter den Befehlen des General Bedeau, Sebastiani, Dubot und Regnault organisirt hatte, nicht so leicht wieder aufgeben.

Nun erschien aber ein Bote vom General Bedeau, der den Marschall in Kenntniß setzte, daß der General mit seiner Kolonne auf dem Boulevard Bonne nouvelle von Bürgern und Nationalgarden umringt sey, die ihn alle zum Rückzuge aufforderm, und bis der Rückzug nicht angetreten ist, an die Ertheilung der Reform nicht glauben wollen.

Die nächste Umgebung des Marschalls Bugeaud benützte jetzt diese Gelegenheit, ihm aufs Neue zum Rückzugs-Befehl zu rathen, und so gab der Marschall nach vielen Drängen und Zureden, endlich nach.

Da man ihm unter einem verschert hatte, daß die Nationalgarde allein die Ordnung wieder herstellen würde, so fertigte er den Rückzugsbefehl mit folgenden Worten aus: »Ich gebe Befehl, das Schießen überall einzustellen, und die Nationalgarde wird die Ordnung herstellen.«

Der Irrthum über die Stimmung der Nationalgarde kam aber von dem Kommandanten derselben, nämlich dem General Jaqueminot her, der den König immer der Treue der Nationalgarde versichert hatte. Ein großer Theil derselben war aber schon darüber aufgebracht, sich von einem General ohne Verdienst befehligt zu sehen; und wenn sich die Nationalgarde am 22. und 23. Februar schon kalt und abstechend benahm, so zeigte sie sich am 24. Februar größtentheils feindlich.

Die republikanische Parthei verstand es nämlich, den Umfall vom Boulevard bei den Kapuzinern dergestalt gegen die Regierung auszubeuten, daß eine allgemeine Entrüstung über die Nationalgarde gekommen war, und am 24. Februar nur einige Bataillone derselben mehr auf dem Karousselplatz anwesend waren.

Kaum hatten aber die Truppen den Befehl erhalten, das Schießen einzustellen, als die überall zusammen geronnten Volkshaufen sie auf ihren Stellungen verdrängten, und so fiel auch auf diese Weise das Stadthaus, obgleich es mit 4 Kanonen besetzt war, in die Hände des Volks. Die Nationalgarde that nichts, um die Truppen gegen Entwaffnungen zu schützen, und als der General Bedeau mit dem Befehle, das Schießen einzustellen, zugleich auch den Befehl erhielt, sich nach den Tuilerien zurückzuziehen, kam er wegen den Barrikaden, die den Boulevard und die Nebenstraßen sperrten, in die äußerste Verlegenheit. Er stellte nun eine Abtheilung Nationalgarde an die Spitze seiner Kolonne, und machte jetzt den Rückzug. Die Barrikaden öffneten sich auch bis auf eine in der Nähe der Straße Lepelletier, wo die Kanonen nicht durchgebracht werden konnten; da sich ehemalige politische Verschworne, die hier an der Spitze der Arbeiter standen, dem Weitermarsche widersetzten.

Ein Anführer mit einer Truppe Arbeiter stürzte jetzt auf die Kanonen los, spannte die Pferde aus, und statt, wie sie es versprochen hatten, diese Geschütze nach dem Mairie-Arrondissement zu bringen, bekleiten sie solche zurück, und besetzten damit die Barrikaden.

Der General Bedeau konnte es auch nicht verhindern, daß die Soldaten ihre Kolben umkehrten, und auf dem Konkordienplatze wie Gefangene einzogen.

Die Wuth des Volkes, das seine Kolonne begleitete, war so groß, daß, als die Munizipalgarden-Posten am Eingange des Platzes sich nicht augenblicklich zurückzogen, ein Streit entstand, der mit der Niedermetzlung mehrerer Garden endete.

Die Kolonne des General Bedeau kam hier mit der Reiterei zusammen, die von dem General Regnault befehligt wurde, und zum Schutze der Tuilerien von der Garrenterie bestimmt war. Auch stand auf der Seite des Karousselplatzes eine Reserve von etwa 5500 Mann, unter dem Befehle des Generals Rulhière.

Die neuen Minister nicht zufrieden, die Thätigkeit des Marschalls Bugeaud gelähmt zu haben, verlangten jetzt von dem Könige auch dessen förmliche Zurückberufung.

Schon in der Nacht war Thiers, ein zweites Mal von Rémusat begleitet, zum Könige gegangen, um ihm die Nothwendigkeit der Rückberufung des Marschalls Bugeaud vorzustellen. Beide Männer fanden den greisen König Ludwig Philipp müde und ganz abgespannt, in Flanell eingewickelt, mit einem Fuß im Bette.

Auf ihr dringendes Begehren antwortete ihnen der König: »Das kann ich nicht gewähren, Bugeaud

ist meine Waffe.« Am nächsten Morgen mußte er aber dennoch nachgeben, und so wurde der Marschall vom Pferde heruntergehoben.

Der Marschall Gérard wurde nun Kommandant der Linie, und Lamoricière Kommandant der Nationalgarde.

Nun stürmten die Volkshaufen besonders von der Seite des Karoussellplatzes her auf die Tuilerien ein, und die Generale Gérard und Lamoricière bemühten sich, da sie von den Waffen keinen Gebrauch machen sollten, die Volkshaufen durch Worte zurückzuhalten.

Hier, wie an den meisten Barrikaden, die sich an allen Ecken und Enden von Paris erhoben hatten, führten die Mitglieder der geheimen Gesellschaften die Banden an.

An einem solchen Volkshaufen hielt der Marschall folgende Anrede:

»Wenn ich unklug wäre, wie ihr, und wenn ich das Volk nicht liebte, so würde ich euch die Kühnheit theuer bezahlen lassen — einer Macht, die mehr als hinreichend ist, um euch zu zermalmen, auf diese Weise trotz bieten zu wollen.

Aber ich will mich gegen euch statt der Waffen der Vernunft bedienen. Ihr könnt dem König keine Petition mit bewaffneter Hand überreichen; höchstens können ihm einige Abgeordnete von euch vorgestellt werden. Was wollt ihr übrigens? Die Wahlreform? Diese ist mit der Ernennung der Minister Thiers und Barrot geschehen. Euer Aufstand hat daher keinen Gegenstand mehr, und was jetzt höchst nothwendig, ist Ordnung und Ruhe in dieser großen Stadt wieder herzustellen, die das Haupt der Civilisation ist.

Habt Mitleid mit jenen Unglücklichen, die von Tag zu Tag von ihrer Händearbeit leben, und deren Frauen und Kinder in diesem Augenblicke Hunger leiden! Habt Mitleid mit euch selbst, denn ihr richtet euch durch die Unordnung zu Grunde!

Kehret zu euren Angehörigen zurück, damit Handel und Gewerbe wieder ihren Gang nehmen, und das Volk zu essen habe, denn das Volk ist es besonders, welches durch die Revolution leidet, und nie einen Nutzen daraus zieht.

Das Volk dient nur dem Vortheil der Intriguanten und der Wühler, die sich über den Leichen und dem Elende desselben erheben.«

Die Wirkung dieser Rede war wirklich so groß, daß der Volkshaufe sich zurückzog, und der Marschall einige Zeit Hoffnung hatte, es werde sich vielleicht doch noch Alles friedlich beilegen lassen; aber bald kamen die herannahenden Nachrichten nach den Tuilerien. Man gab dem Könige den Rath, den Odilon-Barrot statt Thiers zum Minister-Präsidenten zu ernennen.

Odilon-Barrot setzte sich auch wirklich in Begleitung einiger Mitglieder der Opposition in Bewegung, um seine Präsidentschaft und die Reform bekannt zu machen, ja auf dem Boulevard wurde er bei dieser Gelegenheit sogar einen Augenblick lang förmlich im Triumphe getragen, dagegen wurde er aber wieder an dem Thore St. Denis sehr schlecht empfangen, und sogar genöthigt, von seinem Triumphzuge umzukehren.

Im Schlosse ging es aber inzwischen so rath- und thatenlos her, daß Alles sich bis in die Zimmer des Königs drängen, Bericht erstatten und Rath ertheilen konnte.

Das Comité der Reform, das in Permanenz gelbieben war, hatte seinen Plan bereits gemacht, und von den Seinigen, besonders die einzelnen Posten entwaffnen lassen.

Etienne Arago brach am Morgen mit einigen Getreuen auf, entwaffnete zuerst die Wache im Postamte, und ging dann auf eine andere Wache los, die sich im sogenannten Château b'eau, gegenüber dem Palais royal befand.

Diese Wache war am frühen Morgen, noch von der kernigen Municipalgarde besetzt gewesen; in Folge des Rückzugs-Befehls aber hatte man, um jeden Schein von Gewaltmaßregeln zu vermeiden, die ohnehin unbeliebte Truppe abgelöst und mit andern Truppen in die Tuilerien gelegt.

Zwei Kompagnien vom vierzehnten Linien-Regimente ersetzten sie im Château d'eau; doch selbst diese weigerten sich, ihre Waffen abzugeben.

Auf diese Weise entstand nun ein Kampf zwischen dem in diesem Stadttheile angesammelten Volke und der Besatzung der Wache.

Vom Château d'eau aus führen kurze schmale Straßen auf den Karoussellplatz, wo ein Reserveforps von 3500 Mann lag, das den umlagerten Posten sehr leicht hätte befreien können; es geschah aber nicht.

Die Generale Lamoricière und Perrot erschienen als Unterhändler, wurden jedoch mißhandelt, und entkamen nur mit genauer Noth dem Tode.

Da sich der Wachposten nicht ergeben wollte, steckte endlich das Volk, unter einem fortdauernden blutigen Kampfe, das Gebäude in Brand, so daß der Uebertritt der Mannschaft in den Flammen seinen Untergang fand.

Der Vorschlag, daß der König Ludwig Philipp abdanken solle, hatte sich schon am frühen Morgen, auf eine ganz unbekannte Weise in den Tuilerien eingeschlichen, und man sagt sogar, die Prinzen sollen zuerst daran gedacht haben.

Als nun nach dem Rückzugs-Befehl die Nachrichten immer schlimmer wurden, gab man dem König ganz offen und ohne Scheu den Rath, abzudanken, wozu er sich endlich auch entschloß.

Der Marschall Bugeaud erhielt die Nachricht davon, als er eben unten auf dem Platze stand; da stürzte er sogleich in das Schloß, und sprach den König mit den Worten an: »Sire, um Gottes Willen, danken Sie nicht ab!«

Auch die Königin stimmte dem Marschall bei, und der König, der übrigens sein Wort schon gegeben hatte, erhob sich vom Schreibtische, wo er eben im Begriffe war, die Abdankungs-Acte aufzusetzen. Allein die Umstehenden ermahnten ihn, sein Wort zu halten, und so schrieb er die Abdankungs-Urkunde nieder.

Man brachte dieses Dokument dem General Lamoricière, der an der Ecke der Straße de Rohan

ſtand, und dieſer gab ſie unvorſichtigerweiſe dem Lagrange, den er zwar nicht kannte, aber für den Anführer der Bande hielt, die am Palais royal kämpfte. Lagrange, einer der exaltirteſten Republikaner, blätterte ſich aber, die Nachricht von der Abdankung Ludwig Philipps zu verbreiten, denn dieſer hätte die Nationalgarde zum Schutze des kürzergewordenen Thrones zuſammenſchaaren können, und ſo ſtreckte er dieſes wichtige Papier in die Taſche.

Es war ein furchtbarer Augenblick für dieſes Fürſtenhaus, das vor wenigen Stunden noch ſo glänzend und mächtig daſtanden, und jetzt ſo tief herabgeſunken war.

Faſt der ganze königliche Hof zog durch das mittlere große Thor des Tuilerien-Palaſtes und den Hauptweg des Gartens, auf den Eintrachtsplatz, entblößt von allen äußern Abzeichen der irdiſchen Macht. Ludwig Philipp, in einfachen ſchwarzen Kleidern, führte die Königin am Arme, und ihnen folgten die Prinzen und Prinzeſſinen, dann ſechs Enkel, welche nachgetragen wurden.

Der König wußte in dieſem Augenblicke allerdings nicht, daß er mit den Tuilerien auch Frankreich verlaſſen würde, obwohl er ſchon im Augenblicke des Abdankens daran zweifelte, durch dieſes große Opfer die Monarchie zu retten.

Die königlichen Wagen, welche man zur Abreiſe beſtellt hatte, konnten das Schloß, obgleich es ganz in der Nähe liegt, nicht mehr erreichen; denn ſie wurden auf dem Karrouſſelplatze angefallen, und bei dieſem Angriffe ſogar ein Vorreiter getödtet.

Der Herzog von Nemours hatte ſeiner auf der Flucht begriffenen Familie drei einſpännige Wagen, die im Hofe zum Dienſte der Adjutanten bereit ſtanden, zur Verfügung geſchickt, und dieſe ſollten nun die königliche Familie aufnehmen.

Am Fuße des Obelisken, auf demſelben Platze, wo ehemals die Guillotine ſtand, auf welcher das Haupt ſeines Vaters gefallen, ſtiegen Ludwig Philipp und Maria Amalia in einen dieſer kleinen Wagen. Ein Sohn der Prinzeſſin Klementine und Nemours Sohn, dann der kleine Herzog von Aleucon wurden noch in den Wagen hineingeſetzt.

In den zweiten Wagen ſetzten ſich die Herzogin von Nemours mit ihrem ältern Sohne und ihrer Tochter, der Tochter der Prinzeſſin Klementine und drei Hofdamen ein.

In dem dritten Wagen, der ein einfaches Kabriolet war, nahmen der Herzog von Montpenſier, der General Dumas und eine Geſellſchaftsdame der Königin Platz; ſo daß die drei Wägen, die eigentlich nur für ſechs Perſonen Raum hatten, nicht weniger als fünfzehn Perſonen aufnahmen.

Der General Regnault de Saint Jean d'Angely und der Küraſſier Oberſt Reibel, begleiteten mit einer Abtheilung ihrer Reiterei die königlichen Wagen, die aber ungeachtet dieſer bewaffneten Umgebung dennoch an der Invalidenbrücke von einem Haufen aufſtändiſchen Volkes bedroht wurden.

Ludwig Philipp wollte indeſſen, — war es aus Beſorgniß um die Sicherheit ſeiner Familie, oder aus Rückſichten für die Regentſchaft, deren Einſetzung er ſich ferne halten wollte, — nicht in St. Cloud, wohin ihn die Küraſſiere begleiter hatten, bleiben, obgleich dieſer Platz ſehr leicht zu vertheidigen geweſen wäre. Eben ſo benutzte er auch die Gelegenheit nicht, ſich in die benachbarte Feſtung des Mont Valérien zurückzuziehen, ſondern ging zuerſt nach Trianon bei Verſailles, wohin zwei Omnibuſſe die königliche Familie führten.

Aber Ludwig Philipp fühlte, daß auch dort ſeines Bleibens nicht ſey, und ſo miethete man in Verſailles zwei Wagen, um nach dem Schloſſe Eu in der Normandie, was der Lieblingsaufenthalt des Königs war, zu reiſen.

Das Gewand der Armuth war jedoch der königlichen Familie keine genügende Sicherheit; ja ſie ſchien allgemein die Faſſung verloren zu haben. Auch war der König offenbar im Widerſpruche mit ſich ſelbſt, denn wenn er einerſeits an die Möglichkeit der Regentſchaft glaubte, ſo flüchtete er andererſeits immer weiter fort. Zuletzt hielt er ſich ſelbſt in Gegenwart ſeiner Familie, weil dieſe zu zahlreich war, und leicht die Aufmerkſamkeit auf ihn ziehen konnte, nicht mehr für ſicher, und eben ſo ſeine Familie nicht, wenn er mit ihr zuſammen blieb.

Daher beſchloß man jetzt in Trianon, ſich zu trennen, und man gab einen Wagen der Prinzeſſin Klementine mit ihrem Gemal, dem Prinzen Auguſt von Sachſen-Kobura, welche ihre eigenen Kinder, die Tochter des Herzogs von Nemours und die Prinzeſſin Margarethe mit ſich nahmen. Doctor Pigache und Frau Angelet begleiteten ſie, und der Präfekt von Verſailles brachte ſie glücklich nach dem Schloſſe Eu, von wo ſie dann nach Boulogne abreiſten.

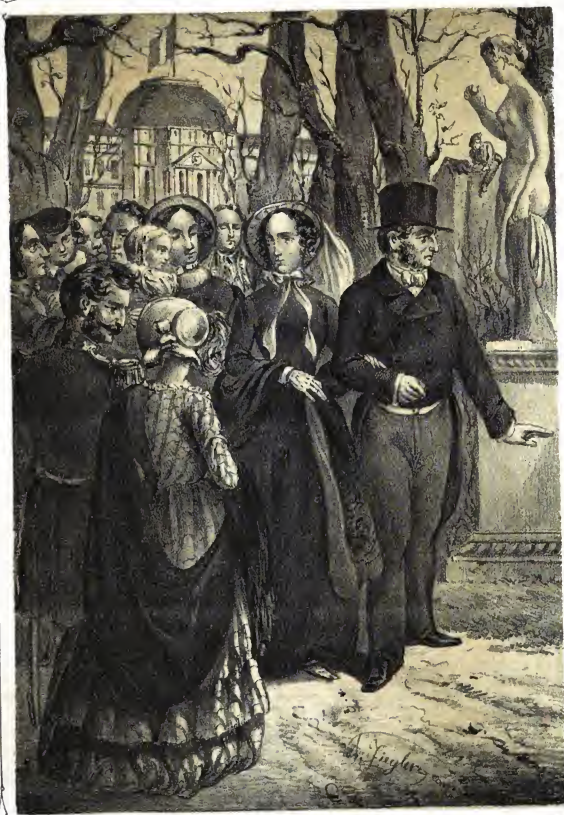
Der König und die Königin ſo wie die übrigen Reiſenden begaben ſich in den zweiten Wagen nebſt einen in St. Cloud gemietheten Omnibus nach Dreux, wo ſich die Familiengenoſſe der Orleans befindet.

Dort, gleichſam neben den Gräbern ſeiner Kinder, und ſeiner erſt kurz verſtorbenen Schweſter Adelaide, brachte Ludwig Philipp die erſte Nacht außer den Tuilerien zu; aber bald erweckte ihn eine furchtbare Nachricht aus dem Schlafe, nämlich in Paris war die Republik eingeſetzt worden, und man wußte zugleich auch dem Könige nicht einmal zu ſagen, was mit der Herzogin von Orleans, dem Herzoge von Nemours und ſeinen Enkeln geſchehen ſey.

Ludwig Philipp beſchloß nun ſogleich, ſich nach der Küſte der Normandie zu begeben, und ſich von dort nach England einzuſchiffen, wozu folgender Vorſchlag gemacht wurde.

Die Tochter des Generals Dumas hatte den Sohn des Perthuis, eines ehemaligen Ordonanz Offiziers des Königs geheirathet, und der Gemal wußte, daß der Vater einen kleinen Pavillon bei Honfleur unweit des Meeres im Beſitz habe; wohin man ſich zu flüchten, dem König zurebete.

Útěk královské rodiny z Tuileruch



La Fuga della Famiglia reale dalle Tuilerie

A királyi családnak futása a tuileriákból

Die Flucht der königlichen Familie aus den Tuilerien zu Paris im Februar 1848

Der ſonſt ſo gefaßte todeskühne Greis war aber von den Ereigniſſen ſo ſehr erſchüttert, daß er ernſtlich glaubte, von Mördern verfolgt zu werden, und willigte dafür um ſo bereitwilliger ein, ja er gab ſogar zu, ſich von der Königin trennen zu wollen. Dieſe wollte aber ihren Gemal um keinen Preis verlaſſen, und ſo kam man endlich überein, daß der Herzog von Montpenſier mit der Herzogin von Nemours und ihren beiden Söhnen ſich in einem Miethwagen nach Granville begeben ſollten, um ſich von dort auf einem Dampfboote einzuſchiffen.

Der König aber reiste mit der Königin unter den Namen Lebrun, dem General Rumigny unter den Namen Dubreuil und zwei Bedienten von Dreux ab.

Der Vorſicht wegen ſagte man dort, man reiſe nach dem Schloſſe Eu, aber außerhalb des Ortes ſchlug man einen andern Weg ein.

In Roche St. André wollten die Gendarmen, die Ludwig Philipp ungeachtet ſeiner Verkleidung dennoch erkannten, beim Wechſeln der Pferde den Wagen nicht weiter fahren laſſen; aber der Unterpräfekt von Dreux, der dem Könige aus Vorſicht nachgefolgt war, ſetzte die Weiterreiſe der Flüchtigen ungehindert fort.

In der Umgebung von Evreux, das man, weil es eine größere Stadt iſt, zu vermeiden ſuchte, bemerkte der begleitende Unterpräfekt das kleine Schloß Melleville, deſſen Eigenthümer, Dorvilliers, zufälliger Weiſe ein Agent des Königs für den Wald von Breteuil geweſen iſt. Doch war in dieſem Schloſſe die ganze Familie abweſend, und ſo führte man die königlichen Gäſte als Freunde des Hauſes dem Schloßpächter auf. Später aber machte man ihm mit der Wahrheit bekannt, worauf er den Schloßeigenthümer bolen ließ, der nun dem König auf Abſchlag ſeiner Einkünfte Eintauſend Franks anbezahlte.

Um Evreux zu vermeiden, fuhr der König mit ſeinem Kammerdiener in einem Kabriolet des Schloßpächters nach Honfleur, während der Knecht des Hauſes die übrigen Reiſenden auf einem andern Wege weiter führte.

Die Pferde des Pächters machten die 24 Lieues bis Honfleur in einem Zuge, ohne auch nur einmal vollſtändig gefüttert worden zu ſeyn.

Auf dieſer Reiſe kam der König bei einer Herberge vorbei, die Malbrough heißt und welche noch friſch in ſeinem Gedächtniß lebte, denn vor derſelben war ihm vor 15 Jahren, als er dieſes Departement beſuchte, ein Triumphbogen errichtet worden.

Hinter Pont Audemar holte der Wagen der Königin das Kabriolet ein, und Beide kamen am 26. Februar mit Tages-Anbruch im Pavillon bei Honfleur an, in welchen die Königin als Tante des Hausherrn ſich einführen ließ.

Der ganze Pavillon beſtand nur aus zwei Zimmern, in welchen ſich das königliche Paar ſo gut es möglich und thunlich war, einrichtete.

Da Dumas und Perthuis in Havre kein Schiff für den König auftreiben konnten, ſo mußte ſich dieſer nach anderen Hilfsmitteln umſehen.

Der Gärtner des Pavillons hatte nämlich den König durch ein lithographirtes Portrait, das in der Kirche hing, erkannt, und verſprach zu helfen, jedoch bat er um die Erlaubniß, einen vertrauten Matroſen, der unter Jeanvoille gedient, und von dem Könige das Ritterkreuz der Ehrenlegion erhalten hatte, mit in das Geheimniß zu ziehen.

Der Matroſe bemerkte nämlich: daß eine Einſchiffung in Honfleur, ohne aufzufallen, unmöglich ſey, wenn aber der König in einem Fiſcherkahne es wagen wollte, ſo könnte man ſich in Trouville einen ſolchen verſchaffen.

Es war aber daran nicht zu denken, daß die Königin ebenfalls und beſonders bei dem furchtbaren Wetter, das gerade eingetreten war, in einem ſo elenden Fahrzeuge die Waſſerreiſe mitmachen werde, und ſo mußte ſie jetzt wieder das Opfer einer Trennung von ihrem Gemale bringen.

Ein Freund des Perthuis, ein alter See-Offizier, Namens Beſſon, der ſich auch nach Havre begeben hatte, um ein Schiff zu miethen, kam gleichfalls unverrichteter Sache zurück; jedoch machte er den Vorſchlag, obgleich eine Ueberfahrt nach England in einem Fiſcherkahne äußerſt gefährlich iſt, doch dieſes Mittel zu ergreifen, wenn nämlich das engliſche Dampfſchiff »Expreß« das nach Southampton beſtimmt war, nicht gerade ſo ſteuern wollte, um den König bei Trouville aus dem Fiſcherkahne aufzunehmen.

Der König erſuchte nun Beſſon mit dem engliſchen Kapitain um die Aufnahme zu unterhandeln, aber der Kapitain verweigerte dieſelbe. Indeſſen ſendete aber die engliſche Regierung, als ſie die Nachricht von der Flucht der königlichen Familie erhalten hatte, Dampfſchiffe aus, und auch der »Expreß« wurde von Southampton wieder zurückgeſchickt, um dem Könige möglicherweiſe behülflich zu ſeyn.

Ludwig Philipp war in einer der furchtbarſten Lagen in die ein Menſch überhaupt nur kommen kann.

Vom Throne geſtürzt, und die Trümmer ſeiner Dynaſtie vor Augen, flammerte er ſich ſo zu ſagen, an das nackte Leben an; er wußte nicht was aus dem größten Theile ſeiner Familie geworden, und die letzten Nachrichten, die er von der Herzogin von Orleans erhalten hatte, konnten ihn vorausſetzen laſſen, daß ſie im Tumulte eher umgekommen, als gerettet worden ſey.

Auch die Natur ſelbſt ſchien ſich gegen ihn verſchworen zu haben. Das Meer war ſtürmiſch aufgeregt, das Wetter kalt und naß, — und als Rettungsfahrzeug bot man ihm einen Fiſcherkahn an.

Ja er war ſogar ſchon entſchloſſen zu dieſem letzten gefahrvollen Mittel zu greifen, als der vertraute Matroſe von Trouville zurückkam und meldete, daß er für 3000 Franks ein Segelſchiff zur Ueberfahrt gefunden habe.

Der König machte ſich auch ſogleich auf den Weg, aber das Schiff konnte wegen des ungeſtümen Wetters nicht in die See gehen, und ſo mußte ſich der hartbedrängte König, einſtweilen bei einem alten

Fischer verbergen wo er vom 29. Februar bis zum 1. März 1848 Abends blieb.

Jetzt aber kam ein Befehl von Paris an alle Douanen nämlich an die Zollwächter, die Reise der politischen Flüchtlinge zu verhindern, wodurch nun die Flucht derjenigen, die sich aus Frankreich entfernen wollten, bedeutend erschwert wurde.

Am 1. März um 8 Uhr Abends wurde dem Könige angezeigt, daß er verrathen sey, und daß die Behörden eine Hausdurchsuchung vornehmen werden.

Man führte ihn alsο schnell in einen dunklen Hof, wo eine unbekannte Stimme zu ihm sagte: »Sire, ein treuer und ergebener Diener wird Sie in Sicherheit bringen.«

Während der Nacht, als die Straßen wieder ruhig geworden waren, verließ man zu Fuße die Stadt und wurde unterwegs erst von dem bestellten Wagen eingeholt, der den König nach dem Pavillon Perthuis zurückbrachte.

Am 2. März kam der englische Vize-Konsul von Havre im Pavillon an, und machte dem König bekannt, daß die englische Regierung das Dampfschiff »Express« zur Verfügung des Königs stelle. Gleichzeitig überreichte er auch einen Brief von Besson, worin gemeldet wurde, daß der Herzog von Nemours mit seiner Tochter Margarethe und die Prinzessin Klementine mit ihrem Gemal und ihren Kindern bereits in England angekommen seyen.

Der König bekam jetzt einen Paß unter dem Namen William Smith, und wurde, von seiner Gemalin (unter den Namen Lebrun) getrennt, nach Honfleur geführt, wo sich Gendarmen zur Aufsicht auf dem Kai (Quai) nämlich dem Ufergang befanden. Doch Ludwig Philipp sprach sogleich den Vize-Konsul englisch an, gab ihm den Arm und nahm auf dem Schiffe Platz das den Konsul selbst nach Honfleur geführt hatte. Die Königin, die aber inzwischen auch eingetroffen war, flieg ganz beherzt ein, und setzte sich auf die andere Seite des Schiffes. Als der Kassier bezahlt seyn wollte, stellte sich der König, als verstehe er nicht französisch, worauf dann der Konsul für ihn bezahlte.

Auf dem Ufermeg von Havre befand sich beim Ausstiegen der englische Konsul, der seinen angeblichen Onkel Smith sogleich laut empfing, und ihn zum »Express« führte, wohin ihm auch die Königin folgte.

Beim Einsteigen war Ludwig Philipp doch von einem im Hafen angestellten Offizier erkannt worden, der sogleich dem Regierungs-Kommissär Deschamp in Rouen die Anzeige machte, allein trotz des ungünstigen Wetters langten die Flüchtigen am 3. März in Newhaven, und am nächstfolgenden Tage in Claremont, auf einer Besitzung des Königs der Belgier an, und waren nun außer aller weitern Gefahr.

Ludwig Philipp nahm jetzt den bescheidenen Titel eines Grafen von Neuilly an; nämlich den Namen eines seiner Lieblingssitze, der unweit Paris gelegen ist, und damals noch in Flammen stand und in Trümmer zusammenstürzte, was ruchlose Hände gethan hatten.

Wenn man bedenkt, daß der entthronte König diese, in das innerste Mark erschütternden Ereignisse in seinem fünf und siebenzigsten Lebensjahre erfuhr, und dann die wenigstens äußerlich gezeigte Ruhe betrachtet, mit welcher er einen solchen Wechsel des Geschicks ertrug, so kann man ihm eine gewisse Bewunderung nicht versagen.

Seine Lebensweise in seinem Exil oder seiner Landesverbannung theilte er sich auf folgende Weise ein. Er schrieb bis spät in die Nacht und stand in der Regel nicht zeitig auf. Zwischen zehn und elf Uhr frühstückte er im Kreise seiner Familie, las dann bis ungefähr ein Uhr Briefe und Zeitungen, empfing Besuche und sprach oft sehr heiter und lebhaft über die verschiedendsten Gegenstände.

So unterhielt er sich kurz vor seinem Tode mit Scribe und Halévy, die wegen der Aufführung ihrer Oper »Der Sturm« nach London gereist waren, über das Verhältniß ihres Werks zu dem Shakspear's, tadelte Manches daran, und zeigte überhaupt eine außerordentliche Kenntniß der Dramen des großen englischen Dichters. Der berühmten Sängerin Jenny Lind machte er bei einer andern Gelegenheit ein Kompliment auf schweizlich.

Nachdem er Besuche empfangen hatte, ging er bei schönem Wetter in der Regel spazieren, bei schlechtem Wetter fuhr er aber mit der Königin aus.

Um 6 Uhr Abends fand die Hauptmahlzeit statt, die zu Anfang seines Aufenthalts in England sehr einfach, später aber reicher wurde; den Braten verheilte er selbst, und schien überhaupt an dieser Einfachheit der Sitten ein besonderes Vergnügen zu finden.

Nach der Mahlzeit trank man in einem andeeren Salon Kaffee und später Thee, beluſtigte die Kinder mit einer Laterna magika oder einem anderen Spielwerk, und machte ihnen aus den Stühlen Festungen, die sie dann einnahmen.

Die Königin, die Prinzessinnen und die Ehrendamen arbeiteten, wie es in den Tuilerien üblich war, an einem Tische.

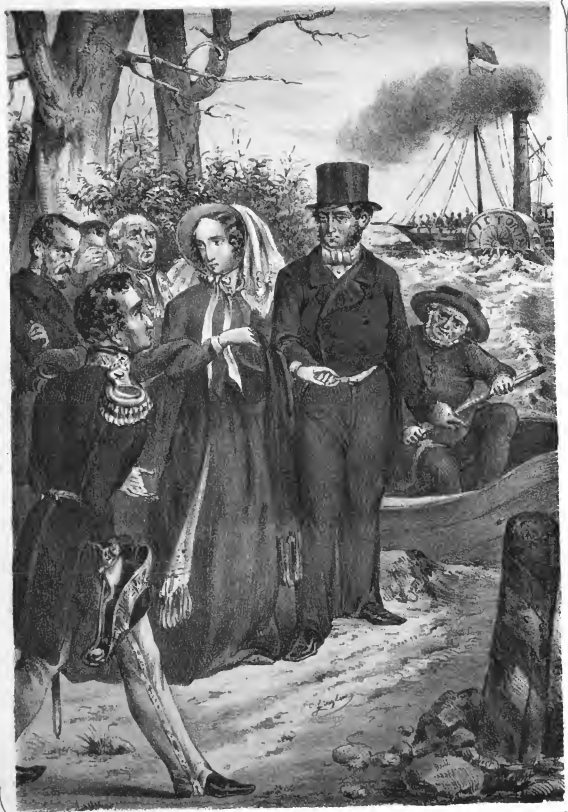
Im Winter des Jahres 1849 ging Ludwig Philipp aus Gesundheitsrücksichten nach Richmond und kehrte im Monate März 1850 wieder nach Claremont zurück.

Im Mai überfiel ihn eine auffallende Schwäche, besonders in den Beinen; worauf er durch einige Tage das Bett hütete; allein, er schien sich bald wieder zu erholen, und reiste am 22. Mai nach St. Leonard, einer Vorstadt von Hastings, wo er, wie in Richmond, in einem Gasthof wohnte.

Hier besuchten ihn die Minister Guizot, Thiers, Duchatel und Andere. Am 18. Juli 1850 ging er nach London, um der Einsegnung des Grafen von Paris beizuwohnen, die am 20. Juli in der französischen Kapelle Statt fand.

Nach Claremont wieder zurückgekehrt, wurde er zu Ende des Monats August gefährlich krank, und der Arzt theilte ihm ganz offenherzig die Nähe der Gefahr um sein Leben mit. Er unterredete sich sogleich allein mit der Königin, und als kurze Zeit darauf ein Hausfreund in das Zimmer trat, fand

Přechod Ludvíka Filipa do Anglican.



Il tragetto di Luigi Filippo in Inghilterra.

Filop Lajos áthajózása Angliába.

Die Ueberfahrt Ludwig Philipps nach England.

er das greiſe Ehepaar, zwei Statuen gleich, einander feſt anſchauend.

Ludwig Philipp unterbrach die Stille, und ſprach zu dem Eintretenden: »Mein Freund, Sie haben ohne Zweifel erfahren, was vorgehe; man hat mir meinen Abſchied gegeben, ich muß abreiſen, es ſcheint, als wolle Gott mich zu ſich rufen.« Dann befahl er dem General Dumas, ihm ein Manuſcript zu holen, auf welchem er eine unbedeutende Anekdote unvollendet gelaſſen hatte, und diktirte ihm das Ende derſelben. Darauf diktirte er der Königin ein Kodizil zu ſeinem Teſtamente, in welchem er die Diener ſeines Hauſes beſchenkte. Endlich verlangte er das heilige Abendmahl, ließ ſeinen Almoſenier oder Gabenvertheiler den Abbe Guella und alle ſeine Kinder und Enkel zu ſich rufen.

Während der Nacht nahm das Fieber überhand, aber ſein Geiſt wurde merkwürdigerweiſe freilicher, ſo daß er zu dem Arzt ſagte: »Ich glaube, Sie irren ſich, ich werde dießmal noch nicht abreiſen.«

Als der Arzt ihm darauf den Puls fühlen wollte, ſagte er — »Mein lieber Doctor, das iſt keine echte Probe (fair trial) denn ich habe eben gebuſtet und das bewegt den Puls.«

Dieſes waren aber auch die letzten Worte die er ſprach; denn bald darauf ſchloß er die Augen, und nach einer halben Stunde um 8 Uhr Morgens, verſchied er, ohne ſichtbare Leiden, in der Mitte der Seinigen.

Er hatte gerade noch die Namensfeier Ludwig des Heiligen (25. Auguſt) überlebt, was auf ſeine Familie einen heiteren Eindruck machte, daß er nicht an dieſem Tage, der ein Familienfeſt iſt, ſtarb.

Am 2. September brachte man die Leiche in die katholiſche Kapelle von Weybridge, wo vorläufig folgende Inſchrift ſein Grab deckt.

»Depoſitae jacent sub hoc lapide, donec in patriam avitos inter cineres, Deo adjuvante, transferantur, reliquiae Ludovici Philippi Primi Francorum regis Clarmontii in Britannia defuncti die Augusti XXVI. anno Domini MDCCCL. aetatis LXXVI. Requiescat in pace.«

Unter den Perſonen, die ſeinem Sarge folgten befanden ſich der Herzog von Montmorency, die Generale von Chabannes, Bertheis, d'Houdetot, Dumas, Friant, Rumigny, die Geſandten von Spanien, Belgien, Neapel, Braſilien, Portugal, und mehre Andere.

Der Graf von Chambord, der ſich zu dieſer Zeit in Wiesbaden befand, ordnete einen Trauergottesdienſt zu Ehren des verſtorbenen Königs an, während Ludwig Philipp bei dem Tode Karl des X. keine Trauer angelegt hatte.

Die Zeitungen Frankreichs und Englands zeigten bei dem Tode Ludwig Philipps eine ungewöhnliche Theilnahme für ihn und ſeine Familie; ja viele von denjenigen, die ihn früher heftig angegriffen hatten, kamen von ihrem Urtheil zurück, und würdigten auch ſeine guten Eigenſchaften.

In Frankreich trat eine förmliche Reaktion zu ſeinen Gunſten ein, ja man ſtel wieder in das entgegengeſetzte Extrem, nachdem man jetzt Apotheoſen oder Vergötterung über Vergötterung machte, die großen Fehler und Schwächen dieſes außergewöhnlichen Mannes leugnete, und die franzöſiſche Nation faſt aufforderte, bei ſeinen Kindern Abbitte zu thun.

Ludwig Philipp ſchien auch in der Hoffnung — daß, wenn die Republik in Frankreich abgeſchafft werden ſollte, er eher als die ältere Linie der Bourbons auf den Thron berufen werde, — eines ſo ſanften Todes geſtorben zu ſeyn, und es läßt ſich auch mit Gewißheit vorausſetzen, daß, wenn das Alter es ihm erlaubt hätte, — er — dem das Schickſal Geduld beigebracht hatte, dieſem Ziele auf's Neue mit Zuverſicht zugeſchritten wäre.

Die Berliner März-Revolution.

Im Jahre 1848.

Für die Verwaltung eines Staats, beſonders eines umfangreichen und politiſch bedeutſamen, gibt es nichts Troſtloſeres, als wenn es derſelben an einem Mittelpunkte fehlt, von welchem aus Gleichmaß, und Uebereinſtimmung, Kraft und Entſchiedenheit in allen Entſchließungen, Maßnahmen und die Bewegung der ganzen Staatsmaſchine ausgehen.

In dieſer Lage befand ſich Preußen ſeit dem Jahre 1822; denn wer auf die großartige freudige Entwicklung der preußiſchen Zuſtände unter der kräftigen und einſichtsvollen Leitung des Freiherrn von Stein zurückblickt, wer auch nur die 3jährige Verwaltung eines weit weniger talentvollen Nachfolgers, des Staatskanzlers Fürſten von Hardenberg, unbefangen prüft, der wird ſich trüber Vergleiche mit dem ganzen ſpätern Gange der Regierung nicht enthalten können.

Ohne der perſönlichen Befähigung der ſpätern Miniſter irgend zu nahe zu treten, wird doch jeder, der auch nur einen oberflächlichen Blick in das verworrene Getriebe dieſes gefürchteten Räderwerks zu werfen Gelegenheit hatte, bereitwillig zugeſtehen, daß darin Plan und richtiges Ineinandergreifen der einzelnen Theile und überhaupt ein Geiſt fehlte, der, das Ganze durchdrang und beſeelte.

Ja der Miniſter ſchien nur für ſeinen abgegrenzten Wirkungskreis vorhanden zu ſeyn, ſtrebte, ſich darin möglichſt abzuſchließen, oerſtreckte Eroberungen

auf nachbarlichen Gebiete zu machen, und ſeine Thätigkeit und ihre Erfolge hervorzuheben.

Um den gegenſeitigen Frieden zu bewahren, machte man ſich mancherlei Zugeſtändniſſe, vermied entſchloſſenes Auftreten, und ſuchte durch gefälliges Rückſichtnehmen ſich in ſeiner Stellung zu behaupten, ſo wie Alles zu vermeiden, was Störungen in das behagliche Geſchäftsleben hineintragen konnte.

Daher kam es, daß Preußen, obgleich eine der bedeutendſten Militärmächte, keine ſelbſtſtändige Politik gegen Außen verfolgte; daher kam es auch, daß es im Innern jede zeitgemäße Umgeſtaltung, welche nothwendig Alles aus ſeinen ſüßgewohnten Gleiſe gedrängt haben würde, von ſich wies; daher kamen alle dieſe widerſprechenden, halben Maßregeln, welche den Staat dem Verderben entgegen führten.

Die Regierung ermehrte ihre Werkzeuge, ſtatt ſie zu verbeſſern, und in gleichwirkende Thätigkeit zu bringen.

Eine unerhörte Erſcheinung war es, daß Preußen gleichzeitig drei Juſtiz-Miniſter hatte, wovon einer mit der Aufſicht auf die Geiſtge beſonders beauftragt war, ohne daß in dreißig Jahren die erwartete neue Herausgabe des allgemeinen Landrechts erfolgte, oder überhaupt irgend ein erhebliches Geſetz zu Stande gebracht worden wäre.

Gleichmäßig war die Verwaltung der Finanzen vielfach getheilt, nachdem die Geſchäfte des Staatsſchatzes und Münzweſens, des Staatsſchuldenweſens, das Staatsvermögen der Seehandlung, der Bank, das Kredit-Inſtitut für Schleſien abgeſondert verwaltet wurden.

Von der ganzen Regierung konnte man ſagen: Alles lief nebeneinander, Nichts ineinander, und ein Ausfluß dieſer vollſtändigen Schiefe und Halbheit war auch das königliche Patent vom 3. Februar 1847, welches beſtimmt war, die ſo lange und ſo unwillig hingehaltenen Forderungen der Nation auf ſelbſtſtändige politiſche Entwicklung zu befriedigen.

In dem erſten Patente mit der Unterſchrift: »Die königlichen Befehle betreffend, ſagt der König, daß er ſeit ſeinem Regierungs-Antritte der Entwicklung der ſtändiſchen Verhältniſſe ſeine Sorgfalt gewidmet habe. Er erkennt in dieſer Angelegenheit eine der wichtigſten Aufgaben des von Gott ihm verliehenen königlichen Berufs, in welchem ihm das zweifache Ziel vorgeſteckt iſt; die Rechte, die Würde und die Macht der ihm von ſeinen Vorfahren vererbten Krone unverſehrt ſeinem Nachfolger in der Regierung zu bewahren, zugleich aber auch den getreuen Ständen ſeiner Monarchie diejenige Wirkſamkeit zu verleihen, welche im Einklange mit jenen Rechten und den eigenthümlichen Verhältniſſen der Monarchie, dem Vaterlande eine gedeihliche Zukunft zu ſichern geeignet iſt.

Weitershin beſchloß der König in Hinblick auf die von dem vorigen König gegebenen Geſetze, namentlich auf das Staatsſchuldengeſetz vom 17. Jänner 1820 und das Geſetz über die Anordnung der Provinzial-Stände vom 5. Juni 1823. »So oft die Bedürfniſſe des Staats entweder neue Anleihen, oder die Einführung neuer, oder die Erhöhung der beſtehenden Steuern erfordern möchten, wird der König die Provinzial-Stände der Monarchie zu einem vereinigten Landtage um ſich verſammeln, um für erſtere die durch die Verordnung über das Staatsſchuldenweſen vorgeſehene ſtändiſche Mitwirkung in Anſpruch zu nehmen, und zu letzterer ſich ihrer Zuſtimmung zu verſichern.«

Endlich ſchließt das Patent mit den Worten: »Nachdem Wir über die Zuſagen Unſers höchſtſeligen Vaters hinaus, die Erhebung neuer, ſo wie die Erhöhung der beſtehenden Steuern an die, im Weſen deutſcher Verfaſſung begründete Zuſtimmung der Stände gebunden, und dadurch Unſern Unterthanen einen beſondern Beweis Unſers königlichen Vertrauens gegeben haben, erwarten Wir mit derſelben Zuverſicht auf ihre ſo erprobte Treue und Ehrenhaftigkeit, mit welcher Wir den Thron Unſerer Väter beſtiegen haben, daß ſie Uns auch bei dieſem wichtigen Schritte getreu zur Seite ſtehen, und Unſere nur auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Beſtrebungen nach Kräften unterſtützen werden, damit derſelben unter Gottes gnädigem Beiſtande das Gedeihen nicht fehle.«

Dieſem Patente folgte die Verordnung über die Bildung des »vereinigten Landtags;« in welchem feſtgeſetzt ward, daß die acht Provinzial-Landtage der Monarchie zu einem Landtage vereinigt werden ſollen, ſo oft nach dem Patente dazu Veranlaſſung vorhanden ſey, oder wenn es der König außerdem für nothwendig halten würde.

Ort und Dauer der Sitzungen beſtimmt für jeden einzelnen Fall der König. Die großjährigen Prinzen des königlichen Hauſes, ſo wie die feldherrn reichsunmittelbaren Fürſten und Standesherren, ſollen den Herrenſtand auf dem vereinigten Landtage bilden, außerdem behält er ſich noch bevor, auch denſelben zu verſtärken.

Die Abgeordneten der Ritterſchaft, die Städte und Landgemeinden erſcheinen in gleicher Anzahl auf dem vereinigten Landtage, ſo wie auf den Provinzial-Landtagen.

Dem vereinigten Landtage ſtehen die Befugniſſe zu, welche die Verordnung vom 17. Jänner 1820 den Ständen in Bezug auf die Staatsanleihen verleiht; nämlich, es ſollen neue Darlehen, für welche das geſammte Vermögen und Eigenthum des Staats zur Sicherheit geſtellt wird, fortwährend nicht anders aufgenommen werden, als mit Beiziehung und unter Mitshaftung des vereinigten Landtags.

Eben ſo ſollen dergleichen Darlehen, wenn ſie zur Deckung des Staatsbedürfniſſes in Friedenszeiten beſtimmt ſind, ohne Zuſtimmung des vereinigten Landtages nicht aufgenommen werden. Im Falle eines ausbrechenden Krieges jedoch, wenn der König die Zuſammenberufung des Landtags aus politiſchen Gründen nicht für zuläßig findet, ſoll die ſtändiſche Mitwirkung durch Beiziehung der Deputirten für das Staatsſchuldenweſen erſetzt werden.

Wenn der König das Hinderniß für die Berufung als beſeitigt erachtet, wird derſelbe den Landtag zuſammenberufen und ihm den Zweck und die Ver-

wendung des aufgenommenen Darleihens nachweisen lassen.

Der vereinigte Landtag soll ferner die Rechnungen der Staatsschulden-Verwaltung prüfen. Ohne dessen Zustimmung können auch weder neue Steuern eingeführt, noch die bestehenden erhöht werden. Ausgenommen davon sind die Zölle und indirekten Steuern, so wie die Domainen, Regalien und Provinzial-Kreis- und Kommunal-Abgaben.

Auch kann der König für den Fall eines Krieges außerordentliche Steuern ausschreiben, mit Vorbehalt des spätern Nachweises über die Verwendung.

Die Feststellung des Haupt-Finanz-Ausweises und die Verwendung der Staatseinnahmen verbleibt ein ausschließendes Recht der Krone.

Endlich soll der vereinigte Landtag zu allen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen und Eigenthumsrechten, so wie die allgemein ständische Gesetzgebung zum Gegenstande haben, seinen Beirath und sein Gutachten abgeben.

Noch folgten die Bestimmungen über die Art und Weise der Berathungen, nämlich: Bei Propositionen über Staatsanleihen und Steuer-Veränderungen tritt der Herrenstand mit den übrigen Ständen zu einer gemeinschaftlichen Berathung zusammen, in allen übrigen Fällen verhandelt derselbe in einer abgesonderten Versammlung.

Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bitten und Beschwerden dürfen nur dann an den königlichen Thron gelangen, wenn sie in beiden Versammlungen berathen, und zwei Drittheile dafür abgestimmt haben.

In Fällen, wo die Interessen einzelner Stände oder Provinzen auseinandergehen, ist unter gewissen Bedingungen eine Absonderung in Theile zulässig.

Zur Leitung der Geschäfte ernennt der König selbst für jede Versammlung einen Marschall und einen Vice-Marschall.

In den gemeinschaftlichen Versammlungen führt der Marschall des Herrenstandes den Vorsitz. Der vereinigte Landtag steht mit den Kreisständen, Gemeinden und andern Körperschaften, so wie mit den in ihm vertretenen Ständen und einzelnen Personen in keinerlei Geschäftsverbindung; und es dürfen dieselben dem Abgeordneten weder Instruktionen noch Aufträge ertheilen.

Bitten und Beschwerden dürfen nur von Mitgliedern des Landtags eingebracht, und, wenn dieselben vom König einmal zurückgewiesen worden sind, von der nämlichen Versammlung nicht wieder, und später auch nur dann erneuert werden, wenn dazu sich neue Gründe ergeben oder vorfinden.

Eine dritte königliche Verordnung hatte zum Inhalte die zeitweise Zusammenberufung des vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse.

Der Ausschuß sollte nämlich nach dieser Verordnung wenigstens alle vier Jahre zusammen treten; und es wurden ihm dieselben Befugnisse wie dem vereinigten Landtage zugewiesen, jedoch mit Ausnahme der Steuerbewilligung und des Petitionsrechts in Verfassungs-Angelegenheiten.

Eine vierte königliche Verordnung endlich handelte von der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen, welche aus acht, auf dem vereinigten Landtage zu wählenden Mitgliedern bestehen, und jährlich zur Erledigung ihrer Geschäfte vom Minister des Innern einberufen werden soll.

Dieses ist also der wesentliche Inhalt jener Verordnungen vom 3. Februar 1847, mit welcher ein neuer großartiger Abschnitt in der preußischen Geschichte, aber auch das große Drama der deutschen und preußischen Revolution beginnt.

Der Eindruck, welchen das königliche Patent auf die öffentliche Stimmung machte, war, wenn man die Wichtigkeit des Ereignisses in Betrachtung zieht, ein sehr kalter; denn Niemand wurde dadurch befriedigt.

Die Parthei welche noch königlicher als der König selbst erschien, betrachtete die Gesetze mit Argwohn, weil sie darin den Anfang von zu viel durchgreifender Reformen sah.

Die Parthei des Rechtsstandspunkts war noch weniger befriedigt, nachdem sie die ältern Gesetze über die Volks-Vertretung für verletzt hielt.

Die liberale Parthei wollte von dem Ständewesen gar nichts wissen; und erklärte der neuen Verfassung den entschiedenen Krieg.

Auch selbst im größern Publikum zeigten sich nur sehr wenige Zuneigungen für die königlichen Patente; denn selbst den Wenigen, welche sonst wohl zufrieden gestellt gewesen wären, ging es eben mit der neuen Verfassung wie es überhaupt dem Menschen mit der verspäteten Erfüllung eines Wunsches geht.

Mann erwartet von Jahr zu Jahr, ohne erhört zu werden, bis eine Erschlaffung eintritt, welche nicht mehr gestattet, sich über das endlich Erreichte zu freuen.

Die Mitglieder der Provinzial-Landtags-Versammlungen, aus adeligen Erbherren und Abgeordneten, welche sich in einem zehnjährigen ununterbrochenen Grundbesitz befanden, bestehend, auf deren Erwählung, bei der anerkannten Fruchtlosigkeit der ganzen Einrichtung, das Volk gar keinen Werth weiter gelegt hatte, wurden plötzlich berufen, Rechte auszuüben, wozu die Wähler ihnen keinen gar Auftrag ertheilt hatten.

Sie alle zusammen wurden in einem Landtage vereinigt, jedoch mit so stümmerlichen Befugnissen ausgestattet, daß nicht das Wesen, sondern nur der Schein einer Volksvertretung dadurch hervorgerufen wurde.

Allgemein sah man voraus, es handle sich um ein Staats-Anleihen, und da das Gesetz vom 7. Jänner 1820 mit trockenen Worten sagt, daß ohne Zustimmung der künftigen reichsständischen Versammlung keine Schulden ferner gemacht werden dürften, so wollte man durch die Berufung zum vereinigten Landtage dieser Form genügen.

Es erhoben sich daher bald nach dem Erscheinen des königlichen Patents viele Stimmen, welche sich für die Verwerfung dieser königlichen Gabe aussprachen, und der Staatsgerichtsrath Heinrich Simon in

Breslau, hatte in ſeiner Schrift unter dem Titel »Annehmen oder Ablehnen?« die Gründe für Letzteres am umfaſſendſten auseinandergeſetzt *).

In der That, welche Bürgſchaften konnten auch dem Volke eine Verſammlung gewähren, welche, von ihrer Zuſammenſetzung abgeſehen:

1. nach einem alleinigen königlichen Ermeſſen berufen oder nicht berufen werden konnte;

2. über mittelbare Steuern ſich gar nicht zu äußern, und nur bei Erhöhung der unmittelbaren, ſo wie zur Aufnahme von Anleihen ihre Zuſtimmung zu geben, dagegen über die Verwendung der Staatsgelder gar nichts zu beſtimmen, und bei zu erlaſſenden Geſetzen nur eine berathende Stimme hatte;

3. Anträge und Geſuche an den Thron nur in dem Falle bringen durfte, wenn zwei Drittheile der Stimmen ſowohl in der Abtheilung der drei Stände, Rittergutsbeſitzer, Bürger und Bauern, als in der abgeſonderten Abtheilung der Fürſten, Grafen und Herren damit einverſtanden waren; welche

4. nach einem königlichen Belieben durch bloße Ausſchüſſe erſetzt werden konnte, und neben der einen Abordnung von acht Perſonen berechtigt war, Schuldverbindlichkeiten für das Land einzugehen, wofür die veranlaſſenden Urſachen gelegentlich und erſt hinterdrein dem vereinigten Landtage mitgetheilt werden ſollten.

Mit geſpannter Erwartung ſah man jenem Tage, nämlich den 11. April 1847, an welchem der erſte vereinigte Landtag nach Berlin berufen war, und an welchem der König zum erſten Mal zu den Vertretern aller Theile der Monarchie ſprechen ſollte entgegen.

Man war begierig zu erfahren, wie der König die ſchon ziemlich laut gewordene Oppoſition gegen ſeine Patente aufnehmen würde. Vor allem andern war man aber zweifelhaft, in wieferne der Landtag der Meinung des Landes über die neuen Inſtitutionen Ausdruck geben, und, da er doch nur den beſitzenden Stand und auch dieſen ſogar nur mangelhaft vertrat, die Rechte der von der Theilnahme an den Staatsangelegenheiten ausgeſchloſſenen Klaſſen in Schutz nehmen würde.

Wenige Tage vor der Eröffnung des Landtags, erſchienen noch mehrere bedeutende Geſetze, nämlich: über die Bildung neuer Religions-Geſellſchaften. — Ueber die Errichtung von Handelsgerichten. — In Beziehung auf das Gerichts-Verfahren, worin allen männlichen Staatsbürgern der Zutritt zu den Unterſuchungen geſtattet; und endlich: auch die Oeffentlichkeit für Civil-Unterſuchungen, da dieſes früher für Kriminal-Unterſuchungen der Fall war, bewilligt wurde.

Der Umſtand, daß dieſe hier angeführten Geſetze in den letzten Tagen vor der Eröffnung des vereinigten Landtags erſchienen, wurde von dem Publikum verſchiedenartig beurtheilt, denn einige ſahen darin Zugeſtändniſſe der Regierung in der Abſicht, die Mittel der Oppoſition zu ſchwächen; Andere endlich wollten darin aber mehr eine Bewegung erkennen, welche bewieſen ſollte, daß die Regierung dergleichen Geſetze auch ohne der Berathung oder Zuſtimmung der Stände erlaſſen könne.

Beide Anſichten erſchienen gegründet, und vielleicht kann man in ihnen auch den Bewegrund für die ſo ſchnelle Veröffentlichung jener Geſetze ſehen. Uebrigens bleibt es unverkennbar, daß die Regierung über die bevorſtehenden ſtändiſchen Debatten in großer Beſorgniß war; und es ſchien auch ihr ganzes Streben darauf hingerichtet, dieſelben ſo weit es thunlich iſt, zu beſchränken, wenigſtens gibt davon die Geſchäftsordnung, die am Tage der Landtags-Eröffnung bekannt gemacht wurde, das beſte Zeugniß.

Je mehr ſich der Tag näherte, an welchem der Landtag zuſammentreten ſollte, deſto häufigere Zuſammenkünfte wurden von den Landtags-Abgeordneten, welche ſich nach und nach in Berlin eingefunden hatten, abgehalten.

Die Oppoſition war im Anfange ſehr geſpalten, denn die Preußen brachten aufs Neue die Frage zur Sprache, ob der Landtag die Verfaſſung überhaupt annehmen ſolle, worüber in einer Privat-Verſammlung eine heftige Diskuſſion zwiſchen ihnen und den Rheinländern Statt fand. Das Reſultat derſelben war aber, daß der praktiſche Sinn der Rheinländer den Sieg davon trug, und die Preußen von ihrem Vorſatze abſtanden.

So kam endlich der 11. April herbei, an welchem Tage die proteſtantiſchen Abgeordneten, nachdem ſie einem feierlichen Gottesdienſte in der Domkirche, die Katholiſchen hingegen in der St. Hedwigskirche beigewohnt hatten, ſich nach dem Schloſſe begaben, wo in dem ſogenannten »weißen Saale« Alles hergerichtet war, um die Verſammlung aufzunehmen.

Der Saal, wobei ſich der König perſönlich mit den Anordnungen zur Einrichtung beſchäftigt hat, ward mit einer fürſtlichen Pracht ausgeſtattet, und diente dazu, den Stände-Deputirten, von welchen ſehr Viele niemals die Reſidenz geſehen hatten, einen Begriff von der Macht und dem Glanze des Königthums zu geben.

Es war auch nichts unbeachtet gelaſſen worden, was geeignet ſchien, Jedermann daran zu erinnern, daß hier acht verſchiedene Provinzen vertreten werden *).

Die acht Karyatiden, welche das Gebälk des Saales tragen, repräſentirten die acht Provinzen. Aber auch die Sitze waren ſo eingerichtet, daß die Bänke der Abgeordneten durch dazwiſchenlaufende Gänge in acht Felder abgetheilt ſtanden.

Vor den Bänken der 537 Mitglieder der »Dreiſtändekurie« war auf einer Erhöhung der Thron mit allen königlichen Abzeichen aufgeſtellt, und zu beiden Seiten deſſelben befanden ſich die Sitze der Miniſter, der Prinzen und übrigen Mitglieder der »Herrenkurie.«

---

*) „Annehmen oder Ablehnen? Die Verfaſſung vom 3. Februar 1847 beleuchtet vom Standpunkte des beſtehenden Rechts.« Leipzig 1847.

*) Preußen — Brandenburg — Pommern — Sachſen — Schleſien — Weſtphalen — Rhein-Provinz. — Poſen.

Stewëni Pruskeho snemu.

L'apertura della Dieta in Prussia.

A' poroszországyülés megnyitása.

Die Eröffnung des preussischen Landtags

Am Eröffnungstage bot diese zahlreiche Versammlung einen höchst eigenthümlichen Anblick dar, denn es hatten beinahe alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ihre Vertreter.

Die fürstlichen Standesherren erschienen in ihren reich gestickten Uniformen, die Offiziere in ihren prachtvollen Uniformen, die Ritterschaft in den Farben ihrer Provinz, vermischt mit den bescheidenen schwarzen Anzügen der Städter, und den noch bescheidenern bäuerlichen Trachten.

Alle diese erwarteten mit Spannung des Augenblicks, wo der König zu ihnen sprechen würde, der jetzt im feierlichen Zuge unter dem Vortritt der Großwürdenträger des Reichs in den Sitzungs Saal eintrat.

Die ganze Versammlung erhob sich bei seinem Erscheinen, und blieb in dieser Stellung während seiner Anwesenheit, da er auch in diesem Punkte den Gebrauch konstitutioneller Staaten nicht anerkannte, nach welchen der König, sobald er Platz auf dem Thronsessel genommen, der Versammlung ein Zeichen gibt, sich gleichfalls niederzulassen.

Der König erklärte jetzt in seiner Rede an die Versammelten, den Bau ständischer Freiheiten für vollendet.

Der verstorbene König habe diesen Bau begonnen, ihn aber wegen der Unausführbarkeit der vorgelegten Pläne nicht zu Ende führen können. Man solle also das Andenken dieses Königs ehren, nachdem man sein Werk nicht gleich durch Neuerungssucht in Frage stelle. Er selbst versage im Voraus jede Mitwirkung dazu; man möge daher Zeit und Erfahrung walten lassen.

Hierauf ging er auf sein Wirken in Beziehung auf das Ständewesen ein, und äußerte dabei, daß er sich als Erbe einer ungeschwächten Krone frei von jeder Verpflichtung gegen Nichtausgeführtes fühle.

Das Staatsschuldengesetz vom Jahre 1820 ertheile aber den Ständen Rechte, welche von den Provinzialständen nicht ausgeübt werden könnten, und so habe er nun den vereinigten Landtag gebildet.

Er werde den Landtag auch öfter berufen, wenn der gegenwärtige Landtag ihm den Beweis liefern wird, daß er es thun könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen.

Das Volk habe alle bisherigen Gesetze, und besonders die vom 3. Februar mit warmer Dankbarkeit empfangen, daher »Wehe Dem« der ihm seinen Dank verkümmern und solchen gar in Undank verkehren wollte.

Er wisse, daß er den Ständen ein festbares Kleinod anvertraue, aber Vielen genügt es nicht, besonders ein Theil der Presse verlange die Herstellung eines konventionellen, verdrehten Verhältnisses zwischen Fürst und Volk; jedoch die Verhältnisse in Preußen seyen anders, als wie z. B. in England und Frankreich.

Preußen ist durch das Schwert mächtig geworden, daher müssen, wie im Feldlager die Geschicke dieses Landes von Einem Willen geleitet werden.

Keiner Macht der Erde solle es jemals gelingen, ihn zu bewegen, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln, und nie werde er es zugeben: daß sich zwischen unsern Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Verfassung eindränge, um uns durch seine Paragraphen zu regieren, und durch sie die alte heilige Treue zu entziehen.

Er strebe nicht nach der Volksgunst, sondern darnach, den Dank des Volkes zu verdienen, sollte er ihm auch nicht zu Theil werden.

Hierauf schilderte er noch die Zustände des Landes, daß nämlich die Noth der letzten Jahre durch die eingeleiteten Abhilfsmaßregeln Preußen weniger, als andere Länder heimgesucht habe; und endlich, daß Finanzen, Verwaltung, Rechtspflege, Handel, Kunst und Wissenschaft, kurz das Alles sich in einem blühenden Zustande befinde.

Mit den fremden Mächten stehe er im besten Einvernehmen, ja das Verhältniß zu den alten Kriegs-Verbündeten sey noch inniger verwebt, als es jemals gewesen ist.

Alles dieses ist also hinlänglich, Dank und Zufriedenheit gegen Gott zu begründen. Vor allem müsse daher die Presse darauf hinarbeiten, denn sie sey ihm besonderen Dank schuldig, jedoch in einem Theile derselben herrsche ein finsterer Geist des Verderbens und der Lüge, schmachvoll für die deutsche Treue und die preußische Ehre.

Der reine Volkssinn stehe fest, man solle sich jedoch über die argen Früchte des Liberalismus nicht täuschen. Auch in der Kirche habe sich dieser Geist eingeschlichen; es dränge ihn daher, das Bekenntniß auszusprechen: »Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen.« Doch habe er auf die alte Volkstreue Von allen Unwürdigkeiten, welchen er und seine Regierung seit sieben Jahren ausgesetzt gewesen, und noch ferner ausgesetzt seyn würde, appellire er an sein Volk. Das Volk wolle nicht das Mitregieren von Repräsentanten, nämlich die Schwächung der Krone.

Die Gesinnungen des Volkes leie er nicht in Extrapforten, noch weniger aber in dem Lob und Tadel der Presse, oder in gewissen Adressen, welche zuweilen verbrecherische Forderungen stellten, sondern in dem Dank der Menschen für kaum gegebene, kaum genossene Wohlthaten.

Er sey stolz auf dieses Volk, und die Stände würden ihn verstehen, wenn er sie auffordere, sich dieses Volkes werth zu zeigen.

Hierauf ermahnte er die versammelten Stände der Neide nach, zu ihm zu halten, und berührte noch die »Lebensfrage zwischen Thron und Ständen.«

Der verstorbene König — sagte er — habe das ständische Wesen im geschichtlich-deutschen Sinne in's Leben gerufen; er selbst aber habe nur in diesem Sinne daran fortgebaut.

Die Stände sind die Vertreter der Rechte derjenigen Stände, die sie abgeordnet haben; dann haben sie auch die Rechte auszuüben, welche die Krone zuerkennt, nämlich: der Krone den Rath zu ertheilen,

den dieſelbe von ihnen fordert, endlich Bitten und Beſchwerden, nach reiflicher Prüfung, an den Thron des Königs zu bringen. Nicht aber ſey es ihr Beruf, Meinungen zu expräſentiren, Schul- und Zeitmeinungen zur Geltung zu bringen.

Dies ſey unbeutſch und unpraktiſch, und führe zu Verwicklungen mit der Krone, welche nach eigener freier Beſtimmung brechen ſoll, aber nicht nach dem Willen von Volks-Majoritäten regieren kann und darf.

Er gebe dabei den Ständen ſein königliches Wort, daß es ſie nicht hieher berufen haben würde, wenn er den geringſten Zweifel hätte, daß ſie ihren Beruf anders auslegen wollten, und eine Luſt hätten, nach der Rolle der ſogenannten Volksrepräſentanten zu wirken.

Zuletzt erinnerte der König die verſammelten Stände noch an das Gelöbniß, das ſie ihm im Jahre 1840 bei der Huldigung abgelegt hatten, und ſpricht die Hoffnung aus, die Stände werden ſich durch die ganze Zeit ihres Beiſammenſeyns als echte Preußen bewähren.

Dieſe Rede ſprach der König mit ſchnellen, zuweilen auch mit etwas leidenſchaftlichen Ausdruck und ungeſtümen Handbewegungen — ganz aus dem Gedächtniſſe.

Keinem der anweſenden Miniſter, mit Ausnahme des Generals von Thile war der Inhalt der Rede bekannt, daher waren auch dieſe, ſo wie die übrigen Zuhörer im höchſten Grade davon betroffen; und ſo war auch der Eindruck den dieſe königlichen Worte machen ſollten, faſt niegens ein günſtiger.

Die Mehrzahl der Abgeordneten fühlte ſich verletzt über den belehrenden und zurechtweiſenden Ton und den Inhalt der Rede, ja ſelbſt die aubigeren Zuhörer ſchüttelten bedenklich die Köpfe; denn es ſchien ihnen, daß der König ſich in Widerſprüche mannichfacher Art verwickelt hätte.

Beſonders fiel aber folgende Stelle Allen ſchwer auf das Herz: nämlich »Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung: daß es keiner Macht der Erde gelingen ſoll, mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch ſeine innere Wahrheit ſo mächtig wachende Verhältniß zwiſchen Fürſt und Volk in ein konventionelles, konſtitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß ſich zwiſchen unſeren Herrgott im Himmel und dieſes Land ein beſchriebenes Blatt, gleichſam als eine zweite Vorſehung eindränge, um uns mit ſeinen Paragraphen zu regieren und durch ſie die alte heilige Treue zu erſetzen.«

Bei den Abgeordneten der Provinz Preußen erwachte nun aufs Neue der Gedanke, Berlin zu verlaſſen, und ſie ſtellten bei einer noch an demſelben Abend gehaltenen Zuſammenkunft den übrigen Landtagsmitgliedern vor, wie ſie nach ſolchen Worten des Königs die Hoffnung auf ein gedeihliches Wirken des Landtages gänzlich aufgeben; aber, auch dießmal gelang es wieder den Rheinländern durchzudringen, und die Preußen von ihrer Abreiſe zurückzuhalten. Dagegen wurde aber beſchloſſen, eine Adreſſe an den König zu beantragen, in welcher man ſich mit allem Freimuth ausſprechen würde, und worüber ein Mitglied der pommeriſchen Ritterſchaft, Graf von Schwerin den Antrag ſtellen ſollte.

Am 12. April verſammelten ſich im weißen Saale ſehr viele ernſte Geſichter, wo jetzt die erſte Plenarſitzung der vereinigten Kurien Statt fand.

Kaum waren aber die erſten geſchäftlichen Angelegenheiten erledigt, ſo betrat Graf Schwerin die Tribune, und ſtellte den Antrag, eine Adreſſe an den König zu erlaſſen, welche den Dank für die Schöpfung eines allgemeinen ſtändiſchen Organs ausſpricht, zugleich aber auch die Bedenken äußert, die ſich von dem Geſichtspunkte des Rechts und der Garantien aus, die durch die frühere Geſetzgebung, namentlich durch das Geſetz vom 17. Jänner 1820, dem Volk und den Staatsgläubigern gewähret ſind, gegen mehrere Beſtimmungen des Patents und der Verordnungen vom 3. Februar aufdrängen mußten.

Die Kommiſſion, welche der Marſchall zur Entwerfung der Adreſſe ernannte, zählte außer dem Antragſteller noch vier hervorragende Mitglieder der Oppoſition in ihrer Mitte, nämlich: die Abgeordneten von Auerswald, von Beckerath, Grabow und Milde. Beckerath wurde zum Berichterſtatter ernannt; er faßte auch den urſprünglichen Adreſſen-Entwurf ab, welcher am 15. April dem Landtage vorgelegt wurde.

Der Entwurf drückte in ſeinem erſten Theile den Dank der Stände für die neu verliehenen Inſtitutionen aus. — Die Kommiſſion wollte aber nicht unterlaſſen, es auszuſprechen, daß dieſe Inſtitutionen ein altes Recht der Nation ſeyen, und ſpricht dieſer wegen aus, daß das Volk an den alten Geſetzen als dem wohlerworbenen Erbe ſeiner Kampfesteure hänge.

Weiters wurde in der Adreſſe erwähnt, daß der König der Verſammlung, welche in dem Geſetze vom Jahre 1823 eine allgemeine ſtändiſche, im Geſetze vom Jahre 1820 eine reichsſtändiſche genannt werde, den Namen des vereinigten Landtags beigelegt habe, und daß auf Letzteren alle Befugniſſe der in den erwähnten Geſetzen bezeichneten Verſammlungen übergegangen ſeyen.

Dazu gehören beſonders die periodiſche Einberufung, das Zuſtimmungsrecht, der Verſammlung zu allen neuen Darlehen, die ſtändiſche Mitwirkung bei Verfügungen über die Staats-Domainen; endlich der ſtändiſche Beirath zu allen Geſetzen, welche Veränderungen in Perſonen und Eigenthumsrechten und Steuern zum Gegenſtande haben.

Dazu kam noch eine Stelle, welche auf die Thronrede Bezug hatte, nämlich: »Das Wort unſers königlichen Gebieters, auch wenn es ſchmerzlich berühre, als treue Unterthanen ehrend, und eines Eingehens auf die Thronrede in Ehrfurcht uns enthaltend, gedenken wir nur des Ausſpruchs Euer Majeſtät, daß das Staatsſchuldengeſetz vom 17. Jänner 1820 in ſeinem unausgeführten Theile den Ständen Rechte und Pflichten gibt, die weder von Provinzial-Verſammlungen noch von Ausſchüſſen geübt werden können.«

Damit übereinstimmend erklärt nun die Adreſſe, daß die Rechte des vereinigten Landtags eben nur von ihm unmittelbar ausgeübt werden dürfen, und daß ſich die Stände beim Regimm ihrer Thätigkeit gedrungen fühlen, zur Wahrung ihrer Rechte dieſes Bekenntniß an den Stufen des Thrones niederzulegen.

Ohne Zweifel wäre es der Regierung am liebſten geweſen, wenn ſie die Adreß-Debatte hätte verhindern können, indeſſen, die Geſchäftsordnung unterſagte nicht ausdrücklich die Erlaſſung einer Adreſſe, und da der König, nach konſtitutioneller Sitte die Verſammlung mit einer Rede vom Throne herab eröffnet hatte, ſo konnte man füglich auch nichts dagegen einwenden, daß der Landtag mit einer Adreſſe dem König antworte.

Uebrigens wurden über dieſe Adreſſe mehrere Debatten gepflogen, und zuletzt vom Grafen Arnim folgende Adreſſe in Vorſchlag gebracht:

»Zu Euer königlichen Majeſtät hegen wir das Vertrauen, daß Allerhöchſtdieſelben es nicht als einen Mangel von Dankbarkeit betrachten werden, wenn wir im Laufe unſerer Berathungen auf dieſenigen Punkte der Verordnungen vom 3. Februar näher eingehen, in welchen Viele unter uns die volle Uebereinſtimmung mit den ältern Geſetzen vermiſſen. Denn damit Euer königlichen Majeſtät getreue Stände dem Throne eine wahrhafte Stütze ſeyn, damit wir Euer königlichen Majeſtät getreue Stände wirkſam mitheilen können, zum Heile und Gedeihen unſers theuern Vaterlandes, muß in denen, die wir vertreten, der Ueberzeugung leben, daß uns — wie die Ehre und Kraft der Krone — ſo auch die uns von unſern Königen verliehenen ſtändiſchen Rechte theuer ſind, das wir beide als unſchätzbare Kleinode bewahren und pflegen.

Sollte der Landtag durch ſeine Berathungen, ſollte Eure königliche Majeſtät durch ſeine ehrfurchtsvoll vorzutragenden Gründe ſich von dem Vorhandenſeyn ſolcher Abweichungen zwiſchen den ältern und gegenwärtigen Geſetzen überzeugen, ſo zweifeln wir nicht, daß Euer königlichen Majeſtät Weisheit und Gerechtigkeit die Wege erwählen werde, welche zu ihrer Ausgleichung in einer mit der Wohlfahrt Preußens vereinbaren Weiſe führen, der Wohlfahrt, die auf der Stärke des monarchiſchen Prinzips und auf einem ſichern und geordneten ländiſchen Rechtsboden beruht.«

Man denke ſich jetzt eine Verſammlung von Abgeordneten, von welchen die Hälfte etwa aus Männern beſtand, welche auch den geringſten Widerſpruch der Stände als Ungehorſam gegen den König betrachteten, und von der ein anderer Theil, ſolcher Debatten ungewohnt, von Furcht und Scheu, öffentlich der Krone entgegen zu treten, befangen war, ſo wird man ſehr leicht begreifen, welchen tiefen Eindruck eine ſo gewandte Sprache auf die Zuhörer machen mußte.

Dem beobachtenden Blick des Marſchalls Fürſten von Solms entging dieſes nicht, und er wollte daher über dem Graf Arnim'ſchen Vorſchlag abſtimmen laſſen, was ſicherlich auch geſchehen wäre, wenn nicht in der Verſammlung ein eben ſo kalter, ruhiger Beobachter, als der Marſchall es war, gegenwärtig geweſen wäre.

Dieſer Abgeordnete, Hanſemann erhob nämlich die Einſprache gegen den Vorſchlag des Marſchalls, nachdem er dafür hinnies, daß ein ſo wichtiges Amendement nicht durch Ueberraſchung zum Beſchluſſe erhoben werden, ſondern reiflich diskutirt werden müſſe; und ſo mußte die Diskuſſion fortgeſetzt werden.

In der folgenden Sitzung am 16. April ſchickte die Oppoſition alle Streitkräfte von Bedeutung, welche noch nicht in den Kampfplatz getreten waren, auf die Tribune, aber ungeachtet aller Bemühungen ging die Oppoſition nicht ſiegreich aus dem Adreßkampfe hervor; jedoch auch die Krone konnte in der vom Landtage beſchloſſenen Adreſſe kein Vertrauens-Votum ſehen.

Es war ſchon viel, daß die Stände auf die ſo ſehr determinirte Rede des Königs in dieſer Weiſe antworteten. Die Miniſter mußten dieſes eingeſehen haben; denn gewiß iſt es, daß die Antwort des Königs auf die Adreſſe unter ihrem Einfluſſe abgefaßt wurde, was bekanntlich bei der Eröffnungsrede nicht der Fall war.

Die Sprache der Beantwortungsſchrift (die in der Sitzung vom 23. April mitgetheilt wurde), war ungleich verſöhnlicher als die in der Thronrede. Zwar ſtellt ſich der König noch immer auf den Standpunkt des abſoluten Monarchen, nachdem er dem Landtage keine andern Rechte zuerkennt, als die, welche er aus eigner Machtvollkommenheit bewilligt hat; Zwar erklärt er die Grundlagen der Februar-Geſetzgebung für unantaſtbar, jedoch ſey dieſelbe bildungsfähig, und werde er Veränderungs-Vorſchläge der Stände, ſo weit ſolche mit den Rechten der Krone vereinbar ſeyen, berückſichtigen.

Endlich verſprach der König, den vereinigten Landtag in jedem Falle innerhalb vier Jahren wieder zuſammen zu berufen.

Der am 11. April eröffnete vereinigte Landtag lieferte vor ganz Europa den Beweis, wie reich das preußiſche Volk an Männern von Einſicht, großen Fähigkeiten, Rednergaben und parlamentariſcher Tüchtigkeit iſt; — aber dieſe Männer hatten auch nur meiſtens dadurch Gelegenheit, daß zu zeigen, daß ſie gegen das Ungenügende des vom Throne Gewährten Einſpruch erheben, und ſich weigerten, Verbindlichkeiten auf die Schultern des Volkes zu wälzen, bis nicht die ſehr mäßig geſtellten Anſprüche auf Erweiterung und feſtere Begründung der ſtändiſchen Rechte erfüllt ſeyn würden.

Statt raſcher Gewährung, erfolgten zweideutige, unſichere Verſprechungen, welche, verglichen mit den ſehr beſtimmten Erklärungen in der Thronrede den vermeintlichen Gerechtſamen der Krone nichts vergeben zu wollen, zu geringen Hoffnungen berechtigten.

Der irrthümliche Grundſatz, daß die Völker keine andern Rechte haben, als ſolche, die ihnen der Monarch verleiht; daß in ſeiner Perſon der Ausfluß

aller Macht liegt, und jede Befriedigung der Bedürfnisse einer Nation nur ein Gnadengeschenk sey, wurzelte zu fest, als daß er anders als durch Gewalt, aus dem Boden der Throne gerissen werden konnte.

Bei aller Anerkennung, die man den Mitgliedern des vereinigten Landtages zuforechen muß, ergab sich dennoch das Fehlerhafte ihrer Zusammensetzung.

Blos aus den reichsten Ständen, oder den wohlhabendsten Mittelklassen hervorgegangen, wurde die drückende Lage des arbeitenden Volkes von ihnen nicht genügend berücksichtigt.

Unter den Gegenständen, welche seit langer Zeit zu vielfachen Vorstellungen und Beschwerden bei den Provinzial-Landtagen Veranlassung gegeben hatten, gehörte vorzüglich die Mahl- und Schlachtsteuer, welche größtentheils die ärmeren Klassen des Volkes traf.

Dieses erschien nun der Regierung als ein wichtiger Anhaltspunkt, um von Ihrer Seite wenigstens die Absicht zu erkennen zu geben, daß sie zur Verbesserung der niedern Volksklassen etwas thun wolle; und sie machte daher dem Landtage einen Vorschlag, nach welchem die Mahl- und Schlachtsteuer abgeschaffe, und dieselbe durch eine Einkommen-Steuer auf Grundlage der Selbstabschätzung ersetzt werden sollte.

In drei Sitzungen des vereinigten Landtags wurde über diesen Gegenstand verhandelt, und obwohl die Kommission die Nachtheile der Mahl- und Schlachtsteuer ganz richtig anerkannte, so meinte sie doch, es müsse erst dahin kommen, daß jeder zu den Staatskosten nach dem Verhältniß seines wahren Einkommens beitrage; nichts desto weniger aber erklärte sie sich aus mancherlei Gründen und Bedenken, gegen die Einführung einer Einkommensteuer.

Wie es sich aber auch nicht anders erwarten ließ, so waren in der Versammlung welche ausschließlich die besitzenden oder vermöglichen Klassen vertrat, die wenigsten Mitglieder geneigt in eine neue Steuer zu willigen, welche sie besonders sehr schwer treffen mußte; während der eigentliche Kern der Opposition hievon eine Ausnahme machte.

Der Abgeordnete Hansemann an der Spitze der Rheinländer, stellte jetzt den Antrag, daß dem vereinigten Landtage ein, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer so wie die theilweise Erleichterung der zu den untern Stufen der Klassensteuer gehörigen Steuerpflichtigen bezweckender Gesetzentwurf vorgelegt werden möge, durch welchen die Klassensteuer dem Grundsatze der Einkommensteuer, jedoch ohne nothwendiges fiskalisches Eindringen in die Familien- und Gewerbsverhältnisse genähert werde.

Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt, worauf nun Graf Arnim, um aus der Verlegenheit zu helfen, folgendes Amendement stellte, nämlich: »Nachdem der vereinigte Landtag Bedenken trägt, schon jetzt seine Zustimmung zu einem Gesetze zu geben, welches durch die Einführung einer Einkommensteuer nur die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer erreichen würde, so erkennt derselbe an, daß im Wege der Gesetzgebung, auf eine Erleichterung der Abgaben der ärmsten Klassen nicht allein in den Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen, sondern in gleicher Weise in den klassensteuerpflichtigen Orten hinzuwirken seyn werde, und daß die wohlhabenden Klassen den dadurch entstehenden Ausfall der Weniger-Einnahme in den Staats-Einkünften so weit es nöthig ist, zu decken im Stande seyn dürften.

Dieser Antrag wurde jetzt mit 248 gegen 232 Stimmen angenommen, wobei sich auffallend zeigte, daß sich der höhere Adel bei weitem rühmlicher, als der kurzsichtige Bürgerstand benommen hat.

Ein Gesetz über die Verbesserung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden, bei dessen Entlassung die Regierung auf die ständischen Anträge, besonders der Adelskammer Rücksicht nahm, war der wesentliche Erfolg des am 26. Juni geschlossenen Landtags.

Wie es mit den ständischen Verfassungen und mit dem Heerwesen der Fall gewesen ist, so hatten sich besonders die Juden über schwere Verletzungen der ihnen durch das Edikt vom Jahre 1812 gewährten Rechte zu beklagen.

Dieses Edikt, obwohl es die völlige Emanzipation der Juden noch nicht aussprach, so bahnte es doch wenigstens den Weg dazu. Es gestattete nämlich den Juden die unbedingte Gewerbefreiheit und die Erwerbung von Grundbesitz jeder Art, gleich den übrigen Staatsbürgern, öffnete ihnen den Zutritt zu den akademischen Schul- und Gemeinde-Aemtern, und stellte ihnen die Zulassung zu den übrigen Staats-Aemtern in Aussicht.

Vor allen Dingen aber ging das Gesetz davon aus, daß die jüdischen Einwohner des Staats in politischer Beziehung in der Allgemeinheit der Staatsbürger aufgehen sollten, und nur für das Großherzthum Posen blieben noch einige beschränkende Bestimmungen bestehen.

Im Laufe der Zeit unterlag aber das obige Patent weniger dem Wortlaute nach als in der Handhabung und Ausführung der vielfachen Beschränkungen.

Nicht allein, daß die Juden zu den akademischen Schul- und Gemeinde-Aemtern nicht zugelassen, daß ihnen noch weniger andere Staatsämter zugetheilt wurden, auch der Gewerbsbetrieb wurde ihnen in mehreren Fächern, und zwar solchen gerade, welche das Mittelalter oder Mißtrauen den Juden abgeschnitten wie z. B. Apothekerkonzessionen, u. s. w. untersagt.

Gemeinden erschwerten oder versagten den Juden die Niederlassung, da ihnen das Beispiel solcher Intoleranz von oben herab gegeben wurde; ja die Behörden äußerten bei allen Gelegenheiten bis zu den höchsten Staatsbeamten hinauf, öffentlich ihre Mißgunst gegen die Juden, und selbst von den Kanzeln herab wurde sehr oft der entehrendste Judenhaß gepredigt, und dadurch das Vorurtheil des gemeinen Mannes gegen die Juden genährt.

Im Jahre 1840 trat mit dem neuen Umschwung der politischen Gesinnung auch in Bezug auf die Juden eine neue Gestaltung, und zwar zu ihren Gunsten ein, und so wurde von allen Seiten gleichzeitig

mit den politischen Reformen auch die Emanzipation der Juden verlangt.

Was aber von der Meinung des Publikums darüber gesagt werden kann, ließ sich nicht in einem gleichen Maße von der Regierung sagen. Im Gegentheile, das Ministerium welches den christlichen Staat als Symbol seiner Staatsweisheit aufgestanzt hatte, zeigte sich den Juden weit feindlicher als die öffentliche Meinung welche diesen vaterlandslosen Leuten immer mehr und mehr die Bruderhand entgegen reichte.

Man machte jetzt allerlei Versuche, sie von den übrigen Staatsbürgern abzusondern und wollte ihnen namentlich das Ebenrecht des Militärdienstes entziehen, und die Ablösung desselben in ihr Belieben stellen; jedoch kraftvolle Vorstellungen der meisten jüdischen Gemeinden der preußischen Monarchie verhinderten noch die Ausführung dieses Vorsatzes.

Inzwischen drängte die Gesetzgebung über die Verhältnisse der Juden zu einer Vervollständigung, nachdem das Gesetz vom Jahre 1812 nur für die alten Provinzen galt, während in den neu erworbenen Landestheilen so wie im Großherzogthume Posen, verschiedene Gesetzgebungen bestanden.

Dieser Umstand, die wiederholten Anträge der Provinzial-Stände, so wie der Wunsch der Regierung selbst auch diesen Theil der Gesetzgebung nach ihrem Systeme einzurichten, waren es jetzt, welche das Ministerium veranlaßten, dem vereinigten Landtage den Entwurf zu einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden betreffend vorzulegen.

Die Denkschrift, welche diesen Entwurf begleitete, suchte auszuführen, daß Ausnahmsgesetze gegen die Juden bestehen bleiben müssen, weil ihre, wesentlich aus der Religions-Verschiedenheit sich ergebende Stammes-Verschiedenheit, ihre unter allen Umständen vorhandene Nationalität, diese eigenthümliche Stellung im christlichen Staate bestimme.

Das Gesetz selbst bestimmte, daß die Juden in allen Landestheilen, mit der Ausnahme des Großherzogthums Posen neben gleichen Pflichten auch gleiche bürgerliche Rechte mit den christlichen Unterthanen haben sollten, in soweit dieses Gesetz nicht etwas Anderes bestimmt.

Die Hauptbestimmungen waren im Wesentlichen Folgende. »Die Juden sollen überall in Judenschaften (Synagogen-Bezirke) vereinigt werden, welche die Rechte juristischer Personen erhalten. Wenn in einer Stadt in welcher eine der beiden Städte-Ordnungen gilt, sich so viel wahlberechtigte Bürger jüdischen Glaubens befinden, daß sie wenigstens diejenige Zahl der städtischen wahlberechtigten Bürgerschaft erreichen, welche eine Theilung der Gesammtzahl der Letztern durch die Zahl der Stadtverordneten ergibt, so kann, auf Grund einer, zwischen den städtischen Behörden und dem Vorstande der Judenschaft unter Zustimmung der Repräsentanten der letztern Statt findenden Einigung, den jüdischen wahlberechtigten Bürgern gestattet werden, einen, oder, nach dem angegebenen Verhältnisse mehrere Stadtverordnete nebst Stellvertretern aus ihrer Mitte zu wählen, die in der Stadtverordneten-Versammlung in allen nicht das christliche Kirchen- und Schulwesen betreffenden Angelegenheit Sitz und Stimme haben.

Dagegen scheiden alsdann die Juden bei den Wahlen der übrigen Stadt-Verordneten, deren Zahl sich nach Maßgabe der eintretenden jüdischen Verordneten vermindert, als Wähler und Wahl-Kandidaten aus.

Die auf den Kultus bezüglichen Einrichtungen bleiben den Judenschaften überlassen; die Kosten dafür werden von den jüdischen Gemeinden getragen. Die Vorsteher der Judenschaften haben dafür Sorge zu tragen, daß die jüdischen Knaben nach vollendeter Schulbildung ein nützliches Gewerbe erlernen, oder sich einem höhern Berufe widmen.

Zu unmittelbaren Staatsämtern sollen die Juden in so weit zugelassen werden, als sie sich durch den Dienst im stehenden Heere verfassungsmäßig Civilversorgungsansprüche erworben haben, und mit den ihnen zu übertragenden Civil- und Militärdiensten nicht die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität verbunden ist.

Inwieferne die Juden mittelbar Staats- und Kommunalämter bekleiden können, ist nach den darüber ergangenen besondern gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen. Es findet jedoch der Eintritt auch in solche Aemter nur dann Statt, wenn mit denselben die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität nicht verbunden ist. Die Juden können zu Schiedsmännern für ihre Glaubensgenossen gewählt werden. Sie können an denjenigen Universitäten wo nicht besondere Statuten entgegenstehen als Privatdocenten und außerordentliche Professoren der mathematischen, naturwissenschaftlichen und medicinischen Lehrfächer zugelassen werden. Außerdem bleibt die Anstellung der Juden als Lehrer auf jüdische Unterrichts-Anstalten beschränkt. Ständische Rechte können die Juden nicht ausüben, und so weit solche mit dem Grundbesitz verbunden sind, ruhen dieselben. Die für den Gewerbebetrieb bestehenden Beschränkungen sind aufgehoben. Jeder Unterschied zwischen Christen und Juden in Betreff der Zeugenehr wird aufgehoben. Für das Großherzogthum Posen wird aber zwischen naturalisirten und nicht naturalisirten Juden unterschieden; und so bleiben die nicht naturalisirten Juden noch fernerhin gewissen Beschränkungen unterworfen.

Die Berathung dieses Gesetzentwurfes nahm am 14. Juni ihren Anfang, und es wurde darüber von der Kommission folgender Bericht erstattet.

»In unserm Staate gilt der Grundsatz des Rechts und des Fortschritts. Diesem Prinzipe gemäß, muß sich seine Gesetzgebung fortbewegen, wenn er nicht von dem Standpunkte herabsinken soll, welchen er unter den übrigen Staaten Europa's einnimmt.

Die Juden befinden sich zur Zeit im Genusse gewisser bürgerlicher Rechte, welche ihnen nicht mehr entzogen werden können, und dieses um so weniger, als sämmtliche, zum deutschen Bunde gehörenden Regierungen sich in der Bundesacte dazu ausdrücklich verpflichtet haben, diese Rechte ihnen zu erhalten.

Wenn also die Verhältnisse der Juden, einer Regulirung unterworfen werden sollen, so darf dieses

nur unter einer strengen Beachtung ihrer bisherigen Rechte geschehen.«

Da das Edikt vom Jahre 1812 in den meisten Provinzen gelte, so habe die Kommission dasselbe bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs zu Grunde gelegt. Es dürfe aber bei Dem, was dieses Edikt zu Gunsten der Juden bestimme, nicht stehen geblieben werden.

Der Vorwurf der Absonderung, welcher den Juden oft gemacht wurde, treffe auch die Christen. Er treffe vorzugsweise die Gesetzgebung, welche durch ihre ungleiche Behandlung die Juden unterdrücke, in den Christen das Gefühl der Ueberlegenheit hervorbringe. Die Religion der Juden kann nichts enthalten, was dem Staate und der unter seinem Schutze stehenden christlichen Kirche nachtheilig werden kann, da mehrere auswärtige Staaten denselben lange schon alle Rechte ihrer christlichen Unterthanen zugestanden, und zu deren Wiedereinschränkung keine Veranlassung gefunden haben.

Von einem Bedenken, welches in den Religionsgebräuchen seinen Grund haben könnte, dürfe noch weniger die Rede seyn, weil selbst die preußische Staatsregierung demselben nicht mehr Raum gebe, und die Juden zum Militärdienste und zu Aemtern fähig halte. Was aber den allgemeinen sittlichen Zustand derselben betrifft, so ist solcher jedenfalls von der Art, daß ihnen eine würdigere Stellung im Staate angewiesen werden müsse; wie es die öffentliche Stimme laut fordere, und wofür auch die Anträge der fünf Landtage vom Jahre 1845 so wie die eingegangenen Petitionen sich aussprechen.

Die Arbeiten des Landtags näherten sich allmälig ihrem Ende, ohne daß das Land in ihrer Erwartung über die Februar-Patente befriedigt worden wäre.

Die Hoffnungen waren nicht in Erfüllung gegangen, und die gemäßigten Bitten waren abgeschlagen worden, und zuletzt wurden sogar die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation anbefohlen.

Am 24. Juni Abends wurde jetzt die Frage des Wählens oder Nichtwählens heftig besprochen, bei welcher Gelegenheit die Preußen und Rheinländer dießmal die Stellen gewechselt hatten.

Vor der Eröffnung des Landtages waren nämlich die Preußen für das Fortgehen, während die Rheinländer für das Bleiben auf dem Kampfplatze stimmten, und jetzt waren es die Rheinländer, welche sich entschieden weigerten, an den Wahlen Theil zu nehmen, und dadurch die Rechte der Stände aufzugeben.

Die Spaltung in der Opposition war jetzt eine vollständige, und die Verwirrung in ihren Reihen außerordentlich.

Als man nun am folgenden Tage zu den Wahlen schritt, enthielten sich nur 58 Abgeordnete der Wahl. 157 wählten mit Vorbehalt, und die übrigen 284 wählten unbedingt.

So hatte jetzt die Regierung äußerlich den Sieg davon getragen, und die ministeriellen Zeitungen triumphirten darüber, daß der Sturm in der Opposition gebrochen worden sey.

Als nun am 26. Juni der letzte Akt jenes großen Drama vor sich ging, sah der weiße Saal des Schlosses wieder jene Mannigfaltigkeit der Uniformen und Trachten in seinen Mauern; nur fehlte diesesmal der Glanz, welcher nur im unmittelbaren Gefolge der königlichen Person angetroffen wird.

Dem König hatte nämlich die ganze Haltung des Landtags entschieden mißfallen, welches Mißfallen er noch besonders dadurch zu erkennen gab, daß er den Landtag nicht in Person schloß, sondern, den Landtags-Kommissär beauftragte, die Versammlung zu schließen.

Der Minister Bodelschwingh hielt nun die Schlußrede vor der von Spannung ergriffenen Versammlung mit folgenden Worten.

»Es ist die Stunde gekommen; in welcher auf Befehl Sr. Majestät des Königs die erste Versammlung des vereinigten Landtags geschlossen werden soll.

Sie ist dadurch gerührt, daß eine kleine Anzahl seiner Mitglieder ihre Theilnahme bei dem letzten Akt ihrer Wirksamkeit versagt, und sich dadurch einer Pflicht entzogen hat, deren Erfüllung mit der Ausübung ihrer ständischen Rechte im wesentlichen Zusammenhange steht.

Die Regierung wird das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen. Blicken wir zurück auf den eilfmonatlichen Zeitraum des ständischen Wirkens dieser Versammlung, so werden Gefühle der mannigfaltigsten Art sich in unserer Brust regen. Wer vermag sie zu übersehen. Wer ihnen Ausdruck und Worte zu geben? Ein Gefühl aber dürfte Allen nicht fremd seyn, nämlich das Gefühl, daß die Ergebnisse des vereinigten Landtags weniger fruchtbringend für das Land gewesen sind, als sie es hätten seyn können. Doch vertrauen wir der allwaltenden göttlichen Vorsehung, welche unserm theuern Vaterlande in entscheidenden Augenblicken stets schützend zur Seite stand, daß der Samen des Guten und Edlen, welcher hier ausgestreut, auf einen empfänglichen und fruchtbaren Boden gefallen sey, damit er zu einem Baume mit edlen Früchten heranwachse, unter dessen Schatten kein Unkraut wuchert!

Aber auch ein Gefühl der Freude und des Stolzes durchbebt gewiß Aller Brust, das Gefühl, ja das Bewußtseyn, daß alle hier versammelten Stände und Provinzen auf das innigste verbunden sind durch glühende Liebe für das Vaterland, für den uns von Gott gegebenen edlen König und sein erbadenes Haus; denn Alle haben sich dazu laut und freudig bekannt.

Wie verschieden auch die Wege seyen, wie labyrinthisch sie sich durchkreuzen mögen, die hier empfohlen, die hier eingeschlagen sind, vertrauen wir, daß Alle, die mit jener Gesinnung wandeln, einem Ziele zugeführt werden, zur Kräftigung der Ehre und Unabhängigkeit der materiellen und geistigen Blüthe des Vaterlandes, zum Ruhme des preußischen Volks,

unter einer durch die Stände gehobenen und gestärkten, unangetasteten Krone auf den Häuptern seiner Könige aus dem edlen Hause der Hohenzollern!«

Die Drohung in dem Eingange dieser Rede, die Regierung werde das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen, gab zu dem Glauben die Veranlassung, man werde gegen diejenigen Abgeordneten, welche nicht gewählt hatten, einschreiten.

Da die Regierung diesen Wahlakt als einen wesentlichen Theil der ständischen Rechte bezeichnete, so verbreitete sich das Gerücht, jene Abgeordneten sollten von Landtagen gänzlich ausgeschlossen werden. Andere erzählten, der König habe das Staats-Ministerium deauftragen wollen, gegen die ungehorsamen Abgeordneten eine Untersuchung wegen Majestäts-Beleidigung einzuleiten, wogegen sich aber das Ministerium entschieden erklärt hat, da dieses vermuthlich einsah, welche doppelte Niederlage die Regierung in dem sehr wahrscheinlichen Falle der Freisprechung dieser Männer erleiden würde.

Nachdem der Landtag geschlossen war, erboben sich zahlreiche Stimmen, welche den Wankelmuth der Opposition bitter tadelten, wozu allerdings auch mancher Grund vorhanden war.

Die Opposition hatte zwei Wege eingeschlagen; sie hatte entweder die Forderungen der Gegenwart unbedingt geltend zu machen, das heißt also die Umwandlung des absoluten Staats in einen konstitutionellen Staat zu verlangen, oder den Rechtsboden der frühern Gesetze zu bewahren.

Sie schlug den letztern Weg ein; damit war aber ihre Bahn streng vorgezeichnet, denn dieser Rechtsboden war nur Etwas in seiner Gesammtheit. Gab es frühere Rechte, die verletzt waren, so mußten diese unbedingt und sämmtlich geltend gemacht werden, dieses geschah aber nicht.

Mit dem Augenblick, wo die Opposition dareinwilligte, einige dieser Rechte gar nicht, oder doch nur nebenher anzurufen, war das Terrain des Rechtsbodens für sie verloren. In dem Wunsche, eine einigermaßen freisinnige Adresse durchzubringen, gab sie den Rechtsboden preis.

Sie mußte demnach den Weg der Petition einschlagen, d. h. um Anerkennung der Rechte, die sie zu besitzen glaubte, bitten; und als ihr dann die Regierung diese Anerkennung versagte, erschien sie als geschlagen. Nun blieb ihr noch ein einziges Mittel, um wenigstens ihr politisches Gewissen zu retten; nämlich die Verweigerung der Wahlen; aber auch dieses thaten nur die Wenigsten, und so mußte leichtbegreiflich die politische Taktik der Opposition mit Recht als eine fehlerhafte bezeichnet werden.

Uebrigens konnten die Reden, welche in den drei Monaten von den Männern der Opposition in Berlin gehalten wurden, nicht verfehlen, in der Nation einen mächtigen Nachklang zu finden.

Zum ersten Male bestand jetzt die Regierung den Prüfstein der Oeffentlichkeit in allen Verwaltungszweigen, und die glänzenden Redner-Talente der Opposition, hatten sich den eingeschulten Beamten gegenüber vortrefflich gezeigt; was man auch den in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten überall zu erkennen gab.

In Pommern so wie in Schlesien, in Sachsen und am Rhein veranstaltete man große Festlichkeiten zu ihrem Empfange, während nirgends die Konservativen mit solchen Auszeichnungen bedacht wurden. Dagegen kamen aus einigen preußischen Städten Adressen an den König, welche ihre Entrüstung über die gottlose Opposition ausdrückten, die den Juden und Deutsch-Katholiken gleiche Rechte mit den Christen einräumen wolle; und so wurde auch von der brandenburgischen Ritterschaft eine solche Loyalitäts-Adresse an den König eingeschickt. Indessen blieben aber die allgemeinen Sympathien trotz dem für die Opposition, und es wurden nicht allein aus Preußen, sondern auch aus dem übrigen Deutschland, Stimmen der schmeichelhaftesten Anerkennung laut.

So wie überhaupt der vereinigte Landtag im Laufe seiner Sitzungen in formeller Beziehung den Provinzial-Landtagen gleichgestellt wurde, so geschah es auch in Bezug des Bescheids auf dessen Anträge.

Derselbe erfolgte in der Form eines Landtags-Abschiedes und zwar am 24. Juli, jedoch sehr trocken und kalt abgefaßt, und überall den königlichen Unwillen sehr erkennen gebend.

Von den ständischen Petitionen oder Bittgesuchen wurden nur einige, wie z. B. die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen, die Ausdehnung des neuen Gerichts-Verfahrens auf die ganze Monarchie u. s. w. gewährt.

Die gewünschten Abänderungen der Geschäfts-Ordnung für den vereinigten Landtag sollten erst in eine reifliche Erwägung gezogen werden.

Von beiden Kurien oder Gerichtshöfen waren aber noch mehrere sehr wichtige Petitionen befürwortet worden, und hatten zum Gegenstande: die Erweiterung des Petitionsrechts, — die Ertheilung der ständischen Rechte an die christlichen Dissidenten, — die Ausführung der Wahlbarkeit zu den Kreistagen im Stande der Landgemeinden, — die Prüfung des Haupt-Finanz-Ausweises durch die Stände; — aber über alle diese Anträge ging der Landtags-Abschied mit Stillschweigen hinweg, und ebenso wurde daher auch der Landtags-Abschied mit Stillschweigen im Lande aufgenommen.

Während der Landtag in Berlin die Fehler und Schwächen des bisherigen Regierungs- und Verwaltungs-Systems aufdeckte, und um die Einführung besserer Reformen kämpfte, handhabte die Regierung fast unter den Augen der Stände dieses ihr altes Regierungs-System mit aller Strenge und Spitzfindigkeit ununterbrochen fort.

Trotz der gegebenen Versprechungen, beim Bunde auf Abschaffung der Censur hinzuwirken, wurde die Presse noch strenger als früher überwacht. Die Preß-Prozesse, trotz der Censur, hörten nicht auf; und die alten Gesetze, welche die Regierung abzuschaffen versprochen hatte, wurden so wie früher in ihrer ganzen Schärfe gegen die Schriftsteller angewendet.

Auch die fast einstimmigen Wünsche des Landtags, daß man den religiösen Meinungen mit größerer Duldsamkeit entgegen treten möge, wurden nichts weniger als einer auch nur entfernten Berücksichtigung gewürdigt.

Besonders richteten sich die Verfolgungen gegen die Geistlichen, welche an der Spitze der kirchlichen Bewegungen standen. So wurde in Königsberg der Prediger der sogenannten freien Gemeinde Namens Detroit vom Konsistorium »wegen Häresie (Abweichung von der herrschenden Lehre), Schisma (Glaubenszwist) und Rebellion, so wie grober Excesse gegen die bestehende Kirchenordnung« abgesetzt. Gegen den Prediger Ublich, der in Magdeburg die größte Popularität genoß, wurde ebenfalls eine Untersuchung von Seite des Konsistoriums eingeleitet. Bei der Durchreise des Königs durch diese Stadt im Monat August hatten die Stadt-Verordneten für den Prediger, so wie auch überhaupt um größere Freiheit der Kirche; und verlangten besonders die Abschaffung des apostolischen Bekenntnisses bei der Taufe und Konfirmation, Befreiung der Symbole u. s. w., aber der König nahm das Bittgesuch nicht an, sondern ermahnte die Stadt Verordneten, noch einmal reiflich zu überlegen, was sie verlangten, denn auf demjenigen, was sie abgeschafft haben wollen, beruhen gerade die Grundwahrheiten und Heilslehren des Christenthums.

Am 20. September trat in der That die Suspension des Predigers Ublich's ein *).

Auch kamen vom Kultus-Ministerium neue Instruktionen für die Prüfung der theologischen Kandidaten, damit Personen von einem zweifelhaften Glauben sich nicht in die Kirche einschleichen. Es wurde namentlich verlangt, daß das Wissen dem Glauben untergeordnet werde; und diese Kontrolle wurde auch auf die Lehrer ausgedehnt.

Dissidenten, nämlich Andersglaubende waren bisher von den öffentlichen Unterrichts-Anstalten ausgeschlossen worden, jetzt aber wurde verordnet, daß Personen, deren religiöse Gesundsätze keine sichern Bürgschaften leisten, auch zur Ertheilung von Privat-Unterricht nicht mehr zugelassen werden sollten.

Zu dieser geistlichen Bedrückung der Gemüther kamen noch andere Nothstände; als schlechte Erndten, wozu noch die Sorglosigkeit der untern Regierungs-Behörden schon früher eine außerordentliche Theuerung der Lebensmittel herbeigeführt hat.

Die entsetzlichen Schilderungen des herrschenden Elends und die dadurch entstandene Hungersnoth, erregten das lebendigste Mitgefühl in ganz Deutschland, und die allgemeine Unzufriedenheit über die Nachlässigkeit der preußischen Behörden steigerte sich, je mehr sich nach allen Erhebungen herausstellte, daß diese jammervolle Erscheinung nicht etwa eine plötzlich hervorbrechende, sondern nur in Folge des lange ertragenen Elends sey.

Die Darstellungen desselben, welche die Presse schon früher zu geben versucht hatte, waren unterdrückt worden; die Anträge der Ortsbehörden unbeachtet geblieben, und die endlich genommenen Maßregeln mit einer solchen Langsamkeit zur Ausführung gekommen, daß sie dem Uebel nicht mehr abhelfen konnten.

Die mangelhafte Fürsorge, die entsetzliche Unkenntniß der höhern Behörden über die Verhältnisse des Landes, die Sorglosigkeit, mit welcher man dem martervollsten Untergang einer zahlreichen Bevölkerung zugesehen hatte, vernichtete den Glauben an ein Regierungssystem, welches so häufig als unfehlbar angepriesen worden war, und wenn man in dieser Zeit zugleich die Beschreibung der glänzenden Hoffeste in Berlin durch öffentliche Blätter erfuhr, so ging die Entrüstung noch mehr in eine ernsthafte Betrachtung über; denn nicht blos in Ober-Schlesien herrschte diese furchtbare Noth, sondern auch in den Gebirgskreisen begegnete man denselben bleichen ausgehungerten Jammergestalten, so wie überhaupt in Schlesien diese vormals so reiche und blühende Provinz in Folge der Stockung des Handels, immer mehr und mehr verkümmerte, wobei auch die Einverleibung von Krakau in den österreichischen Staat, ihr den letzten empfindlichen Schlag versetzt hatte.

Die Folge von allem diesem waren jetzt Tumulte in Berlin und in anderen Städten, wobei die Volksmenge sich arge Excesse gegen diejenigen Personen zu Schulden kommen ließ, welche mit Brod, Kartoffel, — fast die einzige Nahrung der dortigen ländlichen Bevölkerung — und anderen unentbehrlichen Lebensmitteln einen Handel trieben; was aber für den ersten Augenblick von der Regierung schnell unterdrückt wurde.

In Berlin fiel ein solcher Tumult in die erste Zeit während der Anwesenheit des Landtags, und die konservativen Organe waren sogleich bereit, diesen Volksauftritten eine politische Bedeutung zu geben, die aber mit der Opposition des Landtags in gar keiner Verbindung standen, was auch die darüber gepflogenen gerichtlichen Untersuchungen bezeugten.

Indessen waren diese Vorgänge allerdings eine Mahnung für die Regierung, damit sie sich um die Lage der ärmern Volksklassen mehr bekümmere, und durch die Nachlässigkeit ihrer Unter-Beamten in ihren Berichten über die Lebensmittel-Vorräthe nicht die besitzende Bürgerklasse der Gefahr aussetze. Im Uebrigen zeigte aber das Volk eine durchaus gesetzliche Haltung, obschon es immer mehr und mehr die Mangelhaftigkeit des öffentlichen Rechtszustandes erkennen lernte.

Welche Aufforderung lag also jetzt nicht darin für die Regierung einem solchen Volke noch zu rechter Zeit ein gerechtes Maß von Freiheiten zu bewilligen, ja selbst die aufrichtigsten Freunde des Throns mahnten zur Nachgiebigkeit, und wiesen auf die Verhältnisse hin.

So wie bisher konnte es nicht länger bleiben, — eine Mischung von modernen Einrichtungen und dabei bestehenden alten Gesetzen unter der Leitung einer doktrinairen Partei, welche den Staat nach wissenschaftlichen Theorien einrichten wollte, und die Zeitbewegungen nicht zu begreifen im Stande war,

*) Die Folge davon war, daß in Magdeburg allein über 6000 Anhänger Ublich's aus der Landeskirche sich ausscheiden ließen.

konnte keine dauernde stabile Regierung zu Stande kommen.

Man erinnerte daran, daß Zeiten kommen könnten, wo äußere Umstände zwingen würden; das zu geben, was jetzt noch als ein Akt der Freiwilligkeit dankbar aufgenommen werden müßte. Man würde alsdann weit, ja sehr weit über die Forderungen hinauszugehen gezwungen seyn, welche jetzt gestellt wurden.

Es wurde auch vorgestellt, daß man dasjenige, was man irgend geben wolle, dann auf einmal geben solle, und zwar so, daß es geeignet sey, das Staatsgebäude auf lange Jahre hin darauf konsolidiren oder befestigen zu können.

Aber solche Rathschläge wurden nicht angehört, sondern vielmehr die gerade entgegengesetzten Vorschläge, an welchen es nicht fehlte, ausgeführt.

Der Einfluß Oesterreichs und Rußlands stieg mit jedem Tage. Nachdem man Preußen zu seinem eigenen Schaden für die Unterdrückung der Selbstständigkeit von Krakau gewonnen hatte, nahm man es auch in der Politik gegen die Schweizer-Eidgenossenschaft in's Schlepptau mit.

Preußen, daß durch seine Stellung zu Neufchatel so sehr darauf hingewiesen war, in einem guten Einvernehmen mit der Schweiz zu bleiben, ließ sich dazu herbei, für die Sache des Sonderbundes in die Schranken zu treten, und ohne Ausſicht auf anderweitige Vortheile mit dem Verlust von Neufchatels, gleichzeitig seinen Einfluß in der Schweiz, der Vorhut von Frankreich auf's Spiel zu setzen.

Eine so unpopuläre Politik nach Außen vertrug keine Freiheit nach Innen. Fürst Metternich und Rußland hatten für ihr System Alles zu fürchten, wenn in Preußen ein Volksparlament Antheil an der Regierung nehmen sollte, und so waren sie es auch, welche dem Könige unaufhörlich die eindringlichsten Ermahnungen machten, nicht nachzugeben, und den Volkswillen nicht gesetzlich zu einer Macht zu erheben.

Indessen hätten aber alle diese dringenden Vorstellungen weniger genützt, wenn die offiziellen Rathgeber des Thrones erleuchtet genug gewesen wären, ihnen entgegen zu arbeiten; so aber befanden sich an der Spitze der Geschäfte der fünften europäischen Großmacht nicht Staatsmänner, sondern Beamte, deren Politik darin bestand, Alles genau so zu schematisiren, wie sie es früher in ihren Kanzleien von ihren Vorgesetzten gelernt hatten.

Selbst denken, selbst schaffen, oder auch nur die denkenden und schaffende Kräfte zu Rathe zu ziehen, das lag nicht in ihrem Wesen. Ihr Banner war die Unfehlbarkeit, die Allweisheit der Regierung, und dieses war es auch, was die preußische Monarchie sehr bald der heftigsten Erschütterung preis geben sollte.

Unter Eindrücken solcher Art, wurden am 17. Jänner 1848 die Sitzungen des vereinigten Ausschusses in Berlin eröffnet.

Fast ohne Ausnahme kamen diese Männer mit widerstrebendem Gefühl und einem bangen Herzen in den Sitzungs-Saale zusammen.

Der vereinigte Landtag hatte gegen die Einsetzung solcher Ausschüsse Einspruch erhoben, und die Abgeordneten vieler Provinzen hatten die Wahlen nur unter dem Vorbehalt, daß dadurch den Rechten des vereinigten Landtages nichts vergeben werde, vorgenommen. Viele, auf welche die Wahl gefallen war, hatten solche ganz abgelehnt, und wieder Andere sich der Theilnahme an der Wahlhandlung entzogen; die rheinischen Landgemeinden aber hatten gar nicht gewählt, daher ihre vier Vertreter gänzlich fehlten, und so bestand der vereinigte Ausschuß nur aus hundert Mitgliedern.

Bekanntlich war der Zweck ihrer Zusammenberufung die Berathung des Strafgesetz-Entwurfs, nämlich desselben, der schon im Jahre 1845 den Provinzial-Landtagen vorgelegt, und seit dieser Zeit in einzelnen Theilen umgearbeitet worden ist.

Der Gegenstand hatte nicht allein an und für sich große Wichtigkeit für den Staat, sondern auch in politischer Beziehung mußte er die ernsteste Aufmerksamkeit auf sich ziehen, denn es handelte sich darum, einen Schritt weiter in der Einheit des Staats zu geben, und die Rechtsverschiedenheit in den alten und neuen Provinzen nach und nach zu beseitigen.

Insoferne war auch die Stimme der Rhein-Provinz von sehr großer Bedeutung. Der rheinische Provinzial-Landtag vom Jahre 1845 hatte den ursprünglichen Entwurf ohne Diskussion oder Untersuchung abgelehnt, weil auf die freisinnigen Bestimmungen des rheinischen Rechts auch nicht die entfernteste Rücksicht genommen war.

Die Mehrzahl der rheinländischen Bevölkerung schätzte ihr von der französischen Herrschaft verbürgtes Recht als das letzte Palladium, eigentlich als Heiligthum der Freiheit, und alle altpreußischen Reform-Versuche, wurden daher zurückgewiesen, weil man das Vorhandene nur gegen entschieden Besseres vertauschen wollte.

Diese Stimmung wurde auch während des revidirten Entwurfs keine Bessere, denn die excentrischen Rechtstheorien, und besonders die barbarischen Strafen waren aus diesem Strafgesetze nicht weggeblieben.

So stellt zum Beispiel der Entwurf zu dem Strafgesetze.

Die Verfolgung aller im Auslande von Inländern begangenen Verbrechen fest.

Die Todesstrafe kann durch Ausstellung des Kopfes und Abhauen der rechten Hand geschärft werden.

Die körperliche Züchtigung ist als Strafe zulässig.

Die Gefängnißstrafe kann durch Entziehung der Kost, nämlich Fasten und einsames Gefängniß verschärft werden.

Diese Bestimmungen über die Anwendbarkeit der Festungshaft waren so unklar, daß der Richter dadurch die Macht erhielt, die größte Ungleichheit der Strafe bei gleichen Vergehungen einzuführen.

Die Aberkennung der Ehrenrechte war auf eine Unzahl von Vergehen ausgedehnt gewesen.

Die Vermögens-Einziehung, welche der frühere Entwurf beseitigt hatte, wurde wieder eingeführt.

Die Anzeige von Vergehen und Verbrechen wurde zur Pflicht gemacht; endlich wurden Injurien oder Beſchimpfungen gegen fremde Monarchen für Staatsverbrechen erklärt.

Wenn nun ſchon in materieller Beziehung die Rheinprovinz entſchieden gegen den Straf-Geſetz-Entwurf eingenommen war, ſo kam noch dazu, daß dort eine, nicht eben ſehr ſchwache Parthei die ultramontane *), welche überhaupt keine Verſchmelzung der Provinzen wollte, mit dieſen Entwurf in der Hand ihre Sonderbeſtrebungen predigte.

Dieſe Parthei erſetzte beſonders gegen die rheiniſchen Oppoſitionsmänner des Landtags, welche, wie ein Organ der Ultramontanen ſich mit folgenden Worten ausdrückte. — »Es zum erſten Mal gewagt zu haben, die traditionelle oder fortpflanzende rheiniſche Politik zu verläugnen, nachdem ſie den bodenloſen Chimären des modernen Verfaſſungsſyſtems huldigend, die hohlen Worte Verſchmelzung, Verbrüderung und Centraliſation oder Vereinigung auf ihre Fahne ſetzten.«

In den alten Provinzen war man nicht mehr für den Entwurf eingenommen, und verſchiedene Gemeinde-Vertretungen legten Bittgeſuche für die gänzliche Beſeitigung deſſelben vor.

Neben dieſen Bedenklichkeiten, welche den Gegenſtand der Berathungen ſelbſt betrafen, tauchte auch wieder die Kompetenz der Rechtsgültigkeitsfrage auf.

Nachdem der vereinigte Landtag erklärt hatte, daß die ſtändiſchen Ausſchüſſe ihn nicht erſetzen könnten, und ein großer Theil der Abgeordneten nur unter dieſer Vorausſetzung die Ausſchußwahlen vollzogen hatte, fragte man ſich, was dieſe Abgeordneten der königlichen Erklärung gegenüber, welche alle Vorbehalte für ungültig erklärte, thun würden. Zwei von dieſen Männern Bardeleben und Beckerath, hatten ſchon vor dem Zuſammentritt der Ausſchüſſe ihr Mandat oder ihre Vollmacht niedergelegt, und ſo waren von den Oppoſitionsführern nur noch Ludolf Camphauſen, Alfred von Auerswald und Graf von Schwerin in den Ausſchüſſen.

Am 17. Jänner 1848 wurden die Berathungen der Verſammlung von dem Miniſter von Bodelſchwingh als königlicher Kommiſſär mit einer Rede eröffnet, worin er von weitern, dem Ausſchuß zu machenden Vorlagen nichts erwähnte, ſondern lediglich auf die Nothwendigkeit der ſchleunigen Erlaſſung des neuen Strafgeſetzes hinwies, und die Hoffnung ausſprach, daß die Verhandlungen darüber einen neuen Beweis von der zwiſchen Fürſt und Volk herrſchenden Eintracht liefern würden.

Wie wenig aber dieſe Eintracht thatſächlich vorhanden war, zeigte ſich darin, daß Graf Schwerin als Vorſitzender der vorberathenden Abtheilung ſogleich das Wort ergriff, und eine Deklaration oder Erklärung derſelben vorlas, worin geſagt wurde, daß die Erklärungen, welche bei den Ausſchußwahlen abgegeben worden ſind, durch die Berathung des Strafgeſetzes durchaus nicht alterirt oder verändert würden, nachdem dadurch in die vom vereinigten Landtage vorbehaltenen Rechte durchaus nicht eingegriffen würde.

Nach ihm trat der Landſchaftsrath von Auerswald auf, und überreichte eine ſchriftliche Erklärung die von mehreren ſeiner Kollegen unterzeichnet war; und worin ausdrücklich geſagt wurde, daß ſie ſich zu andern Berathungen und Handlungen als der vorliegenden außer Stande geſetzt ſehen müßten.

Der Inhalt dieſer Erklärung war nämlich Folgender:

»Der erſte vereinigte Landtag hat faſt einſtimmig die auf die frühern Geſetze begründete Bitte an Sr. Majeſtät den König gerichtet, daß Allerhöchſt Dieſelben geruhen möchten, die Verordnungen vom 3. Februar 1847 über den vereinigten Ausſchuß und deſſen Befugniſſe Allergnädigſt dahin abändern zu wollen, daß dieſem Ausſchuſſe in ſeinem Verhältniß zum vereinigten Landtage keine weitern Rechte eingeräumt werden möchten, als ſolche den ſtändiſchen Ausſchüſſen der Provinzial-Landtage, dieſen Letztern gegenüber, durch die Verordnung vom 21. Jänner 1842, §. 2 und §. 4 beigelegt werden.

Nachdem Se. Majeſtät gnädigſt zugeſichert haben, dieſe Bitte in ſorgſame Erwägung ziehen zu wollen, ſo ſind inzwiſchen die Wahlen der Mitglieder des zum Zweck der Begutachtung des neuen Entwurfs des Strafgeſetzes zuſammenberufenden vereinigten ſtändiſchen Ausſchuſſes, theils ohne, theils mit verſchiedenartigen Erklärungen und Vorbehalten vollzogen worden.

Es ſind hier noch viele Mitglieder des Ausſchuſſes der Ueberzeugung, eine bedingte Vollmacht, eine bedingte Berechtigung zu haben, und viele von denen, die auf den Ruf Sr. Majeſtät erſchienen ſind, nehmen keinen Anſtand auf die Begutachtung des bereits von den Provinzial-Ständen berathenen Strafgeſetz-Entwurfes einzugehen, vermögen jedoch, mit Rückſicht auf den Allerhöchſten Landtags-Abſchied vom 24. Juli 1847 und die Geſchäftsordnung vom 2. Dezember 1847, dieſes nur mit der offenen und überdieß bindenden Erklärung, daß ſie zu andern Berathungen und Handlungen ſich außer Stand ſehen würden.«

Hierauf ſetzte der Abgeordnete Ludolf von Camphauſen jedoch noch weit entſchiedener die Beweggründe auseinander, nachdem er ſagte:

»Das Volk werde wiſſen, daß ſie, die Abgeordneten an dem Grundſatze feſt hielten, daß alle Geſetze über Perſon — und Eigenthumsrechte, ſo wie über Steuern, ohne den Beirath des vereinigten Landtags nicht erlaſſen werden könnten.

Die abweſenden Mitglieder des vereinigten Landtags würden wiſſen, daß die Mitglieder des Ausſchuſſes nicht geſonnen ſind, ſich Rechte anzumaſſen, die nach der Anſicht des vereinigten Landtags ihm allein zuſtehen.

Endlich ſagte er: die Regierung wird wiſſen, daß nicht, wie ihr Organ dem Lande einzureden be-

*) Ultras bezeichnet eine Parthei, die in dem was ſie will, aus Leidenſchaft und Vorurtheil weder Maß noch Ziel hält, und das Ziel verliert, nachdem ſie über daſſelbe hinaus ſtrebt; daher Ultrareaktionärs — Ultraroyaliſten — Ultraliberale ꝛc.

mühe gewesen, der Zwiespalt geschlichtet iſt, der zwiſchen den thatſächlichen Zuſtänden und der früheren Geſetzgebung beſteht. Um ſo mehr halte ich es nun für meine Pflicht, die Regierung darüber nicht in Zweifel zu laſſen, daß der Gang, den ſie am Schluß des vereinigten Landtags und nach demſelben eingeſchlagen hat, mich mit tiefer Betrübniß und mit Sorge für die Zukunft erfüllt.

Eine große That war geſchehen; nach einem dreißigjährigen Warten waren die Vertreter des ganzen Landes in einem Saale verſammelt, und alle, welche wiſſen, wie ſelten und wie ſchwer großen Verſammlungen die Selbſtbeherrſchung gelingt, ſahen mit Spannung, und nicht ohne Beſorgniſſe ihren Schritten entgegen. Wie iſt aber der Erfolg geweſen? Das Ausland war erſtaunt und überraſcht über die Mäßigung der Verſammlung, über ihre treue Ergebenheit gegen den Fürſten; es war im Zweifel, ob es ihre Zurückhaltung loben, oder ſie der Schwäche beſchuldigen ſollte; es fand den König zu beneiden, der unter ſolchen Umſtänden, eine ſolche Verſammlung berufen, und eine ſo glänzende Manifeſtation oder Darlegung der Treue und Ergebenheit ſeines Volkes der Welt vor Augen legen konnte.

In Preußen aber, wo die Stände bis auf die äußerſte Grenze vorrücken, und weit hinübergetragen, hatten um die Hand zur Ausgleichung zu bieten, iſt dieſe im Zorn zurückgeſtoßen worden.

In Preußen haben die Stände von Seite der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden, und Aeußerungen des Mißfallens und Unwillens erfahren, welche in einem geringen Einklange mit einem monarchiſchen Staate ſtehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, ſie nur Rath zu ertheilen berechtigen will.

Ein Wort wäre hinlänglich geweſen, den Verfaſſungsſtreit in Preußen auf immer zu beendigen; dieſes Wort iſt aber nicht geſprochen worden.

Die Folgen müſſen getragen werden; Die Geſchichte aber wird richten zwiſchen der Regierung und uns.«

Der Landtags-Kommiſſär von Bodelſchwingh durfte wohl dazu nicht ſtillſchweigen, aber dennoch antwortete er nicht mehr in einer ſo drohenden Weiſe, welche die Schlußrede auf dem vereinigten Landtage auszeichnete.

Es wurde jetzt den einzelnen Abgeordneten ſchon zugeſtanden, nach ihrem Gewiſſen zu handeln, zu erſcheinen oder wegzubleiben, die ihnen verliehenen Verfugniſſe auszuüben oder nicht; jedoch war damit die Kompetenzfrage noch nicht entſchieden.

Uebrigens darf hier als ein Beweis der im preußiſchen Volke vorherrſchend politiſchen Bildung der Umſtand nicht übergangen werden, daß, wie vielerlei Wünſche auch in allen Kreiſen rege waren, doch keine Petitionen oder Bittgeſuche an den Ausſchuß eingeſchickt worden ſind. Man ſah, wie aus dieſem zu ſchließen iſt, ſeine Nichtbefugniß zu deren Berathung ein, und wollte auch überdieß jede Reibung zwiſchen dem Ausſchuſſe und der Regierung über dieſen Punkt vermeiden.

Wenn ſchon die Einberufung des ſtändiſchen Ausſchuſſes vom Volke äußerſt mißbeliebig betrachtet worden war, ſo erhöhte ſich die üble Stimmung noch mehr, als auch der letzte Theil des Patents vom 3. Februar 1847 in Ausführung gebracht und die Deputation für das Staatsſchuldenweſen am 14. Februar in Wirkſamkeit geſetzt wurde.

Die Abgeordneten von Grabow, Sperling und von Brodowsky erklärten, daß ſie den vorgeſchriebenen Eid nur bedingungsweiſe leiſten könnten, nachdem ſie zwar bereit wären:

1. Die eingelöſten Staatsſchuldenverſchreibungen zu übernehmen, und deren Niederlegung beim Kammergericht zu bewirken

2. Die Jahresrechnung über Verzinſung und Einlöſung von Staatsſchulden zu prüfen.

3. Eine Durchſicht der Staatsſchuldentilgungs-Kaſſe vorzunehmen, dagegen ſich aber nicht für befugt halten, eine Genehmigung für etwa aufzunehmende neue Staatsſchulden auszuſprechen.

Der Miniſter von Bodelſchwingh verſicherte hierauf, daß der Zweck der Berufung dieſer Deputation, wie bereits in der ämtlichen Aufforderung ausgeſprochen worden, auch kein anderer ſey; ihre Thätigkeit ſich auf dieſe drei Punkte einſchränken werde; — ein bedingter Eid zwar nicht angenommen werden dürfe, die von den drei Mitgliedern abgegebene Erklärung aber zu Protokoll genommen werden ſolle.

Darauf hin wurde nun der Eid von Allen geleiſtet, und die Geſchäftsthätigkeit nahm ihren Anfang; allein dieſe erzwungene Durchführung einer verhaßten Maßregel wurde dennoch von allen denkenden Köpfen getadelt und auch bitter empfunden.

So war nun der Ausſchuß fünf Wochen lang beſchäftigt, als auf einmal in den ruhigen Gang der Berathungen wie eine explodirende Bombe die Nachricht von den Ereigniſſen der Februartage in Paris hineinfiel.

Die preußiſche Regierung war zwar ſchon früher durch die ſtürmiſchen Auftritte in den franzöſiſchen Kammern, und die Voranſtalten zu dem Pariſer Reformbanket aufmerkſam geworden, und nicht ohne Beſorgniß wegen der allenfalls möglichen Folgen geblieben. Sie, die Regierung hätte auch, — obwohl dieſes öffentlich abgeſprochen wurde, — im Stillen angefangen ſich zu rüſten, und am 22. Februar nämlich an demſelben Tage, an welchem der Ausbruch in Paris ſeinen Anfang nahm, reiſte ſelbſt der General von Thile auf einen erhaltenen Befehl von Köln nach Berlin ab, um einer Berathung aller kommandirenden Generale beizuwohnen.

Gleichzeitig ward auch befohlen worden, die Zeughäuſer zu unterſuchen, und zu prüfen, ob das zur Ausrüſtung der Landwehr und Reſerve Erforderliche in gehörigem Stande ſey.

Verbindungen mit Rußland und Oeſterreich zu einem Schutz- und Trutzbündniß hatten Statt gefunden; — kurz Preußen hatte die Worte Lord John Ruſſels wohl überlegt: nämlich »Mächten Staaten auch auf Unwahrſcheinlichkeiten gerüſtet ſeyn, ſo müſ-

ten sie sich um so viel mehr auf Wahrscheinlichkeiten gefaßt machen.«

Der äußerste Zielpunkt der Befürchtungen blieb aber der, daß das Ministerium Guizot gestürzt und Thiers, dessen Kriegsgelüste vom Jahre 1840 wahrscheinlich wieder erwachen würden, an die Spitze treten könnte; aber auf einen Ausgang, wie ihn die revolutionäre Bewegung in Paris nahm, war man nicht gefaßt, und der Mangel eines starken, die ganze Staatsmaschine beherrschenden Willens zeigte sich hier wieder auf die verderbenbringendste Weise.

Es wäre nicht erst die Republik in Frankreich nothwendig gewesen, um Preußen auf das Unhaltbare seiner innern Verhältnisse aufmerksam zu machen; was in Dänemark, Sizilien, Neapel, Rom, Toskana, Sardinien und Baiern schon früher geschehen war, konnte der preußischen Regierung als eine ernste Warnung der Zeit dienen. Auch hat man gesagt, daß der König entschlossen gewesen sey, ein Gesetz über Einberufung des vereinigten Landtags in bestimmten vierjährigten Zeitfristen zu erlassen, ja man hat sogar behauptet, daß dieses Gesetz schon zur Unterschrift vorgelegen ist. Welch ein unseliger Bann hat aber seine Hand gefesselt?

Ja, wenn es noch in dem Augenblicke, als die erste Nachricht von den Pariser-Ereignissen nach Berlin kam, mit dem Datum einer frühern Zeit bekannt gemacht und der vereinigte Landtag zugleich einberufen worden wäre, so hätte vielleicht noch jede Erschütterung im Königreiche Preußen vermieden, und die Neugestaltung des Staats friedlich bewirkt werden mögen; aber noch sicherer wäre sie vermieden worden, wenn der König das Jahr vorher dem vereinigten Landtage bewilligt hätte, was dieser als sein gutes Recht in Anspruch nahm.

Wer bald gibt, der gibt doppelt, und nirgens mehr als in Preußen würde ein Entgegenkommen vom Throne her, die dankbarste Aufnahme gefunden haben. Allein die Besorgniß, eine Schwäche zu verrathen, sich durch äußere Umstände das entreißen zu lassen, was man nur freiwillig gewähren wollte, und überhaupt die eingetretene Bestürzung und Rathlosigkeit verhinderte rasche und kräftige Entschlüsse, und das Wort: »Was ich am meisten fürchte, ist eben die Furcht!« fand also seine volle Bestätigung in Preußen, welches nur aus eingebildeter Furcht in wirkliche Gefahren kam.

Welche andere, wahre und größere Kraft würde der König während dieser drangvollen Zeit in der Mitte der vereinigten Volksvertreter gefunden haben, als er durch die Berathungen seiner Minister und Generäle gewann, welche sich in der Nacht vom 27. zum 28. Februar zu einem Kabinetsrath versammelten, und um 1 Uhr theilweise erst aus dem Bette geholt werden mußten.

Auch in allen folgenden Tagen war das Staats-Ministerium täglich versammelt; jedoch aus seinen Berathungen ging keine schleunige durchgreifende Maßregel hervor, und nur die Mobilmachung von dem Armeekorps, von welchen das vierte aus Sachsen und Thüringen nach Westphalen, das siebente aus Westphalen bis Köln hinab, das achte an die französische Grenze rücken sollte, wurde beschlossen.

Die Bestätigung eines Bündnisses zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich zur Unterstützung der Oesterreicher in Italien, welches, nachdem es mit der Unterschrift des russischen Kaisers versehen, durch einen Eilboten von Petersburg eben eingetroffen war, und am 28. Februar zu Berlin unterzeichnet wurde, ließ unter den, seit jener Berhandlung ganz veränderten Umständen, wenig Wirkung hoffen, zeigte aber die Richtung an, welche die preußische Politik bis dahin verfolgt hatte.

In Folge dieses Vertrages sollte eine preußische Heeres-Abtheilung Böhmen besetzen, und dadurch Oesterreich möglich machen, seine dort stehenden Truppen für Italien zu verwenden.

Der erste Eindruck der französischen Revolution auf die große Maße der Bevölkerung von Berlin war der einer Neugierde. Jedermann war von den Ereignissen überrascht, und verfolgte nur den Gang derselben in der Fremde, ohne solche für eine Veränderung des Staatslebens in Preußen zu benützen, was auch die Ursache war, daß der Regierung in diesen stürmischen Tagen eine verhältnißmäßig lange Zeit gelassen war, um Maßregeln zu treffen, die dem ausbrechenden Sturme vorbeugen konnten; die aber unbenützt verstrich.

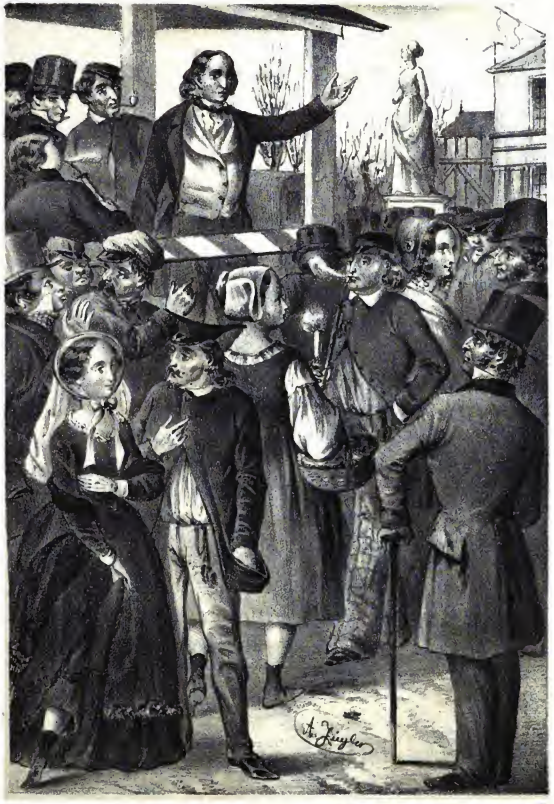
Nur die Börse wurde von dem andringenden Stoffe unmittelbar ergriffen, und im richtigen Vorgefühl der kommenden Ereignisse, war der Geldmarkt in einer Bestürzung, wegegen die Vorgänge des Jahres 1830 nur als ein Kinderspiel betrachtet werden konnten.

Bankanstheile, welche am 25. Februar noch 114% standen, fielen auf 85% herab; preußische Schuldscheine auf 83%, — und in demselben Verhältniß andere kourshabende Papiere, so daß gleich in den ersten Tagen das angesehene Haus L. H. Heymann und Kompagnie zur Zahlungseinstellung genöthigt wurde, worauf dann noch mehrere Handelshäuser ihre Zahlungsleistungen einstellten.

Während die Flamme der Revolution in Frankreich loderte, rasch über den Rhein herüberschlug, und in Baden, Würtemberg, Baiern und Hessen zündete; während die Regierungen dieser Länder sich beeiferten, einander in Zugeständnissen an ihre Völker zu übertreffen, hielt man sich in Berlin noch immer ganz sicher.

Wohl war man für die Rhein-Provinzen besorgt, wo sich auch wirklich die ersten Bewegungen des neu erwachten Lebens zeigten, die Vertreter verschiedener Städte zu gemeinsamen Berathungen und Adressen zusammentraten, Einsprache gegen die Bekanntmachung des neuen Strafgesetzes erhoben, und dessen nochmalige Verweisung an den vereinigten Landtag in Anspruch nahmen. Andererseits rechnete man aber wieder auf die daselbst grassirende Abneigung gegen den Anschluß an die französische Republik, und hoffte endlich den Sturm durch leichte Zugeständnisse zu beschwichtigen.

Shromáždění národa w Berlíně pod stány.



Radunanza del popolo in Berlino sotto le tende.

A' Berlini népgyülés a' sátorok alatt.

Die Berliner Volksversammlung unter den Zelten.

№ 90

Mit Ungeduld hatte der vereinigte Ausschuß seiner Auflösung entgegen gesehen, denn jedes Mitglied wünschte schon in dieser stürmischen Zeit einer, aller Wahrscheinlichkeit nach, nutzlosen Mühe enthoben zu seyn, und in die Heimath eilen zu können.

Viele von den Abgeordneten forderten Vertagung der Sitzung, was jedoch nicht durchging, dagegen ging man eifrig über die letztern Arbeiten hinweg, und kam damit am 5. März zu Stande, so daß die Versammlung am darauffolgenden Tage geschlossen werden konnte.

Der König, welcher die Sitzung nicht eröffnet hatte, erschien jetzt in Person, um sie mit einer Rede zu schließen, worin er, außer den bei solchen Fällen üblichen Wendungen auf das erhebende Beispiel hinwies, welches sein Volk in diesen außerordentlichen Verhältnissen gegeben hat, zur Treue und zur Ausdauer ermahnte, und erklärte, daß Preußen nirgens angriffsweise verfahren, kein Volk in seiner innern Entwicklung hindern, jedoch jeden Angriff kräftig zurückweisen werde. In einem solchen Falle werde er, der König, wie vor 45 Jahren sein in Gott ruhender Vater, zu den Waffen rufen, und er wisse im voraus, daß er auf die gleiche Begeisterung und Hingebung rechnen dürfte.

Zum Schlusse seiner Rede machte er noch die Bemerkung: »Sobald die Maßregeln, welche Ich für Preußens und Deutschlands Ehre und Sicherheit ergreifen muß, den Beifand Meiner getreuen Stände erfordern, ihrer stets dann, wenn, was Gott gnädig verhüten wolle, der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde Ich Sie, meine Herren und ihre Mitstände — den ganzen vereinigten Landtag — wieder zusammenberufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volkes Meine festeste Stütze ist; und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind, von Geschlecht zu Geschlecht.«

Hierauf machte der Landtags-Kommissär, der Minister Bodelschwingh, eine königliche Botschaft bekannt, worin gesagt wird, daß, nachdem jetzt die Verordnung vom 3. Februar ihrem wesentlichen Inhalte nach, zur Ausführung gekommen, nun der Zeitpunkt erreicht sey, bis zu welchem der König seine Entschließung auf die Anträge des vereinigten Landtags, wegen Abänderung der bestehenden ständischen Einrichtungen, ausgesetzt habe.

Nach diesen Entschließungen überreagte der König die dem ständischen Ausschusse verliehene Periodicität, daß heißt, Einberufung zu selbst bestimmten Zeitfristen auf den vereinigten Landtag selbst, beschränke die Wirksamkeit des Ausschusses in der von den Ständen beantragten Weise, auf Vorberathung, und behalte sich vor, die Verfassungsgesetze vom 3. Februar durch eine besondere Verordnung abzuändern.

Alles was jetzt der König bewilligte, und was er zur Befriedigung der Ansprüche seines Volkes für hinlänglich hielt, bestand darin:

1. daß ferner nicht mehr ein kleiner Theil des vereinigten Landtags die Rechte der Gesammtheit ausüben,

2. daß der Landtag alle vier Jahre berufen,

3. daß seine nächste Berufung in unbestimmter Zeit erfolgen, und endlich, daß das Verfassungsgesetz nach königlichem Ermessen abgeändert werden solle.

Uebrigens braucht man hier wenig Staatsmännische Kenntnisse, um einzusehen, daß solche Gewährungen Niemand befriedigen konnten.

Hätte der König wenigstens ausgesprochen, daß er in drei Wochen den vereinigten Landtag einberufen, und mit diesem die zum Verfassungsgesetz als nöthig erkannten Abänderungen berathen wolle, so hätten die Wünsche und Erwartungen doch einen bestimmten Zielpunkt gehabt, und auf eine zuversichtliche Befriedigung rechnen dürfen; dieses zweifelhafte Unbestimmte ließ aber die Beförchtung aufkommen, daß man zuerst der Bewegung Herr zu werden versuchen, und dann nach Umständen dasjenige abmessen werde, was man als unerläßliche Lösung des gegebenen Wortes zu bewilligen geneigt sey.

Ganz im Einklange mit dieser Voraussetzung, standen die Worte des Prinzen von Preußen, welche derselbe bei der Abschiedsbegrüßung an die Stände-Mitglieder richtete, nachdem er äußerte, daß mit der jetzt ertheilten Bewilligung Sr. Majestät Alles gewährt sey, was man nur habe verlangen können.

Mit vielen Argwohn betrachtete man auch die königliche Sendung des Generals von Radowitz nach Wien, zur Berathredung über die Vertheidigungsmittel im Falle eines feindlichen Angriffs.

Dieser Gesandte, der früher bei den Unterhandlungen zur Unterdrückung der Schweiz verwendet worden war, machte nun die Besorgniß, daß seine Sendung noch andere geheime Zwecke haben könne; aber wie dem auch immer gewesen seyn möge, so hätte die Regierung in keinem Falle eine unglücklichere Wahl treffen können.

In der Hauptstadt herrschte indessen eine ängstliche Schwüle, die jeden Augenblick einen Ausbruch befürchten ließ, was auch die Ursache war, daß die Soldaten beständig in der Kasernen in Bereitschaft gehalten wurden.

Als einen kleinen unscheinbaren Anfang der Berliner-Revolution, ist eine kleine Versammlung in den Zelten des Thiergartens, die aus Studenten, Literaten, Handlungsdienern, Handwerkern und Arbeitern bestand, und zur Feststellung der »Forderungen« und zur Entwerfung einer Adresse zusammenkamen, zu betrachten.

Die Zelte, ein Hauptvergnügungsort der Berliner-Bourgeoisie, bestehen aus einer Reihe an der Spree gelegener Kaffehäuser, in welchen der solide Berliner-Bürger mit seiner Familie seine Sonntags-Nachmittage zubringt, und sich unter dem Genuß des berühmten Berliner Weißbiers und an dem Anhören einer wohlbesetzten Musik unterhält.

Vor diesen Zelten dehnt sich ein geräumiger Platz aus, der eine Volksmenge von mehreren Tausend Menschen zu fassen im Stande ist; und in dessen Mitte sich eine große Sandstein-Figur erhebt, über deren eigentliche Bedeutung die mythologische Forschungslust der Berliner niemals mit sich einig zu werden schient.

Nähre am Rande der Thiergarten-Alleen, ſteigt eine große, von Holz gebaute Tribune empor, von welcher herab die Berliner Wochen-Kongreſſe Statthaben, die hier im Sommer eine Art von Volksfeſt mit Allem, was in Berlin dazu gehört, mit Wurſt-Schnaps- und Semmelköbben, rauchenden Bratpfannen, Cigarrenjungen u. ſ. w. zuſammen zu kommen pflegen.

Jene Muſikbühne wurde bald die Redner-Tribune, von jenen demokratiſchen Volksverſammlungen, die durch ihren nicht abzuläugnenden Einfluß, auf gewiſſe Schichten der Bevölkerung, mehrere Monate hindurch, die Regierung im Schach erhielten.

Die Berliner-Zelte hatten ſchon zwei Jahre früher eine Art von politiſcher Bedeutung durch die Verſammlungen der Berliner-Lichtfreunde erhalten, welche hier eine Parthei gegen pietiſtiſche Staatsrichtungen zu organiſiren verſuchten, die aber noch vor der Hand an den Einmiſchungen der Polizei ſcheiterten.

Es war dabei Niemand im Zweifel geweſen, daß die proteſtantiſche Lichtfreundſchaft nur die Maske einer beabſichtigten politiſchen Bewegung war, welche in dem Kampf um die religiöſe Freiheit, und in den damit verbundenen Erſchütterungen des theiſtiſchen Polizei-Staats einen Ausweg ſuchte.

Dieſelbe politiſche Uebergangs-Bedeutung, hatte auch im Grunde nur der Deutſch-Katholicismus gehabt, der in einem ſolchen Sinne, beſonders durch ſeine ſpezifiſche Verbreitung in dem Bürgerſtande und den untern Volksklaſſen wirkte. Auf der andern Seite, wo auch der herrſchend gewordene Staatspietismus, welcher ſich in alle Funktionen des politiſchen und geſellſchaftlichen Körpers eingeniſtet hatte, beſonders darauf berechnet geweſen iſt, den Volksgeiſt im Staate niederzuhalten, und ihm den Muth und die Kraft ſeiner freien Selbſtbeſtimmung zu rauben.

Wenn die Lichtfreundſchaft inſoferne ein wichtiges Symptom des Berliner-Lebens vor der Revolution war, ſo wurde auch jetzt der ehemalige Schauplatz ihrer Thaten der Ausgangspunkt der revolutionären Bewegung von Berlin.

Die von der Verſammlung im Thiergarten Zeit zuerſt beabſichtigte »Adreſſe der Jugend,« welche an den König gerichtet werden ſollte, wurde am 7. März, wo ſich dieſe Zuſammenkunft erweitert, und auch aus übereggteren Männern ergänzt hatte, in eine allgemeine politiſche Adreſſe umgewandelt, deren »Wünſche« ſich beſonders auf neun Punkte beſchränkten, nämlich: 1. unbedingte Preßfreiheit; — 2. vollſtändige Redefreiheit; — 3. vollſtändige Amneſtie aller wegen politiſcher und Preßvergehen Verurtheilter und Verfolgter; — 4. freies Verſammlungs- und Vereinigungsrecht; — 5. gleiche politiſche Berechtigung Aller, ohne Rückſicht auf religiöſer Bekenntniß und Beſitz; — 6. Geſchworenengerichte und Unabhängigkeit des Richterſtandes; — 7. Verminderung des ſtehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer; — 8. allgemeine deutſche Volksvertretung; — 9. ſchleunigſte Einberufung des vereinigten Landtags.

Es mäßig hatten ſich noch zehn Tage vor Ausbruch der Kataſtrophe die politiſchen Wünſche und Forderungen in Berlin geſtellt, die ſelbſt bei der durch die auswärtigen Ereigniſſe fortgeriſſenen Jugend nicht einmal auf die Einführung eines vollendeten Repräſentativſyſtems im Staate gingen.

Eine intereſſante Szene fand am folgenden Morgen in der Zeitung Halle Statt, welche, zuerſt aus einer Spekulation auf das Gewerbetreibende Publikum begründet in der letzten Zeit ein Hauptſammelplatz der radikalen und oppoſitionellen Männer von Berlin geworden war.

Dort ſuchte der Berliner-Polizei-Präſident von Minutoli, die Deputation auf, welche dem König die erwähnte Adreſſe überreichen ſollte, und deren Mitglieder er bereits ausgekundſchaftet hatte. Dieſe gaben ſich auch ohne Umſtände zu erkennen, und der Polizei-Präſident, der durch ſein gewandtes und volksthümliches Benehmen ſchon eine ſehr wichtige Stellung zu bekommen anfing; ſetzte ihnen ſehr inſinuant auseinander, warum ſie von einer perſönlichen Ueberreichung der Adreſſe an den König abzuſtehen hätten, nachdem er trieb, die Adreſſe »durch die Stadtpoſt« dem Könige zukommen zu laſſen.

Man erfuhr auch, daß der König ſich über die geſtrigen Vorgänge im Thiergarten ſchon den genaueſten Bericht habe erſtatten laſſen, und daß er zugleich dem Polizei-Präſidenten entſchieden erklärt habe, eine derartige Deputation nicht annehmen zu wollen.

Die Abneigung des Königs gegen politiſche Bewegungen wurde hinzugefügt, jedoch zugleich ſchon von Seiten des Polizei-Präſidenten die bedeutungsvolle Wink gegeben, daß er auf Befehl des Königs jeden Verſuch zur Abſchickung einer ſolchen Deputation gewaltſam verhindern würde, und wenn ſelbſt Blut darüber fließen ſollte. Uebrigens ſey das Auslegen der Adreſſe an öffentlichen Orten zur Sammlung von Unterſchriften geſtattet.

Einen impoſanten Charakter hatte die Zelt-Verſammlung bereits am 9. März angenommen, wo ſich 3 bis 4000 Menſchen dort zuſammen einfanden, die ſchon eine bedeutend geſteigerte Stimmung äußerten, und jede Anſpielung der Redner auf die allgemeinen Zuſtände des Staats mit einem donnernden Beifall begleiteten; doch war zugleich bei Allen der geſetzliche Eifer bemerkenswerth, durchaus eine ordnungsmäßige Bahn der Entwickelung einzuhalten, und die neuen Rechte nicht durch ein gewaltſames Umſtoßen des Beſtehenden zu erlangen.

An dieſem beiſpiellos guten Sinn der Bevölkerung hätte die Regierung nur in richtiger Erkennniß der Zeit und des unumgänglich Nothwendigen anzuknüpfen brauchen, um bewunderungswürdige Reſultate zu erreichen, und dem preußiſchen Staate eine glänzende und zu kunſtreiche Ausnahmeſtellung mitten in dem revolutionären Europa zu ſichern. Aber die Regierung des Königs, obwohl zu Konzeſſionen und zum Vorwärtsſchreiten entſchloſſen, glaubte doch auch jetzt noch den gemeſſenen Gang und die Vorbehalte des alten bureaukratiſchen Staats retten zu können.

In dieſem Sinne war noch am 8. März eine königliche Verordnung erlaſſen worden, worin von

einer auf Cenſurfreiheit begründeten durchgreifenden Reform der Preßgeſetzgebung, die Rede iſt, die der König jedoch zuerſt bei der deutſchen Bundes-Verſammlung zur Entſcheidung beantragen will, bevor er damit in ſeinen Staaten ſelbſtſtändig vorangehen möchte!

Faſt überall war die Preßfreiheit, nach jener Kundgebung des Bundestags vom 3. März, von den deutſchen Souverainen auf ihre eigene Fauſt eingeführt worden, und nur Preußen, der Staat der norddeutſchen Intelligenz und der proteſtantiſchen Wiſſenſchaft, ſollte auch in dieſer Angelegenheit zurückſtehen, und abermals an den deutſchen Bundestag, der kaum noch als lebendig betrachtet werden konnte, verwieſen werden.

Es hatte etwas Ergreifendes, in der Nacht des 9. März jene Taufende von Menſchen, welche der Volks-Verſammlung in den Zelten beigewohnt hatten, in der ſtillſten Ordnung, und ohne jede überſchreitende Aeußerung durch den Thiergarten und das Brandenburger Thor zurückziehen zu ſehen.

Man iſt zuletzt darüber übereingekommen, eine Adreſſe der Stadt-Verordneten Verſammlung zu übergeben, welche dieſelbe gleichzeitig mit einer andern von ihr ſelbſt beabſichtigten Adreſſe an den Thron einzureichen, erſucht werden ſollte.

Die junge, freilich noch ſehr unreife Thiergarten-Adreſſe, wurde aber von den Vertretern der Stadt, in ihrer ſtürmiſchen Sitzung vom 11. März zurückgewieſen, da man ſich mit mehreren Punkten nicht einverſtanden erklären könne, und überhaupt die eigene Adreſſe für ausreichend finden müſſe.

Dieſe Adreſſe der Stadt-Verordneten ſollte durch eine Deputation, zu welcher auch der Magiſtrat jetzt einige ſeiner Mitglieder abzuordnen beſchloß, dem König am 13. März überreicht werden, und ſo begaben ſich auch die Deputirten zu dieſem Zwecke wirklich auf das Schloß; aber der König ließ ihnen hinauslagen, daß er ſie jetzt nicht annehmen könne, ſie möchten daher am nächſtfolgenden Tage erſcheinen.

Ein noch ungünſtigeres Schickſal hatte die Deputation der Thiergarten-Zelte, welche ihre Adreſſe auch an den Thron zu bringen bemüht war, von dem Könige aber an die Stadtpoſt verwieſen wurde. Ueberhaupt aber hatte der König entſchieden ihren perſönlichen Beſuch ſich verbeten, und ſich zugleich mit Mißfallen an derartigen Demonſtrationen und Volksbewegungen ausgeſprochen.

Dieſe Thiergarten-Verſammlung bekam am 13. März Abends ſchon ein ernſthafteres Ausſehen, und zeigte auf bedenkliche Folgen hin.

Das Volk von Berlin hatte ſich in dieſen Verſammlungen das Vereinigungsrecht aus freier Hand genommen, nachdem es darin nichts, als ſein gutes menſchliches und natürliches Recht in Anſpruch nahm, welches es jetzt bereits gegen jede Beeinträchtigung zu behaupten entſchloſſen ſchien.

Inzwiſchen hatte ſich in der Stadt das Gerede verbreitet, daß die Zuſammenkünfte im Thiergarten durch die Anwendung der bewaffneten Gewalt ſollten verhindert werden.

Die Neugierde, welche in Berlin immer eine ſehr ſtarke Geſellſchaft zur Ausbreitung der Volksbewegung war, vermehrte jetzt die Luſt, dieſe Abends-Verſammlung zu beſuchen, wozu noch das ungewöhnlich ſchöne Frühlingswetter das ihrige beitrug.

Zugleich machte die Nachricht von der bevorſtehenden Abreiſe des Prinzen von Preußen nach dem Rhein ein großes Aufſehen.

Der Prinz hatte nämlich am frühen Morgen ſämmtliche Kaſernen der Hauptſtadt beſucht, und von den Truppen mit einer Anrede Abſchied genommen, welche auf eine beſonders freundliche und ernſte Weiſe die drohende Lage der Dinge hervorhob, und den nahen Krieg in Ausſicht ſtellte.

Man ſagte auch, daß der Prinz mit ſeiner ganzen Familie auf unbeſtimmte Zeit ſeine Reſidenz in Köln nehmen werde; aber die ſchon beſtimmt geweſene Abreiſe verſchob ſich noch immer von Stunde zu Stunde, und unterblieb zuletzt gänzlich, wodurch man im Publikum immer mehr einſah, welche ſteigende Wichtigkeit dieſen erſten Anzeichen eines Berliner-Volksausbruches von Seite der Regierung und der Krone beigemeſſen ward.

Der Prinz von Preußen wurde alſo ſchon jetzt im Volke als derjenige angeſehen, welcher jeder politiſchen Schilderhebung mit aller Kraft der militäriſchen Mittel entgegen treten würde, und hielt dieſen Prinzen nun einmal nicht mehr für volksthümlich geſinnt; ja man glaubte ſogar durch ihn ausſchließlich den alten Militärſtaat Preußen in allen ſeinen ſtarren Konſequenzen und in der ganzen politiſchen Unbeweglichkeit des Syſtems vertreten.

Ueberdieß wurde aber wieder andererſeits in vielen Kreiſen anerkannt, daß auf die Gerechtigkeitsliebe und Ehrlichkeit des Prinzen durchaus zu bauen ſey, und daß man ſich jedenfalls nur eine offene Handlungsweiſe von ihm erwarten dürfe.

Durch die Stadt zogen jetzt den ganzen Nachmittag ungewöhnliche Volks-Schaaren, welche bis jetzt beiſpiellos noch aufgeregt waren. Gegen 6 Uhr Abends ſah man aber die Kavallerie in zahlreichen Kolonnen nach dem Brandenburgerthore aufmarſchiren. An einzelnen Punkten der Stadt waren auch ſogar Kanonen aufgefahren, noch mehr erſtaunte man aber, als das königliche Schloß und das Zeughaus militäriſch beſetzt wurde. Auch die Gendarmerie zeigte ſich hin- und herſprengend in großer Thätigkeit; und eben ſo ſprengten die Adjutanten und Ordonnanzen auf den Pferden auf und nieder.

Dazwiſchen bewegten ſich immer mehr und mehr anhäufende Reihen von Spaziergängern, die theils mit erſchrockenen Geſichtern und unheimlichen Befürchtungen alle dieſe militäriſchen Voranſtalten muſterten, und dabei auch nicht unterließen, einige Reſte des guten Berliner-Humors und Wortwitzes flüſſig zu machen.

Inzwiſchen war die Volks-Verſammlung im Thiergartenzelt in ziemlicher Maſſenhaftigkeit abgehalten worden, wobei die Reden einiger Arbeiter großen Anklang bei der Menge fanden, doch ſchien die ſtark unter derſelben vertheilte Polizei mit der Richtung der

Versammlung keineswegs unzufrieden, da sich die Debatte von der revolutionären Politik ablenkte, und auf die Angelegenheit der deutschen Flotte überging; jedoch kam es aber dennoch auf verschiedenen Plätzen des Thiergartens zu einem theilweisen Einschreiten der bewaffneten Macht.

Die Kavallerie griff nämlich mehrere lärmende und drängende Volkshaufen an, und trieb dieselben nach der Stadt zurück, wodurch zuerst unter den Linden, ein größerer Zusammenlauf von Menschen entstand.

Wildes Geschrei hörte man von dieser Gegend her, und eine so starke Beunruhigung durchlief bereits die Stadt, daß das Theater-Publikum das Opernhaus, in welchem gerade ein neues Ballet gegeben wurde, mitten in der Vorstellung verließ.

Die Volksmenge drängte sich darauf immer anwachsend in die Nähe des Schlosses, wo es zuerst, wie auch an einigen Stellen unter den Linden, zu einem scharfen Einhauen der Soldaten kam.

Mehrere Personen, worunter auch einige nahmhafte Männer sich befanden, erhielten starke Verwundungen, und der Anfang des Konflikts zwischen Volk und Militär, überhaupt der eigentliche Angelpunkt der Berliner-Revolution, war jetzt damit gegeben.

Eine entschiedene Provokation oder Herausforderung hatte dabei durch diese ungeheure Entwicklung der militärischen Streitkräfte, die zu den Veranlassungen in gar keinem Verhältniß stand, Statt gefunden.

Die Verhöhnungen von Seite des Volks, welche beim Einschreiten der bewaffneten Gewalt gegen tumultirende Volkshaufen nie ausbleiben, steigerten die Erbitterung auf beiden Seiten.

Dieser Konflikt oder Kampf, wie zufällig er auch schien, hatte aber doch seinen symbolischen Sinn oder Losungswort für das ganze politische Leben Preußens. Es handelte sich um die Geburt des neuen Volksstaats, welchem der alte Militär-Staat Preußen Platz machen oder weichen sollte; und so mußte sich gerade auf dieser Linie der Kampf, schreibar aus einer zufälligen Reibung, aber darum nicht weniger auf eine Hauptentscheidung losgehend, entwickeln.

Von weitergehenden politischen Absichten und Tendenzen bemerkte man jedoch am Abend des 13. März noch sehr wenig unter den Volksmassen.

Tendenziöses, oder eine eigentliche Richtung zeigte sich nur in einer unter der Menge vertheilten Arbeiterpetition, die an den König gerichtet war, und die Errichtung eines Ministeriums für die Arbeiter in Antrag brachte, welches zum Theil aus Arbeitgebenden, zum Theil auch aus Arbeitnehmenden bestehen, und die Arbeiterverhältnisse im Sinne der Zeit und nach dem Rechten des Volks ordnen solle.

Diese Petition schien ihrer ganzen Fassung nach, aus dem Volke selbst hervorgetreten zu seyn, und fand eben darin ihre Bedeutung.

Die Berliner-Revolution versuchte an diesem Abend gewissermaßen ihre ersten Apparate zusammenzubringen, und so wurde in der Grünstraße zuerst, wie spielerisch auch der Versuch gemacht war, eine Barrikade zu bauen angefangen. In der Jägerstraße machte ein Volkshaufe einen Angriff auf einen Waffenladen, begnügte sich jedoch diesmal noch mit dem Einwerfen der Ladenfenster.

Die städtischen Behörden hatten sich endlich ermannt, und sind über eine Adresse einig geworden, die durch eine Deputation dem König überreicht werden sollte.

Leider wußten sie aber auch jetzt noch nicht die öffentliche Stimmung dem König ungeschminkt darzulegen.

Während alle Welt mit dem Preßgesetz-Versprechen vom 8. März unzufrieden war *), drückte die Adresse ihren Dank dafür aus; kam fordert sie, jedoch stets in umschreibenden Redensarten, die schleunige Einberufung des Landtags und die Errichtung einer volksthümlichen Vertretung u. s. w.

Schon am 13. März hatte sich die Deputation beim Könige melden lassen, sie war aber auf den folgenden Tag zu erscheinen beschieden worden.

Am 14. März trat nun endlich die Deputation des Magistrats und der Stadt-Verordneten vor den König, um ihm die erwähnte Adresse zur Darlegung der politischen Zustände und Erwartungen des Landes zu überreichen.

Die Adresse war, wie schon gesagt, in demselben deklinairen und reflexionsmäßigen Styl abgefaßt, durch welchen sich die Kundgebungen der städtischen Behörden in der letzten Zeit öfter charakterisirt hatten.

Die Antwort des Königs, welche er nach Verlesen der Adresse augenblicklich ertheilte, zeigte aber, daß seine Umgebung keine Ahnung von Dem hatte, was die öffentliche Meinung war.

Der König spielte auf die Unruhen des verhergehenden Tags an, und tröstete die Deputirten gewissermaßen, nachdem er bemerkte, daß, wenn es einzusam koche, man nicht erwarten dürfe, daß in Berlin alles in Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe. Was die verlangten Reformen betreffe, so sey die Hauptsache bereits gewährt, das Einberufungsedikt für den Landtag vollzogen. Mit vollster Offenheit und mit vollem Vertrauen würde der Landtage entgegen treten. Seine Losung sey, »Freie Völker, freie Fürsten;« nur wenn Beide frei wären,

*) Am 10. März brachte der Staatsanzeiger eine königliche Kabinets Ordre vom 8. März aufgefertigt, welche aber von der sehnlichst erwarteten Preßfreiheit nichts weiter enthielt, als eine entfernte Aussicht. Der König erklärte nämlich: daß, nachdem der Bundestag die Aufhebung der Censur den Einzelstaaten anheimgestellt, von seiner Seite kein Hinderniß mehr dagegen obwalten werde; wenn ihn nicht der dringende Wunsch davon abhalten würde, in dieser Angelegenheit ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben. Das Staats-Ministerium solle daher die Entscheidung über die beim Bundestag bereits gestellten Anträge befördern. Sollte dieses unerwartet auf Hindernisse oder Verzögerungen stoßen, so würde er dann mit einer, auf Censurfreiheit beruhenden, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung interimistisch vorgehen.

Dieser königliche Erlaß befriedigte aber ganz natürlich in keiner Weise; und selbst die Anhänger der Regierung waren bestürzt über eine solche Zähigkeit.

könne die wahre Wohlfahrt gedeihen. Die andern Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sey daher nicht nöthig. Doch eines Ausdrucks der Adresse müsse er erwähnen, desjenigen nämlich: welcher gegen die allmälige Entwicklung der Verfassung gerichtet sey; diesem könne er nicht unbedingt beitreten. Es gebe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen lassen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. »Kühn und bedächtig« das seyen die Losungsworte jedes guten Feldherrn: das wolle er auch nicht vergessen. Die gute, alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben. Auch die Gliederung der Stände sey deutsch; wer dagegen anstrebe, der setzt sich Gefahren aus. Eben so komme der Besitz als altergebrachte Grundlage der Standschaft in Betracht. Doch Alles dieses könne nur mit dem Landtage erledigt werden. Es war also offenbar, daß König und Volk sich nicht verstanden, und daß es den Mittelspersonen theils an Willen, theils an Einsicht fehlte, dieses Verständniß zu bewirken.

Der Berliner-Magistrat schien froh zu seyn, daß er sich der Adreßsache entledigt hatte, und glaubte damit sey nun Alles gethan; ebenso machte er mit überschwänglichen Worten das Resultat der Audienz bekannt, in der Hoffnung, daß die Einwohnerschaft von Berlin, von gleicher Begeisterung so wie er selbst ergriffen seyn werde.

Wirklich brachte auch der »Staats-Anzeiger« demselben Abend das Patent, von dem der König gesprochen hatte zur Kenntniß.

Es hieß darin, der König habe im Verein mit der österreichischen Regierung seine deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinschaftlichen Berathung in Betreff der Reparation oder Wiederherstellung des deutschen Bundes zu vereinigen.

Das Resultat dieser Berathung würde jedenfalls Maßregeln betingen, zu deren Ausführung der König der Mitwirkung des vereinigten Landtags bedürfe.

Dieser wegen, und weil der König in so wichtigen Epochen sich nur in Vereinigung mit den Ständen stark fühle, habe er beschlossen, den Landtag zum 27. April einzuberufen.

Die Verblendung der Regierung erschien unbegreiflich; denn während das ganze Land fast einstimmig die sofortige Einberufung des Landtags verlangte, damit die aufgeregtesten Agitationen oder Beunruhigungen dort ein natürliches und berechtigtes Organ finden würden, während die sofortige Gewährung desjenigen, was die meisten kleinern Staaten schon erlangt hatten, verlangt werde, schob man die Berufung des Landtags noch ferner auf sechs Wochen hinaus, und erwähnte mit keiner Sylbe, daß man diesem, wenigstens Vorlagen über die innere Reorganisation Preußens machen wolle.

Es war aber von Seite der Regierung nicht bloßer Mangel an richtiger Auffassung der Verhältnisse; — man wollte die Bewegung leiten, nicht nachdem man sich an deren Spitze stellte, sondern man glaubte Kraft genug zu haben, sie nach einem selbst vorgezeichneten Weg, in einem beliebigen Schritte, bis zu einem gewissen abgesteckten Ziel, und nicht weiter, führen zu können. Man wartete auf Oesterreich und dessen Entschlüsse; denn die alte Furcht vor dem Tadel des Fürsten von Metternich war noch wach wie zuvor.

Den kleinen Regierungen wurden Noten zugeschickt, worin matt sie auffordrete, keine Zugeständnisse zu machen. In die sächsische Grenze wurden Truppen abgesendet, um die hortige Bewegung, welche ebenfalls durch eine wenig einschüchternde Bewegung hervorgerufen war, nöthigenfalls unterdrücken zu helfen.

Während dieses Zuwartens stieg aber die Bewegung bereits zu gefährlichen Ausbrüchen heran.

Wie in frühern Jahren, gab die Rhein-Provinz ein auffallendes Zeichen der Bewegung.

Am 5. März begaben sich Volksmassen in Köln, freilich schon mit andern, als konstitutionell-liberalen Elementen gemischt, vor das Sitzungs-Lokal des Gemeinderaths, und überreichten eine Petition mit der Ueberschrift: »Forderungen des Volkes,« nachdem sie auf einem unbedingten Beitritt zu diesen Forderungen bestanden.

Es wurde darin verlangt: Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. — Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staate. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse. — Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung mit solchen, vom Volke gewählten Anführern. — Freies Vereinigungsrecht. — Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle. — Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten u. s. w.«

Bei dieser Gelegenheit kam es schon zu leichten Streitigkeiten mit dem Militär, welches endlich den Rathhausplatz räumte.

Ruhiger ging es indessen bei der am 4. März veranstalteten Bürgerversammlung zu, welche von den angesehensten Bürgern der Stadt besucht war.

Hier beschloß man eine Adresse an den König, worin verlangt wurde: eine Repräsentativ- oder stellvertretende Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister und der allgemeinen Wahlrechte. — Freiheit der Rede, der Presse, und Vereinigung. — Religionsfreiheit u. s. w.

Aehnliches geschah fast gleichzeitig in den Städten Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Elberfeld, und bald stellte auch die kleinste Gemeinde der Provinz ihre Forderungen auf.

In der Provinz Sachsen vergaß man endlich die religiösen Streitigkeiten, und wendete sich dem politischen Gebiethe zu.

Von Magdeburg, Halle, Nordhausen, Halberstadt und andern Orten gingen ähnliche Adressen wie die oben erwähnten aus. Auch das konservative Westphalen, namentlich die Gemeinden blieben nicht zurück.

In Schlesien eröffnete Breslau die Adreßbewegung, und die erfolgten Unruhen entstanden nur größtentheils durch den Widerstand der Behörden.

Eine Versammlung von Bürgern, welche am 6. März stattfinden sollte, und den Entwurf einer Adresse beabsichtigte, wurde untersagt. In demselben

Tage beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung mit demselben Gegenstande bei offenen Thüren, in Gegenwart eines ziemlich aufgeregten Publikums, welchem der Adreß-Entwurf nicht genügte, und man schrie daher von den Tribunen herab den Gemeinde-Vertretern zu, daß sie dem Vertrauen der Bürger nicht entsprochen hätten, und also ihr Verfahren keineswegs geeignet wäre, die Gemüther zu beruhigen.

Auf diese Weise mußte unter einem großen Tumult die Sitzung aufgehoben werden, worauf die Volkshaufen nach dem Lokale hinzogen, wo die verbotene Volksversammlung hätte abgehalten werden sollen; jedoch das Militär besetzte das Lokale und zwang die Menschenmenge sich zu entfernen.

In der Provinz Preußen machte die Umwälzung in Frankreich beinahe den gewaltigsten Eindruck; ja man fürchtete sogar einen Krieg mit Frankreich, und als dessen unvermeidliche Folge einen Einfall der Russen nach dem Preußenlande.

Die meisten Adressen, welche in jenen Tagen aus diesem Landestheile eingingen, stimmten darin überein.

In Königsberg hielt man am 7. März eine Versammlung in der städtischen Ressource (ein Unterhaltungsort) ab, wo eine Petition abgefaßt wurde, die ungefähr folgenden Inhalts war:

»Die Staats-Umwälzung in Frankreich, herbeigeführt durch ein freiheitsfeindliches Ministerium, und das beorstehende Einrücken russischer Truppen in das Innere von Deutschland, gefährdet von Osten und Westen her die Grenzen unsers Vaterlandes.

In einer so verhängnißvollen Zeit nehmen wir keinen Anstand, uns offen und frei an Euer Majestät zu wenden, und es auszusprechen, daß nur ein, in freien Verfassungen erstarktes und dem Interesse Deutschlands sich hingebendes Preußen uns Schutz bieten kann.

Durch eine wahre, aus allen Ständen des Volks hervorgegangene Volksvertretung, durch die Herstellung eines deutschen Parlaments, durch unbedingte Preßfreiheit bekömmt Deutschland die Kraft, allen seinen Feinden zu widerstehen.«

In noch kräftigeren Worten äußerte sich die Stadt Elbing, welche erklärte, daß die Bürgerschaft zu jedem Opfer bereit sey, welches die Sicherheit des Staats nothwendig mache; daß aber ein Bündniß mit Rußland nicht nur nicht zum Siege helfen, sondern die Abreißung der Provinz und die Knechtung und Schande des gesammten Vaterlandes zur Folge haben würde. Nur einer volksthümlichen und freisinnigen Politik werde es gelingen, alle Gefahren abzuwenden.

Während so die Bewegung sich von Stadt zu Stadt fortpflanzte, überall dieselben Wünsche laut wurden, während man sich die Redefreiheit und das Versammlungsrecht faktisch selbst gab, waltete die Central-Regierung in Berlin ruhig und unbekümmert um dasjenige, was von Außen hervorging.

Würden die Berliner-Stadtbehörden frühzeitig ihre Aufgabe erkannt und gemessen, aber auch gleich fest und offen zu ihrem Könige gesprochen haben, so wäre vielleicht die spätere Katastrophe, die so viele Menschenopfer gefostet hatte, vermieden worden.

Der König, so wie die Regierung legten überhaupt von jeher einen großen Werth auf die Aeußerungen der Berliner-Bürgerschaft und ihre Vertreter, daher ist es kaum erklärbar, daß man diesmal diese Stimme überhört hatte.

Von Breslau wurde eine Adresse an den König abgeschickt, worin gesagt wurde, daß die Einberufung des vereinigten Landtags keineswegs, wie die Stadtverordneten in ihre Adresse ausgesprochen haben, der Volkswunsch sey, denn die Gliederung des Landtags genüge dem Volke nicht, da man wahrhafte Volksvertretung wünsche.

Aehnlich wie in Schlesien, suchten auch in Sachsen die Behörden die Bewegung zu unterdrücken. So forderte nämlich der Ober-Präsident die sämmtlichen Magistrate auf, die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten streng zu überwachen, und sie dann aufzuheben, im Falle man über politische Gegenstände sprechen würde; indessen verhinderte aber alles dieses nicht, daß fast alle größern Städte ihre Adressen abschickten.

In Magdeburg ging dieses nicht ohne Unruhen ab, denn als sich auf dem Platze, von wo der Zug ausgehen sollte, eine große Anzahl Volkes versammelt hatte, um einigen Stadtverordneten, welche besonders bei der Adreß-Verhandlung sich bethätigt hatten, ein Lebehoch zu bringen, wurde diese Demonstration inzwischen abgefagt, was dann zur Folge hatte, daß das mißvergnügte Volk in dem Hause des Polizei-Direktors die Fenster einwarf und die Thüren zerschlug, bis endlich der Kommandant das Militär ausrücken, und das Volk zerstreuen ließ.

Da die dabei verwendeten Artilleristen welche von ihren scharfen Säbellingen Gebrauch machten, erzeugten aber dadurch in der Stadt eine sehr feindliche Stimmung zwischen Volk und Militär.

Auch in Königsberg, Elbing u. s. w. so wie in Magdeburg übte das Militär unverzeihliche Exzesse gegen oft unschuldige und wehrlose Bürger aus, die sich zur friedlichen Besprechung der Tagesangelegenheiten versammelt hatten, und so wurde der alte Zwiespalt zwischen Militär und Bürgern, wieder aufs Neue gereizt und führte zu den traurigsten Konflikten.

Ja zuletzt durchzogen schon Banden von Arbeitern und Unzufriedenen das Land, steckten die Schlösser der Adeligen in Brand, und zerstörten die Maschinen und Fabriksgebäude, wozu noch, wie schon gesagt, in allen großen Städten die höchste Erbitterung gegen das Militär sich eingeschlichen hat.

In Berlin sah jeder Tag neue Konflikte und neue Menschenopfer; und obschon selbst die angesehensten Bürger darauf aufmerksam machten, daß das Zurückziehen des Militärs die Unruhen dämpfen würde, so blieb dennoch jede Bitte in dieser Sache vergebens, da man immer zum Auswegmittel die Einwendung machte, der Befehl zum Abziehen des Militärs wäre gegen die Ehre der ganzen Armee.

Noch mehr Aufregung entstand jetzt, als die Nachricht anlangte, daß in Wien am 13. März eine

Revolution ausgebrochen sey, daß Fürst Metternich sich geflüchtet, und daß der Kaiser alle von ihm verlangten Reformen bewilligt habe.

Jetzt war das allgemeine Treiben; — auch hier möchte man dasselbe erreichen, und in Wahrheit, hatten die Wiener März-Ereignisse das Ministerium nicht wenig erschüttert; denn der letzte Rückhalt war mit dem Sturze des Fürsten Metternich verschwunden.

So wurden auch die Nachrichten aus den westlichen Provinzen, wo sich schon kommunistische Elemente eingeschlichen hatten, immer beunruhigender und von allen Seiten drängten sich jetzt Deputationen nach Berlin, um entschiedene Erklärungen von der Regierung zu fordern.

Die Minister fahren ein, daß es unter solchen Umständen nothwendig sey, fernere Bewilligungen oder Zugeständnisse zu machen, und dann aber ihre Entlassung zu nehmen.

Der General Thile, der sich dieser Ansicht anschloß, wollte jedoch, daß man die weitern Konzessionen, die man zu machen geneigt wäre, dem neuen Ministern überlasse, aber diese Ansicht drang nicht durch, und so wurden die Entlassungsgesuche zwar eingereicht, vom Könige auch genehmigt, jedoch ganz Geheim gehalten.

Der 17. März verging in einer auffallenden Ruhe; ja von dem was in den vergangenen Tagen geschehen war, sah man nirgens mehr eine Spur; und so glaubte nun auch die Regierung, daß schon Alles beseitigt sey; denn noch am Morgen sagte der Minister Bodelschwingh zu dem russischen Gesandten, er könne nach Hause schreiben, daß schon Alles abgemacht sey.

Doch noch im Laufe des Tages, wurden die beunruhigendsten Nachrichten aus den einzelnen Stadt-Bezirken eingebracht.

Der Polizei-Präsident von Minutoli meldete dem Minister der Innern Angelegenheiten, man habe bisher Straßen-Auflaufe gehabt, aber am folgenden Tage werde die Revolution ihr Haupt erheben, denn an vielen Punkten der Stadt werde sie ganz offen gepredigt und verkündigt.

Obwohl diese Meldung sich nicht auf Beweise eines wirklichen Revolutionsplans begründen ließ, so war es aber sehr erklärlich, daß der Haß gegen das Militär und die Nachrichten aus Wien, die äußerliche Unthätigkeit der Regierung in dem entschlossenen Theile der Bevölkerung den Gedanken hatte reif werden lassen, mit Gewalt dasjenige zu nehmen, was so hartnäckig verweigert wurde.

Am 17. März Abends kam die Deputation der Stadt Köln an, und am nächsten Morgen wurde sie vom Könige empfangen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln von Wittgenstein übergab die Adresse, worin die Forderungen der Provinz angegeben waren, nachdem er noch beigefetzt, daß von der Antwort, welche die Deputation mitbringe, die Zukunft der Provinz abhängen werde, und daß es daher eines augenblicklichen Entschlusses des Königs bedarf.

Der König drückte darüber seine Zufriedenheit mit der ihm überreichten Adresse aus, und sprach, er werde sich an die Spitze der Bewegung Deutschlands stellen, und im Innern seines Landes die nöthigen Freiheiten bewilligen. Der Kongreß der Fürsten werde nächstens in Potsdam zusammentreten, und die deutschen Angelegenheiten ordnen.

Hierauf antwortete die Deputation, daß ein solcher Kongreß nur neues Mißtrauen erzeugen, wenn er nicht in Frankfurt am Main, und umgeben von den Volksvertretern stattfinden würde.

Es sey daher zur Beruhigung der Rhein-Provinz unumgänglich nöthig, daß die Deputation mit einer festen Zusicherung in die Heimath zurückkehre, denn solche Maßregeln könnten in keiner Weise beruhigen.

Nun ersuchte der König die Deputation, ihre Adresse noch um drei Stunden aufzuschieben, bis dahin wolle er ihr durch den Ober-Präsidenten eine Proklamation zusenden, worin dann Alles gewährt werden würde.

Während dieses im Schlosse vorging, fanden in verschiedenen Stadt-Bezirken Bürger-Versammlungen Statt, in welchen man beschloß, sich zum Könige zu begeben, und ihm die Volkswünsche vorzutragen.

Aehnliches beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, deren Deputation gegen Mittag die Nachricht zurückbrachte, daß schon Alles bewilligt sey.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch die Stadt, denn man wollte es kaum glauben, daß man das langersehnte Ziel endlich erreicht habe.

Alles strömte jetzt nach dem Schlosse um dem Könige zu danken; ja es herrschte in diesem Augenblicke der Freude und Begeisterung nur eine Stimme in der ganzen Stadt.

Inzwischen wurde die Proklamation des Königs in allen Straßen und Stadt-Bezirken vertheilt.

In dem Eingange dieser Proklamation heißt es: »Als Wir am 14. März Unsere getreuen Stände zum 27. April dieses Jahrs beriefen um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die, Unsern deutschen Bundesgenossen vorzüglich angehörende Regeneration oder Umwandlung auch für Preußen nothwendig bedingen, konnten wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien, einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung nothwendig machen würden. Jetzt, nach jenem wichtigen Ereignisse, finden Wir Uns vor allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist, — bald innigst vereinigtem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welche die Vorschläge sind, die Wir Unsern deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben.«

Hierauf folgten die einzelnen Vorschläge wegen der Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, worin der König eine Vertretung des Volkes beim Bunde verlangt, und

anerkennt, daß eine solche Bundes-Versammlung eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig mache.

Zum Schluß heißt es noch: »Daß sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unsern Kräften zu erstreben, suchen werden. Mit einem stolzen Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereitwilligste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen, und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Damit aber die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unsern Staaten Zögerung und Hinderniß finden könne, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nöthig halten, haben Wir beschlossen, die Berufung des vereinigten Landtags zu beschleunigen, und brauftragen das Ministerium, diese Einberufung auf Sonntag den 2. April dieses Jahres zu bewirken.«

Gleichzeitig mit dieser Proklamation erschien auch ein Gesetz über die Presse, wodurch die Censur aufgehoben, und die Herausgabe von Zeitungen unter einer Kautionsleistung frei gegeben wurde.

Diese allerdings umfassenden Zugeständnisse des Königs waren ihm theils durch die eindringlichen Vorstellungen der Abgeordneten aus den Rheinlanden, welche den sofortigen Abfall dieser Provinzen bei längerer Zögerung ankündigten, theils durch die Stimmung in der Bürgerschaft von Berlin selbst, welche mit einem, von den Schutzmannschaften zu überreichenden Bittgesuch an den König sich wenden zu wollen, erklärt hatte, abgedrungen worden.

So unvollkommen auch diese Konzessionen erschienen, da es meistens nur Vorschläge und Versprechungen waren, und überdieß der Thron noch immer von denselben Männern umgeben war, welche sich so lange allen gründlichen Verbesserungen abgeneigt bewiesen hatten; da endlich der Polizei- und Militärstaat noch in seiner vollen Kraft bestand, so schüttelten viele denkende Männer gleich Anfangs besorgt den Kopf, übrigens sah sich die Bürgerschaft damit einigermassen dennoch befriedigt, nachdem sie in der Hoffnung lebte, daß durch den Landtag, der in Kurzem zusammentreten sollte, das Fehlende schon ergänzt werden wird.

Der 18. März war an einem Sonnabend, und an diesem Tage das heiterste und sonnigste Frühlingswetter.

Die Volksmenge vermehrte sich auf dem Schloßplatze so wie unter den Linden, und bewegte sich in einer noch ungewissen Stimmung durcheinander; da verbreitete sich plötzlich gegen 2 Uhr Mittags das Gerede, daß die erwarteten Proklamationen des Königs vollzogen seyen, und in einem so eben im Drucke erschienenen Extrablatte der »Allgemeinen preußischen Zeitung,« ausgegeben wurde.

Bald sah man auch dieses Blatt auf der Straße in vielen Händen verbreitet, worüber Freude, aber auch wieder Zweifel wechselseitig auf allen Gesichtern zu bemerken war; denn betrachtete man die Bestimmung der herausgekommenen beiden Patente näher, so entdeckten sie nichts weiter als ein Gesetz über die Presse, welches die Censur zwar aufhob, aber die Zeitungen an Kautionen fesselte, und ein Patent wegen beschleunigter Einberufung des vereinigten Landtags, worin jedoch von der inneren staatlichen Entwicklung von Preußen gar nicht die Rede war, sondern nur indirekt in Bezug auf eine Neugestaltung des deutschen Bundesstaats zugestanden wurde, daß eine Reorganisation der Bundesverfassung Deutschlands eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig mache.

Diejenigen, welche bald die Thatsache einer Berliner-Revolution überhaupt abzuläugnen, und die aus dem Märzkampf hervorgegangenen Errungenschaften als ein schon vor dem Kampf bewilligtes Zugeständniß der Krone darzustellen suchten, haben sich für diese Behauptung stets auf das Patent vom Morgen des 18. März stützen wollen.

Diese erste indirekte Zusage einer konstitutionellen Verfassung, die allerdings dem Kampfe vorhergieng, konnte aber nur auf einen ganz sophistischen, nämlich spitzfindigen Wege für einen fundamentalen Bewilligungsakt ausgegeben werden.

Indessen war nicht zu läugnen, daß am Mittag des 18. März ein frohes und gewissermaßen befriedigtes Gefühl durch die Massen ging, die sich um 1 Uhr in großen Schaaren nach dem Schloßplatz begeben hatten, um dem König ihren Dank in einem Lebehoch auszudrücken, zugleich aber auch ihre Wünsche um Bürgerbewaffnung, Verändерung des Ministeriums u. s. w. vortragen wollten.

Man höre bei dieser Gelegenheit den Ruf nach Auerswald, Camphausen und andere bekannte Männer, die in der neuesten Zeit sich einen guten Ruf erworben hatten.

Was sich in den Massen unwillkürlich regt, hat immer einen bestimmten und berechtigten Grund; und so war es auch mit diesem Dankgefühl gegen den König; das nicht aus der Luft gegriffen werden konnte; einen wie großen Antheil auch die gutmüthige Gläubigkeit des Volks daran haben mochte!

Der König erschien selbst zweimal auf dem Balkon des Schlosses, wo er von unten durch einen tausendstimmigen Jubelruf der Bürger begrüßt wurde.

Die Worte, welche er zu sprechen versuchte, ließ das Getöse der wogenden Volksmenge nicht deutlich vernehmen. Bürgerschützen pflanzten auf dem gegenüberliegenden Balkon des Schloßplatzes die preußische Fahne auf, wozu auf der einen Seite Beifall geklatscht wurde, während man auf der andern Seite die deutsche Nationalfahne in Schwarz, Roth, Gold dafür verlangte.

Plötzlich hörte man während des Jubels, als die aufgestellten Truppen noch durch anrückende Kavallerie

Krwawý boj wojska s národem

Sanguinosa collisione del militare col popolo.

A' katonaság és nép közti véres összeütközés.

Blutiger Zusammenstoss des Militärs mit dem Volke.

vermehrt wurden, von allen Seiten das anhaltende Geschrei: »Fort mit dem Militär! Das Militär zurück! Andere schrien wieder: Der König wolle sich seinen Bürgern anvertrauen.«

Es waren nämlich die Engänge des Schlosses zum Theil Anfangs mit Mannschaften der Potsdamer-Garde (das erste Garde-Regiment zu Fuß) besetzt, welche jetzt durch Dragoner verstärkt worden sind.

Der Graf von Arnim, welcher sich in der Umgebung des Königs befand, meldete nun den Letzteren das Verlangen des Volks; worauf dieser zur Antwort gab, einen unehrenvollen Rückzug der Truppen könne man ja doch nicht fordern, und da man unter dem großen Lärmen den Grafen Arnim nicht ordentlich verstehen konnte, und im Allgemeinen erfuhr, daß der Abzug des Militärs von dem Könige abgeschlagen sey, entstand bald eine beispiellose Verwirrung, die immer etwas Räthselhaftes und Unerklärliches behalten wird.

Das Gerede, daß der König das Militär nicht zurückziehen wolle, verbreitete sich blitzschnell unter den Volksmassen, und bald verknüpfte sich damit eine dunkle Ahnung, daß ein neuer blutiger Angriff der Soldaten auf das Volk beabsichtigt werde.

Nun entstand dadurch ein Drängen und Schieben unter der Volksmenge, welche sich zugleich in der Angst und Wuth auf die verschiedenartigste Weise ausdrückte.

Mehrere Stadtverordnete kamen jetzt aus ihrer Sitzung auf den Schloßplatz herbeigestürzt um das Volk zum ruhigen Verhalten aufzufordern, worauf sie durch eine öffentliche Verlesung des königlichen Patents hinwirken zu können glaubten.

Während aber noch auf der einen Seite des Platzes unter dem Hüteschwenken und Jubelrufen der Volksmenge dieses Patent vorgelesen wurde, zeigte sich auf der andern Seite an der Stechbahn das Garde-Dragoner-Regiment, dem ebenfalls zugerufen wurde: »Militär fort!«

Als das Regiment darauf einige Schwenkungen machte, hörte man einen Beifallsruf aus der Volksmasse, denn man war der sichern Meinung, daß die Truppen jetzt abmarschiren werden. Diese Vermuthung schien aber den Kommandanten des Regiments erbittert zu haben, und da er wahrscheinlich dieses Verlangen für aufrührerisch angesehen hatte, und er für einen solchen Fall gewiß schon mit Befehlen versehen gewesen seyn wird, so ließ er jetzt Front machen, und die Kavallerie sprengte mit blanker Waffe gegen die Volksmenge, um den Schloßplatz zu säubern.

In demselben Augenblicke trat auch aus dem mittlern Portal des Schlosses ein Bataillon des Kaiser Franz-Regiments heraus, und marschirte zuerst bis in die Mitte des Schloßplatzes vor, worauf es mit gefälltem Bajonett nach der Lange-Brücke zu die über den Spreefluß führt, abschwenkte, während es die schon im Zurückweichen begriffene Volksmenge unter dem Wirbel der Trommeln vor sich hertrieb.

In diesem Augenblicke gingen aus den Reihen der Soldaten zwei Schüsse los, über deren Ursprung oder Veranlassung später so viel gestritten worden ist, und die, wie nachher behauptet wurde, durch das zufällige Entladen zweier Gewehre fielen.

Manche haben über diese zwei unglückseligen und verhängnißvollen Schüsse behauptet, daß fremde Emissäre, nämlich Polen, denen man alle Schuld der entstandenen Krawalle gab, und die man vorzugsweise als die Urheber der Revolution betrachtete, absichtlich geschossen hätten, um den Volksaufstand zum Ausbruche zu bringen. Andere waren wieder der Meinung, daß sie durch ein Mißverständniß veranlaßt worden seyen. Wieder andere sprachen sich dahin aus, daß absichtlich von der Militärpartei geschossen worden sey; diese habe nämlich den letzten Trumpf ausspielen wollen.

Genug, die verhängnißvollen Schüsse waren gefallen, und das entsetzliche Berliner-Trauerspiel entwickelte sich jetzt in einer reißenden Schnelle.

Als die Nachricht von diesem Ereignisse sich in der Stadt verbreitet hatte, erhob sich ganz Berlin wie Ein Mann.

Allenthalben schrie man: »Wir sind verrathen! — man hat uns getäuscht, — auf zur Rache, ergreift die Waffen ꝛc.« und überall erhoben sich in kurzer Zeit die Barrikaden, diese blutigen Theater der Revolutionen; ja die ganze Stadt war in kurzer Zeit, so sehr es auch ihr an Mitteln zur Vertheidigung fehlte, zu einem völligen Kriegslager umgestaltet.

Die Entrüstung war jetzt allgemein, und in dem Bewußtseyn, daß der Kampf gewagt werden müsse, sie wir in dem glühendsten Muthe und dem unerschütterlichen Entschlusse, sich und der ganzen Nation feste Bürgschaften für die Neugestaltung des Staats zu erwerben, fand man die Kraft und die Mittel zum Siege.

Die Schnelligkeit, mit welcher, zunächst auf den bedrohtesten Punkten, aber auch weiterhin im Innern der Stadt, Barrikaden in großer Anzahl, zuweilen beträchtlich hervorwuchsen, erregte wahrhafte Bewunderung, besonders, wenn man bedenkt, daß Berlin mit seinen zahlreichen langen und breiten Straßen, mit seinen großen Plätzen weit schwerer als andere große Städte in Vertheidigungsstand zu setzen ist.

Für die Berliner war der Straßenkampf etwas ganz Neues, aber sie haben sich nicht als Neulinge gezeigt, sondern sogleich eine Meisterschaft darin bewiesen, welche sie über die Pariser erhebt, da dort eine bewaffnete Nationalgarde dem Volke zur Stütze diente, und das Linien-Militär sich auf den Kampf wenig eingelassen hat.

Die Berliner-Barrikaden waren mit großer Geschicklichkeit, manche mit ausgezeichneter Festigkeit erbaut, und die hunderterlei Baustoffe, nämlich: Balken, Bretter, Wagen, Marktbuden, Haustbüren, Steine, Hauseinrichtung und dergleichen mehr mit ungemeiner Fertigkeit an einander gefügt worden.

Das Straßenpflaster wurde aufgerissen, um für die Reiterei den Weg dadurch unbrauchbar zu machen; auch wurden auf mehreren Straßen Glasscherben ausgestreut, und in den Boden spitzige Eisen eingerieben, und dadurch die Schwierigkeit noch mehr vermehrt. Steine wurden in die obern Stockwerke getragen, und

Dächer abgedeckt um Wurfgeſchoße zu bekommen. Siedendes Waſſer wurde in Bereitſchaft gehalten, kurz jede Waffe, welche die Verzweiflung in die Hand gibt, wurde zur Vertheidigung benützt, da es an ordentlichen Kriegswaffen mangelte. Wer Waffen hatte, erſchien entweder ſelbſt damit gerüſtet, oder übergab ſie kräftigen Männern; auch vertheilten die Waffenhändler ihre ſämmtlichen Vorräthe an das Volk. Da aber alles dieſes noch nicht hinlänglich war, ſo fing man damit an, einzelne Offiziere und Soldaten, die ſich auf den Straßen ſehen ließen, oder auf den Wachpoſten ſtanden zu entwaffnen, und da dieſes auch noch nicht zureichte, ſo wurden ſpäter größere Waffen-Niederlagen des Militärs erſtürmt.

So waren alſo kaum zwei Stunden ſeit den Vorgängen auf dem Schloßplatze vorüber, und die Stadt ſtand kampfbereit da.

An eine Verſtändigung konnte alſo jetzt nicht mehr gedacht werden; der Vulkan ſandte in heftigſter Wuth ausbrechend doch empor ſeine blutrothen Flammen, der erwachte und gereizte Löwe des Volkes ſchüttelte ſeine mächtigen Mähnen, brüllte wild auf, und ſprang in den ſchauerlichen Kampf auf Tod und Leben.

Im Innern des Schloſſes, wo man der Anſicht geweſen ſeyn mag, daß vom Volke ein Angriff auf das königliche Schloß unternommen werden könnte, ſah es während dieſer Zeit ganz eigenthümlich aus.

Der König umgeben von ſeinen Miniſtern, den ſämmtlichen Prinzen, vielen Generälen und hohen Staatsbeamten, wie auch andern im Drang des Augenblicks herbeigeeilten Perſonen, hielt ſich in ſeinen Gemächern zurück.

Der verhängnißvolle Augenblick, der hereingebrochen war, wurde noch mit großer Zuverſicht beſprochen; ja man glaubte ſogar, daß der Aufſtand, wie alle frühern Volksbewegungen vorübergehen werde.

Nachdem die Kathaſtrophe auf dem Schloßplatze eingetreten war, begaben ſich die Miniſter in den Hof des Schloſſes hinab, wo mehrere Stadt-Verordnete in der Abſicht auf und abgingen, um ſich zum König einen Zutritt zu verſchaffen.

Dieſe Stadt-Verordneten glaubten noch einen Vermittlungsverſuch machen zu können, und verbanden mit den herabgekommenen Miniſtern, Graf Arnim, Bodelſchwingh und Rohr, über die Zurückziehung des Militärs. Die Miniſter antworteten aber, daß Niemand die Verantwortlichkeit für eine ſolche Maßregel würde übernehmen können, und verwieſen die Bittenden an den General Prittwiz, der das Kommando habe; aber das eigentliche Phantom der beſondern Militärehre war es hier beſonders, woran jede mögliche Vermittlung und Abwendung eines äußerſten Konfliktes ſcheiterte.

Man ſagte den Stadt-Verordneten, wie auch mehreren Bürgern und Staatsbeamten, welche ſich den Vorſtellungen derſelben angeſchloſſen hatten; daß es gegen die Ehre der preußiſchen Truppen gehandelt wäre, wenn man ſie jetzt zurückziehen wollte. Nun kamen auch die Prinzen in den Hofraum herunter, die man gleichfalls mit Bitten und Vorſtellungen beſtürmte; und wirklich entfernte ſich der Prinz Karl mit dem Verſprechen, eine Vermittlung bei dem Könige verſuchen zu wollen.

Einige Vorgänge, welche in den Mittagsſtunden des 18. März im Innern des Schloſſes ſich ereigneten, deuteten freilich ſchon darauf hin, daß ein getheilter und ſchwankender Wille hier herrſche, und daß man auf der einen Seite zu immer weiteren Zugeſtändniſſen an den Volkswillen bereit, auf der andern Seite aber zugleich zu einem entſcheidenden Kampfe entſchloſſen ſey.

Die erſte Abſicht drückte ſich in der Veränderung des Miniſteriums aus, die ſchon am Mittag des 18. März vom König wirklich beſchloſſen war. Es verbreitete ſich nämlich zwiſchen 1 und 2 Uhr durch die ganze Stadt das Gerücht, daß der König, um jenen Bruch mit dem alten Syſtem vollſtändig darzuthun, die frühern Miniſter entlaſſen habe, und zur Bildung eines neuen Kabinets entſchloſſen ſey, als deſſen Mitglieder die Helden des vereinigten Landtags, nämlich Schwerin — Auerswald — Camphauſen und Beckerath genannt wurden.

Dieſer Abſicht aber, die auf eine friedliche Vermittlung hindeutete, ſchien ein anderer Umſtand nicht ganz zu entſprechen, der ſich in derſelben Zeit zutrug, und der, wie ſo manche andere Vorgänge, in dieſem Augenblick, aus einem gewiſſen Dunkel noch nicht herausgetreten iſt.

Dieſes iſt nämlich die plötzliche Entlaſſung des Generals Pfuel von ſeiner Stelle als Gouverneur von Berlin.

Dieſer General, früher beſonders durch ſeine Stellung in Neufchatel bekannt, und ſeit Kurzem als Gouverneur nach Berlin berufen, hatte in letzterer Eigenſchaft mit großer Beſonnenheit und Mäßigung gehandelt. Um die Mittagsſtunde entfernte er ſich aus dem Schloſſe, um ſich nach ſeiner Familie umzuſehen, der er ihn der Dienſt mehrere Tage getrennt hatte.

Als er ſich nach einer Stunde wieder auf den Rückweg begab, fand er in den Straßen ſchon die entſcheidende Bewegung ausgebrochen, ſo daß er nur mit Mühe durch die bereits zum Kampf ſich rüſtenden Volkshaufen in das Schloß zurückkommen konnte. Hier wurde ihm nun eröffnet, daß ihm ſein Kommando abgenommen, und daſſelbe an den General von Prittwiz übertragen worden ſey.

Die Nachricht von Dem was auf dem Schloßplatze geſchehen, war wie ein Feuerlärm durch die ganze aufgeregte Stadt gedrungen. Man klagte laut über begangenen Verrath, und ſchrie, daß keine Verſtändigung mehr möglich ſey, und daß jetzt zu einem offenen Kampfe geſchritten werden müſſe.

Mit den wüthenden Ausdrücken über die Militärbarbarei verbanden ſich zugleich die entſchiedenſten politiſchen Aeußerungen, und es wurde überall gerufen, daß man den alten Soldaten-Staat Preußen zerbrechen müſſe, um zu einem neuen Staat und zur Freiheit zu kommen!

Ob die auf dem Schloßplatze gefallenen Schüſſe Menſchen getödtet hatten, blieb zweifelhaft und der

Ungeund dieſer Behauptung erklärte ſich erſt ſpäter; indeſſen wurde von allen Seiten beruhigend und abmahnend das Wort »Mißverſtändniß!« laut; aber es konnte keine Abkühlung, noch weniger mehr einen Aufenthalt in die einmal überſtürzte Volkswuth bringen.

In der Gegend des Schloſſes wurde es plötzlich Menſchenleer, und die großen Plätze ſahen wie ausgefegt aus. Von Zeit zu Zeit ſah man nur Ordonanzen hin und herſprengen, um den Truppen in den Kaſernen die Befehle zu überbringen.

Bald hörte man aber das erſte Krachen vom Aufbau der Barrikaden, und einzelne Schüſſe, welche den Angriff gegen dieſelben verkündeten, ſchmetterten los.

In dem Augenblick, als der Kampf beginnen ſollte, erſchien der Miniſter Graf Arnim auf dem Balkon des Schloſſes mit einer weißen Fahne, deren Inſchrift zum Frieden aufforderte, und mit dieſer Fahne ſoll er ſich dann auch durch die Breitenſtraße begeben haben.

Am ſpätern Nachmittag ging aus einem Fenſter des Schloſſes eine Fahne herunter, auf welcher mit großen Buchſtaben das Wort »Mißverſtändniß!« zu leſen war.

Dieſe gütlichen Verſtändigungen wurden aber nicht mehr beachtet, und was längſt ſchon reif geworden war, mußte endlich in Erfüllung gehen. Das Volk glaubte ſich verrathen, und die Ueberzeugung ſtellte ſich in ihm feſt, daß hier ein beabſichtigter Streit, eine geheimnißvolle Konteremine, nämlich eine geheime Gegenanſtalt im Spiele ſey, wodurch im Augenblick einer ſcheinbaren Gewährung, Alles wieder hätte umgeſtürzt werden ſollen.

Der Kampf nahm ſeinen Anfang bald nach 3 Uhr an der Ecke der Oberwall, und Jägerſtraße, wo an dem Eckhauſe in welchem die Zeitungs-Halle ſich befand, die erſte Barrikade errichtet wurde.

Zwei Droſchken, eine Kutſche, das Schilderhaus vom Bankgebäude, die Reinſtein-Brücken und einige Fäſſer wurden hier zum Barrikadenbau verwendet, der, wie überall in der Stadt, mit ſolcher ſtaunenswürdigen Virtuoſität, als wenn die Beobſterung nie ein anderes Geſchäft betrieben hätte, gemacht wurde.

Man entwaffnete wie ſchon geſagt, die Militärpoſten in der Nachbarſchaft, wobei eine Schildwache an der Bank, die ſich um ihre Waffe vertheidigte, getödtet wurde.

Die zweite Barrikade entſtand an der Ecke der Werderſtraße, dem Regierungsgebäude gegenüber, während man auf den Dächern der Häuſer ſich mit Steinen bewaffnete.

Aber dieſe erſten Barrikaden waren kaum fertig, ſo rückte ſchon eine Dragoner-Abtheilung und ein Bataillon Infanterie gegen dieſelben.

Die Schüſſe der Soldaten tödteten in dem Lokal der Zeitungs-Halle einen Konditor oder Zuckerbäcker, und ein Dienſtmädchen, welches in dem Augenblick, wo es mit den Worten: »Deinem Schickſale kann man nun einmal nicht entgehen!« an das Fenſter trat, und von einer Kugel getroffen, todt zuſammenſtürzte.

Bis gegen 5 Uhr Nachmittags, war die ganze Stadt auch in den entlegenſten Theilen mit Barrikaden verſchanzt, die in manchen Straßen bis in die erſten Stockwerke hinauf gebaut waren.

Die Studenten bewaffneten ſich und ſteckten die ſchwarz-roth-goldene Kokarde an ihre Mützen; ebenſo ſtürzten Bürger, Handwerker, Arbeitsleute, ja ſelbſt auch jüngere Beamte, beſonders Rechtspraktikanten, u. ſ. w. auf die Straßen, bewaffneten ſich ſo gut es ging mit Gewehren, Aexten, Eiſenſtangen und mehr dergleichen Werkzeugen, und zogen nach verſchiedenen Richtungen hin, um ſich einen Kampfplatz aufzuſuchen, oder eine Barrikade vertheidigen zu helfen.

In den Waffen-Verkaufsgewölben wurden dieſelben unter dem Verſprechen, ſolche nach dem Kampfe wieder redlich zurückzuſtellen, was nachher faſt durchgängig auch zugehalten wurde, in Empfang genommen, ſo wie die Waffen-Vorräthe des königlichen und Königſtädtiſchen Theaters, von den kampfluſtigen Schauern abgeholt.

Die bewaffneten Schaaren führten überall die ſchwarz-roth-goldene Fahne, welche von dem Volke als die Freiheitsfahne erklärt, und mit Jubel begrüßt wurde; und die bald auch auf jeder Barrikade wehte.

Einige Studenten ſprengten zu Pferde zum Oranienthor hinaus, hielten ſich bei allen Maſchinen-Werkſtätten auf, und eiferten die Arbeiter an, in die Stadt zu kommen, und an den Kampf Theil zu nehmen, der in der Freiheit Aller, auch das Loos der Arbeiter zu einem günſtigen wenden werde.

Auf dieſe Aufforderung ſtanden gegen 6 Uhr Abends ſchon über 900 Arbeiter hinter den Barrikaden, denen es auch beſonders zuzuſchreiben iſt, daß in der Nacht des 18. März ein Kampf gekämpft wurde, der die Volksſache in ihrer nicht mehr zurückzuſtellenden Bedeutung erſcheinen ließ, und der, wenn auch der materielle Sieg nach dem Abbrechen des Kampfes zweifelhaft blieb, doch den ſittlichen Sieg, die Behauptung der dem Volk im Staat unverzeihlich gebührenden Rechte, für ſich in Anſpruch nehmen dürfte.

Gegen 5 Uhr Abends wurde der erſte Kavallerieſchimpf gehört, welcher von der Kurfürſten-Brücke her die Königsſtraße beſtrich, in welcher ſich bis zum Alexander-Platz hin, in kurzen Zwiſchenräumen eine Barrikade hinter der andern feſt und hochaufgethürmt erhob.

Droſchken, Omnibuswagen, auch ein angebalteter Poſtwagen, Wollſäcke, Balken, umgeſtürzte Brunnengehäuſe bildeten das Baumaterial zu dieſen Barrikaden.

Die Bewaffnung der hinter ihnen ſtehenden Kämpfer bietbet zwar einen ärmlichen Anblick dar, denn an Schießgewehren fehlte es gleich Anfangs, und mit Ausnahme weniger Piſtolen und Büchſten faſt durchaus, und ſo beſtand die übrige Bewaffnung oft nur in einer losgeriſſenen Planke, in einer Miſtgabel, in einem alten verroſteten Schwerte und mehr dergleichen.

Die Eckhäuser, welche eine Barrikade umgaben, waren gewöhnlich abgedeckt, und auf den Dächern zur Vertheidigung eingerichtet, wohin Knaben und Mädchen volle Körbe mit Steinen hinaufschleppten.

Die größte Bewegung herrschte aber durch die Königsstraße hinab bis zum Alexanderplatz; wo in dem an letzterem gelegenen Arbeitshause, dem sogenannten »Ochsenkopf« die Sträflinge befreit, und den sich hier bildenden Revolutionshaufen beigestellt wurden; ebenso wurden auch die Schuldgefangenen in Freiheit gesetzt.

Am Alexanderplatz wurde eine eigenthümliche Freischaar unter der Anführung eines jungen Polen gebildet, der, wie ein Uhlan gekleidet mit einer polnischen Mütze, an der Spitze eines Zugs von ungefähr 200 Kämpfern heranmarschirt kam. Er schwenkte einen krummen Säbel in der Hand, und schrie laut. »Es lebe die Freiheit!« Ihm folgten ein Trommler, dann mehrere Fahnenträger mit rothen und gelben Fahnen, und endlich die Mannschaft, die auf die bunteste Weise bewaffnet war. Diese Szene möchte auch fast der einzige hervorragende Fall seyn, um zu beweisen, daß Polen an der Leitung des Berliner-Märzkampfs Theil genommen haben. Es kämpften die und da auch Polen hinter den Barrikaden mit, aber die viel verbreitete Annahme, daß ihrem Einfluß besonders der Ausbruch und die Führung der Berliner Revolution zuzuschreiben sey, war nicht nur eine irrige, sondern sie kam zugleich aus der revolutionären Absicht, den volksthümlichen Ursprung der Berliner-Bewegung zu läugnen, und sie auf fremde Einflüsse, nicht aber auf die endlich erwachten originalen Freiheitsbedürfnisse des Volkes selbst zurückzuführen.

Zwischen 6 und 7 Uhr war durch die ganze Königsstraße der furchtbarste Barrikadenkampf in blutiger Thätigkeit. Der Donner der Kanonen wurde immer ungeheurer, einzelne Barrikaden fingen schon an, in dieser Straße zusammenzustürzen, und die immer wüthender vordringenden Soldaten fingen hier ein gräßliches Gemetzel und Morden an.

Wo eine Barrikade von den Soldaten eingenommen war, drangen sie unaufhaltsam in die Häuser aus welchen geschossen worden war, schossen in die Zimmer hinein, mordeten und verfolgten Alle, die sie mit einer Waffe in ihre Hände bekamen, und verschonten in ihrer Erbitterung selbst Kinder nicht. Von den Hausdächern wurden alle diejenigen, die sie dort aufgefunden hatten, unter den gräßlichsten Mißhandlungen herabgeschleppt, oder gar über die Dächer auf die Straße herabgestürzt.

Eben so rauh und hart war auch die Behandlung der Gefangenen, denen wohl, ohne den spätern glücklichen Ausgang der Berliner-Kämpfe, ein sehr schlimmes Los vorbehalten gewesen wäre.

Unter diesen Greuelthaten wurde bis gegen 7 Uhr der größte Theil der Königsstraße von den Soldaten eingenommen, wo man jetzt nichts anderes als Todte und Verwundete im Blute fand.

An der Ecke der Spandauer-Straße hatte man Kanonen aufgeführt, deren Kugeln die Straße von dem Volke säubern sollte, und wobei die Häuser fast gänzlich zerfetzt wurden. Während diesem Getrache des Gewehrfeuers und dem Donner der Kanonen hörte man ein schauerliches Geläute der Sturmglocken, nachdem die bewaffneten Handwerker die Kirchthürme erstiegen, und die ganze Nacht dieses Geläute fortgetrieben hatten.

Mehrere Stunden später erst erhob sich der Kampf nach der andern Seite des Schlosses hin, wo die Brüderstraße, Breite Straße und Poststraße einen Volkreichen Bezirk bilden.

Hier wurden Anfangs noch Vermittlungsversuche für möglich gehalten, und mehrere Einwohner traten hier zu einer Deputation zusammen, die sich auf das Schloß zum König begab, und an deren Spitze sich der Bischof Neander in seiner priesterlichen Kleidung als Friedensvermittler befand.

Diese Deputation erreichte wirklich den König, fand ihn aber sehr wenig geneigt, die Bitte um die Zurückziehung des Militärs zu beachten. Der König betrachtete sich bereits als Sieger in seinem Kampfe gegen den Volks-Aufstand, und wies daher mit der Hand auf die Königsstraße zum Fenster hinaus, wobei er sagte: »Diese Straße ist schon mein, und die übrigen werde ich auch nehmen.« Ferner bemerkte er weiter, daß es nur Krapule (nämlich ein liederliches Gesindel) oder der Auswurf der Bevölkerung sey, welche diesen blutigen und verwüsteten Kampf angefangen habe. Endlich zeigte er plötzlich auf die schwarzroth-goldene Fahne, welche auf dem hohen Hause des Zuckerbäckers an der Poststraßenecke in der Luft flatterte, und dem König wie ein Gespenst in die Augen gefallen seyn mußte und sagte ganz bastig, »Schafft mir diese Fahne aus den Augen,« und mit diesen Worten entließ er die Deputation.

Auch von andern Seiten her, wurde der König in dieser Stunde mehrmalen bestürmt, und selbst der Polizei Präsident von Minutoli begab sich zu dem König mit den dringendsten Vorstellungen, und als diese vergebens blieben, soll er — wie man damals in Berlin sagte — auf die Straße gestürzt seyn, und das Volk zum Kampfe aufgefordert haben.

Auch der Senat der Berliner-Universität schickte zu dieser Zeit aus seiner Mitte eine Deputation von Professoren ab, welche in ihren Amtstrachten auf das Schloß kamen, und den König ebenfalls um die Zurückziehung des Militärs baten.

Aber auch diese Deputation wurde mit einem entschiedenen »nein« abgewiesen.

Der Minister von Thile gehörte besonders zu denjenigen, welche dem König unaufhörlich mit Beweisgründen aller Art die Nothwendigkeit auseinander setzte in der Anwendung der Gewalt beharrlich zu bleiben, und den Aufruhr des Pöbels durch die äußersten Mittel zu dämpfen. Als aber inzwischen die Meldung auf das Schloß kam, daß es besonders Studenten wären, welche an den Barrikaden kommandirten, fuhr der König hierüber einen der anwesenden Professoren mit heftigen Worten an.

Man war auf dem Schlosse in den größten Unklarheit und Befangenheit über dasjenige, was eigentlich in Berlin geschah.

Biskup w čele deputace před králem.

Il vescovo alla testa della deputazione avanti il Re.

A püspök a király előtti küldöttség élején.

Der Bischof an der Spitze der Deputation vor dem Könige.

Daß die öffentliche Meinung in der Hauptſtadt mit dem Einſchreiten des Militärs nicht einverſtanden war, und daß darum die Sache, um die es ſich handelte, nicht ſo unbedingt blos eine Sache des »Geſindels« ſeyn konnte, hätte ſich ungweifelhaft durch die von ſo achtbarer Seite her eingelaufenen Deputationen einſehen laſſen. Aber der Hofkreis blieb dabei, daß man es nur mit einem, durch fremde Agitatoren oder Aufwiegler aufgereizten Pöbel zu thun habe; zudem wurde auch eine Sieges-Nachricht nach der andern von Seiten des Militärs auf das königliche Schloß gebracht.

Ein eigenthümlicher Mann kam noch gegen Abend auf dem Schloſſe an, nämlich der Landrath von Wincke, der bekannte Redner der vorjährigen Oppoſition des vereinigten Landtags.

Noch in ſeinen Reiſekleidern, ſo wie er eben in Berlin angekommen war, ging er zu dem König, ebenfalls in der Abſicht, demſelben Vorſtellungen über die Lage der Dinge zu machen.

Der König empfing ihn, und Wincke ſprach ſein Bedauern aus, daß er unter dem Donner der Kanonen in die Hauptſtadt habe eintreten müſſen. Da wandte ſich einer der Generale, in deren Mitte ſich der König befand an Wincke, und ſagte in einem heftigen Ton: »Das iſt die Frucht von Ihrem ſchändlichen Landtag; der hat uns alles dieſes auf den Hals gebracht!« Hierauf antwortete ihm Wincke. »Schämen ſie ſich, daß Sie ſo von einer Verfaſſung des Landes zu reden wagen, welche der König zur Erfüllung ſeiner Verpflichtungen gegen das Volk ins Leben gerufen hat!«

Nachdem man im Geſpräch wieder einzulenken verſucht hatte, näherte ſich der König dem Landrath von Wincke, und ſagte zu ihm: »Nun mein lieber Wincke, Sie ſoupiren (das Abendeſſen) doch heute bei mir?« Wincke erwiederte aber ganz lakoniſch: »Ich ſoupire nicht,« und verließ hierauf das Schloß.

Es entſteht jetzt die Frage; war für die Regierung hinreichender Grund zum Angriff vorhanden oder nicht? Wenn, wie die Regierung behauptete, dieſer ganzen Aufregung ein Miſsverſtändniß zum Grunde lag, ſo hätte ſich ja daſſelbe durch eine beſonnene Unterhandlung beſeitigen laſſen.

Eben ſo konnten ja die Berliner nicht für immerwährende Zeiten ihre Barrikaden beſetzt halten; — die aufgeregten Gemüther hätten ſich nach und nach abgekühlt, und ohne ſeiner Würde etwas zu vergeben, hätte der König den geſtörten Frieden zurückführen können.

Als bereits die Soldaten mit den Bürgern handgemein geworden ſind, ſchickte noch die Berliner Schützengilde ihre Abgeordneten in das königliche Schloß, um den Frieden zu vermitteln, doch ſie wurden nicht in die Nähe des Monarchen gelaſſen, und der Empfang, der ihnen von Seite der Militärsbefehlshaber zu Theil ward, war ſo raub und abweiſend, daß ſie, darüber empört, ihre Friedensbinden von den Armen riſſen, und mit einem ſolch' verletzten Gefühle zu ihren Angehörigen zurückkehrten, welche ſich nun faſt allgemein dem Aufſtande anſchloſſen.

Dieſer Umſtand war für den Augenblick auch von großer Entſcheidung, denn die Schützengilde war mit vorzüglichen Gewehren und der nöthigen Munition verſehen, und hatte noch überdieß einige Kanonen im Beſitz.

Dieſe Männer, wie bekannt, verfehlten nicht leicht ihren Mann, den ſie aufs Ziel nahmen; und waren es auch, welche den Truppen den meiſten Schaden zufügten; eben ſo waren auch die von ihnen vertheidigten Barrikaden faſt uneinnehmbare Bollwerke.

Die eigentliche vermöglichere Bürgerſchaft von Berlin hatte ſich Anfangs vom Kampfe ſo ziemlich entfernt gehalten, allein der Uebertritt der Bürgerſchützen war jetzt die erſte Betheiligung der wohlhabenden und ſeßhaften Bürger an dem Aufſtande, und ihr Beiſpiel war von einem großen Einfluſſe.

Im königlichen Schloſſe hielt man es für einen militäriſchen Ehrenpunkt, den Volks Aufſtand mit Gewalt zu unterdrücken; und was in andern Städten mißlungen war, ſollte jetzt den preußiſchen Truppen gelingen. Man bedachte aber nicht, daß ein Sieg unfruchtbar, und nicht weniger gefährlich als eine Niederlage geweſen wäre, da die Erbitterung über eine ſolche Gewaltthat, die ganze Nation zu den Waffen gerufen haben würde.

Die öffentliche Stimme klagte den Prinzen von Preußen, einen Bruder des Königs an, daß er in jenen Stunden einen unſeligen Einfluß auf die Entſchließungen des Monarchen ausgeübt haben ſoll, obwohl dieſe Anſchuldigungen anderſeits wieder widerſprochen worden ſind.

Wenn Gott ein Weltgericht verhängt hat, ſo ſcheint es, als wenn jener Arm ſich ſelbſt wider Willen zu deſſen Vollſtreckung herleihen müſſe, und die einander entgegenſtehenden Streiter wirken gleichmäßig zur Erreichung der großen Zwecke mit.

Alles Heerliche hat ſich die Menſchheit durch den Kampf erringen müſſen, und beſonders die Fahne der Freiheit iſt überall mit Blut gefärbt worden. Ohne die Berliner Straßen-Kämpfe, würde das alte Syſtem in Preußen nie ſo vom Grund aus geſtürzt worden ſeyn, daher kann man auch annehmen, daß ſie unvermeidlich, ja, daß ſie im Laufe des Schickſals voraus ersehen waren.

Die Truppen erhielten den Befehl zum Angriffe, und führten auch denſelben mit einem Muthe und einer Hingebung aus, der einer beſſern Sache würdig geweſen wäre.

Man hat damals geſagt, daß ihnen der mehrere Tage hindurch verabfolgte Branntwein vor dem blutigen Kampfe auf einmal gegeben worden ſey, um dadurch die Soldaten in Wuth zu bringen: aber dieß iſt wahrſcheinlich eine ſehr irrige Angabe, — denn betrunkene Soldaten ſind nicht nur blos ihrem Feinde gefährlich, ſondern ſie ſind auch ein unlenkſames, und unfolgſames Werkzeug für ihre Führer.

Das Verhalten der Truppen läßt ſich leicht weit natürlicher erklären, wenn man bedenkt, daß die

Volksaufläufe der vorhergegangenen Tage das Militär und die Bürger außerordentlich entzweiet hatten.

Der Dienst der Truppen war sehr beschwerlich gewesen, denn sie hatten sich beständigen Angriffen durch Steinwürfe ausgesetzt gesehen; ja man hatte sie noch überdieß verhöhnt, und auch war bereits schon gegenseitig Blut geflossen, was die bitterste Stimmung hervorbringen mußte.

Hat sich der Soldat einmal auf den Kampf eingelassen, so verbietet ihm die Ehre ein feiges Zurückziehen. Er sah seine Kameraden neben sich fallen, und sah sich gefährlich bedroht, was ihn zur Rache auffoderte, und die Kampfbegierde erzeugt, mit welcher er dann wüthend hineinstürmt, ohne eine Grenze zu kennen, oder für eine ruhige Ueberlegung sich Zeit zu lassen.

Je mehr man aber den Truppen zugestehen muß, daß sie von einem rein militärischen Gesichtspunkte aus betrachtet, ihre Pflicht erfüllten, mit ungestümer Tapferkeit kämpften und siegreiche Fortschritte machten, um so mehr Bewunderung verdient auch der heldenmüthige Kampf einer ungeregelten, schlecht bewaffneten Volksmenge, welche überall dem Feinde die nackte Brust entgegen warf, mit einer begeisterten Todes-Verachtung und doch zugleich mit einer besonnenen Ruhe kämpfte, welche sich keinen Vortheil, den der Augenblick darbot, nehmen ließ.

Die Nacht des 18. März brach herein — schön und mild, wie kaum jemals eine Frühlingsnacht gewesen ist. Der glänzendste Vollmond stand am Himmel, und streute sein weißes tagheles Licht heiter und feierlich über alle Straßen und Plätze der blutbedeckten Stadt aus.

Auf den verschiedenen Punkten der Stadt, an welchen vor und hinter den Barrikaden gekämpft wurde, fanden eigentlich ganz isolirte Schlachtszenen Statt; denn von einem Zusammenhang unter den Kämpfenden in den einzelnen Stadttheilen war keine Rede, und man wußte an dem einen Ende der Stadt nicht, was an dem andern Ende geschah, noch weniger, um was es sich eigentlich in der letzten Entscheidung handeln würde.

Hinter den Barrikaden herrschte ein eigenthümliches Leben, wo Männer aus allen Ständen, ohne alle Verabredung sich verstehend, und brüderliches Zusammenhalten bis zum letzten Augenblick sich gelobend, mit riesenhafter Anstrengung den Kampf führten.

Handwerker, Arbeiter und Taglöhner bildeten freilich den Hauptbestandtheil der Kämpfenden, unter welchen sich auch allerdings manches verdächtige Mitglied der Gesellschaft eingefunden haben mag.

Indessen ist dieser Umstand später von der Reaktion oder Widerstands-Partei ja stark ausgebeutet worden, nachdem man, um dem Märzkampf zu beschimpfen und ihn als eine der eigentlichen Nation fremde Begebenheit darzustellen, die Helden der Berliner-Barrikaden vorzugsweise unter den Verbrechern und Dieben suchen wollte. Haben aber solche wie bei allen Revolutionen tapfer mitgefochten, so thaten sie dieses keinesweges in ihrer Eigenschaft als Verbrecher; denn das Eigenthum wurde in dieser Nacht sowohl wie in der nächstfolgenden Zeit auf eine Weise von ihnen heilig gehalten, welche die größte Bewunderung verdient.

Bei der vielfältigsten Gelegenheit, sich mit fremdem Gut zu bereichern, wurde während und nach dem Kampfe nichts sorgfältiger geschont als das Eigenthum der Bürger. Die Bezeichnung »Bürgereigenthum« wurde schon jetzt an mehrere öffentliche Gebäude geschrieben, um sich dadurch für geschützt zu erklären, wie dieses zuerst mit dem Stadtgerichtsgebäude in der Königsstraße geschah, welches das Volk hatte stürmen wollen, um darin eine feste Stellung einzunehmen, wovon aber aus Rücksicht auf das Gebäude wieder abgestanden wurde.

Daß auch die achtbarsten Einwohner und die anerkanntesten Ehrenmänner der Stadt an dem Barrikadenkampf sich betheiligten, wird sich niemals in Abrede stellen lassen. In mehreren Barrikaden sorgte man auch auf den benachbarten Häusern für Lebensmittel, welche unter die Kämpfenden vertheilt wurden.

Aus den Verkaufsgewölben wurde Alles unentgeldlich dergegeben, was nur zur Erleichterung und Erquickung dienen konnte; auch gaben die Kaufleute ihre gesammten Pulvervorräthe her.

Auf den Straßen wurden Kugeln aus Blei gegossen, womit sich besonders die Knaben im größten Eifer beschäftigten; eben so wurden auch wieder an andern Plätzen Lanzen geschmiedet.

Damit die Kämpfer besser ihre Richtung in der Ferne übersehen konnten, wurden in mehreren Straßen Lichter an die Fenster gestellt; was einen ungemein feierlichen Anblick gewährte.

Durch die Entwaffnung vieler Soldaten und Wachen, denen man hatte beikommen können, wurden nach und nach immer mehre Waffen gewonnen; auch kam man auf den Gedanken, die Wohnungen der Offiziere auszukundschaften, wohin dann mehrere Patrouillen abgeschickt wurden, um die Waffen derselben, den zurückgebliebenen Frauen abzunehmen.

Der Muth und die Kampflust, welche hinter den Barrikaden herrschte, war außerordentlich, ja man kann sagen, daß mit jedem Kanonenschlag die Erbitterung immer höher stieg.

So lange eine Barrikade von dem Militär noch nicht angegriffen war, standen die Vertheidiger hinter derselben in lebhaften Gruppen heiter und gesprächig neben einander.

Rückte aber das Militär heran, so zerstreuten sich blitzschnell die Gruppen, und jeder ging an seinen Posten, nämlich an die angewiesenen Schießscharten in der Barrikade, und auf die Dächer, um mit Steinwürfen auf die anstürmende Truppe zu wirken.

Mit dieser Vertheidigungsweise zeigte sich bald, daß die Kavallerie gegen die Barrikaden gar nicht gebraucht werden konnte, da auch überhaupt das Pflaster überall ausgerissen war.

Es blieb nun die Ausführung des Kampfes einzig und allein der Infanterie überlassen, die aber

Voj na barrikadech w Berlině.
w noci 18 ^tého^ 19 ^ty^ - březen 1848.

A' torlaszokoni ütközet Berlinben.
éjel. 848 á évi mart. 18 dilatul. 19 dileg.

Il combattimento sopra le barricade a Berlino.
nella notte del 18 al 19 Marzo 1848.

Der Barrikadenkampf in Berlin.
in der Nacht vom 18. auf den 19 Marz 1848.

noch sehr wenig Geschicklichkeit hatte, einen Barrikadenkampf zu führen; denn erst der Pariser Barrikadenkampf im Monat Juni 1848 hat durch des Generals Cavaignac's strategische Erfindung eine Theorie für den Barrikadenkrieg ausgedacht, wobei es vorzüglich auf das Durchbrechen der Häuser von inwendig abgesehen war, um den Barrikaden-Kämpfern in den Rücken zu kommen.

Die Berliner-Soldaten setzten sich dagegen dem Barrikadenfeuer und den Steinregen der auf sie von den Dächern herabfiel, auf die verderblichste Weise aus. Sie schlichen sich gewöhnlich erst einzeln an den Häusern vorüber, um in die Nähe der Barrikade zu kommen, und dann bildeten sie erst sich wieder vereinigend in eine Front gegen dieselbe. Dadurch wurden von ihnen, was sehr begreiflich ist, oft ganze Reihen durch die gewaltigen Steinwürfe und Gewehrschüsse niedergestreckt, bevor sie nur überhaupt zu einem Angriffe kommen konnten.

Dieses erklärt auch die ungeheuere Erschöpfung, welche die Truppen in diesem blutigen Kampfe traf, und den verhältnißmäßig geringen Erfolg, den sie nach Anwendung der ungeheuersten Mittel und Anstrengungen erreichten.

Ein Hauptplatz des mörderischen Kampfes war die Gegend am Alexanderplatze, in welchen mehrere Straßen auslaufen, und wo sich drei Barrikaden von ungeheurer Bauart erhoben hatten.

Am gewaltigsten war die Barrikade, welche an den Ecken der Neuen Königsstraße nach dem Alexanderplatz zu gebaut wurde. Ein umgestürzter Wagen bildete auch hier die Grundlage; in der Mitte derselben war eine völlig gemauerte Brustwehr angebracht, wozu man die Granitplatten des Trottoirs und mehrere auf einer benachbarten Eisenhandlung dazu gelieferte Eisenstangen benutzt hatte.

Diese Barrikade war nicht nur von Büchsenschützen außerordentlich gut besetzt, sondern es waren auch Kanonen aus dem Schützenhause hieher gebracht worden, welche unter dem Militär bedeutenden Schaden anrichteten.

Diese messingenen Kanonen waren zwar klein, auch fehlte es gänzlich an Kugeln; allein man gebrauchte in diesem Nothfalle das Spielzeug der Berliner Straßen-Jugend, Murmel genannt, was in vollen Körben herbeigeschafft wurde.

Es wurde nämlich ein Strumpf genommen, in welchen man 40 bis 50 Murmel hineinsteckte, woraus dann die Ladung der Kanone bestand. Da man keine Lunte hatte, so wurde, um die Kanonen abfeuern zu können, ein mit Pulver geladenes Terzerol in das Zündloch abgeschossen, und so wurde auf solche Weise von diesen Böllern die man Scherzweise Murmelhitze nannte, ein mörderisches Feuer unterhalten. Zwei Männer aus dem Volke, die früher Artilleristen waren, nämlich ein Drechslergeselle Namens Hesse, und ein Schlossergeselle Namens Fichtner, bedienten diese Geschütze mit einer bewunderungswürdigen Thätigkeit, und deswegen wurde dieserwegen Gustav Hesse wegen seiner Unerschrockenheit als ein hoch ausgezeichneter Mann unter den Barrikadenkämpfern betrachtet, und ihm von seinen Kameraden ein Siegeskranz verehrt, den er später bei allen öffentlichen Festaufzügen um den Hut tragen mußte.

Ein großes Verdienst um die Leitung und Vertheidigung dieser Barrikade erwarb sich auch der bekannte Thierarzt Urban — eine originelle Gestalt, die ein, in langen braunen Locken herabfallendes Kopfhaar, und ein eben so langer bis auf die Brust herabreichender Bart auffallend charakterisirte. Er gehörte sonst zu den pikantesten und anzüglichsten Strassen-Figuren von Berlin. Ohne alle Kopfbedeckung irrte er gewöhnlich in wilder Hast über die Straßen, oder man sah ihn auch in demselben Aufzuge ohne Hut auf einem Pferde dahinsprengen.

Dieser Thierarzt, der allgemein im Rufe des Mystizismus oder Geheimnißlauberei, und Pietismus oder Frömmeleiglauben stand, war einer der Ersten gewesen, der am Nachmittag des 18. März das Volk zu den Barrikaden aufgerufen hatte; und so wurde auch die Barrikade am Alexanderplatz unter seiner Anführung errichtet und vertheidigt.

Der Kampf war hier ein besonders gefahrvoller und drängender. Von der Fronte her geschah der Angriff gegen diese Barrikade durch das erste Garde-Regiment und durch eine Batterie, welche sich auf der Königsbrücke ebenfalls in Form einer Barrikade, die vorzugsweise aus Mehlsäcken bestand, verschanzt hatte.

Von der rechten und linken Flanke her, waren es die beiden Kasernen in der Münzstraße und Alexanderstraße, deren Besatzungen mit einem beständigen Angriff drohten. Im Rücken aber war ein aus Frankfurt herbeigekommenes Regiment Linien-Truppen zu fürchten, welches sich vor dem Frankfurter, Landsberger- und Neuen Königsthor fertig aufgestellt befand.

Die Vereinigung dieser im Rücken stehenden Truppen mit der an der Königsbrücke aufgestellten Garde zu hindern, war daher eine Hauptaufgabe dieser Barrikade und der auf den Dächern und in den Fenstern der nächsten Straßen aufgestellten Schützen. Besonders waren es mehrere Mitglieder der Berliner Schützen-Gilde, welche von ihren Gewehren einen sehr guten und sicher zielenden Gebrauch machten.

Zwei dieser Bürgerschützen standen hinter einer Dachrinne, während ihnen Andere die Büchsen geladen hatten, und diese machten damit so sichere Schüsse, daß sie selten ihren Mann, welcher meistens ein Offizier war, verfehlten.

Ein heftiges und ausdauerndes Feuern geschah von Seiten des Militärs aus der Vorhalle des Königsthäterschen Theaters, bis wohin das erste Garde-Regiment seine Vorposten vorgeschoben hatte. Mehrere Bürger fielen als Opfer dieser Schüsse, — die hinter der Hauptthür des Theaters hervorgekommen, und auch aus den Fenstern desselben auf das Volk gerichtet worden sind. Nun richtete sich aber auch das Volk mit heftiger Wuth gegen das Theatergebäude, und wollte es in Brand stecken.

Man glaubte dieses am ersten dadurch zu erreichen, wenn man jene Hütte in Brand stecke, welche nächst dem Theater auf dem Alexanderplatze stand,

und zu einem Panorama oder dergleichen Schaugegenstände verwendet wurde.

Es wurde nun in dieser Absicht ein Ausfall unternommen, wozu sich ein Student und einige junge Handwerker, von welchen einer eine Fahne trug, herbeiließen. Mit Aexten, Brandfackeln und Brennmaterialie versehen, rückten sie nun gegen die Hütte vor, obwohl sie durch das Gewehrfeuer, welches beständig aus dem Theater kam, und die Kartätschenkugeln die von der Königsbrücke herüber geschossen wurden, der größten Lebensgefahr ausgesetzt waren.

Endlich gelang es ihnen die Hütte niederzubrennen, und die Bardeschützen, welche sich unter dieser Bude verborgen gehalten hatten, von diesem Schlupfwinkel zu vertreiben.

Inzwischen drang aber auch ein Theil der vor den Thoren gelegenen Truppen zum Frankfurter-Thor herein, und gelangte nach einem heftigen Kampf gegen die Barrikaden der Frankfurter-Straße, die mit einer ungeheuren Anstrengung vertheidigt wurden, nach dem Alexanderplatze. Aber auch diese Soldaten waren nicht im Stande die Barrikade der neuen Königsstraße zu nehmen, und zogen sich nach einem kurzem Versuche hinter die Kanonen der Königsbrücke zurück. So stand also die Barrikade noch am Morgen ungebrochen und in ihrer ganzen Festigkeit da, und beherrschte einen Stadttheil, der sich immer mehr und mehr in den fürchterlichsten Vertheidigungsstand setzte hatte.

Nicht weniger stark war das Bollwerk, welches am Kölnischen Rathhause am Ende der Breitenstraße errichtet war. Diese Barrikade wurde fünfmal von dem Militär zu stürmen versucht, aber die Soldaten mußten sich jedesmal mit dem größten Verluste zurückziehen, da die Bürgerschützen, welche hier beisammen standen, selten einen Schuß vergebens abfeuerten. Endlich wurde die äußerste Gewalt der Artillerie gegen diese Barrikade angewendet, und Kartätschen und Granaten donnerten gegen dieselbe mit einer solchen Gewalt los, so daß alle Häuser in der Umgegend in ihren Grundfesten zitterten. Dieser Angriff brauchte aber über drei Stunden, und eine immer stärkere Heberziehung von Militär, bevor diese Volksversicherung zum Fall gebracht werden konnte, und dieses geschah nur dadurch, weil den Vertheidigern die Munition ausging.

Die Potsdamer Garde drang jetzt durch die Barrikade in das Rathhaus und besetzte dasselbe, wobei es eine blutige Metzelei gab, nachdem die Soldaten Alles niedermachten, was ihnen entgegen kam.

Der Direktor des Kölnischen Gymnasiums der in seiner, dem Rathhause zunächst gelegenen Wohnung verwundete Barrikadenkämpfer aufgenommen und verpflegt hatte, entging selbst nicht den empfindlichsten Mißhandlungen und wurde mit einem Theile seiner Familie unter gewaltigen Kolbenstößen und Verletzungen aller Art gefangen fortgeschleppt.

Ein Offizier stieß ihm den Degen in's Gesicht, so daß das Blut breabrieselte, ja ein Tambour zerschlug sogar seinen Trommelstock auf den Kopf des gelehrten Mannes.

Sein Neffe, ein Student, wurde unterwegs als ihn die Bürger aus den Händen der ihn fortführenden Soldaten befreien wollten, von einem Potsdamer-Gardisten niedre geschossen. Ueberhaupt zeigte sich die Potsdamer-Garde als die grausamste und feindseligste Theil der Truppen, ja als einen solchen, welcher dem Volke am feemdesten gegenüber stand, und der kein Verständniß und kein Herz für daßenige hatte, was im Volke vorging.

Dieses zeigte sich besondes bei dieser Barrikade, wo bald darauf, nachdem jene Potsdammer-Garden durch eine Abtheilung des Frankfurter-Regiments abgelöst wurden, eine bei weiten menschlichere Behandlung der Gefangenen und Verwundeten eintrat; so, daß Viele dieser Unglücklichen, welche sich aus Furcht vor der Barbarei der Garden für todt gestellt oder verkochen hatten, jetzt freiwillig sich diesen neuen Truppen ergaben.

Wie ungleich und unverhältnißmäßig übrigens der ganze Kampf war, wird besonders aus dem Umstande auffallend, daß die Barrikade am Kölnischen Rathhause, die einen dreitägigen Sturm von Kartätschen und Granaten ausbielt, eigentlich nur von sechs Bürgerschützen vertheidigt worden ist.

Die Barrikade an der Taubenstraße, auf welcher mehreee Oelfäßer übereinander aufgethürmt waren, wurde ebenfalls nur von wenigen Bürgern mit einer staunenswerthen Tapferkeit gehalten.

Die Bürger boten hier zuerst dem kommandierenden Major den Vertrag an, daß man gegenseitig von der Schußwaffe keinen Gebrauch machen wolle, was aber das Militär ablehnte.

Nun fing der Sturm an, und das erste Opfer desselben wurde der Major, den eine Kugel vom Pferde riß.

Beim zweiten und dritten Sturm fielen noch zwei andere Offiziere, und diesen folgten wieder mehrere Gemeine.

Jetzt wurde das Feuer der Kartätschen auch gegen diese Barrikade eröffnet. Als Held derselben erschien auf ihrer Höhe ein junger Student, der in seiner Hand die dreifarbige deutsche Fahne schwenkte. Er schien unverwundbar zu seyn, denn alle Kugeln sausten ohne ihn zu treffen, an seinem Kopfe vorüber. Aus den Fenstern der nahegelegen Häuser wehrten die Frauen und Mädchen mit ihren Tüchern so lange zu, bis endlich die Barrikade von ihren Kämpfern verlassen werden mußte.

Außer den Studenten und Arbeitern waren es besonders Lehrjungen, welche bei dem Barrikadenkampf eine beispiellose Ausdauere, und einen in der That bewundürtigen Widerstand leisteten.

So vertheidigte nämlich ein siebzehnjähriger Schlosser-Lehrjung ganz allein die Barrikade an der Jäger- und Friedrichsstraßen-Ecke, gegen ein anrückendes Bataillon Soldaten.

Diese, aus einem in den Rinnstein gesenkten Wagen, mehreren Tonnen und Brettern leicht zusammengeworfene Barrikade war als zu schwach von ihrer Besatzung verlassen worden, welche sich lieber zur Verstärkung der Barrikade an der Taubenstraße hin-

begaben. Es blieben jedoch nur zwei junge Handwerker unerſchrocken und unerſchütterlich an der Bruſtwehre lehnen und erwarteten den Angriff, der ſich ſchon durch die Trommel eines von den Linden heranrückenden Infanterie-Bataillons hörbar machte.

Die beiden, ihrer Barrikade treu gebliebenen Kämpfer waren ein Schloſſer-Geſelle, der mit einem alten Schießgewehr bewaffnet war, und ein Lehrjung aus derſelben Werkſtätte, der in ſeiner Hand einen verroſteten krummen Säbel ſchwang.

Der Schloſſergeſelle ſchoß bei dem Anblick des erſten Soldaten ſein Gewehr ab, erhielt aber auch in demſelben Augenblick einen Schuß, der ihn zu Boden ſtürzte.

Nun ſtand der Lehrjung allein auf der Barrikade, hielt ſich aber nicht lange auf derſelben auf, ſondern ſtürzte aus dem Bollwerke mit ſeinem Säbel in der Hand hervor, und führte damit einen mächtigen Hieb auf den an der Spitze des Bataillons heranmarſchirenden Offizier, der von dieſen kecken Angriff eines jungen Burſchen erſchrocken zurücktaumelte. In demſelben Augenblicke krachten aber mehrere Gewehre auf den Burſchen, dem es nur durch eine geſchickte Wendung gelang ſich zu retten, aber bald fiel ein neuer Kugelregen auf ihn, worauf er im Unterleibe verwundet ſich hinter einem offenen Hausthore verbarg, um rubig ſterben zu können.

Einen Hauptſturm führte das Volk gegen das Landwehrzeughaus in der Lindenſtraße aus, um die darin aufbewahrten Waffen in Empfang zu nehmen.

Dieſes Haus wurde beſonders von zwanzig jungen Offizieren vertheidigt, welche ſich hinter den Fenſtern verſchanzt hatten, und von hier aus ein unaufhörliches Büchſenfeuer gegen das andringende Volk unterhielten.

Unter den Kämpfenden erſchien auch auf dieſer Stelle der Drechslergeſelle, mit dem Siegeskranz auf ſeinem Hute, den er ſich in dem Kampf am Alexanderplatz, durch ſeine Tapferkeit erworben hatte.

Mit einer Brechſtange in der Hand leitete er den Angriff auf das Landwehrzeughaus unerſchrocken, obwohl ein Mann nach dem andern an ſeiner Seite von den Kugeln der Offiziere getroffen, zuſammenſtürzte. Dieſer blutige Angriff dauerte die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen; und mancher wackere Mann hat dabei ſein Leben eingebüßt.

Da man dem Hauſe in keiner Weiſe beizukommen im Stande war, ſo ſchleppte man Stroh herbei, um das Gebäude in Brand zu ſtecken. Aber theils aus Rückſicht auf die anſtoßenden Nachbarhäuſer, theils auch aus Mangel an Brennmaterial ſtand man von dieſem Vorhaben wieder ab. Endlich wurden die Scharfſchützen von der Barrikade an der Taubenſtraße zu Hilfe herbeigeholt, und dieſen gelang es nun, die Kaſerne nach und nach zum Fall zu bringen, was aber erſt am ſpäten Morgen geſchah.

Ein gewaltiger Barrikadenbau bedeckte auch die Roſenthaler-Vorſtadt und das ſogenannte Voigtland.

Das Roſenthaler Thor mit den daranſtoßenden Verbindungen war allein durch fünf Barrikaden befeſtigt. Einige Barrikaden in dieſer Gegend hatten eine vollkommen architektoniſche Konſtruktion, und waren ſo feſt gebaut, daß ſie unzerſtörbar und unüberwindlich ſchienen.

Der Kampf drang in ſeinen groſſen Wogen nicht hierher, aber das Volk rüſtete ſich dazu mit einer ungeheuren Anſtrengung.

In den hier befindlichen zahlreichen Schloſſer- und Schmiede-Werkſtätten wurden die ganze Nacht hindurch Lanzen geſchmiedet, während von anderer Seite wieder bedeutende Eiſengeräthſchaften dazu geliefert wurden.

Wieder in andern Stadttheilen kam man auf ganz eigenthümliche Vorkehrungen und Verſchanzungen. So wurden nämlich in der Kommandenſtraße ſtarke Drahtfäden über die Straße hingeſpannt, um der Kavallerie das Vordrängen unmöglich zu machen. In der Leipziger Straße, wo ebenfalls mörderiſch gekämpft wurde, hatte man zu demſelben Zwecke den Boden mit Glasſcherben beſtreut; auch reichen die vielen Häuſern ſtehenden Waſſer in Vereinſchaft gehalten, um es auf die unten vorbeiziehenden Truppen zu ſchütten, doch wurde von dieſem ſchrecklichen Vertheidigungsmittel nur wenig Gebrauch gemacht.

An der Haus-Vogtei, in welcher ſich eine Abtheilung Soldaten feſtgeſetzt hatte, entwickelte ſich ein mehrſtündiger Kampf, in welchem ein Theil dieſes Gebäudes demolirt wurde. In dieſem blutigen Kampfe zeigten ſich auch vier Scharfſchützen mit Tirolerhüten, welche mit einer ſonderbaren Ruhe ununterbrochen mitwirkten, und ſelten das genommene Ziel verfehlten, ja ſie gingen in ihrer Kaltblütigkeit ſchon ſo weit, daß ſie ſogar auf die Knöpfe der Soldaten zielten, welche ſie treffen wollten. Mit dem herandrechenden Morgen verſchwanden aber dieſe vier Männer eben ſo räthſelhaft wieder, als ſie erſchienen waren.

Zu den Schreckniſſen der Mordnacht kam noch die Angſt, daß ganz Berlin hätte in Flammen aufgehen können, den die Artillerieſchuppen vor dem Oranienburgerthor, und die Eiſengießerei waren bereits gegen Mitternacht in Brand geſteckt worden, und die Flammen verbreiteten ſich ſchon in langen Streifen über den Horizont der Stadt hinweg. Ueberall hörte man zugleich das Geſchrei, daß alle königlichen Gebäude in Brand geſteckt werden ſollen, und wirklich waren auch ſchon die Zollämter an den Thoren faſt ſämmtlich niedergebrannt.

Auf eine entſetzliche Weiſe zeigte ſich die Menſchenloſigkeit der Soldaten bei den Verhaftungen, welche das Militär in dieſer Nacht vorgenommen hatte.

Bei den Hausdurchſuchungen wurde nicht nur Jeder, der ſich mit einer Waffe antreffen ließ, ſondern auch jeder auf irgend eine Weiſe der Theilnahme an den Vorgängen Verdächtige, und den Soldaten Auffallende gefangen genommen, und unter den abſcheulichſten Mißhandlungen gebunden, und von Kolbenſtößen und Säbelhieben begleitet, fortgeſchleppt.

Um gefangen und mißhandelt zu werden, war es oft ſchon hinlänglich, einem Trupp Gefangener zu begegnen, dem dann Jeder, der den Soldaten ver-

dächtig war, aber nicht gefiel, unter Stößen und Schlägen mitfolgen mußte.

Diese Gefangenen wurden zuerst in den Schloßhof geführt, wo die dort gelagerten Mannschaften sie mit den unerhörtesten Beschimpfungen empfingen, und noch überdieß mit Säbel und Bajonett auf's Neue mißhandelten.

Nach einem kurzen Verhöre durch zwei Polizei-Kommissäre wurden sie in den Schloßkeller gesperrt, wo bald mehrere Hunderte von Unglücksgefährten aus allen Ständen zusammengepreßt waren.

Hier mußten sie in den engen niedrigen Räumen ohne Trank und Speise, in einer zum Abscheu verpesteten Luft stehend bleiben, bis sie dann wieder aus dem Keller hervorgeholt in den Schloßhof gebracht, und von da unter den schrecklichsten Drohungen und Mißhandlungen in den Lustgarten transportirt wurden.

Eben so schrecklich wie diese Behandlung war der Gedanke der Unglücklichen an die Ungewißheit ihres Schicksals.

Niemand wußte, was jetzt geschehen wird, ob man die Gefangenen auf dem Exerzierplatze erschießen, — nach der Hasenhaide — nach irgend einer Kaserne, oder nach Moabit bringen wird.

Nach einer weit zurückgelegten Strecke hinter dem Brandenburgerthore glaubten Viele, daß sie nach Moabit gebracht werden, allein je weiter der Marsch ging, um so sicherer wurde jedem die Ueberzeugung klar, daß man den Weg nach Spandau zu machen habe.

Die Zahl dieser Gefangenen, welche auf die jammervollste Weise in der Festung Spandau in den Kasematten untergebracht wurden, waren ungefähr Tausend, und erhielten hier keine andere Erquickung als Brod und Wasser, welches man ihnen nur in Eimern verabreichte.

Als ihre Freilassung ihnen bekannt gemacht wurde, wurde dabei die Bemerkung ausgesprochen, daß der König sie größtentheils nur für Irregeleitete oder Schuldlose ansehe, und den Schleier der Vergessenheit über Alles was geschehen ist, ziehen wolle. Doch dürften diese Freigelassenen ihren Rückweg nach Berlin nicht über Spandau und Charlottenburg nehmen, in welch letzterm Orte sie bei ihrem Durchmarsche von den Einwohnern die beschimpfendste Behandlung erfahren hatten.

Am Morgen des 19. März gegen 7 Uhr waren endlich die letzten Kanonenschüsse verhallt, und die kämpfenden Partheien schienen sich einem augenblicklichen Waffenstillstand hingegeben zu haben.

Die Stadt war besteckt mit vergossenem Bürgerblut, — die Stimmung war eine furchtbare, und im tiefsten Wesen zerrissen. Niemand wußte, wie die Sache eigentlich stehe, und Niemand kannte die Grenzen des Geschehenen und die nächsten Folgen desselben ermessen. Uebrigens stand so viel fest, daß das Militär am Morgen sich im Besitze der Hauptstraßen und der Hauptplätze der Stadt befand, die daselbst befindlichen Barrikaden weggeräumt, und die Vertheidiger derselben in die entlegeneren Stadtheile zurückgedrängt waren.

Der größte Theil der Kavallerie verließ auf Befehl die Stadt in der Absicht, dieselbe zu umgehen, und jeden Zuzug abzuhalten; während die Infanterie und Artillerie angewiesen war, mit den übrigen zurückgebliebenen Schwadronen der Kavallerie, die Plätze und Gassen, welche die Truppen bereits in Besitz hatten, zu behaupten.

Aber eben so wenig als die Truppen, konnte auch das Volk für ganz besiegt gehalten werden, denn dieses stand in den Vorstädten und in den entfernten Straßen bereit, sich jeden Augenblick wieder zu sammeln und den blutigen Kampf auf's Neue zu unternehmen.

Auch auf den Straßen und Plätzen, welche die Soldaten im Besitz hatten, bildeten sich Volksgruppen, welche offen und laut von der nothwendigen Fortsetzung des Kampfes sprachen.

In diesen Volksgruppen wurde auch die eben erschienene Proklamation des Königs »An meine lieben Berliner« vorgelesen, die gegen 7 Uhr Morgens in allen Straßen vertheilt ward, und welche die Bezeichnung trug: »Geschrieben in der Nacht vom 18. auf den 19. März.«

Der eigentliche Hergang der Verwicklung wird darin auf eine »Rotte von Böswichtern, meistens aus Fremden bestehend« geschoben, und zugleich von dem »siegreichen Vordringen der Truppen« gesprochen, deren Zurückziehen an die Bedingung, die Barrikaden fortzuräumen, geknüpft wird.

Das Volk schüttelte überall bedenklich die Köpfe zu dieser Proklamation; ja die und da wurde sie sogar mit lauten Verwünschungen und Spottreden aufgenommen.

Mehrfach hörte man jetzt in den Straßen das Geschrei »Zu spät« und dieses verhängnißvolle Stichwort, welches nachher, die so oft gehörte Parole der Tages-Bewegung in ganz Deutschland ward, wurde bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal in Berlin gehört.

Einige Flinten und Kanonenschüsse ließen sich gleichwol noch immer hören, und diese kamen von der mehrerwähnten Barrikade an der neuen Königsstraße her, wo die tapferen Berliner-Bürgerschützen nach einer kurzen Ruhe das Feuern wieder eröffnet hatten; und dem ihnen gegenüberstehenden Militär großen Schaden zufügten.

Vor dieser Barrikade erschien jetzt gegen 8 Uhr Morgens plötzlich der General von Möllendorf zu Fuß mit einem Parlamentär, der eine weiße Fahne in der Hand trug, und ermahnte auf das Einstellen des Gewehr- und Kanonenfeuers. Aber in diesem Augenblick, als er noch sprach, näherten sich ihm einige Bürgerschützen, ergriffen ihn mit Gewalt und erklärten ihn für ihren Gefangenen.

Dieses Benehmen wurde dem Volke öfters als ein hinterlistiges und verrätherisches Angriff ausgelegt, jedoch ist dabei wieder zu bedenken, daß das Volk keine Ursache hatte, einem solchen Parlamentär mitten in der Bewegung der Revolution zu trauen.

Das Volk war in ähnlichen Fällen ſchon öfter getäuſcht worden, und die Abſicht des Generals ging vielleicht nur dahin, die Regimenter, welche ſich verſchoſſen hatten, indeſſen mit friſchen Patronen wieder zu verſehen.

Man warf ihn an der Barrikade zu Boden, und ſchon war ein Piſtol auf ſeine Bruſt angelegt; als der gerade dazu gekommene Thierarzt Urban ihn der Rache des Volkes noch entriß. Man ſchleppte den General jetzt zuerſt in ein Privathaus in der Alexanderſtraße, wo man von ihm verlangte, er ſolle einen Befehl ausfertigen, daß die Regimenter von den weitern Feindſeligkeiten abſtehen, und ſich in die Kaſernen zurückziehen.

Der General von Möllendorf wand ſich erſt in langen und rathloſen Geſprächen herum, endlich aber ſchrieb er nothgedrungen den Befehl für das Regiment Kaiſer Alexander und nach einem längeren Beſinnen auch für das Regiment Kaiſer Franz.

Der Thierarzt Urban eilte jetzt mit dieſen Befehlen an die Vorpoſten der Königsbrücke, und las den um ihn ſich verſammelnden Offizieren den Auftrag des Generals vor.

In dieſem Augenblicke wurde aber auch ſchon in allen Straßen bekannt gemacht, daß der König ſo eben den Befehl ertheilt habe, daß ſämmtliche Truppen in die Kaſernen zurückzuführen ſeyen.

Der General Möllendorf aber wurde inzwiſchen von den Bürgerſchützen nach dem Schützenhauſe geführt, und dort unter ſtrenger Aufſicht als Gefangener zurückbehalten.

Das Volk, welches ſich mehrmals vor dem Gebäude verſammelte und ſeine Auslieferung verlangte, führte hier ein unwürdiges Spiel mit ihm auf. Alle Augenblicke nämlich mußte der General auf allgemeines ſtürmiſches Verlangen auf den Balkon heraus treten, wo man ihn aufforderte, daß er eine Rede halte; und ſo dauerte das Toben mehrere Stunden fort, bis ſich die Volkshaufen nach und nach zerſtreut hatten, und man im Stande war, den General ohne Gefahr für ſein Leben wieder frei zu geben.

Inzwiſchen dauerte das Sturmläuten in der ganzen Stadt noch ununterbrochen fort, und eben ſo vermehrte ſich fortwährend der Zuzug bewaffneter Bürger zu den ſtehen gebliebenen Barrikaden. In den Häuſern und auf den Straßen wurden Kugeln gegoſſen, und das Hauptziel, auf welches ſich jetzt der Angriff des Volkes gerichtet haben würde, wäre ohne Zweifel das königliche Schloß geweſen.

Wie der König plötzlich zu dem Entſchluſſe gekommen iſt, die Truppen abzuberufen, und zwar in dem nämlichen Augenblick, wo dieſelben neue ſtreitfertige Stellungen eingenommen, und wo eben auf allen Brücken Geſchütze aufgeführt worden ſind, darüber wird ſich nicht ſo leicht ein beſtimmtes Urtheil ausſprechen laſſen.

Der Bürgermeiſter Naunyn hatte ſich am Morgen wieder auf dem Schloſſe eingefunden, wo er zuerſt dem Miniſter von Bodelſchwingh die unheilvolle Lage der Stadt, und die Nothwendigkeit des Zurückziehens der Truppen, auseinanderſetzte und durch dieſen auch beim König Vortritt erhielt.

Der König ſprach jetzt unbedingt die Gewährung dieſer an ihn gerichteten Bitte aus, und der General Prittwitz erhielt den Befehl, dem Bürgermeiſter ſo wie einigen andern auf dem Schloſſe erſchienenen Bürgern, einige Adjutanten mitzugeben, welche dieſen königlichen Auftrag an die Truppen durch alle Theile der Stadt tragen ſollten.

Die ungeheure Bewegung, in welcher ſich der König befand, verrieth ſich in ſeinem ganzen Aufreten, in jedem Ausdruck ſeines Geſichts und ſeiner Geſtalt.

Die zweifelhafte Lage der Dinge am 19. März Morgens konnte er ſich nicht verborgen haben, obwohl er im Beſitze eines treuen und tapfern, in kompakter Maſſe daſtehenden Heeres ſich befand.

Aber dieſe Truppen waren durch den Kampf der Nacht bis in den Tod erſchöpft, und wenn man ſie in den Schloßhöfen auf der Streu dahingeſtreckt und ausruhen ſah, ſo mußte man ihre Hinfälligkeit wahrnehmen und bemerken, daß ſie nicht zum zweiten Male eine ſolche Schreckensnacht aushalten würden.

Der Kampf des Soldaten gegen ſein eigenes Brudervolk, hat auch nur in dem erſten Augenblick einer ſtürmiſchen Fanatiſirung Ausſicht auf Erfolg; je länger aber dieſer Kampf fortgeſetzt wird, deſto unſicherer und ungewiſſer werden die Kräfte, die ihn zu führen haben.

Die Nachricht von dem Abzuge der Soldaten verbreitete ſich wie ein Märchen durch die Stadt, denn man wußte noch nicht, ob überhaupt die Entfernung derſelben aus Berlin gemeint ſey, und im Rathe des Königs ſelbſt ſchien man darüber noch zu ſchwanken.

Mehrere, dem König zunächſt ſtehende Perſonen waren offenbar der entgegengeſetzten Anſicht, und ſuchten den König in dieſem Sinne zu beſtimmen.

Der König, der den Gedanken des fortgeſetzten Bürgerkriegs und Blutvergießens nicht ertragen konnte, befeſtigte endlich ſeinen Entſchluß dahin, daß er den erneuerten Bitten und Wünſchen, die durch Bürger-Deputationen an ihn gerichtet wurden, die Zuſicherung eines vollſtändigen Abzugs der Truppen gab, von welchen nur ein kleiner Theil in den Kaſernen zurückbleiben ſolle. Zugleich erklärte der König, daß er eine vollſtändige Aenderung des Miniſteriums vornehmen werde, und dabei den Wünſchen des Volks entſprechen wolle. Auch die Freigebung der Gefangenen ſagte der König zu, mit dem eigenthümlichen Zuſatz: »wenn dieſe auch gefallen!«

Der Abzug der Truppen von den Straßen geſchah mit klingendem Spiel und mit einem feſtlichen Anſtrich, der an die Zeit der Paraden erinnerte und plötzlich den ſchneidendſten Kontraſt zu der ſchauerlichen Blutnacht herauf ſtellte.

Es ſchien eine ſittlichzwingende Bedingung, daß die Soldaten ihren Abmarſch im Aufzuge des Siegers zu machen hätten, oder wenigſtens in einer Haltung, welche darüber, daß die Gewalt der Krone unverletzt ſtehen geblieben, keinen Zweifel übrig laſſen ſollte.

Unter den Linden und auf dem Schloßplatz bewegten ſich bereits Spaziergänger, Bürger mit Frauen

und Kinder in Sonntagskleidern, und sahen theils mit Verwunderung, theils aber auch ohne alles Befremden diesem festlichen Abzug der Truppen zu.

Nur in einigen Straßen erhob sich aus den Volksmassen ein unwilliger Ruf gegen die Militär-Musik, und man verlangte statt des fröhlichen Marsches einen Choral, was auch auf der Stelle befolgt wurde.

Das Aussehen der Soldaten war jedoch keineswegs ein übermüthiges, denn Vielen sah man die aufathmende Freude an, von dem schaudervollen Dienst der verflossenen Nacht abgelöst zu seyn; andere gingen wieder niedergeschlagen und in der tiefsten Erschöpfung umher.

An der Spitze der aus dem Schlosse abziehenden Soldaten und Batterien, erschien aber der Prinz von Preußen zu Pferde, und in einem von den Truppen begleiteten Wagen, der ebenfalls aus dem Schlosse kam, saß der Sohn des Prinzen, der künftige Thronfolger.

Es war das letzte Mal, daß man den Prinzen von Preußen in dieser Zeit öffentlich in Berlin erblicke; sein Erscheinen war ernsthaft und in sich gekehrt, in seinem Gesichte flammte bald eine dunkle Röthe auf, bald entfärbte es sich bis zur äußersten Bläße. Von den Volksmassen, die ihn ganz lautlos betrachteten, wendete er sich stets etwas seitwärts zurück.

Auf dem Alexanderplatze fand um diese Stunde, es war 11 Uhr Vormittags noch eine bedeutende Volksbewegung Statt. Die Truppen waren von diesem Platze eben abgezogen, aber die Bürgerschützen stellten sich jetzt auf demselben auf, und empfingen für ihr tapferes Verhalten, von den herbeiströmenden Volksmassen einen jauchzenden Zuruf.

Hier wurde jetzt das erste dringende Wort von allgemeiner Volksbewaffnung laut, für welche sich mehrere Redner unter stürmischer Zustimmung des Volkes ausgesprochen hatten. Man beschloß hier, nach dem Schloßplatze zu ziehen, und das Verlangen dem König vorzutragen.

In dieser Absicht setzten sich jetzt die Massen durch die Königsstraße in Bewegung, wo ihnen durch ein seltsames Ungefähr der Ober-Bürgermeister Krausnik, der gerade vom Schlosse herkam, entgegen trat.

Sobald er von einigen erkannt ward, wiederholte jetzt die ganze Volksmenge fast brüllend den Namen des verhaßten Mannes, dessen Unvollständigkeit in den letzten Tagen bis zu einem gefährlichen Grade gestiegen war, und dem man vielfach die Schuld gab, daß er den König über die Stimmung der Stadt in einer Täuschung erhalten habe.

Man bemächtigte sich seiner Person auf eine ziemlich gewaltsame Weise; jedoch er entkam noch den Fäusten seiner Feinde, und flüchtete sich in ein Haus. Die Menge blieb aber vor demselben stehen und schrie allgemein »Abdanken — sogleich abdanken!« Mit diesem Volks-Beschlusse schickte man eine Deputation zu ihm in das Haus, und verlangte von ihm die unverweigerliche Erklärung seiner Abdankung.

Hierauf erschien er am Fenster und versuchte eine Rede zu halten, worin er sagte, daß er so eben vom König komme, und daß dieser versprochen habe, alle Wünsche der »guten Berliner« zu erfüllen u. s. w. Das tausendstimmige Geschrei aber »Abdanken! Abdanken!« überströmte und unterbrach seine Rede, und bald darauf zog man ihn wieder aus dem Hause heraus, und nöthigte ihn, sich mit der Volksmasse nach dem Schlosse zu begeben.

In dem Schlosse des Königs hatte sich indessen eine Szene von höchst eigenthümlicher und exgreifender Art verbreitet.

Man brachte nämlich von allen Seiten die Leichen der im Kampfe gefallenen Bürger in feierlichen Aufzügen, theils auf Bahren, theils in offenen Wagen, mit Blumen bekränzt herbei.

Diese blutigen Opfer eines unnatürlichen Krieges zu dem König auf das Schloß zu tragen, war ein wunderbarer und grausamer Einfall gewesen, der wie ein Blitz in den verschiedenen Theilen der Stadt gleichzeitig die Gemüther des Volks durchfuhr.

Es war, als wenn man dazu nach einem bestimmten Plan übereingekommen wäre, und doch entstand die ganze Szene wie von selbst und ohne alle gemeinsame Verabredung.

Die herbeigetragenen Leichen waren größtentheils, wie schon gesagt mit Blumen, grünen Zweigen und Loorbeerkränzen geschmückt, womit das Volk, besonders aber die Frauen, ihnen die blutigen Stirnen gekrönt hatten.

Die Wunden waren dagegen mit einem schauerlichen Gepränge offen gelegt, und das Volk bezeigte denselben überall durch Entblößung der Häupter, die tiefste Ehrfurcht.

Jeder Todtenbahre folgte eine Schaar von Leidtragenden aus dem Volke, die stumm und mit abgezogenen Hüten hinter denselben herzogen.

Die Träger waren größtentheils die Kämpfer der Barrikade, an welcher der Todte gefallen war und Manche trugen in der einen Hand noch die Waffe mit der sie gekämpft hatten.

Ihr düsteres bleiches Gesicht sagte den ganzen Hergang der schicksalsvollen Begebenheit, die schmerzensreiche Geschichte des Todten den sie trugen.

Die Leichen wurden sämmtlich im Schloßhofe abgesetzt, und das Volk bildete mit schauerlichen Stillschweigen und thränenvollen Augen einen Kreis.

Diese Stille wurde nur bei der Ankunft einer neuen Bahre unterbrochen, wo die Träger gewöhnlich mit lauter Stimme ausriefen auf welcher Baerikade das Opfer gefallen, ob es niederkartätscht oder meuchlings von den Soldaten zusammengehauen worden ist.

Einige dieser traurigen Zurufe lauteten: »War 15 Jahre alt, ist an meiner Seite niedergeschossen worden, und war mein einziger Sohn!« — »Ist ohne Pardon niedergestochen worden, nachdem er sich schon ergeben hatte.« — »Ist ein Familienvater von fünf unversorgten Kindern.« — »Ist eine Wittwe von sieben Waisen.« u. s. w.

Jetzt brach die versammelte Volksmenge plötzlich ihr Schweigen, und schrie mit lauter und gellender

Stimme: »Der König soll kommen.« Hierauf wurde es wieder einen Augenblick still, in welchem man über den furchtbaren Sinn dieses aus tausend Kehlen, wie einstimmig gekommenen Geschreies nachdenken konnte.

Das Volk brachte dem König die blutigen Früchte dieser Nacht dar, es wollte ihm die Ernte selbst gegarn, welche der Tod in diesem gräulichen Soiel geschnitten, der König sollte sich erklären, in welchem Sinne er diese Opfer anzusehen, wie er sie zu sühnen gedenke.

Ueber diese Leichen hin wollte das Volk dem König ins Auge schauen, und ihm als Mensch dem Menschen gegenüberreten.

Auf's Neue hörte man nun wieder das Geschrei nach dem König und ein so gewaltiges Lärmen, als sollte das Schloß dadurch in seinen Grundfesten erschüttert werden.

Unter dieser Volksmasse befand sich auch der bekannte Fürst Lichnowsky, der in den letzten drangvollen Tagen in Berlin gegenwärtig gewesen war, und scheinbar die Absicht gezeigt hatte, eine Rolle als Volksmann zu spielen, obwol er sich an den Barrikaden erst nach der Beendigung des Kampfes eingefunden hatte.

Er hatte sich aber daselbst mit einigen Barrikadenhelden in ein gutes Einvernehmen zu setzen gewußt, und öffentlich versichert, daß er es immer mit dem Volke halten werde.

Jetzt trat er wieder auf, und suchte seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß er bat, dem König einige Ruhe zu gönnen, der sich so eben ganz erschöpft in seine Gemächer zurückgezogen habe.

Das stürmische Verlangen nach dem König mehrte sich aber mit jedem Augenblicke immer allgemeiner und durchdringender, ja man hatte schon den Entschluß gefaßt, dem König, wenn er nicht erschinen würde, die Leichen der gefallenen Opfer ohne weiters in sein Zimmer hinauf zu tragen; und wirklich nahmen schon die Träger die Bahren, und näherten sich damit der großen Aufgangsstige.

Da erschienen aber in demselben Augenblicke die neuen Minister Graf Arnim und Graf Schwerin um das Volk zu beschwichtigen, allein es war ihnen aber nicht möglich, bei der anbrandenden Fluth von Menschen zu Worte zu kommen.

»Der König! der König!« hörte man mit einem fürchterlichen Gebeul von allen Seiten schreien, bis endlich der König auf der innern Gallerie des Schloßhofes, die Königin am Arme führend erschien. Die Königin war todtenbleich in ihrem Gesichte, und drückte eine grenzenlose Angst aus. Eben so zeigte sich auch in dem ganzen Auftreten des Königs das tiefste Leiden, und eine furchtbare Erschütterung.

In dem Augenblicke als der König hervorgetreten war, wurde auf dem Platze ein nie gesehenes Leben regbar. Man bob nämlich die in ihrem Blute schwimmenden Leichname mit ihren offenen Wunden, theils auf den Armen, theils auf den Bahren hoch empor, ja so hoch, als man sie nur dem Könige entgegen strecken konnte, wobei man das drohendste Geschrei der Männer, und das fürchterlichste Wehklagen der Frauen, dann das Verlangen um Genugthuung von allen Seiten hörte.

Die Augen des Königs und der Königin füllten sich mit stummen Thränen, und als gerufen wurde »den Hut ab,« entblößte auch der König sein Haupt, und das Volk fing an den Choral zu singen, »Jesus, meine Zuversicht.«

Nach Beendigung dieses Gesanges führte der König seine Gemalin, die von dieser innersten Erschütterung dem Zusammensinken nahe war, in die Gemächer des Schlosses zurück, aber dem Könige selbst sollte nach diesem herzzerreißenden Anblicke nicht lange die Ruhe zur Erholung gegönnt seyn.

Es zeigte sich an diesem Tage, welche Pflichten und übermenschlichen Verantwortungen auf dem Haupte des absoluten Herrschers gelastet, es zeigte sich, was ein König zu thun habe, der, nach Lösung eines langen unnatürlichen Verhältnisses zwischen ihm und seinem Volke, den Wünschen und Forderungen desselben gerecht zu werden, sich entschlossen.

Kaum war der König jetzt in seine Zimmer zurückgekehrt, als ihm abermals eine Deputation gemeldet wurde, welche den Antrag stellte, daß der König die Bürgerbewaffnung genehmigen möge.

Die von dem Könige eben abgebaltene Leichenschau, hatte vielleicht am tiefsten unter allen Ereignissen auf eine Umwandlung seiner Ansichten und Entschlüsse hingewirkt und das Bewußtseyn in ihm gereift, daß der alte Staat mit jenen Leichen zu begraben sey, und daß das neue Staatsleben mit allen seinen Konsequenzen aufrichtig und unzweideutig angefangen werden müsse.

Daß dieses am 19. März die feste Gesinnung des Königs gewesen ist, wird auch von keiner Seite bezweifelt werden können.

An der Spitze der Volks-Deputation, welche den König um die Bürgerbewaffnung bat, erschienen der Polizei-Präsident von Minutoli und der Stadt-Verordnete Holbein, welch Letzterer, nachdem der König die Abgeordneten auf der Aufgangsstige empfangen, und in den nächsten Saal geführt hatte, das Wort ergriff. Es wurde nämlich der Wunsch ausgesprochen den Polizei Präsidenten von Minutoli mit der Organisation der Bürgerbewaffnung zu beauftragen, und denselben an die Spitze der bewaffneten Bürgerschaft zu stellen. Zugleich forderte die Deputation den König auf, sich mit ihm unter die auf dem Schloßplatze versammelten Bürger zu begeben, was dem Volke die erfreuliche Ueberzeugung geben würde, daß der König in der Mitte desselben sich sicherer finde, als unter dem Schutze seiner Kanonen.

Der König war über diese Aufforderung einen Augenblick unentschlossen, und wollte sich blos an das Fenster begeben, aber mit den Worten: »Kommen Sie, eilen Sie Euer Majestät!« wurde er von den beiden Bürgersmännern Hiller und Schweidnitz am Arme fortgezogen, und zu der Schloß-Terrasse hinabgeführt.

Eine große Volksmenge sammelte sich hier sogleich um den König, der von dem Gedränge außeror-

dentlich angegriffen war, und ſich kaum beſinnen zu können ſchien.

Seine erſten Worte die er in höchſter Bewegung ſprach, waren: »Meine lieben Bürger — Sie haben gewünſcht, daß Ich unter Ihnen erſcheinen möge, Ich bin gekommen.« — Hier ſtockte er in ſeiner Rede, und fragte den neben ihm ſtehenden Bürger Hiller: »Was ſoll Ich jetzt weiter ſagen?« Hiller flüſterte ihm hierauf die wenigen Worte zu, — »Ich ſtelle mich mit Vertrauen fortan unter den Schutz meines Volkes, und gewähre gerne die geforderte Bürgerbewaffnung.« Nun ſprach der König weiter: »Sie haben Mich durch einige Ihrer Mitbürger überzeugt, daß die Ruhe der Stadt auf Bewaffnung der Bürger beruhe, — Ich gewähre Ihnen gerne die Bewaffnung.« — Kaum hatte aber der König dieſe Worte ausgeſprochen, ſo hörte man ſchon ein allgemeines Jubelgeſchrei, und ein tauſendſtimmiges Lebehoch für den König.

Inzwiſchen fragte der König leiſe den neben ihm ſtehenden Bürger Hiller. »Wo wollen Sie aber Waffen hernehmen?« — Worauf dieſer entgegnete. »Geben Sie die Waffen des Zeughauſes ſo lange, bis ſich die Bürgergarde organiſirt hat!« Nun wendete ſich der König wieder zu dem Volke, und ſprach mit lauter Stimme. »Ich lege die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, welche durch Sie am beſten bewahrt werden kann, in Ihre Hände!« und ſo wurde der König unter einem unbeſchreiblichen Volksjubel bis zur innern Schloßthüre zurückgeleitet.

Am Nachmittage deſſelben Tages erſchien eine öffentliche Bekanntmachung des Königs, nach welcher Graf Arnim mit der Bildung des neuen Miniſteriums, und zwar mit der Verwaltung des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfaſſungsſachen, Graf Schwerin mit dem Kultusminiſterium, der General-Landſchaftsrath von Auerswald mit dem Miniſterium des Innern, und der General-Steuer-Direktor Kühne mit der einſtweiligen Verwaltung des Finanzweſens beauftragt wurden. Die übrigen Miniſter waren noch einſtweilen auf ihren Dienſtpoſten geblieben, jedoch mit Vorbehalt der weitern Beſchlußnahme über eine neue Beſetzung.

Am ſpätern Nachmittag geſchahen bereits die erſten Schritte, die Bürgerwehre ins Leben treten zu laſſen.

An viele Bürger wurden ſchon Gewehre ausgetheilt, und ſie bezogen damit zum erſten Mal die Wachen. Im Schloſſe des Königs, welches ebenfalls gänzlich von Soldaten geräumt worden war, übernahmen jetzt die Bürgerſchützen, die in der Barrikadennacht unerſchrocken mitgewirkt hatten, die Wache. Der König ſelbſt begab ſich noch am Abende zu den Bürgerſchützen welche die Wache hielten, und ſprach freundliche Worte mit ihnen.

Seine Stimmung ſchien ruhiger und gefaßter geworden zu ſeyn, denn er hatte einen Tag erlebt, gewaltig genug, um die Anſichten und Beſchlüſſe eines ganzen Lebens umwerfen und erſchüttern zu können.

Faſt unaufhörlich hatte er den ganzen Tag zu dem Volke geſprochen, nachdem er bald auf den Schloß-Balkon hinausgerufen wurde, um wiederholte Zuſicherungen und Ermahnungen an die unten ſich herumdrängenden Volksmaſſen zu richten, bald auf den Platz mitten unter das Volk trat, um den verſchiedenartigſten Aufforderungen Rede zu ſtehen. So wandte er ſich auch von der Terraſſe herab an die Arbeiter, denen er ebenfalls eine Wahrung ihrer Intereſſen verſprach.

Die Volksſtimmung hatte ſich am Sonntag Nachmittags wie durch einen Zauberſchlag verändert.

An die Stelle der Kampfluſt und der revolutionären Bewegung war plötzlich ein mildes Gefühl der Gläubigkeit an die Errungenſchaften getreten. Das Volk betrachtete ſich nach dem Abzuge der Truppen als den zurückgebliebenen ſiegreichen Theil, aber es zeigte ſich zugleich verſöhnlich geſtimmt gegen den König, den es in ſeine Siegesfreier gewiſſermaſſen mit einſchloß.

So ließ es auch alle diejenigen Perſonen, welche als die Würden- und Sündenträger des alten Staats wohl in Verantwortung hätten genommen werden können, ruhig in ihren Schlupfwinkeln, wohin ſie ſich zitternd verkrochen hatten.

Daß das Volk von Berlin nach dieſer Seite hin keinen Rachedurſt kannte, bewies theils, in welcher politiſchen Unmündigkeit und Dumpfheit es im alten Polizei- und Beamtenſtaate gehalten worden war; ſo daß es kaum die Namen verſenigen wußte, durch welche ihm am meiſten ſeine Rechte verkürzt worden ſind, theils bewies es auch, daß das Volk ſeinem eigenen Charakter nach aus Vertrauen, Leichtſinn und Großmuth zuſammengeſetzt iſt; und daß, wie es überhaupt nur im alleräußerſten Nothfalle zu einer gewaltſamen Entſcheidung ſeines Schickſals ſchreitet, es auch dann noch gerne jede Möglichkeit zum Einhalten einer mäßigen Bahn ergreift.

Eine Art von Volksjuſtiz wurde am Sonntag Nachmittags nur gegen zwei Perſonen ausgeübt, die als Verräther an der Volksſache angezeigt worden ſind. Es war nämlich der Major außer Dienſt, Namens Preuß, beſchuldigt worden, daß er am Tage zuvor in ſeinem Hauſe mehrere Barrikadenkämpfer, welche dort vor der Verfolgung der Soldaten eine Zuflucht geſucht hatten, hinterliſtiger Weiſe denſelben ausgeliefert habe.

Man drang alſo in die Wohnung des flüchtig gewordenen Majors ein, warf Alles was man an Möbeln, Kleidungsſtücken und Koſtbarkeiten darin fand, ſo wie auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Treſor- und Schuldſcheinen, zum Fenſter auf die Straße hinaus, wo dann ein großes Feuer angezündet, und Alles verbrannt wurde.

Eine andere Szene fand unter den Linden gegen das Kaufgewölb des Hofbanditenbuhmachers Wernicke ſtatt, welcher zwei Polen wegen Geldvertheilung beim Barrikadenbau der Polizei-Behörde überliefert haben ſollte. Man räumte dieſen Kaufladen gänzlich aus, und warf die Handſchuhe auf die Straße, wo ſie ebenfalls auf einem raſch angezündeten Holzhaufen der Flamme übergeben wurden. Dieſe That geſchah mit einiger Feierlichkeit, und mehrere Arbeiter nahmen ſich als Andenken an dieſe Stunde,

blos einige weiße Glacé-Handschuhe mit, die sie aber vorher sorgfältig zerrissen, um nicht den Anschein zu haben, als wenn sie sich einen Besitzwerth damit zueignen wollten.

Mit der herandrechenden Dunkelheit wurde die Stadt illuminirt, womit die dem Schlosse gegenüberliegenden Häuser und Straßen den Anfang gemacht hatten; und so strahlte bald ganz Berlin in diesem überraschenden Festglanz, der zu der vergangenen Nacht einen schauerlich wehmüthigen Kontrast darbeth.

Zugleich hörte man auch in allen Straßen ein Freudenschießen, welches die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen dauerte.

Die neugeschaffene Berliner-Bürgergarde machte dabei mit ihren Gewehren zuerst die Probe, und so verschoß man auf diese Weise größtentheils die noch vorhandenen Pulvervorräthe in die Luft, welche für die Fortsetzung des Barrikadenkampfes bestimmt gewesen sind.

Am nächsten Morgen, den 20. März zeigte es sich, daß die Revolution keineswegs überwunden oder ausgekämpft war, sondern daß man sich auf allen Seiten über den eigentlichen Stand der Dinge getäuscht habe.

Der Morgen hatte zuerst einen sehr heitern und lustigen Anstrich; das Volk tummelte sich in den vergnügtesten Gruppen auf den Straßen und Plätzen herum, und beschaute mit der hier einheimischen Neugierde die Stätten der Revolution. Diese bestanden besonders darin, daß Volkshaufen sich herumdrängten, und die Ladenschilder aller Hoflieferanten, an welchen sich der Name des Prinzen von Preußen angeschrieben fand, herabrissen, zum Theil auch beobachteten oder die Auslöschung dieses Namens forderten, was jedesmal unter einem stürmischen Jubelgeschrei von der Volksmenge ausgeführt wurde.

Das Volk hatte jetzt plötzlich einen Namen und eine Person gefunden, auf welche es die in ihm hafte den gebliebene Erbitterung entladen konnte, und dieses war der dem Throne der Hohenzollern zunächst stehende Prinz, der durch seine Entfernung aus Berlin, die einer Flucht gleichgeachtet wurde, den gegen ihn rege gewordenen Verdacht gleichsam zu bestätigen schien.

Der Prinz hatte sich bei dem Abzuge der Truppen aus Berlin, zunächst nach seiner bei Potsdam gelegenen Besitzung, später nach der Pfauen-Insel begeben, wo er, als die Verhältnisse in Berlin für ihn immer mißlicher wurden, um im Kreise seiner um ihr zitternden Familie zu bleiben, es endlich geraden fand, die merkwürdige Reise nach England anzutreten.

Dagegen bewies das Berliner-Volk an diesem Tage eine ganz entschiedene Anhänglichkeit an die Person des Königs und auch der Königin, deren Namen überall, wo sie sich öffentlich angeschrieben fanden, unverletzt blieben, und dadurch ausdrücklich bestätigt wurden.

Gegen 11 Uhr Vormittags, rückte das Volk in ziemlicher Anzahl gegen den Palast des Prinzen vor, und der dortige Bürgerwehrposten wurde zum Abtreten aufgefordert, da dieses kein Ehrenposten für einen Berliner-Bürger sey. Zugleich verbreitete sich auch das Gerücht, daß die Fabrikarbeiter heranzögen, um das Haus der Ehre gleich zu machen. Nun bewegte sich aber von der Universität herüber ein Zug von Studenten, Professoren und Bürgern, unter der Anführung des Rektors der Universität, in der Absicht, das Haus des Prinzen zu schützen.

Da kam ein Mann aus dem Handwerkstande auf den Einfall, das Haus des Prinzen für ein National-Eigenthum zu erklären, und da dieser Beifall fand, so schrieb er sogleich mit der Kreide und mit großen Buchstaben an die Wand: »Eigenthum der ganzen Nation.« Diese Inschrift welche sich sehr nahe neben dem Lieblingsfenster des Prinzen befand, an welchem er gewöhnlich hinter der großen Spiegelscheibe, die Vorübergehenden zu mustern pflegte, wurde unter lautem Beifallsruf des Volkes ausgeführt.

Ein Anderer trat auf den Balkon des Hauses und befestigte dort eine dreifärbige Fahne, die sich rauschend in der Luft entwickelte.

Die Aufschrift »Eigenthum der ganzen Nation« mußte durch den ganzen Sommer an der Wand stehen bleiben, und wurde von Zeit zu Zeit mit frischen Farben erneuert, bis endlich im Herbst der Niedergang der Bewegung entschieden ward, von welcher Zeit an auch die Aufschrift verschwand.

Das Gebäude sollte nämlich durch diese Aufschrift geretter und erhalten werden, und so wurde es auch in der That unter der Maske des National-Eigenthums bis in jene Zeit hinübergeschmuggelt, wo der Prinz mit seiner Familie wieder die verlassenen Gemächer ruhig beziehen konnte.

Bemerkenswerth waren die Aeußerungen, welche man von dem Volke über die Bestimmung hörte, die dem Prinzenhause zu geben wäre. Ein schlichter Arbeiter meinte nämlich, daß dasselbe am besten zu einem Ständehause eingerichtet werden könnte. Andere wollten es wieder zu einem Invalidenhause für Arbeiter verwendet wissen. Indessen wurde einige Tage darauf, eine höchst seltsame Virtschaften-Kommission für das Volk in diesem Palaste eingerichtet.

Als die Mitglieder dieser Kommission nannten sich Direktor Karrig, von Normann und Becker, drei Personen, welche sämmtlich als Aventuriers bekannt, und überdieß in einem zweideutigen Schleier des Geheimnißvollen eingehüllt waren.

Der erstgenannte Karrig, war wegen mehrerer Schwindeleien den Polizeibehörden und Gerichten in Berlin seit vielen Jahren nicht unbekannt, während Normann vor kurzer Zeit aus der Schweiz zurückgekehrt war, wo er den Sonderbunds-Feldzug mitgemacht, und für die Jesuiten in Luzern gefochten hatte. Der dritte dieser Männer Namens Becker, war ebenfalls durch einen abenteuerlichen Ruf bezeichnet gewesen, den man noch nicht hinlänglich hatte enthüllen können.

Es war wirklich beispiellos beleidigend, die Frechheit und Impudenz dieser Unverschämtheit zu sehen, mit welcher diese drei Personen sich plötzlich in den Zimmern des Prinzen einquartierten, dort ihre Amtsstuben aufschlugen, und außerdem Alles, was in der Küche und im Keller vorräthig und vorhanden war, für sich in Anspruch nahmen.

Da sie den ganzen Tag auf diesen ihren Arbeitszimmern zubrachten, so mußte für ihr Frühstück, Mittag und Abendessen regelmäßig gesorgt werden, und eben so fand man den ganzen Tag hindurch die feinsten Weine auf den Schreibtischen der vielbeschäftigten Vittschriften-Kommission.

Der Andrang der Gesuchtstellenden wurde mit jedem Tage größer, denn alle Arbeitslosen und Nothleidenden wendeten sich in diesen Palast, und ließen sich hier Gesuche an den König aufsetzen.

Die Sache nahm aber bald eine scurrile oder unanständige Wendung, da sich ganze Familien einstellten, welche auch in dem Palast, wo so viele schöne Zimmer unbewohnt waren, darin freie Wohnung zu erhalten wünschten.

Ja diese Kommission wagte es sogar, sich eine »in allerhöchsten Aufträge niedergesetzte Kommission zur Annahme von Vittschriften an Se. Majestät den König,« zu nennen, wozu sie keineswegs berechtigt war.

Daß lächerlichste bei der ganzen Sache aber blieb, daß keine Behörde, weder der Magistrat noch der Polizei-Präsident, und ebenso auch nicht der neue Minister-Präsident Graf Arnim, ungeachtet der vielfach geschehenen Aufforderungen, es wagten, die Vittschriften-Kommission aufheben zu lassen.

Endlich gelang es dem Studenten-Korps, welches in dem Palaste die Wache hatte, in einer Nacht, wo Karrig nur einer gebrimmvollen Wichtigkeit die Posten revidiren wollte, denselben zur Haft zu bringen, und so wurde auch am nächsten Tage Normann von den Studenten festgenommen.

Ein ergreifendes Ereigniß bildete am 20. März die Zerlassung der polnischen Gefangenen aus dem Staatsgefängniß bei Moabie.

Schon am Abend vorher, hatte sich eine Deputation der in Berlin anwesenden Polen auf das Schloß begeben, und dem König durch den Grafen Arnim ein Gesuch um Amnestie für die Gefangenen überreichen lassen; was auch der König genehmigte, und so öffneten sich um 1 Uhr Nachmittags die Thüren des Gefängnisses.

Es war ein rührender Triumphzug, welchen die Polen jetzt durch die Stadt unternahmen, unter dem Antheil der ganzen Bevölkerung, der sich in einem ungeheuren Jubel aussprach, und so weit ging, daß dem Wagen, auf welchem Mieroslawski sich befand, sogar die Pferde ausgespannt wurden.

So ging es jetzt unter einer immer mehr sich sammelnden Menschenmenge die Linden hinunter an der Universität vorüber, bis zum königlichen Schlosse.

Unterwegs hatte man ihnen aus allen Fenstern weiße Tücher entgegengewehrt, wobei sich besonders die Frauen in einer begeisterten Hingebung äußerten.

Mieroslawsky, der schon lange her der erklärte Liebling der Berliner-Damenwelt war, stand hoch emporgerichtet auf seinem Wagen, und schwenkte die schwarz-roth-goldene Fahne in seiner Hand.

Der König selbst trat in Begleitung seiner neuen Minister Arnim, Schwerin und Bornemann auf den Balkon des Schlosses hinaus, und begrüßte den Zug, nachdem er dreimal seine Feldmütze schwenkte. Darüber jauchzte das Volk dem König ein tausendstimmiges Lebehoch zu, und Graf Schwerin sprach vom Balkon herab zu dem versammelten Volke.

Auf der Rückfahrt vom königlichen Schlosse wurde wieder vor der Universität angehalten, und hier hielt Mieroslawsky eine Anrede an das Volk, worin er diesem vorzugsweise den Dank für die Befreiung der Polen aus der zweijährigen Haft abstattete, und zugleich feierlich erklärte, daß Polen und Preußen künftig ein Bruderwelk seyn sollen, und daß zur Sicherstellung eines freien Deutschlands's, ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen Rußland errichtet werden müsse.

In diesem Sinne der Rede, wurden in diesem Augenblicke zwischen den Polen und dem Berliner-Volke die lebhaftesten Worte der Verbrüderung enthusiastisch ausgesprochen, und zum noch bessern Ausdruck dieser neuen Volksbrüderlichkeit von mehreren befreiten Polen an verschiedenen Orten die Wachen bezogen.

Auch verfaßten sie noch an demselben Tage eine Dank-Adresse an das Berliner-Volk, in welcher die auf den Straßen bereits kundgegebene Gesinnung noch inniger und ausführlicher ausgesprochen wurde.

Es war in der That eine wunderbar festliche Stunde, welche Berlin an diesem Mittag erlebte. Die schönste Frühlings-Sonne stand am heitern Himmel und beschien mit ihren ersten warmen Strahlen die in den Straßen sich hin und her bewegende Volksmenge; ja Berlin glich in diesem Augenblick einer verzauberten Stadt; denn ein Taumel der Empfindungen hatte Alle ergriffen; und es schien wirklich, als wolle eine neue Aera der Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen, der innigsten Verbrüderung aller Völker anbrechen.

Während aber das Berliner Leben plötzlich diesen mächtigen innerlichen Aufschwung entfaltete, während ein wärmerer Puls durch das kalte Berlin ging, und ganz gegen die Berliner-Gewohnheiten, alle Menschen auf den Straßen, bekannt oder unbekannt sich herzlich mit einander ansprachen, hatte sich nach einer andern Seite hin die größte Verwirrung und Bestürzung mehr und mehr verbreitet, und die zur Flucht unzähliger Familien, die sich hier nicht mehr sicher glaubten, gesteigert.

Dieses war nämlich der Adel der Hauptstadt, der schon vor dem Anfang des Kampfes, und gleich nach demselben sich zu flüchten angefangen, und seinen Weg besonders nach Potsdam genommen hatte.

An dem Morgen, wo sich nun die Geschichte mit dem Palast des Prinzen von Preußen zugetragen hatte, wurde dieses von der Adelsklasse für das äußerste Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf Eigenthum und Besitz angenommen, und so gingen

ganze Karavanenzüge von Emigranten mit Allem was sie nur in der Eile von ihren Habseligkeiten und Schätzen zusammentraffen konnten, nach Potsdam ab.

In dieser Stadt wurden jetzt alle Gasthöfe so sehr mit Menschen angefüllt, daß der dortige Gasthof zum Einsiedler das Ansehen der Arche Noah hatte, und schon sogar mehrere Familien blos auf Streblager in dem Speise-Saal untergebracht werden mußten.

Der Berliner-Adel, an welchem sich auch ängstliche Personen aus allen Klassen des Beamten und Bürgerstandes angeschlossen hatten, legte aber darin eine ganz unnöthige Furcht an den Tag, die blos bewies, daß er sich bisher seinerseits in einem falschen Verhältniß zum Volke und zu dessen Forderungen befunden habe.

Bei manchen höheren Beamten, welche diese zaghafte Flucht mitmachten, schien sich zugleich das Gewissen erregt zu haben, welches ihnen dasjenige, was sie in ihren Stellungen bisher gethan und unterlassen hatten, in dieser entscheidenden Zeit vorhalten mochte.

Potsdam trat seit dieser Zeit in ein Verhältniß zu Berlin, in welchem es als der eigentliche Centralsitz der Reaktion von den Berlinern angesehen wurde, und von dem man später alle Fäden zur Widerherstellung des alten Zustandes der Dinge ausgehend betrachtete.

Der Adel hatte aber in Berlin und in Preußen gar kein bestimmtes Verhältniß mehr zur Nation gehabt; das Volk hatte den Adel weder gebraucht noch geachtet; und so war es jetzt eine bloße Illusion oder Täuschung seiner Furcht, das Volk werde in diesen Tagen seine Aufmerksamkeit oder gar seine Rache auf ihn richten.

Der 21. März brachte wieder ein neues Schauspiel, welches die vorangegangenen fast noch an Merkwürdigkeit und Wunderbarkeit übertraf.

Schon am Morgen dieses Tages, war aus der Decker'schen gebeimen Ober-Hofbuchdruckerei nachstehendes Plakat verbreitet worden.

»An die deutsche Nation!« Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seyd fortan wieder eine einige große Nation, stark frei und mächtig im Herzen von Europa.

Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf einen heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammt-Vaterlands gestellt.

Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volks, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!«

Bei dieser eigenthümlichen Feierlichkeit, durch welche sich der König eine neue innige Verbindung mit dem Volksgeist anzubahnen gedachte, war es besonders auch auf eine Mitwirkung der Berliner-Studirenden abgesehen.

Der neue Kultus-Minister Graf von Schwerin, begab sich dieserwegen in die Aula, und ließ die Studenten, welche im Kostanienwäldchen theils mit dem Exerzieren, theils mit der Einübung eines Volksliedes beschäftigt waren, dorthin einladen.

Hier hielt Graf Schwerin eine Anrede an sie, worin er den Studirenden sagte, daß der König sich an der Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle, daß er in diesem Sinne, die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschlossen habe, und sich auch hier an die Spitze des Fortschritts und der Freiheit stellen werde.

Zugleich wies der Minister darauf hin, daß der König nächstens mit den deutschen Farben geschmückt in den Straßen Berlins erscheinen, und besonders darauf rechne, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde.

Bemerkenswerth war auch der Schluß in dieser Rede, worin er die Verantwortlichkeit der Minister hocbeben ließ.

Die Studenten waren in diesen Tagen ein wichtiger Bestandtheil der Berliner-Bevölkerung geworden, so getheilt und schwach auch sonst die politische Bedeutung der Universität sich gezeigt hatte.

Die Studenten hatten sich aber durch ihren Antheil am Kampfe, noch mehr aber durch die Energie, mit der sie nachher die ihnen anvertrauten Waffen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung gebrauchten, ein gewisses Ansehen beim Volke erworben.

Dieses glaubte auch der König jetzt für die von ihm beabsichtigte Demonstration benützen zu müssen.

Es war ein richtiger Gedanke des Königs, daß er sich jetzt seinem Volke persönlich zeigen, und auf den neuen Grundlagen der Zeit auch eine neue persönliche Gemeinschaft mit demselben erstreben müsse.

Gegen die Mittagszeit erschien der König zuerst auf dem Hofe seines Schlosses am Eingang der Wendeltreppe zu Pferde; gekleidet in die Uniform des ersten Garde-Regiments mit einem Helm, und an seinem Arme mit den deutschen Farben.

Ihm folgten die in Berlin anwesenden Prinzen, unter welchen sich aber der Prinz von Preußen nicht befand; dann die Minister in gewöhnlicher bürgerlicher Kleidung, ebenfalls mit deutschen Farben-Bändern am Arme.

Als der König zuerst auf den Schloßplatz hinaustrat, sprach er zu dem um ihn sich drängenden Volke, folgende Worte: »Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle, ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung.«

Nachdem der König unter einem freudigen Zujubelgeschrei des Volks diese Worte gesprochen hatte, bewegte sich der Zug weiter vorwärts durch die Straßen, wozu er sich in folgender Weise bildete. Zwei Generale, mit schwarz-roth-goldenen Schleifen am Arme ritten voran, ihnen folgten drei Minister mit

denſelben Farben, darauf zwei Bürgerſchützen zu Fuß und ein Stadtverordneter mit der dreifarbigen deutſchen Fahne. Nun erſt folgte der König von Prinzen und Generälen umgeben, in einer feierlichen und freudigen Haltung. Drei Studenten trugen ihm das Reichsbanner voran.

Der Zug bewegte ſich zuerſt über den Schloßplatz und die Schloßfreiheit, unter dem Jubel der Volksmaſſen und unter dem Flattern der weißen Tücher aus allen Fenſtern.

An der Königswache hielt der König ſtill und betrachtete ſich die neue Bürgerwehre, welche ihn dort zum erſten Mal begrüßte.

Der König ſprach jetzt die Worte: »Ich ſehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genug in Worten ausdrücken, was ich Euch danke, glaubt es mir!«

In dieſem Augenblick hörte man eine Stimme aus der Menge laut ausrufen: »Es lebe der Kaiſer von Deutſchland.« Auf dieſen Zuruf wendete ſich der König mit einer unwilligen Kopfbewegung raſch um, und ſprach: »Nicht doch, das will, das mag ich nicht!«

Der Zug bewegte ſich jetzt wieder vorwärts bei der Statue Blüchers vorbei gegen die Beherenſtraße und über die Linden zurück.

An der Univerſität hielt der König abermals ſtill, wo ſich jetzt die Studierenden, unter Anführung der Profeſſoren Müller und Hecker, in Reihe und Glied aufgeſtellt hatten.

Der König, der bei dem Denkmal Friedrich des II. Platz genommen hatte, ſprach hier wieder folgende Worte: »Mein Herz ſchlägt hoch, daß es meine Hauptſtadt iſt, in der ſich eine ſo kräftige Geſinnung bewährt hat. Der heutige Tag iſt ein großer unvergeßlicher, entſcheidender Tag. In Ihnen meine Herren, ſteckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf daſſelbe, ſo bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studenten machen den größten Eindruck auf das Volk, und das Volk auf die Studierenden.

Ich trage die Farben, die nicht mein ſind, aber ich will damit nichts uſurpiren, ich will keine Krone, keine Herrſchaft, ich will Deutſchlands Freiheit, Deutſchlands Einigkeit, ich will Ordnung, das ſchwöre ich zu Gott!« (bei welchen Worten der König feierlich ſeine rechte Hand zum Himmel emporhob!)

Ich habe nur gethan, was in der deutſchen Geſchichte ſchon ſo oft geſchehen iſt, daß mächtige Fürſten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und ſich an die Spitze des ganzen Volks geſtellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürſten mir entgegen ſchlagen, und der Wille des Volks mich unterſtützen werde. Merken Sie ſich das, meine Herren, ſchreiben Sie es auf, daß ich nichts uſurpiren, nichts will, als deutſche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abweſenden ſtudierenden Jugend; es thut mir unendlich leid, daß ſie nicht Alle da ſind. Sagen Sie es Allen!«

In dieſem Sinne faßte der König ſeinen neuen Plan auf, ſich an die Spitze der Freiheitsbewegungen des deutſchen Volkes zu ſtellen. Es war in der That ein, die Geiſter und die Herzen erhebender Augenblick.

Die Studenten ſchlugen mit ihren Waffen an einander, um dadurch den König zu begrüſſen. Das Volk warf die Hüte mit den deutſchen National-Kokarden in die Luft, und überall hörte man das jubelnde Geſchrei »Friedrich Wilhelm lebe hoch.«

Am Abend deſſelben Tages erließ der König noch den Aufruf »An mein Volk und an die deutſche Nation,« welcher das nachher ſo ominös gewordene Wort »Preußen gehe fortan in Deutſchland auf;« und außerdem auch die Hinweiſung auf eine deutſche Ständeverſammlung, welche ſich der König noch in der Weiſe dachte, daß der auf den 2. April einberufene vereinigte Landtag zugleich die Organe liefern ſolle, mit welchen die Fürſten und Stände Deutſchlands zu einer gemeinſchaftlichen Verſammlung zuſammentreten würden. Am Schluſſe des Aufrufs wurde, um eine unverbrüchliche Verkräftigung aller dem Volke gegebenen Verſprechungen zu erdreilen — noch geſagt: »Allgemeine Einführung einer wahren konſtitutionellen Verfaſſung mit Verantwortlichkeit der Miniſter in allen Einzelſtaaten. Oeffentliches und mündliche Rechtspflege in Strafſachen auf Geſchworenengerichte geſtützt. Gleiche politiſche und bürgerliche Rechte für alle religiöſen Glaubensbekenntniſſe, und eine wahrhaft volksthümliche freiſinnige Verwaltung, werden allein ſolche ſichere und innere Einheit zu bewirken und zu befeſtigen im Stande ſeyn.«

Im Allgemeinen war jedoch die Stimmung in der Stadt bereits eine ſehr gemiſchte und unklare geworden.

Die Bevölkerung traute nämlich dem eingetretenen Zuſtand der Dinge nach keiner Seite hin, und glaubte vielmehr, daß ein heimlicher Verrath im Werke ſey.

Wenn auch das Gerede von einem Anmarſche der Ruſſen auf Berlin nur als eine halbkomiſche Geſpenſterfurcht des Volks angeſehen werden konnte, ſo gewann dagegen das Andere immer ſtärker anwachſende Gerede von den feindlichen Abſichten des Prinzen von Preußen mehr und mehr eine unheimliche Kraft, die ganz Berlin in Schrecken ſetzte.

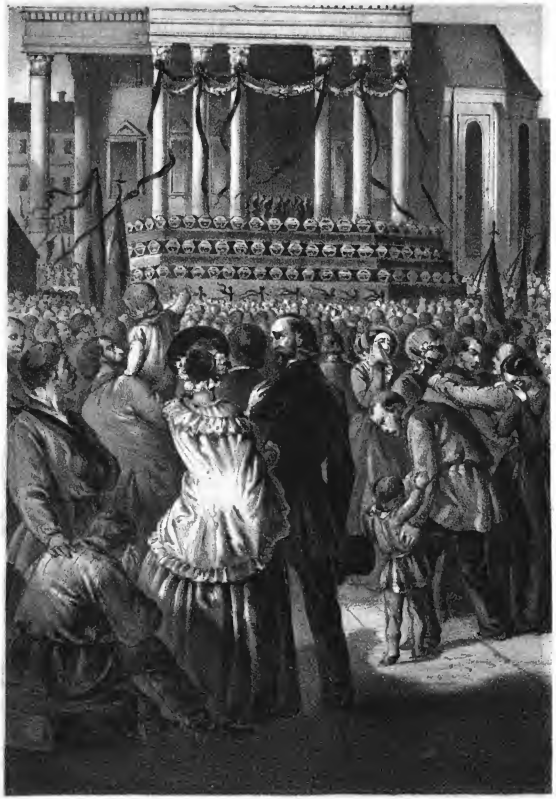
Dieſes zeigte ſich zuerſt in der Nacht vom 20. auf den 21. März auf eine allerdings ziemlich räthſelhafte und geheimnißvoll gedichtete Weiſe.

In dieſer Nacht entſtand nämlich plötzlich der Lärmruf, daß der Prinz an der Spitze ſämmtlicher Truppen, die ſich unter ſeinem Kommando geſammelt hätten, gegen Berlin im Anzuge ſey, und die Stadt erobern wolle.

Von einem unbekannten Reiter, der auf einem ſchwarzen Pferde durch die Straßen ſprengte, war dieſer Lärmruf zuerſt verbreitet worden, während auf mehreren Bürgerwachen der Stadt, von einer bevorſtehenden Gefahr wieder das entgegengeſetzteſte Gerede angemeldet wurde.

Am Hallſchen Thore ſagte man, das Schönhauſer-Thor werde bereits von den anrückenden Truppen geſtürmt; kam man wieder zum Schönhauſer-Thore, ſo wurde hier mit der größten Beſtimmtheit verſichert,

Wystawa padlych w brzeznu w Berlinie.



L'esposizione delle vittime del Marzo in Berlino.

A' martiuri elesztek kiállitása Berlinben.

Die Ausstellung der März-Gefallenen in Berlin.

der Prinz von Preußen sey so eben auf der Frankfurter Eisenbahn mit seinen Getreuen und seinen Kanonen angekommen.

Auf solche Weise jagte Einer dem Andern Schreckensbilder in den Kopf, und in vielen Straßen fing man wieder an bereits Barrikaden zu bauen, und zwar von einer Größe und Festigkeit, wie solche selbst am 18. März nicht gesehen worden sind.

Die Aufregung erlangte einen ungeheueren Grad; viele Tausende von Menschen sammelten sich auf den Straßen, und scheien nach Waffen. Man hatte wohl Gewehre, Hacken und Picken, aber der Mangel an Munition, der in der Stadt herrschte, veremehrte den Schrecken und Glauben an einen längst schon beabsichtigten Verrath.

Indessen verpuffte die ganze Aufregung in einem wirklichen Nichts; und da man sah, daß von allen diesen Befürchtungen nichts zu besorgen war, so zogen die Bürgerwehr-Patrouillen in den Straßen umhee, um die versammelten Volkshaufen zu zerstreuen, damit sie sich zur Ruhe nach Hause begeben.

Am andern Morgen eieh man sich verwundert die Augen, und räumte die Barrikaden wieder weg.

Auf diese Weise enstand jetzt in Berlin zum ersten Mal der Gedanke, daß das Ausstreuen falscher Gerüchte und Nachreichten zu den Wirkungsplanen der Reaktion oder Rückwirkungs-Partei gehören könne, in die Absicht, dadurch einen neuen Zusammenstoß herbeizuführen, in welchem das Volk der Gewalt erliegen, und die erreungenen Voetheile wieder preisgeben müsse.

Am 21. März hatte der König auch eine Deputation der städtischen Behörden von Beeslau und Liegnitz empfangen, welche als Ausdruck der überwiegenden Mehrheit dieser Städte den Antrag stellte, daß der König das neue Wahlgesetz, auf Gewnd dessen die neue Volksvertretung sich bilden solle, ohne ständischen Beirath selbst erlassen möchte.

Der König erkläte, darauf keinen bewilligenden Bescheid geben zu können, sondern das Wahlgesetz der Beachtachtung des vereinigten Landtags vorlegen zu müssen, wenn nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem der Schlesier anschließen wolle.

Dieses wuede auch dann in einer neuen Proklamation an das Volk am 22. März veröffentlicht, und es wurden dabei wieder neue Punkte angegeben, über welche der König der künftigen neuen Vertretung des Volkes Vorschläge vorlegen werde, nämlich: Ueber Sicherstellung der persönlichen Freiheit. — Ueber freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht. — Ueber eine allgemeine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer. — Ueber die Verantwortlichkeit der Minister. — Ueber die Einführung von Schwurgerichten für Strafsachen, nämlich für alle politischen und Preßvergehen. — Uebee die Unabhängigkeit des Richterstandes. — Ueber die Aufhebung des eximieten oder ausnahmsweisen Gerichtsstandes, der Patrimonial- oder erblichen Gerichtsbarkeit und der Dominial- oder herrschaftlichen Polizei-Gewalt.

Am Schluße dieser Proklamation stand noch die Bemerkung, daß das stehende Heer nächstens auf die neue Verfassung beeidigt werden solle.

Die Berliner-Zeitungen vom 22. März brachten zugleich die ämtliche Nachricht, daß der Prinz von Preußen nach London abgereist sey, wo er auch wirklich am 26. März ankam, und in dem Hötel der preußischen Gesandschaft sein Absteigquartiee nahm.

Später meldete auch die englische Zeitung, die Times (Trims), die Ankunft des Peinzen, und suchte dabei zugleich das Gerede, welches sich gegen den Pringen bisher erhoben hatte, als wäre er der Schuldtragende an den Berliner-Ereignissen, als gänzlich unwahr zu entkräften.

Um den armen Volksklassen eine Erleichterung zu verschaffen, hatte der König auch die Verordnung erlassen, daß alle in den königlichen Leihhäusern oder Versatzämteen versetzten Pfänder bis zu dem Betrage von fünf Thalern den Besitzern der Pfandscheine unentgeldlich zurückgegeben werden sollten.

Da in diesem Wohlthätigkeitssinne auch die städtischen Behörden nicht zurückbleiben, und etwas für das Volk thun wollten, so wuede auch von dieser Seite beschlossen, die Pfänder, welche bei den peiwilegirten Pfandleihern versetzt sind, unter derselben Begünstigung den Besitzern der Pfandscheine zurückzugeben.

Am 22. März fand die feierliche Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer statt, die in einer wahrhaft großartigen und erhebenden Weise vor sich ging, und gewissermaßen den Höhenpunkt der Berliner-Revolution in ihrer wahren volksthümlichen Reinheit und Würdigkeit bezeichnete.

Es gab in Berlin schon Leute, die zu einer raschen Versöhnung und Ausgleichung alles Geschehenen geneigt waren, und die gemeinschaftliche Bestattung aller Gefallenen, sowohl vom Civil als vom Militär wünschten, wozu sich auch ein besonderes Beerdigungs-Comité gebildet hatte.

Hier sprach sich aber die Volksstimme energisch dagegen aus, und es zeigte sich, daß dieser Zwiespalt noch unvermittelt und schroffer als jemals in den Gemüthern lag, denn das Volk wollte eine Entweihung des Andenkens seiner Märzhelden daein finden, wenn dieselben mit ihren Feinden zugleich in die Geuft gesenkt werden sollten.

Schon am frühen Morgen war in der Stadt eine große und rührende Lebendigkeit bemerkbar, und man rüstete sich in allen Straßen und Häuseen zu der großen Trauerfeierlichkeit her.

Ueberall flatterten große Trauerflöre, und schwaeze Fahnen wehten auf den Stadtthoren und den Thürmen des Schlosses. Die ganze Bevölkeeung erschien mit den Zeichen der Trauer an Arm und Hut, die Frauen größtentheils in schwaezen Kleideen, wee aber theilnamslos an der Feierlichkeit blieb, hielt sich tief in seiner Wohnung verborgen.

Der erste Schauplaß der Teauerfeier war der Platz vor der neuen Kirche am Gensdaemenmarkt, wo die Säege der Todten auf einer, mit schwaezen

Flören, Blumen und Kränzen geschmückten Estrade aufgestellt waren.

Die Zahl der Leichen, die an diesem Tage zu ihrer Ruhestätte geleitet werden sollten, war 187, während noch eine große Zahl Verwundeter und ihrem Tode Entgegensehender in den Spitälern und in den Häusern umher lagen.

In den Särgen lagen die Barrikaden-Kämpfer, an deren Tod das Volk das neue Zeitalter seiner Freiheit und Mündigkeit anknüpfte. Doch befanden sich auch Frauen und Kinder und andere Personen, welche durch Zufall oder Unglück das Opfer der Kampfesnacht geworden waren, in diesen Särgen.

Um Mittag gegen 2 Uhr begaben sich die verschiedenen Züge, welche sich auf ihren Sammelplätzen geordnet hatten, nach dem Gensdarmenmarkt, wo sie sich in einer bestimmten Gliederung nach den Gewerken und Kooporationen, die sie vertraten, aufstellten.

Unter dem Geläute der Glocken fing zuerst die kirchliche Handlung mit der Einsegnung über die Särge an, und zwar von drei Predigern, der evangelischen, der katholischen und der jüdischen Gemeinde. Hierauf setzte sich der gewaltige Zug in Bewegung, der durch ein von der Bürgerwehr gebildetes Spalier und durch die ungeheuer Volksmenge, die sich in einer wunderbaren Stille und Ordnung aufgestellt hatte, hindurchscheitt.

Es war ein sonniger Märztag von seltener Schönheit, denn ein klarer blauer Himmel stand über dem durch die Straßen dahin wallenden Zuge, der beispiellos in seiner Art war, nachdem ein Aehnliches kaum jemals gesehen worden.

Die Bürgergarde eröffnete den Zug; ihr folgte eine Handwerker-Innung mit ihrer Fahne, dann erschien eine Anzahl von Frauen und Mädchen, welche die Blumen und Kränze trugen, die man zum Schmucke der Gräber bestimmt hatte. Nun folgten die Särge die mit blumenreichen Kränzen umwunden waren, und sämmtlich von Bürgern getragen wurden.

Der Name eines jeden Todten stand auf einer, an dem Sarge befestigten Tafel.

Es folgte immer eine Gruppe von einigen Särgen zusammen, und hinter diesen eine angemessene Anzahl von Begleitern. Darunter sah man sämmtliche Handwerks-Innungen mit ihren besonderen Sinnbildern und Fahnen, die gesammte Geistlichkeit der Stadt, die Professoren der Universität in ihrer Amtstracht, dann eine große Anzahl von Studenten bewaffnet und noch Rotten abgetheilt, wie sie sich als akademische Legion gebildet hatten, voran das Reichsbanner und die deutsche Fahne tragend.

In einer militärischen Haltung und gleichfalls bewaffnet, schlossen sich auch die Mitglieder des Handwerker-Vereins dem Zuge an, dann kamen noch dazu viele Fabrikarbeiter und Maschinenbauer in dem Zuge, wie sie auf den Barrikaden gekämpft hatten. Viele sah es unter diesem Zuge, welche den verwundeten Arm in der Binde trugen, oder noch mit einem verbundenen Kopf u. s. w.

Besonders bemerkenswerth war der Zug der Polen, mit der deutschen und mit der rothweißen polnischen Fahne, dann der Zug der Italienee, zum Theil aus Sängern der italienischen Oper bestehend, mit ihrer grün-roth-weißen Nationalfahne.

Die verschiedenen Vereine der Stadt, der Verein der Freimüthigen, der Schriftsteller und anderer Gesellschaften, folgten gleichfalls dem Zuge mit ihren Bannern und Fahnen.

Zwischen jeder Abtheilung des Trauerzuges ging eine Musikbande, welche größtentheils den Choral »Jesus meine Zuversicht« ausführte.

Mehrere benachbarte Städte, so wie auch die deutschen Städte Hamburg und Braunschweig hatten Abgeordnete abgeschickt, um dieser Leichenfeier beizuwohnen.

Eine besondere Abtheilung des Zugs bestand aus den Leidtragenden, aus weinenden Aelteren, Geschwisteen, Frauen und Kindern der Gefallenen, welche auf beiden Seiten von Geistlichen begleitet wurden, welche ihnen Trost zusprachen.

Dieser Zug bot einen ungemein schmerzvollen Anblick dar, und hatte noch dadurch ein ungemein Ergreifendes, da man an diesen Hinterbliebenen größtentheils Personen sah, welche der ärmsten Bevölkerung angehörten.

Der lange, fast unabsehbare Zug dauerte gegen drei Stunden, bevor er den Leichenhof vor dem Landsbergerthore erreichte.

Man überblickte mehr als 20,000 Menschen, die sich in einer Ordnung und Würde im Zuge darstellten, die auch auf die ungeheueren Volksmassen, welche den Zug von beiden Seiten begleiteten, überging; — ja auf dem weiten Wege entstand unter der Menge nicht das mindeste Gedränge, und in lautloser Stille vollendete sich der Zug.

Als beerdigt am Schlosse verübergezogen waren, der König auf dem Balkon, umgeben von einigen Ministern, und blieb dort mit entblößtem Haupte stehen, bis alle Särge an ihm vorübergegangen waren.

Es war die erschütterndste Scene, die jemals ein König abgehalten hatte, denn es konnte schon ergreifenderen Anblick geben, als diese vielen, durch die Luft dahinschwebenden gelben Särge zu sehen, in welchen das Volk seine Kämpfer zur Erde bestattete.

Auf einer Anhöhe des Friedrichshains vor dem Landsberger-Thore, war den Märzkämpfen eine gemeinschaftliche Ruhestätte bereitet worden, und der dazu bestimmte Platz von den Barrikadenkämpfern selbst ausgeschaufelt worden.

Die Begräbnißstätte, welche einen Höhepunkt über der Stadt bildet, wurde durch die Reden der Geistlichen und durch die Ehrensalven der Schützengilde eingeweiht. Die Särge wurden in einer im Viereck ausgeschaufelten Grube so aufgestellt, daß der ganze Zug hindurch marschiren konnte.

Nach der Beerdigung der Traueefeierlichkeit stieg das Volk zu den Gräbern hinab, um noch den letzten Abschied von den Todten zu nehmen.

Die Beerdigung der Leichen aus dem Militär erfolgte erst am 25. März in der frühen Morgen-

Pohřeb pádnútích v marcu v Berlíně

Utomenet a Márziun Elesteknek Berlinbe.

Jí pompa funerale perí caduti da Marzo a Berlino.

Der Trauerzug der März-Gefallenen in Berlin.

Nº 95.

Berlinske swobodne psma tlačenć

La libertà della stampa di Berlino.

A Berlini sajtószabadság.

Die Berliner Preßfreiheit.

stunder, und man sah hier mit Erstaunen, daß nur 15 Soldaten, nämlich: 2 Unter-Offiziere und 13 Gemeine als Opfer der Nacht des 18. und 19. März zur Erde bestattet werden sollten.

Dadurch verbreitete sich jetzt im Volke aufs Neue das Gerede, daß das Militär seine Todten noch während des blutigen Kampfes selbst fortgeschafft, und zum Theil auf Wägen, zum Theil auf Schiffsfahrten nach den benachbarten Orten dahr bringen lassen.

Besonders wollten viele Augenzeugen ein ganz mit Leichen angefülltes Schiff gesehen haben, das nach Spandau abgefahren sey. Man war aber über diesen Umstand niemals recht ins Klare gekommen, indessen hatte man aber sicher schon früher eine bedeutende Anzahl Militär in aller Stille beerdigt.

Jetzt begann in Berlin der neue Hauch der Freiheit nach allen Seiten hin ein wärmeres hoffnungsvolles Leben, ein fröhliches und energisches Volksstreben zu entwickeln.

Die Berliner-Presse, welche am 20. März zum ersten Mal die Fesseln der Censur abgeworfen hatte, erschien plötzlich mit einem frei gewordenen Munde und einem Jubelruf über die Berliner Revolution, der sie in ihren ersten Tagen in ihren beiden alten privilegirten Morgenblättern nur sehr spröde Zugeständnisse gemacht hatte.

Die Vossische Zeitung, nachher als »Tante Voß« in einem gewissen Gegnerschafts-Bündniß mit der Reaktion stehend, ließ jetzt sogar ein Extrablatt der Freude über die Berliner-Revolution erscheinen.

Das Hof-Journal »die Allgemeine preußische Zeitung« glaubte dagegen in dem alten Polizeistyl des ministeriellen Berichtungs-Bureau fortfahren, und die stattgefundenen Ereignisse zeitigen zu können, wie nämlich ein Artikel, welcher die ganze Wendung der Dinge auf den einzig und allein maßgebend gewesenen Befehl des Königs zurückführte, die Veranlassung gab, daß das Bureau dieser Zeitung von einer Volksmenge besucht und der bisherige Redakteur Zuckerfeisen genöthigt wurde, abzureten.

Eine Bewegung im entgegengesetzten Sinne fand gegen die Berliner »Zeitungshalle« statt, in welcher am Tage nach dem Begräbniß der Märzkämpfer ein sehr heftiger Artikel erschien, welcher gegen das zu frühe Ruhebedürfen riferte, und namentlich das Bürgerthum dieser, der Freiheit gefährlichen Richtung anklagte, wobei bewaffneter Bürgerwehrmänner und viele andere Personen wüthend auf das Bureau eindrangen, und den Redakteur Julius als einen Aufwiegler verhaften wollten.

Eine eigenthümliche Frucht zeitigte aber die neu gewonnene Preßfreiheit in der Volks- und Straßen-Presse, die in Berlin einen ungemein raschen und üppigen Aufschwung bekam, und dem Berliner-Witz plötzlich ein politisches Gewand anzog, in welchem er die merkwürdigsten und tollsten Sprünge machte.

Die Straße wurde mit Erzeugnissen dieser Presse in Plakaten und Flugblättern aller Art überschwemmt, und das Volk las gehend und stehend mit der größten Begierde Alles, was ihm in dieser Weise geboten wurde.

Die neu aufschlagenden Bäume unter den Linden lockten die Spaziergänger diesmal besonders durch die an ihnen angehefteten Anschläge, die jeden Morgen wie aus der Erde gewachsen hervorkamen, und die Ereignisse des Tages in einer pikanten Weise und nicht selten auch im Berliner-Volksdialekte vortrugen.

Ja diese Volkspresse vermehrte ihre Produkte bald so, daß die Jungen, welche sich vorzugsweise mit ihrem Verkaufe beschäftigten, ihren fliegenden Buchhandel immer mehr zu einem bestimmten Geschäfte organisiren konnten.

Was man auch gegen den ausschweifenden Ton dieser Blätter oft erinnern konnte, und wie sehr darin nicht selten der blinden Leidenschaft geduldigt und gegen eine gerechte Würdigung der Sachlage gefehlt werden seyn mag; so hat doch auch diese fliegende Buchhandel viel dazu beigetragen, den politischen Verstand des Volkes zu bilden und überhaupt das politische A. B. C. unter die Leute zu bringen.

Zugleich lernte das Berliner-Volk jetzt in der ihm verständlichen Sprache die Gegenstände kennen, um die es sich eigentlich handelte, nämlich die Gegenstände sowohl seines Hasses, so wie seiner gerechten Forderungen.

Die fliegenden Buchhändler Berlins wurden mit einem Worte kurz die Haupt-Trabanten seiner Revolution, und sie wurzelten bald so fest in den Bedürfnissen des Volkes, daß alle nachherigen Versuche der Behörden, diesen Handel wieder zu verbieten, fast fruchtlos blieben.

Neben der freien Volkspresse, und zum Theil in naher Verbindung mit ihr, wirkte das Recht der freien Vereinigung, von welchem jetzt in Berlin der begierigste Gebrauch gemacht wurde.

Schon am 22. März hatte sich im Hörel de Russie ein politischer Klubb gebildet, aus welchen später, als die Berliner-Demokratie als solche sich spezifischer abzusondern anfing, der »demokratische Klubb« hervorging.

Dieser politische Klubb, der sich rasch unter dem ersten Eindruck der großen Ereignisse zusammengefunden hatte, zählte besonders die jungen, von der Revolution begeisterten Leute zu seinen Mitgliedern. Der Präsident dieses Klubbs war zuerst der bekannte Schriftsteller Fichter, der sich in diesen Tagen schon bei verschiedenen Gelegenheiten zum Volksanführer emporgeschwungen und ein nicht gewöhnliches Talent an den Tag gelegt hatte, die Volksmassen zu behandeln und auf die Beine zu bringen.

Diese an sich sehr untergeordnete Persönlichkeit bezeichnete recht eigentlich den Typus der Volksmänner vom Jahre 1848. Die gänzliche Verwahrlosung des Volkes in allen politischen Begriffen konnte noch keine höher ausgebildeten Männer brauchen, und bedurfte für den Augenblick nur einer einfachen natürlichen Kost, um seine ersten politischen Nahrungsbedürfnisse befriedigen zu können, und diese richten ihm auch wirklich die neuen Klubbsgenies, welche bald in einer größeren Anzahl auftauchten, nach Wunsch.

Redner, wie es Eichrr war, und welche mit der gröbsten Auffassungsweise des Volks, und besonders der Arbeiter wohl verwandt waren, streuten allerdings politische Begriffe, aber auch freilich manches Gift und vielen Unsinn aus.

Gegenüber dem »demokratischen Klubb« hatte sich am 27. März der »konstitutionelle Klubb« gebildet, der aus besonneneren und gemäßigteren Personen bestand

In der Frage über das Wahlgesetz zeigten sich diese beiden Klubbs, wie andere Versammlungen, zuerst in ihren verschiedenen prinzipiellen Grundsätzen, in welche die ganze Stadt in dieser Angelegenheit auf das Heftigste zerfiel.

Die demokratische Parthei, welche sich in dieser Sache zuerst abzutrennen anfing, wollte und petitionirte, daß der König selbst unmittelbar ein Wahlgesetz zur Bildung der neuen Volksvertretung erlassen möchte. Es war dieses zugleich eine Forderung der Revolution, welche damit geltend machen wollte, daß ein gewaltiger Umsturz des alten Staats und aller seiner Verhältnisse stattgefunden habe, und durch dir unmittelbar zu bewirkende Ausschreibung der Urwahlen sofort anzuerkennen sey.

In diesem Sinne wirkte jetzt der demokratische Klubb durch Verhandlungen und Adressen, während der konstitutionellr Klubb die Gegrnansicht bekämpfte, daß nämlich das Wahlgesetz durch den vereinigten Landtag beratben werdrn müsse.

Die konstitutionelle Parthei legte ein besonderes Gewicht darauf, weil sie dadurch einen organischen Uebergang und eine allmäblige Hinüberleitung der alten Staatszustände in die neuen manifestiren wollte.

Die prinzipielle und thatsächliche Bedeutung der Berliner-Revolution war damit gewissermassen in Abrede gestellt und beseitigt.

Eine Volks-Versammlung unter den Zelten hatte die Abweisung des vereinigten Landtags, als eines binter dem Geist der Zeit zurückgebliebenen Körpers, am schärfsten ausgesprochen, und den Erlaß eines auf direkte Wahlen begründeten Wahlgesetzes vom König zu einer Adresse gefordert.

In diesen Volksversammlungen unter denselben, die bald in regelmäßiger Weise Statt fanden, bildete die Berliner-Demokratie ihre eigentlichen Typen aus, und das Volk strömmr stets begierig und in großer Anzahl zu diesen Zusammenkünften herbei, in welchen es eigentlich zuerst von seiner berechtigten Existenz als Volk, von seinen Forderungen und von seiner Zukunft etwas sprechen hörte.

Unter den Helden der Volks-Tribune thaten sich hier besonders Eichler und Held hervor. Held war früher preußischer Lieutenant, wurde nachhrr mandernder Schauspieler, Dichter, und politischer Schriftsteller. Durch die vom König erlassene Amnestie wegen politischer Umtriebe und Preßvergehen so eben von der Festung Magdeburg aus seiner Haft entlassen, feierte er jetzt unter den Zelten seine ersten Grosthaten als ein Berliner Agitator.

Seine Verehrsamkeit, die sich auf das alltägliche und triviale beschränkte, und zugleich durch ein eigenthümliches Gemisch von populärem Witz und demokratischen Fanatismus zu wirken suchte, machte ihn bald zum Liebling der Volksmassen, aus welchen er besonders die Arbeiter für sich zu gewinnen wußte.

Vorzüglich war aber sein Einfluß bei den Maschinen Arbeitern, die zu einem eigenen Verein zusammentraten, wo Held durch einige Zeit unbedingt über diesen bedeutendsten und zahlreichsten Theil der arbeitenden Bevölkerung gebiethen konnte.

Unter den andern Persönlichkeiten der Zelten-Tribune hat sich auch der Konditor (Zuckerbäcker) Karbr hervorgethan, eine der grotesksten Figuren der Berliner-Demokratie, in welcher die Firma »Vater Karbr,« durch einige Zeit einen guten Klang hatte.

Er war ein beinahe siebenzigjähriger Greis mit einem silberweißen Haar und Bart, dem ein gewisser feuriger Schwung der Rede nicht abzusprechen war, obwohl man ihn recht gut den Polonius der Berliner-Volks-Tribune hätte nennen können.

Dieser Volksheld war frühre Lehrer gewesen, hatte aber das Schulamt wie dem Konditorgeschäfte vertauschen müssen. Als die Polizei wegen einiger ausschreitenden Zeltenreden ihn zu verhaften suchte, gelang es ihm durch einige Wochen sich jeden Zugriffs zu entziehen.

Nicht wenigrr spaßhaft war die Figur des sogenannten Lindenmüller, auch der Präsident des souverainen Lindenecken-Klubbs genannt, da sich nämlich an der Ecke der Friedrichsstraße und Linden Abends nach 10 Uhr gewöhnlich ein aus allen Klassen gemischte Straßen-Reunion zusammengefellte, welche über die Tagesereigniße sprach, und wobei dieser Müller ein ehemaliger Kaufmann — durch seinen echten Berliner-Humor eine Hauptrolle übernahm.

Dieser Mann büßte aber spärer etwas an seiner Popularität ein, weil man ihn an einem Tage, wo ein bedeutender Arbeiter-Krawall in der Stadt ausgebrochen war, unter einer Tonne versteckt fand, was nun seinen volksthümlichen Namen auch in den des Tonnen-Müller abänderte.

Bei einer andern Gelegenheit, als die Portale des königlichen Schlosses mit großen Eisengittern versehen werden sollten, und das Volk der Einhängung derselben sich gewaltsam widersetzte, that sich dieser Tonnen-Müller als Anführer hervor, was nun die Ursache war, daß er später, als nach Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, die sämmtlichen Akten des ganzen Sommer-Prozesses ordnet wurden, und sich jetzt zeigte, daß man bei der scheinbaren Blindheit der Behörden, doch Alles genau gesehen und im Buche aufgezeichnet hatte, — dem Gerichte überliefert wurde.

Uebrigens sind von den übrigen Helden der Zelte noch zu nennen, Schramm, der später zeitweise Abgeordneter der National-Versammlung war, — Jung, das bekannte Mitglied der äußersten Linken der National-Versammlung, — Graf Pfeil und

Ottenhofer, zu welchen sich auch öfter der aus Leipzig gekommene Arnold Ruge gesellte.

Die Berliner-Demokratie bildete sich zuerst in sehr allgemeinen Zügen nach Phrasen aus, aber in ihren Prinzipien und Charakteren war sie noch einem wüsten Acker gleich, der auf seine eigene Verwilderung zu spekulieren schien, und seinen Anbau verſäumte.

Die Persönlichkeiten der Demokratie, welche zuerst im Jänner 1848 das Terrain behaupteten, zeugen wieder dazu bei, es zugleich zu verleiden.

Die Demokratie war nur die hohe Schule der Putsche, wobei für die innere Feststellung und Ausbildung des demokratischen Prinzips selbst sehr wenig geschah, und der Verwirklichung des wahren Ziels im Gegentheile immer größere Hindernisse bereitet wurden.

In den Versammlungen unter den Zelten wurden die Exercizien der Demokratie oft in der buntscheckigsten und feuerlistigen Weise gemacht und manches Ding einstudirt, welches das Volk bisher nicht dem Namen nach gekannt hatte.

Nicht wenige waren über eine demokratische Toilette bestimmte stilistischwitzende Konventionen getroffen worden.

Die blaue und grüne Blouse, die zu Anfang auf einer Art von Brüderlichkeits-Demonstration für die Arbeiter von vielen Demokraten angelegt wurde, blieb vereinzelt. Dagegen wurde der lange Kinnbart, der graue, runde, an der Seite aufgestappte Hut, oder auch der schwarze Kalabreier-Hut, das Hauptzeichen eines demokratischen Parthei-Mitgliedes.

Die schwarz-roth goldene Kokarde, die zuerst von allen demokratisch Gesinnten eifrig getragen wurde, verschwand immer mehr und mehr, je nachdem die von der Partei-i gehegte Aussicht durch die deutsche National-Versammlung in Frankfurt das Reich der Demokratie verwirklicht zu sehen, dahin schwand.

Die unterste Schichte der Berliner-Demokratie bildeten die Erdarbeiter, unter welchen besonders Diejenigen, welche bei der Abtragung der Rebberge, auf Kosten des Berliner-Magistrats, für einen sehr guten Taglohn beschäftigt wurden, wie der bald sehr berühmt gewordenen Firma der »Rebberge« eine Glanzrolle in der Berliner-Volksbewegung zu spielen anfingen.

Diese Rebbergee zeichneten sich besonders durch ihre runden gelben Strohhüte aus, an welchen eine rothe oder gelbe Hahnenfeder aufgesteckt war, und die ihnen das abenteuerlichste und verwegendste Ansehen gab.

Auf den Rebbergen, ungefähr eine Meile von der Stadt entfernt, führeten sie ein wahres Schlaraffenleben, und vergebrten ihren Taglohn in idyllischer Beschaulichkeit und in politischen Gesprächen, in welchen sie sich durch ihre Arbeit nur wenig stören liessen.

Nicht selten empfingen sie auch sehr dringende Besuche von Emissären aller Art, die sie bald zu dieser, bald zu jener Bewegung, wozu man ihre Ankunft in der Stadt bedurfte, zu bewegen suchten.

Nun sah man sie in geordneten Kolonnen, einen Fahnenträger voran, in die Stadt einmarschiren, und wirklich brachten sie auch sogar einige Mal zu einem blos demonstrativen Zweck ihr Arbeitszeug mit.

Diese Rebberger, so wie auch die am Plötzensee und auf dem Köpnicker-Felde beschäftigten Kanal-Arbeiter, halfen das eigentliche Schaumsprizten der Berliner politischen Bewegung vom Jahre 1848 besorgen, bildeten aber für dieselbe eine höchst zweifelhafte Grundlage, da sie als Partheigänger jedenfalls nicht sicher waren und den verschiedenartigsten Einflüssen dienstbar standen.

Auf den Straßen zu Berlin warfen sie hin und wieder auch mit einigen kommunistischen Redensarten um sich, die ihnen aber ebenfalls nur einstudirt waren.

Dieser Klasse von Arbeitern gegenüber, stellten die Maschinenbauer und Eisenarbeiter gewissermaßen eine höhere Gattung dar, die sich als solche ihrer politischen Stellung bewußt war, und mit einer weit überlegenen Einsicht und Lauterkeit auf die Tagsfragen einging.

Mit einem großen Selbstbewußtseyn, nannten sich auch die Maschinen-Arbeiter von Berlin in einem Maueranschlage die »ehernen Säulen der Demokratie.«

Aus ihrem Verein, in welchen sie wechentlich einmal alle Staatsfragen verhandelten, ging auch ein Blatt zur Besprechung der Arbeiter-Interessen hervor, in welchem der politische Theil bereits auf die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips hinarbeitete. Unbesten blieb aber die Berliner-Demokratie immer noch sehr weit entfernt von eigentlich republikanischen Absichten.

An die Republik als Staatsform dachten im Grunde nur Wenige; und was der Menge und ihren Anführern vorschwebte, war nur im Allgemeinen die unbedingte Anerkennung der Souveränität des Volks, und eine darauf begründete Ausgleichung aller politischen und gesellschaftlichen Gegensätze, durch welche das Volk bisher übervortheilt worden ist.

Wirft man nun einen Blick auf den Gang der neuen politischen Entwicklung, wie sie seit den Märztagen von oben und unten betrieben wurde, und die, weil auf keiner Seite prinzipielle Normen bestanden, zuletzt in ein peinliches Gedränge zum entschiedenen Nachtheil des Volks und seiner Rechte gerathen mußte. Wie sehr es besonders dem König mit seinen gegebenen Versprechungen und Zugeständnissen, und mit dem neuen Staatsprinzip überhaupt ein unverbrüchlicher und innerlicher Ernst war, zeigte sich besonders bei dem merkwürdigen Besuch, welchen er am 25. März in Potsdam machte, wo er das gesammte Offiziers-Korps der Garde-Truppen zu sich auf das Schloß rufen ließ, und diesem in einer Anrede auseinander setzte, daß er Alles was er gegeben und gethan, »aus vollster und freier Ueberzeugung gethan, und längst schon vorbereitet habe.«

Durch diesen Besuch, durch welchen der König eigentlich am ausdrücklichsten die Berliner-Ereignisse in ihrer Kraft und in ihren Folgen bestätigte, wollte er nach drei Seiten hinwirken: nämlich, er wollte dem in Potsdam und auch anderswo vorbereiteten Gerichte, daß er in Berlin nicht mehr frei sey, sondern vom Volke gewissermaßen gefangen gehalten werde, durch sein Erscheinen vorgreifen; — dann wollte er auch den Berlinern beweisen, daß sie von Pots-

dam aus keine »Reaktion« zu befürchten hätten; — endlich aber war es ihm auch damit in diesem Augenblicke Ernst, auf den Geist des preußischen Offiziers-Korps zu wirken, und diesem eine neue Stellung im neuen Staate anzuweisen, nachdem er sagte: »In Berlin herrscht ein so ausgezeichneter Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. Ich wünsche daher, daß auch das Offiziers Korps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie sie sich als treue Soldaten bewährt haben.«

Man wuß hier sichtbar zugeben, daß ein König, der noch vor Kurzem auf der steilen Höhe des Militär-Staats gestanden ist, nicht demokratischer sprechen konnte. Dem König Friedrich Wilhelm dem IV. war in der That durch den frischen Hauch der Volksbewegungen vom Jahre 1848 sein Herz geschmolzen, seine ganze Anschauungsweiß hatte sich verjüngt und umgewandelt, und seine rasch entzündliche Phantasie, so wie sein leicht bewegliches Gemüth, hatten an diesem Wunder der plötzlichen Umkehrung nicht den unwesentlichsten Antheil.

In einem solchen hinreißenden Augenblick, wo sich dem König alle bisherigen Fesseln und Bedingungen vor seinen Blicken und in seinem Bewußtseyn auflösten, hatte er auch die aus Posen angekommene Deputation empfangen, an deren Spitze der Erzbischof von Przyluski stand.

Auf die Vorstellung dieser Deputation genehmigte der König seine »nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen« — ein vielbedeutendes Wort, an welches sich bald das unheilvollste Zerwürfniß zwischen den beiden Bevölkerungen der Provinz knüpfen sollte.

Die »Kommission aus beiden Nationalitäten,« welche nach der Kabinetsordre vom 24. März zur Berathung dieser »Reorganisation« nachgegeben wurde, ward der Anfang der unauflöslichen und blutigen Verwicklungen, welche nachher alle Verhältnisse der Provinz durcheinanderfallen ließen; und der Stellung der polnischen so wie der deutschen Nationalität gleich verderblich wurden.

Was die deutsche Frage betraf, so geschah ebenfalls zur Erledigung derselben von Seiten des Königs ein neuer Schritt. Der König hatte nämlich die deutschen Bundesfürsten und Regierungen zum 25. März nach Dresden oder Potsdam eingeladen; aber dieser deutsche Kongreß, auf welchem über die Zusammensetzung eines allgemeinen deutschen Landtags aus den Organen der verschiedenen deutschen Ständeversammlungen berathen werden sollte, war im Drange der nächsten Tagesverwicklungen wieder aufgegeben worden.

Indessen kamen in den letzten Märztagen die Abgeordneten mehrerer deutschen Staaten in Berlin an, um sich über die Frage mit der preußischen Regierung zu verständigen, und es wurde hier zuerst in einer bestimmten Uebereinkunft die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des gesammten Bundes unter Einem zu ernennenden Bundesbaupter, eines aus den Bundesgliedern oder deren Delegirten bestehenden Oberhauses, und eines demselben zur Seite stehenden Unterhauses von Abgeordneten der Nation erklärt, und zur Anbahnung dieses Weges beschlossen, siebenzehn Vertrauensmänner der Nation der Deutschen Versammlung beizuordnen.

Preußen schickte zu diesem Zwecke Dahlmann ab, der in Berlin bei den ersten Berathungen über die neue Verfassungsgestaltung von Preußen zugegen war, und auch an der Ausarbeitung des dem vereinigten Landtag vorzulegenden Wahlgesetzes Antheil genommen hatte.

Die Stimmen gegen das Zusammentreten des vereinigten Landtags, hatten sich im ganzen Lande geneehrt, und geschärft. Eine Volksversammlung von mehr als 20,000 Personen, welche vor dem Schönhauser-Thore Statt fand, und besonders eine neue Regelung der »Arbeits-Verhältnisse zu ihrem Gegenstande hatte, faßte auch in Bezug auf die Angelegenheit einen Beschluß, und trug in einer Adresse an den König auf die Einberufung einer, aus Urwahlen hervorgegangenen gesetzgebenden Versammlung an.

An eine der Deputationen, welche aus dieser Versammlung an den König abgeschickt wurde, richtete jetzt derselbe folgende merkwürdige Aeußerung: »Ich! ich liebe das Volk mehr als es mich lieben kann. Es hat sich in Berlin so hochherzig gegen mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner andern großen Stadt der Welt benehmen würde. Sagen Sie dieses dem Volke.«

Im übrigen blieb aber der König bei seinem Entschlusse fest, den Uebergang in den neuen Staat durch den vereinigten Landtag zu machen, und darin die Transaktion zwischen dem Thron und dem Volke zu vollbringen, und so wurde auch auf dieses Vereinbarungs-Prinzip die National-Versammlung, aus deren Berathungen die neue Verfassung Preußens hervorgehen sollte, begründet.

Noch bevor der vereinigte Landtag am 2. April zusammentrat, hatte der König sich zur Bildung eines neuen Ministeriums veranlaßt gesehen.

Das von dem Grafen Arnim gebildete Kabinet hatte keinen Haltpunkt und keine Thatkraft in sich selbst finden können, und der genannte Staatsmann, dessen Name keinen volksthümlichen Klang besaß, und gegen den sich viele Stimmen im Lande erhoben hatten, schied aus; und mit ihm der Kriegs-Minister Rohr.

Der Präsident der Handelskammer zu Köln, Namens Camphausen wurde hierauf mit der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums beauftragt, und mit ihm traten jetzt der General-Lieutenant Reyher als Kriegsminister, und der schon durch den Grafen Arnim aus Aachen herbeiberufene Hansemann als Finanz-Minister in die Verwaltung ein, wodurch nun das Camphausen'sche Ministerium ernstand, welches die dornenvolle und unmögliche Aufgabe einer Vermittlung und Ausgleichung der alten Zustände mit den neuen auf seine Schultern nehmen zu können glaubte.

Es ist wohl nicht zu läugnen, daß dieses Ministerium aus den achtbarsten und edelsten Personen

bestand, aber es faßte seine Aufgabe nach jeder Seite hin zu schwankend und unbestimmt auf, und ließ dadurch die ganze Staatslage wieder auf's Aeußerste in Zwifel stellen.

In der Stadt waren inzwischen mancherlei Umtriebe versucht worden, um das fortgeschickte Militär wieder herbeizuziehen, was theils aus einer Bangigkeit um die öffentliche Sicherheit der Hauptstadt, theils aus der mit reaktionären Gelüsten eng verbundenen Absicht geschah, um dem preußischen Heere für seinen Abzug aus Berlin gleichsam eine Genugthuung zu verschaffen.

Der Thierarzt Urban und der Schneider Eckert, zwei Volksmänner, deren Agitation bald in einem gewissen zweideutigen und polizeilichen Lichte erschienen war, hatten einen Theil der Bevölkerung für diesen Wunsch nach Herbeirufung des Militärs aufzuregen gesucht, auf welches Begehren der König auch bereitwillig einging.

Am 30. März zogen nun Infanterie und Ulanen in Berlin ein, wo sie von einem Theil der Bürgerwohr, vom Künstlerkorps und auch von vielen Arbeitern der Maschinenwerkstätten feierlich und brüderlich empfangen wurden, während eine Gegen-Bewegung von der andern Seite, welche bis zu Aufforderungen zu einem neuen Barrikadenbau sich steigerten, gänzlich ohne Erfolg blieb.

Der Einzug des Militärs ging nun unbeachtet dieser versuchten Gegen-Demonstration auf eine fast idyllische Weise vor sich, nachdem Arbeiter, Bürger und Soldaten die Hüte und Helme mit Tannenzweigen, oder frischem Laubwerk geschmückt Arm in Arm unter dem klingenden Spiele und Jubelgesängen einmarschirten.

Das Infanterie-Regiment blieb jetzt über den ganzen Sommer ein eigenthümlicher Gegenstand der Bewerbungen von Seite der Demokratie, ja man hoffte sogar dieses Regiment nach und nach demokratisiren zu können, wobei aber vielerlei Illusionen und Fehloperationen Statt fanden.

Indessen brachte man aber es dennoch wenigstens dahin, daß einzelne Soldaten die demokratischen Klubbs und die Volksversammlungen besuchten, wo sie als seltene Gäste besonders rücksichtsvoll behandelt, und mit aller Zärtlichkeit beobachtet wurden.

Der vereinigte Landtag, der durch seine Zusammenberufung nur sich selbst und der alten Zeit Preußens einen ehrenvollen Abschied bereiten sollte, hatte seine Geschäfte schnell vollendet.

Das auf indirekten Wahlen beruhende Wahlgesetz, welches ausdrücklich nur, für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung gelten sollte, wurde angenommen, und eben so wurden einige vorläufige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung, unter welchen sich besonders das freie Vereinigungsrecht, die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, unabhängig vom religiösen Bekenntniß, und die wichtige fundamentale Zusicherung befand. »Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.«

Aber auch in finanziellen Sachen, sollte der vereinigte Landtag ein Testament hinterlassen, nachdem er beschloß, auf eine ihm hierorwegen zugekommene königliche Botschaft, zur Erhebung außerordentlicher Geldmittel durch Steuern oder durch rechtsgiltig zu kontrahirende Anleihen seine Zustimmung zu ertheilen, und zwar unter der Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung.

Diese aufzubringenden Geldmittel, sollten sowohl zum äußern Schutze der Monarchie, so wie zur Wiederherstellung des Kredits und zur Aufrechthaltung der Industrie dienen, so daß für den ersten militairischen Zweck fünfzehn Millionen Thaler, für die andern Zwecke aber fünf und zwanzig Millionen Thaler vom vereinigten Landtage bewilligt wurden.

Die Finanzlage Preußens, die immer für eine der glänzendsten und sichersten in Europa gegolten hatte, schien den Stürmen der Zeit ebenfalls nicht Trotz bieten zu können, und jedenfalls waren schon bedenkliche Lücken und Erschütterungen eingetreten.

Ueber die plötzlichen Entleerungen des Staatsschatzes, der in den Gewölben des Schlosses sich befand, hatte sich das fabelhafteste Gerede in der Stadt verbreitet.

Noch auf dem vereinigten Landtage vom Jahre 1847, hatte der Minister Thile auf diesen Staatsschatz, wie auf eine heilige und unerschöpfliche Goldquelle hingewiesen, nach deren Inhalt gar nicht einmal geforscht werden dürfe, denn dieser geheimnißvolle Inhalt sey groß und unermeßlich; und jetzt sagte man auf einmal, der Summenreiche Staatsschatz sey leer.

Dazu verbreitete sich auch auf einmal die Sage, daß einige Tage nach dem Märzkampf in einer Nacht viele Fässer mit Geld auf einem Wagen aus dem königlichen Schlosse geführt worden waren, und auch Bürgerwehrmänner, welche in dieser Nacht die Wache an einem der Schloßportale hatten, wollten dieses selbst gesehen haben; und wirklich zeigte sich, obwohl Winke in der Schlußfügung des vereinigten Landtags den vorhandenen Baarbestand des Staatsschatzes auf bösher als 15 Millionen Thaler angab, daß später nach den ämtlichen Nachweisungen nur noch 9 Millionen Thaler vorhanden waren.

Das Ministerium Campbausen nannte sich selbst das Ministerium des »Ueberganges,« und darin lag seine Schwäche gegenüber einer noch in der Revolution begriffenen Bevölkerung, die nur durch ein starkes und unzweideutiges Regieren hätte beseitigt und organisirt werden können, während sie unter den Maßnahmen dieses Ministeriums immer mehr und mehr in sich verwilderte, ja selbst der Minister-Präsident Campbausen, gab sich seiner Pacifizirungs-Aufgabe mit einer gewissen Sorgloſigkeit hin.

Dabei schien der neue, ihm ungewohnte Lebenskreis einen Eindruck auf den sonst so einfachen und unbefangenen Mann gemacht zu haben, und er sprach

es selbst am Ministertische als eine Haupt-Aufgabe seines Ministeriums aus, »sich als ein Schild vor die Dynastie zu stellen.«

Außerdem verband dieser ehrenhafte Charakter mit einer gewissen Weichheit und Zartheit des Gemüths nicht selten eine Heftigkeit der Aeußerungsweise, die keine eigentliche Stärke genannt werden konnte, und die am wenigsten geeignet war, jene draußenden Elemente zu beherrschen, oder in ihre Grenzen zurückzuführen, die ihm auf seiner neuen Laufbahn entgegen traten.

Dieselben Eigenschaften theilte auch Graf Schwerin als Kultusminister, nur daß sie in ihm mit einer noch stärkern aristokratischen Qualität sich mischten, und dadurch das Maß politischer Schwerbeweglichkeit verstärkten.

Diese aristokratische Opposition des vereinigten Landtags, die auf demselben eine so glänzende Rolle gespielt hatte, und welche in dem neuen Staat der eigentliche Stoff wurde, aus dem man die Minister bilden wollte, fühlte sich — und mochten ihre konstitutionellen Absichten noch so ehrlich seyn, — doch von dem demokratischen Tagestreiben in Berlin aufs bruerste verstimmt, so daß sie der Gefahr ausgesetzt war, durch ihre Abneigung mehr und mehr in eine reaktionäre Stellung zurückgetrieben zu werden.

Zu einer völligen Bedeutungslosigkeit war eine andere Oppositionsberühmtheit aus der alten Landtagsschule Preußens von Auerswald im Ministerfauteuil oder Armstuhl zurückgewichen.

Das liebenswürdige offene und freimüthige Naturell dieses Staatsmanns, welches sich in allen Mitgliedern seiner Familie zeigte, hatte in den neuen Zeitverhältnissen nicht mehr den frühern Raum gewinnen können, und war, je schärfer von Außen die Luft wehte, in sich selbst um so stumpfer geworden.

Die Umwälzung der Charaktere, welche das Jahr 1848 angerichtet hat, erscheint fast noch schneidender als die Umwälzung der thatsächlichen Zustände.

Die frühern Helden des Liberalismus wurden jetzt, überall kann man sagen, die geistigen Kröfte der Reaktion oder wenigstens der konservativen Berubigung, welches sich in Preußen zuerst und am auffallendsten an dem Ministerium Camphausen-Hansemann-Schwerin-Auerswald zeigte.

Diese ministeriellen Kräfte sollten nun der ersten, aus den Urwahlen hervorgegangenen Volksvertretung gegenüberstehen, welche auf den 22. Mai einberufen war.

Die Versammlung führte offizieller Weise eigentlich nur den Namen der »Vereinbarung-Versammlung«, während die Opposition von vorne herein die Eigenschaft einer konstituirenden Versammlung zu retten suchte, und in ihrer äußersten Spitze darauf hinarbeitete, der National-Konvent des neuen Preußens zu seyn.

Aus den verschiedenen Auffassungen schmelz endlich der Name der National-Versammlung zusammen, der gewissermaßen ein ausweichender Begriff für alle Parteien und deren Anforderungen wurde, und den auch die Regierung wegen seiner Unbestimmtheit sich gefallen ließ.

Auf einem solch glatten und schlüpfrigen Boden befand man sich jetzt von vorne herein miteinander. Regierung und Volksvertretung blieben sich über ihre gegenseitigen Rechte in diesem Verhältniß absichtlich unklar, und schreuten es lange Zeit, sich darüber auseinanderzusetzungen und Feststellungen zu machen.

Dieses wurde nun auch die Grundquelle aller Verwirrung, welche sich von dem unaufgehellten Punkte aus, bald über alle Zustände des Landes verbreitete, und schwerlich anders als mit einem Bruche des Verhältnisses selbst endigen konnte.

Die Versammlung konnte der ganzen rechtlichen Sachlage nach, aus der sie hervorgegangen, allerdings nur eine vereinbarende seyn, und sie hatte dieses dunkelsinnig gebaltene Wort, auf welches sie berufen war, jedenfalls angenommen, obwohl es zuweilen im Laufe der Debatten vorkam, daß einzelne Redner der äußersten Linken sich gegen Wort und Wesen der Vereinbarung heftig erklärten.

Aber eine eigentlich prinzipielle Erklärung vermied man darüber auf beiden Seiten.

Mir dem Vereinbarungsfuß, der das Verhältniß zweier gleichberechtigten Kontrahenten in sich schließt, war freilich die Gelegenheit zu einer endlosen Verwicklung gegeben, denn wenn die Krone die von der Versammlung berathenen Gesetze zurückwies, so mußte Folgerecht immer aufs Neue wieder bis zu einer endlichen Ausgleichung vereinbart werden.

Ueber das Endziel dieser Vereinbarungs-Versuche war jedoch auch von Seiten der Regierung nichts vorgesehen worden, und das letzte Mittel blieb hier für den einen so wie für den andern Theil nur die Gewalt, welche auch in den Berliner November-Ereignissen endlich den traurigen Ausschlag geben mußte.

In den Wahlen zur preußischen National-Versammlung, hatte das Volk mit einem ungewissen und dunklen Drang umhergegriffen, und seine ersten politischen Exercizien daran gemacht.

Die Urwahlen hatten allerdings die Unreife nicht nur des Berliner, sondern des Volks überhaupt gezeigt; denn die Urwähler konnten bei den indirekten Wahlen noch nicht den Unterschied zwischen Wahlmännern und Abgeordneten begreifen.

Die Wahlen selbst zeigten viele Fehlgriffe auf, und beförderten eine Masse von Unfähigkeiten in die Versammlung, ohne ein genügendes Gegengewicht an wirklich ausgezeichneten politischen Männern zu liefern.

Die Versammlung zerfiel jetzt in abhenderde Theile und Theilchen ihrer politischen Meinung, die jedes einheitliche Vorschreiten zu einem bestimmten Ziele unmöglich machten, und sich gegenseitig hinderten, überhaupt irgend ein Resultat herauszuarbeiten.

So wurde nun für die Plane der demokratischen Opposition, und für ihre ganze Wirksamkeit zuerst das Verhältniß des linken Centrums zur äußersten linken ein wesentliches Hinderniß.

Die äußerste Linke, wenn sie auch nur schreibar eine Konstitution wollte, verlangte nach in derselben die äußerste Durchführung des demokratischen Prin-

gips bis zu der Grenze, wo der Unterſchied zwiſchen konſtitutioneller und republikaniſcher Staatsform eigentlich nur noch in einigen und weſentlichen Formen beſteht.

Unter den Führern dieſer äußerſten Linken, trate beſonders Waldeck hervor, der mit einem gewiſſen Fanatismus ſich der demokratiſchen Parthei angeſchloſſen hatte, obwohl ſeine frühere Vergangenheit keineswegs nach dieſer Seite hin lag. Wenigſtens wurde er oft mit ſeinen Antecedentien verdächtigt, nachdem man ihn als einen ſtrengen Katholiken zugleich in einer geheimen Verbindung mit der ultramontanen Parthei wiſſen wollte.

Das Faktiſche daran war, daß Waldeck in einem Jeſuiten-Kollegium erzogen worden iſt, und in ſeiner frühern Laufbahn ſich allerdings den Grundſätzen der Hallerſchen Reſtaurations-Staatsweisheit zugeneigt hatte.

Ungeachtet ſeines vorgerückten Alters waren ihm Energie und Feuer während ſeiner Wirkſamkeit in der Verſammlung nicht abzuſprechen, doch fehlte ihm der weiſe ſtaatsmänniſche Takt, durch welchen er ſeine Parthei von Ausartungen hätte bewahren können.

Ihm zur Seite ſtand Johann Jakoby, an welchem die äußerſte Linke das große Organiſations-Talent rühmte, welches er an ihr ausübte.

Auf der Tribune erſchien Johann Jakoby äußerſt ſelten; ſeine Rede hatte auch hier nichts Hinreißendes, ſondern beſtand blos in einem ſtrengen mathematiſchen Konſtruiren der Sachlage, worin er mit kalter ſchneidender Beſtimmtheit die Folgerungen des Prinzips walten ließ.

Als einer der entſchiedenſten und charaktervollſten Männer der äußerſten Linken, muß auch Temme genannt werden, der als Staatsanwalt der verfolgungsſüchtigen Reaktion nicht genug gethan, und dieſerwegen eine ämtliche Verletzung nach Münſter erfahren hatte.

Wenn dieſer Mann auch kein glänzender parlamentariſcher Redner war, ſo imponirte er doch durch eine muthvolle Feſtigkeit und durch eine Sachkenntniß, wie ſolche nur wenigen Mitgliedern der Oppoſition eigenthümlich war.

Zu den beſtgeſinnten Stimmführern dieſer entſchiedenen Linken gehörten beſonders auch die ſchleſiſchen Abgeordneten — Stein — Elsner — Graf Reichenbach — vom Rhein: D'Eſter — Borbarts, aus der Provinz Poſen: Graf Cieszkowski, — aus Berlin: Berends — Jung und noch mehr Andere.

Das Talent und die politiſche Bildung dieſer Abgeordneten war an ſich wohl nicht groß, aber die Art, wie ſie den Mangel durch geſteigerte Kraftworden ihrer Perſönlichkeit und durch die vorſichedenartigſten Unbeſonnenheiten zu erſetzen ſuchten, bereitete für den innern und äußern Beſtand der Verſammlung immer mehr und mehr die größten Gefahren.

Dieſe Parthei hielt ihre Verſammlungen im Hôtel Mylius ab, und erhielt auch von daher ihre Bezeichnung.

Das linke Zentrum widerſtrebte der äußerſten Linken Anfangs mit einer großen prinzipiellen Hartnäckigkeit, denn es war zunächſt aufrichtig konſtitutionell, das heißt, es wollte den konſtitutionellen Staat in Gemäßheit der März-Verſprechungen und in allen Folgerungen des demokratiſch-konſtitutionellen Prinzips, wobei es ſich auf der einen Seite eben ſo ſehr der Wiederaufrichtung des Abſolutismus in konſtitutioneller Form, als der Einführung der Republik unter der Maske des Konſtitutionalismus widerſetzen zu müſſen glaubte.

Als Führer dieſer Parthei erſchien beſonders Roddertus, ein Mann von feinen diplomatiſchen Manieren, der auf dem letzten vereinigten Landtag keineswegs einer oppoſitionellen Richtung angehört hatte, und der Anfangs ohne Zweifel mit der Revolution und ihren Folgerungen diplomatiſirte.

Als das Miniſterium Camphauſen ſich vom Schauplatz zurückzog, weil die Majorität in der Verſammlung ihm mehr und mehr entſchwand, und außerdem der von ihm vorgelegte Verfaſſungs-Entwurf durch den Waldeck-Wachsmuthſchen Antrag vom 15. Juni beſeitigt worden war, ſo konnte bereits Roddertus für die neue Miniſter-Kombination in Betracht kommen.

Dieſes neue Kabinet ſtand eigentlich unter den Auſpizien Hanſemann's, welcher den Sprung aus dem »Uebergangs-Miniſterium,« in das »Miniſterium der That,« wie ſich das Kabinet ſelbſt taufte, mitgemacht hatte, und dabei eine große Staatsmänniſche Leichtigkeit bewies, die Maſken für das Prinzip zu wechſeln; denn während das Miniſterium Camphauſen noch eine Kabinetsfrage daraus zu machen ſchien, daß der Berends'ſche Antrag auf »Anerkennung der Berliner-Revolution« verworfen würde, ſo fand Hanſemann kein Bedenken, daß von ihm vorgetragene Programm des neuen Miniſteriums in augenſcheinlicher Begeiſterung mit der Stelle zu beſchließen: daß »Berlin eine glorreiche Revolution gemacht habe.«

In dieſes Kabinet, als deſſen Miniſter-Präſident von Auerswald figurirte, hatte man Mitglieder des linken Centrums aus der National-Verſammlung aufnehmen zu müſſen geglaubt, um dadurch dem Miniſterium eine Stimmenmehrheit zu ſichern.

So war Gierecke, ein einfacher Syndikus aus Stettin zum Ackerbaumeiſter, eine neue Stelle in der Verwaltung, für welche der König ſelbſt dringend den Wunſch geäußert hatte — und Roddertus zum Kultus-Miniſter ernannt worden, welchen Poſten er freilich nur acht Tage lang bekleidet hatte.

Die auswechſende Stellung, welche das Miniſterium Auerswald und Hanſemann in der deutſchen Frage, in dem Verhältniß Preußens zu der neu begründeten deutſchen Centralgewalt, und in der, den Frankfurter-Beſchlüſſen zu gebenden Folge annehmen wollte, gab den Roddertus Grund zu ſeinem ſchleunigen Austritt, weil er auf eine unzweideutige und beſtimmte Hingebung Preußens an die deutſche Einheit und deren Organe drang.

Ein anderer Koryphäe des linken Centrums war der Kaplan von Berg, ein junger katholischer Geistlicher, der sich mit großer Leichtigkeit in der Versammlung bewegte, und im Anfang vielleicht nicht ohne ehrgeizige persönliche Absichten auftrat, die sich ihm besonders mit einem Ministerium seines intimen Freundes Robbertus zu verknüpfen schienen.

Von anderer Seite her wurde ihm auch zum Vorwurf gemacht, daß er ultramontanen Zwecken heimlich dienstbar sey, und nur zur Beförderung derselben mit den Waffen der demokratischen Bewegung sich gegen die Regierung aufstellte.

Den öftres wiederholten Vorwurf, daß die demokratische Parthei in der National-Versammlung mit heimlichen ultramontanen Tendenzen operirt gewesen, hat er jedoch selbst mit großer Heftigkeit von der Tribune herab abgewiesen.

Ebenfalls ein mehr poetischer Illuminateur des Standpunkts des linken Centrums war der Abgeordnete Schultze aus Oelitzsch, ein guter Kopf und energischer Redner.

Als Kapazität des linken Centrums erschien der frühere Staats-Anwalt Kirchmann, der mit Temme aus gleichen Gründen das Schicksal einer exilartigen Amtsoersetzung nach Ratibor empfunden hatte.

Der Ton dieses Abgeordneten hatte auf der Tribune etwas Schleppendes und Ermüdendes, und die Parthei legte ihm einige Mal zur Schuld, daß er Fragen — deren Ausführung ihm anvertraut war, absichtlich durch Diplomatisiren gedämpft und abgeschwächt habe.

Das linke Centrum hielt seine Parthei-Versammlungen im Saale Mielentz unter den Linden ab, und hatte zu Wortführern sonst noch den Bürgermeister Philipp aus Elbing, der häufig wegen seiner Wirksamkeit im Interesse der Polen verdächtigt war, dann Bloem, Pilet, Kämpf und noch mehr Andere.

In der Parthei des Hôtel de Russie stellte sich das eigentliche Centrum der National-Versammlung dar, welches unter der Führung des Regierungsraths von Unruh auf der Grundlage einer mäßigen und besonnenen konstitutionellen Freisinnigkeit sich gebildet hatte, und das Vorrecht für sich in Anspruch nahm, jedesmal nur nach Ermessen der Vernunft und Gerechtigkeit abzustimmen und damit bald die rechte bald die linke Seite der Versammlung zu stützen oder zu hemmen.

Daß eine solche, gewissermaßen auf ihre Ehrlichkeit und Unabhängigkeit pochende Absonderung in der National-Versammlung bestand, gehörte gerade zu ihren größten Mißgeschicken, denn durch sie wurden, ostmals alle Stellungen durch einander geworfen und preisgegeben, und eine erfolgreiche Partheibildung sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite neutralisirt.

Ihres parlamentarischen Gewichts war sich diese, aus einigen dreißig Mitgliedern bestehende Absonderungs-Parthei sehr wohl bewußt, und ihr Führer Unruh äußerte selbst einmal ganz wohlgefällig, daß sie die Abstimmung in der Hand hätten.

Er bewies übrigens später, als es sich um eine entscheidende Stellung handelte, daß die von seiner Parthei auf die Fahne gestellte Devise der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit keine bloße Floskel gewesen sey, denn Unruh blieb der National-Versammlung in ihrer verhängnißvollen November-Katastrophe nicht nur als Präsident getreu, sondern er führte sie auch mit einer nicht abzuläugnenden Tapferkeit in den äußersten Kampf, zu dem die Verwicklung der Umstände hingetrieben hatte.

Es saßen übrigens auch im Centrum keine außerordentlichen Kapazitäten, wenn schon einem Parrisius, Unruh, Bredt, Moritz, Duncker und Anderen ihre Talente gewiß nicht abgesprochen werden konnten.

Wohl noch weniger mochte man aber tüchtige und wirksame Persönlichkeiten auf der rechten Seite der preußischen National-Versammlung suchen.

Diese Seite, in welcher die parlamentarische Regierung ihre Stärke zu suchen pflegte, bewies sich von einer solchen Kraftlosigkeit, daß der Regierung dadurch nur eine leidende Schwächung ihrer Majorität bereitet, und das Uebergewicht der radikalen Opposition von Tag zu Tag mehr befestigt wurde.

Die bedeutendsten Redner der rechten Seite waren Baumstark, Direktor des landwirthschaftlichen Anstalt in Eldena und Reichensperger.

Baumstark war ein Mann von pedantischer Redseligkeit und Breite, der den konservativen Boden mit schulmeisterlichen Gemeinplätzen, zuweilen auch mit witzig seyn sollenden gelehrten Pointen pflügte; Reichensperger, ein rheinischer Jurist, der zwar etwas mehr parlamentarischen Schliff hatte als sein Freund Baumstark, aber eben so wie dieser durch seine doktrinären und nach Pointen haschenden Ausführungen die Wirkung erreichte, daß der Saal beim Beginn ihrer Reden von Zuhörern leer wurde.

Von den vielen Geistlichen, mit welchen die National-Versammlung überfüllt war, befanden sich mehrere auf der rechten Seite, darunter namentlich die Prediger Jonas und Sydow, von welchen Sydow nach jener stürmischen Sitzung, in welcher er gegen die Anerkennung der Berliner-Revolution gesprochen hatte, beim Heraustreten aus dem Saal, die Mißhandlungen der unten oersammelten Volkshaufen erdulden mußte.

Die übrigen Geistlichen saßen theils im Centrum, theils auf der äußersten Linken.

Die Führer der neu protestantischen Kirchen-Bewegungen bemühten sich übrigens vorzüglich, irgend eine hervorragende parlamentarische Rolle zu spielen.

Ein anderes sehr stark vertretenes Element in der preußischen National-Versammlung bildeten die überaus zahlreichen Juristen, die sehr viel dazu beigetragen hatten, die Versammlung in unfruchtbare formelle Debatten und geistlose Spitzfindigkeiten hineinzuschleppen, während auf der andern Seite wenig Nutzen aus ihrer juristischen Form und Sachkenntniß gezogen wurde; denn die Fassung der aus der National-Versammlung hervorgegangenen Gesetze ließ größtentheils sehr Vieles zu wünschen übrig, und gab

Unklarheiten und Zweifeln Raum, wie dieſes bei der von Waldeck beantragten Habeas-Korpus-Akte, noch mehr aber bei dem Geſetz über die Abſchaffung der Todesſtrafe der Fall war.

Als Präſident der National-Verſammlung figurirte in den erſten Monaten der Schleſier Milde, einſt ein Mann der Oppoſition des vereinigten Landtags, jetzt aber von Miniſter-Gedanken eingenommen, die ſich ihm auch durch ſeinen Eintritt in das Kabinet Auerswald-Hanſemann als Handels-Miniſter verwirklichten.

Der eigenthümlichen Stimme des Präſidenten Milde wollte es jedoch wenig gelingen, die jeden Augenblick tumultuariſch auseinander fallende Verſammlung zu bemeiſtern.

Sein Nachfolger in der Präſidentſchaft Grabow, der einer der Radikalen des vereinigten Landtags war, aber ſeit den März-Ereigniſſen zu einer mehr konſervativen Stellung ſich genigt fand — bewies in der Leitung der Verſammlung eine außerordentliche parlamentariſche Logik und Taktfeſtigkeit, und war eine Perſönlichkeit über welche ſich alle Partheien ſehr gerne zu einem Kompromiß geneigt hatten.

Die Keime der Zerrüttung und Auflöſung, welche aus der Verſammlung ſelbſt hervortauchten, gingen aber bald ſo zunehmend auf, daß bei einem der parlamentariſchen Skandale, die gewöhnlich aus den kleinlichſten Veranlaſſungen kamen, Grabow den Saal verließ, und dann einen Brief dahin ſchickte, in welchem er ſeine Abreiſe aus der Stadt anzeigte.

Die preußiſche National-Verſammlung war inzwiſchen immer mehr links geworden, und neigte ſich einem gefahrvollen Verzweiflungspunkte zu, der nicht mehr abzuwenden ſchien.

Der Führer des Centrums, nämlich Unruh, wurde jetzt der neue Präſident der Verſammlung, den die Linke nur in der ſichern Vorausſicht zuließ, daß auch bei einer äußerſten Wendung der Dinge auf ihn zu rechnen ſeyn werde.

Die National-Verſammlung ſtand zuerſt in keinem beſonders Kredit bei dem Volke und in der öffentlichen Meinung. Die Miniſterien hatten die Verſammlung mit Geſetzvorlagen überhäuft und dadurch weſentlich dazu beigetragen, die Grenzen dieſer, nur zur Verfaſſungs-Aufgabe berufenen und gewählten Volksvertreter zu verwirren.

Die Verſammlung ſteigerte dadurch ihre innern Anſtrengungen auf einen konſtituirenden Konſens mehr und mehr auch äußerlich, kam aber dabei zuerſt mit ſich ſelbſt in ein verwirrtes Handgemenge der Fraktionen, welches ſo verdrießlich und unerſprießlich war, daß auch das Volk kein Wohlgefallen mehr daran fand.

Das Kaſtanienwäldchen bei der Sing-Akademie, in welcher die Verſammlung ihre erſte Sitzungsperiode verlebte, war zwar gewöhnlich mit Volksgruppen aller Art angefüllt, welche beſonders bei wichtigen Entſcheidungen mit Verlangen die Nachrichten aus der Sitzung auffingen, und in behaglicher Lagerung unter den Bäumen die Tagespolitik verhandelten. Aber es war dieſes nicht mehr ein wüſter Trieb der Maſſen, der ſich im Allgemeinen an die National-Verſammlung anlehnte. Man erwartete von derſelben die Veranlaſſung zu einer neuen Bewegung, weil man mit dem bisherigen reſultatloſen Gang der Dinge nach allen Seiten hin unzufrieden blieb.

Im Sommer des Jahres 1848 war in das Berliner-Volk ein ungewiſſer Drang hineingefahren, der ihm keine Ruhe mehr ließ, und durch den es unter beſtändigen Reibungen zu einem Ziel hingetrieben wurde, über welches es ſich ſelbſt nicht klar war.

Das Volk hatte ſich an den Gedanken der Demokratie feſtgehalten wie an ein neues Evangelium, und glaubte jedenfalls an eine neue Zukunft ſeiner Exiſtenz an Staat und Geſellſchaft, welche es lediglich auf die Idee der Gleichberechtigung Aller, die bereits tief in ihm Wurzel geſchlagen hatte, ſtützte.

Zuerſt war es der alte Berliner Volkshumor geweſen, der, durch einige Zeit verſtummt, ſich plötzlich wieder an die demokratiſchen Richtungen angeſetzt hatte, und an denſelben mit einer kaum erlebten Ueppigkeit ſich entwickelte.

Die meiſtens auf den Straßen verbreiteten Witzblätter »Der Krakehler« und »Kladderadatſch« vertheilten regelmäßig dieſe humoriſtiſche Munition unter die Volksmaſſen; und ſo ſchien es, daß die noch ſtehen gebliebenen Grundlagen des alten Staates zuerſt durch die Kraft der Berliner-Volks-Satyre zerſtampft werden ſollen.

Eine Sammlung der in dieſer Zeit erſchienenen Plakate, Flugblätter, Karrikaturen und Witzbilder würde das merkwürdigſte Gemälde eines in innerſter Umwälzung begriffenen Volkslebens ſeyn; und es würde auch für das Britiſche Muſeum in London eine ſolche vollſtändige Sammlung von einem Engländer angekauft.

In der Stadt ſah es durch den ganzen Sommer ſo aus, als wenn jeden Augenblick wieder das Aeußerſte ſich ereignen und durch einen gewaltſamen Umſturz Alles in Frage geſtellt werden könnte.

Dieſes brachte auch eine Unſicherheit in alle Verhältniſſe, die beſonders den Gewerben und dem Handel Verderben bringend wurde, und den Beſitzern die Verwerthung ihres Eigenthums immer mehr unmöglich machte.

Einige tauſend Wohnungen ſtanden in den Häuſern leer, und ebenſo waren die Wohnzinſe überall um ein Drittel billiger geworden oder herabgeſunken.

Ein ſolcher Zuſtand gab dem mit Beſitz und Vermögen geſegneten Bürgerthum, welches ſich ohnehin wenig an der Revolution betheiligt hatte, immer mehr eine reaktionäre Stellung im Volke, wenn auch nicht die Kraft dazu, die Ordnung zu erhalten, und Bürgſchaften für Ruhe und Sicherheit zu geben.

Auf der andern Seite lag in allen Bewegungen und Putſchen, die mehr oder weniger ſchlecht organiſirt waren, nicht einmal die beſtimmte Abſicht einer neuen Revolution, ſondern nur das Beſtreben, die Wunden des Tages offen zu erhalten, und das Fontanell des Aufſtandes möglichſt oft wieder aufzureißen.

Den Führern welche sich an die Spitze solcher Putsche stellten, war auch keine planmäßige Organisation, noch weniger aber das Gebieten über zulängliche Mittel anzuvertrauen, denn die Leute waren meistens höchst untergeordnete Industrie-Ritter der Revolution, welche mit der Volksbewegung kokettirten und dilettirten, im entscheidenden Augenblicke aber gewöhnlich unsichtbar wurden, oder durch Unthätigkeit dem Putsch von selbst die Spitze abbrachen.

Ohne diese besondere Bewandtniß wäre es daher gar nicht zu erklären gewesen, daß die Erstürmung des Zeughauses in der Nacht vom 15. zum 16. Juni gänzlich ohne weitern Folgen geblieben ist.

Eine Absicht auf das Zeughaus und die darin aufbewahrten Waffenvorräthe hatte sich schon seit einigen Wochen in mehreren Arbeiterhaufen festgesetzt, welchen die Bewaffnung in der Bürgerwehr bis jetzt noch abgesprochen war.

Wäre nun diese Erbitterung der Arbeiter politisch ausgebeutet worden, so hätte dieses Ereigniß jedenfalls zum furchtbarsten Revolutions-Ausbruch führen können.

Schon in der ersten Abenddämmerung des 15. Juni hatte der Konflikt mit Blutvergießen seinen Anfang genommen, nachdem eine Kompagnie der Bürgerwehre im Kastanienwäldchen, nahe dem Zeughause, auf eine Truppe von Arbeitern Feuer gab, von welchen mehrere getödtet und verwundet wurden.

Dieses war jetzt das Zeichen zu den grauenvollen Auftritten in dieser Nacht, nachdem bei dem Anblick des vergossenen Blutes die Wuth des Volks aufs höchste stieg, so daß man auf allen Straßen und Plätzen nur ein tausendstimmiges Geschrei nach Rache hörte.

Die bekannten Volksmänner und Redner erschienen plötzlich unter den tobenden Volksmassen und eifereten dasselbe noch mehr zu einer entscheidenden That an.

Tücher, welche man in das frische Blut der Gefallenen Arbeiter tauchte, wurden an Stangen befestigt, und als Fahnen durch die Straßen getragen, um dann gleichsam die ganze Stadt zum Aufstande aufzufordern.

Eine solche Volkstruppe mit rothen Blutfahnen zog jetzt unter der Anführung von Studenten über die Königsbrücke und rief die Republik aus; aber dieses Geschrei verhallte spur- und bedeutungslos in den allgemeinen Schrecknissen dieser Nacht.

Ein Theil der zusammengerotteten Menschen flüchtete hierauf wieder in die Wohnungen zurück, und man verschloß ängstlich die Läden und Hausthore.

Von einer andern Seite vermehrten sich aber die Massen immer mehr, und drängten sich in einer auffallend drohenden Bewegung nach dem Zeughause, von wo sich die dort aufgestellten Bürgerwehr-Kompagnien in einer völligen Aufstösung zurückgezogen und ihren Bezirken zueilten, so daß die bedrohten Punkte, nämlich das Zeughaus selbst von allem Schutze entblößt war.

Einzelnen Bürgerwehrmännern wurden jetzt die Gewehre abgenommen, und anderen wieder drohend befohlen, die Bajonnette abzustecken, worauf viele dieser Bürgerwehrmänner weiße Tücher an ihre Gewehre befteten, um damit anzuzeigen, daß sie nicht gesonnen sind auf das Volk zu schießen.

Gegen 10 Uhr brieche zwar der bewaffnete Handwerker-Verein und das Studentenkorps die Thore des Zeughauses, aber der Volksandrang gegen dieselben war schon so stark geworden, daß die Thore zu krachen anfingen.

Man verlangte jetzt den Abzug des Militärs aus dem Zeughause, und schrie und tobte in der dichtgedrängten ungeheueren Volksmasse so durcheinander, daß die Verwirrung grenzenlos wurde; und man wirklich glauben solle, alle zusammen habe plötzlich der Wahnsinn ergriffen.

Volksschaaren mit Pechfackeln, die sie sich bei den benachbarten Feuerwachen verschafft hatten, kamen noch gegen 11 Uhr zur Verstärkung herbei.

Nun wurden mit großen Balken die ersten gewaltigen Schläge gegen die Thore des Zeughauses geführt, die dumpf, wie ein ferner Kanonendonner einen Widerhall gaben, und endlich auseinander gesprengt waren.

Die Volksmassen wälzten sich jetzt in einem furchtbaren Gedränge in die inneren Höfe des Zeughauses hinein, und bald erfolgte in den Gemächern eine allgemeine Waffenplünderung, wobei auch die überaus kostbare Sammlung alter historischer Waffen nicht verschont blieb, und unter das Volk vertheilt wurde.

Die alten Kriegsfahnen und Trophäen Preußens wurden von den Wänden herabgerissen und mit Füßen getreten, und so wurde das Palladium des alten Militär-Staats Preußen auf die frevelhafteste Weise entweiht und geschändet.

Alle im Zeughause befindlichen Gewehre, Säbel, Büchsen und Pistolen wurden geraubt, und eben so auch schwere Massen von Blei und eine große Menge von Spitzkugeln, die hier in Kisten aufbewahrt lagen, weggeschleppt.

Der obere Theil des Zeughauses hatte eine Besatzung von 250 Mann Infanterie, an deren Spitze der Hauptmann Nagner stand, dessen Name später vielfältig in den Verhandlungen über dieses Ereigniß genannt wurde, und den man dann sogar vor ein Kriegsgericht stellte, weil er sich in diesem verhängnißvollen Augenblick durch die Vorspieglungen einiger Volksanführer zum Abzug mit seiner Mannschaft verleiten ließ.

Diese Vorspieglungen, welche man dem Hauptmann machte, bestanden darin, daß man ihm zuschrie »das Volk habe sich in ganz Berlin erhoben, — die Stadt sey in den Händen des Volkes, — die Revublik sey ausgerufen, und der König befinde sich nebst der ganzen königlichen Familie auf der Flucht.«

Uebrigens waren in den übrigen Theilen der Stadt allerdings Vorbereitungen zum Kampfe geschehen, so man sogar die Waffenladen erbrechen und ausgeplündert, und auch die Waffen-Vorräthe aus dem Theater weggenommen.

In einigen Straßen wurden sogar schon Barrikaden von außerordentlicher Höhe und Festigkeit auf-

Zdobite berlinské zbrojowne přez narodněcz

L'assalto dell'arsenale di Berlino mediante il popolo

A' Berlini hadszertár rohanyvzás a nejt által

Die Erstürmung des Berliner Zeughauses durch das Volk.

N° 97.

A népképviseletesek a királyi társaságba Potsdámban.

I rappresentanti del popolo nella società reale di Potsdam.

Deputowany w královské společnosti w Potsdamě.

Die Volksvertreter in der königlichen Gesellschaft zu Potsdam.

gerichtet, wobei an einer Barrikade an der Markgrafen-Straße ſich eine wohlbewaffnete junge Polin zum Kampfe einfand. Aber es fehlte ſehr die Gelegenheit und Organiſation zu einem Kampfe, und die ganze ſchauderhafte Nacht zeigte ſich nur als ein Gewebe von Truggeſpenſtern und Schreckbildern, die bei näherer Berührung und beim Beginne des anbrechenden Morgens wieder in ſich ſelbſt verſchwanden.

Die Plünderung des Zeughauſes war bis gegen Mitternacht fortgeſetzt worden, als es plötzlich einer unter Trommelſchlag anrückenden Kompagnie Soldaten gelang, die freilich ſchon ſehr auseinander gegangenen Volksmaſſen noch gänzlich zu zerſtreuen, und den Platz zu ſäubern.

Auch den inzwiſchen zuſammengetretenen Bürgerſchaaren glückte es, noch in der Nacht viele Waffenſtücke wieder abzunehmen, die ſich zum Theil in den Händen junger Leute und Knaben befanden und zur Schau herumgetragen wurden.

Viele koſtbare und ſeltene Waffen wurden auf den Straßen oft nur für wenige Silbergroſchen feilgeboten, und größtentheils von ſolchen ehrenhaften Männern angekauft, um ſie am nächſten Morgen wieder in das Zeughaus abzuliefern; und ſo wurden überhaupt die meiſten Waffen ſchon am andern Tage wieder eingeſammelt, oder auch freiwillig abgegeben.

Uebrigens wußte das Volk zum Theil auch nicht, was es mit den ſchönen neuen Geweh[illegible] anfangen ſollte, denn es ſah ſich plötzlich in den Beſitz jener vortrefflichen Zündnadelgewehre, von welchen es wohl ſchon ſehr viel gehört hatte, aber deren Gebrauch noch ein Geheimniß war.

So ging dieſe in vieler Beziehung räthſelhaft gebliebene Nacht vorüber, deren Reſultatloſigkeit von den entgegengeſetzteſten Partheien gleichmäßig beklagt zu werden ſchien.

Es war allerdings dabei im höchſten Grade auffallend geweſen, daß die Behörden bis auf den Punkt der dringendſten und drohendſten Gefahr in gänzlicher Unthätigkeit und Zurückhaltung geblieben ſind, und offenbar den Anſchein auf ſich geladen haben, als wollten ſie es mit Abſicht zu einem Zuſammenſtoß kommen laſſen.

Zweifelhaft und unerklärbar fand man in dieſer Hinſicht beſonders die Rolle, welche der Bürgerwehr-Kommandant Bleſon, in dieſer Nacht ſpielte, nachdem derſelbe nicht nur gänzlich vom Schauplatze entfernt geblieben, ſondern auch alle nöthigen Befehle, um die Bürgerwehre in größeren Maſſen ausrücken zu laſſen, ganz verſäumt hat.

Auch legte er jetzt den Oberbefehl über die Bürgerwehr nieder, worauf zum Kommandanten derſelben der Major Rimpler ernannt wurde, ein Mann von großer Beweglichkeit und vielem guten Willen, der aber durch ſeine allzuhäufigen und redeligen Plakate, worin er dem Publikum ſeine Abſichten und Anſichten auseinander ſetzen wollte, bald läſtig wurde.

Von den beim Zeughausſturme betheiligten Volks-Anführern waren beſonders einige bekannte Maſchinen-Arbeiter, einige Studenten ꝛc. verhaftet worden, deren Prozeß dann ſpäter auch zur öffentlichen Verhandlung kam.

Indeſſen bewegte ſich die National-Verſammlung immer mehr ihrem entſcheidenden Schickſale entgegen.

Es war wohl nicht zu läugnen, daß der Hof und die Regierung ſich in ihrer Weiſe große Mühe gegeben hatten, mit dieſer Verſammlung zu einem erklecklichen und allſeitig befriedigenden Ziel zu kommen, und mit ihrer Hilfe endlich eine feſte öffentliche Ordnung wieder herzuſtellen; denn man ſehnte ſich von oben herab ſo ſehr darnach, daß man auch gerne allerhand Opfer dafür zu bringen bereitwillig war.

Nur fing man es mit dieſen Zugeſtändniſſen und Zuvorkommenheiten gegen die National-Verſammlung nicht recht geſchickt an, woran auch die Ungewohnheit, ſich in den neuen volksthümlichen und konſtitutionellen Formen zu bewegen, ihre Schuld trug.

So war auch der Beſuch nicht ſehr glücklich, welchen der Prinz von Preußen nach ſeiner endlich erfolgten Rückkehr aus London der National-Verſammlung abſtattete, um ſich in ihr als Abgeordneter von Berlin — wo man ihn bereits mit der Abſicht einer ſolchen Demonſtration gewählt hatte, vorzuſtellen.

Sein überraſchender Eintritt in die Verſammlung ſcheiterte ſchon daran, daß ihm die Abgeordneten jeden außergewöhnlichen Empfang verweigerten, und als ein Theil der Verſammlung ſich erheben wollte, die Linke derſelben, gebieteriſch zum Niederſetzen nöthigte.

Nach ſeiner kurzen, die Zuſtimmung zum neuen konſtitutionellen Staat ausdrückenden Anrede, welche mit der Deviſe des alten Preußenthums »Mit Gott, für König und Vaterland!« ſchloß, hörte man ein ziemlich ſtarkes Ziſchen, unter welchem ſich der Prinz wieder aus dem Saal entfernte.

Noch ein zweitesmal wollte jetzt der Hof verſuchen, ſich der National-Verſammlung anzunähern, und machte in dieſer Abſicht eine Einladung an die ganze Verſammlung zu einem Ausfluge nach Potsdam; von welcher Einladung auch wirklich der größte Theil der Mitglieder, ja ſelbſt von der äußerſten Linken Gebrauch machten.

Durch einen Extrazug der Eiſenbahn nach Potsdam befördert, fand man dort am Bildpark eine hinreichende Anzahl von Wagen bereit, welche die Abgeordneten beſtiegen, um unter Anführung der Garten-Direktors Lenné und einiger Hofperſonen die großartigen Gartenanlagen in Augenſchein zu nehmen.

Nachdem die Gäſte einige Stunden mit dieſer Unterhaltung zugebracht hatten, führte man ſie in den Marmor-Saal, wo ihnen Erfriſchungen vorgeſetzt wurden. Bald darauf erſchienen auch der König und die Königin, und es fing nun ſtehenden Fußes eine Art von Cour oder Aufwartung am Hofe an, bei welcher mit den hervorragendſten Abgeordneten geſprochen wurde

Beſonders unterhielt ſich die Königin mit einigen vorzugsweiſe als fürchterlich geſchilderten Mitglie-

dem der Opposition, nämlich mit Waldeck und noch Andern.

Nach beendigter Festlichkeit begab sich wieder die ganze Gesellschaft ohne weiteren Aufenthalt auf dem Potsdamer Bahnhof zurück, von wo sie nach der Stadt zurückgeführt wurde.

Der König selbst hatte seinen dauernden Aufenthalt in Potsdam genommen, und seine Abneigung gegen Berlin und die dort noch immer gährenden Volksbewegungen sprach sich darin entschieden genug aus, daß er zu seinem, die Zeist eines Tags überfliegenden Aufenthalt in der Hauptstadt mehr sich entschließen zu können schien.

Durch die Volkspresse und die Volks-Versammlungen wurde oft in äußerst seltsamen Anspielungen auf seine Rückkehr gedrungen; und besonders machte ein Plakat »Der König gehört in die Hauptstadt!« großes Aufsehen.

Es lag überhaupt etwas unaufhörlich Prickelndes, Ziel- und Resultatloses in dieser Berliner-Bewegung, welche es besonders dem König, der offenbar den besten Willen an den Tag gelegt hatte, schwer machen mußte, sich auf einen bestimmten Fuß mit ihr zu stellen.

Das Patbos dieser Putsche war am Ende ein armseliges; es konnte keinem Prinzip irgend einer Art dadurch Rechnung getragen werden, auch konnte sich am allerwenigsten die Volkspartei dadurch zu einer politischen Mündigkeit und Würdigkeit heranbilden.

Wie leidenschaftlich und stürmisch übrigens solche Putsche, daß heißt, Aufbegehrerein und Krawals zuweilen ausbrachen, davon geben folgende Ereignisse in und um Berlin ein merkwürdiges Zeugniß.

Der demokratische Verein und die Männer des Rückschritts in Charlottenburg waren am 20. August so weit aneinander gekommen, daß Letztere angriffsweise gegen einander gingen, ihre Gegner mißhandelten, wobei die Mittel, welche den Ortsobrigkeiten zu Gebote standen, entweder gar nicht ausreichend oder schlecht in Wirksamkeit gesetzt wurden.

Der Minister des Innern, Kühlewetter, schickte, sobald er davon Nachricht erhielt, Beamte mit dem besonderen Auftrage und mit hinlänglicher Unterstützung dahin, welche sechzehn dieser Gewaltthäter verhafteten. Aber diese Vorgänge pflanzten sich in der Hauptstadt fort, worauf folgenden Tags durch einen Maueranschlag zum Aufruhr aufgeboten wurde.

Schon am Morgen, erfolgte ein Sturm auf die Wohnung des Handels-Ministers, jedoch wurde das gewaltsame Eindringen in dieselbe noch verhütet.

Am Abende aber zog ein starker Volkshaufe vor das Ministerium des Innern, sprengte mit Gewalt das Hausthor, drang in die Zimmer, zerstörte mancherlei Geräthschaften, und als der Minister nicht gefunden wurde, zog der Pöbelhaufen vor das Haus des Justiz-Ministers.

Diese ausgelassenen Auftritte wiederholten sich auch hier, aber der Minister befand sich bereits auf dem Weg zum Minister-Präsidenten, wo er von den dahin abgeschickten Ruhestörern eingeholt wurde, die ihm jetzt um augenblickliche Begnadigung für alle politischen Vergehen bestürmten.

Mit genauer Noth entkam er zu dem Minister-Präsidenten Auerswald bei dem sich mehrere Abgeordnete, so wie auch fremde Gesandten zur Abendgesellschaft befanden.

Da hörte man plötzlich von unten her einen furchtbaren Lärmen, und bald überschwemmte eine unzählige Volksmasse mit einem ungeheueren Heulen, Pfeifen und Geschrei, die Straße.

Man wußte eigentlich nicht, was diese Zusammenrottung bedeuten sollte, doch hörte man inzwischen von einer Deputation, welche den Justiz-Minister Märcker aufsuche, um von ihm die Freilassung der politischen Gefangenen zu begehren.

Ein voreiliges Einschreiten der Konstabler gegen die Volksmasse brachte aber diese in eine noch größere Wuth, so daß bald das Straßenpflaster aufgerissen und die Steine in einer ungeheueren Anzahl in die helleerleuchteten Gesellschafts-zimmer des Minister-Palastes geworfen wurden, aus welchem sich jetzt die vornehmen Gäste, sämmtlich fremde Diplomaten und Geschäftsträger in einer tumultuarischen Eile durchrinnander flüchteten und möglichst vor der Volkswuth sich zu verbergen suchten.

Der Gesandte der französischen Republik Arago, sah einen großen Pflasterstein neben seinem Kopfe vorbeifliegen, und fragte, mit sichtbaren Erstaunen in deutschen Sprache: »Ist denn keine Bürgerwehre hier?« Aber die Bürgerwehre fehlte auch diesmal wieder zur rechten Zeit, und die Konstabler — eine durch den Minister Kühlewetter neu ins Leben gerufene Polizei- oder Schutzmannschaft — trug hier nur wie gewöhnlich zur Verschlimmerung des Krawalls bei.

Diese Konstabler, welche der Abgeordnete Schultze aus Delitzsch auf der Rednerbühne ironisch die Schmetterlinge des neuen Völkerfrühlings genannt hatte, hatten überhaupt in der letzten Zeit schon zu mehrfachen Reibungen Veranlassung gegeben, und besonders ärgerten sich die Abgeordneten der National-Versammlung dieser Art von Polizeidienern.

So kam es nämlich eines Abends an der Kranzlereck unter den Linden zu einem förmlichen Krawall zwischen Abgeordneten und Konstablern, nachdem die Erstern von den Letztern bis zu einer ungemein rührenden Erkennungsscene verhaftet wurden.

Nicht unerhebliche Verlegenheiten bereiteten der Regierung die traurigen Vorfälle in Schweidnitz am 31. Juli, wo nämlich der Anführer der Bürgerwehre, der Oberst-Lieutenant Hardt bei dem Festungs-Kommandanten General-Major Rollaz du Rosay die Bewilligung zur Zusammenberufung der Bürgerwehr durch Trommelschlag, nachdem diese bisher nur durch Bestellung der Mannschaft erfolgt ist, nachgesucht hatte; was ihm auch Anfangs, wie behauptet wird, zugestanden ward.

Später aber besann sich der Festungs-Kommandant anders, und untersagte den Trommelschlag, weil dieses als ein Mißverständniß zu einem Lärmruf für die militärische Besatzung führen könnte.

Ukrutnosti Berlinské lůji w palace ministrů

Appréstioni del volgo di Berlino nel palazzo dei ministri

Gewaltthaten des Berliner Pöbels in dem Minister-Palaste

Erőszakfételek a Berlini alnéptul, az országlár palotáiban

Dieſe Entſcheidung des ohnehin unbeliebten Generals veranlaßte aber, als ſie unter dem Volke bekannt wurde, die größte Aufregung, und bald ſammelte ſich ein Haufe von Arbeitern und Lehrjungen, um ihm eine ſogenannte Katzenmuſik zu machen.

Die Bürgerwehre, von ihren Uebungen eben erſt ganz ermüdet eingerückt, wurde jetzt durch ihren Anführer ſogleich aufgerufen die Ordnung wieder herzuſtellen, jedoch aber, bevor ſich die Bürgertruppe ſo ſchnell ſammeln konnte, hatte der Militär-Kommandant bereits zwei Kompagnien Infanterie herbeigezogen, von welchen eine den Platz vor ſeiner Wohnung beſetzte, während die Andere Kompagnie nach dem Hauptplatze zog, von welchen ſich inzwiſchen aber die Lärmmacher ſchon zerſtreut und größtentheils entfernt hatten.

Hier ſtand jetzt die Militär-Kompagnie der Bürgerwehre, welche ſich ihrer Pflicht gemäß zur Aufrechthaltung der Ordnung zahlreich eingefunden hatte, wohlgerüſtet gegenüber.

Von Seiten des Militärs wurde jetzt aber behauptet; es ſey ein Piſtolenſchuß auf daſſelbe abgefeuert und dadurch ein Mann verwundet worden, worauf einige Leute aus der Kompagnie ihre Gewehre losſchoſſen, und dieſes Feuern ſoll dann ohne Befehl Längſt der ganzen Linie geſchehen ſeyn, ſo daß über hundert Schüſſe fielen, die alle gegen die aufgeſtellte Bürgerwehre gerichtet waren.

Dagegen wollte wieder dieſe behaupten, das Befehlswort »Feuer« gehört zu haben, und bekräftigte dieſe Aeußerung damit, daß es jedenfalls doch ein ſeltſamer Verſtoß gegen die Kriegszucht wäre, wenn Soldaten ohne den Willen des Anführers Gebrauch von der Schußwaffe, und zwar den Bürgern gegenüber gemacht hätten, die mit ihnen zu demſelben Zwecke verſammelt waren, und keinerlei Veranlaſſung zu einer feindlichen Begegnung gegeben hatten.

Uebrigens ſagte man auch, die Leute ſollen zu dieſer geſetzloſen Gewaltthat ſchon früher aufgehetzt worden ſeyn.

Von den Bürgern ſtürzten ſechs Mann todt nieder, fünf andere ſtarben ſpäter an ihren Wunden, und zwanzig waren größtentheils ſchwer verletzt.

Dieſer Mißbrauch der Militärgewalt veranlaßte aber nicht nur in Schweidnitz, ſondern in ganz Schleſien und überall Entrüſtung und Abſcheu, und es iſt daher auch leicht die Aufregung zu begreifen, welche dieſerwegen in der National-Verſammlung herrſchte, als über dieſen Gegenſtand am 9. Auguſt durch den Abgeordneten Elsner im Namen des Ausſchuſſes für Bittſchriften der Bericht erſtattet wurde.

Die Anträge des Ausſchuſſes, das Miniſterium zur ausführlichen Mittheilung über die Sache und zur Entfernung der ſtrafbaren Truppentheile aus Schweidnitz aufzufordern, gingen der Verſammlung nicht weit genug, und ſo verlangte der Abgeordnete Stein, daß der Kriegs-Miniſter in einem Erlaß an die Armee, eine Warnung an die Offiziere der reaktionären Beſtrebungen auszuſprechen, und es zugleich denjenigen Offizieren, die ſich in den neuen konſtitutionellen Rechtsſtand nicht hineinfinden konnten, es zur Ehrenpflicht machen möchte, aus der Armee auszutreten; jedoch der Kriegs-Miniſter Roth von Schreckſtein erklärte ganz beſtimmt; »daß das Staats-Miniſterium dieſen Beſchluß überhaupt gar nicht ausführen werde,« worauf nun der Abgeordnete Waldeck erwiderte, »daß die Abgeordneten keine Minute länger mit Ehren in der Verſammlung ſitzen könnten, wenn dieſer Beſchluß vom 9. Auguſt nicht zur Ausführung komme.

Damit war nun die Souveränitätsfrage, um welche man lange Zeit herumgeſpielt hatte, endlich als eine lodernde Fackel unter das Volk geworfen worden.

Die Berliner-Bewegung trat jetzt wieder mit neuer Macht hervor, und ſchien zu einer Entſcheidung hinzudrängen, die gefahrvoller als alle frühern Vorgänge für das Beſtehen des Staats und der eben angefangenen konſtitutionellen Monarchie zu werden drohte.

Der Antrag des Abgeordneten Stein, in welchem er verlangte, daß der Kriegsminiſter wie ſchon geſagt, durch einen Erlaß an das Heer die Offiziere auffordern ſolle, ſich von verfaſſungswidrigen Beſtrebungen ferne zu halten, Zwiſtigkeiten mit dem Bürgerſtande zu vermeiden, ſondern vielmehr durch Annäherung an denſelben zu zeigen, daß ſie aufrichtig zur Verwirklichung eines verfaſſungsmäßigen Rechtszuſtandes hinwirken wollen, ferner, daß die National-Verſammlung einen Ausſchuß aus ihrer Mitte zur Unterſuchung des Vorfalls, und allenfalls durch Abſendung eines Mitgliedes an Ort und Stelle niederſetzen ſolle, erhielt in der Verſammlung die Stimmenmehrheit, und der Abgeordnete Stein, ſo wie mehrere andere Mitglieder der Linken, wurden von dem Volke im Triumphe nach Hauſe geführt.

Mit dieſem Verlangen ging man aber dennoch zu weit, nachdem das kräftige Verhalten Einzelner einem ganzen Stande aufgebürdet, — und noch überdieß eine Erforſchung der Geſinnungen des innern Menſchen gefordert wurde, mit der ſich die öffentliche Freiheit nicht verträgt; denn mit demſelben Recht hätten jetzt alle Bewohner Preußens, welche nicht mit der Mehrheit der National-Verſammlung zuſammengingen, aus dem Lande gejagt werden können.

Das Geſetz und ſeine Vollſtrecker haben es ja überall nur mit den Handlungen, nicht aber mit den Geſinnungen der Staatsbürger zu ſchaffen, und ein Eindringen in Letztere, würde jedenfalls ein größeres Uebel herbeiführen, als dasjenige iſt, welches beſeitigt werden ſoll.

Ueberdieß lag hierin auch ein offenbarer Uebergriff in die ausübende Gewalt der Regierung, aber leider, weder der Einſpruch der Miniſter, noch die Stimme der gemäßigten Männer wurde gehört, ja die Aufregung des Augenblicks riß die Mehrheit ſo weit fort, daß alle dieſe Anträge Annahme fanden.

Eine jubelnde Menſchenmenge drängte ſich über dieſen Erfolg durch alle Straßen und Plätze, und der Abgeordnete Graf Reichenbach ſagte noch an demſelben Abend zu dem verſammelten Volke, welches ſich huldigend vor dem Partheilokale der Linken, dem Hôtel Mosius aufgeſtellt hatte, »Der heutige Sieg in der National-Verſammlung iſt erſt die Verwirkli-

chung der Revolution; das Volk und seine Vertreter haben sich geeinigt. Halten wir diese Vereinigung fest und wir können die Frevelschünde verachten, die vor unseren Thoren stehen.«

Diese und solche noch mehr dergleichen Ausschweifungen waren es nun, welche das Volk um den Besitz der wahren Freiheit gebracht haben, die bei einer gemessenen und ernsten Haltung der Nation ihr unverliehrbares Eigenthum hätte werden müssen.

Auf der andern Seite befestigte dieser für die Berliner-Bewegung so denkwürdige 9. August zuerst ganz entschieden die längst schon beabsichtigten Plane.

Die Parthei des Hofes, der Regierung, des Ruhe und Ordnungliebenden Bürgerthums sah in der National-Versammlung jetzt einen »Konvent« der die Herrschaft der Revolution und der Volksmassen immer weiter ausdehnen werde.

Das Ministerium Auerswald-Hansemann trat jetzt aus seinem Wirkungskreise zurück, und erklärte in seinem Entlassungsgesuch an den König, »daß der National-Versammlung die Feststellung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehen könne, weil sonst die konstitutionelle Monarchie nicht zu bestehen vermag.«

Inzwischen war die ganze Lage Berlins eine sehr bedenkliche und drohende geworden, denn eine bedeutende Zusammenziehung von Truppenmassen, hatte schon seit einiger Zeit um Berlin herum Statt gefunden, und so war es in ihren nähern und weitern Umgebungen von 40 bis 50,000 Mann Soldaten umstellt worden, ja selbst in Charlottenburg sah man schon eine hinlängliche Anzahl Kanonen in Bereitschaft hergestellt.

Ihre immer noch zubelte die Berliner-Demokratie in ihrem plötzlichen Siegesrausche fort, und wenn man schon einige Soldaten in die Volks-Versammlungen mitgeschleppt hatte, so träumte man, damit eine förmliche Verbrüderung des Militärs mit dem Volke ganz sicher vollbracht zu haben.

Wie man sich aber von oben herab den nächsten unvermeidlichen Gang der Dinge dachte, darüber gab zuerst die Ernennung des General Wrangel zum »Kommandanten sämmtlicher Truppen in den Marken, eine unverkennbare Andeutung, und machte überhaupt grosses Aufsehen im Volke.

Mit der in Potsdam festlich und feierlich begangenen Rückkehr der Garden aus Schleswig, war nämlich auch der General Wrangel, der sich dort zuerst einen Namen erworben hatte, erschienen, und es hatten sich an seine Persönlichkeit, so wie an seinen Degen, ganz neue Hoffnungen angeknüpft.

Er erliess jetzt zuerst in seiner neuen Eigenschaft einen Armee-Befehl, worin er sich mit seinen siegreichen Truppen als eine Stütze der »guten Bürger« hinstellte, und dabei ankündigte, daß es sein Auftrag sey, die Ruhe herzustellen. Zugleich waente er auch die Truppen vor der Stimme der Verführung, und forderte sie zur treuesten Mitwirkung auf.

Die Sprache war verständlich genug, und da die Soldaten allen Versuchen, sie auf die Seite des Volkes hinüberzuziehen, fast durchgehends widerstanden, so konnte Berlin sich auf neue Kämpfe oder schwierigere Unterwerfung gefaßt machen.

Hiermit hielt der General eine Truppen-Revue in Berlin selbst ab, und sprach bei dieser Gelegenheit zu dem Volke, das sich neugierig um ihn drängte. Was er sagte war bedeutungsvoll, denn er rühmte den Berlinern zuerst die Stärke seiner Militärmacht mit den Worten: »Die Truppen sind gut, die Schwerter scharf geschliffen, die Kugeln im Lauf!« Endlich beklagte er die Berliner wegen ihrer unglücklichen Verhältnisse, und wegen des herunter gekommenen Zustandes ihrer einst so blühenden Stadt, nachdem er sagte, »daß jetzt in den Strassen Gras wachse;« was nachher das berühmte Stichwort wurde, um welches sich lange Zeit in Berlin der Witz der Partheien drehte.

In der am 21. September gehaltenen Sitzung zeigte der General von Pfuel der Versammlung schriftlich an, daß er vom König zum Vorsitzenden im Ministeerath ernannt, und mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden sey, welches am nächstfolgenden Tage in der Versammlung erscheinen werde, und welche Ernennung am 22. September durch den Staats-Anzeiger bekannt gemacht wurde.

Aber auch darin spielten schon stark symbolische Anspielungen mit, denn ein General, nämlich Pfuel zugleich auch Kriegs-Minister, war der Minister-Präsident des neuen Kabinets geworden, ein Mann, den man aus den Märztagen her, in einem immer zweifelhaften Andenken behalten hatte.

Diesen General umgaben als die übrigen Minister, Aristokraten, Bureaukraten und Diplomaten, deren Namen sich in jeder Beziehung an die alte Regierung des Polizei- und Beamtenstandes anknüpften, nämlich von Bonin, von Eichmann und Graf Dönhoff.

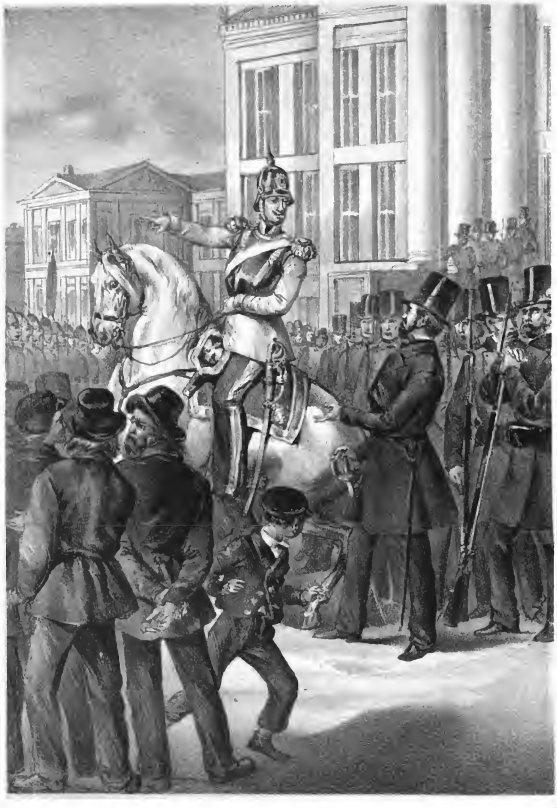
Dieses Ministerium, welches schon den Anstrich eines sogenannten starken hatte, schien jedoch noch zu einem geschickten Auswechslen und Kaotuliren berufen, und richtete darnach mit meisterhafter Gewandtheit sein erstes Auftreten ein.

Ueberdieß war es ein Ministerium der Geschäfte, die in eine große Verwierung gerathen waren, welches aber schon dieserwegen — und weil seine Zusammensetzung der Ebrzeiz der Partheihäupter in der Kammer täuschte, unter welchen Waldeck besonders mit Sicherheit auf eine Ministerstelle gerechnet haben mochte, einer unfreundlichen Aufnahme entgegen sehen mußte.

Das freisinnige Programm, womit Pfuel der Versammlung entgegen trat, ließ nichts zu wünschen übrig, aber in der National-Versammlung mußte er sogleich ein Schauspiel vor sich gehen sehen, welches ihm nur eine geringe Meinung von derselben beibringen konnte.

Es waren nämlich mehrere Anträge auf eine schleunige Berathung der Verfassung gestellt worden, was nach einer viermonatlichen Dauer der Sitzungen unmöglich befremden konnte; aber das Gewäsch, was dieserwegen vorgebracht und die vielen namentlichen

Volon generala Wrangla na Berlinčane.



Discorso del generale Wrangel a quelli di Berlino.

Wrangel tábornok megszolitását a Berliniekhez.

Warnende Ansprache des Generals Wrangel an die Berliner.

Abſtimmungen, die durchgeſetzt wurden, waren Eckel erregend.

Mittlerweile wurde auf den Straßen der Hauptſtadt ein erdichtetes Miniſter-Programm vertheilt, um das Volk zum Aufſtand zu bewegen, was nun die Urſache war, daß die National-Verſammlung den ſchleunigſten Abdruck des echten Miniſter Programms verfügte.

Nachdem der Läwruf des Abgeordneten Otto, der von einer Empörung von 50,000 Mann Soldaten mit Kanonen, und ebenſo Schrapneis, der ein wüſtes Geſchrei erhoben hatte, zum Schweigen gebracht war, trang Kirchmann auf den Miniſter ein, ſich über Weangels Heer-Befehl, die dienſtliche Wirkſamkeit deſſelben, und die Truppen-Zuſammenziehung um Berlin zu erklären.

Pfuel antwortete hierauf mit edler Freimüthigkeit, wies auf ſein Programm als die beſte Widerlegung der vorgebrachten Beſorgniſſe hin, und ſtellte mit Gewandtheit die Lage der Dinge in zufriedenſtellender Weiſe dar.

Mit einem zweiten Verſuch, den General Wrangel zur Rücknahme ſeines Heer-Befehls durch das Miniſterium zu veranlaſſen, ſcheiterte Waldeck, da bei der namentlichen Abſtimmung die Verhandlung dieſes Antrages von der Tages-Ordnung abgeworfen, und derſelbe hierauf zurückgezogen wurde.

Noch brachte der Abgeordnete Blöm den Antrag zur Sprache, daß die Verſammlung ihren Unwillen über die Ereigniſſe zu Frankfurt am Main (vom 18. September) ausſprechen, jede Störung der Beratungen der Reichsverſammlung — jede rohe Gewalt gegen dieſelbe tief beklagen, und die Regierung erſuchen möge, die Reichsgewalt zur Unterdrückung ſolcher Angriffe kräftig zu unterſtützen.

Dieſen Unwillen gab jedoch bei namenweiſer Abſtimmung nicht die erforderliche Anzahl Mitglieder zu erkennen, und ein Unter-Antrag von Tüshaus, der Regierung zugleich den Schutz der freien Beratung in der preußiſchen Landes-Verſammlung zu empfehlen, wurde mit Lachen beſeitigt, und ſo war zuletzt die ganze lange dauernde Sitzung wüdeslos und abgeſchmackt vorübergegangen.

So kam der 25. September heran, der allgemein von dem Volke, vielleicht auch von der Regierung als ein Tag großer Entſcheidung angeſehen wurde.

Auf einen Kampf war man von beiden Seiten gefaßt, ganz Berlin ſchien ſich zu demſelben vorbereitet zu haben, und an heimlichen Waffenrüſtungen hatte es von Seite des Volkes nicht gefehlt.

Hinter dem Miniſterium Pfuel, wie ſehr daſſelbe auch ſcheinbar Weangels Ausnahmsſtellung besavouiret oder verläugnet hatte, ſtand doch ſeine kompakt zuſammengehaltene Soldatenmacht in einer feſt vorbereiteten Organiſation.

Die Spannung war unglaublich, und eine ſchwere folgenreiche Begebenheit ſchien nicht mehr zu vermeiden zu ſeyn. Nichts weniger aber hatte man erwartet, als die Erklärung welche General Pfuel am Miniſtertiſch als ein miniſterielles Programm vorlas, mit dem lakoniſchen Bemerken, daß er dieſes dem kommandirenden Generalen als Armee-Befehl mitgetheilt habe, und worin der Befehl ausgedrückt wurde, »reaktionäre Tendenzen in der Armee nicht zu dulden, das gute Einvernehmen zwiſchen Civil und Militär nach Kräften zu befördern u. ſ. w.«

Noch mehr zu verwundern war es aber vielleicht, daß ſich die Linke mit dieſer Erklärung zufrieden zeigte, und die vollſtändige Befriedigung ihrer Forderungen darin als geſchehen erblickte.

Die Stellung des Miniſteriums zu der parlamentariſchen Oppoſition erſchien überhaupt von Tag zu Tag weniger ſchroff, und ging bald in eine Freundlichkeit des Nachtgebens und Vertrauens über, die zuweilen in Erſtaunen ſetzen konnte, und den eigentlichen Stand der Dinge oft ganz merkwürdig verdeckte.

Die Abſicht war jedenfalls, die öffentliche Bewegung durch geſchickte Manoeuvres abzuleiten und in Erwartung irgend eines Augenblicks, der von außen her den Ausſchlag geben konnte, und der ſich bald genug in der Eroberung von Wien durch den Fürſten Windiſchgrätz einſtellte, Friſt zu gewinnen.

Das Miniſterium Pfuel, welches der Abgeordnete Duncker demſelben ins Angeſicht, das »Miniſterium der bewaffneten Reaktion« nannte, wurde ſo nur ein Hinhaltungs-Miniſterium, das aber auch als ſolches ſtets einen etwas tärdielhaften Hintergrund behalten wird.

Dieſes Miniſterium publizirte nicht nur die Habeas-corpus Akte *), ſondern brachte auch noch kurz vor ſeinem Verſcheiden die königliche Sanktion des Jagdgeſetzes heraus, welches durch die gänzliche Verwerfung des Entſchädigungs-Prinzips bei der Aufhebung der Jagdrechte eine ſo ungeheure Senſation bei allen Beſitzenden und Bevorrechteten erregt hatte.

Die Kontre-Revolution in ihrem vollen Gange zu leiten, ſchien jedoch der General Pfuel ſelbſt nicht bedeutz genug, nachdem ſich dieſelbe dieſerwegen liebe einer nicht ganz von ihm abzuleugnenden Koketterie mit der Volksgunſt ergab, was er auch am 31. October dadurch beſtätigte, daß er in dieſer Sitzung der National-Verſammlung, wo eine Hilfeleiſtung für das belagerte Wien beſchloſſen werden ſollte, für den Roderturs'ſchen Antrag ſtimmte.

Es war dieſes zugleich jener denkwürdige Abend, an welchem die demokratiſche Volksbewegung von Berlin zum letzten Male mit ihren ſchon abgenützten Maſken und Figuren zu wirken ſuchte.

Am 26. September erneuerte der Abgeordnete Tüshaus ſeinen Antrag, die durch viele Vorgänge in jüngſter Zeit in Gefahr geſetzte Würde und Unverletzlichkeit der Verſammlung zu ſichern, fand aber wieder keine Stimmenmehrheit, denn die Linke ſchreete, die dabei nichts zu wagen hatte, dem Pöbel damit ſeine Vorrechte, ſchlug ſich aber dabei ſelbſt die empfindlichſte Wunde, da ſie den Machthabern das Recht in die Hände gab, über Unfreiheit der Berathungen zu klagen.

*) Nach dieſem Geſetz muß ein Verhaftleter binnen 24 Stunden verhört werden, und wenn er keines Haupt-Verbrechens beſchuldigt werden kann, ſo darf er nach jener Zeit ſeine Loslaſſung gegen einen Bürgen fordern.

Zwei Sachen, nämlich eine Bekanntmachung des Befehlhabenden Generals in Schlesien, Grafen Brandenburg, welche noch eindringlicher als Wrangels Sprache war, und die Unruhen an eben dieſen Tage in Köln, welches in Belagerungs-Zuſtand erklärt wurde, waren jetzt die nächſten Angriffspunkte gegen das Miniſterium.

Die erſte Antwort des Miniſteriums hierauf aber war; daß der Miniſter-Präſident der Verſammlung anzeigte, der König habe das Geſetz zum Schutz der perſönlichen Freiheit bereits beſtätigt und unterzeichnet, und ebenſo wurden auf die Empfehlung der National-Verſammlung hunderttauſend Thaler zur Unterſtützung der nothleidenden Weber in Schleſien bewilligt.

Der Belagerungszuſtand in Köln wurde ganz unerwartet wieder aufgehoben, jedoch der Beſchluß der Verſammlung wegen Abſchaffung der Todesſtrafe brachte die Miniſter in Verlegenheit, da der König die Beſtätigung deſſelben verweigerte.

Auch wegen der Bekanntmachung des Grafen von Brandenburg ſah ſich das Miniſterium ungeſtüm und in einer höchſt verletzenden Weiſe angegriffen, worauf der General Pfuel die Gründe zu dieſer Bekanntmachung ruhig auseinanderſetzte, ein ſachgetreues Bild von der Lage der Dinge in Schleſien beſonders in Breslau entwarf, und den Worten des Grafen Brandenburg eine Deutung unterlegte, welche ſie nicht als verfaſſungswidrig erſcheinen ließen.

Rodbertus machte hierauf den Antrag, die Verſammlung ſolle erklären, daß ſie von der Regierung die Ueberzeugung hege, dieſelbe werde zur Ausführung aller Beſchlüſſe der Reichsgewalt und der deutſchen Reichsverſammlung in den drohenden Verwicklungen der däniſchen Frage pflichtmäßig und kräftig beitragen, worauf der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten entgegnete, daß die Regierung mit der Reichsgewalt Hand in Hand gehe, und dieſer Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Hätte der Ungeſtüm der Verſammlung einen Mann, wie Pfuel es war, nicht von ſeinem Platze vertrieben, ſo ſtand zu erwarten, daß derſelbe auch den Weg gefunden haben würde, ohne dem Rechte der Krone etwas zu vergeben, und die deutſchen Angelegenheiten zu einem friedlichen Ausgange zu führen.

Der Abgeordnete Koſch machte die rügende Bemerkung, daß im Widerſpruche mit dem Geſetz, welches alle Beſchränkungen ſtaatsbürgerlicher Rechte, wegen Verſchiedenheit des Glaubensbekenntniſſes aufgehoben habe, den jüdiſchen Aerzten der Eintritt in militäriſche Stellen verweigert werde; aber der Miniſter-Präſident erwiederte ungeſäumt hierauf, daß er keinen Anſtand nehme, dem betreffenden Geſetze im ganzen Umfange des Herres Geltung zu verſchaffen; eine Aeußerung, welche mit einem allgemeinen Beifalle aufgenommen wurde.

In dieſe ſich günſtig geſtaltenden Verhältniſſe trug aber der Uebermuth der Garde du korps eine widerwärtige Störung hinein.

Die Ausſchweifungen, welche ſich dieſe Truppe am 1. October in Potsdam zu Schulden kommen ließ, ſtanden den Straßenſkandalen in Berlin würdig zur Seite, und fachten zugleich das Mißtrauen im Volke gegen die Militärgewalt vom Neuen aufs heftigſte an.

Der Abgeordnete Potrzypwincki erwähnte des noch fortdauernden Belagerungs-Zuſtandes in Poſen, worauf er aber von dem Miniſter-Präſidenten die Antwort erhielt, daß der Befehl zu deſſen Aufhebung bereits gegeben ſey; jedoch der Ausführung deſſelben widerſetzten ſich die Deutſchen in Poſen ſo lebhaft, daß einſtweilen davon wieder abgegangen werden mußte.

Mit einer ermüdenden Langweiligkeit war die Berathung über das Bürgerwehrgeſetz ausgeſponnen worden, und doch würde eine raſche Verabſchiedung deſſelben ſicher einen guten Theil der Aufregung verhindert haben, welche das Zerklauben des Geſetzes nicht blos in der Hauptſtadt, ſondern auch in vielen Theilen der Monarchie hervorbrachte.

Noch bevor daſſelbe beendet war, gab es zu einer äußerſt muthwilligen Straßenkomödie in Berlin Veranlaſſung, nachdem nämlich eine Auffertigung des Geſetzes einem Eſel zwiſchen die Ohren gebunden, und nach einem lärmenden Faſchingszuge durch die Stadt auf dem Platze vor dem Sitzungs-Saale der National-Verſammlung verbrannt wurde.

Die Verhandlung über einen von dem Abgeordneten Beduſch gemachten Antrag, die Regierung zum Erlaß einer allgemeinen Amneſtie aufzufordern, unterbrach der Miniſter Kisker durch die Erklärung, daß ſich die Räthe der Krone mit dieſem Gegenſtande bereits beſchäftigen, und dabei beſonders die Vorgänge in Poſen in Berückſichtigung haben; und bald erging auch die königliche Verfügung, wodurch für alle in der Provinz Poſen bis zum 1. Juli 1848 verübten politiſchen Vergehen, Straflosigkeit bewilligt wurde. Davon blieben jedoch Staatsbeamte, Offiziere, Geiſtliche und Lehrer ausgenommen, gegen welche im Uebertretungsfalle keine andere Strafe als Dienſtentlaſſung ausgeſprochen werden ſolle.

Auch zeigte der Miniſter-Präſident der Verſammlung ſchriftlich an, daß der Geſetz-Entwurf nach welchem alle ſchwebenden Verhandlungen über gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe bis zum Erlaß eines neuen, dieſelben regelnden Geſetze eingeſtellt werden ſollen, die königliche Beſtätigung erlangt habe.

Bevor noch über das Ganze des Bürgerwehrgeſetzes abgeſtimmt worden war, brachte der Abgeordnete Kirchmann einen Geſetzvorſchlag in drei Paragraphen ein, wodurch weſentliche Beſtimmungen deſſelben, um es mit der immer heftiger werdenden öffentlichen Meinung auszuführen, abgeändert werden ſollten.

Nach dieſem Antrage ſollte die — zur Erſetzung des Eides — angeordnete feierliche Verſicherung unterbleiben, die Bürgerwehr in dringenden Fällen zum Schutz von Perſonen und Eigenthum auch ohne Aufforderung der Behörden einſchreiten dürfen, und die vom Staate erhaltenen Waffen behalten.

Alle dieſe Anträge fanden Annahme, und wenn früher der Regierung der Vorwurf gemacht worden war, daß ſie jedes Geſetz durch nachfolgende Ausle-gungen unkenntlich gemacht habe, ſo ging hier die

Versammlung noch weiter, nachdem sie ein Gesetz, welches noch gar nicht angenommen war, schon änderte, hervor es zur Welt kam.

Endlich nach einer fast fünfmonatlichen Dauer der Sitzungen, kam die National-Versammlung zur Berathung der Verfassung, und das Land schöpfte Athem; aber die bisher gemachten Erfahrungen ließen befürgen, daß auch hier Mangel an ruhiger Klarheit und Staatsweisheit das Verfassungswerk unendlich lange hinziehen werden; denn schon der Titel des Königs »Von Gottes Gnaden« führte zu weitsichtigen, gelehrten Auseinandersetzungen, welche bis zu dem Parlament von Paris, im Jahre 829 unter Ludwig dem Frommen in die alte Zeit zurückgeleitet wurden.

Das Ergebniß der Sitzung bestand daher, wie weit man auch die Grenzen des konstitutionellen Beinzies son oben herab zu ziehen geneigt schien, in der Streichung der überall mißliebig gewordenen Worte »Von Gottes Gnaden.« in welchen eine Rechtfertigung der fürstlichen Willkür erblickt wurde; dann in der Beibehaltung des Titels »König von Preußen,« und nicht »König der Preußen!« wie anderseits beantragt worden war; wodurch sich der schneidendste Angriff auf die Person des Königs, und eine eigentliche Erschütterung des Thrones äußerte.

Die Vorgänge in Wien beachten in jenen Tagen eine gesteigerte Aufregung in Berlin hervor. Der General Wrangel sollte im Bilde verbrannt werden, und ebenso zerstörten die Arbeiter am Kanalbau eine werthvolle Maschine, die zum Ausschöpfen des Wassers verwendet zu werden bestimmt war.

Bei diesen Auftritten mußte die Bürgerwehr kräftig einschreiten, wobei Verwundungen vorkamen, jedoch der Tumult erneuerte sich wieder am folgenden Tage, wo sich das Volk auf den Gensdarmenmarkt drängte, um wegen der Abstimmung über das Bürgerwehrgesetz seinen Unwillen zu äußern, welcher Andrang nur mit Noth abgehal ten werden konnte.

Der Geburtstag des Königs ging ziemlich ruhig vorüber, aber die Antwort welche der Monarch den Abgeordneten der National-Versammlung, die ihn beglückwünschte, aus dem Stegreif ertheilt hatte, fiel ungemein auf.

Verletzt durch den Beschluß der National-Versammlung sagte der König unter sehr bedenklichen und beleidigungsschweren Wendungen: »Sie sollten Gott danken, wenn sie noch einen König von Gottes Gnaden hätten.«

Der Eindruck, den diese königliche Antwort in verschiedenen brüsenden Wendungen gegeben, in der Versammlung und in der Hauptstadt machte, war von höchst ungünstiger Art.

In dieser Stimmung wurde nun die Berathung darüber angefangen, ob die Verfassung als vereinbart, oder als von der National-Versammlung beschlossen, verkündigt werden sollte, womit allerdings ein wichtiger Grundsatz zur Feststellung kam; und es wurde endlich mit großer Stimmenmehrheit die Formel mit folgenden Worten angenommen: »Wir verkünden hiemit die von den Vertretern des Volkes durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung.«

Der 16. Oktober erlangte in den Jahrbüchern Berlins wieder eine traurige Berühmtheit durch einen Straßenkampf, wozu die Entlassung der Arbeiter, welche sich durch die, einige Tage früher gemachte Zerstörung der Schöpfmaschine selbst brotlos gemacht hatten, Veranlassung gab.

Die zur Unterdrückung des Aufruhrs herbeigerufene Bürgerwehr, wurde von den Arbeitern verhöhnt und auch mißhandelt, worauf sie von der Schußwaffe Gebrauch machte, wobei die Bürgerwehr zwei Mann, darunter ihren Hauptmann, die Arbeiter aber sieben Mann verloren, außer jenen 13 schwer verwundeten, welche auch dem Tode schon nahe waren.

Niemand kann bezweifeln, daß das Unrecht hier auf der Seite der Angreifenden war, und daß ihre feindselige Auflehnung und Gewaltthat Strafe verdiente. Die Leute kehrten aber das Verhältniß um, und stellten an die National-Versammlung das Verlangen um Untersuchung der Vorfälle und Bestrafung der Schuldigen, ebenso alle Beerdigung der Gefallenen auf Staatskosten, kostenfreie Herstellung der Verwundeten, und Versorgung der Hinterbliebenen, ja selbst der Taglohn für den Kampftag sollte den Arbeitern ausbezahlt werden.

Wenn nun solche Anträge nach solchen Vorgängen in der National-Versammlung zahlreiche Vertheidiger fanden, wenn viele Abgeordnete das Leichenbegängniß der gefallenen Aufeührer begleiteten, als geschehe es um Männer zu ehren, die ein Verdienst um das Vaterland anbrechen könnten, so mußten alle Rechtsbegriffe in den unteren Schichten der Gesellschaft verwirrt und jede Aussicht auf bürgerlichen Frieden zerstört werden.

Von da an maßte sich der Pöbel im weitesten Umfange das Recht an, den Volksvertretern die zu fassenden Beschlüsse vorzuschreiben, und diejenigen Abgeordneten, welche nicht nach seinem Willen stimmten, zu beschimpfen, zu mißhandeln, mit dem Tode zu bedrohen, so daß die schon längst gefährdete Freiheit der Berathung beinahe vollständig verschwand.

Der Abgeordnete Meusebach verlangte Anordnungen zum Schutz der Versammlung der ihr von der Bürgerwehr nicht ausreichend geleistet wurde, aber die Mitglieder der Linken, die im Besitze rothfadiger Karten, keine Gefahr zu dreegen hatten, widersetzten sich an diesem Tage wie immer diesem billigen Verlangen.

Damit forderte nun die heftige Partei die Regierung zum Kampfe heraus, während sich Graf Brandenburg bereits seit einigen Tagen mit dem Plan zum Einschreiten mit Gewalt am königlichen Hofe zu Berlin beschäftigt fand. Eben so zerrüß auch jetzt das Band zwischen Berlin und Frankfurt.

Gegen den Einspruch des Ministeriums und der deutschgesinnten Abgeordneten wurde der Beschluß durchgesetzt: »Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebieth.«

Damit war die Theilung Posens in einen deutſchen und polniſchen Theil, wofür ſich die preußiſche Regierung, der Bundestag und die Reichs-Verſammlung erklärt hatten, umgeſtoßen, und diejenigen Mitglieder der Verſammlung, welche dieſen bewirkten, haben kein Recht, dem ſpätern Kabinete die Nichtbeachtung der Frankfurter Beſchlüſſe zum Vorwurf zu machen, da ſie ſelbſt damit vorangegangen ſind.

Der Abgeordnete Temme ging ſogar noch weiter, und brachte einen, die Befugniſſe der Reichsgewalt beſchränkenden Antrag ein, den der Abgeordnete Reichensperger den verwegendſten Verſuch des Rückſchritts nannte, dem jedoch die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde.

Die Stellung des General Pfuel wurde jetzt unhaltbar, denn in der Verſammlung bekam er keine Stimmenmehrheit, und bei Hofe hatte er ſich dadurch, daß er der National Verſammlung fortwährend nachgab, und den König zur Beſtätigung der gefaßten Beſchlüſſe drängte, unbeliebt gemacht.

So von beiden Seiten aufgegeben, ſuchte er um ſeine Entlaſſung an, welchem Beiſpiele auch die übrigen Miniſter folgten, da das heraufziehende Gewitter dicht über den Horizont angerückt kam.

Um die herrſchende Verwirrung noch zu vermehren, that ſich der Kongreß der deutſchen Demokraten in Berlin auf, der zwar ſchwach an Mitgliedern, und noch ſchwächer an Geldmitteln war, da ſeine Kaſſe, woraus die Koſten zum Umſturz Deutſchlands hätten beſtritten werden ſollen, kaum aus fünf Thalern beſtand.

Indeſſen ſteigerte aber dieſer Kongreß dennoch durch ſein dreiſtes Verkündigen der Republik, und die verlangte Unterſtützung der bedrängten Stadt Wien die Unruhe in der Hauptſtadt beträchtlich.

Je größeren Anhang die Linke in der Verſammlung fand, um ſo ſchwieriger wurde die Stellung des Vorſitzenden Grabow, eines Mannes von gemäßigter Geſinnung, der ſich von dem Strudel, in welchen das Haus kam, nicht mit fortreißen laſſen wollte und daher um einen vierwöchentlichen Urlaub anſuchte, für deſſen Dauer der Abgeordnete Unruh zum Vorſitzenden gewählt wurde.

Nun wurde in einer Sitzung ein dringenderer Antrag mit dem Begehren angemeldet, das Miniſterium aufzufordern, zum Schutz der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote ſtehenden Mittel und Kräfte ſchleunigſt aufzubiethen; die Verſammlung verweigerte aber in die Berathung dieſer Angelegenheit noch an demſelben Tage einzugehen, und ſuhe in der Berathung der preußiſchen Grundrechte fort, worauf dann die Beſtimmungen »Alle Preußen ſind vor dem Geſetze gleich; es gibt weder Standes-Unterſchiede noch Standes-Vorrechte; der Adel iſt abgeſchafft; Orden und Titel, die mit keinem Amte verbunden ſind, dürfen nicht mehr ertheilt werden — eine Mehrheit für ſich erhielten.

Inzwiſchen gährete es in der Hauptſtadt gewaltig fort. Der demokratiſche Kongreß hatte am 29. Oktober eine Volksverſammlung vor dem Brandenburger-Thore gehalten, in welcher der Student Silberſtein aus Wien, die Hilfe des preußiſchen Volkes in Anſpruch nahm. Brauſewetter aus Königsberg warf die Bedrängniſſe der Hauptſtadt Wiens den Fürſten vor, und hoffte nur Rettung von der Einführung einer Republick. Ja Bracklow, der Freiſchaaren-Anführer aus Schleswig-Holſtein äußerte: ſo wenig die Erde zum Himmel werden könne, ſo wenig können Fürſten es jemals redlich mit den Völkern meinen.

Dieſe kurzen Andeutungen werden hinreichen, um den Geiſt zu bezeichnen, welcher in dieſer Verſammlung herrſchte, und der auf Arnold Ruge's Antrag in einer großartigen Kundgebung der National-Verſammlung ausgeſprochen werden ſollte.

Die Polizei verhaftete inzwiſchen während der Nacht mehrere der heftigſten Redner, während die andern ſich flüchteten; aber die Aufregung blieb, und Drohungen gegen diejenigen Abgeordneten, welche ſich dem Volkswillen widerſetzen würden, wurden laut ausgeſprochen.

Unter ſolch bedenklichen Umſtänden wurde die Abendſitzung am 31. Oktober eröffnet. Volksſchaaren mit Fackeln hatten die Thüren des Schauſpielhauſes umlagert, in deſſen Saal die National-Verſammlung ſeit einigen Wochen ihre Sitzungen verlegt hatte.

Die Volksmaſſen welche hier operirten, waren indeſſen von ſo geringer Energie beſeelt, daß ein nur halbwegs ernſthafter Widerſtand ſie mit Leichtigkeit hätte auseinander treiben können.

Das Vernageln der Thüren, um die Abgeordneten nur nach einer günſtigen Abſtimmung für Wien wieder herauslaſſen, war mehr eine Spielerei muthwilliger Subjecte, als daß ſie wirklich von Bedeutung hätte ausfallen können; auch fand dieſer Muthwille nicht an den Haupteingängen zum Sitzungs-Saale Statt.

Ebenſo übertrieben war auch die Erzählung von den Stricken, welche an dieſem Abend das Volk vorgezeigt haben ſoll, um die Abgeordneten der rechten Seite daran aufzuknüpfen, wenn der Beſchluß nicht nach dem Willen der Volksmaſſe zu Stande kömmt.

In jener Art, wie dieſer Vorfall dann ſpäter ausgebeutet wurde fand es keineswegs Statt, und diejenigen, welche als Augenzeugen dabei geweſen ſind, haben vielfach verſichert, daß ein ſolch gemeiner Witz allerdings von einigen Leuten im Volke gemacht worden ſey, daß aber an eine ernſthafte und wirklich auszuführende Volksbewegung dieſer Art Niemand gedacht hatte.

Ueberhaupt zeigte ſich die Volksbewegung an jenem Abend ſchon ſehr abgeſchwächt; und konnte daher mit Recht nicht den Grund zu den ſpäter über Berlin verhängten Maßregeln hergeben.

Die Geſtalten der Berliner-Straßenbewegung hatten bereits ihre eigentliche Grellheit und Abenteuerlichkeit durch ſich ſelbſt zu verlieren angefangen, und nur Waſſermann, der um dieſe Zeit als Reichs-Kommiſſär in beſonderer Beziehung zu den Berliner-Zuſtänden nach Berlin kam, konnte wegen einer ängſtlichen kleinſtädtiſchen Natur noch auf den Berliner-Straßen Geſpenſter geſehen haben, die aber nicht mehr exiſtirten.

Zu dem Gegenstande übergehend, welcher die Versammlung am 31. October in der Abendsitzung beschäftigen sollte, wurden zuerst mehrere Verbesserungs-Anträge angemeldet, worauf der Abgeordnete Waldeck den Haupt-Antrag auf Unterstützung der Wiener-Revolution begründete, was aber nach langen und hitzigen Verhandlungen abgelehnt, dagegen jedoch der Verbesserungs-Antrag des Abgeordneten Reder-tuh mit Stimmenmehrheit angenommen wurde: »die Regierung aufzufordern, bei der Reichsgewalt schleunige und thatkräftige Schritte zu machen, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und das bedrohte Daseyn des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen, und der Friede hergestellt werde.

Diese Entschließung war unstreitig auch die vernünftigste, welche die National-Versammlung, die sich, nachdem, wie schon gesagt, die Thüren zum Schauspielhause vom Volke vernagelt worden waren, also förmlich belagert befand, fassen konnte, und sie bewies zugleich, daß sich die Mehrheit von der Gefahr der Lage, die ihr durch einen Volksaufstand bevorstand, nicht beherrschen ließ.

Der Zweck der demokratischen Partei war also nach diesem Vorgange erreichet, welche die Absicht hatte, einen Volksaufruhr und sonach die Anrufung der Republik zu bewerkstelligen.

In dieser, mit der Entschließung der Versammlung unzufriedenen Stimmung, wollten die Volksmassen die Abgeordneten aus dem Sitzungs-Saale nicht heraus lassen; und als zum Schutze der Abgeordneten die Bürgerwehre anrückte, wurde diese nur verhöhnt und gespottet; ja mehrere aus dem Volke eilten sogar der Mannschafe die Gewehre aus der Hand, was zur Folge hatte, daß ein Bajonete-Angriff auf das ungestüme Volk gemacht werden mußte; und so war man erst bis um Mitternacht im Stande, den Platz vor dem Schauspielhause, und die nächsten Straßen von dem zusammen gerotteten Pöbel zu reinigen.

Den greisen Krieger Pfuel, der als Minister-Präsident der Sitzung beiwohnte, mußten an diesem Abende des 31. Octobers die Abgeordneten Jung und Stramm in ihre Mitte nehmen, um ihn sicher nach Hause zu bringen.

Der Minister des Innern, Eichmann richtete mit Beziehung auf diese Vorgänge am folgenden Tage die Aufforderung an die Behörden, in jenen Fällen, wo die Bürgerwehre zur Erhaltung der Ordnung nicht ausreiche, die Hilfe der Kriegsmacht in Anspruch zu nehmen, was aber durch die Lage der Dinge seitwehl in der National-Versammlung, als auch von der demokratischen Partei heftig widersprochen wurde.

General Pfuel außer Stande die Versammlung zu leiten, und dennoch zu einem Staatsstreiche abgeneigt, zeigte zugleich dem Vorsitzenden Unruh seine, dem König bereits eingereichte Entlassung schriftlich an, und der General-Lieutenant Graf von Brandenburg benachrichtigte denselben, daß er zum Vorsitz in den Ministerrath und zum Kriegs-Minister ernannt, ihm auch die Bildung eines neuen Kabinets aufgetragen worden sey, daher er der Versammlung kund gebe, ihre Sitzungen einstweilen zu vertagen.

Da aber die Versammlung sehr gut einsah, daß ihr die Krone damit den Fehdehandschuh hingeworfen habe, und darin das erste Zeichen zur Konter-Revolution gegeben sey, so beschloß sie ihre Sitzungen nicht einzustellen; zu der Abgeordnete Waldeck trutete sogar darauf hin, daß man sie bald permanent werde machen müssen.

Ueber die Maßregeln zur Sicherheit der Versammlung waren die Meinungen ungemein getheilt, jedoch nahm sie den Antrag an, daß ihr Vorsitzender in dringenden Fällen ermächtigt seyn soll, von den Befehlshabern der Bürgerwehr Schutz verlangen zu dürfen.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, einen Ausschuß von mehreren Mitgliedern zu ernennen, welche eine Adresse an den König entwerfen, um darin die bedrohliche Lage des Landes vorzustellen.

Die Adresse sollte dem Monarchen durch eine Abordnung mit den Vorsitzenden an der Spitze persönlich überreicht werden.

Um 5 Uhr Abents wurde die Adresse vorgelegt, in welcher ein Ministerium Brandenburg, welches nie die Mehrheit der Versammlung, noch das Vertrauen des Landes gewinnen würde, als unheilvoll bezeichnet, und mit Hinweisung auf die Vorgänge in Wien, der König gebeten wurde, sich mit volksthümlichen Räthen zu umgeben.

Diese Adresse wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und es wurde auch gleichzeitig beschlossen, die Sitzung nicht früher aufzuheben, als bis die nach Potsdam abgegangene Deputation wieder zurückgekommen seyn würde.

Da jedoch gegen 10 Uhr die telegraphische Nachricht anlangte, daß der König ohne Besitzen eines verantwortlichen Ministers die Deputation nicht empfangen wolle, die Minister aber erklärten erst am folgenden Morgen sich nach Potsdam begeben zu können, so wurde, nach vielen vergeblichen Reden, die Sitzung bis zum 3. November früh 9 Uhr vertagt.

Die Deputation, an deren Spitze sich der Präsident Unruh befand, begab sich nun am Nachmittag des 2. Novembers zum König nach Sanssouci, wo sie erst nach vielen Schwierigkeiten den Zutritt erhielt, nachdem der König früher von dem Ministerium auf telegraphischen Wege gebeten ward, die Deputation der Volksvertreter zu empfangen.

Der Präsident der National-Versammlung las die Adresse vor, welche der König stillschweigend anhörte, sich aber dann bei der Stelle, wo auf den Wiederausbruch einer Revolution hingedeutet ward, der Deputation den Rücken kehrte, in welcher Haltung er bis zum Schlusse der Adresse blieb.

Hierauf nahm er dem Präsidenten Unruh das Papier aus der Hand, faltete es sehr hastig zusammen, und wollte sich mit einer kurzen Verbeugung, ohne ein einziges Wort zu sprechen in sein Kabinet entfernen. In diesem Augenblicke rief ihm aber der Abgeordnete Jakobi, ein Jude, mit vollendeter Taktlosigkeit zu, »Wir sind nicht hieher gekommen, um Euer Majestät eine Adresse zu übergeben, sondern

auch Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu ertheilen. Gestatten Euer Majestät uns Gehör!« Der König wandte sich jetzt bei diesen Worten nachmals um und sagte hastig: »Nein!« und entfernte sich durch die Thüre; aber Jakobi konnte es nicht über sich bringen zu schweigen, und rief »Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!«

Dieses Verfahren des Abgeordneten Jakobi's erfuhr am nächsten Tage in der National-Versammlung lebhaften Tadel, dem er in der Meinung aller verständigen Männer überhaupt nicht entgangen ist. Gegen 4 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen und der inzwischen eingelaufene abschlägige Bescheid des Königs vorgelesen.

Die dadurch sehr aufgeregte Versammlung vertagte sich jetzt bis zum 4. November Vormittags, wo die Sitzung für geschlossen erklärt und eine neue eröffnet, dem Antrage Waldeck's aber einen Ausschuß zur Erörterung der bedenklichen Lage des Landes, und zum Vorschlage der Mittel, wie demselben innerhalb der Berechtigung der National-Versammlung abzuhelfen sey, nach einer langen Verhandlung die Zustimmung versagt wurde.

Am 6. November fand die Wiederaufnahme der abermals vertagten Sitzung Statt, worin die königliche Bestätigung über frühere Beschlüsse wegen der Ruhegehalte der Militär-Invaliden und eine Gesetzvorlage, die einstweilige Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien eingingen, und vom Ausschuß für Petitschriften Bericht erstattet wurde.

Von eben so wenig Stoff zu einer anziehenden Erwähnung waren die Sitzungen vom 7. und 8. November; um so wichtiger aber war die folgende Sitzung, wo zwei königliche Botschaften, die Ernennung der neuen Minister, — die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg, und die Vertagung derselben bis zum 27. November zum Vortrag kamen.

Die bestimmte Ernennung des Ministeriums Brandenburg war indessen schon am 8. November durch den Staats-Anzeiger bekannt gemacht worden, und sogleich bemerkte man auch in der Stadt auffallende Truppen Bewegungen und militärische Vorbereitungen von verschiedener Art.

An die Soldaten waren außerordentliche Vorräthe von Munition ausgetheilt worden, auch hatte man die Kasernen mit Lebensmitteln aller Art versehen. Unter dem Volke herrschte bei diesen Vorkehrungen eine entschlossene und ernstdafte Stimmung, und so wurde die Sitzung der National-Versammlung vom 9. November der entscheidende Knotenpunkt dieser neuen Bewegung.

Die Unruhe war so groß in der Stadt geworden, ja es verbreiteten sich so dunkle und ängstigende Gerede verschiedener Art überall herum, daß der Präsident der National-Versammlung die Bürgerwehr zum Schutz der Versammlung aufgefordert hatte, welche sich jetzt in zahlreichen Massen schon in der Frühe des 9. Novembers vor dem Schauspielhause aufstellte.

Gegen 10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung, bei welcher am Ministertische der Graf Brandenburg, von Landenberg, von Manteuffel und dann Strotha als Mitglieder des neuen Kabinets gegenwärtig waren.

Eine unbeschreibliche Stille herrschte in der Versammlung und auf den von Menschen überfüllten Tribunen. An das Bureau der National-Versammlung war, wie schon gesagt, eine königliche Botschaft eingegangen, welche man jetzt bekannt machte, und worin mit Hinweisung auf die anarchischen Vorgänge in Berlin, und besonders auf die Ereignisse des 31. Octobers der Sitz der Versammlung nach Brandenburg verlegt, und bis zum Beginn der dortigen Sitzungen vom 27. November ab, die National-Versammlung vertagt wird.

Als Grund dazu wurde besonders angeführt, daß die Versammlung in Berlin sich in einem Zustande fortgesetzter Unfreiheit befunden habe, und daß die Abgeordneten durch verbrecherische Volksbewegungen eingeschüchtert worden sind.

Graf Brandenburg erhob sich jetzt von seinem Sitze, und forderte mit militärisch kurzen Worten die Versammlung auf, ihre Berathungen abzubrechen, nachdem er jede Fortsetzung derselben in Berlin für ungesetzlich erklärt.

Hierauf entstand ein gewaltiger Tumult, aber der Präsident Aster die Ruhe wieder her, jedoch die mehrfachen Anstrengungen des Minister-Präsidenten Brandenburg, das Wort zu nehmen, blieben erfolglos. Der Präsident Unruh weigerte sich jetzt unumwunden, die Versammlung zu schließen, allein Brandenburg widersprach allen diesen gemachten Erklärungen auf Grund der königlichen Botschaft und untersagte jede Fortsetzung der Verhandlungen im Namen der Krone.

Hierauf entfernten sich die Minister, und mit diesen verließ auch der größte Theil der rechten Seite, ungeachtet des Rufes »Hier bleiben!« den Saal. Von den Tribunen aber herab hörte man in dem Augenblick, als die Minister sich entfernten, ein lobendes Geschrei »Verhaften! Verhaften!«

Der Fall einer Verlegung und Vertagung war in der preußischen Gesetzgebung nicht vorgesehen, der Gebrauch in andern freien Staaten auf eine verfassungsmäßige Versammlung nicht zu beziehen, und dieser Schritt daher jedenfalls ein Staatsstreich, den die Krone nur durch die Gefahr ihrer Lage rechtfertigen konnte.

Die zurückgebliebenen Mitglieder der Versammlung beschlossen mit großer Stimmenmehrheit ihre Berathungen fortzusetzen, und der Abgeordnete Gierecke entwickelte hier die Lage der Dinge in angemessener Weise.

Bevor auf Grund der Unfreiheit der Berathungen die Verlegung der National-Versammlung ausgesprochen worden könne, müßten alle gesetzlichen Mittel erschöpft seyn, die persönliche Sicherheit der Abgeordneten zu schützen, was nicht geschehen; so wenig er die Souveränität allein dem Volke zugestehe, eben so wenig wolle er des Volkes Rechte verletzen; die eigenmächtige Verlegung sey aber nicht die Handlung

eines verfaſſungsmäßigen Königs, ſondern die eines unbedingten Heerſchers.

Sein Antrag: die Berathungen in Berlin fortzuſetzen, der Krone das Recht nicht einzuräumen, die Verſammlung nicht zu vertagen, zu vertagen oder aufzulöſen, und die Beamten welche der Krone ſolche Rathſchläge ertheilt haben, nicht für fähig zur Verwaltung der Geſchäfte zu halten, da ſie ſich ſchwerer Pflicht-Verletzung gegen die Krone, das Land und die Verſammlung ſchuldig gemacht hatten, wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und auch die Drucklegung dieſes Beſchluſſes ſo wie der königlichen Botſchaft zur Mittheilung an das Land beſchloſſen.

Daß der Schritt der Regierung eine furchtbare Aufregung in der Hauptſtadt erzeugte, bedarf kaum der Erwähnung, aber das Schickſal von Wien ſchreckte von einem gewaltſamen Ausbruch zurück.

Man entſchloß ſich daher zu einem leidenden Widerſtande, der, im Falle er von einem ganzen Volke folgerichtig durchgeführt wird, allerdings jede Regierung lähmen muß, wenn er gleich nicht raſche Erfolge verſpricht.

Am 10. November Mittags erfolgte zugleich der Einzug der Truppen in die Stadt durch verſchiedene Thore, namentlich durch das Hallſche, das Potsdamer und Brandenburger-Thor.

Dieſer Einzug ging ohne allen Widerſtand von Seiten des Volks von ſtatten, welches unter den Linden ein Spalier gebildet hatte, durch welches es die Soldaten mit ihren Geſchützen ſtill und lautlos an ſich vorüberziehen ließ.

Die zuſchauenden Volksmaſſen waren allerdings nur gering; denn die ſonſt bekannten Führer und Volksſtrecker der Straßen-Bewegung zeigten ſich plötzlich wie verſchwunden, und wurden ſeitdem auch nie wieder auf dem Platze geſehen.

Das Berliner-Volk hatte jedoch in dieſem Augenblick eine andere Wendung angenommen, durch die es ſeine beginnende Niederlage auf eine höchſt heroiſche und den Ehrenpunkt zudeckende Weiſe ſich zu drapperen ſuchte. Dieſes war die Wendung von dem paſſiven Widerſtand, den man Anfangs durch die Kraft der Geſinnung und der innern ſittlichen Erbebung zu leiſten beabſichtigte.

Dieſer Gedanke war allerdings durch die materielle Uebergewalt von 20,000 Mann Soldaten, die ſich plötzlich in den Beſitz der Stadt geſetzt hatten hinlänglich motivirt, und eine Vertheidigung der Stadt würde jedenfalls nur zu einem nutzloſen und der Volksſache ganz und gar verderblichen Untergang geführt haben.

Dem Stolz des Volks war aber nach dem Einrücken des Militärs nichts weiter übrig geblieben, als ſich jene Wendung vorzuſpiegeln, die ſie indeſſen freilich nur auf einige Tage vorhalten konnte und dann einer allgemeinen Erſchlaffung wich. In den geheimen Feldlagern und Werkſtätten der Demokratie herrſchte nicht weniger Rathloſigkeit und Beſtürzung.

Man meinte hier jedoch, daß ſich vielleicht noch der günſtige Augenblick werde finden laſſen, um loszuſchlagen, und für dieſen Fall wurden allerhand Schlachtpläne und Entwürfe gemacht.

Die Berliner-Demokratie hatte aber überhaupt eine große Portion Selbſtvertrauen verloren, was nicht nur dem Falle Wiens, ſondern auch dem ſo kläglich abgelaufenen Demokraten-Kongreß beizumeſſen war, der im October in Berlin Statt gefunden, und die innere Schwäche, Haltungs und Mittelloſigkeit der demokratiſchen Partheit nur zu ſehr offenbart hatte.

Ein Theil des am Mittag eingerückten Militärs hatte ſich nach dem Schauſpielhauſe begeben, in welchem die National-Verſammlung ihre, am Vormittag abgebrochene Sitzung fortſetzte

Die Truppen rückten von mehreren Seiten an, und beſetzten in bedeutender Anzahl die Plätze, welche das Haus umgaben. Im innern Raum ſtand die Bürgerwehr, welche zum Schutz und als Ehrenwache der Verſammlung ſeit dem frühen Morgen das Schauſpielhaus beſetzt hielt, und erklärt hatte, daß ſie ihren Poſten nicht verlaſſen werde.

Den Zwiſchenräumen zwiſchen der Bürgerwehr und den Truppen füllten einzelne Volksmaſſen aus, welche ihr Abwicklung dieſer ſo überraſchend gekommenen Dinge ruhig zuſahen.

Der General Wrangel ſelbſt befand ſich an der Spitze dieſer Truppen, deren Beſtimmung offenbar dahin ging, den Kamof, welchen die Berliner ſelbſt nicht angenommen hatten, auf den entſcheidenden Punkt hinzuleiten, auf dem es ſich um die Exiſtenz und fernere Berechtigung der National-Verſammlung handelte.

Der Kommandant der Bürgerwehre, Rimpler, übernahm die Rolle des Parlamentairs zwiſchen beiden Partheien, und näherte ſich zu dieſem Zwecke dem General Wrangel, wobei ſich auf dem offenen Platze zwiſchen Beiden folgende bemerkenswerthe Unterredung ergab. Rimpler fragte nämlich: »Er wünſche zu erfahren, warum die Aufſtellung einer ſo bedeutenden Truppenmacht hier geſchehen ſey,« worauf ihm Wangel antwortete: »Ich wünſche nichts ſehnlicher als meine Truppen bald in die Quartiere führen zu können. Rimpler gab hier zur Antwort: »Dem ſcheint mir gar nichts im Wege zu ſtehen« Nun fragte Wrangel: »Wozu iſt denn die Bürgerwehre hier? worauf Rimpler antwortete: »Zum Schutz der National-Verſammlung.« Hierauf erwiederte Wrangel: »Und auch ich will die National-Verſammlung ſchützen.« Rimpler fragte jetzt. »Wie lange gedenkt denn der Herr General mit ſeinen Truppen hier am Schauſpielhauſe zu verbleiben? was Wrangel mit den Worten beantwortete: »Meine Truppen ſind gewohnt zu bivouakiren; ſie werden hier ſtehen bleiben, und wenn die Verſammlung acht Tage lang beiſammenbleiben ſollte.«

Dieſes Geſpräch war den im Innern des Hauſes verſammelten Abgeordneten mitgetheilt worden, worauf der Präſident von Unruh dem Kommandanten der Bürgerwehr die ſchriftliche Erklärung übergab, daß die National-Verſammlung keinen andern Schutz wolle, als den der Bürgerwehre, nämlich alſo keinen militäriſchen Schutz.

Auf diese, an dem General Wrangel gelangte Erklärung antwortete derselbe endlich mit den Worten: »daß die Truppen unter keinen Umständen zurückgezogen würden, übrigens sey es jenen Herren, die noch im Schauspielhause versammelt sind, gestattet, heraus aber nicht wieder hineinzugehen; eine National Versammlung kenne er nicht, da sie seit geftern durch die Krone aufgehoben worden sey; Ebenso wenig kenne er einen Präsidenten der National-Versammlung, mit dem er sich in eine Unterhandlung einlassen könne.« Hierauf schloß jetzt der Präsident die Sitzung, unter der Erklärung, daß die Versammlung nur der gegen sie angewandten militäriſchen Macht weiche, und so verließen in einem geordneten Zuge die Abgeordneten das Gebäude.

Die Bürgerwehr hatte eine Spalier gebildet, zwischen welchen sie unter dem lauten Begrüßungen des Volks und dem donnernden Ruf: »Es lebe die National-Versammlung« sich nach ihren Wohnorten begab.

Nun versuchte die National-Versammlung, obwohl sie durch den zunehmenden Austritt von Mitgliedern der Rechten sehr geschwächt war, und jetzt spottweise von der ministeriellen Parthei der Klubb »Unruhe« genannt wurde, in verschiedenen Lokalen der Stadt ihre Sitzungen fortzuführen. Sie ging in ihrer heimatlichen Wanderung von dem Hôtel de Ruffie nach dem Schützenhaus; und aus dem Schützenhause würde in den Saal der Stadt-Verordneten, dann von dort in die Königstädtische Halle und den Saal von Mielenz; — aber überall wurde auf gleiche Weise der Schluß der Sitzungen, oft noch bevor dieselben eröffnungsmäßig angefangen hatten, durch das Eindringen des Militärs in den Saal, herbeigeführt.

Der Vize-Präsident Plönnies, eine derbe westfälische Natur, erklärte bei einer solchen Gelegenheit, daß er sich nicht freiwillig aus dem Saal begeben werde, worauf ihn zwei Soldaten auf ihre Arme hoben und zur Thüre hinaustrugen.

Diese zu mancherlei spaßhaften Auftritten führenden Hin- und Herzüge durch welche die National-Versammlung in ausweichender Stellung das Feld zu behaupten suchte, schadete ihr aber offenbar in ihrem Ansehen beim Volke und schwächten jedenfalls dessen thatkräftigen Antheil ab; obwohl diese flüchtigen Bilder Anfangs wärmere Theilnahme erregt, als sie jemals im Besitze ihrer Volksgewalt genossen hatten; und so gab das Volk ungerne seinen Arm der Verfolgung der beharrlichen Männer.

Aber die Versammlung zögerte, einen entschiedenden Entschluß zu fassen, und verzettelte dadurch ihre ganze Angelegenheit, während es sich um eine Krisis handelte, die in dem rechten Augenblick ergriffen, zu einer neuen Revolution hätte getrieben werden können

So kam es also jetzt, daß in dem Augenblick wo die Versammlung zu ihrem äußersten Mittel schreiten zu müssen glaubte, nämlich zur Verweigerung der Steuern an das Ministerium Brandenburg, das Volk hinter der Versammlung fehlte, und aus dem Beschluß eine That zu machen verstummte.

Dieses zeigte sich schon an dem Abend selbst, nämlich am 15 November, wo in der Sitzung im Saale Mielenz diese Steuerverweigerung berathen und dekretirt wurde. Es fehlte hier gänzlich aller Hintergrund eines mitwirkenden und thätigen Volkes; und als die Abgeordneten beim Schluß dieser Sitzung ebenfalls durch Militärgewalt aus dem Saale vertrieben wurden, und auf die Straße hinaustraten, fanden sie dort statt der jubelnden und ihnen zujauchzenden Volksmasse, nur wenig umstehende Leute, und selbst unter diesen eine lautlose Stille. Die Arbeiter, welche man vor dem Sitzungs-Saale erwartet hatte, waren ausgeblieben, und man konnte also deutlich erkennen, wie sehr die Versammlung durch ihr binbalendes unsicheres Benehmen, selbst aus der Bewegung herausgefallen war, und wie sie damit die Zuneigung der Volksmassen geschwächt, und das Vertrauen derselben verloren hatte.

Aber selbst auch, wenn das Berliner Volk wirklich für die National-Versammlung noch auf irgend eine Art hätte in die Schranken treten wollen, so machten es jetzt die von der Regierung bereits getroffenen Maßregeln unmöglich.

Der von der National-Versammlung unvorsichtig losgeschossene Pfeil prallte leider gegen die eigene Brust zurück, denn die Verweigerung der Steuern hätte die Auflösung des ganzen Staates zur Folge gehabt, und um diesen Preis mochte wohl der umsichtsvolle Theil der Nation eine Versammlung nicht unterstützen, welche ihre Unsähigkeit, die wahre Lage der Dinge zu begreifen, durch diesen Beschluß auf's Neue und unwidersprechlich dargelegt hatte.

Umsonst bemühte sich daher die besiegte Parthei, das Volk durch diese Lockung für sich zu gewinnen, ja solche Bestrebungen scheiterten fast durchgehends, und ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung trat ein, welche den noch wenig übrig gebliebenen Mitgliedern des Parlaments bald alle Theilnahme entzog.

Verweigern kann man überdieß nur dasjenige, zu dessen Bewilligung man aufgefordert wird, was aber nicht in Betreff der laufenden Steuern der Fall, war; und diese wurden auch nicht nur blos fort entrichtet, sondern, um den Widerspruch gegen diesen ungeeigneten Beschluß der Versammlung klar darzulegen, in wurden solche an mehreren Orten sogar vorausbezahlt: und ebenso verstummten auch die Stimmen und Einwendungen gegen die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg.

Nachdem das Kommando der Bürgerwehre die offizielle Erklärung abgegeben hatte, daß es gegen die fortgesetzte Versammlung nicht einschreiten werde, sondern sich vielmehr gesetzlich verpflichtet halte, dieselbe zu schützen, so wurde am 11. November die Auflösung der Bürgergarde verordnet.

Die Entwaffnung, die auf eine, das Ehrgefühl und den Männerstolz keineswegs schonende Weise ausgeführt wurde, ging zwar zögernd, aber fast überall glücklich und ohne Widersetzlichkeit von statten; worauf

dann am 12. November Abends 6 Uhr Berlin in Belagerungs-Zuſtand verſetzt wurde.

Der General Wrangel erließ zugleich eine Ausführungs-Verordnung, die zwar das politiſche Klubb- und Vereinsweſen verbot, die Preſſe unter Aufſicht ſtellte, aber im ganzen mild und ſchonend abgefaßt war.

Ganz Berlin nahm jetzt den Anſchein eines militäriſchen Lagers an, denn die öffentlichen und königlichen Gebäude, ſo wie auch das Schloß ſelbſt, in welchem Wrangel ſeine Reſidenz aufſchlug, wurden in Kaſernen verwandelt, ja ſelbſt in dem Schauſpielhauſe, wo die National-Verſammlung ihre Sitzungen gehalten hatte, waren Soldaten untergebracht worden, welche in Ermanglung einer anderen Beſchäftigung, oder mehr zum Zeitvertreibe auf den Bänken der Volks-Vertreter die parlamentariſchen Verhandlungen ſcherzweiſe nachſpöttelten.

Die Regierung verſuchte in Brandenburg gewiſſermaßen eine Fortſetzung der Vereinbarungs-Verſammlung zu Stande zu bringen, woran aber am allerwenigſten den Miniſtern gelegen ſeyn konnte.

Im Dome zu Brandenburg, der zu dieſen Sitzungen beregelrichtet worden iſt; hatten ſich auch wirklich an dem vorgeſchriebenen 27. November das Häuflein der »treu gebliebenen Rechten« eingefunden, und auch die Miniſter hatten dieſen Ausflug mitgemacht.

Man verlebte dort einige ländlich unſchuldige Tage, in der Erwartung, ob die Verſammlung nicht doch noch beſchlußfähig werden möchte.

Man hoffte immer noch, daß die in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder, ihrer Unthätigkeit müde, ſich ebenfalls nach Brandenburg begeben, und die dort harrende kleine Schaar wieder beſchlußfähig machen würden.

Dazu zeigte ſich überraſchend genug auch bald einige Ausſicht, nachdem die Berliner-Verſammlung welche am Steuerverweigerungs-Abend noch 226 Mitglieder gezählt hatte, aber ſeit dieſer Zeit auch in der Gefahr ſtand ſich immer mehr und mehr zu zerſtreuen, wirklich ſich entſchloſſen hatte, auf den Weg nach Brandenburg zu machen.

Jedoch die Hauptführer derſelben hielten ſich noch zurück, nachdem man früher eine tapfere Schaar von ungefähr Achtzig Abgeordneten vorausgeſchickt hatte, welche in den Brandenburger-Dom mit einem Triumphatoreneinſchritt einzogen.

Leider brachten aber dieſe Männer allen frühern Groll gegen die Regierung, alle Unverſöhnlichkeit gegen die von ihren Beratungen ſeit dem 9. November weggebliebenen Amtsgenoſſen mit, wodurch jede Verſtändigung, ſo wie jede fernere gedeihliche Wirkſamkeit, unmöglich wurde.

Gegenſeitige Anſchuldigungen, gegenſeitige Anſprachen an das Land, und das Beſtreben, keinen mit geſetzlicher Mehrheit gefaßten Beſchluß zu Stande kommen zu laſſen, arbeiteten der Regierung in die Hände, um ihre Gründe zur Rechtfertigung eines zweiten Staatsſtreiches zu bieten, der vielleicht auch längſt ſchon vorbereitet war, und daher nicht lange auf ſich warten ließ.

Die achttägige Geſchichte der National-Verſammlung in Brandenburg iſt zu kläglich, um ſie einer genauen Darſtellung werth zu achten, und endete damit, daß am 5. Dezember die Auflöſung derſelben vom König ausgeſprochen wurde.

Das Miniſterium Brandenburg hat dieſen günſtigen Augenblick entſchieden zu benützen verſtanden, und es wurde mit dieſer Oktroyirung zugleich die längſt beabſichtigte Oktroyirung einer Verfaſſung aus eigener Machtvollkommenheit dem Lande verliehen, welche, da ſie den Entwurf der National-Verſammlung und die Frankfurter-Beſchlüſſe berückſichtigte, Abänderungen, welche die künftige Reichs-Verfaſſung nothwendig machen ſollte, vorbehielt, und den nächſten Kammeren das Recht der Durchſicht einräumte, vom Volke, daß ſich nach Ruhe und feſten Formen oder Geſetzen ſehnte, beifällig aufgenommen wurde.

Uebrigens, was bloße Macht gewährt, kann freilich auch die Macht wieder entziehen; allein über dieſes wichtige Bedenken ſchlüpfte das Volk leichtgläubig hinweg, und wurde, ohne ſpätere Mißgriffe, die von Seite der Regierung geſchahen, ſelbſt bei dem mit offener Verfaſſungs-Verletzung dem Lande auferlegten Wahlgeſetz, derſelben ſeine aufrichtige Mitwirkung nicht entzogen haben.

So war nun die Berliner-Bewegung vom Jahre 1848 mit der von dem König aus eigener Machtvollkommenheit am 5. Dezember dem Lande ertheilten Verfaſſung zu Ende, und zwar zu einem ſolchen Ende gekommen, das dem Anfang in ſeinen entſcheidenden Augenblicken gleich kam; denn wie ein Militärkonflikt den Ausgangspunkt aller Ereigniſſe gebildet hatte, ſo wurde die Quelle der Volksbewegung auch wieder durch die alte Gewalt des preußiſchen Heeres verſtopft.

Die am 26. Februar 1849 eröffneten Kammern hatten dem Miniſterium Anfangs ihre Unterſtützung zukommen laſſen, und gingen über die einfeitige Auflöſung der preußiſchen National-Verſammlung und alles daraus folgenden Regierungs-Verhandlungen ohne Rüge hinweg. Sie erkannten in den Aberſten auf die Thronrede die Rechtsgiltigkeit der Verfaſſung vom 5. Dezember 1848 an, und zeigten ſich bereit, auf dieſem Grunde zur Neugeſtaltung des Staats mitzuwirken.

War auch die miniſterielle Mehrheit in dieſer Kammer nicht groß, ſo ſchloß doch ſelbſt das Streben der Linken die Möglichkeit einer Verſtändigung nicht aus, und die Heftigkeit welche dieſe Seite des Hauſes, noch gereizt von den Vorgängen in den beiden letzten Monaten des Jahres 1848, in die Verhandlungen hineintrug, würde ſich gelegt haben, wenn die Regierung im Bereich mit der Mehrheit auf dem verfaſſungsmäßigen Wege treu und entſchloſſen fortgeſchritten wäre. Allein, wie in allen deutſchen Einzelſtaaten, war auch in Preußen der Zwieſpalt zwiſchen der Regierung und den Kammern von der glücklichen Löſung der Bundesfrage abhängig, und in dieſem Punkte trennten ſich die Meinungen.

Das Erscheinen der Frankfurter-Abordnung mit dem Angebot der Kaiserkrone bildete den Wendepunkt.

Die erste Kammer einigte sich am 2. April zu dem Beschlusse, dem Könige in einer Adresse die Annahme der Reichs-Verfassung zu empfehlen, während die zweite Kammer zu gar keinem Beschluß in der Sache kam, bis am 21. April der vom Robbertus gestellte Antrag, die Rechtsgiltigkeit der Reichs-Verfassung anzuerkennen, Annahme fand.

Am 26. April sprach sich die Kammer für die Aufhebung des Belagerungs-Zustands in Berlin aus, was ihre Auflösung am folgenden Tage, und die Vertagung der ersten Kammer zur Folge hatte.

Unstreitig hatten die Kammern nach dem Ausweis der zahlreich eingelaufenen Ansprachen, und der in Berlin erschienenen Abordnungen, bei ihren Beschlüssen die öffentliche Stimme für sich gehabt, und als diese zum Schweigen gebracht worden war, als die Regierung durch ihre Erklärung vom 28. April der Paulskirche und ihren Schöpfungen entschieden den Rücken kehrte, brach das Mißvergnügen auf verschiedenen Punkten der Monarchie in gefahrdrohender Weise aus.

Straßen-Unruhen in Berlin selbst folgten der Kammer-Auflösung auf dem Fuße, und bei dem Einschreiten der Truppen verloren mehrere Menschen das Leben.

Eine noch schlimmere Wendung nahmen die Dinge in Breslau, wo am 5. Mai eine Bewegung losbrach, die sich in den beiden folgenden Tagen steigerte, und erst nach einem heftigen Straßenkampf in der Nacht vom 7. zum 8. Mai blutig niedergeworfen wurde.

Da sonst überall in den alten Provinzen die Ruhe erhalten wurde, konnte die Regierung ohne eigene Gefahr Truppen nach Dresden zur Bewältigung des dortigen Aufstandes abschicken, und sie war auch dazu genöthigt, weil der Sieg in Dresden nicht ohne entscheidende Rückwirkung auf Berlin geblieben seyn würde; wie es denn auch in dem westlichen Theile der Monarchie sehr bewegt aussah.

Gewerindetage in Köln am 8. in Münster am 9. Mai, faßten äußerst entschiedene Beschlüsse, allein noch drohender war der Geist in der Landwehr, welche sich am 6. Mai in Elberfeld, am 7. Mai in Krefeld und Neuß, am 8. Mai in Dortmund und Warendorf widersetzte, ja am 10. Mai wurde sogar unter der Anführung des vormaligen Lieutenants Anneke ein Versuch gegen das Zeughaus von Siegburg unternommen, wobei sich der Professor Kinkel mit einigen Studenten aus Bonn angeschlossen hatte.

Zu einem ernsthaften Straßenkampfe kam es zuerst am 8. Mai, in Düsseldorf, wo Wehrmänner und Arbeiter den Abmarsch von Truppen nach Elberfeld verhindern wollten, und durch Schüsse zurückgetrieben, Barrikaden in der Stadt errichteten, welche aber die Truppen im Laufe der Nacht erstürmten.

Auch in anderen Orten, so wie z. B. in Essen, Remscheid, Solingen zeigte sich ein unruhiger Geist, und Zuzug wurde von dort nach Elberfeld geschickt, wo sich ein Vertheidigungs-Ausschuß bildete, eine Gewaltherrschaft einführte, und den gewesenen Ingenieur-Hauptmann Mirbach am 14. Mai die Leitung des Aufstandes übertrug.

Da eine allgemeine Erhebung des Landes unterblieb, gewaltige Truppenmassen sich zur Bekämpfung von Elberfeld zusammen zogen, und überdieß eine nach Berlin abgeschickte Deputation beruhigende Zusicherungen über die Absichten der Regierung in Betreff der deutschen Verfassungssache heimbrachte, so verlor der Aufstand allen Inhalt, und Mirbach verstand sich schon am 15. Mai zum freiwilligen Abzug mit seiner Freischaar gegen eine Geld-Entschädigung.

Von den abziehenden Freischärlern kam ein Theil nach Baden, ein anderer, wobei sich Mirbach selbst befand, wurde gesprengt, und der Führer gefangen genommen, Elberfeld aber von Truppen ohne Widerstand besetzt.

Einen blutigeren Ausgang fand der Aufstand in Iserlohn, wohin aus vielen Orten der Grafschaft Mark, Streiter für die Reichs-Verfassung gekommen waren, und bei 5000 Mann mit den Waffen in der Hand zählten.

Drei Regimenter rückten am Morgen des 17. Mai zum Sturm gegen die Stadt, die sie bereits um 11 Uhr Vormittags bewältigten, den Sieg jedoch durch nutzlose und schändliche Grausamkeit befleckten, da sie sogar wehrlose Frauen nicht verschonten.

In demselben Tage ereignete sich jenseits des Rheins zu Prüm an der Eifel ein Vorfall, der unglückliche Früchte getragen hat. Nämlich bei zweihundert Freischärler aus Trier, Bitburg, Wittlich und Bernkastel griffen dort dortige Zeugbaus an, deren Vertheidigung auf eine feige Weise aufgegeben wurde. Die Ublanen aus Schönecken kamen zu spät, um die Sache zu verhüten, nahmen aber einen Theil der geraubten Waffen den Abziehenden wieder ab, und machten mehrere Gefangene, von welchen drei in Folge des kriegsräthlichen Ausspruchs, am 14. October zu Saarlouis erschossen wurden.

Domit endeten nun die Bewegungen in Preußen für die Reichs-Verfassung, denn ein am 29. Mai zu Königsberg gehaltener Städtetag ließ es blos bei einer Meinungsäußerung bewenden.

Unstreitig trug der Aufruf des Königs an sein Volk vom 15. Mai, worin er eine, den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Regelung der Bundes-Angelegenheiten verspach, viel zur Beruhigung der Gemüther bei, obwohl sich das königliche Wort nicht in dem vom Volke erwarteten Sinne bewahrheitete.

Der Entwurf der neuen Reichs-Verfassung vom 28. Mai, ließ die Herzen des Volkes kalt, und ganz besonders konnten die unteren Stände kein Vertrauen zu den Absichten der Regierung fassen, da das zum zweiten Mal dem Lande eigenmächtig aufgelegte Wahlgesetz vom 30. Mai das allgemeine Stimmrecht aufhob, und die Theilnahme an der Gesetzgebung überwiegend in die Hände der höher besteuerten Volksklassen legte.

Die Demokratie ward durch dieses Gesetz empfindlich getroffen; sie berief eine Versammlung nach Köthen, wo am 11. Juni bei dreihundert Männer zusammen kamen, und den Beschluß faßten, eine Verwahrung gegen die Vornahme der Wahlen auf Grund dieses Gesetzes zu veröffentlichen, die Zahl der erschienenen Wähler zu ermitteln, — bekannt zu machen, und sich über weitere Maßregeln in einer zweiten Zusammenkunft am 1. August zu verständigen.

Eine ähnliche Zusammenkunft fand für die Mark am 17. Juni zu Frankfurt an der Oder Statt, wie überhaupt in allen Provinzen die demokratische Partei auf denselben Zweck hinarbeitete.

Sie war so gut eingeschult, daß sie wirklich den Erfolg hatte, die Theilnahme an den Wahlen ungemein zu schwächen, so daß die zweite Kammer überall aus Minderheits-Wahlen hervorgegangen ist, deren Beschlüssen die Demokratie im Voraus jede rechtliche Geltung absprach.

Die Staatsdiener schreckte die Regierung durch zwei königliche Verordnungen, wovon erstere die richterlichen, die zweite alle übrigen Beamten betraffe, und der Regierung wichtige Befugnisse bei Strafung von Dienstvergehen in Betreff der unfreiwilligen Versetzung und Entlassung einräumt.

Der Beamtenstand kam dadurch in eine Abhängigkeit, wie sie bis dahin in Preußen unbekannt war. Je mehr aber derselbe vom Volke abgelöst und zu einem willenlosen Werkzeuge der Staatsgewalt gemacht wurde, desto mehr büßte er die Achtung und das Vertrauen des Landes ein.

Der Belagerungszustand von Berlin wurde am 28. Juli aufgehoben, bevor noch die Kammern zusammentraten.

Die Sitzungen wurden am 7. August durch den vom König dazu beauftragten Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg eröffnet.

Das Ministerium fand in den Kammern dasjenige bereitwillige Entgegenkommen worauf es gerechnet hatte, und zunächst die Billigung seiner Politik in den deutschen Angelegenheiten.

Die bei weitem wichtigste Aufgabe war die Durchsicht und Umgestaltung der Verfassung vom 5. Dezember 1848.

Dieses Gesetz war eine freiwillige Gabe der Krone, fand aber in den Ministern und ihren Anhängern selbst seine entschiedensten Gegner.

Daß bei allen dem das Ministerium durch die Kammern noch mehr zu erlangen hoffte, als es selbst zu nehmen wagte, gab der Minister des Innern nicht undeutlich zu verstehen, als er in der Sitzung der zweiten Kammer am 22. August die einstweilen erlassenen Verordnungen über den Belagerungs-Zustand vom 10. Mai, über das Versammlungsrecht, das Preßgesetz und Gesetz zur Bestrafung der Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam vorlegte, und dabei bemerkte, daß sie eine Linie eingehalten hätten, welche das geringste Maß der Beschränkung umschriebe; es werde jedoch zu etwägen seyn, ob es nicht zu gering sey, besonders bei dem Vereinsgesetz.

Die Kammer hat diesen Wink verstanden und die Linie anders gezogen.

Das Bürgerwehrgesetz wurde bereits am 13. August außer Kraft gesetzt; aus der Verfassung die Beeidigung des Heeres auf dieselbe ausgemerzt; das Steuerverweigerungsrecht preisgegeben und dem Ministerium jedes verlangte Zugeständniß gemacht.

Man glaubte nach diesen Aufopferungen bei Ablauf des Jahres an der Grenze des Möglichen angekommen zu seyn, und erwartete, daß das Ministerium für einige, zwischen den Kammern streitig gebliebene Punkte eine billige Ausgleichung vorschlagen werde.

Statt diesen erhob aber die Krone am 7. Jänner 1850 neue Forderungen, deren jede einen Schlag gegen die berathene Verfassung führte.

Die wichtigsten Forderungen betrafen die Bildung der ersten Kammer, die Bestellung eines Staatsgerichtshofes zur Aburtheilung politischer Verbrechen, und das den Gerichtshöfen entzogene Recht, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu prüfen.

Trotz des gewaltigen Zuschreiens in beiden Kammern, fügten sie sich endlich dennoch in den königlichen Willen, und nur eine Folgewidrigkeit war es, wenn die Beibehaltung der Fideikommisse und die Errichtung neuer Fideikommisse abgelehnt wurde, nachdem eine erbliche erste Kammer zugestanden worden war.

Die so umgestaltete Verfassung erhielt am 31. Jänner 1850 die königliche Bestätigung und wurde vom Könige, den Ministern und den Mitgliedern beider Kammern am 6. Februar feierlich beschworen.

Zum Bau der Ostbahn und einiger anderer Eisenbahnen, bewilligten die Kammern einen Kredit von 21 Millionen Thaler, so wie noch kurz vor ihrem am 26. Februar erfolgten Schluß, achtzehn Millionen Thaler zu allenfällig nöthig werdenden Kriegsrüstungen.

Die sonst noch mit den Kammern berathenen wichtigeren Gesetze waren folgende, nämlich: — Das Gesetz die Bestrafung der Vergehen gegen die Telegraphen-Anstalten betreffend.

Die Genehmigung der Kammern zu der Verordnung wegen Errichtung von Gewerbsräthen und verschiedenen Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung.

Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, dann die Stellung unter polizeiliche Aufsicht betreffend.

Die Genehmigung der Kammern zu der Verordnung über die einstweilige Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien.

Das Gesetz, die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und die Bildung einer Staatsschulden-Kommission betreffend; — dann das Gesetz wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen.

Das Gesetz wegen Bewilligung einer Zinsenbürgschaft für die Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Krefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahnen.

Das Gesetz wodurch die bestehenden Gesetze über die Gemeinheitstheilung ergänzt und abgeändert werden.

Das Gesetz über das Vereinswesen; dann die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Aufläufen angerichteten Schadens.

Das Gesetz über die Gemeinde Ordnung, ferner die Kreis-Bezirks- und Provinzial-Ordnung; über die Polizei-Verwaltung und endlich über den Staatshaushalt für die Jahre 1849 und 1850.

Die Einnahmen des Jahres 1850 wurden auf ungefähr 91 Millionen Thaler, die gewöhnlichen Ausgaben auf 90 Millionen Thaler, und die außerordentlichen Ausgaben auf 5 Millionen Thaler festgesetzt, wodurch sich der Steuerbetrag in Preußen auf sechs Thaler, also fast die doppelte Höhe gegen früher gestiegen war.

Im Ganzen waren es 42 Gesetze, welche zwischen den Kammern und der Regierung zu Stande gebracht worden sind, unter welchen noch das Ablösungs-Gesetz und die Errichtung von Rentenbanken eine wichtige Seellung einnimmt.

Einen besonders ungünstigen Eindruck machte aber die Gemeinde-Ordnung in den Städten, wo man seit vierzig Jahren an eine Selbstregierung und freie Bewegung gewohnt war.

Die von der Regierung vorgeschlagene Einkommensteuer war von der ersten Kammer abgelehnt worden, und wenn beide Kammern diese Anforderung zurückwiesen, den Schluß ihrer Berathungen durch ein Zwangsgesetz gegen die Presse zu krönen, — so war doch durch den berechtigten Oktroyirungs-Paragraph 63, welcher der Regierung das Recht zu jeder Gewaltmaßregel zugestellt, dafür gesorgt, daß dem Volke ohne Schwierigkeit auch dieses Recht entzogen werden konnte, wie es auch geschehen ist; und so kam das Preß- und Vereinsrecht in Preußen in eine schlimmere Lage, als dieses vor den Märztagen des Jahres 1848 der Fall war.

Am Tage nach dem Schlusse der Kammern, trat der Kriegs-Minister General Stro th a aus dem Kabinet, und wurde durch den General-Lieutenant Stockhausen ersetzt.

Gleichzeitig erschien auch eine königliche Verordnung, nämlich die Neuwahl für die aufgelöste erste Kammer betreffend.

Nach Erledigung der innern Angelegenheiten des preußischen Staates, folgen jetzt die Bestrebungen welche der äußern Vergrößerung der preußischen Macht galten, und jedenfalls von da an deutlich hervortreten, wo das Dreikönigs-Bündniß durch den Rücktritt von Sachsen und Hannover von den Verhandlungen des Verwaltungsraths thatsächlich gelöst, und die Absicht Preußens aller entgegengesetzten Versicherungen ungeachtet, nicht mehr auf die Herstellung des engeren Bundes gerichtet war.

Die Erklärungen der Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen gaben dem Verwaltungsrath in seiner Sitzung zu einer gemeinschaftlichen Gegenerklärung die Veranlassung, der von Hannover in einer Denkschrift, und eben so von Sachsen der Nachweis völliger Unhaltbarkeit entgegengesetzt wurde.

Der preußische Bevollmächtigte gab in der Sitzung vom 17. November eine Auslassung als Beantwortung dieser Denkschriften zu Protokoll, worin gesagt wird, daß der engere Bund nicht als die letzte Entwicklung, wohl aber als der thatsächliche Anfang einer nothwendigen Neugestaltung der deutschen Staats-Verhältnisse zu betrachten sey.

Der deutsche Bund vom Jahre 1815 bestehe zwar in seinen Gliedern, Zwecken, gegenseitigen Rechten und Pflichten fort, seine Organisation sey aber durch die Thatsachen des Jahres 1848 vernichtet worden, und müsse durch eine bessere Einrichtung ersetzt werden. Diese liege in dem Berliner-Entwurfe vor, welcher sofort entgültig werde, sobald die Volks-Vertretung ihre Zustimmung dazu ertheilt habe.

In dieser Sitzung beschloß auch der Verwaltungsrath, die Wahlen zu den Vereinstag am 31. Jänner 1850 vornehmen zu lassen, und das Parlament nach Erfurt zu berufen; jedoch war bei diesem Beschlusse Streitig nicht betheiligt.

Oesterreich bekämpfte diesen Satz, welchen Bodelschwingh bereits am 17. October ausgesprochen hatte, so wie die daraus abzuleitenden Folgerungen in einer Einsprache vom 12. November, welche Preußen am 21. November beantwortete, worauf Oesterreich am 28. November feierlich seinen Widerspruch mit einer Schärfe erneuerte, die nur durch den mündlichen Vortrag des Freiherrn von Prokesch-Osten einige Milderung erfuhr.

Den österreichischen Auslassungen schloß sich Baiern an, worauf aber Preußen wieder antwortete; jedoch diese Staatsschriften alle führten zu keiner Annäherung und so blieb der Streitpunkt unerledigt.

Oesterreich behauptete die fortwährende Gültigkeit des Bundesrechtes und erkannte nur die Nothwendigkeit an, die Verfassung den Bedürfnissen der Zeit entsprechend umzugestalten, wobei ihm selbstverständlich die durch die europäischen Verträge gewährleistete Beständigkeit des Bundes, sammt der durch die Wiener Kongreß-Akte selbst anerkannten Unauflösbarkeit der Bundes-Versammlung, die Uebertragung ihrer Rechte auf den Reichs-Verweser, und von diesem auf die provisorische Central-Gewalt als unverbrüchliche Stützpunkte dienten.

Preußen dagegen konnte zwar das Fortbestehen des Bundes nicht in Abrede stellen, wollte aber die ununterbrochene Fortdauer der Bundesgewalt nicht zugeben, und bestand darauf, daß die Bundesglieder ohne Rücksicht auf das bestandene Recht, eine neue Form der Einigung suchen könnten, wie es auch die Berechtigung einzelner Regierungen, sich ohne Verletzung der allgemeinen Bundespflichten näher aneinander zu schließen, aus dem Artikel XI. der Bundesakte folgert, ohne den Widerspruch inne zu werden, daß aus einer erloschenen Urkunde keine Rechte abgeleitet werden können.

In der wichtigen Sitzung vom 13. Februar 1850 des Verwaltungsrathes, wurde die Zusatzakte zu dem Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai 1849 besprochen, und es erfolgte auch ihre schlußliche Annahme am 26. Februar 1850.

Diese Zusatz-Akte gab dem Bündniß den beschränkenen Namen eines Vereins, und entsagte dem Recht

der Kriegführung gegen Glieder des deutschen Bundes. Uebrigens wurde die Berufung des Vereinstages auf den 20. März festgesetzt, um dieser Versammlung die Verfassung, Zusätze und Wahlgesetz zur Vereinbarung vorzulegen. Zugleich sollte auch die sofortige Einsetzung einer Vereins-Regierung beantragt, und dieser die Bestimmung der sogleich in Vollzug zu setzenden Verfassungs-Artikel überlassen werden.

Aus dem Verwaltungsstrath trat Bodelschwingh aus, und der General-Lieutenant von Radowitz wurde mit dem Vorsitz in demselben beauftragt, den er jedoch erst bei der Schlußsitzung am 9. März übernahm.

Hannover hatte bereits am 27. Februar seinen endgiltigen Rücktritt erklärt, wofür es den Grund aus den am 13. Februar gefaßten Beschlüssen des Verwaltungsrathes herleitete.

In der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 3. März, wurde hierauf der Beschluß gefaßt, dieserwegen Klage vor dem Bundes-Schiedsgerichte zu erheben, und auch Preußen rief am 6. März seinen Gesandten aus Hannoover zurück.

Zur Leitung der Verhandlungen an dem Vereinstage wurden von dem Verwaltungsrath, der General-Lieutenant von Radowitz, der sächsische Staats-Minister von Carlowitz, der nassauische Präsident Vollpracht, der großherzoglich hessische Geheimrath Lepel und der braunschweigische Legationsrath Dr. Liebe bevollmächtigt.

Die erwartete Anziehungskraft, welche das Erfurter-Parlament auszuüben bestimmt war, hat es aber nicht geäußert, denn die Theilnahmslosigkeit an den Wahlen zum Volkshause war in allen Vereinsländern so groß, daß die von kleinen Minderheiten gewählten Abgeordneten sich selbst nicht als die Vertreter des Landes ansehen konnten.

Männer aus dem Volke waren gar nicht ernannt worden, doch hatte die gothaische Parthei bei der kleinen Anzahl der Wähler ohne besonderer Mühe ein bedeutendes Uebergewicht erlangt, welches die Entscheidung aller Fragen in ihre Hand legte.

Die beiden andern Bruchtheile der Versammlung: die Groß-Deutschen, welche einen allgemeinen deutschen Bund mit Oesterreich wollten, und die starren Anhänger des alten Preußenthums, welche überhaupt nichts von einem deutschen Bunde wissen wollten, befanden sich nicht nur im Volks- sondern auch im Staatenhause in einer auffallenden Minderzahl.

Die Eröffnung des Parlaments in Erfurt am 20. März, wurde nirgends als ein bedeutungsvolles Ereignis betrachtet, doch machte die Rede, durch welche Radowitz am 26. März im Volkshause sich über die Politik der Regierungen in den deutschen Angelegenheiten aussprach, ein gewaltiges Aufsehen. Ja er hat nie besser gesprochen; nur durfte man den Prachtbau seiner Perioden nicht zergliedern, wenn man das Verlorene zur Sache festhalten wollte.

Es war eine Rede voll Anmaßung und Treulosigkeit; ja er ging so weit, es Preußen als Großmuth anzurechnen, daß es nicht im ungarischen Kriege gegen Oesterreich Parthei genommen habe; ja man kann sagen, es ist nie ein offeneres Geständniß politischer Gesinnungslosigkeit gemacht worden.

Von den ursprünglichen Absichten Preußens war übrigens bereits so viel aufgegeben worden, daß Allen der Eintritt in das brennende Haus nichts anlockendes mehr bot.

Die bisherigen Verfechter der Sache verschlossen zwar absichtlich die Augen von dieser Anschauung, aber auch ihre Erwartungen stimmten sich herab, als schon am nächsten Tage derselbe Mann, an dessen Worten sie sich aufgerichtet hatten, im Verfassungs-Ausschusse des Volkshauses von den Gefahren sprach, die den Bund bedrohten, von den Abfallsgelüsten mehrerer Regierungen und von der Nothwendigkeit, die Grundrechte bei Seite zu lassen, und vor der Annahme der Verfassung das Werk ihrer Umgestaltung zu vollziehen.

Der Muth erlosch aber gänzlich, als nach dem Osterfest von Radowitz im Ausschusse des Volkshauses, und von Karlowitz in dem des Staatenhauses die Erklärung abgaben, daß der Verein auf das Recht des Krieges gänzlich verzichten müsse, da alle europäischen Großmächte dieser neuen Staatenbildung widersprächen, und auf Herstellung der Verträge vom Jahre 1815 drängen.

Die Entrüstung der Mehrheit, und das Geschrei in allen Blättern der Parthei war jetzt so groß, daß es selbst in Berlin einen Widerhall fand, und die Auslassungen der beiden Bevollmächtigten als Mißverständniß bezeichnet wurden, was sich jedoch leichter behaupten als nachweisen ließ.

Die Ausschüsse der beiden Häuser verwarfen zum Schein das Verlangen, die Abänderung der Verfassung der Annahme derselben im Ganzen vorausgehen zu lassen, allein sie bewirkten ohne Schwierigkeit die Umschmelzung der Grundrechte nach dem preußischen Muster, und ebenso die Umgestaltung der Verfassung nach Maßgabe der ihnen kundgegebenen Absichten des Verwaltungsrathes.

Parow der Berichterstatter im Verfassungs-Ausschusse des Staatenhauses, hatte den Vorschlag gemacht, den Regierungen die beschlossene Verfassung nebst allen dazu beschlossenen Abänderungs-Vorschlägen auf einem Blatte, und so vorzulegen, daß bei denjenigen Abänderungen, welchen sie ihre Zustimmung nicht geben, die Bestimmungen des ursprünglichen Verfassungs-Entwurfs wieder Platz greifen sollten.

Mit dieser Ansicht befreundete man sich auch im Ausschusse des Volkshauses, wo Camphausen den Bericht gefertigt, aber keiner der gestellten Vorschläge eine Mehrheit bekommen hatte.

Nach diesem erfolgte die sogenannte Blecknahme im Volkshause am 13. April und im Staatenhause am 17. April, worauf beide Häuser Hand an das Werk der bereits beschlossenen Umgestaltung von Verfassung und Wahlgesetz legten.

Das Volkshaus kam damit am 18., das Staatenhaus am 20. April zu Ende, und sechs Punkte, in welchen die Beschlüsse beider Häuser von einander abwichen, wurden am 23 und 24. April erledigt, womit sich auch das Staatenhaus einverstanden erklärte.

Ebenso kamen auch übereinstimmende Beschlüsse wegen Bildung des Reichsgerichts und des Verfahrens vor demselben zu Stande, jedoch eine Vorlage, die Bestrafung des Hochverraths gegen das Reich betreffend, wurde zurückgezogen.

Da nun somit Alles erledigt war, worüber das Parlament zu beschliessen gehabt hatte, so wurden die Sitzungen desselben am 29. April geschlossen, ohne daß eine Erklärung der Regierungen über die Billigung der gefaßten Beschlüsse erfolgte.

Auch waren diese selbst noch keineswegs darüber einverstanden, ja im Gegentheile hatte die Berufung zu der Versammlung der sämmtlichen Bundesfürsten in Frankfurt, welche von Oesterreich ausgegangen war, neue Spaltungen hervorgebracht.

Für beide Länder Hessen wurde durch die Münchner-Ausstellungen ein Platz in Frankfurt offen gehalten, der ihnen zugegeben erschien, als derjenige, welchen sie im Berliner-Bündniß einnahmen; Mecklenburg-Strelitz hatte seine Abneigung gegen den Vertrag vom 26. Mai 1849 bereits an den Tag gelegt. Dem Großherzoge von Oldenburg stand bei seinem, ohne ständische Zustimmung erfolgten Beitritt die Stimme von den Landtagen entgegen, und um nicht in die traurige Nothwendigkeit versetzt zu werden, auch den dritten auflösen zu müssen, hatte er sich verbindlich gemacht, die in Erfurt gefaßten Beschlüsse und die Anordnung der Vereins-Regierung so lange nicht in Kraft treten zu lassen, bis Hannovers seinen Beitritt verfagte.

Die Hansestädte endlich hatten ihre Handels-Interessen unter dem gleichen Vorbehalt durch Verwahrungen sicher gestellt.

Der König von Sachsen schlug indessen jede Einladung aus; und eben so wenig erschien der Großherzog von Hessen, und der Herzog von Nassau.

Die Versammlung der Vereinsfürsten und der Vertreter der Hansestädte, welche am 9. Mai eine Vorberathung hielt, und am folgenden Tage feierlichst eröffnet wurde, blieb mithin lückenhaft, und die gehofften Erwartungen wurden nicht erfüllt.

Der Großherzog von Oldenburg und der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha kamen mit den aufrichtigen Willen nach Berlin, die Angelegenheiten des Vereins zum Abschluß zu bringen. Der Kurfürst von Hessen schien dessen völlige Auflösung herbeiführen zu wollen, und die Theilnahme der übrigen Reichsfürsten war lau.

Zwischen den Fürsten fanden bloße Besprechungen Statt, welche nicht einmal zu einer Niederschrift, oder schriftlichen Verhandlung führten.

In die gleichzeitigen Berathungen der verantwortlichen Minister und Bevollmächtigten, brachte das baysche Auftreten des Vertreters von Kurhessen, am 10. Mai eine Störung, welche erst durch ein Schreiben des Königs an den Kurfürsten beseitigt werden konnte.

Die Erfurter Parlaments-Beschlüsse wurden von den Vertretern der Hansestädte nur unter erneuerten Verwahrungen angenommen.

Baden, Kurhessen, beide Mecklenburg und Schaumburg-Lippe behielten sich ihre Zustimmung vor, Hessen-Darmstadt verhielt sich ganz schweigend, die übrigen Regierungen erklärten ihren Beitritt, und Baden, Mecklenburg-Schwerin und Schaumburg-Lippe gaben schon am 11. Mai ihre zustimmenden Erklärungen ab.

Die Bildung einer vorläufigen Vereins-Regierung wurde am 13. Mai wieder mit Ausnahme von beiden Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe beschlossen, und der Vereins-Vorstand mit den verfassungsmäßigen Vollmachten bekleidet.

Nassau und die Hansestädte behielten sich die Bestätigung ihrer Regierung vor.

In Betreff der Militärgewalt, wünschten Brandenburg, Bernburg und Waldeck dem Vorstand ausgedehntere, die übrigen Regierungen eingeschränktere Rechte einzuräumen.

Die von Preußen vorgeschlagene Bildung von Kurien im Fürsten-Kollegium und die Vertheilung der Stimmen in demselben wurde gebilligt, nach welchem Preußen eine, das Königreich Sachsen eine halbe, die Thüringischen Staaten eine halbe, Hannover eine halbe, Braunschweig, beide Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte eine halbe, Baden eine halbe, Kurhessen, Waldeck und beide Lippe eine halbe, und das Großherzogthum Hessen mit Nassau eine halbe Stimme erhalten.

Daß diese Vertheilung, welche auf das Festhalten aller Staaten am Verein berechnet war, sich als unausführbar erweisen mußte, war vorauszusehen.

Dem Vereins-Vorstand wurde die Bildung eines Ministeriums vorbehalten. Die Erweiterung des Bundes-Schiedsgerichts zu einem Schiedsgericht des Vereins begegnete keinem Widerspruche. Die Dauer dieses Provisoriums wurde in der Sitzung am 14. Mai bis zum 15. Juli 1850 beschränkt; über das darüber hinausliegende fand ein übereinstimmender Beschluß Statt.

In Betreff der Stellung zu der Bundes-Versammlung in Frankfurt, einigte man sich über dessen Beschickung, ohne eine Verpflichtung dazu anzuerkennen, und mit Ausnahme der oben bemerkten in der Minderheit gebliebenen Staaten für den Erlaß einer gleichlautenden Note an Oesterreich, worauf folgende Punkte festgehalten werden sollten.

1. Ausdrückliche Ablehnung des von Oesterreich auf Grund der Bundesakte in Anspruch genommenen Rechts des Vorsitzes und der damit zusammenhängenden Befugnisse.

2. Nicht Anerkennung des dieser Zusammenkunft beigelegten Charakters des Plenums der frühern Bundes-Versammlung.

Der Kongreß sey lediglich als eine Vereinigung der 35 deutschen Regierungen für bestimmte Zwecke anzusehen.

3. Nicht Anerkennung des Rechts des Kongresses, Beschlüsse im Namen des Bundes zu fassen, welche diejenigen Regierungen binden würden, welche ihre Zustimmung dazu nicht ertheilt haben. Für Letztere könne keine andere Folge daraus entstehen, als

daß die Beſchlüſſe der Zuſammenkunft auf ſie keine Anwendung finden.

4. Erklärung der Vereins-Regierungen, daß ſie keiner Neugeſtaltung der Bundes-Verfaſſung zuſtimmen werden, welche dem Verein nicht ſeine berechtigte Stelle in derſelben ſichere.

Ueber das nähere Verhalten der Bevollmächtigten in Frankfurt, wurde die Verſtändigung am Orte ſelbſt vorbehalten, die an dem Münchner-Entwurf vom 27. Februar 1850 zu machenden Ausſtellungen erhielten aber ſchon jetzt einen Ausdruck und als Gegen-Vorſchlag wollte man an dem verbeſſerten Verfaſſungs-Entwurf vom 28. Mai 1849 feſthalten.

Die Abänderungs-Vorſchläge des Parlaments hatte Preußen angenommen, ohne auf weitere Anträge in dieſer Beziehung zu verzichten; da die Verfaſſung ſich jedoch bei nicht erreichter Uebereinſtimmung aller Theilnehmer am Vereine nicht ſofort ins Leben rufen ließ, ſo mußte ein vorübergehender Zuſtand, wie er beſchloſſen worden, nothwendig eintreten.

Dieſes waren die magern Ergebniſſe des Fürſtentages, der ſich am 17. Mai auflöſte, nachdem der König noch in einer Anſprache an die Fürſten auf die mangelnde Eintracht hingewieſen, und ſeiner eigenen geringen Zuverſicht auf das Gelingen des Werks unverblümt Worte geliehen hatte.

Was erreicht worden, war mit einem Koſten-Aufwande von 300,000 Thalern unſtreitig ſehr theuer erkauft, das Uebelſte aber, das erneuerte Zerwürfniß, welches eine raſche Geſtaltung eines einigen, ganz Deutſchland umſchlingenden Bundes in unſichere Ferne rückte.

Eben ſo wenig hatte Preußen die däniſchen Händel zu einem befriedigenden Abſchluß zu bringen vermocht. Preußen hatte den Krieg mit Schlaffheit geführt, und ihn ohne den Beirath ſeiner Verbündeten und ohne Beachtung der Reichsgewalt einſeitig durch einen Waffenſtillſtand beendet, welcher die Herzogthümer um allen Preis ihrer Opfer, und in die nachtheiligſte Lage brachte.

Dänemark hätte ihm dafür dankbar ſeyn ſollen, aber nur die Kraft erringt ſich Anerkennung, die Schwäche rufe den Uebermuth hervor.

Eine der nächſten und beklagenswertheſten Folgen der Sache war, daß der Verdruß über die fehlgeſchlagenen Erwartungen ſich am 14. Auguſt in Hamburg gegen die aus den Herzogthümern zurückkehrenden preußiſchen Truppen richtete; welche Aufwallung der Volksmaſſen die Stadt theuer büſſen mußte.

Der Abſchluß eines Friedens, wurde durch die überſpannten Forderungen des däniſchen Kabinets hingehalten, ja man war in Kopenhagen ſo verblendet, daß man Preußen trotz ſeiner Nachgiebigkeit den Vorwurf machte, es unterſtütze die Herzogthümer in ihrem Widerſtande, und begünſtige aufrühreriſche Unterthanen.

Uebereifer erging ſich nicht blos die däniſche Preſſe in maßloſen Schmähungen, ſondern ſelbſt der König ſprach ſich in ſeiner Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 30. Jänner in einer beleidigenden Weiſe aus.

Nach langen vergeblichen Unterhandlungen überreichte der preußiſche Bevollmächtigte von Uſedom am 17. Februar eine Schlußerklärung, welche in vier Artikeln folgende Vorſchläge enthielt.

1. Friede und Freundſchaft. 2. Alle Beziehungen welche zwiſchen Deutſchland und Dänemark beſtanden haben, ſollen von dem Tage der Unterzeichnung dieſes Vertrages wieder hergeſtellt werden. Wenn wider Erwarten Fragen, welche der gegenwärtige Vertrag nicht erledigt, zwiſchen den beiden Theilen vertreten ſollten, ſo ſoll deren ſtatus quo vor dem Kriege als Ausgangspunkt angenommen werden. 3. Die beiden kontrahirenden Theile behalten ſich alle Rechte und Anſprüche vor, welche ihnen gegenſeitig in Bezug auf die Herzogthümer Holſtein und Schleswig zuſtehen.

Was Deutſchland betrifft, ſo umfaßt dieſes Alles, was der deutſche Bund anerkannt hat, und ganz beſonders, was durch deſſen Beſchlüſſe vom 17. September 1846 anerkannt worden iſt.

4. Beide Theile verpflichteten ſich zur Beſtätigung dieſes Vertrags binnen 14 Tagen, und der König von Preußen wird ſich für den Beitritt des deutſchen Bundes verwenden.

Darin war alſo der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holſtein mit keinem Worte gedacht, gegen welche der König von Dänemark, ungehindert durch Deutſchland, mit Waffengewalt einſchreiten konnte.

Alle europäiſchen Großmächte baten dieſen gemäßigten Vorſchlägen ihre Genehmigung ertheilt, nur Dänemark blieb damit unbegnügt, und ſtellte an Preußen die ehrenverletzende Forderung, daß dieſe Macht, welche ſich für das Recht der Herzogthümer in den Waffen erhoben hat, dieſe nämlichen Waffen nun dazu verwenden ſolle, ſeine Schüblinge den Dänen mit gebundenen Händen zu überliefern.

Die mangelnde Entſchiedenheit Preußens in dem däniſchen Streit, hat die Einmiſchung des Auslandes in dieſe Angelegenheit herbeigeführt.

Wäre der Krieg im Jahre 1848 mit Entſchiedenheit geführt worden, ſo hätte der glänzendſte Erfolg, Preußens Anſtrengungen gekrönt, und ihm die Hochachtung und Liebe von ganz Deutſchland erworben, ſo wie ſein Anſehen bei den fremden Mächten erhöht. Seine Schwäche zog erſt England, dann, wenn gleich weniger dreiſt, Frankreich, endlich auch Rußland herbei, welches nach der Niederwerfung Ungarns, aus ſeiner zuwartenden Stellung heraustrat und erſt Rathſchläge ertheilte, die bald in Warnungen dann in Drohungen übergingen.

In zwei Noten des ruſſiſchen Kabinets vom 6. Februar und 28. März, wurde Preußen nicht blos ſein Verhalten in den däniſchen, ſondern auch in den deutſchen Angelegenheiten vorgeſchrieben. In Petersburg betrachtete man das Bündniß vom 26. Mai 1849 mit eben ſo ungünſtigen Blicken, als das Verlangen Oeſterreichs mit allen ſeinen Ländern dem deutſchen Bunde beizutreten. Daß aber Rußland ſeine Arme nach Deutſchland hereinſtrecken, und ſich zum Schiedsrichter der deutſchen Angelegenheiten aufwer-

fen dürfte, war die troſtloſeſte Folge der innern Zerriſſenheit in Deutſchland.

Preußen hatte durch die Bewältigung des Aufſtandes in Baden und die Beſetzung dieſes Landes eine vorübergehende Machtſtellung in Süddeutſchland erlangt, die es jedoch bei der Eiferſucht Oeſterreichs und der ſüddeutſchen Königreiche nicht lange zu behaupten im Stande geweſen; dagegen hat es aber in jenem Theile Deutſchlands durch die Erwerbung der hohenzollerſchen Fürſtenthümer dauernd einen feſten Fuß gefaßt.

Dieſe ſtammverwandten Fürſten waren durch die revolutionären Bewegungen in ihren Ländern für ihren Beſitz um ſo beſorgter geworden, als ihnen die Volksſtimmung in den Nachbarſtaaten Baden und Würtemberg die Ausſicht bot, daß jede Uneuhe in dieſen Staaten beſtändig auf ſie hinüber wirken würde.

Sie knüpften daher in Berlin Unterhandlungen an, welche am 7. Dezember 1849 zu einem Uebereinkommen führten, in Folge deſſen die Souverainität über Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen auf die preußiſche Krone übergegangen iſt.

Dagegen bleiben beide Fürſten in dem vollſtändigen Beſitz ihres Hausguts und Allodial-Vermögens, auch zahlt Preußen dem Fürſten von Hechingen eine Jahres-Rente von zehntauſend Thaler, welche, im Falle er erbberechtigte Nachkommen erhält, zur Hälfte auf dieſe übergeht; dem Fürſten von Sigmaringen aber eine erbliche Rente von 25,000 Thaler.

Beide Fürſtenthümer haben eine Bodenfläche von etwa 21 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 70,000 Seelen.

Preußen hatte die Genehmigung ſeiner Kammern zu dieſer Erwerbung eingeholt, aber die Stände der Fürſtenthümer waren dabei gar nicht befragt worden.

Rückſichtlich ihrer hatte der Vertrag ganz den Charakter eines Gutskaufs, und es fiel nicht blos in dieſen Ländern, ſondern in ganz Deutſchland unangenehm auf, daß in dem Patent wegen Beſitznahme der Fürſtenthümer vom 12. März 1850 und der damit verbundenen Verkündigung die in Rechtskraft beſtehenden Landesverfaſſungen ſtillſchweigend beſeitigt, das preußiſche Staatsgrundgeſetz eingeführt und dem Volke Treue und Gehorſam anbefohlen wurden, wie dieſes vor langen Zeiten beim Kauf von Leibeigenen üblich war.

In den vielen gerichtlichen Verfolgungen, womit die Regierung, die ihr in den beiden letzten Jahren widerfahrenen Kränkungen vergalt, haben die Wahlſprüche der Geſchworenen ſich ihr größtentheils nicht günſtig erwieſen, weil es ſich häufig um Rechtsfragen handelte, auf welche bei Abfaſſung des Strafgeſetzbuches nicht Rückſicht genommen worden war, noch genommen werden konnte, da ſie außer dem Bereiche der gewöhnlichen Verhältniſſe lagen; jedenfalls machte aber den ungünſtigſten Eindeuck der Prozeß des preußiſchen Rathes Waldeck, deſſen Freiſprechung zur politiſchen Kundgebung gemacht worden iſt.

Ueberblickt man die Lage Preußens vom Jahre 1850, ſo läßt ſich nicht verkennen, daß es aus der Feuerprobe zweier revolutionären Jahre ohne irgend einen Gewinn hervorgegangen iſt.

Im Inneren fehlt nämlich die Befriedigung. Denn die Regierung hat es keiner politiſchen Partei zum Dank machen können: weder den Männern des Fortſchritts, noch den ſtarren Anhängern des Königthums; am meiſten noch hofft die Volkspartei von ihrer ſchwankenden Haltung, die Rechte unterwühlt, aber nichts befeſtigt; auch keine der kirchlichen Partheien iſt bis jetzt zufrieden geſtellt worden.

Das Vertrauen und die Zuneigung des Volks im übrigen Deutſchland iſt nicht gewonnen worden; auch hat die Bundesfrage keine befriedigende Löſung erhalten.

Die Stellung zu den auswärtigen Regierungen war weder Achtung gebietend noch freundlich. Die größeren deutſchen Mächte zogen ſich voll Mißtrauen von Preußen zurück, und der König von Würtemberg ſprach ſeine Empfindungen in der am 15. Mäez gehaltenen Thronrede mit ſolcher Rückſichtsloſigkeit aus, daß eine Unterbrechung der diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen beiden Staaten die Folge davon war.

Im gewöhnlichen Leben nimmt man an, daß ein Menſch, der ſich mit allen ſeinen Umgebungen nicht zu verſtändigen vermag, die Schuld an ſolchen Mißverhältniſſen trägt. Moet ohne Thaten und Thaten ohne Erfolg bilden eine widerwärtige Erſcheinung, und Preußen hat zu lange einen hohen Rang unter den Staaten eingenommen, als daß es nicht jeden Deutſchen auffallen ſollte, Preußen von ſeiner erhabenen Stellung zurückweichen und einkriechen zu ſehen.

»Einen großen Augenblick hat das Jahrhundert geboren, aber der große Augenblick fand nur ein kleines Geſchlecht«, ſo klagte der große Dichter Schillee, als die weltgeſchichtliche Bedeutung der erſten franzöſiſchen Revolution in Deutſchland nicht begriffen und die Lehren, welche ſie enthielt, nicht zu einer verſtändigen Umgeſtaltung der deutſchen Verhältniſſe benutzt wurden.

Auch im Jahre 1848 iſt zu bedauren, daß die, den Geund von ganz Europa aufwühlende Erſchütterung niegens einem Arm begegnete, welcher Gewalt genug gehabt hätte, die ſtürmende Bewegung zu leiten, und einem ſchöpferiſchem Genius, der aus den zerfallenden Trümmern des Alten den Bau der Neuzeit planvoll und hereſich zu geſtalten im Stande geweſen wäre.

Es fehlte zwar nicht an freiſinnigen, verſtändigen einſichtsvollen und wohlwollenden Männern, aber noch niegens iſt einer jener großen Charaktere hervorgetreten, an welchen ſich die Wogen der Zeit gebrochen hätten, welche alle Hinderniſſe zu bewältigen wiſſen und die Markſteine ihrer Jahrhunderte werden.

Napoleon ſchloß den Abgrund der Revolution durch eine Gewaltbreſchaft, aber das iſt es nicht, was unſere Zeit verlangt.

Nicht Eroberung, nicht Unterjochung, nicht das Trugbild kriegeriſcher Ehren iſt es, was zu retten

vermag, ſondern die richtige Erkenntniß der wahren Bedürfniſſe der Zeit, die verſtändige Befriedigung derſelben und die Neugeſtaltung der Geſellſchaft auf feſten Grundlagen, wozu ſich in den bis jetzt zu Tage gekommenen, meiſtens hohlen Theorien, wenig paſſender Bauſtoff gefunden hat.

Die Ereigniſſe blieben bis jetzt mächtiger, als die Menſchen, und doch können ſie der bildenden Hand nicht entbehren, wenn nicht die entfeſſelte Naturkraft blos willkürlich und zerſtörend wirken ſoll; und darin lag eben auch der Grund zu dem ſchnellen Wechſel der Miniſterien in Preußen.

Der erſte Miniſter, welcher an die Spitze der Staatsangelegenheiten geſtellt wurde, nachdem der Sturm des 18. März mit unglaublicher Schnelligkeit den Militär- und Beamtenſtaat in Preußen geſtürzt hatte, war Graf Arnim von Boitzenburg.

Vielſeitige Kenntniſſe, vielfache Erfahrungen, genaue Einſicht in den zeitbewegten Mechanismus der Verwaltung, ſowie in das Getriebe der europäiſchen Diplomatie, zeichneten dieſen Mann aus, dem überhaupt die Gabe der Rede in einem hohen Grade eigenthümlich war.

Er wußte ſeinen Gegenſtand raſch und ſicher zu erfaſſen, in ſeine Tiefen einzudringen und zu einer klaren Anſchauung zu bringen, wodurch ſich ſeine Vorträge ſehr vortheilhaft vor dem leeren Phraſengeklingel auszeichneten, das ſo oft und bis zum Ueberdruſſe angehört werden mußte.

Aber zu ſehr in die Schleichwege der Diplomatik verſtrickt, fehlte es ihm an jener Zutrauen erweckenden Offenheit, an jener Geradheit und Zuverläßigkeit der Geſinnung, welche das Wort gelten läßt.

Von ſeiner Kunſt des diplomatiſchen Dunkelns gab eine Flugſchrift Zeugniß, welche der Graf von Arnim im Auguſt über die deutſche Centralgewalt herausgab.

Dem völlig klaren Worte, welches der König am 21. März ausſprach, »Preußen geht in Deutſchland auf,« ſchob er den Sinn unter: »Die bisher nicht zum Bunde gehörig geweſenen Gebietstheile Preußens werden in den Bund aufgenommen.«

Auf eine ſolche Auslegung war wohl Niemand gefaßt, und ſchlechter noch, als die Auslegung, iſt der Grund: »Er würde ſich nie zur Gegenzeichnung dieſer Worte hergegeben haben, wenn ſie einen andern Sinn hätten haben ſollen.«

Aber auch der politiſche Standpunkt des Grafen Arnim iſt überhaupt ein anderer geweſen, als ihn die Zeit von einem Staatsmanne fordert, welcher Herr der Ereigniſſe werden will.

Er ſtand feſt auf der unantaſtbaren Rechtsbaſis der deutſchen Bundesakte, ohne zu berückſichtigen, daß dieſe ein einſeitig geſchloſſener Fürſtenvertrag und für die nicht befragten Völker unverbindlich iſt.

Das Recht der Letztern, zu dem Abſchluß eines neuen Vertrags zugezogen zu werden, iſt zwar erſt kürzlich auf dem Wege der Revolution zur Geltung gebracht worden, doch aber vom Bundestage zugeſtanden und ſomit zum vollgültigen Recht geworden, und wenn gleich jeder beſonnene Freund des Vaterlandes auch der Einſeitigkeit abgeneigt war und einen zweiten Berechtigten anerkannte, mit dem der neue Vertrag verhandelt und abgeſchloſſen werden ſoll, ſo waren doch die Grundlagen unantaſtbar gegeben.

Graf Arnim führte ſelbſt, daß er mit ſeinen Anſichten nicht der erforderliche Baumeiſter eines neuen Preußens ſeyn könne, und trat daher ſchon am 29. März freiwillig zurück.

Unter dem Miniſterium des Grafen Arnim erſcheint unter den Staatsmännern Preußens mit dem edelſten Charakter:

Maximilian Karl Kurt Heinrich Anton Graf von Schwerin, welcher die Würde als Kultus-Miniſter bekleidete.

Er wurde im Jahre 1804 in Boldow bei Anklam in Pommern geboren und verlebte ſeine erſten Jahre in ländlicher Einfachheit.

Der Adel der Geſinnung und der hochgebildete Geiſt ſeines Vaters gingen auf den Knaben über, und die freundſchaftlichen Beziehungen, in welchen gelehrte Männer, wie Arndt und mehrere Andere, zu dem Schwerin'ſchen Hauſe ſtanden, ließen bleibende Eindrücke in der Seele des jungen Grafen zurück, die ihn auch während ſeinen Schul- und Univerſitätsjahren — die letztern in Berlin und Heidelberg — begleiteten.

Nach ſeiner Verehelichung arbeitete er als Auskultator und Referendarius in Stettin, bis ihm ſein Vater einige Güter übergab und er zum Landrathe des Anklamer-Kreiſes gewählt wurde, nachdem ſein Vater dieſes Amt niedergelegt hatte. Demſelben folgte er auch im Jahre 1839 in der Stelle eines Direktors der vorpommeriſchen Landſchaft, worauf er wegen der Verwaltung ſeiner zahlreichen Güter in Vor- und Hinter-Pommern um Entlaſſung von der Landrathsſtelle anſuchte. Man ſagt, daß ein ſehr anerkennendes Schreiben des Königs ihn zur Beibehaltung dieſer Stelle bewogen haben ſoll. Außerdem war er auf den Provinzial-Landtagen thätig, ein eifriges Mitglied des preußiſchen Guſtav-Adolphs-Vereins, und im Jahre 1846 weltliches Mitglied auf der evangeliſchen General-Synode in Berlin.

Hier ſchloß er ſeine Freundſchaft mit Auerswald, und Reitz mit ihm verbunden für die Ihre einer Kirche welche da iſt, wo die Gemeinſchaft des heiligen Geiſtes in der Gemeinde wohnt, und wo Einheit im Nothwendigen, Freiheit im Außerweſentlichen, Liebe in Allem vorhanden iſt.

Auf dem vereinigten Landtage in Berlin im Jahre 1847 war er als Abgeordneter der pommeriſchen Ritterſchaft einer der erſten Sprecher, nachdem er in der Sitzung der vereinigten Kurien am 12. April den entſcheidenden Antrag auf Erlaß einer Adreſſe an den König ſtellte. Im Verlauf des Landtags zeigte Graf Schwerin ſich mehr als ein ſittlicher als ein politiſcher Charakter. Er war kein Mann der Partei, denn ſein Auftreten zeigte durchgehends, daß er ſich vor ſich ſelbſt rechtfertigen wollte, daß er alle Schön-

redneri haßte, daß er aber keineswegs einseitig war, sondern mit einem großen Fleiße fremde Ansichten hörte und prüfte. Der Krone von Preußen war er mit großer Ergebenheit treu, aber er kannte keine Treue, die nicht gleich war mit der Wahrhaftigkeit.

Er sagte am 9. Juni: »Ich bin ein Waffenschmid weder für die Regierung, noch gegen die Regierung, sondern ich mache auf keinen andern Namen einen Anspruch als auf den, den ich mit jeden Abgeordneten in diesem Saale theile; auf den eines unabhängigen Abgeordneten.« Daher kannte er auch nichts Heiligeres für die Stände, als die Rechte des Volks gegen die Macht der Krone zu bewahren, und sprach es mit Ueberzeugung und Entschiedenheit aus, daß das Recht des preußischen Volks durch mehrere Bestimmungen der Verordnungen vom 3. Februar wesentlich beeinträchtigt sey; ohne sich aber der sogenannten Erklärung der Rechte von mehreren Mitgliedern des Landtags anzuschließen.

In seinem Wesen lag eine durch Erziehung begründete, und durch Grundsätze befestigte Bürgerlichkeit, aber sie war von der Wiege her geadelt, und die bürgerliche Gesinnung wohnte in einem ritterlichen Geschlechte.

Die Rede des Grafen Schwerin war stets auf die Sache gerichtet, und hatte kein besonderes Interesse für die Form, doch war sie milde in ihrer Kraft, entschieden ohne schroff, bewegt ohne partheiisch zu seyn. So zeigte sie sich bei den Verhandlungen über die Land-Rentenbanken — über die Zulassung der Dissidenten — in der Periodicitätsfrage und bei der Beurtheilung der politischen Petitionen.

Kaum von den Berathungen des ständischen Ausschusses über das Kriminal-Gesetzbuch in seine Heimath zurückgekehrt, berief ihn der König Friedrich Wilhelm IV. zum Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten — eine Wahl — die sehr glücklich zu nennen war, da in dem Grafen Schwerin sich die Erinnerung an einen großen Feldherrn und an einen geistvollen Theologen trefflich vereinigt.

Sein kurzes Ministerium ward durch die Aufhebung des kurz vor dem Sturze des Eichhorn'schen Ministeriums geschaffenen Ober-Konsistoriums auf das ruhmvollste bezeichnet, durch die Niedersetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Entwurfs zu einer Presbyterial- und Synodal-Verfassung und durch die Berkündigung einer Landes-Synode, endlich durch ein Rundschreiben an die Konsistorien, allen Glaubenshader zu meidren, die Meinungen frei walten zu lassen, und im Geiste christlicher Liebe zu verfahren.

In den Tagen des 12., 13. und 15. Mai, als ungeheuerliche Anmaßungen der niedersten Berliner-Volksklasse unter ihren bekannten Führern, das neue Ministerium mit Absetzung zu bedrohen sich erlaubten, bat Graf Schwerin die Festigkeit und den Muth eines Mannes bewiesen, der die Pflichten als sein Höchstes anerkannte.

Die Erhebung Ludolph Camphausens zum Staats-Minister und Vorsitzenden des Staats-Ministeriums in Preußen, war eine der merkwürdigsten Folgen der großen Ereignisse, welche Europa seit dem Monate Februar bewegt haben.

Nicht daß man dadurch die Erhebung eines Bürgerlichen auf diese hohe Ehrenstufe bezeichnen will — denn von diesem Vorurtheile gegen den Bürgerstand, ist man in Preußen schon seit vielen Jahren frei gewesen — sondern, daß ein Mann auf diesen erhabenen Posten gestellt wurde, der weder die gewöhnliche Dienstlaufbahn verfolgt hat, noch aus den Reihen der höchsten Beamten gewählt ist.

Camphausen wurde im Jahre 1803 zu Hünshoven im Regierungs-Bezirke Aachen geboren, und war für den Kaufmannsstand erzogen worden.

Er erhielt die Grundlage seiner wissenschaftlichen und kaufmännischen Ausbildung auf dem Gymnasium zu Weilburg und auf der Handlungsschule zu Rheydt, und begann sein öffentliches Leben in Köln, wo er im Jahre 1825 mit seinem ältern Bruder das Handlungshaus L. und L. Camphausen begründete, und sich bald bei der Leitung der Notarbriefen für den von Köln nach Lupen beabsichtigten Bahnzug in hervorstechender Weise betheiligte.

Als im Jahre 1837 über die Richtung dieser Bahn ein seinen Ansichten durchaus nicht zusagender Beschluß gefaßt wurde, legte er seine glänzend ausgestattete Stelle nieder, und wirkte dagegen schriftlich für die Theorie der Eisenbahnbauten, so wie, je mehr das Vertrauen zu der Einsicht und Redlichkeit des Mannes stieg, bei allen wichtigen gewerblichen Unternehmungen.

Dazu kann gerechnet werden, die Ausführung der Bonn-Kölner und Minden-Kölner-Eisenbahn, die Versicherungs-Gesellschaft Kolonia, die rheinische Dampfschifffahrt, und vor Allem die Dampfschlepptschifffahrt auf dem Rheine, was so ganz eigentlich seine Schöpfung ist.

Außerdem leitete er vom Jahre 1836 bis 1847 unausgesetzt die Geschäfte der Handelskammer zu Köln. In dieser Stellung entfaltete er tiefe handelspolitische Ansichten, besonders über die Gesetzgebung des deutschen Zoll-Vereins, und die Hebung der deutschen Schifffahrt, und zeigte eine überwiegende Ursprünglichkeit des Geistes, die von jedem philosophischen Systeme frei war, und von praktischen Kenntnissen jeder Art getragen wurde.

Noch schärfer konnte er seine politisch-ökonomischen Ueberzeugungen auf dem rheinischen Provinzial-Landtag im Jahre 1843 darlegen, obgleich nicht ohne Widerspruch, während sein Vortrag über Pressfreiheit und im Jahre 1845 sein Antrag auf die Volksziehung der Verordnung vom 22. Mai 1815 mit großem Beifalle aufgenommen wurden.

Ein weiteres Feld bot ihm, als den Abgeordneten von Köln, der erste vereinigte Landtag zu Berlin im Jahre 1847.

Der Eindruck seiner ersten Reden war nur mäßig, aber, nachdem er die doktrinäre Haltung immer mehr verlassen hatte, gehörte er zu den ersten Rednern, obgleich ihm die persönlichen Eigenschaften abgingen, welche die Volksthümlichkeit schnell erobern.

Seine eingreifendſten Reden waren drei, nämlich, die in der Verhandlung über regelmäßige Wiederkehr des Landtags — die über die Einkommenſteuer — und die gegen die Emancipation der Juden.

Den Verhandlungen des ſtändiſchen Ausſchuſſes zur Berathung über den Entwurf eines Kriminal-Geſetzbuches wohnte er als Abgeordneter von Köln bei, und hatte ſich nicht durch die haarſpaltenden Theorien und den anſcheinend rechtlichen Bedenken anderer rheiniſchen Abgeordneten abhalten laſſen, an der für das Vaterland ſo wichtigen Berathung Antheil zu nehmen.

Die Sache des rheiniſchen Rechts fand an ihm ſtets einen ſehr warmen Vertheidiger. Kaum in Köln wieder angekommen rief ihn das Vertrauen des Königs zurück, um in ſchwerer Zeit ihm zur Seite zu ſtehen.

Den ihm angetragenen Miniſterpoſten, unter der Verwaltung des Grafen Arnim, lehnte er jedoch bei aller Hochachtung für dieſen ausgezeichneten Staatsmann ab, denn er ſah voraus, daß ihre beiderſeitigen Syſteme nicht paßten und wenig Ausſicht für Volksthümlichkeit vorhanden ſey. Als aber Arnim ſchnell abgetreten war, ſo folgte Campbauſen dem königlichen Rufe als Präſident des neu gebildeten Staats-Miniſteriums mit der ganzen Ergebenheit des aufrichtigen Vaterlandsfreundes.

In dieſer Eigenſchaft eröffnete er als königlicher Kommiſſar den zweiten vereinigten Landtag und äußerte, daß »er nebſt ſeinen Freunden und Kollegen mit Muth an das ſchwierige Werk gegangen wäre und auch dabei ausharren würde.«

Dieſe Eigenſchaften hat Campbauſen durchweg bethätigt, ſo bei den Berathungen über die zur Aufrechthaltung der Induſtrie und zur Wiederherſtellung des Kredits nothwendig herbeizuſchaffenden Geldmittel, ſo wie bei einzelnen Gelegenheiten, dann bei der Verhandlung über die Polen.

Er ſagte nämlich mit großer Mäßigung; »Die polniſche Sache könne nur inſoferne blühen, wenn ſich die Polen die Sympathien erhalten möchten.«

Das am Schluſſe des Landtags abgegebene Vertrauens-Votum zeigte hinlänglich, in welcher Achtung das neue Miniſterium ſtand. Weniger günſtig erſchien aber ſeine Stellung dem verfaſſungsmäßigen Landtag gegenüber.

Seine Stellung war erſchüttert durch die mutige aber vorzeitige Rückberufung des Prinzen von Preußen, und ſeine Erklärung über die Stellung des Miniſteriums zu der Thatſache der Revolution war zu ſchwankend, um zu befriedigen.

Ueber ſeine Redlichkeit gab es unter allen Beſonnenen nur eine Stimme, allein er war vielleicht gehindert, ſich ſo rückhaltslos auszuſprechen, als dieſes unerläßlich war, um einen feſtern Inhaltspunkt für die Vereinbarung über die Verfaſſung zu gewinnen.

Die Niederſetzung eines beſondern Ausſchuſſes für die Bearbeitung des der Verſammlung vorgelegten Verfaſſungs-Entwurfs, welche mit dem Zeugshausſturm am 14. Juni zuſammentraf, führte den Austritt von Canitz, von Arnim und von dem Grafen Schwerin aus ſeinem Miniſterium herbei, dem ſein eigener Austritt am 20. Juni folgte.

Oſtpreußen gehörte bis jetzt nicht dem Rechte, ſondern nur der Geſinnung ſeiner Bewohner nach zu Deutſchland, und unter den Männern, welche dem deutſchen Sinn in jenem Lande kräftigten, Oſtpreußen aus einer fremden Provinz zu einem deutſchen Landestheile machten und die Grenzen des gemeinſamen Vaterlandes bis an die Memel hinausrückten, nimmt Alfred von Auerswald einen geachteten Platz ein.

Als Verfechter der Volksfreiheit, des vernünftigen Rechts, dürfte man ſeinen Namen ſeit Jahren ehrenvoll nennen.

Das adelige Geſchlecht Auerswald war in Sachſen begütert und bekleidete in Sachſen und Heſſen oftmals Stellen im Hof- und Staatsdienſte.

Nach den Zeiten der Reformation kaufte ſich daſſelbe in Oſtpreußen an, wo es einen anſehnlichen Güterbeſitz erwarb, und an den Angelegenheiten des Landes Theil nahm.

Der Vater des Miniſters Auerswald widmete ſich dem Studium der Rechte, diente zwar ſpäter im Heere, trat aber wieder in ſeine frühere Laufbahn zurück, und wurde Präſident der Provinzial-Regierung — damals Kammer genannt — von Marienwerder, und ſpäter Ober-Präſident von Preußen.

Er war der erſte der preußiſchen Edelleute, welche die Leibeigenſchaft auf ihren Gütern aufhoben, und lebte in einer vertrauten Freundſchaft mit den gelehrteſten und freiſinnigſten Männern des Landes, deren Oſtpreußen ſo viele und ſo ausgezeichnete zählte.

Alfred, ſein zweiter Sohn, im Jahre 1797 zu Marienwerder geboren, iſt nun der würdige Abkömmling eines ſolchen Vaters.

In Königsberg erzogen, trat er in ſeinem ſiebenzehnten Jahre in die dortige Hochſchule, allein durch den wieder ausgebrochenen Krieg im Jahre 1815 fand ſich der junge Mann bewegen als Freiwilliger in ein Dragoner-Regiment zu treten. Bevor aber daſſelbe den Kampfplatz erreichen konnte, war das Schickſal Napoleons in der Schlacht bei Waterloo entſchieden worden, und Alfred von Auerswald kehrte daher wieder zu ſeinen Studien zurück, wurde Begründer der Burſchenſchaft auf der Königsberger-Hochſchule, ſah aber dieſes jugendlich friſch begonnene Unternehmen, das von den Wiethlingen der Gewalt verdächtigt und verfolgt wurde, ſcheitern.

Von dem Jahre 1819 bis 1821 widmete ſich Auerswald der Vorbereitung zum Staatsdienſte, beſchäftigte ſich ſpäter mit der Verwaltung der väterlichen Güter, und wurde im Jahre 1830 Landrath im Rofenberger-Kreiſe, welche Stelle er bis zum Jahre 1844 bekleidete, während er ſeit dem Jahre 1837 als Mitglied der oſtpreußiſchen Provinzial-Landtage ſeine freiſinnigen Beſtrebungen verfolgte, wovon ſein Antrag bei Gelegenheit der ſtändiſchen Verſammlung zur Erbhuldigung nach der Thronbeſteigung des Königs Friedrich Wilhelm des IV. im Jahre 1840 mit Einführung von Reichsſtänden das erſte wohin bemerkte Zeugniß abgab.

In einem solchen Sinne im Geiste fortwirkend wußte Deutschland bereits, was es von ihm bei seinem Erscheinen auf dem vereinigten Landtage im vorigen Jahre zu erwarten haben würde, und diese Erwartungen wurden auch nicht getäuscht.

Der nunmehrige Landschaftsrath von Auerswald gehörte zu den entschiedensten Verfechtern der freisinnigen Richtung und zu den Unterzeichnern des bekannten Protestes.

Großmüthig entsagte er in Uebereinstimmung mit seinen Mitständen den Vortheilen, welche aus dem Bau der östlichen Eisenbahn für seine Provinz zu erwarten waren, weil er keine Staats-Anleihe früher bewilligen wollte, bevor nicht die Rechte der Stände eine weitere Ausdehnung und dauernde Begründung erhalten hätten.

Daß sich in einem so charakterfesten Manne manche Ansichten eigenthümlich ausbilden, und folgerecht festgehalten werden, darf nicht befremden. Seine Rede war männlich, wohllautend und durch den Zauber seines Sinnes für Schönheit gehoben.

Als Mitglied des Ausschusses zur Berathung des Strafgesetzes huldigte er den Grundsätzen edler Menschlichkeit und bevor er nach Auflösung dieser Versammlung Berlin verließ, schloß er sich den Männern an, welche den König auf das Gefährliche seiner Lage, und auf die Nothwendigkeit schleuniger Zugeständnisse aufmerksam machten.

Für die Aufnahme Ostpreußens in den deutschen Bund sprach er sich freudig aus, und eilte voll Muth, Entschlossenheit und Selbst-Vertrauen herbei, als der bedrängte Monarch ihn zur Neugestaltung Preußens in seinen Ministerrath berief.

Er übernahm den Vorsitz im Ministerium, welches von Hansemann gebildet, und nach seinem Namen genannt ist, und erkannte den hohen Ruhm der Revolution darin, daß sie die rechtlichen Grundlagen nicht umgestoßen, sondern zu neuer Ausbildung getrieben habe.

Diese offenbar gezwungene Erklärung konnte seiner Verwaltung keine haltbare Grundlage geben, und sein Ministerium dankte bereits am 9. September wieder ab, als die Versammlung den Stein'schen Antrag auf Verwarnung des Heeres vor verfassungswidrigen Bestrebungen annahm.

David Justus Julius Hansemann ist der Sohn eines Predigers in Finkenwerder, und wurde im Jahre 1790 geboren.

In einem Alter von fünfzehn Jahren kam er als Lehrling in ein Kleingeschäft zu Rheda in Westphalen, wo er zugleich bei seinem Lehrherrn, der, nach der Errichtung des Großherzogthums Berg, zum Maire ernannt war, die Geschäfte eines Maire-Secretärs versah, was nicht ohne Nutzen für seine eigene Ausbildung blieb.

Nach einem sechsjährigen Aufenthalte daselbst reiste Hansemann für ein Tuchgeschäft nach Montjoye bei Aachen, führte einige Jahre die Geschäfte einer Elberfelder Handlung, und ließ sich darauf im Jahre 1817 mit geringen Geldmitteln in Aachen nieder.

Fleiß, Rechtlichkeit und praktische Befähigung erwarben ihm bald die allgemeine Achtung, die er noch durch seine Theilnahme an allen gemeinnützigen Unternehmungen steigerte, von welchen hier nur die Gründung der Aachner- und Münchner Feuer-Versicherungs-Anstalt genannt werden soll.

Seine Wirksamkeit griff aber auch bald auf andere Gebiete über, und so richtete er im Jahre 1830 eine Denkschrift an den König Friedrich Wilhelm III. über die innere und äußere Lage Preußens, nämlich eine Art von politischen Manifest, welches aber nicht die Verbreitung erlangte, wie seine in Druck erschienene Schrift »Preußen und Frankreich;« die sehr verschieden beurtheilt und in ihrem finanziellem Theile angegriffen ward, ja den Verfasser sogar in den Verdacht brachte, als hätte er französische Zuneigungen.

Eine solche Meinung über ihn war nun die Ursache, daß im Jahre 1832 seine Wahl zum Abgeordneten für den rheinischen Provinzial-Landtag nicht genehmigt wurde, und auch die Veranlassung zu seinem Austritt aus der Handelskammer und aus dem Handelsgerichte zu Aachen.

Von jetzt an verwendete er seine Thätigkeit besonders der Angelegenheit für Eisenbahnen, und befürwortete mit großem Eifer die Köln-Mindener Bahn, und die über Köln und Aachen an die belgische Grenze; behandelte diese Gegenstände in mehreren Schriften, und wirkte nachhaltig auf die damaligen Grundsätze der Regierung.

Er wurde nun im Jahre 1841 wieder Präsident der Handelskammer und des Handelsgerichts, und im Jahre 1845 Abgeordneter von Aachen auf dem Landtage, nach dessen Beendigung er in der Aachner-Zeitung eine Reihe von Artikeln lieferte, welche den Geist und das Bestreben des rheinischen Landtags in Beziehung auf die Hauptfragen der Gegenwart darstellten.

Zwei Jahre später ersichien Hansemann als Abgeordneter derselben Stadt auf dem ersten vereinigten Landtage zu Berlin, und hat zu dessen berühmtesten Mitgliedern gehört, aber auch zu den gefährlichsten und lästigsten Gegnern der Regierung.

In schlicher Haltung und lässiger Sicherheit war er ganz besonders der Mann der Praxis und des nüchternen Verstandes. Er liebte das Einfache, Unumwundene, Entschiedene, die Festigkeit in den Formen, und besaß nebstbei auch Schlaubeit, Witz und Humor, wenig Sinn aber für das Gemüthliche, obschon er dieses von einer schlaffen und trägen Gefühllosigkeit wohl zu unterscheiden wußte.

Seine Schlagwörter »bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf« — oder — »Wir haben dreißig Jahre geschlafen, aber nicht vier Jahre darf man schlafen — ja nach meiner Ueberzeugung sind zwei Jahre schon zu viel,« haben sich in gutem Andenken erhalten.

Mit diesen Eigenschaften stand er überall in den Reihen der Gegner der Regierung, und gehörte zu

den Unterzeichnern der Erklärung vom 30. April, dann ebenso zu den Wahl-Verweigerern. Voll Gefühl für das Recht, ließ es sich doch vorzugsweise von der Rücksicht auf das Nützliche leiten, darin ganz dem kaufmännischen Stande treu, der nach dem politischen so wie nach den kaufmännischen Zuständen aussieht, und jene wie diese zu benützen wünscht.

Ein Redner in der glänzenden Bedeutung des Wortes war Hansemann nicht: denn Fülle, Wärme und Anmuth fehlte ihm; statt ihrer benützte er den Reiz der Einfalt und Klarheit und ist gewiß, in bedenklichen Fällen, wo Alles auf die Spitze eines rechtzeitigen Wortes gestellt ist, das Wort finden und aussprechen zu können.

Nach den Ereignissen des 18. und 19. März glaubte der König Friedrich Wilhelm IV. in Hansemann den rechten Finanz-Minister gefunden zu haben, und in dieser Eigenschaft erschien er auch auf dem zweiten vereinigten Landtage, vertheidigte die von der Regierung vorgeschlagene Finanz-Maßregel und empfahl bei der Zustimmung der Stände die Uebernahme einer Gewährleistung bis zu dem Gesammtbetrag von 25 Millionen Thalern, um die nöthigen Staatsbedürfnisse decken zu können.

Die Stände gaben in einer fast gänzlichen Uebereinstimmung das gewünschte Vertrauens-Votum. Die unter dem 4. April erlassene königliche Verordnung, die vorläufige Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer, kann ebenfalls als ein Werk von Hansemann betrachtet werden, über welches aber freilich die Stimmen im Lande sehr getheilt waren. Uebrigens aber ist keiner unter denen, welche ihr Vaterland lieben, der nicht Hansemanns Festigkeit gegen die Forderungen von Unruhestiftern das verdiente Lob spendet, wenn ihm auch von allen Staatsmännern zum Vorwurf gemacht wird, daß er das Finanz-Ministerium, welches er am 23. September, beim Rücktritt des Ministeriums Auerswald, mit dem Bank-Direktorium vertauschte, zu sehr wie ein Wollgeschäft behandelt habe.

König Friedrich Wilhelm II. lebte in einer ungesetzlichen Verbindung mit der schönen Gräfin Sophie von Dönhoff, die ihm zwei Kinder gebar, nämlich im Jahre 1792 einen Sohn, und im Jahre 1793 eine Tochter, welchen Beiden im darauffolgenden Jahre der gräfliche Titel von Brandenburg beigelegt wurde.

Der König brach später dieses Verhältniß ab, aber diese beiden schönen Kinder blieben seinem Herzen theuer; ja er sagte oft: die Andern sind die Kinder des Staats, dieses sind die Kinder meines Herzens.

Die Tochter Julie war Anfangs dem Fürsten Lichnowsky, dem Vater des ermordeten Abgeordneten bestimmt gewesen, wurde jedoch im Jahre 1816 an den Fürsten von Pleß, nachmaligen Herzog von Köthen vermählt.

Sie trat mit ihrem Gemal im Jahre 1825 in Paris zur katholischen Kirche über, oder veranlaßte diesen vielmehr dazu, ward im Jahre 1830 Wittwe und starb dann zu Wien kinderlos.

Die Erziehung des Sohnes wurde in dem Grade vernachlässigt, daß er nicht einmal richtig schreiben konnte.

Da er zum Waffendienste bestimmt und man in jener Zeit des Dafürhaltens war, daß dazu eine wissenschaftliche Bildung nicht nothwendig sey, auch weder Neigung noch Fähigkeiten den Knaben darauf hinleiteten, so blieb das Erlernen der französischen Sprache die Hauptsache. Auch trat er zu früh und in einer zu bewegten Zeit in das Heer, als daß es ihm möglich gewesen wäre, den versäumten Jugend-Unterricht nachzuholen.

Vom Lieutenant bei der Garde du Corps, stieg er ziemlich rasch zum Rittmeister auf, und wurde später dem Befehlshaber des ersten Armeekorps, dem General von York, als Adjutant beigegeben.

In den Feldzügen vom Jahre 1813 bis 1815 zeichnete er sich mehrfach aus; denn sein scharfes Auge befähigte ihn ganz besonders zum Erkennen der feindlichen Stellungen, und bei allen solchen Gelegenheiten bewies er auch Muth, Entschlossenheit, Kaltblütigkeit und Umsicht.

Die regelrechte Uebung der Dienstpflicht ward ihm vollkommen eigen; er war ein wackerer Soldat und behauptete an der Spitze eines Reitergeschwaders jederzeit seinen Platz ehrenvoll.

Dazu hatte er noch eine stattliche Figur, feine Sitte und eine vollständige Bekanntschaft mit den Gebräuchen des Hofes, weshalb sein Erscheinen im Umgange um so angenehmer auffällt, als sich damit, in einer immerhin seltenen Vereinigung, ein offener und biederer Charakter ordnet.

Nach Beendigung des Krieges erhielt Graf Brandenburg das Kommando über die Garde du Corps, und vertheidigte sich mit einem Fräulein von Massenbach, der Tochter eines alten Dragoner-Obersten, die mit der Prinzessin Charlotte, nachmaligen Kaiserin von Rußland erzogen wurde, und mit dieser hohen Frau fortwährend in einer innigen Verbindung geblieben ist.

Zum Befehlshabenden General in Schlesien ernannt, wußte er sich die Gunst der Bewohner von Breslau in einem solchen Grade zu erwerben, daß er sich selbst in den unruhigen Tagen des Jahres 1848 Anfangs bei allen Partheien beliebt erhielt, und als von seiner Versetzung an den Rhein die Rede war, der König angezogen wurde, ihn auf seinem Posten zu belassen.

Den Argwohn der Demokraten erregte er zuerst, als er die Fürstin von Metternich auf ihrer Durchreise in sein Haus aufnahm; mehr stieg aber die Erbitterung, als er im September eine scharfe Verkündigung gegen Ruhestörungen erließ und mit militärischen Einschritten drohte, ohne die Aufforderung der bürgerlichen Behörde abzuwarten.

Er legte dadurch dem Minister-Präsidenten die saure Pflicht auf, die Maßnahme in der National-Versammlung zu rechtfertigen, und die dreierwegen mehrmals erneuerten Angriffe abzuweisen.

Als Pfuel durch alle Nachgiebigkeit die täglich drohender werdenden Stürme in der Versammlung nicht beschwichtigen konnte, als der Hof ihm das Vertrauen entzog und an eine gewaltsame Beilegung dachte, wurde Graf Brandenburg nach Berlin berufen.

Ihm war die Sendung, die er übernehmen sollte, nicht willkommen, aber der König erinnerte ihn an seine Abstammung und seinen Namen, an die Gefahr, in welcher der Thron und das Reich schwebe und an die Unentbehrlichkeit eines zuverlässigen kraftvollen Freundes.

Es wurde nun eine Verfassung gegeben, doch ist gewiß nicht ein Wort aus der Feder des Minister-Präsidenten geflossen, denn er gab nur der Sache seinen Namen, und warf seine Brust der Gefahr entgegen.

Eine ihm gemachte Gegen-Vorstellung soll er mit den Worten abgewiesen haben. »Ich thue ja nichts weiter, als was der König befohlen hat, und hätte er mir aufgetragen, die Republik auszurufen, so wäre auch dieses geschehen.«

Ohne für die Richtigkeit des Ausspruchs einstehen zu können, bezeichnete er zu sehr den Charakter des Mannes, als daß man viel Grund zum Zweifel finden könnte. Er führte das Wort eines Soldaten, der sich blind auf den Feind stürzt, wenn der Feldherr gesprochen hat, aber es diente zugleich zum Beweise, wie das Wesen der verfassungsmäßigen Monarchie in einem Staate aufgefaßt wird, welcher den Grafen Brandenburg nicht blos in einer verhängnißvollen Stunde an die Spitze der Verwaltung stellte, sondern ihn auch gegen den Willen der Kammern darin erhielt.

Der preußische Minister-Präsident ist begreiflicher Weise auch kein Redner und bereit nur die Rednerbühne, wenn es gilt, eine gewichtige Sache den Vertretern des Volks vorzutragen.

Bei seinem Auftreten gab seine Gestalt einen gewissen Nachdruck, und indem er mit erhobener Stimme jedes Wort betonte, las er, was er zu sagen hatte, als wolle er es mit ehernem Griffel in die Gemüther seiner Zuhörer eingraben.

Er kann überhaupt nur als der Arm der Verwaltung angesehen werden; der Geist, welcher sie regierte, war sein Genosse und Freund, der Freiherr von Manteuffel, vor seiner Erhebung Direktor im Ministerium des Innern, der schon auf dem ersten vereinigten Landtage durch sein schroffes Auftreten sich ein lebendiges Andenken im Volke verschaffte.

Vor allen jenen Männern, welche in Berlin eine Rolle spielten, gehört der Regierungsrath von Unruh in Magdeburg, der letzte Präsident der preußischen konstituirenden Landes-Versammlung.

Er gehörte Anfangs dem linken Centrum an und wurde zu den äußersten Maßregeln erst durch den gewaltsamen Angriff der Regierung gegen die National-Versammlung getrieben.

Wenn er sich als Vorsitzender nicht befugt erachtete, die Sitzungen der Versammlung in Berlin ohne deren Zustimmung zu schließen, so ist ihm dieses nicht zu verargen, denn das Recht der Krone zur Vertagung und Verlegung war ein sehr zweifelhaftes, und dürfte auch schwer nachzuweisen seyn.

Uebrigens wäre es unstreitig würdevoller gewesen, wenn die Versammlung im Angesichte der Nation eine feierliche Verwahrung dagegen eingelegt, sich hierauf selbst aufgelöst und es der Regierung überlassen hätte, ihr Verfahren zu rechtfertigen oder dessen Folgen zu tragen.

Zu dieser Hetzjagd durch Berlin, die zuletzt doch zu nichts führen konnte, hätte sich Unruh nicht hergeben sollen; denn er kam dadurch in jenen falschen Eifer hinein, der ihn bis zum Aussprechen der Steuer-Verweigerung mit fortriß, die dann ihn und seine Meinungsgenossen um diejenige Achtung und Theilnahme brachte, welche das anfängliche Auftreten hervorgerufen hatte.

Der Oberlandes Gerichts-Direktor in München Temme, welcher sich früher nur als Gegner des literarischen Eigenthums und durch sein feindseliges Auftreten gegen Hitzig wegen dessen Beurtheilung einer von ihm gefaßten Entschließung bemerkbar gemacht hatte, in der Folge aber von Berlin nach Memel versetzt worden war, trat als Abgeordneter in der National-Versammlung und als Staats-Anwalt plötzlich in einer überraschenden Weise auf.

Zu letzterer Anstellung durch das Vertrauen der Regierung berufen, hatte diese nichts weniger als den Mann der befugten Opposition in ihm zu finden erwartet; dennoch täuschte er aber nicht blos als Abgeordneter, sondern eben so als öffentlicher Beamter, die Meinung der Behörde.

Während er sich jedem Angriff gegen die Staatsgewalt anschloß, fehlte er gegen die Pflichten seines Amtes als öffentlicher Ankläger.

Die Anklagen gegen Majestäts-Verbrechen behandelte er in so spielender und gleichgiltiger Weise, daß seine schwächlichen Anträge selbst im Publikum Verwunderung erregten.

Größer wurde dieses Erstaunen nach dem Zeughaussturm vom 14. Juni, denn diese Vorgänge, die sogar die Entrüstung der äußersten Linken erregten, schien nur der Staats-Anwalt leicht zu nehmen, und forderte lediglich nur nach solchen Zeugen, welche über das Schießen von Seite der Vertheidiger des Zeughauses Auskunft zu geben im Stande waren.

Es bedurfte einer öffentlichen Anfrage, ob denn nur die gesetzlichen Vertheidiger des Staats-Eigenthums wegen etwaiger Uebergriffe und nicht viel mehr die freventlichen Angreifer desselben zur Verantwortung zu ziehen seyen, um den Staats-Anwalt zu einer Rechtfertigung zu veranlassen; die aber kläglich ausfiel, da er seine Maßnahme als ein Mißverständniß bezeichnen mußte, und so erhielten Kirchmann und Temme einen unfreiwilligen dreimonatlichen Urlaub.

Die Regierung wollte beide Männer aus der preußischen National-Versammlung entfernen, nachdem ſie dieſelben in andere Stellen verſetzte, und Temme Anfangs Juli zum Direktor des Ober-Landesgerichts in Münſter ernannte; aber ſie erreichte dieſen Zweck nicht.

Wieder gewählt, nahm Temme Antheil an allen weitern Schritten gegen die Regierung, die, als ſie in eine ungeſetzliche Bahn einlenkte, und durch die oktroyirte Verfaſſung vom 5. Dezember die ſtändiſche Thätigkeit beſeitigte, nichts ſchleunigeres zu thun hatte, als gerade dieſem, von ihren Gegnern zuerſt ihre Gewalt fühlen zu laſſen.

Temme wurde verhaftet, und obwohl nicht einmal der Streit über die Zuſtändigkeit des Gerichtshofes zu ſchlichten, vielweniger die Anklage zu begründen war, ſo befreite ihn doch nur ſeine Erwählung zum Reichs-Abgeordneten aus dem Zuchthauſe in Münſter, wo er ſich in der Unterſuchungshaft befand.

Den hier eingeſogenen Groll brachte er jetzt in die Verſammlung der Paulskirche mit, und als dieſe geräumt wurde, trug er dieſen Haß gegen die Regierung nach Stuttgart, wo er alle heftigen Beſchlüſſe des Rumpfparlements, und beſonders jene gegen Preußen gerichteten Beſchlüſſe unterſtützte.

Die Folge davon war, daß ihm der Juſtiz Miniſter vom 1. Juli angefangen die Hälfte des Gehalts zurückbehielt, und als er auf Grund einer Miniſterial-Verfügung, welche gegen alle preußiſchen Abgeordneten, die an den Stuttgarter-Verhandlungen Theil genommen hatten, die ſtrafgerichtliche Unterſuchung vorſchreibt, ſogleich wieder verhaftet.

Der königlich preußiſche Geheim-Ober-Tribunalrath Waldeck, und Johann Jakobi wurden in ihrer Eigenſchaft als Abgeordnete in der preußiſchen National-Verſammlung als die glänzenden Lichter einer Verſammlung betrachtet, in welcher jedes Fünkchen freilich um ſo leichter wahrgenommen werden konnte, als die vorherrſchende Dunkelheit den Blick nach ſolchen Stellen hinrichtete.

Wenn dasjenige, was Waldeck hier zu Tage förderte, das Beſte war, was er in ſich trug, ſo kann man ihn nur beziehungsweiſe auf die Umgebungen in ſeiner Partei hervorheben; keineswegs aber als ein bedeutendes Oppoſitionsglied, noch weniger als einen Staatsmann darſtellen, an deſſen Perſon ſich große Erwartungen knüpfen ließen.

In Deutſchland iſt man immer noch ſehr gewöhnt, den Mann nach dem Standpunkt zu beurtheilen, den er im Staate einnimmt; da nun Waldeck ein hohes Richteramt und dieſes bisher ehrenvoll bekleidete, ſo machte er ſchon dadurch einen beträchtlichen Eindruck im Volke.

Leute von einem beſchränkten Geſichtskreiß ſagten ſich: wenn ein hoher richterlicher Beamter, der das Geſetz und die Zuſtände im Staate genau kennt, mit ſolcher Heftigkeit die Regierung angreift, ſo muß ſie doch ohne Zweifel grundſchlecht, und der Zuſtand des Landes verderblich ſeyn.

Der geheime Ober-Tribunalrath Waldeck hat mithin unendlich mehr geſchadet, als es der einfache Bürger Waldeck gethan haben würde; ja man hatte ſich eines ſolchen Auftretens zu dem Manne Anfangs gar nicht verſehen.

Waldeck iſt im Jahre 1803 zu Münſter geboren, und erhielt ſeine erſte Anſtellung bei dem Ober-Landsgerichte in Halberſtadt als Beiſitzer, wurde dann in gleicher Eigenſchaft nach Paderborn verſetzt, und nach vier Jahren Rath bei dem Oberlandesgerichte in Hamm.

In ſeiner heimatlichen Provinz ſog er jenen grimmigen Haß gegen den Adel ein, den er ſeitdem bei jeder Gelegenheit zur Schau trug.

Die Vernichtung des Junkerthums war bei ihm, was dem ältern Cato die Zerſtörung Karthagos war, doch ſcheint das Werk des Weſtphalen allerdings ſchwieriger als das des Römers geweſen zu ſeyn.

Seine richterliche Tüchtigkeit hatte ſeine Verſetzung nach Berlin und ſeine Beförderung zum geheimen Ober-Tribunalrath zur Folge gehabt, ja man rühmte zugleich ſeine Gerechtigkeit ſo wie ſeine Milde, ſeine Fähigkeit ſo wie ſeinen Fleiß.

Das Jahr 1848, welches ſo manchen Mann aus ſeinem ruhigen Geleiſe riß, brachte auch Waldeck aus ſeiner Faſſung.

Dem Volke war er wenig bekannt, und der erſte Eindruck, den er als Wahlbewerber machte, war ihm gleichfalls nicht günſtig.

Waldeck iſt häßlich; hat eine große hagere Geſtalt mit vorſtehenden Haaren, ſcheuen Augen, und einem länglich dräuklich ausſehenden Geſichte. Auch ſein Organ konnte nicht beſtechen, da er furchtſam und ſtotternd mit geſenkten Blicken mehr in ſich hinein, als offen zu ſeinen Zuhörern ſprach, — Fehler, die nur dann von ihm wichen, wenn der Gegenſtand ihn ergriff und warm machte

Er ſtand überdies in dem Rufe ein übereifriger Katholik zu ſeyn, was ihm in Berlin am wenigſten zur Empfehlung gereichte. Nur ſein politiſches Glaubensbekenntniß, das ihn als Demokraten vom reinſten Waſſer bezeichnete, lenkte die Aufmerkſamkeit der Wähler auf ihn hin; und die darauf gebauten Erwartungen rechtfertigte er auch in der Verſammlung vollſtändig.

Er war der Vorkämpfer für die Begründung einer Staatsform, welche ſo demokratiſch ausgefallen wäre, daß für den Monarchen kaum noch das beſchriebenſte Plätzchen übrig geblieben ſeyn würde.

Darnach fragte Waldeck wohl freilich nicht, denn ihm war der König nur der erſte Edelmann des Landes, und der Haß, mit dem Waldeck den Adel verfolgte, traf daher jenen, nämlich den König zuerſt und am härteſten.

Man hatte vorausgeſetzt, daß der Mann des Geſetzes bei ſeinen Vorträgen jederzeit den Rechtspunkt hervorheben und den kalten Verſtand zu überzeugen, ſo bemüht als fähig ſeyn werde; aber man täuſchte ſich gänzlich.

Waldeck wendete ſich faſt ausſchließlich an das Gefühl ſeiner Zuhörer, und wie er ſich dabei ſelbſt erhitzte, wußte er auch Andere in Flammen zu ſetzen. In ſolchen Augenblicken verwunderte ſich ſein ganzes Weſen, denn Worte floßen wie ein Strom von ſeinen Lippen; er riß die Verſammlung mit ſich fort und entnte ſie ſelbſt den Beifall derjenigen, die ſeine Meinungen bekämpften oder dagegen waren.

Es iſt aber hier nicht außer Acht zu laſſen, daß man einen Redner nicht bloß an ſich, ſondern in Beziehung auf die Verſammlung beurtheilen muß, zu welcher er ſpricht.

Er muß ſich zu ihr herablaſſen; er muß ſich in ihr Weſen verſenken; er muß die Saiten anſchlagen, die in den Herzen der Zuhörer wiederklingen.

Waldeck hatte viel einfache Landleute und Perſonen von geringer Bildung vor ſich, welchen er unverſtändlich geblieben wäre, wenn er die vorliegenden Fragen ſtaatsmännlich und wiſſenſchaftlich behandelt hätte.

So gewiß iſt es, daß der Menſch das Gepräge ſeiner Umgebungen annimmt, daß Waldeck, wenn er zu lauter ſolchen Männern geſprochen hätte, wie dort in der Minderzahl vorhanden waren, eine ganz verſchiedene Erſcheinung dargethan haben würde.

Freilich darf man auch nicht unberührt laſſen, daß er wenig Geſchick zum Geſetzgeben zeigte, und mehrere Geſetzentwürfe eingebracht hat, die er ſelbſt andern Händen überlaſſen mußte, um ihnen eine paſſendere Geſtalt zu geben.

Dieſe Wahrnehmung mindert alſo die Achtung vor ſeinen Kenntniſſen, und dieſe Achtung ſinkt noch tiefer, wenn man ſein immerwährendes Beſtreben wahrnimmt, in die Rechte der ausübenden Gewalt hinüber zu greifen.

Dem Staatsmann, dem Rechtskundigen kann man alſo Vermiſchungen der Gewalten nicht verzeihen. Seine Freunde und Anhänger lobten ihn als den aufrichtigſten und uneigennützigſten Beförderer von Freiheit und Volkswohl; ſeine Gegner behaupteten aber, daß ſein Ehrgeiz die alleinige Triebfeder ſeiner Handlungen, ſeine Menſchenliebe eine vorgehaltene Maske, und er nichts Anderes als eine erneuerte Auflage von Robespierre ſey. Uebrigens iſt es ſchwer, ſo lange nicht beſtimmte Thatſachen für Lob oder Anklage ſprechen, darüber ein entſcheidendes Urtheil abzugeben.

Indeſſen ſind aber dennoch einzelne Züge bekannt geworden, die allerdings auf ehrgeizige Pläne hindeuten; denn Waldeck ſoll ſchon nach dem Rücktritte des Miniſteriums Camphauſen auf ein Portefeuille und zwar mit ſolcher Beſtimmtheit gerechnet haben, daß man ihm nachjagte, er habe ſeinen Leuten die Weiſung gegeben, ihn augenblicklich aus dem Sitzungs-Saale zu rufen, wenn ein Brief in einem blauen Umſchlag, — nämlich die königlichen Kabinets-Schreiben haben blaue Umſchläge, — an ihm abgegeben würde *).

Eben ſo will man ihm auch Selbſtſtändigkeit abſprechen und ſagte ihm nach, daß er nur das Werkzeug ſeiner Parthei geweſen ſey.

Wahr iſt es übrigens, daß er für jeden Antrag der Linken ſtimmte, obgleich ſich kaum annehmen läßt, daß er von der Zweckmäßigkeit aller vorgeſchlagenen Maßregeln überzeugt ſeyn konnte, es ſey denn, daß er ſich die Vernichtung der Monarchie als Ziel geſteckt hatte, und zu jedem Schlage die Hand reichte, welcher gegen ſie geführt wurde.

Ein beſonnener Mann würde ſich freilich überlegt haben, daß bei ſo vielen ungeſchickt geführten Streichen die Art zurückſpringen und die Hände verwunden müſſe, die ſie führeten; da Waldeck jedoch nie zu dieſer Ueberlegung kam, kann man ihn auch nicht für einen wirklich gefährlichen Gegner der Monarchie halten, denn er war zu ſehr Schwärmer geworden, um furchtbar zu ſeyn.

Seine Amtsgenoſſen wollten ihn nach der Auflöſung der National-Verſammlung nicht wieder in ihre Mitte aufnehmen, und regten dadurch faſt ganz Deutſchland wider ſich auf. Noch hatte auch Waldeck nichts Anderes gethan, als wozu ihn ſeine Stellung als Volksvertreter vollkommen berechtigte. Er hatte ſeine politiſchen Ueberzeugungen ausgeſprochen, und mit der Waffe des Wortes für ſie gekämpft. Könnte ein Abgeordneter dieſerwegen aus ſeinem Amte geſtoßen werden, ſo konnte er dieſes eben ſo gut in den Kerker oder aus dem Lande.

Damit wäre aber die Unabhängigkeit wie die Redefreiheit vernichtet, denn wo ſoll die Gränze aufgefunden werden, bis wohin die Freiheit geht? Jedenfalls mußte beim Mißbrauch des Wortes eine Anklage zu begründen, und durch einen parteiloſen Richter darüber zu urtheilen ſeyn; und am übelſten ſtand es ohne Frage dem oberſten Gerichtshof des Landes an, die Unabhängigkeit der Ueberzeugung in ſolcher Weiſe entgegen zu treten.

Sein Benehmen bei jeder Gelegenheit war in einem hohen Grade entſchieden und würzig, und hob ihn wieder in den Augen vieler Männer, die mit ſeinem Auftreten in der Verſammlung ſich in keiner Weiſe einverſtehen mochten.

*) Ein Spaßvogel hatte davon Nachricht erhalten, und erlaubte ſich die Bosheit, mehrere blau verſchloſſene Briefe unter dem Amtsſiegel in Waldeck's Wohnung zu ſchicken, der nach einer jeden ſolchen Nachricht nach Hauſe eilte, ſich aber leider immer, ſo oft er einen Brief eröffnete, getäuſcht fand.

Die Revolution im Großherzogthume Baden.

Im Jahre 1848.

Es iſt eine, im ganzen Laufe der Menſchengeſchichte auf Wahrheit gegründete Erfahrung, daß jede Uebertreibung von der einen Seite eine andere in entgegengeſetzter Richtung hervorruft; dieſes iſt auch durch die Ereigniſſe des Jahres 1848 vielfach beſtätigt worden, und hat wie immer bittere Früchte getragen.

Das Beſtreben Ludwig Philipps, Königs von Frankreich, die politiſchen Rechte der Nation in die Hände eines verhältnißmäßig ſehr kleinen Theils derſelben zu ſpielen, und durch den Einfluß, welchen die Regierung auf dieſen Bruchtheil des Volkes ausübte, die Macht der Krone faſt unumſchränkt zu machen, hatte die Folge gehabt, daß die gekränkten Maſſen ſich erhoben und in einer Entrüſtung den Thron umſtürzten.

Der lange Zeit aufgeſtimmte Strom der öffentlichen Meinung ſtrömte nun ungehindert über das Land, und drohte den ganzen Beſtand der bürgerlichen Geſellſchaft zu vernichten.

Die dadurch in Gefahr geſtellten Intereſſen verſuchten dieſer gewaltigen Anſtrömung wieder kräftige Dämme entgegen zu ſetzen, und die Bewegung in das verlaſſene Flußbett zurück zu drängen; aber erſchreckt durch die drohende Gefahr glaubte man dieſe Dämme nicht hoch genug aufrichten zu können, und ſo ſieht man dort die kaum errungene Freiheit noch weit ängſtlicher beſchränkt, als dieſes jemals unter der königlichen Herrſchaft der Fall geweſen iſt, oder es überhaupt hätte werden können.

Auch hier konnte der Gegenſtoß nicht ausbleiben; denn ſchon einmal erfolgte er mit furchtbarer Gewalt in den Tagen des Monats Juni, und obgleich blutig unterdrückt, wird doch die Ruhe in jenem Lande nicht eher zurückkehren, als bis ein Verhältniß zu Stande gekommen iſt, welches die Anſprüche aller Theile zu befriedigen im Stande iſt.

Aehnliches trug ſich nun auch in Deutſchland zu.

Als nämlich die Revolution des Jahres 1848 Baden zunächſt überraſchte, fand ſie das konſtitutionelle Weſen dort ſtark erſchüttert, das Vertrauen zur Regierung untergraben, den Staatsorganismus mit allen böſen, ungeſunden Stoffen der alten Politik getränkt und die Gegenſätze einer liberalen und radikalen Parthei ſchärfer und ſchneidender ausgebildet, als vielleicht in irgend einem andern Lande.

Ein Glück, daß die neue Regierung den Willen äußerte, in eine beſſere Bahn einzulenken, aber es war die Frage, ob zu feſter, aber friedlicher Durchführung dieſes Willens der Krankheitsſtoff nicht zu groß, die Zeit der friedlichen Heilung nicht verſpätet war?

Hier wird ſich nur auf den engen Kreis dieſes kleinen Landes bezogen, man konnte die Zuſtände aber mit demſelben Rechte auf ganz Deutſchland anwenden, und Baden war alſo nur der vorgeſchobene, äußerſte Poſten, den der gewaltige Stoß einer neuen Weltererſchütterung am erſten treffen mußte.

War nicht in ganz Deutſchland das Vertrauen zur Regierung erſchüttert, der Staatsorganismus untergraben, die Staatsgeſellſchaft von allen zerſetzenden Elementen der ſittlichen und politiſchen Auflöſung durchdrungen?

Ein ganzes Menſchenalter lang hatte man die berechtigten Wünſche und Forderungen des gebildeten Theiles der Nation theils ſchroff abgewieſen, theils mit trauriger Regierungsſophiſtik vereitelt. Durch dreißig Jahre hatte man dem natürlichen Trieb der Thätigkeit und freien Entwicklung im Volke keinen Spielraum gegeben.

Welche Fülle von geiſtigen und materiellen Kräften, die man zum Beſten hätte großziehen und benützen können, war in ein wucherndes Unkraut ausgeartet oder ganz untergegangen! Wie hatte jene Beſchränkung jeder freien und großen Thätigkeit im Volke zur innern Verbitterung, ja zur Verwilderung aller geiſtigen und ſittlichen Kultur beigetragen; wie manches edle Talent, das dem Ganzen hätte nützlich ſeyn können, war nach der negativen, zerſtörenden Seite hingetrieben worden.

Den idealen Trieb der gebildeten Klaſſen nach freien Staatsformen und einem kräftigen Nationalleben hatte man unbefriedigt gelaſſen und dadurch dem politiſchen und nationalen Nichtiismus allen Vorſchub geleiſtet.

Die materielle Erleichterung der Maſſen war in einem gleichen Maße verſäumt worden, wie ihre geiſtige und ſittliche Erziehung; auch auf ihnen laſtete daher das dumpfe, peinliche Gefühl des allgemeinen Mißbehagens und der unklare Drang nach einer erſchütternden Umwälzung, von der ſich Alle Alles verſprachen.

Eine ganze Generation hatte man genöthigt, im Kampfe gegen das Beſtehende eine Art von politiſcher Nothwehr zu finden; kein Wunder alſo, wenn der geſetzliche Sinn, der von der politiſchen Freiheit unzertrennlich iſt, auf's tiefſte erſchüttert war.

Die Thätigkeit der Nation, der man auf dem Gebiete des Handelns keinen Raum gegeben hatte, flüchtete ſich in eine brütende literariſche Thätigkeit, und alles das zerſtörende korroſive Gift, das an der freien Luft verbunſten wäre, gährte nun im Schooße der Geſellſchaft; denn es iſt immer ein Unglück für ein Volk, welches alle Bedingungen einer umfaſſenden Entwicklung in ſich trägt, wenn es auf eine ausſchließlich literariſche Exiſtenz zurückgedrängt wird.

Die Gährung, welche Deutſchland bis in ſeine Tiefe durchdrang, war in Baden durch die frühern

Vorgänge bedenklich genährt worden. Dieser anhaltende Kampf gegen eine hartnäckige und versteckte Ministerial- und Hofpolitik, hatte die Aufregung wach erhalten, während das scheinbar fruchtlose Ringen gegen die konstitutionelle Unwahrheit, welche hier wie anderwärts Staatsmarime geworden, die Unbänglichkeit an den monarchischen Repräsentativ-Staat überhaupt merklich erschütterte.

Das konstitutionelle Leben war in Baden krank und verkümmert; kein Wunder also, daß eine allgemeine Volksverschütterung seine Existenz ernstlich in Frage stellte.

In dieser kritischen Lage übernahm J. B Beck, Geheimer-Rath als Minister des Innern die Hauptleitung der Staatsgeschäfte, jedoch aber unter sehr großen Hemmungen, welche schon damals in dem politischen Leben in Baden die auffallendsten Merkmale von Volksverregtheit wahrnehmen ließen.

Gleichwohl konnte man es als ein Glück bezeichnen, daß man jetzt wenigstens — spät genug — den Anfang damit machte, statt der Kabinets- und Ministerial-Regierungen es mit einer parlamentarischen Regierung zu versuchen.

Beck wäre der Mann gewesen, den man nach der Entfernung Blittersdorf aus dem Ministerium ins Kabinet hätte berufen müssen; man zog es aber vor, zu warten, bis auch diese Ernennung von ihrem Eindruck und an ihrer Bedeutung verlor.

Gleichwohl machte sich die Veränderung sehr fühlbar, die sich an Beck's Eintritt und Rettigs Entfernung knüpfte, denn das Gehässige und Drückende des bureaukratischen Systems, so weit es von oben seine Stütze fand, verlor sich. — Der Einfluß der Kamarilla ließ nach, auch wenn er nicht ganz beseitigt erschien, und in den obern Regionen der Staats-Verwaltung kam ein freierer und unbefangenerer Ton, als man ihn früher gewohnt war.

Diejenigen Beamten, die nur wider Willen dem Systeme gedient hatten, fühlten sich jetzt freier, seit sie von oben nicht mehr in der beliebten Blittersdorf'schen Weise eingeschüchtert wurden.

Censur und Polizeigewalt wurden nicht mehr so mit Lust ausgeübt wie zuvor; die neue Verwaltung war zugänglicher für die Wünsche und Beschwerden als die früheren. Sie suchte nicht einen Stolz darin, den Wünschen und Forderungen der Kammer das berüchtigte „Nein" entgegenzusetzen; sie machte ernstliche Anstalten, manchen Bedürfnissen, wie sie sich unzweideutig ausgesprochen hatten, ungenöthigt entgegen zu kommen.

Die Vorarbeiten zu einer volksthümlichen Verwaltung, welche die Beamten-Regierung durch eine bürgerliche Regierung nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in den Bezirken und Kreisen zu ersetzen strebte, wurden bereits vor der Februar-Revolution in den Kanzleien der Ministerien entworfen; ebenso that das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten schon vor der Revolution ernstliche Schritte, um beim Bundestage und den größeren Regierungen eine Reform der deutschen Preßgesetzgebung durchzusetzen.

Die Minister des Innern und Aeußern, nämlich F. B. Beck und Alexander Dusch machten zugleich Rundreisen durch das Land, und verkehrten in bürgerlicher Einfachheit mit dem Volke, um von seinen Bedürfnissen und Wünschen in Kenntniß zu kommen.

Aber freilich lag schon das Uebel zu tief, um durch ein mildes Verröhnungs-Ministerium gleich beseitigt zu werden; denn waren auch die Formen der neuen Staats-Verwaltung versöhnender als die der früheren Regierung und durfte man an der aufrichtigen konstitutionellen Gesinnung nicht zweifeln, so fehlte es doch an der durchgreifenden Energie, um das Unkraut der alten Zeit zu beseitigen oder auszujäten.

Nicht in allen Gebieten der Staats-Verwaltung bewies die neue Regierung den Eifer, selbstthätig vorangugehrn; etwas von dem politischen laisser faire und laisser passer, war in dem Benehmen des neuen Ministeriums unverkennbar.

Mit rücksichtsloser Energie war das bureaukratische Polizei-System in Baden gepflanzt worden; man mußte es jetzt mit derselben Energie auszurotten suchen. Geschah dieses nicht, so wucherte es wohl im Einzelnen noch fort, und störte das Vertrauen zu dem aufrichtigen Willen der neuen Verwaltung.

In der That fehlte es auch unter dem Ministerium Beck nicht an Rückfällen in die alte Censur- und Polizei-Willkür, und obwohl sie nicht von oben veranlaßt wurden, so wurden sie aber auch nicht mit der nöthigen Kraft ferne gehalten.

Ein gewisser Indifferentismus, der zum raschen und kraftvollen Handeln erst angetrieben werden mußte, war in den Persönlichkeiten des neuen Ministeriums nicht zu leugnen; es fehlte aber häufig die entschlossene, eifrige Thatkraft, die namentlich jetzt entschieden brechen mußte mit dem alten System, und überall die Initiative ergreifen sollte zur Begründung einer wahrhaft parlamentarischen Regierung. Aber freilich das Ministerium war nur theilweise im Sinne der parlamentarischen Mehrheit bestellt.

Es blieb von der alten Regierung eine der verrufensten Stützen, nämlich der Staatsrath Franz Anton Regenauer an der Spitze der Finanzen, und es kam der Geheimrath Chr. Franz Trefurt an die Spitze des Justiz-Ministeriums.

Trefurt sowie Regenauer waren als bedeutende Kapacitäten auch von ihren Gegnern anerkannt worden, aber ihre frühere politische Haltung vertrug sich nicht mit dem neuen parlamentarischen System.

Regenauer war in der Verwaltung sowie in der Kammer einer der schärfsten Vertreter derselben Politik gewesen, die mit Beck's Ernennung beseitigt werden sollte.

Trefurt war im Anfang der dreißiger Jahre dem Liberalismus zugethan, dann betreundete er sich aber mehr mit den Grundsätzen der Regierungspolitik, und wurde in der Kammer ihr gewandtester Vertechter.

In den Zeiten des leidenschaftlichen Kampfes als Führer der ministeriellen Partei mit der Opposition bitter verfeindet, hatte er in dieser Verbitterung im-

mer weiter nach Rechts ſich treiben laſſen, und war alſo nicht wie Beck durch die unbefangene und vermittelnde Stellung zwiſchen den Partheien unterſtützt. Zudem erſchien es als keine gute Empfehlung für die verſprochene parlamentariſche Regierung, daß der Führer der Minorität der Kammer darin eine Stelle fand.

Wenn unter dieſen Umſtänden mancher Rückfall in die alte Regierungsart vorkam, ſo ſchrieb man dieſes nicht, wie es einem unbefangenen Auge erſcheinen mußte, der langen Angewöhnung eines in allen Zweigen der Verwaltung eingenifteten Syſtems zu, ſondern die Peſſimiſten oder Meinungs-Vertheidiger verzweifelten an der Aufrichtigkeit des Miniſteriums überhaupt, und führten als Beleg die allerdings auffallende Nuancirung von Perſönlichkeiten an, welche ſich in demſelben zuſammen fanden.

Gleichwohl fing die größere Theil des Mittelſtandes, der ſeit ſechs Jahren in die Oppoſition gegen die Regierung hineingetrieben worden, allmählig an, ſich behaglicher zu fühlen unter dem neuen Miniſterium, und die Gruppe der liberalen Abgeordneten, die ihrer Natur nach zur »Oppoſition um jeden Preis« nicht gerechnet werden konnten, ſchloß ſich dieſen Geſinnungen an.

Vieles trug dazu bei, jene innere Entfremdung, deren Quellen und jene geſteigerte Feindſeligkeit, womit die radikale Preſſe gegen die Halben und Unentſchiedenen auftrat.

Der Erfolg dieſer wilden Hetze war kein anderer, als daß der liberale Mittelſtand von Struve's »Deutſchen Zuſchauer« und andern Zeitungsblättern gleicher Richtung bare angelaſſen, ſich beleidigt von der bisherigen Genoſſenſchaft zurückzog, und ſich dem Miniſterium noch raſcher näherte, als es ſonſt geſchehen wäre.

Die Scheidung der alten Oppoſitions-Parthei in eine liberale, welche die konſtitutionelle Monarchie rein durchgeführt wiſſen wollte, und eine Radikale, welche darüber hinauszugehen Miene machte, ward jetzt ſchnell vollendet.

Bei den Ergänzungswahlen im Herbſt des Jahres 1847 traten ſich beide Partheien, die bis jetzt gemeinſam gegen die Regierung Front gemacht hatten, zum erſten Mal als Gegner einander gegenüber; namentlich ſchritte Struve's Kandidatur an dem entſchiedenen Widerſtand des bürgerlichen Liberalismus.

Schon kam es vor, daß ſich dieſes letztere Element lieber mit der Regierungspartei Alliirte, als mit dem ehemals verbündeten jetzt ungeſtüm zufahrenden Radikalismus.

Das Reſultat der Ergänzungswahlen ſelbſt gab den ſchlagenden Beweis dafür. Nicht nur der perſönliche Geiſt des neuen Verwaltung, ſondern namentlich auch der ſtille Groll des alten Liberalismus trugen weſentlich dazu bei, die Regierung durch einige entſchiedene miniſterielle Wahlen zu verſtärken.

Jyh. Adam Ihſtein Hofgerichtsrath und Mitglied der zweiten Kammer war über dieſen Verfall der Parthei, die er zuſammengekittet hatte, betroffen, und äußerte damals ganz verſtimmt; »dieſes haben wir dem Herrn Struve zu verdanken.«

Der Bruch war nicht mehr zu verläugnen, denn in der Preſſe ſo wie im geſelligen Verkehr ſah man ſich mit Mißtrauen, ja oft ſchon mit Feindſeligkeit an.

Struve führte in ſeinem neu begründeten »Deutſchen Zuſchauer« eine bittere und feindſelige Polemik oder Streitlehre gegen das Miniſterium und den ihm ſich zuneigenden Bürgerliberalismus; und die übrigen radikalen Blätter ſtimmten in dieſen Ton ein. Nur erſchien Struve's Oppoſition als die empfindlichſte, weil ſein Blatt mit Geiſt und in einem anſtändigen Tone geſchrieben war.

Durch den langen Kampf mit der Cenſur und durch ſpätere Preſſverfolgungen immer verbitterter, von den ſozialiſtiſchen Theorien der jungen franzöſiſchen Literatur ergriffen, nahm Struve ſchon jetzt eine ganz revolutionäre Stellung gegenüber dem Beſtehenden ein, und ſein Blatt trat bereits als ein Organ der ſozialen Demokratie auf, die er nach dem Monat Februar 1848 offen und unumwunden mit republikaniſchen Tendenzen verfocht.

Seine Leitenſchaftlichkeit, auch wenn ſie nie in rothe Formen überſchlug, klang ſchon jetzt ziemlich verwandt mit dem Tone, den er einige Monate ſpäter in Wort und Schrift einhielt.

In immer nähere Beebindung mit ihm war der Obergerichts-Advokat Friedrich Hecker gekommen.

Seit jenem brüsken Austritt aus der Kammer war derſelbe ſeinen bisherigen Freunden merklich entfremdet. Zwar kehrte er von einer Erholungsreiſe nach dem Süden ſcheinbar beruhigter zurück, und es knüpfte ſich wieder ein nothdürftiges Verſtändniß mit den alten Kollegen an, denen es auch gelang, ihn zum Wiedereintritt in die Kammer zu bewegen; aber die alte Herzlichkeit blieb geſtört. Hecker's nervöſe Gereiztheit wurde von dem jungen Radikalismus rührig ausgebeutet, ſeine angeborne Neigung zu Extravaganzen machte ihn zum natürlichen Verbündeten des demokratiſchen Socialismus, ſo wie ihn Struve vertrat Das junge Literatenthum, das dafür die Feder führte, verſäumte nicht, Hecker's ſchwache Seite nach Kräften zu benutzen, und ihn herüberzuziehen zu den Experimenten einer angebornen Revolutionspartei.

Unbedeutende Menſchen, die höchſtens als Demagogen eines niedern Schlags zu gebrauchen waren, hingen ſich ſchon damals als gefällige Höflinge an ihn an.

Zu den Verſuchen, die arbeitende Klaſſe als politiſchen Hebel zu benutzen, wurde er ebenfalls hinübergezogen. Struve war hier die treibende Kraft, Hecker der vorgeſchobene Poſten, deſſen Talent man ausbeutete.

Von dorther wurde auch darauf hingearbeitet, jede Annäherung an die alten Freunde zu erſchweren. Hecker's seizbares Naturell machte dieſer Taktik leichtes Spiel, und ſein unüberlegtes Sichgehenlaſſen und die leichtfertige, offene Zugänglichkeit ſeines Weſſen's machten ihn ſchon jetzt zum Agenten revolutionärer Propagandiſten, in deren letzte Zwecke und Mittel er ſchwerlich ganz eingeweiht war.

Noch immer freilich machte man keine Miene, über die Grenzen der konſtitutionellen Verfaſſung

Bodens hinauszugehen; denn dieses bewies unter Anderen auch die Versammlung in Offenburg, welche der Hecker-Struve'sche Radikalismus am 12. September 1847 abhielt.

Die Radikalen, die dort zusammentraten, fündigten sich noch als entschiedene Verfassungsfreunde an; und so war von einem Aufgeben der monarchischen Form noch keine Rede.

Allerdings ging durch die Reden Hecker's und Struve's ein stürmischer und revolutionärer Geist, allein man wird dieses bei einer Versammlung, deren Zweck war, gegen den konservativer werdenden Liberalismus zu agitiren, ganz begreiflich finden.

Die Punkte selbst, die man dort als Forderungen des Volks aufstellte, lauteten; — Lossagung von den Beschlüssen zu Karlsbad, Frankfurt und Wien. — Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit. Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und Schutz der persönlichen Freiheit gegenüber der Polizei. — National-Vertretung bei dem deutschen Bunde, Volksthümliche Wehr- Verfassung. — Gerechte Besteuerung. — Allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts. — Geschworenengericht. — Eine volksthümliche Staatsverwaltung, und endlich Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, dann Abschaffung aller Vorrechte.

Nur aus diesen letzten Punkten war Struve's demokratischer Sozialismus herauszuhören; alle übrigen Forderungen konnten aber so gut von dem konstitutionellen Liberalismus aufgestellt werden, als von den Radikalen; darum war es auch unpolitisch von der Regierung, eine Untersuchung einzuleiten gegen die stürmischen Redner, und eine ähnliche Versammlung, die zu Donau-Eschingen gehalten werden sollte, zu verbiethen.

Inzwischen kam die Zeit heran, wo der neue Landtag zusammentreten sollte. Die Gemüther waren in einer aufgeregten und gespannten Stimmung; man sah unruhig den Dingen entgegen, welche kommen würden. Konnte zwar Niemand sich vermessen, die Ereignisse des kommenden Jahres zu weissagen, so ging doch durch Alle das Vorgefühl einer neuen Zeit.

Die Dinge in Italien, der sittliche Auflösungs-Prozeß in Frankreich, der Kampf in der Schweiz, — dieses Alles waren die Sturmvögel einer Revolution, die Jedermann erwartete, auch wenn sie Niemand für schon so nahe hielt.

Namentlich die Schweizer-Angelegenheiten wirkten mächtig auf Baden herüber, und der Radikalismus, mit seiner stürmischen durchgreifenden Politik, fand in dem Gang der Dinge dort wie jenseits der Alpen eine moralische Stütze.

Wohl knüpften sich auch damals schon zwischen der äußersten Partei nämlich der Schweizer-Radikalen und denen in Deutschland Verständnisse an, die auf eine weiter gehende Propaganda oder Gesellschaft zur Ausbreitung abzielten, und seit dem Ausbruch der französischen Revolution nur noch eifriger gepflegt wurden.

Aber auch die Gemäßigten und konstitutionell Gesinnten wurden durch den Gang der europäischen Dinge in ihren Hoffnungen gehoben und bestärkt. Der sittliche Bankrott der orleanistischen Staatskunst in Frankreich, die moralische Niederlage, welche die jesuitische Politik und die Metternich-Guizot'sche Diplomatie in der Schweiz erlitten hatten, waren auch für die ruhigsten und konservativsten Leute bedeutungsvolle Wahrzeichen, daß das Maß der alten Politik gefüllt sey.

Mit dem Entschlusse durch bloße Zusagen und Versprechungen sich nicht länger mehr abfinden zu lassen, gingen selbst Diejenigen in den neuen Landtag, die sonst, der langjährigen Opposition herzlich müde und mit dem Radikalismus verfeindet, sich gerne bereit zeigten, eine konstitutionelle Regierung zu unterstützen.

Namentlich waren die Konstitutionellen einig darüber, daß man sich durch Vertröstungen auf den Bundestag nicht mehr länger dürfe hinhalten lassen, sondern daß noch auf diesem Landtage wenigstens die Freiheit der Presse bewilligt werden müsse.

Ging das Ministerium Beck auf diese Wege ein, so hatte es eine starke Majorität in der Kammer, wie kein anderes seit des Ministers Winter's Tode; zögerte es aber, so wurde es abgenutzt, wie die vorangegangenen, und durfte in der Kammer auf keine Unterstützung rechnen.

Den 9. Dezember 1847 eröffnete der Großherzog Leopold *) die Stände-Versammlung.

Zum ersten Mal seit fünf Landtagen hatte der Regent das unberechtigte und unpolitische Schmollen, zu dem ihn falscher Rath bewog, aufgegeben, und trat persönlich vor die Vertreter des Landes um sie in einfacher und herzlicher Weise anzureden.

Mit einem Hochgefühle, das seinem Herzen wohl that, gab er seinem Volke das offene Zugniß, daß in den schweren Zeiten der materiellen Noth des Jahres 1846 die Ordnung im Lande nirgend, auch nur einem Augenblick gestört worden sey.

Er forderte die Stände auf, diesen Sinn der Gesetzlichkeit zu nähren, und die Bestrebungen Einzelner, welche die Staatsordnung, ja selbst das Eigenthum zu untergraben suchten, mit vereinten Kräften niederzuhalten. Er kündigte an, daß sein Ministerium verschiedene Gesetzentwürfe übergeben werde, und zwar größtentheils solche, um deren Vorlage die Stände bereits nachgesucht haben.

Keine von diesen Vorlagen ward freudiger begrüßt, als die, welche der Großherzog mit den Worten ankündigte: »Ich habe dem einstimmigen Wunsche meiner getreuen Stände nach einer Repressiv-Gesetzgebung für die Presse mit Beseitigung der Censur meine Theilnahme zugewendet. Wie mehrere andere Bundesregierungen, so hat auch die meinige bundesgesetzliche Schritte in dieser Beziehung gethan, und ich wünsche, daß es gelingen möge, diese schwierige ge-

*) Leopold, Markgraf von Hochberg ist seit dem Jahre 1830 Großherzog von Baden.
Seine 4 Söhne sind Ludwig der Erbgroßherzog, dann Friedrich, Wilhelm und Karl.

meinſchaftliche Aufgabe befriedigend zu löſen, daß weder der Freiheit noch Ordnung und Sitte leiden.«

Der verſöhnliche Ton, der die Adreſſe durchdrang, prägte ſich auch in dem Benehmen des Hof's und dem Verhalten der Regierung gegenüber der Kammer aus.

Man geſtand ſtillſchweigend zu, daß die künſtliche Kälte und Entfremdung der letzten Jahre ein politiſcher Mißgriff geweſen ſey. Die Kammer ſelbſt erwiederte in ihrer Antworts-Adreſſe das Entgegenkommen der Regierung. Auch ſie lobte den gerühmten Sinn für Geſetzlichkeit und ſetzte noch bei »Die Entfaltung dieſes Sinnes gereicht am beſten, wo im Volke die Ueberzeugung lebt, daß auch Alle, von denen die Handhabung der Verfaſſung und des Geſetzes abhängt, gewiſſenhaft dieſelben beobachten, wo nicht ängſtliches Mißtrauen jeden Schritt des freien Volkslebens ſtört, und wo die Geſetze mit der nothwendigen Kraft der Vollziehung aber auch mit Achtung der perſönlichen Freiheit und mit weiſer Mäßigung angewendet werden.«

Die angekündigten Geſetzentwürfe nahm man mit Dank an und ſprach zugleich den Wunſch aus, die Regierung möge die Hand zu volksthümlichen Reformen in der Verwaltung, der Gerichts-Verfaſſung und dem Staatshaushalte anbiethen.

In Bezug auf die Preſſe wurde die Erklärung der Thronrede mit Freude begrüßt, aber auch zugleich die Beſorgniß ausgeſprochen, es werde eine Vereinbarung aller Bundesſtaaten zu einem gleichförmigen Preßgeſetze nicht ſo ſchnell gelingen.

Die Adreſſe lautete noch weiter mit den Worten: »Vertrauensvoll überlaſſen wir und der Hoffnung, daß Euer königliche Hoheit durch die nöthigen Anordnungen, den auf den vorigen Landtagen an ſie geſtellten Bitten der Kammer gemäß, den jetzigen unerträglichen Zuſtand der Preſſe beſeitigen werden.

In der Gewährung einer freien Preſſe in Verbindung mit einer gerechten Strafgeſetzgebung zur Abwehr von Mißbräuchen, in der Erfüllung der dem deutſchen Volke ertheilten Zuſagen, in der Belebung und Erſtarkung des deutſchen National-Gefühls und in Einrichtungen, die mit Beſeitigung der proviſoriſchen Bundesgeſetze, die innere Einheit Deutſchlands kräftigen und auf eine, Vertrauen begründete Weiſe die öffentlichen Zuſtände des deutſchen Vaterlandes entwickeln, erblicken wir das ſicherſte Mittel allgemeiner Beruhigung und der Entfernung aller Beſorgniſſe für die Tage der Bedrohung durch einen äußern Feind.«

Die freiſinnige und doch gemäßigte, ſchonende Haltung dieſer Adreſſe war in der That der getreue Ausdruck der Mehrheit der Kammer, und fand auch ihren Wiederhall in der Stimmung des Landes

So ſehr man wünſchen mußte, daß das Miniſterium rückhaltloſer und entſchloſſener die Bahnen der alten Politik verlaſſe, ſo peinlich es war, die rühmſten Stützen dieſer Politik noch immer im Miniſterrathe zu erblicken; der verſöhnliche Geiſt der Regierung wirkte wohlthätig auf die ganze Bevölkerung zurück, und zum erſten Mal ſeit Jahren blickte ſich im Lande wieder eine miniſterielle Mehrheit.

Auch in der Kammer ſchieden ſich die meiſten Vertreter des bürgerlichen Liberalismus, die mit dem alten Syſtem ſo wie mit dem jungen Radikalismus auf einem gleichgeſpannten Fuße ſtanden, als eine Partei der Mitte von der Linken und Rechten aus, und machten ſich zum Kern der neuen miniſteriellen Majorität.

Der Radikalismus zeigte ſich über dieſe Schwenkung verſtimmt, und es weiſen noch Flugblätter aus dieſen Tagen nach, worin die Radikalen ſich nicht ohne ganz glimpflich über die miniſterielle Bourgeoiſie auslaſſen, und jene Verſöhnung mit allen Waffen des Spottes geißeln.

In der Kammer war nun die radikale Oppoſition auf wenige Stimmen beſchränkt, und auch dieſe Wenigen ließen ſich nicht in den feindſeligen Tone hören, in welchem ſchon jetzt die Debatte außerhalb der Kammer geführt zu werden anfing.

Aber der innere Bruch war vorhanden und die Preſſe verbreiterte dieſen Bruch noch mehr. Nicht nur die bürgerliche Mitte, ſondern auch Leute, wie Friedrich Daniel Baſſermann, Buchhändler in Mannheim, ſpäter dann Unter-Staatsſekretär im Reichs-Miniſterium, Alexander Soiron, Obergerichts-Advokat in Mannheim und Karl Mathy, Schriftſteller in Mannheim, ſpäter badiſcher Staatsrath und Unter-Staatsſekretär im Reichs-Miniſterium, alle drei Mitglieder der zweiten Kammer, die ſich noch immer gegenüber der Regierung mit einer faſt mißtrauiſchen Vorſicht und Zurückhaltung benahmen, waren der äußerſten Parthei nach und nach entfremdet worden.

Eine Angelegenheit, die an ſich nur mittelbar mit dem politiſchen Gebiethe zuſammenhing, brachte dieſes zu Stande und erweiterte die Kluft; es war nämlich die ſogenannte Fabrikfrage.

Weder ein politiſches noch ein Partheiintereſſe konnte eigentlich hierin entſcheiden; ſondern die Frage, ob der Staat durch ſeine Bürgſchaft den induſtriellen Unternehmungen, um die es ſich handelte, zu Hilfe kommen ſollte oder nicht, mußte in erſter Linie durch eine unbefangene national-ökonomiſche Erwägung beantwortet werden. In der That gingen auch die perſönlichen Anſichten ziemlich auseinander.

Baſſermann und Soiron ſtanden gegen Mathy und den Doktor Karl Theodor Welker, ſpäter badiſcher Staatsrath und Bundestags-Geſandter, und die äußerſte Linke ſelbſt hatte ſich in Freunde und Gegner der Fabriks-Unterſtützung geſchieden.

Am heftigſten trat gegen das Projekt der Obergerichts-Advokat Friedrich Hecker auf; am ruhigſten, ſchneidendſten und überlegenſten wurde der Kampf für daſſelbe von dem Schriftſteller Mathy geführt.

Die Debatte bot ein belebtes und anziehendes Bild des Kampfes, in welchem die hervorragendſten Talente der Kammer miteinander gerathen waren; in das Gehäßige ſtreifte ſie aber nicht über.

Möglich, daß Mathys Schlußworte in seinem meisterhaften Resumé oder seiner Zusammenfaßung der Rede, worin er gegen Hecker sich wendend ausrief: Wenn Sander noch in unserer Mitte wäre, sein junger Freund auf jenem Sitze würde heute zwar eben so geistreich, aber in entgegengesetzter Richtung gesprochen haben! — möglich also, daß diese Worte Hecker beleidigten.

Obschon nun nirgens die Grenzen überschritten wurden, nirgens ein tiefes Zerwürfniß zwischen ehemals Befreundeten zu Tage kam, so knüpften sich doch Zwischenfälle an die Versammlung, deren ärgerlicher Einfluß von unläugbarer Wirkung auf die Parthein blieb.

Hecker hatte eine Adresse übereicht, worin angeblich über sechzig Arbeiter aus einer der Fabriken, um die es sich handelte, gegen eine Staats-Unterstützung protestirten; er glaubte in dieser Eingabe einen schlagenden Beleg zu finden für die Richtigkeit seiner Ansicht, daß die Staatsgarantie vom Volke selbst nicht verlangt würde.

Die Adresse war, wie sich durch einer Erklärung sämmtlicher Fabrick-Arbeiter herausstellte, nicht von ihnen ausgegangen, sondern das Produkte des Literaten Blind, der die Unterschriften argloser und unwissender Leute bloß mißbraucht hatte.

Die Adresse sprach von der Noth des vierten Standes, von der Schrankenlosigkeit der großen Kapitalisten, und verlangte die Gründung von Arbeiter-Gesellschaften, damit das Mißverhältniß von Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

Die Schrift war in einem der Kreise aufgeheckt worden, wo man die sozialistischen Experimente der französischen Schule breitschlug, auf den Bourgeois-liberalismus schimpfte und die Männer verdächtigte, welche andere Ansichten hatten oder aussprachen.

Dieses hätte an sich nicht viel zu bedeuten gehabt, wenn nicht eben Hecker mit diesen Streichen und den ihnen affiliirten Arbeiten ziemlich eng verflochten gewesen wäre. Was aber noch schlimmer sich zeigte, war, daß er meistens zurückgezogen von seinen frühern politischen Freunden lebte und sich in der neuen Umgebung isolirte, die für ihn zugleich Kamarilla und Hofstaat abgab.

Die Geschichte mit der Adresse kam an den Tag. Hecker war ärgerlich darüber daß er sich kompromittirt hatte, ließ aber seinen Aerger nicht an den Urhebern sondern eher an den Gegnern aus.

Die radikale Presse, von solchen Leuten, wie der Literat Blind, zum Theil beherrscht, richtete ihrerseits ihren Groll gegen Mathy und griff ihn selbst mit den Waffen der Verdächtigung an.

Diese persönlichen Zerwürfnisse, die Hecker immer mehr aus den alten Verbindungen herausrissen, und in neue drängten, traten, wie schon bemerkt, in der Badischen Kammer selbst noch nicht so schroff hervor. Liberale und Radikale waren ganz einig, wo es galt, dem alten Systeme entgegen zu stehen.

Die Forderungen politischer Reformen gingen meistens aus dem einstimmigen Beschlusse der Kammer hervor, und auch in dem Mißtrauen gegen die Elemente des Ministeriums, die der alten Politik gedient hatten, stimmte die liberale Mittelpartheit trotz aller Mäßigung mit der äußersten Linken überein.

Aber die Zeit war nicht mehr ferne, wo der innere Zwiespalt, der beide Partheien von einander trennte, offen an das Tageslicht kommen mußte.

Schon mehrten sich die Vorbothen der Revolution, und allenthalben traten die Zeichen der oulkanischen Erschütterung zu Tage.

Die Dinge in der Schweiz, in Italien und in Frankreich schienen allein schon die nahe Stunde des Gerichts zu verkünden, das die Träger der alten Politik bedrohte; aber auch in Deutschland selbst regte sich der Geist einer neuen Bewegung zum Erstaunen Aller, selbst an den Stellen, die für die am meisten apathischen und unbeweglichen gegolten hatten.

Es strafte sich jetzt das Mißtrauen und die Unwahrheit, womit von allen Seiten in Deutschland die Regierung geführt worden war; — es rächte sich die verderbliche Politik, die jeder freien und großen Thätigkeit der Nation Schranken setzte, ohne die Zügellosigkeit und Verwilderung im Einzelnen hemmen zu können.

Am bittersten traf der Vorwurf des Volks gerade diejenige Gewalt, die am meisten berufen gewesen wäre, Freiheit und Wohlfahrt der Nation zu befördern — nämlich den Bundestag.

Dort freilich hatte sich jene kleinliche und geistlose Staatskunst konzentrirt, die nirgens Thätigkeit und Kraft bewies, wo es galt Gutes zu befördern, die aber unerme[illegible]lich war, wo es immer darauf ankam Gutes zu hemmen, zu zerstören, und die Aussaat des Böien auf Generationen hinaus auszustreuen.

Von dorther war Alles ausgegangen, was den tiefen Unmuth in allen Schichten der Nation groß zog; die Ohnmacht Deutschlands nach Außen, die Unfreiheit und der gehäßige Druck eines kleinlichen Despotismus, der den Kampf gegen das Bestehende selbst ganz konservativen Leuten als eine Art Nothwehre aufdrang.

Der Bundestag war auch der große Sündenbock auf dem die Regierungen selbst alle Verantwortlichkeit der Kongreß- und Konferenz-Politik schoben, womit die Nation seit dreißig Jahren bedrückt worden ist.

Kein Wunder also, wenn beim ersten Stoße, der die alten Zustände erschütterte, sich der ganze Zorn des Volkes gerade gegen diese Gewalt am heftigsten zeigte und man lieber selbst mit den eigenen Dynastien und Regierungen Frieden schloß, als mit der verhaßten Behörde, die über ein großes Volk eine so unwürdige Regierung geführt hatte.

Zu den Symptomen der nahen Revolution gehörte auch der Antrag auf Volksvertretung beim Bundestage, den Bassermann in der Badischen Kammer am 12. Februar begründete.

Wer die Verhandlung von jenem Tage mit Aufmerksamkeit anhörte; wer den Unglauben an das längere Bestehen der alten Formen aus den Reden der Sprecher heraus hörte; wer Zeuge des Eindrucks war, den der Antrag in ganz Deutschland machte; der mußte sich gestehen, daß die letzte Stunde

der alten Bundesgewalt in Deutſchland bereits geſchlagen habe, und daß dieſe verhaßte Gewalt einem Stoße von Außen oder von Innen nicht mehr würde widerſtehen können.

Mit den Antrage und dem Verlangen nach einer National-Vertretung war ein großes Loſungswort für die dumpfe gährende Bewegung im Volke gegeben worden, die höchſte und wichtigſte aller Forderungen der Nation, welche für die Freiheit die Eindeit und die Macht Deutſchlands das Palladium werden konnte, war damit ausgeſprochen.

Die beſten und gebildetſten Männer in Deutſchland hatte das Gefühl der unwürdigen Stellung, die Deutſchland im europäiſchen Völkerkreiſe einnahm, am meiſten gedrückt; für ſie war daher die Forderung eines neuen beſſer organiſirten Bundesſtaats der leitende Gedanke ihres politiſchen Programms geworden. Bemerkenswerth erſchien es, daß derſelbe Antrag, als ihn früher Welker in die Badiſche Kammer einbrachte, nicht einmal veröffentlicht werden durfte, während er jetzt von Seite der Regierung nur ſchwache verlegene Einwürfe fand, und im Bundestage ſelbſt bei den hartgeſottenſten Ariſtokraten ſogar z. B. bei Blittersdorf, gleichzeitig und ſchon vorher ſich zum erſten Male etwas von einer politiſchen Gewiſſensangſt und einer Todesahnung regte.

Die alten Gewalten ließen geſchehen, was ſie nicht hindern konnten; denn ſie waren dem Tode verfallen.

Mitten in dieſe bewegten Tage fiel die Nachricht aus Weſten: König Ludwig Philipp von Frankreich ſey geſtürzt und eine republikaniſche Regierung an ſeine Stelle gekommen.

Die Stunde des Gerichts, die Alle erwarteten, wenn der bewunderte Meiſter des Machiavellismus nämlich der Staatsſelbſtſucht, einſt die Augen geſchloſſen haben würde, war früher eingetreten und hatte noch den Lebenden erreicht.

So wenig Glaube an den Beſtand der alten Dinge in allen Kreiſen der Nation auch übrig ſeyn mochte, — dieſe ungeheuere Kataſtrophe kam jetzt unerwartet.

Aber wie tief der Unmuth allenthalben Wurzel geſchlagen, wie einig Alle waren in dem Urtheil über die alte Politik, dieſes bewies das raſche und einmüthige Zuſammentreten Aller in allen Gauen Deutſchlands, um jetzt die Forderungen laut und ungeſtüm zu wiederholen, deren Erfüllung man der beſcheidenen Bitte ſtets verweigert hatte.

In ganz Baden war der Eindruck unbeſchreiblich; aber nur der erſte Augenblick war dem Erſtaunen und der Freude gewidmet, denn ſchon im Augenblick nachher war man einig darüber, daß die Dinge im eigenen Hauſe jetzt wichtiger und dringender ſeyen, als die Nachrichten aus Frankreich.

Von Mannheim bis nach Konſtanz waren die Gemeinden zuſammen getreten, entwarfen die bekannten vier Forderungen, nämlich Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, deutſches Parlament, und keine polizeiliche Gewalt hemmte jetzt mehr die Bewegung, die man ſo lange im Kleinen und Kleinlichen hatte zu ſtören geſucht.

Von Mannheim ging der erſte Anſtoß aus; Struve's Ungeſtüm und ſein Talent feierte jetzt ſeinen Triumph, und die alten Gewalten zeigten, daß ſie das Vertrauen zu ihrer Allmacht verloren hatten.

Noch einmal, und dieſes war das warnendſte Symptom für die beſtehenden Regierungen, trat der Liberalismus einig und eng verbunden mit der radikalen Parthei in die Schranken. Während man zu Karlsruhe betreffen die neue Nachricht aus Frankreich vernahm, während Kammer und Regierung ſich kaum zu faſſen ſchienen, durchdrang die Agitation das ganze Land.

In Mannheim fand am 27. Februar eine zahlreiche Bürger-Verſammlung Statt, in welcher ſich Mathy, Baſſermann und Soiron mit Itzſtein und Struve nach zuſammenfanden.

Die Meinungen waren höchſtens über die ſtärkere oder mildere Form des Auftretens getheilt; im Uebrigen war man aber einig.

Hier wurde nun jene von Struve verfaßte Adreſſe angenommen, deren Inhalt bald den Weg durch ganz Deutſchland fand. Sie lautete: »Eine ungeheuere Revolution hat Frankreich umgeſtaltet. Vielleicht in wenig Tagen ſtehen franzöſiſche Heere an unſern Grenzmarken; während Rußland die ſeinigen im Norden zuſammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte Syſtem wankt und zerfällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte ſich ſelbſt genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten.

Deutſchland darf nicht länger geduldig zuſehen, wie es mit Füßen getreten wird.

Das deutſche Volk hat das Recht zu verlangen; Wohlſtand, Bildung und Freiheit für alle Klaſſen der Geſellſchaft, ohne Unterſchied der Geburt und des Standes.

Die Zeit iſt vorüber, die Mittel zu dieſen Zwecken lange zu berathen. Was das Volk will, hat es durch ſeine geſetzlichen Vertreter, durch die Preſſe und durch Petitionen deutlich genug ausgeſprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifung allein das Volk gerettet werden kann, heben wir hervor: Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere — unbedingte Preßfreiheit — Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands — dann Herſtellung eines deutſchen Parlamentes.

Dieſe vier Forderungen ſind ſo dringend, daß mit der Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf.

Vertreter des Volks! wir verlangen von euch, daß ihr dieſe Forderungen zu ungeſäumter Erfüllung bringt. Wir ſtehen für dieſelben mit Gut und Blut ein; und mit uns, davon ſind wir durchdrungen, das ganze deutſche Volk.«

Adreſſen mit demſelben Inhalt wurden zur nämlichen Zeit in ganz Baden unterzeichnet; auch hielt man allenthalben große Verſammlungen, in welchen

Liberale und Radikale ſich einträchtig zuſammen fanden und dieſelben Wünſche ausſprachen.

Die ſonſt ſo friedfertige Reſidenzſtadt Karlsruhe war unter den erſten, welche den Forderungen des Volks einen Ausdruck gab; und ſo ging die Bewegung durch das ganze Volk.

Noch hatte man kaum die erſchütternden Botſchaften aus Frankreich mit einem freudigen Erſtaunen aufgenommen, ſo war man auch ſchon entſchloſſen, die Angelegenheiten des eigenen Vaterlandes zum Gegenſtand der erſten und ernſteſten Sorge zu machen.

Es waren ſchöne Tage bei der Einigkeit und freudigen Hoffnung; alle die Männer, die ſeit Jahren den geiſtlichen Kampf gegen das alte Syſtem geführt hatten, ſtanden mit Eintracht zuſammen, ſich die Frucht der neuen Weltbewegung zu ſichern.

Die Leute vom alten Syſteme, die ſo lange die Vertheidiger der jetzt unterlegenen Politik geweſen ſind, waren jetzt verſtummt, oder ſchloſſen ſich dem Strome der jungen Bewegung ohne allen Muth des Widerſtandes an.

Die Regierung ſchien es noch nicht zu begreifen, in welche Lage ſie verirrt worden ſey, und ſah nicht ein, daß es jetzt an ihr war, mit rückhalloſer Energie ſich an die Spitze der Bewegung zu ſtellen.

Regierung und Kammer mußten nun, da der letzte Vorwand der ſchüchternen politiſchen Zurückhaltung fiel, dem Volke ein Beiſpiel geben, daß es ihnen Ernſt ſey, durch ein offenes und entſchloſſenes Entgegenkommen die Gefahr des Mißtrauens und die überwegende Gewalt der neuen Revolution friedlich zu überwinden.

Sie konnten ſich nun überzeugen, wie klein und ſchwach im Lande die Parthei geweſen, auf welche die Regierung ſich ſeit vielen Jahren zu ſtützen geſucht hatte; ſie konnten es mit Händen greifen, daß gegenüber dem maſſenhaften Andrang des ganzen Volkes keine Wahl mehr blieb, als die Bewegung zu leiten oder in ihr unterzugehen.

Am 26. Februar, alſo gerade nach dem die erſten erſchütternden Nachrichten von Paris angekommen waren, ſprach Welker ſich deutlich genug über die Lage aus, und kündigte an, daß er ſeine ſchon früher kundgegebenen Motive über das miniſterielle Syſtem in einer der nächſten Sitzungen begründen wolle.

Die Leidenſchaften aufzuregen, ſagte er, oder vielmehr, Hader und Zwietracht hervorzurufen, ſey ſeine Abſicht nicht; nur wolle er die Anträge ſtellen, welche dem Volke Kraft geben könnten zur Einigung in Bezug auf patriotiſche Vertheidigung der Throne und zur Vertheidigung des Volks nach Innen und Außen.

Die Regierung, verlangte er, ſolle ſich ſobald wie möglich von dem reaktionären Syſteme losſagen.

Die Regierung ſchien aber den wohlgemeinten Wink nicht zu begreifen, denn die Vertreter des alten Syſtems blieben im Miniſterium, und es erfolgte keine von den Konzeſſionen freiwillig, die man dem Stürmen und Drängen nicht abſchlagen konnte.

Inzwiſchen erfuhr man, daß jenſeits des Rheines die Republik bereits ausgerufen ſey, worauf nun die Regierung bereitwilliger war.

In der Sitzung vom 29. Februar erſchienen die Miniſter in der zweiten Kammer, und ſtellten umfaſſende Reformen in Ausſicht. Der Miniſter des innern Angelegenheiten ſagte zu, es ſollten überall ſchleunig bewaffnete Bürgerwachen errichtet werden; und der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten verſprach, bis zur Erlaſſung eines Bundesgeſetzes, die Verkündigung eines proviſoriſchen Preßgeſetzes; auch der Präſident des Juſtiz-Miniſteriums ſicherte zu, es werde ein Geſetzentwurf über die Geſchwornengerichte vorgelegt werden.

Einer der Miniſter begleitete die Zuſagen ſogar mit den Worten des Dichters: »Der Menſch, der in der ſchwankenden Zeit auch ſchwankend geſinnt ſey, vermehre das Uebel und breite es weiter und weiter;« — aber das Miniſterium ſelbſt ſchien dieſem Spruche nicht nachleben zu wollen.

Alle dieſe Zuſagen, welche noch vor wenig Wochen ein mächtiges Mittel der Beruhigung geweſen wären, waren jetzt zu wenig für das Bedürfniß des Augenblicks, denn ſie enthielten alle nur Verſprechungen proviſoriſcher Geſetze und keine feſten genügenden Garantien oder Bürgſchaften.

Alles Verſprochene war auf Schrauben geſtellt, denn noch waren ja im Miniſterium — noch waren am Bundestage die Vertreter der alten Politik in voller Wirkſamkeit thätig.

Das Miniſterium mußte freiwillig, ohne allen Rückhalt, die Forderungen der Zeit bewilligen; es mußte ſich ſofort aus den Männern der liberalen Mehrheit der zweiten Kammer ergänzen, ſtatt damit zu warten, bis es zu ſpät war.

Der Eindruck der Erklärungen von Seite der Regierung war in der Kammer ein gemiſchter. Welker, Baſſermann und Mathy ermahnten in einer edlen Weiſe zur Einigkeit und zum Frieden; die Führer der äußerſten Linken äußerten ſich weniger optimiſtiſch, und hoben nicht mit Unrecht das Zweideutige und Schwankende der zugeſagten Konzeſſionen hervor.

Demnach mußte die Regierung ſtärker gedrängt werden, und dieſes Drängen blieb auch nicht aus.

Die Petitions-Bewegung hatte innerhalb weniger Tage das ganze Land durchdrungen, und am 1. März ſollten alle dieſe Petitionen durch Deputationen der ſämmtlichen Städte in der Reſidenz Karlsruhe zur Uebergabe kommen.

Von der Miniſterbank aus war kürzlich etwas wegwerfend von Petitionen dieſer Art geſprochen worden, und Hecker hatte damals geäußert, man werde bald die Petitionäre leibhaftig der Regierung vor die Augen führen.

Dieſes deutete man an, ſey der Grund, warum ein perſönliches Ueberreichen der Petitionen nothwendig ſey.

Beſtimmt ſchien es indeſſen, daß ſich den mächtigen Zügen aus den einzelnen Städten, Haufen von Proletariern und Handwerksburſchen angeſchloſſen hat-

ten, für die aus einer unbekannten Kaſſe Eiſenbahnkarten gelöst waren, und daß ſich in Karlsruhe ſelbſt allerlei ungekanntes Volk ſammelte, wie man es im Laufe des Jahres 1848 allenthalben, wo der Boden glühte, plötzlich wie aus der Erde wachſend und dann auch wieder raſch verſchwinden ſah.

Schon war in der Nacht vom 28. Februar ein Haufe ſolcher Leute, geführt von einigen Emiſſären der Revolution, namentlich dem Literaten Karl Blind, betreffen und verhaftet worden, die in einem abgelegenen Stadttheile der Reſidenz die Republik leben ließen und einen Straßen-Krawall zu veranlaſſen ſuchten.

Am Morgen des 1ſten März trafen nun viele Hunderte von Vertretern der einzelnen Städte des Landes in Karlsruhe zuſammen.

Die Führer der radikalen Parthei fehlten natürlich nicht dabei, aber auch die konſtitutionelle Parthei hatte ſich, zum Theil durch die Beſorgniß, die Bewegung in Exceſſe ausarten zu ſehen, zahlreich angeſchloſſen, ſo daß ſie die Mehrzahl bildete.

In Karlsruhe ſchien man Schlimmeres zu beſorgen, und die Bürgerſchaft, zur Aufrechthaltung der Ordnung ſchnell bewaffnet, empfing die Gäſte laut und faſt mißtrauiſch.

Die Ereigniſſe dieſes Tages und der folgenden Tage bewieſen, daß die Befürchtungen auch nicht ohne Grund waren.

Die Mehrzahl der angekommenen Leute beabſichtigte durch ihr Erſcheinen nichts weiter, als den Petitionen, wie ſie jetzt aus dem ganzen Lande kamen, moraliſchen Nachdruck zu geben; die Ueberbringer, unter welchen man die angeſehenſten Bewohner Badiſcher Städte und Gemeinden wahrnehmen konnte, wollten beweiſen, daß die Forderungen, die in den Adreſſen niedergelegt waren, ihre eigene Herzens-Meinung enthielten, daß die ganze Bewegung, die durch das Land ging, weit entfernt, künſtlich oder gemacht zu ſeyn, gerade die gebildetſten und tüchtigſten Männer am lebhafteſten ergriffen hätte. Weiter wollte man nichts. Der Sache durch perſönliches Erſcheinen phyſiſchen Nachdruck zu geben, konnte die Abſicht nicht ſeyn. Man wollte die Petitionen nur übergeben und mit Nachdruck empfohlen ſehen.

Anders war die radikale Parthei, in welcher ſich ſchon das Krawallgelüſte regte; und es bedurfte wirklich der ganzen Energie der konſtitutionellen Männer, um die Andern von einem ſolchen Handſtreiche abzuhalten.

Struve beſonders und einige andere aus ſeinem Mannheimer Gefolge, wollten durchaus in den Ständeſaal einziehen, die Petitionen mit einer Anrede begleitet ſehen und dann die ganze Maſſe der Tauſenden von Ankömmlingen durch den Saal defiliren laſſen.

Vergebens ſtieg jetzt Iſtein durch einen Bothen dringend abmahnen; vergebens widerſetzten ſich in einer Beſprechung die konſtitutionell Geſinnten; aber bevor es noch zu einer Vereinigung kam, hatte man dem Zug nach dem Ständehaus in Bewegung geſetzt: und dort empfingen Iſtein und Hecker die Deputation.

Hecker wies Struve mit ſcharfen, ja groben Worten zurecht, und erklärte, er werde zuerſt den Ständeſaal verlaſſen, wenn einer der Petenten vor den Schranken ſprechen wolle.

Hecker fühlte ſich noch als Mitglied einer parlamentariſchen Körperſchaft, deren Würde und Unabhängigkeit durch ſolch einen Auftritt vernichtet erſchien. Auch war er noch mit ſich ſelbſt zu wenig einig, als daß er ſchon jetzt zu den gewaltſamen Streichen des Struve hätte die Hand bieten ſollen. So wurde für dießmal der Streich abgewendet, und nur eine kleine Deputation überreichte ſtillſchweigend an den Schranken der Verſammlung die Petitionen.

In der Verſammlung ſelbſt ging es bunt genug zu. Die Galerien der Gänge, ja ein Theil des Saales ſelbſt waren mit Zuhörern angefüllt, die aus der revolutionären Jugend, aus Handwerksgeſellen und Fremdlingen, wenigſtens zum größten Theile, beſtanden.

Dieſes Publikum benahm ſich wie allenthalben, und übte durch ſein Benehmen einen ſtörenden und wohl auch die und da einſchüchternden Einfluß; denn es geberdete ſich ungeachtet aller Mahnungen des Präſidenten, als wenn es berechtigt wäre, an der Debatte Theil zu nehmen.

Die Petitionen, die aus allen Theilen des Landes kamen und auch die gleichen Forderungen enthielten, wie ſie nachher durch ganz Deutſchland geſtellt wurden; dieſe Petitionen mußten wohl auf alle Anweſenden einen mächtigen Eindruck machen.

Aber das allgemeine Bild der Sitzung ſelbſt erſchien weniger erbaulich, weil durch die Rohheit und den Lärm der Volksmaſſen der Ernſt und die Würde der Verſammlung überſtäubt ward.

Nach Eröffnung der Sitzung erklärte der Staatsrath Beck in ſchlichten und paſſenden Worten, daß das durch die Bundesgewalt aufgehobene Badiſche Preßgeſetz vom Jahre 1831 von dieſem Tage an wieder in Wirkſamkeit trete.

Der Jubel in und außer dem Saale war unbeſchreiblich, und die Mehrzahl der Kammer erblickte in dieſer Konzeſſion eine Bürgſchaft dafür, daß die Regierung mit der Bewegung zu gehen entſchloſſen ſey. Nur Hecker und der Hofgerichtsadvokat Brentano bedachten ſich, ihr Vertrauen zum Miniſterium auszuſprechen.

Sie brachten im Namen von acht Abgeordneten eine Reihe von weitern Forderungen ein, die auf Aufhebung der Ausnahmsgeſetze von den Jahren 1819, 1832 und 1834, auf Beeidigung der Staatsbürger und des Heeres auf die Verfaſſung, auf politiſche Gleichſtellung aller Konfeſſionen, auf Geſchwornengerichte, Volksbewaffnung, Aufhebung des Feudalweſens und der privilegirten Gerichtsſtände, auf Einführung einer progreſſiven Einkommenſteuer, einer oolksthümlichen Verwaltung, und auf Herſtellung einer National-Vertretung des ganzen deutſchen Volkes abzielten.

Gegen den Inhalt dieſer Forderungen hatte, wie die Zukunft bewies, die Mehrheit der Kammer gewiß nichts einzuwenden; es waren dieſes ja die Reformen, die man ſeit Jahren in der zweiten Badiſchen Kammer

beantragt hatte; und nur die Form fand einen Widerſpruch.

Hecker und ſeine Freunde wollten ohne alle weitere Prüfung dieſe Anträge gewiſſermaßen ſtehenden Ernſtes verhandelt und bewilligt ſehen; und dieſes Verlangen wurde nicht nur in leidenſchaftlicher ſtürmiſcher Weiſe geſtellt, ſondern vom Publikum mit dem gehörigen Lärmen unterſtützt.

Gleichwohl fühlte die Mehrheit der Verſammlung recht gut, daß ſie auf dieſe Weiſe ihr eigenes Herkommen nicht über den Haufen werfen und ſich von den Volksmaſſen terroriſiren laſſen dürfe, und beharrte dabei bei der feſtſtehenden Form, dieſe tief eingreifenden Veränderungen, wenn auch raſch zu erledigen, doch jedenfalls durch einen Ausſchuß prüfen zu laſſen.

Mathy namentlich, deſſen Trennung von den frühern Freunden jetzt ſchon ſchärfer hervortrat, erklärte mit der ihm eigenen Kaltblütigkeit und Schärfe, er werde eher auf ſeinem Poſten ſterben, als ſich durch Einſchüchterung von ſeiner Ueberzeugung abbringen laſſen. Der vorgeſchlagene Weg wollte die Anſichten der Einzelnen übertrumpeln und dazu gebe er ſich nicht her.

Vergebens brauſte Hecker in ſeinem Ungeſtüm dagegen, vergebens ließ Brentano in gewohnter Weiſe die Verdächtigung fallen, Mathy wolle die Forderungen des Volkes todtſchlagen — die große Mehrheit der Kammer beſaß Ehrgefühl und Muth genug, bei ihrem Rechte zu beharren und dem Terrorismus nicht nachzugeben.

Inzwiſchen ſah es außerhalb des Stände-Saals noch viel ſtürmiſcher aus. Im Hofe und in den Gängen des Hauſes war eine anſehnliche Menſchen-Menge verſammelt, theils auf die Beſchlüſſe harrend, theils in anderer Abſicht.

Die Einen wandten ſich in wilden Reden an die Menge, während die Andern zu beſchwichtigen und die Ordnung aufrecht zu erhalten ſuchten.

Erſt am Nachmittag nahm die Aufregung eine beſtimmte Richtung an. Auf dem Schloßplatze und im Schloßhofe ſammelten ſich Gruppen, unter welchen meiſtens Männer aus den unterſten Schichten der Geſellſchaft, junge Leute, Arbeiter und auffallend viele fremde Geſichter zu bemerken waren. Der Lärm ſah wie beſtellt aus. Anfangs war ein beſtimmter Zweck durchaus nicht zu unterſcheiden, und erſt nach und nach hörte man die Forderung, es ſollten nämlich die politiſchen Gefangenen freigegeben werden.

Wer den Auftritt unbefangen beobachtete, mußte zugeben, daß hier ein Krawall in der Abſicht der unbekannten Führer lag. Dieſe Abſicht ſcheiterte jedoch an der ruhigen, aber entſchloſſenen Haltung der vor dem Schloßthore aufgeſtellten Soldaten und bürgerlichen Wehrmänner. Auch ſchien die radikale Parthei in der Kammer an ſolchen provozirten Auftritten durchaus keine Freude zu haben; denn einzelne Abgeordnete erſchienen unter der Volksmenge und ermahnten ſie zum Auseinandergehen.

Karlsruhe bedielt dabei ſeine bedenkliche Phyſiognomie. Die größere Maſſe derjenigen, welche am 1. März dort zuſammengeſtrömt war, blieb fürs erſte anweſend, und Viele verhehlten in einem perſönlichen Verkehr und in Verſammlungen nicht, daß ihre Abſicht weiter gehe, als auf Bewilligung der Forderungen, in welche das Volk ſeine Wünſche zuſammen gefaßt hatte.

Ein Zwiſchenfall war nicht geeignet, die vorhandenen Beſorgniſſe zu zerſtreuen, denn in der Nacht vom 2. März hörte man plötzlich Feuerlärm.

Es brannte im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten, und zwar brach das Feuer ſo heftig und an ſo verſchiedenen Stellen aus dem Dachſtuhle hervor, daß nur mit der größten Anſtrengung das Gebäude von einer völligen Einäſcherung bewahrt werden konnte.

Daß der Brand angelegt ſey, darüber waren alle Partheien einig; nur wollten die Einen in der Reaktion, die Andern in der revolutionären Demagogie die Brandſtifter ſuchen. Zugleich verbreitete ſich auch das Gerede, daß am folgenden Abend in den Häuſern mehrerer politiſch verhaßten Leute Feuer angelegt werden ſolle, wodurch die Gemüther noch mehr in Schrecken und Aufregung verſetzt wurden.

Die Kammer hatte die Anträge Hecker's vom 1. März unverzüglich in Erwägung gezogen, und Welker erſtattete ſchon am folgenden Tage Bericht darüber im Namen des Ausſchuſſes.

Die Anträge waren von der dazu gewählten Kommiſſion nicht nur adoptirt, ſondern auch erweitert und in zwölf Wünſchen zuſammen gefaßt worden.

Außer den ſchon erwähnten Punkten waren noch die Verantwortlichkeit der Miniſter, die Klagen gegen öffentliche Beamte ohne vorhergegangene Ermächtigung des Miniſteriums, der Wunſch um gerechte Vertheilung der Staats- und Gemeindelaſten, die Unabhängigkeit der Richter, die Reinigung des Staats-Miniſteriums und der Bundestags-Geſandtenſtelle von dem Anhange des alten Syſtems namentlich darin aufgeführt.

Die Kammer nahm dieſe Anträge faſt einſtimmig an, und die Regierung ertheilte ſchon am 4. März eine Antwort, welche für ſämmtliche Wünſche entſprechende Geſetzvorlagen verſprach.

Am 9. März brachte die offizielle Zeitung die Ernennung des Miniſteriums, in welches der geheime Staatsrath Brunner, der Freund Beck's, als Juſtiz-Miniſter — Hoffmann, der früher verfolgte liberale Abgeordnete, als Finanz-Miniſter eintraten. Trefurt, der frühere Juſtiz-Miniſter und Regenauer, der frühere Finanz-Miniſter hatten ihre Entlaſſung genommen.

Gleichzeitig legte die Regierung der Kammer Geſetz-Entwürfe vor, welche die Aufhebung des Feudal- oder Lehenweſens vorbereiteten, und die Bitte um eine allgemeine Amneſtie fand ebenſo eine raſche Erfüllung.

Auch hatte das Miniſterium nicht geſäumt, ſich mit der Bundes-Verſammlung und andern deutſchen Regierungen in's Einvernehmen zu ſetzen, um für die Durchführung der Reformen Propaganda zu machen.

Schon am 7. März war der Antrag auf Volks-Vertretung am Bundestage nach Frankfurt abgegangen; und die Abberufung des Blittersdorff und

die Ernennung Welker's zum Bundestags-Gesandten, sowie Bassermann's zum Vertrauens-Mann erfolgte wenige Tage darauf.

So schienen nun alle Forderungen, die von den gesetzlichen Organen der Volksvertretung ausgegangen waren, rasch ihrer Erfüllung entgegen zu gehen; und zwar zu einer Zeit, wo Baden mit einigen kleinern Staaten noch allein stand.

Möglich, daß die Form, in welcher das Ministerium die Konzessionen brachte, bisweilen etwas zu schüchtern und vorsichtig war; in der Sache selbst konnte man aber den guten Willen und die Aufrichtigkeit nicht verkennen, wie Hecker es selbst zugestand.

Ueberlegt man die Lage, in welcher sich Baden befand, so war die neue Politik, die es einschlug, kühn und entschlossen zu nennen, und der Großherzog sagte nicht zu viel, wenn er in einem Aufrufe erklärte, es stey nun am Volke, das großartige Beispiel eines, in gesetzlicher Entwicklung unter Festhaltung der Ordnung fortschreitenden Volkes zu geben.

Noch war in Oesterreich des Staatsministers Fürsten von Metternich Wirksamkeit nicht erschüttert; noch schickte in diesen Tagen Preußen den General Schack mit einem königlichen Schreiben, das von Zugeständnissen an das Volk abmahnte; man war also doppelt darauf angewiesen, durch weise Mäßigung die eben errungenen Güter nicht wieder leichtsinnig zu verscherzen.

In der That gewann es auch das Ansehen, als sollte die friedlich begonnene Umwälzung in Baden friedlich vollendet werden.

Während die Volksbewegung ihren Weg durch Deutschland machte, traten in Baden die Zustände in ein ruhiges Stadium, und die Eintracht der Partheien schien sich als erste Frucht der nun erlangten Freiheit zu befestigen. Im Lande waren diese Tage die schönsten, die es seit langer Zeit genossen hatte. In der Kammer hatte die Opposition ihren verwundenen Stachel verloren. Die Unordnungen, welche diese Tage des friedlichen Genusses störten, konnten wohl als Krankheitssymptome gelten, wie sie zur Zeit jeder großen Bewegung ans Tageslicht treten, sie zeigten aber keine revolutionäre Tendenz.

Hier und da vergriff sich die Rohheit an den Israeliten, deren politische Gleichstellung von gewisser Seite als ein großes Unglück für das Land betrachtet wurde; die Exzesse hatten aber nur kurze Dauer.

Ernstlicher erschienen die Unruhen, welche im Odenwald und den fränkischen Gegenden losbrachen. Dort an denselben Stellen, wo der fränkische Bauernkrieg im sechzehnten Jahrhundert eine Zeit lang wüthete, traten jetzt ähnliche Ausbrüche der Rache und Zerstörungswuth gegen die Lehensherren und ihre Beamten hervor.

Diese wenig wohlhabenden Gegenden waren durch ihr Verhältniß zu den mediatisirten Standesherren und den Beamten derselben dort bedrückt gewesen; es war daher begreiflich, daß sie jetzt in den Zeiten der Auflösung der alten Ordnung in Wuth über die Dränger und ihre Werkzeuge herfielen und Unschuldige mit Schuldigen das alte Unrecht entgelten ließen.

Eine politisch-revolutionäre Farbe hatte der Aufruhr nicht, im Gegentheile kleidete er sich gern in das Gewand loyaler Gesinnung gegen die badische Regierung und richtete seine Angriffe nur gegen die Lehensherren und ihre Vertreter.

Aber auch in diesen Gegenden ward die Ordnung bald wieder hergestellt, und zwar mit viel weniger Anstrengung als man erwartet hatte. In den ebenen Gegenden des Landes herrschte eine erträgliche Ruhe und Ordnung; die Agitation auf dem Schwarzwalde und am Bodensee nahm ihren Anfang, und man gab sich damals der festen Zuversicht hin, daß eine revolutionäre Bewegung von dorther nicht zu fürchten sey.

Die Abwehr einer gewaltsamen Katastrophe war aber auch durch die Lage Badens, sowie durch die Wendung der Dinge in Deutschland dringend geworden.

In Deutschland hatten die Sturmpetitionen des Monats März fast allenthalben ihren Weg und ihr Ziel gefunden.

Dem massenhaften Andrang der ganzen Bevölkerung konnte die alte Politik nicht widerstehen, daher gab sie in der elften Stunde weislich nach; und dadurch war der ganzen Bewegung der revolutionäre Stachel genommen.

Das Volk blieb, wie man sich nachher ausdrückte, »vor den Thoren stehen,« und die ganze, in ihrer Ausdehnung ungeheure Agitation, die ein dreißigfach zerrissenes Volk gleichzeitig ergriff, trat in das friedliche Bett der Reformbewegung.

Die politischen Wünsche der Intensität, die von dem großen Umschwung der europäischen Dinge ein anderes Ergebniß erwarter hatten, mochten dadurch nicht befriedigt seyn; aber wenn sie ehrlich und patriotisch dachten, so durften sie nicht die Augen vor der Thatsache verschließen, daß die unermeßliche Mehrheit des Volks mit ihren Forderungen über die konstitutionelle Monarchie nicht hinaus ging.

Die Dynastien und monarchischen Rathgeber hatten mit einem Menschenalter dem Volke die Liebe zur Monarchie wahrhaftig nicht leicht gemacht, und um so beachtenswerther mußte es bleiben, daß die Wellenbewegung, die durch Deutschland wogte, auch nicht einen Thron verschlang.

Mochte man dieses Alles als politische Unreife halten, oder als angeborenen konservativen Instinkt leben, die Thatsache blieb fest stehen, und wer es mit dem Volkswillen offen und redlich meinte, hatte keine heiligere Pflicht, als die neu errungenen Güter zu pflegen und zu hüthen, damit sie zum wahren bleibenden Besitze der Nation heranreifen.

Am meisten galt dieß, wie schon bemerkt worden ist, in Baden; wo durch den lebhaften Widerstreit der politischen Partheien, durch die lang genährte Unpopularität und Schwäche der Regierung die politische Ordnung bedenklich gelockert, der Staats-Organismus unterwühlt, und bei der aufgeregten Lage des Landes eine gewaltsame Erschütterung am wenigsten zu ertragen war.

Wahre und einſichtsvolle Patrioten mußten ihre erſte Aufgabe darin finden, mit den neuen Errungenſchaften die neue Ordnung feſt zu begründen; ſie mußten nun dem leichtern Verdienſt einer ſyſtematiſchen Oppoſition auch den ſchwierigen Beruf des Schaffens und Aufbauens folgen laſſen.

Auf dem materiellen, ſowie auf dem politiſchen Gebiethe war Vieles gut zu machen, wenn man die Sache mit einem ruhigen Ernſt und männlicher Geſinnung ergriff; den Weg der Revolution betreten, hieß aber das kleine Land vollſtändig ruiniren.

Bei der unzweideutigen Richtung, welche die Bewegung in ganz Deutſchland angenommen hatte würde es beſonders frevelhaften Leichtſinn verrathen haben, wenn man mit dem kleinen Baden politiſche Experimente hätte beginnen wollen, die in dem großen Geſammt-Vaterlande keine Nachahmung finden konnten.

Im beſten Falle riß der ſüdweſtliche Winkel Deutſchlands ſich vom großen Vaterlande ſonderbündleriſch los; im ſchlimmern Falle ermannte ſich die alte Politik zum gewaltſamen Kampfe, der mit der Rebellion ſeinen Anfang nahm und mit dem Belagerungszuſtande enden mußte.

Denn nur gegen den maſſenhaften, imponirenden Andrang des ganzen Volkes war die alte Politik ohnmächtig geworden; gegen Krawalle und vereinzelte Aufſtände bebielt ſie Lebenskraft genug, um ſich an ihnen auf's Neue zu ſtärken.

Die beſonnenen Freunde der Freiheit gaben ſich dieſerwegen gerne der Hoffnung hin, daß alle Partheien ſich in dem patriotiſchen Beſtreben einigen würden, die neue konſtitutionelle Staatsordnung feſt zu begründen, und die vorhandenen Formen mit dem Weſen der jungen Freiheit dauernd in Harmonie zu bringen.

Es war dieſes eine Arbeit, die ihres Lohnes werth erſchien, denn bis auf die Fundamente der Staatsordnung waren Umgeſtaltungen vorzunehmen und mit ſorgſamer Hand war der neue Bau ſo aufzurichten, daß er jedem Andrang und Rückfall der alten Gewalten Trotz bieten konnte. Nur auf dieſem Wege war zugleich die deutſche Einheit und Einigkeit zu erreichen, und um dieſen Preis mußte ſelbſt ein Opfer politiſcher Lieblingsmeinungen nicht zu hoch dünken.

Es iſt bezeichnend für die Stimmung, wie ſie damals herrſchte, daß die meiſten Gemäßigten von der äußerſten Oppoſitionspartei in Baden einen ſolchen Akt patriotiſcher Selbſtentäußnung erwarteten; namentlich traute man Hecker's Beſonnenheit genug zu, ſich ſelbſt vor exzentriſchen und unheilvollen Schritten zu ſchützen.

Wer Hecker genauer kannte, mochte einigen Zweifel darein ſetzen. Seine Reizbarkeit und Unbeſtändigkeit waren bekannt, und ſeine Herrſchſucht und ſein Beſtreben zu glänzen waren natürlich ſeit den letzten Ereigniſſen bedeutend gewachſen.

Leichtfertig, durchaus von einem jugendlichen Ungeſtüm und oft genug auch von Launen beherrſcht, konnte er jetzt wohl von geübten Faktionsmenſchen leichter geleitet werden, als von ſeinen alten Freunden.

Er hatte ſtets die Politik mit etwas burſchikoſen Manieren betrieben; wie hätte er Herr über ſich bleiben ſollen in einer Zeit, die von einem Partheiführer den ganzen Ernſt eines beſonnenen Mannes verlangte. Dazu kam, daß ihn die jüngſte Zeit recht eigentlich verzogen hatte.

Was die Tage der frühern Oppoſition bei aller angeſtrengten und ausdauernden Thätigkeit ihm nicht erwerben wollten, was ihm die leichtfertigkeit und Nonchalance (Saumſeligkeit) ſeiner parlamentariſchen Manieren und jüngſt noch in Frankfurt ſein kindiſcher Austritt immer wieder verſcherzt hatten — der Ruf einer bedeutenden Perſönlichkeit war ihm jetzt raſch zu Theil geworden.

In ſolch ſtürmiſch bewegten Stunden tritt derjenige am meiſten hervor, der die Macht der Rede am kühnſten gebraucht, der zu einem politiſchen Tribun alle äußern Gaben, eine feurige ſchwungvolle Beredtſamkeit, eine jugendliche lebendige Friſche und eine gewinnende äußere Erſcheinung, in einem ſo reichen Maße mitbrachte, wie Hecker.

So war er raſch der Ausbruck und Führer der kühnern revolutionären Partei geworden, und es ſtand dahin, ob er dem Reize der jungen Volksgunſt beharrlich widerſtehen konnte.

Schon vorher, in den Zeiten der Zurückgezogenheit und Verſtimmung, hatte er ja als Mittelpunkt der rein negativen und auflöſenden Sekte gegolten, die ſich um ihn ſammelte, und kalte, jakobiniſche Doktrinairs übten mehr Einfluß auf ihn als die frühern politiſchen Verbindungen.

Begreiflich, daß ſich jetzt der ganze Schweif revolutionärer und anarchiſcher Elemente an ihn anhing, und die Emiſſäre der fremden Propaganda, die ſeit Monaten aus der Schweiz und Frankreich ab- und zugingen, ſich bei ihm einnifteten.

Hecker glaubte in einem ſolchen Falle immer, er ſey es, der ſchiebe, und doch wurde er nur von andern geſchoben.

Auf der andern Seite ſprach Manches dafür, daß er ſich mäßigen und halten werde.

In den erſten Tagen der Badiſchen Bewegung war er der revolutionären Ungebuld entſchloſſen entgegengetreten; die Forderungen, die er in der Kammer bevorwortet hatte, waren durch die Zuſagen der Regierung erledigt worden.

Gegenüber der propagandiſtiſchen Tendenzen, die ſich von Frankreich her in der Demokratie regten, hatte Hecker ſelbſt in der Sitzung vom 16. März abwehrend erklärt. »Wir brauchen die Franzoſen nicht, wir wollen unſere eigenen Angelegenheiten allein ausmachen. Wenn uns die Franzoſen die Freiheit bringen wollen, ſo wollen ſie auch die Zeche bezahlt haben, dafür bedanken wir uns.«

In der Verſammlung der 51 Männer, die am 5. März zu Heidelberg Statt fand, um über die Berufung eines deutſchen Parlaments zu berathen, überſchritt Hecker die Grenze der Mäßigung nicht, auch wenn er in einem vertraulichen Kreiſe republikaniſchere Wünſche laut werden ließ.

Gagern sprach dort mit Lebhaftigkeit und Energie gegen die Wühlereien, die jetzt schon auftauchten, und auf einen republikanischen Rheinbund im deutschen Südwesten hinarbeiteten.

»Auch ich« — rief er — »würde vielleicht Republikaner seyn, wenn das deutsche Volk die republikanische Staatsform beschließen würde; ich kann Republikaner seyn, denn ich habe einfach leben gelernt, aber ich will keine Pöbelherrschaft, kein Liebäugeln mit dem Pöbel.«

Hecker äußerte dagegen, er wolle die Freiheit, die ganze Freiheit für Alle, gleichviel in welcher Staatsform sie zu erreichen sey. »Ich will« sagte er — keine Freiheit nur für die Privilegirten oder für die Reichen: ich bin, wenn ich es mit einem Worte benenen soll, Sozial-Demokrat.«

Uebereinstimmend mit Gagern erklärte er, daß auch er dem Willen des ganzen Volks sich unterwerfen werde. »Mit dieser Erklärung bin ich zufrieden« — erwiederte Gagern — nachdem vorher schon die Versammlung fast einmüthig ihre Zustimmung zu Gagern's Worten kund gegeben hatte.

So kämpften in Hecker der gute und der böse Genius. Heute schien es, als werde er mit seinen Kräften und seinem Willen die Nation auf ihrem Entwicklungswege nicht verlassen, morgen trieben ihn diese und jene Einwirkungen wieder in die Arme einer Faktion, welche die Bewegung des Jahres 1848 auszubeuten bestre, ohne auch sie nur zu verstehen.

Das eine mal schien er im Kreise einzelner Freunde von früher her alle gehegten Gedanken abzulegen, und sich mit den Konzessionen der jüngsten Zeit zu begnügen; ein anderes Mal, ohne bekannte Veranlassung, sah man ihn wieder in einer aufgeregten leidenschaftlichen Stimmung, die sich durch alle Konzessionen nicht zu beschwichtigen schien.

Wer Hecker's Individualität kannte, fand darin nicht viel Auffallendes. War heute das ruhigere Nachdenken über ihn Herr geworden und mahnte ihn von politischen Donquixoterien ab, so konnten ihn morgen irgend ein Zwischenfall, oder ein unverbürgtes Gerücht, oder die Prahlereien eines Emissärs wieder ganz in die ekstatische Stimmung versetzen, in welcher er den Boden unter den Füßen vergaß. Doch glaubten seine bisherigen politischen Freunde seiner sicher zu seyn, seit die Einleitungen zur Berufung eines deutschen Parlaments getroffen waren, seit damit jedem Einzelnen die Verpflichtungen auferlegt war, seine persönlichen Wünsche und Meinungen bis zur allgemeinen Entscheidung zu vertagen.

Während auf diese Weise ein Ruhepunkt einzutreten schien, lud plötzlich ein gedruckter Aufruf auf Sonntag den 19. März 1848 zu einer großen Volks-Versammlung nach Offenburg ein. »Die freiheitlichen Bestrebungen des Badischen Volks entbehren der Einigung. Die Aufregung äußert sich theilweise in beklagenswerthen Ausbrüchen.

Die Freunde der Freiheit und des Vaterlandes treten zwar im Augenblick nicht offen auf, können aber leicht wieder ihre Macht entwickeln. Unter diesen Umständen ist zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volks ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes nothwendig, wenn sie nicht der gute Geist zersplittern oder gar von feindseligen Umtrieben unterdrückt sehen soll.«

Unter den Unterzeichneten der Einladung bemerkte man neben Hecker die Namen des Struve, Ihstein und anderer Gleichgesinnten, so wie auch Welker und Soiron.

Man nahm jetzt dieses als ein Zeichen auf, daß es hier nicht einer Partei-Demonstration der radikalen Linken gelte, sondern daß die angekündigte Versammlung aller Nuancen der freisinnigen Meinung gleichmäßig berühre.

Das Interesse und die Erwartung auf die Versammlung war im Volke groß, unter den Partheiführern hatte ihre Ankündigung eine noch schroffere Schreibung veranlaßt.

Der erste Gedanke durch eine große Versammlung die Stimmungen in der Masse zu bearbeiten und dort zu leiten, dort die Errichtung von Klubbs und Wohlfahrts-Ausschüssen zu veranlassen, und so allmählig den Weg zu einem demagogischen Regiment zu bahnen; dieser erste Gedanke lag war von Struve ausgegangen, von Hecker bereitwillig aufgenommen worden, und selbst Männer wie Welker und Soiron sahen entweder das Gefährliche einer solchen Thätigkeit nicht voraus, oder schlugen den Vortheil einer solchen Zusammenkunft des Volkes höher an, als die damit verbundenen Nachtheile.

Andere Abgeordnete von der liberalen Partei, wie Bassermann, Mathy, Bubl und der ganze parlamentarische Bürgerstand, sprachen dagegen ihre Abneigung gegen den Plan unverholen aus und zogen sich von der Theilnahme an der Versammlung zurück.

Die Besprechung in Ihsteins Zimmer, welche über diesen Gegenstand Statt gefunden hatte, war die letzte, bei der die radikale und die konstitutionelle Linke sich zusammen fanden.

Die Versammlung des 19. März in Offenburg selbst, war der letzte einträchtliche Tag unter den Partheien in Baden, und darum nach den Zeiten, wie sie gekommen sind, einer der letzten lichten Momente in dem trüben Drama, dessen Schauplatz Baden geworden ist.

Aus allen Theilen des Landes sammelten sich zahlreiche Zuzüge; von Mannheim bis nach Konstanz waren alle bedeutenden Landschaften durch viele Hunderte vertreten, die sich mit brüderlicher Herzlichkeit begrüßten.

Durch die ganze Länge des Landes, wo der Dampfwagen die Riesenzüge herbeibrachte, standen an den Bahnhöfen mächtige Gruppen heitern und jubelnden Volkes und brachten den Ankommenden ihren Gruß entgegen.

Ueber Alle war eine festliche frohe Stimmung ausgebreitet. Alt und jung war von den Gedanken gehoben, daß eine bessere Zeit herangekommen sey.

Die alte Reichsstadt selbst mit den deutschen Fahnen und frischem Grün reich geschmückt, bot ein buntes malerisches Bild, des regsten Volkslebens.

Die zierlichen Städter aus dem Unterlande, die Schwarzwälder, die Bewohner des Hanauer Landes, die Bauern aus den verschiedenen Thälern des Oberlandes, Alle in ihren pittoresken Volkstrachten, gaben dem ganzen Gemälde durchaus das Gepräge eines großen freien Volksfestes.

Die Stimmung war begeistert, von der jungen Zeit gehoben; es lag auf Allen die Frische des Völkerfrühlings der heranzubrechen schien. Alle bestimmten Parteibestrebungen, alle verbitternden, aufregenden Elemente schienen ferne zu liegen; die anwesende Masse von vielen Tausenden befand sich, was die Frage über die politischen Formen und Gestaltungen betraf, in ganz arglose Stimmung.

Die ursprüngliche Naivetät des Volks, seine Freudigkeit und seine Hoffnungen waren noch durch keinen Anflug faktiöser Thätigkeit niedergeschlagen.

Ob Monarchie oder Republik — die Frage lag der unendlichen Mehrzahl ganz außer dem Geschichtskreis; es war mehr der unbewußte Drang, daß es in Vielem anders und besser werden müsse, der Alle bewegte.

Der politische Fanatismus mußte hier erst künstlich geweckt und gepflegt, die Verwirrung der Begriffe erst eingeleitet werden, bevor man aus diesem Volke das Werkzeug der Revolte und des Bürgerkrieges zusammenschmieden konnte.

Der politische Theil der Versammlung nahm rasch seinen Verlauf. Die bedeutendsten Redner waren Hecker und Struve; auch Ysstein, Soiron, Fickler und Andere nahmen das Wort, doch sprachen die beiden Ersten am bezeichnendsten.

Hecker regte sich in stürmischer, ungeordneter Rede. Er sprach zum Theil verworren, und viel unbedeutender als gewöhnlich; vielleicht war seine physische Erschöpfung Schuld, vielleicht auch hinderte ihn im freien, kräftigen Fluß der Rede das sichtbare Bestreben, nur anzudeuten und durchscheinen zu lassen, was offenbar herauszusagen ihm noch nicht rathsam schien.

Bedeutsam war es, daß er für jetzt noch zum Maßhalten ermahnte, und von ungestümen, vereinzelsten Partei-Unternehmungen abmahnte.

Wenn die Zeit komme, daß die Hilfe des Volks nöthig sey, werde er seinen Ruf ergehen lassen und das Volk werde sich diesem Rufe nicht entziehen.

Struve hielt sich unmittelbar an die Sache und wußte in einer glatten, pathetischen Rede, kalt und wohlüberlegt der Volksmasse die Beschlüsse mundgerecht zu machen, die vorher im Kreise der leitenden Führer vereinbart und besprochen worden sind, und zu denen man jetzt nur der Form wegen die Zustimmung der versammelten Volksmenge einzuholen hatte. Er verläumde dabei nicht feindselige Ausfälle gegen die bestehende Regierung einzuflechten, die vor Kurzem gemachten Konzessionen als unaufrichtig hinzustellen und für das Volk daraus die Nothwendigkeit abzuleiten, daß es eine feste Stellung, seinen innern und äußern Feinden gegenüber, einnehmen müsse.

Die Beschlüsse selbst, zu welchen die versammelte Menge ihre Zustimmung ohne Widerspruch gab, enthielten zunächst ein Mistrauens-Votum gegen den Kriegs-Minister, dann gegen den Einfluß des Markgrafen Wilhelm und der vor Beck's Eintritt in das Ministerium so einflußreichen Kamarilla.

Die Beschlüsse verlangten ferner eine Revision der Verfassung in Bezug auf die Zusammensetzung der ersten Kammer, und eine Reinigung der zweiten Kammer von den reaktionären und gesinnungslosen Elementen. Es wurde außerdem eine Verschmelzung der Bürgerwehr mit dem stehenden Heere, die Abschaffung der Abgaben und Ersetzung derselben durch eine progressive oder fortschreitende Einkommen- und Vermögenssteuer, eine wohlfeile Regierung, Abschaffung der Apanagen, und Trennung der Schule von der Kirche gefordert.

Der bedeutungsvollste Beschluß, der für die nächste Zukunft unstreitig die größte praktische Wichtigkeit hatte, war aber folgender: »Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen. Demzufolge bildet sich also: 1. in jeder Gemeinde des Badischen Landes ein Verein, dessen Aufgabe es ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volks, so wie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. 2. Sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirks-Verein, sämmtliche Bezirksvereine einen Kreis-Verein, die vier Kreis-Vereine einen Landes-Verein. 3. An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß. 4. Für jeden dieser Vereine bildet sich ferner eine Vereins-Kasse zur Bestreitung der nothwendigen Auslagen. 5 Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden, und mit dem badischen Landes-Vereine in freundschaftlichen Verkehr zu treten.

Als Mitglieder des Central-Ausschusses waren sechzehn Männer von der äußersten Linken aus verschiedenen Landestheilen ernannt, und als deren Obmann F. Hecker bezeichnet worden.

Ueberschauet man diese Beschlüsse, so waren mit Ausnahme der zuletzt genannten, die meisten andern ihrem Inhalte nach nicht eben zu bedenklich. Die Entfernung nicht volksthümlicher Personen von einflußreichen Stellen, die vollständige Reinigung des Ministeriums, Revision der Verfassung — dieses waren Sachen die von ganz gemäßigtern Männern, und von den Freunden der konstitutionellen Ordnung lebhaft verlangt wurden, und es blieb gewiß zu bedauern, daß die Regierung statt damit voranzueilen, gewartet hatte, bis man ihr das Verlangen auf diese Weise bekannt machte.

Andere Forderungen, wie z. B. die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Bürgerwehr, Abschaffung aller Abgaben mit Ausnahme einer Einkommensteuer, erschienen dieserwegen nicht gefährlich, weil sie

unausführbar waren. Viel bedenklicher zeigte sich aber die Form, in welcher die sogenannten Beschlüsse zu Stande kamen; und dieses war es auch besonders, was die besonneneren Leute zuerst betroffen machte.

Daß man Beschlüsse, in einem kleinen Kreise besprochen und aufgemacht, hier vor einer ungeheueren Menschenmenge, welche zum Theil den Wortlaut kaum hören konnte, öffentlich vorlas, dann diese leicht zu lenkende Volksmasse dahin brachte, Gegenständen ihre Zustimmung zu geben, deren Sinn sie kaum begreifen konnte; daß man endlich mit diesen auf solche Art zu Stande gebrachten Beschlüssen vor die Welt hintrat, und sie die wohlüberlegten Wünsche des Volks nannte, — dieses erschien allen Freunden wahrer und ernster Volksfreiheit mit dem vollen Rechte als ein ebenso unwürdiges als auch gefährliches Manoeuvre.

Faßte man nebenan den Sinn und die Bedeutung des zuletzt gefaßten Beschlusses, der über ganz Baden ein Netz von wohlorganisirten Klubbs mit einem allmächtigen comité directeur verbreitete, scharf ins Auge, so konnte man sich nicht verläugnen, wie diese neue Handlungsweise der Agitatoren oder Unruhestifter eher auf den Ruin, als auf die Befestigung der konstitutionellen Freiheit ausging.

Die gesetzlichen Organe ganz ohnmächtig oder wirkungslos zu machen, das öffentliche Leben und seine Leitung in Klubbs, Ausschüsse und leicht zu lenkende Versammlungen zu verpflanzen — dieses war der offenbare Zweck der Politik, die auf dem Tage zu Offenburg zuerst in unverblümter Weise hervortrat.

Dieses Gefühl beherrschte alle die Einsichtsvollen unter den vielen Tausenden von sonst ganz entschieden freisinnigen Männern, die dort versammelt waren; und die Erfahrung bewies, daß ihre Ahnungen nicht zu trüb gewesen sind.

Nachdem man in diesem Sinne fortarbeitete und die Volksmassen gewöhnte, in zufälligen Versammlungen, Partheivereinen, Klubbs und dergleichen die eigentlich wirksamen Gewalten zu erblicken, zerstörte man die wenigen Begriffe, die von Staatsordnung und Volksvertretung überhaupt vorhanden waren, und trieb das Volk in eine Krisis hinein, die mit der Suspendirung aller gesetzlichen Freiheiten und dem Kriegszustand endete.

Indessen übersah die Mehrzahl die Bedeutung dieser Sache. Die Aengstlichen waren zufrieden, daß keine Störungen der Ruhe und Ordnung vorgekommen sind, und daß die gefürchteten republikanischen Demonstrationen unterblieben waren. Hatte doch selbst Welker, der nicht persönlich erschien, für nöthig gehalten, in einer warmen und herzlichen Ansprache, die gedruckt in Offenburg vertheilt ward, von solchen Versuchen dringend abzumahnen. Er wies nämlich darauf hin, daß in den neuen Zusagen das Wesen der Freiheit enthalten sey, daß die Frage, welche Form Deutschland in der Zukunft haben solle, nicht in einem südwestlichen Winkel Deutschlands, sondern von der ganzen Nation entschieden werden müsse. »Es gefährdete« — sagte er ganz prophetisch — ein solcher Versuch unser heiligstes Gut, unsere nationale Ehre, Einheit und Freiheit; er würde uns in die Gefahr der höchsten Schande, in die der Einmischung und Oberherrschaft der Fremden, in die der Zersplitterung stürzen. Bei unseren eigenen Mitbürgern und überhaupt im ganzen übrigen deutschen Volke würde jeder Versuch zunächst die Bisorganisation einer solchen entsetzlichen Schmach, und somit Haß und Fluch, und mit ihnen eine neue Reaktion gegen uns und die Freiheit erwecken, und höchst wahrscheinlich eine baldige Ueberschwemmung unsers Landes mit fremden Truppen herbeiführen.«

Bei der Versammlung in Offenburg waren also republikanische Gedanken noch weit entfernt, denn die unermeßliche Mehrzahl der dort versammelten Männer hatte sich über diese Fragen der künftigen Gestaltung Deutschlands noch keine ernstlichen Gedanken gemacht, und lebte noch in der naiven Anschauung der vor kurzen geschehenen Umwälzung der öffentlichen Zustände verblüfft. Mit revolutionärer Verbitterung oder Gedanken an Gewalt kam man bisher noch nicht zusammen.

Die am Tage zuvor von der Regierung verkündigte Amnestie, hatte eine sehr gute Stimmung im Volke erzeugt, und es war daher nicht möglich, ein Mißtrauens-Votum gegen das Gesammt-Ministerium durchzusetzen; und der in dem Entwurf dahin beabsichtigte Satz mußte in der bestimmten Herausgabe verändert werden.

Die Flugblätter, die an jenem Tag in Umlauf kamen, trugen nur zum kleinsten Theile das eigentlich revolutionäre, aufwühlende Gepräge; dagegen ward aber eines auf der Versammlung, wie im ganzen Lande in einer unermeßlichen Anzahl von Exemplaren verbreitet, welches eine fast ungetheilte Zustimmung fand.

Dieses Blatt, welches von Mannheim ausging, und dem Struve nicht unbekannt war, beweiset, daß damals immer noch selbst der äußerste Radikalismus nicht weit über die Grenzen hinaus ging, deren Erreichung auch die Besonnensten und Besten im Volke erstrebten.

Unter dem Titel »Forderungen des deutschen Volks« wurde hier verlangt: »Allgemeine Volksbewaffnung mit der freien Wahl der Offiziere; — Ein deutsches Parlament, frei gewählt durch das Volk. — Jeder deutsche Mann, sobald er das ein und zwanzigste Jahr erreicht hat, ist wahlfähig als Urwähler und wählbar zum Wahlmann. Auf tausend Seelen wird ein Wahlmann ernannt, und auf zehntausend Seelen ein Abgeordneter zum Parlament.

Jeder Deutsche ohne Rücksicht auf Rang, Stand, Vermögen und Religion kann Mitglied dieses Parlaments werden; sobald er das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

Das Parlament wird seinen Sitz in Frankfurt haben, und seine Geschäftsordnung selbst entwerfen. — Unbedingte Preßfreiheit. — Vollständige Religions-, Gewissens- und Lehrfreiheit. — Volksthümliche Rechtspflege mit Schwurgerichten. — Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. — Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen. — Wohlstand, Bildung und Unterricht

für Alle. — Schutz und Gewährleistung der Arbeit. Ausgleichung des Mißverhältnisses von Kapital und Arbeit. Volksthümliche und billige Staatsverwaltung. Verantwortlichkeit aller Minister und Staatsbeamten. Abschaffung aller Vorrechte.«

Wenn selbst die Führer in der Hauptsache noch nicht weiter zu gehen wagten, wie hätte die Volksmasse auf Gedanken kommen sollen, die man noch vier Wochen früher für eine platte Thorheit erklärt hätte? Dieserwegen war also in Offenburg an eine republikanische Demonstration gar nicht zu denken — wenn man nicht gerade durch solch einen verunglückten Versuch die Schwäche der Parthei aufdecken wollte.

Darum mahnte auch Hecker von dergleichen Versuchen ab, und als später bei dem Festessen, welches abgehalten wurde, Schlöffel mit der ihm eigenen täppischen Plumpheit den anwesenden Führern Vorwürfe machte, daß sie auf demselben Wege stehen blieben, wies ihn Hecker derb und leidenschaftlich zurecht.

Auch Bassermann mahnte vom Balkone herab zu republikanischen Sonderbündeleien abzulassen und dieser Ermahnung war wenigstens als einer offiziellen Erklärung der Parthei Gewicht beizulegen.

So mußte auch Fickler in verlegenen Worten seine Agitation für die Republik einigermassen entschuldigen, und der biedere Alemanne Gottschalk durfte mit der ganzen Innigkeit einer aufrichtigen konstitutionellen Gesinnung zur Einigkeit ermahnen, und sich scharf gegen die Verdächtigungen und den Partheiterrorismus aussprechen, der im Lager der äußersten Parthei schon um sich griff.

Gleichwohl war dieses nur der äußere Anschein der Dinge; in Wahrheit war die Parthei weder so patriotisch noch so verständig, ihre Wünsche zu vertagen oder sich vor der Majorität der Nation zu beugen.

Im Allgemeinen bedeuteten die Abmahnungen von der Republik nur so viel, daß der gegenwärtige Moment noch nicht der rechte sey.

Nicht umsonst verwies aber Hecker auf den Augenblick, wo er das Volk zur Hilfe aufrufen werde, für die bedrohte Freiheit.

Itzstein hatte vom Balkone herab die Volksmenge abgemahnt; als ihm aber zwei Stunden später ein kleiner Haufe, meistens Radikal-Gesinnte am Wirthshause ein Lebehoch ausbrachten, machte er dem Haufen zu Gefallen einen Bückling, vor der, wie er hoffte, nicht weit entfernten Republik.

Struve selbst hat später in den gerichtlichen Verhandlungen zu Freiburg versichert, es sey in der Vorberathung zu Offenburg die Frage der Republik durch die Majorität beseitigt worden; daß heißt, man hielt es für klüger, diesmal noch zuzuwarten.

Einstweilen galt es, die Volksmassen, welchen die Begriffe einer Monarchie und Republik in ihrem Unterschiede noch nicht einmal bekannt, viel weniger geläufig waren, darauf vorzubereiten; und dazu war in Offenburg ein wesentlicher Schritt vorwärts gethan.

Man hatte einmal die Probe gemacht mit der Behandlung und Ausbeutung einer solchen Menschenmasse, deren Kopfzahl den Verabredungen der Führer Gewicht und Ansehen geben mußte, und versuchte es einmal, die Organe der konstitutionellen Verfassung zu umgehen, und mit solchen Volksmassen-Beschlüssen die Regierung zu terrorisiren.

Würde es gelingen, diese Manöverts weiterhin über das Land zu verbreiten, würde erst einmal die jetzt entworfene Organisation der Klubbs durchgeführt und der leitende Mittelpunkt der Volksbewegung so in den Kreis der tonangebenden Partheimänner verlegt seyn, dann war es eher die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zeitgemäß sey, mit einem republikanischen Handstreich hervorzutreten.

So wurde zwar in Offenburg eine republikanische Schilderhebung nicht versucht, aber wenigstens prüfte man das Terrain und traf die Vorbereitungen.

Die Lage der Dinge außerhalb Baden mußte solche Entwürfe begünstigen und rasch zeitigen.

Bis jetzt hatte die Volksbewegung nur im Süden und Westen von Deutschland, allenthalben aber nur in den kleinern und mittlern Staaten gesiegt. Die nächste Sorge blieb daher immer noch, die nun errungene Freiheit, abgeirrten von republikanischen Sondergelüsten gegen die Tendenzen der östlichen Politik und den noch unbesiegten Widerstand der sogenannten deutschen Großmächte sicherzustellen.

Dieser Zustand hatte sich aber rasch geändert. Auf dem Versammlungstage zu Offenburg kamen die ersten allgemeinen Berichte über den Umschwung der Dinge in Wien an, und fast in denselben Stunden hatte zu Berlin der blutige Straßenkampf sein Ende gefunden.

Die absoluten Monarchien in Osten waren also für jetzt gebrochen; was in den kleinern Staaten mit friedlichen Konzessionen friedlich ausgeglichen werden war, wurde in Wien und Berlin mit den Waffen durchgekämpft, und die Ohnmacht der Gewalten, die Rathlosigkeit der Träger der alten Politik mußte in diesen umfangreichen Staaten jetzt größer seyn als in den friedlich umgestalteten kleinern Staaten.

Die Hoffnungen der revolutionären Propaganda in Westen, die in einem Mitglied der provisorischen Regierung Frankreichs ein mächtiges Organ hatte, mußten sich jetzt steigern; würde es also jetzt, nachdem diese Dämme der Revolution durchbrochen waren, gelingen, auch nur in einem kleinen Theile der deutschen Grenzlande Boden zu gewinnen, so wäre die republikanische Umwälzung vielleicht unüberwindlich gewesen.

Die Thätigkeit der Propagandisten in Frankreich und in der Schweiz hatte nie geruht.

Jetzt mußte ihnen begreiflicher Weise die Hoffnung wachsen, daß der ersehnte Augenblick des Gelingens gekommen sey. Es fanden im Kanton Bern jene Verabredungen Statt, deren Zweck ein bewaffnetes Eindringen in Deutschland war, und dieselben Menschen, die man später zu verschiedenen Zeiten in den badischen Krawallen figuriren sah, tauchten dort schon jetzt als leitende Personen auf.

In Biel hielt der Arbeiter-Verein Berathungen, deren Inhalt Niemand ein Geheimniß blieb, ja in einer Versammlung, die am 26. März vor ſtattfand, ſprach man offen davon den Einfall in Süddeutſchland zu unternehmen, ſobald von Baden aus die erwartete Aufforderung dazu geſchehe. Man berief ſich dabei auf das gleichzeitige Zuſammenwirken der Arbeiter-Kolonnen aus Frankreich, und in der That bewieſen offenkundige Thatſachen, daß dieſer Zuſammenhang vorhanden ſey. Denn in denſelben Tagen drängten nicht nur einzelne Schaaren breviſer Arbeiter aus dem Eſſaß nach der Badiſchen Rheingrenze zu, ſondern was viel bemerkenswerther iſt, in Paris waffneten und rüſteten ſich jene Arbeiterzüge, deren offenkundige und zugeſtandene Abſicht ein Einfall in Süddeutſchland war.

Der Klubb deutſcher Demokraten behandelte dieſe Dinge mit ziemlicher Oeffentlichkeit.

Einzelne Kolonnen von 6 bis 800 Mann verließen ſchon am 24. März Paris, und ein Anſchlag an den Straßenecken der franzöſiſchen Hauptſtadt verkündete »die deutſchen Demokraten haben ſich in Legionen formirt, ſie fühlen ſich gedrungen, durch Aufforderung ihrer Brüder in Deutſchland die Republik dort auszurufen.«

Dieſe Dinge waren ſo öffentlich und unwiderlegbar, daß die Badiſche Regierung ſchon in den Sitzungen vom 24. und 28. März der Kammer darüber ämtliche Mittheilung machen konnte. Was damals nicht mit ſo offizieller Beſtimmtheit zu Tage lag, die Theilnahme der franzöſiſchen Regierung, iſt nun zur traurigen Gewißheit geworden.

Damals ließ man ſich durch Lamartine's pathetiſche und poetiſche Friedensergüſſe täuſchen, und wir er denn der Ehrliche und Getäuſchte war; ſeitdem hat man erſt gelernt, die Dinge nüchterner anzuſehen.

Die franzöſiſche Regierung, namentlich Ledru-Rollin, bediente ſich der eiteln Gecken oder Abenteurer, wie z. B. Herwegh, Börnſtein, Bornſtedt, und ließ ſie dieſe Kolonnen organiſiren, die einerſeits Frankreich von einer Laſt überzähliger Arbeiter befreiten, zugleich aber nach Deutſchland Elemente einer revolutionären Propaganda hinüber warfen.

Ledru-Rollin ſorgte für Geld und Waffen, um die Nachbarlande, nämlich Belgien und Süddeutſchland revolutionieren zu helfen, und die betrogenen Werkzeuge machten ſich jetzt auf den Weg, um nachher in einem unglücklichen Kampfe oder im Elende zu verkümmern oder vollends zu Grunde zu gehen.

Daß die Führer der äußerſten Linken in Baden von dieſen Bewegungen in Kenntniß waren, iſt leider ſehr klar und richtig, denn ſprach man doch laut genug in Paris ſowie in der Schweiz von dem »Rufe« der aus Baden erfolgen werde.

Emiſſäre gingen ſchon jetzt in Baden ab und zu, und ſeit der Mitte des Monats März waren eine Menge fremder, verdächtiger Geſichter zu bemerken, wie ſie im Jahre 1848 als Sturmvögel der Revolution allenthalben vorangegangen ſind.

Das Proletariat in den Städten, beſonders die Handwerksgeſellen, wurden eifrigſt bearbeitet; auch war jetzt baares Geld bei den Leuten zu finden, die es weder aus ihrem Vermögen noch aus ihrer Arbeit ſchöpfen konnten.

Daß alle dieſe Dinge den Männern, wie Hecker und Struve waren, nicht unbekannt blieben, iſt kaum zu bezweifeln, und auch wenn ſich damals die Freunde Hecker's nicht davon überzeugen konnten, daß er zugleich ſo unklug und ſo gewiſſenlos handeln könne. Aber Anzeichen lagen vor; da damals Briefe aus glaubwürdigen Händen in Umlauf kamen, welche über das Treiben im Kanton Bern Aufſchlüſſe gaben.

In dieſen Schreiben waren die Pläne einer Baden'ſchen Inſurrektion ziemlich übereinſtimmend mit demjenigen, was ſpäter geſchah, auseinander geſetzt; und ebenſo wurden in dieſen Briefen als Mitwiſſer und Leiter beſonders in Biel bei den zuſammengetriebenen Schaaren immer Hecker und Struve genannt.

Man glaubte es damals von dem Einen der beiden Männer nicht, obwohl jetzt kaum mehr ein Zweifel an ſeiner Verwicklung in dieſe Dinge beſtehen kann.

Eines aber konnte ſchon damals dem aufmerkſamen Beobachter nicht entgehen, nämlich: daß in der Verſammlung zu Offenburg die Stimmungen der Parthiführer ſich weſentlich geändert hatten. Was dort am 19. März noch übereilt und zu frühzeitig erſchien, galt jetzt für zeitgemäß und ausgereift.

Die Ereigniſſe in Wien, Berlin und Mailand, die propagandiſtiſche Thätigkeit im Süden und Weſten hatten jetzt auf einmal die Chancen einer revolutionären Umwälzung ſehr günſtig geſtellt, und die vorſichtige Zurückhaltung, die man auf dem Tage zu Offenburg beobachtete, ſchien jetzt nicht mehr nothwendig. Eine vereinzelte republikaniſche Schilderhebung in Baden mußte indeſſen immer noch ſehr bedenklich erſcheinen, darum ſetzte man ſeine Hoffnungen und Bemühungen auf den bevorſtehenden Volkstag in Frankfurt. Würde es dort gelingen, mit einem republikaniſchen Handſtreich durchzudringen, ſo durfte man nur das Zeichen geben, und die in Baden gefüllten Pulverminen waren zum Zerſpringen in Bereitſchaft gerichtet.

In dieſem Sinne wurde jetzt gearbeitet. Der leitende Ausſchuß, den man zu Offenburg geſchaffen hatte, ſuchte die Kräfte und Mittel in den verſchiedenen Landestheilen zu ſammeln.

In einem Theile Badens, namentlich in der Gegend am Bodenſee und auf dem Schwarzwalde, wo ein kräftiger, derniger Menſchenſchlag, derb, geſund und ausdauernd bis zum jähen Eigenſinn wohnt, zog dieſe Thätigkeit bereits die allgemeine Aufmerkſamkeit auf ſich.

Ein ſtarker, wenn auch bisweilen mißleiteter Drang der Freiheit war in dieſen Gegenden immer lebendig geblieben; das Gefühl des Mißbehagens über Beamtendruck, Hochmuth und Regierungsgewalt und einzelne Ungerechtigkeiten hatten in dieſen Menſchen tiefe Wurzel geſchlagen.

Dazu kamen noch materielle Mißſtände, an welchen die Regierung weniger Schuld trug als die lokalen und landesherrlichen Verhältniſſe. Es kam dazu, die Nachbarſchaft der Schweiz, wo ſich noch ein wohl-

habender und ſelbſtſtändiger Bauernſtand fand ohne Beamtendruck, ohne Steuer-Ueberlaſtung, ohne Proletariat.

In dieſen Gegenden war vor dem Monat März der Widerſtand gegen das alte Syſtem am größeſten geweſen; der Seekreis und der Schwarzwald hatten faſt ohne Ausnahme Oppoſitions-Männer in die Kammer geſchickt; alſo ſehr begreiflich, daß vor der Widerwille gegen das alte Syſtem auch am tiefſten eingewurzelt war, und die böſe Ausſaat des Mißtrauens gegen die Gewalt hier am ſchlimmſten aufgewuchert war.

Einſichtsvolle und ireiſſinnige Männer konnten hier viel zur Verſtändigung beitragen; es blieb aber der Fluch des alten Syſtems, daß daſſelbe allen Regierungsmännern im Voraus das Vertrauen beim Volke verſcherzt hatte.

So fiel das Volk phantaſtiſchen und leichtſinnigen Demagogen in die Hände, die in dieſen Zeiten der Aufregung die allgemeine Unzufriedenheit benützten.

Seit dem Anfang des Monats März hatte Fickler von Konſtanz in dieſem Sinne gewirkt; der noch wenig bekannt geweſene Name der Republik war dem Volke mundgerecht, utopiſche Hoffnungen waren erweckt und das Krawallgelüſte nach und nach groß gezogen worden.

Fickler konnte ſeit Jahren als das agitatoriſche Element im Seekreiſe gelten; denn die Oppoſition gegen Bilitersdorf, dann der Deutſch-Katholiſismus, und jetzt die Republik waren nach einander die Gegenſtände ſeiner Agitation geweſen.

Auch beſaß er einen weſentlichen Einfluß auf das Volk, dem er angehörte.

Er ſchrieb ein Kleines, dem Bauern und kleinen Bürger verſtändliches Volksblatt, die »Seeblätter« genannt, und hatte in Schrift und Wort die Gabe, populär und eindringlich in der Vorſtellungsweiſe und den Bildern des Volks zu ſprechen. Dabei fehlten ihm nicht die äußern Gaben eines Volksredners vom gröbern Schlage.

Schon Anfangs März hielt er Verſammlungen auf Verſammlungen und agitirte für die Republik. Es wurde dem Volke vorgemacht, in dem Winkel am Bodenſee könne die Frage über die deutſche Verfaſſung entſchieden werden; ja man verſchmähte nicht, auf eine betrügliche Weiſe vorzugehen, ſie ſey ſchon ſo gut wie entſchieden. Es wurden Gerede ausgebreitet, als ſey im größten Theile von Deutſchland die Stimmung für die republikaniſche Regierungsform ſchon entſchieden, und mit großer Zuverſicht behauptete man, auf der Verſammlung zu Heidelberg hätten ſich die anweſenden ſtändiſchen Vertreter verabredet für die Republik zu wirken.

Unter dieſen Umſtänden mußte die Regierung dem Seekreiſe ihre beſondere Aufmerkſamkeit zuwenden, und ernannte daher den radikalen Abgeordneten Peter, dem ſie viel mehr Fähigkeit und Ehrgefühl zutraute, als er wirklich beſaß, zum Regierungs-Direktor dieſes Kreiſes, und ſchickte zwei Abgeordnete der Gegend, nämlich Mathy und Struve am 13. März dahin ab, die ſich über die Lage und Stimmung des Volkes einige Sicherheit verſchaffen ſollten.

Der Bericht, den beide Männer am 22. März in der Kammer abſtatteten, ſtellte zwar die Wühlereien und die Mittel, welche man dazu angewendet hatte, nicht in Abrede, äußerte ſich aber ſehr befriedigt und beruhigend über den Zuſtand der Dinge.

Zu der Zeit, wo dieſe Abgeordneten zurück gekehrt waren, fing aber die agitatoriſche Thätigkeit mit neuer Stärke an, denn, wie ſchon bemerkt worden iſt, ſo hatten ſich die Zeiten der Offenburger Verſammlung merklich geändert.

Wie raſch dieſer Umſchlag geſchah, bewies am ſchlagendſten der Charakter der Volks-Verſammlungen, die man ſchon acht Tage nach der Offenburger Verſammlung hielt.

Dieſe Verſammlungen in den einzelnen Landestheilen gehörten zu dem Operationsplan des dirigirenden Ausſchuſſes, und ſollten das vorbereiten, was zu Offenburg kaum im Keime ſichtbar geweſen iſt.

So ſchrieb man auf den 26. März nach Freiburg und Heidelberg Verſammlungen dieſer Art aus; aber welche Veränderung ließ ſich dabei ſeit den acht Tagen wahrnehmen!

Die gemäßigtern Führer hatten ſich jetzt ganz zurückgezogen, und Leute wie Struve oder andere untergeordnete demagogiſche Werkzeuge, nahmen die Leitung der Revolution allein in die Hand. Die commis voyageurs der Revolution im jakobiniſchen Mode-Coſtüm, nämlich in blauen Kitteln, Schlapphüten und ungeheuren rothen Halsbinden tauchen jetzt auf einmal zahlreich auf, und bemühten ſich, den Ton anzugeben.

Der friedliche und feierliche Charakter der Verſammlung zu Offenburg war verwiſcht, und die Einigkeit der Partheien dahin geſchwunden. Die Konſtitutionellen erſchienen jetzt als Gegner auf dem Platze, und zeigten ſich entrüſtet, daß man die demagogiſchen Künſte ſchon ohne alle Scheu und Scham handhabe.

In Mannheim war Struve bei Gründung des Volks-Vereins mit der Forderung aufgetreten, alle Mitglieder müßten ſich den Führern zu unbedingtem Gehorſam verpflichten; allein mit dieſem jakobiniſchen Verſuche fiel er gänzlich durch.

Da dieſes den Verſammlungen vom 26. März unmittelbar voranging, ſo entzweite und erbitterte dieſe Handlungsweiſe.

An dieſem Tage ſollte dann nach dem Plane der Anführer verſucht werden, was man in Offenburg nicht gewagt hatte; man wollte nämlich von den Verſammlungen zu Heidelberg und Freiburg ein Votum für die Republik erreichen oder erſchleichen.

In Freiburg gelang es dem Struve, die Volksmaſſen zu fanatiſiren, daß heißt, für die Sache ſchwärmeriſch zu machen. Nachdem jeder Verſuch einer Gegenrede von der Clique, nämlich dem Klatſchen mit der Hand und dem Geſichrei niedergebrüllt worden, gab die Volksmaſſe ein Votum für eine »deutſche Föderativ-Republik« ab; denn das verſammelte Landvolk dachte ſich unter dieſem Namen alle Herrlichkeiten eines glückſeligen Zuſtandes; und die Führer erweckten und beſtärkten in dem leichtgläubigen Volke jetzt um ſo mehr ſolche Vorſtellungen.

In Heidelberg war man aber nicht ſo glücklich, denn der, freilich ungeſchickt eingefädelte Verſuch führte nicht zu dem gewünſchten Ergebniſſe; die Parthien kamen hart an einander, und nach mehreren tumultuariſchen Scenen trennte man ſich endlich mit Erbitterung und Mißtrauen.

So ward der Boden aufgewühlt, damit Alles bereit ſey, wenn wenige Tage ſpäter die Verſammlung zu Frankfurt zuſammen treten und dort der entſcheidende Schlag gelingen würde.

In der letzten Woche des Monats März fanden in Donau-Eſchingen, Waldshut und Engen mehrere Verſammlungen Statt, welche ſich an die Beſchlüſſe der Freiburger-Beſchlüſſe anlehnten: die Unruhe am See und auf dem Schwarzwald nahm im Grunde erſt jetzt ihren drohenden und ſtürmiſchen Charakter an; zugleich verſuchte man auch das badiſche Heer zu gewinnen, deſſen Zuſtände ſolchen Bemühungen zu Hilfe kamen.

In keiner deutſchen Armee war der militäriſche Geiſt ſo wenig geſtegelt, der falſche Korps- und Kaſtengeiſt ſo genährt worden, wie in dem badiſchen Heere.

Die jüngern Offiziere hatten eine geringe Bildung und waren nur von der gewöhnlichen Kaſten-Einbildung durchdrungen. Sie ſetzten einen Stolz darein, ihren unreifen junkerhaften Uebermuth recht geltend zu machen, und Markgraf Wilhelm, der Leiter des badiſchen Militärweſens, beſtärkte ſie in ihren Unarten.

Daß die Arroganz der Leute in Uniform ſich recht breit machte, dem Bürgerthum ſich recht feindſelig gegenüber ſtellte, den gemeinen Soldaten recht rob und wegwerfend behandelte, darin fand die vormärzliche Staatsweisheit eine Bürgſchaft der konſervativen Politik.

Daß eine Zeit des Sturms, wenn ſie den Offizier ohne Vertrauen beim Bürger, ohne Einfluß auf den Soldaten fand, das ganze Inſtitut raſch über den Haufen werfen, und aus den Trümmern nur ein revolutionäres Rüſtzeug machen würde, das bedachte man ſo wenig, als man überlegte, daß in einem ſolchen Falle auch die tüchtigern Elemente unfähig ſeyn müßten, dem allgemeinen Ruin zu widerſtehen.

Unter ſolchen Umſtänden war es nicht ſchwer, wenigſtens in einzelnen Soldaten und Unter-Offizieren Gedanken an eine Inſubordination und Mißbehagen über die ganze militäriſche Verfaſſung zu erzeugen.

Hecker ſelbſt hatte ſchon während ſeines Aufenthalts zu Karlsruhe dergleichen Umtriebe verſucht, und die guten Freunde in Mannheim arbeiteten auf daſſelbe Ziel los.

Das dort garniſonirende vierte Regiment wurde mit gutem Erfolg in dieſem Sinne bearbeitet; und mit Trinkgelagen, Verführungen und Liebkoſungen aller Art brachte man es endlich dahin, daß die nur durch Furcht und Gewalt zuſammengehaltene Disziplin ſich bedenklich lockerte, und die Offiziere ohne Einfluß dem Treiben zuſehen mußten.

Hecker ſelbſt, Sanguiniſt, wie er war, zweifelte keinen Augenblick, daß dieſe Truppe im Falle einer gewaltſamen Schilderhebung zu ihm übergehen und den erſten Anfang einer revolutionären Armee bilden werde.

Die Organiſation der republikaniſchen Parthei ging ohne Hinderniß vor ſich, weil die Regierungsgewalten erſchlafft waren und die konſtitutionellen Männer unthätig zuſahen. Die Elemente der Parthei, die man jetzt organiſirte, waren freilich ſehr bunt zuſammengewürfelt, und nur der kleinſte Theil beſtand aus verbitterten Patrioten, welche nach den Erfahrungen einer vielſältigen Lüge an die Möglichkeit der konſtitutionellen Monarchie verzweifelten, oder die, den Ingrimm im Herzen über die ſchmachvolle Politik, womit man die Nation niedergedrückt und demoraliſirt hatte, von einer Kapitulation mit den jetzt nachgiebigen Gewalten nichts mehr erwarteten.

Eben ſo klein war die Zahl der Schwärmer und Enthuſiaſten, welche in jugendlicher Begeiſterung für ihr republikaniſches Ideal überſahen, daß die vorhandene Generation mit allen Untugenden monarchiſcher Zeiten genährt, groß gezogen und zur Gründung einer geſunden und lebenskräftigen Republik den allerſchlechteſten Stoff abgab. Wohl war Unzufriedenheit und Haß über die vergangene Zeit genug vorhanden; die Drachenzähne der Unwahrheit des Mißtrauens, der Perfidie und Gewalt, die man ausgeſäet hatte, gingen jetzt in furchtbarer Menge auf. Aber mit dieſer tiefen Abneigung gegen das Vergangene, mit dieſer Ungeduld, ſich jeder Form und jeder bindenden Ordnung zu entledigen, mit dieſem inſtinktmäßigen Widerſtand gegen jede gebietende und ordnende Gewalt, konnte man noch keine Republik machen, ſondern höchſtens den Reſt der beſtehenden Zuſtände noch vollends unterwühlen.

Viel ſchlimmer war der größere Theil der Armee, der die republikaniſche Demagogie um ſich ſammelte.

Von Anfang hatte man ſtatt eine edlere revolutionäre Begeiſterung zu erwecken, oder auf eine innere Erhebung hinzuarbeiten, die ganz gemeinen Motive in's Spiel gebracht, um der Republik Anhänger zu verſchaffen.

Man rechnete die Ausgaben der Civilliſte vor, den eingebildeten Reichthum der Beſitzenden, man ſchilderte die Republik als die Regierungsform ohne Laſten und Abgaben, man erweckte Haßbegier und Genußſucht, um durch ſie republikaniſche Rekruten zu werben.

Eine ohnedieß herabgekommene, geiſtig und ſittlich niedergehaltene Bevölkerung wurde von der demagogiſchen Sophiſtik vollends verführt. Die öde, verwilderte und begeiſterungsloſe Jugend, die unter dem alten Syſtem ohne Zucht, ohne Sitte und Religion, ohne Liebe zum Hauſe und zum Vaterlande aufgewachſen war, ward mit ſolchen Mitteln zahm gemacht, die arbeitende Klaſſe mit der nie zu erfüllenden Hoffnung auf Genuß ohne Arbeit, auf Centen ohne Saaten vertröſtet, und mit jenem blinden, teufliſchen Haſſe gegen den arbeitſamen und ſparſamen Beſitz erfüllt, konnte man jetzt auf allen Seiten in dieſen Kreiſen der Geſellſchaft wuchern ſehen.

Widerſtand das Landvolk mit ſeiner zähen, am Beſitze hangenden Natur den Lockungen leichter, und blieb es wirklich dem Eindringen der aus Frankreich geborgten Doktrinen ganz unzugänglich, ſo war dagegen, unter dem ſtädtiſchen Proletariat, unter dem kleineren indolenten Handwerksſtande, der Boden um ſo günſtiger. Jenes ſchlimme Unkraut der faulen Friedensperiode, eine halbe Bildung ohne ſittlichen Fond, lockere Grundſätze mit vielen Anſprüchen, kamen hier wirkſam zu Hilfe; alſo nicht zu wundern, daß auch der ſchiffbrüchige Theil der Geſellſchaft, der in dem großen Bankrott der beſtehenden Ordnungen, ſeinen eigenen zu verbergen ſtrebte, und dem die neue Umwälzung nur Genuß, Bequemlichkeit und Wohlleben bringen ſollte, in die Reihen dieſer Parthei eintrat. Waren doch die Führer ſtets und überall bedacht, ſolch ganz gemeine Hebel in Bewegung zu ſetzen, und mit den Bewerggründen einer verführten Zeit auf die angekündigte Weltverjüngung hinzuarbeiten.

Man ſieht, es waren keine ernſten puritaniſchen Schwärmer, noch ſentimentale Ideologen, noch weniger ernſte beſonnene und praktiſche Männer, wie etwa die Gründer der nordamerikaniſchen Freiheit, ſondern man ſammelte aus der aufgewühlten und verwirrten Geſellſchaft alles Beliebige, was mißvergnügt, neuerungsſüchtig und abenteuerlich geſonnen ſchien.

Die neue republikaniſche Armee, die man ſich anſammelte, war eher einer katilinariſchen Rotte ähnlich, als einer begeiſterten Truppen-Schaar.

Einen urſprünglichen, eigenthümlichen Geiſt hatte ſie nicht in ſich, denn ſie war nur von den Reminiſcenzen der franzöſiſchen Revolution genährt, und mit den ſchlimmſten Leidenſchaften dieſer Periode erfüllt. Waren doch alle Motive, womit man operirte, alleräg lich und auf den ſchnöden Egoismus gebaut; nie konnte alſo eine heilige Begeiſterung oder ein Fanatismus da entſtehen, wo die ganze Grundlage faul iſt

So ſenkte man in die Gemüther des Volks die ſchlimmen Angewöhnungen und Gelüſte fremder Nationen und gleich die erſten ſchönen Tage der nationalen Erhebung wurden mit dieſem ſchlechten Zuſatze vergiftet.

Der Jeſuitismus der »Rothen« arbeitete fort an dem ſchlechten Werk der alten Politik, und beide trafen darin völlig zuſammen, daß ſie die noch vorhandenen geſunden Elemente im Volke nach Kräften verführten.

Die Regierung hatte allen dieſen Dingen ruhig zuſehen müſſen, denn Energie war ſie nicht im Stande zu entfalten, da durch das alte Syſtem die moraliſche Kraft und das Vertrauen zu den regierenden Gewalten gebrochen war; und Niemand daran denken konnte, in Zeiten, wie die jetzigen waren, die verlorene Macht wieder zu ſammeln.

Das einzige Lebenszeichen eines Widerſtandes, das ſie von ſich gab, war ihre Anzeige vom 24. März, daß ſie gegenüber der drohenden Invaſion den fremden Arbeiter Vorſichtsmaßregeln getroffen habe. Die Kammer gab dazu ihre Zuſtimmung zu erkennen, im Uebrigen ließ ſie ſich aber von dem raſchen Gang der Wogen treiben, und auch die Beſchlüſſe zu Offenburg hatten, ſo weit ſie raſch durchführbare Veränderungen betrafen, keinen Widerſtand gefunden.

Der Kriegs-Miniſter war abgetreten, der Markgraf Wilhelm war der Leitung des Militärweſens enthoben, und die Mitglieder der Kamarilla nämlich die Hof- und Günſtlings-Partei waren in Ruheſtand verſetzt worden.

Nur der Unentſchloſſene konnte dem Miniſterium vorwerfen, daß es zäh und unnachgiebig ſey, ja im Gegentheil konnte es in ſeiner Machtloſigkeit keiner Forderung mehr widerſtehen, auch wenn es ſich im Stillen ſagen mußte, daß man Geſetze und Anordnungen verlangte, mit welchen keine feſte Staatsordnung mehr verträglich ſey.

Dieſelbe Vorwurf traf freilich die in ihrer überwiegenden Mehrzahl konſtitutionell geſinnte Kammer und eine große Anzahl loyal und konſtitutionell geſinnter Leute. In politiſcher Unerfahrenheit forderte und bewilligte man das Unhaltbarſte, und aus Beſorgniß für reaktionair oder nicht entſchieden genug zu gelten, gab man den abgeſchmackteſten Anforderungen der Parteiführer bereitwillig nach.

Ein ſchlagendes Beiſpiel dieſer geſetzlichen Ohnmacht gaben noch die letzten Tage des Monats März. Man hatte nämlich eine Volksbewaffnung verlangt; und die Regierung hatte einen Entwurf vorgelegt, der nach keiner Seite hin genügte; weder denjenigen, die ein tüchtiges und konſequent durchgeführtes Landwehrſyſtem wünſchten, noch den andern, welche auf eine Auflöſung des ſtehenden Heeres hinarbeiteten, und das leicht als demagogiſches Werkzeug zu gebrauchende Inſtitut der Bürgerwehren an die Stelle geſetzt wünſchten.

Um die Regierungs-Gewalten vollends ohnmächtig zu machen, und der wühleriſchen Parthei eine bewaffnete Macht zu verſchaffen, war dieſes Verlangen wohl berechnet; allein volksthümlich war die Idee nie, denn nur in den Städten konnte man der Zeitraubenden Einrichtung Eingang verſchaffen, während ſie auf dem platten Lande faſt durchaus den hartnäckigſten Widerſtand fand.

Die Regierung allein konnte freilich das Inſtitut der Bürgerwehre nicht verbindern, wenn nicht die Konſtitutionellen in der Bevölkerung, wenn nicht die Kammer ihr entſchloſſen zur Seite trat; aber dazu war allerdings keine Ausſicht. Der Geſetzentwurf ging durch Heckees Hände, und wurde mit Einwilligung der Regierung und Kammern von ihm umgeſchmolzen; und ſo wurde das beſtehende Bürgerwehrgeſetz ein trauriges Werk von geſetzlicher Unfähigkeit, aber eine brauchbare Waffe in den Händen der revolutionären Parthei.

Während ſo Alles vorbereitet ward für die Umwälzung, war auch die Zeit der Entſcheidung heranngekommen; denn nicht nur in Baden, ſondern auch in Frankfurt ſollte der entſcheidende Schlag geführt werden, und dieſes gab Hecker ſelbſt zu.

Er ſagte ſelbſt, daß ſeine Partheі nicht ſchon zu Offenburg losgeſchlagen habe, mit den Worten; zu

jener Zeit war das Volk weder bewaffnet noch organiſirt, und gehöriger Zuſammenhang im Lande fehlte, eine nicht kleine Militärmacht in den nahen Raſtadt und Karlsruhe hätte die Sache um ſo gewiſſer ſcheitern gemacht, als die Maulhelden, welche die Sache bei beſſerer Organiſation und Bewaffnung nicht nur im Stiche ließen, ſondern förmlich vertierthen, damals viel weniger gehandelt hätten als ſpäter, nachdem überdieß in zahlreichen Verſammlungen, Schriften und Unterredungen die Sache der Republik ein weiteres und ſicheres Terrain gewonnen hatte.« Noch ſetzte Hecker dazu, — daß die republikaniſchen Führer in der feſten Zuverſicht lebten, in Frankfurt die Permanenz der großen Verſammlung durchzuſetzen und damit die Sache der Republik auf jenem großen Felde für ganz Deutſchland zu entſcheiden.

Die Verſammlung zu Frankfurt am Main, nämlich das Vorparlament kam zuſammen; Es war viel geſchehen, um ſolchen Hoffnungen, wie die republikaniſchen Führer ſie hegten, eine Ausſicht des Gelingens zu eröffnen.

Der ganze ſüddeutſche Radikalismus war aufgeboten; einzelne Mitglieder der Heidelberger-Verſammlung hatten einer Menge von Leuten Eintrittskarten ausgetheilt, deren Anſpruch kein anderer war, als daß die Partei auf ſie zählen konnte. Zur Unterſtützung waren denn auch die mobilen Kolonnen der Revolution, nämlich junge Leute, Turner und Handwerksburſche nach Frankfurt berufen worden, um, wenn auch nicht als Barrikadenkämpfer, doch wenigſtens als Klaqueres verwendet zu werden.

Schon mehrere Tage, bevor die Verſammlung in der Paulskirche angefangen hatte, entwickelten Hecker, Struve und ihre untergeordneten Gehilfen eine unermüdliche Thätigkeit, in den Verſammlungen durch ſtürmiſche Bereitſamkeit auf eine revolutionaire Stimmung hinzuwirken, und einem künftigen Konvent vorzuarbeiten. Freilich entdeckte dieſes Alles nur die numeriſche Schwäche der Partei. Der Jubel und die Zuſtimmung, auf die ſie pochte, kam aber nur von denſelben Leuten, die ſie als Unterſtützung nach Frankfurt gezogen hatte.

So zufällig und zugänglich die Verſammlung war; die Stimmung der Mehrzahl zeigte ſich zu republikaniſchen Handſtreichen abgeneigt, und die Vorſpiele kläriſcher Tribunen-Szenen, wie ſie Hecker und Struve aufführten, ſchreckten eher ab, als daß ſie angezogen hätten.

Die Stimmung einer Nation läßt ſich nicht extemporiren. Die Februar-Revolution hatte die große Mehrzahl des deutſchen Volks in den Wogen einer Reform-Entwicklung gefunden, vom Geiſte der Revolution war das Volk nicht durchdrungen.

Dieſe Thatſache trat allenthalben hervor, und wer ſie etwa nicht ſehen wollte, konnte ſie aus den übereinſtimmenden Aeußerungen der verſchiedenſten Repräſentanten aus allen Theilen von Deutſchland heraushören.

Die aus den zufälligſten Elementen zuſammengeſtruirte Verſammlung, deren ganze Exiſtenz doch nur aus dem thatſächlichen Rechte der Revolution abzuleiten war, zeigte als getreuen Reflex der Stimmungen im Volke nichts weniger als eine revolutionaire Phyſiognomie. Man hätte alſo die Verſammlung erſt reinigen und andere Geſandtmänner ſchicken müſſen, wenn man ihr einen Konvent hätte bilden wollen.

Die Verſuche der republikaniſchen Partei, deren Führer und Agenten vorzugsweiſe aus Baden herbeigezogen waren, ſcheiterten daher ohne Ausnahme.

Gleich in den erſten Stunden des Vorparlaments mislang das Beſtreben, von dem eigentlichen Zweck der Verſammlung abzulenken, und zu einer übereilten Konſtituirung Deutſchland's hinüberzuführen.

Die Vorſchläge Struve's, die eine vollſtändige Umwälzung von Deutſchland nebſt Abſchaffung der Monarchie enthielten, wurden ziemlich kurz beſeitigt, und in den Protokollen der Verſammlung begraben.

Der Vorſchlag, das Vorpalament permanent zu machen, und ſo wenigſtens einen Konvent vorzubereiten, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit abgewieſen, ſobald der Verſammlung der eigentliche Sinn deſſelben klar und einleuchtend ward.

Der Antrag, die Permanenz auf einem Umwege zu erlangen zu ſuchen, fiel nicht nur durch, ſondern flügte den Antretenden und ſpäter zurückkehrenden Diſſidenten der Minorität noch eine empfindliche moraliſche Niederlage zu.

Gewiß waren die Klügern unter den Partheiführern überzeugt, daß eine republikaniſche Schilderhebung, oder ein Verſuch, das Vorparlament zum Konvent zu machen, den größern Theil Deutſchlands unberührt laſſen werde. Es genügte ihnen daher, jetzt wie nachher in dem aufgewühlten Theile des deutſchen Südweſtens Raum und Stoff für eine Republik zu finden.

Sich dem Norden und Oſten Deutſchlands näher zu bringen, dazu hatten die republikaniſchen Führer in Frankfurt wenig beigetragen; das Ungeſtüm der Partei, ihr leidenſchaftliches Gebahren, ihre tumultuariſchen Gewohnheiten hatten die Stimmung der Anweienden ganz gegen ſie gewendet.

Am erſten ließ man noch Hecker's exaltirtem Weſen und ſeiner politiſchen Fieberglut Gerechtigkeit widerfahren. Man erkannte wenigſtens an, daß er von viel beſſerem Korne ſey als die Meiſten ſeiner Genoſſen: aber die Partei ſelbſt hatte durch ihr politiſches Auftreten weit hinaus mehr verloren als gewonnen, und der dünne Strahlenſchein, der ſie umgab, war in Frankfurt vollends zerſtört worden.

Hecker täuſchte ſich darüber nicht; denn er war ſeit Wochen in dem Zuſtande einer unglaublichen nervöſen Ueberſchauung; ſein Ausſehen wie ſein Benehmen gab davon Zeugniß, und ſchon in Offenburg glaubte jedermann der ihn ſah und mit ihn geſprochen hatte, eher einen Fieberkranken als einen politiſchen Leiter vor ſich zu haben.

Was ihn aufrecht gehalten hatte, war die Hoffnung auf Frankfurt, wo der entſcheidende Schlag geführt werden ſollte, und wo er ſelbſt das Weſentlichſte dabei zu thun hoffte; aber ſein Ehrgeiz wurde bitter enttäuſcht. Die Partei, die ſich um ihn grup-

pirte, war im Ganzen nur armselig zu nennen; — er selbst war hinter den Erwartungen zurückgeblieben, und ungeachtet seines glänzenden Talents und Interesses, daß er selbst bei seinen Gegnern erregte, hatte er nur Niederlagen erlebt.

Hecker kehrte von Frankfurt in der größten Verstimmung nach Hause, und hörte schweigend und verbittert die Vorwürfe seiner ältern Freunde; die ihn wohl reizten, aber auf ihn keinen bestimmten Einfluß mehr ausübten.

Sein unbesonnenes Weggehen aus der Paulskirche, als der Zitz'sche Antrag, nämlich die Permanenz auf einen Umweg zu erlangen, unterlag, hatte die meisten Männer von seiner politischen Befähigung außerordentlich herabgedrückt; und er war diesenwegen nicht einmal in den Fünfziger-Ausschuß gewählt worden, wo selbst mancher Unbedeutende einen Platz fand.

Die klügern Freunde Hecker's, wie nämlich Itzstein, Blum, Jakobi u. s. m. hatten es durch eine vorsichtige Taktik dahin gebracht, daß selbst die konstitutionelle Majorität ihnen die Stimmen gaben, und nur Hecker blieb wie ein Faktioser ausgeschlossen, und wurde dadurch mit der rein revolutionären Partei immer unzertrennlicher verknüpft.

Auf die Entscheidung der Dinge in Baden, übten diese Vorgänge in Frankfurt den größten Einfluß. Absichten revolutionärer und gewaltsamer Art konnte man den Führern mit vollem Rechte vorwerfen, denn sie wiederholten sich selbst oft genug in Wort und Schrift und in solchen Gedanken. Auch war man in Frankfurt stets darauf gefaßt, daß die unterliegende Minorität einen Gewaltstreich versuchen würde; ihr tumultuarischer Austritt konnte ja ohnedieß nur eine Bedeutung haben, wenn sie sich nun als Parlament konstituirten und es mit gewaltigen Handstreichen versuchten. Aber die Einsicht, daß in Frankfurt der Boden zu ungünstig sey für solche Versuche, mochte durchdringen, man wußte sich ein anderes Terrain wählen; aber wo? darüber konnte kaum ein Zweifel bestehen.

Am Abend des 2. April, nach dem Austritt, erklärten Hecker und Struve einer gesinnungsverwandten Deputation, es sey jetzt die Zeit zum Handeln gekommen; Frankfurt sey aber der Ort nicht, man müsse es in Baden versuchen.

Die Ueberzeugung und Besorgniß, daß dieses geschehen werde, beängstigte alle Gemüther, und Niemand zweifelte daran, daß der Schlag, der in Frankfurt verschoben werden war, in Baden ausgeführt werden würde. Es war ja dort Alles so vorbereitet, daß es kaum mehr in der Macht der Führer gelegen war, den Ausbruch zurückzuhalten.

Die Gleichgesinnten machten kein Geheimniß aus ihrer Unzufriedenheit mit den Frankfurter Resultaten und sprachen laut davon, daß man mit Gewalt die Entscheidung herbeiführen müsse.

Die Versammlungen, die in den obern Gegenden des Landes inquisitorischen abgehalten worden waren, deuteten ganz offenkundig auf das Ziel hin, was man sich gestellt hatte, und die Schau und Vorsicht, die zu Offenburg noch gewaltet hatte, ward jetzt völlig abgelegt.

Struve und Fickler sprachen frei davon, der Großherzog von Baden müsse eine Abstimmung in Baden vornehmen lassen über Republik und Monarchie, und Fickler machte Miene, als wolle er durch Welker's Vermittlung einen solchen Vorschlag ernstlich zur Erwägung empfehlen.

Gleichzeitig erschien Fickler auf einer Versammlung zu Achern mit zwei Abgesandten der französischen Zuzügler, stellte sie den Anwesenden als solche vor und empfahl sie als Freunde und Retter.

In den Blättern der Partei ward ohne Scheu auf einen Ausbruch hingedeutet und fast offen zum Aufstande aufgefordert worden. Briefe aus der Schweiz, welche während des Vorparlaments in Frankfurt eintrafen, und dort zur Kenntniß einzelner Badischer Abgeordneten kamen, gaben den wohlberechneten Plan einer Freischaaren Invasion aus Frankreich und der Schweiz in Verbindung mit einem Krawall in Baden genau und ausführlich an, und stellten die Mitwissenschaft von Hecker und Struve u. s. w. als ganz unzweifelhaft hin.

Hecker selbst berichtet, daß täglich Briefe, Adressen und Deputationen ankamen, welche dazu aufforderten, die Republik auszurufen und mit den Waffen in der Hand vorwärts zu rücken.

Die Krisis war ihrem Ausbruch nahe, das konnte Niemand mehr verläugnet werden, und viele wünschten auch den Ausbruch, weil ihnen das Ungewisse viel peinlicher war, als die offene gewaltsame Entscheidung.

Die Mehrheit der Badischen Kammer erließ am 6. April eine Ansprache an das Volk, worin sie hervorhob, was Alles geschehen war seit dem 1. März, um eine Neugestaltung des Staats herbeizuführen, worin sie aber dringend warnte, durch sonderbündlerische Schilderhebungen diese Errungenschaften alle auf's Spiel zu setzen, und dem Vaterlande ein namenloses Unglück zu bereiten.

Die Ansprache enthielt treffliche Wahrheiten; aber die Zeit war vorüber, wo man mit dergleichen Worte etwas erreichte.

Wenn, wie es jetzt allenthalben in Baden geschah, alle Bande der Ordnung sich lockerten, wenn in der Presse und in Versammlungen ungescheut zum Umsturz der bestehenden Staatsform und zur Errichtung einer südwestdeutschen Republik aufgefordert ward, wenn Emissäre der Revolution im Lande auf- und abreisten, wenn der revolutionäre Landes-Ausschuß bewaffnete Versammlungen veranlaßte, in welchen man offen mit Gewalt drohte, — da war es keine Zeit mehr zu Proklamationen, da mußte rasch und energisch gehandelt werden.

Die Regierung in ihrer Weise war nicht unthätig gewesen; denn sie hatte Sorge getragen, daß die Mobilmachung des achten deutschen Armee-Korps beschleunigt ward, und schon in den ersten Tagen des Monats April rückten die ersten Bundes-Truppen ein. Durch dieses war nun sehr begreiflich, der republikanischen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Zatknonté republikána Fiklra wnádraží Karlsruze.

Larrestamento del republicano Fickler alla strada ferrata di Carlsruhe.

A' köstársaclalmi Fickler elfogatása a Karlsruheni indóházban.

Die Gefangennehmung des Republikaners Fickler im Bahnhofe zu Karlsruhe.

Nº 101.

Es wurde durch Briefe und Sendboten in allen Städten des Landes rasch dafür gewirkt, daß man Steuern-Deputationen nach Karlsruhe um Entfernung der fremden Truppen schicken sollte. In Donaueschingen, einem der Hauptsitze der revolutionären Aufstände, fand am 6. April eine bewaffnete Versammlung Statt, worin die Absetzung der Brüder des Großherzogs von ihren Militärstellen, die Entfernung des Ministeriums, die Abweisung des fremden Militärs, die Beschmelzung der Linie mit der Bürgerwehre augenblicklich gefordert und zugleich erklärt ward, wenn nicht innerhalb dreimal 24 Stunden diese Forderungen erfüllt würden, so werde man in Masse bewaffnet nach Karlsruhe ziehen.

In der Kammersitzung vom 7. April brachte Brentano die Rüstungen und Truppen-Märsche zur Sprache, und bemerkte, so wie Hecker und Itzstein, daß kein Anlaß dazu gegeben sey, ja vielmehr, daß diese militärischen Maßregeln als der erste Versuch einer bewaffneten Reaktion zu betrachten seyen.

Der Staatsrath Beck antwortete scharf und energisch, nachdem er auf das allbekannte Treiben im Lande und jenseits der Grenzen hingewiesen, und eine Menge einzelner Thatsachen und Aktenstücke vorlegte, gegen welche keine andere Einwendung übrig blieb, als daß die Richtigkeit der Thatsachen nicht erwiesen sey. Sie war aber erwiesen, ja die Regierung wußte offenbar noch mehr, als sie für den Augenblick öffentlich und ämtlich zu erklären für gut fand.

Dieses gab in der Debatte, namentlich Mathy den Gegnern wörtlich zu verstehen, und deckte mit der ihm eigenen Kälte schneidend die revolutionären Künste auf, und wies endlich auf die Urheber und Leiter so unzweideutig hin, daß es gar nicht nöthig war, sie noch beim Namen zu nennen. Die Kammer billigte mit großer Mehrheit das Verfahren der Regierung; die Gegenstimmen kamen aber von denjenigen, die als Mitwisser des beabsichtigten Ausbruchs gelten konnten.

Indessen blieb die Partei unermüdet thätig, den Schlag vorzubereiten, wozu besonders Fickler das Wesentlichste gethan hatte, um die Aufregung im Seekreis, wo er bei den Volksmassen die größte Popularität genoß, zu unterhalten und zu schüren; im Unterlande war Mannheim der Sitz der leitenden Personen.

Fickler wiekte in Baden nicht blos durch seine Seeblätter, sondern war auch nicht wenigee thätig als Volksredner, und befand sich eben auf einer Rundreise, um die republikanische Gesinnung im ganzen Großherzogthum zu beleben.

Aber eben im Begeiffe aus dem Unterlande nach Konstanz zurückzureisen, wurde er auf dem Bahnhofe zu Karlsruhe, ihm und aller Welt ganz unerwartet, durch den Abgeordneten Mathy am Morgen des 8. April verhaftet

Mit dieser entschlossenen That war jetzt das Netz der Verschwörung zerrissen, und die Führer waren zum übereilten Ausbruch gedrängt.

Mathy häufte dadurch wohl den Haß der revolutionären Partei auf sich, aber er verwirrte die Pläne der Gegner und ermuthigte die schon besorgten Männer.

Man brachte freilich das frühere freundschaftliche Einvernehmen zwischen Mathy und Fickler in Erinnerung, und machte dem Mathy Vorwürfe über schwarzen Undank, daß er nämlich die politischen und persönlichen Wohlthaten vergessen, die Fickler ihm als damaligen Meinungsgenossen erwiesen habe; allein diese Vorwürfe konnten doch nur den wahren Standpunkt der Beurtheilung verrücken. Jedermann wußte, daß sich Mathy und Fickler jetzt als politische Feinde entgegen standen, und daß Mathy durch seinen entschlossenen Schritt in einem Momente der ordhängnißvollen Entscheidung seine politische Sache den Staat und die Partei, für welche er kämpfte, retten half.

Daß Fickler nachher durch eine ungeschickte und pedantische Prozedur in dreigehnmonatlicher Untersuchungshaft blieb, daß man ihn vor Gericht nur wegen der in seinen Seeblättern enthaltenen Aufforderung zur Rebellion, und wegen seiner Rede auf der Volks-Versammlung zu Achern anklagte, daß die Geschworenen ihn dann freisprachen, kann das Urtheil in dieser Sache ebenfalls nicht ändern.

Es spricht Alles dafür, daß dem Fickler der Auftrag zugefallen war, den Seekreis zu revolutioniren, während Struve am Oberrhein, in Offenburg und Freiburg, Hecker im Unterlande dieselbe Aufgabe lösen sollten.

Der Ausbruch sollte ohne Zweifel erst gegen Ende des Monats Statt finden, denn bis dahin konnten die Rüstungen vollzogen und die Kolonnen aus Frankreich und der Schweiz angekommen seyn. Dieses Alles war nun mit Fickler's Verhaftung durchkreuzt.

Als Hecker und Struve, ungewiß, wie weit durch Fickler's Verhaftsnahme ihre eigene Stellung kompromittirt sey, die Flucht ergriffen hatten und nach dem Seekreis kamen, um schleunigst zum Aufstande zu schreiten, erschienen Alle überrascht und in Verwirrung; denn auf einen so nahen Ausbruch war man besonders nach dem niederschlagenden Eindruck von Fickler's Gefangennehmung nicht gefaßt.

Die Verhaftung Fickler's machte allenthalben im Lande einen tiefen Eindruck, denn die revolutionäre Partei war zwischen Erbitterung und Schrecken getheilt, die Anhänger der bestehenden Staatsordnung waren im höchsten Grade befriedigt und sahen darin eine Bürgschaft, daß dem schwankenden unheimlichen Zustande nun eine rasche Lösung der Verwicklung folgen werde.

Am lautesten äußerte sich die Stimmung in Mannheim, wohin Mathy am Nachmittag nach Fickler's Verhaftung kam. Einige Wortführer der revolutionären Partei gingen zu ihm und verlangten auf eine ungestüme Weise Rechenschaft; ebenso sammelten sich drohende Haufen vor seiner Wohnung, aber auch von dem ihm befreundeten oder anhängigen Theile der Bürgerwehre fanden sich einzelne Abtheilungen ein, um Gewaltthätigkeiten zu verhindern.

Es ſchien am paſſenſten, daß Mathy ſich auf das Rathhaus begab, um dort den Gemeindebehörden über ſeine Handlung eine Erklärung abzugeben. Von mehreren Freunden begleitet, und ebenſo von einer aufgeregten Volksmenge umringt und bedroht, ging Mathy nach dem Rathhauſe. Dort ſetzte er eine kurze Erklärung auf, worin er ſagte, »Geſtern Vormittags in dem Ständehauſe und geſtern Abends bei dem Präſidenten Mittermayer übergeugte ich mich, daß urkundliche Beweiſe vorliegen, welche darthun, daß Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutſchen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Dieſe Handlung iſt Landes-Verrath, denn jeder Bürger, welcher davon gewiſſe Nachricht erhält, iſt verpflichtet, einem ſolchen Verbrechen entgegen zu treten, und dieſe Pflicht habe ich erfüllt, nachdem ich Fickler verhaften ließ.«

Der Gemeinderath und der Bürger-Ausſchuß ließen dieſe Erklärung in großer Schnelligkeit drucken, und ſetzten einen Aufruf dazu, welcher zur Geſetzlichkeit und Ordnung ermahnte.

Indeſſen hatte ſich auf dem Platze vor dem Rathhauſe die Volksmenge unter dem Rufe, »Mathy heraus!« verſammelt, aber auch ſämmtliche Kompagnien der Bürgerwehre hatten ſich in Reihe und Glied eingefunden.

Die Erklärung und der Aufruf wurden mitgetheilt, und auch Mathy erſchien auf dem Balkon des Rathhauſes und ſprach zu der in lautloſer Spannung harrenden Volksmenge ruhige und entſchloſſene Worte, die mit der Verſicherung endigten: »Hätte ich, was ich heute Morgen gethan habe, noch einmal vor mir, ſo würde ich es abermals thun, und ſelbſt wenn es mein Leben koſten ſollte, denn ich bin überzeugt, dem Vaterlande einen großen Dienſt erwieſen zu haben.«

Augenzeugen verſichern, daß ſie, als Mathy auf dem Balkone herausſtrat, um ſein Leben in nicht geringer Beſorgniß waren, denn ein Theil der Bürgerwehre ſelbſt zeigte bei dieſer Gelegenheit eine ganz zweifelhafte Haltung. Als er aber ruhig und kaltblütig zu der Volksmenge geſprochen hatte, brach die Bürgerwehr in ein lautes ſtürmiſches Jubelrufen auf ihn aus, und er war gerettet.

Ein Auftritt, der Mathy das Leben hätte koſten können, wurde alſo auf eine ſolch entſchloſſene, imponirende Haltung zu einem Triumphe für ihn, und ſo war der Vorfall für Mannheim, das ein Hauptpunkt für den Aufſtand hätte werden ſollen, entſcheidend. Die konſtitutionelle Parthei hatte ſich dießmal feſt zuſammen geſchaart, und den Gegnern die Hoffnung eines Erfolgs genommen.

Die Verſammlungen, welche an den beiden Abenden des 7. und 8. April's gehalten wurden, zeigten das Bild einer geſchlagenen Parthei. Hecker und Struve waren auf eine Fraktion oder Bruch beſchränkt, deren Wortführer nämlich der Buchhändler Hoff, der Doktor Hammer, J. P. Grobe, der Redakteur der Abendzeitung u. ſ. w. durch ihren Terrorismus und ihre jakobiniſchen Kraftreden ſelbſt viele Republikaner zurück ſtießen. Hecker's und Struve's Auftreten am Abend des 8. April an der Spitze einer ſolchen Fraktion, in welcher die Trivialität mit der Unfähigkeit im Streite war, bot einen trüben Abſtand zu ihrer früheren politiſchen Reife, und Beide mußten einſehen, daß für einen Krawall in Mannheim kein günſtiger Platz vorhanden war.

Am andern Morgen, Sonntag den 9. April, verließ Hecker, wie ſchon erwähnt wurde, ganz in der Stille Mannheim, reiste auf der linken Rheinſeite nach der Schweiz, und von da über Zürich nach Konſtanz, wo er am 11. April ankam, und dort auch ſchon Struve fand.

Bei ihm befanden ſich der preußiſche Ex-Lieutenant Willich, ein Holſteiner Namens Beuhe, der würtembergiſche Abgeordnete Mögling, und der auch an den ſpäteren Badiſchen Aufſtänden betheiligte Doll.

Man hatte ſich plötzlich entſchloſſen loszuſchlagen, und zwar zur Ueberraſchung ſelbſt derjenigen, welche ſeit Wochen in die Wühlereі im Seekreis eingeweiht und Theilnehmer geweſen waren.

Es toll, abenteuerlich und unbeſonnen war aber kaum irgendwo ein Handſtreich unternommen worden, als dieſer es war, welchen Hecker und Struve jetzt in Konſtanz vorbereiteten.

Im großen deutſchen Vaterlande zeigten ſich die Zuſtände einer ſolchen Schilderhebung durchaus ungünſtig, und zunächſt war, wie das Vorparlament und hundert andere Thatſachen zeigten, die Stimmung im größten Theile des Volks größtentheils nicht republikaniſch, ja nicht einmal eine organiſirte Parthei ſo wie in Baden, war in den andern Ländern Deutſchlands vorhanden.

Die Monarchie hatte das Vertrauen und die Zuneigung der beſonnenen und gebildeten Männer im Volke noch nicht verloren; ja man ſah nach den jüngſten Zugeſtändniſſen einer konſtitutionellen Zukunft mit feſter Zuverſicht entgegen.

Man fühlte ſich noch nicht getäuſcht, verſtimmt und verbittert, wie dann ſpäter; denn die Politik der Verzweiflung hatte noch ſehr wenig Boden erlangt; die untern Volksklaſſen waren noch nicht ſyſtematiſch bearbeitet und als Revolutions-Armee vorbereitet.

Die ſichere Ausſicht auf das bevorſtehende Parlament feſſelte allenthalben den Dämon der Revolution, hielt die ſtürmiſchen und ungeduldigen Wünſche nieder, und unterbrirk in der Mehrzahl des Volks die ſchwärmeriſche Hoffnung, man werde auf einem friedlichen Wege zum Ziele eines freien, einigen und mächtigen Vaterlandes gelangen.

Die Stimmungen waren daher entſchieden nicht revolutionär, und ſelbſt wenn ein Krawall in Baden gelang, ſo hatte man im übrigen Deutſchland nicht auf Zuſtimmung, ſondern wohl auf Widerſtand zu rechnen.

Aber auch in Baden ſelbſt hätten weniger verblendete und bethörte Menſchen als Hecker und Struve es waren, das überwiegend ungünſtige der Chancen erkennen müſſen. Wohl hatte man die Bande der beſtehenden Staatsordnung nach Kräften geloͤckert,

wohl war aus alter Zeit Mißmuth und Verstimmung genug vorhanden, gegen das System, das mit dem Monat März gestürzt erschien; aber zu einer Erbebung der Volksmassen gehörte eine tiefe, ungeheurere Erbitterung, gebörte politische Hoffnungslosigkeit, und ein wilder, thatkräftiger Fanatismus. Der war aber nicht vorhanden, und Hecker bewies nur seinen politischen Dilettantismus und seine Unkenntniß des Volks, wenn er an das Vorhandenseyn einer solchen Stimmung glaubte. Er rechnete darauf, daß die Tausende, die auf den Volks-Versammlungen den wüthendsten Reden Beifall klatschten und den unbesonnenen Beschlüssen zugestimmt hatten, ohne alle Ausnahme mit den Waffen in der Hand erschienen würden; die Erfahrung bewies aber, daß von allen jenen Tausenden, von welchen Hecker über 80,000 Bewaffnete zählte, keiner sich zeigte, als der ernstbafte Ruf zu den Waffen geschah.

Hecker rechnete sicher auf den Uebergang des badischen Militärs, das man allerdings bewirthet, und gegen die militärische Zucht aufgewiegelt hatte; aber um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es einer ganz andern systematischen und tiefgehenden Aufwühlung, wie sie dann später mit Erfolg versucht ward.

Für jetzt blieben die demagogischen Einwirkungen nur auf die Oberstäcke beschränkt, und als man die Soldaten wieder in freier Luft unter dem Einflusse ihrer Führer hatte, war die Disziplin wieder schnell hergestellt, und von einem Abfall oder einer Meuterei keine Rede mehr.

Hecker rechnete außerdem auf die zahllosen Schmeichler und Höflinge, die ihm die günstigsten Schilderungen machten, seine allerdings große Leichtgläubigkeit bestärken, seiner Eitelkeit schmeichelten, ihn reizten und aufstachelten, um dann im entscheidenden Augenblicke zum Rückzug zu blasen.

Seine Klagen über diese Leute sind gerecht; aber seiner eigenen politischen Befähigung stellt er ein sehr trostloses Zeugniß aus, wenn er sagt: »er sey der festen Zuversicht gewesen, daß es keines Schwertstreichs und keines Schusses bedürfe, daß der Zug ein wahrer Festzug seyn, und ganz Deutschland dem Beispiele Badens folgen werde.« So wenig kannte er die Stimmungen in Baden und Deutschland; denn schon die ersten Erfahrungen hätten ihn über die Zukunft eines abenteuerlichen Unternehmens vollkommen aufklären können.

In Konstanz fand er die Stimmung kalt, die vermeintlichen Gleichgesinnten ängstlich und voll Skrupel, und dieselben Leute, welche alle Vorbereitungen hatten mitmachen geholfen, gaben jetzt dringend und bittlich den Rath, von den Unternehmungen abzustehen.

Am 12. April verließen Hecker und Struve gleichwohl den Aufruf an die Aemter Donaueschingen, Engen, Blumenfeld, Villingen, Bonndorf, Neustadt und Hüfingen, welcher die erste offene Aufforderung zum Aufstande enthielt. »Der Augenblick der Entscheidung,« so lautete der Aufruf, »ist gekommen, Worte können und unser Recht und unsere Freiheit nicht erobern. Darum fordern wir euch alle waffenfähigen Männer auf, Freitag den 14. April, um 12 Uhr in Donaueschingen auf dem Marktplatze mit Waffen und Munition in geordneten Zügen mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, zu erscheinen. Unsere Freunde Brude, Au, Willmann Rau, Rasina und Andere werden zu euch treten und euch sagen, was das Vaterland von euch erwartet. Sie sind bereit, sich an eure Spitze zu stellen. Struve ist bereits in Donaueschingen angekommen, und wird der Versammlung mit Rath und That zur Seite stehen.«

Der Erfolg blieb aber unter jeder Erwartung, zwar war in den Versammlungen, die man veranlaßte, wie in den frühern Versammlungen, die Republik in großer Mehrheit; als es aber galt, statt mit leeren Worten mit den Waffen in der Hand bereit zu seyn, blieb die Zahl der Republikaner sehr gering. Während Hecker zu Konstanz ohne großes Glück zu agiren versuchte, war Struve nach Ueberlingen, Stockach, Engen, Donaueschingen geritt; aber nirgends entsprach die thatkräftige Unterstützung den prahlerischen Verkündigungen, die man kurz vorher und selbst jetzt noch vornahm.

Hecker selbst klagte später bitter über diese Stumpfheit und schreibt sie zum Theil den Intriguen von Leuten zu, auf die er glaubte als Helfer zählen zu können.

Das mag auch seyn; — doch Hecker sagte ebenfalls, daß das Regenwetter ein Abhaltungsgrund gewesen wäre; übrigens muß eine republikanische Erhebung, welche sich durch die Witterung abhalten läßt, nicht sehr tief im Volke eingewurzelt gewesen seyn.

Als Hecker am 13. April von Konstanz auszog, zählte seine Begleitung nach glaubwürdigen Angaben nicht über fünfzig Mann.

Er schlug den Weg über Stockach nach Engen ein, fand die und da freundliche Gesichter, aber nirgends eine recht ermunternd thatkräftige Unterstützung.

Er wirft später die Schuld auf Diesen und Jenen, scheint sogar an den absichtlichen Verrath einzelner Freunde zu glauben, und sucht das Mißlingen mit einer Menge von Wenn und Aber auseinander zu setzen. Das eine Wesentliche vergißt er aber oft und ehrlich auszusprechen, nämlich: daß eben im Volke keine revolutionäre Begeisterung vorhanden war; ja nach seiner eigenen Angabe lief eine angekündigte Versammlung schon in Stockach auseinander, bevor er noch ankam.

Als er bereits auf dem Weg nach Engen war, hatte er noch nicht 400 Mann um sich, und als er endlich am 15. April in Donaueschingen einzog, war auch die dort versammelte Menge unter aller Erwartung unbedeutend.

Das Aufgebot des Streitreifs, das man nach Donaueschingen bestellt hatte, beschränkte sich auf eine Handvoll Leute, die mangelhaft bewaffnet und schlecht geführt waren. In demselben Augenblicke näherte sich

eine Abtheilung würtembergischer Truppen, und Struve hatte jetzt nichts Eiligeres zu thun, als eine Kapitulation anzubiethen; worauf dann dem republikanischen Heere ungehinderter Abzug gestattet ward.

Unbegreiflicher Weise überschätzten die Würtemberger die Kräfte der Freischaaren so sehr, daß sie den Abzug der Schaaren nicht hinderten; denn der Haufe verlieſs noch vor dem Abend ungestört Donaueschingen, während es doch nicht schwer gewesen wäre, mit einem Theile der Reiterei, welche die Würtembergee bei sich hatten, die ganze Volks-Truppe gleich hier auseinander zu sprengen, oder gefangen zu nehmen.

Dieser erste Anfang eines Unternehmens, der ein Triumphzug werden sollte, war also sehr entmuthigend, und die Sache zeigte mehr eine komische als eine furchtbare Seite.

Die ganze abenteuerliche Schaar, mit Hecker in einer blauen Blouse, im Gürtel zwei Pistolen, einen Säbel umgeschnallt, einen grauen Hut mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe, — wäre die Unternehmung in ihren sittlichen und politischen Rückwirkungen nicht zu unselig gewesen, so müßte man in einem solchen Bilde mehr juvenile und studentische Thorheit als Verbrechen erblicken.

Noch jetzt wäre es Zeit gewesen, Einhalt zu thun und umzukehren; denn daß kein Enthusiasmus vorhanden war, daß Widerstand genug sich regte, daß das Unternehmen in keinem Falle gelingen konnte, dazu lag die Erfahrung am Tage, und darum wäre es auch besser gewesen, die ersten Fehler einzusehen, als noch größere dazu zu machen. Aber zu solch einem Bekenntniß hätte Hecker weniger Eitelkeit und mehr tiefe Vaterlandsliebe besitzen müssen, als er wirklich besaß. Er blieb entschlossen, die Sache bis zum trostlosen Ende zu führen, so entmuthigend sich auch Alles zeigte.

Während die würtembergische Kolonne die Schwarzwaldpäſſe besetzte, suchte Hecker die Rheinebene zu gewinnen; denn dort hoffte er mit badischen Truppen zusammen zu stoßen, und durch ihren Abfall sich zu verstärken. Er schlug die Straße nach Stühlingen, Bonndorf und Lenzkirch ein, und machte dann über die raubesten Anhöhen des Schwarzwaldes den Marsch nach der Glashütte und dem Dorfe Bernau, wo er am 17. April ankam.

Warnungen und Abmahnungen kamen von mehreren Seiten von Freunden und Bekannten, und ebenso traf er im Dorfe Bernau auf zwei Abgeordnete des Fünfziger-Ausschusses, welche ihn aufforderten, die Waffen niederzulegen, und ihm volle Amnestie anbothen.

Der Schritt war ungewöhnlich; aber durch die Lage der Dinge gerechtfertigt, und Hecker hätte der deutschen Freiheit gewiß wesentliche Dienste geleistet, wenn er, klar sich lustig zu machen, über das Unerbiethen, umgekehrt wäre von einem Schritte, der ihn und die Sache, für die er zu kämpfen vorgab, verderben mußte. Aber die Täuschung, daß das badische Heer zu ihm übergehen werde, hatte ihn noch nicht verlassen, und dieserwegen ward der Zug fortgesetzt, so schwach und unbedeutend auch alle Resultate der aufgewendeten Mühe blieben.

Hecker erlebte zwar den kurzen Triumph, in zwei Städten des Landes vorübergehende Republiken auftauchen zu sehen, nämlich in Konstanz und Offenburg; aber beide Episoden legten eher für die Ohnmacht als für die Stärke der Bewegung das Zeugniß ab.

In Konstanz hatte die Regierung, schon als die ersten Berichte über unruhige Bewegungen zur Sprache kamen, den radikal gesinnten Joseph Ignaz Peter, Obervogt in Koelsbeim, an die Spitze der Verwaltung des Seekreises gestellt, und war der Meinung, eine gute Wahl gemacht und zur Beruhigung der öffentlichen Stimmung beigetragen zu haben.

Peter war unter dem alten System als einer der renitenten Beamten verfolgt, und damit zum politischen Märtyrer gemacht worden. Das Ministerium Beck hatte altes Unrecht an ihm gesühnt, und hoffte an ihm einen zuverlässigen und ergebenen Mann zu finden, aber sie täuschte sich; denn Peter war ein schwacher unfähiger Kopf, und ein ebenso schwacher, von der kleinlichsten Eitelkeit befangener Charakter.

Wer sich seiner bemächtigte, und seine Schwächen schonte, konnte ihn sehr leicht leiten; denn das zeigte sein ganzes politisches Thun und Lassen, in welchem allenthalben die Ohnmacht und Beschränktheit mächtiger war als sein guter oder böser Wille.

Der neue Regierungs-Direktor, in dessen Hände die Regierung die Pazifikation eines aufgeregten Landtheiles, nämlich des Seekreises, gelegt hatte, war im Anfang des Monats April nach seinem Bestimmungsorte abgegangen; aber jeder Schritt, den er machte, bewies, welch einen unglücklichen Griff die Regierung gethan hatte. Man sah ihn in Wirthshäusern kordial oder vertraut mit Führern der republikanischen Parthei im Verkehre; ja man hörte ihn sogar laut über die Politik des Ministeriums raisonniren, — und was schon allein hinlänglich gewesen wäre, ihn als unfähig oder verrätherisch zu bezeichnen — er schrieb dringende Abmahnungen an die Ober-Befehlshaber der in den Seekreis bestimmten Bundes-Truppen, daß sie nicht einrücken möchten; also Abmahnungen, denen im ersten Augenblick auch wirklich Folge geleistet wurde, da man nicht zweifelte, daß dieses im Sinne, oder in dem Einverständnisse mit der badischen Regierung geschehe.

Inzwischen hatte Hecker nach seinem Abzug von Konstanz eine Ordonnanz erlassen, nach welcher die bestehende Regierung des Seekreises aufgelöst und Peter zum Statthalter ernannt ward. »Peter wird es annehmen, wenn man ihn dazu zwinge,« sagte Hecker; es wurde also eine Posse aufgeführt, die den Anschein des Zwangs haben sollte.

Am 17. Abril fanden sich die Bürgermeister der meisten Konstanzer Landgemeinden nach Verabredung in Konstanz ein, um die Regierung abzusetzen und Peter zur Annahme der Statthalterstelle zu zwingen. Ein Konstanzer Gemeinderath machte das Anerbiethen, mit zuvölf handfesten Leuten den ganzen Krawall zu unterdrücken; Peter war zugleich gewarnt, traf aber keine Maßregeln der Abwehre.

Im Rathhause versammelten sich die Beamten und Bauern mit Peter an der Spitze, und eröffneten die Verhandlung. Die Bauern drohten, die Konstanzer Behörden spielten ein zweideutiges Spiel, und die Beamten, einzelne Ausnahmen abgerechnet, hatten den Muth verloren. Das jämmerlichste Bild hatte aber Peter dargeboten. Er ließ sich nämlich von Drohungen einschüchtern, denen ein entschlossener Mann ohne Gefahr entgegen hätte treten können, und legte gezwungen seine Stelle nieder, verschärfte jedoch — keine Macht der Welt könne ihn zur Annahme der Statthalterstelle zwingen, und — erklärte nach einer kurzen Frist, daß er, durch physische und moralische Gründe überwältigt, die Stelle eines Statthalters annehme.

Wie dann aber am folgenden Tage die Nachricht von dem Anrücken der Baiern einlief, suchte der neue Statthalter auf dem Schweizer-Gebiethe Sicherheit, und die kurze Geschichte der Republik Konstanz hatte ihr Ende gefunden.

Von eben so geringer Dauer war ein ähnlicher Versuch in Offenburg, wo am Abend des 18. April eine Schaar Leute den Badnhof besetzte, und den Eisenbahn-Verkehr zu hemmen gesucht hatte. Vielleicht erwartete man die angekündigte Invasion der in Elsaß stehenden Arbeiter-Kolonne, und es rückten jetzt eiligst Truppen heran, und forderten die Gemeinde-Behörden zur Unterwerfung auf. Der Gemeinderath aber, der ganz in den Händen der revolutionären Partei war, erließ eine Proklamation, die einerseits die Unterwerfung nicht ablehnte, und den Sinn für Gesetz und Ordnung rühmte, andererseits aber mit dem Aufrufe und seinem Ziele in parteiischen Stellen kokettirte. Es verstand sich von selbst, daß man sich mit einer Behörde, die nicht geneigt war, zur Ordnung fest zu stehen, und die auch weiter nicht den Muth hatte, mit zu rebelliren, nicht lange in Unterhandlungen einließ; und so machte man durch eine rasche Truppenbesetzung dem unwürdigen Spiele ein Ende.

Die Versuche zu Konstanz und Offenburg, hatten für die Sache des Aufstandes nur den einen Werth gehabt, daß im Seekreis durch die Absetzung der Regierungsbehörde und die Einsetzung einer revolutionären Verwaltung, die Sache einen offiziellen Charakter bekam, und dem Landvolke, das gewohnt war, von Oben herab seine Inspirationen zu bekommen, mehr imponirte.

So waren denn auch, seit Hecker's Ordonnanz in Bezug auf die Einsetzung der neuen Behörde ins Volk gedrungen, die Zuzüge etwas zahlreicher geworden.

In Konstanz selbst regte sich jetzt die Partheі, die am 12. und 13. März Hecker im Stiche gelassen hatte, und während dieser noch kaum 50 Mann um sich versammeln konnte, gelang es drei Tage später, gegen 200 Mann zusammen zu bringen.

Obschon vom Lande nur einzelne Zuzüge kamen, sammelte sich doch eine Kolonne, die mehr Köpfe zählte, als die Hecker'sche zahlreich war. Der Führer davon war der ehemalige Badische Lieutenant Sigel, dem persönlicher Muth nicht abgesprochen werden konnte. Eben so schloß sich ihm eine Schaar an, welche der Wirth Weishaar in Dottstetten gesammelt hatte. Weishaar war in jenem Landes-Ausschuß gewesen, den man zu Offenburg wählte. Auf diesen Mann hatte Hecker zuversichtlich gerechnet, und von dem vermöglichen und angesehenen Manne eine ganz besonders wirksame Unterstützung erwartet. Weishaar lernte indessen die Sache nüchterner ansehen, so daß es einige Mühe kostete, seine Unentschlossenheit zu überwinden.

Die Sigel'sche Schaar, die am 14. April Konstanz verließ, schlug über Stühlingen und Waldshut den Weg nach St. Blasien ein, wendete sich also in derselben Richtung, in welcher Hecker die Seinigen geführt hatte.

Am 19. April übernachtete Sigel in St. Blasien, am 20. in der Gegend von Todtnau, er befand sich aber ohne Zusammenhang mit Hecker, den er nach seinem eigenen Geständnisse in der Nähe von Freiburg vermuthet hatte.

Hecker hatte schon am Morgen des 18. April die Gegend, in welcher jetzt Sigel stand, verlassen, und war über Zell nach Schopfheim vorgerückt. Von Sigel wußte er so wenig, als dieser von ihm; denn die dringenden Botschaften, worin er Sigel und Weishaar aufforderte, sich in Eilmärschen mit ihm zu vereinigen, scheinen nicht an Ort und Stelle gekommen zu seyn.

In Schopfheim wurde Kriegsrath gehalten, in welchem Hecker meinte, man müsse nach Lörrach ziehen, während Willich und Bruhe den Marsch in der Richtung nach Kandern und Schliengen für rathsamer hielten; und diese letzte Meinung wurde auch angenommen.

Am Mittag brach die Schaar auf; am Abend traf sie in Kandern ein, aber unter wenig günstigen Aussichten, denn die dortige Gegend, besonders Kandern selbst war sehr ungünstig gestimmt. In Schliengen lag ein Theil der Bundestruppen, während man von Sigels und Weishaars Kolonne nichts hörte. Man schwankte dahr zwischen dem Entschlusse sich zurück zu ziehen und zwischen der Meinung, die Anhöhen welche Kandern beherrschen zu besetzen; und blieb zuletzt ohne eigentliche Entschließung, und ohne festen Plan über dasjenige, was zu thun sey.

So brach der Morgen des 20. April, nämlich der Gründonnerstag heran. Die Truppen, die am Tage zuvor bei Schliengen aufgestellt waren, bestanden aus drei Bataillonen, nämlich einem hessischen und zwei Badischen Bataillonen, einigen Schwadronen Reiterei und hatten sechs Geschütze bei sich. Ihr Anführer war der General Friedrich von Gagern der älteste unter den Söhnen des ehrwürdigen Hans Gagern.

Bevor noch der Aufstand im Seekreis ausbrach, dachte die Badische Regierung daran, einen tüchtigen und erprobten Mann, dessen ganze Persönlichkeit ge-

wichtig in die Wagſchale der Ereigniſſe fiel, für die Badiſchen Truppen zu finden.

Die bisherigen Häupter der Badiſchen Armee, beſonders Markgraf Wilhelm waren unvollsthümlich; die Ernennung eines ältern Offiziers, der ſich nicht eines beſondern Vertrauens erfreute, oder eines hochgebornen fürſtlichen Führers wäre bei dem Stande der Dinge ein unzweifelhafter Mißgriff geweſen.

Da die Disziplin der Truppen erſchüttert ſchien, ſo bedurfte es einer mächtigen Perſönlichkeit, die zugleich Vertrauen zu erwecken und zu imponiren im Stande iſt.

Ein Freund der Gagern'ſchen Familie lenkte alſo die Aufmerkſamkeit der Badiſchen Regierung auf den in niederländiſchen Dienſten ſtehenden General von Gagern, der ſich zur Zeit in Deutſchland auf Urlaub befand, und deſſen kriegeriſche und politiſche Tüchtigkeit, deſſen geiſtige und ſittliche Individualität ganz den Anforderungen entſprachen, die man unter den Umſtänden an einen Führer ſtellen mußte.

Es koſtete indeſſen viele Mühe dem Gedanken Geltung zu verſchaffen, denn ariſtokratiſche Vorurtheile fanden es anſtößig, daß man ſo außer der Regel zu einen Mann greift, dem nichts als der Ruf ſeiner Tüchtigkeit voranging, und die kleinſtaatliche Abneigung der Offiziere ſelbſt ärgerte ſich über den »Holländer,« den man ſo ohne Berückſichtigung des Badiſchen Militärs und ihrer Anſprüche an die Spitze ſtellte; doch ſiegte zuletzt die richtige Einſicht, daß von einer ſolchen Wahl die ganze Haltung und Zuverläſſigkeit der Truppen abhänge; und ſo nahm jetzt Gagern die Stelle an.

Die ungewöhnliche Lage ſchlug alle Bedenken nieder, ja ſelbſt in Bezug auf den Umſtand, daß er in niederländiſchen Dienſten ſtand, und für den Augenblick den Abſchied nicht bekommen konnte. Uebrigens glaubte er ſeinem Vaterlande einen Dienſt zu thun, eilte an die Spitze der ihm anvertrauten Truppen, und legte das Abberufungsſchreiben aus Holland, welches ihn neuerdings traf, einſtweilen bei Seite.

Sein Einfluß wirkte raſch und mächtig, und auch die Gegner fühlten ſich angezogen und beherrſcht von dem überlegenen Weſen des Generals. Doch mußte Gagern die ganze Schwierigkeit ſeiner Lage fühlen; denn er ſtand als ein Fremdling unter Fremden; und mußte ſich des Vertrauens, das man ihm bewieſen hatte, erſt werth zeigen.

Sein Entſchluß war indeſſen gefaßt, und mit Verachtung ſeines eigenen Lebens, wollte er die Laſt und Gefahr auf ſich nehmen, wenn es ihm dadurch gelingen ſollte, den blutigen Bürgerkrieg in ſeinem Beginne zu erſticken.

Am Morgen des 20. April ſtand die Hecker'ſche Schaar ungefähr 1200 Mann ſtark bei Kandern, als ihr das Heranrücken der Truppen von Schlieſſen aus berichtet ward.

Der größte Theil unter Hecker, Willich und Brude verließ Kandern und zog ſich auf die Anhöhen hinter dem Städtchen; eine Nachthut unter Kaiſer und Doll blieb zurück.

Beide Theile ſtanden ſich nun ziemlich nahe. Nun erſchien ein Kommiſſär der Badiſchen Regierung in den Städtchen und verlangte von dem Führer, nämlich dem Konſtanzer-Literaten Namens Kaiſer, man möchte ihn zu der noch anweſenden Truppe ſprechen laſſen, was auch geſtattet ward.

Der Regierungs Kommiſſär las jetzt die Aufrubkakte vor, und forderte die Schaar auf, die Waffen niederzulegen, ein Theil derſelben weigerte ſich dieſes zu thun, die Uebrigen aber ſchwiegen, denn überhaupt war ein beſonderer Enthuſiasmus an den Freiſchaaren nicht zu bemerken.

Während dieſe Kolonne den andern Haufen nachzog, um die waldbedeckten Anhöhen zu beſetzen, die den Weg von Kandern nach dem Dorfe Schlechtenbaus beherrſchen, erſchien Gagern und forderte eine Unterredung mit Hecker; worauf nun beide Führer an einer Brücke in der Nähe des Städchents zuſammen kamen. Hier entſpann ſich eine kurze Unterredung, in welcher Gagern ſich vergebens bemühte, den Freiſchaarenführer von ſeinem unſeligen Unternehmen abzubringen. »Sie müſſen« — rief er ihm zu — »die Waffen niederlegen; Sie ſind ein geſchrieter Mann, aber ein Fanatiker.« Hecker erwiederte auf dieſe Aufforderung ablehnend, worauf Gagern auf die Nothwendigkeit hinwies, daß er mit Gewalt werde einſchreiten müſſen. Jedoch die Verhandlung blieb ohne das Ergebniß, welches Gagern zu erreichen hoffte, und es ſollte alſo Blut fließen.

Beide Führer kehrten jetzt wieder zu ihren Truppen zurück; die Freiſchaaren rückten weiter vor, noch faſt eine Stunde bergan bis ſie auf der Höhe der Schreiberg waren, die dort einen natürlichen Paß bildet, und die Straße nach Schlechtenbaus deckt.

Die Stellung war gut, die Aufſtellung aber nach dem Urtheile aller Verſtändigen ganz fehlerhaft. Die Truppen waren den Freiſchaaren auf der Ferſe nachgefolgt, und kaum hatten die Letzteren ihre Aufſtellung gemacht, ſo ſtanden ihnen auch ſchon die Erſtern gegenüber.

Der Literat Kaiſer trat jetzt vor und rief den Truppen zu, ſie ſollten »nicht auf ihre Brüder ſchießen.« Einzelne Freiſchaaren verließen die Reihen, um die Soldaten zum Uebergange zu bewegen, aber in demſelben Augenblicke erſchien Gagern vor der Fronte, und ermahnte mit ernſten Worten an den Gehorſam. Die Freiſchaaren, die bis jetzt vorgetreten waren, zogen ſich wieder zurück, worauf ein banger Augenblick der größten Spannung eingetreten war; bald aber krachten Flintenſchüſſe und der General Gagern ſank von drei Kugeln getroffen zu Boden.

Der edle Mann hatte ſeine patriotiſche Abſicht, um zuletzt das Blutvergießen zu verhindern, und ſeine todesmuthige Entſchloſſenheit, durch ſein Beiſpiel, die Soldaten vor jeder Pflichtvergeſſenheit zu bewahren, mit dem Tode gebüßt.

Ueber die Einzelnheiten der unglücklichen Begebenheit waren damals die Stimmen getheilt, und vielleicht iſt noch bis heute nicht Alles aufgeklärt. Der Glaube, daß man Gagern durch den Ruf »General oor« herausgelockt, und dann durch ein wohlgezieltes Feuer getödtet habe, war nicht, wie die Republikaner ſagten eine abſichtliche Verläumdung, ſon-

Smrt jenerála Gagerna u Kandernu

Gagern tábornágy halála Kandernál.

La morte del Generale de Gagern presso Kandern

Tod des Generals v. Gagern bei Kandern.

dern eine unter den Truppen selbst verbreitete Ansicht, die auch in allen Berichten vom Kriegsschauplatze ausgesprochen wurde.

Eine ruhigere Prüfung der Zeugnisse scheint jedoch diesen Vorwurf von den Freischaaren abzuwälzen, auch wenn sich während der Mai-Ereignisse vom Jahre 1849 ein Konstanzer gerühmt haben sollte, er habe Gagern erschossen. Nicht so ungweifelhaft scheint aber die Verbauung der republikanischen Berichte, es sey zuerst von der Gagern'schen Seite geschossen worden, denn einerseits versicherten alle die zahlreichen Erklärungen der Badischen und Hessischen Offiziere übereinstimmend das Gegentheil, andererseits hat es etwas Widersinniges, daß die Truppen geschossen haben sollen, während ihr General vor der Fronte stand. Begreiflich ist es, wie in dem bangen Zeitraume von wenigen Minuten, während dessen die Truppen vorgingen, das Centrum der Freischaaren in volle Verwirrung kam, und nun Schüsse auf Schüsse aus beiden Reihen fielen, und die einzelnen Vorgänge selbst von wahrheitliebenden Augenzeugen nicht mehr genau unterschieden werden konnten.

Der Fall Gagern's hatte die Truppen mit Erbitterung erfüllt; und so blieb jetzt nur der Weg einer blutigen Entscheidung übrig.

Die Sensen-Männer unter den Freischaaren ergriffen gleich Anfangs die Flucht, und auch die Andern Bewaffneten hielten nur kurze Zeit Stand, und so wurde der Paß kaum eine halbe Stunde lang gehalten. Von dem Feuer der Truppen verfolgt, flüchtete die ganze Schaar in einer völligen Auflösung, und auch von den Führern außer dem Literaten Kayser hatte sich Niemand im Kampfe bemerkbar gemacht.

Hecker selbst entkam nur mit Mühe den verfolgenden Scharfschützen, worüber er wörtlich sagt: »Nachdem sich schon Alles in einem bunten Durcheinander gegen die waldigen Anhöhen flüchtete, wurden wir von den hessischen Schützen verfolgt, welche uns Kugeln nachschickten, die besonders auf die blauen Blousen abgezielt waren. Ungefähr 150 Schritte hinter mir wurde ein Flüchtling niedergeschossen, und ich selbst, von Erschöpfung genöthigt, mich niederzulassen, entging nur, wie durch einen Zufall den zweimal in meiner Nähe vorüberstreichenden Schützen, von welchen mich ein noch nicht belaubtes Buschwerk trennte.«

Hecker flüchtete sich durch Waldungen, und kam endlich nach vielen Umwegen, nachdem er in der Gegend unbekannt und fast völlig erschöpft war, in einem ihm ganz fremden Dorfe an, wo er in einem Bauernhause Erholung und einen Führer fand, der ihn am Abend in einen Bauernmantel gehüllt nach dem Orte Steinen brachte.

Theils zu Fuß, theils auf einem Wagen suchte er jetzt den Weg nach der Schweiz und kam gegen Mitternacht in Rheinfelden an. Hierauf begab er sich nach Basel, wurde aber dort ausgewiesen, und versuchte nun an verschiedenen Stellen vom Elsaß aus wieder über den Rhein zu kommen, um auf sicheren Gebstiegen den Weg zur Sigel'schen Kolonne zu finden. Bevor ihm aber dieses gelang, kamen die Nachrichten von den ganz erfolglosen letzten Anstrengungen des Struve und Sigels, worauf er nun nach Muttenz im Kanton Baselland ging.

Der Kampf an der Schwibegg hatte mit der Flucht der Führer und der Zersprengung der Freischaaren geendet, und der Oberst Hinkeldey, der nach Gagern's Fall, den Oberbefehl übernommen hatte, rückte um die Mittagszeit in Schliechenbaus ein, stieß aber dann bei Steinen auf Struve's und Weishaar's Schaar.

Die Aufständischen gewannen jedoch eine halbe Stunde Zeit, um zu entkommen, und so begog Hinkeldey dann hart an der Baslergrenze gelegen seine Quartiere. Indessen verlief sich ein großer Theil der Freischaaren, und auch die meisten ihrer Anführer flüchteten sich über den Rhein. Nur Struve wurde auf dem Wege erkannt, von Bürgern verhaftet und nach Säckingen abgeführt.

Der Muthlosigkeit der dortigen Behörden hatte er freilich zu verdanken, daß man ihn am folgenden Tage, nämlich den 21. April wieder freiließ. Einer der Freischaaren-Anführer verbreitete nämlich durch einen Drohbrief, den er und seine Freunde nach Säckingen geschickt hatten, das lügenhafte Gerede, daß eine Abtheilung von mehreren tausend Mann Freischaaren in der Nähe stehen, wodurch die Behörden in Angst versetzt wurden, und obwohl eine würtembergische Truppen-Abtheilung in der Nähe stand, so erklärten sie sich zur Freilassung des Struve bereit. Uebrigens ist es Thatsache, daß der Oberamtmann von Säckingen, den die radikale Partei freilich nachher zu den Ihrigen zählte, von der Regierung suspendirt ward. Ein merkwürdiges Verhängniß fügte es aber so, daß Struve bei dem zweiten Aufstand im September abermals hier angehalten, und von demselben inzwischen wieder eingesetzten Beamten gefangen genommen wurde.

Obwohl zwei Kolonnen der aufständischen Truppen zerstreut, und die meisten ihrer Anführer, nämlich Hecker, Schöninger, Kaiser, Willich, Struve, Weishaar und Andere seit dem 21. April auf den Schweizerboden waren, so blieb doch der Vertrieb über die Brücke bei Rheinfelden ganz ungestört.

Gegenüber von Rheinfelden, bei Beuggen und Nollingen, sammelten sich abermals einzelne Truppen, die Führer erschienen wieder aufs Neue, und einzelne Grenzwächter wurden wenigstens entwaffnet. Eben so drangen deutsche Arbeiter aus der Schweiz herüber, trieben hart an der Schweizergrenze ihren Unfug und schlossen sich dem Rest der flüchtigen Kolonne an, um wo möglich mit dem Sigel'schen Korps in Verbindung zu kommen.

Der moralische Eindruck von der Niederlage Hecker's blieb aber dessen ungeachtet entscheidend, und was weiterhin unternommen, auch wenn es besser angelegt und geleitet war als der Kampf an der Schwibegg, konnte keinen dauernden Rückschlag mehr zu Gunsten eines allgemeinen republikanischen Aufstandes hervorbringen.

Die Haltung der Truppen, auf deren Uebergang Hecker so zuversichtlich gerechnet hatte, war jetzt unzweifelhaft, und die Theilnahme der Bevölkerung

konnte nach der Niederlage vom 20. April nicht so leicht mehr zunehmen.

Gleichwohl war der Kampf noch nicht zu Ende; denn vielmehr traten jetzt erst die andern Streitkräfte in's Gefecht, die zwar in ihrer Vereinzelnung keinen Erfolg befürchten ließen, als man nach dem kurzen Kampfe bei Kandern vermuthen konnte. Sigel, dem es gelungen war, im Seekreis allmälig eine viel größere Schaar zusammen zu bringen, als die, mit welcher Hecker bei Kandern erschien, hatte mit ein paar Tausend Mann den Weg über Zell und Todtnau gegen Freiburg eingeschlagen, um diesen wichtigen Punkte als Stütze für einen zweiten Akt des Aufstandes in Besitz zu nehmen. Sigel, früher Lieutenant in der Badischen Armee, in Folge von Konflikten mit den militärischen Behörden, die er durch Journal-Artikel hervorgerufen hatte, zum Abschied genöthigt, besaß neben einem persönlichen Muthe, wenn auch nicht hervorragenden Feldherren-Talent, doch mehr Geschicklichkeit und soldatische Erfahrung als Willich oder gar Hecker.

Eine rasche Besetzung Freiburgs, wo im Zusammenhang mit Sigel's Bewegungen die republikanische Parthei ihre ganze Thätigkeit entwickelte, mußte jedenfalls, wenn sie gelingen sollte, dem Aufstand noch einen vorübergehenden Halt geben, den er durch das Mißgeschick an der Schreibeg fürs Erste verloren hatte.

Auch waren Sigel's Streitkräfte an der Zahl nicht so unbedeutend; überdieß folgte ihm auch eine Kolonne unter Mögling ebenfalls auf der Straße über Zell und Todtnau nach.

Aus diesem Grunde fanden sich die Führer wieder ein, und Hecker gab sich, wie schon erwähnt worden, alle erdenkliche Mühe, aus dem Elsaß über den Rhein herüber zu kommen.

In Freiburg war indessen eifrig vorgearbeitet worden. Während der zahlreichen aristokratisch-gesinnten Bevölkerung nebst der konstitutionellen Parthei der Muth sank, und die Gemeinde-Behörden den erwähnten Beschluß faßten »neutral« bleiben zu wollen, wirkte der Ausschuß der Volks-Vereine unermüdet dahin, eine bewaffnete Volks-Versammlung zu Stande zu bringen.

Am Charfreitag Nachts sammelten sich aus den umliegenden Dörfern mehrere Tausende von aufgeregten Landleuten, die am Sonnabend Morgens den 22. April nach Freiburg hinströmmten. Die Versammlung die man jetzt abhielt, zeigte zwar noch die Unentschlossenheit bei den Führern; denn man trat nicht offen heraus mit der Absicht, das Hecker'sche Unternehmen zu unterstützen, sondern man versteckte sich noch hinter dem Vorwand, einige Abänderungen der Wahlordnung zum Parlamente von der Regierung zu verlangen.

Deutlicher, als aus den Verhandlungen der Versammlung, konnte man aber aus den Aeußerungen Einzelner, und dem kriegerischen Appareat der Ankömmlinge die wahre Absicht erkennen. Obwohl ein großer Theil, der durch Emissäre zusammengerufenen Bauern am Abend wieder nach Hause ging, blieb doch ein Rest zurück, der sich drohend in den Häusern der Bürger Unterkunft verschaffte, und kein Geheimniß daraus machte, daß man Hecker zu Hilfe kommen wolle.

Die Bürgerschaft, obschon in ihrem überwiegenden Theile gegen eine revolutionäre Bewegung, fügte sich dennoch dem Terrorismus, und ließ es geschehen, daß die radikale Parthei in der Stadt, meistens aus Handwerksgesellen und Turnern bestehend, ebenfalls bewaffnet hervortrat, und mit den Zuzüglern vereint, Anstalten traf, eine republikanische Freischaar zu organisiren.

Freilich war die Kopflosigkeit der Anführer, besonders des Turners Langsdorff, den man an die Spitze stellte, wo möglich noch größer, als die Entmuthigung der Konservatio-Gesinnten.

Als nun der Morgen des Ostersonntags, nämlich der 23. April heranbrach, befanden sich wenigstens gegen 2000 Menschen auf den Füßen, deren Bewaffnung und Muth wohl verschieden, deren ausgesprochene Absicht aber dahin ging, Freiburg zu verbarrikadiren, bis die Zuzüge der Freischaaren von Todtnau her sie verstärken würden.

Die Truppen, aus badischen, hessischen und nassauischen Bataillonen bestehend, standen schon am 21. und 22. April in der Nähe der Stadt, und es wäre gewiß nicht schwer gewesen, die drohende Erhebung in ihrem Beginne zu ersticken; aber die Anführung auf dieser Seite ließ ebenfalls Vieles zu wünschen übrig, und war nicht so beschaffen, wie sie seyn sollte.

Am Freitag oder Sonnabend hätte ein eilsigst in die Stadt ziehendes Bataillon oder Regiment viel Unheil verhüthen können, und noch am Ostersonntag Morgens wäre es leicht möglich gewesen, die Sache des Aufstandes ohne vieles Blutvergießen zu unterdrücken. Allein man ließ die kostbare Zeit verstreichen, bis die Freischaar etwas geordnet und gerüstet war, — bis sie mit Barrikaden die Stadt verschanzt und den Stadtbehörden die vier städtischen Kanonen abgezwungen hatte.

Erst am Sonntag zur Mittagszeit, nämlich den 23. April, brachen die Truppen gegen Freiburg auf, und auch jetzt noch nicht mit der nöthigen Eilfertigkeit, sondern in ziemlich vereinzelten Abtheilungen.

Indessen war Sigel von Todtnau vorgerückt, und näherte sich mit seinem ersten Banner Sonntags Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr dem Dorfe Günterstthal, also kaum mehr eine Stunde von Freiburg entfernt.

Sigel selbst mit einem Theile der Schaar befand sich noch eine Strecke rückwärts, und wartete auf den nachziehenden Trupp unter den Anführern Doll, Brube und Mögling, welcher freilich erst Nachmittags um 3 Uhr in Todtnau ankam.

So standen jetzt die drei Freischaarenzüge getrennt; der erste ungefähr eine Stunde von Freiburg; Sigel selbst zwei Stunden — nämlich bei Horden — von der Stadt entfernt, und der dritte Haufe noch einige Meilen zurück. Sehr natürlich war es also,

daß Sigel dem erſten Banner Befehl gab, nicht vorzurücken, bevor er ſelbſt mit den Zuzügen eintreffe, und ebenſo natürlich war es, daß er auf einen Ausfall der Freiburger Freiſchaaren rechnete, der ihm den Weg nach der Stadt geöffnet hätte. Beides geſchah aber nicht, — denn das eine unterblieb, weil die Vorhut auf eigene Fauſt ſorglos zu weit vorrückte, und das Andere ſcheiterte an der Kraftloſigkeit der Führer in Freiburg, welche zuwarteten, bis die Stadt von Truppen eingeſchloſſen war. Auf dieſe Weiſe konnten die Truppen, obſchon immer nur erſt theilweiſe angekommen, zwiſchen den Freiſchaaren in der Stadt und dem Angriff Sigel's eingeklemmt, ſich dennoch mit Erfolg behaupten.

Als die Sigel'ſche Vorhut mit einigen Konſtanzern und mit Struve an der Spitze, offenbar in der Vorausſetzung, daß Truppen zu ihnen übergehen würden, von Günterstthal gegen Freiburg ſorglos vorrückte, und Struve ſein weißes Tuch ſchwenkte, wurden ſie von der badiſchen Infanterie und zwei heſſiſchen Geſchützen ſehr unſanft empfangen und zurückgeworfen.

Bei Günterstthal und am nahe gelegenen Walde entwickelte ſich jetzt ein Gefecht, worin die Truppen überall im Vortheil blieben. Daß ſie nicht weiter mehr vordrangen, ſondern ſpäter wieder in ihre alten Stellungen zurückkehrten, geſchah aber dieſerwegen, weil der Führer der badiſchen Truppen die zwiſchen zwei Feinden ſtehende Kolonne nicht durch eine zu weite Ausdehnung ſchwächen wollte.

Indeſſen hatten auch die Freiſchaaren in der Stadt verſucht, herauszubrechen, ſie wurden aber am Breiſacher Thore zurückgeworfen, und ein Verſuch der Sigel'ſchen Freiſchaar, durch den Sternenwald gegen die Stadt vorzudringen, hatte eben ſo wenig Erfolg, als am andern Morgen das Unternehmen Sigel's und Mögling's, durch den Wald den Weg nach dem Schwabenthor zu finden; ja vielmehr fehlte nicht viel, daß dießmal beide Anführer in die Gefangenſchaft der Truppen gekommen wären.

Am Abend war die Umgebung der Stadt geſäubert, die Stadt ziemlich eng eingeſchloſſen und die Gegend durch militäriſche Streifungen gedeckt.

Am andern Morgen, dem Oſtermontag nämlich den 24. April, wurden die Freiſchaaren zur Räumung der Stadt aufgefordert, und als die Friſt abgelaufen war, griffen die Truppen ernſthaft an.

Am Predigerthore, wo zwei Geſchütze ſtanden, und wo die Badner und Naſſauer angriffen, war der Kampf am hitzigſten. Am Breiſacher Thore drangen die Heſſen, und am Ausgang der Jeſuitengaſſe drang eine Abtheilung Badner-Truppen vor; aber nirgens war der Kampf anhaltend geweſen, und ſo rückten ſchon gegen 12 Uhr Mittags die Soldaten ein, nachdem ein Theil der Freiſchaaren ſich über den Schloßberg flüchtete, während ein anderer Theil gefangen genommen wurde.

Wo aus den Häuſern herausgeſchoſſen ward, drangen die Truppen ein und verſchonten Niemanden, den ſie mit Waffen ergriffen. Die große Mehrzahl der in den Parthei-Blättern verbreiteten Gräueltaten, welche gegen Menſchenleben Statt gefunden haben ſollen, ließen ſich bei der nachher angeſtellten genauern Unterſuchung in Wahrheit nicht beſtätigen; übrigens blieben die einzelnen Fälle, die vorkamen, beklagenswerth genug, und fallen gröſtentheils mehr auf die Anführer derjenigen zurück, welche den blutigen Bürgerkrieg veranlaßt, und das Volk dazu ſo erbärmlich verführt hatten.

So war nun auch dieſer Schlag mißlungen, und abermals, wie vier Tage zuvor, nach dem Gefechte an der Scheidegg, zerſtreuten ſich die einzelnen Freiſchaaren-Haufen, und ihre Führer ſuchten wieder den Weg nach der Schweiz.

Indeſſen bewieſen aber andere gleichzeitige Symptome, daß alle dieſe einzelnen Verſuche, wenn ſie auch äußerlich nur in loſer Verbindung und ohne leitenden Mittelpunkt erſchienen, dennoch durch geheime Fäden zuſammenhingen, daß es nur an dem rechten Führer fehlte, um in die ſchlecht geleitete Unternehmung mehr Einhalt und Sicherheit zu bringen.

Während man ſich im Oberlande ſchlug, waren auch die Geſinnungsgenoſſen im badiſchen Unterlande nicht müßig geblieben, nur erſchien hier die Bewegung ganz in Rohheit und Anarchie ausgeartet, und auch der letzte matte Anflug von Schwärmerei oder Idealismus abgeſtreift.

So beſonders in Mannheim, wo die früher einflußreichen Anführer der konſtitutionellen Oppoſition jetzt abweſend waren, und ein wüſter Haufe aus der unterſten Bevölkerung zuſammen getreten, einen förmlichen Terrorismus ausübte.

Während die Republikaner im badiſchen Oberlande ſich wenigſtens in den blutigen Kampf führen ließen, und bei aller fehlerhaften Anführung, bei allem Mangel einer militäriſchen Organiſation, wenigſtens einige Beiſpiele von Tapferkeit und Aufopferung zeigten, begnügte ſich das Proletariat der Städte, durch die Ohnmacht aller Behörden ſicher geſtellt, ſeinen Gelüſten und Hang nach einem völlig anarchiſchen Treiben freien Lauf zu laſſen.

In Mannheim war indeſſen die Schwäche der Behörden und die Schüchternheit der zahlreichen vernünftigen Bürger um ſo unverantwortlicher, da eine Abtheilung naſſauiſcher Truppen in der Stadt lag, und es nicht ſchwer fallen konnte, mit dieſen im Verein, der Ordnung und demGeſetz wieder Anerkennung zu verſchaffen; und ſo ſtieg mit der Schwäche von der einen Seite ganz natürlich die Frechheit von der andern Seite.

Am Mittwoch nach Oſtern, nämlich den 26. April, wurden einzelne naſſauiſche Soldaten von ganzen Volkshaufen Truppen am hellen Tage überfallen und mißhandelt; man ſchlug ſogar ohne Erlaubniß Generalmarſch, läutete die Sturmglocken und ſchickte Boten auf's Land, um Freiſchaaren anzuwerben, und zum Zuzuge in die Stadt aufzufordern; ja der Gemeinderath ließ ſich ſo weit einſchüchtern, daß er nach dem Wunſche des Volkshaufens die Entfernung der naſſauiſchen Truppen von dem kommandirenden Befehlshaber verlangte. Hierauf wurden nun die Truppen in die Kaſernen

verlegt und eine Bande von Sensenmännern besetzte die Rheinbrücke.

Als die bairischen Vorposten von jenseits heran kamen, scheueten sich mehrere verwegene Burſche, die gröbte Schüßen waren, nicht, bevor noch eine feindliche Angriffsbewegung erfolgte, aus einem sichern Verstecke mehrere Baiern niederzuschießen. Sie rühmten sich dabei öffentlich ihrer verbrecherischen That, und gingen, so wie die Anführer dieſes Bubenſtreichs, ohne Gefahr, zur Verantwortung gezogen zu werden, prahlerisch in den Straßen umher.

Weiter zu gehen und eine offene Diversion zu Gunsten Hecker's zu machen, hatte man nicht den Muth, und so rückten am folgenden Tage, den 27. April, die Heſſen in Mannheim ein.

Ein Regierungs-Kommiſſär erſchien jetzt, und fand den Zuſtand beruhigter, auch gingen die Verhaftungen der Anführer des Aufſtandes ohne Hinderniß vor ſich.

Da die Regierung glaubte, die Exceſſe nach ſtärker bestrafen zu müſſen, ſo zogen am 1. Mai noch einige tauſend Mann Baiern heran, worauf die Stadt entwaffnet und in Kriegszuſtand erklärt wurde.

Am Oſtermontage war auch in Heidelberg der Verſuch gemacht worden, durch Zuzüge aus Sinsheim und einigen andern umliegenden Ortſchaften eine ähnliche Aufruhrs-Scene wie gleichzeitig in Freiburg herbeizuführen, was aber hier jämmerlich ſcheiterte, da durch die Entſchloſſenheit einiger Männer, die Bürgerwehre allein hinreichte, den Verſuch eines Aufſtandes zu bekämpfen.

Inzwiſchen hatte auch der letzte Akt des April-Aufſtandes ſein Ende erreicht, — nämlich der Einfall der franzöſiſch-deutſchen Legion.

Gleich in der erſten Zeit der Februar-Revolution war der Gedanken aufgefaßt worden, deutſche Arbeiter und Flüchtlinge aus Frankreich über den Rhein zu ſchicken, und dieſelben unter dem durchſichtigen Vorwande, ſich dem Parlamente zur Verfügung zu ſtellen, als Freiſchaaren für einen republikaniſchen Aufſtand zu gebrauchen.

Phantaſten, wie z. B. Herwegh, gaben ihren Namen dazu her, und ließen ſich an die Spitze des Aufſtandes ſtellen.

Die propagandiſtiſche Politik, in der proviſoriſchen Regierung Frankreichs durch Ledru-Rollin vertreten, ſah darin ein geeignetes Mittel, die Revolution auch in die Nebenländer zu werfen und kam mit Geld und Waffen zu Hilfe. Deutſche Arbeiter, durch die Umwälzung in Frankreich brotlos geworden, mit Abenteurern aller Nationen vermiſcht, und von den gewiſſenloſen Führern mit lügenhaften Hoffnungen getäuſcht, bildeten den Stern der ſogenannten demokratiſchen Legion, die in einzelnen Kolonnen ſchon in der zweiten Hälfte des Monats März Paris verlaſſen hatte, und ſich der deutſchen Grenze näherte.

Die demokratiſche Preſſe der franzöſiſchen Hauptſtadt legte für das Unternehmen ihre unverholene Sympathie an den Tag, und einzelne deutſche Flüchtlinge, wie z. B. Börnſtein, forderten die franzöſiſche Regierung geradezu auf, die badiſche Winkel-Republik, die man zu gründen hoffte, unverzüglich anzuerkennen und den Freiſchaarenzug als Veranlaſſung zur Einmiſchung in die deutſchen Verhältniſſe zu benutzen.

Es iſt natürlich, daß alle verſtändigen Patrioten dieſe ungebetene Hilfe, die Deutſchland zudem in peinliche Verwicklungen mit dem Auslande ſtürzen konnte, ebenſo ungelegen fanden, als die ſüddeutſchen Winkel-Krawalle von Hecker und Struve geleitet.

Die Nation hatte damals noch den Stolz, ihre Angelegenheiten allein auszumachen; ſie wies daher einen Zuzug zurück, der ſich mehr wie ein Angriff, als wie eine Hilfe ankündigte. Zwar ward in den radikalen Blättern wiederholt verſichert, die Legion komme in den friedfertigſten Abſichten, und Herwegh ſelbſt erließ verſchiedene Erklärungen dieſes Inhalts; allein ſeine eigenen Worte ſtraften ihn Lügen.

In einem Straßburger Aufruf kündigte er dem deutſchen Volke die Republik an, und in einer von ihm unterzeichneten Erklärung ſagte er, »Die Republik iſt für uns eine Gewiſſensſache, eine religiöſe Angelegenheit, und die Monarchie kann heute auch von keiner Majorität uns mehr aufgedrungen werden.«

Frau Herwegh, die ſchöngeiſtige Berliner Amazone, welche die Geſchichtſchreiberin der deutſchen Legion geworden iſt, machte kein Geheimniß daraus, daß die Anführer der Legion mit den Anführern des badiſchen Aufſtandes ſchon frühzeitig in Verbindung ſtanden, daß man im Zuſammenhange mit den deutſchen Aufſtänden zu operiren gedachte, und daß dem Herwegh zwar nicht offiziell, aber unter der Hand von der franzöſiſchen Regierung Hilfe zugeſagt war.

Sie berichtete außerdem, daß zwar Lamartine einen Befehl zur Auflöſung der Legion in Bereitſchaft gehabt habe, daß derſelbe aber trotz des frühern Datums nicht eher publizirt worden ſey, als man in Paris den Ausgang des Gefechts bei Deſſendach genau kannte.

Um die Mitte des Monats April kam Herwegh und ein Theil der Legion in Straßburg an. Seine Frau übernahm die Rolle des Emiſſärs, ſuchte Hecker auf dem Schwarzwalde auf und hatte mit ihm zwei Unterredungen, nämlich am 15. und 17. April, wo er aber verſicherte, die Hilfe der überrheiniſchen Zuzügler mehr abzuweiſen als zu befördern rufen.

Hecker war mißvergnügt über das Projekt der Legion, denn dieſes Unternehmen hatte die Regierungen aufmerkſam gemacht, und die Truppenzüge veranlaßt; — es hatte den ängſtlichen Bürger, der eine wilde abenteuernde Schaar fürchtete, erſchreckt und das Ehrgefühl der Patrioten, die ſich von franzöſiſch-deutſchen Handwerksburſchen keine Republik wollten geben laſſen, empfindlich verletzt. Ebenſo gab auch Hecker ausweichende Antworten, und erſt auf wiederholtes Drängen gab er der Frau Herwegh am Abend vor dem Gefechte bei Kandern den Beſcheid mit folgenden Worten: »Sagen Sie Ihrem Gemahl Herwegh, rufen könne ich ihn nicht, aber wenn er kommen wolle, und dieſes recht bald und in einer recht großen Anzahl, ſo ſoll es mir lieb ſeyn.«

Seine militärischen Begleiter bestellten dagegen auf Sonntag den 22. April die Legion nach Bonzenheim, einige Stunden von Mühlhausen entfernt, wo sie bei dem Rhein-Uebergang behilflich seyn wollten.

Die Legion setzte sich an diesem Tage dorthin in Bewegung, wartete aber vergebens auf Nachrichten, bis sie erst am andern Tage eine Aufforderung zum Zuzug von Sigel erhielt.

In der Nacht vom Ostersonntag auf den Montag ging die Schaar gegen tausend Mann stark, bei Kembs über den Rhein und schlug den Weg über Kandern nach Todtnau ein.

In Kandern hörten sie die Niederlage Hecker's, und in Todtnau war ihnen die Zerstreuung des Sigel'schen Korps berichtet worden. Unter solchen Umständen war also Herwegh mit Recht der Meinung, es bleibe nichts anders übrig, als an einen möglichst schnellen Rückzug in die Schweiz zu denken.

Die meisten Führer, unter welchen sich der bekannte Bornstedt, der Literat Corvin, ein früherer Offizier Namens Schimmelpennink und ein gewisser Löwenfels befanden, waren derselben Ansicht, und so setzte sich jetzt der Zug nach Zell und Schopfheim in Bewegung.

Nach einem höchst ermüdenden Marsch kam die Schaar, um einige Hundert Mann weniger, die sich inzwischen verlaufen hatten, am Morgen des 27. April in Niederdossenbach an, nämlich einem Dorfe, das kaum noch eine Stunde vom Rhein entfernt lag.

Ueber die Stimmung auf dem Wege dahin, sagt Frau Herwegh selbst, hatte sich bei dem größten Theile der Mannschaft das Bedürfniß nach Ruhe bis zur wahren Leidenschaft gesteigert.

Sie wollten schlafen, ja nichts als schlafen, und alles Andere war ihnen für diesen Augenblick fast einerlei gewesen.

In etwas besserer Stimmung, aber ohne Zusammenhalt und tüchtige Führung, traf die Schaar in der Nähe von Dossenbach auf eine würtembergische Kompagnie unter dem Befehle des Hauptmann Lipp, zwischen welchen ein Gefecht entstand, das aber mehr zwischen Einzelnen, als zwischen der Masse Statt fand.

Obwohl an der Zahl beträchtlich stärker, wurde die schlechtgeführte Volksschaar dennoch von der einzigen Kompagnie aufgehalten, bis sich endlich eine Verstärkung näherte, womit die Auflösung des Korps herbeigeführt wurde.

Mit einem großen persönlichen Muthe hatten zwei der gegenseitigen Führer, nämlich der Hauptmann Lipp und Schimmelpennink, gefochten, wobei aber Letzterer auf dem Platze liegen blieb.

Die Zahl der Gefangenen war bedeutend, unter welchen sich auch Bornstedt und ein gewisser Delaporte befanden. Die meisten übrigen Anführer, worunter sich auch Herwegh in einer abenteuerlichen Verkleidung befand, entkamen über den Rhein.

Damit hatte nun der Badische Aufstand sein Ende erreicht, und ward also leichter und schneller niedergeworfen, als man Anfangs erwartet hatte.

Durch die schlechte Führung im Ganzen und im Einzelnen, durch den Mangel einer zusammenhängenden Aktion wurden die einzelnen Versuche ohne großen Kraftaufwand überwältigt.

Man sah es dem weniger furchtbaren als klagvollen Unternehmen an, daß es mehr auf dem Leichtsinne eines abenteuerlichen Studentenstreichs, als auf dem Ernste eines politischen Partheigängers beruhte.

Der Leichtsinn und die Ungeschicklichkeit konnten freilich die Verantwortung, die auf die Anführer fiel, nicht verringern. Man hatte einmal im Volke die Krawallsucht erweckt, und durch die Vorspiegelungen von einer Regierungsform ohne Opfer und Pflichten in der Masse böse Keime großgezogen, die schwerlich zum Besten des Vaterlandes aufschlagen konnten. Man hatte die Elemente der Anarchie und Gesetzlosigkeit, die in der Gesellschaft vorhanden waren, gepflegt und ihnen die Einbildung beigebracht, daß von ihnen der entscheidende Schritt zu einer Neugestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens ausgehen müsse. Man hatte dadurch die freisinnigen Anhänger einer volksthümlichen aber festen Staatsordnung genöthigt, Halt zu machen gegen diese neue Richtung der Massen, und sich so in den doppelten Kampfe gegen die Reaktion von oben und unten aufzureiben. Man nöthigte durch diesen und die folgenden revolutionären Auftritte die Kräfte der alten Staatsgewalten auf den Kampfplatz; diese versuchten ihre Kraft im Kampfe, und die Erfahrung, daß sie die Probe bestanden, ging für sie nicht verloren.

Deutschland, anstatt seine politische Reform in einem ungestörten Gange durchzumachen, ward fortan zwischen revolutionärer und militärischer Gewalt hin- und hergeworfen.

Die badische Regierung hatte es an einem guten Willen und Nachgiebigkeit nicht fehlen lassen; sie hatte sich in Konzessionen erschöpft, und war bis an die Grenze gegangen, die der Begriff eines geordneten Staatslebens vorzeichnete. Fast konnte man ihr in dieser Art Schwäche vorwerfen während der Vorbereitungen des Aufstandes und im Aufstande selbst. Sie entwickelte nicht immer die Raschheit und die durchgreifende Energie, die in einem solchen Augenblicke nöthig war, sie ging oft pedantisch an Formen und Erwägungen, wo nur schnelles Handeln helfen konnte.

Die Herreinziehung Marly's in das Staats-Ministerium sollte der Regierung diesen raschern Trieb zur Thatkraft geben, aber seine Gegenwart in Frankfurt machte eine zusammenhängende Thätigkeit für Baden unmöglich.

Die Schwäche der Regierung faßte ein hochtorystisches Mitglied der ersten Kammer, nämlich Andlaw in der Sitzung vom 29. April bitter und einseitig zusammen, und leitete daraus eine ziemlich unverblümte Anklage gegen das Ministerium ab. Aber auch Leute von unbefangener Betrachtung ließen ähnliche Beschwerden laut werden.

Nur Wenige waren so billig, anzuerkennen, daß die meiste Schuld nicht an der zuvorkommenden Regierung, sondern an der Vergangenheit und an der schlimmen Erbschaft gelegen war, welche das Ministerium über-

nommen hatte. Der Staat war erſchüttert, bevor Beck und ſeine Kollegen die Leitung der Geſchäfte übernommen hatten.

Das papierene bureaukratiſche Regieren, der Wuſt von Verordnungen und Geſetzen, war eine alte badiſche Krankheit, das Regiment aber an der Spitze zu ſtärken und zu kräftigen, dazu hatte die Politik der dreißiger und vierziger Jahre nichts beigetragen.

Nur der Zerrüttung war vorgearbeitet worden, denn wie wenig hatte ſchon gefehlt, und die Treue des badiſchen Heeres wäre der plumpen Verführung der revolutionären Köpfe unterlegen geweſen! Die Uebelſtände im Heerweſen, der geringe moraliſche Einfluß der Offiziere, waren noch vorhanden, und in einem kleinen und ſchwachen Staate daher doppelt gefährlich.

Die Beamten, die in der frühern Zeit ſo keck darauf losregiert hatten, waren jetzt ohnmächtig geweſen, wichen zum Theile ganz feig der bloßen Einſchüchterung, und die ſo ſtolze Bureaukratie war das geworden, was Blittersdorf in einem andern Sinne aus ihr machen wollte, — nämlich ein zerbrechliches Inſtrument.

Auch die beſſern Männer litten unter dem Fluche der Ohnmacht und des Mißtrauens, der auf der beſtehenden Verwaltung laſtete; denn Vertrauen und moraliſchen Einfluß bewährten in dieſer bewegten Zeit nur Wenige.

Dem beſſern Beamtenthume war der Lebensnerv durch das alte Syſtem durchſchnitten worden, denn ſobald der Schrecken vor der Gewalt gewichen, erſchien das ganze Beamtenthum ohnmächtig. Schule und Kirche, dieſe mächtigen ſittlichen Hebel, waren ebenfalls einflußlos geworden, und halfen die politiſche Demoraliſation eher befördern, als ſie aufhalten. Die Anhänglichkeit an die Dynaſtie war dahin; und das Vertrauen in die politiſchen Verfaſſungen mächtig erſchüttert geweſen. Kein Wunder alſo, wenn das Volk ohne Zutrauen in alle beſtehende Gewalt, voll ſtiller Abneigung gegen das Geſetz und ſeine Träger, ohne ſittlichen Halt in Kirche und Schule, nun in den Händen thätiger Demagogen zum kläglichen Spielwerk herabſank und durch eine babyloniſche Begriffs-Verwirrung der geröhmten politiſchen Mündigkeit Spott und Hohn ſprach.

Auch der beſſere Theil der Bevölkerung, der bisher noch die Mehrheit zählte, zeigte ſich ohnmächtig und ſchwach dem drohenden Unheil mit eigenen Kräften entgegen zu treten.

Gegenüber einer kompakten Parthei ſchlüſſig und ohne Organiſation, verdammte er ſich zur Paſſivität, und ſchien getreu der alten Gewöhnung, Alles von der Gewalt, von der Polizei erwarten zu wollen. Höchſtens um die Sicherheit des Beſitzes bekümmert, ſonſt ohne die Thatkraft und Entſchloſſenheit, der eigenen Sache ſich ſelbſt anzunehmen, durch ganz gewöhnliche Partheiterreismus verwundbar, gab die konſtitutionelle Parthei wenig Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, aus ſich ſelbſt heraus das Gegengift zu finden. An die alten Oppoſitionsſeiten gewöhnt, erwannte ſie ſich aus dem Schwatzen nur ſelten zu der Einſicht, daß es jetzt gelte, ruhig und thätig eine neue Staatsordnung vor ihren gefährlichſten Gegnern zu ſchützen; ſie verdammte ſich ſelbſt zu der fataliſtiſchen Paſſivität, an der man das politiſche Philiſterthum allerorts erkennt.

Blickt man auf dieſe Elemente der politiſchen Geſellſchaft, wie ſie die alte Politik groß gezogen, und eine revolutionäre bewegte Zeit ausgebildet hatte, ſo waren die Ausſichten in die Zukunft trübe genug. Die Demagogie hatte nur ihr erſtes Probeſtück abgelegt; aber es war mißlungen, und ſie mußte beſſer anfangen.

Wenn ſie alle angewendeten Mittel thätiger, anhaltender und ſchlauer in Bewegung geſetzt hätte, ſo wäre ein zweiter oder dritter Verſuch vielleicht beſſer ausgefallen. Vielleicht wäre ihr dann noch Eines mächtig zu Hilfe gekommen. Was im Frühling des Jahres 1848 ſie gelähmt hatte, waren die noch ungeſchwächten Hoffnungen im Volke auf eine beſſere Geſtaltung der allgemein deutſchen Angelegenheiten, war die Zuverſicht aller beſſer Geſinnten, daß es der friedlichen Reform gelingen werde, die Lebensfragen Deutſchlands zu löſen. Würde dieſes gelungen ſeyn, ſo wurde in Deutſchland ein feſter, befriedigender Zuſtand begründet geweſen ſeyn, die reichen Kräfte der Nation würden zu einer geſunden und ſelbſtſtändigen Entwicklung verwandt, und ſo die revolutionäre Wühlerei entwaffnet worden ſeyn.

Würde dieſes aber nicht gelingen, ſo waren die Aufſtände im Monat April 1848 nur der Anfang vom Ende, und was damals kläglich geſcheitert war, wurde wirklich bald mit einem beſſerem Erfolge wiederholt.

Es iſt bis jetzt gelaqt worden, wie der republikaniſche Aufſtand, den Hecker und Struve im Monat April des Jahres 1848 in Baden in Aufſchwung brachten, vorbereitet und geleitet worden iſt, und wie derſelbe nach einer kurzen Dauer an der Theilnahmsloſigkeit der Maſſe der Bevölkerung, dem Mangel jedes Führer-Talents und der Zerſplitterung der einzelnen Unternehmungen über alle Erwartung kläglich endete.

Allein, man würde ſich irren, wenn man nach den ſo unbedeutenden Erfolgen der Kämpfe von Kandern, Günterstthal und Doſſenbach die Wichtigkeit der Schilderhebung überhaupt beurtheilen, und eine Erſcheinung, die ein bedenkliches Symptom ungeſunder politiſcher Zuſtände deshalb zu gering achten wollte, weil in den vierzehn Tagen, welche der Aufſtand dauerte, auch nirgens ein feſter Anhaltspunkt des Widerſtandes gefunden wurde.

In den Tagen der Ruhe und der ungeſtörten politiſchen und geſellſchaftlichen Ordnung konnte man die geſchehenen Dinge ſo beurtheilen; in den Zeiten der revolutionären Gährung wo das Vertrauen zu den Behörden erſchüttert, die alten Formen zum Theile zerſtört, aber eine neue Form noch nicht geſchaffen und befeſtigt war, in ſolchen Zeiten durfte man es nicht leicht nehmen, wenn in einem kleinen exponirten

Grenzlande der gewaltsame Aufruhr unternommen ward.

Erschien auch der Versuch ohne großen Widerstand geschritten, so täuschte man sich doch, wenn man in diesem ersten Unternehmen das einzige erblicken wollte; ja eher war zu besorgen, daß es nur der erste mißlungene Versuch seyn möchte, dem andere besser geleitete Unternehmungen nachfolgen würden. Blieben doch die Elemente nun einmal vorhanden; das Mißvergnügen und die Verbitterung als Erbschaft der alten Zeit, die Hoffnung auf glückselige sorgenlose Zustände als Anspruch an die neue Zeit.

Waren doch Hoffnungen und Ansprüche in einem Theil der Gesellschaft erweckt und genährt worden, die nur im Wege einer gewaltsamen Erschütterung auf Befriedigung rechnen konnten; war doch die ganz demagogische Thätigkeit nun einmal organisirt, und das Krawallgelüste in den Volksmassen groß gewesen; warum sollte man also den mißlungenen Versuch nicht zu einer besseren Zeit wiederholen, besonders nachdem der politische Zustand im Ganzen noch unsicher und schwankend, die regierende Gewalt noch so kraftlos blieb wie sie es zuvor war. Hatte diesmal der Mittelstand wenigstens passiven Widerstand geleistet, und die Masse sich noch ziemlich unvorbereitet und überrascht gezeigt, so dürfte es vielleicht in der Zukunft besser gelingen, die Volksmassen zu betheiligen, und den Mittelstand ganz einzuschüchtern. War diesmal das Heer standhaft geblieben, und hatte den Volksaufstand niederwerfen geholfen, so konnte es vielleicht bei längerer und anhaltender Thätigkeit möglich werden, auch dort die Bande der Disziplin aufzulösen.

Hatte diesmal die Hoffnung auf eine friedliche Schlichtung der deutschen Wirren Viele zurückgehalten, mit der Revolution zu sympathisiren, so konnte ja eine Zeit kommen, wo die verzweifelnde und hoffnungslose Stimmung selbst die Besitzenden ergreifen, und den Chancen eines revolutionären Handstreichs aufs günstigste zu Hilfe kommen wird.

Deutete es innerlich darauf hin, daß das Hecker'sche Unternehmen nicht vereinzelt bleiben werde, so ließ sich auch äußerlich an der Parthei wahrnehmen, daß ihre Hoffnungen keineswegs niedergeschlagen wären. Die Physiognomie der stillen Anhänger war eher trotzig, nachdem sie einmal bemerkt hatte, daß die Regierung nicht mit Blutgerichten auftreten werde; die Demonstrationen und äußeren Zeichen sahen weniger einer besiegten Parthei ähnlich als einer solchen, die nächstens den Sieg zu erwarten hatte.

Verrieth auch der Hecker Kultus in Bild und Lied, wie er jetzt bis zum lächerlichen getrieben wurde, im Allgemeinen nichts Auffallendes, da eine jede abentheuerliche Erscheinung die Phantasie des gemeinen Manes anzieht und beschäftigt, so blieb es doch bezeichnend, daß dieselben Leute, die vor wenig Wochen während des Aufstandes ihre Sympathie zu äußern nicht den Muth hatten, und in das Verdammungs-Urtheil stillschweigend einstimmten, jetzt nach der Niederlage die Köpfe erhoben, und den Besiegten wie einen Märtyrer und Vorläufer glücklicher Schilderhebungen verehrten.

Die Wahlen für das Parlament zu Frankfurt, welche im Monat Mai stattfanden, schienen die Hoffnungen der besiegten Parthei zu bestätigen, auch wenn eine unbefangene Prüfung das Uebergewicht, welches sie dabei bekam, nicht zu hoch anschlagen konnte.

Zunächst waren an vielen Orten die Wahlmännerwahlen noch während der Dauer des Aufstandes und zum Theil wie z. B. in Mannheim, unter dessen Terrorismus vorgenommen worden. Außerdem bediente sich Ißstein, der vielerfahrene Wahlagitator, eines Verfahrens, das so ziemlich zum Ziele führte.

Bei der Versammlung welche die alte liberale Opposition anordnete, um die Wahlbesprechung vorzunehmen, und wozu Ißstein eingeladen wurde, blieb er aus. Er operirte nämlich auf eigene Faust, und erklärte dann, die frühern Freunde wollten ihn mit Gewalt ausschließen. Klagende Briefe gingen nach allen Seiten ab, und wurden in den Wahlversammlungen vorgelesen, die liberale Parthei wollte mit schmachvoller Unduldsamkeit den alten Vorkämpfer der Badischen Opposition verdrängen.

Dieses wirkte auch, denn in einigen Bezirken wurde zwar der Sachverhalt aufgedeckt, in mehreren andern Bezirken entschloß man aber sich, den vermeinten mit schnöden Undank belohnten Mann zu wählen; und so wurde Ißstein in einer Reihe von Bezirken gewählt, wo es ihm denn ziemlich leicht ward, bei der Ergänzungswahl seine Partheigenossen als Ersatzmänner einzuschieben; aber auch dieses gelang freilich nicht allenthalben, und vielmehr wählten drei Bezirke, die Anfangs aus Pietät für den Namen Ißstein gewählt hatten, bei der zweiten Wahl konstitutionell gesinnte Männer, und selbst unter den Eingeschobenen waren entweder Leute, die früher dem herrschenden Systeme geduldigt und sich erst neuerlich zum Radikalismus bekehrt, oder unbedeutende Menschen, die nicht dazu geschaffen aussahen, den parlamentarischen Ruhm Badens in der Paulskirche zu erhöhen. Doch rühmte sich der Radikalismus, daß unter neunzehn Abgeordneten, welche Baden nach Frankfurt schickte, zwölf davon zu seiner Parthei gehörten, und er sah darin eine Genugthuung für die Niederlage im letzten Aufstande.

Das demagogische Thun und Treiben trat erst jetzt mit ganzer Unbekümmertheit auf, eine Erscheinung, die nicht blos in Baden zu bemerken war, sondern die sich fast durch ganz Deutschland im Laufe des Sommers 1848 bemerken ließ.

In den ersten Augenblicken der Bewegung in den Monaten Februar und März war die Demagogie oder Volksleitung entweder noch ganz ohne Vorbereitung und Einfluß, oder sie spielte nur eine untergeordnete Rolle; und erst mit den blutigen Aufständen in Wien und Berlin fühlte sie ihre augenblickliche Stärke, und wurde eine Zeit lang geführchtet, bis sie den Gegner zum gewaltsamen Kampfe drängte, und darin ihre innere Schwäche zeigte.

So war auch in Baden vor dem Heckerschen Aufstand das Treiben der Klubbs, der Volksführer und der exaltirten Presse erst noch in ihrem Beginne.

Nachdem Hecker geschlagen war, und sich darauf geflüchtet hatte, gab sich die Parthei nur um so größerer Mühe, diese Mittel der Agitation ohne Bewegung zu benutzen.

Die Thätigkeit der radikalen Vereine entwickelten sich nun erst recht; die anarchische Presse schlug bald einen Ton an, der an Zügellosigkeit dasjenige überbot, was während des Aufstandes geleistet worden ist, und die Zuchtlosigkeit des Proletariats zeigte sich ehrr im Wachsen als im Abnehmen begriffen. Die Ohnmacht des Gesetzes und seiner Vollstrecker trat auffallender bevor als seüdher, und die gemüthliche Anarchie oder Herrenlosigkeit, welche sich in Lärmen, Schreien, Fahnenmüssten und dergleichen zeigte, fing an, in den Zustand ihres blühendsten Daseyns zu treten.

Ob die Badische Regierung die Macht besaß, mit ganzer Energie dem Volkstreiben entgegenzutreten, darf man dieserwegen bezweifeln, weil es eine Kreiss war, welche durch ganz Deutschland ging, und an einer einzelnen Stelle mit verhältnißmäßig geringen Kräften nicht leicht beseitigt werden konnte.

Die Begriffe von Freiheit und Zügellosigkeit waren damals in den Köpfen noch nicht geschieden und rein, und auch viele sonst verständige und wohlmeinende Leute waren auch nicht davon zu überzeugen, daß in der Herrschaft der Berliner-Proletarire oder der Wiener-Aula die größte Gefahr für die Freiheit selbst liege. Waren aber Regierungen, wie die in Oesterreich und Preußen, nicht im Stande, dem Volkstreiben für den Augenblick zu widerstehen, und standen sie selbst Monate lang unter Gewalt der Volksleiter und Studenten, wie hätte also die Regierung in Baden die Widerstandskraft finden sollen, in einem Lande, wo das Mißtrauen gegen die Gewalten seit langer Zeit in den Gemüthern lag, wo alle Werkzeuge der Regierung stumpf und matt gewesen sind? Doch hätte sich jedenfalls mehr thun lassen, wenn man gleich die rechten Veranlassungen ergriffen, und Entschlossenheit gezeigt hätte; denn wer Furcht zeigt in politischen Dingen, der wird nicht gefürchtet. Die Regierung hatte zwar unmittelbar nach ihrem Siege etwas mehr Energie bewiesen als früher; sie hatte die Volks-Ausschüsse, diese erklärten Werkzeuge des Aufstandes unterdrückt, und später auch die demokratischen Vereine verboten; allein solche Verbothe waren in Baden größtentheils nur erfolglos, denn bei der Ohnmacht und Lahmheit aller der Mittel, über welche die Regierung verfügte, blieb eine solche Verordnung blos auf das Papier geschrieben. Die demokratischen Vereine wurden untersagt, worauf sie sich Volks-Vereine nannten, und wieder fortbestanden, was. Alles in ganz Baden Niemanden ein Geheimniß war.

Man konnte die Regierung, man konnte die Kammer anklagen wegen solcher Toleranz, man konnte die konstitutionelle und liberale Parthei verdammen wegen ihrer faulen und unthätigen Rolle — ein Hauptvorwurf fiel aber immer auf das alte System zurück, welches durch demokratisches Uebermaß das Extrem hervorgerufen, und der bestehenden Regierung die Mittel des Regierens zerstört hatte.

Ministerium und Kammer waren mit feindlichen Organisationen beschäftigt. Man bereitete Ersparnisse im Staatshaushalte vor, der Großherzog verzichtete für das laufende Jahr auf einen Thril seiner Civilliste, und die lange geforderten Reformen im Steuerwesen der Kapital- und Einkommensteuer wurden jetzt, freilich aber zu ungünstiger Zeit, eingeleitet.

Das Gesetz über die Schwurgerichte, ein neuer Entwurf über ein volksthümliche Verwaltung, welche die bureaukratische Hierarchie oder Priesterherrschaft auflösen, und bürgerliche Elemente an die Stelle setzen sollte, wurden jetzt den Ständen zur Berathung vorgelegt. In allen diesen Gesetzen sprach sich ein ganz rückhaltloses Vertrauen zu der Mündigkeit des Volkes aus; der Grundsatz des aufgovernment war durch alle Instanzen durchgeführt.

Wenn diese Gesetzgebung durchgegangen wäre, so hätte Baden neben einer parlamentarischen Regierung, einer auf allgemeinem Stimmrecht beruhenden Volksvertretung und der freien Presse, — eine ganz freisinnige Gemeinde-Verfassung gehabt, eine Verwaltung, die vorzugsweise aus bürgerlichen Elementen bestand, und aus Volkswahlen hervorgeht, eine Steuergesetzgebung, welche nach dem Einkommen berechnet würde, und wo einzelne Kathegorien sich selbst besteuren, dann Geschwornen-Gerichte, die ohne jede Beschränkung ebenfalls auf Volkswahlen beruhen.

Wäre also das Volk reif für eine solch freie Staatsordnung gewesen, wir man sie jetzt aufbaute, so hätte es Gelegenheit gehabt, sein Probestück abzulegen. Wäre die Demagogie und ihr Gefolge nicht verblendet und unfähig gewesen, politische Dinge zu beurtheilen, so hätte sie wissen müssen, daß nicht die äußere Form — Republik oder Monarchie, für den Grad der Freiheit entscheidend ist, sondern das es die organischen Gesetze und Normen im Einzelnen sind, aus welchen die Staats-Ordnung besteht.

Die alten Gegner jener Freiheit konnten an der neuen Gesetzgebung hundert Dinge aussetzen, sie konnten vielleicht mit Recht geltend machen, daß in Manchem zu weit gegangen worden sey; aber daß die sogenannte Demokratie sich in Angriffen und Verdächtigungen der bestehrndrn Regierung und der Kammer erschöpfte, war ein klarer Beweis, daß es ihr um demokratische Freiheit nicht weniger zu thun war, als um persönliche und faktiose Interessen.

Die Regierung und die Kammer befanden sich dabei in einer eigenthümlichen Lage. Sie waren im Jahre 1848 die einzigen Organe in Baden, die mit einer wahrhaft demokratischen Organisation Ernst machtrn, und dafür von der demagogischen Agitation mit allem Schimpf und aller Schmähung überhäuft wurden.

Die Anhänger des Alten fahrn dagegen im Ministerium und in der Kammer nur verkappte Demagogie, und warfen ihnen damals und später ganz offen vor, daß sie die Auflösung der ganzen Staatsordnung vorbereiteten; ja später, wo der unmittelbare Einbruck

revolutionärer Zuſtände noch mächtig nachwirkte, hörte man dieſen Vorwurf ſelbſt aus dem Munde alter Liberaler, daß die freiſinnigen Geſetze Schuld ſeyn ſollen an der politiſchen und ſittlichen Auflöſung des Badiſchen Staats.

In dem Augenblicke, wo dieſes Alles geſchah, gab die revolutionäre Preſſe Schilderungen von Zuſtänden im Badiſchen, die wohl auf jakobiniſchen Despotismus, nicht aber auf die Dinge paßten, wie ſie in Baden waren. Beſonders war ihr Hauptthema, die angefüllten Gefängniſſe, und die lange dauernden Unterſuchungen zu beſprechen; und hier hatte auch wirklich die Regierung einen Fehler gemacht, wenn es auch in der beſten Abſicht geſchehen ſeyn ſollte. Statt nur die Anführer und Leiter des April-Aufſtands eiligſt zu beſtrafen, und die verführten Theilnehmer oder untergeordneten Werkzeuge nach und nach zu amneſtiren, leitete ſie einen Monſterprozeß ein, für deſſen Beendigung faſt kaum eine Ausſicht war. Wer von der Pedanterie der Badiſchen Gerichte Kenntniß hat, und ſich von der Schwerfälligkeit, ſich in die neuen Gerichts-Formen zu fügen, eine Vorſtellung machen kann, der mußte wahrhaft erſchrecken, wenn er ſah, daß eine eiſenmäßige Unterſuchung großlogen wurde, deren Reſultat kaum ein Jahr wäre vor die Geſchwornengerichte gebracht werden konnte.

Die Regierung war nicht verpflichtet, die Schwurgerichte zu wählen; ſie that es aber in der beſten Abſicht, jedoch ergriff ſie hier verkehrte Mittel. Durch die maſſenhafte Inquiſition, die lange dauernde Unterſuchungshaft erweckte ſie, wie dieſes gewöhnlich der Fall iſt, im Volke Sympathien für die Angeklagten, und es war daher ſogar möglich, daß die erſten Badiſchen Schwurgerichte Urtheile fällten, die den geſunden Menſchenverſtand faſt noch mehr als das Rechtsgefühl kränken mußten. Man legte der Regierung als Grauſamkeit aus, was nur Pedanterie war; man legte ihr den dreizehnmonatlichen Unterſuchungs-Arreſt des Fickler als Verfolgungsſucht aus, während nur die Langſamkeit und Ungeübtheit des Verfahrens die meiſte Schuld daran war.

Im Monat Auguſt erließ zwar die Regierung eine Amneſtie, die über ſiebenzig Perſonen nach und nach in Freiheit ſetzte, und in der Folge wurden bis zum Monat November noch über dreihundert Angeklagte begnadigt; aber der Erfolg dieſes Schrittes war kein günſtiger geweſen. Wäre die Amneſtie früher und in möglichſter Ausdehnung erlaſſen worden, ſo hätte ſie von einer mächtigen politiſchen Wirkung ſeyn können; jetzt blieb ſie aber durch das bittere Gefühl der langwierigen Unterſuchungen getrübt, und hatte doch den bedenklichen Einfluß, den alle politiſchen Begnadigungen in Volksbewegten Zeiten haben; nämlich ſie ſchwächte das Rechtsbewußtſeyn im Volke, und ſo war auch hier die Regierung zwiſchen zwei Feuer gekommen.

Die alte Politik warf ihr nämlich vor, daß ſie nicht mit Standrecht und Kriegsgerichten wirkſam aufgetreten ſey, während der Radikalismus ſie der Härte anklagte; nachdem ſie nicht alle Anführer, Hecker und Struve mit eingeſchloſſen und begnadigt hatte.

Die Regierung der Härte und Verfolgungsſucht anklagen, war abgeſchmackt, denn ſie erließ die Begnadigung in einem Augenblick, wo die revolutionäre Bewegung im Lande in voller Blüthe ſtand, wo Hecker nahe an der Grenze ſeinen »Volksfreund« herausgab, wo die Flüchtlinge ihre aufrühriſchen Flugſchriften maſſenweiſe in das Land ausſtreuerten.

Wenige Wochen vor der Amneſtie, wurde z. B. ein Emiſſär ergriffen, deſſen Papiere den Beweis lieferten, daß man in den Volks-Vereinen den Hebel eines neuen Aufſtandes ſah, und die Hauptthätigkeit darauf gerichtet hatte, die Disziplin im Heere zu untergraben. Bald darauf ward eine Flugſchrift unter dem Titel »Plan zur Revolutionirung und Republikaniſirung Deutſchlands von Struve und Heinzen« zu Tauſenden von Exemplaren im Lande verbreitet, welche den revolutionären Terrorismus und die Mittel einer gewaltſamen Umwälzung mit aller Naivität als die einzige Rettung Deutſchlands anempfahl; ja dieſe Schrift trug ſo ſehr das Gepräge des rohſten Jakobinismus, daß ſelbſt die Regierung zu Baſel, ſich Anſtands wegen genöthigt glaubte, den Verfaſſer dieſer Schrift das Aſylrecht aufzukündigen.

Bald fanden von den Theoren von Konſtanz, bald auf dem Basler Gebiet, bald dicht am Badiſchen Territorium, oder nur durch den Rhein davon geſchieden, Zuſammenkünfte Statt, die wenigſtens den Beweis lieferten, daß man auf eine paſſende Veranlaſſung zu einem neuen Schlage ſich in Bereitſchaft halte.

Das Gerede, daß hier und und da im Laufe des Sommers auftauchte, und daß ein neuer Freiſchaaren-Einfall im Werke ſey, wurde durch die offenkundige Thätigkeit der Emiſſäre, Anführer und ihrer Preſſe hervorgerufen, und auch gerechtfertigt, ja ein am Aufſtande betheiligtes Mitglied gab ſelbſt zu, daß längs der Grenze ſogenannte Unterſtützungs-Ausſchüſſe für die deutſchen Republikaner beſtanden, die von Struve geleitet wurden, und wohl auch gelegenheitlich zur ſchnellen Benachrichtigung ſämmtlicher Flüchtlinge benutzt werden konnten. Wenn dem Allen gegenüber die Badiſche Regierung ſich alſo nicht bedachte, Theilnehmer des frühern Aufſtandes in dieſem Augenblicke zu begnadigen, ſo ſcheint es, daß dieſenigen, die Milde und Nachſicht tadelten, wohl ehre Recht hatten, als diejenigen, die der Regierung Härte und Unverſöhnlichkeit vorwarfen.

Hecker blieb an den jüngſten Umtrieben unbetheiligt. Seine Hoffnung, durch die Wahl in Thiengen faktiſch amneſtirt und im Parlamente zugelaſſen zu werden, war vereitelt worden. Er zog ſich nun ſchmollend nach Muttenz zurück, und machte ſeinem Zorn über Freund und Feind im Tone eines verzogenen Kindes Luft, welches ſich durchaus nicht darüber faſſen konnte, daß Deutſchland ohne F. Hecker, ſeine politiſche Angelegenheit ordnen wollte.

Dieſe üble Laune und dieſer Mangel an Haltung überraſchte aber ſeine früheren Freunde und Bekannten nicht; denn ſie wußten recht gut, daß Hecker nicht dazu geſchaffen ſey, die Rolle des Beſiegten mit männlicher Ruhe und Reſignation zu ertragen.

Eher waren ſie frappirt und betrübt, daß in dem Blatte, welches unter ſeinem Namen zu Rheinfelden erſchien, die plumpſte und gemeinſte Streitſucht gegen ſeine politiſchen Gegner in den Formen der revolutionären Unanſtändigkeit gehandhabt wurde.

Daß Hecker erbittert grollte, erſchien verzeihlich; daß er aber ſchmähte und in einer gemeinen Weiſe verdächtigte, war ſeiner Vergangenheit unwürdig, und machte ſeine frühern Freunde mehr an ihm irre, als die republikaniſche Studentenfahrt von Konſtanz bis nach Kandern.

Mit ſeinen neuen Verbündeten, den Flüchtlingen in der Schweiz, vertrug er ſich gleichfalls nicht lange, und während Doll, Mögling, Kaiſer, Sigel und Schöninger ſich an ihn anſchloſſen, war er mit Struve und deſſen Anhang gepfannt, und mit Heinzen in offener Feindſchaft.

Die Hoffnung, daß in Deutſchland, wo ſich die öffentlichen Zuſtände ſeit der Errichtung einer Central-Regierung zu befeſtigen ſchienen, die Sache der Revolution neue Stärke gewinnen werde, gab er für's erſte auf, und ebenſo mit ſeinen Schickſalsgenoſſen zum Theil überworfen, entſchloß er ſich, im Monat Auguſt zur Auswanderung nach Nord-Amerika, und verließ Anfangs September Muttenz. In Straßburg empfing er noch einmal huldigende Deputationen ſeiner Anhänger, und beſtieg dann in Southampton ein Dampfboot, das ihn nach New-York brachte.

An demſelben Tage, wo Hecker das Dampfſchiff beſtieg, wurde es unter den Flüchtlingen der Schweizergrenze unruhig.

Struve und ſeine Genoſſen rüſteten ſich zu einem Handſtreich, — auch Doll und Mögling, die zurückgebliebenen Freunde des Hecker, trieben ſich in Biesfeld herum, um die Flüchtlinge mobil zu machen; denn die Kriſis in Deutſchland ſchien den Emigranten eine günſtige Möglichkeit zu eröffnen.

Der Waffenſtillſtand zu Malmoe und ſeine Anerkennung durch die deutſche National-Verſammlung, hatte in einem Theile von Deutſchland eine tiefe Mißſtimmung erregt, und die Hoffnungen, die man auf das Parlament geſetzt hatte, merklich herabgeſtimmt.

Dieſes fühlte die revolutionäre Parthei, denn ſie ſah, daß die kaum befeſtigten Zuſtände von neuem ſchwankten, und glaubte nun, ihre Zeit ſey jetzt gekommen.

Konnte man ſich in Frankfurt und in der Nähe der Ereigniſſe dieſer Täuſchung hingeben, ſo mußten die Flüchtlinge in der Schweiz, wie Emigranten überhaupt zu thun pflegen, noch mehr die Lage der Dinge und ihre eigenen Ausſichten auf Erfolg im günſtigſten Lichte anſehen. Es ſchien ihnen, daß, wenn ſie nur mit einer Handvoll Leute in einem Winkel Deutſchlands einbrechen würden, ſo würde dann von dort aus die Proklamation der deutſchen Republik über ganz Deutſchland unwiderſtehlich erfolgen.

Sie ahnten aber nicht, wie der mißlungene Handſtreich einer Volksrotte in Frankfurt, und die Gräuel, womit er befleckt war, einen ſehr raſchen und ſo entſchiedenen Umſchlag der öffentlichen Meinung hervorgerufen hatten, daß für eine revolutionäre Expedition jetzt noch viel weniger Ausſicht blieb, als im Frühjahre.

Manche, freilich von Denjenigen, die ſich dem neuen Unternehmen anſchloſſen, und zum Theil auch ſolche, welche es leiten halfen, verzichteten wohl von vorne herein auf die Hoffnung des Gelingens, und waren zufrieden, wenn ſie mit einigen geraubten Kaſſen den Rückweg über die Grenze wieder finden konnten; denn mehrere dieſer Freiſchärler, gaben auf die Frage, warum ſie zu einem ſo unſinnigen Ding, wie der September-Aufſtand in Baden war, die Hände geboten haben, die gewöhnliche naive Antwort: »Wir hatten in der Schweiz gar nichts mehr zu leben.«

Am Nachmittag des 21. September überſchritt Struve mit einer Anzahl Gleichgeſinnter von Baſel aus die Grenze, während auf einem Wagen die Waffen herüber gebracht worden ſind.

In Lörrach, wo die Stimmung eines großen Theils der Bevölkerung revolutionär war, zeigte ſich um dieſelbe Zeit unter den Gleichgeſinnten eine unruhige Bewegung; denn man ſchlug die Trommel und bewaffnete ſich. Gegen 6 Uhr Abends traf Struve mit etwa 30 Bewaffneten ein, wo er nun vom Rathhauſe herab zu der verſammelten Volksmenge ſprach und die deutſche Republik proklamirte. Auch ordnete er zugleich das Sturmläuten und die Zuſhebung der waffenfähigen Mannſchaft an, wobei er im Falle des Ungehorſams mit dem Standrechte drohte.

Eine Reihe von Proklamationen mit der Eingangsformel: »Wohlſtand, Bildung und Freiheit für Alle, und mit dem Datum: am erſten Tage der deutſchen Republik« enthielten die legislativen Handlungen der neuen Regierung. In der einen Proklamation ward die Zuſhebung in Maſſe angeordnet und zugleich befohlen, keinen der fürſtlichen Parthei angehörigen Perſonen die Entfernung aus ihren Bezirken zu geſtatten, vielmehr dieſelben nach und nach zu verhaften und alles ihnen gehörige Vermögen und Beſitzthum mit Beſchlag zu belegen.

In einer andern Proklamation wurden alle Grundlaſten ohne Entſchädigung abgeſchafft, alle Abgaben aufgehoben und nur die Zölle für's Erſte beibehalten. Hingegen wurde ſtatt der Abgaben eine progreſſive Einkommenſteuer eingeführt und auſſerdem verordnet: ſämmtliches Grundeigenthum des Staats, der Kirche und der auf Seite der Fürſten kämpfenden Staatsbürger geht proviſoriſch, unter Vorbehalt ſpäterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt.

Zugleich wurden mehrere Beamten verhaftet, und wieder andere, die ſich dazu gebrauchen ließen, auf die Republik vereidſichtet, wobei man ihnen die rothe Binde anlegte.

Die Fahrpoſtwägen wurden angehalten, die Geldſendungen, die an öffentliche Behörden gebracht werden ſollten, konfiszirt und die vorhandenen Geld-Kaſſen ausgeleert.

Wo ſich ein Widerſtand gegen dieſes eigenmächtige Verfahren zeigte, ging man in den Gewaltmaß-

regeln noch weiter. So wurde z. B. ein Postmeister schmachvoll mißhandelt, schwebte 24 Stunden lang in der Lebensgefahr und mußte es als einen, von Struve an ihm bewiesenen Gnadenakt ansehen, daß man ihn trotz des zahlreichen Widerspruchs blos gefangen setzte, und ihm sein Vermögen wegnahm.

Nicht nur solche Personen, die einen wirklichen Widerstand versuchten, sondern auch solche Leute, von welchen man glaubte, daß eine Widersetzlichkeit zu befürchten sey, wurden blos allein wegen ihrer Gesinnung verhaftet, oder, was noch schmählicher war, für gewaltsam abgepreßte Geldsummen wieder frei gelassen.

Auf solche Weise nahm diese neue soziale Republik ihren Anfang, und die Fortsetzung derselben entsprach so ziemlich ihrem begonnenen Anfang.

Persönliche Mißhandlungen und Bedrohungen waren an der Tagesordnung, die Plünderung der Kassen und wo man eine fürstliche Gesinnung vermuthete, und ebenso auch bei Privatleuten, wurde auf's fleißigste betrieben.

Die Ober-Einnehmerei, die Post, die Accise und die Zollamts-Geld-Kasse in Lörrach, und ebenso alle öffentlichen Kassen in Lörrach, Müllheim und Kandern wurden zuerst ausgeleert.

Hierauf erpreßte man Geld, nachdem man bedrohten Privatpersonen um ihrer Gesinnung wegen für eintausend Gulden auf den Kopf die Sicherheit verbürgte, oder nachdem man den Eltern für ihre Söhne, die sich nicht zum Aufgebote stellten, bedeutende Geldsummen abzwang; ja man scheuete sich selbst nicht, die Juden in Sulzburg zu einer Loskaufungssumme von beinahe eintausend Gulden zu zwingen.

Eine Freischärler-Teuppe nahm sogar auf der öffentlichen Landstraße nach Kandern einem wandernden Handwerksburschen seine Baarschaft von 13 Gulden 30 Kreuzer ab.

Verlaufene Abentheurer aus aller Herren Ländern behandelten die ganze Sache als eine Razzia gegen die gebildete und wohlhabende Klasse der Bevölkerung, so daß Struve selbst — so verbissen und rücksichtslos sein Fanatismus war, und so sehr er auch alle Scham und alles Rechtsgefühl abgelegt hatte — sich genöthigt fand, gegen das zu tolle und ausartende Treiben seiner Helfershelfer abwehrend dazwischen zu treten.

So schrieb nämlich zu seiner Zeit nach dem Mißlingen des Krawalls, der ein Gebilde des Struve, ein halbstudirter Bauernbursche war, aus Rümingen: »Nur durch Schrecken und Ströme Bluts kann nach diesen Vorgängen die Republik gegründet werden. Wer aber diesen Weg des Schreckens betreten will, der darf sein Leben nicht höher achten, als einen Pfifferling, und das Leben der Feinde nicht höher achten als Gras. Er muß sich als eine Kraft betrachten, die ohne Herz und Gefühl und ohne eigenes Leben nur zum Wohle von Tausenden Einzelne zermalmt wie ein Mühlstein die Weizenkörner.«

Diesem terroristischen Wahnsinn wurde freilich keine Zeit gelassen, sich ungestört zu entwickeln, denn man war erst in den Anfängen des Schreckens, als auch schon das gewaltsame Ende des Drama's hereinbrach. Doch geschah genug, um im Einzelnen und Kleinen zu zeigen, welcher Art der neue soziale Staat und seine Gründer seyn würden.

Werkzeuge und Agenten waren überall Diejenigen, deren Finanzen und Moral gleich schiffbrüchig war, und wo sich im kleinsten Dorfe ein solch verlorenes Subjekt fand, machte es sich sogleich als Theilnehmer und Beförderer des Unternehmens bemerkbar.

Ganz unschuldige Leute wurden hier arretirt wegen des Versuchs zum Hochverrath.

So wurde ein alter kränklicher Pfarrer wegen Widersetzlichkeit vor das Revolutionstribunal nach Müllheim geschleppt, wo ein verdorbener Bäcker und zwei abgewirthschaftete Kaufleute als Kommissäre und Secretäre der republikanischen Regierung die Verhandlung führten.

Inzwischen waren aber die Stunden gezählt, und die Führer des Aufstandes mußten sich beeilen, wenn sie die Früchte ihrer Razzia in Sicherheit bringen wollten. Das Plündern der Kassen und das Verhaften wehrloser Leute, war viel leichter als die Organisation eines Revolutionsheeres; denn die verdorbenen Subjekte, die zu Erpressungen gut zu gebrauchen waren, gaben schlechte Kriegshelden ab.

Vergebens verkündete das republikanische Regierungsblatt im Namen des deutschen Volks ein allgemeines Aufgebot aller waffenfähigen Mannschaft von achtzehn bis vierzig Jahren; vergebens drohte es dem Saumseligen oder Widerspenstigen mit Standrecht; vergebens wurde der Befehl beigesetzt: »Ueber diejenigen, welche sich mitzusehen weigern, wird ein Volksgericht gehalten werden.«

Der Zuzug war gering, und wie es bei einem solchen Zwange zu erwarten war, wenig zuverlässig; denn die revolutionären Bürgerwehrmänner von Lörrach wollten schon in Kandern nicht mehr Folge leisten. Man konnte also voraussehen, daß diese Horden keiner disziplinirten Truppe Stand halten würden; ja ein energischer Widerstand der eingeschüchterten Bevölkerung hätte dem Ding sogar ein baldiges Ende machen müssen.

Daß man am 22. September nach Kandern, dann nach Schliengen und Müllheim vorrückte, hatte keine Bedeutung. Einige Meilen öffenen unbesetzten Landes zu besetzen, war kein schweres Stück Arbeit gewesen, ja der militärische Führer der Bande, Namens Löwenfels, der sich den Titel eines Generals gab, erzählt selbst in seiner Geschichte dieser Razzia mit einer unglaublichen Naivität, wie er einen Plan nach dem andern habe aufgeben und immer wieder einen neuen habe fassen müssen, weil bald die Lörracher, bald die Efringer sich vorwärts zu marschiren weigerten, und der Zuzug von neuen Mannschaften überhaupt sehr spärlich ausgefallen war.

Die Regierung, durch den Aufstand in Frankfurt gewarnt, wurde diesmal nicht wehrlos überrascht, und hatte sich auch bereit, von Karlsruhe aus die disponiblen Streitkräfte nach dem Oberlande zu schicken, und auch die Centralgewalt hatte sehr schnell Truppen nach Baden abgesendet.

Noch wußte man nicht den Umfang und die Verzweigung des Unternehmens. Es regte sich in Würtemberg, und der bekannte Rau aus Gaildorf suchte dort einen, freilich ganz lächerlich endenden Freischaarenzug zu organisiren. Es regte sich auch in einzelnen Theilen von Baden, denn am 23. und 24. September wurden — wohl allerdings zu spät — drei Estlingen und drei Mannheim die Eisenbahnschienen aufgerissen, um das schnelle Anrücken der Truppen zu verhindern.

Die Regierung verhängte über die Bezirke, in welchen das Bubenstück verübt ward, den Kriegszustand, und entschloß sich auch zur Proklamirung des Standrechts; jedoch sie verzögerte wieder die Veröffentlichung desselben, bis es dann zur Anwendung fast zu spät war.

So wie bei dem ersten Aufstande der Großherzog den Offizieren auf das Angelegentlichste anempfohlen hatte, ohne dringende Noth ja kein Blut zu vergießen, so scheueten sich auch jetzt er und seine Rathgeber vor einem solch entscheidenden Schritte, zu blutigen Maßregeln zu schreiten.

Die Lehre Napoleons, daß man bei Aufständischen die ersten Ladungen voll und scharf geben müsse, um dann blind schießen zu können, fand bei den menschenfreundlichen Männern, die in Baden die Staatsgeschäfte leiteten, keinen Eingang.

Zum Dank dafür, ernteten sie bei den Strafbaren nur frechen Hohn, und bei den Andern den Vorwurf, sie hätten das Wohl des Staates bismal und später durch unzeitige Milde und Nachsicht nur aufs Spiel gesetzt.

Die sogenannten Kämpfer für die Republik hatten sich inzwischen von Mülheim nach Staufen begeben, nachdem sie in jedem einzelnen Dorfe die Leute zum Beitritt in die Schaaren zu zwingen suchten, ihre Verordnungen proklamirten, die Geld-Kassen ausleerten, und die ihnen verdächtig gewesenen Personen und Beamten absetzten, oder einsperrten.

Am Morgen des 24. September gegen 10 Uhr Vormittags kamen sie in dem Städtchen Staufen an, wo sich am Rathhause die Bevölkerung sammelte. Blind und Struve sprachen jetzt zu der Volksmenge, während einige andere Helfershelfer die Geldkassen konfiszirten.

Plötzlich hörte man aber den Ruf, die Soldaten kommen, was einen ungemeinen Schrecken verbreitete; denn bald darauf zerstreuten sich die Volkshaufen, die noch kurz zuvor der Republik ein Lebehoch gebracht hatten, und verkrochen sich zitternd in die abgelegensten Schlupfwinkel.

Dieser Schrecken und die Verwirrung war um so größer, da man noch wenige Minuten zuvor, der von einem Boten gebrachten Nachricht vollen Glauben schenkte, das Militär wäre zu den Aufständischen übergegangen. Auch hatte man schon früher in dem Blatte der revolutionären Regierung den Ausbruch eines Aufstandes in Karlsruhe und die Flucht des Großherzogs verkündet und ausgeschrieen.

Das Militär war am Morgen unter der Führung des Generals Hoffmann von Freiburg angerückt, und bestand aus zwei Bataillonen Infanterie, und einer Eskadron Dragoner, durchaus Badische Truppen und mit Geschützen versehen. Gegen 1 Uhr Mittags war Hoffmann in der Nähe des Städtchens angekommen, und rückte in zwei Angriffs-Kolonnen auf Staufen los.

Die Freischaaren hatten in der Eile das Städtchen verbarrikadirt und die Brücke über den Neumagen abgebrochen.

Die Truppen gingen zuerst unter Gewehrfeuer, dann von Kartätschensalven unterstützt, vorwärts. Der Kampf war hie und da wohl lebhaft, denn man schoß auch aus Fenstern und Kellerlöchern; aber die Sturm-Kolonne, mit dem General Hoffmann an der Spitze, drang vor, und in zwei Stunden war nicht nur das Städtchen besetzt, sondern auch die ganze republikanische Schaar aufgelöst gewesen. Die Truppen hatten bei diesem blutigen Kampfe nur wenige Mann, die Freischaaren eine größere Anzahl an Todten und Gefangenen verloren. Uebrigens, wie es bei einem solchen Straßenkampfe sehr leicht geschieht, waren auch mehrere am Kampfe unbetheiligte und schuldlose Menschen von Kugeln thrils tödlich getroffen und verwundet worden.

Während dieses Kampfes war Struve auf dem Rathhause geblieben, und als die Truppen sich am Eingange des Städtchens zeigten, hielt nur noch ein Theil von ungefähr 800 Mann der Freischärler zum Kampfe sich in Bereitschaft, der Rest derselben eilte aber in wilder Flucht rückwärts, und suchte in den Häusern sich zu verbergen.

Als Struve diesen Wankelmuth des Volkes bemerkte, eilte er mit blanker Waffe auf die Straßen und suchte die flüchtigen Freischärler aufzuhalten; aber alle Ermahnungen und Drohungen blieben vergebens; und so mußte jetzt Struve, sein Weib und der Literat Karl Blind, wenn sie nicht den Truppen in die Hände fallen wollten, ihre Papiere und auch einen Theil ihrer Effekten zurücklassend die eiligste Flucht ergreifen.

Sie schlugen jetzt den Weg über das Gebirge nach Todtnau und Schönau ein, verschafften sich auf dem Wege Bauernkleider, und suchten mit dieser Verkleidung die Schweiz zu erreichen.

Schon in Todtnau wollten ihnen einzelne versprengte Freischärler, die man zum Zug gezwungen hatte, den Weg versperren; denn die Ueberzeugung, daß sie mit großen Geldsummen (sie hatten über 16,000 Gulden bei sich) zu entfliehen suchten, und der Anblick des dreispännigen Wagens, in welchem sich die Gesellschaft befand, erbitterte jetzt die Volksmasse. Aber unter dem lügenhaften Vorgeben, daß sie neue Verstärkungsmannschaft und Munition herbei holen, gelang es ihnen, gegen Tages-Anbruch aus der schon bevorstehenden Gefahr, als Gefangene aufgehalten zu werden, noch zu entkommen.

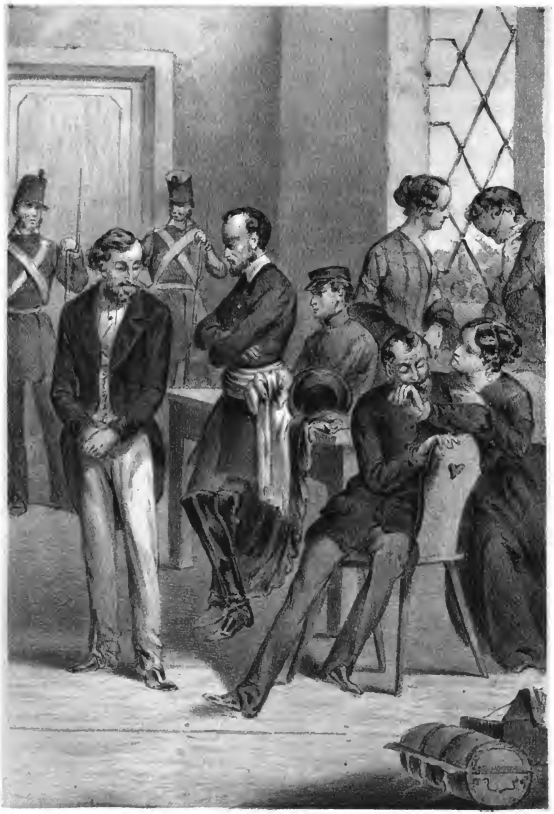
Nun schlugen sie den Weg nach Schopfheim ein, umgingen aber diesen feindlich gesinnten Ort, und eilten dem Rheine zu; wo sie am Morgen des 25. Septembers in Wehr, noch eine Stunde vom Rhein entfernt, anlangten.

Inzwischen war aber die Nachricht von ihrer Flucht verbreitet worden, und erzeugte die gerechte Er-

Uwęzneni Struva a jeho průwodců.

La cattività di Struves e suoi compagni.

Struve's társainad letartórtatása.



Die Gefangenhaltung Struve's und seiner Begleiter.

Nº 103.

bitterung unter denjenigen, welche man durch Bedrohungen mit dem Standrecht zum Beitritt der Freischärler gezwungen hatte.

Unter diesen Verhältnissen machte sich ein Kettenschmied aus Schopfheim mit einem Kameraden auf den Weg, welchem sich jetzt noch andere Leute aus dem Orte Wehr und dessen Umgebung zu einem Streifzuge nach den flüchtig gewordenen Führern anschlossen, und wirklich gelang es auch diesen Leuten, den Struve sammt seiner Begleitung in dem Orte Wehr festzuhalten.

Die Verkleidung des Struve half ihm aber jetzt eben so wenig, als das Bitten seiner Frau, und eben so wenig wurden die Drohungen der mit den Aufrührern Gleichgesinnten geachtet, daß nämlich ein starker Zuzug in der Nähe wäre, um Struve wieder aus seiner Haft zu befreien.

Die Verfolger bielten sie gefangen, bis die Bürgerwehr von Schopfheim ankam, und der Amtmann von Säckingen, diesmal glücklicher als im April, nahm die Arrestanten in Verhaft.

Sie wurden jetzt nach Schliengen gebracht, wo ein badischer Offizier mit einer Truppe von Scharfschützen sie in Empfang nahm, und nach Müllheim und Freiburg brachte.

Auf dem Wege dahin war wirklich es nothwendig geworden, daß die Eskorte ihre ganze Thätigkeit zeigte, um Struve noch lebendig an den Ort seiner Bestimmung abzuliefern, denn die Volksmasse in Wiesenthal drängte sich wüthend um den Wagen, worin sich die Gefangenen befanden, und drohte den Urheber, des über sie gebrochten Unheils in Stücke zu zerreißen: ja man wollte Struve nicht einmal im Wagen fahren lassen, und sagte, wenn einer ein Verbrechen begehe, so muß er zu Fuß in Ketten geführt werden; also warum so viele Nachsicht gegen denjenigen, der Hunderte von Menschen in's Unglück gestürzt hat.

Damit hatte jetzt der September-Aufstand sein Ende erreicht, denn die Schaaren, welche Doll und Willich noch auf dem Schwarzwalde zusammen gebracht hatten, waren schon von Anfang an schwer mehr zusammenzuhalten, und liefen, als die ersten verhängnißvollen Nachrichten anlangten, massenweise auseinander.

Der April-Aufstand, so dürftig er ausging, erschien wie ein heroisches Unternehmen im Vergleiche mit dieser nichtswürdigen Razzia. Denn Hecker's Unternehmen hatte, so jugendlich und studentenhaft es auch angelegt war, doch noch einen abenteuerlichen festromantischen Reiz gehabt; während der September-Aufstand in den vier Tagen, die er dauerte, nichts als brutale Gewalt, Terrorismus und geistige Unfähigkeit zu Tage gebracht hatte.

Mit Hecker konnte ein Schwärmer ohne politisches Urtheil zur Noth noch sympathisiren, während der Raubzug des Struve, Blind und Anderer selbst bei Gleichgesinnten, deren sittliche Begriffe nicht vollständig verwirrt waren, tiefen Ekel und Verachtung erregte.

Dieses war die Stimmung der unendlichen Mehrzahl im Volke, welches laut und entschieden einen Versuch verdammte, der auch keinen einzigen entschuldigenden Beweggrund mitbrachte.

Man freuete sich der Gefangennehmung des Struve, weil sie das Rechtsgefühl befriedigte für die vielen Unschuldigen und Verführten doch endlich einmal einen Schuldigen beitrafen zu können.

Als jetzt Struve vor das Kriegsgericht nach Freiburg gebracht, und dort der Prozeß an die ordentlichen Gerichte gewiesen wurde, weil das Standrecht erst nach seiner Gefangennehmung bekannt gemacht worden war, sprach sich der Unmuth darüber laut und vielfach im Volke aus; ja man warf es sogar der Regierung vor, daß sie so lange mit der Bekanntmachung des Standrechts gezögert habe, und durch ihre Nachsicht gegen die Empörer zu einer wiederholten Empörung fast selbst die Gelegenheit gegeben habe.

Gemeine Leute aus dem Volke sagten dieses am lautesten, während wieder Andere mit Recht befürchteten, es werde ein neuer Monsterprozeß eingeleitet, unendlich viel Papier verschrieben, und dann ein Urtheil gesprochen werden, welches nicht im Allgemeinen befriedigen wird.

Für jetzt trat das Urtheil des Volkes so unzweideutig und entschieden hervor, daß die geheimen Freunde der rothen Republik in Struve's Unternehmen einen tödtlichen Schlag für ihre Hoffnungen sahen. Denn noch waren die sittlichen Begriffe im Volke nicht so gründlich unterwühlt, daß die Anhänger, wie es später vor Gericht geschah, den Urheber des Aufstandes und seine Helfershelfer es wagten, sie zu vergöttern.

Sie waren damals vorsichtig und zahm geworden, und hatten noch nicht die Dreistigkeit gefunden, womit sie später vor Gericht und im Stände-Saal behaupteten, das Ministerium habe durch herausfordernde Sachführer den Aufstand in's Land hereingelockt.

Die gesinnungsverwandte Presse hatte jetzt auf kurze Zeit ihren Ton abgelegt, und rieth in schüchternen Worten von dem Ausspruche und der Vollziehung eines Blutgerichts ab.

Brentano, welcher später vor Gericht nicht etwa den Vertheidiger, sondern den Lobredner des Struve'schen Unternehmens machte, suchte bald nach dem Mißlingen eines Krawalls Gelegenheit, sich von dem Verdachte einer Mitschuld zu reinigen, und stattete in dieser Absicht in Begleitung seines Freundes Sachs einen Besuch bei dem Staatsrathe Beck ab, und sagte dann später zu einem konstitutionell gesinnten Kollegen in der Kammer, der ihm das Verwerfliche des jüngsten Unternehmens vorhielt, ganz naiv und bezeichnend: »Gegen dieses Unternehmen bin ich auch, denn wenn Die an's Ruder gekommen wären, so hätten sie mich so gut wie Euch gefoppt.«

Mochten auch Radulisten und Faktionsmänner ihre Meinungen je nach den Umständen ändern, im Volke hat sich aber jener erste Eindruck nie ganz verwischen lassen. Auch als alle Rechtsbegriffe verwirrt waren, und diesselben Soldaten, vor deren Wuth jetzt Struve kaum zu schützen war, im Taumel ihren

Zahneneid brachen, als feige Geschworene ein unsinniges Urtheil gesprochen und ein rasender Volkshaufe ihn mit Gewalt befreit hatte, — so selbst dann, mitten im Dilirium der Anarchie, wollte es dem Struve nicht mehr gelingen, die Rolle zu spielen, die er beanspruchte.

Der große Hause der eigenen Parthei sah ihn mit Widerwillen an, und die redebrüchigen Soldaten äußerten ihren Haß gegen ihn ebenso laut, wie die Pflichtgetreuen nach dem Kampfe von Staufen.

Noch einmal, wie damals auf dem schmerzlichen Wege von Wehr nach Müllheim, mußte er vor der Wuth des Volkes zittern, das er hatte empören und verführen geholfen, doch für dießmal gelang es ihm, wenigstens sein Leben zu retten.

Die Regierung hatte durch den traurigen Ausstand an Ansehen und Macht gewonnen, und man glaubte auch, daß nach dem öffentlichen Urtheile, wie es sich über den Struve'schen Einfall aussprach, schließen zu dürfen, daß ein wiederholter Versuch nun nicht mehr zu besorgen sey.

Wenn die Regierung diese Lage recht hätte benutzen wollen, so konnte sie jetzt unter dem unmittelbaren Eindrucke der Ereignisse kraftvoller als früher auftreten, und gegen die Thätigkeit der revolutionären Parthei endlich die Waffen des Gesetzes anwenden, die bisher größtentheils kraftlos gewesen waren.

Sie konnte den Umfang einer zügellosen Presse, dem Treiben einer fanatistischen Bewegung, deren Absicht offenkundig war, nun endlich mit aller Macht entgegenwirken, da sie die bittern und kostbaren Erfahrungen von zwei Aufständen hinter sich hatte. Aber freilich gehörten dazu rasche und durchgreifende Persönlichkeiten an die Spitze, eine thatkräftige und pflichttreue Verwaltung, muthige Staats-Anwalte, Autorität der vorhandenen Behörden und die energische Unterstützung einer einsichtsvollen und furchtlosen konstitutionellen Parthei, also lauter Dinge, an welchen es in Baden seit einiger Zeit fehlte.

Der Glaube, daß die Sachen sich von selbst machen würden, verschwand auch dann nicht, als die trübe Gestaltung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten der Revolution neuen Zündstoff in Aussicht stellte.

Die Regierung und die mit ihr zusammenwirkende Kammer fuhr fort, friedlich zu organisiren, so freisinnig, so voll Vertrauen auf die Fähigkeit und Reife des Volks, so tolerant und nachgiebig gegen verständige und unverständige Forderungen der Demokratie, daß man durch ihre legislativen Schöpfungen nicht daran erinnert ward, wie dieses Land zwei Mal in sechs Monaten von revolutionären Schilderhebungen erschüttert worden sey.

Ministerium und Kammer fuhren fort, Verwaltung und Justiz nach demokratischen Grundsätzen umzugestalten, die Wunden, welche die zwei Aufstände dem Wohlstand und Kredit des Landes geschlagen hatten, durch große Ersparnisse zu heilen und in dem Steuerwesen Veränderungen vorzunehmen, welche längst vorhandene Unbilligkeiten ausgleichen sollten.

In der deutschen Politik mußte die Stellung Badens selbst vor den Gegnern als eine aufrichtige und patriotische anerkannt werden, und schon am 15. Dezember 1848 hatte die zweite Kammer einstimmig beschlossen, die Regierung aufzufordern, daß sie allen Sonderbestrebungen einzelner deutscher Höfe und Regierungen energisch entgegen trete

Spätere Beschlüsse der Kammer waren in demselben Geiste abgefaßt, und es ist bekannt, daß die badische Regierung dem Sinne dieser Politik bis zu ihrem Sturze am 13. Mai 1849 vollkommen treu geblieben war.

Baden zuerst protestirte gegen die Octroyirungsgelüste der größern Höfe; Baden verwahrte sich gegen die Fortsetzung der Wiener Kongreß-Politik; Baden erkannte mit Umgehung des Vereinbarungsgrundsatzes, die deutsche National Versammlung als erste und einzige Autorität an, und Letzteres nicht nur in Worten, sondern auch in Handlungen; denn alle Beschlüsse, die aus der Paulskirche kamen, wurden unter allen deutschen Ländern in Baden zuerst praktisch durchgeführt, die Grundrechte, als sie zu Ende des Jahres aus der Versammlung hervor gingen, im zweiten Regierungsblatte des Jahres 1849 als badisches Landgesetz promulgirt.

Bei der Promulgation oder Bekanntmachung blieb man aber nicht allein stehen, sondern die Regierung war auch vielmehr unerschöpflich in Gesetzen, welche die Durchführung der Grundrechte zum Gegenstande hatten.

Außer den schon vorhandenen Gesetzen zum Schutze der freien Presse, des Petitionsrechts, außer den Geschwornengerichten und der freien Gemeinde-Verfassung wurden in dieser kurzen Zeit eine Menge von Gesetzen vereinbart, welche die Grundrechte vollständig in's Leben brachten.

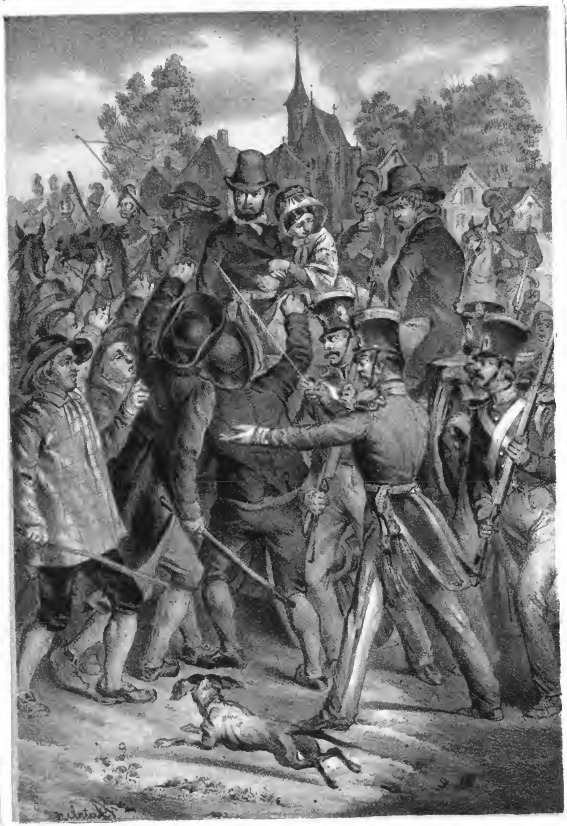
Die Unabhängigkeit der Richter, die Sicherheit der Person und der Wohnung, die Bürgschaft gegen den Mißbrauch der Beamtengewalt, die religiöse Gleichstellung, die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung, die Abschaffung der Todesstrafe, die Aufhebung der letzten Grundlasten und des Leben-Verbandes, alles dieses waren nun die wesentlichsten Gegenstände, welche die Regierung mit der Landes-Vertretung erledigte.

»Während man zu Rom Beraubungen hielt, ging Saguier verloren.« Dieses konnte man mit aller Wahrheit von der badischen Regierung und der Landes-Vertretung sagen. Während beide friedlich organisirten, waren die Faktionen thätig, den Staat in seinen Grundlagen zu unterwühlen.

Der Schrecken, der sich noch der Struve'schen Schilderhebung einen Augenblick niedergeworfen hatte, war wieder gewichen, seit die Regierung noch wie früher Toleranz walten ließ, und keine Miene machte, den Sieg zu einer Repressio-Politik gegen die revolutionäre Parthei zu gebrauchen.

Die Todtenfeierlichkeit für Robert Blum, die allenthalben als Demonstration zu andern Absichten benützt ward, bewies, daß sich ihre Hoffnungen wieder regten. Man lärmte und tobte gegen die Regierung,

Eskortace zajatých republikanů do Freiburgu.



La scorta dei prigionieri repubblicani verso Friburgo.

Az elfogott köztársaságiaknak Freiburgban késérése.

Die Eskortirung der gefangenen Republikaner nach Freiburg.

wie früher, und geberdete ſich, als wenn ſie es geweſen wäre, welche den Abgeordneten von Leipzig in Wien hätte erſchießen laſſen.

Während das Klubbweſen am hellen Tage ſich gegen die beſtehende Staatsform verſchworen hatte, los man in der radikalen Preſſe und hörte in den Verſammlungen der Parthei Schilderungen, als wenn in Baden alle Freiheit erdrückt werden ſollte. Während dieſe Preſſe das ſittliche Gefühl des Volkes untergraben hatte, und faſt ohne Ausnahme ſtraflos offene Verbrechen beging, wurde in derſelben Preſſe gewühlet, als wenn in Baden das freie Wort verkümmert und verboten wäre. Während die Regierung bei dem jüngſten Aufſtande alle Ausnahmsgeſetze unvollſtreckt gelaſſen, und den alten langſamen Weg der gewöhnlichen Juſtiz eingeſchlagen hatte, waren in den radikalen Blättern die bitterſten Vorwürfe über die Grauſamkeit und der Verfolgungsſucht der Regierung zu leſen. Während die politiſchen Gefangenen nach den beſtehenden Geſetzen verhört und behandelt wurden, und nur in ſeltenen Ausnahmsfällen die Prädanterie eines Beamten Verzögerung, oder die Leidenſchaftlichkeit eines Andern ein Unrecht veranlaßte, welches indeſſen von Oben herab jedesmal ſtrenge geahndet wurde, ſchilderte die Preſſe den Zuſtand der Badiſchen Gefängniſſe und Unterſuchungsrichter, als würden hier die größten Mißhandlungen begangen.

Die Regierung und mit ihr viele andere ehrenwerthe Leute hatten mit dem vormärzlichen Syſteme das Eine gemein, daß ſie den Einfluß und die Wichtigkeit dieſer Preſſe zu gering anſchlugen.

Die revolutionäre Parthei hatte, außer den in Mußheim, Heidelberg, Freiburg und Konſtanz erſcheinenden Blättern, faſt alle kleinen Organe, Lokal- und Anzeigeblätter in Beſchlag zu nehmen gewußt, und auf dieſe Weiſe alle Kanäle gewonnen, welche die politiſche Nahrung den Volksmaſſen zuführten.

Dieſe Blätter waren von einem mäßigen Umfange und dabei wohlfeil und wurden durch die Klubbs, ihre Kolporteure, Wirthe, u. ſ. w. mit der größten Thätigkeit verbreitet.

Die Regierung ſetzte demjenigen nichts entgegen als ein farbloſes halboffizielles Organ; die konſtitutionelle Parthei, wenn ſie auch nicht mit den Mitteln der Gegner wetteifern konnte und wollte, hätte doch tüchtige und einflußreiche Blätter entgegen ſetzen können. Sie beſchränkte ſich aber auf zwei größere Organe, die jedoch nur ſehr wenig unter die Volksmaſſen kamen. Ein tüchtiges Volksblatt zu gründen, für deſſen Verbreitung geſorgt worden wäre, waren die Staatsmänner ſehr ſaumſelig, und blieben ſelbſt dann noch unthätig, als die Preſſe an jakobiniſcher Wuth, an zügelloſer Verhöhnung von Geſetz und Recht die ſchmutzigſten Vorbilder der erſten franzöſiſchen Revolutionszeit überbot.

Hier und da wurde wegen wenig bedeutenden Vergehen ein Prozeß eingeleitet, oft auch die plumpſte Lüge und Verläumdung durch ämtliche Erklärungen widerlegt; und dieſes war Alles. Die Regierung und mit ihr ein Theil der freiſinnigen konſtitutionellen Parthei hatte einerſeits eine gefährliche Scheu vor der bei jeder jungen Freiheit unvermeidlichen Strenge in Handhabung der Geſetze; andererſeits rechnete ſie mit ehrlicher Zuverſicht auf die ſiegende Macht des Rechts und der Wahrheit. Beide vergaßen, daß das Volk lange unter unſreien Zuſtänden und einem politiſchen Drucke gelebt hatte, daß es der Freiheit ganz ungewohnt, zum Theil noch unmündig und jeder demagogiſchen Kunſt zugänglich war.

Das Mißtrauen gegen die Gewalt, die regierte, war von dem alten Syſtem ſyſtematiſch großgezogen; politiſcher Verſtand und Erfahrung war wenig vorhanden, oppoſitioneller Unverſtand gewohnheitsmäßig herangebildet worden; der Aberglaube an die Wahrheit des Gedruckten war noch ſehr groß; kein Wunder alſo, daß jene Preſſe verherrend und demoraliſirend wirken konnte.

Das Volk glaubte an die Greuel, die ihm von den radikalen Blättern erzählt wurden; und obſchon es nirgens in ſeiner Freiheit gehemmt war, ließ es ſich doch im Ernſte einreden, es lebe unter einem ſchmachvollen despotiſchen Drucke.

Als Welker ſich zur Zeit des Fickler'ſchen Prozeſſes in Freiburg befand, und einen Verwandten in einem nahgelegenen Landſtädtchen beſuchte, fragte er mehrere dortige Bürger, was ſie denn eigentlich gegen die Regierung für Beſchwerden hätten, worauf er von dieſen, im Uebrigen ſehr ehrenhaften Leuten, die Antwort erhielt, wir ſind von der Regierung in Allem bedrückt, wir dürfen kein freies Wort reden!

Als die Grundrechte längſt ſchon bekannt gemacht, und durch Geſetze in Vollzug gebracht waren, kam eine Petition einer Gemeinde an die zweite Kammer, worin man ſich mit groben Worten anfragte, warum die Grundrechte nicht anerkannt und eingeführt werden? In beiden Fällen handelten alſo die Leute in ihrem ehrlichen Glauben, und man könnte noch mehrere Beiſpiele dieſer Art anführen die ganz klar beweiſen, daß ein Theil des Volkes an die lügenhaften Worte ſeiner Schmeichler und Sophiſten aufrichtig glaubte.

Mit einer wüſten und zerſtörenden Preſſe gingen die Klubbs Hand in Hand. Aus den demokratiſchen Vereinen, waren noch dem Verbothe der Regierung die Volks-Vereine hervorgegangen, ſyſtematiſch gegliedert und von einem in Mannheim reſidirenden Landes-Ausſchuſſe geleitet.

Dieſe Vereine in kleinen Städten und auf dem Lande noch zu einer größern Thätigkeit angeholten als in den bevölkerten Städten, bearbeiteten die Volksmaſſen thätig und unermüdlich, ſorgten für die Verbreitung über und verderblicher Tagsblätter, wendeten ſich an die unreife Jugend, beſonders auf die der Konſcription unterworfenen jungen Burſchen und die beurlaubten Soldaten, Schullehrer, Advokaten, Apotheker, und die und da auch an die Pfarrer, und ſolche ohne Arbeit und Arbeitsluſt waren gewöhnlich die eifrigſten Agenten, die noch von den größern Städten durch herbeigekommene verdorbene Subjekte in ihrem Verführungs-Handwerke mächtige Unterſtützung fanden.

Im Jänner 1849 erließ der Landes-Ausſchuß ein Zirkular, welches die letzten Gedanken der Parthei

mit Offenheit darlegte, und worin gesagt wurde: »Die Februar-Revolution in Frankreich wurde durch die im ganzen Lande bestandenen politischen Klubbs und durch die große Verbreitung der politischen Tagsblätter vorbereitet, und als kaum der Kampf in Paris zu Ende war, standen auch schon allerorts durch ganz Frankreich die im Voraus bezeichneten Männer der republikanischen Parthei an der Spitze der Bewegung, und führten rasch die Beschlüsse der provisorischen Regierung aus. Gewiß auch in unserm Deutschland, und zunächst auch in unserm Baden wäre in der ersten Zeit der Bewegung des vorigen Jahrs ein ganz anderes Ziel erreicht worden, hätte die Organisation bestanden, welche wir, durch die Erfahrung klug gemacht, nunmehr anstreben wollen und mit aller Anstrengung anstreben müssen. Wir müssen vor allem durch die Presse zu wirken suchen, theils dadurch, daß der Landes-Ausschuß eigene Organe zu großer Verbreitung unter das Volk schaffe, oder daß wir die bestehenden Blätter unserer Parthei wie z. B. die Mannheimer Abendzeitung, die Seebläter, die Republik, in einer Weise unterstützen, daß sie in großer Anzahl unter das Volk kommen, theils dadurch, daß wir bei wichtigen Fragen, welche entscheidend für die Rechte des Bürgers und die Verfassung werden können, schnell in großer Zahl Flugschriften unter die Bürger aller Orten verbreiten.«

Deutlicher konnte man also doch nicht ankündigen, daß man zu einem dritten Volksaufstand Vorbereitungen treffen wolle, und die Regierung that dagegen nichts und eben so sehr wenig die konstitutionelle Parthei. Sie hatte wohl im Gegensatz zu den Volks-Vereinen die Vaterländischen Vereine gegründet, deren Tendenz so wie deren Ausbreitung gewiß erfreulich war; allein eines Theils bestanden sie aus zu gemischten Elementen frühern Konservationen und Liberalen, um energisch und wirksam thätig seyn zu können; andertheils lag es nicht in der Natur konservativer Leute, mit der Thätigkeit, Unermüdlichkeit und Zudringlichkeit der Gegner zu operiren.

Die Vereine schrieben zu viel und setzten sich zu wenig mit den Volksmassen in unmittelbare Berührung; sie waren zu furchtsam, um wie die Andern Alles zu wagen, und zu ehrenhaft, um dem demagogischen Jesuitismus gleiche Waffen entgegen zu setzen.

Ihre Organisation war nicht so kompakt, und zusammenhängend wie die der Gegner; sie hatten nicht so viele Müßiggänger, folglich nicht so viele Agenten zur Verfügung wie die Gegenparthei.

Der Leiter dieser demagogischen Operationen war seit dem Scheitern des April-Aufstands der Mannheimer Advokat Lorenz Brentano geworden.

Etwas jünger als Hecker, hatte er schon früh zum Schützling Ihsteins gehört, welcher ihm durch Empfehlung in den Wahlbezirken den Weg in die Kammer zu bahnen suchte.

Nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen war er auf dem Landtag vom Jahre 1845 endlich in Mannheim gewählt worden, machte sich aber im Ständehause erst seit dem Monat März 1848 besonders bemerkbar, und in den Tagen, wo leidenschaftliche Heftigkeit und wilde Reden anfingen mehr zu gelten, als Besonnenheit und Patriotismus, wo für die aufreizende, verbitternde und verdächtigende Beredtsamkeit der Demagogie der Weizen zu blühen anfing.

Bei Heckers Unternehmen, daß aus einer warmblutigen erregbaren Natur entsprang, blieb Brentano vorsichtig im Hintergrunde. Dergleichen Wagnisse sagten dem kalten, berechnenden Abookaten nicht zu — und wo sie ihm, wie im Monat Mai 1849 über den Kopf wuchsen, war ihm selbst dadurch die bitterste Verlegenheit bereitet worden.

Mit Hecker hatte er nichts gemein als den geschäftlichen Beruf und die Abookatengewandtheit; er war wie dieser in seiner Rede geübt, und schlagfertig in der Debatte, wenn auch ohne den Schwung, zu dem sich Hecker nicht selten aus der Trivialität zu erheben wußte.

Brentano ersetzte durch faktische Leidenschaftlichkeit das stürmische Feuer seines Vorgängers durch Erhitzung, Ausfälle und Verdächtigungen, was ihm an wahrer, echter Leidenschaft abging.

An Hecker hatte man bei allen Schwächen, eine unleugbare Bonhommie oder Gutherzigkeit und Offenheit, bei allem eiteln wankelmüthigen Sinne doch auch wieder die Zugänglichkeit für Großes und Edeles zu rühmen. Derselbe hatte neben seinem demagogischen Talente und der gewinnenden äußern Persönlichkeit zugleich gemüthliche Seiten, die anzieben und fesseln konnten. An Brentano überwogen die Schattenseiten der Demagogie. Kalt und selbstsüchtig ließ er sein exaltirtes Verhalten vorwiegend durch persönliche Motive, durch Haß, Ehrsucht und dergleichen bestimmen. Er war im Stande, aus so persönlichen Motiven die Rolle des revolutionären Agitators zu spielen, und dann, wenn der Wurf über das Ziel hinausging, sich durch eine künstliche Rolle der Mäßigung die Sympathien der eigenen Parthei zu verscherzen. Seine Rede war kalt, ohne inneres Leben, nur hier und da durch eine künstliche Hitze erwärmt, seine Art zu fechten erschien sophistisch und mit allen Waffen der Verdächtigung ausgestattet. Nur wenn seine Eitelkeit verletzt und er durch Widerspruch erbittert war, brach aus der kalten geläufigen Form eine Leidenschaftlichkeit hervor, die dann weder die Grenzen des parlamentarischen noch des sittlichen Anstandes einhielt.

Brentano war es, der mit Thätigkeit das Klubbwesen organisirte, der alle niedern demagogischen Künste soielen ließ, und den Staat nach Kräften zerrütten half — schwerlich in der Absicht, in Baden eine Republik zu gründen, nur um statt der verhaßten Gegner den Platz im Ministerium einzunehmen.

Daß ein republikanischer Krawall im günstigsten Falle verlorenes Unternehmen sey, diese Einsicht hatte er gewiß; darum war auch die Katastrophe, wie sie nachher, zum Theil von ihm vorbereitet, zum Ausbruch kam, mehr als er wollte und selbst wollen konnte.

Unter allen den Männern, welche die Zerrüttung Badens befördert haben, sind daher Wenige, auf deren Haupt sich eine solche Verantwortung häufte wie auf Brentano.

Was er that, findet keine Entschuldigung in kurzsichtiger Schwärmerei, denn diese blieb ihm ganz fremd, er fühlte sogar gegen die eigene Parthei nur eine tiefe Verachtung.

Auch wird seine Handlungsweise nicht gerechtfertigt durch revolutionären Fanatismus, denn er hatte nichts davon in sich; kalt und nüchtern plaidirte er als Advokat die Sache der Revolution, und besaß Verstand genug, um den ungeheueren Betrug, den man mit dem Volke trieb, in seinem ganzen Wesen zu erkennen. Er spielte mit dem verzehrenden Feuer der Revolution, und als die Flamme über dem Dache zusammenschlug, bewies er nur die strafbare Unfähigkeit, den angelegten Brand zu bewältigen.

Zwischen seinem parlamentarischen Berufe in Frankfurt und der faktiosen Thätigkeit an der Seite des revolutionären Landes-Ausschusses getheilt, erschien Brentano seit dem Herbst 1848 nur selten in der Badischen Kammer; an den eigentlichen Arbeiten nahm er so gut wie keinen Antheil. Trat er nach langen Ausruhen wieder einmal ein, so war in der Regel sein Erscheinen durch eine Lärmszene bezeichnet. Mit rohen und dreisten Angriffen, mit hämischen Verdächtigungen, wie sie der übelste Theil in der Paulskirche in Kurs gesetzt hatte, fiel er in die Versammlung herein, und es fehlte an solchen Tagen auch nicht an Leuten, die Beifall jubelten.

Die Badische Kammer, war früher durch parlamentarischen Anstand ausgezeichnet gewesen, und erst Hecker brachte den burschikosen Ton herein. Brentano und seine Anhänger bereicherten die Versammlung nun auch mit den Abbub der Frankfurter Roheiten, denn wer in jenen Tagen den Sitzungen der zweiten Kammer beiwohnte, wird sich des Eckels nicht erwehren können, den diese unwürdigen Auftritte bei jedem ehrenhaften Manne erwecken mußten.

Zufällig waren diese Szenen nicht; denn sie entsprangen aus der wohlberechneten Absicht, das Ansehen der Kammer, so wie das Ansehen der Regierung herabzuwürdigen.

Die Kammer war bisher in ihrer großen Majorität die Stütze des Ministeriums Beck gewesen, sie hatte die Verdienste und die Schwächen desselben getheilt. Wollte man die Regierung stürzen, so mußte man die Kammer zu sprengen suchen. Brentano sah das Unnütze und Gefährliche eines dritten Aufstandes ein, und es schien ihm daher wünschenswerther durch eine Auflösung der Kammer, die Partei des Aufruhrs friedlich an das Ruder zu bringen.

Bei Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht bei der Komplexen Organisation der Volks-Vereine war zu hoffen, daß eine Auflösung dem revolutionären Element das Uebergewicht verschaffen, daß so die Parthei des Brentano ohne gewaltsame Mittel ans Ruder kommen würde. Darum ward jetzt die Auflösung der Kammer und die Berufung einer gesetzgebenden Versammlung das Stichwort der Parthei, dafür agirte sie jetzt mit allen Mitteln, die ihr zu Gebothe standen.

Dem Volke wurde eingebildet, daß die deutschen Grundrechte die sofortige Erfüllung dieses Verlangens nothwendig machen; dafür müsse es jetzt petitioniren. Mit denselben Künsten, womit zwei Jahre vorher die ultramontane Parthei einen Petitionssturm um Kammer-Auflösung zu Stande brachten, warben jetzt die Radikalen um Unterschriften unter die von den Partheiführern entworfenen und zur Bequemlichkeit gedruckten Formulare; eben so ward keine Vorsprießung gescheut, so selbst die nicht, daß man mit der Auflösung, also nicht Auflösung der Kammer eine große Ersparniß möglich mache.

Die bisher so gerühmte Verfassung hatte fast plötzlich alle Untugenden, die bestehende Kammer alle Gebrechen. In einem unwürdigen oft frechen Tone warfen die zum guten Theil unwissenden und arglosen Unterzeichner der Kammer das Auftreten gegen die Anarchie vor, und gaben Gelüste bekannt, wie sie die beiden Aufstände im April und September mit den Waffen in der Hand durchzusetzen suchten. Die Thätigkeit der Parthei und die Thätigkeit der Volks-Vereine, die sich auf jedes Dorf und jeden verlorenen Posten erstreckte, brachte einige Hundert Petitionen zusammen, die nicht einmal durch die Zahl ihrer Unterschriften, noch viel weniger durch ihren Inhalt schwer wogen.

Wenn die schlichten Bauern, die man unterschreiben ließ, behaupteten, es bestehe in Baden ein »antediluvianisches oder vorsündfluthisches Regierungssystem« oder es sey noch nichts erfüllt von dem im Monat März gegebenen Zusagen; oder wenn sie an der seit dreißig Jahren bestehenden Verfassung jetzt auf einmal den Mangel entdeckten, daß sie oktroyirt sey, und dem Volke nur die geringste Freiheit lasse, so war dieses mehr die Sprache der radikalen Presse und Klubbführer, als die des Volks. Wenn man Weiber, Kinder und Fremde unterschreiben ließ, oder wenn, wie es auf einer Heidelberger-Petition geschah, einige Buben sich mit den Besatz »Souverain« und »von Gottes Gnaden« unterzeichneten, und ein anderer seinem Namen den Titel »rother Republikaner« beisetzte, so zeigte dieses wohl für den politischen Wahnwitz, den man mit dem Volke trieb; aber nicht für das moralische Gewicht der Petitionen. Im Gegentheil, wer die Stoß-Petitionen durchlas, wurde eher von Mitleid für die Werkzeuge der Faktion erfüllt als von der Einsicht, daß solchen Forderungen zu entsprechen sey.

Es fehlte nicht in Gegenvorstellungen der konstitutionellen Parthei, denn über ein hundertfünfzig Petitionen verwahrten sich gegen die Agitation, und stellten die Umtriebe der Gegner und den Zweck, der zu Grunde lag, in's wahre Licht.

Die Kammer hatte einen Ausschuß zur Berichterstattung über die Angelegenheit gewählt, der sich gegen das Verlangen aussprach. Der Bericht, den Häuffer verfaßt hatte, bob die Nachtheile hervor, die ein solches Sturmlaufen gegen die bestehende Volks-Vertretung mit sich führe und zeigte, daß mit der

Annahme des Grundsatzes, auf solche Petitionen hin bestehende Kammern aufzulösen, — neu zu wählen — und wieder aufzulösen, das Vertretungssystem und eine repräsentative Regierung überhaupt unverträglich sey. Für Baden besonders scheine es unverantwortlich, nach so schweren Erschütterungen abermals Alles in Frage stellen zu wollen; und die Kammer, bevor sie ihre Arbeiten vollendet habe, unverzüglich aufzulösen. Dagegen gab der Ausschuß zu, daß nach Vollendung der Reichs-Verfassung eine Revision der Landesverfassung nothwendig sey, und empfahl dazu die in dem Einführungs-Edikt von der National-Versammlung vorgeschriebenen Normen.

Die Kammer sollte noch die wichtigern Arbeiten erledigen, hierauf ein Wahlgesetz für eine neue Volks-Vertretung beschließen — in welchem die privilegirte erste Kammer umgestaltet oder wegfallen würde — und dann sich auflösen.

Eine neu gewählte Volksvertretung sollte dann, wie es das Einführungs-Edikt vorschrieb, die übrigen Punkte, die einer Revision bedurften, in Berathung nehmen.

Dieses waren die Vorschläge, welche der Ausschuß der Kammer glaubte, empfehlen zu müssen. Es erschienen darin alle billigen Wünsche vollständig berücksichtigt, aber zugleich war im Interesse des Landes das Ansinnen abgelehnt worden, die seit dem Monat März 1848 begonnenen wichtigen Arbeiten in der Gesetzgebung und im Staatshaushalt unvollendet liegen zu lassen, und das schwer erschütterte Land nach den ungewissen Chancen einer gesetzgebenden Versammlung oreis zu geben.

Die Verhandlung der Frage fand am 10. Februar Statt, wobei beide Partheien fast vollzählig erschienen waren, jedoch die Debatte verlängerte sich vom frühen Morgen bis zum Abend. Die radikale Parthei mußte stillschweigend zugeben, daß die von ihr diktirten Petitionen zum Theil sehr unverständige Dinge verlangten, und daß eine sofortige Auflösung der Kammern unthunlich sey.

Ihre Anträge beschränkten sich dieserwegen darauf, die Auflösung der Kammer erst nach Erledigung ihrer wichtigsten Geschäfte eintreten zu lassen, wo sie in jedem Falle erfolgen mußte.

So weit schienen jetzt beide Partheien einverstanden, und wichen nur darin von einander ab, daß die Konstitutionellen auch noch die Wahlordnung unter die von der gegenwärtigen Landesvertretung zu erledigenden Arbeiten rechnete, und die Verfassungs-Revision den künftigen Kammern überlassen wollten, während die Radikalen dazu die Berufung einer gesetzgebenden Versammlung verlangten.

Der Kampf war lang und lebhaft und gestaltete sich zur Entscheidungsschlacht zwischen beiden Partheien. Es wurde mehr über die allgemeinen Gegensätze beider Partheien und über die wahre Tendenz des Petitionensturms gestritten, als über die auf der Tagesordnung stehende Frage. Nach einer fast zehnstündigen Verhandlung, die bisweilen stürmisch und durch das Benehmen der bestellten Klaqscher einmal sogar unterbrochen ward, gingen die Anträge der Kommission mit Stimmenmehrheit durch, und die äußerste linke erschien gänzlich geschlagen.

Diese Niederlage hatte Brentano selbst zu verantworten, denn er hatte an diesem Tage unbedeutender als jemals gesprochen. Sein Hauptaufsatz war ein wüthender Angriff auf den Minister Beck, dem er die unsinnigsten Anklagen ins Gesicht warf, während er dessen Kollegen ausdrücklich von den Vorwürfen ausnahm.

Dieser rein persönliche Ausbruch eines Ingrimms, der sich nicht mehr zügeln konnte, und zuletzt zu wahrhaft abgeschmackten Vorwürfen seine Flucht nahm, wendete sich jetzt gegen Brentano selbst.

Becks Antwort unterwarf die rabulistischen Anklagen Zug für Zug einer unerbittlichen Prüfung, und zeigte die Hohlheit einer solchen Opposition.

Die übrigen Minister sprachen das Bedauern aus, daß von dem Ehrenkranz, den Brentano ihren Kollegen Beck gereicht, nicht auch ein Theil auf sie übergangen sey, und eine Fraktion von Brentano's eigener Parthei, von Schamgefühl ergriffen, veranlaßte den Führer, laut zu erklären, daß seine Ausfälle lediglich persönlich und nicht ein Ausdruck der Parthei gewesen seyen.

Als es dann zur Abstimmung kam, verließen Brentano, Jstein, Sachs und noch drei Andere den Saal. Drei von der Parthei stimmten gegen den Ausschuß-Antrag, die übrigen bald dekekret, bald gröngert über das Benehmen des Brentano, stimmten dafür.

So war jetzt die Niederlage vollständig, die Parthei ganz zersplittert und die demagogische Hohlheit der Brentano'schen Opposition selbst für die Freunde handgreiflich geworden.

Zwar wurden die unsinnigsten Dinge verbreitet über die Geschichte dieses Tages, und ein radikales Blatt hatte sogar die Dreistigkeit, zu behaupten, es habe gar keine eigentliche Abstimmung Statt gefunden; allein der Eindruck war gleichwohl überall ein sehr fühlbarer, und man betrachtete die Parthei als überwunden.

In der parlamentarischen Debatte war sie es: eine solche Niederlage hatte nie eine Parthei im Ständehause erlitten; aber von Außen war sie nicht überwunden, draußen hatte sie noch über Presse, Vereine und eine bethörte Volksmasse zu verfügen, — der Kampf war daher mit der Entscheidung des 10. Februar nicht beendet, und nahm jetzt nur an einer andern Stelle seinen Anfang.

War man in der Debatte überwunden, so mußte man den Kampf in Klubbs und Volks-Versammlungen neu beginnen; konnte man Regierung und Kammer auf dem legalen Weg nicht sprengen, so mußte man zu ungesetzlichen Mitteln greifen. War mit Petitionen in der Kammer nicht zu erreichen, was man wollte, so war durch eine Agitation außerhalb der Kammer, durch Massen-Versammlungen und Sturm-Deputationen vielleicht das Ziel zu erzwingen. Wäre die konstitutionelle Parthei am 10. Februar schwach genug gewesen, dem Verlangen der Gegner nachzugeben, so hätten diese mit Hilfe des Reichswahl-Gesetzes,

ihrer Presse und ihrer Klubbs vielleicht eine Versammlung zusammengebracht, ähnlich derjenigen, welche Baden später erlebte.

Der Umsturz der Verfassung, das revolutionäre Regieren, die Auflösung der ganzen Staatsordnung, wäre dann vielleicht wohl unter einem legalen Schrine erfolgt, aber am Ende doch auch die gewaltsame Reaktion nicht ausgeblieben.

Auf jenen ersten Erfolg rechnete Brentano; er hätte aber dann an der Spitze der Gewalt dieselbe ohnmächtige und schwächliche Stellung eingenommen, die er nachher während der Revolution einnahm. Durch den Beschluß vom 10. Februar war dieser Plan vereitelt, und die Parthei nun darauf angewiesen, die Mittel der Revolte zu ergreifen, wenn sie ihre Absicht erreichen wollte.

So nahte die Krisis, — die Staatsordnung war schon aus den Fugen, die Presse war zügellos geworden, die Klubbs waren in permanenter Verschwörung, alle Gewalten waren ohnmächtig, und das konstitutionelle Leben in seinem innersten Nerv bedroht. Statt der Besonnenheit wollte die Verblendung der Massen und ihrer Führer herrschen; statt der gesetzlichen Vertretung machten Klubbs, statt der verantwortlichen Regierung, Demagogen und revolutionäre Ausschüsse schon jetzt den Anspruch, das Staatsruder zu führen.

Die Konstitutionellen gaben sich theils der Hoffnung hin, es werde durch den moralischen Eindruck ihres letzten Sieges die Sache der Gegner niedergehen, theils hofften sie bei einer festern Gestaltung der allgemeinen deutschen Zustände werde auch die Beruhigung des badischen Landes allmählig eintreten. Ueberdieß trauerten sie ihren Gegnern noch zu viel Verstand und Patriotismus zu, als daß sie erwarten konnten, dieselben würden einen dritten Aufstand organisiren. Alle diese Voraussetzungen, denen es an Wahrscheinlichkeit nicht fehlte, waren eben irrig. Der moralische Eindruck der Niederlage, wie sie die Partei am 10. Februar erlebte, trat nicht ein, und bei den Bethörten dieserwegen nicht, weil sie nichts davon erfuhren, bei den Leitern und Tonangebern nicht, weil sie gegen dergleichen Eindrücke abgestumpft waren.

Die Aussicht auf eine feste Gestaltung der deutschen Zustände, von welchen allerdings unendlich viel abhängig war, gestaltete sich wenig günstig, und je früher dieselbe ward, um so weniger konnte man dafür sterben, daß nicht eine toll und blind Parthei abermals ein unsinniges Unternehmen beginnen werde. Es war ja zu viel dafür vorbereitet gewesen und die Mittel eines Aufstandes fertig. Die Organisation der Parthei, die Thätigkeit der Agenten war so gesteigert und getreten, daß die Versuchung ungemein nahe lag, diesen Weg zu betreten.

So wurde nun der Kampf nach der Niederlage vom 10. Februar auf's Neue angefangen; nachdem man sich außerhalb des gesetzlichen Bodens stellte. Gegenüber der rechtmäßigen Regierung gebrdrete sich der demokratische Landes-Ausschuß als Behörde; gegenüber der Kammer benahmen sich die Volks-Vereine als Landes-Vertretung; gegenüber dem einsichtigen und verständigen Theile der Bevölkerung erklärte sich eine faktische Presse als öffentliche Meinung.

Anfangs wirkte die Spaltung vom 10. Februar noch nach, und es schien kein rechtes Zusammenhang und Plan in der Parthei bemerkbar. Der früher laut gewordene Gedanke, daß die ganze Parthei aus der Kammer austreten und dann gegen dieselbe operiren sollte, schien aufgegeben zu seyn. Nach und nach wurde aber klar, daß man doch wieder auf diese Idee zurückgekommen sey. Bald nach der Debatte vom 10. Februar traten einige Mitglieder von der äußersten Linken aus, und nach einigen Wochen folgte Brentano mit mehreren Gleichgesinnten dem Beispiele, so daß von etwa zwanzig Mitgliedern, die man der äußersten Linken zuzählen konnte, nur noch sieben oder acht, worunter sich Ibstein und Christ befanden, zurückblieben; und auch von diesen Wenigen traten noch Einige aus, so daß zuletzt von der radikalen Parthei nur mehr Ibstein, Metz und Kurnarr in der Kammer waren.

Bezeichnend war der nach und nach erfolgte und so lange verzögerte Austritt, aber noch bezeichnender, daß mehrere Abgeordnete nicht austreten wollten, sondern wie z. B. Christ, Sachs, Wolff und Andere, erst dazu gedrängt werden mußten — gezwungen, nämlich von den Volks-Vereinen und der mit ihnen zusammenhängenden Presse.

Die Herrschaft der Klubbs, und der von den Klubbs beherrschten Blätter hatten jetzt schon so überhand genommen, daß sie den Schöpfern und Urhebern des demagogischen Mechanismus bereits über den Kopf stieg. Elende Blätter von verlaufenen Literaten oder verdorbenen Schulltehrern geschrieben und herausgegeben gaben jetzt den Ton an. Von ihnen mußten sich ehrgeizige, aber talentvolle Leute, wie z. B. Christ, ihr Verhalten vorschreiben, und ein Mann wie Ibstein war, weil er aus der Kammer nicht austrat, als Volksverräther bezeichnet lassen.

Unfähige Leute und Abenteurer waren jetzt die Träger eines journalistischen Terrorismus geworden, der sich für die öffentliche Meinung ausgab, und dessen wirklich fühlbarer Einfluß am besten zeigte, daß in Baden die Dinge auf den Kopf gestellt und dir Fortdauer eines solchen Zustandes unmöglich war.

Der erste und nächstliegende Zweck des Austritts war: die Kammer beschlußunfähig zu machen und so faktisch ihre Auflösung zu erzwingen. Dieser Zweck zeigte sich aber bald als verfehlt. Die Kammer, obwohl um siebenzehn Mitglieder, also um etwas mehr als ein Viertheil verringert, und durch die Abwesenheit der konstitutionell gesinnten Parlaments-Mitglieder außerdem geschwächt, besaß immer noch mehr als die beschlußfähige Zahl, wenn die übrig Gebliebenen treu auf ihrem Platze verharrten. Dieß geschah auch in der That; und sehr selten geschah es, daß ein Mitglied ohne genügende Entschuldigung in der Versammlung fehlte, so daß die Kammer fast immer beschlußfähig blieb.

Der Austritt der Gegner war für sie nur ein Sporn mehr, die Arbeiten durch Ausdauer und Fleiß recht bald zu erledigen, und den Schluß des Landtags

konnte man im Monat Mai mit Sicherheit erwarten. Obwohl kein Einziger in der Kammer war, der sich nicht nach Hause sehnte, hielten doch Alle das Verharren um so mehr für eine Ehrenpflicht, je wüthender und zügelloser die Schmähungen und die Verdächtigungen auf jedes zurückgebliebene Mitglied gehäuft wurden.

Zeigte sich der Austrittsmanöver verfehlt, so schien dagegen etwas Anderes besser zu gelingen, nämlich das Bestreben, die Kammer durch alle Mittel um ihren moralischen Kredit zu bringen. Als die Ersatzwahlen in den radikalen Bezirken angeordnet wurden, gingen nur drei zur Wahl, während eilf die Wahl verweigerten. Das Manöver war freilich leicht, da das Gesetz einen solchen Fall nicht vorgesehen hatte, wohl aber bestimmte, daß drei Viertel der Wahlmänner anwesend seyn müßten; eine Minorität konnte also die Vertretung eines Bezirkes hemmen; und so wurde nun die Stadt Mannheim gehindert, an die Stelle von Brentano und Sachs zwei konstitutionell gesinnte Männer zu wählen, weil sich gegenüber von vierzig Wählenden drei und zwanzig Nichtwählende ergaben.

Vorstellungen und Belehrungen blieben fruchtlos, denn waren die Einen verblendet und fanatisirt, so waren Andere feig und charakterlos genug, gegen eine bessere Ueberzeugung die Wahl zu verweigern, weil sie vor den Schmähungen der öffentlichen Presse, oder den turbulenten Haufen sich fürchteten, der an den meisten Orten die Wahlorte umlagerte. Noch mehr aber: so wie früher um Auflösung petitionirt worden ist, so kamen jetzt, freilich sehr schwach genug, Proteste von den Volks-Vereinen und ihren Aufgenommenen gegen die Giltigkeit der noch zu fassenden Beschlüsse. Wie wenig interessirt die Leute wußten, was sie thaten, bewies der charakteristische Umstand, daß mehrere Bittschriften mit denselben Unterschriften einkamen, worin die Protestirenden bei der Kammer um Berücksichtigung bei Straßenbau, Gerichtssitzen und dergleichen mehr nachsuchten.

Wollte man mit allen diesen Mitteln das Urtheil der Schwachen betören, und durch den unaufgesetzten Lärm den Glauben erwecken, daß an den Beschuldigungen gegen Regierung und Kammer doch etwas Wahres seyn müsse, so würde man zum Theil seinen Zweck erreichen. Wohl sah der gebildete und freisinnige Theil der Bevölkerung das ganze Treiben mit Entrüstung an; auch wirkten die vaterländischen Vereine der Agitation durch Flugschriften und Besprechung entgegen, oder forderten die Kammer auf, vor der Demagogie nicht von ihrem Platze zu weichen. Allein diese Mittel genügten nicht mehr, gegenüber der unermüdlichen Agitation, die von jeder Stadt und jedem Städtchen durch Vereine, Versammlungen, Vertheilung von Blättern und Flugschriften, seit langer Zeit organisirt war, und jetzt erst bewies, wie zweckmäßig man den ganzen Mechanismus eingerichtet hatte.

Es ließ sich freilich fast allenthalben nachweisen, daß die Zahl der Führer und Agenten nicht sehr groß war, ja in manchen Bezirken des Landes konnten sie mit aller Anstrengung nicht aufkommen. Doch die Vernünftigen verhielten sich wie überall zu passiv und vertrauten zu fest auf die Vortrefflichkeit ihrer Sache; die große Menge war aber leicht zu leiten, und ließ sich durch Energie und Thätigkeit imponiren. Energisch und thätig trat nur die Demagogie auf; die Regierung und ihre Organe thaten dieses nirgens. Damit war freilich die traurige Aussicht eröffnet, daß man mit Gewalt und Einschüchterung in Baden leichter regieren könne, als mit Gesetz und Freiheit. Allein wer wollte überhaupt an die gerühmte Mündigkeit der Masse glauben, wenn er sich, wie hier ein Volk, dem alle Mittel einer glücklichen und freien Existenz gegeben waren, im sinnlosen Taumel gegen Alles zu rasen anfing, was eine feste Begründung eines freien Rechtszustandes möglich machen konnte. Es war schmerzlich für den Freund freier Verfassungen, jetzt von den Anhängern der alten Zeit die höhnische Aeußerung zu hören, es sey unter Blittersdorff dennoch viel besser regiert worden, oder von politisch erfahrenen Männern, die in freien Ländern gelebt hatten, den Vorwurf anzuhören, daß man einem solchen Volke mit freien Verfassungen zu viel zugemuthet habe. Etwas Wahrheit lag darin — auch wenn die Antwort so stand, daß eben jene alte Regierung Land und Volk für die Demagogie vorbereitet und großgezogen hatte.

Wie weit man bereits zu gehen sich getraute, bewiesen einzelne Episoden aus der Thätigkeit der revolutionären Agenten. Auf dem Lande, dem man sich jetzt mit besonderer Thätigkeit zugewendet hatte, wurden die Stimmungen mit der Aussicht auf materielle Vortheile geködert und offen die Zeit als nahe bevorstehend bezeichnet, wo man durch Theilung mit den üppigen Städten zu allgemeinem Wohlstand gelangen werde. In den Städten warf man sich besonders auf die arbeitende Klasse und auch sie ward auf die nahe Zukunft eines wohlfeilen und mühelosen Wohlstandes vertröstet.

In Heidelberg z. B. fand ein Kongreß der Arbeiter-Vereine Statt, der diese Stadt zum Vorort wählte, wobei ein Anwesender, der nicht dem Arbeiterstande angehörte, die Aeußerung machte; »Es handle sich nicht nur um Arbeit, sondern um Waffen und Werkzeuge, um die Kisten der Reichen zu erbrechen, worauf ein ehrlicher Handwerker, der auch in diese Versammlung gekommen war, die ganz naive Antwort gab, er habe geglaubt, hier gute Rathschläge für Besserung der arbeitenden Klassen zu hören, er sehe aber, daß man hier nur eine Räuberbande organisiren wollte.«

Wie tief schon jetzt die öffentlichen Zustände zerrüttet waren, und wie systematisch man auf die Zuchtlosigkeit und Demoralisation der Volksmasse hinarbeitete, zeigt die Presse, wie sie in dieser Zeit seit Anfang des Jahres 1849 bis zum Monat Mai in Lügen, Verdächtigungen und Aufreizungen ausgeartet hatte.

Männer, wie z. B. der Minister Beck und Andere, deren unantastbare Redlichkeit den Volksführern

Soud porotců proti vůdcům spiknutí we Freiburgu.

Il giudizio dei giurati contro i capi della rollvazione a Friburgo.

Esküdtszéki eljárás a freiburgi felkelés vezérei ellen.

Die Gerichtsverhandlung gegen die Führer des Aufstandes zu Freiburg.

ein Stein des Anſtoßes war, wurden die Hauptzielſcheibe der ſchamloſeſten Angriffe; ja ſogar das Liebäugeln mit dem Mord und das Bubiren mit der Guillotine wurden zuletzt ſchon eine Lieblingspartie der badiſchen Preſſe, und ſo kam kein Pöbelexzeß, keine Mißhandlung vor, wo nicht die Preſſe in Jubel und behagliche Schadenfreude ausgebrochen wäre.

Zunächſt der Regierung war es beſonders die Kammer, die im Wege ſtand, und ſo ward alſo gegen dieſe, die keinen andern Vorwurf verdiente, als daß ſie zu nachgiebig in Zugeſtändniſſen war, keine Schmähung und keine Verdächtigung geſpart.

Der Regent ſelbſt und ſeine Familie; die wichtigſten Behörden des Staatsſöperts, die Gerichte, die Kirche wurden in den ſchandloſeſten Ausdrücken in den öffentlichen Blättern behandelt, und die heiligſten und ehrwürdigſten Gefühle mit Koth beworfen; und alles dieſes und noch Schlimmeres blieb ſtraflos und nur ſelten, und dieſes gewöhnlich wegen unbedeutender Dinge, geſchah dem Geſetze blos dem Namen nach Genüge, während im Allgemeinen jedes offene Verbrechen, wenn es durch die Preſſe begangen ward, ungeſtraft blieb. Wer jedoch mehr Schuld daran trug, daß dieſes Alles ſo geſchah, ob die Staatsanwalte, die Gerichte oder die Geſetze, iſt ſchwer zu ſagen.

Gewiß ein Staat, in welchem das köſtliche und unentbehrliche Recht des freien Worts, zu ſolch einer Peſt geworden war, lag ſehr im Argen; ein Volk, das ſich ohne Scham und Widerſtand an ſolcher politiſchen Nahrung ſättigte, und in dieſem Abgrund von wüſter Gemeinheit und Schlechtigkeit ſich herumtrieb, war bedenklich krank, und hatte eine gründliche Heilung nöthig. Aber noch war das Maß nicht gefüllt, es mußte noch mehr kommen, um die vorhandene Demoraliſation aufzudecken und die ſittlichen Begriffe in der Maſſe vollends zu Grunde zu richten.

Am 20. März hatte die Sitzung des Geſchwornengerichts in Freiburg über Struve und Blind ſeinen Anfang genommen.

Die Regierung hatte in guter Abſicht, und auf das Rechtsgefühl im Volke vertrauend, alle politiſchen Prozeſſe ſeit dem April-Aufſtand an Geſchworene verwieſen.

Dieſe Unterſuchung war aber pedantiſch und ganz in der Weiſe der alten ſchriftlichen und geheimen Rechtspflege geführt worden. Mehr als ein Jahr ſeit dem April-Aufſtand war verfloſſen, und noch waren die Angeklagten nicht vor Gericht gebracht worden, noch ſaß auch Fickler in Gefängniß — kein Wunder alſo, wenn das menſchliche Mitgefühl auch bei politiſchen Gegnern laut wurde, und die Gemüthsſtimmung der Regierung den durchaus grundloſen Vorwurf machen konnten, ſie halte die politiſchen Gefangenen abſichtlich in ſo langer Haft. Ein ſehr wichtiger Vorzug des neuen Gerichtsverfahrens, die moraliſche Wirkung einer prompten, ſchlagfertigen und dadurch volksthümlichen Juſtiz, war alſo verloren gegangen.

Indeſſen blieb der Radikalismus unermüdlich thätig, um die Eindrücke, welche der September-Aufſtand hinterlaſſen hatte, aus dem ſittlichen und rechtlichen Bewußtſeyn des Volks zu vermiſchen.

Die Erzählungen von furchtbaren Qualen und Leiden ſollten das Mitleid rege machen; die begründete Klage über die lange Unterſuchungshaft mußte das Billigkeitsgefühl zu Gunſten der Angeklagten ſtimmen. Ueber das neue Inſtitut der Geſchwornengerichte die verwirrteſten Anſichten zu verbreiten, war eine Hauptſache der Preſſe und der Klubbs; ja man ging zuletzt ſo weit, daß man mit kecker Stirne die Anſicht aufſtellte und ſie in tauſenden von Flugblättern unter das Volk verbreitete, »ein Geſchworener habe nicht darnach zu fragen, ob die Angeklagten gegen das Geſetz gefehlt haben, ſondern nur darnach, ob er in ſeinem Gewiſſen wünſche, daß die Angeklagten beſtraft werden ſollen.«

Von der Würde und dem Ernſt der neuen Einrichtung hatten die Führer der revolutionären Paethei keine Ahnung; ſie glichen dem alten Despotismus darin vollkommen, daß ſie in der Juſtiz nur eine Partheiwaffe ſahen, unbekümmert um die politiſchen und rechtlichen Folgen eines ſo gewiſſenloſen Thuns.

Der Prozeß vor den Freiburger Aſſiſen gab dafür einen ſchlagenden und kandalöſen Beweis, er erſchütterte vollends das Rechtsgefühl in den Maſſen und ſtellte das neue Inſtitut bedenklicher in Frage, als alle Angriffe wiſſenſchaftlicher Doktrin. Angeklagte und Vertheidiger behandelten den Prozeß als die Streitfrage zwiſchen Republik und Monarchie, wie ſich die radikale Preſſe bezeichnend ausdrückte. Struve that dieſes mit dem rhetoriſchen Pathos eines Mannes, der ſich als das unſchuldige Opfer der Despotie hinzuſtellen ſuchte, aber wenigſtens mit einem äußern Anſtand. Blind benahm ſich mit der rohen Unverſchämtheit eines Menſchen, der Freiheit für Seelengröße hält. Die Advokaten, den Brentano an der Spitze, beteugen ſich nicht, wie es ſich im Gerichtsſaal gehörte, ſondern wie turbulente oder ungeſtüme Klubredner, nicht einmal mit dem Ernſte von Fanatikern, ſondern mit frivoler Verachtung von Sitte und Recht.

Der Gerichtsſaal war zur Volks-Verſammlung geworden, wo man gegen Monarchie, Regierung und das Miniſterium lärmte; die Zuhörer zur ungeduldigen Claque, die den zügelloſeſten Kraftreden Beifall zujubelte, und das Wort der Richter und Ankläger verhöhnte. Wer jemals Gerichts-Verhandlungen vor Geſchworenen beigewohnt hatte, war im Zweifel, worüber er mehr erſtaunen ſollte, über die würdeloſe Taktik der Vertheidiger, die ſich geberdeten wie Straßen- und Bareikaden-Redner; — über die Zuchtloſigkeit eines Publikums, das die Komödie mitſpielte, oder über die ohnmächtige Schwäche des Präſidenten, der dieſes Alles geſchehen ließ, und die Ungeſchicklichkeit der Staats-Anwälte, die ſich von der Keckheit der Gegner imponiren ließen. Man mußte das Aergerniß erleben, daß die ganze Verhandlung, von der Anklage an bis zu den mißliebigen Zeugen-Ausſagen herab, von den Advokaten einer Kritik unterworfen ward, deren Ton und Gehalt an die revolutionäre Preſſe erinnerte, daß jeden Tag und jede Stunde die Verhandlung auf das Gebiet der politiſchen Diskuſſion über Republik und Monarchie hinüber geſpielt ward, und die Staats-An-

wälte ſich geduldig zu ſolchen Debatten gebrauchen ließen. Kein Wunder alſo, wenn die ehrenwerthen, aber ungeübten Vertreter der Staatsgewalt im Workampf gegen einen jungenfertigen Gegner den Kürzern zogen, und man ihnen von der Bank der Vertheidiger höhniſch vorwerfen konnte; Jeder von ihnen habe ein verſchiedenes politiſches Syſtem. Leider ließ aber der Präſident es geſchehen, daß man die Stätte der Juſtiz zum politiſchen Klubb umgeſtaltete, und nur ein Mal, wo die offizielle Preſſe des Radikalismus die Geſchworenen als Volksverräther bezeichnet hatte, wenn ſie einen Schuldig ſprechen würden, ließ er ſich mit der ganzen gerechten Empörung gegen ſolches Treiben unverholen aus. Freilich ließen auch die Staatsanwälte ſich dazu gebrauchen, von Brentano über ihre politiſchen Meinungen verhört und korrigirt zu werden, und vor ihm in der Rolle von Angeklagten gegenüber dem ſtrengen Richter da zu ſtehen. Die Neuheit des Verfahrens und die Neuheit des Falls war aber nur ein geringer Moment der Entſchuldigung; denn es war auch hier nur die Mattheit und Schlaffheit, die ſich als allgemeines Symptom in die Kathegorien des badiſchen Staatsweſens ausbreitete.

Neben dieſen öffentlichen Eindrücken fehlte es auch nicht an ſolchen Eindrücken, die hinter den Kouliſſen vorbereitet wurden. Die Bearbeitung der einzelnen Geſchworenen, auf die man glaubte wirken zu können, wurde in ausgedehnteſter Maſſe betrieben. Schmeicheleien und Drohbriefe wechſelten mit einander ab.

Allgemein wußte man, daß Einige von ihnen mit den Advokaten in einem zu traulichen Verkehr ſtanden, und zum Ueberfluß machte die revolutionäre Preſſe auch noch die Namen derjenigen bekannt, die für Struve und Blind's Freiſprechung geſtimmt hatten. Uebrigens waren die Geſchworenen meiſtens Landleute aus dem Breisgau und Oberlande. Sie wurden Anfangs von der radikalen Preſſe als Beamten-Geſchworene für partheiiſch erklärt, weil ſie in der Mehrheit nicht zur Parthei gehörten, ſie bewieſen ſich aber bald unerfahren, ohne klare Einſicht in das Weſen des neuen Inſtituts und der Einſchlüchterung und Bearbeitung nicht unzugänglich.

So iſt jenes großartige Urtheil zu begreifen, das eine Art von Berufung war zwiſchen den ganz Partheiiſchen und Denjenigen, die zwiſchen ihrem Gewiſſen und dem Terrorismus der Parthei einen Ausweg ſuchten. So iſt es zu begreifen, daß Struve's Betheiligung am April-Aufſtande verneint wird, weil dasjenige ein Folge der Revolution« geſchehen ſey, daß den Unternehmungen im September der ſinnloſe Beiſatz »ohne Vorbedacht mit mildernden Umſtänden« angehängt ward, daß die Geſchworenen die Exiſtenz eines Kampfes von Staufen läugneten. Der Gerichtshof konnte alſo dieſerwegen die härteſte Strafe wegen Hochverraths nicht ausſprechen, und ſo blieb es bei dem Antrag des Staats-Anwalts, auf 8 Jahre Zuchthaus oder 5½ Jahr Einzelſtrafe.

Daß junge Geſchworne in politiſchen Prozeſſen häufig verkehrte Urtheile abgaben, blieb eine alte Erfahrung und zeugte eben nur gegen jene Staatskunſt, welche es verſäumt, in weniger bewegten Zeiten das Volk für ſolche Verfaſſungen groß zu ziehen.

Aber das Urtheil der Jury von Freiburg deutete auf ſehr betrübte und krankhafte Zuſtände hin, denn man wußte nicht, was niederſchlagender war, das Urtheil oder der Eindruck. Die Radikalen waren nur halb zufrieden, ſie ſättigten ſich aber doch an dem Triumphe, die Angeklagten von der eigentlichen Anklage frei geſprochen zu ſehen. Die konſtitutionell Geſinnten erſchienen ihrerſeits auch halb befriedigt, denn ſie fanden darin doch einige Genugthuung, daß die beiden ertheilten Volks-Anführer wenigſtens auf fünf Jahre unſchädlich gemacht worden ſind. Nur Wenige fühlten daher die tiefe Wunde, die damit dem Recht und dem Rechtsbewußtſeyn im Volke tief geſchlagen worden war.

Ein Ausſpruch, wie dieſer der Freiburger Jury, war dieſerwegen ſo verwerflich, weil die Geſchworenen zwiſchen ihrem Gewiſſen und dem Partheiterrorismus eine Kapitulation verſucht hatten. Indem ſie Struve und Blind von den ſchwerſten Anklagen freiſprachen, machten ſie den Partheigeiſt der Extremen die erwünſchte Konzeſſion, nachdem ſie bei andern Fragen ihr Schuldig ausſprachen, fanden ſie ſich mit ihrem Gewiſſen ab.

Es zeichnet die ganze Verworrenheit aller ſittlichen und rechtlichen Begriffe, daß dieſes Freibaden zwiſchen Recht und Unrecht von vielen ehrenwerthen Leuten noch als ziemlich reſpektabel angeſehen ward. Was ſollten erſt die Radikalen ſagen, denen ohnedies Freiheit, Recht und Geſetz nur gelten, ſo weit ſie mit dem Partheiwunſch im Einklange ſtanden? Kein Wunder alſo, wenn nachher Einer von der Partei dem Miniſter Beck, der ihm die Entſcheidung als Zeichen der Volksunmündigkeit vorhielt, die bezeichnende Antwort gab; Die Geſchworenen haben aus höherem Rechtsgefühl die Unwahrheit geſprochen! Oder wenn nun auf den Volks-Verſammlungen, welche die republikaniſchen Vereine veranſtaltet hatten, unter den gefaßten Beſchlüſſen immer der ſtehende Artikel war; Die Badiſchen Volks-Vereine erklären, Struve, Blind u. ſ. w. ſind nicht ſchuldig. Nur Wenige, wie geſagt, fühlten, daß ein Land, wo ſolche Dinge möglich waren, einer gründlichen Heilung bedürfe; nur Wenige haben ahnungsvoll voraus, daß ſolchen Geſchworenen — militäriſche Standgerichte auf dem Fuße folgen würden.

Die revolutionäre Parthei mochte wohl Recht haben, wenn ſie im Stillen über das Vorgefallene triumphierte; denn in der That waren jetzt die Vorſtellungen von Recht und Geſetz vollends erſchüttert, und die Leute im Volke mußten um ſo mehr glauben, daß die Revolte das leichteſte Verbrechen in Baden ſey, nachdem ſeit zwölf Monaten nicht in einem einzigen Falle die geſetzlich vorgeſchriebene Strafe ausgeſprochen ward; ja die Soldaten ſelbſt, die in Freiburg und in der Umgegend in Garniſon lagen, wurden iere an demſelben, was ihnen bisher als Recht und Geſetz dargeſtellt worden iſt. Die Geſchworenen, ſagten Viele von den Soldaten, ſtellen das Gefecht bei Staufen in Abrede, und wir ſind doch dabei geweſen. Unſere Kameraden, ſagten wieder Andere, während

des Prozeſſes, hat man wegen Inſubordination ins Zuchthaus geſperrt, und den Struve wollen ſie freiſprechen! Kein Wunder alſo, wenn ſich der Gedanke aufdrängte, daß für die Empörung eine ganz eigene und ausnahmsweiſe Beurtheilung und Beſtrafung in Baden üblich war.

Man ſieht alſo aus den bisher geſagten, daß alle Hebel der politiſchen Bewegung in der Gewalt einer ungeduldigen revolutionären Parthei gelegen waren. Sie hatte nämlich die Preſſe in Händen, ſie hatte das Klubbweſen zu einem organiſirten Staat im Staate ausgebohrt, und hatte eine Art Gegen-Regierung, gegenüber der geſetzmäßig beſtehenden aufgerichtet; ſie hatte die Juſtiz zu einer Partei-Waffe herabgewürdigt; und dem Allen gegenüber that die konſtitutionelle Parthei nichts oder nur ſehr wenig. Dieſe Parthei überließ es der Regierung und der Kammer, ſich ſelbſt zu behaupten, oder ſie ließ ſich wohl gar overblüffen und einſchüchtern durch eine Agitation, die jetzt ſchon den äußerſten Rand des geſetzlichen Maßes überſchritten hatte.

Die Unentſchiedenen, die ſich vom Strome treiben ließen, waren wohl früher mit den Konſtitutionellen den gleichen Weg gegangen, jetzt gingen ſie aber mit den Gegnern, weil dieſe allein Macht, Thätigkeit und Energie an den Tag legten.

Die Konſtitutionellen, nach der Art aller Konſervativen Richtungen, beſchränkten ſich zu ſehr auf die Defenſive, vertrauten zu feſt auf die Vortrefflichkeit ihrer Sache, ſuchten zu gerne Schutz und Unterſtützung in äußern Umſtänden, ſtatt, wie es politiſchen Partheien gebührt, nur auf die eigene Thätigkeit und die eigenen Hilfsmittel zu bauen. Auch verlieh ſich der Badiſche Liberalismus, ſeit ſeine Richtung am Ruder war, zu blind auf die Regierung und ihre Kraft. Statt ihr dieſe Kraft zu verſchaffen, die Regierung durch die Energie und Stärke der Parthei, auf die ſie ſich ſtützte, moraliſch ſtark zu machen, waren die konſtitutionellen Liberalen eher bereit, von der Regierung Kraft zu fordern, als ſolche ihr zu geben. Und doch zeigten ſich die alten Regierungsmittel verbraucht; das Beamtenthum war ſeit langer Zeit ohne Vertrauen und moraliſchen Anſehen, und jetzt auch ohne Muth und Thätigkeit. Wenn die Regierung, wie ſie es that, ihren Beamten Wachſamkeit über das Treiben der radikalen Klubbs vorſchrieb, ſo blieb dieſes ſelbſt dann ungenügend, wenn die Bureaukratie in Baden einflußreicher, thätiger und zuverläßiger geweſen wäre, als ſie es war. Der unermüdliche Radikalismus und ſeine Mittel mußten durch eine ebenſo unermüdliche Parthei und ihre ähnlichen Mittel paraliſirt oder gleichgeſtellt werden. Es hatte wohl durch einige Zeit den Anſchein gehabt, als ſollten die Dinge in Baden ſich ſo geſtalten, als ſollte der Einfluß einer radikalen Parthei durch den entgegengeſetzten, einer konſtitutionellen und konſervativen Richtung überwältigt werden. Am meiſten hatte es den Anſchein zu der Zeit, wo das Verfaſſungswerk in der Paulskirche zum Abſchluß zu kommen ſchien; damit mußten die revolutionären Hoffnungen fürs erſte zurückgeſchoben werden. Dieſes Verhältniß ſchlug plötzlich um, als die Politik der Dynaſtien und Kabinete das Frankfurter Werk verwarf, und Deutſchland aufs Neue in die hoffnungsloſe Ungewißheit aller Zuſtände zurückſchleuderte. Es iſt wohl jetzt unter allen Partheien anerkannt, daß die Verwerfung der deutſchen Verfaſſung vom 28. März ein National-Unglück zu nennen, nicht wegen der Befeſtigung des erblichen Kaiſerthums oder dieſer und jener einzelnen Beſtimmung, ſondern weil man damit verſäumte, den rechten Moment zu ergreifen, wo noch friedlich und durch eine Uebereinkunft aller Partheien eine Schlichtung der deutſchen Wirren, und eine Grundlegung feſterer Zuſtände möglich war. Es iſt ebenſo anerkannt, daß alle möglichen und gefürchteten Unfälle, die man damals an die Annahme geknüpft glaubte, mit der Verwerfung wirklich gekommen ſind. Für ein unvollkommeneres Werk war ein im beſten Falle noch unvollkommeneres eingetauſcht; im ſchlimmſten Falle waren die deutſchen Zuſtände ganz dem Zufall und der Ungewißheit preisgegeben, und Revolution und Bürgerkrieg als blutige Epiſode dazwiſchen geworfen. Der alte Stammeshaß war neu geweckt; tauſend Antipathien waren rege geworden, und die Freude und Werkluſt der Beſten im Volke war auf lange Zeit verbittert und geſtört.

Ein Vorgefühl dieſer Kriſis bekam die konſtitutionelle und liberale Parthei, als die Nachrichten von Preußens Ablehnung ankamen. Die Schritte, welche folgten, konnten die trüben Ahnungen nur ſteigern. Mehr, als durch alle Manöver der radikalen Parthei, war der ſüddeutſche Liberalismus durch dieſen Gang der preußiſchen Politik verwirrt und entmuthet. Der Gedanke an ein ſtarkes und einiges Deutſchland war in den liberalen Kreen der Bevölkerung bei weitem am meiſten ausgebildet; die Macht und Einheit erſchien derſelben als die Vorbedingung der Freiheit, und dieſes am meiſten in den kleinen Staaten, wo man die Ohnmacht und Zerriſſenheit eines particularen und territorialen Liberalismus aus Erfahrung hatte kennen lernen. Auch ſagte dem Liberalismus ein richtiger Inſtinkt, daß die Befeſtigung des neuen freien Rechtszuſtandes von der Feſtſtellung der allgemeinen deutſchen Verhältniſſe vorzugsweiſe abhänge. Der Radikalismus im Einzelnen wurde durch die Herſtellung einer deutſchen Staatsordnung am gründlichſten überwunden; die einzelnen kleinen Staaten ſelbſt, an ſich faſt ohnmächtig und von der Demagogie ohne große Mühe zu unterwühlen, konnten dieſes epidemiſche Uebel ſo leicht nicht beſiegen. Dieſe Einſicht war auch in Baden allgemein geworden, und der Stand der Partheien und ihres Einfluſſes richtete ſich nach den Verhältniſſen in Frankfurt. Es läßt ſich alſo denken, wie niederſchmetternd die Ereigniſſe vom April wirkten; die Ablehnung in Berlin, das Verfahren der Königshöfe, der Bruch mit der Paulskirche. Der Badiſche Liberalismus war entwaffnet, und die Hoffnungen der Revolution ſtiegen aufs Neue.

Wie oft hatte der konſervative Liberalismus den radikalen Anſprüchen gegenüber, auf die nahe Befe-

sigung der deutschen Rechtszustände gewiesen, und jetzt fielen alle Hoffnungen zu Boden. Wie lange hatte er Vertrauen gefordert gegenüber den Regierungen, und jetzt mußte er sich vom Radikalismus höhnisch vor Augen halten lassen, wie grundlos diese Vertrauens-Ansichten gewesen waren. Wie lange hatten die konstitutionellen gegenüber der revolutionären Ungeduld an den Glauben festgehalten, daß eine friedliche Verständigung das Werk der deutschen Reform beenden werde; jetzt schien aber mit einem Male das radikale Schibboleth oder Losungswort, nur eine Revolution könne helfen, seine volle Bestätigung zu finden. Die Konstitutionellen, in Baden so wie in andern deutschen Ländern, waren verbittert, aufgeregt, und legten ihren Unmuth in Erklärungen und Petitionen an den Tag. Vortheil davon zogen nur die Radikalen. Sie erkannten den ungeheuren Mißgriff, womit die monarchische Politik wieder einmal die aufrichtigsten und uneigennützigsten Anhänger der konstitutionellen Monarchie von sich weggestoßen und den Feinden fast in das Lager getrieben hatte. Die Ereignisse in Sachsen und in der bairischen Pfalz lieferten sehr bald den Beweis, wie rasch die revolutionäre Faktion ihren Vortheil auszubeuten wußte. Mit Schlauheit nahm sie den Kampf für dieselbe Reichs-Verfassung auf, deren Zustandekommen ihr ein Greuel gewesen, deren Inhalt und Urheber sie mit den gröbsten Schmähungen überschüttet hatte.. Aber sie berechnete richtig, daß die Konservationen verstimmt und unmillig seyen; denn Kampf gegen eine Regierung, welche der Verfassung widerstrebte, konnte daher der populäre Deckmantel werden für eine Revolution. In Baden war freilich der Vorwand nicht vorhanden, denn Regierung und Kammer bandelten im Einklang für die Reichs-Verfassung; allein es fand sich schon ein anderer Anhaltspunkt für die Verschwörer. Im Uebrigen lagen ja die Mörsel überaus günstig; in Frankfurt eine Reichsgewalt ohne Ansehen, ein Parlament, welches sich anfing aufzulösen, in ganz Süd-Deutschland die ruhigsten Leute, aufgeregt und erbittert, die Konservatoren selbst hoffnungslos und voll Mißtrauen und voll Verstimmung gegen Preußen, in Dresden ein Barrikadenkampf ausgebrochen, am Rhein und in Westphalen die Gährung vorhanden und sichtbar, in der Pfalz der offene Aufstand erklärt.

In Baden waren Regierung und Kammer ihrer Politik in der deutschen Sache gleich geblieben. Die Regierung hatte die Anmuthung Preußens, einen Oktroyirungs-Kongreß in Berlin zu beschicken, mit der Anerkennung der Reichs-Verfassung beantwortet und hinzugefügt, daß selbst, wenn diese Verfassung nicht zu Stande käme, sie doch ohne Zustimmung ihrer Stände keine besondern Bündnisse und Verabredungen treffen könne. Dieser Vorbehalt war von den Radikalen, noch einfältiger als perfid, als eine Hinterthüre ausgelegt worden; eine Anfrage des Lamey in der Kammer stellte aber die Sache in's wahre Licht.

Die Regierung wiederholte ihre unbedingte Zustimmung und zeigte, daß jener Zusatz nichts weiter sey, als die ganz bestimmte Ablehnung durch diplomatische Kongresse, eine Verfassung einseitig zu oktroyiren. Die Kammer glaubte noch weiter gehen zu müssen, und verlangte am 10. Mai die Publikation der Reichsverfassung, die Beeidigung des Heeres und der Bürger auf dieselbe; und forderte, die Regierung solle jedem Oktroyirungs-Versuch auch künftighin entgegen treten, dagegen die Einleitungen treffen zur Vornahme der Wahlen zum künftigen Reichstag. Die Regierung bewilligte Alles. Schon an dem Tage, wo jene Anträge gestellt wurden, war die Verfassung im Regierungsblatte erschienen, die Beeidigung sollte am nächsten Sonntag den 15. Mai Statt finden. Gleichwohl verläugneten sich die Liberalen, denen es um die Rechts-Verfassung sehr aufrichtig und ernstlich zu thun war, keineswegs das Kritische der Lage.

Baden mit seinen bedenklichen Gährungsstoffen und der Erschütterung aller Zustände war jedem Handstreich der revolutionären Partei ausgesetzt, seit die Anarchie in Deutschland gesetzt hatte über eine feste Staats-Ordnung, seit die Pfalz und Schwaben ihre Auflegung nach Baden drüber trugen. Sie kannten den Charakter des Badischen Radikalismus zu gut, als daß sie zweifeln konnte, man werde die Agitation für die Reichs-Verfassung zu einem republikanischen Krawall ausbeuten. Als der Abgeordnete Namens Häuffer am 10. Mai die obem angeführten Anträge in der Kammer stellte, sprach sich in einer und anderer Redner-Aeußerungen die trübe Ahnung einer gewaltsamen Krisis deutlich genug aus. »Meine Herren« waren die Schlußworte des Redners, »Wir haben was an uns ist, redlich gearbeitet, das Werk der Reform friedlich durchzuführen und den Sturm der Revolution zu beschwören. Ich kann aber die Besorgniß nicht unterdrücken, daß wir das Werk der Penelope *) schaffen, was wir am Tage mühsam weben, zerschneidet eine unerbittliche nächtliche Politik und vereitelt unser Werk. Thun wir auch fernerhin unsere Pflicht, das Vaterland vor dem Abgrund zu bewahren, der ihm seine Wohlfahrt und seine Existenz kosten kann, thun wir was in unsern bescheidenen Kräften steht.«

Diese Sorgen sollten nur zu gegründet seyn, denn während die Redner im Ständebause sprachen und Anträge stellten, während sie ihre letzte Arbeit, das neue Wahlgesetz ohne eine privilegirte erste Kammer berathen hatten, pochte an die Thüre bereits der Aufruhr. Die rothe Republik war entschlossen, den günstigen Augenblick zu benützen, den ihr die Kabinetspolitik der deutschen Großstaaten bereitet hatte. Die revolutionären Klubbs waren in den letzen Wochen unermüdlich thätig gewesen. Unter dem Titel »Das Volk erwartet« hatte schon am 1. Mai ein radikales Blatt geschrieben, »daß der Landes-Ausschuß in Mannheim seine Schuldigkeit thue; bewaffnet euch.« Man verläugnete es kaum, daß der Kampf für die Reichs-Verfassung nur die gefundene Veranlassung, nicht einmal der Vorwand sey. »Wir ha-

*) Die Gemalin des Udysseus, berühmt wegen ihrer Tugend und ehelichen Treue gegen ihren zwanzig Jahre abwesenden Gemal.

den« — ſagte daſſelbe Blatt — »keine republikaniſche Spitze gewollt, ſondern eine Republik; es iſt für uns auch in keinem andern Namen ein Heil zu finden, als in den Namen der demokratiſchen Republik.« . . . Wenn wir mächtig genug ſind, eine verderbliche Verfaſſung gegen die Könige zu ſchützen, ſo werden wir nicht ohnmächtig ſeyn, wenn es gilt die Freiheit zu ſchützen gegen einen volksverrätheriſchen Fürſtenbund. Eine jede Ortsbehörde pflanze die rothe Fahne auf und folge ihr, zum Zeichen, daß der Weg zur Volksfreiheit über blutgetränkte Felder gehen muß.

Greifet zu den Waffen und halten euch bereit! die entſcheidende Stunde iſt nahe! Der Gott der Rache walte über unſerem Beginnen und verhärte die Herzen der Männer gegen die Unterdrücker des Volks! Wenn es in den Kampf geht, ſo werde nur die rothe Fahne geſchwungen!« In dieſem Sinne waren alſo die Klubbs thätig.

Schon im April waren Kreis-Kongreſſe der Volks-Vereine abgehalten worden, worin unter vielem Andern beſchloſſen ward, in den einzelnen Landesgegenden und Bezirken Volks-Verſammlungen abzuhalten, damit die Maſſen aufgeregt und vorbereitet würden, für einen entſcheidenden Schlag; und ſolche Verſammlungen fanden mehrere Statt, nämlich zu Adelsheim für die Gegenden zwiſchen Neckar, Main und Tauber; dann zu Philippsburg am Rhein, zu Zuntern bei Bruchſal und eine andere im Oberlande.

Die Sache war ſo weit vorbereitet, daß der Landes-Ausſchuß einen allgemeinen Landes-Kongreß aller Vereine auf den 12. Mai, und eine große Volks-Verſammlung auf den 13. Mai nach Offenburg ausſchreiben konnte.

Dieſe Friſten fielen zuſammen mit den heißeſten Momenten einer Aufregung und Spannung, wie ſie ſeit dem März des Jahres 1848 das deutſche Volk nicht mehr ergriffen hatte. In dem Augenblick, wo ſo Alles in Frage ſtand und die Konſervativen mehr als jemals ſich in ihrem Handeln gelähmt fühlten, trafen die erſten erſchütternden Nachrichten von den Aufſtänden der Badiſchen Soldaten ein.

Das Badiſche Heer hatte in den zwei Aufſtänden vom März und September Stand gehalten; und man glaubte auch ſeiner ganz ſicher zu ſeyn. Allein für die revolutionäre Partei waren die bittern Erfahrungen dieſer beiden Volks-Krawalle nicht verloren; und ſie überzeugte ſich, daß ihre Thätigkeit zur Lockerung der Zucht und Ordnung eben unzureichend geweſen ſey, und beſchloß, ihre Sachen in Zukunft beſſer zu machen.

Gleich nach dem Mißlingen des Struve'ſchen Einfalls, ſowachen ihre Flugſchriften und republikaniſchen Blätter es offenherzig aus, man müſſe nun die Hauptthätigkeit auf die Bearbeitung der Soldaten richten. Leider kamen auch ſolch einer Thätigkeit noch manche Mißſtände zu Hilfe, die jedoch älter waren als die März-Revolution und ſie überdauerten.

Der Badiſche Offiziersſtand genoß vor der Revolution weder den Ruf einer beſonderen Bildung, noch erfreute er ſich einer ordentlichen Popularität. Die vormärzliche Politik glaubte eine Bürgſchaft der Ordnung darin zu finden, wenn ſich das Militär möglichſt ſtreng vom Civil trennte, und ging eher darauf aus, die ſchon vorhandene Kluft noch mehr zu erweitern als auszugleichen.

Der ſoldatiſche Dünkel, der Offiziers-Uebermuth, die rohen Paſſionen des Garniſonlebens, fanden von Oben herab mehr Ermunterung als Zurechtweiſung. Die März-Revolution ſchlief wohl Manches ab, und beſeitigte an beiden Theilen manches Vorurtheil, aber die alten Schäden waren nicht ſo leicht zu heilen, und dieſes am wenigſten in der Armee eines kleinen Staats, die nicht eine militäriſche Tradition von vielen Jahrhunderten hinter ſich hatte, ſondern deren Kriegsgeſchichte erſt mit dem Rheinbunde einen militäriſch ehrenhaften Anfang nahm.

Die ältern Offiziere, deren Manche aus Sparſamkeit länger in Thätigkeit blieben, als es zweckmäßig war, trieben den Dienſt nach Erinnerungen an Napoleon, zum Theil mit qualender Petanterie, oder ſie hatten ſich in ihrem Garniſonsert eingebürgert, und waren dort verſauert.

Unter den jüngern Offizieren war zum Theil jene Brutalität und jenes abſtoßend heroiſche Weſen auch nach der März-Revolution noch nicht verſchwunden. Unter Dieſen, wie unter Jenen, fehlte es wohl nicht an tüchtigen Elementen, aber im Augenblicke der Auflöſung war dieſes keine Schutzwehr.

Das laxe fremde Verhältniß zwiſchen Offizier und Soldat war einmal vorhanden. Die Klagen über rohe Behandlung waren nicht unbegründet, das Vertrauen, der moraliſche Einfluß war nur in einem geringen Verhältniſſe geſtiegt worden. Ohne dieſe Vorausſetzung wäre es auch der geſchickteſt angewendeten Thätigkeit revolutionärer Wühler nicht möglich geweſen, die ganze Badiſche Armee zu verführen. Es hätte ſich im Augenblicke der äußerſten Gefahr immer noch ein Kern finden müſſen, auf welchen Nichts Eindruck machte, als die Stimme ſeiner Offiziere.

Freilich ſparte die Demagogie kein Mittel, die Begriffe der Soldaten zu verwirren. Sie ding ſich an die gegründeten Beſchwerden, und benutzte ſie als Veranlaſſung in den Leuten alle Vorſtellungen von militäriſcher Zucht und Subordination zu erſchüttern.

Die Volks-Vereine hatten ganz ſpeziell die Aufgabe, ſich der Rekruten zu bemächtigen, und wo einmal Väter und Brüder von dem Klubb'ſchen Netz eingefangen waren, da hielt es auch nicht ſchwer, durch ſie wieder die unerfahrenen jungen Soldaten herbei zu ziehen.

In den Garniſonen wurden ſie vom Hauſe aus brieflich bearbeitet, während im Orte ſelbſt die revolutionären Vereine ſich ihrer bemächtigten.

Der Ehrgeiz, die Genußſucht und die Faulheit wurden als Hebel in Bewegung geſetzt, um das ſchon lockere Band der Disziplin zu zerreißen.

Umſtände, die damit außer Verbindung waren kamen noch zu Hilfe. Durch die von der Reichsgewalt angeordnete Vermehrung des Kontingents kam eine Menge junger Soldaten in das Heer, unter welchem nicht Wenige waren, die den erſten Freiſchaarenzug ausgemacht hatten, und von der unver-

dauten Koſt revolutionärer Demagogie erfüllt waren. Durch den Rückſchritt auf frühere Jahre, und die mit dem Jahre 1849 eintretende allgemeine Wehrpflicht, kamen zugleich Viele Elemente aus dem halbgebildeten und aufgewühlten Mittelſtande dazu, deren Wirkung auf die Bauernburſche nicht ausblieb. Mit dem Aufhören des Einſtandweſens war zugleich vor der Hand der Kern eines tüchtigen Unter-Offizierſtandes, der die Kerner zuſammenhielt, ernſtlich bedroht. Aus Gründen der Sparſamkeit, wie ſie der erſchütterte Finanzzuſtand des Landes auferlegte, hielt man die Truppen nur ſo lange zuſammen, als es die nothwendige mechaniſche Einübung erforderte; und ſo konnte man militäriſchen Sinn in dieſer knapp zugeſchnittenen Zeit nicht groß ziehen. So ging nun die Frucht der Wühlerei recht gedeihlich auf; jedoch die Früchte waren der Ausſaat ſehr ähnlich. Die wirklich gegründeten Beſchwerden über Mißhandlung, Gamaſchendienſt und pedantiſche Quälerei traten nach und nach zurück, und die Lehre der Zügelloſigkeit und des Ungehorſams ſchoß wie Unkraut empor.

Der Offizier wurde als Offizier gehaßt, man wollte weniger Schildwache ſtehen, mehr Bezahlung und mehr Urlaub haben, und überhaupt weniger gehorchen. Ja ein Soldat der Raſtadter Garniſon, deſſen Taſchen mit radikalen Zeitungsblättern ꝛc. angefüllt waren, hat ſich in damaliger Zeit ganz naiv geäußert; die Soldaten wollen nichts Anderes, als daß von nun an die von ihnen gewählten Offiziere ihnen gehorchen ſollen, ſo wie ſie bisher den Offizieren gehorcht hatten.

So war nun der Geiſt, der in die Soldaten eindrang, weder republikaniſch noch eigentlich revolutionär, ſondern es war der Trieb der Zuchtloſigkeit, die in ihnen aufkauchte. Viel Genuß und wenig Arbeit, dieſes war die Forderung, die aus allen möglichen Klagen und Wünſchen immer wieder herausklang. Nicht nur die alte Quälerei und Pedanterie, ſondern auch die nothwendige Strenge des Gehorſams und des Dienſtes war ihnen läſtig; die Führer und Werkzeuge waren zügelloſe Leute; deren Sinn und Treiben mit jedem geordneten Heerweſen unverträglich war. Dieſes Alles ſollten die Grundrechte und die Reichs-Verfaſſung gewähren; die Feindſeligkeit der Offiziere ſollte es ihnen vorenthalten — das war die Lüge, die man dem einfältigen Haufen aufband. Daß aber die Offiziere mit ihren verſpäteten Belehrungen keinen Anklang mehr fanden, daß ſie, wie es vorkam, wenn ſie den Soldaten die Reichs-Verfaſſung mittheilten, die Antwort bekamen, daß ſey die echte nicht, und daß es den Offizieren nicht gelang, hinter der ſcheinbaren Maske des Gehorſams den böſen Sinn zu entdecken, die nahe Kataſtrophe vorauszuſehen — dieſes war ein Beweis, daß alte Sünden vorhanden waren, welche das Vertrauen der Soldaten zu ihren Führern gründlich untergraben hatten. Leute aus dem Bürgerſtande ſahen, daß ſich in einzelnen Soldaten ein böſer und zügelloſer Geiſt regte; aber die Führer ſelbſt — zur größeren Mehrzahl — merkten es erſt dann, als es zur Abhilfe ſchon zu ſpät war.

So brachen unerwartet, und im Zuſammenhang mit einander jene Soldaten-Aufſtände aus, welche den äußern Anſtoß zur Mai-Revolution gegeben hatten; unerwartet, denn die Offiziere waren faſt überall die am meiſten Ueberraſchten; zuſammenhängend, denn es gehörte nur ein mäßiger Scharfblick dazu, um nicht das Uebereinſtimmende und Vorbereitete in den Aufſtänden zu erkennen, die innerhalb vier Tagen gleichzeitig zu Ettlingen, im Oberlande, in Raſtadt, in Kaiſerslautern und in Bruchſal ausbrachen.

Am früheſten zeigten ſich in Raſtadt bedenkliche Anzeichen. Die Einwohner nämlich, die früher wegen ihrer tüchtigen Geſinnung geachtet, jetzt in der Mehrzahl von dem revolutionären Fieber angeſteckt waren, ſtellten es ſich zur Aufgabe, unter den Soldaten Propaganda für die Volks-Vereine zu machen.

Seit Monaten — ſo haben Soldaten ſelbſt geſagt, — zog man ſie in ſolche Kreiſe und theilte ihnen radikale Blätter mit, nämlich zu ihrer Aufklärung. Vom Hauſe fehlte es natürlich auch nicht an Bearbeitungen. Zum Ueberfluſſe hatte man noch der Frau Struve erlaubt, nachdem ihre Unterſuchung zu Ende war, in Raſtadt, wo ihr Mann gefangen ſaß, ihren Aufenthalt zu nehmen.

Die Perſönlichkeit dieſer Frau, die in abenteuerlichen Verhältniſſen aufgewachſen, war vortrefflich für die Aufgabe geeignet, die ſie ſich in Raſtadt ſtellte. Die Anzeichen der Zuchtloſigkeit nahmen ſeit ihrer Ankunft zu, und ſo hielten die Soldaten ſchon am 9. und 10. Mai Abends große Verſammlungen unter dem freien Himmel, denen die Bürgerwehr beiwohnte.

An Aufreizungen aller Art fehlte es ſo wenig, ſo wie an dem freien Bier, womit man die zügelloſen Leute, welche badiſche Montur trugen, von Pflicht und Eid abwendig machte. Auffallend iſt dabei nur das Eine, wie man bei den noch unorerkennbaren Anzeichen ſo lange Zeit unthätig bleiben und die Dinge kommen laſſen konnte, bis in einer Reichsfeſtung, mitten in einem aufgewühlten Lande, die Beſatzung ſelbſt revolutionäre Verſammlungen hielt. Eben ſo auffallend iſt es, daß die Offiziere der Thätigkeit der Raſtadter Bürger, der Volks-Vereine und dem Treiben der Frau Struve gegenüber, auch nicht den geringſten Einfluß zu zeigen im Stande waren.

Nachdem einmal die Verſammlungen geſtattet worden waren, zu welchen die Feſtungs-Artilleriſten in geſchloſſenen Kolonnen ausmarſchirten, blieb es ſchwer, Schlimmeres mehr abzuwehren.

Am 11. Mai wurde ein Soldat, der wegen aufreizender Reden verhaftet ward, aus dem Arreſtzimmer der Kaſerne mit Gewalt befreit, nachdem die Kaſernenwache zu verſtehen gab, daß ſie keinen Widerſtand leiſten würde.

Als um die Mittagszeit der Generalmarſch geſchlagen ward, ſchickten die Soldaten zuerſt eine Deputation ab, da ſie den Generalmarſch für überflüſſig hielten! Eben ſo erfolglos war am Abend der Generalmarſch, als ſich neue Zuſammenrottungen bildeten, um die Leopolds-Kaſerne zu ſtürmen, wo ein Korporal gefangen ſaß, der wegen Inſubordination degradirt werden ſollte. Doch hatte man dießmal die Zugänge beſetzt gehalten. Als aber indeſſen ein Theil der Tumultuanten erklärte, ſich beruhigen zu wollen,

wenn die aufgestellten Kompagnieen zurückgezogen würden, da hatte man abermals die unbegreifliche Schwäche, und gab diesem Verlangen nach. Jedoch hatten jetzt kaum die Kompagnieen ihren Rückmarsch angetreten, als man auch schon die Offiziere mit Steinwürfen überfiel, das Hofthor einschlug und zertrümmerte. Mehrere Offiziere wurden bei dieser Gelegenheit verwundet, unter ihnen der Oberst des Regiments und der Gouverneur selbst, der mit einer Schwadron Dragoner herbeigekommen war.

Als die Nacht hereinbrach, hatte der wüthende Haufe die Wohnung des verwundeten Obersten gestürmt und die Fahne heruntergerissen; wobei die Soldaten, die an diesem Auftritte nicht theilnahmen, zu einem energischen Widerstande nicht zu bringen waren.

Am folgenden Morgen war der Präsident des Kriegs-Ministeriums, der General Hoffmann, mit einigen Schwadronen Dragoner und einigen Geschützen von Karlsruhe herüber gekommen, aber es gelang ihm nicht, die Ordnung herzustellen; denn die Banden waren jetzt schon ganz zügellos, und in dem Zustande einer fortwährenden Trunkenheit. Die Offiziere konnten mit aller Anstrengung nicht verhindern, daß ein Korporal, der am Tage zuvor den Meuterern Widerstand geleistet hatte, jetzt furchtbar mißhandelt und blutend, bei den Haaren gepackt und in den Gassen herum geschleift wurde.

Der General Hoffmann begab sich in die einzelnen Kasernen und fragte nach den Beschwerden, allein man konnte ihm weiter nichts anderes sagen, als einzelne Forderungen anbringen, so wie man sie den Soldaten in den revolutionären Klubbs einstudirt hatte; nämlich: »Wir wollen unser Recht! Wir wollen eine Verfassung! Wir wollen Verschmelzung mit der Bürgerwehre!« Diese Forderungen, die sie von ihren Verführern erlernt hatten, waren also das Einzige, was die Wortführer eines betrunkenen Haufens dem General vorzubringen wußten. Die einzige verständliche Forderung darunter war, daß man Soldaten zu der Offenburger Versammlung gehen lassen sollte, und dieses ward von dem General Hoffmann auch bewilligt. Aber während er so durch Zugeständnisse zu beruhigen suchte, machte ein Theil derselben Dragoner, die er zur Aufrechthaltung der Ordnung mitgebracht hatte, mit den Rebellen gemeinschaftliche Sache, ja eine Batterie verweigerte sogar ihrem Hauptmanne den Gehorsam.

Die muthigen und aufopfernden Bemühungen zweier Offiziere, eines Rittmeisters und eines Hauptmanns waren erfolglos, ja es stieg vielmehr immer mehr die Meuterei, und so war bald kein Punkt mehr vorhanden, auf den man sich stützen konnte.

Der Kriegsminister selbst, nachdem seine Bemühungen überall vergeblich geblieben sind, mußte, selbst schon persönlich bedroht, mit dem Reste seiner Begleitung Rastadt verlassen, und eben so war es schon höchste Zeit, Struve und Blind in das pennsylvanische Gefängniß zu bringen. Ein roher zügelloser Haufe herrschte jetzt im Bunde mit dem revolutionären Theil der Bevölkerung, und die Offiziere waren ganz machtlos, und mußten selbst jeden Augenblick darauf gefaßt seyn, der überhand genommenen Meuterei als blutiges Opfer zu fallen.

So standen die Dinge am Morgen des 13. Mai, an welchem die Offenburger Versammlung Statt finden sollte.

In den nämlichen Stunden, wo in Rastadt die Auftritte vom 11. Mai Statt gefunden hatten, war auch an der Schweizer Grenze zu Lörrach eine ähnliche Unruhestiftung ausgebrochen, wo man mit Volks-Versammlungen anfing und die Freilassung der Arrestanten verlangte.

Ungeachtet des muthigen und energischen Auftretens des Obersten von Rotberg, der dort kommandirte, wurde die Versammlung abgehalten, und als derselbe Offizier sich der gewaltsamen Befreiung der Gefangenen tapfer widersetzte, erhielt er einen Schuß durch den Leib; worauf die Gefangenen befreit wurden. Auch das Erschrinen eines Generals stellte die Disziplin nicht her, obwohl es ihm gelang, den treu gebliebenen Theil der Truppen von Lörrach nach Kandern zu führen. In Freiburg und in der Umgebung waren dieselben unruhigen Ereignisse an der Tagesordnung, doch schien hier das Einverständniß zwischen Offizieren und Soldaten sich herzustellen. Auch in Bruchsal fanden durch zwei Tage Wirthshausexzesse und Insubordination Statt, indessen war aber hier die Sache nicht tiefer angelegt, und die Sache konnte mehr der Trunkenheit und Zuchtlosigkeit zugeschrieben werden, welche die Soldaten zur Nachahmung des Rastadter Tumults verführte.

Dieses waren also die Vorboten der Offenburger Versammlung. Als nämlich am Samstag, den 12. Mai, der Kongreß aller Abgeordneten der Volks-Vereine Statt fand, war freilich die Nachricht von dem Allem noch nicht angekommen, und erst am folgenden Tage, als die Volks-Versammlung abgehalten ward, wurde die Katastrophe von Rastadt allgemein bekannt; daher auch die Verschiedenheit in den Beschlüssen der beiden Tage.

Was man nämlich am Samstag in dem Kongresse berathredet hatte, schien am Sonntag in der Versammlung lange nicht mehr genügend. Der Kongreß stellte als Forderungen auf: Rücktritt des Ministeriums, Auflösung der Kammer, Annullirung ihrer seit dem 1. Jänner gefaßten Beschlüsse, Berufung einer konstituirenden Versammlung mit allgemeinem Stimmrecht, allgemeine Amnestie, das heißt, auch für Struve, Blind und noch Mehrere, und Zurückberufung aller politischen Flüchtlinge. Von der Reichs-Verfassung war keine Rede.

Diese Forderungen sollte eine Deputation, an deren Spitze der Freiburger Advokat Karl von Rotteck stand, als Versuch der Güte nach Karlsruhe überbringen; so war das klubbistische Regiment seit lange gewohnt gewesen, sich als Macht gegen die Macht der Regierung gegenüber zu stellen.

Die Deputation kam Sonntag Morgens zum Staatsrath Bek, der sie ganz ruhig empfing und sich mit ihr in eine lange Unterredung einließ, wobei

er erklärte: das Budget und andere wichtige ständische Arbeiten seyen dem Abſchluſſe nahe, es ſey daher ein große Nachtheil, wenn vorher noch eine Auflöſung der Kammer erfolgte.

Die Beſchlüſſe ſeit dem 1. Jänner, ſo weit ſie ſchon zur Geſetzeskraft gelangt ſeyen, könnten von der Regierung ohne Verfaſſungs-Verletzung einſeitig nicht mehr aufgehoben werden.

Obnedin werde am 19. Mai der Landtag geſchloſſen, ſodann die Stände-Verſammlung aufgelöst und eine neue Wahl beider Kammern vorgenommen werden, mit welcher dann die weiters nöthigen Verfaſſungs- Veränderungen berathen würden. Das Ergebniß der Wahlen werde auch über den Rücktritt des Miniſteriums entſcheiden; ihm ſelbſt werde es erwünſcht ſeyn, dabei eine verfaſſungsmäßige Rechtfertigung zu erhalten, und ſich der ſchweren Laſt zu entledigen. Was die Amneſtie betreffe, ſo ſey ſie längſt ſchon sehr weit, und in neuerer Zeit noch weiter ausgedehnt worden. Eine Ausdehnung derſelben auf Alle, auch die hauptſächlichſten Rädelsführer und Anſtifter des großen Unheils, wäre um ſo weniger gerechtfertigt, als die Amneſtirten zum größten Theil ihr altes verderbliches Treiben fortſetzten, und die Freunde der Ordnung obnedin ſich beklagen, daß ſchon zu Viele begnadigt worden ſeyen. Der Miniſter Beck erwähnte noch weiter, welch ein Unterſchied obwalte zwiſchen der geſetzlichen Vertretung des Volks und den ungeregelten Verſammlungen; wie ein guter Theil der Unzufriedenheit mehr den Maſſen eingeimpft werde, als bei ihnen urſprünglich vorhanden ſey.

Als die Deputation hierauf die Aeuſerung machte, wie kritiſch die Lage der Regierung ſey, erwiderte der Miniſter: »Ich durchſchaue allerdings die Lage, in welche die geſetzliche Gewalt durch die demokratiſchen Volks-Vereine in Verbindung mit den durch Wühlerei meuteriſch gewachten Truppen gerathen iſt. Es kann Ihnen für den Augenblick gelingen, die Regierung zu ſtürzen und eine badiſche oder auch ſüdweſtdeutſche Winkelrepublik zu gründen. Das übrige Deutſchland wird aber nicht ruhig dabei bleiben, und ſelbſt ohne Zuthun der Regierung würden 60,000 Mann, und vielleicht noch mehr einrücken, um die gewaltſam gebrochene verfaſſungsmäßige Staatsordnung wieder herzuſtellen. Die Deputation mag bedenken, welches Unheil dadurch über das Land kommen würde. Der durch die Aufſtändereien obnedin ſo ſtark zerrüttete Wohlſtand des Bürgers würde gänzlich vernichtet werden, und am allerwenigſten würde die Freiheit gewinnen, da ihr Mißbrauch nur die Reaktion hervorruft und ſtark macht.«

Der Miniſter Beck appellirte an die Vernunft und den Patriotismus, aber dieſes war tauben Ohren gepredigt; und der Sprecher der Deputation ſchied zuletzt mit den Worten: »Nun, wir wollen es darauf ankommen laſſen, die Verbindung iſt zu groß, daß ich keine Hoffnung habe, auf Ihre und Ihrer Genoſſen Ueberzeugung zu wirken.«

Das ganze Miniſterium trat hierauf zuſammen und ertheilte der Deputation eine ſchriftliche Antwort, die im Weſentlichen mit Beck's Erklärungen übereinſtimmte.

Die Deputation entfernte ſich trotzig und deshend. »Nun« — ſagte ein Mitglied — »die Regierung wird ihre Kräfte bemeſſen haben.«

Dieſe verneinende Antwort übte indeſſen auf die Dinge in Offenburg keinen Einfluß; den bevor die Deputation dort ankam, waren die Sachen ſchon in ein weiteres Stadium getreten.

Die Volks-Verſammlung, welche den ausbeleſendſten Theil der revolutionär geſinnten Bevölkerung vereinigte, war nicht mehr ſo genügſam, wie der Ausſchuß der Volks-Vereine am Abende zuvor. Die Nachrichten von Raſtadt, durch Soldaten von dorther überbracht, machten einen berauſchenden Eindruck.

Jetzt glaubte man, daß es an der Zeit ſey, die Maske ganz abzuwerfen. Die Forderungen des Ausſchuſſes vom Abend vorher ſetzten zwar das Badiſche Klubbregiment als konſtitutionelles Miniſterium dem Großherzog an die Seite und vernichteten ſo faktiſch die Monarchie; aber der Form nach blieb ſie noch in ihrem Beſtehen.

Dem aufgeregteſten Theil der Anweſenden ſchien dieſes nun ungenügend, und man glaubte unter ſolch günſtigen Ausſichten noch weiter gehen zu müſſen.

Wozu die lange Agitation! Wozu die bisherige Thätigkeit der Volks-Vereine! Wozu die beiden früheren Aufſtände! Wozu der Aufruhr der Soldaten! wenn man nicht gleich Forderungen aufſtellen würde, welche die monarchiſche Ordnung ganz vernichten? Der Ruf zur Mäßigung, den einzelne Männer jetzt, aber ſchon zu ſpät anſtimmten, fand keinen Anklang mehr; die Theilnehmer von den frühern Aufſtänden, deren Einige geradenwegs von dem Geſchwornengericht zu Freiburg herkamen, die zahlreichen Herumtreiber von Profeſſion, deren ſich ſchon eine ziemliche Anzahl zu Offenburg zuſammen einfand, halfen wacker anſchüren, und die Exploſion ward nun eine ſolche, wie man nach den langen Vorbereitungen erwarten konnte.

So entſtanden die Beſchlüſſe, welche am Mittag als Willen der Volks-Verſammlung verbreitet wurden; und folgenden Inhalts waren:

1. Die Regierung muß die Reichs-Verfaſſung, wie ſie nun nach der durch die Ereigniſſe beſeitigten Oberhauptsfrage feſtſteht, unbedingt anerkennen, und mit der ganzen bewaffneten Macht, deren Durchführung wie in andern deutſchen Staaten, zunächſt in der bairiſchen Pfalz, unterſtützen.

2. Das gegenwärtige Miniſterium iſt zu entlaſſen, und die beiden Bürger Brentano und Peter ſind mit der Bildung eines neuen Miniſteriums zu beauftragen.

3. Es muß ſogleich unter gleichzeitiger Auflöſung der Ständekammern eine verfaſſungsgebende Landes-Verſammlung berufen werden, welche in ſich die geſammte Rechts- und Machtvollkommenheit des badiſchen Volks vereinigt. Dieſe Landes-Verſammlung ſoll gewählt werden von und aus den ſämmtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes, und zwar unter der Beibehaltung der für die bisherige zweite Kammer beſtandenen Wahlbezirke.

4. Es muß ohne allen Verzug die Volks-Bewaffnung auf Staatskosten in's Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18 bis 30 Jahren als erstes Aufgebot mobil zu machen. Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht sogleich die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen.

5. Die politischen Flüchtlinge sind zurückzuberufen, die politischen Militär- und Civil-Gefangenen zu entlassen, und alle politischen Prozesse niederzuschlagen; besonders verlangen wir auch die Entlassung derjenigen Militärgefangenen, welche in Folge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disziplinar- und Insubordinations-Vergehen bestraft wurden.

6. Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden.

7. Bei dem Heere soll eine freie Wahl der Offiziere Statt finden.

8. Wir verlangen sogleiche Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr.

9. Es müssen sämmtliche Grundlasten unentgeldlich aufgehoben werden.

10. Es müssen die Gemeinden unbedingt selbstständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeinde-Vermögens, als die Wahl der Gemeinde-Vertreter betrifft; es müssen sogleich im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeinde-Vertretung ausgeschrieben werden.

11. Es werden sämmtliche von den sogenannten Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Jänner dieses Jahrs gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt, und darunter namentlich das sogenannte Wahlgesetz vom vorigen Monate, welches ein förmlicher Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält *).

12. Die Geschwornen-Gerichte sind augenblicklich einzuführen und kein einziger Kriminal-Prozeß darf mehr von Staatsrichtern entschieden werden.

13. Die alte Verwaltungs-Bureaukratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder anderer Körperschaften treten.

14. Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau, zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten.

15. Abschaffung des alten Steuerwesens, und dafür die Einführung einer progressiven oder fortschreitenden Einkommensteuer, nebst Beibehaltung der Zölle.

16. Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann; wodurch also der besondere Pensionsfond für die Staatsdiener von selbst wegfällt.

*) Dieses Wahlgesetz nahm für die zweite Kammer das ganz schrankenlose allgemeine Wahlrecht des Reichswahlgesetzes vom 28. März ein. Für die erste Kammer waren ebenfalls alle Steuerpflichtigen wahlberechtigt, nur waren sie hier in drei Census-Klassen abgetheilt, und den Höherbesteuerten ein Vorzug gegeben worden.

Zum Schlusse wurde der Landes-Ausschuß der Volks-Vereine beauftragt, die nöthigen Anordnungen zur Durchführung dieser Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen, und von dem Ergebniß der heutigen Volks-Versammlung dem Landes-Ausschuß in Rheinbaiern, sowie den Landes-Ausschüssen der übrigen Nachbar-Staaten Nachricht zu geben.

Diese Beschlüsse bedurften keiner Erläuterung, und enthielten ganz offen das Programm des Verfassungs-Umsturzes und der gewaltsamen Revolution.

Es ist begreiflich, daß sentimentale Revolutionsmänner, die sich zu Offenburg eingefunden hatten, vor diesem Ergebniß erschrocken sind, und daß der Anhang des Brentano jetzt vor seinem eigenen Werk erzitterte. Er selbst hatte sich auch Krankheitshalber entschuldigt, und war in Baden geblieben; und ebenso zeigten seine Freunde, die sich in Offenburg befanden, auf ihren Gesichtern mehr Verlegenheit, als Siegesfreude.

Da hatte man jetzt die Revolution, mit der man so lange gespielt und auf die man so lange Zeit vorbereitet hatte; es war nun damit den deutschen Monarchien der Fehdehandschuh hingeworfen, es stand aber auch zu erwarten, daß sie ihn aufheben werden.

Aber gerade dieses machte solche Leute, wie Brentano war, unruhig, denn sie hatten nur eine Sturmpetition gewollt, welche das Ministerium gestürzt und Brentano an's Ruder gebracht haben würde. Da war nun aber eine vollständige Revolution zu Tage gekommen, deren Ziel und Mittel jedenfalls über dasjenige hinausgingen, was die Wortheiden der Badischen Demokratie beabsichtigt hatten.

Es braucht jetzt kaum mehr einer Widerlegung der damals von den Faktionsführern verbreiteten und von unwissenden Leuten nachgesprochenen Unwahrheit: Die badische Bewegung gelte der Durchführung der Reichsverfassung.

Mußte man daran erinnern, mit welchem Hohn dieselbe Parthei die Reichs-Verfassung aufgenommen, oder daß dieselben Leute, die jetzt in Baden an der Spitze standen, Brentano, Peter, Junghanns und ihr Anhang in der Paulskirche gegen diese Verfassung gestimmt hatten? Mußte man daran erinnern, daß die Blätter dieser Parthei nur Spott und Schmähungen bereit gehabt hatten gegen die Vertheidiger dieser Verfassung? Hatte doch noch wenige Tage vor dem Ausbruch ein Blatt der Parthei die würtembergische Bewegung verdammt und die Frage aufgeworfen: Wie ist es nur möglich, daß ein Volk für eine so schlechte Verfassung sich begeistern kann, während es gar nicht daran denkt, daß die Republik seiner Arme wartet? Zu der Reichs-Verfassung hatte der badische Aufruhr keine andere Beziehung, als daß er dem Kampfe für dieselbe ein Ende machte, die aufrichtigen Anhänger derselben von einem Bündniß mit solchen Alliirten zurückscheuchte, in dem größten Theile von Deutschland die Agitation für die Verfassung Einhalt gebot, die verfassungstreuen Regierungen Baden

an der Spitze, in das preußiſche Lager hinüber drängte, und die Ohnmacht des Parlaments und der Centralgewalt vor aller Welt aufdeckte.

Die preußiſche Oktroyirungs-Politik hatte keinen beſſern Alliirten, als die badiſche Empörung, die auf einmal die Partheiſtellung veränderte; die Männer und die Partheien, deren Werk die Verfaſſung geweſen war, konnten unmöglich mit einem durch und durch unſinnigen Aufruhr, mit eidbrüchigen Soldaten, gewiſſenloſen Demagogen und einem abenteuerlichen Geſindel ſich verbrüdern. Ihre Thätigkeit war jetzt gelähmt, und ſie mußten ſich in dem Augenblicke zurückziehen, wo es ſich nur noch um den Kampf zwiſchen revolutionärer und militäriſcher Gewalt handelte.

Das ganze Ziel des Unternehmens konnte nur die Errichtung einer badiſchen oder ſüdweſtdeutſchen Winkelrepublik ſeyn, wie der Miniſter Beck richtig aarausgeſagt hatte; der Anſchluß an die bairiſche Pfalz und wa möglich der gleiche Umſturz in Würtemberg, Heſſen und Naſſau, waren das Aeußerſte, was ſich aon einem günſtigen Gelingen dabei. Auch dann noch brauchte man zur Erhaltung des ſchwächlichen Werks der Anlehnung an Frankreich. Dafür erſchrack freilich die nationale Geſinnungsloſigkeit der Führer nicht zurück und Saaaye hatte auf dem Tage zu Offenburg die Verbrüderung mit Frankreich bereits als eine ſchöne Hoffnung angekündigt. Gerade aber dieſes beach den Stab über die ganze Sache; wenn es noch Nationalbewußtſeyn, politiſche Ehre, Treue und Wahrhaftigkeit in Deutſchland gab, mußte das ſtillſchweigende oder laute Urtheil aon der Saar bis an die Memel ein Verdammungsſpruch ſeyn.

In Karlsruhe erkannte man die Gefahr in ihrem ganzen Umfange, und ſo hatte die Regierung noch am Morgen, getreu dem Kammerbeſchluſſe aam 10. Mai die Beeidigung des Militärs und der Bürgerwehr aarnehmen laſſen; aber ſie fühlte, daß ſie einen andern Kampf werde zu beſtehen haben, als den für die Reichsverfaſſung. Sie ſchickte an die Reichsgewalt nach Frankfurt, damit ſie ihr wenigſtens nur ein Regiment zuverläßiger Truppen ſchicke. Baiſchaft auf Botſchaft folgte am Sanntag um die Lage, wie ſie war, in ihrer genauen Gefährlichkeit zu ſchildern. So viel, als man von ihr verlangte, konnte die Reichsgewalt thun, und damit war vielleicht die Sache im Ausbruch erſtickt, und das unglückliche Land aor einer furchtbaren Kriſis gerettet. Aber in Frankreich waren die Dinge in Auflöſung; das Miniſterium Gagern verſah nur noch interimiſtiſch die Geſchäfte; ein definitives Miniſterium bildete ſich erſt im Laufe der Woche, das aber die Reichsgewalt aallends um ihr maraliſches Anſehen gebracht hat. Machte man nun in Frankfurt die Gefahr zu gering anſchlagen, aber aus andern Gründen die kleine Hilfe verweigern; es blieb damit auf die Urheber und Rathgeber eine ſchwere Verantwortung gewälzt. Denn es ließ ſich jetzt noch, ehe die Desorganiſation weitere Fortſchritte gemacht hatte, mit 2000 Mann zuverläßiger Soldaten ſo viel thun, als nachher mit 50,000 Mann. Die Regierung eines kleinen Landes, das aan Demagogen unterwühlt, von rebelliſchen Soldaten bedroht war, mußte unterliegen, wenn man nicht ſchleunig den erſten Verſuch des förmlichen Aufruhrs mit Gewalt niederſchlug.

Auch in Karlsruhe war es unter der nicht zahlreichen Garniſon, die zurückgeblieben war, ſchon ſeit einigen Tagen unruhig geworden, und einzelne Fälle von Inſubordination bewieſen, daß das Beiſpiel anſteckend und die Erſchütterung der militäriſchen Zucht eine allgemeine war. Am Mittag verbrannte eine Truppe Soldaten vor der Infanterie-Kaſerne ſeine Gamaſchen Am Abend des 13. Mai kamen nun, jedenfalls ſehr zur unrechten Zeit, zwei Kampagnien vom Leib-Infanterie-Regiment, die man in Bruchſal wegen pöbelhafter Exceſſe hatte entfernen und ablöſen müſſen, nach Karlsruhe. Damit war jetzt die Meuterei, die auch für Karlsruhe beabſichtigt, und ſogar angefaat war, recht eigentlich nach der Reſidenz verpflanzt worden. Taumelnd vor Trunkenheit, und mit dem Geſange des Heckerliedes zog die Ratte Abends um 7 Uhr in Karlsruhe ein.

Man brachte dieſe Leute nach der Kaſerne, und hafte, ſie würden ihren Rauſch ausſchlafen und die Nacht ruhig zubringen. Wirklich kam auch bis 9 Uhr nichts vor, als eine Deputation welche die Freilaſſung der Arreſtanten anſanate. Man gewährte dieſes, aber die Ruhe blieb nur ſcheinbar. Um die Kaſerne ſammelten ſich nämlich gegen 9 Uhr ſtarke Volks-Gruppen aon einem ſehr verdächtigen Ausſehen; eine Menge Perſonen, die den Karlsruhern unbekannt waren, eigentlich Herumtreiber von Profeſſion, die von Auswärts her ſich dort ſammelten, und die an dem eingedanten Pöbel, auch an einzelnen jungen Leuten aus dem Handwerksſtande eine Verſtärkung erhielten; und dieſe waren es auch hauptſächlich, welche die betreunenen und ermatteten Soldaten aufhetzten. Die Soldaten taumelten, zum Theil ohne Mütze oder halb bewaffnet um die Kaſerne herum, nachdem ſie in einigen Bierhäuſern mit unentgeldlichem Bier traktirt worden ſind.

Das Erſcheinen des Oberſten war in der Kaſerne das Zeichen zum Tumult, und mancher alte Groll über die Strenge und Petanderie wurde jetzt bei einzelnen Soldaten hörbar, im Ganzen war es aber die gemeinſame und ſyſtematiſche Verfolgung der Offiziere, zu der man, wie hier und da ſichtbar und hörbar, die Soldaten aufſtachelte. Ein furchtbares Gebrüll, der Lärm von zerrümmerten Fenſtern und Gittern aber von herausgeworfenen Waffen kündigte an, daß man auch hier hinter Raſtadt nicht zurückbleiben wollte.

Der Oberſt wurde jetzt mißhandelt, und konnte kaum ſein Leben retten; und ebenſo entging der zuerſt Sohn des Großherzogs, der Prinz Friedrich, welcher Major bei dem Regimente war, und bei den Soldaten ſtets für ſehr beliebt gegolten hatte, nach ereglichen Verſuchen, die Leute zur Beſinnung zu bringen, nur durch einen Sprung aus dem Fenſter, der ſichtbaren Lebensgefahr.

Der große Haufe wälzte ſich ſchreiend und tobend, umgeben von der Menge und hier und da die Gewehre abfeuernd, nach der Wohnung des Oberſten, und richtete dort eine furchtbare Verwüſtung an.

Útěk Velkovévody Badenského z Karlsruhu.

La fuga del Granduca di Baden da Carlsruhe.

A' baden nagyherczeg megszökése Carlsruhéből.

Die Flucht des Großherzogs von Baden aus Karlsruhe.

Nach und nach bekam die Sache eine bestimmte Richtung, und aus der Volksmasse hörte man das Geschrei »Nach dem Zeughause,« und dahin rollte sich jetzt der Haufe unter einem furchtbaren Gebrülle

Im Zeughausdhof standen eine Abtheilung Bürgerwehr, einige Soldaten und ein Artillerie-Lieutenant. Als die Masse heranstürmte, fand sie die breite Straße durch eine kleine Abtheilung Dragoner gesperrt, die ein Rittmeister führte. Der aufrührische Haufe gab eine Salve, die den muthvollen Offizier nebst einen Korporal niederstreckte, und einige Andere verwundete. Der Rest der Dragoner, lauter Rekruten kamen in Unordnung und zogen sich zurück. So kam nun die Schaar an das Zeughaus Am Gitter suchte man durch Parlamentäre die Oeffnung des Thores zu erlangen, aber Alles blieb vergeblich. Die Aufrührer schossen, und ethielten von der Bürgerwehr eine Salve als Erwiderung, und so entwickelte sich bald ein fast zwei Stunden langes gegenseitiges Schießen, nach welchem zuletzt die Rebellen abziehen mußten, und die Bürgerwehre behauptete das Zeughaus.

Nach Mitternacht erfolgte ein neuer Anfall, aber auch dieser blieb erfolglos, und die Bürgerwehr hatte den Ruhm, gegen rebellische Soldaten die militärischen Vorräthe des Landes in einem ausdauernden Kampfe vertheidigt zu haben; — ein Ruhm der doppelt viel bedeutete, wenn man wußte, daß dieselbe Bürgerwehr zuerst in Baden das Verlangen ausgesprochen hatte, auf die Reichs-Verfassung beeidigt zu werden.

Nichts zeichnete die Lage besser als dieser ungewöhnliche Kampf; eine Bürgerschaft, die der Verfassung treu und aufrichtig anhängig war, schlug sich für die bestehende Regierung gegen meineidige Soldaten, welche das Werkzeug gewissenloser Demagogen geworden waren, und deren Sache man mit der Sache der Reichs-Verfassung verschmelzen wollte.

Bis zu dieser Zeit wußte man noch nicht, daß in diesem Augenblicke des heroelhaften Kampfes schon das Land ohne Oberhaupt und ohne Regierung war.

Schon am Abend, als der Tumult den höchsten Grad erreicht hatte, war es aufgefallen, daß sich keine sichtbare Spur einer Regierung und militärischer Oberleitung mehr zeigte.

Es schien, als hätten die Auftritte in Rastadt, Lörrach, Karlsruhe und die ganz erfolglosen Bemühungen einzelner Offiziere die moralische Energie derselben gebrochen.

Wenigstens waren nur noch Einzelne zu bemerken. Manche hatten ihre Uniform abgelegt oder die Stadt bereits verlassen. Es wurde auch versichert, daß der General Hoffmann den Rest der Dragoner sammeln, die reitende Artillerie von Gottesaue, nämlich einer Kaserne in der Nähe von Karlsruhe, dort erwarten und dann die Straßen säubern wollte. Aber die Dragoner, die sich dort sammelten, waren nur noch 40 Mann stark, und die Verbindung mit der Artillerie war durch den Kampf am Zeughause gestört gewesen.

Inzwischen hatte der Großherzog sich entschlossen, Karlsruhe zu verlassen. In dieser Absicht war Anfangs im Einverständnisse mit dem Ministerium verabredet worden, daß er sich auf der Eisenbahn nach Mannheim begeben sollte, wo die Garnisen bis dahin ruhig geblieben war.

Das Gerede, daß die Bahn unterwegs besetzt, und die Verbindung nicht ungehemmt sey, störte diesen Plan, nachdem der Großherzog schon auf dem Wege gewesen war, um in Gottesaue, eine kleine Strecke vor dem Thore von Karlsruhe den bereitgehaltenen Bahnzug zu besteigen.

Zu Fuß, im Dunkel der Nacht, schlug er jetzt den Weg durch den Hardtwald ein, der hinter dem Schloßgarten anfängt und sich bis in die Nähe des Rhein-Ufers ausdehnt.

Dort traf ihn der General Hoffmann, der die Sache in Karlsruhe als verloren betrachtete, und daher mit seiner Abtheilung Dragoner und der reitenden Batterie dem Großherzog nachgezogen war.

Der Großherzog, dessen Aeußeres die tiefste Niedergeschlagenheit zeigte, setzte sich nun auf den Protzkasten einer Kanone, und so ging nun der traurige Zug den Weg nach Germersheim.

Als der Morgen des 14 Mai herandrach, erfuhren die Bewohner von Karlruhe mit Erstaunen, daß der Großherzog und die Regierung sich entfernt haben, was ungemein niedergeschlagend auf die Bürgerschaft wirkte.

Noch war zwar das ganze Ministerium anwesend, mit Ausnahme des Kriegs-Ministers; doch gerade die Gegenwart dieses Mannes erschien jetzt am nöthigsten, und zudem fehlte dem Rest des Ministeriums die Anwesenheit des Staats Oberhauptes.

Kein Wunder also, wenn sich jetzt eine gedrückte Stimmung in der Residenz gestend machte. Zwar blieb noch ein Rest unverdorbener Soldaten vorhanden, aber die Rebellen vom Abend vorher, taumelten auch schon früh Morgens betrunken durch die Straßen, freilich in der Absicht, sich nach ihren Heimatsorten zurück zu begeben.

Außerdem war verdächtiges Gesindel genug in der Stadt, und Zuzug von Außen zu erwarten; die Bürgerschaft wegen ihres Kampfes gegen die Rebellen jeder Rache ausgesetzt, keine obere Leitung und Autorität mehr sichtbar — alle sehr erklärbar, wenn ein guter Theil der Bürgerschaft den Muth verlor.

So schickte man nun mit schwerem Herzen nach Rastadt, um den Landes-Ausschuß aufzufordern, daß er der Stadt Karlsruhe durch seine Anwesenheit Sicherheit und Ordnung garantirte.

Am Nachmittag des 14. Mai traf der Landes-Ausschuß umgeben von Freischaaren und den rebellischen Prätorianern in Karlsruhe ein, denn die revolutionäre Regierung war ungesäumt, — nach der Abwesenheit des Großherzogs — sogleich Besitz zu ergreifen.

Im Lande hatte man Sorge getragen, daß diese Begebenheit sogleich und schnell verbreitet werde. Schon am Sonntag Abend hatten die von Offenburg heimkehrenden Wortführer an den Eisenbahn-Stationen aus-

gerufen, man solle sich bewaffnen, nachdem die Preußen schon im Anzuge seyen.

Mit diesem Allarmgeschrei, welches die Besserunterrichteten sehr geschickt zu verbreiten wußten, konnte man die Unwissenheit und den Fanatismus in die nöthige Aufregung versetzen.

Die revolutionäre Parthei hatte ohnedieß in der letzten Zeit das Uebergewicht; also leicht erklärbar, wenn nun der Eindruck der Ereignisse, wie solche Stunde für Stunde auf einander folgten, den Muth der Konstitutionellen vollends brach.

Die rebellischen Soldaten, die sich selbst beurlaubt hatten, kamen nun einzeln in die Heimath und brachten die Bestätigung des Geschehenen.

Die von Offenburg zurückgekommenen dienten ebenfalls als Sendboten des Aufstandes, und an den Führern der Volks-Vereine hatte man in jedem Städtchen, und in jedem Dorfe die rechten Personen, die als Spione, Agenten, und Kommissäre für die revolutionäre Regierung gebraucht werden konnten.

So trat nun überall der revolutionäre Geist keck und entschlossen auf, ja auch an den Orten, wo bisher die Meinung eine andere gewesen zu seyn schien.

Eilends wurden jetzt in Bruchsal die Gefängniße erbrochen, und die politischen Gefangenen nebst manchen andern Verbrechern befreit. In Freiburg ward der Aufruhr unter den wankenden Soldaten angefacht. In Heidelberg wurden durch die revolutionären Stimmführer und den Pöbel-Terrorismus die Bürgerwehr in Bewegung gebracht und gezwungen, wahrhaft lächerliche Streifzüge gegen den vermutheten Feind zu unternehmen; — jedoch waren die Streifzüge so beschaffen, daß man sie mit einem blinden Kanonenschuß hätte auseinander treiben können.

Der Allarm war an der Tagesordnung, und die bedeutenden Städte bothen einen ganz revolutionären Anblick. Alles war in Waffen, alle friedlichen Geschäfte waren im Stocken, die untern Volksklassen waren voll Uebermuth, der Mittelstand war eingeschüchtert, rebellische Soldaten in ihrer schmutzigen ernachlässigten Gestalt, untermischt mit malerischen und grotesken Freischaarengestalten waren überall sichtbar; dazwischen brauste unaufhörlicher Lärm der Trommeln und Sturmglocken oft durch halbe Tage lang, endlich waren die Bahnhöfe mit Bürgerwehr oder Gensenmännern zahlreich besetzt.

Dieses war zieml so ungefähr das allgemeine Bild welches die bewegtesten Stellen des Landes bothen; doch gab es auch ruhigere Stellen; am ruhigsten und konservationsten war man aber in den Gegenden gestimmt, wo im verflossenen Jahre der Schauplatz des Struve'schen Aufstandes gewesen ist.

Die Auflösung des Heeres ging nun rasch vor sich, denn nachdem Rastadt verloren war, und der Rest der Karlsruher Garnison sich zerstreut hatte, konnte die ansteckende Wirkung der Meuterei im Oberlande nicht mehr niedergehalten werden.

Die Offiziere hatten dort nach Allem dem, was bekannt geworden ist, nichts versäumt, die Soldaten zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Sie blieben auf ihrem Posten so lange noch eine kleine Hoffnung des Erfolges vorhanden war, und vorübergehend schienen sie auch mit Erfolg zu handeln. Aber die Truppen lagen zerstreut.

Ein Bataillon vom dritten Regiment, welches an der Lörracher Meuterei Theil genommen hatte, zog jetzt nach Freiburg, wo zwei Bataillone vom zweiten Regiment und eine Abtheilung Kavallerie lag.

In den umliegenden Ortschaften, in Gundelfingen, Kroßingen bis an die Schweizergrenze hin zerstreut, lagen einzelne Abtheilungen vom ersten und zweiten Regiment und vom Dragoner-Regiment Großherzog, unter welchen es an besser Gesinnten nicht fehlte, die aber zerstreut und ohne Zusammenhang, der Verführung leichter zugänglich waren.

Unordnung erschienen Emissäre der Revolution, hetzten die Bevölkerung gegen die Soldaten, und die Soldaten gegen ihre Offiziere auf, und wo sich ein besserer Geist zu regen anfing, wurde er von der ansteckenden Macht des Ungehorsams, des Ehrgeizes und der Zuchtlosigkeit erstickt.

Es tösten sich in den nächsten Tagen zwischen dem 14. und 18. Mai die einzelnen Abtheilungen theils auf, theils folgten sie dem Befehle des Landes-Ausschusses, der ihnen weniger Arbeit, mehr Löhnung, und freie Wahl ihrer Offiziere versprach.

Einen Rest von Truppen aller Waffengattungen führte der General Gayling durch das Höllenthal nach der würtembergischen Grenze zu, und brachte sie bis Neustadt auf den Schwarzwald, da sie aber nicht über die Grenze wollten, so mußte er mit ihnen wieder umkehren.

Eine Abtheilung Dragoner, welche die würtembergische Grenze gewann, wurde von den Bauern mit Steinwürfen empfangen, und war also ebenfalls gezwungen umzukehren.

In allen diesen Dingen zeigte sich ein völliger Mangel militärischen Geistes und kriegerischen Ehrgefühls; und so reichte ein beschwerlicher Marsch, oder ein anderes unbedeutendes Hinderniß schon hin, auch unter den besser gesinnten Soldaten, die Disziplin zu brechen; und so ließ die Aussicht auf Genüsse ohne Mühe, und auf freie Zecht, sie Ehre und Fahneneid vergessen.

Man mag von allem Uebrigen, das dazukam, urtheilen wie man will; Soldaten waren das nicht, und alle sittlichen Bande, die ein Heer zusammenhalten soll, fehlten hier gänzlich.

Die Mißhandlungen der Offiziere, die im Augenblicke der Auflösung in diesen Gegenden vorkamen, richteten sich gegen den Stand im Ganzen, und nicht mehr gegen einzelne unbeliebt gewesene Vorgesetzte.

Es war die Rohheit, die sich hier zeigte; so wurde ein vortrefflichter Hauptmann der immer beliebt gewesen, in Kehl von den Soldaten des dritten Regiments auf eine solch empörende und bübische Weise mißhandelt, daß er diese Schande nicht überleben wollte, und sich durch einen Pistolenschuß selbst das Leben nahm.

Ja französische Offiziere, die nach Kehl berüber gekommen waren, sprachen selbst ihren Abscheu und ihre Verachtung gegen eine solch ungeschliffene Horde scheußlicher Soldatenburschen ganz offen und laut aus.

So war von Bruchsal bis an die Schweizergrenze kein Militär mehr, welches seiner Fahne treu geblieben wäre, und auch im Unterlande entschied sich die Sache sehr rasch.

Die Mannheimer Garnison war zwar bis dahin ruhig geblieben, aber unter der Infanterie wurde, wie unter den andern Regimentern nach Kräften gewühlt. Zuverlässig blieb nur die Reiterei, das zweite Dragoner-Regiment, von dem ein Theil nach Landau detachirt war, und welcher dort seine militärische Ehre während einer sechswöchentlichen Cernirung unbefleckt erhalten hat.

Entschlossene und kühne Führer hätten bei dieser Stimmung der Kavallerie, die sich auch während der Dauer des Aufstandes nie verläugnete, die ganze Besatzung wegführen können; aber man ließ sie hier ganz ungestört den Aufrührern überlassen, bis auch sie wankend gemacht waren.

Als die Nachrichten aus dem ganzen Lande übereinstimmend, den Abfall des Heeres bestätigten, war auch in Mannheim keine Aussicht mehr auf einen Umschlag.

Diese Lage der Dinge erklärt es, daß selbst der Rest der Badischen Truppen, welche der General Hoffmann in der Nacht vom 13. Mai aus Karlsruhe wegführte, und dem sich noch etwas Kavallerie und Geschütz angeschlossen hatte, nichts mehr ausrichten konnte.

Sie waren am Morgen des 14. Mai im Angesicht der Festung Germersheim angekommen, und mit ihnen der Großherzog. Der Gouverneur hielt es aber nicht für rathsam, die Truppen einzulassen, sondern öffnete nur der großherzoglichen Familie die Thore der Festung.

Letztere begab sich nach Lauterburg, wohin von Karlsruhe aus eine Menge von Beamten, Offizieren und viele Familien sich geflüchtet hatten.

Besser wäre es wahrscheinlich gewesen, wenn der Großherzog an der Spitze der kleinen Truppe Kavallerie und der 14 Geschütze blieb, und mit ihnen einen sichern Punkt genommen hätte — denn die moralische Wirkung seiner Anwesenheit auf Soldaten und Volk war noch immer sehr hoch anzuschlagen.

General Hoffmann schlug am folgenden Tage, nämlich den 15. Mai den Weg nach Neckar ein, es schien aber bei der Beschaffenheit der Eisenbahnbrücke nicht möglich, Geschütz und Pferde hinüber zu bringen. Er wendete sich nun zurück, und nahm zwischen Heidelberg und Wiesloch den Weg über die Berge nach Sinsheim.

Züge von Bürgerwehr aus Heidelberg, Mannheim u. s. w. sie wie eine Abtheilung der Mannheimer-Truppen machten Miene ihn zu verfolgen; aber es war ihnen doch nicht recht ernstlich darum zu thun, und die Bürgerwehren hielten sich daher möglichst sicher aus der Schußweite.

So kamen die Truppen nach einem fünfzehnstündigen Marsche, ermüdet und ausgehungert am 16. Mai in Fürfeld und Bonnfeld, zwei württembergischen Grenzorten bei Heilbronn an, wo sie Rast machen wollten.

Aber nur mit Mühe bekamen die Truppen ein Nachtquartier, und ein Theil mußte auf dem Felde bleiben. Dieses Alles zusammen genommen, mit der Thätigkeit badischer und würtembergischer Demokraten, die sich auch hier gleich auf dem Platze zeigten und die Bewohner aufhetzten, entmuthigte die kleine Truppe, wozu noch kam, daß ein tüchtiger Artillerie-Offizier von Verzweiflung überwältigt sich selbst erschoß; ein Fall, der den Soldaten ihre Lage trostloser erscheinen ließ als sie es wirklich war.

Diese Leute gaben sich jetzt ganz erschöpft der unentbehrlichen Ruhe hin, als sie auf einmal in der Nacht durch ein ungewöhnliches Lärmen geweckt wurden. Die Anhänger des Aufruhrs hatten nämlich in Sinsheim und in der Umgegend zwar nicht gewagt, die wenigen hundert Mann Soldaten aufzuhalten; aber sie schlugen Allarm, trommelten die Bürgerwehren in der Umgegend zusammen, welchen sich eine Abtheilung Heidelberger und Heilbronner, so wie eine Truppe rebellischer Soldaten angeschlossen hatten, inclinirten die Stellung der flüchtigen Truppen aus, und überfielen sie auf diese Weise am würtembergischen Gebiethe, wo sich die erschöpfte Mannschaft sicher glaubte.

An einen Widerstand war bei der Ueberraschung und Erschöpfung gar nicht zu denken. In Fürfeld zerstreuten sich die Truppen, die Offiziere flüchteten sich, der Oberst der Dragoner wurde gefangen genommen, und die Geschütze wurden weggeführt.

In Bonnfeld hatte sich ein Theil der Soldaten ebenfalls schon entfernt, den andern Theil stellte der General Hoffmann die Rückkehr frei; und so zogen sie mit ihren Waffen und dem Geschütz in's Badische zurück.

Bezeichnend ist, daß die Offiziere, welche sich nicht mehr hatten flüchten können, den greulichsten Beschimpfungen und Mißhandlungen ausgesetzt waren.

Der Leichnam des Artillerie-Hauptmanns, der sich, wie schon gesagt, aus Verzweiflung selbst erschossen hatte, wurde von den Hasmersheimer-Bürgerwehrmännern geschändet, und man warf ihn so wie ein Spielwerk auf der Gasse von Bonnfeld herum.

Ja der Rest der Offiziere wäre von diesen entmenschten Blutmännern unfehlbar ermordet worden, wenn nicht eine Abtheilung der Heilbronner Feuerwehr die Unglücklichen herausgerissen und sicher nach Heilbronn gebracht hätte.

Der provisorische Landes-Ausschuß hatte wohl im Innern des Landes für's Erste keinen ernsten Widerstand zu fürchten, aber die Lage der Führer war dieserwegen um nichts beneidenswerther. Es ist bereits schon gesagt worden, daß Leute, wie Brentano von den letzten Ereignissen mehr überholt worden sind, als daß sie diesen Gang gewünscht hätten

Sie hatten Einsicht genug, zu begreifen, daß ein solcher Aufruhr, wenn er nicht im ersten Augenblick ganz Süd-Deutschland und die Rheinlande mit fortreißt, eine verlorene Sache ist.

Leute wie Itzstein hielten sich daher im Hintergrunde. Derselbe war mit Becker, dem würtembergischen Abgeordneten, und dem Mannheimer Kaufmann Sachs in Karlsruhe erschienen, und hatte dort angelegt, ob die Stadt Karlsruhe nicht für die Reichs-Verfassung die Initiative ergreifen und eine andere provisorische Regierung einsetzen wolle, als die der »jungen Leute« von Offenburg.

Der Bürgermeister von Karlsruhe, ein freisinniger und charakterfester Mann, gab sich freilich zu solchen Intriguen nicht her; und er hatte mit Widerstreben eingewilligt, daß man sich mit dem Landes-Ausschuß in Verbindung setzte, mehr wollte und konnte er nicht thun.

Als der Landes-Ausschuß am 14. Mai in Karlsruhe einzog, fand derselbe in den Staats-Kassen noch gegen drittehalb Millionen Gulden, — im Heere kam es natürlich auf keinen Widerstand mehr, und unter den Beamten zeigte sich Einschüchterung und passiver Gehorsam.

Die Minister Beck, Dusch, Stangel und Hoffmann hatten noch einen Theil des Tages in Karlsruhe zugebracht, und wanderten dann ebenfalls nach Lauterburg, leider aber ohne die größern Geldsummen, die sich gerade in den Kassen noch vorfanden dem Staate zu retten.

»Nur der größte Drang der Umstände,« sagten sie in einer öffentlichen Erklärung, »dir Schlag auf Schlag sich folgenden Ereignisse, der Abfall eines Theils der großherzoglichen Truppen, die ungesetzlichen Beschlüsse einer Volks-Versammlung in Offenburg und die daraus unmittelbar hervorgegangenen Gefahren eines bewaffneten Zuzugs nach Rastadt und Karlsruhe, endlich die ganz unerwartete Meuterei eines Theils der Garnison, alles dieses zusammen konnte den Großherzog, nachdem jede Bürgschaft für die Erhaltung einer wohlbegründeten Ordnung und Sicherheit für den Augenblick verschwunden war, nach dem Rathe seiner Minister bewegen, seine Residenz auf eine kurze Zeit zu verlassen, um sich wo möglich an den Sitz der provisorischen Centralgewalt nach Frankfurt zu begeben.« Weiters sagten die Minister: »Ihm zu folgen sey ihre Pflicht, nachdem sie sich zugleich für die Rechte des Großherzogs verwahrten, und alle Bürger, Behörden und Beamten aufforderten, in ihrer Treue gegen den Regenten, gegen die Reichs- und Landes-Verfassung unerschütterlich zu bleiben.«

In der That war also jetzt der Landes-Ausschuß die einzige Regierung, die im Lande bestand.

Gleichwohl trug er in sich die Keime der Schwäche und Auflösung. Mit den Leuten, welche den Ausschuß bildeten, nämlich mit verdorbenen Schullehrern, Geistlichen und Literaten, ohne Kenntniß und Erfahrung, mittelmäßigen Advokaten und meinetdigen Soldaten, konnte man unter den günstigsten Verhältnissen nicht regierern; denn sie brachten dazu nichts mit, als die demokratischen Tagesphrasen, und höchstens etwas Zungenfertigkeit, wie man sie in Volks-Vereinen und Volks-Versammlungen braucht.

Auch die begabteren Männer, wie Fickler, Brentano und Struve, besaßen höchstens Advokaten- und Demagogen-Talent, zum Regierungsgeschäft fehlte es ihnen aber so gut wie Allen.

Achtung und Vertrauen hatte Keiner von ihnen unter den Vernünftigen und Besonnenen im Lande, und selbst die rigore Parthei war für zu unordentlig, wenn sie nicht deren ungestümmen Gelüsten fröhnte. Brentano fühlte dieses und richtete darnach sein Benehmen ein.

Vom Augenblick seiner Ankunft in Karlsruhe suchte er durch Mäßigung und Beruhigung sich die Stimmung der viel gesch mähten »Bourgoisie« und des Beamtenthums zu sichern; sein Auftreten stand mit den wilden jakobinischen Reden, die man von ihm gehört hatte, im schneidendsten Gegensatze.

Die Beamten im Ministerium bewog er zur Leistung eines Eides, worin Gehorsam gelobt ward, vorbehältlich der Verpflichtung auf die Landes-Verfassung. Die Beamten waren in dem Glauben, um Schlimmeres zu verhüthen, schwach genug, diesen Eid zu leisten, obwohl die ganze Existenz und jede Handlung des Landes-Ausschusses eine Verhöhnung der Landes-Verfassung blieb.

Dem Brentano war damit ein Stein vom Herzen gefallen, gegen den Widerspruch seiner Kollegen setzte er jene lahme Klausel durch, die das Gewissen der Beamten beschwichtigen sollte. Er sah ein, daß er mit seiner Parthei nicht regieren konnte, und die Unfähigkeit, die er ihr später in seinem Abschiedsschreiben vorwarf, trat gleich Anfangs zu Tage. Darum lag ihm auch Alles daran, die alten Beamten im Dienste zu erhalten.

Ja selbst wenn, wie es die Gerichtshöfe thaten, der Eid förmlich verweigert und die Anhänglichkeit an die rechtmäßige Regierung offen ausgesprochen ward, so ignorirte er es, um die Schwäche und Unfähigkeit der revolutionären Regierung nicht blos zu stellen.

So befand er sich also jetzt in einer ganz prinlichen Lage.

Man hatte eine Revolution gemacht, und doch fehlte es an dem Stoffe und den Hilfsmitteln zu einer wahrhaft revolutionären Energie. Man hatte den Großherzog durch angeklagte Meuterein und rebellische Versammlungen zur Flucht genöthigt, und doch hätte Brentano nichts mehr gewünscht, als unter dem Namen des anwesenden Großherzogs zu regieren.

Den Großherzog zurückzurufen, war aber der Umgebung wegen, in welchre sich Brentano befand, nicht möglich. Die unfähigen und thörichten Menschen, die den Haupttheil seiner Parthei bildeten, glaubten im Ernste an eine badische Winkel-Republik, und hätten eine Kapitulation als einen Verrath angesehen. Leute aus allen Ländern, nämlich Deutsche, Schweizer, Polen, Franzosen, Ungarn, die sich mit Affektation als rothe Republikaner ankündigten, bildeten den Setkurs, der wie ein Unkraut aus der Erde wuchs. Struve und seine früheren Freischaaren, Willich und sein desperates Korps, Karl Heinzen, der bekannte Becker aus Biel, Tzschirner aus Bautzen stellten sich rasch ein und drängten zur revolutionären Energie. Struve, Blind, Born-

ſtedt, und der Literat Oppenheim, waren in Wort und Schrift die Träger dieſer Politik.

Sie bildeten vom Anfang an die Antipoden des Brentano; und während die konſtitutionelle Preſſe unfreiwillig verſtummt war, machten die Organe des äußerſten Radikalismus ſehr bald Oppoſition. Brentano ſtand ſo zwiſchen zwei Feuern. Von den Konſtitutionellen gefaßt, von einem Theil der eigenen Parthei als Reaktionair angegriffen, war er unwillkürlich zum Organ der Schwäche, Halbheit und Vermittlung geworden. Dem revolutionären Ungeſtüm trat er entgegen und von ſeinem Standpunkt aus mit Recht, denn ein Struve'ſches Experiment der ſozialen Republik hätte den lockern Bau in den erſten drei Tagen zertrümmert.

Namentlich den Truppen gegenüber wäre ein ſolcher Verſuch unfehlbar geſcheitert. Nachdem der erſte Rauſch vorüber war, ſtellten ſich die moraliſchen Folgen ein; wenigſtens die Regimenter, welche nicht von Anfang an, an dem Aufruhr Theil genommen hatten, waren gedrückt und innerlich beſchämt. Auch das Aeußere trug dazu bei; der Schmutz, die Liederlichkeit und der Mangel einer feſten taktiſchen Ordnung an den Volksherr machte zunächſt auf die Soldaten ſelbſt, die Beſſeres gewöhnt geweſen waren, einen peinlichen Eindruck. Man konnte von Hunderten hören: Wäre nur der Großherzog wieder da, hätten wir nur unſere Offiziere wieder! Der innere Ingrimm und die Reue ſprach ſich bezeichnend darin aus, daß ſich bei jeder Veranlaſſung gegen die bekannten Anhänger der rothen Republik, gegen Struve und Konſorten, ein offener rachſüchtiger Haß der Soldaten äußerte. Von den Verſprechungen war, außer einer Soldzulage von 4 Kreuzern, nur dieſe erfüllt worden, daß alle Disziplin und aller Gehorſam aufhörte. Die meiſten neugewählten Offiziere waren ſo beſchaffen, daß man ihrer Unfähigkeit ſpottete, ſtatt ihnen zu gehorchen.

Alſo kein Wunder, daß die Soldaten, wenn ihre Vorgeſetzten vorwärts kommandirten, nicht ſelten gerade den entgegengeſetzten Weg nahmen, und ihre Offiziere die ehemaligen Kameraden mit Schmähungen überhäuften. Vergebens ſuchte der Landes-Ausſchuß in einer Menge von Proklamationen die Soldaten im Rauſche zu erhalten, vergebens verſicherte ſie der Kriegsminiſter mit den Worten: »ſie hätten ſich um das ganze deutſche Vaterland verdient gemacht.« Das Gefühl der Verſtimmung und Entmuthigung prägte ſich in ihren Mienen und in ihrer Haltung unverkennbar aus.

Der Landes-Ausſchuß mußte zudem damit den Anfang machen, einen Theil der Verſprechungen zu widerrufen. Die eidbrüchigen Soldaten waren heimgegangen und hofften auf Urlaub, und ſchon nach wenig Tagen mußte man ſie wieder in die Garniſonen einberufen.

Vor der Meuterei hatte man ihnen Disziplin und Subordination als eine unerträgliche Despotie dargeſtellt; jetzt wurde ihnen aber in Proklamationen erklärt, daß ſtrenger Gehorſam die Grundbedingung eines jeden Heeres ſey. Man hatte ihnen die freie Wahl der Offiziere zugeſagt; jetzt wurde aber, da man ſich von der Unmöglichkeit dieſes Verfahrens überzeugt hatte, nachträglich erklärt, dieſes beziehe ſich nur auf die Stellen bis zum Hauptmanne.

Dieſes Alles wirkte zuſammen, um das Militär zu einer ſehr zweideutigen Stütze zu machen. Zwar war es für den Landes-Ausſchuß eine bedeutende und in Revolutionen ſeltene Hilfe, daß er gleich bei ſeinem Eintritte über acht Regimenter Soldaten, eine vortreffliche Artillerie und eine militäriſche Zurüſtung zu verfügen hatte, wie ſie wohl keinen der kleineren und mittlern deutſchen Staaten zu Gebothe ſtand; allein es fiel nicht leicht, mit dieſem aufgelöſten Heere zu agiren; denn die Truppen wendeten die eingezogenen Lehren gegen die Lehrer ſelbſt an. War ihnen etwas unbequem, ſo drohten ſie der proviſoriſchen Regierung mit denſelben Waffen, womit ſie die rechtmäßige Regierung geſtürzt hatten. So mußte man ſchon am 21. Mai in Karlsruhe einen Aufſtand befürchten, weil man die verſprochenen Einſtands-Kapitalien nicht auszahlte, und man mußte mitten in der Nacht von Erlingen, Durlach und Pforzheim Zuzüge kommen laſſen, um vor den eigenen Prätorianern oder Leibwachen ſicher zu ſeyn.

Ein paar Tage ſpäter mußte man eine Abtheilung Artillerie ſchnell wegſchaffen, damit es nicht zu einem Zuſammenſtoß komme. In Heidelberg gelang es dem Brentano einmal nur mit Mühe, die Dinge wieder in's Geleis zu bringen, während die Soldaten durchaus auf die Zurückberufung des Großherzogs drangen. Auch beſtand zwiſchen den Soldaten und den Freiſchärlern ein ſchlechtes Verhältniß; und es kam nicht ſelten vor, daß die Soldaten, wie früher, zum Verdruß der monarchiſchen Regierung das Hecker lied geſungen, jetzt zum Schrecken der revolutionären Gewalt dem Großherzog ein freudiges Lebehoch ausbrachten.

Einzelne Waffengattungen, beſonders die Kavallerie, machte zudem gar kein Geheimniß daraus, daß ſie eher je lieber gegen die revolutionäre Regierung die Waffen ziehen würden. Ein Beiſpiel beweiſet ſogar, wie wenig dazu gehörte, die revolutionäre Regierung in Schrecken zu jagen.

Das Dragoner-Regiment Großherzog war nämlich, nach der Auflöſung der oberländiſchen Truppenkorps, noch ziemlich vollſtändig beiſammen geblieben.

Der revolutionäre Civil-Kommiſſär in Freiburg hatte ſich daher auch dazu verſtanden, mit dem Rittmeiſter Namens Glaubiß auf die Bedingungen einzugehen, daß ſowohl der General Gayling, ſowie alle andern Offiziere ihren freien ungehinderten Abſchied erhielten; das Regiment aber nach Karlsruhe in Garniſon verlegt, und auf nichts anderes beredigt würde, als auf die Reichs-Verfaſſung ohne jeden andern Zuſatz.

Der Rittmeiſter führte nun das Regiment nach Karlsruhe; als ihnen aber unterwegs ein Pole in Sigel's Auftrag den Befehl brachte, nach Raſtadt zu marſchiren, wurde derſelbe von dem Rittmeiſter und der Mannſchaft mit kurzen Worten abgewieſen.

Angſt und Schrecken erfaßte den proviſoriſchen Landes-Ausſchuß, als er dieſes erfuhr, und am Abend des 24. Mai das Dragoner-Regiment einrückte.

Am nächſten Morgen wurden die Offiziere in dem Gaſthauſe, wo ſie wohnten, verhaftet, und vor den Landes-Ausſchuß geführt. Der Rittmeiſter Glaubitz gab bemſelben eine bündige und energiſche Erklärung, und berief ſich auf ſeine Kapitulation. Aber große Maſſen von Freiſchaaren hatten indeſſen das Ständehaus, wo dieſes vorging, umringen und beſetzt, und der Landes-Ausſchuß brach nun die Kapitulation, und ließ die ſieben Offiziere, von welchen man offenbar den Umſturz der Regierung fürchtete, als Gefangene nach Raſtadt in die Kaſemattten bringen.

Das Uebrige dieſer volksthümlichen Regierung war folgenden Inhalts: »Der Landes-Ausſchuß hat beſchloſſen: Die ſieben Offiziere vom Dragoner-Regimente Großherzog 1) in Erwägung, daß ſie das Regiment in feindlicher Abſicht nach Karlsruhe geführt, 2) in Erwägung, daß ſtarker Verdacht eines Verſuchs zum Umſturz des Landes-Ausſchuſſes auf ihnen laſte, 3) in Erwägung, daß dieſelben den Befehlen unſers Kriegs-Miniſteriums nicht Folge geleiſtet, und 4) in Erwägung, daß dieſelben reaktionäre Reden gehalten haben, ſind zu verhaften, ſogleich nach Raſtadt in Unterſuchungshaft zu bringen und die Unterſuchung gegen dieſelben einzuleiten.«

Nachdem dieſe Offiziere in Raſtadt den Mißhandlungen der Soldaten ausgeſetzt, und auf beſtialiſche Streh acht Tage lang ohne Verhör gelegen waren, brachte man ſie am 9. Juni nach Raſtatt, wo ſie am 13. Juni endlich freigelaſſen wurden.

Als der Landes-Ausſchuß in Karlsruhe inſtallirt war, hatte er eine Exekutiv-Kommiſſion ernannt, welche aus den Männern Brentano, Peter, Eichfeld und Goegg beſtand. Dieſe Kombination hatte jedenfalls den Zweck, dem Brentano die Stellung nicht zu erſchweren. Peter, deſſen Geiſtesarmuth nur durch eine grenzenloſe Eitelkeit überboten ward, hatte nie etwas Bedeutendes geleiſtet, noch hatte er ein anderes Verdienſt, als unter dem vormärzlichen Syſtem hitzkirer geworden zu ſeyn.

Eichfeld, ein Ober-Lieutenant, war ebenfalls nur durch erdulete Verfolgung und durch eine leidliche Schrift über das Militärweſen bekannt geworden.

Goegg war ein junger Zollbeamter, der bis zum Monat Mai nebſt ſeiner Staatsdienerſtelle die Rolle eines Vize-Präſidenten der Badiſchen Volks-Ausſchüſſe verſehen hatte, und dem man neben einer naiven Einfalt wohl das Gute zugeſtehen muſte, daß er ein aufrichtiger Anhänger ſeiner Sache, ohne gemeine und eigennützige Gründe geweſen iſt.

Der Landes-Ausſchuß und die Exekutiv-Kommiſſion fingen ihre Regierung mit einer Menge von Proklamationen an, die ganz den Stand der Sache bezeichneten.

Sie waren matt, ohne wahrhaften revolutionären Aufſchwung, unbeſtimmt in der Form, und nur an den gewöhnlichen Phraſen reich, an welchen die ſogenannte Demokratie der jüngſten Epoche ſich kennbar machte.

Bald ſprach man gegen die Tyrannen Deutſchlands, oder von den zu Berlin gefallenen Opfern ꝛc., und bald ſchlug man wieder einen gedämpftern, weniger jakobiniſchen Ton an, vermied überall ſorgfältig das Wort Republik, und bat in einem ſtehenden Tone erſtmals die deutſchen Völker und Heere um Freundſchaft und brüderliche Hilfe.

Was dieſe Anſprachen mit allen öffentlichen Kundgebungen der Regierung fehlte, war die innere Wahrheit, die Würde und das echte revolutionäre Feuer.

Das offizielle Blatt, unter dem Titel die Karlsruher Zeitung, welches nach einander K. Blind und Oppenheim, zwei Leute ohne Schwärmerei und Begeiſterung, redigirten, war in der Art, wie es nur die ſchlechteſten Erzeugniſſe der Winkelpreſſe ſeyn konnten. Wenn man den Ton, worin ſie die Anſprüche der geflüchteten Regierung und des Großherzogs behandelten, mit der feigen Flucht verglich, die ſie ſelbſt beim erſten Kanonenſchuß oder noch früher unternahmen, ſo konnte man in ihnen wie in Allem was geſchah, nur ſchwächliche kindiſche Abdrücke der erſten franzöſiſchen Revolutionsſcen erblicken.

Die Leute waren ſo gemein wie Marat, Hebert u. ſ. w.; aber ohne die Energie des Fanatismus, und ſo konnte man aus allen dieſen Menſchen zuſammen genommen noch keinen Danton machen, den ſie doch ſpielen wollten.

Die erſten Verordnungen der neuen Gewalt ſetzten die flüchtigen Miniſter ab, löſten die Kammern auf, beriefen auf den 10. Juni eine konſtituirende Verſammlung nach einem eigens gegebenen Wahlgeſetz, ruften den Bürger Hecker aus Nord-Amerika zurück, verordneten eine Bewaffnung aller Gemeinden und eine Mobilmachung des erſten Aufgebots, das heißt, aller unverheiratheten jungen Männer von 18 bis zu 30 Jahren.

Ferner wurde angeordnet, alle reaktionären Beamten für die Zeit der Gefahr unſchädlich zu machen. Der franzöſiſchen Regierung und der Schweiz den Regierungs-Antritt des Landes-Ausſchuſſes zu notifiziren, die Hinterbliebenen der im Kampfe fallenden aus den Staatsmitteln zu verſorgen, alle Gefängniſſe zu unterſuchen, ob noch politiſche Gefangene ſich darin befinden, ſämmtliche Grundlaſten unentgeldlich aufzuheben, die Gemeinde für unbedingt ſelbſtſtändig zu erklären, die Beſchlüſſe der Kammer feit dem 17. Februar zu annulliren, die Preſſe ohne alle Beſchränkungen frei gewähren zu laſſen, und den untergeordneten Beamten bei der Eiſenbahn angemeſſene Belohnungen zuzuſichern.

Es hatte freilich ſeine eigene Bewandtnis mit dieſen Anordnungen, denn manche, wie z. B. die unentgeldliche Aufhebung der Grundlaſten blieben bloß auf dem Papiere ſtehen; — die unbedingte Freiheit der Gemeinden ſtand in einem ſeltſamen Widerſpruche mit der willkürlichen Ein- und Abſetzung mißliebiger Gemeinde-Beamten. Dann, nachdem die Preſſe für unbedingt frei erklärt ward, nahm man doch die konſtitutionellen Blätter mit Gewalt in Beſchlag oder

verboth ihnen ausdrücklich, irgend etwas Reaktionäres zu veröffentlichen.

Während man in Offenburg die Aufhebung aller bisherigen Steuern beschlossen hatte, mußte jetzt ein halboffizieller Artikel die Steuerverweigerungen für ein Mißverständniß erklären, womit man in Zeiten gewaltiger Aufregung gewisse Rechts-Verhältnisse falsch beurtheilte!

Während man hochmüthig verkündigt hatte, das schwarze Kabinet, das unter der Monarchie existirte, sey aufgehoben worden, und sich von der Ober-Postbehörde mußte förmlich Lügen strafen lassen, trieb man selbst die Verletzung des Briefgeheimnisses auf eine schamlose Weise.

Während man heute Gesetze erließ, die unter dem Militär oder der Bevölkerung Unzufriedenheit erregten, mußte man dieselben morgen widerrufen, nachdem man sie lächerlicher Weise für einen Irthum erklärte.

In den einzelnen Landestheilen war durch diktatorische Regenten regiert worden.

Kriegs-Kommissäre sorgten für die militärische Organisation, Civil-Kommissäre für die Verwaltung und Polizei, die bürgerliche Rechtspflege stand fast ganz still. Es war nicht schwer, die einflußlose Bureaukratie der Beamten zu beseitigen, wohl aber desto schwerer, etwas Achtunggebietendes und Würdiges an die Stelle zu setzen.

Die Civil-Kommissäre nahm man fast ausschließlich aus den Führern der einzelnen Volks-Vereine oder aus den Ständen, die sich am meisten an dem Umsturze betheiligt hatten, nämlich aus Advokaten, Schullehrern, Apothekern, Scheerern und bisweilen auch aus Pfarrern.

Da hatte ein jeder Bezirk seine eigenthümlichen Erlebnisse.

Die Kriegs-Kommissäre und Organisatoren der Volkswehr, wie z. B. Bicke, Germain Metternich, verschiedene Polen, der Student Schläfel, ꝛc. ꝛc. ꝛc. lebten entweder in Saus und Braus, spielten die großen Herren, oder trieben mit ihren Freischaaren ein chikanöses Gewalt-Regiment.

Das erste Aufgebot wurde zusammen gepreßt, eingeübt, alle bedeutenden Städte waren erfüllt mit den buntesten Gestalten, die man aus der Nähe und Ferne zusammen trieb, auch an Lärm und Verwirrung fehlte es nicht.

Die Civil-Kommissäre bestanden hier und da aus haemlosen Leuten, die nichts weiter verdarben, als daß sie die Desorganisation des Staats vollenden halfen; hier und da waren es freche Burschen, welche selbst die Geduld der geängstigsten Bevölkerung ermüdeten, und manchmal besonders auf dem Lande muthigen Bürgermeistern Antworten abnöthigten, wie sie Göz von Berlichingen dem kaiserlichen Trompeter gab.

Je kleiner der Ort war, desto größer war in der Regel die gewaltsame Willkür und Chikane; da man nicht selten auch das nichtswürdigste und verdorbenste Subjekt der ganzen Gegend zum Kommissär ernannt hatte.

Den Grundrechten, für die man zu arbeiten vorgab, zum Hohn, trieben diese Menschen die Gewalt und Rechtlosigkeit oft viel weiter, als sich selbst durch die äußerste revolutionäre Nothwendigkeit entschuldigen ließ.

Die Mißhandlung anständiger und gebildeter Leute gehörte zum guten Ton, wobei es nicht selten geschah, daß man in abgelegenen Gegenden die Gewalt zur Ausübung von Privatrache und Bosheit benutzte; und so ging der bubenhafte Uebermuth fast in's Unglaubliche.

So z. B. handelten die Kommissäre auf der Eisenbahn nach Laune und ohne Beürfniß über Extrazüge. In den Gasthäusern schlammten sie und hielten für ihre Gesinnungsgenossen offene Tafel ꝛc.

Kurz es gab kein Laster, keine Gewaltsamkeit, keine Ausschweifung ihre schlimmsten monarchischen Zeiten, worin diese Republikaner sich nicht ausgezeichnet und hervorgethan hätten.

Begleitend für die Verwirrung und Demoralisation aller rechtlichen und politischen Begriffe blieb, daß dasselbe Philisterthum, das unter der gefürchten liberalen Regierung in das Geschrei gegen Despotie und Unterdrückung am lautesten eingestimmt hatte, sich unter diesen Zustand rechtloser Willkür gedultig beugte, und es sogar löblich fand, daß es nicht noch bunter herging.

War ja doch, hörte man sagen, kein Eingriff in das Eigenthum geschehen.

Man schien also mit der Verhöhnung aller bürgerlichen und politischen Rechte, mit dem Pascharegiment der Kommissäre, für's erste zufrieden, und ließ sich die Einquartirungslast der Tausenden von Freischaaren und Soldaten stillschweigend gefallen.

Die Taschen der Privaten brauchte man freilich noch nicht anzugreifen, denn die Millionen an Geld und Geldes Werth, die man aus den Staatsmitteln nahm und verschleuderte, konnten wohl leicht auf einige Wochen hinreichen.

Sagte doch Brentano selbst in seiner Erklärung: »Ihr werdet staunen, wann ihr seiner Zeit die Rechnungen sehr, wie man mit eurem Gelde gehaust, wie es nur Wenige waren, welche ohne Eigennutz der Sache des Volks sich geopfert, wie die große Mehrzahl keinen Schritt gethan hat, für welchen sie sich nicht aus den Kassen des Staats hätte bezahlen lassen.

Sogleich im Anfange unserer Revolution zogen sich Hunderte von Abentheurern in unser Land; sie pochten darauf, daß sie für die Freiheit gelitten haben, sie wollten aus euern Kassen den baaren klingenden Lohn erhalten; vor uniformirten Schleppsäbel tragenden Scheerern konnte man kaum mehr über die Straßen gehen; von eurerem Gelde schwelgten diese Müßiggänger, während euer Söhne, welche für die Freiheit des Vaterlandes ihre Brust den feindlichen Kugeln aussetzten, darben mußten; und derjenige, der diesem Treiben entgegen trat, der mußte sich einen engbrezigen Spießbürger, einen Reaktionär oder Verräther schelten lassen.«

Die gewissenlose Verschleuderung der öffentlichen Mittel war nun auch die Ursache, daß man sich bald in der Verlegenheit befand.

Man forderte zu freiwilligen patriotischen Gaben auf, entbüllte aber durch den unter aller Erwartung geringen Ertrag nur eine neue Schwäche.

Inzwischen mußte der Landes-Ausschuß auch an die auswärtige Politik denken, und sich Verbündete suchen.

Seit der Auflösung des Parlaments und der traurigen Rolle, welche der Rumpf desselben in Stuttgart spielte, bezeichnete sich der Landes-Ausschuß mit diesen Schatten einer deutschen National-Vertretung sich zu verbinden.

Pomphaft ward in zwei Proklamationen angekündigt, daß das Parlament durch die Abgeordneten Raveaux, Erbe und Trützschler den Schutz des badischen Volks gegen die zum Umsturz der Reichs-Verfassung verbündeten Mächte nachgesucht habe.

Der angekündigte Aufstand in Württemberg, den der Rumpf der National-Versammlung dort anfachen sollte, scheiterte; die Bewegung im übrigen Deutschland nahm unter dem Eindruck der badischen Ereignisse eher ab als zu.

So verbrüderte man sich mit der Pfalz, das heißt, mit der provisorischen Regierung eines Landes, die dort keine Achtung und kein Ansehen besaß, und deren Schilderhebung, obwohl sie innerlich viel berechtigter war, als die badische, aber an der eigenen Jämmerlichkeit scheiterte.

Am 17. Mai ward sonach ein Vertrag mit dieser Regierung abgeschlossen, nach welchem in militärischer Beziehung Baden und die Rheinpfalz Ein Land bilden, das badische Kriegs-Ministerium die Verwaltung für beide Länder gemeinsam führen, und die Einnahmen beider Länder in allen Beziehungen so angesehen werden sollten, als gehörten sie einem und demselben Lande an.

Die erste Frucht dieser Union war eine Absendung des Blind und Didier — nach Paris.

Ein Artikel in dem offiziellen Blatte flehte gleichzeitig die Franzosen in niedriger Unterwürfigkeit um Hilfe an; worin es heißt: »An den Rhein! an den Rhein! für die europäische Freiheit, für die Verbrüderung der Nationen! Dieß ist heute, wie wissen es, das Feldgeschrei der französischen Demokratie. Wir rufen euch also, Brüder Frankreichs: an den Rhein! an den Rhein! Die Freiheit Europa's ist in Gefahr, Frankreich darf nicht fehlen auf dem Posten der Ehre. Vorwärts im Namen der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit.«

Konnte man so ungescheut alle nationale und politische Scham ablegen, so war es nicht zu wundern, wenn man in Ermanglung eines andern Rückfalls mit den gröbsten Lügen um sich warf.

Heute versicherte das offizielle Blatt, Hessen sey aufgestanden, morgen ließ es Rheinpreußen sich erheben; ein anderes Mal die preußische Landwehr rebellisiren oder in Frankreich eine Revolution ausbrechen.

Brentano selbst verkündigte Letzteres in einer offenen Versammlung; während das Entgegengesetzte geschehen war.

Die Lüge, daß hunderttausend Franzosen kommen würden, wurde den Massen wie ein Glaubens-Artikel eingeprägt; und noch im Augenblick der Niederlage hörte man aus dem Munde der badischen Soldaten, daß die französische Hilfe nicht ausbleiben werde.

Das deutsche Volk hatte inzwischen stillschweigend aber unzweideutig sein Votum abgegeben.

Konnte vielleicht im Anfang in den 29 verfassungstreuen Staaten die Stimmung noch unklar seyn; der Verlauf der Dinge in Baden mußte jeden Zweifel beseitigen.

Diejenigen unter den badischen Revolutionsmännern, welche Anfangs geträumt hatten, von Baden aus könne der Anstoß zu einer allgemeinen deutschen Revolution gegeben werden, und welche auch jetzt noch immer diesen Gesichtspunkt festzuhalten suchten, mußten sich nach und nach gestehen, daß dazu keine Aussicht vorhanden war.

Die Sache blieb, was sie vom Anfange her gewesen war, nämlich ein badischer Krawall, eine badische Soldaten-Meuterei, unterstützt durch den Zuzug der revolutionären Abenteurer aller Länder, aber ohne irgend einen Rückhalt im deutschen Volke

Nicht einmal die kleinen und zum Theil sehr exponirten Nachbarländer wurden in den Strudel hereingerissen.

Auf Hessen-Darmstadt z. B. hatte man ganz sicher gerechnet, und badische Blätter verkündigten schon im Momente wo der Schlag geführt werden sollte, auch Hessen sey aufgestanden und der Großherzog habe sich geflüchtet.

Waren doch in Hessen manche ähnliche Elemente wie in Baden vorhanden; das Land war von der Pfalz und dem Badischen begrenzt, und ein Theil des Volks erschien eben so durchwühlt, wie in Baden. Auch zeigte sich die Mißstimmung der besten Patrioten in Hessen gegen Preußen und seine Politik nicht weniger lebhaft als in Baden, und diese Stimmung ging in die Armee über, deren intelligente Offiziere der Reichs-Verfassung und ihrer Durchführung aufrichtig ergeben waren.

Wer aber geglaubt hatte, dieser Umstand würde zu einer Nachahmung des badischen Umsturzes führen, der mußte seinen Irrthum bald erfahren. Sobald die badische Angelegenheit nackt vor Augen lag, war kein Zweifel mehr, gegen Wen man die Waffen zu richten hatte.

Der militärische Geist, der in diesem kleinen Heere lebte und tüchtig geleitet und gepflegt ward, bewies sich gegen so plumpe Anfechtungen, wie sie in Baden vorgekommen sind, unzugänglich. Der hessische Soldat äußerte über den Gang der Dinge in Baden nur die tiefste Verachtung.

Ein tragischer Vorfall trug noch wesentlich dazu bei, dieser Stimmung einen unmittelbaren Nachdruck zu geben.

Um den Aufstand nach Hessen zu verpflanzen, wurde der Odenwald als Operationsbasis auserwählt, und es wurden dort Volks-Versammlungen gehalten; zuerst unbewaffnete, dann bewaffnete, um die Stimmung des Volks auf einen entscheidenden Schlag vorzubereiten.

Badischer Zuzug war in Masse angekommen. Einige hessische Demagogen, namentlich Löhr aus Worms, derselbe, der in seinem jakobinischen Wahnsinn einmal Heinrich Gagern als den intellektuellen Urheber von Robert Blum's Tod bezeichnet hatte, standen als Leiter an der Spitze.

Am 24. Mai sollte eine große bewaffnete Volks-Versammlung in dem hessischen Grenzdorfe Ober-Laudenbach gehalten und damit der Aufruhr auch nach Hessen verpflanzt werden.

Eine Masse von ungefähr achttausend Menschen kam zusammen. Der hessische Regierungs-Beamte und Kreisrath Namens Prinz aus Heppenheim hatte nur über drei Kompagnien zu verfügen; doch es reichte hin.

Prinz trat jetzt vor die versammelte Volksmasse und suchte sie mit ernster Beredung auf das Gesetz zum Auseinandergehen zu bewegen; aber er hatte noch kaum ausgesprochen, als ihn meuchlerische Kugeln der aufrührerischen Masse zu Boden streckten. Nun waren die Truppen nicht mehr zu halten; sie gaben Feuer und presperrten die Volksmasse.

Die blutige, durch einen Mord begonnene Katastrophe trug für die Urheber bittere Früchte; ja der Eindruck war in ganz Hessen fühlbar, und wirkte besonders sehr mächtig auf das Heer.

In die Beurtheilung der badischen Dinge mischte sich nun die Erinnerung an den Vorgang zu Ober-Laudenbach, wo die frigen Führer und Volks-Verführer im entscheidenden Augenblicke die Menge wieder in Stich gelassen hatten.

Wenn man also sich in Baden mit der Hoffnung getragen, das hessische Militär werde sich mit dem Badischen Volksheer verbrüdern, so war dieses eine von den Täuschungen, die schon an dem Tage zu Ober-Laudenbach und bei dem ersten Zusammenstoß in Heppenheim ihr Ende fanden.

So war der Aufstand in Baden von allen Seiten isolirt und ohne eine innere Lebenskraft, welche Dauer versprach. Auf der andern Seite aber wurden bedeutende Streitkräfte zusammengezogen, welche die Badische Anarchie erdrücken sollten.

Die Reichsgewalt und das Parlamente hatten sich am Anfang, wo es noch nicht sehr großer Anstrengungen bedurfte, als ohnmächtig erwiesen, das glimmende Feuer zu verlöschen. Die Truppen, welche man nachher an die Grenze schickte, hätten sehr wahrscheinlich im ersten Augenblicke hingereicht, um die Bewegung niederzuwerfen.

Nachdem sich aber die Revolution 14 Tage lang entwickelt hatte, und in den Besitz aller Mittel und Kräfte des Staats gekommen war, mußte dieses schon viel schwieriger seyn.

Freilich schien das Reichs-Ministerium, das der Reichs-Verweser endlich berufen hatte, viel weniger darum besorgt, den Dingen in Baden ein rasches Ende zu machen, als darum in der Verwicklung die Sonder-Absichten der österreichischen Politik zu unterstützen.

In diesem Sinne war das Verfahren des Ministeriums Jochmus Mittgenstein-Detmold auszulegen; in verwandter Weise war die österreichische Diplomatie thätig.

Es sollte ein Reichsheer gebildet werden unter dem hessischen Prinzen Emil, einem unbedingten Anhänger der österreichischen Politik. Die angeblichen Armee, die Oesterreich im Vorarlberg stehen haben wollte, hätte dazu freilich nicht ausgereicht; beide Hessen, Nassau, Würtemberg, Baiern und auch Preußen sollten ihr Kontigent dazu stellen.

Baden hätte man dann unter einem österreichischen Schilde restaurirt, und es von einer bundesstaatlichen Politik zu der süd-deutschen Liga, die man im Auge hatte, herübergezogen. Aber die Sache schritertte.

Die Badische Regierung sah sehr bald ein, daß eine Hilfe wie diese, welche die Reichsgewalt in Aussicht stellte, eine sehr unsichere und entfernte sey; und verlangte daher ausdrücklich die Unterstützung Preußens. Letzteres hatte schon jetzt den Verkehr mit der Reichsgewalt abgebrochen, sah in den Reichs-Kriegs-Minister nur einen hessischen General-Lieutenant und verlangte, daß Baden unmittelbar und ausschließlich die preußische Unterstützung anrufe.

Dieses geschah auch, und somit traten die Dinge in ein neues Stadium. Preußen ließ seine am Niederrhein, an der Nahe, in Mittel-Deutschland bereit stehenden Truppenkorps vorrücken, und der Prinz von Preußen selbst übernahm den Oberbefehl, um so faktisch auch das Korps, das sich an der hessischen Grenze als Reichsarmee unter Peucker's Oberbefehl sammelte, der Autorität des Reichs-Ministeriums zu entziehen, und die ganze Leitung der Dinge in der Hand des preußischen Thronfolgers zu vereinigen.

Dieses Alles bereitete sich in den letzten Tagen des Monats Mai vor. Der Großherzog von Baden war von Lauterburg abgereist und am 23. Mai in Koblenz angekommen, und brachte sich wenige Tage darauf nach Frankfurt, wo sich seine Minister versammelt hatten.

In den letzten Tagen des Monats Mai und Anfangs Juni kam die Sache zur Entscheidung. Der Großherzog ging nach Ebernburg-Stolzenfels zurück, wo die Unterhandlungen mit Preußen zum Abschluß kamen. Baden trat in ein enges Bündniß mit Preußen, erkannte den oktroyirten Dreikönigs-Entwurf der Reichs-Verfassung an, und der Großherzog bildete ein neues Ministerium; — dieses waren die Bedingungen, welche Preußen an seine Hilfe knüpfte.

Schon am 4. Juni erhielt das Badische Ministerium die Nachricht von seiner Entlassung. Die Politik Brandenburg-Manteuffel hatte gegen das konstitutionelle Ministerium Beck eine eben so große Abneigung, wie die Badischen Radikalen. Von den Mitgliedern des Kabinets sollten nur Stengel und der General Hoffmann bleiben; Letzterer bestand aber auf seinem Abgange.

Gleichzeitig wurden von Marschall, Klüber und Stabel, welche Männer der entschiedenen Rechten waren, nach Ehrenbreitstein eingeladen, um dort das neue Ministerium zu bilden, welches Preußen mehr Garantien gab, als das Abgetretene; so war nun der österreichischen Politik ihr Plan mißlungen, und die preußische Politik hatte den Sieg davon getragen, weil sie rasch über die Mittel und Kräfte disponiren konnte.

Sie hatte jetzt den Triumph, Baden und Pfalz zu pacifiziren, und das schon stark erschütterte Bündniß der 29 Verfassungstreuen Staaten zu sprengen.

Die preußische Oktroyirung erhielt jetzt Aussicht, bis an den Bodensee und die Schweizergrenze vorzudringen. Alle diese Dinge, die den Jammer deutscher Zustände besser als alles Andere charakterisirten, hatten die Entscheidung verzögert, und der revolutionären Regierung, noch eine kurze Frist gegeben; aber diese Frist eilte ihrem Ende zu.

In Baden selbst gestalteten sich die Verhältnisse indessen nicht günstiger. Unfähigkeit und Verwirrung war auf allen Seiten. Von Außen keine Hilfe; im Innern die Erhebung nicht so massenhaft und allgemein, wie man sie erwartet hatte.

Nur aus einzelnen Gegenden kamen wirkliche Freiwillige, die in ehrlicher Begeisterung für deutsche Freiheit und Einheit zu kämpfen glaubten, oder Zuzüge wie z. B. die Hanauer, die einen tüchtigen und muthigen Zuwachs abgaben.

Sehr häufig mußte man mit Androhung von Exekution das Aufgebot zusammenbringen. Dennoch war durch die Massenaushebung die Zahl der Bewaffneten sehr groß, wenn auch von sehr verschiedener Tüchtigkeit.

Man entschloß sich, bevor größere Streitkräfte sich sammelten, die Offensive zu ergreifen, und zwar gegen Hessen, das man noch immer hoffte revolutioniren zu können.

Es brauchte der lächerlichen Rechtfertigungsschrift, die nachher Raveaux im Namen der provisorischen Regierung unterzeichnete, durchaus nicht, um den Angriff gegen Hessen zu erklären; es war ein Versuch revolutionärer Propaganda, von dem die Badische Presse nur zu früh verkündigte, daß er gelungen sey.

Am Nachmittag des 30. Mai überschritten plötzlich Badische Truppen, nämlich mehrere Regimenter Infanterie, dann Dragoner, Geschütze und eine Menge Freischärler die Hessische Grenze und rückten gegen Heppenheim, wo sich ein Theil des künftigen Peuckerschen Korps befand.

Die Badner kamen auf Schußweite nahe, ohne daß man auf den Ueberfall gefaßt gewesen ist. Der Widerstand war aber um nichts weniger lebhaft.

Ein Bataillon Hessen mit einiger Reiterei und Geschütz warf sich dem vier bis fünffach überlegenen Feind entgegen, schlug ihn zurück nach Laudenbach, dem ersten Badischen Dorfe, dann nach Hembach, wo die Fliehenden noch einmal in einer starken Position Stand hielten, aber ebenfalls geworfen wurden.

Der Erfolg war entschieden, ohne daß es der nachrückenden Kolonne mehr bedurft hätte; der Verlust der Hessen war an Soldaten unbedeutend, dagegen blieben zwei Offiziere.

Der moralische Einfluß dieses kleinen Gefechts stellte sich sogleich heraus. Hatten die Württemberger und Nassauer, die zu dem Korps gehörten, vielleicht bis jetzt geschwankt, so erregte jetzt die Entschiedenheit der Hessen ihren Wetteifer.

Die Hessen selbst schätzten nach dieser ersten Probe den Feind vielleicht zu gering. In wilder Flucht eilten die Badischen Schaaren nach Heidelberg zurück, verbreiteten dort panischen Schrecken, und erwarteten jeden Augenblick, daß ihnen die Hessen auf dem Fuße folgen würden.

Noch am Nachmittag des folgenden Tages, waren Thor und Brücke unbesetzt; so verwirrt und kopflos zeigte man sich nach dieser ersten Schlappe. Alle Augenzeugen versicherten, daß es damals einem einzigen Regimente Hessen gelungen seyn würde, Heidelberg und Mannheim zu besetzen und dem Aufruhr im Unterlande ein Ende zu machen.

Die Soldaten waren furchtbar erbittert über die Unfähigkeit ihres Führers, des ehemaligen Lieutenants Sigel, der nichts als verdächtigen Muth besaß; sie beschworen sich, daß man sie über die Grenze geführt und ihnen vorher vorgespiegelt habe, die Hessen würden Alle übergehen.

Die revolutionäre Regierung selbst gestand unzweideutig die Niederlage ein, schob aber im offiziellen Bericht die Schuld auf die Dragoner, was sie freilich nach einigen Tagen förmlich und feierlich widerrufen mußte.

Die Bewegung unter dem Militär drohte die ganze Regierung zu sprengen, und laut forderten die Soldaten in Heidelberg die Rückkehr des Großherzogs, ja Eichfeld selbst, der bisherige Kriegs-Minister soll es öffentlich ausgesprochen haben, nachdem ein anderer Ausweg nicht übrig bleibe.

Brentano mußte persönlich vermitteln; aber es gelang ihm nur um den Preis von Sigel's Entfernung vom Oberbefehl, und die Bildung einer neuen Regierung an der Stelle des Landes-Ausschusses.

Am 1. Juni verkündete der Landes-Ausschuß, daß er seiner großen Zahl wegen nicht geeignet sey, den Kampf der Befreiung Deutschlands mit der erforderlichen Kraft durchzuführen, es sey daher eine provisorische Regierung gewählt, welche die gesammte Gewalt des Landes-Ausschusses und der Vollziehungs-Behörde in sich vereinige.

Außer den bisherigen Triumvirn wurde die provisorische Regierung noch durch Fickler und Sigel verstärkt, den man eben hatte vom Oberbefehl entfernen müssen.

So endete der erste Versuch bewaffneter Propaganda mit einer Niederlage, und dem Sturz des Landes-Ausschusses. Nicht günstiger fiel ein ähnliches Unternehmen aus, das gegen einen andern Nachbarstaat gerichtet war.

Würtemberg, wo die demokratische Agitation einen sehr hohen Grad erreicht hatte, wo die Reutlin-

ger Beſchlüſſe auf etwas Aehnliches abzielten, wie die Offenburger, wo das Militär von zweifelhafter Haltung war, und wohin zudem jetzt der Reſt der National-Verſammlung ſeinen Sitz verlegte. Würtemberg war immer noch die letzte Hoffnung der Badiſchen Revolutionäre, und unter den Maſſen wurde als ſichere Thatſache verbreitet: »Würtemberg habe die Hilfe zugeſagt.« Zur Beſchleunigung der Entſcheidung ſchickte man Fickler hinüber mit einer anſehnlichen Summe Geldes, wie man ſagte, um die Soldaten zu verführen.

Ein Privatmann, der aus ſicherer Quelle die Ablieferung des Geldes erfahren hatte, eilte von Karlsruhe nach Stuttgart, wohin Fickler vorangegangen war, und warnte die Regierung. Das Würtembergiſche Miniſterium entſchloß ſich auch Angeſicht der kritiſchen Lage, Fickler am 2. Juni verhaften, und auf den Asberg bringen zu laſſen.

Dieſe rettende That des Miniſteriums Römer Duvernoy machte in Baden einen unbeſchreiblich tiefen Eindruck; vergebens erließ die proviſoriſche Regierung pompöſe Anſprachen an die Würtemberger, ſie ſollten ſich erheben wie ein Mann, und den Kampf mitkämpfen gegen die Rebellen; worunter man die gekrönten Häupter meinte.

Aber es erhob ſich wegen Fickler in Würtemberg kein Mann, und in Baden war dadurch die niederſchlagende Gewißheit Allen klar geworden, daß es mit der Würtembergiſchen Hilfe, Nichts ſey.

Nicht beſſer als mit der auswärtigen Politik ſtand es mit den Angelegenheiten im Innern. Die letzten Ereigniſſe hatten der überſpannten Parthei, welche bisher im Hintergrunde geblieben war, wieder Muth gemacht; ſie klagte laut über ſchlechte Leitung der Dinge, über die Unentſchloſſenheit im Innern und nach Außen, und forderte einen energiſchen revolutionären Terrorismus.

Es bildete ſich in Karlsruhe ein Klubb des entſchiedenen Fortſchritts, in welchem die äußerſte Parthei des revolutionären Jakobinismus Struve, Tzſchirner, Becker, das ehemalige Parlaments Mitglied Marring und eine Anzahl anderer exaltirter Leute ſich ſchnell zuſammenfand.

Man wollte der Regierung mehr revolutionäre Energie einflößen, und ſtellte dieſerwegen an ſie eine Reihe von Forderungen, welche aber ſchwächlich und ausweichend beantwortet wurden. Das Bedenkliche war, daß alle Stütze dieſer Parthei, die ſogenannte Schweizergelegion d. h. die Trümmer aller frühern Freiſchaaren, desperater Flüchtlinge und Abenteurer, ſich in Karlsruhe befand. — Fanatiſirte und rückſichtsloſe Menſchen, die kein Geheimniß daraus machten, daß ihre Abſicht die rothe Republik, ſammt den damit anhängenden Terrorismus ſey.

Brentano ſuchte dieſe Schaar los zu werden, und befahl ihren Anführern, dem bekannten Sozialiſten Namens Becker, und dem alten phantaſtiſchen Abenteurer Bönning, ſich an die Heſſiſche Grenze zu begeben; aber ſie verweigerten dieſes zu thun.

Die proviſoriſche Regierung ließ nun am frühen Morgen des folgenden Tages, nämlich den 6. Juni die Bürgerwehr zuſammen trommeln; die Verkaufsläden ſchließen und die Straßen ſäubern; Alles zeigte hin auf eine gewaltſame Entſcheidung.

Die Bürgerwehr war furchtbar erbittert, und ſtellte ſich mit ihrem gut bedienten, und geladenen Geſchütz vor dem Schloſſe; — und die Legion ihr gegenüber auf.

Dem Struve ſeinem perſönlichen Erſcheinen und ſeinen beruhigenden Verſicherungen gelang es aber, den Sturm zu beſchwichtigen, und beide Theile räumten wieder den Platz.

Inzwiſchen hatte Brentano von Raſtadt Truppen kommen laſſen; und als Becker wiederholt den Abzug verweigerte, der Klubb des entſchiedenen Fortſchritts ſich im Rathhauſe verſammelt hielt, ließ er Becker, Struve und ſeine Kollegen verhaften.

Bürgerwehr und Soldaten ſchienen nur das Zeichen zum Kampfe zu erwarten; die Gefangenen ſelbſt, denen Bürgerwehrmänner auf dem Rathhauſe kaltblütig erklärten, man würde ſie erſchießen laſſen, benahmen ſich ohne Muth und Männlichkeit. Doch kam es wieder zur Vermittlung.

Peter brachte es dahin, daß die Legion ſich nun zum Abzug entſchloß, und verſprach die Gefangenen an die Eiſenbahn zu liefern und frei zu laſſen.

Mit dieſer kläglichen Szene und den heuchleriſchen Freundſchafts-Bezeugungen endete der Aufſtand.

Struve, wie er glaubte, perſönlich bedroht, wurde von Brentano durch die Reihen der aufgeregten Soldaten hindurch geleitet, und Brentano in ſeiner Erklärung ſagt ſelbſt darüber: »An der Spitze der extremen Parthei ſtand Struve, dem ich von dem Freiburger Geſchworen-Gericht nicht als Advokat, ſondern als Freund zur Seite ſtand, deſſen unſinnige Pläne, den Miniſtern ſechstauſend Gulden Beſoldung zu geben und Geſandte nach Rom, und Venedig, Agenten nach Petersburg und Ungarn zu ſchicken, ich verworfen hatte; deſſen Beſtreben alle Stellen mit ſchwerem Gelde an nicht Badiſche Abenteurer zu vergeben, an meinem Widerſtande geſcheitert war; dem das Heer wegen ſeiner perſönlichen Feigheit, die er in Staufen bewieſen, verachtet, deſſen Entfernung aus dem Landes-Ausſchuſſe, die Armee unbedingt verlangt hatte.

Statt die eingeſetzte proviſoriſche Regierung zu unterſtützen und zu kräftigen, wie er es verſprochen hatte, verſuchte dieſer Mann, deſſen Ehrgeiz unter meiner Regierung freilich keine Nahrung fand, mit Hilfe der Fremden mich zu ſtürzen, und verlegte ſich aufs Läugnen, als ich ihm die Macht zeigte, welche ſeine Pläne zu vernichten, in Bereitſchaft ſtand.

Damals hatte er nicht den Muth vom Rathhauſe in ſeinen Gaſthof zu gehen, und ich, den er eben ſtürzen wollte, ich habe ihn großmüthig und verachtend mit meinem Leibe gedeckt, und nach Hauſe geführt.«

Mit dieſen Worten urtheilte über Struve derſelbe Mann, der ihn vor den Aſſiſen zu Freiburg als einen Helden und Märtyrer dargeſtellt hatte!

Alle dieſe Schwierigkeiten wegzuräumen, dazu gehörte mehr, als die Badiſchen Revolutions-Männer zu leiſten im Stande waren. Auch die konſtituirende Landes-Verſammlung, die am 10. Juni zuſammen kam, und auf welche Brentano, wie er verſicherte, gerechnet hatte, konnte keine Hilfe bringen.

Die Wahlen waren unter der ungeſtörten Leitung der Civil-Kommiſſäre und revolutionären Agenten vorgenommen worden; die konſtitutionell Geſinnten nahmen aus Grundſatz keinen Theil an dem unſetzlichen Wahlakt, und übeleiſen es den Soldaten, Freiſchärlern und Ausländern mitzuwählen, das heißt, die gedruckten Wahlzettel, die man ihnen in die Hand gab, vor der Wahlkommiſſion abzuliefern.

Die 76 Abgeordneten waren alſo ohne Widerſtand gewählt, man konnte ſagen, von der Regierung ernannt worden, und beſtanden aus lauter radikalen Volksflut.

Freilich hatte in den meiſten Bezirken nicht einmal die Hälfte, oft kaum ein Drittel mitgewählt; ja in einzelnen Orten gaben unter ungefähr 700 Wahlberechtigten, kaum etwas über einhundert ihre Stimmen ab.

Die Wahlen waren alſo reine Minoritätswahlen, lieferten aber eine ungemein intereſſante, geiſtige und ſittliche Statiſtik der Parthei.

Alle bedeutenden Wädler im ganzen Lande, Advokaten, Schullehrer, Pfarrer, Wirthe und Aerzte ꝛc. waren darin vereinigt, unter ihnen kein einziger Mann von einem hervorragenden Talent, oder einer gewiſſen Perſönlichkeit, wohl aber Leute genug, die moraliſch ſehr anrüchig oder geiſtig unter der Linie der Mittelmäßigkeit ſtanden

Die Unfähigkeit, öffentliche Geſchäfte zu behandeln, die Nachläſſigkeit im Beſuch der Sitzungen, der rohe und wüſte Ton in der Verſammlung, der Lärm der mit Blusenmännern beſetzten Gallerien — dieſes Alles zuſammen bildete ein Enſemblee, welches den Konſervativen und Konſtitutionellen eine Genugthuung, wie ſie dieſelbe kaum jemals gehofft hatte, bereitete, und die eigenen Partheiführer überraſchte.

Brentano ſagte nicht zu viel, wenn er in ſeiner oft berührten Erklärung das Urtheil dahin ausſprach: »Eine Verſammlung, deren Mehrheit aus ganz unfähigen, gewöhnlichen Schreibern beſtand, bot das kläglichſte Bild einer Volks-Vertretung, welche jemals getagt hat, und welche ihren gänzlichen Mangel an Einſicht und Kenntniſſen hinter ſogenannten revolutionären Anträgen verbergen wollte, die heute zum Beſchluß erhoben, morgen als unausführbar wieder umgeſtoßen werden mußten.« Freilich konnte man mit Recht fragen, warum Brentano ſo lange mit dieſen Leuten unter einer Decke geſpielt hatte, und erſt jetzt zu der Einſicht kam, wie troſtlos und aemeſig ſeine Partei war.

Die Verſammlung ward am 16. Juni eröffnet, und zog unter einem großen militäriſchen Apparat nach dem Ständehauſe durch die Spalier der Bürgerwehr, deren ſchweigſame und finſtere Haltung die Durchziehenden ſelbſt betroffen machte.

Der Kriegszuſtand, der am 5. Juni verkündet worden war, die Widerſetzlichkeit der Soldaten, der immer fortdauernde Widerſtand in den Gemeinden, waren die charakteriſtiſchen Ahnungen, unter denen die Verſammlung eröffnet wurde.

Brentano's Eröffnungsrede mußte als ein ziemlich mittelmäßiges Stück von Advokaten-Dialektik gelten. Er verhüllte in pomphaften Phraſen die Wirklichkeit, die er, wie ſein eigenes ſpäteres Geſtändniß beweiſet, ſchon als ganz troſtlos erkannte.

Die Arbeiten der Verſammlung, die Art, wie ſie Geſetze, namentlich finanzielle Vorlagen erledigte, beſträtigte vollkommen das harte Urtheil, von dem ſchon geſagt worden iſt.

Am 13. Juni ſtellte ein Mitglied, der Advokat Junghanns, der bisher hatte mit revolutionieren geholfen, dem aber jetzt bange war vor den Elementen, die er beraufbeſchworen hatte, den Antrag: den Großherzog zurück zu berufen; worüber er aber von ſeinen Kollegen nur verhöhnt und hart mitgenommen wurde.

Die Beelegenheiten nahmen indeſſen immer mehr zu, und man mußte ſchon zu den auffallendſten Lügen ſeine Zuflucht nehmen.

Einmal wurde im beſtimmteſten Tone verſichert, Hecker könne jede Stunde ankommen; ein anderes Mal waren große Siege erfochten worden, wäheend doch ein allgemeiner Rückzug Statt fand; ja Brentano ſelbſt ſchämte ſich nicht, am 15. Juni in einer öffentlichen Sitzung zu verkünden, daß in Paris die rothe Republik feſtegt, daß Elſaß ſich erhoben, und daß die Nationalgarde zu Straßburg die Citadelle in Beſitz habe.

Dieſes Alles war bekanntlich am 13. Juni beabſichtigt geweſen. Zu derſelben Stunde aber, wo Brentano jenen Sieg verkündigte, waren ſchon telegraphiſche Nachrichten von der vollſtändigen Niederlage vorhanden.

Nachdem der Vorſchlag, den Großherzog zurückzurufen, geſcheitert war, handelte es ſich darum, eine neue Regierung zu beſtellen. Man wählte die Form des Triumoireats, und Brentano, der junge Advokat und radikale Schreier, Werner und Goegy wurden Triumoiren.

Brentano ſelbſt ſagt darüber: »Man ſchuf die dreiköpfige Diktatur, in der von Einzelnen klar ausgeſprochenen Abſicht, meines Namens ſich zu bedienen, aber durch die zwei Mitdiktatoren mich in Schach zu halten. Obgleich eine ſolche Stellung unwürdig erſcheinen mußte, habe ich doch aus Liebe zur Sache mich entſchloſſen, ſie anzunehmen.

Meine beiden Kollegen habe ich in Karlsruhe faſt nie geſehen; ſie fanden es angenehmer, bei der Armee ſich herum zu treiben!«

Während man ſo in vier Wochen beeeits die dritte Regierung einrichtete, war die Zeit der blutigen Entſcheidung herangekommen.

Seit dem mislungenen Zug der Badener nach Heppenheim, hatten die Reichstruppen zwar nichts weitee unternommen als am 5. Juni einen Ueberfall nach Weinheim.

Der Ort ward entwaffnet, und die Revolutionstruppen wurden mit einem großen Verluste abermals über den Neckar gejagt, aber der Kreis um Baden schloß sich immer enger zusammen.

Das Korps der Reichs-Armee, welches Peucker kommandirte, dessen Kern die hessischen und mecklenburgischen Kontingente bildeten, zu welchen dann immer ein würtembergisches, kurhessisches, nassauisches und bairisches Bataillon nebst einem preußischen Regiment hinzugekommen war, stand gegen die Mitte des Monats Juni vollständig an der Grenze konzentrirt.

Peucker selbst hatte am 13. Juni sein Hauptquartier nach Zwingenberg an der Bergstraße verlegt, und durch einen Tagsbefehl dem Neckar-Korps die Eröffnung des Feldzugs angekündigt.

Zu derselben Zeit waren die preußischen Divisionen von der Nähe her in den westlichen und nördlichen Theil der Pfalz vorgerückt, und ein drittes Korps, daß von Wetzlar herauf kam, schob seine Vorposten schon bis an den Main vor.

Auch auf Badischer Seite, hatte man eine wichtige Veränderung vorgenommen, und die unfähigen Anführer durch Bessere ersetzt.

Bereits, bevor Sigels und Eichfelds Untüchtigkeit zu Tage gekommen war, hatte die revolutionäre Regierung sich an Mieroslawiki gewendet, und diesen abenteuernden Polen den Oberbefehl angetragen. Mieroslawski war gekommen, hatte sich am 9. Juni in Karlsruhe von den Vorräthen und dem Materiale überzeugt, und am 13. Juni in Heidelberg einen großen Theil der Truppen vor sich defiliren lassen.

Die Stimmen über sein Feldherrn-Talent mögen getheilt seyn; jedenfalls brachte er aber viel mehr Kenntniß und Fähigkeiten mit, als die bisherigen Führer hatten. Er wußte Disziplin und taktische Ordnung einigermassen wieder herzustellen, und den entmuthigten Soldaten Vertrauen auf ihren Führer einzuflößen.

Auch andere Polen, wie z. B. Oborski, Tobian ꝛc waren brauchbarer für das militärische Handwerk als die renommistischen Freischaarenführer und Säbelschlepper; denn sie brachten es wenigstens dahin, daß, mit Ausnahme der gepreßten oder zusammengelaufenen Volkswehr, die Meisten tapfern Stand hielten, daß dieselben Truppen, die bei Heppenheim vor einer kleinen Anzahl in wilde Flucht gerathen waren, sich jetzt wie Soldaten schlugen.

Am 15. Juni entwickelte sich der Kampf an der Neckar-Linie. Es wurde bei Käferthal, eine starke Stunde von Mannheim entfernt, dann bei Ladenburg, und an der Bergstraße gekämpft; hartnäckig und lebhaft, mehr in einer Reihe von kleinen Gefechten, als in einem größern zusammenhängenden Treffen.

Bei Käferthal schwankte der Kampf eine kurze Zeit, dann wurden die Badener geworfen, ebenso bei Weinheim, auf dem entgegengesetzten Flügel.

Im Zentrum ließ sich der mecklenburgische Oberst Wißleben verleiten, auf eigene Faust mit einer kleinen Macht nach Ladenburg vorzurücken. Er nahm diesen Ort, und schickte sich an, die Brücke zu bezwingen; aber seine Stellung war zu sehr ausgesetzt, so daß er sich bald von einer sehr überlegenen Masse in der Seite angegriffen und einem doppelten Feuer ausgesetzt sah.

Mit Verlust an Todten und Verwundeten mußte er den Rückzug antreten, und der preußische Major Hinderfin, der auf dem Kirchthurm rekognoszirt hatte, gerieth dabei als Gefangener in die Hände der Badener.

Am Abend hatten die Reichstruppen, eine Stunde vom Neckar entfernt, ihre Quartiere bezogen; das Peucker'sche Hauptquartier war nach Weinheim vorgeschoben worden.

Während man so diesseits auf der ganzen Neckarlinie bis an die Bergstraße sich schlug, waren die Preußen auf dem linken Rhein-Ufer bis nach Ludwigshafen, gegenüber von Mannheim, vorgerückt, warfen die dortige Besatzung heraus, und trieben sie unter einem lebhaften Feuer über die Brücke nach Mannheim zurück.

Die Flüchtigen verbrannten einige Brückenjoche, und fingen an, vom jenseitigen Ufer Ludwigshafen zu beschießen.

Allen Vorstellungen der verständigern Bürger zum Trotz, beging die rasende Schaar den unnützen Vandalismus, die Lagerhäuser in Ludwigshafen, die mit Waaren angefüllt waren, in Brand zu schießen, ohne daß die Preußen dadurch gehindert wurden, sich in dem Orte zu behaupten und einzelne Kugeln nach Mannheim herüber zu feuern.

Am 16. Juni Morgens begann bei Lauterhausen, anderthalb Stunden von Weinheim entfernt, der Kampf auf's Neue.

Mieroslawsky griff die Reichstruppen mit seiner ganzen Macht wieder an, und es entwickelte sich um das Dorf Großsachsen, welches mehrmals genommen und wieder verlassen wurde, ein Gefecht von mehreren Stunden, welches mit dem Rückzug der Badener endete.

Am folgenden Tage war fast das ganze Korps Peucker's in dieser Gegend konzentrirt. An beiden Tagen des Kampfes hatten die Truppen beider Theile sich tüchtig geschlagen, wobei die Reichstruppen überall gegen eine Ueberzahl an Mannschaft und gegen eine sehr überlegene und gut bediente Artillerie kämpften.

Die Badener hatten dießmal muthig Stand gehalten, und Alle erkannten, daß die obere Leitung viel besser sey, als sie früher war.

Von großen Siegen oder großen Niederlagen konnte aber auf keiner Seite die Rede seyn; denn die Reichstruppen waren auf beiden Flügeln vorgerückt, aber im Centrum durch Wißleben's Tollkühnheit wieder in die alte Stellung zurückgedrängt worden. Sie erlitten keinen bemerkenswerthen Verlust, als eben auf der einen Stelle bei Ladenburg.

Die Badener hatten nach der völligen Auflösung, der sie entgegen gingen, sich wieder ermannt und an einzelnen Stellen mit großer Ausgezeichnung gekämpft; doch im Ganzen rückten sie keinen Schritt weit vor,

sondern wurden noch über ihre alten Stellungen hinaus gedrängt.

Die Reichstruppen verfolgten keine andere Absicht, als die Badener am Neckar zu beschäftigen, und ihre Stellungen zu rekognosziren; um den Uebergang über den Neckar zu erzwingen, hatten sie aber nicht genug an Geschütz, auch fehlten ihnen die Pontons, die erst einige Tage später ankamen.

Die Badener ihrerseits hatten die Linie im Allgemeinen gut vertheidigt und insoferne wenigstens ihre Waffenehre gerettet; am besten von den Truppen schlugen sich gerade die Abtheilungen, die von Anfang an am wenigsten mit dem Aufstande einverstanden waren. Nur Dragoner gingen auch dießmal über, Gefangene wurden auf keiner Seite viele gemacht, und die übertriebenen Angaben, die man auf badischer Seite damals verbreitete, erwiesen sich nach der Uebergabe von Rastadt als grundlos, und gehörten mir den Gräuelgeschichten von schrecklicher Mißhandlung der Gefangenen und Verwundeten, die man von beiden Seiten erzählte, in eine Kathegorie

Daß die Truppen sich nach dem anhaltenden Kampfe ermuthigt fühlten, zu ihrem Führer mehr Vertrauen als früher zeigten, und nach der ersten Blutlaufe erbitterter und kampflustiger waren — das war für die revolutionäre Sache der einzige Gewinn, der Gefechte am 15. und 16. Juni.

Alles Andere, nämlich die prahlenden Siegesbulletins, die Verkündigungen eines großen Sieges, die renommistischen Proklamationen des Mieroslawsky, die von ihm angeordnete Siegesillumination in Heidelberg, dieses Alles war theils lächerlich, theils unpolitisch, denn die Täuschung mußte doch in wenig Tagen zerrinnen.

Während man in Baden Siegesfeste feierte, Mieroslawsky und seine Adjutanten in ämtlichen Berichten von glänzenden Siegen fabelten, oder die Nachricht ausbreiteten: »Der Feind halte nirgens Stand, und sey mehrere Stunden weit zurück verfolgt worden,« zog sich das Netz immer enger zusammen, und die angeblich siegreiche Armee war schon fast ganz umzingelt.

Schon am 15. Juni hatten die Preußen Kaiserslautern besetzt; das Regiment der im Volke selbst haltlosen pfälzischen Regierung war jämmerlich auseinander geflüchtet.

Zugleich waren Landau und Germersheim entsetzt worden, und am Morgen des 20. Juni überschritt das preußische Korps des Generals Hirschfeld ohne erheblichen Widerstand den Rhein.

Den Tag vorher schon hatte der größere Theil des Peucker'schen Korps den Weg durch den Odenwald nach dem obern Neckar eingeschlagen und am 21. Juni, nach einem kurzen aber hartnäckigen Gefechte bei Beerfelden, Hirschhorn und Eberbach auf einer bei Zwingenberg geschlagenen Brücke den Fluß überschritten, während gleichzeitig das preußische Korps unter dem General von der Gröben am 20. Juni bis Weinheim vorgeschoben und in die Stellungen des Peucker'schen Korps eingerückt war.

So erschien also Mieroslawsky plötzlich von der Einschließung bedroht; denn ein Korps am Neckar stand ihm gegenüber, ein anderes im Rücken, und ein drittes bedrohte seine Flanken.

Er entschloß sich nun, das Hirschfeld'sche Korps anzugreifen, und ließ daher auf der Eisenbahn seine ganze disponible Macht von ungefähr 15,000 Mann nach Langenbrücken kommen.

Bei Waghäusel entwickelte sich jetzt am Morgen des 20. Juni ein Treffen; die ganze Macht, die Mieroslawsky mitgenommen hatte, stieß dort auf einen Theil des Hirschfeld'schen Korps, der nur aus vier Bataillonen und einer halben Batterie bestand.

Die Badener schlugen sich außer einem Theil der Volkswehr und der Reiterei, die auch hier wieder nur mit Widerwillen in's Gefecht ging, sehr lebhaft; besonders war die Baden'sche Artillerie trefflich bestellt und machte gute Wirkung.

Die Preußen behaupteten sich zwar am Morgen, mußten sich aber von der überlegenen Macht gegen Philippsburg zurückziehen, bis sie am Mittag durch eine Division verstärkt wurden.

Nun nahm der Kampf mit neuer Lebhaftigkeit seinen Anfang, besonders da am Nachmittage neue Verstärkungen ankamen.

Die Badener wurden jetzt vollständig geschlagen, und eilten in wilder regelloser Flucht, theils gegen Wiesloch, theils gegen Heidelberg.

Dort waren nach dem vorübergehenden Erfolg Siegesbulletins angelangt, die man auch dann noch verbreitete, als bereits die ersten Transports mit Verwundeten und Flüchtigen ankamen.

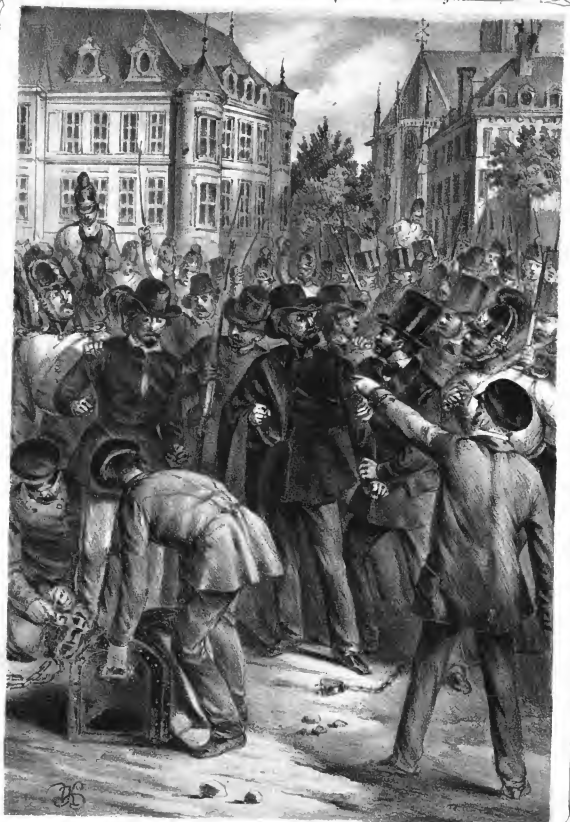
Besonders Struve, der sich nach der früher erwähnten Szene am 6. Juni eine Zeit lang in der Rheinpfalz herumgetrieben hatte, und jetzt im Haupt-Quartier sich aufhielt, machte sich zum Kolporteur dieser Siegs-Nachrichten.

Die Lüge war freilich so zum System geworden, daß auch die ersten Züge von Flüchtlingen und Verwundeten in wörtlicher Uebereinstimmung von einem Siege, einer Flucht der Preußen über den Rhein und dem Uebergang einiger Landwehr-Bataillone erzählten. Ihr eigenes Zuschehen, und noch mehr der Anblick grauenvoller Verwirrung und Auflösung, wie es sich in den spätern Zügen zeigte, strafte aber die Siegesbothen der gemachten Lüge.

Alles ist verloren! riefen die eintreffenden Schaaren. Mieroslawsky und Schlöffel, der Ober-Kriegs-Kommissär, dessen Sohn in dem Treffen geblieben war, kamen an, um sich zu einem weitern Marsch fertig zu machen. Die Muthlosigkeit und Demoralisation des Heeres war auf den höchsten Grad gestiegen.

Indessen unterblieb eine energische Verfolgung von Seiten der Sieger, und das Gröben'sche Korps, dessen Plänkler bereits ganz nahe bei Heidelberg jenseits des Neckar standen, rückte nicht rasch genug nach, so daß die in Heidelberg eingeweckte Schaar von der muthmaßlichen Waffenstreckung bewahrt blieb.

Zatknutí republikánského civilního komisara w Heidelbergu.



La cattura del commissario civile repubblicano a Heidelberga.

A heidelbergi polgári biztos elfogatása.

Die Gefangennehmung des republikanischen Civil-Kommissärs zu Heidelberg.

Man ſcheint am Neckar von dem Erfolg bei Wagbäuſel nicht einmal Nachricht gehabt zu haben; und ſo ward den flüchtigen Schaaren noch Zeit gelaſſen, ſich bis zum andern Morgen, nämlich den 22. Juni, zu erholen.

Mieroslawſky ſammelte ſie und zog das Neckarthal hinauf, mit ihm Struve, deſſen Frau und Schlöffel, der noch die letzten Tage ſeiner Regierung recht hatte fühlen laſſen.

Nur ein ſchlimmer Reſt blieb in Heidelberg zurück, nämlich ſeine famoſe Schweizer-Legion, die zwar an einen ernſtlichen Widerſtand ſchwerlich dachte, aber doch wenigſtens mit einem böſen Streiche ihren Abzug verewigen konnte.

Sie hatte nämlich Minen in die Neckarbrücke gelegt, durch welche vor dem Abzuge der Legion die Brücke geſprengt werden ſollte. Man bewog jedoch die Schaar, daß ſie dieſen Zerſtörungsplan aufgebe und die Minen vor dem Abgange zuwerfen.

Dieſe letzten Stunden und Tage, wo die ſchrankenloſe Diktatur roher und gewaltſamer Menſchen wegen der verzweifelten Lage der Dinge nur noch rückſichtsloſer auftrat, wo ſelbſt die geſinnungstüchtige Bürgerwehr ihre Waffen abgeben mußte, um ſie an Abenteurer zu vertheilen, wo die Stadt alſo nur noch mehr von der Gnade einer flüchtigen Revolutions-Armee abhing und fürchten mußte, durch eine Exploſion vernichtet zu werden, waren für Heidelberg die ſchreckenvollſten in dem ſechswöchentlichen Drama.

Einzelne Mißhandlungen kamen noch vor; zu größern Gewaltthaten war aber keine Zeit mehr übrig.

Am frühen Morgen des 23. Juni, kurz vor Tages-Anbruch, ward Heidelberg durch eine Granate, die über die Stadt flog, die Ankunft der Preußen angekündigt. Da keine Erwiederung erfolgte, rückte der größere Theil des Gröben'ſchen Korps ein.

Raſcher hatten ſich die Dinge in Mannheim entſchieden, wo die Diktatur ihre ganze Härte den Einwohnern hatte fühlen laſſen.

Mieroslawſky hatte ſchon am 16. Juni das Standrecht angekündigt, und den Bürgern erklärt, ſelbſt wenn es zehntauſend Köpfe koſten ſollte, ſo werde man die Stadt nicht preisgeben.

So kam jetzt der 22. Juni heran. Die Preußen ſtanden nur noch in geringer Entfernung jenſeits des Neckar, die Niederlage von Wagbäuſel war ſchon allgemein bekannt.

Raſch bildete ſich nun der Gedanke einer Kontre-Revolution. Eine Anzahl Bürger, im Einverſtändniß mit dem Reſt der Dragoner, die ihre Neigung für die alte Ordnung der Dinge nie verleugnet hatten, entwaffnete eine Abtheilung Volkswehr, verhaftete den Civil-Kommiſſar Trüſchler, als er eben mit einigen Kollegen und der Kreis-Geldkaſſe entfliehen wollte, und machte den heranziehenden Preußen vom Gröben'ſchen Korps' den Weg über die Brücke frei.

So hatte nun der Aufſtand ſeinen Todesſtoß erhalten, und es handelte ſich jetzt nur noch um die günſtigern oder ungünſtigern Chancen des Entkommens.

Die Schaar, welche Mieroslawſky am Morgen des 22. Juni aus Heidelberg weggeführt hatte, ſchlug den Weg gegen Sinsheim ein, wohin andere Truppen ſchon vorangegangen waren. Den ganzen Tag dauerte mit Unterbrechungen der Durchzug der Aufſtändiſchen, welche Geſchütz-Material und Gepäck in großer Menge mit ſich führten.

Das Preuckerſche Korps, das einen vortrefflichen Zug über den Odenwald und Neckar gemacht hatte, war indeſſen noch um einige Stunden entfernt, und erſt am Abend trafen die Vorpoſten deſſelben mit den flüchtig gewordenen Kolonnen zuſammen, aber ohne einem energiſchen Kampf.

So gelang es nun dem Mieroslawſky zwiſchen den Preußen und dem Neckar-Korps durchzukommen, um dann bei Bruchſal wieder zu erſcheinen.

Dort zwiſchen den Dörfern Ubſtadt und Stattfeld, wurde noch einmal lebhaft gekämpft, auch bei Durlach, wo Verſtärkungen, beſonders von den Rheinpfälzern hinzutraten, kam es noch zu einem hartnäckigen und blutigen Zuſammenſtoß; allein es war keine Hilfe mehr.

Am Nachmittag des 25. Juni zogen die Preußen in Karlsruhe ein, und die flüchtige Inſurgenten-Armee, mit allen Freiſchaaren, Rheinpfälzern ꝛc., immer noch ein ſehr zahlreicher Haufen, warf ſich hinter die Murglinie.

In Karlsruhe wachten ſich die proviſoriſche Regierung und die konſtituirende Verſammlung bei Zeiten zur Flucht reiſefertig; denn weder die eine noch die andere konnte irgend etwas zur Rettung der verlorenen Sache beitragen.

Der Diktator Werner, der zugleich Kriegs-Miniſter war, trieb ſich im Lager mit prahlenden Heldenworten umher; Florian Mörder, ein junger Mann von einem mäßigen Talent, vieler Zungenfertigkeit und einer noch größern Anmaßung, war zum Miniſter des Innern ernannt worden, als ſollte das Regiment, dem Baden überantwortet, in ihm recht eigentlich perſonifizirt werden.

Heunisch, ein Advokat von einem zweifelhaften Beſtande, war an die Spitze der Badiſchen Finanzen geſtellt worden.

Kein Wunder alſo, wenn Brentano mit den Worten klagt: »So ſtand ich in den letzten gefahrvollen Tagen allein und verlaſſen in Karlsruhe, von den für ihr Leben und ihre Sicherheit zitternden Volks-Vertretern, welche theilweiſe in Karlsruhe nicht mehr zu ſchlafen wagten, ſtets gedrängt und für Alles verantwortlich gemacht, während die Mit-Diktatoren bei der Armee eine wohlfeile Heldenrolle ſpielten.

Mir war, dafür gibt es ſehr viele Zeugen, keine Arbeit zu gering, aber ich bin in der Lage, einer großen Anzahl der ärgſten Maulhelden nachzuweiſen, daß ſie unter allerlei Vorwänden die gefährlichen Aufträge alle unwürdig ablehnten, ſich zu andern Aufträgen aber herbeidrängten, welche ſie auf Staatskoſten ferne von dem Platze der Gefahr entrückten.«

Die Ohnmacht des ganzen Weſens wurde jetzt raſch aufgedeckt; die Gendarmerie, die aufgelöst werden ſollte, hatte ſich in Karlsruhe verſammelt, und die

Regierung befand sich in der Lage, vor ein paar Hundert Gendarmen zu zittern.

Der Widerstand in einzelnen Landesgegenden dauerte fort, und stieg, als dumpfe Gerüchte von Niederlagen bekannt wurden.

Im Oberlande, besonders im Wiesenthale, mußte man förmliche Streifzüge gegen widerspenstige Dörfer unternehmen. In Karlsruhe konnte man mit Truppen und Freischaaren es nicht einmal zur Entwaffnung der Bürgerwehre bringen; und so setzte man die Prahlerei bis zu Ende fort.

Schon am 17. Juni waren Tausende vom pfälzischen Volksheer bei Knielingen in einer unerreichbaren Flucht herüber gekommen.

Sznayde, Willich, Annecke und Blenker mit ihren Schaaren trafen nach einander ein, und dennoch lautete die offizielle Versicherung, es liege im Operationsplan, die Pfalz für's Erste aufzugeben, und dazwischen wurden immer noch Sieges-Nachrichten verbreitet.

Bald waren die Preußen, bald waren die Baiern vernichtet, ja einmal war sogar selbst der Prinz von Preußen abgefangen. Als aber die Nachricht von Waghäusel ankam, entfaltete sich die traurige Lage vollständig.

Die Regierung und die stark zusammengeschmolzene konstituirende Versammlung wollte schon am Morgen des 23. Juni abreisen und konnte nur durch eine Kolonne mobiler Bürgerwehr, die man noch soeben aus dem Oberlande herbeigetrieben hatte, fast gewaltsam daran gehindert werden.

Als der panische Schrecken allgemein ward, war man freilich nicht mehr im Stande, Regierung und Kammer zurückzuhalten, und sie gingen in dem Augenblicke, wo der letzte Rest des deutschen Parlaments und die klägliche Reichs-Regentschaft in Baden ankam, um nach Karlsruhe sich zu begeben.

Die Diktatoren hatten sich ebenfalls geflüchtet, und dabei die Staats-, die Post-, und die Amortisations-Kasse ausgeleert und mitgenommen.

Die Flüchtigen kamen am 25. Juni in Offenburg an; aber auch hier war ihres Bleibens nicht, und so flüchteten sie nach Freiburg, um sich dort vollends aufzulösen.

Der alte Zwiespalt trat jetzt wieder hervor. In Offenburg erschien nämlich Struve, der jetzt durch eine Ersatzwahl noch einen Platz in der konstituirenden Versammlung gefunden hatte, klagte den Brentano ziemlich offen an und meinte, der Zeitpunkt seines Regierens sey nun gekommen.

Am 28. Juni fand sich in Freiburg die Versammlung wieder zusammen, und hier trat jetzt Struve mit dem Antrag hervor, jeden Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrath am Vaterlande zu betrachten und zu bestrafen.

Nach seinen Aeußerungen in Offenburg konnte dieß nur gegen Brentano gerichtet seyn, daher widersetzte sich auch Letzterer — aber vergeblich, und der Antrag ward angenommen.

Brentano legte hierauf seine Stelle nieder und entschloß sich aus dem Staube zu machen. Mochten nun die preußischen Bajonette in der Nähe drohen, oder mochte vor deren Einrücken noch ein kurzes Nachspiel vom Struve'schen Terrorismus zu erwarten seyn; das Sicherste für ihn war immerhin nur die Flucht.

Am Morgen des 29. Juni ging er nun mit zwei Kollegen nach der Grenze und von da nach Schaffhausen. Auf dem Wege dahin zweimal angehalten, suchte er sich mit Nothlügen durchzuhelfen, und seine Begleiter gaben sogar einmal das Ehrenwort, daß er in Geschäften reise, dann, daß seine Gesundheit der Erholung bedürfe.

Die konstituirende Versammlung erklärte den Flüchtiggewordenen für einen Verräther, und wählte Kiefer an dessen Stelle, eines der schlimmsten Subjekte unter den intellektuellen Beförderern des Aufruhrs.

Brentano beantwortete die Aechtserklärung von Feuerthalen bei Schaffhausen aus mit jener merkwürdigen Rechtfertigungsschrift, welche die eigenen Genossen mit schonungsloser Härte brandmarkte, und womit er sich selbst zu rechtfertigen meinte.

Dieses Aktenstück ist das Denkwürdigste, was Brentano in seinem öffentlichen Leben gethan hat; es ist eine bittere, aber wahre Schilderung der Parthei, mit der er seit einem Jahre den Staat hatte unterwühlen geholfen, mit der er bis zum 28. Juni gemeinschaftlich operirte, und die er nur an Pfiffigkeit, nicht an Patriotismus und Edelmuth übertraf. So war der Schluß des Ganzen würdig.

Die Partheі wühlte in ihren eigenen Eingeweiden, und dieselben Menschen, die am 29. Juni Brentano ächteten, flüchteten sich zwei Tage später in derselben Richtung, in welcher er ihnen vorangegangen war.

Der Kampf war somit seinem Ende nahe; denn auch die Murglinie konnte keine Stütze mehr gewähren. Während die Preußen in der Fronte angriffen, und die Badener, die sich an Rastadt anlehnten, auf der ganzen Linie beschäftigten, war Peucker mit dem Neckar-Korps über die Gebirge und ein Stück württembergisches Gebiets in das Murgthal vorgedrungen, hatte Gernsbach genommen, und bedrohte nun von Baden aus die Insurgenten im Rücken.

Auch hier gelang es nicht, dem Weg nach dem Oberlande ganz abzuschneiden, sondern es blieb den Flüchtigen noch Zeit genug, die Rheinstraße zu gewinnen.

Doch ein weiterer Widerstand war unmöglich. Mieroslawsky legte jetzt den Oberbefehl ab, und die Einschließung Rastadts ward vollendet.

Am 2. Juli besetzte das Hirschfeld'sche Korps Offenburg, am 3. Juli Kehl, am 4. und 7. Juli rückte es in Freiburg ein, und am 11. Juli erdeckt Löbrach dicht an der Basler-Grenze eine preußische Besatzung.

Zu gleicher Zeit zog auch das Peucker'sche Korps in starken Märschen über den württembergischen Schwarzwald in den Seekreis, besetzte Villingen, Donaueschingen und am 11. Juli rückten die ersten Hessen und Mecklenburger in Konstanz ein.

An demſelben Tage betrat Sigel mit den letzten Inſurgentenhaufen das Schweizergebiet, während die Andern ihm ſchon vorangegangen waren.

In dieſem Augenblicke kam auch Hecker in Frankreich an. Sein Plan, ſeine Familie zu holen, hing offenbar mit dieſer beſchleunigten Ankunft nur loſe zuſammen, denn er war wirklich, woran man gezweifelt hatte, thörichte genug, aus Amerika zu kommen, um nun post festum, eigentlich hinterher oder nach dem Feſte die Rolle des Verlachten zu ſpielen.

Der Rückzug der Flüchtigen bezeichnete den Charakter der Leiter und Anſtifter, die jetzt alle Rückſicht auf die Seite ſetzten, und die nothwendige Scheu ablegen zu dürfen glaubten.

Schon früher freilich — was Brentano ſelbſt ſeinen Kollegen vorwarf — war mit den Staatsgeldern gewiſſenlos verfahren worden. Brentano ſelbſt hatte außer ſeinen nothwendigen Bedürfniſſen ſich nur allein einmalhunderttauſend Gulden für Mieroslawsky entrichten laſſen, dem, wie es ſcheint, noch eine zweite Geldſumme nach Frankreich nachgeſchickt worden ſeyn ſollte.

Ein Mannheimer Färber, der Mitglied des Landes-Ausſchuſſes war, hatte unter dem Vorwand von Waffeneinkäufen 55,000 Gulden und nach einigen Tagen wieder 70,000 Gulden empfangen, wo ſpäter weder von den Waffen noch von dem Gelde etwas weiter mehr bekannt geworden iſt.

Ein Anderer aus Karlsruhe hatte ohne Angabe des Grundes einmal 9000 Gulden und dann noch einmal 4000 Gulden erhalten. Der Miniſter des Auswärtigen, Namens Sachs, hatte auf Stuttgart, wahrſcheinlich für das Rumpfparlament, eine Anweiſung von 5000 Gulden erhalten. Der Präſident der konſtituirenden Verſammlung hatte ſich noch am 24. Juni, alſo im Augenblicke der Flucht, 3000 Gulden für dieſelbe ausbezahlen laſſen.

Dieſe wenigen Angaben mögen alſo hinlänglich die traurigſten Beweiſe liefern, wie mit dem Gelde der Steuerpflichtigen gewirthſchaftet worden iſt; und ſo mag Brentano in ſeiner Erklärung wohl recht haben, als er ſagte: »Wenn diejenigen einmal Rechenſchaft ablegen ſollen, welche die Staatsgelder vergeudet haben, dann, Badiſches Volk, werden dir die Augen aufgehen!«

Die Räubereien auf der Flucht überboten aber Alles, was die Geſchichte der drei Aufſtände in Baden aufzuweiſen hatte.

In Raſtadt befand ſich eine Sammlung von türkiſchen Waffen und Trophäen im Schloſſe, welche der berühmte Türkenbeſieger, der Markgraf Ludwig von Baden, vor anderthalb Jahrhunderten aus ſeinen Feldzügen mitgemacht hatte; ſie waren zum Theil koſtbar gearbeitet, und mit Gold eingelegt. Der Oberſt Sigel ließ ſie daher einpacken und nahm ſolche mit ſich nach der Schweiz.

Das Schloß Eberſtein im Murgthal hatte der Großherzog Leopold anmuthig ausſtatten laſſen, wie es ſeine mäßigen Mittel erlaubten; es war ein Wohnſitz, der mehr durch die überaus reizende Lage hervorrage, als durch innere Pracht und Koſtbarkeiten. Aber werthvolle Familien Erinnerungs-Bilder, welche die Geſchichte des Schloſſes berührten, alte Waffen, zierliche Schnitzarbeiten waren dort aufgeſtellt, und was ſonſt zu dem Haushalt einer kleinen Sommerhofhaltung gehört.

Der Oberſt Blanker, ein verdorbener Weinhändler aus Worms und ſein Weib brachen nun in das Schloß ein und nahmen Alles, was ſich auf irgend eine Weiſe zu Geld machen ließ.

Eine Kolonne verſprengter Freiſchaaren, bei welcher ſich der Diktator Werner, Germain, Metternich, der Jude Roſenthal, der Pole Kewesky und ein paar flüchtige ſogenannte Civil-Kommiſſare befanden, bauſten ganz ähnlich im Fürſtenberg'ſchen Schloſſe zu Donaueſchingen, wo man Wäſche, Hausgeräthſchaften, Trinkgeſchirre u. ſ. w. mitſchleppte.

In Freiburg brach eine gleiche Schaar in der Wohnung des Freiherrn von Rink ein, und nahm dort ebenfalls mit, was von einigem Werthe und zugleich transportabel war.

In Lörrach wurde Doktor Kaiſer, ſeiner Geſinnung wegen gefangen genommen, und als er ſich flüchtete, vor ſeinem Hauſe eine Kanone aufgefahren, und ſeiner wehrloſen Frau gewaltſam eine beträchtliche Geldſumme abgefordert.

Die Stadt Lahr und ſelbſt mehrere Dörfer wurden von den flüchtigen revolutionären Banden, wegen ihrer reaktionären Geſinnung um baares Geld gebrandſchatzt.

Inzwiſchen wurde Raſtadt eng eingeſchloſſen, und es war für die Zernirten kein Ausweg mehr übrig geblieben; allein die Klügern hatten die Mauſefalle vermieden.

Der eitle Tiedemann, Biedenfeld und der alte Bönning waren die bekannten Führer, die ſich dort hatten einſchließen laſſen; mit ihnen ein Reſt Badiſcher Truppen, beſonders von den Waffengattungen, welche die Meuterei angefangen hatten, dann Polen, Schweizer-Flüchtlinge und ein Reſt Freiſchaaren.

Der Zuſtand von Raſtadt von der Einſchließung an bis zur Uebergabe war ein verzweiflungsvoller.

Die Bürger, Schuldige und Unſchuldige, waren der Roheit und Wildheit der zuſammengelaufenen Banden preis gegeben.

Die Truppen unter ſich, waren ſelbſt in einem Zerwürfniß, es war kein Gehorſam und kein ſittliches Band mehr, und die Mannſchaft immer betrunken. Dabei waren die Soldaten von Schmutz, Ungeziefer und ekelhaften Krankheiten in der Mehrzahl ergriffen.

So war alſo das Bild der Reichsfeſtung, deren Beſatzung man den deutſchen Heeren als Muſter empfohlen hatte, beſchaffen.

Auch das Entſetzlichſte fehlte nicht, nämlich der greuliche Mord von zwei Unſchuldigen, eines vermeintlichen Spions und eines franzöſiſchen Sprachlehrers.

Am 23. Juli ward Rastadt endlich auf Gnade und Ungnade übergeben worden; also gerade zehn Wochen später, nachdem der provisorische Landes-Ausschuß dort seinen Einzug gehalten hatte; einen Monat nach dem Einrücken der Preußen am Neckar und Rhein.

So ist ein blühendes und einst glückliches Land in seinem Wohlstande zerrüttet, mit Martialgesetzen regiert, ein großer Theil der Generation verdorben, verwildert und unreif für wahre politische Freiheit gemacht worden. Wahrlich eine beklagenswerthe Erbschaft, die ein unfähiges und gewissenloses Demagogenthum den Zurückgebliebenen übelassen hat.

Nur sind zu beklagen die bessern Elemente, die für die andern leiden mußten, zu beklagen die verführten Opfer, deren Blut die Erde gedüngt hat, während die kalten begeisterungslosen Verführer sichere Zufluchtsstätten suchten, und der verdienten Strafe entschlüpften.

Daß Großherzogthum Baden, dieser liebreiche Winkel deutscher Erde liegt in der südlichen wärmeren Hälfte Deutschlands, und grenzt gegen Norden an das Großherzogthum Hessen, im Nordosten an Baiern, im Osten an Würtemberg und Sigmaringen, im Süden an die Schweiz, im Westen an Frankreich in Nordost an den bairischen Rheinkreis.

Von einem Theile der Schweiz, von Frankreich und Rhein-Baiern wird es durch den Rhein geschieden, und ist ein in sich zusammenhängender Staat, der jedoch den schweizerischen Kanton Schaffhausen und die würtembergische Festung Hohentwiel in sich schließt, wogegen der Marktflecken Schlächtern in das Würtemberg'sche Gebiet vorspringt.

Nach dem topographisch-militärischen Atlas beträgt sein Flächenraum 274 Quadratmeilen, welche sich auf den Seekreis, Ober-Rheinkreis, Mittel-Rheinkreis und Unter-Rheinkreis vertheilen, und eine Bevölkerung von ungefähr anderthalb Millionen Seelen in sich fassen.

Das Land, ein vom Rheine gebildetes Thal, wird gegen Morgen vom Schwarzwalde eingeengt, der seinen Fuß an den Bodensee lehnt, in gleicher Linie mit dem Rheine streicht, und sich im Nordosten bis an die Ufer des Mains ausdehnt. Roemärts tritt der Odenwald, eine Fortsetzung des Schwarzwaldes in das Land, welches somit einen Schutz gegen die rauhen Winde von Mitternacht und Morgen findet.

Baden hat wenig Ebenen, da die waldigen Gebirge, Aeste gegen den Rhein zu strecken, die sich dort in traubenreiche Hügel verlaufen.

Die Gebirgsart ist ursprünglicher Granit, dessen höhere Punkte mit Sandstein bedeckt sind, und worauf sich Flötzgebirge ancinen.

Baden ist das bestbewässerte Land von Deutschland, an seinem obern Ende taucht es sich in den Bodensee; der aus diesem heraustretende Rhein bildet hinter dem Gebiete von Schaffhausen erst die südliche, dann die westliche Grenze Badens, auf dessen Boden zugleich der größte deutsche Strom, die Donau auf dem Schloßhofe von Donaueschingen und aus zwei unfernen Quellen — Brigach und Berga — entspringt, jedoch bald nach Würtemberg übergeht und den badischen Grund nur noch einmal bei dem Amte Mößkirch besoßt. Der Rhein erhält in Baden Baden einen beträchtlichen Zufluß durch einige Nebenflüsse. Der Main berührt zwar nur einen schmalen Strich der nördlichen Grenze, empfängt aber in Baden die aus Würtemberg kommende Tauber bei Wertheim. Auch kleinere Seen nebst fischreichen Teichen zieren wie liebliche Spiegel die Landschaft, und ebenso erfrischen auch eine Menge heilbringende Quellen dem Boden.

Alle Boden-Erzeugnisse hat Baden mit dem übrigen Süd-Deutschland gemein. Holz noch immer reichlich, dann Silber, Kupfer, Bleierze, Eisen ꝛc. ꝛc.

Aecker-, Obst-, Garten- und Weinbau sind in einem vortrefflichen Stande, wenniger ist aber für die Viehzucht gethan, und in der Veredlung der Schafe steht Baden sehr gegen Nord-Deutschland zurück.

Für den Handel trefflich gelegen, werden diese Hilfsmittel noch nicht ihrem ganzen Umfange nach benutzt; das Fabrikswesen nimmt keinen gedeihlichen Aufschwung, aber alle Handwerker-Erzeugnisse werden mit Geschmack und Geschicklichkeit angefertigt, und der Gewerbsfleiß des Schwarzwaldes in Holzarbeiten ist ziemlich weltbekannt.

Von den vielen Städten des Landes sind die Hauptstadt Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Rastadt, Pforzheim, Bruchsal, Konstanz, Lahr, Baden und Weinheim die bedeutendsten.

Die Volks-, die Gelehrten- und die Fachschulen von Baden behaupten einen ehrenvollen Ruf, und seine beiden Hochschulen sind würdige Vertreter deutscher Wissenschaft.

Einer Verbesserung der innern Zustände des Landes haben die republikanischen Bewegungen hindernd entgegen gearbeitet, und es sind dadurch dem Lande schwere Drangsale zugezogen worden, jedoch sind aber damit auch Erfahrungen gemacht worden, welche zur Befestigung von Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit wesentlich beitragen werden.

Schleswig-Holstein.

Das Land und das Volk, so wie die staatsrechtlichen Verhältnisse zu Dänemark.

Seit dem Jahre 1848.

Von allen deutschen Ländern hat keines in der öffentlichen Meinung und fast auch in der Diplomatie ein so eigenthümliches Schicksal in dieser Zeit des Umsturzes erfahren, als Schleswig-Holstein.

Von der höchsten Begeisterung für alle seine Bewegungen ist die Theilnahme Deutschlands fast zur Gleichgültigkeit herabgesunken, die Achtung vor dem Volke in diesen Herzogthümern scheint sich aufgelöst zu haben in die bloße Erkenntniß der Wichtigkeit ihres Gebiethes; die ganz ungemeine Bedeutung der Herzogthümer für die Entwicklung der deutschen Reichsfrage, eine Bedeutung, die zu ihrer Zeit einen Augenblick lang vollkommen neben der des österreichischen und preußischen Staats stand, und die das erste deutsche Ministerium stürzte, ist so weit verschwunden, daß gar nicht weiter von ihr die Rede war neben andern Dingen.

Die diplomatische Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage, die vor Kurzem noch mit solcher Gewalt von dem deutschen Reichstage für die deutsche Centralgewalt in Anspruch genommen ward, daß man fast glauben mußte, es sey in ihr das Entweder oder das Oder unserer Tage praktisch aufgestellt, bevor noch das Jahr 1848 hinging, ist mit einer fast unglaublichen Vergessenheit, einem außer-deutschen Kongresse übertragen worden, und Niemand sagte ein Wort dazu.

Die deutsche Reichsgewalt sogar, die durch den Malmöer-Waffenstillstand und das Auftreten der schleswig-holsteinischen Stände im September fast in ihren Grundfesten erschüttert ward, konnte am Ende des Jahrs 1848 durch ihren Kommissär derselben Landes-Versammlung erklären, sie möge sich vor allen Dingen durchaus nicht um die Lebensfrage des Landes bekümmern, sondern ihre ganze Thätigkeit auf eine einfache Bewilligung der Steuern beschränken. Das Land selbst endlich im Frühjahre noch in der begeisterten Bewegung nach seiner Zukunft ringend, lag mit dem Eintritt des Sommers 1848 in einer unglaublichen Abspannung, und Dieselben, die für das unzertrennliche und selbstständige Schleswig-Holstein vor einem halben Jahre noch Gut und Blut einsetzten, legten jetzt die Hände ruhig und fast gleichgiltig in den Schoos, der Entscheidung wartend, in der sie doch keine Stimme haben werden; von der sie wenig Segen erwarten, und an der fast kein Theil Deutschlands so wenig mitzusprechen berechtigt und berufen ward, als eben Schleswig-Holstein, sein Volk und seine Regierung.

Es ist in diesen Zeiten nicht erlaubt, über den Gang der Dinge auch nur einen Monat lang hinaus zu rechnen; allein der Gang der Dinge in der schleswig-holsteinischen Sache wird immer einen hochwichtigen und nicht weniger interessanten Abschnitt in der Geschichte unserer Zeit, wie zugleich in der Geschichte der rein germanischen Stämme Europas, der deutschen und skandinavischen Völker bilden, und noch nach Jahrhunderten wird der Blick der Geschichtsforscher mit inniger Theilnahme auf Dem ruhen was hier geschehen, und vielleicht noch mehr auf Dem was hier nicht geschehen ist.

Und worauf beruht dieses eigenthümliche Verhältniß dieses kleinen Landes und seiner Geschichte, dieses feste Band, daß das Interesse des großen Deutschland an ihm festhält, dieser Wechsel in Bedeutung und Bedeutungslosigkeit, in Wichtigkeit und Verschwinden in dem Gange der Dinge?

Der Grund ist ein einfacher und klarer, und es ist daher nöthig, ihn zum Verständniß, besonders der neuesten Entwicklung, hier an die Spitze zu stellen.

Schleswig-Holstein ist unendlich wichtig, aber nur für das gesammte Deutschland, nicht für irgend einen Staat in Deutschland. Seine Sache ist daher auch eine Angelegenheit und Aufgabe des ganzen Deutschland; der Kampf für dasselbe kann nur von der einheitlichen Gewalt Deutschlands gekämpft werden; der Sieg kann nur dieser Gewalt zu Gutem kommen, die Niederlage ist eine Niederlage dieser Macht.

Schleswig-Holsteins Geschick ist dabei unmittelbar mit dem Geschick dieser Einheit Deutschlands verbunden; es ist der empfindlichste Thermometer für den Höhegrad ihrer Entwicklung.

Schleswig-Holstein ist zu schwach um als selbstständig bewegende Kraft aufzutreten; es ist durch einen Zusammenstoß von Umständen, die hier dargelegt werden sollen, durchaus empfänglich. Und eben diese, kindliche Anhänglichkeit von der großen Frage des künftigen europäischen Staatensystems, dem einigen und selbstständigen Deutschland ist es, welche der Theilnahme an der schleswig-holsteinischen Bewegung Bedeutung gibt und derselben ihr historisches Recht sichert.

Wir leben der innigen Ueberzeugung, daß Länder und Völker ihr Leben nicht für sich und ihre Zwecke führen; denn eine höhere Hand hat jedem seinen organisch nothwendigen Platz in der Entwicklung des großen Ganzen angewiesen, und die tiefere Anschauung der Geschichte eines jeden Gliedes dieses Ganzen fängt erst dann an, wo der menschliche Blick diesen Platz, diese weltgeschichtliche Aufgabe desselben zu erfassen beginnt.

Der Augenblick, wo ein Volk in diesen Durchgangspunkt seines höhern Lebens hineintritt, ist immer der entscheidende für seine Zukunft und der höchsten Beachtung werth.

Und so klein auch dieses Schleswig-Holstein ist, so hat es dennoch mit der März-Revolution des Jahres 1848 auch seinen eigentlichen geschichtlichen Geburtstag gehabt, und fast von ihm aus wird die Bedeutung des ganzen vorausgegangenen Lebens dieser Gebiethe klar, und erst was sich von da an ereignet erleuchtet die Nacht, die hinter uns liegt, und zeigt uns recht deutlich eigentlich, wem hier vorgearbeitet ward.

Dieses aber ist nichts Anderes als die Stellung Deutschlands unter den nordischen Seemächten als eine selbstständige Seemacht. Durch Schleswig-Holstein tritt Deutschland als ein selbstständiges Glied in das Völker- und Staatenleben der nordischen Mächte, und in ihren Organismus hinein. Mit Schleswig-Holstein beginnt die Mission Deutschlands auf den nördlichen Meeren, und von ihnen aus auf den Meeren der Welt.

Es ist eine neue Zeit, die sich damit für das große Vaterland öffnet, und deren Bedingung, Beginn und Voraussetzung die schleswig-holsteinische Bewegung war; denn diese neue Zeit hat unter allen Mächten, welche das Leben der Welt bewegen und entscheiden, keine für sich als die höchste und edelste, die innere Nothwendigkeit der deutschen Einheit.

In dieser Entwicklung erst klärt sich die Bestimmung von Schleswig-Holstein auf, und es ist nicht der schwächste Beweis von der Größe unserer Zeit, daß ungeachtet aller Dokumente, Diplomatie und Verbrennung, für jeden Verständigen jene Bestimmung eben der letzte und entscheidende Augenblick gewesen ist und seyn wird.

Hier wird es leicht werden, die Bestimmung Schleswig-Holsteins für Deutschland jetzt aus den unveränderlichen Elementen seiner Lage und seiner natürlichen Verhältniße nachzuweisen und dann zu zeigen, wie die Geschichte bis zum recht eigentlich deutschen Augenblicke in der Bewegung des Volks, langsam aber sicher diesem Ziele vorarbeitet.

Hier soll es nun versucht werden ohne Vorurtheil und Vorliebe zu sprechen, und zu zeigen, daß dasjenige, was für die schleswig-holsteinische Sache die Theilnahme und Wachsamkeit aller Deutschen zur heiligen Pflicht macht, eben die unendliche Wichtigkeit Schleswig-Holsteins für Deutschland ist.

Schleswig-Holstein umfaßt das Land von der Unter-Elbe, so weit die Fluth des Meeres ihre Wirkung äußert, bis zu der Königs- oder Schottburger-Aue, dem Grenzfluß zwischen Schleswig und Jütland. Gegen Lauenburg besteht keine natürliche Grenze. Früher zog sich der ungeheuere Sachsenwald von der Mündung der Trave bis zur Elbe, die Sachsen von den Wenden scheidend; jetzt ist aber von diesem Walde wenig mehr übrig.

Die Ostsee bespült das ganze Land im Osten, und schneidet an vielen Punkten tief in die Küste hinein, die herrlichsten Häfen des ganzen nördlichen Europa bildend; und unter ihnen vor allen den Hafen von Kiel, dem nach dem Urtheile aller Sachverständigen wenige in der Welt gleich sind, den Hafen von Flensburg und den der schiffreichen kleinen Stadt Apenrade.

Einst war auch die Schlei berühmt, als die Schiffe nicht so tief gingen.

Von niederer Bedeutung sind die Häfen von Hadersleben, Eckernförde, und Neustadt.

Die ganze schleswig-holsteinische Küste bildet den am wenigsten gefährlichsten Theil der Ostsee, da die Gewässer von Norden und Nordosten, fast auch ganz von Osten, und ringsum im Westen und Süden von den dänischen-schwedischen und deutschen Landen geschützt sind. Ganz anders ist die Westküste.

Hier trifft nämlich mit ihrer ganzen Wucht die Fluth des Weltmeers täglich den flachen Rand der Marschen, und es ist nicht ohne Interesse zu sehen, mit welchen Gefahren diese reichen, aber um theuern Preis dem Meere abgerungenen Marschen oder Sumpflande Schleswig-Holsteins zu kämpfen haben.

Die Fluth nämlich kommt gerade an dieser Stelle von zwei Seiten zugleich zusammen. Ihre ertke Masse wälzt sich durch den Kanal längs der holländischen und belgischen Küsten, vorbei den Mündungen der Ems und Weser, gerade auf Dithmarschen zu.

Die zweite Masse, von jener getheilt, durch die großbritanischen Inseln, zieht über den Norden von Schottland theils gegen Norwegen, theils gegen die Westküste der cimbrischen Halbinsel, wo das Kattegat nicht mehr im Stande ist, die Wege des andringenden Wassers aufzunehmen. Sie stürzt dann hinunter in den Winkel, in den die Elbe mündet, und hier vereinigen sich daher zwei Fluthen zugleich gegen die flache Marsch.

Seit Jahrtausenden ist die Gewalt dieser Strömungen thätig gewesen, und wenig Orte in Europa haben wohl eine so furchtbare Umwälzung erlitten, wie dieses alte Land der Friesen.

Dunkle Sagen erzählen davon, daß einst das Ufer bis über die Felsen-Insel Helgoland hinaufgegangen ist; ein König von England, erzählt eine friesische Sage, habe dann das feste Land zwischen England und Frankreich durchstechen lassen, so daß die gewaltige Fluth, durch den geöffneten Kanal hereinbrechend, in einer furchtbaren Nacht, die ganze Heimat der Friesen verschlungen hat.

Es ist nicht unmöglich, daß ähnliche Natur-Ereignisse Statt gefunden haben, denn wenn mit Nordweststurm die Fluth sich in diesen Winkel anbäuft, und vor ihm die Elbe nicht die Wasser zurückführen kann, bis die neue Fluth mit denselben Sturm sich hebt, dann erreicht das Meer eine furchtbare Höhe.

Die Bewohner der Marsch kennen die Gefahr, und eilen auf die Deiche, wo die Noth groß wird. Die Wellen toben dann gegen die schwache Wehr, wühlen unter dem Fuße, reißen oben am Kamm tiefe

Löcher und ſtürzen mit Gewalt hinüber. Dann iſt der Deichgraf an ſeinem Platze.

Die Bewohner der Marſch werden aufgeſtellt wo der Drang am größten iſt; ſie füllen Säcke, Segel, Packen mit Sand und Erde, und laſſen ſie hinab in die aufgeſpaltenen Riſſe. Schaufel und Spaten ſind bereit, und mit der Gefahr des Lebens wird die Gefahr für das Land, für Hab und Gut bekämpft.

Nicht immer gelingt es aber; denn aus den frühern Jahrhunderten iſt der Untergang vieler großen und ſchönen frieſiſchen Gebiethe mit Beſtimmtheit nachzuweiſen. So vernichtete im Jahre 1624 eine ſolche Sturmfluth die große Inſel Nordſtrand, die noch auf den Dankwerthſchen Karten zu finden iſt mit 18 Kirchſpielen, daß nur zwei kleine Inſeln jetzt ihre vorige Stelle mehr bezeichnen.

Dazu ging in einer Nacht, es war die Nacht des Weihnachts-Abends, die ganze Reihe von ſchönen Halligen unter.

Noch im Jahre 1825 brach die Sturmfluth wieder bei Glückſtadt den Deich, riß eine Reihe von mauerfeſten Häuſern in einem Augenblicke nieder, und ſchleuderte einen großen Dreimaſter über dreihundert Schritte weit auf das Land, wo er ſpäter, zwiſchen der Frühlingsſaat im tiefen Marſchboden feſtſitzend, aufgebauen werden mußte.

So iſt das Meer dort eben ſo furchtbar, als es friedlich an der Oſtküſte iſt. Aber dafür gibt es auch wieder mit reichen Händen, was es nimmt. Fluth und Ebbe im ewigen Wechſel legen den fetten Schlamm an den Küſten ab, und bauen langſam aber ſicher ein neues Land aus der Tiefe des Meeres auf.

Meilenweit erſtrecken ſich die flachen Ufer von den Küſten hinaus, ſo flach, daß ſie bei niedriger Ebbe gangbar für vorſichtige Fußgänger werden, und die Inſeln für Stundenlange Zeit dem Feſtlande gehören.

Kein Land kommt dieſem Boden an Fruchtbarkeit gleich, und die Bewohner der Marſch ſind aufmerkſam, dieſes Vorland, wo es in gleicher Höhe mit dem mittlern Waſſerſtande bei ordinärer Fluth ſteht, mit Deichen zu umgeben, und ſo die Kooge zu bilden.

Solche Kooge reihen ſich von der Mündung der Elbe bis nach Tondern hinauf, der eine an dem andern, und durch ſie liegt dieſes Tondern, einſt eine Seeſtadt, jetzt nicht weniger als vier Meilen von dem Meere entfernt auf dem feſten Lande. Daß dabei keine Häfen vorhanden ſeyn können iſt ganz natürlich.

Die Einfahrten von Huſum und von Tondern, an der Mündung der Eider verdienen dieſe Namen kaum, denn erſt die Elbe bildet den natürlichen Hafen der Weſtküſte, an dem der Reichthum des Landes und deutſcher kaufmänniſcher Geiſt das ſchöne Hamburg großgezogen haben. Allein dafür iſt dieſer Marſchboden in ſeiner Weiſe der reichſte, den vielleicht ganz Deutſchland aufzuweiſen hat.

Er iſt flach wie das Meer, das ihn geſchaffen hat, baumlos und ſtußlos. Das Auge reicht über die ganze Ebene, wie über eine ſtille See, und nur die vereinzelten Gebäude mit ſparſamen Laubholz zur Zierde umgeben, unterbrechen die Fernausſicht.

Tiefe Gräben durchſchneiden das Land, und ſchließen die Felder ein, auf welchen ein Viehſtand weidet, der mit vollem Recht berühmt iſt, und der den Reichthum des Landes bildet.

So iſt der Charakter der Marſch, ein Ebenbild von Holland, dem ſie nur an Größe und Wichtigkeit, nicht an Lebensfülle im Wohlſtand und Kraft der Bewohner nachſteht.

Ein durchaus anderer Bild biethet der Oſten dar. Hier iſt der Boden auf eine von den Erdbildungskennern noch unerklärte Weiſe in wellenförmiger Bewegung gebrochen, und bunderte von kleinen Bächen und Seen ziehen ſich zuruck die Hügel hin, welche die Heimath der ſchönen Buche ſind.

Das Land beſitzt keine großartigen Naturſchönheiten, aber es iſt reizend, wie wenig andere. Die Lieblichkeit der Gegenden entſpricht ein feldbegründeter Reichthum des Bodens, auf welchem reichliche Ernten einander folgen; die ſchönen Buchten bringen Schifffahrt und Handel zur Blüthe, und was die Hilfsquellen des Landes im Stande ſind, zeigt die Geſchichte der einſt holſteiniſchen Stadt Lübeck, welche vor dreihundert Jahren allein, Dänemark die Spitze bot.

Viehzucht und Ackerbau blühen, und ſo iſt auch von großer Bedeutung, daß ſelten Natur-Ereigniſſe die ſichern Ernten vernichten.

Der dankbare Boden findet einen Stamm tüchtiger Bebauer, die ihn mit ſeiner ganzen Eigenthümlichkeit auszubeuten wiſſen.

Weientlich von beiden Küſten verſchieden iſt wieder die Mitte des Landes. So bildet nämlich die Fortſetzung der großen Haide, die ſich von dem innern Rußland durch die Brandenburg'ſche Mark und durch Lüneburg hin erſtreckt; ein öded Land, das wenig zur Kultur fähig iſt, und flach und ſandig erſt an der Nordſeite Jütlands mit dem Skagerrak ſich in das Kattegat hineinſenkt.

Dennoch iſt es aber gerade dieſe Haide, die den eigentlichen Damm zwiſchen der Oſt- und Weſtſee gebildet, und die Vereinigung beider Meere verhindert hat. Es mag ſeyn, daß einſt die Fluth auch über dieſe Höhenrücken ſich hingeſtürzt, und die Häfen in die Oſtküſte hineingewühlt hat, allein derſelbe hat ſich erhalten, und er iſt es, der das Länderſyſtem Skandinaviens mit Deutſchland, wie ein feſtes Glied verbindet.

Wie ganz anders wäre der Lauf der Geſchichte geworden, wenn er verſchwunden, Schleswig oder Holſtein nicht vorhanden, und der Küſtenſtrich von Holland bis Petersburg eine ungebrochene Linie geworden wäre! Doch davon iſt es überflüſſig hier zu reden.

Auf dieſem vorhandenen ſandigen und unfruchtbaren Höhenrücken ſtreiten ſich Deutſchland und Skandinavien bald feindlich, bald freundlich, und erfüllen ihre Beſtimmung, gemeinſchaftlich das germaniſche Element im Norden Europa's feſtzuſtellen.

Mitten durch dieſe Sand-Ebene fließt die oielgenannte Eider, Schleswig und Holſtein von einander trennend; mitten in der Eider liegt die Feſtung Rends-

burg, die eben so nothwendig eine Bundesfestung werden muß, als Straßburg es hätte bleiben müssen.

An der Mündung des Schleswig-Holsteinischen Kanals liegt das reizende Kiel, einer der wichtigsten Punkte von Norddeutschland. Beide Städte haben für Deutschland eine große Zukunft.

Dieses ist das Bild des Landes, dessen Flächeninhalt mit den dazu gehörigen Inseln etwa 310 Quadratmeilen beträgt.

Was die Elemente des materiellen Lebens, seine Produktion und Konsumtion betrifft, ist Schleswig-Holstein ein wesentlich ackerbautreibendes Land.

Theils der Sinn der Bewohner, der dem Nützlichen mehr als dem Geschmack und der erfindenden und gestaltenden Thätigkeit huldigt, theils der reichliche Ertrag des Landbaues, theils die Kleinheit des Landes, die das Erstreben großer Städte hinderte, theils die Höhe des Taglohns, vor allen aber sein Verhältniß zu England und dessen Industrie, haben das Entstehen jeder industriellen Thätigkeit verhindert.

Dafür ist nun aber die Produktion der Bodenerzeugnisse um so größer, und gehört zu den ersten in ganz Deutschland.

Trotzdem, daß der ganze mittlere Haiderücken unbebaut ist, beträgt nach ämtlichen Angaben die Ausfuhr an Rapssaat über hunderttausend Tonnen im Durchschnitt; woneben noch drei Millionen Pfund Oel ausgeführt wurden; dazu kamen Weizen und Gerste, jedes mit 150,000 und 120,000 Tonnen, drittehalb Millionen Pfund Mehl, und die übrigen Bodenprodukte im Verhältniß.

Noch viel wichtiger waren die Produkte der Viehwirthschaft: denn die Herzogthümer führten durchschnittlich an 6000 Tonnen Butter (à 224 Pfund), anderthalb Millionen Pfund Fleisch, drittehalb Millionen Pfund Speck, 12,000 Pferde, 35,000 Stück Vieh und 20,000 Schweine aus.

Der durchschnittliche Werth der Ausfuhr betrug demnach nicht weniger, als 16 Millionen Reichsbankthaler.

Die Einfuhr und der Verbrauch sind diesem entsprechend; nämlich es wurden eingeführt und verbraucht im Durchschnitte sechtehalb Millionen Pfund Kaffee, anderthalb Millionen Pfund Früchte aller Art, über eine Million Pfund Reis, drittehalb Millionen Pfund Tabak, zehn Millionen Pfund Zucker und Syrup; dazu anderthalb Millionen Pfund Baumwollenwaaren.

Der Werth der Einfuhr kann also auf dieselbe Summe angeschlagen werden, wie jener der Ausfuhr.

Bei Allen dem ist aber der Handel nur zum geringsten Theile in den Händen der Herzogthümer; denn er wird hauptsächlich durch Hamburg und Lübeck vermittelt; aber dennoch ist die Rhederei nicht unbedeutend, und war bisher in einem fortwährenden Steigen begriffen.

Das Volk, welches diese Lande bewohnt, hat einen bestimmten, wenig durch äußere Mischung umgewandelten Charakter; aber die Herzogthümer selbst sind gerade in diesem Punkte verschiedener, als Manche es wissen.

Der Holsteiner gehört durchaus dem reinen niederländischen Stamme an. Er ist still, wenig beweglich, wenig empfänglich für die Gaben und die Schönheit des Genius; abgeschlossen und sich der Eingezogenheit freuend, theilt er sich wenig mit und begnügt sich gerne in geistiger, sowie in materieller Beziehung im engsten Kreise.

Dafür aber ist er stark und hart gegen sich und Andere, verachtet Schwäche, hält fest, was er mit dem Verstande gefunden, und achtet vor allen Dingen die scharfe und kalte Kritik, in politischen so wie in andern Dingen.

Er geht sehr schwer vorwärts, aber er geht auch schwer zurück; kein Stamm des deutschen Volks übertrifft ihn an Zähigkeit in dem Festhalten des einmal Erkannten oder Beschlossenen. Anders erscheint der Schleswiger.

Jenseits der Elbe fangen die Wohnsitze der alten Angelsachsen an, deren Nachkommen England bewohnen, und jetzt heißt das Land zwischen der Schlei und dem Flensburger Meerbusen, Angeln.

Der Angelsachse ist rascher, kühner, geistig lebendiger als der Holsteiner; er liebt größere Dinge und gibt sich hin, ohne viel zu rechnen, so lange seine Offenheit der Offenheit begegnet.

Er erreicht leichter das Ziel seiner Aufgaben, aber freilich hält er es auch nicht mit jener rücksichtslosen Zähigkeit fest; er ist schlauer, aber nicht so ernst, eifriger, aber nicht so kräftig, tiefer und gläubiger, aber nicht so gründlich und beweisend.

Sein ganzer Stamm hat unendlich viel mehr gelitten, als jener der Holsteiner, dem er als Schutzwehr gegen die Dänen gedient hat, nur zu oft mit seinem letzten Blute und ohne Dank und Ruhm, und darum ist er mißtrauisch und vorsichtig, aber wachsamer und mit einem frischen Entschluß bei der Hand.

So ersetzen und ergänzen sich beide Stammgenossen, und eben darum ist ihr natürliches Bedürfniß die Gemeinschaft ihres Lebens, wie die Gemeinschaft ihrer Eigenschaften eine vortreffliche Mischung bildet.

Angewiesen auf einander durch Gemüth, Geist, Landesverhältniß, Geschichte und Zukunft, haben sich beide von jeher vertraulich die Hand gegeben.

Die Vergangenheit mit allen ihren Bewegungen zeigt durch ein volles Jahrtausend hindurch, wie diese höhere Natur das äußere Leben beider Lande nach allen Seiten hin beherrscht und durchdrungen hat.

Dieses eben ist es aber, was die Betrachtung dieser Geschichte ihr nächstes und wärmstes Interesse sichert.

Neben den Angelsachsen wohnen in Schleswig noch die letzten Abkömmlinge der alten friesischen Stämme an der nördlichen Westküste und auf den Inseln, zu schwach an der Zahl und zu städtelos, um etwas Größeres zu bedeuten, immer aber ein hochachtungswerther, durch begeisterte Anhänglichkeit an den eigenen Stamm, wie durch die seemännische Tüchtigkeit ausgezeichneter Bestandtheil des Ganzen.

Im Norden kommen dann die dänischen Elemente, welche von einer fortwährend dänischen Einwanderung vom Norden her berufen werden, nachdem nämlich

die dienende Volksklasse in den Gegenden Schleswigs bis nach Tondern und Flensburg, hauptsächlich aus Dänemark her ergänzt wird, wovon dann Manche bleiben, und ihr dänisches Patois oder Kauderwelsch oft mitten in rein deutsche Ortschaften hinein verpflanzen.

Wenn man die neueste auf Schleswig-Holstein bezügliche Bewegung in Deutschland vorurtheilsfrei betrachtet, so ist es allerdings wahr, daß zuerst der Kampf der deutschen Nationalität gegen die dänische, die damalb die entschiedene Uebermacht hatte, das Gefühl der gemeinsamen Sache und die Freude an dem tapfern Widerstande einer Grenz-Provinz gegen fremde Einverleibung dieses Interesse erweckten.

Allein im Grunde war es doch mehr das Gemüth, als politische Ueberlegung, was dabei waltete.

Die tiefer Blickenden wußten zu beurtheilen, daß diese kleinen Lande zugleich von der größten Wichtigkeit für Deutschland seyen, und nahmen mit Freude wahr, daß durch den Kampf der Nationalitäten sich für Deutschland ein ungeheurer Fortschritt in seiner äußern Stellung vollzog.

Diese Erkenntniß hatte noch mehr Bedeutung, als jene rasch aufgelodernte Begeisterung, welche den Kern der Verständigen und die Diplomaten dauernd für die schleswig-holsteinische Sache gewann; sie hat auch diese Theilnahme unter manchem Wechsel der Dinge für Schleswig-Holstein erhalten, und sie ist es, die selbst für die Zukunft das eigentliche und dauernde Band zwischen Deutschland und dieser Frage bilden wird; und man muß dieserwegen gerade hier auf die Erörterung dieses politischen Gesichtspunkts den allergrößten Werth legen.

Wie Schleswig-Holstein zwei Staatensysteme, das deutsche und das skandinavische scheidet, so ist auch seine Bedeutung eine zweifache; sie ist zunächst dem Deutschen, dann dem Skandinavischen zugewendet.

Es scheidet und verbindet aber Beide, und eben darum ist das Auftreten der ganzen schleswig-holsteinischen Frage im Grunde nichts Anderes, als das Eintreten des Augenblicks, in welchem sich das Verhältniß dieser beiden, den ganzen Norden Europa's beherrschenden Staatensysteme zum ersten Mal zu ordnen, den Anfang machen will.

Wäre Schleswig-Holstein nicht die Brücke, welche zu dieser neuen Geschichte des Norden hinüberführt, so würden die Herzogthümer nimmer den Platz in der neuern Zeit eingenommen haben, den sie selbst in diesem Augenblicke behaupten. Daß sie es sind, ist nicht schwer zu erkennen.

Die ganze Länder- und Völkermasse Europa's scheidet sich geographisch und historisch in drei große Gruppen, deren westlichste, von Spanien, Frankreich und England gebildet, bis zum westphälischen Frieden eigentlich für sich gelebt hat, und noch gegenwärtig mit einer eigenthümlichen Richtung in Bildung und Geschichte da steht.

Wesentlich von ihr verschieden ist die östliche Gruppe mit ihrer russischen Hauptmasse, den polnischen und türkischen Landen. Als Ganzes tritt sie erst mit dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts in das europäische Staatensystem hinein.

Die Mitte enthält wieder drei selbstständige Systeme von Ländern und Staaten, nämlich das italienische, das deutsche und das skandinavische.

Diese drei Mittelgruppen haben in jeder Beziehung die schwerste Stellung in Europa, da sie den östlichen und westlichen Feinden gegenüber stehen.

Unter ihnen ist Deutschland entschieden die wichtigste, aber freilich auch am meisten gefährdete und nur mit den größten Anstrengungen und nur zu oft nicht glücklich, daß es seinen Platz behauptet.

Bis zum sechszehnten Jahrhundert war das Meer, was dieses Europa umgibt, für die Europäer selbst fast durchaus ein Binnen-Meer; und die Welt ihnen an ihren Küsten abgeschlossen.

Macht und Stellung der einzelnen europäischen Staaten war daher hauptsächlich und fast allein durch die Ländermasse und die Landmacht bedingt.

Dieses Alles gestaltete sich aber wesentlich anders, als Amerika und das Vorgebirg der guten Hoffnung entdeckt waren.

Jetzt war die Aufgabe der europäischen Staaten eine die Welt umfassende; der Reichthum, die Masse und die Macht fremder Welttheile kraftallisirten sich um kleine europäische Staaten.

Neue Verhältnisse entstanden, und wer sie befriedigte, erhob sich zum Herrn der Verbündeten.

Das Schicksal europäischer Staaten ward in transatlantischen Gebieten entschieden, und die Seemacht ward zur Bedingung einer Weltmacht, was von einem ungeheuren Einfluß gewesen ist.

Durch jene maßgroße Thatsache nämlich wurde das von der See entfernte Deutschland aus einer Weltmacht zu einer bloß europäischen Großmacht; was ganz natürlich ein tiefer Sturz von seiner Höhe war.

Von jetzt an gab es eine Reihe der allerwichtigsten Interessen, die gar nicht mehr innerhalb des Gesichtskreises Deutschlands fielen, und bei denen man Deutschland daher nicht fragte; die großen Nationen des Weltverkehrs fingen an, auf die Deutschen wie auf eine untergeordnete Macht herabzublicken.

Der Schwung der Ideen, die mächtige Arbeit des materiellen Lebens, der Handel und die Schifffahrt, die sich an die unmittelbare Berührung mit andern Welttheilen anknüpften, gingen für Deutschland verloren, und so trat jene traurigste der Epochen in der deutschen Geschichte ein, in welcher Deutschland weder innerlich noch äußerlich Ansehen und Achtung hatte.

Als nun mit dem Anfang dieses Jahrhunderts die gewaltige Bewegung wieder innerhalb Europa losbrach, welche den Völkern das Bewußtseyn ihrer volksthümlichen Selbstständigkeit und das Bedürfniß nach nationaler Ehre zurückgab; als in Deutschland vor Allem sich diese Bewegung in dem mächtigen Streben nach Einheit kund gab, daß seit dem Jahre 1815 die Stämme und Staaten bald hierhin, bald dorthin im wechselnden Kampfe drängten; als die Deutschen erkannten, daß sie der Mittelpunkt Europa's und das mächtigste Volk desselben sind, da war es natürlich, daß sie, schon damals auf allen Märkten und Mee-

ren der Welt als feindliche, und eben darum nur zu oft mißhandelte Völkerſchaft daſtehend, des Dranges nicht mehr Herr werden konnten, um auch ihrerſeits eine Seemacht ſeyn zu wollen.

Möge es hier unberührt bleiben, dieſes Bedürfniß und die Bedingungen ſeiner Erfüllung weiter auszuführen, gewiß aber iſt, daß es eine der wichtigſten Thatſachen für die Zukunft Deutſchlands abgibt.

Allein, ſo wie das Bedürfniß auftrat, ſo mußte vor Allem Eine Vorausſetzung in die Quere fallen; Deutſchland hat keine Berührung mit dem Weltmeere nur an ſeiner Nordküſte.

Dieſe Küſte, vor der die Ungunſt des Geſchicks das herrliche Holland und Belgien abgetrennt hat, reicht nun zwar von der Ems bis nach Memel; allein dieſe herrliche Küſte macht durch zwei Momente die Entwicklung einer ſelbſtſtändigen Seemacht faſt unmöglich.

Sie iſt nur zu ihrem geringſten Theile eine offene; die ganze Oſtküſte iſt beherrſcht durch den Sund.

Der Lebensnerv der deutſchen Schifffahrt hängt ab von einem fremden Staat; die Hälfte der deutſchen Rhederei iſt damit mittelbar in fremden Händen.

Gerade in der Oſtſee ſtehen neben Deutſchland drei Mächte, von denen ſelbſt die kleinſte das ſonſt ſo wenig bedeutende Dänemark, es jeden Augenblick in ſeiner Hand hat, die ganze Oſtſee-Schifffahrt zu lähmen.

Und geſetzt ſelbſt, Deutſchland wollte ſich hier eine Seemacht ſchaffen, ſo würde es dazu nicht im Stande ſeyn, da es keine Häfen für eine Flotte hier beſitzt.

Aehnlich ſtehen die Sachen an der Weſtſee. Bis vor einem Jahre war der Hauptſtrom des nördlichen Deutſchland, die Elbe, von Holſtein beherrſcht, das unter einem fremden Souverain ſtand, und die däniſchen Farben wehten vor den Thoren von Hamburg, Oldenburg und Hannover, ſind aber faſt in derſelben Lage wie die Oſtſeeküſten; auch hier iſt kein Hafen, und wäre ein ſolcher, ſo würde jene von Dänemarks Lage gegebene Trennung der Oſt- und Weſtſee nicht blos zwei deutſche Flotten erfordern, die ſich ſchwer oder gar nicht vereinigen ließen, ſondern es würde dieſe getheilte Macht nirgends groß genug ſeyn können, um allen Gegnern Deutſchlands mit Nachdruck Widerſtand zu leiſten.

Dazu kommt nun zweitens die Geſtalt des Landes. Mitten in jenem Küſtenſtrich, der an ſich tief genug in Deutſchland hinein ſich erſtreckt, ſchieben ſich wie ein mächtiger Keil die deutſchen Lande der Geſammt-Monarchie Dänemarks hinein; nämlich Schleswig-Holſtein und Lauenburg.

Dieſe beherrſchen den ganzen Norden, und bis Magdeburg und Erfurt ſteht ihnen nicht einmal eine deutſche Feſtung entgegen.

Wer jene Lande im Beſitze hat, der hat damit die Macht und Möglichkeit Alles zu hindern und zu unterbrechen, was für die Entwicklung einer deutſchen Seemacht geſchehen kann.

Deutſchlands See-Verhältniſſe ſind wie ein gebrochener Arm; es ſcheint faſt, als ob es dieſem herrlichen Lande verſagt wäre, jemals eine ſolche würdige Stellung auf den Meeren, und damit unter den Angelegenheiten der Welt einzunehmen.

Gab es denn aus dieſer Lage der Dinge keinen Ausweg? Mußte Deutſchland alle Hoffnung aufgeben, jemals dieſes ſein erbadenes Ziel zu erreichen? Der freie Weg zum Meere war der Weg zu einer großartigen Zukunft.

Wer dieſer Weg einem Volke auf immer verſchloſſen? — Nein! — Mitten im holſteiniſchen Lande lag ein Element, das nur beachtet zu werden brauchte, um die deutſche Entwicklung für immer auf eine feſte Grundlage zu ſtellen.

Schon der erſte Blick zeigt, daß eben Schleswig-Holſtein das natürliche Verbindungsglied zwiſchen den zwei Küſtenmaſſen Nord-Deutſchlands bilde.

Iſt Schleswig-Holſtein deutſch, ſo iſt die deutſche Küſte im Oſten ſowie im Weſten geſchützt; kein Land der Welt iſt ſo reich an unvergleichlichen Kriegshäfen, die Deutſchland ſonſt nirgens beſitzt. Die Elbe iſt durch die Herzogthümer wieder ein deutſcher Strom, und der ganze deutſche Norden iſt geſichert. Allein die Bedeutung Schleswig-Holſteins reicht weiter.

Schleswigs nördliche Hälfte erſtreckt ſich bis mitten in den kleinen Belt. Auf dieſem Punkte liegt die Verbindung zwiſchen den beiden Ländermaſſen, welche das Königreich Dänemark bilden; Jütland und die Inſeln.

Wer Schleswig hat, der beherrſcht eben damit das ganze Dänemark, denn ſowohl Jütland als die Inſeln ſind zu ſchwach, um allein einen Widerſtand entgegenſetzen zu können.

Von Schleswig aus föhet man in einer Viertelſtunde nach Fühnen; der Beſitz von Fühnen entſcheidet über Dänemark, ein deutſches Schleswig gibt Deutſchland die Macht, über die Schlüſſel der Oſtſee und weiter. Der Sund ſchließt die Oſtſee und damit die ganze ruſſiſche, die halbe ſchwediſche Schifffahrt.

Aber nicht wer den Sund hat, ſondern wer ihn beherrſcht, wird der Herr der Oſtſee ſeyn.

Dänemark hat den Sund, es iſt aber zu ſchwach, ihn zu beherrſchen.

Wenn Deutſchland an den Thoren von Fühnen ſteht, ſo ſteht es an den Thoren von Kopenhagen, und dann iſt es Deutſchland, welches jenen Sund in ſeinen Händen hat.

Alles dieſes iſt möglich durch Schleswig-Holſtein, unmöglich ohne daſſelbe.

Geſetzt nun aber, der Sund wäre auch Deutſchland gegenüber zu halten, ſo ſchließt der Beſitz von Schleswig-Holſtein die Möglichkeit in ſich, einen Kanal durch Holſtein hindurch zu graben, einen zweiten Sund, der alle Gefahren des Kattegat und der Kanonen von Kronborg beſeitigen würde, ein Gedanke, der erſt in neueſter Zeit von tüchtigen Männern mit Ernſt und Begeiſterung aufgenommen worden iſt.

So iſt Schleswig-Holſtein die Lebensfrage für die ganze künftige Seegeltung Deutſchlands, und Niemand kann und wird verkennen, daß dieſe Herzogthümer, ſo klein ſie auch ſind, dennoch den wichtigſten Theil des ganzen nördlichen Deutſchland bilden.

Doch ist auch damit nicht die Bedeutung der Herzogthümer erschöpft; denn fast von gleicher Wichtigkeit sind sie für Skandinavien, und zunächst für Dänemark.

Dänemark ist von jeher ein kleiner Staat mit großen Bedürfnissen gewesen. Diese Bedürfnisse beruhen theils auf seiner Verfassung, theils auf der Gestaltung des Landes.

Was die Verfassung betrifft, so hat Dänemark seit zweihundert Jahren die Last eines nach Glanz und Aufwand strebenden Königthums zu tragen gehabt, das es in seinen materiellen Hilfsquellen fast erdrückt hat.

Um diese Last erträglich zu machen, hat Dänemark von jeher die Herzogthümer mit großer Rücksichtslosigkeit herbeigezogen; sie sind die Lastträger seines absoluten Königthums geworden, und es ist kein Zweifel, daß eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark in der Verfassung des Letztern eine wesentliche Aenderung herbeiführen muß, die um so tiefer greifen wird, als daselbst an eine Republik gegen den niedern Bildungsstandes des Volkes gar nicht gedacht worden ist.

Wenn Dänemark ohne die Herzogthümer eines Königthums bedarf, so wird es nicht im Stande bleiben, dasselbe aus eigenen Mitteln, und damit auch nicht mehr im eigenen Lande zu unterhalten; und so ragt schon hier die Idee einer skandinavischen Einheit in die schleswig-holsteinische Frage hinein. Tiefer aber noch durch die folgende Betrachtung.

Dänemarks ganze Lage fordert mit unabweisbarer Nothwendigkeit eine Seemacht für das dänische Reich.

Die Seemacht ist die lebhafteste Macht, die es gibt, und Dänemark hat keine namenswerthe Kolonien, um sie zu erhalten.

Nur mit den Herzogthümern, deren Handels-Marine stärker ist, als die des Königreichs, und die eben so viele und eben so tüchtige Matrosen stellen, ist es möglich für Dänemark, eine einigermaßen erhebliche Seemacht zu unterhalten, die zwar als selbstständige keine Bedeutung hat, aber immer als Bundesgenossin durch die Lage der Gewässer, die sie beherrscht, und durch die Tüchtigkeit ihrer Seeleute achtungswerth bleibt,

Fallen daher die Herzogthümer von Dänemark ab, so ist die erste und nothwendigste Lebensbedingung dieses kleinen Reiches angegriffen, und es wird mit der Nothwendigkeit, welche die Selbsterhaltung auferlegt, seinen Stützpunkt außer sich suchen müssen.

Es kann darüber für Niemand, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, irgend ein gegründeter Zweifel obwalten; bedürfte diese für den ganzen Norden Europa's so unendlich wichtige Thatsache einer weitern Bestätigung, so würde sie dieselbe in der Lage des Landes finden, von der schon gesprochen worden ist.

Es ist gezeigt worden, daß Schleswig-Holstein die Verbindungen zwischen Jütland und den Inseln beherrscht, und daß eben dieserwegen Dänemark keine Macht besitzt, einen Uebergang nach Fühnen auch nur gegen eine geringe Streitkraft ernstlich zu vertheidigen.

Nur schwedisch-norwegische Hilfe ist dazu im Stande, diese Stellung zu halten; jede Bewegung, welche die Herzogthümer nach Süden zieht, wird daher mit unabänderlicher Nothwendigkeit das Königreich nach Norden hinaufdrängen.

So ist nun das Schicksal der Herzogthümer zugleich das Schicksal der viel gerühmten Skandinavien, und eigenthümlich genug gestalten sich hier die Dinge so, daß der Besitz dieser deutschen Lande, vor allem Schleswigs, der von der skandinavischen Parthei mit so vielem Eifer und mit so großen Opfern angestrebt worden ist, gerade dieselbe skandinavische Union die an sich schon Schwierigkeiten genug hat, dadurch verhindern muß, daß sie Dänemark die Möglichkeit der Selbstständigkeit ohne Skandinavien wieder gibt.

In jedem Falle ist die ganz ungemeine Wichtigkeit der Herzogthümer für den Norden Europa's klar, und die Angelegenheit selbst damit der größten Theilnahme werth.

Und wendet man die Blicke weiter nach Osten, so zeigt sich ein neuer Punkt, eben nicht weniger bedeutend.

Rußlands Absichten auf die Dardanellen und den Sund sind bekannt; Rußland hat diese Absichten nicht willkührlich gemacht, nicht etwa mit dem Testamente Peter des Großen erst gewonnen, sondern sie sind absolut nothwendig für dasselbe.

Die Stellung Dänemarks ist eine Lebensfrage für Rußland, selbst dann, wenn Rußland nicht agnatische oder verwandtschaftliche Rechte auf die Herzogthümer hätte.

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die so eng mit der Zukunft Dänemarks zusammenhängt, ist daher eine von den Punkten, auf welche sich seit langer Zeit Rußlands Blick richtet, und Deutschland hat allen Grund, in jeder Weise gerade hier vorsichtig zu seyn, um nicht seine ganze Zukunft zur See zu verlieren.

Diese hier gemachten Betrachtungen sollen den Gesichtspunkt für die tiefere Auffassung des Weiterfolgenden bilden, nachdem jetzt hier der Verlauf der frühern Geschichte dargestellt werden soll.

Es ist im hohen Grade anziehend, zu sehen, wie sich sein einem Jahrtausend das Geschick langsam und unter blutigen Kämpfen, aber dennoch mit fester Richtung dahin wendet; Schleswig-Holstein zu vereinigen, es von Dänemark innerlich und äußerlich abzulösen, und es Deutschland in die Arme zu führen.

Die Geschichte Schleswig-Holsteins zeichnet sich von der Geschichte aller übrigen Theile Deutschlands dadurch aus, daß sie einen ganz bestimmten Gang ihrer Bewegung vom Anfang an bis auf den heutigen Tag zeigt und unverrückbar inne hält.

Sie nimmt alle übrigen allgemeinen europäischen Fragen in diese bestimmte Bewegung auf, und unter den heftigsten Stürmen und Kämpfen sieht man immer hier nur Eines und Dasselbe geschehen — nämlich die innige Vereinigung Schleswigs mit Holstein zu dem gemeinsamen Schleswig-Holstein.

Es iſt kein Land bekannt, das Gleiches unter gleichen Verhältniſſen gezeigt hätte. Doppelt anziehend wird aber dieſes Ganze durch die gleichfalls allmälige Entwicklung des Grundſatzes, welcher dieſes entſtehende Schleswig-Holſtein von Dänemark abtrennt, und nach Deutſchland langſam, aber ſicher gleichſam hinüber biegt, bis die neueſte Zeit den Ausſchlag gibt.

Der erſte Abſchnitt der Geſchichte Schleswig-Holſteins reicht bis zum Jahre 1460 und iſt voll von fortwährenden blutigen Kämpfen.

Schleswig wird von Holſtein aus gewonnen, und ein ſchleswig-holſteiniſcher Fürſt vereinigt beide Lande zum erſten und leider auch zum letzten Mal.

Indeſſen iſt die Grundlage für die folgende Zeit gegeben, und von da an iſt die Geſchichte des neu entſtandenen Schleswig-Holſtein nur eine Wiederholung deſſelben Kampfes unter andern Formen.

Es iſt wohl möglich, daß in vorgeſchichtlicher Zeit ganz Cimbrien von dem Stamme der Angeln bewohnt war, der erſt im fünften Jahrhundert hinüberzog, um England zu erobern; wo aber die Geſchichte beginnt, findet man den Norden Schleswigs von den Dänen, den Weſten von den Friesen, und den Oſten von den Angeln beſetzt, nach welchen noch jetzt das reiche Land zwiſchen der Schlei und dem Flensburger Meerbuſen genannt wird.

Die Sachſen hatten ihren Sitz in Holſtein. Beide waren von der Eider geſchieden, doch zogen ſchon deutſche Kaiſer hoch hinauf in Jütland, und die Dannewieke war gegen den deutſchen Strom, der nach Norden drängte, von den Dänen aufgebaut worden, ohne ſie zu ſchützen.

Allein hier wird Manches ewig dunkel bleiben, weil ihm ſelbſt eben die beſtimmte Geſtaltung abgeht.

Erſt im zwölften Jahrhundert beginnt die eigentliche Geſchichte mit dem erſten Herzog von Schleswig, dem tapfern Knut Laward, dem Neffen des däniſchen Königs Niels, der von Schleswig aus mit einem glänzenden Erfolge die Wenden bekämpfte, und den Titel ihres Königs annahm, woher noch jetzt der König von Dänemark »König der Wenden« heißt.

Der Glanz ſeiner Siege erweckte den däniſchen Neid, und Magnus, der Sohn des Königs Niels, der ſeinem Vetter den Ruhm großer Thaten nicht verzeihen konnte, verfolgte Knut und ermordete ihn endlich im Jahre 1131 heimtückiſch bei einem freundſchaftlichen Beſuche auf Seeland.

Die Schleswiger nahmen die Nachricht von dieſem Morde mit tiefem Grimm auf, und ſchworen dem Geſchlecht des Königs Rache; und als Niels im Jahre 1134 nach der Stadt Schleswig kam, erſchlugen ihn die dortigen Bürger ſammt ſeinem Gefolge.

Seit dieſer Zeit wendeten ſich die Herzen der Schleswiger von den Dänen ab, und den Deutſchen zu.

Die Könige von Dänemark überzogen Schleswig mit Krieg; allein der Sohn Lavard's Namens Waldemar, beſiegte und erſchlug den zweiten däniſchen König Soend und wurde ſodann ſelbſt König von Dänemark.

Unter dieſem ſchleswig'ſchen Fürſtengeſchlechte erhob ſich nun Dänemark zu einem bisher nie gekannten Glanze. Der Bruder Waldemar's Namens Knut, und ſein Sohn Waldemar der Sieger, trugen die deutſchen Waffen zum erſten Mal über die Eider. Holſtein ward von dem vereinigten Schleswig und von Dänemark überwältigt.

Hamburg wurde genommen, Mecklenburg zinspflichtig, und bis nach den Heidniſchen Oſtprovinzen, des jetzigen Rußland, Livland und Eſthland, ging die Herrſchaft der Dänen. Sie ſchien auch auf einer feſten Grundlage zu ſeyn, denn Schleswig-Holſtein war in Dänemark aufgegangen.

In Holſtein herrſchte damals das Geſchlecht der Schauenburg'ſchen Grafen. Dieſe ſtellten ſich jetzt den Dänen entgegen, wurden aber überwältigt und der Graf Adolph mußte unter Urphede ſein Land verlaſſen,

Sein Sohn Adolph IV. wartete auf eine beſſere Zeit, als plötzlich die Nachricht kam, daß Waldemar von dem Grafen Günther von Schweden heimlich überfallen, und gefangen worden ſey.

Jetzt erhoben ſich alle ſeine Feinde, und auch Adolph kehrte zurück. Die Holſteiner ſammelten ſich um ſeine Fahne, und im Jahre 1227 wendet Waldemar mit ſeinem däniſchen Heere bei Bornhöved gänzlich geſchlagen.

Von dieſer Zeit an wendete ſich das Geſchick der Herzogthümer. Holſtein wurde unabhängig, aber es hatte eine große Lehre empfangen.

Wenn Schleswig mit Dänemark verbunden war, ſo blieb Holſtein unfähig, Beiden zu widerſtehen. Dänemark wußte nicht weniger, daß ſeine Verbindung mit Schleswig, die Grundlage ſeiner Herrſchaft über Holſtein ſey.

Schleswig wurde daher der Mittelpunkt und der Preis der däniſchen und deutſchen Politik, der däniſchen und deutſchen Kämpfe.

Die Natur der Verhältniſſe zeigte ſchon damals die wahre Lage der Dinge dem politiſchen Inſtinkte des ganzen Nordens. Von da an iſt das Leben dieſer Länder ein fortwährender Streit um Schleswig, und ſelbſt nach mehr als ſechs hundert Jahren ſteht noch die Frage genau auf demſelben Punkte als zu jener Zeit, wo die holſteiniſchen Grafen zum erſten Mal die Macht des nordiſchen Siegers auf dem deutſchen Boden vernichteten.

Zumächſt ſiegten jetzt die Deutſchen, wenn auch nach manchen ſchweren Kampf. Schleswig blieb zwar bei Dänemark, aber es war den Nachkommen des beudermördreiſchen Königs Abel, die den däniſchen Thron verloren hatten, als ſelbſtſtändiges Fürſtenthum verliehen worden.

Dänemark verſuchte nun mehrfach, Schleswig als bloße Provinz dem Königreiche einzuverleiben, allein die Schleswiger leiſteten Widerſtand, und die Holſteiner halfen dazu.

Dänemark mußte die erbliche Selbſtſtändigkeit Schleswigs zugeben, und als endlich der letzte Sproß des Hauſes von Abel Waldemar des V. ohne Ausſicht auf Erben Herzog von Schleswig wurde brach der entſcheidende Kampf aus.

Holsteins Grafenhaus war damals in mehrere Linien gespalten; aber unter ihnen trat ein Mann mit solcher Energie hervor, daß das Haus der Schauenburger nur Einen Fürsten zu haben schien.

Dieser Mann war Gert der Große. Niemand hatte wie er die Bedeutung Schleswigs erkannt und die Kräfte Holsteins benutzt. Er schlug den dänischen König Christoph, der Waldemar den V. entsetzen wollte, so aufs Haupt, daß derselbe von den Dänen nicht mehr ertragen ward. Sie fielen von ihm, und er selbst starb.

Gert ward jetzt Reichs-Verweser, und ließ nun jenen schleswig'schen Waldemar zum König von Dänemark wählen. Dafür übertrug ihm Waldemar Schleswig als ein rechtes Erbleben, und zwar unter den Bedingungen der Constitutio Waldemariana vom Jahre 1320, daß Schleswig und Dänemark niemals freie Herrscher haben sollten. Indessen dauerte aber der Krieg fort.

Christoph kehrte zurück, und Waldemar wurde wieder Herzog von Schleswig, wozu Gert seine Zustimmung in dem Vertrage vom Jahre 1330 gab, nach welchem Dänemark die männliche Erbfolge in Schleswig den Nachkommen des Gerts versprach, wenn Waldemar keine männlichen Nachkommen hinterlassen sollte.

Dieser Vertrag ist die erste Grundlage des schleswig-holsteinischen Erbrechts, und von diesen auf datirt sich der Gedanke, daß dieses Erbrecht ein selbstständiges neben den dänischen, daß Schleswig-Holstein ein selbstständiges Fürstenthum, und daß von dieser Einheit und Selbstständigkeit das Glück der Herzogthümer bedingt sey.

Um so schmerzlicher erfolgte Dänemark den Verlust, denn schon im Jahre 1332 brach wieder neuer Krieg los. Gert überzog jetzt im Zorne ganz Dänemark mit seinem Heere, und schon konnte er daran denken, das Reich zu unterwerfen, als er am 1. April 1340 von einem jütischen Edelmann, Niels Ebbesen krank in seinem Bette ermordet ward.

Nun wogte der Krieg zwischen seinen Söhnen und den Dänen lange Zeit hin und her, und das Ende schien erst nahe, als im Jahre 1375 der Herzog Heinrich von Schleswig, der letzte Sproße der Ebbesen'schen Linie starb; denn nun forderten die Schauenburger die Belehnung mit Schleswig; und der erste Schritt zu dem rechtlich verbundenen Schleswig-Holstein schien gesichert; allein aber auch dieses nicht unter einem letzten und furchtbaren Kampfe.

In dieser Zeit herrschte die Semiramis des Nordens, Margaretha in Dänemark. Diese dachte daran, die drei skandinavischen Reiche zu vereinigen; allein sie begriff sehr wohl, daß dieses nur möglich seyn werde, wenn die deutschen Herren die Südgrenze in Frieden lassen würden.

Sie gestand daher nach mancher Verhandlung die Belehnung Gerhard des IV. von Holstein mit Schleswig zu, und unter dem Schutze des auf diese Weise erkauften Friedens, errichtete sie endlich im Jahre 1386 wirklich die Kalmarische Union.

Allein kaum war diese geschlossen, so fiel auch schon ihr Nachfolger mit der ganzen gesammelten Macht der drei Reiche über das junge Schleswig-Holstein her.

Jetzt war die Noth groß, und die Feuerprobe des Einen Staats trat ein, bevor er sich befestigt hatte. Länger als zehn Jahre dauerte nun der Krieg des vereinten Skandinaviens gegen das vereinte Schleswig-Holstein, und unter unglaublichen Anstrengungen wurde er geführt.

Die nordische Uebermacht war bedeutend; aber dennoch schlugen die Schleswig-Holsteiner die Skandinavier dreimal aufs Haupt, so daß auch dießmal der König von seinem eigenen Volke vertrieben ward, und so war die Probe bestanden.

Endlich, erst im Jahre 1440 entschloß sich der König Christoph von Dänemark, das Recht Holsteins auf Schleswig anzuerkennen: das Letztere ward dem Grafen Adolph den VIII. als rechtes Erbleben wirklich aufgetragen, und nach einem vierhundertjährigen Kampfe, stand Schleswig-Holstein unter einem deutschen Fürsten als selbstständige und hochgeachtete Macht im Norden da.

Aber nur zu kurz dauerte diese glückliche Zeit, denn Adolph besaß wohl ein starkes und glückliches Reich, aber er hatte keine Kinder um es zu vererben.

Adolph starb im Jahre 1459, und eine neue, aber nicht glückliche Zeit nahm ihren Anfang für die vielgequälten Herzogthümer.

Während Adolph VIII. in Schleswig-Holstein regierte, war im Jahre 1448 mit Christian dem I. das Haus der Oldenburger auf den dänischen Thron gekommen.

Christian stammte von weiblicher Seite von den Schauenburgern ab, und war keineswegs der nächste Verwandte, jedoch gab es manche Gründe, die dafür sprachen, ihn auch in Schleswig-Holstein als Nachfolger des edlen Adolph anzunehmen.

Christian war schlau und nicht ohne Energie, und wußte Alles für sich geltend zu machen. Man war in Schleswig-Holstein der Kriege schon überdrüssig und sah ein, daß eine Trennung der Herzogthümer einen neuen Kampf erzeugen müsse; man hoffte auf mancherlei Vortheile von Dänemark, und es wird nachgesagt, daß auch Bestechungen in mehr als einer Art thätig gewesen sind.

So gelang es nun den Oldenburg'schen König von Dänemark, die Stimmen des mächtigen Adels der Herzogthümer für sich zu gewinnen, und am 3. März 1460 wurde er zum Herzog von Schleswig-Holstein gewählt.

Es war dieses eine von den Handlungen, die in ihren Folgen über Jahrhunderte hinausreichen und das Schicksal ganzer Völker bestimmen.

Schon die vorhergehende Geschichte wird die Bedeutung dieses Schrittes gezeigt haben; die folgende Zeit bestätigt sie, und noch jetzt ist sie es, welche die ganze Lage der Dinge im Norden beherrscht.

Es ist daher nothwendig, diese Handlung mit einigen Worten zu charakterisiren.

Nach dem ſtaatsrechtlichen Begriffen des Mittelalters, war der Umfang der fürſtlichen Gewalt in den einzelnen Fürſtenthümern ein ungemein geringerer als der gegenwärtige. Es wurde daher viel leichter möglich, die verſchiedenen Staaten und Gebiete zu vereinigen und zu trennen, und durch den häufigen Wechſel in dieſer Beziehung entſtand in der Auffaſſung ſolcher Verhältniſſe eine Schärfe und Leichtigkeit, die wir kaum mehr kennen.

Man muß dieſes ſich vergegenwärtigen um zu begreifen, daß die folgenden Abſonderungen nicht leere Gedanken, ſondern höchſt praktiſche Rechtsſätze waren, und im Bewußtſeyn des ganzen Volkes lebten.

Dänemarks inneres und äußeres Rechtsleben war ſo weſentlich von dem der Herzogthümer verſchieden, die Geſchichte ſo wie die Nationalitäten ſtanden ſich ſo ſcharf getrennt gegenüber, und die Abneigung beider war noch ſo groß, daß die vorgenommene Vereinigung der Herzogthümer mit Dänemark nur unter der Vorausſetzung der größten Selbſtſtändigkeit derſelben im Innern wie im Aeußern vor ſich gehen konnte.

Zugleich mußte die Errungenſchaft der verfloſſenen Jahrhunderte, die Vereinigung Schleswigs mit Holſtein, auf das entſchiedenſte gewahrt werden, und die es um ſo mehr, als der neu gewählte Fürſt von Schleswig-Holſtein zugleich der Fürſt des Erbfeindes dieſer Lande, des Königreichs Dänemark war.

Jene Wahl bot daher gleich von Anfang an Verwicklungen genug dar, und es ließ ſich vorausſehen, daß ſie wenig Gefallen in ihrem Gefolge haben werde, und mit Recht widerſetzten ſich ihr daher einzelne tiefer blickende Schleswig-Holſteiner; aber Alles geſchah umſonſt.

Man glaubte allen üblen Folgen vorbeugen zu können, und wählte unter Bedingungen, welche der neue Herzog beſchwören mußte, und die, nachdem ſie das Verhältniß Schleswig-Holſteins zu Dänemark feſtſtellten, als das Staatsgrundgeſetz der Herzogthümer betrachtet werden mußten.

Die weſentlichſten dieſer Bedingungen waren:

»Daß die Herzogthümer den Herrn Chriſtian von Oldenburg gewählt haben, nicht als König von Dänemark, ſondern als Fürſten dieſer Lande, nämlich der Herzogthümer; — daß dieſe Lande ſollen zuſammenbleiben einig, ungetheilt; — daß der Herzog keine Steuern auflegen ſoll, ohne Zuſtimmung der Stände; — daß er ohne die Stände weder Krieg führen, noch Münze ſchlagen, noch andere als die Eingeborenen in den Herzogthümern anſtellen ſoll; endlich daß jeder neue Herzog bei ſeiner Thronbeſteigung dieſe Rechte und Privilegien beſchwören ſoll.

Es war für den König von Dänemark leicht, dieſe Verſprechungen zu geben; es war aber nicht leicht, ſie auch zu halten; denn es lag in der Natur der Sache, daß die Herrſchaft nach und nach jenen in ihrer Perſon ſo ſtrenge aufgeſtellten Unterſchied des Königs und Herzogs verwiſchen und ſich als Fürſten eines und deſſelben Staats, von welchen Dänemark ſo wie die Herzogthümer nur Provinzen ſeyn, anſehen mußten.

Dem ſtand aber das Recht der Letztern, ſo wie ihre Nationalität entſchieden gegenüber; und ſo blieb dieſes das Unglück dieſer Vereinigung, daß ſie den Keim der Idee eines Geſammtſtaats enthielt, der dennoch durch die Verſchiedenheit ſeiner Theile unmöglich war.

Es iſt hier nicht die Abſicht die Geſchichte der Herzogthümer zu geben, aber das Verſtändniß der Frage macht es durchaus nothwendig, daß auf die Trennung der Herzogthümer Bezug habende zu verfolgen.

Hält man jene Grund-Idee der erſten Wahl feſt, ſo iſt dieſes auch nicht ſchwer, ſo ſehr ſich auch ſogleich die Verhältniſſe verwickeln. Jenes Prinzip der Untheilbarkeit der Herzogthümer nämlich, wurde bereits von dem Nachfolger Chriſtian des I. verletzt.

Sein jüngſter Sohn Friedrich I. dem ein Theil von Schleswig-Holſtein zugefallen war, theilte unter ſeine Söhne aufs Neue, und aus dieſer Theilung gingen die beiden herzoglichen Linien hervor, auf die in der Folge Alles ankommt

Friedrich I., der älteſte Sohn, nämlich Chriſtian, der die eine Hälfte von Schleswig-Holſtein erhielt, wurde im Jahre 1533 zum König von Dänemark gewählt, und ſein jüngſter Sohn Adolph, behielt blos die andere Hälfte der Herzogthümer.

Von dieſen beiden Fürſten gingen nun jene beiden erwähnten Linien aus,

Die Linie Chriſtian des III. von Dänemark nahm, weil ihr Haupt von da an regelmäßig zum König von Dänemark gewählt ward, den Namen der königlichen an, während die Linie Adolphs die herzogliche genannt wurde, und zwar nach ihrer Reſidenz die Gottorper-Linie.

Beide Linien ſtanden zwar in demſelben Verhältniß zu den Herzogthümern, nachdem ſie nur nach den Landesrechten regierten durften: und die Anerkennung der Letztern, vorzüglich der Untheilbarkeit der Lande, ging ſo weit, daß beide Linien bis in das achtzehnte Jahrhundert hinein, nur gemeinſame Geſetze erließen, gemeinſchaftlich die höchſte Verwaltung führten, und die gemeinſamen Stände der Herzogthümer anerkannten und zuſammen beriefen; — aber dennoch bereitete ſich bald die Zwietracht vor, welche Dänemark ſowohl als auch Schleswig-Holſtein aufs Neue an den Rand des Abgrunds führte.

Die königliche Linie nämlich, welche den Sitz ihrer eigentlichen Macht im Königreiche hatte, war ganz natürlich von jeher geneigt, das Intereſſe des Königreichs an die Spitze zu ſtellen, und den Theil der Herzogthümer, den ſie beſaß, demſelben unterzuordnen. Sie fing daher bald an, den ſogenannten königlichen Antheil der Herzogthümer als einen Theil von Dänemark zu behandeln, und auf dieſe Weiſe die ſo lange angeſtrebte Einverleibung Schleswig-Holſteins in Dänemark zu vollziehen. Dieſem ſtand aber die herzogliche Gottorpiſche Linie als Haupt-Gegnerin entgegen.

Der nächſte Anhaltspunkt für ihre Oppoſition gegen die königliche Linie war jene wohlbekannte Eiferſucht, die unter eben ihren Rechten, nach Gleichen

die faktisch Schwächern stets dem Mächtigen gegenüber empfinden.

Besser begründet und in keiner Weise abzuweisen war die Ueberzeugung, daß die königliche Linie nur auf eine passende Gelegenheit warte, um den Besitz der Gottorper dem ihrigen einzuverleiben.

In der That ließ es sich nicht läugnen, daß die Lage der Dinge die königliche Linie gleichsam von selbst drängen mußte; denn nachher wie vorher war Schleswig-Holstein das Land, welches den ganzen dänischen Staatskörper von Süden aus bedrohte und fast beherrschte.

Die Verhältnisse im Norden wurden nämlich, besonders seit der Vernichtung der Kalmarischen Union, keineswegs freundlicher für Dänemark. Schweden hatte seit jener blutigen Zeit Dänemark hassen und fürchten gelernt, und sehnte sich darnach, Rache zu üben, so wie nun seinerseits die neue Union Skandinaviens auf den Trümmern Dänemarks zu errichten.

Wie wäre es nun gewesen, wenn Schweden mit der Gottorper Linie ein Bündniß geschlossen hätte? und dieser Fall lag auch sehr nahe und war bedrohlich genug.

Dänemark hatte also jetzt allen Grund, die Gottorper Herzoge als sehr gefährliche Nachbarn anzusehen, und diese fürchteten Dänemark ebenfalls nicht weniger.

Zugleich war es klar, daß jede Form der Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins gleiche Gefahr bringen mußte. Dänemark suchte daher in aller Weise die königlichen Theile der Herzogthümer soweit es thunlich war dem dänischen Lande einzuverleiben, während die Elemente in den Herzogthümern dagegen, welche die Selbstständigkeit wollten, sich an die Gottorper anschlossen.

So ward nun das alte Verhältniß von Schleswig-Holstein zu Dänemark nach und nach auf den Gegensatz der königlichen und Gottorper Linie übertragen.

Die Spannung stieg im Anfange des siebenzehnten Jahrhunderts, und es brauchte nur eines Anstoßes von Außen, um den Kampf losbrechen zu lassen.

Während dieses sich so nach und nach vorbereitete, fing Schweden an, in seine glänzende Epoche zu treten. Karl hoffte das durch eine furchtbare Kriegs-Aristokratie geschwächte Dänemark leicht zu bewältigen, und richtete seinen ersten Blick auf die Gottorper Herzoge von Schleswig-Holstein.

Er heirathete die Tochter des Gottorper Herzogs Friedrich, schloß mit ihm ein enges Bündniß, und fing den Krieg an, in welchem Dänemark fast mit einem Schlage bewältigt ward.

Karl stürmte aus Polen herbei, ging durch Schleswig-Holstein, dann über das Eis nach den Inseln, und erzwang, vor Kopenhagen stehend, mit dieser beispiellos kühnen That im Februar 1658 den Frieden von Roeskilde.

Dänemark verlor alle Provinzen jenseits des Sundes; das Herzogthum Schleswig aber wurde souverän, des bis dahin bestandenen Lehensnexus ledig, und mithin als ein selbstständiger Staat erklärt.

Dieser Friede war unendlich wichtig, denn von jetzt an wurden die beiden schleswig-holsteinischen Fürsten, der König und der Gottorper Herzog, souverain für ihre Besitzungen in Schleswig, Vasallen des deutschen Reiches für die Besitzungen in Holstein.

Die Bewegung, welche Schleswig von Dänemark seit Knut Lavards Erwerbung getrennt hatte, war damit schreinbar vollzogen, und das einzige staatsrechtliche Band dieses Herzogthums war rechtlich nur noch die in den gemeinsamen Ständen und der gemeinsamen Verwaltung vertretene Verbindung mit Holstein.

Allein freilich war es faktisch anders. Der jetzt souveräne König-Herzog von demselben Schleswig hatte die Gefahren eines selbstständigen Schleswig-Holstein nur zu deutlich erkannt.

Er ordnete daher seinen Antheil von Schleswig und Holstein dem Königreiche unter, und wartete nur auf den Augenblick, um die ganze Gottorper Linie aus Schleswig-Holstein zu vertreiben.

Die Gottorper Linie schloß sich aber dafür um so fester an Schweden an, und vermehrte auf diese Weise den Haß und die Furcht des dänischen Hauses, und so zögte es sich auch bald, daß es einen Kampf auf Leben und Tod gelte.

Schon im Jahre 1675 fing Dänemark auf's Neue den Krieg gegen Schweden an, und forderte den Herzog von Gottorp auf, mit ihm sich zu verbinden. Als der Letztere dieses nicht wollte, brach der König von Dänemark in die Gottorp'schen Lande hinein, und verjagte den Herzog. Zweimal kehrte dieser wieder zurück, wurde aber jedesmal verjagt.

Jetzt ward sich derselbe offen in die Arme des Schwedenkönigs, und als der große Soldat des Nordens, Karl XII. den Thron bestieg, war der Gottorper sein treuer Verbündeter.

Das Glück des Kriegs aber wechselte; Dänemark nahm nach der Niederlage der Schweden ganz Schleswig-Holstein in Besitz, und hoffte diesmal wenigstens Schleswig für immer zu behalten.

Zu dem Ende griff der König zu einer Maßregel, deren Bedeutung gerade in den letzten Jahren bestritten worden ist, und die vor Kurzem noch wieder in Frage kam.

Man erinnert sich, daß der König von Dänemark, als souverainer Herzog von Schleswig, einen Theil dieses Landes in Besitz hatte.

Während der dänischen Besetzung Schleswig's ließ der König nun durch ein Patent vom August 1721 die Stände des herzoglichen Antheils von Schleswig nach Flensburg berufen, und gab ihnen die Weisung, von nun an ihm als Herzog von Schleswig zu huldigen.

Er erklärte zugleich in diesem Patent, »daß er den bisherigen herzoglichen Antheil von Schleswig mit dem Seinigen vereinige, und dasselbe als ein injuria temporum von seiner Krone abgerissenes Stück auf ewig einverleibt habe.«

In Folge dessen huldigten ihm nun die Stände und erklärten in diesem Huldigungsakte, daß sie ihm

und seinen Erbnachfolgern secundum tenorem legis regiae, treu, hold und gewärtig seyn wollten.

Diese am 9. September 1721 vollzogene Huldigung ist der Gegenstand heftigen Streits gewesen; und es werden daher hier wenige Worte genügen, um die staatsrechtliche Bedeutung derselben darzulegen.

Im Jahre 1660 nämlich war durch eine Hof-Revolution in Kopenhagen die alte Adelsherrschaft gestürzt, und dem König die Erblichkeit der dänischen Krone übertragen worden.

Der König ließ aber im Gebrauch durch einen Deutschen, Namens Peter Schumacher, später als Staats-Minister Griffenfeld genannt, ein Gesetz ausarbeiten, welches dem Könige die absolute Gewalt in die Hände gab, und zugleich die Erbfolge der dänischen Monarchie feststellte.

Dieses Gesetz wurde im Jahre 1665 zum Staatsgrundgesetz erhoben, und, obschon nicht veröffentlicht, demnach als giltig anerkannt.

Diese Lex regia, oder das Königsgesetz bestimmte nun die Erbfolge in der Weise, daß auch die Weiber zur Erbfolge berechtigt seyn sollten. In Holstein dagegen galt nach dem deutschen Lehenrechte ursprünglich die männliche Erbfolge.

Diese, mithin von der dänischen wesentlich abweichende Erbfolge war in der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts von den regierenden Häusern in Schleswig-Holstein durch drei Hausgesetze ausdrücklich anerkannt; zuerst im Jahre 1609 von der Gottorper Linie, im Jahre 1633 von der jüngern, zweiten königlichen Linie, und endlich im Jahre 1690 von der königlichen Linie selbst.

Die Letztere hatte dieses Gesetz im Jahre 1665 wo sie das Königsgesetz für ihre dänische Krone annahm, nicht aufgehoben, ja von denselben gar nicht einmal Erwähnung gemacht, wie dann überhaupt in dem Königsgesetze von den Herzogthümern durchaus nichts mehr erwähnt wird.

Die dänische Linie hatte dahrr zwei vollkommen selbstständige Staaten unter sich, und für jeden derselben eine besondere Nachfolge-Ordnung. Als nun jene Huldigung Statt fand, mag es vielleicht eine geheime Absicht gewesen seyn, die dänische Nachfolge-Ordnung für Schleswig unter der Hand einzuführen, nachdem man den Ausdruck lex regia in die Huldigung hineingebrachte.

Allein es ist dieses nirgens auch nur andeutungsweise ausgesprochen, und wäre dieses selbst der Fall gewesen, so würde es keinen rechtlichen Erfolg gehabt haben, da für den frühern königlichen Antheil keine Aenderung der Erbfolge gefordert, und endlich einseitig ohne die Zustimmung der Agnaten eine solche Aenderung, welche alle Agnaten ihrer Successionsrechte beraubte, nach durchaus anerkannten Grundsätzen des Staatsrechts nichts stattfinden konnte und kann. Es muß daher jene Huldigung als für die Erbfolge gleichgiltig betrachtet werden.

Ebenso hat man von dänischer Seite den Ausdruck inkorporiren so deuten wollen, als sei damit eine Einverleibung Schleswigs und Dänemarks gemeint gewesen.

Hier widersprechen aber die Worte zu klar; der König sagt ausdrücklich, er wolle den herzoglichen Antheil mit dem Seinigen vereinigen, so daß offenbar nur das einbritische Schleswig Zweck der Inkorporation war. Dieses ist also der Sinn jener vielbesprochenen Huldigung vom Jahre 1721.

In der neuesten Zeit hat man nun, da man jene Huldigung nicht mehr als Argument oder Beweisgrund für die Einverleibung Schleswigs in Dänemark gebrauchen konnte, sich auf die Garantien Frankreichs und Englands für den Frieden vom Jahre 1720 zwischen Dänemark und Schweden, die vom 26. Juli 1720 ausgestellt sind, berufen.

Diese Berufung ist aber so offenbar ein Nothbehelf derjenigen Richtung der Diplomatie, welche Dänemark auf Kosten der Herzogthümer mächtig machen will, daß es genügt, das einfache Verhältniß kurz darzulegen.

Dänemark hatte Schleswig seit dem Jahre 1713 militärisch besetzt. Es versprach England allerlei Unterthänigkeiten in seinen Verhältnissen zum deutschen Reich, und erhielt dafür die Garantie mit den Worten: England erkläre, den Theil des Herzogthums Schleswig, welchen der König von Dänemark in Händen habe, ihr zu garantiren und in ihrem fortwährenden und friedlichen Besitz zu erhalten.

Wenn man sich erinnert, daß ein Theil Schleswigs der Gottorper Linie gehörte, und daß es eben dieser Theil war, den Dänemark besetzt hat, um das ganze Herzogthum Schleswig den Gottorpern zu entreißen, so wird es klar seyn, daß England nur garantirte, was Dänemark verbürgt haben wollte, nämlich die Verbindung des herzoglichen Antheils mit dem königlichen zu Einem Herzogthum, wie dieses die Huldigung im folgenden Jahre auch wörtlich ausspricht.

Von einer Einverleibung in Dänemark ist hier nicht die Rede. Daß die Identität der Person des Königs von Dänemark und des Herzogs von Schleswig-Holstein zu Unklarheiten Veranlassung gab, war ganz natürlich; daß aber Dänemark wohl schwerlich auch nur die geheime Absicht gehabt hat, in den zweifelhaften Ausdrücken sich eine Möglichkeit kräftiger Ansprüche offen zu halten, geht beinahe daraus hervor, daß dieses selbst in den Herzogthümern nicht einmal geargwohnt, wo doch der König damals herrschte.

Man muß daher historisch, sowie juristisch zu dem Resultate kommen, daß die Vorgänge des Jahres 1721 das Verhältniß der Herzogthümer zu Dänemark gar nicht weiter berührt haben.

Allerdings aber die innern Verhältnisse der Herzogthümer, und hier vorzüglich die des Herzogthums Schleswigs. Man kann die Lage der Dinge, aus welcher die spätern Bewegungen des achtzehnten Jahrhunderts hervorgegangen sind, hier mit wenig Worten bezeichnen.

Der König von Dänemark hatte als Herzog von Schleswig-Holstein den Gottorper Antheil des Herzogthums Schleswig mit dem sogenannten königlichen Antheil vereinigt, und diese Vereinigung war vollzogen durch eine Huldigung der Stände und durch eine Garantie der europäischen Großmächte.

Allein ein Betheiligter hatte seine Zustimmung nicht gegeben, und dieses war der Herzog von Gottorp selbst.

Dieser unterzeichnete den Frieden nicht, genehmigte nicht die Huldigung seiner schleswig'schen Unterthanen, und erkannte somit den König von Dänemark nicht als legitimen Herzog des ganzen Schleswig an.

Keine Ueberredung und kein Unglück konnte ihn dahin bringen, sein Recht auf den Gottorp'schen Antheil von Schleswig abzutreten; und somit ergab sich, daß die Einverleibung desselben in den königlichen nur noch eine, freilich garantirte Thatsache, aber kein vollgültiger Rechtsakt sey.

Der Zustand war mithin so, daß der König von Dänemark jetzt König im Königreich, souveräner Herzog in Schleswig und Vasall des deutschen Reichs in seinem Antheil an Holstein war, während die Gottorper Linie nur die Hälfte Holsteins als deutsches Lehen besaß.

Allein auch so war die Letztere gefährlich, nachdem sie den Feinden Dänemarks stets eine Handhabe zum Angriff auf Dänemark darbot; und schon die nächste Zeit sollte zeigen, wie wichtig dieses werden konnte.

Bereits im Jahre 1725 nämlich hatte Peter der Große mit einem tiefen Blick die Verhältnisse des Nordens durchschauend, seine Tochter Anna mit dem Gottorper Herzog Karl Friedrich vermählt, aus welcher Ehe der Herzog Karl Peter Ulrich stammt, der zu einem großen Glück und Unglück bestimmt war.

Als dieser Nachkomme Peter des Großen vierzehn Jahre alt war, herrschte die Kaiserin Elisabeth, seiner Mutter Schwester in Rußland.

Sie richtete ihre Blicke mit derselben Energie auf die Angelegenheiten des baltischen Meeres, mit welcher später Katharina das schwarze Meer zu erwerben trachtete.

Im Jahre 1742 erwählte sie den jungen Herzog zum Nachfolger auf dem russischen Thron; und zugleich ließ sie seinen Vater, den Herzog Adolph Friedrich, das Haupt der jüngern Gottorper Linie, jüngern Sohn jenes in den Jahren 1670 bis 1689 von Dänemark so viel verfolgten Gottorper Herzogs Christian August, durch ihren Einfluß in Schweden zum Nachfolger der Königin Ulrike wählen.

Jetzt war das kleine Dänemark von den Mitgliedern derselben Gottorper Linie umgeben, die es wenige Jahrzehende früher kaum geachtet hatte, und mit Recht mußte ihm seine Lage bedenklich erscheinen, als im Jahre 1762 Elisabeth starb, und der Herzog Peter Ulrich als Peter III. Kaiser von Rußland wurde.

Dieser Monarch war in den Ideen und dem Haß seiner Familie gegen Dänemark erzogen worden; und hatte von Kindheit an gehört, daß Dänemark den Gottorper Antheil an Schleswig widerrechtlich geraubt habe; die glühende Rache seines Stammes machte sich Luft, und ohne auf weitere Verhandlungen einzugehen, ließ er unmittelbar nach seiner Thronbesteigung eine Armee gegen Dänemark marschiren, um die Herzogthümer zu erobern.

Es war ein entscheidender Augenblick in der Geschichte des Nordens, denn wenn Rußland siegte, und das konnte kaum zweifelhaft seyn, so war es im Besitz der Schlüssel zum Sunde, und beherrschte Dänemark.

Es würde damit der Herr der Ostsee und aller der Völker-Verhältnisse geworden seyn, die sich auf dieser Ostsee bewegen.

Die deutsche, sowie die schwedische Seefahrt würden die russische, von einer ungeheueren Landmacht unterstützte Seemacht gefühlt haben, der Weg in das Weltmeer war für Rußland offen, und große Dinge konnten ihrer Vollendung entgegen reifen.

Die Zeit schien so günstig wie möglich Preußen, der Hauptstaat im Norden Deutschlands, der sich russischen Uebergriffen entgegen zu stellen berufen glaubte, war mit Rußland für einen Augenblick eng verbündet. Frankreich war schwach, England ging seinem nordamerikanischen Kriege entgegen und konnte Rußland ohnehin nicht erreichen; Schweden opponirte nicht. Dänemark schien also verloren.

Freilich marschirte eine dänische Armee dem russischen Heere entgegen, allein ohne Hoffnung auf einen Sieg. Da fiel plötzlich der russische Kaiser Peter von meuchlerischen Händen, und eine ganz andere Gestalt der Dinge kam jetzt zum Vorschein.

Es mag seyn, daß Katharina gleich Anfangs ihren Blick nach Süden richtete, gewiß aber ist, daß sie fortet eine Politik des Friedens im Norden zu nehmen anfing; und sich auch dann geneigt finden ließ, ein friedliches definitives Abkommen in Betreff der Herzogthümer zu treffen; und so nahmen die Verhandlungen vom Jahre 1766 ihren Anfang, die mit den Traktaten vom Jahre 1767 und 1773 endeten.

Es wird nicht schwer seyn, den Sinn dieser Traktate darzulegen. Dänemarks Schwäche in der schleswig-holsteinischen Frage bestand vor Allem darin, daß die Vereinigung der beiden Theile Schleswigs, noch immer nicht rechtlich anerkannt, und daß ein sehr wichtiger Theil Holsteins, besonders Kiel mit seinem Hafen, in fremden Händen war.

Es kam mithin darauf an, erstlich die Inkorporirung des Gottorpischen Antheils von Schleswig in den königlichen Antheil vom Jahre 1721 durch die Zustimmung der russischen Gottorper Linie ratificiren oder genehmigen zu lassen, und dann die Uebertragungs-Urkunde des Gottorpischen oder russischen sogenannten großfürstlichen Antheils von Holstein zu erreichen.

Das dänische Königshaus hatte damals die Oldenburgischen und delmenhorstischen Lande im Besitz. Katharina schlug vor, diese nun der jüngsten Gottorper Linie als Preis für jene beiden Zugeständnisse zu übertragen.

Dänemark griff mit beiden Händen zu, und so kam bereits am 11. April 1767 der provisorische Traktat zu Stande, der später am 1. Juni 1773 von dem jungen Kaiser Paul I. bei erreichter Mündigkeit ratifizirt ward.

Dänemark ward somit auf's Neue, nach einem Kampfe von fünf Jahrhunderten, wieder mit Schleswig-Holstein in deſſen urſprünglicher Ausdehnung vereinigt; beide Länder bildeten einen Geſammtſtaat unter der Perſonal-Union des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holſtein, und die große nordiſche Frage ſchien für immer gelöst.

Um nun die ſpätere Zeit in ihren Bewegungen, die bis auf die gegenwärtige Zeit reichen, richtig zu verſtehen, muß man auf das neu begründete Verhältniß und die widerſtreitenden Elemente, die es in ſich verbarg, einen Blick werfen.

Hält man die Punkte feſt, die hier kurz berührt werden ſollen, ſo wird Manches klar werden, was ſonſt als Zufall oder Willkür erſcheinen möchte.

Dänemark und Schleswig-Holſtein ſtanden ſeit dem Jahre 1773 zunächſt äußerlich als ein Ganzes da, und ſind bis zum März des vorigen Jahrs auch faſt in allen Beziehungen ſtets als ſolches behandelt worden.

Zwei Dinge waren es vorzüglich, welche dieſe äußerliche Einheit von da an auch zu einer innern zu machen ſtrebten, während andere Elemente Grund und Entwicklung der Trennung abgaben. Jene beiden Dinge waren die abſolute Souveränität des däniſchen Königs, und die Lage des Königreichs.

Seit dem Jahre 1660 war der König von Dänemark ein unumſchränkter Herr im Königreiche. Hier war von Ständen, von Volksrecht, von Volksleben auch nicht eine Spur zu finden.

Das Volk hatte nicht einmal das Recht, eine Theilnahme an der Staatsgewalt zu fordern, denn das Königsgeſetz entſchied für die abſolute Alleinherrſchaft des Fürſten.

Weſentlich verſchieden davon war das Verhältniß der Herzogthümer. Hier galt nämlich nach dem alten Recht noch die urſprüngliche landſtändiſche Verfaſſung; jedoch war ſeit dem Jahre 1712 kein Landtag gehalten worden, obwohl das Landesrecht nicht aufgehoben ward.

Es war daher natürlich, daß Dänemark in jeder Weiſe verſuchte, ſeine abſolute Souveränität über die Herzogthümer auszudehnen, und dieſe leiſteten in dieſer Beziehung keinen Widerſtand.

So kam es nun, daß in den wichtigſten Theilen der obern Verwaltung wirklich eine Verſchmelzung der Herzogthümer mit Dänemark Statt fand, die zum Zweck hatte, dieſe nach und nach zu Provinzen des Königreichs zu machen.

Dänemarks Lage aber gebot ihm, wie dieſes bereits ſchon früher geſagt worden iſt, auf das Dringendſte, die Herzogthümer in keiner Weiſe zur Selbſtſtändigkeit kommen zu laſſen. Dieſer Weg der däniſchen Politik war daher auf das Beſtimmteſte angezeigt, und ſchon mit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts fing es an, ihn mit Eifer und Nachdruck zu betreten.

Dieſem entgegen ſtand nun vor Allem die Nationalität der Herzogthümer und die entſchieden deutſche Richtung derſelben, zu welcher eine tiefgewurzelte Abneigung gegen alles Däniſche kam. Das Volk der Herzogthümer betrachtete ſich ſelbſt als ſelbſtſtändig und wollte von keiner Einverleibung wiſſen.

Es ſah ſein Recht und ſeine Geſchichte als ein weſentlich verſchiedenes an, und hatte allen Grund, zu fürchten, daß jeder Schritt zu einer nähern Verbindung mit Dänemark dieſer deutſchen Selbſtſtändigkeit ſeines Rechts entſchieden gefährlich werden müſſe.

In dieſem Widerſtreit der Nationalitäten fand die Einheit der Verwaltung ihre ſchwierigſte Aufgabe, und es würde hier, wie in andern Ländern, zu einem haltloſen Hin- und Herdrängen gekommen ſeyn, wenn nicht das Erbrecht einen Kryſtalliſationspunkt gebildet hätte.

Schleswig-Holſtein nämlich war in allen bisherigen Verhandlungen und Veränderungen ſtets mit demſelben Rechte, das es gehabt hat, an die däniſchen Könige übergegangen.

Dieſes Recht ging dahin, ein ſelbſtſtändiges, ein ungetheiltes, und ein im Mannsſtamm allein vererbliches Land zu ſeyn. Dieſes aber iſt das Weſen des beſondern ſtaatlichen Erbrechts, daß es, gleichſam auf einen Punkt zuſammen gefaßt, die ſtaatliche Selbſtſtändigkeit ſeines Landes darlegt, am allermeiſten natürlich da, wo zwei Staaten in Perſonal-Union ſtehen; denn hier enthält das Erbrecht die Möglichkeit der Trennung, und dieſe Möglichkeit ſetzt eine wirkliche Selbſtſtändigkeit nothwendig voraus.

So war es zwiſchen Dänemark und den Herzogthümern. Dort konnte der Weiberſtamm herrſchen, hier war der Weiberſtamm ausgeſchloſſen.

Es erſcheint klar, daß hier der Punkt lag, der den Kampfplatz für alle der Einheit beider Staaten widerſtrebenden und andererſeits ſie fördernden Elemente für die Zukunft abgeben ſollte.

So lange nun der Mannsſtamm des Oldenburgiſchen Hauſes auch in Dänemark herrſchte, ſo lange konnte dieſer Gegenſatz nicht zu ſeiner rechten Entwicklung kommen. Allein, da er vorhanden, und im Grunde unvertilgbar blieb, ſo mußte der Fall, wo dieſer Mannsſtamm ausſterben drohte, nothwendig den Zeitpunkt herbeiführen, wo der alte Kampf um Schleswig-Holſtein noch einmal aufgenommen und durchgekämpfe werden mußte.

Dieſe Eventualität lag im vorigen Jahrhundert ſcheinbar fern. Das Gegenwärtige hat ſie gebracht, und jene an ſich nothwendige Folge iſt wirklich eingetreten.

Daher alſo die hohe Bedeutung des ſchleswig-holſteiniſchen Erbrechts, und der Umſtand, daß der Streit um dieſes Recht die Entſcheidung einer unendlich wichtigen Frage in ſich ſchloß.

Bevor es aber über dieſe Frage zum Streite kam, haben die Herzogthümer erſt eine harte Erziehung durchmachen müſſen, und die hier nachfolgende Darſtellung wird zeigen, in welcher Weiſe dieſe Schule durchgearbeitet, und die Entſcheidung vorbereitet ward.

Nach einem fünfhundertjährigen Kampfe findet man am Ende des achtzehnten Jahrhunderts den Anfang dieſer Epoche, Schleswig-Holſtein, wie zur Zeit

der letzten Schauenburger, noch einmal vereinigt, unter demſelben Fürſten, und als ein Ganzes anerkannt. Ihre dieſer Fürſt war außerhalb des Landes, und Herr deſſelben Reichs, in deſſen höchſten Intereſſe es lag, alle Elemente der Selbſtſtändigkeit und einer möglichen Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu vernichten.

Die ganze Regierungsgewalt lag in ſeinen Händen, und ſie war groß, am größten im vorigen Jahrhundert und in einem Staate, wo man die Volks-Vertretung vernichtet und den Volkswillen beſeitigt hatte. Unter ſehr ungünſtigen Verhältniſſen nahm dieſer letzte Zeitraum ſeinen Anfang.

Kopenhagen, der Hauptſitz der däniſchen Nationalität, war auch der Sitz der Regierung der Herzogthümer. Man begriff hier bald, daß die einzige Widerſtandskraft der Herzogthümer in ihrer deutſchen Nationalität beſtehe, und fing daher gegen dieſe zu arbeiten an.

Schon im Jahre 1781 ward ein Profeſſor der däniſchen Sprache an der Univerſität zu Kiel angeſtellt, wo Niemand däniſch verſtand, oder es lernen wollte. Als dieſes nicht half, ward im Jahre 1804 der Profeſſor Hegh Guldberg dahin geſchickt, und jetzt begann mit dieſem thätigen Mann eine förmliche däniſche Propaganda.

Guldberg ſprach zuerſt offen aus, daß die Holſteiner die Pflicht hätten, ſich als Theil der däniſchen Nationalität zu betrachten, daß ſie Provinzen von Dänemark ſind und daß ſie daher vor Allem die däniſche Sprache zu erlernen hätten.

Man hörte dieſem Manne blos ruhig zu, und ſo war die Sache Anfangs auch ohne Erfolg betrieben worden. Allein bald kamen zu dieſen und ähnlichen Katheder-Erklärungen ernſthaftere Maßregeln der Regierung ſelbſt, die zu ernſthaften Betrachtungen Veranlaſſung gaben.

Es wurde nämlich im Jahre 1807 befohlen, daß alle Verordnungen in beiden Herzogthümern, ſowohl däniſch als auch deutſch erlaſſen werden ſollten, und vom Jahre 1809 an wurden auch alle Beſtallungen in däniſcher Sprache ertheilt, die däniſche Sprache ſollte ſeit dem Jahre 1811 den Vorzug bei Beſetzungen der Aemter geben, und zugleich wurden auch däniſche Prüfungen und ausſchließlicher Gebrauch der däniſchen Sprache in den nördlichen Diſtrikten in Kirche und Schule angeordnet.

Die däniſche Münze wurde im geraden Widerſpruche mit den Landesrechten eingeführt, die deutſche Kadetten-Anſtalt nach Kopenhagen verlegt, und im Jahre 1814 wurde ſogar durch die Schulordnung die däniſche Sprache in allen höhern Schulen zu einem nothwendigen Gegenſtande der Lehre gemacht.

Jetzt fing das Volk an ſich zu bewegen. Den Anſtoß dazu gab eine, von einem däniſchen Etatsrath aufgeſtellte Preisfrage: »Wie man es machen müſſe, um das Däniſche zur allgemeinen Landesſprache in Schleswig zu erheben?«

Die deutſche Literatur, die bisher ſchweigend an dieſem Gegenſtande vorübergegangen war, nahm jetzt den Fehdehandſchuh auf, und jetzt fing ein publiziſtiſcher Kampf an, der zum erſten Male die Verhältniſſe der däniſchen und deutſchen Sprache in Schleswig aufſtörte.

Der Profeſſor Falk inKiel wies gründlich nach, in welcher Weiſe die Dänen es verſucht hatten, die däniſche Sprache als die überwiegende in Schleswig darzuſtellen, und zeigte, wie man die Frieſen, dieſen echtdeutſchen Stamm, zu den Dänen gezählt, wie man nach dem Areal ſtatt der Einwohnerzahl gerechnet und das Deutſche nirgens in Anſchlag gebracht hatte, wo däniſche und deutſche Bevölkerung einander äußerlich vermengt, gegenüberſtanden.

Er kam bereits auf dieſe Weiſe im Jahre 1816 zu dem Reſultat, welches in Allem Weſentlichen noch heute als das allgemein Richtige anerkannt ward, daß kaum ein Drittel überhaupt däniſch verſtehe, und daß nur ein Viertel wirklich däniſch ſey.

Er wies außerdem nach, daß auch in dieſem däniſchen Viertel alle Intelligenz und alle höhern Intereſſen deutſch ſind, und daß der Verſuch einer Däniſirung Schleswigs daher nothwendig trotz aller Anſtrengungen ein vergeblicher Verſuch bleiben müſſe.

Dieſe ſchriftliche Darſtellung machte ungemeines Aufſehen, und der Grimm der Dänen war darüber ſehr groß, welche viele Gegeneinwürfe zu machen verſuchten.

Im Jahre 1834 fing noch einmal derſelbe Kampf an, es iſt aber wenig Neues dazu gekommen, und es iſt nur gewiß, daß die folgenden Bewegungen beſonders ſeit dem Jahre 1830 die deutſchen Elemente immer weiter nach dem Norden hinaufgetrieben haben.

Indeſſen breitete ſich derſelbe Kampf auf einem andern Gebiethe vor. Man wird ſich erinnern, daß ſeit dem Jahre 1461 Schleswig-Holſtein gemeinſchaftliche Landtage hatte; und dieſe Landtage waren ſeit dem Jahre 1712 zwar nicht geradezu aufgehoben, aber doch nicht wieder zuſammen berufen worden.

Es beſtand ſeit dieſer Zeit nur eine regelmäßige Verſammlung von Prälaten und der Ritterſchaft der beiden Herzogthümer, die ſo weit ſie konnte für ſich die Rechte des alten Landtags, namentlich das Recht der Steuerbewilligung in Anſpruch nahm.

Man hatte indeſſen von Seite Dänemarks bisher wenig auf dieſe Korporation geachtet. Als nun aber mit dem Jahre 1815 nach und nach die öffentlichen Zuſtände in Deutſchland eine freiere Richtung annahmen, und der Artikel 13 der Bundes-Akte die ſtändiſche Verfaſſung verſprach, da glaubten nun auch die Prälaten und die Ritterſchaft, daß jetzt die Zeit gekommen ſey, um das Recht des alten ſchleswig-holſteiniſchen Landtags wieder geltend zu machen.

Sie wendeten ſich daher mit dieſer, auf den alten Landesrechten beruhenden Forderung an den Thron ihres königlichen Herzogs.

Man muß ſich die Lage der Verhältniſſe vorſtellen, um das abſolut gegebene Verhalten Dänemarks zu erklären. Der däniſche König war nicht allein unumſchränkter Herr in ſeinem eigenen Reiche, und mußte ſchon dieſerwegen gegen die ſtändiſchen Rechte der Herzogthümer ſich erklären, ſondern die Bewilligung einer ſtändiſchen Verfaſſung, für dieſe wäre eine Er-

klärung ihrer ſtaatlichen Selbſtſtändigkeit, zugleich ein Werkzeug geweſen, um ſie faktiſch zu erringen.

Dänemark hatte daher einen gewichtigen Grund mehr, jene Forderung abzuſchlagen als alle Fürſten von Europa. Es blieb mithin natürlich umſonſt, daß ſich Prälaten und Ritterſchaft auf das alte Recht der ſogenannten Privilegien vom Jahre 1461 und auf den Artikel der Bundes-Akte beriefen, denn man hörte ſie nicht.

Sie verweigerten die Zahlung der Steuern, aber man zwang ſie mit militäriſcher Exekution. Endlich wendeten ſie ſich förmlich klagend an den deutſchen Bundestag, wo Dahlman ihr Anwalt war. Er wies ſchlagend nach, daß das Recht zur landſtändiſchen Verfaſſung beſtehe.

Man entſchied auf dem Bundestage vom Jahre 1823, daß dieſe Verfaſſung nicht in anerkannter Wirkſamkeit beſtehe, und die Prätenten wurden zur Ruhe verwieſen. Jetzt fing eine ſtrenge Herrſchaft der Dänen an, bei welcher Gelegenheit die Cenſur die Preſſe unterdrückte, und es ſchien für lange Zeit Alles verloren.

Da brach die Juli-Revolution vom Jahre 1830 in Paris aus. Der alte Bau des abſoluten Staats zitterte in ſeinen Grundfeſten. Auch nach Schleswig-Holſtein drang die mächtige Bewegung.

Einer von jenen edlen Männern, die beſtimmt ſind, mit ihrem Unglück das Glück ihres Vaterlandes zu beſiegeln, nämlich Uwe Lornſen trat auf und forderte zum erſten Mal im Namen des Volks eine neue gemeinſchaftliche und freie Verfaſſung für die Herzogthümer.

Die kleine Schrift, wenige Seiten enthaltend, griff mächtig in die öffentliche Stimmung hinein; das Volk ergriff ſich, aber es war noch nicht reif, um das neue Gut ganz zu verſtehen oder zu erringen.

Die Reaktion ſiegte in Deutſchland und ſie ſiegte auch in Schleswig-Holſtein. Lornſen wurde gefangen genommen, angeklagt und verurtheilt. Der König von Dänemark kam ſelbſt nach Rendsburg, und der alte Zuſtand der Dinge ward wieder hergeſtellt.

Aber dennoch hatte die Bewegung einen tiefen Eindruck in Kopenhagen hinterlaſſen. Man fing an zu fürchten, und die Furcht rief Konzeſſionen hervor. Schon im Jahre 1831 wurden erfahrene Männer nach Kopenhagen berufen, um über eine ſtändiſche Verfaſſung der Herzogthümer mit der Krone zu berathen.

Hier waren ernſthafte Streitigkeiten vorgefallen; allein die Regierung hat niemals etwas darüber veröffentlicht. Das Reſultat dieſer Berathungen ließ indeſſen lange genug auf ſich warten, und erſt am 15. Mai 1834 wurde die ſogenannte proviſoriſch-ſtändiſche Ordnung für die Herzogthümer und zugleich mit für Dänemark veröffentlicht.

Sie gehörte zu den liberalſten in ganz Deutſchland. Nicht allein daß ziemlich hoher Cenſus und ſtändiſche Gliederung herrſchten, woran man damals gewöhnt war, die Stände hatten durchaus nur berathende Stimmen in der Geſetzgebung keine Art, von Initiative, keine Spur des Steuerbewilligungsrechts, kein Anklagerecht der Miniſter, keine Oeffentlichkeit. Vor allem aber waren die Stände getrennt; Schleswig hatte die Seinigen, und Holſtein ebenſo.

So glaubte man mit einem ungefährlichen Geſchenke den Drang des Volks befriedigt zu haben; aber dennoch machte dieſes tiefer und tiefer gehende Bedürfniß ſelbſt aus dieſen Ständen eine Macht.

Schon in ihrer zweiten Ordnung im Jahre 1838, fingen ſie mit großer Freimüthigkeit und Energie an, die höchſten Intereſſen des Volkes zu vertreten. Sie machten ſich zum Organ der beiden Hauptforderungen des Landes, und ſtellten mit allem Nachdruck die ernſtliche Bitte um eine freiere und vor Allem um eine vereinte Verfaſſung der Herzogthümer auf. Allein gerade hier wollte und durfte man ſie am wenigſten anhören.

Auf alle Petitionen erhielten ſie kaum eine Antwort, und man ging in Kopenhagen dem kommenden Jahrzehend mit der Sorgloſigkeit entgegen, mit welcher man in andern Staaten den kommenden und werdenden Dingen zuſah. Das Land ſchien von der Erfüllung ſeiner Wünſche ſo fern, als es jemals geweſen iſt.

Allein allerdings war Eines gewonnen. Statt daß bisher die unklare und unaufgeklärte öffentliche Meinung faſt unbewußt geſchehen ließ, was man nicht hindern konnte, ſo hatte jetzt das Land ein Organ ſeiner Wünſche und ſeiner Rechte, und es bedurfte nur eines kraftvollen Anſtoſſes, um die Wichtigkeit dieſer Errungenſchaft zu zeigen.

Dieſen Anſtoß brachte ein nicht unerwartetes Ereigniß. Am 3. Dezember 1839 nämlich ſtarb auf ſeinem Schloſſe Amalienburg in Kopenhagen der alte König Friedrich VI. und da er keine männlichen Leibes-Erben hinterließ, ſo kam die zweite Linie des ältern eigentlichen königlichen Hauſes auf den Thron mit Chriſtian dem VIII., und mit dieſem König beginnt der letzte Abſchnitt dieſer Geſchichte.

König Chriſtian VIII. war der Sohn des Prinzen Friedrich, des Bruders Chriſtian des VII. Er ſelbſt hatte nur einen Sohn, den Prinzen und jetzigen König Friedrich den VII.

Dieſer, bereits im reifen Mannesalter, blieb unbeerbt, und es waren keine Ausſichten zu einer Nachkommenſchaft vorhanden. So wie alſo Chriſtian VIII., dem man keine ſo ganz lange Lebensdauer vorherſagen konnte, den Thron beſtieg, ſo war der Fall einer Trennung der Herzogthümer von Dänemark vermöge des Erbrechts zu nahe herangerückt, um ihn noch länger überſehen zu können.

Stirbt Friedrich VII. ebenfalls ohne männliche Nachfolger, ſo fällt Dänemark nach dem Königsgeſetz an die weibliche Linie, dem Prinzen Friedrich von Heſſen, Sohn der Landgräfin Charlotte, der Schweſter Chriſtian des VIII. zu.

Die Herzogthümer dagegen mußten nach dem Rechte der männlichen Primogenitur an das Haupt der zweiten oder jüngern königlichen Linie, dem Herzog von Auguſtenburg fallen.

Es erſchien klar, daß damit die langgehoffte Trennung der Herzogthümer von Dänemark wirklich und wohl für immer gegeben war, es ließ ſich auch nicht länger verkennen, daß ſolchen Möglichkeiten gegenüber die Bewegung in den Herzogthümern ſtark und nachhaltig ſeyn werde. Die Entſcheidung nahte, und man mußte ſich rüſten ihr zu begegnen.

Von jetzt an beginnt ein ganz neues Leben ſowohl im Königreiche als in den deutſchen Landen, voll von Arbeit und Gefahr, aber auch voll von Intereſſe und friſcher Entwicklung.

In Dänemark zuerſt fing die Volkspartei, die mit dem Tode Friedrich des VI. ins Leben getreten war, mit Kraft an, ſich dieſer Frage anzunehmen. Sie hatte bereits im Jahre 1840 geſucht, in die Regierung einzutreten und für Dänemark allein eine freiere Verfaſſung zu erringen; allein die alte Bureaukratie war zu mächtig und das Volk war zu wenig gebildet.

Statt der rein politiſchen Freiheit fing ſie an, ſich nach und nach der nationalen Frage zuzuwenden, und ſchon im Jahre 1841 traten ſie mit dem Gedanken auf, daß in der Stellung der Herzogthümer zu Dänemark eine große Gefahr für das Königreich, und nicht weniger für die däniſche Nationalität liege.

Sie griff die alte Frage wieder auf, ob Schleswig däniſch oder deutſch ſey, und behauptete, daß Schleswig nicht bloß ſeinem Rechte, ſondern auch ſeiner Nationalität nach, zu Dänemark gehöre, und daß es ein Verrath an der Sache des Volkes ſo wie der Nation ſey, Schleswig nicht als einen zum Ganzen gehörenden Theil von Dänemark zu betrachten.

An der Spitze dieſer Parthei ſtand ſchon damals Orla Lehmann, der Sohn eines Deutſchen, aber dem däniſchen Volke ganz hingegeben, — ein ehrſüchtiger Mann, gewandt in Rede und Schrift, voll Leben, genial und raſch in Allem, was er unternahm.

Ihm und ſeiner Parthei gelang es, das däniſche Volk für die Idee eines »Dänemark bis zur Eider« zu begeiſtern; eine thätige Propaganda knüpfte ſich an dieſe Beſtrebungen und zum erſten Mal ſeit Jahrhunderten ſah man in Dänemark eine öffentliche Meinung, wenn auch nur in rohen Grundzügen entſtehen.

Allein der gewaltige Erfolg dieſer Parthei war keineswegs, wie man dieſes ſo oft gemeint hat, ihr ſelbſt ausſchließlich zuzuſchreiben. Die Regierung nämlich ihrerſeits ſah ſehr wohl das Bedenkliche der oben erwähnten Eventualität ein.

Auch ſie ſuchte nach einem Mittel demſelben zu begegnen, und ſo kam es, daß ſie jene Partheibeſtrebungen der Eider-Dänen bis zu einem gewiſſen Grade zu den ihrigen machte, ſo unlieb ihr auch die liberale Richtung derſelben ſeyn mochte.

Daher entſtand nun eine mehr und mehr ſich ausbildende Feſtſtellung aller Elemente auf dieſem Punkte; die Regierungs-Parthei ſchloß ſich zuletzt offen der Parthei der Nationalen an, und ſo konnte im Jahre 1844 in der Stände-Verſammlung von Roeskilde Algreen Uſſing ſeinen dahin lautenden Antrag faſt einſtimmig durchbringen.

»Der König möge erklären, daß Dänemark, Schleswig, Holſtein und Lauenburg einen einigen und untheilbaren Staat ausmachen, in welchem die Erbfolge ausſchließlich nach dem Königsgeſetz gelte, und daß Jeder, der dagegen ſchreibe, ſpreche oder handle, als Hochverräther behandelt werden möge.«

Dieſes war ein ſehr kühner Wurf, aber es war doch mehr ein Verſuch als ein wirklicher Akt, und ſchon die Folge dieſes Verſuchs zeigte, daß die Herzogthümer ſchwerlich einem ſolchen oder ähnlichen Staatsſtreiche nachgeben würden.

Hier nämlich hatte man in dieſer Zwiſchenzeit keineswegs geruht. Die Lage der Dinge wies mit entſchiedener Nothwendigkeit auf zwei Punkte hin; die Darlegung des Erbrechts der Herzogthümer und die Erweckung der öffentlichen Meinung in den deutſchen Ländern über die Wichtigkeit und das Recht der Herzogthümer; denn ohne einen Rückhalt an Deutſchland, hätten die Herzogthümer, wie die neueſte Zeit es gezeigt hat, nicht mehr den nahenden Sturm beſtehen können.

Dabei haben zwei junge Männer ſich entſchiedene Verdienſte erworben, die wohl der Ehre einer Erwähnung werth ſind; nämlich K. Samwer und der Profeſſor von Kiel Namens L. Stein, welcher unermüdlich auf die hohe Wichtigkeit der Herzogthümer für Deutſchland hinwies, und zuerſt die Aufmerkſamkeit des deutſchen Volks für dieſe politiſche und nationale Lebensfrage des nördlichen Deutſchland zu erwecken wußte.

Was Beide angeſtrebt haben, iſt auch Beiden gelungen. Und in der That war es von entſcheidender Wichtigkeit, daß im Jahre 1844, als der eben erwähnte Uſſing'ſche Antrag von Roeskilde ausgemacht ward, die Ueberzeugung in den Herzogthümern gewonnen war, daß man in der ſelbſtſtändigen männlichen Erbfolge nur das ſtrenge Recht des Landes fordere, und daß man in dieſem Rechte eine hochwichtige deutſche Sache vertheidige.

So konnte es möglich ſeyn, daß, als jener Uſſing'ſche Antrag verlautete, ein allgemeiner Schrei des Unwillens ſich in beiden Herzogthümern erhob. Man hatte von Seite der däniſchen Parthei ſtets geſagt und wiederholt, daß die Oppoſition der Herzogthümer gegen Dänemark nicht vom Volke, ſondern nur von einer ſtarken Beamten-Ariſtokratie ausgehe. Jetzt war die Gelegenheit da, zu zeigen, daß auch das Volk keine däniſche Herrſchaft wolle.

In Kiel zuerſt ſchritt man voran, und eine von Droyſen entworfene energiſche Adreſſe an die in Itzehoe verſammelten Stände, bedeckte ſich ſofort mit den Unterſchriften der erſten Namen des Orts.

Von allen Seiten des Landes kamen zuſtimmende Erklärungen, ſo daß man faſt ſagen kann, es habe damals kein einziger Mann von Bedeutung den Adreſſen ſeinen Namen entzogen.

In jener Zeit galt noch eine Adreſſe etwas; der Eindruck, den jene faſt einſtimmige Erklärung des Landes machte, daß man ſelbſtſtändig ſeyn und blei-

ben und ſein eigenes Erbrecht behalten wolle, war ein ungeheurer.

Deutſchland, damals von allen Seiten her gedemüthigt, jubelte bei dieſer Volksbewegung der neugewonnenen Deutſchen zu, und die Dänen, offenbar in bitterer Enttäuſchung und in halber Furcht, ſchwiegen; die Regierung wagte keine einzige Maßregel, und der Sturm war abgeſchlagen.

Allein die Gründe, die den Uſſing'ſchen Verſuch hervor gerufen hatten, waren nicht willkürlich erzeugt; man muß gerecht ſeyn und zugeſtehen, daß Dänemark in der That nicht anders konnte. Die tiefe Ruhe, welche dem erſten Hauptangriff auf die Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer folgte, konnte nicht aufrichtig ſeyn.

Die Bewegungen der Preſſe deuteten auf gegenſeitige Rüſtung. Von däniſcher Seite nahm ſich die Preßfreiheitsgeſellſchaft der Sache an; eine förmliche Propaganda organiſirte man im Norden Schleswigs, Blätter und Denkſchriften wurden verbreitet, und ſo ſuchte man in jeder Weiſe zu wirken.

Von Schleswig-Holſtein aus erging dafür der Ruf an das deutſche Volk, ſich der deutſchen Sache anzunehmen. Der Blick des deutſchen Publikums erweiterte ſich, und damit eine ununterbrochene Reihe von Berichten.

Aufſätze in mehreren Zeitungsblättern wieſen nach, wie unendlich wichtig gerade Schleswig-Holſtein für die deutſche Flotte und den deutſchen Handel ſey. Es war dieſes die Zeit, wo man in Deutſchland ernſtlich an die Ausdehnung des Zoll-Vereins dachte.

Ihr ſtellte ſich beſonders Hamburg entgegen in Wort und That, und die mannichfachen Schriften, die gegen den Anſchluß geſchrieben waren, werden vielleicht noch Vielen erinnerlich ſeyn.

Gegen dieſe Tendenz trat mit aller Macht L. Stein auf; er wies nach, daß die höchſten Intereſſen des nördlichen und ſüdlichen Deutſchlands Hand in Hand gingen; daß Deutſchland ſeiner Natur nach beſtimmt ſey, ein großes Handelsgebiet zu ſeyn, daß aber die Erfüllung dieſer Beſtimmung von dem Beſitz Schleswig-Holſteins, dieſer wieder von der Erhaltung ſeiner Selbſtſtändigkeit abhänge.

So ward für Schleswig-Holſtein neben dem Gefühle der Nationalität auch das materielle Intereſſe gewonnen; die ſchleswig-holſteiniſche Frage wurzelte immer tiefer im deutſchen Bewußtſeyn, und es nahte der Zeitpunkt raſch heran, wo ſie erſcheinen mußte als Dasjenige was ſie iſt, als die Frage nach der Zukunft Deutſchlands zur See und ſeiner Stellung im ſkandinaviſchen Staatenſyſtem.

Man fühlte dieſes wohl in Dänemark, und die nahende Gefahr verleitete die Führer der däniſchen Parthei zu großen Taktloſigkeiten, welche die Spannung nur noch vermehrten. Die Regierung ſah dem ruhig zu, denn ſie dachte, den ganzen Knoten mit Einem Streiche zu durchhauen.

Am 8. Juli 1846 erſchien plötzlich, ohne beſondere Beweggründe, der ſo berühmte offene Brief des Königs von Dänemark; in welchem der König erklärte, daß das ganze Herzogthum Schleswig untrennbar mit Dänemark durch die Vorgänge des Jahres 1721 verbunden ſey, daß daſſelbe für einen Theil von Holſtein gelte, und daß der König dieſe Anſicht für die allein giltige erklären müſſe. Eine gewaltige Bewegung folgte dieſem Aktenſtücke.

Die Stände von Holſtein waren in Itzehoe verſammelt, und ſprachen noch einmal aus, daß das Recht der Herzogthümer die Untheilbarkeit und Untrennbarkeit und die männliche Erbfolge ſey; aber der König nahm dieſe Erklärung nicht an, und die Stände gingen auseinander, nachdem ſie noch einmal feierliche Verwahrung beim Bundestag eingelegt hatten.

Der Bundestag freilich gab darauf am 17. September eine Antwort, die weder beſtimmt für, — noch gegen die Herzogthümer lautete; jedoch damals galt es noch für ein Großes, wenn der Bund nicht offen zu Gunſten jedes Souverains gegen die Völker auftrat.

Zugleich war zu Neumünſter eine große Volks-Verſammlung abgehalten worden, die ſich mit ſeltener Energie für das Landesrecht ausſprach.

Die Zeichen der Zeit wurden immer drohender. Es war umſonſt, daß der König einen zweiten offenen Brief an ſeinem Geburtstage erließ, der die Gemüther beruhigen ſollte.

Denn zu gleicher Zeit erſchien eine offizielle Schrift, in welcher das abſolute Unrecht von Dänemark auf Schleswig hiſtoriſch und juridiſch nachgewieſen werden ſollte, und dieſe Schrift wurde an alle Höfe verſendet.

Ihr entgegen traten damals nicht ohne Gefahr mehrere Profeſſoren der Univerſität von Kiel, und wieſen in einer gründlichen Abhandlung das Verkehrte jenes ſogenannten Kommiſſions-Bedenkens, und die geſchichtliche und rechtliche Wahrheit der Behauptungen der Herzogthümer ſo ſchlagend nach, daß von däniſcher Seite eine Widerlegung derſelben auch nicht einmal verſucht worden iſt.

Damit war im Grunde die Frage auf dieſem Gebiethe erledigt, und die einmüthige Feſtigkeit aller Elemente des Volkslebens hatte auf's Neue einen ernſten Angriff der däniſchen Einverleibungsſucht abgeſchlagen. Es ſollte, oder vielmehr es konnte nicht der Letzte ſeyn.

Der König war bejahrt und ſeine Geſundheit ſtand nicht feſt. Der Prinz Friedrich war zum zweiten Mal von ſeiner Gemahlin, einer mecklenburgiſchen Prinzeſſin geſchieden, ohne Nachkommen. Der Anfang des Endes ſtand alſo bevor; man mußte an das letzte Mittel denken.

Hier iſt es nun wohl der Ort, ſchließlich des ungeheuern Irthums zu gedenken, der das ganze monarchiſche Europa bis in ſeine Grundfeſten erſchüttert hat, und der auch dem däniſchen Königthum die letzte Möglichkeit einer Vereinbarung mit den Herzogthümern raubte.

Die Regierung, an fortwährende Unterdrückung der Volksfreiheit gewöhnt, hatte ſich mit dem Gedanken nicht befreunden können, die Vereinigung der Herzogthümer und Dänemarks auf die Baſis einer wahrhaft konſtitutionellen Freiheit zu erreichen.

Sie glaubte, daß sie mit ihrer Regierungsgewalt fortwährend im Stande seyn werde, jeden Akt des Wollswillens zu unterdrücken und das Volk zu zwingen. Sie hatte sich aber damit die liberale, sehr starke und thätige Parthei entfremdet, während die dänische Propaganda die nationale Richtung verletzte, und die dynastischen Hoffnungen der Augustenburger Linie auf der Trennung der Herzogthümer von Dänemark beruhte.

Sie hatte daher Alles gegen sich, und hatte in den Herzogthümern keinen einzigen Freund. So ernst wurde dadurch die Lage der Dinge, daß sie trotz ihrer Verblendung dennoch endlich an den letzten Ausweg, die Bewilligung einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer zu denken anfing.

Das Jahr 1847 verstrich ruhig. Man faßte während dieser Zeit jenen Plan und arbeitete im tiefen Geheimniß die Vorbereitung zu jener Verfassung aus, mit welcher der König im Jahre 1848 für immer die beiden Theile der Gesammt-Monarchie zu verbinden hoffte.

Aber jetzt rächte sich die Hartnäckigkeit des Absolutismus auf eine furchtbare Weise. Auch diesem Fürsten rief der höhere Lenker der Geschichte das ernste Wort zu: »Es ist zu spät.« Eine milde Hand bewahete indessen den König selbst davor, das Zusammenbrechen aller seiner Plane und den Anfang einer neuen Geschichte zu erleben.

Eine tödtliche Krankheit faßte ihn am 20. Jänner 1848 dahin, und an demselben Tage wurde sein Sohn Friedrich VII. als König von Dänemark, Herzog zu Schleswig-Holstein und Lauenburg in Kopenhagen ausgerufen.

Es waren gerade 400 Jahre, seit der Oldenburger Stamm den dänischen Thron im Jahre 1448 bestiegen, seit der dänische Reichsrath Christian den I. zum König gewählt hatte.

Friedrich VII. aber ist der letzte Sprosse der ältesten männlichen Linie des Hauses. Er ist zweimal vermählt gewesen, wurde beide Mal geschieden, und besitzt durchaus keine Hoffnung auf Nachkommenschaft, um so mehr, als er seinen entschiedenen Willen erklärt hat, sich nicht wieder verheirathen zu wollen.

Durch seine Person allein hängt also das Königreich mit den Herzogthümern zusammen, — ein schwaches Band für eine so unendlich wichtige und doch so viel bestrittene Einheit.

Der König Friedrich, geboren am 6. Oktober 1808, war nicht mehr jung, als ihm der Thron zufiel, und zählte bereits 40 Jahre. Seine Gesundheit war nicht ganz fest, und schon mehr als einmal war er in Lebensgefahr gestanden.

Äußerdem zeichnet den Fürsten keine jener persönlichen Eigenschaften aus, die, indem sie entweder die Geister oder die Herzen gewinnen, gleichsam über die Verhältnisse hinweg einen Mittelpunkt für die Völker bilden, an deren Spitze sie stehen.

Friedrich VII. hat auch keine hohe Bildung genossen; denn einen großen Theil seines Lebens brachte er mit wenigen Matrosen auf seinen Lustkutter zur See zu.

Man hatte ihn wenig oder nie zu den Staatsgeschäften beigezogen, denn die Uebertragung des Gouvernements von Fünen war im Grunde nur dem Namen nach gewesen.

Schon als Kronprinz erklärte er laut und für die Verhältnisse viel zu oft seine Indifferenz gegen Staatsformen und Staats-Angelegenheiten. Es war also klar, daß er schwerlich jemals selbstständig in diese große Frage des Landes hinein greifen werde.

Sein Vater, ein kluger Mann, hat, wenn auch mit einem widerstehenden Bedauern, dieses durch lange Zeit erkannt, und daß die Haltlosigkeit einer Regierung voraus, die von seinem Sohne allein geleitet werden würde. Während nun das Jahr 1847 mit seiner Ruhe über den Gesammtstaar Dänemark hinweg ging, mußte er darauf denken, den Weg der Politik für zwei Regierungen zugleich nämlich für die Seinige und die seines Sohnes festzusetzen.

Daher also die Stille, die dem offenen Briefe vom Jahre 1846 folgte. Man arbeitete und baute in Kopenhagen an Dänemarks Zukunft, und in der That lag durch die Verhältnisse selbst die Einleitung mit Nothwendigkeit in den Händen der dänischen Regierung.

Die Herzogthümer konnten ruhig warten, bis Friedrich VII. einst sterben würde. Dänemark mußte vorher handeln; es mußte die Brücke schlagen zur neuen Gesamms-Monarchie, und den Anstoß geben zu den Dingen, die da kommen sollten.

Dieserwegen ist es zuerst nothwendig, einen Blick auf die dänischen Verhältnisse zu machen, bevor man sich zu Schleswig-Holstein wendet; denn diese Verhältnisse haben mehr gethan, als die einzelnen Menschen, und noch in diesem Augenblicke sind sie es eigentlich, die dort herrschen.

Diese Verhältnisse aber mußten um so mächtiger seyn, als die der Regierung nur mit höchster Abneigung obliegende Persönlichkeit Friedrich des VII. den bewegenden Elementen durchaus freien Spielraum ließ.

Der Gang der Dinge im Norden und das Schicksal Schleswig-Holsteins sind nicht zu verstehen, ohne Kenntniß der dänischen Zustände; die allgemeine, weit über ihre Grenzen gehende Bedeutung der Herzogthümer offenbarte sich von jeher zuerst durch den innigen Zusammenhang mit dem innersten Leben des baltischen Archipels.

Seit dem Jahre 1660, wo die dänische Adelsherrschaft gestürzt ward, hatte die absolute Monarchie sich auf dem Fußschemel einer allmächtigen Bureaukratie, die ganz Dänemark umfaßte, festgestellt.

Zwei Gründe hatten die Erhaltung dieser Bureaukratie bedingt, zuerst der Mangel eines freien und wohlhabenden Bauer- und Bürgerstandes, dann die große Zersplitterung der Monarchie in einzelne Landestheile, die keine Vereinigung des Volkslebens zuließ.

Nur Kopenhagen, mit seinen 120,000 Einwohnern, konnte für ein wirkliches Volksleben Raum ge-

den und hier also konzentrirten ſich die Kräfte, die Gedanken und die Tendenzen des Reichs.

Was in Kopenhagen ſiegte oder unterlag, das ſiegte oder unterlag auch in dem übrigen Dänemark. In dieſem Kopenhagen gab es nun zur Zeit der Thronbeſtigung Friedrich des VII. hauptſächlich drei Partheien, die mit dem Tode Friedrich des VI. entſtanden waren, und auf die ganze Regierung Chriſtian des VIII. den entſchiedenſten Einfluß ausgeübt hatten.

Die erſte Parthei war die bureaukratiſche, die zugleich das ariſtokratiſche und das dynaſtiſche Element entſchieden vertrat. An ihrer Spitze ſtand vorzüglich der Miniſter Oerſted, der bekannte Rechtsgelehrte, ohne Zweifel der erſte Juriſt, den Dänemark jemals gehabt hat, ein Mann im Geiſte der Kanzlei-Verwaltung groß gezogen, dem das Volk und die neue Zeit gänzlich unbekannt waren.

Bei großer formell-adminiſtrativer Arbeitsthätigkeit und vielem Verſtande achtete man die Ehrlichkeit und Reinheit ſeiner Geſinnung; allein ein gewiſſer Mangel an ariſtokratiſcher Hoffitte nahm ihm einen großen Theil ſeines Einfluſſes in den höchſten Kreiſen.

Er war eine mächtige Stütze des Beſtehenden und eine zahlreiche Schule von Gelehrten und Beamten ſchloß ſich an ihn an. Doch um das Neue zu ergreifen, war er nicht jung genug, um das Große zu wagen, nicht ehrgeizig genug.

Als einer ſeiner Hauptfehler mußte gelten, daß er die Herzogthümer, wie dieſes überhaupt bei den meiſten Dänen der Fall iſt, durchaus nicht kannte, und daher, von manchem Vorurtheil beherrſcht, Vieles für möglich und Vieles Andere für unmahr hielt, was doch weder möglich noch unrichtig war.

Vor allen Dingen aber war Oerſted kein Staatsmann, ſondern nur ein Beamter; Chriſtian VIII. überragte ihn darin weit, und daher konnte auch Oerſted niemals in ſeiner Bedeutung eine gewiſſe Grenze überſchreiten.

Der Mann, dem er in ſeiner Perſönlichkeit und in ſeiner literariſchen Laufbahn am nächſten ſtand, war der Profeſſor Falk aus Kiel, der erſte Gründer des alten Schleswig-Holſteinismus, bei dem, ſo wie bei Oerſted, in dem Kanzlei-Deputirten der Staatsmann in dem Profeſſor untergegangen war.

Wie aber auch dieſe Männer beſchaffen waren, das treue und liebenswürdige Gemüth Beider ließ weder Neid noch Feindſchaft gegen ſie zu.

Neben Oerſted ſtanden noch Algreen Uſſing, ein kluger praktiſcher Mann, deſſen Ehrgeiz aber kaum über einen Orden und Titel hinweg ragte, und der frühere Profeſſor David, ein Renegat des Liberalismus, der, wie alle ähnlichen Renegaten, bald verſcholl.

Den Mittelpunkt der Ariſtokratie bildete unter Chriſtian dem VIII. der Landgraf Wilhelm von Heſſen, ein Schwager des Königs und Gouverneur von Kopenhagen, verheirathet mit deſſen Schweſter Charlotte, deren Sohn Prinz Friedrich einen Thron beſtiegen ſoll, auf den ihn nichts, als das ſtarre Wort eines Geſetzes ruft, das ſeit zweihundert Jahren der Fluch Dänemarks geweſen iſt.

Um ihn ſchaarten ſich die Trümmer der alten Adels-Ariſtokratie, unter welchen der Finanz-Miniſter Graf Moltke von Bregantved entſchieden mit ſeinen feinen, echt ariſtokratiſchen Manieren und ſeinem großen Vermögen hervorragte.

Eine dynaſtiſche Parthei als ſolche gab es nicht, denn die Dynaſtie war für die Forderungen aller Partheien die unbeſtrittene Vorausſetzung.

Das Organ dieſer Nuancirungen der konſervativen Parthei, die ihre Stärke erſt in dem kommenden Jahre kennen lernen ſollte, war und iſt die halboffizielle »Berlingske Tidende,« die ein Mann von großen Kenntniſſen und mit nicht weniger großer Gewandtheit der frühere Großhändler Nathanſen, redigirte.

Die zweite Parthei war die nationale oder ſkandinaviſche, die in den dreißiger Jahren entſtanden war, und bei dem Tode Friedrich des VI. zum erſten Mal als ſtaatliche Parthei auftrat.

Man hatte während der letzten Regierungsjahre dieſes alten Herrn die ſo nothwendigen Reformen nicht verfolgen mögen.

Als die Nachricht von ſeinem Tode bekannt ward, glaubte die junge Welt, daß mit Chriſtian dem VIII. eine neue Zeit herankomme, und daß es nur einer beſtimmten Manifeſtation bedürfe, um die gehofften Zugeſtändniſſe zu erlangen.

Es war dieſes ganz daſſelbe Verhältniß, wie in Preußen beim Tode Friedrich Wilhelms des III. In Kopenhagen hielt man zu dieſem Zwecke eine große Verſammlung ab, wobei Orla Lehmann zum erſten Mal als Führer dieſer Parthei auftrat und mit einer Erklärung der Hoffnungen des Volks an den König beauftragt ward.

Noch nie hatte ein dänicher König eine ſolche Deputation empfangen; daß Chriſtian VIII. ſie empfing, mochte ſchon an und für ſich als ein großes Zugeſtändniß gelten.

In jenem Falle konſtituirte dieſer Empfang die Parthei, und von da an fing ſie an mit großer Thätigkeit ihre Wirkſamkeit zu entfalten.

Hier möge, was dieſe Parthei gethan und gewollt hat, nur die Bemerkung Raum finden, daß ſie in allen Dingen das nationale und vorzüglich das ſkandinaviſche Element über die Freiheit ſtellte, und daß ihr Kampf gegen die konſervative Parthei nur ſo weit ging, als ſie fürchten mußte, daß das Uebermaß des konſervativen Prinzips der nationalen Einheit entgegen arbeite.

Sie ging von der Ueberzeugung aus, daß die Freiheit ſich ſchon finden werde, wenn man nur die Freiheit habe.

Die Regierung verfolgte Anfangs dieſe Parthei ſtark, und Orla Lehmann wurde ſogar einmal gefänglich eingezogen; allein alle Staatsmänner ſahen ſchon damals in ihr eine mächtige Stütze der Beſtrebungen Chriſtians des VIII, ſo daß ſie bereits im Jahre 1844 vom Hofe völlig anerkannt und gerne geſehen wurde, denn ihr gehörte die nächſte Zukunft.

Die tüchtige Jugend ſchloß ſich ihr vor Allem an. Die däniſche Propaganda war ihr Werk, und obgleich einige der bedeutendſten Männer in der geſitteten Welt Dänemarks je nach ihrer Weiſe ſich von eigentlicher Parteiſtellung ferne zu halten ſuchten, ſo ſchien es doch klar, daß der Gang der Ereigniſſe ſie in dieſe Parthei hineindrängen mußte, wenn die Entſcheidung nahte.

Als das Jahr 1847 kam, blieb es keinem Zweifel mehr unterworfen, daß in ihr die eigentliche Macht Dänemarks zum Angriff und zur That ruhte, während die konſervative Parthei die Macht der Vertheidigung in Händen hatte.

Und dieſes Verhältniß war es, das über die Stellung beider Theile im folgenden Jahre entſchied. Das Organ der National-Parthei war bekanntlich »Fædrelandet,« ein mit Geiſt herausgegebenes Blatt, dem aber eine ſolide Baſis in der adminiſtrativen Kenntniß fehlte, und das außerdem die Preßgeſetze nach allen Seiten hin beſchränkten.

Die dritte Parthei war kaum als eine ſolche zu bezeichnen, und erſchien gleichſam nur als das Salz der andern, die doktrinär-demokratiſche Parthei mit dem Blatte »Kiöbenhavenspoſten«.

Sie vertrat Ideen, die ſie ſelbſt nicht erzeugte, und eine Macht, die ſie, damit ſie nicht verſchwinde, ſelbſt täglich neu erzeugen mußte.

Ihr Ziel lag ſo ferne und hatte vor allen Dingen mit der nächſten politiſchen Lebensfrage Dänemarks ſo wenig zu thun, daß man kaum mit ihr rechnete.

Sie erſchien als äußerſter Anfang der nationalen Parthei, und war auch nichts Anderes, da ſie, wie die Demokraten überhaupt, über die Stortheit ihres Prinzips das Verhältniß der wirklichen Dinge überſieht.

So ſtanden nun die Partheien in Kopenhagen, in dem Hauptſitze des politiſchen Lebens von Dänemark. Die däniſchen Provinzen, die Inſeln und Jütland bedeuteten wenig, denn hier war kein beſtimmter Geiſt in der Bevölkerung, und nur die nationalen Sympathien fanden Anklang; allein ein aufmerkſamer Beobachter konnte leicht erkennen, daß Alles von der Hauptſtadt abhänge.

Was die ſchleswig-holſteiniſche Frage betraf, ſo ſtanden dieſe ſämmtlichen Partheien, wenn nicht auf demſelben Standpunkte, ſo doch vor demſelben Ziele, und es iſt nicht ohne Bedeutung für die folgende Zeit, die verſchiedene Auffaſſung deſſelben Prinzips bei jenen Leitern der Bewegung zu betrachten.

Die ganze konſervative Richtung hielt zunächſt an beiden Herzogthümern feſt; die hohe Ariſtokratie, aus allgemeinem dynaſtiſchem Intereſſe, die Bureaukratie, aus der ihr inwohnenden Abneigung gegen jede Bewegung des Volks, und dann freilich auch aus der wohlbegründeten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Herzogthümer für Dänemark; der Hof aus Ueberzeugung von der zugleich juriſtiſchen und politiſchen Richtigkeit ſeiner Forderung auf die Erhaltung der Geſammt-Monarchie.

Indeſſen erſchien die ganze konſervative Seite nicht ganz abgeneigt, in Beziehung auf Holſtein irgend ein Abkommen zu treffen, vorausgeſetzt, daß daſſelbe das Herzogthum Schleswig nur noch feſter an Dänemark anſchließe.

Die nationale Parthei wollte von Holſtein unter keiner Bedingung etwas wiſſen. Sie hatte geſchichtliche Kenntniſſe genug, um die Hoffnungsloſigkeit einer Däniſirung Schleswigs einzuſehen, ſo lange daſſelbe mit Holſtein verbunden blieb; und haßte und fürchtete in einem gleichen Maße die Verbindung Dänemarks mit Deutſchland, die durch Holſtein gegeben ward; ſie wollte »Dänemark bis zur Eider« konſtituiren, und Holſtein ſeinem Schickſale überlaſſen. Für dieſes Dänemark dann wollte ſie freilich auch das Aleräußerſte wagen.

Die demokratiſche Parthei endlich, die mit ihren liberalen Tendenzen tief in die nationale hineinreichte, hielt den Grundſatz feſt, und verfocht ihn mit einem großen Eifer, daß eine Harmonie und Einheit der Herzogthümer nur durch eine Verfaſſung erreicht werden könne; und forderte eine Konſtitution als Baſis des Geſammtſtaats.

Sie wies auf die trüben Zuſtände Deutſchlands unter dem alten Bundestag hin, und ermüdete nicht zu wiederholen, daß man die Hälfte der Bevölkerung beider Herzogthümer durch eine Maßregel im Sinne wahrhaft konſtitutioneller Freiheit mehr, als durch alle Bande der Dynaſtie und der Gewalt mit Dänemark verknüpfen würde.

Dieſer Parthei ſtimmten Viele bei, die auch gerade nicht zur Parthei gehörten. Alles dieſes hatte König Chriſtian VIII. in ſeinem letzten Lebensjahre wohl erkannt und erwogen.

Die Angelegenheit bildete in allen ihren Bezeichnungen den Gegenſtand häufiger und ernſthafter Sitzungen des geheimen Staatsraths, und es konnte nicht fehlen, daß die Verleihung einer Verfaſſung das einfachſte und ſicherſte Auskunftsmittel zur Löſung der Frage erſchien.

Allein hier muß noch ein Punkt hervorgehoben werden, der für die gerechte Würdigung der Dinge in der künftigen Geſchichtſchreibung von großer Wichtigkeit iſt.

Manche mit den Verhältniſſen wohlbekannte Männer haben ſchon damals zum Theil mit einem unmuthigen Erſtaunen getragt, warum denn der König Chriſtian VIII. nicht eher jene Verfaſſung, die den Anſtoß zu einem völligen Bruche gab, und warum er ſie nicht in einem liberalen Sinne gegeben habe.

Viele halten daher dieſe Halbheit und Verzögerung mit Recht für den größten Fehler in der ganzen Regierung Chriſtians des VIII.

Der Grund, warum er aber zögerte, lag keineswegs in einer perſönlichen Abneigung gegen die Freiheiten des Volks, ſondern darin, daß er damals während der unbeſtrittenen Herrſchaft des alten Syſtems, durch einen ſolchen Akt unter den übrigen Fürſten von Europa iſolirt worden wäre.

Das wußte der König, und das war es, was er fürchtete. Darum verſuchte er zuerſt alle andern

Wege, und selbst den einer Transaktion mit dem ersten schleswig-holsteinischen Agnaten, dem Herzoge von Augustenburg, dem er Hoffnung auf die dänische Krone machen ließ, wenn er seinen Antheil an dem Widerstande der Herzogthümer aufgeben wolle.

Der Herzog aber war viel zu klug, um nicht die Gefahr eines solchen Akts einzusehen. Bei der großen Wuth der Dänen gegen ihn und sein Haus, und bei den klaren Bestimmungen des noch geltenden Königsgesetzes, nach welchem er kein legitimes Recht auf die dänische Krone haben konnte, mußte er begreifen, daß er mit einem Eingehen auf diese Vorschläge ganz gewiß seine Stellung in den Herzogthümern verlieren, und höchst wahrscheinlich auch die dänische Krone nicht gewinnen würde.

Wer konnte überdieß auch wissen, ob dieses nicht eine Falle war; und dieserwegen schlug er es auch aus, und er hatte sehr wohl gethan.

Auf diese Weise war Christian dem VIII. der Weg eines dynastischen Abkommens abgeschnitten, und nun dachte er endlich ernstlich daran, mit einer Verfassung hervorzutreten.

Allein auch dabei drückten die gewöhnlichen Bedenklichkeiten den einzig richtigen wahrhaft kühnen Entschluß zu Boden.

Christian VIII. sah die Schwächen seines Nachfolgers, und es war auch nicht schwer, vorher zu wissen, daß er ganz in den Händen seiner Rathgeber seyn werde.

Sollten ihn alle Partheien unterstützen, so mußte die Verfassung allen Partheien in Dänemark zusagen, vor Allem aber mußte sie nicht von der Art seyn, daß sie die befreundeten Regierungen durch wirkliche Freisinnigkeit stutzig machte.

Statt sich daher rückhaltlos in die Arme des Volks zu werfen, beschloß Christian eine Verfassung, die man in jeder Beziehung eine halbe Maßregel nennen mußte.

Er wollte sie vielleicht selbst veröffentlichen, vielleicht war sie vom Anfang her zu seinem Vermächtniß bestimmt, denn wer dachte damals an die Möglichkeit des Jahres 1848? und so durchschnitt der Tod die Frage.

Am 20. Jänner wurde Friedrich VII. König von Dänemark, Herzog zu Schleswig und Holstein, und nach der Weisung des Todten veröffentlichte er am nämlichen Tage das Patent, das für Dänemark der offene Brief, für die Herzogthümer aber die königliche Urkunde genannt wurde.

Dieses Patent zeigte sogleich, daß der König durchaus den Weg seines Vaters beobachten werde, und er sagte darin, daß es »der erste und wichtigste Endzweck des neuen Fürsten seyn werde, den von seinem Vater aufgestellten Beispiele zu folgen.«

Den Hauptpassus klärte die nächste Zukunft sowie die nächste Vergangenheit auf, nachdem die Urkunde es ausgesprach, daß Friedrich VII. nicht allein die von dem Verstorbenen angefangenen Verbesserungen in der Verwaltung fortsetzen, sondern auch die von ihm beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats vollenden wolle, deren Vollführung allein durch seines Vaters Krankheit und dessen Tod ausgesetzt worden sey.

Dieser königlichen Urkunde folgte dann bald darauf das Kanzlei-Patent, wodurch ein allerhöchstes Reskript wegen Einführung einer Verfassung zur öffentlichen Kunde gebracht ward.

Die in diesem Patente veröffentlichte Anbahnung einer Verfassung müsse über das nächste Schicksal des Reichs entscheiden, und man nahm daher das Patent mit der höchsten Spannung auf. Es enthielt keine Verfassung, sondern nur die allgemeinsten Grundzüge derselben und die Bestimmung über die Form, in welcher die Verfassung gemacht werden sollte.

Der Schwerpunkt dieses ganzen Erlasses lag in zwei Bestimmungen, nämlich zuerst in dem Maße öffentlicher Freiheiten, die derselbe dem Lande zugestand, denn dieses Maß mußte entscheiden, ob die liberale Parthei um seinetwillen sich vielleicht zur Nachgiebigkeit in Betreff des öffentlichen Rechts geneigt finden würde, dann in der Art und Weise, wie man die Dänen den Deutschen gegenüber gestellt hatte, denn damit war das Maß der Möglichkeit gegeben, überhaupt Dänen und Deutsche jemals in einer und derselben Verfassung zusammenzustellen.

Die Rechte, welche der König dem Volke durch die neue Verfassung zu geben beabsichtigte, bestanden in einer beschließenden Mitwirkung bei Veränderungen in den Steuern und bei der Finanz-Verwaltung, so wie auch bei der Erlassung von Gesetzen, welche die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer betreffen; dann in dem Rechte auf Anträge, welche unmittelbar die gemeinschaftlichen Interessen des Königreichs und der Herzogthümer angehen. Nebenan sollten für die Verwaltung aller Theile des Königreichs die alten Provinzialstände mit ihrer Rechtlosigkeit fortbestehen.

Das Erste war so sehr auf Schrauben gestellt, daß es bei Vernünftigen kein Vertrauen gewinnen konnte; das Zweite zeigte deutlich, daß man dem Volke eigentlich kein einziges wirkliches Recht zuzugestehen beabsichtigte, denn nichts war von der Selbstregierung des Volks entfernter, als die Verfassung der bisherigen Provinzialstände vom Jahre 1834.

Also schon diese Bestimmungen mußten den Erfolg der ganzen Maßregel sehr zweifelhaft machen. Entscheidend war aber der zweite Theil des Patents, nach welchem zur gemeinsamen sorgfältigen Erwägung der neuen Verfassung eine Anzahl erfahrener Männer nach Kopenhagen berufen werden sollten.

Die Zusammensetzung dieser Versammlung blieb eigentlich der wichtigste Punkt, und man muß ihn sich vergegenwärtigen, um den Widerspruch zu erklären, den das Verfassungs-Patent fand.

Als Grundlage der Zusammensetzung galt zunächst die gleiche Anzahl der Dänen und der Deutschen, und zwar so, daß das Königreich 18 und die Herzogthümer 18 Männer wählten.

Diese Wahl sollte nach den Klassen der Abgeordneten in den bisherigen Provinzialständen von den Mitgliedern derselben und aus ihrer Mitte vor sich gehen.

Dann behielt ſich der König ſelbſt die Wahl von acht Mitgliedern in Dänemark, von vier Mitgliedern in Schleswig und von vier Mitgliedern in Holſtein vor.

Dazu fiel es auf, daß dieſer verfaſſungsgebende Körper noch einige andere Geſetze von höchſter Wichtigkeit, beſonders das Wehrpflicht- und Münzgeſetz, berathen und nicht etwa für die Reichs-Verſammlung, ſondern nur für die Provinzialſtände vorbereiten ſollte.

Dieſes war das entſcheidende Patent, welches den Wendepunkt in dem Kampfe der beiden Theile der Monarchie bildete.

Es hätte von einem unendlich ſegensreichen Einfluß ſeyn können; aber ganz durchdrungen von dem kläglichen Charakter jener Halbheit, die damals eine höchſte Staatsweisheit ſchien, vermochte es Nichts als endlich einmal klar und beſtimmt die Nutzloſigkeit aller unentſchiedenen Transaktionen zu beweiſen.

In Dänemark zunächſt traten ſowohl die nationale als die demokratiſche Parthei dem Vorſchlage der Regierung mit der entſchiedenſten Energie entgegen. Die erſtere rügte zwei Dinge: erſtens, daß die ganze Baſis der Gleichheit in der Vertretung der beiden Nationalitäten eine höchſte Ungerechtigkeit gegen das däniſche Volk, das ſo viel ſtärker an Zahl und Gewicht ſey, enthalte.

Zweitens aber, daß die Regierung weder klug noch gerecht handle, nachdem ſie Holſtein mit aufnehme.

Dänemark wolle nichts von dem durchaus deutſchen Holſtein wiſſen; von jeher ſey alles Unglück aus Deutſchland gekommen, und man werde nie und nimmermehr zugeben, daß eine verfaſſungsmäßige Bewegung dieſes Verhältniſſes Statt finde.

Die demokratiſche Parthei erhob darneben eine laute Klage über das geringe Maß von volksthümlichem Recht, das man zugeſtanden hatte.

Wenn ſelbſt in einem ſolchen, über die ganze Zukunft eines Staats entſcheidenden Augenblicke ſo wenig offen und ſo engherzig verfahren werde, meinte ſie, woher ſolle dann Vertrauen zur Regierung, Hoffnung auf die Zukunft kommen?

Die Bewegung in Dänemark nahm von Tag zu Tag zu und die mächtige nationale Parthei bearbeitete das ganze Land, Kopenhagen, die Inſeln, ja ſelbſt Jütland.

An allen Orten wurden Volks-Verſammlungen abgehalten, allenthalben forach man ſich gegen dieſes Geſetz aus, und bevor drei Wochen vergangen waren, konnte ein aufmerkſamer Beobachter bereits mit Beſtimmtheit ſagen, daß der ganze Plan der Regierung, im Königreiche das Volk auf dieſem Wege für die Geſammt-Monarchie zu gewinnen, gänzlich geſcheitert ſey.

Dieſes war aber in jener Zeit mehr als eine blos verfehlte Regierungs-Maßregel. Die beſtändige Bearbeitung dieſes Gegenſtandes hatte endlich auch in Dänemark die allgemeine Ueberzeugung erweckt, daß von der richtigen Behandlung und Entſcheidung dieſer Frage die ganze Zukunft Dänemarks abhänge.

Bisher hatte das alte Regierungs-Syſtem mit ſeiner ganz bureaukratiſchen Haltung ausſchließlich Macht und Verantwortung in Händen gehabt, und es erſchien durchaus unerhört, daß ein Miniſterium anders als durch den Tod ſeiner Mitglieder Veränderungen erfuhr.

Jetzt durchdrang das Volk die Ahnung, daß ein Miniſter mehr ſey als ein Verwaltungs-Beamter, und daß unter dem Drange der Umſtände auch dieſe bisher für gebeiligt gehaltenen Perſonen dem Volkswillen weichen müſſen.

Es ſchien dieſes ſchon an und für ſich ein ungeheurer Schritt vorwärts, und mehr noch in der damaligen Lage, wo ſo Großes von dem Miniſterium abhing.

Alles drängte ſich daher auf dieſen Punkt zuſammen; lang verbeibter Grimm, heimlicher Neid, kühne Hoffnungen, unklarer Inſtinkt arbeiteten gemeinſam an der erſten Grundlage einer freien Verwaltung, dem Prinzip des Wechſels der Miniſterien.

Vor Allem aber traten jetzt die Führer der nationalen Parthei hervor, an ihrer Spitze Orla Lehmann, dem der ſcharfe Inſtinkt ſeines Ehrgeizes endlich das Thor der Zukunft öffnete.

Er erkannte, daß der Sturz des Verfaſſungs-Patents der Sturz des Miniſteriums ſeyn müſſe; und ſchon wagte er zu hoffen, daß alsbann nur ein nationales Miniſterium möglich ſeyn werde.

Mit unglaublicher Anſtrengung wurde gearbeitet und agitirt, und mitten in dem Untergange des alten Syſtem's ſah man bereits die Umriſſe der neuen Ordnung der Dinge, ein Volks-Miniſterium zur Seite eines abſoluten Throns, den ſchneidenſten Widerſpruch der alten und der neuen politiſchen Welt, und damit den Anfang einer neuen Epoche für Dänemark entſtehen.

So griff jenes Patent in ſeinen Folgen für Dänemark weit über ſeinen nächſten Inhalt hinaus; für die Geſammt-Monarchie ein Wendepunkt, ward es dieſes nicht weniger für die Verfaſſung des eigentlichen Königreichs.

Mit ihm und durch daſſelbe war ein neues Prinzip in dem alten Inſel-Staat hinein gedrungen. Die Jugend fing an, ſich über das Alter zu ſtellen, und ſtatt daß das Königthum mit ſeinem Gefolge eine Verfaſſung ohne Mitwirkung des Volks geſchaffen hatte, trieb die nationale Bewegung zum erſten Mal ſeit Jahrhunderten das Volk auch ohne Verfaſſung zum Eingreifen in die Lebensfrage des Staats auf.

Bevor auch noch nur die Ahnung der franzöſiſchen Revolution aufdämmerte, war in Dänemark die wahre Revolution im Grunde ſchon vollzogen; das alte Prinzip war mit der Bewältigung des Regierungsplans innerlich gebrochen, und der Grundſtein eines freien und volksthümlichen Staatslebens für Dänemark gelegt.

Es iſt vom höchſten Intereſſe, den ungemeinen Einfluß des deutſchen Lebens auf die Entwicklung des däniſchen Staats, zu betrachten.

Der erſte König von Skandinavien, Freiherr von Pommern, war ein Deutſcher; das Oldenburger

Haus kam aus Deutschland, der Verfasser des dänischen Königs-Gesetzes, Namens Griffenfeld, war in Holstein geboren, der bureaukratische Reformator von Dänemark stammte aus Holstein, die ständische Institution vom Jahre 1834 war von dem Schleswiger Uwe Lornsen auch für Dänemark erzwungen worden; Orla Lehmann ist ein Holsteiner in Kopenhagen von deutschen Eltern geboren worden.

Endlich ist es die schleswig-holsteinische Frage, die in Dänemark die neue Zeit eines bessern Lebens erzeugt, und der deutsche Oehlenschläger war es, der eine neue dänische Literatur gründete.

Und dennoch — aber vielleicht eben darum, hassen die Dänen das Deutsche, wo sie es finden.

Es ist klar, daß entweder Freundschaft und Feinde zwischen beiden Elementen ersteben, oder daß das Dänenthum von den Deutschen verschlungen werden muß. Die nächste Zeit wird auch dieses entscheiden, und diese Entscheidung ist durch den alten Zankapfel des Nordens, die schleswig-holsteinische Frage endlich zur unvermeidlichen Nothwendigkeit geworden.

So standen nun die Sachen im Königreiche im Anfange des Monats Februar 1848.

In einem Lande, wo es keine freie Presse und kein Vereinsrecht gibt, kann es niemals bestimmt ausgeprägte politische Partheien geben. Es wird da wohl eine Bewegung entstehen können, allein sie wird selten oder nie einen bestimmten Verlauf nehmen; das Bedürfniß des Volkslebens, gewissermaßen organisch gegliedert in seinen Partheiungen aufzutreten, ist so groß, daß es jeden Anstoß benutzt und ausbeutet, um jene Partheien zu bilden.

Schleswig-Holstein lag in jener Zeit, wie das ganze übrige Deutschland, tief geknechtet unter dem klaglichen Druck der Censur, die keine freie Meinung offen auftreten ließ.

Die besten Männer des Landes fühlten wohl die Nothwendigkeit einer Verständigung mit dem Volke, über die Grundlage der Dinge, die man vorher sehen konnte; allein diese Verständigung selbst machte der Polizei-Staat ihnen unmöglich.

Nur ein Gebiet gab es, auf welchem das Wort nicht gebunden war; und dieses war das rein rechtliche Gebieth, auf welchem nun thätig gewirkt wurde. Man wies nämlich die rechtliche Selbstständigkeit der Herzogthümer so oft nach, daß sie endlich zu einem allgemeinen Glaubensartikel wurden.

Zugleich versuchte man, so weit es erreichbar war, die großen Nachtheile, welche den Herzogthümern aus der Verbindung mit Dänemark entspringen würden, in jeder Weise deutlich zu machen.

Endlich war der dänischen Propaganda ein kräftiges Aufgebot des deutschen Nationalgefühls entgegen gesetzt, und so dem Volks-Bewußtseyn allerdings ein bestimmter Inhalt gegeben worden.

Allein die Herzogthümer kamen bald so weit, zu wissen, was sie nicht wollten, aber sie wußten nie, selbst in diesem Augenblicke nicht, was sie wollten.

Es ist dieses ein Unheil, das auf diesem Lande liegt, und das sie der höchsten Ehre, die ein kleines Land in dem verflossenen Jahre hätte erringen können, zu ihrem und zu Deutschlands großem Schaden beraubt hat.

Darin waren alle einig, daß man nicht zu Dänemark gehören wolle; was man denn nun außerhalb Dänemark seyn und beginnen wollte, das konnte Niemand sagen.

Schon seit Jahren war dieses der Zustand der öffentlichen Meinung; aus ihm ging die Energie hervor, mit welcher man sich im Monate März erhob, sowie die Kraftlosigkeit, als diese Erhebung geschehen und die Losreißung vollzogen war.

Wenn man dieses weiß, weiß man im Grunde die ganze innere Geschichte der schleswig-holsteinischen Revolution mit allen ihren schönen und ihren trüben Seiten.

Trotz dieses partheilichen und unorganischen Zustandes der öffentlichen Meinung im Großen und Ganzen, gab es indessen gewisse allgemeine Richtungen in derselben, in welche die Ungeburt von Partheien gegeben war, und deren Verhältniß später über das Schicksal des Landes entschied.

Die eigentliche Aristokratie Schleswig-Holsteins bestand und besteht aus den großen adeligen Gutsherren, die ihren Vereinigungspunkt in der schleswig-holsteinischen Ritterschaft haben.

Dieser Adel der Herzogthümer war durch und durch deutsch, und zeichnete sich bei aller Starrheit gegen eine freie Bewegung des Volkes dennoch stets durch ein strenges und tapferes Festhalten an den Rechten des Landes aus; bei den Meisten gewiß nicht blos darum, weil diese Landesrechte zugleich die Privilegien der Ritterschaft enthielten.

Unter dieser Aristokratie ragte die Familie der Reventlow als eine der ersten hervor. Die beiden Hauptpersönlichkeiten in ihr, die Grafen Reventlow-Preetz und Reventlow-Jersbek sind in der letztern Zeit in ganz Deutschland bekannte Männer geworden; und der Erstere galt entschieden als der Bedeutendere.

Reventlow-Preetz, so genannt als der Probst des adeligen Klosters oder Stifts Preetz, war noch ein junger Mann. Er war stolz und in jeder Beziehung eine hochadelige Natur, streng abgeschlossen, fest, furchtlos, von der Natur und vom Geschick dazu bestimmt, der Führer der aristokratischen Partei in einer Volks-Vertretung zu seyn, aber auch zu nichts Anderem mehr; denn bei großer persönlicher Kühnheit fehlte ihm die Kühnheit des Gedankens, der sichere Blick, der den Staatsmann macht, das gläubige Vertrauen auf die hohe Bestimmung des Volks, die klare Einsicht in die Elemente, welche die neue Zeit beherrschen.

Er mochte sie vielleicht nicht kennen lernen, denn er wußte, daß er sie nicht lieben kann; er verachtete den Schein des Volksmannes, aber er achtete nicht genug den wirklichen Volksmann.

Er war unbestechlich für Alles, was den Menschen gewinnt, aber er wußte weder selbst zu bestechen noch zu gewinnen.

So war er hochgeachtet, aber wenig geliebt; das Volk vertraute ihm, daß er seine Pflicht thue, aber es fühlte, daß diese Pflichterfüllung das Land nicht retten wird; denn der Graf stand streng und fest auf dem Rechtsboden, und dieser Rechtsboden war gegen Dänemark nur die Verbindeung gewisser Uebergriffe, nicht die Forderung einer wirklichen Trennung der Herzogthümer.

Eben dadurch stand er freilich an der Spitze der Grund-Aristokratie, denn auch diese war keineswegs gesonnen, irgend etwas gegen Dänemark zu thun, das in seinen Konsequenzen ihre eigenen Vorrechte gefährden konnte.

Wer den Grafen kannte, wußte daher, daß bis zu einem gewissen Punkte die Sache der Herzogthümer in ihm und in seiner Paethei die mächtigste Stütze, über diesen Punkt hinaus aber einen bedenklichen Gegner finden werde.

Konnte man somit den Grafen Reventlow-Preetz als die Hauptperson in dem energischen und liberalen Theile der Rittershaft ansehen, so war sein Obrim, der Graf Reventlow-Jersbek, der Führer der äußersten konservativen Rechten.

Neben einigen wirklich dänisch-gesinnten Adeligen gab es nämlich nur eine dem Gewicht nach ziemlich mächtige Paethei, die allerdings den dänischen Prätentionen kräftig entgegen trat, weil sie bei einer engern Verbindung mit Dänemark, wo es bekanntlich keinen rechten Adel gibt, ihre aristokratische Stellung gefährdet sah, die aber um keinen Preis eine Erbebung durch das Volk und für das Volk wollte.

Diese Parthei trat im Anfange der Revolution in den Hintergrund; sie wurde einflußreicher, je mehr die Diplomatie die Sache dem Volke aus den Händen nahm.

Als der Malmöer Waffenstillstand durchging, hatte sie den Platz an der Spitze der Verhältnisse eingenommen, den bisher die linke Seite des Adels gehabt hat. Das Haupt dieser Parthei war nun der Graf Reventlow-Jersbek.

Dieser Graf war außerdem der Schwager des Herrn von Radowitz, und dem preußischen Interesse um so wärmer ergeben, je entschiedener das preußische Kabinet den Bewegungen des preußischen Volks entgegen trat. Seine Wiesamkeit war sehr kurz und durchaus negativ.

Als Präsident der gemeinschaftlichen Regierung seit dem 29. Oktober 1848, hatte er nichts gethan, woran man ein liebes oder ein großes Andenken hätte knüpfen können.

Daß aber gerade ein solcher Mann an die Spitze der Geschäfte kommen konnte, zeigte mehr als alles Andere, daß das Volk selbst rathlos und nur negativ zu Werke gegangen war.

Unmittelbar neben der Aristokratie, eng mit ihr verwandt und in immerwährender Berührung mit ihr, stand die Parthei, die man als die alte schleswig-holsteinische Parthei bezeichnete.

Sie ist hauptsächlich durch die vereinten Bestrebungen zweier Männer begründet, von welchen die Eine dem großen Deutschland angehört, nämlich Dahlmann und Falk.

Als mit dem Jahre 1815 die dänischen Machinationen systematisch die Vernichtung der nationalen und rechtlichen Selbstständigkeit der Herzogthümer anbahnte, da schlossen sich die besten Professoren der Universität von Kiel zusammen, um dem Dänenthum einen festen Damm entgegen zu setzen.

Sie waren damals von allen Seiten beschränkt. Ein Wollsleben gab es noch nicht, die Presse war gefesselt, der Bundestag zeigte sich Niemanden freundlich, der es mit dem Volke gegen die Fürsten hielt.

So blieb nun nichts übrig, als die reine Rittershaft, und vor Allem das öffentliche Recht und die Geschichte, um die Dänen von der deutschen Geenze abzuwehren.

Sie warfen sich mit Eifer auf dieses Feld und machten aus historischen Forschungen und rechtlichen Untersuchungen eine Waffe, die den Dänen furchtbar genug wurde.

Ihr Organ waren die »Kieler Blätter,« zu ihrer Zeit eine treffliche Zeitschrift, und nicht als die schlechteste, wenn auch als der letzte Beweis dafür muß es gelten, daß sie die Herausgeber im Jahre 1819 nach den Karlsbader Beschlüssen, lieber eingehen ließen, als daß sie sich der Censur unterworfen hätten.

Die Hauptthätigkeit dieser Richtung, bestand aber in der Erziehung der studierenden Jugend zu der festen Ueberzeugung von der Rechtmäßigkeit der Forderungen der Herzogthümer auf Selbstständigkeit, Untheilbarkeit und verwandtschaftliche Erbfolge.

Es ist dieses ungemein hoch angeschlagen; denn die ganze Beamtenwelt, in diesem Sinne belehrt, hielt und hält an jenen Prinzipien mit einer unerschütterlichen Treue fest; es ist keine Frage, daß die ganze Revolution entweder nie oder in einem ganz andern Sinne gekommen wäre, wenn jene Lehre nicht den rein historischen Rechtsboden zum ewigen Fundamente gemacht hätte.

Das Haupt dieser Richtung war unstreitig der Professor Falk aus Kiel, dessen Namen unter den Juristen bekannt genug ist.

Dieser Mann vereinigte in sich alle Vorzüge und alle Mängel der Parthei mit einer so großen persönlichen Liebenswürdigkeit und einer fast kindlichen Reinheit des Gemüths, daß er zu den Wenigen gehört, von denen man sagen kann, daß sie viele Freunde, manche Verehrer, wenige Gegner und keinen Feind haben.

Als Begründer der wissenschaftlichen Darstellung des schleswig-holsteinischen Rechts stand er mit seinen ausgebreiteten Kenntnissen in einem hohen Ansehen; die Energie, mit welcher er bereits im Jahre 1816 dem Dänenthum entgegen getreten war, die unerschütterliche Behauptung der schleswig-holsteinischen Selbstständigkeit, die Klarheit und Wärme der Rechtsentwicklung, und die höchsten persönlichen Verbindungen machten ihn zum ersten Mann des doktrinären Schleswig-Holsteinismus.

Er war der lebendige Typus der Ideen, welche diesen bewegten. Er wollte das legitime Recht, aber

dieſes auch um jeden Preis. Nach ſeinen Grundſätzen trat mit dem Ausſterben der männlichen Linie des Königshauſes die jüngere königliche Linie auf den Thron der Herzogthümer.

Dieſes war es, was er wollte, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ihm iſt es nie in den Sinn gekommen, andere Rechte anzuerkennen, als die ordentlichen und geſetzlichen; er wollte Nichts durch das Volk; Weniges für das Volk. Alles durch und für die legitimen Anſprüche.

Die Faktoren des Jahres 1848 kannte er nicht; er war nicht reaktionär, aber er wies alle Elemente zurück, die nicht in ſeinem Geſichtskreis lagen, und gelangte ſo dazu, Dasjenige für etwas Feindliches zu halten, was ſich nicht mit ſeiner Auffaſſung begnügen konnte. Er war kein Redner, aber er ſprach gut, doch zum Volke nie.

Falk erſcheint als ein Mann, an dem der wüthendſte Drang der däniſchen Propaganda zerſchellen mußte; aber er war unfähig, die Zügel zu halten, nachdem der alte Zuſtand einmal gebrochen war; jede Spur vom Staatsmanne iſt in dem Profeſſor untergegangen.

Um die großen deutſchen Intereſſen der Einheit und Freiheit kümmerte er ſich wenig; am wenigſten fragte er nach dem Verhältniß der ſchleswig-holſteiniſchen Frage zur deutſchen, oder gar zur europäiſchen Politik.

Kräftig, klar, kenntnißreich wie ſein Vorbild Moſer hat er dennoch nie die Fürſten oder das Fürſtenthum zu bezweifeln gewagt, wie Jener.

So war Falk, und ſo war die ganze alt-ſchleswig-holſteiniſche Richtung. Sie war eine große Macht gegen Dänemark, aber machtlos ſo wie die Trennung geſchehen; ſie war es, die mit der Ariſtokratie im Bunde Schleswig-Holſtein von Dänemark losgeriſſen, aber ſie war es auch, die es planlos in die Hände der Diplomatie gelegt hat, als die Trennung geſchehen war.

Die dritte Parthei war die demokratiſche; es verſteht ſich, daß ſie dieſen Namen erſt im Jahre 1848 erhalten hat.

Sie hatte im Allgemeinen die Stellung in Schleswig-Holſtein, welche die Parthei der »Kjobenhaonspoſt« in Dänemark beſaß.

Die Demokratie hegte keine große Achtung vor dem legitimen Recht und hiſtoriſchen Patriotismus; ſie hoffte nicht viel von einer Trennung von Dänemark als ſolcher; ihr war es nicht um den ſelbſtſtändigen Staat Schleswig-Holſtein, ſondern vielmehr um die freiheitliche Entwicklung des Einzelnen zu thun.

Sie wollte den Boden des aus dem Volke ſelbſt geſchaffenen Rechts; ſie wollte das Volk nicht den Rückblick auf ſeine Geſchichte, ſondern durch den freien Blick in die Zukunft erheben.

Sie bildete daher eben ſo entſchieden Oppoſition gegen Dänemark als die Altſchleswig-Holſteiner, aber ſie ſtand auf einem andern Boden und vor einem andern Ziel.

Ja wegen dieſen Ziels hätte ſie von dem hiſtoriſchen Recht und dem ſchleswig-holſteiniſchen Staate gerne Manches zum Opfer gebracht. Volks-Vertretung, Vereinsrecht, Preſſe, Kampf gegen Beamten-Willkür aller Art, dieſes war das Gebieth, auf welchem ſie ſich bewegte, und in welchem ſie die Sympathien, beſonders der niedern Stände fand.

Da in jener Zeit alle unfreien Maßregeln aus Dänemark kamen, ſo ſammelte ſie ihre Kräfte mit derſelben Energie gegen dieſen äußern Feind der Freiheit, mit der ſie gegen den innern Feind aufgetreten ſeyn würde.

Ihrer Wirkſamkeit iſt es zu danken, daß der ſogenannte gemeine Mann, Dänenthum und Unfreiheit identifizirend, ſo freſſig und rückhaltslos der Erhebung des Landes beitrat.

Allein dafür mangelte ihr in Schleswig-Holſtein wie im ganzen Deutſchland eine wirklich ſtaatsmänniſche Kapazität und ein höherer, die Verhältniſſe beherrſchender Blick.

Sie konnte in der That nur das Prinzip, wenig den Boden, auf den ſie es verpflanzte; ihr Streben war, wie dieſes der Charakter der Demokratie überhaupt iſt, mit der Erkämpfung der freien Form befriedigt und zu Ende.

Sie hatte nie darüber nachgedacht, was ſie mit dieſer Form beginnen werde, wenn ſie da ſeyn würde, nie das Maß der Kräfte erwogen, das ihr entgegen ſtand, nie nach einem poſitiven Ziel für ihr engeres Vaterland gerungen.

Endlich hatte ſie auch wenig Kenntniſſe von der Verwaltung und daher auch wenig Vertrauen in den höhern Schichten der Geſellſchaft.

Nur die Umſtände vereinigten ſie mit den andern Partheien; wie dieſe gegen die däniſchen dynaſtiſchen Anſprüche, kämpfte ſie gegen die däniſchen abſolutiſtiſchen Maßregeln; ihre Macht war die der reinen Oppoſition.

Man konnte auch bei ihr im Voraus den Punkt beſtimmen, wo ſie mit ihrem poſitiven Inhalt und damit auch mit ihrer Fähigkeit die Zügel der Bewegung zu lenken, am Ende ſeyn würde.

Der Hauptführer dieſer Richtung war Theodor Olshauſen, Herausgeber des Kieler Korreſpondenzblattes ſeit dem Jahre 1829; ein Mann von der reinſten und uneigennützigſten Ueberzeugung, von ungemeiner Schärfe des Verſtandes, von unermüdlicher Thätigkeit, kein Redner, aber ein Sprecher für das Volk, klar, einfach, rückſichtlos, die Sache der niedern Klaſſen auf allen Punkten und gegen Jeden vertretend, das volle und unwandelbare Vertrauen derſelben beſitzend, und durch ſein Blatt, obwohl er es mit weit mehr Prinzip als Syſtem redigirte, von einem bedeutenden Einfluſſe.

Es war das Organ, durch welches der niedere Bürgerſtand die Dinge anſah, und hätte das Land große Stärke gehabt, ſo würde er vielleicht zu ſeiner Zeit der mächtigſte Mann der Herzogthümer geweſen ſeyn.

Allein ſchon vor der Revolution betrachteten ihn und ſeine Parthei Viele, und vorzüglich die Doktrinärs ſowie der Adel, mit Mißtrauen und Bedenken, und die Bureaukratie konnte ſich kaum verſtehen, ihn

auch nur als Verbündeten anzuerkennen; denn man wußte, daß er, wie denn dieses der große Fehler aller Demokratie iſt, dem Volke zu viel und der Regierung zu wenig gelten und vertrauen wollte.

Neben ihm ſtand der Rechts-Anwalt Clauſſen in Kiel, ſpäter Abgeordneter in der deutſchen National-Verſammlung, der durch Derbheit und Kraft erſetzte, was ihm an klugem Verſtändniß der Dinge abging.

Andere, die ſich ihnen anſchloſſen, hatten weniger Bedeutung. Diejenigen, von welchen hier geſprochen werden ſoll, bildeten und bilden eigentlich keine Parthei, doch ſind ſie nicht ohne brachtenswerthen Einfluß geblieben.

Alle vorhergenannten Richtungen hatten, wie die ganze Zeit vom Jahre 1815 an, die höchſten Anſtrengungen und Hoffnungen des Landes in dem Verhältniß zu Dänemark konzentriert. Sie hatten darüber Deutſchland mit mehr oder weniger Bewußtſeyn aus den Augen verloren.

Einige weil ſie nichts von der gemeinſchaftlichen Entwicklung Deutſchlands hofften, Andere weil ſie es geradezu nicht kannten. So benannte man z. B. Deutſchland für alle Studierende das Ausland.

Es blieb alſo nothwendige Folge davon, daß man ſich nicht gewöhnte, die ſchleswig-holſteiniſche Sache zunächſt als eine deutſche, dann als eine europäiſche Folge aufzufaſſen. Und dieſes war es vor Allem, was dem Kampfe gegen Dänenthum jenen höhern Schwung nahm, den nur das Bewußtſeyn geben kann, an einer großen Entſcheidung mit freier Kraft theilzunehmen.

Auf der andern Seite kann man Deutſchland den Vorwurf nachſagen, daß es ſich ebenſo wenig um Schleswig-Holſtein und ſeine hohe Wichtigkeit kümmerte. Man wird ſich wohl noch deutlich der Zeit bis zum Jahre 1842 und 1843 erinnern.

Wer, — kann man fragen, hat bis dahin, außer einer flüchtigen Bekanntſchaft mit den nordalbingſchen Verhältniſſen eine wirkliche Theilnahme des deutſchen Volks an der Zukunft eines ſeiner wichtigſten Gebiethe geſehen?

So ſtanden ſich damals Beide, die Herzogthümer und Deutſchland, fern; dennoch aber war Zweierlei unendlich gewiß und klar. Schleswig-Holſtein konnte nicht ohne Deutſchlands Hilfe und Sympathie ſich der deutſchen Uebermacht erwehren und Deutſchland konnte ohne Schleswig-Holſtein keine Seemacht und kein ſich ſelbſt ganz genügendes Handelsgebiethe herſtellen.

Hier war daher eine wichtige Brücke zwiſchen dem Ganzen und ſeinem Theile zu ſchlagen; es gehörte aber dazu ein klarer Blick in die europäiſchen Verhältniſſe, großer Eifer in kleinen und ſcheinbar vereinzelnten Arbeiten, und ein feſtes und gläubiges Vertrauen auf die Zukunft des deutſchen Volks.

Der Weg zur Erreichung dieſes Ziels war gegeben; es war die deutſche Preſſe, durch die man Schleswig-Holſtein in Deutſchland, Deutſchland in Schleswig-Holſtein einführen mußte.

Hatte einmal Deutſchland die hohe Bedeutung ſeiner nördlichſten Provinzen erkannt, ſo blieb es keine Frage, daß es mit aller Kraft des Verſtandes und mit aller Wärme des Gefühls an ihnen feſthalten werde.

Von dieſer Ueberzeugung aus begannen in jenen Jahren einige junge Männer ihr Werk, die innige Verbindung Schleswig-Holſteins mit Deutſchland zuerſt im Geiſte und Gemüthe des Volks diesſeits und jenſeits der Elbe zu gründen.

Es war damals die Zeit, wo das ganze deutſche Volk nach einem freien und kräftigen Worte dürſtete, und mit wunderbarer Fügung ward die ſchleswig-holſteiniſche Frage die einzige, in welcher die deutſche Preſſe einen Kampf gegen fürſtliche Unterdrückung von Volksrecht und Volksbewegung aufnehmen durfte.

So konnte es gelingen; und es gehört zu den ehrenvollen Momenten der deutſchen Preſſe, daß ſie zum Theil mit wirklicher Anſtrengung dem Eifer jener Männer für die Sache Schleswig-Holſteins ganz unerwünſchten entgegen kam.

Schritt für Schritt wurde der Kampf derſelben hier verfolgt, und man darf ſagen, daß die deutſchen Zeitungen in dieſer Zeit ſich zum Range wirklicher Geſchichtsquellen erhoben haben.

Selten wohl hat das Auftreten der Tagespreſſe in Deutſchland einen ſo großen und nachhaltigen Erfolg gehabt; für keine Landesſache wurde jemals die öffentliche Meinung ſo entſchieden und ſo dauernd gewonnen.

Es iſt wohl nicht die Abſicht, dieſes hier genauer zu verfolgen; allein es wird ſich Manches erklären, wenn man hier bemerkt, daß die Zeit für dieſe politiſche Entwicklung im deutſchen Sinne zu kurz war, um auch den niedern Klaſſen mehr als ein ziemlich unbeſtimmtes Gefühl für die Einheit mit Deutſchland einzuflößen.

Das erſte Stadium dieſer Entwicklung, eine faſt blinde Hingebung, die ſich in allerlei Manifeſtationen kund gab, war noch nicht vorüber, als die Bewegung unerwartet losbrach.

Daher kam es, daß die Wirkſamkeit dieſer Männer, deren Namen unwichtiger ſind als ihre Arbeiten, zwar eine ſehr große, daß aber ihr Einfluß gleichſam noch geſtaltlos war, weil ſie, ſo lange der alte Bundestag beſtand, nichts Beſtimmtes und Faßbares als letztes Ziel hatten aufſtellen können.

Dennoch darf man ſagen, daß Vieles gar nicht und Anderes niemals mit derſelben Energie geſchehen wäre, wenn dieſe ernſtgemeinten und nicht undankbaren Beſtrebungen nicht den Weg gebahnt hätten.

Das letzte und in vieler Hinſicht das bedeutendſte Glied in dieſen Zuſtänden bildete nun die Auguſtenburger Dynaſtie und ihre ſehr ſtarke Parthei in den Herzogthümern.

Es iſt alſo durchaus nothwendig, ſich von der Stellung dieſes fürſtlichen Hauſes in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage ein klares Bild zu machen, um die folgenden Ereigniſſe ganz überſehen zu können.

Die Auguſtenburger bilden bekanntlich die zweite männliche Linie des älteſten Zweigs der Oldenburger, und haben daher, wenn mit Friedrich dem VII. die erſte Linie ausſtirbt, das nächſte Recht auf die Herzogthümer Schleswig-Holſtein.

Es ist merkwürdig genug, daß sie dieses ihr Recht bis zum Tode des Königs Friedrich des VI. wenig oder gar nicht geltend machten; jedenfalls war es kein Vortheil für sie, weil sie das Land schon lange daran hätten gewöhnen können; sie als den Mittelpunkt seiner Liebe und seiner Kämpfe zu betrachten.

Erst mit der Thronbesteigung Christians des VII. traten die Augustenburger in den Vordergrund. Christian VIII. hatte mit dem Anfange seiner Regierung sogleich den Plan gefaßt, wenigstens Schleswig, vielleicht auch Holstein unzertrennlich mit Dänemark zu verbinden.

Die Augustenburger hatten vollkommen Recht, darin eine hohe Gefahr für ihre Hoffnungen zu sehen. Sie mußten jetzt dem Lande zur Seite treten und alle Richtungen unterstützen die nach einer endlichen Losreißung von Dänemark strebten; denn würde diese nicht gelingen, so waren sie für immer in die Klasse von fürstlichen Gutsbesitzern zurückgeworfen.

Gelingt aber die Befreiung von Dänemark, so gab ihnen das Erbrecht die fürstliche Krone eines der wichtigsten Theile Deutschlands.

Sie fingen daher den Kampf an, der ein Kampf für ihre Existenz sowohl, als für ihr legitimes Recht war; und sie fingen diesen Kampf mit Umsicht und Nachdruck an.

Allein in diesem Kampfe kamen sie beinahe schon im Anfange in eine halbe, unklare Stellung. Es ist schon früher gesagt worden, wie alle Partheien gleich sehr, jede von ihrem Standpunkte aus, die Trennung und die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins anstrebten.

Die Augustenburger sahen sich nun dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, allen Partheien zugleich sich so weit als möglich anzuschließen.

Allein seiner Natur nach war dieses eigentlich schleswig-holsteinische Fürstenhaus zugleich das Haupt und die Hoffnung der sehr mächtigen Aristokratie; jede auch nur entfernte Verbindung mit der demokratischen Parthei mußte also diese Stellung wankend machen, und dennoch konnte man die letztere Parthei in keiner Weise entbehren.

Hier lag nun die eigentliche Schwierigkeit der Lage dieses fürstlichen Hauses, und diese Schwierigkeit hat es nicht überwunden. Die Fürsten haben sich nie bestimmt für eine Parthei erklärt, und Viele wußten es ihnen sogar zu danken; aber eben darum hat sich auch keine Parthei als solche für sie erklärt, und man hätte voraussehen können und müssen, daß es in den herannahenden stürmischen Zeiten nicht genügen dürfte, als eine bloße Unvermeidlichkeit dazustehen.

Wenn man zu seiner Zeit gemagt hätte, so hätte man jetzt gewonnen gehabt. Doch ist es nutlos, zu untersuchen, wie das Geschehene besser hätte geschehen können.

Das Haupt des allein erbberechtigten Fürstenhauses, der Herzog Christian Karl Friedrich August ist am 19. Juli 1798 geboren. Seine Mutter war die Tochter des Königs Christian des VII.; seine Schwester Karoline Amalie, war die Gemahlin Christians des VIII. seit dem Jahre 1815; aber sie blieb kinderlos.

Der Herzog selbst, vereint mit einer hohen fürstlichen Persönlichkeit, einem scharfen Verstand und mit ungewöhnlichen Kenntnissen, war ganz genau mit der Geschichte des Nordens bewandert, und Niemand kannte die Rechte seines Hauses besser als er.

Zu wenig dagegen kannte er das Volk, und bis zur letzten Zeit hatte er, auf seinen Schlössern in Augustenburg und Gravenstein restirend, sich sogar dem Adel der Herzogthümer zu wenig gezeigt.

Es ward dies nicht wieder gut gemacht dadurch, daß er die ihm an den alten schleswig'schen Provinzialständen zustehende Virilstimme persönlich ausübte; seine Theilnahme raubte ihm einen Theil seines fürstlichen Glanzes, ohne ihm eine unbestrittene Bürgerkrone auf das Haupt zu setzen.

Seine Rathgeber haben ihm nicht weise gerathen. Die Dänen dagegen hatten tödtlichen Haß gegen ihn, den sie nach dem Siege bei Flensburg selbst gegen seine Schlösser und Besitzungen in ganz rücksichtsloser, zum Theil sehr rohen Weise ausübten.

Immerhin blieb der Herzog die wichtigste Person in den Herzogthümern, dem sich besonders mehrere der gewandtesten Advokaten angeschlossen hatten, und die sein Schicksal zu dem ihrigen machten.

Zuerst verdient hier genannt zu werden der Präsident der provisorischen Regierung, Hartwig Beseler aus Schleswig — ein Mann, den die Gunst der Umstände zu einer Stellung erhoben, auf der ihn nur die Umstände erhalten konnten; doch hat sein festes und kräftiges Auftreten gegen die dänische Bureaukratie und eine große Unparthei lichkeit ihm das anhaltende Vertrauen des Volkes erworben.

Auch zeichnete er sich durch eine ganz unerschütterliche Ruhe und eine große Repräsentationsgabe aus. Bei weitem gewandter, aber auch zu viel sehr Advokat war K. Samwer, der sich durch die erste gründliche Darlegung des Erbrechts der Herzogthümer einen Namen gemacht hat.

Weit bedeutender und einflußreicher war der Professor Hegewisch, unter dem Namen Franz Baltisch, auch als Schriftsteller Kieler besonders auf dem sozialen Gebiethe rühmlich bekannt, ein entschiedener Anhänger der englischen Verfassung und der Nothwendigkeit einer starken Grundaristokratie, aber von jeher, obwohl in den höchsten Kreisen stets gerne gesehen und gerufen, dem praktischen Staatsleben zu entfremdet, um thätig auftreten zu können.

Er bildete in gewisser Weise die Vermittlung zwischen der Aristokratie und dem Augustenburger Hofe, und galt bei Beiden sehr viel, dagegen seit dem Jahre 1834, wo er die Wahl zum Ständemitgliede ausschlug, galt er wenig beim Volke.

Der Bruder des Herzogs, Prinz Friedrich, auf dem Landgute Noer residirend, geboren im Jahre 1800, reichte geistig nicht zum Herzog hinauf, war dagegen weit populärer durch eine große Derbheit seines Wesens, und galt bis zum Gefecht bei Flensburg für einen tüchtigen Offizier.

Sein Einfluß bei der Armee war sehr groß und entschieden wichtig bei der Revolution des März-Monats. Dieses waren die Partheiungen und die Hauptpersonen in Schleswig-Holstein, als die schleswig-holsteinische Kanzlei das Verfassungs-Rescript vom 28. Jänner veröffentlichte.

Der neue und entscheidende Schritt des Königs von Dänemark war für die Höhergestellten nichts ganz Unerwartetes; und da die Bestimmungen jenes Rescripts nicht plötzlich in's Leben traten, so konnten auch die Uebrigen volle Zeit gewinnen, um zu einem bestimmten Plane zu kommen.

Was man beschließen mußte, lag aber bereits so deutlich in den bereits angegebenen Verhältnissen, daß der sichere Instinkt des ganzen Volkes gleich von Anfang an die volle Unmöglichkeit der Ausführung jener Verfassung in den Herzogthümern erkannte.

Zuerst und zumeist der Augustenburger Hof und seine Parthei; denn natürlich würde die jüngere königliche Linie durch eine solche Verfassung, die grundgesetzlich Schleswig, oder gar Schleswig-Holstein für immer dem Königreich einverleibt hätte, alle ihre so lange und eifrig vertheidigten Rechte unwiderruflich verloren haben.

Es galt für sie, das Aeußerste zu setzen, und die Kraft ihres Auftretens ruhte darin, daß dabei Recht und Klugheit Hand in Hand gingen. Allein auch die Alt-Schleswig-Holsteiner, so wenig als die Demokraten, wollten etwas von dieser Verfassung wissen.

Den Alt-Schleswig-Holsteinern war sie vor Allem die rechtliche Form des Unrechts gegen die Herzogthümer, die Begründung der dauernden Beherrschung der Letztern durch das Königreich, die Unterwerfung unter dänische Bureaukratie, der Tod aller Hoffnung auf Selbstständigkeit.

Merkwürdig! wie derselbe Punkt in dem Rescript den Dänen und den Deutschen zugleich die Veranlassung zur größten Klage gab, nämlich — die gleiche Zahl der Vertreter, die dem Königreiche und den Herzogthümern bewilligt wurde; ihnen war sie eine schwere Beeinträchtigung ihres Rechts auf stärkere Vertretung.

Die Liberalen dagegen hoben hervor, daß bei dieser Gelegenheit die Königswahlen stets den Ausschlag geben würden, da der König nur Einen Mann in den Herzogthümern zu ernennen brauchte, der nicht dänisch, aber doch bureaukratisch gesonnen sey, um den ganzen Gang der Abstimmung und damit die ganze künftige Verfassung in seinen Händen zu haben.

Für sie war jene Gleichheit scheinbar eine große Bevorzugung, in der That aber nur eine große Gefahr für das Land und sein Recht. Die liberale Parthei war, außerdem nichts weniger als befriedigt, von den so geringen Volksrechten, die man gegeben hatte; und verwarf die Zugeständnisse, schon damals auf Errungenschaften hoffend.

Die deutschgesinnte Parthei endlich erkannte in dieser Verfassung vor allem eine Losreißung Schleswig-Holsteins, nicht allein von dem augenblicklichen Zustande, sondern auch von der Zukunft Deutschlands.

Der Lebensnerv der norddeutschen Entwicklung war so abgeschnitten, und diese Verfassung, den Mittelpunkt der Herzogthümer nach Norden verlegend, stellte sich fernerhin wie ein Damm zwischen Deutschland und seine Handels- und See-Einigung.

So traten alle Partheien mit gleicher Energie gegen jene Verfassung auf; und nicht ohne Erstaunen sah das Kabinet sich plötzlich von den Dänen und den Deutschen zugleich verlassen.

Es hätte daraus erkennen müssen, daß eine solche Vereinigung, wie es die vorgeschlagene war, oder vielmehr, daß eine gemeinsame Verfassung überhaupt unmöglich sey; allein noch war der Februar nicht zu Ende, und noch konnte ein Fürst auf die Fürstengewalt mehr als auf die Volksstimme rechnen.

Man schloß also die Augen in Kopenhagen. Der einmal betretene Weg mußte zu Ende geführt werden; der Befehl zur Vornahme der Wahlen für jene erfahrenen Männer wurde gegeben; und die Entscheidung kam immer näher.

In den Herzogthümern fanden indessen Besprechungen über die nächsten Maßregeln Statt. Es erschien natürlich, daß ein vereinzeltes Handeln nutzlos seyn würde. Die Stimmen aus Dänemark gegen die Verfassung gaben Muth; man mußte einen gemeinschaftlichen und großen Schritt wagen. Vor allem aber die Aristokratie, an dessen Spitze sich der Graf Reventlow Preetz befand, der darauf drang.

Sie fühlte heraus, daß hier nur eine Erhebung des Volks retten könne, sie wollte aber in einem solchen Augenblicke nichts ohne sich geschehen lassen. Es war das erste Mal, daß man einem königlichen Befehle entgegen handelte. Die Konsequenzen hieron schienen zu ernsthaft, und man mußte versuchen, ob es denn keinen andern Ausweg gebe.

So kam man überein, alle Mitglieder der beiden, der schleswig'schen und der holstein'schen Provinzialstände zu einer gemeinschaftlichen Versammlung in Kiel einzuladen.

Das Land blickte in stummer Erwartung auf diesen Tag; nämlich auf den 17. Februar; denn seit dem Jahre 1711 war kein schleswig-holsteinischer Landtag gehalten worden.

Zum ersten Mal seit so langer Zeit wagten es die Stände, unter den Augen des zürnenden Fürsten sich zu einem Beschlusse zu versammeln, der vielleicht eine Kriegs-Erklärung, gewiß ein offener Bruch mit dem Landesherrn werden mußte.

Eine große Menschenmasse aus allen Theilen der Herzogthümer war nach Kiel zusammengeströmt. Man fühlte wohl die Schwere des Augenblicks; doch ging man sehr vorsichtig zu Werke.

Die Stände-Mitglieder sollten sich nicht als solche, sondern als Wahlmänner für die erfahrenen Männer versammeln; die Einladung dazu war im Privatwege geschehen, denn man wollte so viel als möglich nur die Sache und nicht das Auffehen.

Am 17. Februar versammelten sich nun die eingeladenen Mitglieder. Es war von Bedeutung, daß

bei dem wohlbekannten Zwecke der Verſammlung von den 74 aus beiden Herzogthümern Eingeladenen nur acht wegen Meinungs-Verſchiedenheit nicht erſchienen; die Uebrigen waren zufällig verhindert; ſechzig waren aber anweſend. Zugleich fand eine große Volks-Verſammlung in Kiel ſtatt, freilich faſt erdrückt von den damals noch allmächtigen polizeilichen Gewalten und Geſetzen.

In dieſer Verſammlung war eine energiſche Adreſſe abgefaßt, und eine Deputation an die verſammelten Stände-Mitglieder abgeſchickt worden, um ihren wichtigen Scheitt um jeden Preis zu verſichern.

Die Sitzung dieſes erſten vereinigten ſchleswig-holſteiniſchen Landtags nahm gegen 1 Uhr Mittags ihren Anfang; wobei der Bürgermeiſter und Abgeordnete Doctor Balemann von Kiel präſidirte; und dauerte mit einer zweiſtündigen Unterbrechung bis 11 Uhr Nachts unter heftigen Debatten.

Zum erſten Mal ſah man hier deutlich, daß eine ſtarke Parthei des Landes große Beſorgniß trage, der legitimen Regierung offen entgegen zu treten, und dieſes war hauptſächlich die Parthei der Ariſtokratie. Die Hauptfrage, um die es ſich handeln mußte war natürlich, ob man in Folge des königlichen Befehls wählen ſolle oder nicht.

Die Ariſtokratie erklärte ſich für die Wahl freilich nicht ohne Gründe. Zuerſt ſagte man, man dürfe einem königlichen Gebote nicht ohne die dringendſte Noth widerſprechen.

Dieſes nun überzeugte Niemanden, da ja die dringendſte Noth vorhanden war. Viel mächtiger war die Erwägung, daß ein Theil der Wahlen doch geſchehen würde; daß der König allein acht Mitglieder ernenne, und daß man auf dieſe Weiſe der Gefahr aufgeſetzt ſey, mehr als die Hälfte der Einberufenen nach Kopenhagen gehen zu ſehen.

Dann aber ſey der nächſte Zweck der Regierung erreicht; und dieſes dürfe man nicht zugeben. Dieſer Grund blieb es auch, der die Gegenwart beſtimmte. Bei der erſten Abſtimmung ergaben ſich 39 Stimmen für die Wahl und 21 Stimmen gegen die Wahl.

Die Minorität aber, ihre Anſicht dem Bedürfniſſe der Einheit opfernd, ſchloß ſich darauf der Majorität an, und die Wahl wurde angenommen.

Allein freilich nicht etwa die einfache Wahl. Beide Partheien erkannten an, daß dieſe Wahl keine Zuſtimmung zu irgend einem Aufgeben der Landesrechte enthalten dürfe, und daß daher die Gewählten ſelbſt die neue, ihnen von der Regierung vorgelegende Geſammt-Verfaſſung nicht erſt berathen, ſondern nur widerrathen dürften, daß dagegen ihnen die Pflicht obliege, ſofort die ſo lange vorenthaltene gemeinſchaftliche ſchleswig-holſteiniſche Verfaſſung allein zu beantragen.

Dieſes ward einſtimmig angenommen, und in Folge deſſen beſchloß nun die Verſammlung gleichfalls einſtimmig auf Clauſſen's Antrag, daß jeder Wähler bei der Wahl der erfahrenen Männer folgende Erklärung zu Protokoll geben ſolle: »Nicht als Abgeordneter, ſondern als von Sr. Majeſtät zur Erwählung von Rathgebern beſtimmter Wahlmann, wähle ich N. N., von der Ueberzeugung geleitet, daß die Gewählten, der Rechte der Herzogthümer eingedenk, welchen ich durch meine Wahl nichts vergeben kann oder will, Sr. Majeſtät die Einführung jeder auf der Idee eines däniſchen Geſammtſtaats beruhenden Verfaſſung, als dem Rechte und den Intereſſen der Herzogthümer widerſprechend, widerrathen, dagegen aber die Vorlage einer konſtitutionellen Verfaſſung für beide Herzogthümer Schleswig und Holſtein unterthänigſt beantragen werden.«

Endlich wurde einſtimmig beſchloſſen, daß alle Wähler, wenn die Wahl-Kommiſſäre ſich weigern würden, dieſe Erklärung in den Wahl-Protokoll aufzunehmen, in dieſem Falle überall keine Wahl vornehmen ſollten.

Dieſe Beſchlüſſe waren in jener Zeit von der äußerſten Wichtigkeit, und es gehörten in der That Ereigniſſe, wie die des folgenden März-Monats dazu, um ſie in den Hintergrund zu drängen.

Damals ſtanden noch die Throne feſt; hier aber trat ein ganzes Volk in allen ſeinen Partheirungen gemeinſchaftlich handelnd, einem Fürſten beſtimmt gegenüber.

Der König von Dänemark war durch jenen Beſchluß in die Unmöglichkeit verſetzt, auch nur die Berathung ſeiner Verfaſſung anfangen zu laſſen.

Die äußerſte Grenze des paſſiven Widerſtandes war erreicht, und die Regierung war auf geſchickte Weiſe in die Lage gebracht, jetzt angriffsweiſe gegen eine Bevölkerung zu verfahren, welche das legitime Recht, die Zuſtimmung aller Partheien und die Sympathien Deutſchlands für ſich hatte.

Man fühlte dieſes wohl, und hatte allen Grund, eine energiſche Maßregel von Dänemark zu erwarten; wobei ſich das einmal aufgeregte Volk nicht mehr halten laſſen würde.

Man ſah den Augenblick des Ausbruchs näher und näher kommen, und ging ihm entſchloſſen entgegen, denn es war dieſer Zuſtand nicht mehr zu ertragen, und jede Parthei durfte hoffen, in dem gemeinſchaftlichen Kriege auch für ihre Prinzipien einen Sieg zu erkämpfen.

Jetzt fanden Verhandlungen und Beſprechungen aller Art ſtatt. Olshauſen bildete in Kiel ſeinen täglich an Bedeutung wachſenden Bürger-Verein; die Aufregung ſtieg, und während noch Niemand die allernächſten gewaltigen Bewegungen ahnte, ſchien in Schleswig-Holſtein das Zeichen zum allgemeinen Kampfe der neuern Ideen gegen die alten Zuſtände gegeben zu werden.«

Die däniſche Regierung befand ſich indeſſen in einer nicht geringen Verlegenheit; ihr eigenes Volk wollte ihre Verfaſſung nicht, und die Parthei Orla Lehmann's arbeitete in Kopenhagen und in Jütland zugleich.

Bürger- und Volks-Verſammlungen wurden gehalten, Petitionen und Adreſſen eingeſchickt, die Hauptſtadt ward agitirt, und ſo trat es immer klarer hervor, daß das Projekt geſcheitert ſey.

In dieſer Zeit ſtand ein Mann an der Spitze der ſchleswig-holſteiniſchen Kanzlei, der in Kopenhagen

reſidirenden Oberbehörde für alle drei Herzogthümer, nämlich auch Lauenburg, der ganz dazu beſtimmt ſchien, die Sache aufs Aeußerſte zu treiben.

Dieſer war der Präſident Graf Karl Moltke, ein Holſteiner, aus einer Familie, die dem Lande bis dahin ausgezeichnete Männer gegeben hatte.

Dieſer Mann war ein Ariſtokrat im vollſten Sinne des Wortes, aber zugleich der entſchiedenſte Anhänger des abſoluten Königthums. Er kannte die Herzogthümer wenig, weil er wenig Achtung vor dem Volke hatte, nie hat er das abſolute Recht, und wie die abſolute Gewalt des Fürſtenthums bezweifelt, wenn auch zu ſeinem und des Landes größten Schaden. Er war in die Kommiſſion, welche die Verfaſſung entwerfen ſollte, mit dem däniſchen Finanz-Miniſter Moltke, Oerſted und dem Etatsrath Lang berufen worden.

Um ſo bedenklicher ſah man alſo jetzt dem Entwurfe entgegen. Der Graf aber hielt dem Könige zum entſchiedenen feſthalten der einmal beſchloſſenen Maßregeln, und im Nothfalle ſogar zur Anwendung der Gewalt.

Er hätte viel Unheil abwenden können, aber er vermehrte vielmehr das Uebel. Das Kabinet ſchloß mit ſich ab, und das Beharren auf dem Willen des Königs wurde trotz der drohenden Nachrichten aus den Herzogthümern feſtgeſtellt. Jetzt ſchien alſo der Zuſammenſtoß auch ſelbſt den beſonnenſten Männern unvermeidlich.

Da brach mitten in dieſer ſteigenden Gährung, die Nachricht von dem 24. Februar herein welche die Gemüther mit ungeheurer Gewalt ergriff, ſo ſelbſt die Julitage hatten nicht ſo gewaltig gewirkt.

Ganz Deutſchland erhob ſich in allgemeinſter Bewegung, und es war wie das Erwachen aus einem langen und ſchweren Traum. Allein in eigenthümlicher Weiſe griff die Nachricht von der Erhebung der franzöſiſchen Republik in den Stand der Dinge in Schleswig-Holſtein ein.

Es iſt die gewöhnliche Meinung, daß erſt das Auftreten Preußens der folgenden Zeit ihren beſtimmten Charakter gegeben hat; aber dieſes iſt nicht richtig; denn die Nachrichten aus Frankreich waren es zuerſt, die das Verhalten der verſchiedenen Elemente zu einander bedingten.

Die dynaſtiſche Partei und die Ariſtokratie hatten nämlich bis dahin die Bewegung des Volks wenig geachtet, und ſie ſahen ſie als ein freilich unabweisbares Mittel zum Zwecke an. Man erinnerte ſich ſehr gut, wie man ähnliche Aufregungen ſeiner Zeit in Braunſchweig benutzt, und ſpäter in Hannover ſie gar nicht gefürchtet hatte.

Jetzt aber ſtand die große Thatſache der franzöſiſchen Republik da; es erſchien als möglich, auch ohne dynaſtiſche Intereſſen einen Kampf des Volks zu erheben; und als gewiß, daß ein ſolcher Kampf die Vorrechte privilegirter Klaſſen für immer beſeitigen würde.

Zugleich ſah man, wie jene Nachricht den Muth und die Hoffnung der Volkspartei erhob. Es ſprach ſich freilich Niemand deutlich aus; allein dieſes war auch nicht nothwendig. Man konnte dieſer Volkspartei nicht entbehren, aber man konnte ſie auch nicht mehr gewähren laſſen.

Die Furcht entſtand, daß man mit ihr das Schlachtfeld gegen die Dänen zwar behaupten, aber dann auch mit ihr den Kampfpreis werde theilen müſſen; denn in der That: Was war denn bis dahin der Kampf gegen den däniſchen König? War es nicht ein Kampf gegen den legitimen Landesherren? Und wenn man ihn vom Throne geſtoßen; Wer konnte dann der Volkspartei das Recht abſprechen, auch ihrerſeits den neuen Fürſten nicht anerkennen, das franzöſiſche Volk nachahmen, Adel und Vorrechte mit einem Schlage abſchaffen zu wollen? Ließe man dagegen nach in dem einmal erregten Streit, ſo kam ſchwerlich je eine ähnliche Gelegenheit wieder; ja Wer ſtand dafür, daß nicht die Volkspartei allein den Bruch mit Dänemark ausſpreche, Alles mit ſich fortriß, und am Ende bei der erſten deutſchen Republik, als dem von jenen beiden Partheien wenig gewünſchten Ziele anlangte? Die Lage ward ſchwierig; man wird aber begreifen, wie die franzöſiſchen Ereigniſſe ſtatt dem Gange der Dinge einen neuen Impuls zu geben, den Adel und Hof bedenklich machten.

Gewiß hätte der Adel in den Herzogthümern ruhig den gewaltigen März-Monat vorübergehen laſſen, wenn nicht das Verfaſſungs-Reſcript mit ſeinen entſchiedenen Beſtimmungen dageſtanden wäre, deren Erfüllung durch die aus ihr folgende Inkorporation Schleswigs in Dänemark noch weit mehr als alle Volksbewegung die Hoffnungen des Adels vernichten mußte. Man mußte daher vormärts; aber man fing jetzt an mit höchſter Vorſicht aufzutreten.

Seit der franzöſiſchen Revolution war jene unmittelbare, faſt kindliche Einmüthigkeit verſchwunden, und die Berechnung fing an, an die Stelle der Begeiſterung zu treten.

Die Ariſtokratie hoffte noch einmal, durch ernſte Vorſtellungen bei Hofe die Aufhebung der Verordnung vom 28. Jänner zu erreichen; ſie wäre dadurch aller Gefahren einer Volkserhebung ledig geweſen. Graf Reventlow Preetz reiste nun ſelbſt nach Kopenhagen. Er ſtellte die Lage der Dinge vor, und verſuchte vor allem den Grafen K. Moltke zu überzeugen.

Dieſer Mann hatte damals das Schickſal des Reichs in ſeinen Händen. Würde er nachgegeben und von der Geſammt-Verfaſſung zurück getreten ſeyn, würde er den Herzogthümern einige Zugeſtändniſſe gemacht haben, ſo wäre der Plan des verſtorbenen Königs in ſich ſelbſt zuſammen gefallen, und der augenblicklichen Bewegung wäre abgeholfen geweſen. Allein an ſeinen Staarſinne brachen ſich Bitten, Gründe und Vorſtellungen; kurz, er wollte nicht.

Graf Reventlow reiste wieder zurück nach Kiel, und er ſo wie die Ariſtokratie konnten dem Grafen Moltke nie dieſen großen Fehler verzeihen, denn ſie wußten, daß jetzt das Aeußerſte bevorſtand.

In Kiel ſprach man ſich dann nochmals aus, und Alles wurde erwogen. Der Adel erkannte, daß

er die Bewegung nur bis zu einem gewiſſen Punkte wieder halten können.

Man beſchloß mit dem Volke über dieſen Punkt hinaus zu gehen, um die Zügel nicht aus den Händen zu verlieren, und der Erfolg gab ihnen Recht.

Indeſſen dauerte in Kopenhagen die Agitation fort. Unter der Leitung Lehmann's, Monrad's und Tscherning's, bildete ſich im Kasino eine Art Bürger-Verein. Sein Wahlſpruch war, daß Dänemark von Holſtein nichts wiſſen, aber Schleswig »bis zur Eider« um jeden Preis halten wolle.

Die Aufregung mehrte ſich täglich. Das alte Miniſterium wurde immer unfähiger ſich des Drangs der Tagesfrage zu erwehren. Je mehr es wankte, deſto eifriger griff man es an. Die Frage nach Schleswig war bereits zu einer Portefeuille-Frage für die Leiter der Bewegung geworden.

Es ließ ſich vorausſehen, daß man das alte Miniſterium ſtürzen, und daß ein neues, ein »Eider-Miniſterium« unter Lehmanns Leitung aufteeten werde. Alsdann war der Krieg erklärt; ſchon nannte man den Adel der Herzogthümer Aufrührer. Adreſſen ſtrömten nach Kopenhagen aus allen Theilen des Reichs, mit den Wahlſpruch: Gewalt gegen die Herzogthümer, und Dänemark bis zur Eider. Der König ſah ruhig zu, von ihm war keine Hilfe zu erwarten.

Schon war die Stellung der deutſchen Kollegien in Kopenhagen unhaltbar geworden, ſo wenig ſie auch von jeher für die Sache der Herzogthümer gethan hatten. Man hatte ihre Mitglieder als Deutſche. Dieſes ſchien den Dänen klar, daß die Herzogthümer ſich erheben würden, wenn ein Eider-Miniſterium ans Ruder kommen ſollte.

Viele Zeit war daher nicht zu verlieren, da auch das deutſche Volk ſich mächtiger bewegte als jemals. Selbſt der Bundestag ſchien ein anderer werden zu wollen. Schon gab es die Preſſe frei, denn er hatte ſich ſelbſt aufgegeben. Am Rhein war heftige Bewegung für die Volksrechte, ſo auch in Hanau, Frankfurt, Köln und Koblenz.

Am 8. März dekretirte der Bundestag die Reviſion ſeiner Verfaſſung; in Berlin wogte es auf, ſelbſt in Wien fing der Sturm an. Wo war das Ende, wenn man unthätig zuſah? Die Aufhebung der Cenſur vom 10. März war eine halbe Maßregel, und regte nur tiefer auf; denn man ſah ſie als ein Zeichen der Schwäche an.

Schon am 15. März ging eine Petition aus Altona und eine andere aus Kiel ab, die nicht blos Preßfreiheit, Schwurgerichte, Vereinrecht und Waffeneeht, ſondern auch eine gemeinſchaftliche und freie Verfaſſung der Herzogthümer forderte.

Umſonſt wendete ſich die ſchleswig-holſteiniſche Ritterſchaft am 13. März in einer vorſichtigen Adreſſe noch einmal bittend und warnend an den König; aber man hörte weder das Volk noch den Adel.

Der Präſident der ſchleswig-holſteiniſchen Regirung, trat dem Befehle des Grafen Moltke gemäß mit aller polizeilichen Gewalt gegen Alles in gleicher Weiſe auf, und ſeine verhaßte Preſſönlichkeit machte ſeine Maßregeln nur noch verhaßter.

Da entſchloß man ſich jetzt zum letzten Schritte. Es wurde nämlich zum 18. März eine Verſammlung aller ſchleswig-holſteiniſchen Stände-Mitglieder nach Rendsburg berufen, um einen endlichen Beſchluß zu faſſen. Es ſchien hohe Zeit, denn indeſſen gingen die Wahlen der Vertrauensmänner in alter Ruhe vor ſich.

Am 18. März, dem entſcheidenden Tage zu Berlin fand die erwähnte Verſammlung Statt. Von den Eingeladenen waren diesmal 70 Perſonen erſchienen.

Beſeler war Präſident, und die Haltung der Verſammlung mehr ſtill als feierlich. Es war auffallend, daß man in einem ſolchen Augenblicke dem harrenden Publikum Anfangs die Bitte um Oeffentlichkeit abſchlug.

In der Verſammlung ſelbſt nun zeigte ſich zum erſten Mal, wie die franzöſiſche Revolution und der Gang der Dinge in Deutſchland die Auffaſſung geklärt, welche die Plane und Richtungen beſtimmt hatten.

Theodor Olshauſen eröffnete die Debatte, und die Rede, die er hier hielt, gehört zu ſeinen bedeutungsvollſten Reden. Er erhob den Blick der Verſammelten über die Grenzen der eigentlichen Landesfrage; er zeigte den innern Zuſammenhang der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit mit der deutſchen Sache, und wie in dieſem Augenblicke nur ein feſter Anſchluß an Deutſchland retten könne; er wies nach, daß die Einheit und Freiheit Deutſchlands der Gedanke, und damit die Gewalt des Tages ſey.

So kam er zu ſeinem Antrage, oder vielmehr zu dem Prinzipe, von dem aus er die Löſung der ſchleswig-holſteiniſchen Frage allein für möglich hielt; die Bildung einer neuen Volksvertretung, die zur Aufgabe habe, die Konſtituirung Schleswig-Holſteins als eines von Dänemark und dem däniſchen Einfluſſe unabhängigen Staats, dem Anſchluß dieſes ganzen ungetheilten Staats an den deutſchen Bund, und die gründliche Reform der deutſchen Bundes-Verfaſſung zunächſt durch Berufung einer Vertretung der deutſchen Völker am Deutſchen Bundestage.

Von dieſen Prinzipien kam er zu der nothwendigen Konſequenz, daß man die Betheiligung der erfahrenen Männer an der Verfaſſungs-Berathung ablöſen, die ſofortige Berufung der gemeinſchaftlichen Stände vom Könige erbitten, und um dem Ganzen Nachdruck zu geben, eine Bewaffnung des Volks einrichten müſſe.

Olshauſen hatte damit den Sinn, ſowohl der rein demokratiſchen als der eigentlich deutſch-geſinnten Partei ausgeſprochen, und von dieſem Augenblicke an ſchloß ſich die Letztere, die ſich bisher noch immer ziemlich iſolirt gehalten hatte, an jene an.

Deſto beſtimmter trat ihm Graf Reventlow Preetz im Namen der Ariſtokratie und der Alte Schleswig-Holſteiniſchen entgegen. Er erklärte ſich gegen die vorgeſchlagenen Maßregeln; er beſürchtete, daß man den geiſtlichen Boden verlaſſen, und zur Anwendung der Gewalt getrieben werde. Noch müſſe man auf friedliche Löſung hoffen; der Friede ſey und bleibe die Hoffnung des Landes; eine Adreſſe an ihn

könne nur die Erklärung der Unterthanentreue enthalten.

Man konnte an der jetzt folgenden Entscheidung ungefähr das Machtverhältniß beider Partheien erkennen. Es ward der Antrag Olshausen's verworfen dagegen ward der Antrag angenommen, eine Deputation nach Kopenhagen zu senden mit fünf Forderungen: »Die Mitglieder der beiden Stände sofort in Eine Versammlung zusammen zu berufen, und ihnen ein Verfassungsgesetz vorzulegen; bei dem deutschen Bunde die nöthigen einleitenden Schritte wegen einer Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund zu thun.

In Anbetracht der dringenden äußern und innern Verhältnisse in geringerer Weise für die Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit selbstgewählten Offizieren thätig seyn zu wollen; dem Lande vollständige Preßfreiheit und unumschränkte Rede zu öffentlichen Versammlungen wiederzugeben; den Regierungs-Präsidenten Namens Scheel sofort aus seinem Amte zu entlassen.«

Nebenbei erklärte die Versammlung ihre lebhafte Sympathie für die Bildung eines deutschen Parlaments. Zur Kopenhagener Deputation wurden gewählt: Engel, Clauſſen, Olshausen, Gülich von Neergaard.

So war der Antrag Olshausens zwar nicht angenommen, aber sein Gedanke als Grundlage der künftigen Bewegung aufgestellt.

Reventlow's Vorschlag hatte selbst für diese Versammlung die Vermittlung zu weit auf den Rechtsboden zurückgewiesen, und so suchte er zwischen Beiden noch einmal einen friedlichen, aber freilich keinen mehr gehofften Ausweg.

Während dieser Sitzung fand eine große Volks-Versammlung im Rendsburger Theater statt, in welcher die Begeisterung groß und allgemein war.

Schon dachten entschlossene Männer daran, bereits jetzt die Festung durch einen Handstreich zu gewinnen; aber nur die fast noch kühle Haltung der Stände hielt sie ab. Allein ein großes Resultat ergab diese Versammlung. Rendsburg war voll von Militär, das ebenfalls an jener Versammlung Theil genommen hatte.

Als am andern Morgen die Anwesenden in ihre Heimath abreisten, verließen sie die Festung, den Schlüssel des Landes, mit der Ueberzeugung, daß das Heer der Herzogthümer niemals für die dänische Sache, und gegen seine deutschen Landsleute die Waffen erheben würde.

Am 21. März gingen die Deputirten nach Kopenhagen ab; und am 23. März konnte das Korrespondenzblatt ausrufen: »Vertrauen, Macht und Ansehen der alten Regierung ist verschwunden; und bald ist es Zeit, daß eine neue Regierung entstehe, welche volksthümlich, das Vertrauen des Volks hat, die nothwendig gewordene Neugestaltung der Dinge zu bewirken, und welche das Recht, den Frieden und die Wohlfahrt des Landes zu sichern im Stande ist.«

Zugleich fingen die Bürger in Schleswig, in Altona und Kiel an, sich zu bewaffnen; wozu die Gemeinden das Geld vorschossen. Uebungen wurden jetzt gehalten, und man wartete mit äußerster Spannung auf die entscheidende Nachricht aus Kopenhagen. Man wußte, daß der Bruch jetzt kommen mußte, nur war es die Frage, welcher von beiden Partheien die Macht in die Hände fallen werde.

Der Augustenburger-Hof sah dieses sehr gut ein. Der Herzog selbst stand nicht so, daß er sich dem Volke rücksichtslos hätte in die Arme werfen können. Er mußte, freilich im Interesse der Herzogthümer so gut als in dem seiner eigenen Sache, einen auswärtigen Verbündeten suchen, und er eilte nach Berlin.

Die Tage des 18. und 19. März waren aber über die Hauptstadt Preußens hingegangen. Der König schmückte sich mit den deutschen Farben, und hatte die deutsche Sache zu der seinigen gemacht. Freilich nicht in dem Sinne der Demokratie, denn er wollte ein einiges Reich, aber auch ein legitimes oder gesetzliches Deutschland.

Schleswig-Holsteins Sache war eine deutsche; aber auch hier schien die Gefahr eines Bruches der Legitimität des Rechtsbodens nahe zu liegen.

Es ward also dieserwegen leicht, den König zu einer Anerkennung des Unvermeidlichen, des Bruches mit Dänemark zu bewegen, weil die Art, wie es geschah, mitten in der Revolution das Banner des historischen Rechts außerhalb halten sollte.

Der Bundestag hatte bereits im Jahre 1846 die drei Kardinalsätze des schleswig-holsteinischen historischen Rechts anerkannt; der Herzog erwirkte vom Könige ein eigenhändiges Schreiben, das ein mächtiges Gewicht in die Wage der schleswig-holsteinischen Sache legte. Dieses, übrigens bekannte Schreiben, war folgenden Inhalts:

»Durchlauchtigster Herzog! Auf Euer Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage, in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, eröffne ich Ihnen hiemit Folgendes:

Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten

Zu diesen bestehenden Rechten rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in seiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist:

1. Daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind. 2. Daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, und 3. daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht.

In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Staats-Verhältniß bin ich bereit, in Anbetracht des Bundesbeschlusses vom 17. März 1846 die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geringsten Mitteln zu schützen.

Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falles in der festen Zuversicht, daß

meine deutſchen Bundesgenoſſen gleich mir zum Schutze derſelben herbeieilen werden. Mit aufrichtiger Freundſchaft verbleibe ich Euer Durchlaucht freundwilliger Vetter. Friedrich Wilhelm.

Dieſer Brief iſt darum wichtig, weil er den Grundgedanken der ganzen preußiſchen Politik, oder auch den Keim aller Verlegenheiten derſelben in Betreff Schleswig-Holſteins für die Folgezeit enthält. Mit ihm eilte der Herzog ſofort nach Rendsburg zurück, wo er am 25. März eintraf, während die Erhebung bereits ihren erſten Sieg gefeiert hatte.

Während dieſes in den Herzogthümern geſchah, war die erwähne Deputation der fünf Stände-Mitglieder in Kopenhagen auf dem Dampfboote »Stirner« angekommen.

Hier erſchien die Aufregung faſt ſchon auf ihrem höchſten Punkt. Die Nachrichten von Berlin und Wien waren eingetroffen; das Frankfurter Vorparlament war im Entſtehen begriffen; und man durfte erwarten, daß die Deutſchen mit ihrer ganzen Macht Schleswig-Holſtein zu Hilfe kommen würden. Eine ganz neue Ordnung breitete ſich vor den Blicken des Inſelvolks aus.

Noch unverſtanden, hinterließ der erſte gewaltige Eindruck der ſich drängenden Ereigniſſe doch die Ueberzeugung, daß der entſcheidende Augenblick gekommen; daß für Dänemark die höchſte Gefahr im Verzuge, und daß das alte Miniſterium unfähig ſey, die Zügel des Staats ferner zu lenken.

Die Reden und Agitationen im Kaſino zu Kopenhagen wurden immer heftiger; Am 20. März kamen die Nachrichten von der Rendsburger-Verſammlung nach Kopenhagen. Man erkannte mit Schrecken, daß man ſich auf das Militär nicht mehr verlaſſen könne, obwohl es beinahe ganz von däniſchen Offizieren befehligt war.

Am 22. März ſagte man ſchon allgemein, daß die Herzogthümer im Aufſtande ſeyen, und an ihrer Spitze ſich der Herzog befinde. Das Volk drängte ſich auf den Straßen hin und her, als das Dampfboot ankam, und mit dieſem die Deputation.

Man erfuhr am Hofe bald, was vorgegangen war, und ſchon an demſelben Tage, ließ der König die Häupter der »Eiderdänen,« Monrad, Tſcherning und Lehmann zu ſich berufen, um über das neue Miniſterium, über die Kriegs- und Friedensfrage die Verhandlungen zu beginnen.

Indeſſen ſtieg die ſchleswig-holſteiniſche Deputation unter der Begleitung einer ungeheuren Volksmaſſe an's Land; und erbat ſich eine Audienz beim Könige, worüber ſie aber dahin gewieſen wurde, ihr Anliegen ſchriftlich zu überreichen.

Nun übergab ſie dem Kabinets-Sekretär Tillſch die bereits mitgetheilten fünf Rendsburger-Punkte, worüber am andern Vormittage eine Audienz bewilligt wurde.

Neergaard, der ſpätere Abgeordnete in Frankfurt führte das Wort in einer ruhigen aber auch ſehr beſtimmten Weiſe.

Der Baron Pleſſen und der zum Regierungs-Präſidenten ernannte Etatsrath Franke, ſpäter Abgeordneter in Frankfurt und Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, welcher damals ſich noch nicht für die Sache Deutſchlands erklärt hatte, waren zugegen.

Der Hauptinhalt der Rede Neergaard's, der als ein in beiden Herzogthümern hochgeachteter Mann doppeltes Gewicht in dieſem entſcheidenden Augenblicke haben mußte, ging dahin, daß die Ruhe des Landes von der Gewährung jener Anträge abhänge, und daß Niemand für das Aeußerſte ſtehen könne, wenn der König verweigern würde.

Der Charakter des Königs, gutmüthig und keineswegs im däniſchen Sinne fanatiſirt, zeigte ſich in dieſen wenigen Augenblicken auf das deutlichſte.

Er widerſprach nicht und ſchlug nicht ab; und erwiederte blos mit einigen wohlwollenden Worten, daß er ſich augenblicklich nicht auf die Beantwortung der ſo wichtigen Fragen einlaſſen könne; jedoch ſchon jetzt mittheilen wolle, daß der Regierungs-Präſident Scheel entlaſſen ſey; worauf ſich die Deputation entfernte.

Gleich darauf wurde geheimer Staatsrath gehalten, und hier entſchieden nun ſelbſt die alten Miniſter, welche den Sturm kommen ſahen, daß der König die ſchleswig-holſteiniſchen Forderungen nicht annehmen dürfe; daß es aber jetzt Zeit ſey, ein neues Miniſterium zu berufen.

Noch an demſelben Tage, den 23. März wurde darauf der Graf Moltke Präſes und Finanz-Miniſter, der Kammerherr Bardenfleth, Miniſter des Innern, der Kapitain Tſcherning, Kriegs-Miniſter, Graf Knuth, Miniſter des Aeußern, der Paſtor Monrad, Kultus-Miniſter, der Etatsrath Hvide und Orla Lehmann Miniſter ohne Portefeuilles, Blume Zoll- und Handels-Miniſter, und Baron Pleſſer proviſoriſcher Miniſter für die Herzogthümer.

Damit war jetzt der Würfel gefallen, und am 24. März erhielt die Deputation der Herzogthümer die eigentliche Erklärung des Königs, welche Orla Lehmann ſelbſt überdrachte, und mündlich als das letzte Wort des Königs bezeichnete.

Dieſe Antwort war folgenden Inhalts:

»Auf Ihre Anträge haben wir Ihnen zu eröffnen, daß wir geſonnen ſind, unſerm Herzogthum Holſtein als einen ſelbſtſtändigen deutſchen Bundes-Staate eine auf der Grundlage eines ausgedehnten Wahlrecht gebaute, in Wahrheit freie Verfaſſung zu gewähren, worin namentlich auch Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Vereinsrecht ihre Geltung finden werden; daß als Folge deſſen unſer Herzogthum neben einer eigenen Regierung und Militär-Verfaſſung auch getrennte Finanzen erhalten wird; ſobald die gegenſeitige Auseinanderſetzung neben den andern Bedingungen einer Union mit Dänemark und Schleswig feſtgeſtellt ſind: daß wir uns daneben den Beſtrebungen für Errichtung eines kräftigen und volksthümlichen deutſchen Parlaments offen anſchließen werden; daß wir unſer Herzogthum Schleswig dem deutſchen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die

Macht noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinschaftliche freie Verfassung kräftigen wollen; daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es unser ernsthafter Wunsch ist, in einem aufrichtigen Einverständnisse mit unsern lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in unsern Landen zu begründen; daß wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen.«

Dieses mußte mithin als das dänische Ultimatum an die Herzogthümer gelten; jedoch soll hier der Punkt herausgehoben werden, der von jetzt an als die eigentliche Hauptsache der ganzen Frage anerkannt ward; denn es war nicht mehr Holstein, sondern es war das Herzogthum Schleswig und seine künftige Stellung, welches den Zankapfel und das Haupt der ganzen schleswig-holsteinischen Angelegenheit bildete.

Als die Deputation diese Antwort erhalten hatte, war es sicher, daß nunmehr der Friede gebrochen sey. Die in den deutschen Kollegien in Kopenhagen angestellten Deutschen vernahmen die Nachricht mit Schrecken. Nachdem sie so viele Jahre lang nichts für die Herzogthümer gethan hatten, sahen sie sich jetzt auch in Kopenhagen plötzlich isolirt, ernstlich bedroht, und flüchteten zum größten Theil mit Zurücklassung ihrer Habe auf die Dampfschiffe.

In der Stadt erschienen Proklamationen des Königs und der Stadt-Kommandantschaft an das Volk; die Rüstungen und Aufgebote fingen unmittelbar an, und die Deutschen verließen die dänische Rhede in der Ueberzeugung, die Botschaft eines jetzt unvermeidlichen Krieges nach den Herzogthümern zu bringen.

Während sie aber auf hoher See waren, hatten die Ereignisse hier bereits die Entscheidung herbeigeführt.

Der Tag der Rendsburger Versammlung, wo sich unter den Augen der Stände das Volk beinahe allein erhoben hatte, hatte sowohl der streng aristokratischen Parthei als auch den ängstlichen Personen im Lande die Augen geöffnet.

Man sah ein, daß bei der geringsten Veranlassung die Glut zur hohen Flamme auflodern würde, und man wußte nicht, wohin in einem solchen Augenblicke die Bewegung des Volks führen könnte.

Es schien weise, das Unvermeidliche vor allen Dingen nicht dem Volke selbst und jenen Führern zu überlassen. Wer zuerst den Anstoß gab, der mußte Herr der kommenden Richtung seyn.

Der Herzog von Augustenburg verweilte noch in Berlin und das war gewiß nicht klug für seine Sache gehandelt, aber auch Olshausen, Clausſen und Neergaard befanden sich in Kopenhagen.

Wenn sie eiligst zurückkehrten, war kein Mann, keine Parthei im Lande stark genug, ihnen die Gewalt aus den Händen zu nehmen. Da kam das erste Gerede von dem Ministerwechsel in Kopenhagen nach den Herzogthümern.

Das Volk war auf's Tiefste aufgeregt; Kiel blieb aber natürlich der Mittelpunkt. Hier fing um die Mittagszeit am 23. jene allgemeine Unruhe an, die einen entscheidenden Augenblick vorangeht.

Der Kommandant der in Kiel garnisonirenden Jäger hatte Befehl, bei dem ersten Beginne von Volksbewegungen die Sache zu verlassen. Das General-Kommando wollte das Korps dem Einflusse des Volkswillens entziehen; denn es befürchtete noch, was schon lange eingetreten war.

Die Bürgerschaft verlangte, daß das Militär bleiben solle. Eine Bürgergarde wurde schnell errichtet, und der Kommandant Oberst Hongh, sah sich gezwungen, dem Magistrate zuzugestehen, daß die Bürger die Wachen gemeinschaftlich mit dem Militär besetzten.

Die Truppen erklärten sich für das Volk ohne Zaudern, ohne Rückhalt, und so war die Sache Dänemarks verloren, bevor man sie ernstlich angegriffen hatte.

Indessen waren am Nachmittage die Häupter in Kiel eingetroffen, und zwar zuerst der Prinz von Augustenburg; dann Beseler aus Schleswig, zuletzt Graf Reventlow-Preetz. Sie versammelten sich sofort zur kurzen Berathung, während faſt die ganze Bevölkerung selbst im Bürger-Vereine zusammenströmte, um die nöthigen Beschlüsse zu fassen und ihnen Nachdruck zu geben.

Hier erschien Beseler, und ward mit einem unendlichen Jubel begrüßt. Die Anerkennung des entscheidenden Schritts war damit eigentlich schon geschehen.

Nach einer kurzen Anrede verließ er das Haus; die Regierung sollte sofort konstituirt und dann proklamirt werden. In dem Komptoir des Advokaten Bargum waren die Leiter versammelt; man gedachte einfach und kurz die eben Genannten als Regierung einzusetzen und dann weiter zu verfahren.

Indessen hatten sich aber eine Anzahl Männer auf dem Rathhause zu Kiel versammelt. Als zu ihnen die Nachricht kam, daß man nur aus diesen Persönlichkeiten die neue Regierung bilden wolle, entstand eine heftige Aufregung.

Man konnte auf dem Rathhause die große Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage, die noch gewichtiger in diesen Augenblicke ward, für hinreichend finden, um zu begreifen, daß die Regierung das Land nur durch eine kühne und wahrhaft volksthümliche Haltung retten, daß sich das Volk der Regierung nur mit einem ganzen und offenen Herzen hingeben könne, wenn es in ihr, neben Dynastie und Adel, auch seinen Vertreter habe.

Mit einem tiefen Erstaunen sah man, daß man Beides bei dieser Zusammensetzung nicht zu würdigen verstanden habe. Es wurde nun eine Deputation an die Genannten abgeschickt, um sie aufzufordern, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Nach heftigen Debatten erklärte man sich bereit, den englischen Konsul in Kiel, und den Advokaten Bremer in Flensburg beizuziehen. Nun aber entstand die Frage nach den nächsten und wichtigsten

Schritten der neuen Regierung, denn ſo viel hatte man ſchon jetzt begriffen, daß dieſe nicht mehr einſeitig von jenen drei Männern beſchloſſen werden konnten.

Beſeler begab ſich hierauf auf das Rathhaus, wo ſich allmälig um die urſprünglich Anweſenden der Kern der Bürgerſchaft verſammelt hatte; und hier nahm nun die Debatte ihren Anfang.

Man trat Beſeler ſogleich mit der Forderung entgegen, daß die neue Regierung die alten Stände auflöſen und auf einer möglichſt freien Baſis des allgemeinen Stimmrechts eine neue Stände-Verſammlung berufen möge; denn man behauptete, daß die alten Stände weder das Recht noch die Macht hätten, in ſo entſcheidender Zeit die Stimmführer des Volkes zu ſeyn.

Um ein ganz neues Recht zu gründen, müſſe ein ganz neues Organ geſchaffen werden, um dem Volke als einem Ganzen ſeine neue Verfaſſung zu geben, müſſe das Volk als Ganzes berufen werden; die Gefahr ſey eine große und gewaltige, nur das Aufgebot des ganzen Volks könne das Land retten.

Die Hilfe Deutſchlands könne nur dadurch gewonnen werden, daß man die Grundſätze der Bewegung Deutſchlands mit großartiger Kühnheit zu den ſeinigen mache.

Vor Allem aber ſey dieſes das einzige Mittel, die ganze ſchleswig-holſteiniſche Frage mit einem Schlage zu erledigen. Aufgeſtanden ſey man einmal, aber noch wiſſe Niemand recht, was man in den Herzogthümern wolle.

Berufe man die neue gemeinſchaftliche Landes-Vertretung, ſo ſey die Forderung der Herzogthümer damit zur Thatſache erhoben, und man habe von da an die Anerkennung dieſer Thatſache als vernünftige Baſis weiterer Verhandlungen mit Dänemark ſowie mit Preußen.

Solle dieſe Bewegung der Herzogthümer überall ein erfreuliches Ende nehmen, ſo müſſe die Regierung doch zu irgend einer entſchiedenen Maßregel Muth haben; ohne eine ſolche ſey wahrlich ſchon jetzt kein erfreuliches Ende abzuſehen! Es war aber umſonſt.

Eben dieſer Muth fehlte in der entſcheidenden Stunde; und das Land ſo wie ganz Deutſchland haben es mit einem Jahre voller Mühen und ohne Ehren entgelten müſſen.

Beſeler widerſprach und verwies auf den Rechtsboden, und ohne nachgegeben zu haben, verfügte er ſich zu den bei Bargum verſammelten Männern.

Von da ging er gegen ein Uhr mit ſeinen Kollegen Namens Kaufmann und Schmid auf das Rathhaus zurück, wo ſich dieſelben nun der Verſammlung als die proviſoriſche Regierung vorſtellten, und folgende Proklamation mittheilten.

»Mitbürger! Unſer Herzog iſt durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, ſeine bisherigen Rathgeber zu entlaſſen, und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen. Der Wille des Landesherrn iſt nicht mehr frei, und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutſches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde.

Große Gefahren erfordern große Entſchließungen, zur Vertheidigung der Grenze, zur Aufrechthaltung der Ordnung iſt eine leitende Behörde nothwendig.

Folgend der dringenden Nothwendigkeit und geſtärkt durch das uns bisher bewieſene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und der Rechte unſers angeſtammten Herzogs in ſeinem Namen führen werden.

Wir werden ſofort die vereinigte Stände-Verſammlung berufen, und die übernommene Gewalt zurückgeben, ſobald der Landesherr wieder frei ſeyn wird, oder von der Stände-Verſammlung andere Perſonen mit den Landes-Angelegenheiten beauftragt werden.

Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheits-Beſtrebungen Deutſchlands anſchließen. Wir fordern alle wohlgeſinnten Einwohner des Landes auf, ſich mit uns zu vereinigen.

Laßt uns durch die Feſtigkeit und Ordnung dem deutſchen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotiſchen Geiſtes geben, der die Schleswig-Holſteiner erfüllt.

Der abweſende Advokat Bremer wird aufgefordert werden, der proviſoriſchen Regierung beizutreten.« Unterzeichnet waren im Namen der proviſoriſchen Regierung: Beſeler, Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holſtein, Reventlow und M. T. Schmid.

Beſeler leitete dieſe Proklamation mit einigen formellen Worten ein und machte ſie dann bekannt. Die Zuhörer ſtanden einen Augenblick ſtillſchweigend, denn in der That war dieſe Proklamation weder geeignet, die Herzen noch die Ueberzeugungen zu gewinnen.

Kaum war daher der erſte Augenblick vergangen, ſo erhob ſich ein heftiger Sturm gegen dieſelbe. Es kam ein Augenblick, wo man der proviſoriſchen Regierung geradezu erklärte, daß dieſelbe keineswegs geeignet ſey, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen.

Der Streit wurde noch bedenklicher, als endlich ſich Graf Reventlow Gehör verſchaffte. Seine klare, feſte Rede brach durch, in welcher er erklärte: die Regierung könne und werde ſich nicht das Recht einer Geſetzgebung anmaßen, ſie könne und werde nicht die Stände entlaſſen, ſie könne und werde als proviſoriſche Regierung nicht daſjenige thun, was einer definitiven oder entſchiedenen Regierung allein gebühre. Sie wolle ſich aber entſchließen, in Anbetracht der Lage der Dinge die ſofortige Erlaſſung von proviſoriſchen Geſetzen zu verſprechen, welche die Freiheit der Preſſe der Volks-Verſammlungen und der Bürgerbewaffnung betreffen würden.

Die Stände ſollten daher berufen, von ihnen ſollte die Organiſirung einer neuen Volks-Vertretung berathen und beſchloſſen werden. Wie die Sachen ſtanden, war dieſes Alles das Erreichbare.

Auf die Frage, ob die Verſammelten auf dieſer Grundlage die proviſoriſche Regierung und ihre Proklamation anerkennen wollten, ſtimmten die Anweſenden endlich bei, und nach ein Uhr Morgens trat die proviſoriſche Regierung auf den Marktplatz hinaus,

wo Beseler die Proklamation vorlas und unter einem allgemeinen Zuruf erklärte, daß die provisorische Regierung sich konstituirt habe.

Jetzt wurden die deutschen und die schleswig-holsteinischen Fahnen aufgesteckt; das Militär ging über; der Oberst von Hongh legte das Kommando nieder, die Studenten, Turner und die Bürgergarde rüsteten sich, und die Menge lief auseinander, um einige Stunden der Ruhe zu genießen.

So hatte nun der 24. März seinen Anfang genommen. In der That ein eigenthümlicher Anfang für Diejenigen, welche das Ende bei dem Beginne mit zu berechnen verstehen.

Also eine ganz nach dem alten ständischen System zusammengesetzte Stände-Versammlung sollte allein über die öffentliche rechtliche Zukunft des Landes, über die Freiheit des Volkes entscheiden? Und noch mehr, der König sollte in jedem Augenblicke das Recht haben, wiederzukehren mit seinem ganzen bisherigen Rechte.

War es also möglich, daß ein solcher Anfang ein gutes Ende bringen konnte? Die Landesfrage, der entscheidende Punkt war ja eben das bestrittene Recht der weiblichen Linie auf Schleswig; die Einheit und Selbstständigkeit der Herzogthümer.

Der König-Herzog hatte noch wie früher keine Kinder; nach dem Programm der Regierung mußte er wieder eingesetzt werden. Er behauptete aber noch wie früher die Ungetrennlichkeit Schleswigs von Dänemark; — mithin war die eigentliche Frage hier gar nicht berichtigt, und für die Entscheidung gar nichts gewonnen.

Der König hatte den Anschluß von Schleswig an den deutschen Bund, um welchen die Rendsburger Versammlung ausdrücklich gebeten hatte, geradezu abgeschlagen, und die provisorische Regierung hielt es in dem Augenblicke einer deutschen Revolution in Schleswig-Holstein für angemessen, der deutschen Zukunft der Herzogthümer gar nicht einmal Erwähnung zu machen.

Die Wiederkehr desselben Falls, warum die Erhebung geschah, war in dieser Proklamation gleichsam sanktionirt.

Weder die demokratische noch die deutsche Parthei waren also ihrem Ziele viel näher gekommen. Aber auch die Hofparthei und die Aristokratie hatten wenig gewonnen.

Es war die Meinung gewesen, daß die demokratische und die deutsche Parthei, so viel Worte sie auch mache, doch sehr schwach sey.

Man hatte mit beiden Partheien gar nicht gerechnet; — jetzt im letzten Augenblicke traten sie mit unerwarteter Energie hervor. Ein unwilliges Erstaunen erfolgte, der lang vorhergesehene Augenblick trat ein, wo sich die beiden großen Elemente des Lebens in den Herzogthümern, bis dahin treu vereint gegen die Dänen, jetzt von einander trennten.

Zum ersten Male entstand auf der rechten Seite die Frage, wo der bedenklichere Gegner stehe. Man erkannte, daß jede großartige Maßregel zur nothwendigen Folge eine weitere Erhebung des Volks und damit einen Zuwachs an Macht für die Partheien der linken Seite haben werde.

Dieses war es aber, was man vor Allem fürchtete, und dennoch konnte eine ehrenvolle Stellung von Schleswig-Holstein nur um diesen Preis erreicht werden. Ein einsichtsvoller deutscher Diplomat hat gesagt: »Die Schleswig-Holsteiner hätten bei ihrer Revolution nur Einen Fehler gemacht; daß sie den König für unfrei erklärten, ohne ihn abzusetzen.«

Man wußte dieses wohl; allein eine solche Absetzung hätte die Schiffe verbrannt und die Abziehenden ohne Rückhalt in die Arme des Volks geworfen.

Darum hielt man so fest an der Legitimität: aber dieses war es, was die schleswig-holsteinische Frage zu einer endlosen Frage gemacht hat, ohne doch der Legitimität selbst zu nützen; denn es war und blieb ein Kampf gegen den gesetzlichen Landesherrn, es blieb ein Fürst mehr auf seinem Throne angegriffen.

Was half jene Hinterthür des unfreien Landesherren? Sie machte es dem Herzog von Augustenburg unmöglich, den Thron der Herzogthümer zu besteigen.

Das wäre das Einzige gewesen, was damals auf einem fürstlichen Wege hätte retten können; allein zu einem so kühnen Griffe fehlte es den Männern des 24. März an Muth und an Vertrauen.

Man fürchtete mit der Abiegung des Königs der Republik das weite Thor zu öffnen. Hätte man das Volk und seine Führer gekannt, man hätte es nicht gefürchtet und den Knoten zerhauen, und so war nun auch von dieser Seite der Anfang kein glänzender oder beruhigender gewesen.

In jedem Falle also hatte dieses Auftreten der Regierung, so wenig es auch im Anfange vom Volke bemerkt ward, die Lage der Dinge in den Herzogthümern nur verwickelter gemacht, und es schien ein recht erfreuliches Ende nicht mehr möglich.

Man wußte mit der größten Bestimmtheit, daß weder der König, noch die dänische Regierung jemals in Beziehung auf Schleswig nachgeben, daß Beide gleichfalls nie eine gemeinschaftliche Verfassung der Herzogthümer zugestehen würden.

Der König war souverain und gesetzlich; erkannte man ihn als solchen unbedingt an, so hatte er entschieden das Recht, die gemeinsame Verfassung zu verweigern, für Holstein und Schleswig besondere Verfassungen anzubieten, und die höchsten Verwaltungsmaßregeln vorzunehmen.

Gerade dieserwegen war es ganz vollkommen klar, daß nur eine, unter jeder Bedingung eingeführte gemeinschaftliche Verfassung und Verwaltung der Herzogthümer gegen den Mißbrauch jener gesetzlichen Gewalt, wenn man sie einmal anerkennen wollte, retten könne.

Wer daher gegen den Fürsten aufstand, der mußte wissen, daß es nach der Lage der Dinge ein durchaus nichtiges Unternehmen sey, denselben blos von gefahrdrohenden Maßregeln abhalten und nicht von ihm um jeden Preis diese gemeinsame Verfassung erzwingen zu wollen; denn erkannte man seine unbedingte

Souveränität an, so sprach man ihm auch das Recht zu, die gemeinschaftliche Verfassung zu verweigern.

Der Anfang dieser Revolution enthielt demnach einen ganz unläßbaren Widerspruch, wenn man nicht wie der Erklärung anfing, daß der König nur gesetzlicher Fürst bleiben könne, insofern er die nothwendige Bedingung der Erhaltung alles schleswig-holsteinischen öffentlichen Rechts, dieser gemeinschaftliche Verfassung, gebe oder zugestehe.

Und zu diesem Schritte verstand sich, wie bereits gesagt worden ist, die provisorische Regierung nicht. Sie, und mit ihr die dynastische, die aristokratische und sogar die altschleswig-holsteinische Parthei blieb in der eigenthümlichen Vorstellung, als werde durch diesen Krieg in dem frühern Verhältniß nichts geändert; als werde nach wie früher die jüngere männliche Linie nach dem Tode des Königs in den Herzogthümern herrschen, und dann erst die Selbstständigkeit derselben völlig entschieden seyn.

Die unglückliche Kenigquerq daven mußte seyn, daß dann auch so lange Nichts von Seiten der Herzogthümer an dem öffentlichen Recht geändert werden dürfte; und so kam die Regierung in die Lage, sich dem Bedürfniß nach jener Verfassung fast widersetzen zu müssen, ohne doch eine andere Hilfe als durch dieselbe zu wissen, und sogar ohne später ihre Einführung verhindern zu können.

Dieser Widerspruch hat ihr von jeher alle rechte Kraft genommen, und sie und das Land geradezu hilflos in die Arme der Diplomatie geworfen.

Die Parthei dagegen, welche dieses unglückliche Verhältniß sehr gut einsah, besaß kein rechtes Organ; sie konnte es wohl dahin bringen, daß man zur Berathung und Annahme einer Verfassung schritt, allein erst im September, als schon Alles zu spät war.

Sie war in der Zwischenzeit sehr gefürchtet und sehr bedrückt; was sie Böses nicht verdiente; aber sie hatte es freilich nicht so weit gebracht, das Volk über jenen Widerspruch aufzuklären, und so blieb sie machtlos und ohne bestimmten Einfluß.

Das Land selbst durchschaute das Verhältniß nicht und zeigte ungemein geringe politische Einsicht. Ganz zufrieden damit, eine schleswig-holsteinische Regierung zu haben, überließ es derselben Alles, was Politik betraf, ohne zu zweifeln oder zu fragen.

Und so mußten schon jetzt die Einsichtsvollen sich ernstlich fragen, welches Ende eine Revolution nehmen könne, die nach wie vor den König von Dänemark als unbestrittenen Landesherrn in beiden Herzogthümern anerkannte, die Rechte seiner Krone auf keinem Punkte verletzen, die Herzogthümer weder von Dänemark losreißen, noch ihre Verfassung auf der Grundlage des Volkswillens allein aufbauen wollte; — dennoch aber in einem vollen Aufruhr bestand.

Und dieses in einer solchen Zeit und in einem zugleich so schwachen und so wichtigen Lande!

Es war also keinen Augenblick zweifelhaft, daß sich bei der Nachricht von der Erbebung Kiels das ganze Land für die Regierung um jeden Preis erklären würde.

Man setzte ein festes Vertrauen in das Heer; man hoffte, es würde sich durch begeisterte Freiwillige verstärken, die dänische Armee auffuchen und sie schlagen. Dann konnte man als Sieger wenigstens mit dem stolzen Gefühle des Sieges die Angelegenheit des Vaterlandes, wie sie nun auch sich gestalten möchte in den eigenen Händen haben.

Wer es daher ehrlich meinte, der warf jetzt alle Bedenklichkeiten zur Seite. Es galt den äußern Feind zu schlagen, und hier wenigstens gab es keine Parthei, keinen Streit, keinen Zweifel, keine Nachläßigkeit.

Einmal eingesetzt — und das blieb der Trost und die Hoffnung Aller — war die provisorische Regierung für Alle, die unbeschränkte Herrin des Landes.

Die neue provisorische Regierung ergriff ihre große Aufgabe im Anfange mit allem Eifer; äußerlich schien entschlossener Wille und feste Kraft über Alle gekommen zu seyn.

Nachdem noch einmal am Morgen des 24. März um 6 Uhr unter Trommelschlag und Glockengeläute die provisorische Regierung ihre Proklamation und ihre eigene Konstituirung verkündet und von der Einwohnerschaft mit lautem Jubelruf begrüßt war, übernahm Prinz Friedrich das Ober-Kommando über alle Truppen der Herzogthümer, und nun mußte ernstlich daran gedacht werden, die Festung Rendsburg so schnell als möglich zu gewinnen.

Rendsburg in der Mitte der beiden Herzogthümer gelegen, an dem Punkte, wo die Hauptlandstraße von Hamburg nach dem Norden über die Eider und den schleswig-holsteinischen Kanal gehe; drei Meilen von der Eckernförder, vier Meilen von der Kieler Bucht entfernt, ist die einzige Festung von Erfurt bis Kopenhagen, und beherrscht nicht blos beide Herzogthümer, sondern ist auch für ganz Nord-Deutschland von der allergrößten Wichtigkeit.

Würde Rendsburg den Dänen in die Hände fallen, so konnte an keinen glücklichen Ausgang mehr gedacht werden, da die Herrschaft derselben zur See ihnen die beiden Hauptbuchten von Schleswig und Holstein, die Eckernförder und die Kieler Bucht, offen gehalten, jede Bewegung in Schleswig von Holstein abgeschnitten, und Holstein selbst, vor Allem aber Kiel, jedem Angriff offen gelegt hätte.

Der erste Schritt war daher die Einnahme der Festung Rendsburg. Zum Glück hatte dieselbe auch nicht die mindeste Schwierigkeit, weil die Bürgerschaft ganz entschieden für die deutsche Sache standen, und die Garnison schon früher gewonnen war.

Der Prinz ließ daher das Kieler Jägerkorps mit einem Extrazuge abgehen, welchem um 1 Uhr die Studenten und Turner folgten.

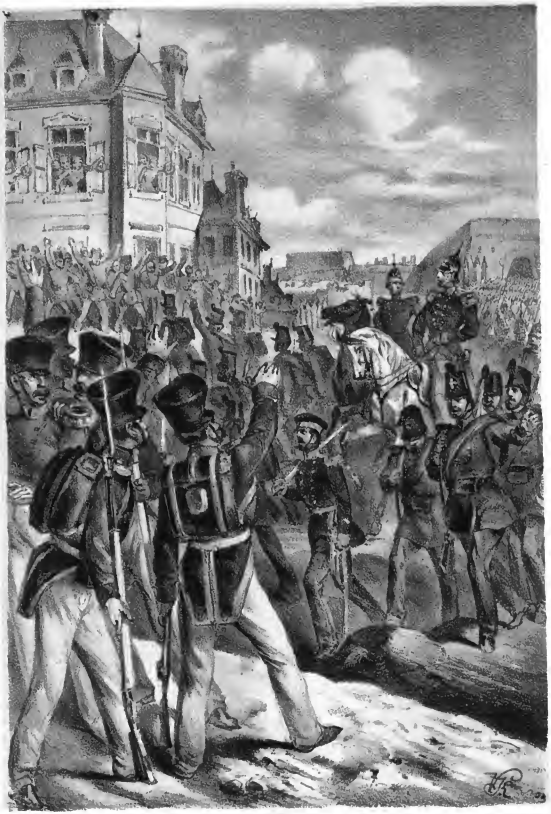
An einen Widerstand ward nicht gedacht, und so zogen die Truppen wie in eine offene Festung hinein, wo sie mit Jubel empfangen wurden, und so war um die Mittagszeit der Prinz im Besitze des Platzes.

Zu gleicher Zeit erhoben sich die übrigen Truppen der Herzogthümer für die schleswig-holsteinische Sache; das Glückstädter Bataillon, die Itzehoer und

Táh Schlezwig-Holsteinů do pewniny Rendsburg.

L'entrata dei Slesvich-Olsteini nella Fortezza di Ratisbona.

A' schleszvig-holsteiniak bemenetele a rendsburgi várba.



Der Einzug der Schleswig-Holsteiner in die Festung Rendsburg.

Schleswiger-Dragoner erklärten ſich gleichfalls und zogen in Rendsburg ein.

Nur die geborenen däniſchen Offiziere wurden theils arretirt, theils entkamen ſie durch die eiligſte Flucht.

Schon am 25. März ſtand der Prinz in Rendsburg an der Spitze der ganzen Truppenmacht der Herzogthümer, und dachte nun daran, dem erwarteten Angriff der Dänen entgegen zu gehen.

Indeſſen hatte die proviſoriſche Regierung noch in Kiel ihr erſtes Wort geſöhnt, und drei proviſoriſche Verordnungen über die Preſſe, das Vereinsrecht und die Bürger-Bewaffnung erlaſſen.

Sie ging an demſelben Tage nach Rendsburg ab, und empfing hier die Nachricht von der allgemeinen Begeiſterung, mit welcher ihre Schilderhebung in allen Theilen des Landes aufgenommen wurde.

Sie konnte ſich als alleinige Herrſcherin der Herzogthümer anſehen, und wirklich ſelten hatte eine Regierung in einem ähnlichen Augenblicke eine gleich glänzende und bedeutungsvolle Stellung; denn von Partheiung war hier nirgens die Rede.

Daß am 25. März Morgens die oben erwähnte Deputation aus Kopenhagen zurück kam, wurde in dieſem Augenblicke kaum bemerkt; zwei Tage früher hätte dieſes ſchon ſelbſt das ganze Geſchick der Herzogthümer umgeſtaltet; allein trotz ihrer faſt ſouverainen Gewalt, hielt die Regierung an dem Grundſatze feſt, daß der König Landesherr ſey und bleibe, und daß ſie ſelbſt berufen ſey, die Rechte der Krone nicht weniger als die Rechte des Landes zu ſchützen.

Um darüber auch in Kopenhagen keinen Zweifel entſtehen zu laſſen, ergriff dieſelbe ein Mittel, das wenigſtens damals ſehr großen Mißverſtändniſſen ausgeſetzt ſeyn konnte.

Sie erließ bereits am 25. März ein, von ihrem Sekretär, dem Profeſſor Droyſen abgefaßtes Schreiben an den König von Dänemark, welches in höchſt unterthänigen Ausdrücken denſelben als Landesherren anerkannte, die Begebenheit hiſtoriſch erklärte und mit der Nachweiſung ſchloß, daß das Land nicht mehr zu bändigen geweſen, und daß die Anwendung der militäriſchen Gewalt nutzlos und gefährlich geweſen ſeyn würde.

Dieſes Schreiben endete noch mit dem bedeutungsvollen Satze: »Sollten Euer Majeſtät Höchſtdero Herzogthümer erhalten, ſollte das Land vor völliger Anarchie und Aufruhr bewahrt bleiben, ſo mußte ſchnell eine Regierung in's Leben treten, die das volle Vertrauen des Landes beſitzt, und ſich auf dasſelbe zu ſchützen vermag, die aber eben ſo entſchloſſen iſt, die Rechte des Landes zu vertreten, und demſelben diejenige freiheitliche nationale Entwicklung zu ſichern, welche wir als in Euer Majeſtät unſers deutſchen Herzogs gerechten und weiſen Willen liegend vorausſetzen müſſen.«

Somit ward den Dänen die ganze Bewegung der Herzogthümer von der proviſoriſchen Regierung als eine drohende, völlige Anarchie und die Gewaltergreifung der Regierung dargeſtellt, um dem Könige von Dänemark ſeine deutſchen Länder zu erhalten.

Daß der Anſpruch des Landes auf eine gemeinſame Verfaſſung nicht blos ein rechtlich vollkommen begründeter, ſondern jetzt ein politiſcher durchaus nothwendiger ſey, daß es keinen andern Ausweg gebe, als dieſe gemeinſame Verfaſſung, daß nur ſie den Krieg auf der Stelle endigen, und die Perſonal-Union für alle ihr zukommende Zeit ſichern werde, daß aber ohne ſie keine Unterwerfung möglich ſeyn könne und dürfe; davon verlautete kein Wort.

Man denke ſich alſo den Eindruck, den dieſe Erklärung in Dänemark machen mußte. In den Herzogthümern aber brachte man dieſe Diplomatie eben ſo wenig, als die Proklamationen des Königs an die Schleswiger und an die Holſteiner vom 27. und 29. März.

Alles war voll von Begeiſterung; die ſchwerbewaffneten Gemüther der Niederſachſen glühten in einer nie bekannt geweſenen Wärme. An allen Orten bewaffnete ſich das Volk, Freikorps und Schützen-Korps bildeten ſich nach und nach, Beiträge aller Art kamen häufig nach Rendsburg.

Wie ſtolz, wie edel, wie dingebend war jetzt dieſes kleine Volk in dieſen Tagen ſeiner erſten Erhebung, welch eine Fülle von Kraft entwickelte es, welch eine Macht war in den Händen von Männern, die einer ſo großartigen Unternehmung gewachſen geweſen wären.

Indeſſen ſäumte der König nicht, dem Verſprechen ſeiner Proklamation gemäß, mit ſeinem Heere an der Grenze von Schleswig zu erſcheinen. Schon am 30. März ſtanden zwei Bataillone in Hadersleben. Vor Sonderburg erſchien Dircking-Holmfeldt mit einem Kriegsſchiff und zwang die Inſel Alſen zur Uebergabe.

Man mußte eilen, dem Feinde entgegen zu gehen. Die Noth fing an, drängend zu werden. Die proviſoriſche Regierung, die allerdings — und dieſes muß zur richtigen Beurtheilung ihrer Stellung nicht vergeſſen werden — die Schwäche des Landes am beſten erkannte, ſah ſich unter dieſen Umſtänden nach innerer und äußerer Hilfe um.

Sie ſchickte den Advokaten Clauſſen nach Berlin, und den Juſtizrath Schleiden nach Frankfurt, um die Lage der Dinge darzuſtellen. Sie nahm, um ſich der Zuſtimmung aller Partheien zu verſichern, den Olshauſen bereits am 29. März als ſechſtes Mitglied in die proviſoriſche Regierung auf, nachdem ſie unterm 27. März die bereinigte Ständeverſammlung zum 3. April nach Rendsburg berufen hatte.

Sie ließ die Freikorps, ſo weit es thunlich war, organiſiren und das reguläre Militär ausheben. Allein ſie mußte auch recht wohl wie ſchwach eigentlich die militäriſchen Kräfte des Landes waren. Zuerſt und vor allem fehlten dem Heere die erforderliche Anzahl Offiziere.

Die Offiziere der ganzen Armee hatten bis dahin ihre Bildung in Kopenhagen erhalten, und ſchon dieſerwegen war ein großer Theil derſelben durchaus däniſch, ein anderer Theil daniſirt.

Im Ganzen waren in beiden Herzogthümern überhaupt nur für etwa 4000 Mann die Offiziere da gewesen. Die Dänen unter ihnen traten zurück, und auf die Danisirten war nicht ganz sicher zu rechnen; wie sollte man also jetzt, und zwar binnen acht Tagen, über 7000 Mann mit Offizieren versehen ins Feld stellen.

Wer wird sich also wundern, daß das junge Heer zur Hälfte ohne ein vielliches Offizierkorps blieb. Die Dänen hatten ferner nie das Geringste für die Equipirung der deutschen Truppen in den Herzogthümern anfertigen lassen; und so fanden sich deßhalb weder die Waffen noch Montur in der erforderlichen Menge. Dazu kam noch, daß die Dänen anrückten, bevor man die gehörigen Vorbereitungen treffen konnte. Sie freilich hatten eine geübte, wohl versehene Armee, die genaueste Kunde von den Mitteln der Herzogthümer und eine Seemacht, die bei der offenen Lage der Herzogthümer höchst gefährlich erschien.

Die Lage der Regierung war für die kühle Berechnung eine sehr ernsthafte. Ein allgemeines Aufgebot des Landes unter einer tüchtigen Leitung hätte allerdings helfen können; allein dazu war Niemand zu bewegen.

Viele bestellen noch Alles von den militärischen Talente des Prinzen Friedrich; und die Meisten unter den Vernünftigen wendeten ihre Blicke nach Deutschland; übrigens waren aber Alle zum Aeußersten entschlossen.

Indessen nahte der 3. April heran, wo die Stände-Versammlung eröffnet werden sollte. Man war zunächst gespannt, wie viele Mitglieder sich einfinden würden; doch machte von vorneherein der Einmarsch der Dänen in Nordschleswig das Erscheinen der nordschleswigschen Deputation theils unwahrscheinlich theils unmöglich.

In der That kamen von 96 Mitgliedern nur 76 nach Rendsburg. Große Erwartungen knüpften sich an diese Versammlung. Wer sie indessen kannte, wußte, daß sie dem Vorgange der provisorischen Regierung fast unbedingt leisten würde.

Die Lage der Dinge war der Art, daß die provisorische Regierung irgend etwas Entscheidendes vornehmen mußte; das Land hätte beiden Organen treuer gefolgt, als dem mächtigsten Despoten. Allein bei der ersten Zusammenkunft des schleswig-holsteinischen Landtags gelchah in der That Nichts, weder von der Regierung noch von den Ständen.

Wenn die Regierung das Angefangene zu seinem scheinbar nächsten glücklichen Ausgang hätte bringen wollen, so hätte sie den Ständen eine angemessene Verfassung der Herzogthümer so fort vorlegen, und diese von ihr in Bausch und Bogen annehmen lassen müssen; um ein paar Zoll Freiheit mehr oder weniger würde man damals wahrlich nicht gemäckelt haben; nahm doch die spätere Landes-Vertretung die Verfassung vom 4. September in drei Tagen an! Sie hätte dann in Gemäßheit dieser Verfassung die neue Landes-Vertretung sofort berufen, die Verwaltung in ihren Grundzügen ordnen, und dem Königs-Herzog die so viel bestrittene Einheit als eine vollendete Thatsache entgegen stellen müssen.

Sie hätte damit im glücklichen Falle das Erreichbare erreicht, und das Resultat des beginnenden Krieges vor dem Ende desselben festgestellt, ohne doch den legitimen Erbrechten irgend wie zu nahe zu treten. Im unglücklichen Falle hätte sie dem Lande ein dauerndes Ziel gestellt, sich selbst ein Denkmal gesetzt.

In jedem Falle aber hätte sie mit den Herzen zugleich die Ueberzeugungen dauernd an ihr Bestehen gefesselt. Sie wagte es nicht, und doch wußte sie, daß die Stände ihrerseits es zuerst nicht thun würden. Sie legte, wie sie es vorsprochen hatte, ihre Gewalt in der ersten Sitzung in die Hände der Stände nieder, und es ward ihr dieselbe natürlich mit allgemeiner Akklamation wieder gegeben.

Dann wurden die von ihr erlassenen provisorischen Verfügungen kurz berathen, und diese, so wie der Antrag der provisorischen Regierung wegen Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund genehmigt. Nun endlich ward die Frage nach der Verfassung vorgelegt, über die ein kurzer parlamentarischer Kampf entstand.

Die demokratische Richtung hatte hier wie gewöhnlich weder den Muth noch das Vertrauen, auf die Erlassung einer sofortigen Verfassung zu dringen, sie wollte wegen dem Prinzip, eine Verfassung durch das Volk, und dieserwegen eine neue Wahlordnung für eine konstituirende Versammlung, da sie sah, daß die gemeinsame Regierung noch nichts fertig hatte.

Der Antrag, daß aus der Stände-Versammlung ein Ausschuß für die Entwerfung einer Verfassung und eines freien Wahlgesetzes erwählt werden möge, war gegen eine Stimme abgelehnt worden; die Nothwendigkeit eines neuen Wahlgesetzes erkannte man dagegen einstimmig an, und beauftragte die Regierung einen Entwurf dazu vorzulegen.

Damit war eigentlich der Lebensnerv der Versammlung abgeschnitten. In der dritten Sitzung wurden die Steuern von den Ständen bewilligt; in der vierten Sitzung vertagten sie sich. Die Regierung stand wieder allein, und sie eilte auch nicht.

Jenes Wahlgesetz wurde erst im Monat Juni fertig; und dabei drängte auch kein Mensch. Die Spitze der Erhebung war abgebrochen, und bevor man dieses recht eingesehen hat, ging die Hoffnung auf einen Sieg im Felde unter. Mit den Tagen von Flensburg ward die Diplomatie die alleinige Herrin in der schleswig-holsteinischen Sache.

Schon in den ersten Tagen nach der Erhebung war beschlossen worden, die Dänen bei ihrem Angriffe schon im Norden Schleswigs zu erwarten. Große Thätigkeit herrschte in Rendsburg, und fast täglich gingen kleinere oder größere Truppenzüge nach dem Norden ab.

Das Vertrauen auf die militärischen Fähigkeiten des Prinzen Friedrich war sehr groß, doch wunderte man sich schon damals, daß derselbe in Rendsburg mit allerlei Intendantur-Geschäften sich abmühte, während seine Gegenwart bei der Armee um so nothwendiger gewesen wäre, als bei dieser ein gro-

ser Mangel an Offizieren, und ſie überhaupt ſehr bunt zuſammen gewürfelt war.

Sehr guten Eindruck machte es übrigens, daß aus Berlin und andern Theilen Deutſchlands eine Reihe junger tüchtiger Schützen in die Freikorps eintraten; denn die ganze Jugend war noch immer voll von Begeiſterung.

Die äußerſte Avantgarde der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen war ſchon über Apenrade hinaus vorgedrungen, und beſtand aus den Studenten und Turnern von Kiel und dem Jägerkorps. Das Erſcheinen däniſcher Kriegsſchiffe im Apenrader-Hafen und die feſte Stellung der Dänen auf Alſen machten es jedoch nothwendig, bis auf Flensburg zurück zu gehen.

Hier konzentrirte ſich das ganze Heer Schleswig-Holſteins, welches freilich kaum 7000 Mann zählte, und ſehr wenig mit Geſchütz verſehen war.

Erfahrene Militärperſonen hatten die Ueberzeugung, daß nur die perſönliche Tapferkeit der Truppen und die Tüchtigkeit der höchſten Leitung einen glücklichen Ausgang möglich machen würden. Die Zuverſicht des Landes blieb jedoch unerſchütterlich.

Leider theilte das Kommando mit dem ganzen Volke den größten Fehler aller Kriegführung, der die Quelle alles Uebels wird — nämlich die Verachtung des Gegners.

Noch immer bis in den Monat April hinein, blieb der Prinz in Rendsburg. Er glaubte für den Sieg Zeit genug zu haben, wenn er, wie ſeine Proklamation an das Heer ſagte, »Daß er am Tage der Ehre bei demſelben ſeyn werde.«

Indeſſen arbeitete man in Kopenhagen mit ganz ungemeiner Thätigkeit und Umſicht an den Vorbereitungen zum Kampfe. Die Erregung des Volks, lange Zeit und geſchickt genährt, war ungeheuer.

Große Gaben floſſen zuſammen; die Armee ward mit den reichlich vorhandenen Mitteln ſchon im Anfang April auf 14,000 Mann gebracht, und die Schiffe wurden in Stand geſetzt.

Am 5. April ging der König nach Friederika ab, nachdem er vorher am 4. April eine Allerhöchſte Immediat-Kommiſſion für Schleswig eingeſetzt hatte. Die Seele der ganzen Kriegführung war der Kriegs-Miniſter Tſcherning.

Derſelbe war bis dahin Kapitän geweſen, hatte eine Zeit lang in Rendsburg in Garniſon gelegen, und konnte die Herzogthümer genau.

Durch heftige Oppoſition gegen die alte ſchlechte Verwaltung der Generalität hatte er ſich Ungnade und Arreſt zugezogen. Er ging ſodann zur politiſchen Oppoſition über, wurde Orla Lehmanns Freund, und ſtand an der Spitze der Bewegung vom 22. März, die ihn in das Kriegs-Miniſterium brachte.

Tſcherning war entſchieden nicht blos ein tüchtiger, ſondern ſogar ein talentvoller Offizier; und überhaupt nicht allein die militäriſchen, ſondern auch die politiſchen Verhältniſſe mit tiefer Einſicht.

So hart es auch der an den alten Zopf gewohnten Generalität ankam, einen jungen Mann, und noch dazu einen bloßen Kapitain an ihrer Spitze zu ſehen, ſo wünſchten ſich doch die Verſtändigen Glück zu dieſem wichtigen Erwerb; denn der junge Kriegs-Miniſter zeigte ſogleich, daß er der Sache gewachſen ſey.

Er zuerſt erkannte die Wichtigkeit der Inſel Alſen, die, wie eine ungeheure Feſtung in der Mitte Schleswigs ſich hinſtreckend, jede Stellung im Norden des Flensburger-Meerbuſens, wenn nicht unhaltbar, ſo doch ſehr gefährlich macht.

Die Küſten geſtatteten ſchwer eine Landung, und wo ſie möglich war, wie z. B. bei Sonderburg, legte er Kriegsſchiffe hin und errichtete Batterien.

Dann, die große Verkehrtheit in den Operationen des ſchleswig-holſteiniſchen Heeres um den Flensburger Meerbuſen ſofort durchſchauend, gab er Befehl, ſich durchaus nicht darin zu ſtören; dagegen ließ er die ganze däniſche Macht vom Norden nach Flensburg vorrücken, und die Schiffe in Bereitſchaft halten; während der Prinz noch immer in Rendsburg war.

Am 8. April endlich trafen die erſten däniſchen Vorpoſten und die Avantgarde der ſchleswig-holſteiniſchen Armee bei Bau ein. Nach einigen Plänkeleien zogen ſich die Dänen zurück, denn es lag im Plane, die Deutſchen nach Alſen hinzulocken und ſie vom Hauptkorps, das in Flensburg lag, abzuſchneiden, doch gelang dieſes nur theilweiſe.

Zugleich fand ein Angriff auf Glücksburg ſtatt, nämlich auf der Südſeite des Flensburger Hafens, der jedoch ohne Entſcheidung blieb. Erſt am 8. April ging der Prinz Friedrich von Rendsburg nach Flensburg, wo er ſich unterwegs über die Nacht in Schleswig aufhielt, und dann am Morgen des 9. April nach Flensburg kam, gerade in dem Augenblicke, wo die Niederlage ſeiner Armee bereits entſchieden war.

Um jedoch die folgenden Bewegungen klar zu machen iſt es nothwendig, die Stellung der Armee kurz zu bezeichnen.

Der Flensburger Hafen iſt eine tiefe und ſchmale Bucht, an deren Ende Flensburg liegt. Im Norden und Nordoſten von Flensburg gehen die Wege nach Alſen und Apenrade, wo die Dörfer Kruſau und Bau liegen. Letzteres eine Meile, das erſtere eine halbe Meile von Flensburg entfernt.

Zwei Meilen an der Südſeite des Hafens liegt das Schloß und der Flecken Glücksburg; dicht dabei die Zollſtätte Holſchens, wo eine ſchmale Landenge, die unvertheidigt war, einen trefflichen Haltpunkt für die däniſche Marine abgab.

In Bau ſtand das ſechzehnte Bataillon, in Kruſau ſtanden die Kieler Jäger und Studenten, in Flensburg befand ſich der Haupttheil der Armee, in Glücksburg eine nicht unbeträchtliche Abtheilung.

Es war klar, daß dieſe Stellung unhaltbar ſeyn mußte. Der Flensburger-Meerbuſen ging mitten in ſie hinein, und machte, da man vom Waſſer aus die Verbindungswege von Bau und Kruſau nach Flensburg beſtreichen konnte, jeden Angriff auf jene Avantgarde faſt unfehlbar.

Die geringe Zahl der deutſchen Truppen dagegen, auf einen Raum von mehr als drei Meilen zerſtreut, ließ jede kräftige Vertheidigung als faſt un-

möglich erſcheinen. Dennoch waren keine angemeſſenen Befehle gegeben, auch war keine Rückzugs-Linie angeordnet, denn man erwartete Alles von dem Prinzen.

In der Nacht aber, die derſelbe in Schleswig zubrachte, zog ſich eine däniſche Abtheilung des rechten Flügels nordoſtwärts um Bau herum, und bedrohte ſo ernſtlich die Verbindung der Avantgarde mit der Stadt, daß ſchon jetzt die Gefahr höchſt dringlich erſcheinen mußte.

Am Morgen begann dann der Angriff auf die Stellung bei Bau und Kruſau. Die Dänen griffen mit 14,000 Mann an; die Stärke der deutſchen Avantgarde war etwa 2000 Mann; aber dennoch widerſtand ſie, und in einer Stunde war das Gefecht allgemein geworden.

Nun ſah man eine wunderbare Erſcheinung. Die Kieler-Studenten und Turner lauter junge Leute, die nie eine Muskete getragen hatten, warfen ſich mit ſolcher Kühnheit dem Feinde entgegen, daß derſelbe ſtutzte; unter dem heftigſten Feuern hielten ſie Stand, ſcherzend und feuernd unter den Kugelregen.

Die Kieler-Jäger, größtentheils Lauenburger, wichen; die deutſchen Studenten aber warfen ſich mit dem Bajonett auf die däniſchen Vorruppen, trieben ſie mehrmals zurück und Keiner dachte an ein Fliehen.

Die Dänen, verwirrt und ſchon in der Meinung, daß hier ein ſtarker Rückhalt ſtehen müſſe, wurden trotz ihrer ſiebenfachen Uebermacht einen Augenblick aufgehalten. Da verkündete ſtarker Kanonendonner in der linken Flanke von Bau her, daß das dort ſtehende ſechzehnte Bataillon geſchlagen, und der Rückmarſch nach Flensburg ernſtlich bedroht ſey.

Nun erwartete man Befehle aus Flensburg, eine Ordonnanz nach der andern wurde abgeſchickt — aber alles war umſonſt. Das Korps mußte, ohne Anweiſung, und ſchon umzingelt unter der Führung des Majors Michelſen an den Rückzug denken, und ſo wendete man ſich nach Flensburg.

Da legten ſich aber die däniſchen Kanonenboote an den Strand, und beſtrichen mit Kartätſchen die Kunſtſtraße, die dicht am Waſſer nach dem Nordthor zurückführte.

Jetzt entſtand Verwirrung; die Offiziere des Kieler-Jäger-Korps, die mit dem größten perſönlichen Muthe vorangegangen ſind, waren zum größten Theil ſchon gefallen.

Michelſen wurde durch den Arm geſchoſſen und fiel; die unverantwortliche Behandlung der däniſchen Verwundeten hat ihn ſpäter aus der Welt geſchafft. Die Studenten und Turner retteten ſich durch das Kartätſchenfeuer hindurch nach einer Eiſengießerei dicht vor Flensburg.

Als ſie hier ankamen, hatte der däniſche rechte Flügel bereits das nördliche Thor von Flensburg beſetzt. Rettung war alſo unmöglich; und dennoch vertheidigten ſie ſich noch eine halbe Stunde in der Eiſengießerei, bis die gänzliche Erſchöpfung am Nachmittage ſie zur Uebergabe zwang.

Ueber achtzig Studenten und über dreißig Turner wurden zu Schiffe nach Sonderburg und von da nach Kopenhagen gebracht; wo ſie dann ſpäter mit Stolz erfuhren, daß ſie ſich drei Stunden gegen eine ungeheuere Uebermacht geſchlagen haben, und daß der Verluſt der Dänen wenigſtens drei Mal ſo groß geweſen ſey. Das Land trauerte wohl über ſein Unglück, aber es war ſtolz auf ſeine Söhne.

Während ſich hier die Kinder Schleswig-Holſteins ſchlugen, hatte der Prinz unmittelbar nach ſeiner Ankunft und ohne die Stellungen zu beſichtigen, in Flensburg ſofort den Befehl zum ſchleunigſten Rückzug gegeben.

Das ganze Heer brach jetzt nach Schleswig auf. In Idſtedt ſuchte man einen Augenblick anzuhalten; aber man gab gleich auch dieſe Stellung wieder auf und eilte durch Schleswig — bei Eckernförde vorbei, bis an den Wittenier, eine Meile vor Rendsburg.

Das Korps von Glücksburg verließ Angeln, und ein Theil deſſelben löste ſich gänzlich auf. Vier fünftheilthеile des Heeres hatten keinen Feind geſehen.

Schleswig war verloren, und was noch mehr iſt, das Vertrauen auf das oberſte Kommando war für immer dahin. Tiefe Verſtimmung bemächtigte ſich des ganzen Landes, denn was man hätte leiſten können, zeigten die wenigen Tapfern, die im Feuer geſtanden waren.

Harte Anklagen wurden jetzt laut gegen den Prinzen, aber was nützten ſie jetzt mehr? In jedem Falle konnte bei der Unmöglichkeit ihn zu erſetzen, und bei dem nicht günſtigen Zuſtande des Heeres, dem es noch immer an Geſchütz und mehr als ſemals an Offizieren fehlte, an eine, auf eigene Kräfte gebaute Vertheidigung nicht mehr gedacht werden, und ſo ſtanden jetzt ſchon am 11. April die Dänen in der Stadt Schleswig.

Dieſes war das Gefecht von Bau, und der Rückzug des ſchleswig-holſteiniſchen Heeres von Rendsburg.

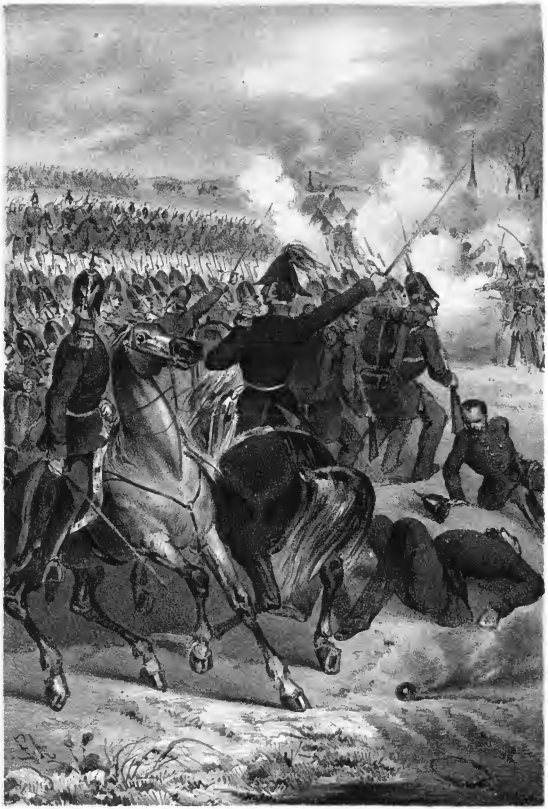
In jeder andern Kriegsgeſchichte ziemlich bedeutungslos, blieb dieſes Ereigniß für die ſchleswig holſteiniſche Sache doch von der entſcheidendſten Wichtigkeit. Bis dahin hatte man den großen Fehler begangen, die Dänen zu verachten; jetzt ſah man aber wenigſtens ein, daß man mit einem achtungswerthen Gegner zu thun hatte.

Man hatte die eigenen Kräfte überſchätzt, man lernte ſeine Mängel kennen und wurde gezwungen, ſtatt auf allgemeine Begeiſterung auf ſyſtematiſche Rüſtung die Hoffnung des Landes zu bauen.

Doch dieſes war nicht das eigentlich Bedrückende, und eben ſo wenig lag es darin, daß das Herzogthum Schleswig für den Augenblick verloren ſchien. Ein einziges glückliches Treffen konnte Land und Volk wieder gewinnen, und in der That waren die Kräfte der Herzogthümer noch nicht im geringſten ermüdet.

Das aber blieb die hohe Wichtigkeit dieſes Tages, daß er jede Hoffnung auf ein eigenes Aufrechten der eigenen Sache vernichtete, und daß alle Diejenigen, welche in trüber Vorausſicht die diplomatiſchen Verhandlungen und ihrer unerfreulichen Folgen der Herzogthümer ſelbſt eine gewichtige Stimme bei der Entſcheidung über ihr Land zuerkennen wollten, gänzlich zum Schweigen und zur völligſten Unthätigkeit verurtheilt wurden.

Boj Danů s Schlezwig Holsteinany u Banu.



Il combattimento dei danesi contro gli Slesvich-Olstenti presso Bau.

A' dánusok ütközete a' schlezwig-Holsteinokkal Banban.

Der Kampf der Dänen mit den Schleswig-Holsteinern bei Bau

Die provisorische Regierung mit ihrer unglückseligen unklaren Stellung konnte jetzt Alles in die Hände Preußens legen; schon standen die Berliner Garden in Rendsburg, schon hatte der Bundestag sich gerirt, den status quo ante als Grundlage der Verhandlungen mit Dänemark anzuerkennen und Preußen auf dieser Basis die Vermittlung zu übertragen.

Die Herzogthümer hatten mit der Macht auch das Recht verloren, das eigene Wort in die Wagschale zu werfen; sie mußten schweigend die Maßnahmen des politischen Vormunds anerkennen und noch dazu Dank aussprechen.

Von nun an beginnt eine ganz andere Geschichte für Schleswig-Holstein. Jetzt erst, nachdem man Preußen aufgerufen hatte, zeigte sich der wahre Charakter der schleswig-holsteinischen Frage.

Man hatte kurzsichtig genug geglaubt, nur mit den Dänen zu thun zu haben, jetzt aber wurde es klar, daß die Angelegenheit des Landes eine europäische Frage, und daß sie vor allen Dingen von ganz entscheidender Bedeutung für Deutschland sey.

So wie diese Macht einmal auftrat, mußte Schleswig-Holstein selbst ganz in den Hintergrund treten. Die Regierung ward zu einer bloßen, und in politischen Dingen willenlosen Verwaltungsbehörde; das Land wurde ein streitiges Territorium; das Volk wurde weder gefragt noch angehört.

Der schlagendste Beweis von der ungemeinen europäischen Wichtigkeit dieses kleinen Gebiethes ist, daß seit dem 9. April 1848 weder die großen und tapfern Heeresmassen Deutschlands, noch die glänzendsten Siege über die Dänen, noch die Eroberung der Hälfte der dänischen Monarchie, sondern nur allein diplomatische Noten die Ereignisse bestimmt haben.

Die Herzogthümer waren aufgestanden in der festen Meinung, daß sie allein stark genug seyn müssen, um es mit den Dänen aufzunehmen.

Die spätere Geschichte hat gezeigt, daß sie darin Recht hatten, wenn alle Hilfsquellen dieser reichen und tüchtigen Lande gehörig benutzt würden.

Allein damals hatte man sich getäuscht; man hatte sich namentlich getäuscht in den Fähigkeiten des Ober-Anführers, des Prinzen von Augustenburg. Die Truppen der Herzogthümer waren bei Bau geschlagen worden, und zurückgegangen bis zur Eider.

Das Herzogthum Schleswig war aufgegeben, die Stadt Schleswig war von den Dänen besetzt, Rendsburg kaum in einem vertheidigungsfähigen Zustande, das Heer noch ohne Organisation, ohne Offiziere, ohne ein fähiges Ober-Kommando. Es fehlte an Waffen, an Ordnung, an Conzentration.

Die Dänen dagegen hatten die stärkere Zahl, ein gut organisirtes Heer, das Bewußtseyn ihrer Ueberlegenheit, die Herrschaft zur See, den Besitz von Alsen, und die starke Stellung von Schleswig.

Nur Eines hätte die Herzogthümer retten können; und dieses wäre gewesen eine geniale, auf der Höhe der damaligen Zeitverhältnisse stehende Regierung, welche sich bereit gezeigt hätte, Alles an die große Zukunft Schleswig-Holsteins zu setzen, ja selbst das historische Recht.

Eine solche Regierung hätte mit dem kleinen, aber starken, einem vernünftigen Befehle und einem klaren Willen, wie kein anderes willig und frei gehorchenden Volke, mit den reichen Hilfsquellen des Landes, mit der nachhaltigen Begeisterung, die noch herrschte, Großes erreichen können. — Aber eine solche Regierung existirte nicht.

So ergab sich die erste Grundlage der jetzt kommenden Ereignisse, die Unselbstständigkeit der Herzogthümer, ihre Unselbstthätigkeit, die Hingebenheyn in allen Fragen und Bewegungen an den äußeren Einfluß.

Es ergab sich daraus wieder ein anderes nachhaltigeres Ereigniß, das verderbliche Wirkungen hervorbrachte.

Diejenigen, die an der Spitze standen, nahmen den Eindruck jener Unmacht der Herzogthümer zu einem selbstständigen Auftreten, den allerdings jene erste Zeit geben mußte, mit sich hinüber in ihre beginnende Laufbahn; sie glaubten von da an, daß die Herzogthümer überhaupt nicht könnten, was sie einmal nicht gekannt; und so wurde das Anschließen an Alles, was von Außen kam, der vorwaltende Charakter der Politik der schleswig-holsteinischen Regierungen.

Die zweite große und allgemeine Grundlage der jetzt kommenden Entwicklung in den Herzogthümern war das Verhältniß zu Deutschland und Preußen; was besonders näher zu betrachten ist.

Wirft man einen Blick zurück auf Dasjenige, was früher über die Bedeutung der Herzogthümer, namentlich in Beziehung auf ihre geographische Lage gesagt worden ist, so steht der Satz fest, daß der Besitz der Herzogthümer jeder Großmacht, gleichviel wegen einer deutschen oder nicht deutschen, die Herrschaft über die Ostsee und über den Haupttheil Deutschlands, der durch die Elbe geht, sichern muß.

Namentlich aber würde dieser Besitz für Deutschland von ungeheurer Bedeutung gewesen seyn, weil er eben der deutschen Macht eine neue, außerordentlich einflußreiche Stellung im ganzen Norden hätte geben müssen.

Aber auch schon für Preußen wäre die Herrschaft über Schleswig-Holstein von ungemeiner Wichtigkeit geworden, und dieses sowohl zu Lande als zur See.

Preußens große Schwäche als Landmacht besteht namentlich in der Trennung seiner beiden großen Hälften.

Die Verbindung dieser beiden Hälften ist nur schwach gesichert. Vorzüglich vom Norden aus hat sie fast keine Stütze. Die große norddeutsche Ebene, deren Durchmesser das Bett der Elbe bildet, steht jedem feindlichen Angriffe offen.

Es gibt nicht einmal eine deutsche Festung zwischen Rendsburg, Magdeburg und Erfurt. Der Besitz der Herzogthümer hätte dagegen Preußen einen fester festen Halt gegeben.

Schon Holstein allein mit Rendsburg und Kiel konnte als ein Damm gegen jeden Angriff von Nor-

den für Preußen gelten, um ſo mehr, da einerſeits das Terrain Holſteins und die Lage der Feſtung Rendsburg, Holſtein ſelbſt zu einem ſchwer einzunehmenden Lande machen.

Daß und wie aber der Beſitz von Holſtein, Preußen zu einer Seemacht, wenigſtens auf dem baltiſchen Meere machen müßte, bedarf keiner weitern Ausführung.

Das Schickſal der Herzogthümer war daher in gewiſſer Weiſe das Schickſal des ganzen Deutſchland, zunächſt aber der Grundſtein der Bedeutung Preußens im Norden.

Nun hatten allerdings die gewaltigen Bewegungen jener Monate des Jahres 1848 den Geiſt der Mächte von Europa umgeſtaltet; allein ſie hatten weder den Umfang noch die Intereſſen derſelben in Beziehung auf das europäiſche Staatenſyſtem geändert.

Dieſes ruhte noch wie vor auf ſeinen alten Grundlagen. Sein Organismus, ſowie ſeine Bedingungen, wurden den Großmächten überhaupt, namentlich von den beiden Staaten, welche im Jahre 1848 am wenigſten berührt waren, von England und Rußland, ganz aus demſelben Geſichtspunkten betrachtet, wie das bisher der Fall geweſen iſt.

Beide hatten, jeder freilich aus einem andern Grunde, das höchſte Intereſſe, daß die bisherige Geſtalt des europäiſchen Staatenſyſtemes wenigſtens äußerlich nicht geändert werde.

Namentlich wollten aber Beide nicht, daß das Machtverhältniß auf der Oſtſee weſentlich verändert werde.

Rußland nicht, weil es mit ſeinem weittragenden Blicke einerſeits in der deutſchen und ſelbſt ſchon in der preußiſchen Oſtſee-Flotte einen Rivalen fürchtete, andererſeits weil es im Falle der Vergrößerung ſeiner eigenen Macht auf der Oſtſee eine kräftige Verbindung zwiſchen dieſer und der ſchwediſchen oder gar ſkandinaviſchen Seemacht vorausſehen konnte.

England wollte keine Veränderung des Machtverhältniſſes auf der Oſtſee, weil es in der Entwicklung einer deutſchen oder preußiſchen Seemacht, oder auch nur in der Einverleibung des ſchleswig holſteiniſchen Lantgebiehs in Deutſchland oder Preußen eine gänzliche Unterwerfung des norddeutſchen Handels oder Zollweſens unter den deutſchen Zollverein, und damit eine bedeutende, der engliſchen Herrſchaft gefährliche Vergrößerung tre deutſchen Induſtrie- und Handelsmacht erblickte.

Beide Mächte waren daher gegen Alles, was die Herzogthümer an Deutſchland oder auch nur an Preußen näher anſchließen konnte.

Etwas anders verhielt ſich, wenigſtens im erſten Augenblicke, Frankreich zu der ſchleswig holſteiniſchen Frage.

Man kannte in Frankreich im Grunde ſehr wenig die wahre Bedeutung der Sachlage; im franzöſiſchen Publikum war Schleswig-Holſtein ein völlig unbekanntes Land.

Frankreich hatte außerdem nur geringes Intereſſe daran, das Entſtehen einer deutſchen Seemacht zu hindern, da es um jeden Preis ſowohl Rußland in der Oſtſee, als England auf dem Welt-Meere einen neuen Rivalen wünſchen mußte.

Endlich aber war die Oppoſition gegen Alles, was Guizot gethan, ſo groß, daß man ohne weitere Unterſuchung auch den von dem königlichen Kabinet feſtgehaltenen Anſchluß an die Politik des däniſchen Kabinets verwarf, und ſich ſehr geneigt fühlte, den Herzogthümern blos darum Recht zu geben, weil man Guizot Unrecht gab.

Außerdem erſchien die Erhebung in dem Lichte einer Revolution gegen einen Fürſten, und Frankreich ſah demnach in dieſer Erhebung einen natürlichen Verbündeten.

Bei Allem dem blieb es jedoch, abſorbirt von ſeinen eigenen Fragen, ziemlich gleichgiltig gegen die ganze Sache; und als es endlich namentlich durch den Einmarſch der ſehr wenig revolutionär geſinnten preußiſchen Truppen in die Herzogthümer und dann in Jütland zu fürchten anfing, daß Preußen ſich eine Acquiſition aus den Herzogthümern machen werde, da wandte es ſich mehr und mehr gegen die ſchleswig-holſteiniſche Sache, und trat der Politik Englands bei.

Dieſes geſchah bereits im Monat Mai, und dieſe Stellung hat Frankreich, ohne jedoch ſich beſtimmt in die ganze Angelegenheit einzumiſchen, in allem Weſentlichen beibehalten.

Was Oeſterreich betrifft, ſo beſaß es weder direkte Veranlaſſung, noch auch bei eigener Erſchütterung ſeiner Zuſtände Zeit und Kraft genug, ſich weiter an der Sache zu betheiligen.

Es rückte dieſer Angelegenheit erſt im Jahre 1850 näher durch die Beziehungen, in welche die ſchleswig-holſteiniſche Frage zum deutſchen Bundestage trat.

Dieſes war die allgemeine Lage der politiſchen Verhältniſſe, als die Dänen bei Schleswig ſtanden und die preußiſchen Garde-Regimenter in Rendsburg einrückten.

Es ergab ſich ein allgemeines Reſultat, daß die beiden Hauptmächte, England und Rußland gegen die Anſprüche und die ganze Erhebung der Herzogthümer waren, weil ſie eine Vergrößerung Deutſchlands oder doch Preußens zu Lande und zur See durch die Trennung derſelben von dem däniſchen Königreiche fürchteten.

Dieſes Reſultat war ſo einfach, ſo klar, ſo nothwendig, daß die ganze ſtaatsmänniſche Unfähigkeit der proviſoriſchen Regierung dazu gehörte, um es nicht als die einzige und entſcheidende Hauptſache in der ganzen Lage der Herzogthümer anzuſehen und darnach zu handeln.

Preußen dagegen begriff es ſeinerſeits ſehr wohl; allein es handelte mit einer Halbheit und Unſicherheit, die es in dieſer ganzen ſo ungemein wichtigen Sache in eine höchſt verkehrte, ſeiner Würde und ſeinen Intereſſen gleich ſehr widerſprechende Lage bringen mußten.

Mit jenem Reſultat war nun die Aufgabe der proviſoriſchen Regierung gegeben, als eine ganz beſtimmte und unverrückbare. Verläßt ſie die Bahn, die daſſelbe ihr vorzeichnete, ſo mußte ſie ſich und das Land unausbleiblich in unabſehbare Verwirrungen ſtürzen.

Es erſchien natürlich unmöglich der übereinſtimmenden Abſicht Englands und Rußlands gegenüber den eigenen Willen der Herzogthümer durchzuſetzen. Es war ebenſo unmöglich, für dieſelben ſich wieder in den alten Zuſtand vor dem Jahre 1848 zurück verſetzen zu laſſen.

Die proviſoriſche Regierung hätte daher mit feſter Hand das erſte und eigentliche Bedenken jener beiden Großmächte, warum ſie im Grunde allein gegen die Erhebung und die Forderungen der Herzogthümer auftraten, beſeitigen müſſen.

Sie hätte durch ihr ganzes Auftreten nach Außen hin und durch ihre ganze Verwaltung im Innern den Beweis liefern müſſen, daß ſie um keinen Preis eine abſolute Abhängigkeit der Herzogthümer von Preußen wolle; daß ſie vielmehr beabſichtige, das frühere Maß der Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer gegen Preußen mit allen Mitteln wieder herzuſtellen; und daß ſie dadurch jenen Mächten gebe, was ſie eben hauptſächlich forderten; — eine Garantie dafür, daß die Herzogthümer durch ihren Kampf gegen Dänemark nicht einer mehr oder weniger direkten Einverleibung in Preußen anheimfallen würden.

Dieſes Alles faßte ſich nach allen Seiten hin zuſammen in den Begriff und die Ausführung einer ſelbſtſtändigen Politik der Herzogthümer.

Dieſe Selbſtſtändigkeit konnte natürlich nicht an einem Tage, nicht mit einer Maßregel erreicht werden; aber man konnte ſie zum lebendigen Prinzip des ganzen Auftretens erheben, und dadurch das wachſame und richtig urtheilende Intereſſe jener beiden Großmächte verſöhnen.

Auf der andern Seite war Preußens Aufgabe, vom höhern Standpunkte aus betrachtet, ganz dieſelbe Aufgabe.

Preußen mußte ſich vernünftigerweiſe ſagen, daß es als fünftes und ſchwächſtes Glied der Großmächte durchaus außer Stande ſeyn werde, die Herzogthümer für ſich gegen den entſchiedenen Willen jener Mächte zu gewinnen.

Durch die Verhältniſſe war Preußen nun allerdings veranlaßt worden, ſich der Sache der Herzogthümer Dänemark gegenüber anzunehmen; und hatte ſeine Garde-Regimenter, Kaiſer Franz und Alexander, nach Rendsburg geſchickt, um den erſten Stoß der Dänen aufzuhalten.

Bei der gänzlichen Auflöſung der ſchleswig-holſteiniſchen Macht war Preußen thatſächlich nicht blos Herr der Kriegsführung, ſondern wirklich Herr im ganzen Lande.

Es hatte daher allerdings in Wirklichkeit bereits gerade die Stellung, welche ihm weder von England, noch von Rußland gelaſſen werden konnte, und die unter jeden andern Umſtänden eine vollſtändige Kriegserklärung gegen Beide geweſen wäre.

Allein eben die außerordentlichen Umſtände jener Zeit ließen das Ungewöhnliche als ein Gewöhnliches erſcheinen, und mit der bloßen noch zuſammenhangloſen Beſetzung mit der bloßen noch zuſammenhangloſen Beſetzung Holſteins war für die preußiſche Politik noch keine Entſcheidung gegeben.

Das Bedenken jener beiden Mächte konnte erſt da beginnen, wo Preußen das jenige, was ihm der Augenblick geboten hatte, zu einem Dauernden zu machen ſuchte.

Preußen mußte dieſes erkennen, denn es war gar nicht möglich, es nicht zu begreifen. So wie es Jenes that, mußte es wiſſen, daß es in der ganzen ſchleswig-holſteiniſchen Frage die Geſammtheit der europäiſchen Diplomatie gegen ſich haben und gegen die Herzogthümer wenden werde.

Es konnte nun freilich auf dieſen möglichen Fall hin verfahren, wie es verfuhr; allein dann mußte es, dieſer Herzogthümer wegen, wie einſt für Schleſien, auf einen europäiſchen Krieg gefaßt ſeyn, den es nur durch ein Aufbieten des ganzen Deutſchlands und mithin durch den Umſturz der ganzen Verfaſſung des deutſchen Reiches, dem ſeine eigene gefolgt wäre, in dem Untergange hätte ertragen können.

Es war nach dem herrſchenden Syſtem und nach den Perſönlichkeiten mehr als unwahrſcheinlich, daß dieſes geſchehen werde; mithin blieb nur Eines übrig.

Da es vorausſichtlich die ganze Gegnerſchaft der europäiſchen Diplomatie in dem Maße mehr ſich zuziehen mußte, in welchem es die Herzogthümer von ſich abhängig machte, ſo mußte es, um wirklich freie Hand zu behalten, ſo viel als möglich die Entwicklung der Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer fördern.

Es mußte genug Sicherheit des ſtaatsmänniſchen Urtheils beſitzen, um ſich ſagen zu können, daß dieſe Selbſtſtändigkeit die Herzogthümer unbedingt doch bei der fortwährenden Gefahr, die von Dänemark drohte, dem preußiſchen Kabinet in die Arme treiben werde, und daß es dann, wenn auch nicht in den Herzogthümern, ſo doch über dieſelben herrſchen werde.

Es mußte von der Lage der Dinge zu erwarten wiſſen, was es mit ſeiner direkten und ausſchließlichen Einmiſchung und Bevormundung nie erreichen konnte.

So beweiſen alle Verhältniſſe und Berechnungen in gleicher Weiſe und in einem gleichen Maße, daß in der möglichſten Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer der einzige Ausweg aus der ſehr ernſten Verwicklung gefunden werden könne, die mit der Erhebung herannahte.

Nie iſt ein Grundſatz für die Herzogthümer wie für Preußen klarer geweſen, und nie hat das Verkennen des Großen und Allgemeinen über dem Halben und Vereinzelten traurigere Folgen gehabt.

Was thaten nun Preußen einerſeits und die Herzogthümer andererſeits dieſer Schlage gegenüber? Preußen hatte weder den Muth, die Sache der Herzogthümer bis zu ihrer letzten, zwar ſehr ernſten, aber doch unvermeidlichen Konſequenz auf ſich zu nehmen, und die Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer zu einer diplomatiſchen und öffentlich rechtlichen Thatſache zu machen, noch auf den, die Herzogthümer in ſeinen eigenen oder im Namen Deutſchlands ſich oder Deutſchland als Provinz einzuverleiben.

Es wollte die Herzogthümer von ſich abhängig erhalten, und doch den Schein haben, als beabſichtige es die Rechte des Königs von Dänemark und damit

die frühere politische Stellung der Herzogthümer wieder herzustellen.

Es wollte durch das Erstere sein eigenes Interesse, durch das Zweite das der europäischen Diplomatie befriedigen.

Dieses war ein absoluter, unlösbarer Widerspruch; denn statt Beides zugleich zu erreichen, gab es seinem Erzfeinde, Rußland, eine Handhabe, um ihm eine Niederlage nach der andern in den Augen Europa's beizubringen, die um so demüthigender waren, als sie ihm durch die Hand des kleinen, halb verachteten Dänemark zugefügt wurden.

Preußen verlor durch die eigensinnig beibehaltene Vertretung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten allen Einfluß, den es früher in Dänemark gehabt hatte, und durch die Vernichtung jeder Selbstständigkeit der Herzogthümer verfeindete es sich die Stimmung dieser Lande ebenso sehr als die des Königreichs Dänemark.

Preußen ward gezwungen, den Dänen dienstbar zu werden, ohne der Verbindung Holsteins mit seiner Macht auch nur einen Zoll breit näher zu kommen; und so hat Preußen seit dem Jahre 1806 nie mehr verloren, als durch eigene Schuld in der Angelegenheit von Schleswig-Holstein.

Die provisorische Regierung der Herzogthümer dagegen begriff gar nicht, welche Bedeutung die schleswig-holsteinische Frage habe, und in der Angst vor dem dänischen Heere einerseits, und der altbergebrachten Hochachtung vor Preußen andererseits, warf sie sich nun ohne weiteres Bedenken den Preußen rückhaltslos in die Arme.

Sie hat sich niemals zu der Idee erhoben, daß die Herzogthümer nach einer Selbstständigkeit ihrer Politik streben könnten, vielweniger dafür etwas Bestimmtes gethan.

In ihrer ganzen Zusammensetzung zeigte sie so offen ihre völlige Haltlosigkeit in den wahrhaft großen Fragen, deren Mittelpunkt die Herzogthümer bildeten, daß die Großmächte auch nicht einen Augenblick daran dachten, in ihr jene Garantie gegen eine indirekte Einverleibung in Preußen zu finden, die sie allein hätte veranlassen können, nicht die entschiedenen Gegner der schleswig-holsteinischen Erhebung und ihrer Ansprüche zu werden.

Aber nicht allein die provisorische Regierung theilte diese Ansicht, sondern auch die alte Landes-Vertretung stand durchaus nicht auf der Höhe der Frage; und doch wäre sie das einzige Organ gewesen, welches unter diesen Umständen die Regierung in die richtige Bahn hätte lenken können.

So kam es, daß die Herzogthümer sofort nach ihrer Erhebung Dasjenige wurden, was sie ohne äußerste Gefahr für ihre eigene Zukunft niemals werden dürften; nämlich ein willenloses, von der preußischen Macht besetztes Territorium, das keine einzige Großmacht der andern gönnen durfte, und das dennoch, einmal von Dänemark getrennt, einer von ihnen anheimfallen zu müssen schien.

Dieses war schon im April 1848 die Grundlage aller Zustände der Herzogthümer. England ward darüber mit Recht unmuthig, und Rußland freute sich darüber mit einem nicht geringen Rechte.

Immer aber sieht es bedenklich aus für eine europäische Frage, wenn England zürnt und Rußland zufrieden ist.

Auf diese Weise wurde der ganzen Erhebung Schleswig-Holsteins von Anfang an ein Charakter aufgeprägt, dessen sie sich niemals wieder hat entäußern können. Das Volk aber begriff die Sache ebenso wenig als die Regierung.

Das Entstehen einer Reihe halb demokratischer, halb sozialer Bewegungen hinderte endlich auch für die höher Stehenden den freien Ueberblick. Dazu kam das eigenthümliche Verhältniß, in welchem die Herzogthümer zu Deutschland standen.

Somit ging auch der letzte Rest von eigener Selbstständigkeit in der Politik und der Verwaltung dieses Landes unter.

So bestimmt, so unzweifelhaft war dem ganzen Gange der Dinge dieser Charakter, theils durch die ersten großen Maßregeln, theils durch die herrschenden Persönlichkeiten aufgeprägt, daß Diejenigen, welche unbeirrt den Blick auf das Ende richteten, bereits in dem ersten Monate der Erhebung laut und offen erklärten, daß diese Erhebung eine verfehlte sey, und daß sie, krank an inneren Widersprüchen, zu keinem glücklichen Ausgang kommen könne.

Hält man nun jene allgemeine Grundlage der Dinge in Schleswig-Holstein fest, so wird die scheinbar absolute Verwirrung und Endlosigkeit des Kampfes und der diplomatischen Versammlungen, die nun hervortreten, sich als ein einfaches und innerlich beutlich zusammenhängendes Ganze ergeben.

Die großen und mächtigen Interessen, welche in der schleswig-holsteinischen Frage sich entgegen stehen, und welche sofort mit ihrem Auftreten sich gegenseitig bestimmend kreuzen und bekämpfen, machen die Darstellung jetzt schwierig, wie sie damals das Verständniß dessen, was eigentlich vor sich ging, Vielen gänzlich nahmen, Andere verwirrten.

Es ist daher nothwendig, die beiden Hauptgebiethe, in welchen jene Geschichte vorläuft, von einander zu schieden, da sie fast zwei Geschichten neben einander bilden.

Das eine Gebieth ist das der europäischen Diplomatie, das andere Gebieth ist das des materiellen Kampfes auf der cimbrischen Halbinsel.

Kaum war also die provisorische Regierung in Rendsburg eingezogen, und jede Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mit Dänemark verschwunden, als jene im Gefühle ihrer Schwäche und Unfähig zu jeder großartigen selbstständigen Maßregel, sofort sich auf allen Seiten nach fremder Hilfe umsah.

Am natürlichsten war es dabei, sich sogleich an Preußen und an die neue Gewalt zu wenden, welche aus dem alten Bundestage hervorgehen zu wollen schien.

Man schickte daher sogleich nach Berlin und Frankfurt. An den Bundestag schickte man, nachdem man

zuvor in einem Schreiben vom 26. März die Erbhuldigung der Herzogthümer und die Einsetzung der provisorischen Regierung anzuzeigen hatte, den Justiz-Rath Schleider mit einer Eingabe der provisorischen Regierung, die neben der historischen Erklärung der Geschichte des Aufstandes das dringende Gesuch enthielt, mit Zuthiethen der Bundesmacht den bedrängten Herzogthümern zu Hilfe zu kommen, dann aber auch die Bitte, das Herzogthum Schleswig in den deutschen Bund aufnehmen zu wollen.

Dieses Aktenstück war am 28. März von Droysen abgefaßt. Man bedachte offenbar nicht, was man that, nachdem man durch die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund nicht blos den Verträgen vom Jahre 1815 den ersten Stoß gab, sondern auch dem jungen Deutschland ein hochwichtiges Gebiet zulegte; doch blieben in jener Zeit auch größere Staatsmänner von Unvorsichtigkeit nicht frei, und dieser Schritt schien wenigstens das Natürlichste und Erfolgreichste, was man thun konnte.

Nachdem Schleiden seine Botschaft ausgerichtet hatte, wurde sofort der engere Bundesrath berufen, und schon am 2. April eine Sitzung gehalten. In dieser Sitzung zeigten Hannover, Mecklenburg und Hamburg an, daß sie von der preußischen Regierung zur Leistung der Bundeshilfe aufgefordert seyen, aber erst einen Bundesbeschluß erwarten wollten.

Hannover besonders forderte ein energisches Auftreten gegen Dänemark. Der dänische Bundestagsgesandte Pechlin erklärte dagegen, »daß es Dänemark wegen der äußerst aufgeregten und in der Hauptstadt unwiderstehlich manifestirten dänischen Nationalgesinnung völlig unmöglich gewesen sey, die Erhaltung des alten Bundes zwischen Schleswig und Holstein zu bewirken, da es alsdann auch für Schleswig hätte dem deutschen Bunde beitreten müssen.«

Uebrigens sey durchaus kein Grund vorhanden, das zehnte Armee-Korps oder die preußischen Truppen aufzubieten, da Dänemark in keiner Weise beabsichtige, einen Angriff auf das Territorium des Bundes zu machen.

Dänemark verwahre sich daher auf das entschiedenste gegen jede Dazwischenkunft Preußens und beantrage dagegen, »bei der hohen Bundes-Versammlung nicht allein die Verbinderung des Fortgangs dieser Dazwischenkunft, sondern auch die des Anzugs von Freischaaren nach den Herzogthümern.«

Nach diesen Erklärungen blieb im Grunde kein Zweifel über die wahre Meinung Dänemarks übrig. Es beharrte ganz entschieden auf seinen Absichten gegen die Herzogthümer, und wenn es auch eine Vermittlung wünschte, so wollte es sie doch offenbar in Beziehung auf Schleswig nicht zulassen.

Das Präsidium schlug darauf vor, einen Ausschuß von sieben Mitgliedern zur Begutachtung dieser Angelegenheit niederzusetzen, was auch angenommen ward.

Dieser Ausschuß berieth am 3. April, und am nächstfolgenden Tage kam der erste wichtige Bundesbeschluß zu Stande, welcher die königliche preußische Regierung aufforderte, Namens des deutschen Bundes das Vermittlungsgeschäft zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu übernehmen, und als Grundlage dieser Vermittlung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung des status quo ante anerkannte.

Mit diesem Bundesbeschluß hatte Preußen nun wirklich eine zwar sehr schwierige, aber auch eine sehr bedeutsame Stellung eingenommen.

Es trat an die Spitze der ganzen deutschen Politik des Nordens, und wenn ein Krieg entstand, so mußte ihm vorausschtlich die Kriegführung ganz Nord-Deutschlands, ja vielleicht des ganzen Nordens übergeben werden.

Es war seinem nie aufgegebenen Ziele, der Hegemonie nämlich der Obergewalt, wenigstens in Nord-Deutschland, einen wichtigen Schritt näher gerückt.

Jetzt kam es darauf an, wie es in dieser Beziehung auftreten werde; denn mehr als jemals hing jetzt gerade vom preußischen Kabinet die Zukunft dieser großen Frage ab.

Das Nächste, was nun geschehen mußte, lag indessen in der That so nahe, daß über seinen Inhalt kein Zweifel obwalten konnte.

So wie man in Kopenhagen erfuhr, daß die schleswig-holsteinische Sache Gegenstand der Theilnahme des Bundes werde, und daß namentlich Preußen dieselbe in seine Hand nehme, begriff man die Unmöglichkeit, ganz allein den Stoß auszuhalten, der von dieser Seite kommen mußte.

Es gingen daher sogleich Depeschen nach Rußland, Schweden und England ab, in welchen diese drei Mächte, besonders England auf das Dringendste aufgefordert wurden, Hilfe gegen Preußen zu leisten. In London vorzüglich, wo man den preußischen Einfluß am schwersten zu bekämpfen hatte, berief man sich auf die Verträge vom Jahre 1721 und stellte schon damals die Garantie Englands als eine Pflicht zur Unterstützung gegen die Herzogthümer auf.

In Schweden berief man sich auf die Gefahr, welche dem ganzen Norden drohe. In Rußland endlich stellte man außer den naheliegenden allgemeinen Erwägungen die Versprechungen eines geheimen Familien-Traktats vom Jahre 1785, dessen Existenz ziemlich gewiß ist, und der den beiden Mächten die gegenwärtigen und zukünftigen Besitzungen garantirt, an die Spitze.

Auf diese Weise verschlang sich, bevor noch acht Tage der schleswig-holsteinischen Erhebung gefolgt waren, die schleswig-holsteinische Frage zu einem festen Knoten, und alle Mächte des Nordens wurden mit und wider ihren Willen mit hineingezogen.

Preußen erkannte sofort die große Schwierigkeit, die ihm bei einer solchen Sachlage diese Angelegenheit bereiten werde. Es konnte mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Rußland ein Nachgehen Dänemarks und eine Eroberung der Herzogthümer durch Preußen nicht dulden würde; es mußte das Widerstreben Schwedens und endlich sogar das ernsthafte Bedenken Englands fürchten; denn wer stand am Ende England dafür, daß bei einem wirklichen Kriege Preußen nicht Jütland und dann auch Fünnen einnehmen werde?

Preußen hatte daher in der Diplomatie keine Freunde; dagegen war es aber dennoch gezwungen, die schleswig-holsteinische Sache mit allen ihren Konsequenzen zu übernehmen; denn nur dadurch hielt es die vielgewünschte Hegemonie fest, und befriedigte sein Volk, in dem die deutschen Sympathien damals die Alleinherrschaft hatten.

Preußen mußte den Kampf übernehmen, auf die Möglichkeit bin, mit halb Europa in einen Krieg zu kommen; aber es that es ungerne, weil es sehr gut wußte, daß es diesen Krieg nur durch ein Aufgehen in Deutschland werde durchführen können.

Es suchte daher in dieser Lage nach einem Auswege, und fand den schlechtesten, den es wählen konnte. Kaum war das preußische Kabinet am 3. April sicher benachrichtigt von dem erwähnten Bundesbeschluß, der am 4. April gefaßt werden sollte, als es sogleich einen geheimen Abgesandten an das dänische Kabinet schickte, der bereits in der Nacht vom 4. zum 5. April durch Rendsburg ging.

Dieser Abgesandte, der Major von Wildenbruch, hatte den Auftrag, dem Könige von Dänemark die Lage der Dinge auseinander zu setzen, und besonders dem dänischen Kabinet vorzustellen, daß Preußen nicht anders habe handeln können, als die Leitung der Vermittlung anzunehmen; daß aber Preußen, wenn Dänemark nur den einmal geforderten status quo ante anerkannt, gerne gegen Dänemark in jeder Weise seine guten Dienste anbiethe.

Es ist wahrscheinlich, daß schon damals darauf hingewiesen ward, daß Preußen eine Theilung Schleswigs als die Grundlage einer Verständigung zwischen Dänemark und den Herzogthümern annehmen wolle, unter der Voraussetzung allerdings, daß der südliche Theil von Schleswig, dann dem deutschen Bunde einverleibt und mit Holstein verbunden werde.

Allein man hatte in Berlin offenbar das wahre Sachverhältniß, die ganze Schwäche der Regierung dem aufgeregten, besonders von der Eiderdänen-Partei beherrschten Volke gegenüber falsch aufgefaßt.

Es ist zweifelhaft, ob die dänische Regierung, wenn sie auf jenen Antrag eingehen gekonnt hätte, es gewollt haben würde; gewiß aber ist, daß sie, wenn sie es wollte, es doch nicht gekonnt hätte.

Die Aufregung in Kopenhagen war zu groß; die Truppen waren schon ausgerückt und die Regierung sprachlos.

Außerdem mußte aber ein solcher Antrag in einem solchen Augenblicke, wo Dänemark, Rußland und Schweden für sich und England noch keineswegs gegen sich hatte, fast wie eine Bitte um Nachgeben erscheinen; daher erklärte jetzt das dänische Kabinet, sich auf diese Anträge nicht einlassen zu können.

Jetzt hätte Preußen, wie es seine Würde forderte, zurücktreten müssen, allein der Major von Wildenbruch hatte zu bestimmte Instruktionen und breitete sich, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen, nachdem er vergeblich mündlich mit ihm konferiret hatte, auch schriftlich den eigentlichen Zweck seiner Sendung in der spätere vielbesprochenen Note vom 8. April mitzutheilen.

Diese Note wirft auf die damalige Lage der preußischen Vermittlung ein zu helles Licht, als daß sie nicht hier ganz mitgetheilt werden sollte, und war folgenden Inhalts:

„Der Unterzeichnete mit einer außerordentlichen Sendung Sr. Majestät des Königs von Preußen an Se. Majestät den König von Dänemark gesendet, beehrt sich, mit seinen mündlichen Aeußerungen übereinstimmend, den Zweck seiner Sendung Sr. Excellenz dem königlich dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten noch einmal darzulegen.

Dieser Zweck ist, Sr. Majestät dem Könige von Dänemark die Ansichten der preußischen Regierung über die schleswig-holsteinische Frage vorzulegen und deren volle Mitwirkung anzurogen, sobald die dänische Regierung sich entschließen würde, auf einen Versuch zur friedlichen Lösung des rücksichtlich der Herzogthümer bestehenden Zerwürfnisses einzugehen.

Preußen kann und will den Beschlüssen nicht vorgreifen, welche der deutsche Bund über Fragen, die er seiner Kompetenz unterwirft, treffen wird. Es kann jetzt nur seine Ansicht über eine mögliche Ausgleichung des Streits darlegen, und diese einzuleiten suchen.

Preußen wünscht vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig-Holstein ihrem König-Herzog zu erhalten, und ist weit davon entfernt, seinem eigenen Interesse oder dem Ehrgeize dritter Personen dienen zu wollen.

Im Interesse Dänemarks aber, so wie dem aller Nachbar-Staaten liegt es, daß die deutschen Fürsten sich der Angelegenheit kräftig annehmen, und einzig der Wunsch, die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands zu verhindern, sich unheilbringend einzumischen, bewog Preußen zu den gethanen Schritten.

Das Einrücken preußischer Truppen in Holstein hatte den Zweck, das Bundesgebieth zu sichern und zu verhindern, daß die republikanischen Elemente Deutschlands, an welche die Herzogthümer als letztes Mittel der Selbsterhaltung hätten appelliren können, sich der Sache bemächtigten.

Die Idee einer Nordalbing'schen Republik, welche bereits hervorgetreten ist, ist zeigenet, sowohl Dänemark als die deutschen Nachbarländer ernstlich zu gefährden.

Preußen wird in dieser Stellung abwarten, ob Dänemark zu einer friedlichen Ausgleichung die Hand biethet oder nicht.

Sehr bereit ist der Unterzeichnete, so viel an ihm liegt, daß die von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark als erste Bedingung friedlicher Unterhandlungen gestellte Forderung der Zurückziehung preußischer Truppen aus der Altstadt Rendsburg erfolge.

Eine friedliche Ausgleichung ist jetzt noch möglich; sie wird es aber nicht mehr seyn, wenn der König von Dänemark in einem erbitterten Kampfe seinen deutschen Unterthanen gegenüber getreten seyn wird; der, den unwahrscheinlichen Fall auch angenommen, daß Dänemark der Kraft des gesammten Deutschland gegenüber als Sieger bleiben würde, einen dauernden

Beſitz und bleibenden Beſitz für Dänemark niemals begründen kann.

Der eigene Vortheil Dänemarks iſt es, den Preußen im Zuge hat, ſeine Größe, ſeine Selbſtſtändigkeit will es, die ihm durch Abreißung der Herzogthümer bedroht ſcheint, und iſt erbötig, dazu mitzuwirken.«

Natürlich mußte nach dieſer Note Preußen in einem ganz beſonders Lichte vor der däniſchen Politik erſcheinen; denn es hatte ziemlich offen geſtanden, daß es in der ſchleswig-holſteiniſchen Sache gar keine eigene Politik, am wenigſten eine dem däniſchen Kabinet feindliche Politik habe; daß es den Grimm der Deutſchen gegen die Dänen keineswegs theile; daß es vielmehr um jeden Preis die Herzogthümer für Dänemark erhalten wolle; daß Dänemark ſomit nichts von Preußen, ſondern nur von den Elementen zu befürchten habe, welche Preußen zu ſeinem derartigen Auftreten gezwungen hätten.

Von da an hatte Dänemark alſo Preußen diplomatiſch ſchon beſiegt. Man ſah mit Ruhe, ja faſt mit Hohn auf Preußens Auftreten; man erweiterte ſeine Bemühungen mit Kälte, und bedachte ſich keinen Augenblick, einen Krieg anzufangen, der unter andern Umſtänden in vier Wochen mit der Vernichtung Dänemarks geendet hätte.

Ja, als ſpäter Preußen ſich dennoch gezwungen ſah, zu den Waffen zu greifen, da konnte man in dem däniſchen Volke dreiſt die Meinung verbreiten, daß Preußen durchaus in friedlicher Abſicht komme, daß Preußen die Herzogthümer nur ſcheinbar vertheidige, und im Grunde der beſte Freund von Dänemark ſey; wozu die folgenden Ereigniſſe des Mai-Monats die Aufklärung lieferten.

Ja man ging ſogar ſo weit, jene Note des Majors von Wildenbruchs zu veröffentlichen und Preußens gänzliche Unſelbſtſtändigkeit auf dieſe Weiſe gegen allen Gebrauch auszubeuten.

Aber Alles dieſes brachte Preußen nicht von ſeiner balben Politik ab. Dänemark jedoch, ſeinen Vortheil erſehend, brach darauf die weitern Verhandlungen ab, was in denſelben Tagen geſchah, wo die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen bei Bau geſchlagen wurden und bis auf die Eider zurückgingen, wodurch die Dänen gewonnenes Spiel zu haben glaubten.

Während dieſe Verſammlungen direkt mit Dänemark Statt fanden, fing Preußen zugleich in London ſeine diplomatiſche Thätigkeit an.

Wie ſchon erwähnt worden, hatte Dänemark bereits durch eine Eingabe vom Anfang des Monats April die ſchleswig-holſteiniſche Frage in ſeinem Sinne dargeſtellt, und beſonders England aufgefordert, ſeine Garantien vom Jahre 1721, nach welchen England dem Königreich Dänemark den ungeſtörten Beſitz von Schleswig zugeſichert haben ſollte jetzt, wo Schleswig bedroht werde, beſonders gegen die Forderungen Deutſchlands und Preußens zur Ausführung zu bringen. In Enaland hatte man ſich bisher wenig um Schleswig-Holſtein gekümmert.

Preußens Geſandter, der als Diplomat und als Schriftſteller gleich ausgezeichnete Ritter von Bunſen hatte daher die beſtimmteſte Veranlaſſung, nur bei dem engliſchen Kabinete aufzutreten. Er that dieſes, nachdem er das wahre Sachverhältniß darlegte, die Rechte der Herzogthümer auf ihre beſtändige Verbindung nachwies, und den Angriff Dänemarks als einen zwar an Intereſſe des Königreichs, aber nicht in ſeinem Rechte liegenden Angriff darſtellte.

Zugleich hatte Bunſen den Auftrag, dem engliſchen Kabinete in ähnlicher Weiſe, wie der Major von Wildenbruch, dieſes dem däniſchen Kabinet eröffnet hatte, zu verſtehen zu geben, daß Preußen keineswegs den Krieg wünſche, und vielmehr ſehr gerne eine Vermittlung eingehen und ſelbſt ſich eventuell zu einer Theilung von Schleswig herbeilaſſen werde; daß aber das däniſche Kabinet ſich auf Nichts einlaſſen wolle, und daß Preußen daher nicht Schuld daran ſey, wenn ernſthafte Folgen aus dieſer Hartnäckigkeit entſtehen würden.

Bunſen arbeitete dieſe Anſichten zu einem kurz nachher veröffentlichten Memoir aus, welches unter den diplomatiſchen Schriften aller Zeit ſtets einen ausgezeichneten Rang durch Klarheit ſeiner Faſſung und richtige Beachtung der Verhältniſſe behalten wird.

Indeſſen erreichte Preußen dadurch nichts, als daß England auf die Sachlage mehr und mehr aufmerkſam wurde; zugleich waren auch die Dänen keineswegs müßig.

Orla Lehmann ging ſelbſt nach London, und wußte mit ſeiner gewandten und einnehmenden Weiſe ſich bei den Torves oder der Hofpartei Eingang zu verſchaffen, die um ſo entſchiedener ſich der Sache Dänemarks anzunehmen anfingen, je weniger Palmerſton geneigt ſchien, gegen Preußen Partei zu nehmen.

Orla Lehmann ſtellte die Erhebung der Herzogthümer in England als einen Kampf des Pöbels gegen die Monarchie und das Beſtehende dar, wie er in Paris denſelben als den Kampf der ariſtokratiſchen Grundbeſitzer gegen die liberale Richtung des däniſchen Kabinets darzuſtellen wußte.

Es gelang ihm darum auch bald, die »Times« für die däniſche Sache zu gewinnen, wenn auch nicht ohne bedeutende Koſten; und ſo erſchienen ſchon Anfangs April mehrere ſchmähende Artikel dieſes käuflichen, immer aber reaktionären Zeitungsblattes gegen die Schleswig-Holſteiner, die gegen das Bunſen'ſche Memoir ein zweites Publikum und eine zweite öffentliche Meinung aufzuſtellen ſuchten.

Allerdings mußte Orla Lehmann dabei eine ernſte Zurechtweiſung von Bunſen hinnehmen, doch ward ſchon dadurch die beſtimmte Theilnahme Englands paraliſirt; und da die Schleswig-Holſteiner ſelbſt weder etwas thaten noch thun wollten, ſo konnten die Dänen annehmen, daß ſie in London ebenſo viel Terrain wie die Preußen gewonnen hätten; und ſo geſchah es auch, daß Preußen ſich in der ganzen ſchleswig-holſteiniſchen Frage durchaus iſolirt fühlte.

Dazu kam noch, daß man in Berlin verſäumte, ſich zur rechten Zeit und in der gehörigen Weiſe an Schweden zu wenden, und ſich dadurch das Stockholmer Kabinet faſt gänzlich entfremdete.

Preußen ſtand alſo im Anfang des Monats April allerdings allein; es hatte wohl ganz Deutſchland hinter ſich und keinen offenen Feind; aber dennoch gehörte ein friſcher und ſelbſtthätiger Muth dazu, um dieſe Stellung zum Vortheil Preußens auszubeuten.

Dieſen Muth beſaß man nicht; und auf dieſe Weiſe war die Entwickelung der Dinge in der diplomatiſchen Welt gleich vom Anfang an aus den Händen Preußens genommen, und den Umſtänden in die Hände gegeben. Dieſes war nun die Sachlage im Anfang des April-Monats.

Während dieſes in London, Kopenhagen, Stockholm und Berlin geſchah, und auch in Frankreich die Stimmung ſich nach und nach der däniſchen Politik wieder zuwendete, gingen die Dinge in Deutſchland ihren Weg, und riſſen die Haltloſigkeit Preußens mit ſich fort, ohne daß man auch hier beiderſeits wußte, wie weit man gehen und wohin man kommen werde.

Nach dem Beſchluſſe vom 4. April reiſte Pechlin von Frankfurt ab. Von Rendsburg aus war Droyſen als einer der ſiebenzehn Vertrauensmänner nach Frankfurt geſchickt und hier angenommen worden, wenn gleich der Bundestags-Präſident im Anfange Zweifel und Bedenken über ſeine Zulaſſung ausſprach. Droyſen, als Mitglied der Vertrauensmänner, war Anfangs ungemein thätig. Die große Begeiſterung, welche die Erhebung Schleswig-Holſteins und die Bitte der proviſoriſchen Regierung, Schleswig in den deutſchen Bund aufzunehmen, in ganz Deutſchland erweckt hatten, kam ihm zu Hilfe, und Preußen mußte dringend wünſchen, daß von Frankfurt und beſonders vom Bundestage aus, ſeinem Einſchreiten ein kräftiger Rückhalt gegeben werde.

Beſonders von Droyſen ging auch der Antrag der Siebenzehner Vertrauensmänner an den Bundestag aus, der am 10. April geſtellt ward: 1) daß die proviſoriſche Regierung für Schleswig-Holſtein im Sinne ihres eigenen Antrags von Seiten des deutſchen Bundes anerkannt werden möge; und 2) daß von der hohen Bundes-Verſammlung das Nöthige dieſerwegen veranlaßt werde, um die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutſchen Bund baldigſt zu bewerkſtelligen.

In Folge dieſes inhaltsſchweren Antrags nahm darauf die Bundes-Verſammlung einerſeits dem Drange der öffentlichen Meinung gegenüber haltlos, andererſeits von Preußen gedrängt, den wichtigen, insbeſondere auch von Dahlmann unterſtützten Beſchluß vom 12. April an, welcher Beſchluß dahin lautete: »Auf den Antrag des Ausſchuſſes für die ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten erklärt die Bundes-Verſammlung in Verfolg ihres Beſchluſſes vom 4. April die ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten betreffend: 1) daß im Falle königlich däniſcherſeits die Einſtellung der Feindſeligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten däniſchen Truppen nicht erfolgt ſeyn ſollte, dieſes zu erzwingen ſey, um das durch den Bund zu ſchützende Recht Holſteins auf die Union mit Schleswig zu bewahren.

2) Da nach ihrer Ueberzeugung die ſicherſte Verbürgung jener Union durch den Eintritt Schleswigs in den deutſchen Bund erlangt werden würde, die preußiſche Regierung zu erſuchen, bei Gelegenheit des Vermittlungsgeſchäfts auf dieſen Eintritt hinzuwirken.

3) daß ſie die proviſoriſche Regierung von Schleswig-Holſtein, welche ſich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens deſſelben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte konſtituirt hat, als ſolche und in dieſem Maße anerkenne, und dafür von der vermittelnden königlich preußiſchen Regierung erwarte, daß ſie die Mitglieder dieſer proviſoriſchen Regierung und ihre Anhänger gegen die däniſchen Behörden in Schutz nehme.«

Dieſes war ein ſehr wichtiger Schritt. Zuerſt allerdings gewann Preußen dadurch vollkommen freie Hand in ſeinen Angriffen auf Dänemark, und die deutſchen Truppen ordneten ſich ihm, ſo wie die ganze deutſche Diplomatie vollſtändig unter.

Allein zugleich ward es in Dänemark durch dieſen Beſchluß möglich, den Angriff der Preußen und die Theilnahme Deutſchlands an der ſchleswig holſteiniſchen Sache in Europa darzuſtellen, als einen Versuch der jungen deutſchen Macht, ihre Exiſtenz ſofort mit Eroberungen zu beginnen.

Die Schwierigkeit der Lage, in welcher Preußen ſich befand, verdichtete ſich damit gleichſam. Dänemark fühlte und wußte, daß die jetzigen Großmächte auf keinen Fall eine Vergrößerung Preußens leiden, und einem Eroberungskriege, Deutſchland ſich mit aller Gewalt entgegen ſtellen würden.

Obwohl zu einem ernſtlichen Widerſtande unfähig, erwartete Dänemark doch Preußen jetzt feſten Fußes in Schleswig, bereit bei jedem Angriffe der Deutſchen die ganze Diplomatie zu Hilfe zu rufen, und war überzeugt, daß Preußen unter dieſen Umſtänden niemals das Aeußerſte wagen werde.

Preußen dagegen, ungewiß über die Zukunft der Dinge in Deutſchland, wollte weder die deutſchen Sympathien durch Nachgeben gegen die Dänen verlieren, noch auch durch entſcheidendes Handeln ſich halb Europa zum Feinde machen.

Es wußte zu gut, daß es dieſem Stoß nur um den Preis einer vollſtändigen Umwälzung der deutſchen Verhältniſſe werde ausbalten können.

In dieſer Ungewißheit hielt es ſich noch einige Tage vom ernſtlichen Vorrücken in Schleswig zurück. Der Major von Wildenbruch war nach der Beendigung ſeiner vergeblichen Unterhandlungen von Sonderburg, wo der König von Dänemark reſidirte, in das preußiſche Lager zurückgekehrt und wartete auf Inſtruktionen.

In Berlin konnte man zu keinem Entſchluſſe kommen; der ruſſiſche Einfluß lähmte ſchon damals jeden Willensakt, und ſo mußte wieder der Anſtoß von Außen kommen.

Während die Diplomatie ſich immer tiefer in die ſchleswig holſteiniſche Frage hinein arbeitete, ohne einen Ausgang zu ſehen, ging das damals noch friſche Gefühl des deutſchen Volkes gerade auf das Ziel zu.

Man wollte in Deutſchland das Ende dieſes ſcheinbar ſo unbedeutenden Krieges; man wollte zeigen, daß Deutſchland die Völker, die ſich in ſeine Arme

werfen, zu ſchützen wiſſe; man wollte Ruhm und Sieg für die jungen deutſchen Farben.

Die mittlern deutſchen Mächte beſonders betrachteten den Krieg als eine Ableitung für die gewaltige Bewegung des Volks; die höchſten deutſchen Behörden waren nicht im Stande, beſonders da Oeſterreich durch die innere Zerrüttung gelähmt war, dem wachſenden Dinge der öffentlichen Meinung ſogleich zu widerſtehen.

Am 14. April ſtellten daher in der Bundes-Verſammlung, Braunſchweig und Naſſau den Antrag, Preußen die unmittelbare Leitung des Kriegs zu übergeben.

Der Militär-Ausſchuß des deutſchen Bundes prüfte die Frage, und ſchon am 15. April beſchloß der Bund, Preußen zur Stellung eines Ober-Befehlshabers über die in Schleswig-Holſtein agirenden Truppen aufzufordern, die Kontigente des zehnten Armeekorps für den Krieg bereit zu halten, und die Küſten, ſo weit es in ſeiner Macht ſey, zu ſchützen. Nun mußte ſich jetzt Preußen entſcheidend ausſprechen.

Die militäriſche Bewegung, welche während dieſer Zwiſchenzeit eingetreten war, begründet ſich auf die hier folgende Darſtellung.

Nachdem am 8. April 1848 die Schleswig-Holſteiner bei Bau von den Dänen geſchlagen waren, drangen die Letztern in einem raſchen Zuge vorwärts. Das nächſte und hauptſächlichſte Ziel ihres Marſches war die Stadt Schleswig.

Das Terrain bietet hier, nachdem der linke Flügel den Dänen durch die Schlei, der rechte Flügel durch die Reſte des alten Dannewirke, das Centrum durch das Schloß Gottorf geſchützt war, eine ſehr feſte Stellung.

Dieſe Stellung beherrſcht den ganzen Reſt von Schleswig, denn von Schleswig führt eine breite Straße nach Rendsburg und Eckernförde, die beide nur wenige Stunden entfernt ſind.

Die Dänen befeſtigten dieſe Stellung auf alle nur mögliche Weiſe. Zugleich ſchickten ſie auch einige Kriegsſchiffe in den Hafen von Eckernförde, und ließen dieſen Ort beſetzigen.

Die Vorpoſten der däniſchen Armee erſtreckten ſich bis zum Wittenſee, wo man die Thürme von Rendsburg ſieht.

In den Defileen dieſer ſehr durchbrochenen Gegend ſtand die Vorhuth der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen.

Dieſe wurden durch täglich heranziehende Freiſchaaren aus allen Theilen Deutſchlands verſtärkt, allein dieſes war freilich mehr eine Vermehrung der Zahl als der eigentlichen Macht; denn dieſe Freiſchaaren hatten bei aller perſönlichen Tapferkeit, die ſie entwickelten, doch ſehr große Schwierigkeit, ſich der ſtrengen militäriſchen Ordnung zu unterwerfen.

An eine ſoldatiſche Ausrüſtung war daher gar nicht zu denken. Die Offiziere fehlten und das Ober-Kommando entfaltete keineswegs eine Tüchtigkeit und Thätigkeit, die jene Mängel hätten erſetzen können.

Dabei waren die Dänen an Zahl noch immer ſehr überlegen. Die proviſoriſche Regierung ſelbſt aber nahm in ihrem ganzen Auftreten einen ſolchen Charakter der Halbheit und Unklarheit an, daß damals wenig Hoffnung auf den Ausgang geweſen wäre, wenn Schleswig-Holſtein hätte allein gegen Dänemark ſtehen ſollen.

Indeſſen blühten die Dänen ſich aber ſehr, das Territorium von Holſtein zu betreten, und erklärten, daß ſie es nur mit Schleswig zu thun hätten.

Außerdem aber waren die beiden, ſchon früher erwähnten preußiſchen Garde-Regimenter bereits in Holſtein eingerückt und hatten unter dem Kommando Bonin's Rendsburg beſetzt.

Im Weſten von Schleswig war durchaus nichts Entſcheidendes vorgefallen. Der Landſturm war zwar aufgeboten worden und muthig gefaßt, gegen die Dänen zu ziehen; allein dieſe hielten ſich ſtreng auf der Oſtküſte. Vor dem Kieler Hafen lag die Korvette Galathea; die kleine Feſtung Friedrichsort blieb von dem Ober-Kommando durch einige Zeit ganz vernachläßigt. Der Handel ſtockte wohl, aber die Begeiſterung war dabei dennoch groß.

Die Bürgerwehr bildete ſich, und eine Landung der Dänen wäre, ſelbſt wenn ſie ſolche gewollt hätten, ein mißliches Unternehmen geweſen.

Unter dieſen Umſtänden mußte es zunächſt den Preußen darauf ankommen, den Zuſammenſtoß der däniſchen und ſchleswig-holſteiniſchen Truppen zu verhindern, um nicht zu einem plötzlichen Auftreten gezwungen zu werden, bevor man ein beſtimmtes Reſultat in den diplomatiſchen Verhandlungen erſehen konnte.

Bonin theilte daher ſchon am 10. April dem däniſchen Hauptquartier den Inhalt ſeiner Inſtruktionen mit, welche dahin lauteten: jeden fernern Angriff der däniſchen auf holſteiniſche Truppen, wo ſie ſich auch befinden mögen, als eine Kriegserklärung von Seiten Dänemarks gegen die königlich preußiſche Regierung zu betrachten.

Die Antwort darauf aus dem Kabinet des Königs ſelbſt lautete aber ganz einfach dahin, daß der König den feſten und unabänderlichen Willen habe, ſein Herzogthum Schleswig aufs Aeußerſte zu vertheidigen, und daß er daher, jeden Soldaten, der die feſtgeſtellte militäriſche Demarkations-Linie überſchreite, als einen Feind werde anſehen und als ſolchen werde behandeln laſſen; — daß er übrigens den Einmarſch der preußiſchen Truppen in Holſtein nur als eine Demonſtration anſehen könne und wolle, welche die Aufrechthaltung der innern Ordnung und des Friedens zum Zwecke habe, und dieſerwegen an den Kommandeur der preußiſchen Truppen die Forderung ergehen laſſe, der ſogenannten proviſoriſchen Regierung daſelbſt die ſogleiche Einſtellung aller Regierungshandlungen aufzulegen.

Dieſe Erklärung des Königs war vom 12. April. Ganz natürlich antwortete Bonin, daß er ſich nicht nur nicht darauf einlaſſen könne, ſondern daß vielmehr die preußiſchen Truppen unter ſeinem Kommando der proviſoriſchen Regierung zur Verfügung geſtellt ſeyen; zugleich erklärte er nochmals, daß die preußi-

schen Streitkräfte nicht als Feinde den königlich dänischen Truppen gegenüber stehen, sondern lediglich um der Vermittlung mehr Nachdruck zu geben, und daß er endlich während der Dauer des Waffenstillstands ermächtigt und auch bereitwillig sey, Verhandlungen über die Wiederherstellung des status quo ante nach dem Beschluß des deutschen Bundes zu führen.

Diese Erklärungen standen einigermaßen im Widerspruch miteinander und hatten durchaus keine weitern Folgen.

Indessen blieb aber die Waffenruhe, bis durch den erwähnten Beschluß vom 15. April, wo Preußen aufgegeben ward, den Oberanführer für das deutsche Heer in Schleswig-Holstein zu stellen, und damit die ganze Verantwortlichkeit allein zu übernehmen.

Es war dieß die Zeit, wo man in Berlin ernstlich daran dachte, dem Prinzen von Preußen seine frühere Stellung wieder zu geben.

Da der Prinz damals in London war, so ging gleich nach dem Beschlusse des Bundestags eine Staffette nach London ab, um den Prinzen zur Annahme des Kommando zu bewegen; allein der Prinz erklärte, gegen den König von Dänemark das Kommando nicht führen zu wollen.

Es war das erste Mal, daß sich eine tiefe Verschiedenheit in der Auffassung des Königs und seines Bruders, über die schleswig-holsteinische Frage, zeigte. Indessen sammelte sich das zehnte Armeekorps in Holstein; jedoch Tag für Tag verging, ohne daß Etwas geschehen wäre.

Die öffentliche Meinung ward beunruhigt, und man begriff den Grund der Verzögerung nicht. Einige schoben solche auf die Unwillfährigkeit von Hannover, und Andere wieder auf andere Staaten, und so stieg mit jedem Tage die Ungeduld.

Indessen war dem durch seine militärischen Leistungen als ausgezeichnet bekannten hannoverischen General Halkett einstweilen das Ober-Kommando übertragen worden.

Halkett arbeitete in Rendsburg den Angriffsplan auf die schleswigsche Stellung der Dänen aus, und Alles war schon fertig, nur nicht das preußische Kabinet mit seinem Entschlusse.

Endlich kam Antwort aus London, und sofort ward nun der General Wrangel von Berlin aus nach Rendsburg geschickt, um das Ober-Kommando zu übernehmen.

Hier kam derselbe am 21. April an, übernahm am nächstfolgenden Tage durch Tagsbefehl das Ober-Kommando und ließ nach dem Plan Halketts schon am 23. April die ganze Macht gegen die Stellung der Dänen bei Schleswig anrücken.

Es war auch schon hohe Zeit; denn während jener langen Unthätigkeit hatten die Dänen die Vortheile ihrer Stellung benutzt.

Schon standen am 24. April die ersten dänischen Truppen an der Westküste in Husum. Eckernförde war gut besetzt und hier ein kühner, aber ohne Geschütz und mit geringer Macht von den Freischaaren unter dem baierischen Major von der Tann gemachter Angriff zurückgewiesen worden, bei denen die Letztern 25 Todte und 50 Verwundete verloren. Die dänische Politik änderte sich dabei durchaus nicht und so mußte Preußen vorwärts.

Am Morgen des 25. April marschirte das deutsche Heer in zwei Kolonnen aus. Die Avantgarde nahm sogleich im ersten Anlauf die Wälle bei Dannewirke; die erste Kolonne drang in Bastorf ein, und mußte hier lange Zeit ein heftiges Feuer der dänischen Geschütze aushalten, bis endlich die schleswig-holsteinischen Schützen den rechten Flügel der Dänen umgingen, so daß Letztere sich zum Rückzug genöthigt sahen.

Die Dänen waren auf den Angriff nicht vorbereitet gewesen, und befanden sich zum Theil in der Kirche; sie schlugen sich aber nicht ohne Tapferkeit, obgleich sie nirgens einen Vortheil erreichten.

Am Abend zog sich die dänische Armee eiligst zurück; — die Garde gab das befestigte Schloß Gottorf auf, und Alles wendete sich jetzt gegen Flensburg.

Am 24. April fing die Verfolgung in zwei Kolonnen an. Die rechte Kolonne bestand aus den Truppen des zehnten Armeekorps, welchem noch fünf preußische Bataillone folgten; die linke Kolonne enthielt nur preußische und schleswig-holsteinische Truppen.

Erst bei Bilschau, anderthalb Meilen von Flensburg entfernt, wurde der rasch zurückweichende Feind erreicht und etwas weiter nach Norden, bei Oeversee, kam es zu einem blutigen Gefechte, in welchem die Dänen nochmals gesichtagen wurden, und dabei ungefähr vierhundert Gefangene verloren.

Diese suchten nun in größter Eile nach Flensburg zu kommen, von wo es dann in einem unaufhaltbaren Rückzuge weiter ging, nachdem ein Theil nach dem Norden, und ein anderer Theil nach Alsen sich wendete, und so war jetzt das Herzogthum Schleswig für die deutschen Truppen gewonnen.

Dennoch war aber weder die Freude bei den aufrichtigen Deutschen, noch die Niedergeschlagenheit bei den Dänen so groß, als man es hätte erwarten sollen; denn in der That unterlag es nicht dem geringsten Zweifel, daß die bei Weitem stärkere Macht der Deutschen, wenn sie gewollt hätte, das ganze dänische Heer würde gefangen genommen haben.

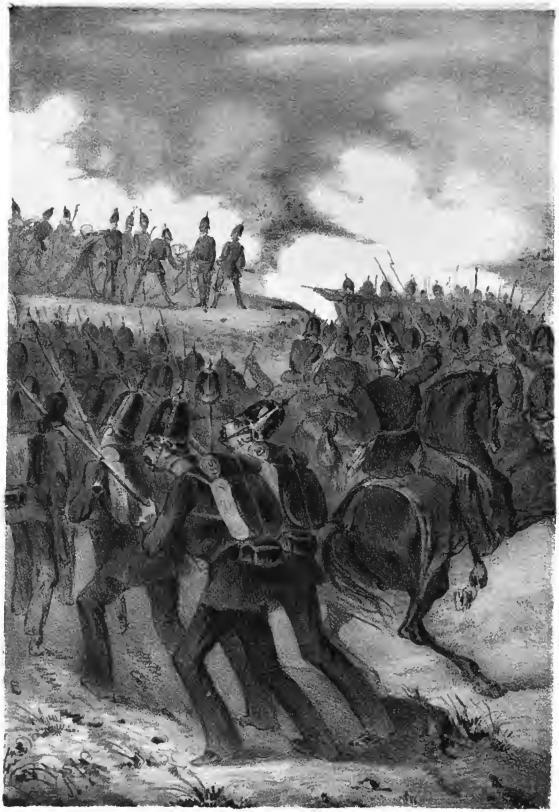
Statt ein unbedeutendes Korps unter dem Kommando des tapfern Zastrow noch Missunde an der Schlei zu schicken, welches nicht im Stande seyn konnte, hier den Uebergang zu erzwingen, hätte man die Hälfte der Bataillone, die bei Schleswig gar keinen Feind zu Gesicht bekamen, auf diesem Punkte zu rechter Zeit detachiren, und somit den Weg nach Flensburg gänzlich coupiren müssen.

Noch am 24. April hätte man gleichzeitig mit den Dänen in Flensburg einrücken und ihnen ihren ganzen Artilleriepark nehmen können, wenn man dieß eben gewollt hätte.

So aber that man es nicht, und erst am 25. April Morgens rückten die ersten Deutschen, ein hannoverisches Infanterie-Regiment, in Flensburg ein; an welchem Tage auch die Dänen Eckernförde räumten.

Der Verlust war bei den Deutschen nicht sehr erheblich gewesen, um damit die Verzögerung zu ent-

Autok Pruſsanů na Danawerg u Schlezwigu.



L'aſsalto dei Pruſsiani a Daunwerk preſso Slesvich.

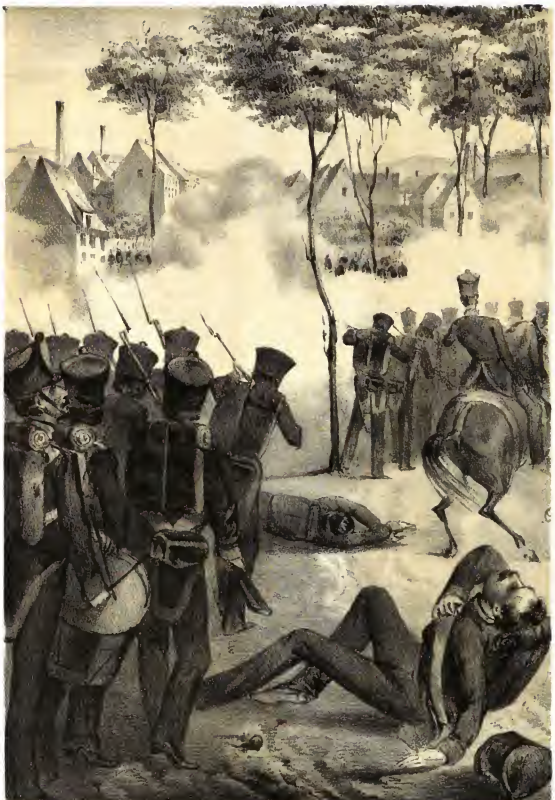
A' poroszok ostroma a' danusekra Schleszvig mellett

Der Sturm der Preuſsen auf Danewerk bei Schleswig.

N° 110.

Boj u Flensburgu.

Il combattimento presso Flensburg li 25 Aprile 1848.



A csata Flensburghál 25. apriluson 1848.

Das Gefecht bei Flensburg am 25. April 1848.

ſchuldigten, da man kaum hundert Verwundete zählte. Auf beiden Seiten waren ungefähr vierhundert Todte und Verwundete, während die Dänen noch überdieß eine bedeutende Anzahl von Gefangenen verloren hatten.

Erſt am 26. April zog Wrangel in Flensburg ein, gab dann einen Ruhetag und beſetzte die Umgegend von Flensburg.

Die Dänen ſchickten einen Parlamentär, der die Räumung des Herzogthums Schleswig von Seiten Dänemarks gegen das Zugeſtändniß einer Waffenruhe angeboten haben ſoll.

Es ſchreint auch, daß die Inſtruktionen des Feldherrn Wrangel nicht weiter als bis zu dieſem Punkte gegangen ſind, denn jetzt fing zwiſchen Flensburg und Fridericia, wo der däniſche König ſich aufhielt, ein eifriger Parlamentärwechſel an.

Schleswig wurde bis auf Alſen vollſtändig geräumt, und es gab ſogar Einige, welche um dieſe Zeit ſchon an einen Frieden glaubten; allein bald bekamen die Sachen ein anderes Ausſehen.

Schon am 29. April brach Wrangel von Flensburg auf, ſchickte die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen nach dem Weſten, Kellet den General Halkett gegen Alſen, kam ſelbſt in Apenrade, kam in Hadersleben an, und am 1. May überſchritt er die jütiſche Grenze bei Kolbing, nachdem er zugleich ſeine Ankunft den Jüten in einer kurzen und klaren Proklamation mittheilte.

Die Dänen zeigten ſich nirgens, und ſo kam es auch nicht einmal zu einem Vorpoſtengefecht. In den Herzogthümern hob ſich jetzt die Stimmung. Viele jubelten auf's Neue auf, jedoch die klügern Perſonen ſchwiegen und ſahen ganz ruhig zu.

So endete der Monat April nach einer langen und traurigen Ungewißheit mit einem, wie es ſchien, entſcheidenden Reſultat.

Es war keine Frage, daß Preußen, wenn es wollte, dem Kriege jetzt ein Ende machen, und die Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer auf alle Zeit hinaus feſtſtellen konnte.

Die Herzogthümer, in der kurzſichtigen Hoffnung auf Preußen, gaben ſich ihm dafür ganz hin, vernachläßigten das Eigene und je weiter die preußiſchen Truppen vorrückten, deſto weniger glaubten ſie ſelbſt thätig eingreifen zu brauchen.

Preußen, um in ſeinen Verwicklungen wenigſtens den Herzogthümern gegenüber freie Hand zu behalten, ſah dieſes gerne und beförderte dieſes Ruhigſeyn und dieſe Gleichgiltigkeit der Herzogthümer.

So entſtand denn während dieſes Monats der Zuſtand in Holſtein, der hier kurz charakteriſirt werden ſoll, weil er die Grundlage der ſpäteren Verhältniſſe geworden iſt.

Die Männer, welche die Bewegungen der Herzogthümer vor dem März 1848 geleitet hatten, waren ihrer ſelbſt der Meinung, daß an eine demokratiſche Richtung derſelben gar nicht zu denken ſey, und daß man dieſes weſentlich deutſche Element nur ſo weit benutzen wolle, als man es eben ſelbſt gebrauchen könne.

Als nun ſtatt einer vollkommen unſelbſtſtändigen Folgeleiſtung des Landes, plötzlich Forderungen auftauchten, welche über ihre einmal feſtgeſtellte Auffaſſung hinausgingen, wurden ſie bedenklich, und fingen an, den Umſturz alles Beſtehenden zu fürchten.

Zugleich traten einige junge und entſchloſſene Männer auf, die jenen Männern mit ſolcher Offenheit die Wahrheit ſagten, daß nämlich die einzige Rettung der Herzogthümer in ihrer möglichſt großen Selbſtthätigkeit liege; daß die proviſoriſche Regierung um jeden Preis vor Allem dahin ſtreben müſſe, während der Zeit ihrer Wirkſamkeit nur eine auf dem Prinzip der Selbſtſtändigkeit der Herzogthümer und ihrer innern organiſchen Einheit gebaute Organiſation von Schleswig-Holſtein herzuſtellen, beſonders als Grund derſelben eine freiſinnige Verfaſſung baldmöglichſt einzuführen; daß, wenn dieſes nicht geſchehe, der Vormarſch der Preußen den Herzogthümern wenig wahren Vortheil bringen könne, während ein nicht unmöglicher Rückzug das ganze Land den Dänen im alten Zuſtande wieder übergeben werde; daß man aber vor Allem die Entwicklung dieſer Selbſtſtändigkeit mit der Errichtung einer ſchleswig-holſteiniſchen Armee und einem gleichzeitigen Aufbiethen des ganzen Landſturms beginnen müſſe; daß, wenn dieſes nicht geſchehe, die Herzogthümer nur zu einem Gegenſtande der Politik ohne Rückſicht auf ihre höchſten Intereſſen gemacht, und ihnen alle Theilnahme an der Entſcheidung am letzten Orte noch aus den Händen genommen werden würde.

Die proviſoriſche Regierung aber hatte nicht den Muth, auf dieſe ihr vorgeſtellten Beweggründe einzugehen, denn ſie hätte jetzt allerdings großartige Maßregeln und mit Männern rechnen müſſen, die damals Europa bewegten, und dieſes verſtand oder wagte ſie nicht.

Auch ihr ſchwebte das Schreckensbild einer nordalbingiſchen Republik vor Augen, und um dieſem Schreckbilde zu entgehen, ließ ſie in einer faſt völligen Unthätigkeit die wichtigſte und unwiederbringliche Zeit für die Herſtellung eines ſelbſtſtändigen Schleswig-Holſtein's verſtreichen.

Sie that nur, was ſie durchaus nicht laſſen konnte, und berief die alten Provinzial-Stände am 3. April nach Rendsburg.

Dieſe Verſammlung ward aber entſcheidend für die Zukunft der Herzogthümer eben dadurch, daß ſie nichts entſchied; und zeigte mehr als alles Andere, welch eine ungeheuere Kluft zwiſchen der frühern und der neuern Zeit liege, und wie wenig die Männer der Vergangenheit im Stande ſind, die Bedeutung jener neuen Bewegung auch nur für ihr eigenes Land zu erfaſſen.

Nachdem bereits durch Patent vom 27. März die proviſoriſche Regierung die alten Stände der Herzogthümer bisher getrennt, jetzt als vereinigte Stände-Verſammlung der Herzogthümer Schleswig-Holſtein zum 3. April berufen hatte, kamen dieſelben an dieſem Tage wirklich in Rendsburg zuſammen.

In der erſten Sitzung legte jetzt die proviſoriſche Regierung ihre Gewalt in die Hände der Verſammlung nieder, und empfing dieſelbe von ihr unter einem gemeinſamen Danke wieder zurück.

Es kam zur Sprache, die Regierung zu ermächtigen, daß sie den Advokaten Claussen oder ein anderes Mitglied hinzuziehen möge, was aber nicht als ein förmlicher Antrag aufgestellt ward; denn die Majorität fürchtete sich schon damals vor der Unabsehbarkeit der Bewegung, in welche die demokratische, von Claussen entschieden vertretene Richtung sie gestürzt haben würde.

Darauf ward der Antrag gestellt, daß man die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund mit aller Kraft betreiben möge, wofür sich alle schleswiger Abgeordneten aussprachen, während nur ein Flensburger Deputirter sich dagegen mit den Worten erklärte: Kein Land, am wenigsten Schleswig, könne es wünschen, einem Lande sich anzuschließen, welches in einer völligen Auflösung begriffen sey. Aber dennoch ward der Antrag, den die provisorische Regierung beim Bundestage schon gestellt hatte, angenommen, und somit war die erste Sitzung geschlossen.

Von Aufregung und Streit war keine Spur; ja es war in dieser Versammlung, als ob man über die einfachsten Dinge von der Welt spreche.

Die zweite Sitzung fand an demselben Tage Nachmittags um 5 Uhr Statt, in welcher es über den Antrag des Regierungs-Kommissärs zur Sprache kam, daß von der Stände-Versammlung ein Ausschuß aus ihrer Mitte gewählt werde, um eine schleswig-holsteinische Verfassung, und ein freies Wahlgesetz zu entwerfen.

Dagegen trat aber besonders Claussen auf und forderte: daß nur ein Ausschuß für ein neues Wahlgesetz bestimmt werde, damit das Volk bei der Berathung der Verfassung in vollem Umfange vertreten sey.

Zum ersten Male berührten sich also hier in der Versammlung die Gegensätze, da die Richtung der großen Grundbesitzer im Grunde sehr entschieden gegen die Herstellung eines neuen Wahlgesetzes war.

Die Majorität hätte offenbar gerne die ganze Sache beseitigt, unter der Hinweisung auf die Nothwendigkeit des Kampfes nach Außen; allein die Nothwendigkeit der Sache, die Beispiele des übrigen Europa, der Druck der öffentlichen Meinung, waren aber zu groß.

Endlich war Claussen's Antrag, daß die Regierung ersucht werden solle, baldigst der Stände-Versammlung einen Entwurf zu einem freien Wahlgesetz vorlegen zu lassen, angenommen worden.

Dieses mochte wohl ein entschiedener Sieg des freien Prinzips gewesen seyn, aber ein sehr zweifelhafter; denn vor allen Dingen war dadurch die ganze Sache in die Hände der Regierung gelegt, und mithin indirekt den Einflüssen anheim gegeben, unter welchen diese selbst stand.

In jedem andren Lande wäre dieses von anderer Bedeutung gewesen, als in Schleswig-Holstein. Es konnte jeden Tag Schleswig von den Dänen eingenommen, und dadurch die ganze Vornahme vereitelt werden, denn es kam Alles auf die rasche Energie der provisorischen Regierung an.

Trat Frieden ein, bevor das Wahlgesetz gegeben, und eine neue schleswig-holsteinische Kammer berufen worden, so war jenes Schleswig-Holstein nicht einmal eine Thatsache, viel weniger ein Rechtskörper. Das Land hatte in diesem Falle kein selbstständiges Organ.

Die alten Stände mußten dann noch einmal zusammen kommen, und Alles, was man gehofft und gefordert hatte, war in Frage gestellt.

Indessen stand der Antrag da, und die provisorische Regierung hatte das Schicksal des Landes in Händen.

Die folgenden beiden Sitzungen waren von einem geringen Interesse. Am 4. April, in der dritten Sitzung, bewilligte man die bisherige Steuererhebung der provisorischen Regierung.

Zugleich wurden auch alle von ihr bis dahin erlassenen provisorischen Gesetze genehmigt, und einige neue Verfügungen erlassen, die eine Erleichterung der Lasten des Arbeiter- und Taglöhnerstandes enthielten.

In der vierten Sitzung vom 5. April wurde endlich die Versammlung vertagt; denn sie hatte in der That auch wenig mehr zu thun.

Durch die Erklärung, daß ein neues Wahlgesetz nöthig sey, hatte sie sich ihr eigenes Mandat aufgekündigt, und nachdem sie die Vorlage desselben ganz der Regierung überließ, so hatte sie sich aller selbstständigen Gewalt entäußert.

Jetzt also konnte die provisorische Regierung sich als souveräne Herrin der Herzogthümer ansehen, und es ruhte von nun alle Macht, wohl aber auch alle Verantwortlichkeit auf ihr.

Aber es war klar geworden aus den kurzen Verhandlungen dieser Stände, daß dieselben durchaus nicht den Willen hatten, selbstthätig einzugreifen; daß sie aus Furcht vor der Demokratie um jeden Preis, ja selbst um den der äußersten Gefahr der Herzogthümer, die Regierung halten wollten; und daß endlich jeder Versuch, die Regierung zu dem so nothwendigen Handeln zu bewegen, von ihnen auf das Entschiedenste bekämpft werden würde.

Man durfte sich darüber auch keineswegs verwundern, da diese Stände auf einem ziemlich hohen Census und auf wirklichem Grundbesitz gebaut und ständisch geschieden, durchaus nur das konservative Element vertreten konnten und auch vertraten.

Aber es war ein großer Nachtheil für die Herzogthümer, der sich freilich erst später zeigen sollte; denn während nun die Preußen erst unterhandelten und endlich gegen die Dänen ausrückten und sie schlugen, geschah in den Herzogthümern den ganzen April-Monat hindurch gar nichts, weder für die Organisirung der Bewaffnung, noch für das Heerwesen, noch für die materiellen Interessen.

Der einzige Akt von weiterer Bedeutung war, daß in Folge der Verfügung vom 18. April die Wahlen für die Frankfurter Versammlung ausgeschrieben und sowohl in Schleswig als in Holstein wirklich abgehalten wurden.

Auf das Land selbst übten diese Wahlakte im Allgemeinen einen heilsamen Einfluß aus; denn auf das allgemeine Stimmrecht begründet, wurden durch sie die

Tah nazpět Danů s Flensburga.

La ritirata dei Danes; da Flensburg.

Á dánok hátrálás Flensburgból.

Der Rückzug der Dänen aus Flensburg.
am 25. April 1848.

Nº 112.

bisher von aller Politik fast ganz verdrängten Nichtbesitzenden zum ersten Mal zur Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten herangezogen, und die Verbindung des Landes mit Deutschland kam dem ganzen Schleswig-Holstein zum Bewußtseyn, wenn auch noch in sehr gestaltloser Weise.

Die Meisten sahen schon damals, daß das Schicksal der Herzogthümer unablösbar mit dem Schicksale Deutschlands verbunden sey, da nur Deutschland das rechte Interesse und die rechte Kraft habe, die Selbstständigkeit der Herzogthümer gegen die europäische Politik zu vertreten.

Für den Augenblick aber lag die äußere Politik ganz in den Händen Preußens, die innere ganz in den Händen der provisorischen Regierung. Der Monat April hatte noch nichts entschieden, und noch mußte man warten, was Beide thun würden; auch konnte man noch Großes von Frankfurt erwarten.

So entschieden auch die militärische Niederlage der Dänen während des Monats April war, so war doch mit diesen Siegen in einer so großen, den ganzen Norden umfassenden Frage nur ganz wenig ausgerichtet. Die Ereignisse des Monats April, welche Viele als das Ende des Streites ansahen, erwiesen sich in der That nur als Anfang desselben.

Der Monat Mai, obwohl arm an Waffenthaten und Ruhm für Deutschland war desto reicher an diplomatischen Kämpfen. Ohne daß Deutschland und die Herzogthümer das recht ahnten, gab eigentlich dieser Monat der schleswig-holsteinischen Frage ihren bestimmten Charakter für das ganze folgende Jahr, und zeigte nach allen Seiten hin die großartigen Beziehungen, in welche dieses kleine Land mit seinem Auftreten gegen Dänemark hineintrat, und seinerseits Deutschland wieder hineinzog.

Es war das erste Mal seit dem Jahre 1815, daß Deutschland ein ihm eigenes Gewicht in der europäischen Welt hatte; und der Gang der Dinge in Schleswig-Holstein ist daher, wie kein anderer Theil der deutschen Geschichte, eine reiche Lehrschule für Alle, welche überhaupt allgemeine deutsche Fragen im Verhältniß zu Europa studiren wollen.

Betrachtet man Dasjenige, was im Monat April geschah, so erscheint es klar, daß in diesem Monat noch wesentlich Dänemark und Preußen einander allein gegenüberstanden.

Allerdings waren schon der deutsche Bundestag, England und Rußland herbeigezogen; allein diese Mächte hatten doch noch keine ganz entschiedene Stellung eingenommen; und zwar dieserwegen nicht, weil Preußen selbst seinerseits mit jedem bestimmten Hervortreten noch immer zögerte.

Es richtete noch immer die vertheidigenden Noten an das dänische Kabinet und erklärte sich zu jedem Uebereinkommen bereit; es stand mit seinen Truppen bis gegen das Ende des Monats noch auf bloß holsteinischen Boden, während Dänemark unangegriffen Schleswig in Besitz hatte; ja es machte durch sein Auftreten möglich, daß Dänemark die preußischen Truppen offen als Freunde der dänischen Sache bezeichnen konnte. Allein dieses konnte offenbar nicht lange dauern.

Was Preußen gethan haben würde, wenn damals Deutschland nicht begonnen hätte, mit selbstständigem Willen zu handeln, läßt sich nicht sagen; nachdem aber einmal Deutschland sich erhoben hatte, so konnte Preußen nicht mehr umhin, diese Sache vom weiteren deutschen Gesichtspunkte aus in seine Hand zu nehmen.

Die Folge davon war, daß es, wie bereits gesagt, dem Drange der öffentlichen Meinung in Deutschland nachgab, und endlich mit der Schlacht von Schleswig das Herzogthum säuberte. Nun aber trat der Fall ein, den man in Berlin vorhergesehen hatte.

Die äußerste Gefahr Dänemarks, von Preußen, vielleicht gar im Namen des neuen, noch unberechenbaren Deutschland verschlungen zu werden, zwang die Großmächte, jetzt bestimmter aufzutreten.

Die militärischen Verhältnisse wurden von diesem Augenblicke an das Untergeordnete; und ein neuer Abschnitt der Geschichte des Kampfes beginnt; der Charakter desselben aber ist leicht zu erkennen.

Durch das Zusammentreffen der Hauptmacht wurde jede Macht auf ihre natürliche Basis zurückgeworfen. Preußen, in der schleswig-holsteinischen Sache ganz Europa gegenüber, mußte sich jetzt dem deutschen Bunde oder der deutschen Macht entschieden anschließen; Dänemark, dieser Macht gegenüber, mußte seinen natürlichen Stützpunkt in Rußland suchen; England endlich trat als das vermittelnde Element auf, nachdem es ihm hauptsächlich darauf ankam, durch den Sieg des einen oder andern Theils nicht eine entscheidende Störung des Gleichgewichts, die es damals nicht hätte berechnen können, zuzulassen. Dieß war also der allgemeine Charakter der Bewegung des Mai-Monats.

Schon am 18. April hatte der englische Gesandte Westmoreland dem preußischen Kabinet die Mittheilung gemacht, daß England sich durch seine Garantie vom 3. Juni 1720 verpflichtet halte, Preußen von einer Besitzung Schleswigs abzuhalten.

Graf Arnim, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, antwortete aber darauf am 19. April, daß Preußen durchaus nicht im eigenen Namen handle, sondern vielmehr im Auftrage des deutschen Bundes, und daß der deutsche Bund am 12. April zunächst die Effektuirung der Räumung Schleswigs von den dänischen Truppen, und die Aufrechthaltung der Verbindung der Herzogthümer geforderet habe.

Zugleich beschloß auch der Bundestag in Folge der ihm von Preußen gewordenen Mittheilung, daß an den Beschlüssen vom 4. und 12. April festzuhalten, aber die bona officia Englands für die Vermittlung in Anspruch zu nehmen seyen; und daß außerdem der Syndikus Banks, Bundestags-Gesandter der freien Stadt Hamburg dieses und den Inhalt der eigentlichen Forderungen der Herzogthümer England unter Erbittterung seiner bona officia mitzutheilen habe.

Damit war nun freilich die Sache nicht weiter gekommen. Preußen in Verfolg seiner Erklärung,

ließ Wrangel vorwärts maeschiren, die Dänen bei Schleswig schlagen, und die Grenze Jütlands berühren. Dieses ist der Punkt, auf welchem früher von der Geschichte des Feldzugs gesprochen worden ist; allein es ist dieses zugleich der Punkt, auf welchem das bisherige Prinzip der preußisch dundesräglichen Politik erschöpft war.

Dieses hatte nur die Räumung Schleswigs von dänischen Truppen gefordert, und diese war erreicht. Jetzt mußte jene Politik sich über die Grundlage des Friedens aussprechen, den man von deutscher Seite durch die Vertreibung der Dänen erzwingen wollte; denn ein Weiterdringen ohne eine solche Grundlage war eine Bedrohung der Ersteren von Dänemark; und diese abzuwenden, lag eben sowohl in dem Interesse Englands als Rußlands.

Kaum hatte daher der General Wrangel am 23. April die Dänen bei Schleswig geschlagen, so fanden in Kopenhagen sogleich Konferenzen zwischen dem englischen und russischen Gesandten Statt, deren Resultat eine gemeinschaftliche Depesche beider Gesandtschaften vom 30. April war.

Dieses Schreiben wurde dem General am 2. Mai im Hauptquartier Gudsoe vor Fridericia übergeben, worin ein Waffenstillstand unter Räumung des ganzen Jütland von deutschen Truppen gefordert wurde. Dänemark sollte dafür Schleswig geräumt lassen mit Ausnahme Alsens, und seine Feindseligkeiten zur See einstellen.

General Wrangel erwiderte darauf unmittelbar, daß er Jütland räumen werde, sobald Alsen und alle zu Schleswig gehörigen Inseln, so wie alle aufgebrachten deutschen Schiffe von den Dänen zurückgegeben würden.

Vorschlag und Antwort wurden dann dem Bundestage vorgelegt; zugleich aber trat Rußland bestimmter auf, nachdem der russische Gesandte in Berlin ämtlich seine Instruktion dahin mittheilte, daß Rußland das Verfahren Preußens und des deutschen Bundes nicht gerechtfertigt finden könne, daß dasselbe vielmehr den Garantien Rußlands nach den Verträgen vom Jahre 1767 und 1773 zuwiderlaufe, und daß daher das kaiserliche Kabinet, wenn das Vermittlungs-Verfahren keinen Eingang finden sollte, sich genöthigt sehen werde, gegen jenes Verfahren formellen Protest zu erheben.

Der preußische Gesandte antwortete hierauf am 5. Mai, daß er die Forderungen des General Wrangel kenne, daß er sie billige, und daß die Grundlage der Vereinbarung die Anerkennung Schleswigs und Holsteins als eines ungetrennlichen selbstständigen Staatskörpers sein müsse, welcher nur durch Personal-Union so lange mit Dänemark verbunden bleibt, als der Mannsstamm des Oldenburg'schen Hauses in Letzterem Reiche herrscht.

Der König von Dänemark würde seine Einwilligung zu der eventuellen Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund zugesichern haben. Doch würde als Mittel zur Ausgleichung und Verständigung die Modalität offen zu lassen seyn; daß die an Jütland grenzende und der Nationalität nach vorherrschend dänischen Distrikte von Schleswig, wenn in ihnen der freie Volkswille sich für eine Vereinigung mit Dänemark aussprechen sollte, von der Verbindung mit Schleswig und folglich auch von der Aufnahme in den deutschen Bund auszunehmen seyn würden.

Dieses theilte der preußische Gesandte dem Bundestage mit, und der Bundestag antwortete, nachdem er sein volles Einverständniß mit den getroffenen Einleitungen ausgesprach, und Preußen ersuchte, auf der vorgeschlagenen Basis vorzugehen.

Somit hatten Preußen und der Bundestag eine feste Grundlage für ihre Politik gewonnen. Allein bei dem ersten Blick auf die Verhältnisse des Nordens mußte es klar seyn, wie diese Grundlage: Einheit der Herzogthümer und Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund der deutschen Macht, in welcher Form sie auftreten möge, ein so außerordentliches Gewicht im Norden geben werde, daß die Verwirklichung jener Friedensbasis nur durch einen Kampf mit allen im Norden betheiligten Mächten möglich seyn konnte; denn besonders die Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund mußte die ganze Gestalt der nordischen Verhältnisse ändern, und Preußen sollte nur zu bald erfahren, was eine solche Forderung eigentlich zu bedeuten habe.

Kaum war nämlich diese Erklärung abgegeben als auch schon das dänische Kabinet die gänzliche Vernichtung Dänemarks voraussehend, sich auf das dringendste an Rußland und dann an Schweden wendete, und die unausbleibliche Folge eines solchen Friedens vorstellte.

Für Rußland war die Sache kaum etwas Neues; aber Schweden sah sich jetzt gezwungen bestimmter aufzutreten. Theils gereizt durch eine gewisse vornehme Behandlung von Seiten des preußischen Kabinets, theils ernstlich besorgpointirt, daß man die nothwendige Folge jedes Friedens, das Entstehen einer skandinavischen Union, ihm von Seiten Deutschlands und Preußens nicht näher gelegt, theils auch in angestammter Nachgiebigkeit gegen Rußland, trat Schweden in Folge der Erklärung jener Friedensbasis offen auf die Seite Dänemarks.

Preußen hatte durch seine halbe Politik den allerwichtigsten und natürlichsten Bundesgenossen, Schweden und die Idee einer skandinavischen Union, verloren.

Man braucht hier wohl nicht erst weitläufig auseinanderzusetzen, daß jene gänzliche Trennung der Herzogthümer von Dänemark als absolute Folge die Vereinigung der drei nordischen Reiche nach sich ziehen muß; und wem dasjenige damals nicht durch Reflexion klar ward, der begriff es wenigstens mit einem unmittelbaren Gefühle.

Diese Vereinigung war der einzige Weg, Schweden zu Bunsten der preußischen Vorlagen zu stimmen. Statt dessen hatte man aber Schweden vernachlässigt, und es dadurch Rußland in die Arme getrieben.

Die dänischen Abgeordneten hatten jetzt ein leichtes Spiel in Stockholm. Der König von Schweden ließ bereits am 9. Mai durch seinen Gesandten den Baron d'Obsson, dem preußischen Kabinet eine Erklärung dahin abgeben: daß die beiden Königreiche

sich ihr Recht, in den Angelegenheiten des Nordens mitzureden, vorbehielten, und daß mit Ueberschreitung der dänischen Grenze durch deutsche Truppen der Fall eintreten werde, wo Schweden sich nach den gegen Dänemark übernommenen Verpflichtungen genöthigt sehen müsse, ein Hilfskorps nach Fünen, oder nach einer andern dänischen Insel überzusetzen.

Zu gleicher Zeit erließ der König Oskar von Schweden an den geheimen dänischen Ausschuß ein Reskript um Bewilligung von zwei Millionen, und die Truppen so wie die Flotte wurden auf den Kriegsfuß gesetzt.

Dänemark hatte also jetzt einen hochmächtigen Verbündeten gewonnen; aber auch England fand jene Forderung Preußens, so natürlich sie auch vom deutschen Standpunkte war, doch zu bedenklich.

Es trat daher für den Augenblick eine Kälte ein zwischen Berlin und London, die durch Bunsen's sehr klares und bestimmtes Auftreten im Sinne des höhern preußischen und deutschen Interesse nicht eben vermindert ward. Rußland drohte aus der Ferne, und so geschah dann, was man voraussehen konnte.

Preußen war durch seine obige Erklärung allen übrigen Mächten gegenüber isolirt und gänzlich auf Deutschland zurückgeworfen; Dänemark dagegen fühlte sich plötzlich stärker als jemals, obgleich sein Heer fast gänzlich vernichtet war, und so mußte die Entscheidung folgen.

Das kleine Dänemark, im Gefühle seines mächtigen Rückhalts, und höchst gereizt, dachte keinen Augenblick daran, den Forderungen Preußens nachzugeben. Im Gegentheile rief man von Kopenhagen aus den Patriotismus der Dänen auf, lobte das Heer, spottete die Deutschen, und, um Preußen zu einem letzten Schritte zu verleiten, fing man an die preußischen Schiffe aufzubringen und mit Beschlag zu belegen.

Man rechnete richtig in Kopenhagen, und erwartete, daß Preußen in Folge dessen in Jütland vordringen, und daß alsdann Schweden und bald auch Rußland gegen Preußen auftreten werde.

In der That mußte Wrangel in Folge jener Beschlagnahme bestimmter handeln, und nahm jetzt Fridericia ein, während Zastrow mit einem Detachement nach Jütland hineingeschickt wurde, wo er bis Aarhuus vordrang, Kontributionen ausschrieb, solche eintrieb, und auf diese Weise die Besitzergreifung vorbereitete.

Von Fridericia aus bestand die deutsche Artillerie einen Kampf mit den dänischen Kanonenbooten; ja sogar Middelfahrt wurde bombardirt, und Abtheilungen von Freischaaren unter Wasmer und von der Tann rückten nach Norden.

Am 18. Mai erließ Wrangel seine bekannte Proklamation an die Jüten, in welcher er als Ersatz des Schadens, welchen die Dänen der deutschen Schifffahrt zufügten, eine Kontribution von zwei Millionen Species nebst einer bedeutenden Lieferung von allen Gegenständen zur Unterhaltung des Heeres ausschrieb.

Zugleich sandte er seinen Sohn nach Berlin mit den genauern Nachrichten über das Heer und seine Plane, und forderte nunmehr, um der Sache ein Ende zu machen, eine bedeutende Verstärkung der Truppenmacht, damit er Jütland ganz besetzen und nach Fünen hinübergehen könne.

In Folge dieser Maßregeln war man einige Tage lang voll Jubel in Schleswig-Holstein, man glaubte und mußte glauben, daß Preußen jetzt Ernst machen werde. Man wußte, daß damals das übrige Deutschland einem energischen Drucke nachgeben würde, man gab sich der Hoffnung hin, daß jetzt die Einheit des jungen Deutschland ihren ersten Sieg feiern werde.

Allein kaum erfuhr man dieses bestimmte Auftreten Preußens in der Diplomatie, als auch schon alle Mächte herbeieilten, den neu entstehenden Brand zu löschen.

Schweden erklärte, daß es jetzt die dänischen Inseln besetzen werde. Rußland rüstete und kündigte eine Exedition in die Ostsee an; und der Großfürst Konstantin setzte sich in Bereitschaft zur Abreise nach Stockholm und Kopenhagen.

Die Dänen schärften ihre Blokade. Vor allen aber fürchtete England den Ausbruch ernsterer Bewegungen. In London fanden in den ersten Tagen des Monats Mai häufige Konferenzen zwischen Bunsen und Palmerston statt, und England drängte Preußen mit aller Macht, in dieser schwierigen Sache nachzugeben.

Preußen fühlte seine Isolirung. Was aus Deutschland werden solle, konnte noch Niemand sagen; man fing an, es in Berlin zu fürchten. So verstand sich nun Preußen dazu, Vorschläge zu einem Waffenstillstande zu machen, die allerdings wesentlich von den früher erwähnten verschieden waren.

Auf Grundlage dieser Vorschläge entschied sich nun England, seinen Vermittlungs-Vorschlag für den vorläufigen Waffenstillstand vom 18. Mai zu machen, wesentlich des Inhalts, daß beide Herzogthümer sowohl von dänischen als von deutschen Truppen geräumt, die gegenseitigen Gefangenen herausgegeben, die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe entlassen, die Truppenkörper der Herzogthümer aufgelöst, in beiden Herzogthümern eine provisorische Regierung, unterstützt von einem starken Gensdarmerie-Korps, eingesetzt und endlich alle Kontributionen zurückbezahlt werden sollten.

Nun konnte Preußen in zwei Punkte nicht einwilligen; erstens nicht in die Aufhebung der provisorischen Regierung, dann nicht in die gänzliche Entblößung Holsteins von deutschen Truppen. Zugleich mußte man sich bei der Eingehung eines Waffenstillstandes einigermaßen klar seyn über die Grundlagen des Friedens.

So kam man nun dahin überein, daß die Räumung stattfinden, eine provisorische Regierung errichtet und als Grundlage des Friedens, die Trennung des dänischen nördlichen Schleswig von dem südlichen deutschen aufgestellt werden sollte. Preußen legte diese Vorschläge dem Bunde vor, und dieser nahm sie im Wesentlichen auch an.

In Folge deſſen war plötzlich, wider alles Erwarten, dem General Wrangel der Befehl ertheilt worden, aus Jütland ſich zurückzuziehen, alle Kontributionen und Requiſitionen zu ſiſtiren und sogar das Herzogthum Schleswig zu räumen.

England beharrte darauf, in der Räumung von Schleswig die erſte Vorausſetzung aller weitern Unterhandlungen zu ſehen, und Preußen, welches ſchon damals ſeinen eigenen Willen mehr zu haben wagte, mußte nachgehen.

Noch einige Tage ſtand Wrangel in Jütland ſtill, dann fing er an gegen Ende Mai ſeine rückgehenden Bewegungen zu machen; worüber ſich aber das Erſtaunen und der Schmerz der Herzogthümer nicht beſchreiben laſſen.

Zuerſt wollte man es nicht glauben; und als man es glauben mußte, bemächtigte ſich tiefe Niedergeſchlagenheit der Gemüther.

Am 28. Mai war Wrangel ſchon wieder in Flensburg. Umſonſt ſuchten die Vertrauenden den Muth aufrecht zu halten, und von da an glaubten die Einſichtsvollen nicht mehr an die Thätigkeit Preußens! Der Jammer der Deutſchen im Norden von Schleswig war groß, aber es war damit nicht mehr zu helfen.

Die Feinde Preußens hatten den erſten großen Sieg über daſſelbe erfochten, und die Herzogthümer konnten ihre Sache, inſofern ſie allein von Preußen abhing, für verloren anſehen.

Indeſſen ſchien die Hauptſache doch in keinem Falle entſchieden. Noch hatte Preußen keinen Vorſchlag gemacht, der hinter ſeine früher aufgeſtellten Prinzipien zurückgegangen wäre. Noch war es von Dänemark nicht ungeſtraft verhöhnt und verletzt worden; noch konnte ſein Nachgeben als eine eben ſo verſtändige als großmüthige Politik erſchienen.

Wenn Dänemark jetzt nur auf die Vorlagen Preußens eingehen wollte, ſo ließ ſich in der Hauptſache noch immer das Beſte hoffen. Und warum ſollte man daran zweifeln? England ſtand ja als vermittelnde Macht im beſten Einvernehmen zu Preußen; während Dänemarks materielle Macht gebrochen ſchien.

Preußen hatte gezeigt, was es zu thun im Stande iſt, und die deutſchen Herre hatten willig nach Außenhin zum erſten Mal ihre Einheit gezeigt.

Welche Macht durfte es alſo wagen, gegen ſolche Elemente in die Schranken zu treten? Wahrlich das kleine Dänemark am wenigſten! Und ſo brieben ren auch Viele den guten Muth; ja die proviſoriſche Regierung hatte ſogar ihren Sitz von Rendsburg nach Schleswig verlegt, um den Schleswigern zu zeigen, wie gut die Sachen ſtehen.

Sie hatte ferner die Wahlen zur deutſchen National-Verſammlung in beiden Herzogthümern ausgeſchrieben, und dieſe waren daſelbſt in allen Diſtrikten, auch im nördlichſten Schleswig, ohne Störung vor ſich gegangen.

Die Aufnahme Schleswigs in den deutſchen Bund ſchien damit zu einer entſchiedenen Thatſache erhoben, und dieſe Aufnahme ſchien eine feſte Bürgſchaft zu ſeyn, daß das große Deutſchland Schleswig zu ſchützen wiſſen werde.

Im übrigen that dieſe proviſoriſche Regierung aber weiter nichts; obwohl es unter jenen Umſtänden von höchſter Wichtigkeit geweſen wäre, zwei Ziele mit unabläſſiger Anſtrengung zu verfolgen.

Die Regierung hätte nämlich zuerſt dahin drehen müſſen, eine ſelbſtſtändige und achtungswerthe Waffenmacht um jeden Preis zu ſchaffen, die ſchwachen Punkte des Landes zu befeſtigen, und die Volksbewaffnung in der Art zu organiſiren, daß ſie wenigſtens die Garniſonirung gänzlich überflüſſig gemacht hätte.

Aber es geſchah in dieſer Beziehung abſolut gar nichts, ja nicht einmal die bei Bau gefangenen Schleswig-Holſteiner, die in Kopenhagen ein traurige und hartes Gefängniß auf zwei Blockſchiffen erduldetern, ſuchte man auszulöſen.

Die ganze ſchleswig-holſteiniſche Seemacht beſtand etwa aus 7000 Mann, umfaßte alſo nicht einmal ein Prozent oder den hundertſten Theil der Bevölkerung; und noch dazu war dieſelbe weder mit Offizieren noch mit Rüſtung hinlänglich verſehen.

Die militäriſche Bildung, die erſte Grundlage der wahren Selbſtſtändigkeit und Einheit, ward gänzlich vernachläßigt geweſen. Aber eben ſo vernachläßigt blieb die zweite Grundlage nämlich die Herſtellung von Inſtituten; welche auf dem Wege der Verwaltung und der Geſetzgebung die Einheit hätten herſtellen können.

Das Nächſte und Erſte wäre hier geweſen, doch wenigſtens den kaum vereinigten ſchleswig-holſteiniſchen Landtag in Thätigkeit zu ſetzen, und ihm das neue Wahlgeſetz vorzulegen; aber auch dieſes geſchah nicht.

Es wird alſo ewig unbegreiflich bleiben, warum man dieſen Landtag in der dringendſten Zeit Monate lang nicht einberief. Das Eine freilich wird viel erklären, nämlich, daß das Land ſelbſt in einer allgemein politiſchen Bildung ſehr weit zurück ſtand, und es nicht verſtand, worauf es eigentlich ankommt.

Auch trat wirrenlich hinzu, daß man, da man doch einmal der Sache nach, gegen den Landesfürſten im Feldr lag, die republikaniſchen Tendenzen in Schleswig-Holſtein mehr als irgendwo anders in Deutſchland fürchtete, und in dem kommenden Landtage eine mächtige Grundlage für jene norddaibing'ſche Republik zu ſehen meinte.

In jedem Falle war die Folge dieſer gänzlichen Unthätigkeit, daß die Herzogthümer ganz machtlos und ohne allen ſelbſtſtändigen Rückhalt der preußiſchen Diplomatie in die Hände gegeben wurden.

Und die Dänen, welche dieſes ſehr wohl begriffen, breiteten ſich mit dem richtigen Takt, der ſie in dieſem ganzen Kriege ausgezeichnet hatte, fortan ihre Angriffe gar nicht mehr gegen die Herzogthümer als ſolche, ſondern nunmehr aber gegen die Preußen zu richten, welches, wie ſie vollſtändig einſahen, ſeinen beſten Hilfsgenoſſen, die eigene kühne Energie, gänzlich verlorrn hatte, und ſich durch ſeine Unklarheit im Verhältniß zu Deutſchland immer mehr iſolirte.

Der erſte Sieg über daſſelbe war erkämpft, warum ſollte nun der zweite Sieg ſchwerer werdorn? So

kam nun der Monat Juni heran, und mit ihm eine neue Abwechslung dieſes Kampfes.

Während dieſes Alles im Gebiethe der alten Diplomatie geſchah, gingen die Dinge in Frankfurt ihren gewöhnlichen Weg.

Durch einige Zeit hielten es ſelbſt die Weiterblickenden nicht für unmöglich, daß die junge deutſche Einheit zu einer ſelbſtſtändigen Macht werden könne; denn in jedem Falle war im Monat Mai für Alle entſchieden, daß ſich der alte Bundestag der deutſchen National-Verſammlung gegenüber, nicht werde halten können.

Eine neue Konſtellation der einheitlichen Ordnung in Deutſchland erſchien als unausbleiblich, und es fragte ſich jetzt, welche Stellung dieſelbe in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage einnehmen werde.

Es iſt ſchon früher geſagt worden, wie die öffentliche Meinung unter allen Fragen, welche Deutſchlands äußere Politik betrafen, am beſten und am nachhaltigſten auf die ſchleswig-holſteiniſche vorbereitet war.

Es konnte daher im Allgemeinen kein Zweifel ſeyn, daß die neue deutſche einheitliche Gewalt ſich entſchieden auf die Seite der Herzogthümer gegen Dänemark, und im Nothfalle gegen die ganze Welt ſtellen werde.

Preußen, welches die Exekutive in dieſer Sache beibehielt, war bis zu einem gewiſſen Grade gezwungen worden, dem Willen des Organs für die deutſche Einheit zu folgen.

Als der Monat Mai noch nicht zu Ende war, hatten ſich die Sachen ſchon ſo geſtellt, wie ſie vorausſichtlich kommen mußten.

Preußen war in der europäiſchen Diplomatie gänzlich iſolirt und hatte kaum andere Bundesgenoſſen als den deutſchen Bund.

Mit dieſem war es freilich ſtark; mit jedem Schritte aber, dem der alte Bund ſeiner Auflöſung näher kam, fiel auch dieſer Rückhalt für Preußen mehr und mehr zuſammen.

In die Stelle des alten Bundestags trat die National-Verſammlung, welche es war, die wenigſtens für eine Zeit lang die ganze Macht Deutſchlands in Händen hatte.

Dieſer Macht bewerfte Preußen, um ſeine Forderungen in Beziehung auf Schleswig-Holſtein gegen das übrige Europa aufrecht zu halten.

Die National-Verſammlung war, wenn Preußen es wollte, bereitwillig genug, zum Aeußerſten zu ſchreiten; allein dafür hätte Preußen in der wichtigſten Frage der äußern Politik ſich entſchieden unterordnen müſſen; und nur dann wäre ein Kampf Preußens mit der übrigen Welt möglich geweſen.

Wollte aber Preußen dieſes nicht, wollte es nicht gewiſſermaßen als Mandatar der deutſchen National-Verſammlung und faktiſch derſelben verantwortlich gegen Europa auftreten, ſo mußte es mit ſeinen eigenen ſchwachen Kräften die Sache von Schleswig-Holſtein vertheidigen.

Auf dieſem letzten Wege zu ſiegen, war aber ganz unmöglich, und ſo kam es nun, daß mit dem Monat Mai ſchon der Schwerpunkt der ganzen Zukunft dieſer armen Herzogthümer in das Verhältniß fiel, in welches Preußen ſich zur National-Verſammlung zu ſtellen gedachte.

Nun wußte man um dieſe Zeit in den Hauptkabineten von Europa, beſonders aber in Petersburg, ſehr wohl, daß die preußiſche Regierung keineswegs drabſichtige, ſich der National-Verſammlung in irgend einer Weiſe zu unterwerfen.

Die einzige Furcht mithin, welche von einem äußerſten Verfahren gegen Preußen und von einer gänzlichen diplomatiſchen Niederlage deſſelben hätte abhalten können, die Furcht, daß Preußen um der Sache eine entſcheidende Wendung zu geben, irgendwie oder zu irgend einer Zeit ſich der Einheit Deutſchlands in die Arme werfen könne; war nicht vorhanden.

Man ſah im Gegentheile mit richtiger Berechnung vor, daß Preußen lieber jede energiſche That der National-Verſammlung hindern und brechen, als durch ſie zum entſcheidenden Siege zu gelangen, ſuchen werde.

Und in der That, wäre das Ende des letztern Wegs die Auflöſung Preußens in das neue Deutſchland, vielleicht in das republikaniſche geweſen.

Man ſah daher die preußiſche Politik ohne alle Unruhe auf ihren einzigen wahren Alliirten, die National-Verſammlung, zurückgeworfen; man wußte, daß die Folge davon eine Spaltung zwiſchen Preußen und Deutſchland ſeyn werde.

Was konnte man alſo Beſſeres auf der Seite der Reaktion hoffen? Auf dieſer Grundlage ging Dänemark, von Rußland getragen, vorwärts; und in der Erkenntniß dieſer Unfähigkeit des preußiſchen Kabinets, das einzige Hilfsmittel zu ergreifen, war England in ſeinen Beſtrebungen für Preußen lau geworden.

Wenn eine Sache verloren geht, ſo iſt das Erkalten der tüchtigen Bundesgenoſſen das erſte Anzeichen, und ſo konnte man ſchon mit Anfang des Monats Juni in Berlin nicht mehr entſchieden auf England rechnen, weil England nichts Großes mehr von Preußen erwartete.

Dieſes iſt nun der Charakter des Zeitabſchnittes, der hier dargeſtellt werden ſoll, da er allein im Stande iſt, die einzelnen Vorgänge, die ſonſt faſt unverſtändlich bleiben würden, hinlänglich zu erklären.

Kaum hatte Preußen in der Mitte des Monats Mai in England durch Bunſen ſeine Waffenſtillſtands-Vorſchläge eingereicht, und England ſich faſt ſchon damit einverſtanden erklärt, als ſogleich Dänemark durch den Grafen Reventlow weſentlich verſchiedene Vorſchläge machen ließ.

Nach dieſen ſollte namentlich die ſchleswig-holſteiniſche Armee entlaſſen und in jedem Herzogthum eine proviſoriſche Regierung, die ſchleswig'ſche durch den König von Dänemark, die holſteiniſche durch den Bund eingeſetzt werden.

Dieſes ſollte alſo ſo viel heißen, als die Herzogthümer zugleich trennen und ſie wehrlos machen. Natürlich wies Preußen ſolche Vorſchläge entſchieden zurück;

allein Dänemark hatte indessen doch gezeigt, daß es sich keineswegs als geschlagen oder besiegt betrachte.

In Folge dessen zog sich Dänemark von den Verhandlungen in London fast gänzlich zurück, und fing nun an, sein eigenes System dem preußischen System gegenüber zu stellen.

Preußen hatte sich — wie schon gesagt worden — gegen Ende des Monats Mai aus Jütland zurückgezogen, und um die erste Bedingung der englischen Vermittlung zu erfüllen, stand es im Begriffe, das ganze Herzogthum Schleswig zu räumen. Dänemark dagegen that, als ob gar nichts vorgefallen wäre.

Unterstützt von den bestimmtesten Versprechungen Rußlands, und auf die Hilfe Schwedens rechnend, höhnte und verletzte es Preußen in Deutschland, auf alle nur mögliche Weise.

Wirklich merkwürdig, wie dieses geschehen konnte im Angesichte der Erhebung des ganzen mächtigen Deutschland.

Während das siegreiche Heer der Deutschen in raschen Märschen sich der Eider näherte, gegen die Reste der dänischen Armee hinter ihm her. Gleichsam zum Spotte setzte man am 27. Mai in Kopenhagen ein Prisengericht ein, und kondemnirte die ersten deutschen Schiffe.

Zu gleicher Zeit wurden am 28. und 29. Mai die deutschen Truppen, die gegen Alsen standen, von den Dänen mit großer Uebermacht angegriffen und mit einem Verlust von 210 Mann zurück gedrängt; ja die Dänen rückten in Hadersleben ein, besetzten den ganzen Norden Schleswigs, verhöhnten die Preußen, verhafteten und mißhandelten die armen deutschen Einwohner von Hadersleben und Apenrade, und dieses Alles geschah im Angesichte einer Armee, die sie in einem Nu hätte erdrücken können; ja selbst Angesichts der englischen Bedingungen, die eine Räumung der beiden Herzogthümer vorschrieben.

Zu gleicher Zeit kam der Großfürst Konstantin in Stockholm an, wo er von dem Könige Oskar auf das Herzlichste begrüßt ward; und von da ging er nach Kopenhagen, wo ihn der Hof und das Volk mit einem unendlichen Jubel begrüßte.

Eine Abtheilung der russischen Flotte stach in die See, und Rußland versprach Dänemark im Falle finanzieller Verlegenheit, die Summe von zehn Millionen Rubeln als Vorschuß.

Jetzt blähte sich der dänische Hochmuth noch größer, da er glaubte, mit solchen Alliirten ein leichtes Spiel zu haben.

Die Mißhandlungen der Deutschen mehrten sich, und der Zorn derselben wurde immer größer. Zugleich aber sank auch der Glaube an Preußens Willen und Macht. Es blieb jetzt nur eine Hoffnung übrig, und diese war auf Frankfurt gerichtet.

Die hart gedrückten deutschen Einwohner in Hadersleben und Apenrade beschlossen ein Aeußerstes zu thun und schickten, außer Stande, die dänische Herrschaft länger noch zu ertragen, eine Deputation nach Frankfurt, um hier sich Hilfe zu erbitten, während sich diesen Männern noch andere Deputationen der Herzogthümer anschlossen.

Ja die Noth war so groß, und ebenso der Unwille der Herzogthümer, daß selbst die provisorische Regierung sich bewegt fühlte, und so eilte auch Beseler gleichfalls nach dem Sitze der deutschen National-Versammlung.

Hier nun vereinigten sich sofort die schleswig-holsteinischen Abgeordneten und gaben am 2. Juni bei dem Ausschusse für völkerrechtliche und internationale Verhältnisse einen Antrag ein, daß die National-Versammlung sich endlich entschieden der schleswig-holsteinischen Sache annehmen möge.

Der Ausschuß beschloß, bereits am 3. Juni bei der National-Versammlung demzufolge zu beantragen: »Die deutsche National-Versammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemarks das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde.

Auch spricht die deutsche National-Versammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswigs strategischen Gründen beizumessen sey, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, sowie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswig schleunige und wirksame Sorge getroffen werde.«

Noch niemals hatte die Versammlung einen so balden, so lauen und nichtssagenden Antrag vernommen, und dennoch schien die Majorität nicht blos bereit, ihn anzunehmen, sondern sogar jede Diskussion darüber abzuschneiden.

Und doch war es vollkommen klar, daß mit einem solchen Antrage nicht das Allermindeste gewonnen seyn werde.

Aber auch dieser Antrag kam nicht sogleich auf die Tagesordnung. Erst am 8. Juni wurde der Bericht darüber erstattet; und der Schluß dieses Berichtes lautete dahin, daß der Ausschuß sich nicht zu einer kategorischen Erklärung habe verstehen können, durch welche ganz Schleswig als unantheilbar an Deutschland erhalten bleiben müßte.

Schleswig habe ein Recht auf die Verbindung mit Holstein, aber Deutschland habe kein Recht auf Schleswig als ein Bundesland. Am 9. Juni ward nun die Debatte trotz des Widerstrebens der Majorität eröffnet.

Hecksher mit seiner advokatischen Gewandtheit war Berichterstatter gewesen. Dahlmann sprach zuerst und sprach mit jener eigenthümlichen Doppelbeziehrtheit, die das Große für Deutschland über Alles liebt, aber die zugleich lieber das Große aufgibt, als daß sie der Gefahr sich aussetzt, ein kleines Unrecht zu begehen.

Er erkannte an; das Gleichgewicht Europa's möge sich verrücken, aber wenn in der schleswig'schen Sache nicht geschehe, was Recht ist, so sey der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen.

Dieſes hinderte ihn nicht, zu erklären, daß di Anträge des Ausſchuſſes in dem Sinne alter deutſcher Beſcheidenheit geſtellt ſeyen; und ſo empfahl er den Ausſchußantrag, der wahrlich nicht im Stande war, das Haupt Deutſchlands durch ſeine deutſche Beſcheidenheit zu retten.

Was nutzte es, die alte halbe Politik des Bundestags vom Jahre 1821 und 1822 zu erzählen, wenn man ſelbſt wieder bei einer gleichen halben anlangte? Eine Reihe von Rednern, die nicht eben beſtimmter und beſſer ſprachen, folgte jetzt.

Keiner, aber kein einziger von allen dieſen Männern wagte den wahren Sachverhalt darzulegen. Wie weit Andere auch nur von dem Verſtändniß deſſelben entfernt waren, zeigte der Antrag des ehrlichen Jakob Grimm, welcher ſagte: »Die National-Verſammlung beſchließt, daß der Krieg gegen Dänemark ſo lange mit Energie zu führen ſey, bis es Deutſchlands Rechte anerkenne, und daß die deutſche Nation keine Einmiſchung fremder Nationen in ihrer Sache dulden werde.«

Waitz mit ſeinem eigenthümlichen hofmeiſternden Vermittlungs-Charakter, fing damit an, Preußen zu rühmen, und die Linke, die wenig von den großen Dingen verſtehe, etwelches zu tadeln; er ſchloß endlich mit dem Antrag, daß die deutſche National-Verſammlung die ſchleswig'ſche Sache als eine Angelegenheit deutſcher Nation zu dem Bereiche ihrer Wirkſamkeit gehörend, anerkenne, und das energiſche Mittel zur Fortführung des Krieges ergriffen werden, nebſt Wahrung der deutſchen Ehre; zweitens, daß die Genehmigung des abzuſchließenden Friedens der National-Verſammlung vorbehalten werde.

Droyſen zeichnete ſich, wie immer, dadurch aus, daß er auch in dieſer großen, ſein näheres Vaterland doch ſo ernſt berührenden Frage gar nicht das Wort ergriff.

Zuletzt ſprach Heckſcher, dann folgte die Abſtimmung, und der Antrag des Ausſchuſſes fiel. Hierauf wurde der Antrag von Waitz in ſeinem erſten Theil angenommen; der zweite aber, der eigentlich allein definitive Bedeutung hatte, fiel durch.

Alſo hatte die deutſche National-Verſammlung in einer Sache, in welcher Deutſchland das Haupt abgeſchlagen werden konnte, erklärt, daß ſie auf die Genehmigung des über dieſe Hauptangelegenheit Deutſchlands zu ſchließenden Friedens, verzichte.

War es von da an für einen engliſchen, ruſſiſchen oder auch nur franzöſiſchen Staatsmann möglich, noch das Geringſte auf die Bedeutung der Verſammlung zu geben?

Seit dieſer Zeit war auch dieſe Verſammlung in den Augen der Diplomatie abgeurtheilt.

Preußen dagegen ſah nun, was es gewonnen habe; denn von jenem Tage an erſt war es der wirkliche und alleinige Herr der ſchleswig-holſteiniſchen Frage.

Die National-Verſammlung hatte bewieſen, daß man mit ihr machen könne, was man wolle; und es ſchien, als brauche man nicht mehr Kaiſer von Deutſchland zu ſeyn, um mit ganz Deutſchland befehlen zu können.

Preußen, von da an unbeirrt durch die öffentliche Meinung, ging ſeinen Weg. Trotz des lauten Rufs der armen bedrängten Herzogthümer, trotz des wachſenden Unmuths der deutſchen Völker blieb es ruhig im Süden Schleswigs ſtehen, erreug es die Blokade, ließ ſeine Schiffe kondemniren und verhandelte hoffnungslos in London.

Indeſſen war man aber in Dänemark nicht müßig geweſen. Die Könige von Dänemark und Schweden hatten ſich gegenſeitige Beſuche gemacht, und in Malmoe gleichſam eine Gegenkonferenz, gegen die Londoner Verhandlung, in der ſich Preußen am meiſten geſchützt glaubte, aufgeſtellt.

Rußland unterſtützte dieſe Konferenz mit aller Kraft, und England, um ihr entgegen zu wirken, erwartete, daß Preußen das Seinige thun werde, um der erbetenen engliſchen Vermittlung Nachdruck zu geben. Aber Preußen that nichts.

Wenig bedeutete es, daß der General Halkett am 5. Juni unter dem Vorgeben, den Geburtstag des Königs von Hannovre feiern zu wollen, die Dänen im Sundewitt angriff, und ihnen ein blutiges Treffen lieferte, in welchem durchaus nichts entſchieden ward; eben ſo wenig, daß der kühne Partheigänger von der Tann am 7. Juni mit 300 Mann über 1200 Dänen bis Hoptrup ſchlug und ihnen 2 Kanonen abnahm.

Die preußiſche Regierung erklärte dagegen ſchon am 13. Juni, daß ſie keine Freiwilligen mehr annehmen wolle, und General Wrangel ſtand unbeweglich bei Flensburg.

Statt aller energiſchen Thaten, welche doch am Ende auch von der National-Verſammlung gewünſcht worden waren, kreuzten ſich die Kuriere mit reſultatloſen Vorſchlägen, und der Norden der Herzogthümer litt furchtbar unter der däniſchen Beſetzung.

Unter dieſen Umſtänden war es kein Wunder, daß der däniſchen Diplomatie der Muth ſtieg, ja man fing an, Preußen faſt ganz zu vernachläßigen, und verhandelte auch nicht mehr in London.

Auf der Kopenhager Rhede lagen Kriegsſchiffe aus Rußland, Schweden und Norwegen neben den däniſchen Schiffen, und die Neuvertheilungen der deutſchen Schiffe gingen fort; ebenſo war an eine Räumung von Alſen gar nicht gedacht worden.

In dieſer Zeit war es, wo der Großfürſt Konſtantin von Kopenhagen aus die Blokade-Schiffe an der ſchleswig-holſteiniſchen Küſte perſönlich beſuchte, und vor dem Kieler Hafen, auf der dort wachthaltenden Korvette angekommen, den Plan faßte, ſich Kiels mit ſeinen eigenen Kriegsſchiffen raſch zu bemächtigen.

Jetzt wurde aber England ſeinerſeits unwillig, und fing an, ſein ganzes Gewicht in die Wagſchaale zu legen.

Der engliſche Geſandte erklärte dem ruſſiſchen Prinzen, daß jede Berührung des ſchleswig-holſteiniſchen Gebiets unbedingt ein casus belli ſeyn werde. England erklärte ferner in Kopenhagen, daß die Räumung Schleswigs einmal von England gefordert, unbedingt von ihm aufrecht gehalten werde.

In Berlin aber veranlaßte es Preußen, sofort mit den deutschen Truppen die Dänen aus Schleswig zu treiben, und zu gleicher Zeit in Malmoe den dort versammelten Mächten, namentlich Schweden, die einmal von England aufgestellten Vorschläge als die einzigen vorzulegen, welchen England seine Zustimmung geben könne.

Damit änderte sich die Lage der Sachen und der Kampf um Schleswig-Holstein nahm mehr und mehr seinen eigentlichen Charakter, nämlich den Charakter des Gegensatzes zwischen England und Rußland an.

Aber schon hier war Rußland nicht glücklich, denn auf Englands Veranlassung gab nunmehr, gegen Ende des Monats Juni, Preußen dem General Wrangel den Befehl, sofort vorzurücken, und das Herzogthum Schleswig von dänischen Truppen zu säubern.

Diesmal wurden die schleswig-holsteinischen Truppen vorangeschickt, da sie sich schon mehrmalen beklagt hatten, daß man sie in ihrer eigenen Sache nicht verwenden wollen.

Am 29. Juni trafen sie nun auf die Dänen bei Hadersleben, und schlugen sie nach einem hitzigen Gefecht, worauf die Dänen in der Nacht in größter Eile Hadersleben räumten, und sich hinter die jütische Grenze zurückzogen.

So war nun das Erste geschehen. Zugleich schickte Preußen den Legationsrath Pourtalès nach Malmoe mit sehr bestimmten Noten an den König von Schweden.

Schweden hatte bereits im Anfange des Monats Juni 4500 Mann nach Fünen hinübergesetzt, und bei Malmoe ein Lager von 45,000 Mann gesammelt, denn es war Grund genug zur Unruhe vorhanden. Allein die Stimmung blieb doch sehr getheilt über die ganze Expedition.

Die Jugend war dafür, weil sie in ihr die erste Verwirklichung der Idee einer skandinavischen Union sah. Bürger und Bauer erklärten sich entschieden dagegen, weil sie ohne Nutzen für Schweden, neue bedeutende Ausgaben für das arme Land darin berechneten; und auch die gebildete Klasse erkannte in dieser Theilnahme an dem Streite Dänemarks, mehr ein Ueberfreben gegen das so viel gefürchtete Rußland, als eine eigene und selbstständige Politik.

Das schwedische Kabinet hätte daher, wenn es sich der nunmehr sehr energisch auftretenden Vermittlung hätte entziehen und damit einem Kriege gegen England ausſetzen wollen, keineswegs die Unterstützung seines ganzen Volks gefunden.

Und so war es leicht erklärlich, daß Graf Pourtalès vom Könige von Schweden sehr freundschaftlich aufgenommen ward, und daß die neuen Vorschläge auch sogleich Gehör fanden.

Diese Vorschläge blieben im Wesentlichen die alten, schon früher gemachten; nämlich Räumung der Herzogthümer, Einsetzung einer gemeinschaftlichen Regierung und Besetzung Schleswigs von deutschen Truppen.

Auf solcher Grundlage entstand nun der erste Entwurf zu einem Waffenstillstande am 2. Juli in Malmoe. Mit den von Schweden und dem gemäß auch von Dänemark im Wesentlichen angenommenen Bedingungen ging Graf Pourtalès von Malmoe ab, und überbrachte am 8. Juli dieselben dem General Wrangel mit dem Auftrage, auf dieser Grundlage einen Waffenstillstand zu unterhandeln.

Es war dieses dem General wohl keineswegs recht, indessen mußte er doch gehorchen, und so wurden die Konferenzen von Belleoue bei Kolding eröffnet.

Auf diese Weise unterhandelte man jetzt auf drei Seiten zugleich, nämlich in London, in Malmoe und Belleoue. Schon damals breitete sich eine ungeheure Verwirrung über den Gang der Dinge aus, die aber später noch ärger werden sollte.

Die Verhandlungen von Belleoue waren am 15. Juli eröffnet worden. Nach einer Anfangs sehr günstig erscheinenden Einleitung trat jetzt aber Graf Pourtalès mit bestimmten Forderungen hervor, nach welchen namentlich Dänemark die Verordnungen der provisorischen Regierung anerkennen sollte.

Darauf wollte sich im Anfang der dänische Abgeordnete, der Kammerherr Reedtz, durchaus nicht einlassen; indessen gelang es aber doch neben dem Entwurfe vom 2. Juli, einen zweiten Entwurf vom 19. Juli aufzustellen, mit welchem dann der dänische Abgesandte nach Kopenhagen zurückkehrte.

Indessen war aber der deutsche Reichs-Verweser eingesetzt worden; und jetzt erklärte plötzlich Preußen: »Daß das Mandat, welches es vom Bundestage erhalten hätte, in dieser Angelegenheit die Sache Deutschlands zu führen, nunmehr auf den Reichs-Verweser zurückgehe, und daß die königliche Regierung es demnach für ihre Pflicht halte, den Oberbefehlshaber zu beauftragen, den Waffenstillstand nur unter Vorbehalt Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann von Oesterreichs abzuschließen.«

Diese Forderung Preußens mochte auf den ersten Blick eine rein formelle seyn; in der That aber war sie von hoher Bedeutung.

Nicht allein, daß Deutschland dadurch als selbstständige Macht in die Diplomatie hineintrat, hauptsächlich mußte es aber Bedenken wachen, daß sich der Reichs-Verweser unter dem Einflusse der National-Versammlung befand, und daß in dieser eine starke Kriegs-Parthei bestand, welche noch immer im Stande war, im entscheidenen Augenblicke die deutsche Macht zu einem europäischen Kriege aufzubieten.

Jene Forderung machte daher sogleich in der ganzen europäischen Diplomatie einen heftigen Sturm gegen Preußen; ja Einige gingen so weit, zu fürchten, daß Preußen beabsichtige, sich der deutschen Einheit in die Arme zu werfen, und Niemand zweifelte daran, daß wenn dieses geschehe, die Gestalt von Europa sich ändern müsse.

Dänemark zuerst erklärte daher, daß es, da namentlich durch den Verbehalt einer spätern Modifikation durch den Reichs-Verweser die Sache auf ein ganz neues Terrain geführt werde, sich nicht darauf einlassen könne, auf dieses Terrain, auf welchem Alles wieder ungewiß werde, einzugehen.

Ja, als nun der Waffenstillstand von Belleoue, an dem doch der General Wrangel Theil genom-

men hatte, demſelben zur Unterzeichnung vorgelegt ward, und als Wrangel in Folge ſeiner Inſtruktionen ſich plötzlich weigerte, die Unterzeichnung ohne Genehmigung des Reichs-Verweſers vorzunehmen, und ſeine Qualität als Reichs-General vorſchob, da nahmen die Dinge eine ernſtere Wendung.

Schweden inſtruirte ſeinen Geſandten in Berlin am 23. Juli dahin, daß es in Beziehung auf dieſe Ratifikation ganz die Anſichten Dänemarks theile; daß man mit Preußen allein unterhandelt habe, daß Preußen allein auch die ſchwediſche Vermittlung angeboten ſey, und daß daher mit Preußen allein der Waffenſtillſtand abgeſchloſſen werden könne. Selbſt Frankreich, welches ſich bisher wenig betheiligt hatte, zeigte ſich jetzt zu Gunſten Dänemarks geneigt.

Aber, was wichtiger war, als Alles dieſes, war, daß das engliſche Kabinet ſeine Unzufriedenheit über dieſes Verfahren Preußens ganz offen ausſprach, und Palmerſton ließ in Berlin ſehr kategoriſch erklären, daß England die ernſte Hoffnung habe, daß die preußiſche Regierung ſich im Stande finden werde, dieſe Angelegenheit ſchleunig und in befriedigender Art zu Ende zu bringen; denn im entgegengeſetzten Falle werde die britiſche Regierung ſich genöthigt ſehen, ſich gänzlich von jeder weitern Betheiligung der Unterhandlungen zurückzuziehen, in welchen fortwährend ſo viele Schwierigkeiten von der einen Seite hervorgerufen werden, während von der andern Seite ſo viel verſöhnlicher Geiſt, wenigſtens in der letztern Zeit gezeigt worden iſt.

Nun war es hohe Zeit für Preußen, ſeinerſeits einzulenken. Sofort nach dem Empfang dieſer Depeſche und nach ähnlichen Aeußerungen gegen die preußiſche Geſandtſchaft in London ward der General von Below beauftragt, nach Wien abzugehen, um das Einzige zu erreichen, was jetzt noch erreicht werden konnte; nämlich die Vollmacht des Reichs-Verweſers zum Abſchluſſe des Waffenſtillſtandes.

Der Reichsverweſer Erzherzog Johann gab Preußens inſtändigen Bitten nach, und die Vollmacht wurde am 7. Auguſt ausgeſtellt, jedoch unter dem Zuſatze, daß namentlich die Geſetze und Verordnungen der proviſoriſchen Regierung während des Waffenſtillſtandes in Kraft erhalten werden ſollten.

Zugleich aber beabſichtigte die neue Centralgewalt keineswegs, Preußen dieſes wichtige Geſchäft allein zu überlaſſen, und es wurde vielmehr der Reichs-Miniſter Heckſcher beordert, die Ausführung des Waffenſtillſtandes ſeinerſeits mit zu betreiben, und zugleich der Unterſtaats-Sekretär des Reichs Miniſteres von Gagern, nach Malmoe abgeſchickt, um dort den Waffenſtillſtand im Namen des Reichs mit zu verhandeln.

Jetzt erſt war für dieſen ſo viel geſuchten Waffenſtillſtand der Weg endlich gebahnt; und der letzte Abſchnitt dieſer wunderlich verwirrten Verhandlung nimmt ſeinen Anfang.

Während des Kriegslärms und der Friedens-Verhandlungen waren die Herzogthümer unter der proviſoriſchen Regierung ganz in ihrer alten Lage verblieben.

Die proviſoriſche Regierung war im Monat Juni eben ſo weit von jeder energiſchen Maßregel entfernt, als im Monat April, und es iſt ſchwer zu ſagen, wie weit dieſes gegangen wäre, wenn nicht nach dem Reſultate der letzten Stände-Verſammlung doch endlich eine konſtituirende Verſammlung hätte zu Stande gebracht werden müſſen.

Nach einem langen Warten erſchien das Dekret, welches die alten Stände am 14. Juni nach Rendsburg berief, um hier die politiſche Zukunft des Landes zu entſcheiden.

Indeſſen hatte ſich aber die allgemeine Stimmung ſchon weſentlich geändert; denn der erſte Taumel der Begeiſterung war verſchwunden.

Man hatte in den Dänen einen zwar nicht mächtigen, aber doch kühnen und bedarrlichen Feind erkannt, und hatte dagegen die Wehrhaftigkeit des eigenen Landes eingeſehen; ja man hatte ſogar endlich eine dunkle Ahnung vor den großen Rechten, welche ſich um das Schickſal Schleswig-Holſteins in Bewegung ſetzten, und fühlte dabei, daß man in dieſer Beziehung Preußen gänzlich in die Hände gegeben ſey.

Man wagte alſo nicht recht, ſich energiſch mit der äußern Politik zu beſchäftigen; ja man war ſelbſt bei der proviſoriſchen Regierung nicht einmal unterrichtet von den Abſichten und den Vorkehrungen Preußens, und ſtand daher faſt ganz außerhalb aller Diplomatie.

Daneben war der Glaube an die Macht und den guten Willen der National-Verſammlung in Frankfurt ganz bedeutend geſunken, denn der richtige und kühle Takt des Nordländers ſagte Allen, daß eine Verſammlung, die im entſcheidenden Augenblicke die Entſcheidung nicht zu treffen gewagt hatte, für die künftigen Verhältniſſe keine Verſammlung von großer Bedeutung ſeyn werde.

Im Lande ſelbſt aber fing die Reaktion zu erwachen an. Man lehrte die, noch in politiſchen Dingen ſehr ungebildeten Bauern die Republik und den Kommunismus gleichſtellen und fürchten, jede kräftige Bewegung mit großem Bedenken betrachten und auf die Beamten in jeder Weiſe bauen.

Endlich aber waren die bedeutenſten und geſchickteſten Männer des öffentlichen Lebens in ämtlichen Dienſtleiſtungen meiſtens außerhalb des Land des gekommen.

Auf dieſe Weiſe ließ ſich nun mit Beſtimmtheit vorherſagen, daß die Herzogthümer ſelbſt durch eigene Thätigkeit kaum im Stande ſeyn würden, irgend ein Gewicht in die Wagſchale zu legen.

Unter dieſen Umſtänden traten nun die alten Stände am 14 Juni in Rendsburg zuſammen, wo die erſte Vorlage der Regierung das Wahlgeſetz für die konſtituirende Landes-Verſammlung war.

Dieſes Wahlgeſetz hielt ſich allerdings auf der breiteſten Grundlage, und erkannte das allgemeine Stimmrecht in ſeiner ganzen Ausdehnung.

Die Stimmung der alten Stände war gänzlich dagegen; vorausſichtlich konnte nur der Druck der

öffentlichen Meinung ein solches Gesetz zur Annahme bringen.

Zunächst war indessen ein Ausschuß darüber niedergesetzt worden; dann versuchte man leise und vorsichtig an den innern Verhältnissen weiter zu kommen.

Bis jetzt hatte die provisorische Regierung ohne alle Verantwortlichkeit fortbestanden, und die Angelegenheiten des Landes hatten eben keinen großen Nutzen davon gehabt.

Ein verständiges Mitglied der Rechten, nämlich der als landwirthschaftlicher Schriftsteller bekannte Hirschfeld machte daher einen Antrag ein, um die Einsetzung verantwortlicher Minister zu bestimmen.

Nichts in der That war natürlicher und einfacher, und es ist kaum zu begreifen, daß über einen solchen Vorschlag noch Zweifel bestehen konnten; und dennoch wurde der Vorschlag des Hirschfeld mit der großen Stimmenmehrheit verworfen. Die Herzogthümer blieben ohne Ministerium, und die Regierung blieb ohne Verantwortlichkeit.

Nicht besser ging es einem unter den damaligen Verhältnissen wahrlich nicht weniger motivirten Vorschlage von dem Friederici, welcher darin bestand: man möge ein diplomatisches Comité aus den Ständen wählen, damit das Land doch einigermaßen von dem Gange der Verhandlungen unterrichtet werde, und das Volk nicht absolut außerhalb seiner eigenen Angelegenheiten stehe.

Es wurde aber auf diese, unter den damaligen Verhältnissen gewiß sehr einfache Forderung geantwortet, daß die Regierung unbedingtes Vertrauen besitze, daß sie es auch verdiene, da dieses unbedingte Vertrauen die erste Grundlage aller Ruhe und Ordnung im Lande sey, und so verwarf die Landes-Versammlung auch diesen ganz einfach gestellten Antrag.

Es änderte also wenig, daß im Lande ein Mißbehagen über diese Art, eine konstitutionelle Regierung einzuleiten, entstand; denn man wußte nur zu gut, daß doch Niemand da sey, der dem Mißbehagen einen rechten Ausdruck geben werde.

Der deutschen Parthei waren durch die Hinweisung auf Frankfurt die Hände gebunden, der demokratischen Parthei durch die Hinweisung auf Olshausen's Mitgliedschaft in der Regierung, den einsichtsvollen Politikern durch die Betrachtung der Wehr- und Machtlosigkeit der Herzogthümer.

Doch ging die Regierungs-Vorlage wegen Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht durch, und das betreffende Gesetz, im hohen Grade der Lage der Dinge angemessen, wurde schon am 8. Juli öffentlich bekannt gemacht. Es war die Grundlage der Geschichte des folgenden Jahres, welche den Herzogthümern, wenn auch kein Glück, so doch Ruhm genug brachte.

Die Verhandlungen über das Wahlgesetz nahmen am 30. Juni ihren Anfang, wobei sich die Reaktion alle Mühe gab, die Sache zu erschweren. Die Schlußberathung darüber fand am 7. Juli statt, und es wurde auf Reventlows-Farve's Vorschlag angenommen, daß die alten Stände bis zur Berufung der neuen Stände bestehen bleiben sollten.

Dann ward die Regierungs-Vorlage angenommen, und der Census verworfen, wesentlich in der Andeutung, daß die zu berufende Versammlung nur für die Konstituirung thätig seyn solle, und dieses Gesetz kam sodann am 13. Juli zur öffentlichen Bekanntmachung.

Hierauf trat man in Berathung über die Finanzen, wobei man eine neue Einkommensteuer unter gleichzeitiger Herausgabe von Kassalscheinen beschloß.

Endlich wurde, nachdem die Wahl des Reichs-Verwesers angezeigt, und eine Adresse an denselben beschlossen worden war, noch über die Lage der Verhandlungen, sowohl ohne bestimmtes Ziel geirrochen.

Die Regierung zeigte dabei, daß sie sehr wenig unterrichtet war. Sie habe, erklärte sie, nur Nachricht von einer Waffenruhe, und wisse, daß man über den Waffenstillstand berhandle.

Die Versammlung antwortete darauf, nachdem sie für diese Erklärung einen Dank votirte. So schloß nun die Versammlung, deren Resultat das Wahlgesetz, das Gesetz über allgemeine Wehrpflicht und das Steuergesetz war.

Die Versammlung hatte aber nicht bewiesen, daß sie auf der Höhe der Frage stehe, sondern ging auseinander, um der neuern, aus allgemeiner Wahl gebildeten Versammlung Platz zu machen.

So standen jetzt die Sachen im Anfange des August-Monats. Der Waffenstillstand war im Wesentlichen fertig; jedoch hatte seine Durchführung ernsthafte Schwierigkeiten.

Es wird wohl Niemand geben, der den Malmöer-Waffenstillstand einfach als einen militärischen Abschnitt in dem ersten Kriege des vereinigten Deutschlands betrachtet; sondern für jeden, der die Entwicklung der neuern Zeit einigermaßen kennt, wird er mit Recht gelten als der Wendepunkt des Schicksals der Herzogthümer und Deutschlands, als der entscheidende Punkt für die Stellung, welche Preußen dem neuen Deutschland gegenüber eingenommen hat.

Dieser Waffenstillstand ist daher das zweite große europäische Ereigniß des Jahres 1848 dessen Bedeutung weit über die Grenzen der Länder hinausging, die es zunächst umfaßte.

Wie die französische Revolution im Monat Februar plötzlich das ganze System des europäischen Gesammtlebens aufs tiefste erschüttert hatte, so stellte dieser Waffenstillstand jenes System fast ganz wieder her.

Er vernichtete gänzlich die junge Macht Deutschlands, die Hoffnung derselben auf ein Gewicht in der Diplomatie, die Zukunft seiner Flotte, die innere bisher noch scheinbar aufrecht gehaltene Harmonie zwischen der National-Versammlung und dem preußischen Kabinet.

Eine Friedens-Erklärung nach Außen, war dieser Waffenstillstand nach innen der erste Kriegsruf für den Kampf der Elemente, die ein einiges und junges Deutschland, mit denjenigen, welche die Herstellung des alten Deutschland wollten.

Auch zeigte der Waffenstillstand endlich dem blödesten Menschen, daß das Schicksal der Herzogthümer unabänderlich mit dem von Deutschland verbunden sey.

Es ist bereits schon gesagt worden, wie der General Wrangel durch sein Schreiben vom 24. Juli dem dänischen General Hedemann die Erklärung gab, daß die Feindseligkeiten wieder ihren Anfang nehmen würden, da Dänemark die Forderung der Ratifikation des Waffenstillstandes von Bellevue (bei Kolding) vom 19. Juli durch den Reichs-Verweser unter keiner Bedingung hatte anerkennen wollen, und wie der diplomatische Sturm, der sich darauf erhob, Preußen zwang, um nicht ganz und gar isolirt zu werden, in aller Weise nachzugeben, und besonders eine Vollmacht vom Reichs-Verweser zum Abschluß des Waffenstillstandes einzuholen.

In dieser Vollmacht waren nun freilich einzelne Punkte aufgestellt, welche nach dem Ermessen des Reichs-Ministers der preußische Minister nicht überschreiten sollte; namentlich die Voraussetzung, daß die neue schleswig-holsteinische Regierung in der Art gebildet werde, daß die Personen den Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung nicht gefährden; dann, daß unter den im Artikel VII. des Entwurfs erwähnten, in den Herzogthümern bestehenden Gesetzen und Verordnungen ausdrücklich alle bis zum Abschluß des Waffenstillstandes daselbst erlassenen Verordnungen einbegriffen seyen; endlich daß die in den Herzogthümern verbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Ober-Kommando's bleiben sollen.

Mit dieser Vollmacht ging der preußische Gesandte, der General Below am 12. August von Berlin nach Malmoe ab; aber die Stellung desselben war hier eine ungemein schwierige.

Die bisher befreundeten Mächte waren gegen Preußen verstimmt, und Preußen fühlte dieses deutlich genug. In den Unterhandlungen, — schrieb Camphausen an Heckscher am 2. September, — ist es auf das Deutlichste hervorgetreten, welchen Einfluß die neulichst geschehene Einmischung Frankreichs und dessen für Dänemark günstige Erklärungen gehabt haben, auch wie England keineswegs mehr die frühere neuteale Stellung gegen Deutschland zu behaupten sucht, sondern sich entschieden auf Seiten Dänemarks neigt.

Von Seiten Rußlands hatte Dänemark bei den Wiederausbruch der Feindseligkeiten die bestimmte Aussicht auf aktive Unterstützung, und Schweden war zu einer gleichen Handlungsweise, durch bestimmte, Dänemark gegenüber übernommene Verpflichtungen genöthigt.

Preußen war also isolirt. Es hatte sich dabei zwar an Deutschland angelehnt, aber es blieb bei Allem dem kein Zweifel, daß es niemals das Aeußerste versuchen werde, um so weniger, als die National-Versammlung selbst keineswegs mit dem erforderlichen Takte verfuhr.

Somit blieb nur Eines übrig, nämlich Preußen mußte nachgehen, ja nachgehen um jeden Preis; und dieses wußte man eben so gut in Kopenhagen, so wie in Frankfurt, und so richtete man auch an beiden Orten sein Verkehren darnach ein.

Das Erste, was Dänemark in dieser Lage zu erreichen wußte, war die gänzliche Abweisung in jeder Beziehung auf die neue deutsche Centralgewalt.

Statt des Namens dieser Centralgewalt mußte Preußen sich dazu verstehen, im Eingange zum Waffenstillstande zu erklären, daß es im Namen des deutschen Bundes denselben eingehe.

Von einer Ratifikation durch den Reichs-Verweser und die National-Versammlung war gar keine Rede. Dieses war um so empfindlicher, als noch 14 Tage früher wegen der Anerkennung dieser Ratifikation, Preußen die Unterhandlungen abgebrochen und den Krieg wieder aufgenommen hatte.

Dann mußte sich Preußen verstehen, die Insel Alsen ungerachtet ihrer unermeßlichen Wichtigkeit den Dänen zu überlassen; ja es mußte ferner einen siebenmonatlichen Waffenstillstand statt eines dreimonatlichen Waffenstillstandes annehmen, und mußte in die Trennung der schleswig'schen von den holsteinischen Truppen willigen, dann den Ausdruck deutscher Ober-Befehlshaber mit dem des Ober-Befehlhabers der deutschen Bundes-Armee vertauschen.

Endlich aber mußte es sogar zugeben, daß alle und jede seit dem 17. März für die Herzogthümer erlassenen Verordnungen, Gesetze und Verwaltungs-Maßregeln im Augenblicke des Amts-Antritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; nur daß die Letztere das Recht haben sollte, die für den Geschäftsgang nothwendigen und unerläßlichen Gesetze wieder in Kraft treten zu lassen.

Die Annahme dieser Bedingungen involvirte oder verwickelte allerdings eine vollständige diplomatische Niederlage; zwar wurde dagegen geltend gemacht, daß doch eine gemeinsame Regierung eingesetzt, und damit die Einheit der Herzogthümer aufrecht gehalten worden sey; allein mit jenen Bedingungen war doch diese Regierung nur ein reines Schattenbild.

Was blieb aber indessen für Preußen übrig? Nachdem es sich einmal in die Lage versetzt hatte, nicht durch diesen Gebrauch in den Strudel einer unabsehbaren Umwälzung hineingezogen zu werden, stand es allein dem übrigen Europa gegenüber, welches an die Bildung des neuen Deutschland schon damals nicht recht mehr glaubte, wie England, oder das sie haßte, wie Rußland und Frankreich.

Man wußte in Malmoe sehr wohl, daß man durch diesen Waffenstillstand im Grunde noch weit mehr Deutschland treffe als Preußen; doch gerade dieses war es, was man wollte.

Preußen seinerseits fühlte vollkommen, daß es durch sein Verfahren mit der deutschen National-Versammlung breche. Es gab zwar eine Partei in Berlin, welche dieses eben wünschte, es gab aber auch eine andere, welche dieses bedauerte; es gab aber keine,

welche dieſes auf die Gefahr der ſtaatlichen Vernichtung Preußens hin hätte vermeiden wollen.

Alſo gab Preußen nach, und das kleine Dänemark that, als ob es allein den Sieg über eine europäiſche Großmacht davon getragen hätte.

Während in dieſer Weiſe Preußen mit äußerſter Nachgiebigkeit verhandelte, verkannte man in Frankfurt keineswegs das Bedenkliche der Lage, in welche die Centralgewalt gekommen war.

Wenn Preußen nach ſeiner Vollmacht handeln wollte, ſo war vorausſichtlich jeder Verſuch, den Waffenſtillſtand zu erreichen, vergeblich; würde aber Preußen brechen, um den Waffenſtillſtand zu erreichen, jene Vollmacht, ſo hatte es ſich damit der Sache nach von der Centralgewalt losgeſagt, und im Angeſichte der ganzen europäiſchen Diplomatie die Erklärung abgegeben, daß es durchaus nicht von der Centralgewalt abhängig ſey, daß es dieſe vielmehr als eine halbe Nebenſache betrachte, und vielmehr den alten deutſchen Bund, obwohl der Bundestag aufgehoben war, im Gegenſatz zu der National-Verſammlung noch ganz in ſeinem alten Rechte anerkenne.

Das Nachgeben Preußens war daher in der That ein völliges Aufgeben der Centralgewalt in allen den Fällen, in welchen das Sonderintereſſe Preußens mit dem Intereſſe des ganzen Deutſchland in Gegenſatz kam; es war eine ſehr verſtändliche Kriegserklärung gegen das Prinzip der Souveränität des Volks, und zugleich eine vollſtändige Niederlage der Centralgewalt, zu ihrer Vernichtung in den Augen der Diplomatie; was man auch in Frankfurt ſehr wohl begriff.

Allerdings konnte man nun ſehr verſchiedener Meinung ſeyn über den Ausfall und ſogar über die Möglichkeit eines energiſchen Auftretens der Centralgewalt, dem preußiſchen Verfahren gegenüber; man konnte glauben, daß in dieſer Beziehung jeder Verſuch, das preußiſche Kabinet dem Willen des Frankfurter zu unterwerfen, ſcheitern müſſe; aber in keinem Falle durfte man ſich von Seiten des Reichsminiſteriums zu ſo kleinlichen Maßregeln herbeilaſſen, wie die, welche man auf den Grund jener Befürchtung hin vornahm.

Statt das Allerwenigſte zu thun, was von Seiten des Reichsminiſteriums hätte geſchehen können und müſſen; ſtatt eine ganz unzweifelhafte Erklärung über den Willen der Centralgewalt und einen definitiven Proteſt gegen jede Ueberſchreitung der einmal gegebenen Vollmacht zu erlaſſen, der wenigſtens die Würde der Centralgewalt gewahrt, und doch Preußen den Abſchluß eines Separatfriedens nicht unmöglich gemacht hätte; griff das Reichsminiſterium zu Mitteln, deren Kleinlichkeit und gänzliche Nutzloſigkeit nicht einmal durch die gänzliche Entfremdung aller ſtaatsmänniſchen Praxis bei dem Miniſter des Auswärtigen, dem man als frühern Hamburger Advokaten doch einen geſunden Menſchen-Verſtand zutrauen durfte, begreiflich gemacht und entſchuldigt wurden.

Heckſcher, der ſich in dieſer Angelegenheit eine traurige Berühmtheit verſchaffte, wollte Anfangs ſelbſt nach Malmoe reiſen; dann aber ſchickte er, wie ſchon geſagt worden iſt, den Unterſtaats-Sekretär Miniſter von Gagern ab mit Inſtruktionen, welche dahin lauteten, ſich mit dem preußiſchen Kabinet in's Einvernehmen zu ſetzen, die Innehaltung der oben angegebenen drei Punkte in der Vollmacht an Preußen zu beachten, und beſonders die Perſonen für die neue Regierung mit zu bezeichnen.

Gagern kam über Berlin am 13. Auguſt in Rendsburg an, während Below ſchon am 12. Auguſt in Malmoe war.

Er wollte dann ſelbſt nach Malmoe gehen; aber man erklärte ihm vertraulich nur zu beſtimmt, daß ſeine Gegenwart höchſt ungerne geſehen und vielleicht zu ſehr großen Unzuträglichkeiten führen werde, ſo daß er eigenhändig an Heckſcher ſchrieb, wie er verhindert ſey, nach Malmoe zu gehen, und wie jedenfalls die Würde der Centralgewalt es verlange, daß ihr Vertreter nicht als ein heimlich hinter den Couliſſen ſtehender Agent erſcheine; und ſo blieb alſo Gagern in Rendsburg.

Von der Reichsgewalt erhielt er aber keine beſtimmten Inſtruktionen; ja beinahe war es lächerlich, daß Heckſcher ihm zum Vorwurf machte, nicht nach Malmoe gegangen zu ſeyn, während Gagern durchaus nicht wußte, was er dort thun ſollte.

Um indeſſen nicht müßig zu bleiben, betrieb die Reichsgewalt doch Eines, was gerade ihre Politik und ihre Macht unter allen Dingen am meiſten herabſetzen mußte.

Nachdem man ſich nämlich vollſtändig auch durch die Berichte des Gagern überzeugt hatte, daß Preußen um jeden Preis einen Waffenſtillſtand ſchließen werde, und daß alsdann der Reichsgewalt, wenn ſie durch Nichtachtung der Vollmacht, die ſie gegeben hatte, nicht gänzlich mit Füßen getreten bleiben wolle, nichts Anderes übrig bleibe, als ſich an die Herzogthümer zu wenden, und mit ihnen nöthigen Falls den Krieg weiter zu führen; aber was that man? — Man gebrauchte den ganzen Einfluß der Centralgewalt und die ganze Thätigkeit des ehrlichen Gagern dazu, die Verſammlung zu bewirken, die allein noch eine Befürchtung rückſichtlich der Nichtannahme des Waffenſtillſtandes darbot.

So hatte die Reichsgewalt neben dem Mangel an Macht und an Einfluß zugleich ihren äußerſten Mangel an der einfachſten Klugheit bethätigt, und jetzt konnte Preußen allen weitern Schritten derſelben mit großer Ruhe entgegen ſehen.

Es führte natürlich nunmehr zu gar nichts, daß ſich Gagern mit Below in eine Korreſpondenz ſetzte, und dann und wann Nachrichten erhielt, die ihn doch im Unklaren ließen.

Es nutzte nichts, daß der ehrliche Gagern Briefe über Briefe an den Miniſter Heckſcher ſchrieb, voll von Beſürchtungen über den preußiſchen Frieden.

Gagern, da er nicht nach Malmoe gehen konnte, reiſte von Rendsburg zu Wrangel in das Hauptquartier, und berichtete von da aus, daß General Wrangel ſich zwar in ſeiner Eigenſchaft als deutſcher Oberfeldherr in jeder Beziehung befriedigend ausſprach; jedoch konnte er ſich in keinem Augenblick darüber täuſchen, daß er den däniſchen Krieg für Preu-

ſen wenigſtens als beendigt anſehe, und den Waffenſtillſtand als bereits abgeſchloſſen annehme.

Umſonſt wiederholte er am 22. Auguſt die Worte: »Bezeichnend für die Stimmung Preußens iſt, daß ein ſo angenehmer Staatsmann wie Graf Arnim in ſeiner Flugſchrift vom neueſten Datum einen Separatfrieden Preußens mit Dänemark eventuell vertheidigt.

Ich kann nicht glauben, daß die preußiſche Regierung die Konſtikte nicht vorausſehen ſollte, welche zwiſchen einer neuen, im Namen Dänemarks eingeſetzten Regierung und den geſetzlichen Organen der Herzogthümer aber auch zwiſchen Dänemark und der Centralgewalt nothwendig hervorſtehen, ſie ſcheint ſich aber nur aus ihrer augenblicklichen Verlegenheit befreien zu wollen.«

Aber im Reichsrathe wußte man von gar nichts. Preußen hatte ſeine guten Gründe, den Gang der Verhandlungen durchaus gehrim zu halten, und der gute Gagern und mit ihm manche Andere lebten in dem naiven Glauben, daß die Reichsgewalt doch endlich einmal es darauf ankommen laſſen werde, in irgend einen Konflikt zu kommen! Erfuhr doch die Reichsgewalt nicht einmal den Abſchluß des Waffenſtillſtandes vor dem 2. September.

So war nun dieſe halbe Maßregel der Sendung des Gagern nach Rendsburg, nachdem ſie die Reichsgewalt an dem Hauptorte unvertreten ließ und dazu noch jede ſelbſtſtändige Bewegung der Herzogthümer, der einzigen wahren Verbündeten derſelben mit ihrer ganzen Macht unterdrückte, ein klägliches Schauſpiel, das endlich die Mißachtung der National-Verſammlung nach Außen hin vollendete.

Nur ſo kann man es ſich erklären, wie ſpäter der Unterzang dieſer National-Verſammlung auf die ſchleswig holſteiniſche Frage nicht den geringſten Einfluß ausübte.

Sie war ſammt der Centralgewalt für die Herzogthümer thatſächlich ſchon im Auguſt 1848 gänzlich vernichtet, ja vernichtet durch ihre eigene Schuld.

Unter dieſen Umſtänden, bei ſolcher Dispoſition Preußens, erwies ſich die Vorſtellung eines Waffenſtillſtandes als eine leichte Sache, nachdem das Hauptbedenken, die Centralgewalt nämlich, beſeitigt war.

Der Waffenſtillſtand war auf Grundlage der Artikel von Bellevue abgeſchloſſen worden, und ging weſentlich dahin, daß Alſen von den Dänen, und ein Theil Holkteins von den Truppen in beſondere Cadres eingereicht werden, daß eine gemeinſame Regierung für die Herzogthümer theils von Dänemark, theils von Preußen aus Eingeborenen errichtet, daß aber alle Geſetze, die ſeit dem 17. März erlaſſen worden, aufgehoben werden ſollen.

Der Waffenſtillſtand ſollte auf ſieben Monate gelten; Preußen und Dänemark ſollten außerdem jedes einen Kommiſſär für deſſen Dauer in den Herzogthümern ernennen, und England die Garantie übernehmen.

Mit dieſem Waffenſtillſtande reiste Below nach Berlin, der däniſche Geſandte Bille nach Kopenhagen. Die Sache war ſo geheim betrieben worden, daß man im Publikum noch am 1. September nichts wußte, und erſt am 2. September wurde die Centralgewalt davon benachrichtigt.

Die Herzogthümer erfuhren die Konvention ebenfalls erſt am 2. September, und ſomit ſchien die Angelegenheit erledigt.

In jedem Falle hatte Preußen, wenn es wollte, einen Frieden für ſich und die Möglichkeit, ſeine Generale und Truppen im eigenen Lande verwenden zu können; doch blieb zweierlei, nämlich das Verhalten der Herzogthümer, und das Verhalten der National-Verſammlung. Für Beide war alſo die Angelegenheit ein entſchiedener Wendepunkt.

Es iſt bereits ſchon früher die Lage der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit in Frankfurt charakteriſirt worden.

Die Häupter der Intelligenz erkannten gemeinſchaftlich an, daß Schleswig-Holſtein die wichtigſte Frage, das Haupt der deutſchen Sache bilde; aber dennoch, trotz der beſtändigen Hervorhebung der Ehre und der Würde Deutſchlands, hatte man die Majorität beſtimmt, die ganze Sache aus ihren Händen zu geben.

Die einſichtsvollen Männer begriffen dabei ſehr wohl, daß mit jener Erklärung, nach welcher ſich die National-Verſammlung der Ratifikation des zweiaigen Waffenſtillſtandes begab, im Grunde dieſe Verſammlung in den Augen der Welt vernichtet ſey.

Die Linke, in welcher ſich Anfangs einige ehrenhafte Männer gegen dieſe Ueberzeugung ſträubt hatten, war dadurch heftig aufgeregt.

Sie fühlte, daß jener Beſchluß weſentlich im Intereſſe Preußens und ſeiner diplomatiſchen Stellung gefaßt worden ſey, und daß ſich ein tiefer, vielleicht tödtlicher Zwieſpalt zwiſchen Frankfurt und Berlin vorbereite.

Dieſes Gefühl äußerte ſich nun ſchon ſeit Anfang des Monats Juli, als die Konferenzen von Bellevue gerüchtweiſe in's Publikum kamen, immer mehr und beſtimmter.

Man lernte ſchon damals die preußiſche Politik fürchten, obgleich die Feindſeligkeiten wieder eröffnet worden waren.

In Folge deſſen trat nun der ſchleswig-holſteiniſche Abgeordnete Clauſſen aus Kiel am 10. Juli mit ſeinem Antrage auf: die National-Verſammlung wolle beſchließen, daß in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit weder ein Friede noch ein Waffenſtillſtand anders als durch den Reichs-Verweſer geſchloſſen werden dürfe.

Dieſer Antrag ſollte offenbar keineswegs die Sache erledigen; er ſollte nur die Frage, und namentlich die Stellung Preußens zu der neuen Centralgewalt in dieſer wichtigſten Angelegenheit Deutſchlands, nach Außen klar machen.

Natürlich erhob ſich ſchon um dieſen Antrag ein heftiger Kampf, der damit endete, daß beſonders auf Binke's Betrieb eine motivirte ausweichende Tagesordnung angenommen ward.

Indeſſen blieb die Bedeutung dieſes Antrags eine große; denn was bisher noch immer unklar geblieben iſt, nämlich die Stellung der Linken zu Preußen, erhielt durch ihn ſeine beſtimmte Entſcheidung.

Viel Mißtrauen war zur Gewißheit, viel Schwankendes zur Entſcheidung gebracht worden. Die Linke ſtellte ſich von dieſem Tage an ganz beſtimmt auf die Seite der Gegner Preußens, während die Rechte ſich eben ſo entſchieden gegen Preußen erklärte.

Die Maſſe des Centrums dagegen fing an zum erſten Mal zu begreifen, daß es neben und über dieſer ſouveränen National-Verſammlung ein ganzes und mächtiges europäiſches Staatenſyſtem gebe, gegen welches jene zu kämpfen haben werde, und welches theils mit Bedenken, theils mit Hoß der Bildung eines einheitlichen Deutſchland ſuſehe.

Die Fürcht vor dem unabſehbaren Kampfe, der offenbar ſich an die Konſtituirung eines ſolchen Deutſchland anſchließen mußte, war es, welche die Mitglieder der Mitte zuerſt bedenklich machte, und ſie daher der Macht in die Arme warf, von der ſie am erſten erwarten konnten, daß ſie durch ihre Stellung wie durch ihre Prinzipien jenen Kampf verhindern werde.

Auf dieſe Weiſe gruppirten ſich ſeit dieſer Zeit die Auffaſſungen; es war klar, daß, wenn nicht ganz unberechenbare Zufälle hinzukommen, die Majorität gegen jede Plötzlichkeit und Gewaltſamkeit einſchreiten und dem Verfahren Preußens zuſtimmen werde.

Da indeſſen nichts Beſtimmtes über die ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten weiter vorlag, ſo ſtand die Sache dahin, bis nach Ertheilung der Reichs-Vollmacht die Unterhandlungen in Malmoe ihren Anfang nahmen.

Jetzt ward die Aufmerkſamkeit in einem hohen Grade wieder erweckt. Die Berichte über die Bedingungen, denen ſich Preußen unterwarf, wurden immer ernſthafter.

Die Nachricht kam, daß das Reichs-Miniſterium die Vertagung der ſchleswig-holſteiniſchen Landes-Verſammlung allen Ernſtes betreibe, weil man in Frankfurt fürchte, daß hier Schwierigkeiten entſtehen könnten.

Man erhitzte ſich an dem Gedanken, daß dieſe Schwierigkeiten doch nur zu Gunſten Preußens und gegen die Würde und Ehre des geſammten Reichs vom Reichsminiſterium beſeitigt würden; man warf höchſt ungerechterweiſe der ſchleswig-holſteiniſchen Landes-Verſammlung vor, daß ſie ſich den Wünſchen des Reichs-Miniſters gefügt und ſich vertagt habe; während doch die erſte Bedingung aller Einheit und Kraft die Unterordnung unter die nun einmal beſtehende Centralgewalt ſeyn mußte.

Die Parthieen ſchieden ſich, die Reaktion, die Feindſeligkeit gegen die National-Verſammlung als ſolche fing an, ſich mit der Durchſetzung jenes preußiſchen Waffenſtillſtandes, die Parthei der Bewegung, ſich mit der Verwerfung derſelben zu identificiren.

Die ſchleswig-holſteiniſche Frage wurde aus dem Gebiethe der höhern Diplomatie herausgeriſſen, in den Partheikampf geworfen, und bevor noch der Waffenſtillſtand ſelbſt abgeſchloſſen war, konnte jeder ſich vorherſagen, daß er der Wendepunkt für die Geſchichte der National-Verſammlung, der Kampfplatz zwiſchen Frankfurt und Berlin, die Entſcheidung für den concreten, poſitiven Inhalt der deutſchen, noch halb im Nebel der Gefühle und Redensarten begrabenen deutſchen Einheit ſeyn werde.

Unter dieſen Umſtänden kamen am 1. September die erſten Nachrichten von dem wirklichen Abſchluß des Waffenſtillſtandes nach Frankfurt.

Man ſagte, daß er ſehr ungünſtig für die Herzogthümer ausgefallen ſey, und darum trat bereits am 1. September der Abgeordnete Namens Reh auf und interpellirte das Miniſterium. Die Antwort Heckſcher's war aber der Art, daß ſie die Bewegung noch ſteigern mußte.

Es ſey die Anſicht des Miniſterraths, daß die Vorlage des Programms über äußere Politik mit Hinſicht auf das Eintreffen der Bedingungen des Waffenſtillſtandes zwiſchen Deutſchland und Dänemark vorläufig noch auszuſetzen ſey; eine nähere Mittheilung über letztere Punkte ſey dem Reichs-Miniſterium von Seiten der königlich preußiſchen Regierung noch nicht zugekommen.

Die Linke nahm dieſes natürlich als einen Sport Preußens gegen das Reichs-Miniſterium auf; und die Gemüther erbitterten ſich. Zugleich war Th. Olshauſen aus Rendsburg in Frankfurt angekommen.

Die proviſoriſche Regierung war, wie gezeigt werden wird, vollſtändig ununterrichtet, denn man konnte nichts Beſtimmtes mittheilen. Indeſſen traten doch die ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten zur weitern Berathung zuſammen, und es wurde beſchloſſen, etwas Entſcheidendes im Intereſſe der Herzogthümer zu wagen.

Die Demagogie ergriff gleichfalls die ſchleswig-holſteiniſche Sache mit aller Energie, und erkannte, daß ſie in dieſer Sache endlich einen poſitiven Gegenſtand der Bewegung habe, und beſchloß, an die Durchſetzung derſelben ihre äußerſte Kraft zu wenden.

So drängten die verſchiedenen Elemente einer nahen Entſcheidung entgegen, als am 4. September endlich Heckſcher die Malmoer Konvention in der National-Verſammlung mittheilte.

Er ſah ſich dabei genöthigt, zu erklären, daß ſich in dieſen Bedingungen weſentliche Abweichungen von den Bedingungen vorfinden, unter welchen die Autoriſation zum Abſchluſſe von der Centralgewalt ertheilt worden ſey.

Die Centralgewalt behalte ſich demgemäß vor, auf Grund der Vorſchriften in dem Geſetze, nach welchem über Krieg und Frieden nur im Einverſtändniß mit der National-Verſammlung beſtimmt werden ſolle, die definitive Beſtimmung über den Waffenſtillſtand abzugeben.

Zugleich forderte der Miniſter zur Feſtſetzung eines Tags für die Berathung auf. Nun trat Dahlmann auf und verlas ſeine Interpellation, von der zunächſt die Bewegungen der folgenden Tage ausgingen.

Er fragte, ob es wahr ſey, daß durch den Waffenſtillſtand die proviſoriſche Regierung aufgelöst und ihr der Charakter einer ungeſetzlichen Behörde beigelegt

werde; ob Karl Moltke wiedre an die Spitze der Herzogthümer treten werde; ob die schleswigischen und holsteinischen Truppen wieder getrennt werden sollen, und der Waffenstillstand auf sieben Monate geschlossen worden sey?

Eine mehr bedeutende als glänzende Rede beschloß diese Interpellation; welcher eine Reihe von Anträgen und Rednern folgte.

Heckscher vertheidigte die Sache der Centralgewalt schlecht; und an diesem Tage schien sich der Sieg entscheidend auf die Seite der Linken zu neigen; zunächst wurde aber dann die Sache an den völkerrechtlichen Ausschuß verwiesen.

Dieser stattete schon am folgenden Tage, den 5. September, den Bericht ab, wobei Dahlmann der Berichterstatter war.

Es hatte sich eine Majorität und eine Minorität gebildet, denn Dahlmann war der Mann des Tages. Er trug mit kurzer und kräftiger Motivirung den Antrag der Majorität vor.

Die Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des abgeschlossenen Waffenstillstandes erforderlichen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen, dann aber zugleich einen Ausschuß zur Begutachtung der Vorfrage ernähnen.

Dahlmann schloß mit großen und glänzenden Worten: »Dürfen wir unser eigenes deutsches Fleisch und Blut verrathen, unsere deutschen Mitbürger dem Untergange überliefern? — Wadeen Sie die Einheit Deutschlands, sie ist geschändet! Diese Einheit soll durch den Waffenstillstand zerfetzt und zerbrochen werden. Beugen Sie sich; Sie werden ihr ehemals stolzes Haupt nimmer wieder erheben! Ich habe gesprochen, möge jetzt die Hand walten, welche die Beschlüsse der Menschen zu leiten weiß.«

Unendlicher Jubel folgte auf diese Rede, denn man glaubte den Mann und den Augenblick gekommen, welche die Entscheidung beingen sollten; und wahrlich, wenn Worte Thaten wären, so hätte Dahlmann große Thaten gethan gehabt.

Allein nur zu bald sollte es sich zeigen, wie wenig er und seine Genossen die Verhältnisse auch nur kannten; viel weniger erst beherrschten.

Gegen Dahlmann trat zunächst Schubert aus Königsberg auf, den Antrag der Minorität vertheidigend.

Daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst abgestimmt werde.

Schubert war der Erste, der bei dieser Verhandlung den Namen Preußens vorbrachte. Man möge bedenken, äußerte er, daß bei der Sistirung des Waffenstillstandes der Bruch mit Preußen unvermeidlich sey.

Die Rechte, wesentlich aus Preußen bestehend, klatschte Beifall, und so wurde der Kampf bald allgemeiner.

Die Hauptredner der ganzen Versammlung traten nach einander auf; eine so allgemeine, so ernste, so gewaltige Tribunenschlacht war noch nie geliefert worden. Aber ganz offenbar blieb das Uebergewicht auf der Seite der Majorität des Ausschusses; ja umsonst war es sogar, daß zuletzt Schmerling noch mit der Erklärung auftrat: »Ich habe Ihnen bereits vor einigen Tagen meine Meinung mitgetheilt, daß die Verwerfung des Artikel VI. der Bedingungen den ganzen Waffenstillstand beseitigt. Das Ministerium ist derselben Ansicht, und ich habe den Auftrag, Ihnen mitzutheilen, daß das Ministerium abdanken wird, im Falle Sie die Sistirung der militärischen Maßregeln und somit die Aufhebung des ganzen Waffenstillstandes aussprechen.«

Umsonst bat der ehrliche Minister von Gagern, man möge doch erst die Papiere durchlesen, bevor man beschließe; umsonst sprachen Radowitz, Lichnowsky, Bassermann von den Gefahren, die von Rußland her, drohen.

Der Antrag der Minorität des Ausschusses ward verworfen und dann endlich bei namentlicher Abstimmung der Antrag der Majorität angenommen worden: »Die Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes getroffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen.«

Der Antrag ging mit Stimmenmehrheit durch und ein ungeheurer Jubel war hörbar. Die Stadt Frankfurt gerieth in freudige Bewegung, denn Alles glaubte, daß jetzt eine neue Epoche der deutschen Geschichte anfangen werde.

Allein dieser parlamentarische Sieg war doch nur erst ein kleiner Anfang der ernsten Dinge, welche Dahlmann mit seinem Antrage hervorgerufen hatte. Kaum war jener Beschluß der Versammlung am 5. September gegen 6 Uhr Abends gefaßt, als sich sogleich das ganze Reichs-Ministerium zum Reichs-Verweser begab und seine Entlassung einreichte.

Der Reichs-Verweser Erzherzog Johann beauftragte nun natürlich Dahlmann mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Dahlmann hatte wohl die Macht gehabt, das alte Ministeium zu stürzen; jetzt aber zeigte es sich, daß er nicht die Kraft hatte, ein neues Ministerium hrezustellen.

Und einfach genug, wenn auch in einem hohen Grade großartig, war die Lage der Dinge, welche dieses bewirkte, denn Preußen hatte bereits den Waffenstillstand abgeschlossen und mußte sich nun den Bestimmungen desselben unbedingt unterwerfen.

Seine Generäle waeen zum Rückmaesch angewiesen und mußten ihrem Könige geborchen. Der Waffenstillstand war durch die Theilnahme Frankreichs, Schwedens und Rußlands eine europäische Thatsache, durch die Garantie Englands ein anerkanntes europäisches Recht.

Was sollte es nun heißen, unter diesen Umständen die Sistirung des Waffenstillstandes durch die National-Versammlung durchsetzen zu wollen? War das, was dieses bedeutete, mit einigen großklingenden Worten von Deutschlands Würde und Ehre abgethan?

In der That, es war kaum möglich, sich darüber zu täuschen. Die Durchführung jenes Beschlusses bedeutete nichts mehr und nichts weniger, als Preußen zwingen, seine eingegangenen Verpflichtungen nicht anzuerkennen, Europa zwingen, wegen Deutschland einen

europäiſchen Geſammtbeſchluß aufzuheben, und endlich die Fürſten des geſammten Deutſchlands zwingen, mit aller Macht ihrer Länder gewaltſam gegen Preußen und Europa aufzutreten; kurz, jener Beſchluß der National-Verſammlung war höchſt wahrſcheinlich eine Kriegserklärung gegen Preußen, ganz gewiß eine Kriegserklärung gegen das übrige Europa.

Ein ſolches Wagniß konnte freilich unternommen werden; Frankreichs Geſchichte der Jahre 1792 und 1793 lieferte ja davon ein vielbekanntes Beiſpiel.

Allein es gehörte dazu ein Muth, der vor den äußerſten Mitteln im Nothfalle nicht zurückſchreckte und ein Geiſt, der im Stande war, eine ungeheure, alles Beſtehende überfluthende Bewegung mit feſter Hand zu lenken.

Es war ganz unmöglich, dasjenige nicht zu begreifen; und wenn Dahlmann es nicht begriff, bevor er ſeinen Antrag ſtellte, ſo wurde es ihm bald genug klar, ſowie er mit demſelben geſcheitert hatte; denn nun ſollte er ein Miniſterium bilden.

Was hieß das, als eben die Bildung eines Miniſteriums, welches entſchloſſen war, mit den äußerſten Mitteln jetzt das Aeußerſte zu verſuchen? Und wenn ein ſolches gebildet, war es dann wohl der Majorität für die Ausführung jenes extremen Beſchluſſes gewiß, da ſchon der Beſchluß ſelbſt nur mit einer ſo geringen Majorität gefaßt wurde?

Wenn aber mitten in der Ausführung nun die Majorität verſagte, und jene Wärde und Ehre Deutſchlands mithin dennoch Gefahr lief; was würde alsdann dem neuen Miniſterium übrig geblieben ſeyn?

Alles dieſes drängte ſich in den Herzen derjenigen zuſammen, in deſſen Händen während dieſer Tage das Schickſal Deutſchlands und wahrſcheinlich Europa's lag. Daß er einer ſolchen gewaltigen Aufgabe gegenüber kein Miniſterium aus der rechten Seite bilden könne, da daß ſelbſt die durchaus nicht bewegungsſüchtigen ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten, wie Maiß, Franke, Droyſen, Michelſen ihm nicht hilfreich zur Seite ſtehen werden, ſah Dahlmann ſehr gut ein.

Es ging den Letztern, wie Dahlmann ſelbſt: umzuſtoßen vermochten ſie das alte Miniſterium und ſein Prinzip; aber die Gefahren eines neuen beabſichtigten ſie keineswegs zu übernehmen.

Es blieb nun Eines übrig: Dahlmann mußte ſich ein Miniſterium aus der Linken bilden und mit dieſem dem Stoße Europa's gegen die neue deutſche Großmacht entgegen gehen.

Allein gerade dieſes war es, was Dahlmann am Wenigſten gewollt hatte; und ſo entſtand nun jene wunderbare Lage, die durch die Verſammlung, welche ſie traf, wie durch die als politiſche Notabilitäten Deutſchlands berühmten Männer, die ſie bedrängeführt hatten, gleich merkwürdig, gleich beklagenswerth war.

Dahlmann mußte erklären, daß er ſich außer Stande ſehe, ein Miniſterium zu bilden. Die Gegner der National-Verſammlung feierten jetzt ihren erſten, aber entſcheidenden Triumph; die Freunde derſelben ſahen ein, daß ſie unrettbar mit aller ihrer Volksſouveränität und ihren Rednern verloren ſey.

Der Reichs-Verweſer ließ ſich natürlich auf jene Erklärung Dahlmann's nicht weiter ein, und antwortete, daß Dahlmann die parlamentariſche Pflicht habe, ihm ein Miniſterium zu ſchaffen.

Die Mitglieder der Rechten bemerkten mit einem feinen, aber durchdringenden Spott, daß Niemand beſſer als Dahlmann die Richtigkeit der Forderungen des Reichs-Verweſers werde beurtheilen können; Dahlmann mühte ſich aber, wie vorauszuſehen war, vergebens ab.

So blieb nun jenes deutſche Reich in dem wichtigſten Augenblicke ſeiner Exiſtenz ohne alles Miniſterium; und vielleicht die härteſten Tage in dem Leben Dahlmann's waren die, wo er die Vorwürfe, ſowie der Rechten, die ihm zürnte, daß er das alte Miniſterium umgeſtoßen hat, als der Linken, die ſich nicht weniger erbittert fühlte, weil er kein Miniſterium aus denjenigen bilden wollte, die ihm zum Siege geholfen hatten, ertragen mußte, ohne ihnen ein Erbeblches entgegen halten zu können.

In der That, auch der geringſten Einſicht mußte klar ſeyn, daß Dahlmann entweder nicht das Erſte thun, oder das Zweite nicht unterlaſſen durfte.

Indeſſen waren während dieſer merkwürdigen Zwiſchenzeit die Partheien und Richtungen keineswegs müßig.

Die Extreme der Rechten ſo wie die der Linken begriffen, daß ſie die Lage der Dinge um jeden Preis zu einem vollſtändigen Siege benutzen müßten.

Alle fingen daher an, Jedes in ſeiner Weiſe zu arbeiten. Die Anträge waren dem Ausſchuſſe zugewieſen worden. Dieſer Ausſchuß war gebildet aus der Vereinigung des Ausſchuſſes für die Centralgewalt mit dem Ausſchuſſe für die internationalen Angelegenheiten und beſtand zum großen Theile aus mehr ruhigen Männern.

An dieſe machte man ſich von Seiten der Rechten. Man ſtellte ihnen vor, was es eigentlich bedeute, wenn die Ratifikation verweigert werde; daß alsdann nicht das ganze Europa, ſondern beſonders Preußen, dieſes als eine offene Kriegserklärung betrachten werde, und betrachtet müſſe; ob man glaube, daß dieſe National-Verſammlung die Kraft habe, ſolchen Gegnern die Spitze zu bieten; ob man auch nur meine, gegen den entſchiedenen Willen Preußens allein durchdringen zu können; wie viel denn von und für die National-Verſammlung wohl übrig bleibe, wenn Preußen ſich beſtimmt losſage; endlich, ob man den Muth habe, alle Elemente der Bewegung ohne Grenzen in die Schranken zu rufen für einen Beſchluß, den die Politik des ganzen Europa verdamme? Alle dieſe Erwägungen wirkten allmälig ein, aber ſicher.

Je länger jenes kläglich Miniſter-Interregnum dauerte, deſto kräftiger wurden die Gründe; und ſchon wenige Tage nach jenem Beſchluß vom 5. September konnte man gewiß darauf rechnen, daß die Majorität ſich für einen neuen extremen Beſchluß nicht zum zweiten Mal erklären werde.

Zu gleicher Zeit aber sammelte die Parthei der Bewegung ihre äußersten Kräfte. Auch sie sah in der Ministerlosigkeit die Unfähigkeit der Majorität, ihrem eigenen Willen treu zu bleiben.

Wilde Pläne tauchten auf. Wenn diese National-Versammlung bestehen bleiben würde, so war kein Erhalten der deutschen Einheit, keine energische Entwicklung des deutschen Gesammtstaats denkbar; stürzte man sie, nämlich die National-Versammlung, so war dem Umsturz überhaupt Thüre und Thor eröffnet.

Mit der voraussichtlichen Verwerfung des einmal gefaßten grellartigen Beschlusses schien daher der geeignete Augenblick gekommen: der ganze Haß, die ganze Hoffnung aller äußersten Parteien konzentrirten sich darum auf diesen Standpunkt, und jeder fühlte, daß eine Entscheidung nahe sey.

Der kombinirte Ausschuß arbeitete indessen frei, und schon am 11. September wußte man, daß es mit seiner Majorität nicht mehr auf dem Standpunkte des letzten Beschlusses der Versammlung stehe; jedoch befand sich Dahlmann noch in der Opposition.

Eben dieserwegen mußte er sein Mandat vom 11. September zur Bildung eines Ministeriums zurückgeben, und der Reichs-Verweser beauftragte nun den Vize-Präsidenten Hermann mit der Bildung eines neuen Ministeriums.

Preußen blieb indessen, da die Gefahr noch immer eine große war, nicht unthätig. Es beeilte sich, nach jenem Beschluß vom 5. September sogleich außerordentliche Botschaften nach England, Rußland und Kopenhagen zu schicken, mit dem Auftrage, die Sachlage darzulegen, die ungemeine Gefahr einer völligen, unberechtbaren Revolution in Deutschland zu zeigen, und um jeden Preis eine gewisse Nachgiebigkeit von Dänemark zu fordern.

Man erkannte in jenen Kabineten vollkommen so gut wie in Berlin die Lage der Sache. Man konnte mit dem erreichten Erfolge, der völligen Niederlage Preußens und der gänzlichen Vernichtung des neuen Deutschland, in der Diplomatie sehr wohl zufrieden seyn; man gab also gerade so viel nach als nöthig war, um die National-Versammlung nicht zum Äußersten zu treiben. Preußen konnte bereits am 11. September in Frankfurt melden, daß Dänemark den Grafen Moltke als Regierungs-Präsidenten aufgegeben habe, und über jene, die Herzogthümer am härtesten verletzenden Punkte des Waffenstillstandes in weitere Unterhandlungen treten werde.

Jetzt bestimmte sich die Majorität des kombinirten Ausschusses zum Nachgehen und mit 10 gegen 9 Stimmen beschloß derselbe, den Waffenstillstand nicht zu verwerfen.

Die Minorität blieb jedoch noch fest, und am 12. September ward der Bericht erstattet. Die Minorität beantragte: »1) Den Waffenstillstand nicht zu genehmigen. 2) Das Reichs-Ministerium aufzufordern, die zur Fortsetzung des Krieges nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, insofern die dänische Regierung sich nicht geneigt zeigen sollte, die Friedens-Verhandlungen mit der Centralgewalt sogleich zu eröffnen.«

Zu dieser Minorität gehörten: Arndt Blum, Cucumus, Clauſſen, Dahlmann, Esmarch, von Raumer, Stengel, von Trützſchler, Wippermann und Wurm.

Die Majorität dagegen beantragte: »1. Auf die Erklärung Dänemarks, daß es auf die Wahl des Grafen Moltke zum Präsidenten der gemeinschaftlichen Regierung verzichte, und auf Konzessionen, wie sie der Frieden und die Ruhe der Herzogthümer erheischen, bereitwillig eingehen werde, den Waffenstillstand nicht weiter zu beanständen, aber die unverzügliche Eröffnung der Friedens-Unterhandlungen durch die Centralgewalt zu beschließen; 2. die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verfahren Preußens der Centralgewalt besonders zu berichten.«

Als diese Propositionen bekannt wurden, steigerte sich die Aufregung in Frankfurt aufs höchste. Die Debatten über dieselben sollten erst zum 13. September stattfinden; dann wurden sie auf den 14. September festgesetzt. Mit der höchsten Spannung sah man jetzt diesem Tage entgegen.

Am 14. September gegen 9 Uhr eröffnete der Präsident die Debatte über die vorliegenden Anträge; und erklärte zugleich, daß noch Sonder-Anträge eingegangen seyen.

Mit höchstem Erstaunen vernahm nun die Versammlung, daß die vier schleswig-holsteinischen Abgeordneten, Droysen, Franke, Michelsen und Neergaard einen Antrag eingegeben haben, welcher dahin lautet: »Die National-Versammlung beschließt: a) die Vollziehung des Waffenstillstandes, so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. b) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu machen, damit auf den Grund dänischerseits ämtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Antrags vom 26. August dieses Jahres baldigst eine Verständigung eintrete. c) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung der Friedens-Verhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen.«

Niemand wohl konnte solche Anträge von Seiten der Schleswig-Holsteiner erwarten! Nun nahm die Debatte ihren Anfang, in welcher die Linke alle ihre Kräfte aufbot, und von allen Seiten den Antrag der Minorität vertheidigte; aber es geschah vergeblich.

Von großer Bedeutung war der Abfall jener schleswig-holsteinischen Abgeordneten gewesen; denn er war es, der die bisherige Minorität zur Majorität erhoben, und damit das Schicksal der Herzogthümer bestimmt entschieden hatte.

Vorstellungen, Gründe, Bitten, Zorn und Drohungen blieben gleich unnütz. Die Minorität des alten Beschlusses vom 5. September gewann von Stunde zu Stunde mehr Anhänger, und schon am 15. September ließ sich vorhersagen, daß sie die Majorität behaupten werde.

Am 16. September entlich fand der Schluß der Debatte statt. Die preußische Parthei hatte ihr äußerstes an Ueberredung, die Parthei des Centrums

ihr Aeußerſtes an einer angſtdurchdringenden Nachgiebigkeit geleiſtet.

Was ſollte man alſo von einer Verſammlung ſagen, in welcher Männer wie z. B. Waitz an einem Tage für den Dahlmann'ſchen Antrag ſprachen, und am andern Tage wieder dagegen ſtimmten.

Kurz, am 17. September war die preußiſche Parthei entſchiedene Herrin der ganzen Frage. Der Antrag Dahlmann-Wurm wurde abgelehnt, und die wenigen Stimmen, die von preußiſcher Seite indeſſen gewonnen worden waren, entſchieden die Sache.

Jetzt verließen mehrere Abgeordnete den Saal, und es kam ein Gefühl über die Verſammlung, als habe ein geheimes aber ein großes Unglück ſie betroffen.

Ein unheimliches Durcheinanerdſumſen von Stimmen, und ein regelloſes hin- und herlaufen trat an die Stelle der bisherigen Ruhe.

Draußen hörte man die Wellen der Volksbewegung an die Thore des Hauſes ſchlagen, und die Ahnung trüber Dinge bemächtigte ſich der Gemüther. Um die Sache raſch zu beenden, brachte der Präſident den obigen Antrag von Franke und Droyſen zur Abſtimmung, der auch angenommen wurde.

Schleswig-Holſtein hatte den traurigen Ruhm, durch ſeine eigenen Abgeordneten ſeiner Angelegenheit den Todesſtreich verſetzt zu haben; und es war mit jenem Beſchluſſe nun wirklich der deutſchen Sache, wie Dahlmann in Wahrheit geſprochen hat, das Haupt abgeſchlagen: aber auch die National-Verſammlung war von da an eine verlorene Macht.

Als jener unglückliche Droyſen'ſche Antrag angenommen war, entfernten ſich viele Mitglieder aus dem Hauſe, theils mit Zorn, theils mit tiefer Niedergeſchlagenheit. Der zweite Antrag der Ausſchuß-Minorität wurde gleichfalls angenommen, wofür mit wenigen Ausnahmen alle Preußen ſtimmten. Der Tag war zu Ende, denn es war ſchon Abends 8 Uhr.

Von dieſem Tage an, erſchien die National-Verſammlung als kläglichés Schattenbild in den Augen der deutſchen ſowohl als der fremden Mächte, denn ſie hatte ſich ſelbſt getödtet.

Während dieſes in der Paulskirche, dieſer groſſen Katakombe von jugendlichen Illuſionen und alten Berühmtheiten vor ſich ging, wogte das Volk im Gefühle der entſcheidenden Niederlage, welche die deutſche Sache durch einige Dutzend ſchwachſinnige Stimmen erlitten hatte, unmuthig durch die Straßen; und es fielen ſchon einzelne Exceſſe vor.

Vor dem Hôtel des Herzogs von Auguſtenburg tobte die Menge, und Heckſcher war ſchon in dieſer Nacht in Gefahr geweſen.

Die verſchiedenen Fraktionen der Linken traten zuſammen, und hielten Rath, ob es jetzt nicht zweckmäßiger ſey, aus dieſer doch verlorenen Verſammlung auszutreten.

Die Heftigeren wollten ein ſelbſtſtändiges Parlament; die Ruhigern wollten nur eine Neuwahl; doch kam es zu keinem Beſchluſſe. Sämmtliche politiſche Vereine dagegen erklärten der Linken durch Deputationen ihre Zuſtimmung, und eine groſſe Verſammlung auf der Pfingſtweihe wurde jetzt für den 17. September beſchloſſen.

Dieſe Verſammlung fand ſtatt, aber obwohl ſie alle demokratiſchen Häupter und Maſſen der Umgegend umfaßte, ſo ging ſie dennoch ruhig vorüber, und nur daß heftige Reden und wilde Anträge der Volksmenge reizten. Dann zog man in Prozeſſion in die Stadt zurück, an der Spitze deutſche, in Trauerflor gehüllte Fahnen; die Wachen traten ſalutirend ins Gewehr, und die Aufregung der Gemüther verbreitete ſich durch die ganze Stadt.

So dauerte dieſer Zuſtand bis zum 18. September, wo die demokratiſche Parthei, um das Maß des Klagevollen voll zu machen, die erſten Barrikaden errichtete, und gegen die Verſammlung ſo wie gegen die Reichs-Regierung zu den Waffen griff.

Der Kampf dauerte den 18. und durch die Nacht des 18. zum 19. September fort. Der Reichs-Verweſer rief Truppen über Truppen aus der Umgegend zuſammen, und unter dem Donner der Kanonen wurde endlich am Morgen des 19. September der Aufruhr begraben.

So waren nun die Würfel gefallen; Schleswig-Holſtein hatte von Frankfurt keine Hilfe, und Preußen von der deutſchen National-Verſammlung keine Oppoſition mehr zu erwarten; und ſo war die ſchleswig-holſteiniſche Sache von dieſem Augenblicke an in ein neues Stadium getreten.

Während dieſes Alles in Berlin und Frankfurt geſchah, nahmen natürlich auch die Herzogthümer in ihrer Weiſe an der Berathung der Waffenſtillſtandsfrage Antheil. Dieſe Theilnahme hat aber drei ſehr beſtimmte geſchiedene Abſchnitte, denen die bisher dargeſtellten Ereigniſſe in leicht verſtändlicher Weiſe ihren Platz anweiſen.

Den erſten Abſchnitt bildet die Vertagung der neuen konſtituirenden Landes-Verſammlung; — den zweiten Abſchnitt die Annahme des Staatsgrundgeſetzes und der Kampf gegen die Ausführung des Waffenſtillſtandes, und den dritten Abſchnitt der Eintritt des deutſchen Reichs-Kommiſſärs und der Abgang der proviſoriſchen Regierung. Mit dem letzten Abſchnitte ſchließt die Bewegung, welche der Waffenſtillſtand hervorgerufen hat.

Nachdem das Wahlgeſetz für die konſtituirende Verſammlung angenommen war, wurden die Wahlen auf den 28. Juli ausgeſchrieben, und ſie waren am 4. Auguſt vollendet.

Im Allgemeinen bewieſen dieſe Wahlen, daß das kleine Land nicht eben einen Ueberfluß an politiſchen Notabilitäten, daß es aber noch weniger ein klares Verſtändniß ſeiner politiſchen Lage habe; denn faſt allenthalben waren die Führer der alten Oppoſition einerſeits, und eine groſſe Menge von Beamten und Geiſtlichen andererſeits gewählt worden.

Der erſte Blick auf die Wahlen mußte zeigen, daß dieſe Männer zwar mit groſſer Zähigkeit an den alten Landesrechten und der Selbſtſtändigkeit und Einheit der Herzogthümer, Dänemark gegenüber feſthal-

ten, daß ſie aber ſchwerlich im Stande ſeyn würden, den großen europäiſchen Verwicklungen, welche aus dieſer Aufrechthaltung der Rechte der Herzogthümer entſtehen mußten, die Spitze zu bieten.

Die Folge beſtätigte dieſe Annahme nur zu ſehr; die Furcht vor dem Zuviel hat dieſe konſtituirende Verſammlung, welche bis in die Mitte des Jahres 1850 hinein beſtand, auf allen Punkten in das Zuwenig hinein getrieben und der Reaktion mehr Raum gelaſſen, als für die Entwicklung der innern und äußern Volksrechte gut ſeyn konnte.

Während nun im Anfang Auguſt die Huldigung des Reichs-Verweſers, nur in dem halben Deutſchland vollzogen, von den Herzogthümern mit Jubel aufgenommen, ſchon die Schwäche des neuen Deutſchlands zeigte, drangen allerlei Gerüchte über Waffenſtillſtand in das Land.

Eine große Unruhe bemächtigte ſich der Gemüther. Man lernte ſich fürchten vor der Diplomatie, und fing an, allmälig zu begreifen, daß allerdings die Rechte der Herzogthümer nie als Vorwand angeſehen werden könnten, um andere Zwecke zu erreichen, und daß man ſie dahin auch im andern Falle mit derſelben Leichtigkeit beſeitigen könnte.

Das Gefühl ward allgemeiner, daß die Herzogthümer ihre beſte Stütze an ſich ſelbſt hätten. Allein dieſes Gefühl fand noch immer keinen beſtimmten Ausdruck.

Mit einer faſt unbegreiflichen Langſamkeit gingen die öffentlichen Verhältniſſe in den Herzogthümern ihren Weg.

Die proviſoriſche Regierung mit ihrer unüberwindlichen Abneigung gegen verantwortliche Miniſter wollte Alles allein machen. Die Folge davon war, daß man Monate lang zu demjenigen brauchte, was man ſonſt in Wochen vollſtändig hätte erledigen können.

Nachdem man am 4. Auguſt die Wahlen beendet hatte, erſchien erſt am 10. Auguſt der Regierungs-Entwurf des Staatsgrundgeſetzes, alſo erſt dann, als bereits die Unterhandlungen über den Waffenſtillſtand im vollſten Gange waren, und die Durchführung jenes Staatsgrundgeſetzes, mithin ſchon höchſt zweifelhaft werden mußte.

Zugleich trat nun die Landes-Verſammlung am 15. Auguſt in Kiel zuſammen. Trotz ihrer großen Abneigung gegen energiſche Schritte zur Förderung der innern Reform, ließ ſich aber dennoch mit Beſtimmtheit vorherſagen, daß ſie Alles daran ſetzen werde, die Rechte der Herzogthümer gegen Dänemark, und nöthigenfalls auch gegen die ganze Diplomatie mit großer Hartnäckigkeit aufrecht zu halten.

Man wußte dieſes in Berlin ſehr gut und hatte allen Grund zu fürchten, daß die Herzogthümer ſich endlich der preußiſchen Vormundſchaft die im Waffenſtillſtande ihre theuerſten Rechte gefährdete, entledigen, und ſich ganz offen dem Reiche in die Arme werfen würden.

Wäre dieſes geſchehen, ſo wären damals in der Mitte des Monats Auguſt die Folgen unberechenbar geweſen.

Der preußiſche Miniſter Camphauſen beeilte ſich daher ſchon vor der Berufung der konſtituirenden Verſammlung, das Reichs-Miniſterium aufzufordern, mit allem ſeinen Einfluſſe eine Vertagung derſelben zu bewirken.

Und hier beginnt die traurigſte Rolle welche jenes unſelige Hecker'ſche Miniſterium geſpielt hat. Anſtatt zu begreifen, daß bei dem doch unvermeidlichen Kampfe zwiſchen der deutſchen und der preußiſchen Politik Deutſchland keinen treuern ja faſt keinen andern Bundesgenoſſen überhaupt haben werde, als die Herzogthümer, und daß daher Alles darauf ankomme, dieſe in ihrer ganzen Kraft und in ihrem ganzen Muthe zu erhalten; beeilte ſich ſogar jenes Miniſterium der proviſoriſchen Regierung der Herzogthümer ſchon am 11. Auguſt zu ſchreiben, daß die Beſchlüſſe der Verſammlung möglicherweiſe den Stand der Dinge, wie er bei der Einleitung der Unterhandlungen vorliegt, weſentlich ändern könnten, und daß die Regierung darum eine nur kurze Vertagung veranlaſſen möge.

Zugleich ward M. von Gagern damit beauftragt, dieſes in aller Weiſe zu betreiben. Gagern hatte freilich Zeit genug, das Bedenkliche dieſes Verfahrens zu fühlen; aber er vermochte doch nicht, es ganz zu durchſchauen.

Mit ſeiner Hilfe gelang nun dieſer politiſche Akt, der ganz geeignet war, die vollſtändige Unfähigkeit des Reichs-Miniſteriums, und die große Klugheit ſeiner Feinde deutlich genug zu beweiſen.

Die Verſammlung die am 15. Auguſt zuſammengetreten war, erkannte bereits die Aufforderung, ſich zu vertagen. Der geſunde Verſtand der Mitglieder ſagte ihnen, daß dieſes nur einen Sinn habe, wenn die Verhandlungen in Malmoe gegen die Anſprüche der Herzogthümer ausfallen drohten.

Die Linke, die ſich ſchon von der Rechten ſchied, hielt jetzt eine Privat Verſammlung und beſchloß wenigſtens die Annahme der fünf erſten Paragraphen des Entwurfs, welche die Selbſtſtändigkeit und Unheilbarkeit der Herzogthümer und ihr Angehören an Deutſchland enthielten. M. von Gagern war indeſſen ſehr thätig, dieſes zu hindern, und es gelang ihm auch in der Hauptſache.

Am 17. Auguſt ward der Antrag auf Vertagung förmlich eingebracht; und die weitere Verhandlung wurde in geheimer Sitzung abgehalten. Die Debatte war, wenn auch nicht eben heftig, was dem Charakter des Norddeutſchen wenig zuſagt, aber dennoch ſehr hartnäckig.

Die Linke widerſetzte ſich im richtigen Verſtändniß der Lage, und that alles Mögliche um den Fehler, den die Regierung durch ihr voreiliges Nachgehen begangen hatte, wieder gut zu machen.

Freilich konnte ſie aber unter dieſen Umſtänden unmöglich ſiegen; denn einerſeits hatte die Regierung noch immer nicht das Mindeſte für das Allernothwendigſte, nämlich die Herſtellung eines Heeres in den Herzogthümern gethan, ſo daß dieſe beiden reichen und tapfern Lande ohne alle Vertheidigungsmittel waren; andererſeits ließ ſich nicht läugnen, daß die Nichtver-

tagung eine sehr bedenkliche Opposition gegen den bestimmten Willen des Reichs, dem man doch Gehorsam gelobt hatte, bilden würde.

Endlich konnte die National-Versammlung noch Alles wieder gut machen. Die Regierung war in der Sitzung persönlich anwesend. Der Antrag auf Vertagung ward zwar angenommen, zugleich aber stellte die Landes-Versammlung zehn Propositionen auf, die ihr wenigstens die Möglichkeit gaben, unter veränderten Verhältnissen wieder selbstständig aufzutreten.

Diese Propositionen gingen wesentlich dahin: daß der Ausschußbericht über das Staatsgrundgesetz baldigst erstattet werde, daß das Bureau der Versammlung dieselbe stets wieder berufen könne, und daß sie in jedem Falle zum 15. September wieder zusammentreten sollen.

Diese Beschlüsse wurden von der Versammlung am 19. August gefaßt, und sogleich dem Reichs-Ministerium mitgetheilt, welches herzlich zufrieden war, dagegen war aber das Land in einem hohen Grade unzufrieden, und dieses um so mehr, als die provisorische Regierung nicht die geringsten Anstalten traf, die Wehrkraft des Landes auf den gehörigen Fuß zu setzen.

In ihrer Mitte selbst fanden darüber die heftigsten Debatten statt, und besonders war es Th. Olshausen der mit den übrigen Mitgliedern in der schärfsten Opposition stand.

Bei Veranlassung jenes Beschlusses der provisorischen Regierung, die Vertagung zu bewilligen erklärte Olshausen endlich, daß er eher seine Stelle niederlegen, als an diesem Beschlusse theilnehmen wolle.

Als sein Austritt am 19. August angezeigt wurde, war die Gewalt der Reaktion schon so groß, daß sich in der Landes-Versammlung nicht einmal eine Majorität befand, welche ihm dafür einen Dank gesprochen hätte.

In jedem Falle waren die Herzogthümer, jetzt außen vor die Frage nach ihrer eigenen Zukunft hingestellt; und mit höchster Spannung erwartete man die Nachrichten aus Malmoe.

Diese Nachrichten kamen am 30. August, und empörten die Gemüther, verletzten die Interessen sehr, daß man einmüthig war, sie so einfach nicht hinnehmen zu wollen, obwohl man sich selbst aller Mittel dagegen beraubt hatte.

Die provisorische Regierung, die sich durchaus nicht um die Verhandlungen gekümmert hatte, und die nichts wußte, als was in den Zeitungen stand, war völlig rathlos.

Die Gesetze der provisorischen Regierung sollten dadurch aufgehoben, die provisorische Regierung selbst sollte entlassen, eine neue gebildet, und an ihre Spitze der Graf Karl Moltke, der tödliche Feind der ganzen Bewegung gestellt werden.

Jetzt war es, im Allgemeinen und im eigenen Interesse hohe Zeit für Alle, ihr Aeußerstes zu thun. Wie viel weiter wäre also dieses Land gewesen, wenn die Männer, die an der Spitze standen, einige Monate früher die Energie entfaltet hätten für die innere Organisation des Landes, die sie jetzt plötzlich entfalteten, als sie den Feind vor den Thoren sahen

Man begriff, daß es unter solchen Umständen nur einen Ausweg gebe: man mußte dem zwar abgeschlossenen, aber noch nicht ausgeführten Waffenstillstande eine vollendete Thatsache entgegen setzen; und mußte jenes Staatsgrundgesetz, das man in sechs Monaten nicht hatte vollenden können, jetzt in sechs Tagen zu einem geltenden Gesetze machen.

Noch war der Waffenstillstand weder veröffentlicht noch angenommen; noch war die provisorische Regierung anerkannt, noch waren die vereinigten schleswig-holsteinischen Stände beisammen.

Rasch ging man an's Werk. Kaum hatte man am 1. September ziemlich sichere Nachricht von dem Waffenstillstand erhalten, als auch schon am 2. September der Ausschuß-Bericht über das Staatsgrundgesetz fertig war.

Die Landes-Versammlung wurde in aller Eile zum 4. September zusammen berufen, trat in Kiel zusammen, und hier vereinigten sich alle Partheien rasch zu einem Antrage, den der frühere Bürgermeister Jensen aus Kiel stellte.

Dieser Antrag war nämlich folgender: 1) Daß die konstituirende Landes-Versammlung wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden könne. 2) Daß jede Veränderung der bestehenden Landes-Regierung der Zustimmung der Landes-Versammlung bedürfe. 3) Daß alle seit dem 14. März von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze nur mit Zustimmung der Landes-Versammlung verändert oder aufgehoben werden können. 4) Daß ohne die Zustimmung der Landes-Versammlung kein neues Gesetz erlassen und keine Steuer neu auferlegt werden könne. 5. Daß alle bestehenden Steuern und Abgaben, so wie andere Staats-Einkünfte von der durch die Landes-Versammlung anerkannten Landes-Regierung fort erhoben werden sollen.

Dieser Antrag ward ohne Motivirung einstimmig von allen 101 Mitgliedern angenommen, und so war wenigstens eine große Thatsache dem Waffenstillstande entgegengesetzt. Es fehlte die Zweite, nämlich die Annahme des Staatsgrundgesetzes; und auch darüber fing die Berathung ohne Verzug an Denn die höchste Eile war nothwendig, und so folgte eine Sitzung, auf die andere.

Wie im Fluge war das Staatsgrundgesetz durchgearbeitet, und im Wesentlichen angenommen worden. Diese Eile wird es auch erklären, daß besonders das Wahlrecht in so verkehrter Weise bestimmt wurde. Die Regierung hatte einen Wahlgenius, der sehr niedrig angenommen war. Die Linke verwarf ihn; und das allgemeine Wahlrecht ward von der Rechten verworfen.

So mußte man nun ein Amendement vom Doktor Lorenzen annehmen, nach welchem das ganze Wahlsystem ein in jeder Beziehung verwirrtes, nach Klassen getheiltes, zum Theil auf dem allgemeinen Stimmrecht, zum Theil auf den Besitz beruhendes Wahlrecht wurde, das unter andern Umständen nicht angenommen worden seyn würde. Es gab außerdem noch einige andere Punkte, die zu kurzen aber heftigen De-

hatten Veranlaſſung gaben, und beſonders war dieſes der Artikel 50. und 51. des Entwurfs.

In der letzten Sitzung vom 6. September Nachts gegen 1 Uhr hatte man noch den Artikel 49. angenommen, nach welchem der Herzog Orden nur an Militärsperſonen; Adel, perſönliche Titel aber überhaupt nicht ertheilen kann.

Der Artikel 50. kam am 7. September zur Berathung, »der Herzog kann nämlich ohne Zuſtimmung der Landes-Verſammlung nicht Oberhaupt eines andern Staats werden. Schon begründete agnatiſche Rechte ſind vorbehalten u. ſ. w.« Es war namentlich der letztere Paſſus, der zum Streite Veranlaſſung gab.

Die Linke wollte die Anrechte auf den däniſchen Thron nicht im Lande einheimiſch machen. Ein Amendement war geſtellt worden, nach welchem dieſer Paſſus ausfiel. Der Hauptredner der Rechten war der Graf Reventlow Jersbeck, welcher geradezu erklärte, daß dieſes Amendement nicht weniger enthalte, als eine Abſetzung des Herzogs.

Der Syndikus von Altona Namens Prehn, früher in der ſchleswig-holſteiniſchen Kanzlei, ein tüchtiger Mann, deutſchgeſinnt aber ſchroff und vielleicht mehr, als er ſelbſt wußte, zugleich Bureaukrat, ſprach es offen aus mit ſeiner gewöhnlichen Rückſichtsloſigkeit, daß er glaube, daß es nur Wenige gebe, die in dieſem Augenblicke die Aufhebung der Perſonal-Union wirklich wünſchten.

Dagegen trat Claussen in einer ſeiner nackten und ſcharfen Rede auf: Er ſagte zum erſten Mal in dieſer Landes-Verſammlung, daß Friedrich VII. durch Verletzung der Rechte des Volks ſeinen Thron verwirkt habe; daß die Herzogthümer, wenn ſie daran nicht feſthielten, offenbare Rebellen ſeyen; wie es vor Allem darauf ankomme, daß, weil ein entſchiedener Schritt nicht möglich ſey, auch kein präjudizirlicher geſchehe.

Indeſſen überwog alle dieſe Geſichtspunkte die eine große Thatſache, daß die proviſoriſche Regierung, die ſtets den König von Dänemark anerkannt hätte, niemals dieſes Amendement beſtätigen werde. Und doch kam auf dieſe Beſtätigung Alles an.

Die Linke, in Erwägung dieſer Sachlage zog daher jenes Amendement zurück, während über die einzelnen Paſſus abgeſtimmt, und der Satz angenommen wurde.

Dann wurde noch angenommen, daß der Herzog, ſo oft und ſo lange er ſich außerhalb der Grenzen der Herzogthümer befinde, einen Statthalter einſetzen müſſe, der zuvor einen Eid auf die Verfaſſung der Herzogthümer zu leiſten habe.

Kurze Debatten fanden ſtatt über die übrigen Punkte. Die Verſammlung hatte allen Grund, in jeder Weiſe zu eilen; denn das Beſſere durfte hier kein Feind des Guten ſeyn, wenn der ganze Zweck der eigentlichen Thätigkeit erreicht werden ſollte.

Im Schluſſe des Staats-Grundgeſetzes fügte man noch den oben erwähnten Jensen'ſchen Antrag dazu; und ſchon am 8. September um 2 Uhr Morgens war das Staatsgrundgeſetz von der Verſammlung angenommen.

Jetzt eilte der Kurier mit demſelben nach Rendsburg, um die Beſtätigung deſſelben von der proviſoriſchen Regierung zu erlangen; und man hatte auch erwartet, daß dieſelbe ſogleich erfolgen würde; allein, dieſe nahm keineswegs das Staatsgrundgeſetz in Bauſch und Bogen an.

Erſt am 9. September Morgens kam die Antwort zurück, welche im Weſentlichen dahin lautete: daß die proviſoriſche Regierung die Rechte des Landesherrn nicht weniger zu ſichern verpflichtet ſey, als die Rechte des Volks; daß dieſe Grenze in mehreren Artikeln überſchritten ſey, und beſonders in der Beſchränkung der Rechte des Herzogs bei Verträgen, bei der Entlaſſung des Statthalters und bei dem ſuſpenſiven Veto.

Die proviſoriſche Regierung ſchlug daher dafür eine andere, die Rechte des Landesherrn mehr bewahrende Verfaſſung vor, nachdem dieſe in dieſer Zeit der Bewegung ein feſter Anhaltspunkt ſey, und erklärte zugleich, daß, wenn die Verſammlung ihre Vorſchläge annehme, das Regierungs-Mitglied Bremer die Vollmacht bei ſich habe, ſogleich die Verfaſſung im Namen der Regierung zu vollziehen.

Man konnte nun über die Richtigkeit dieſes Verfahrens verſchiedener Meinung ſeyn; allein an eine Verzögerung war nicht zu denken.

Die Verſammlung ſetzte ſogleich einen Ausſchuß nieder, der ſich auf eine halbe Stunde zurückzog und den Bericht abſtattete, worauf die Verſammlung den Regierungs-Anträgen beiſtimmte.

Nun wurde das Geſetz in ſeiner Geſammtheit angenommen, und darauf von dem Regierungs-Mitgliede im Namen der Regierung vollzogen; dann am 15. September veröffentlicht.

So endete dieſe Einführung des Staatsgrundgeſetzes, in welcher alle Partheien im Intereſſe des Ganzen mit großer Einmüthigkeit gewirkt hatten. Ein wichtiger Schritt war jedenfalls geſchehen, und Vielen gaben ſich auch nun der Hoffnung hin, daß jetzt auch von Frankfurt aus dieſes muthige Vorgehen werde unterſtützt werden; aber bitter ſollte hier die Hoffnung täuſchen; denn Alles was mit dem Staatsgrundgeſetz gewonnen war, wurde durch die Vorgänge in Frankfurt theils wieder verloren, theils in Frage geſtellt; und zum erſten Mal mußten jetzt die Herzogthümer ganz deutlich einſehen, daß ſie ſich allein überlaſſen ſind.

Trotzdem verloren ſie aber den Muth noch nicht, was ſie ſchon während der Zeit, als das Staatsgrundgeſetz berathen und beſchloſſen wurde, bewieſen hatten. In Folge der Beſtimmung des Waffenſtillſtandes ſollte eine gemeinſchaftliche Regierung niedergeſetzt werden, die aus fünf notablen Männern des Landes beſtehen, und nach dem Inhalte des Waffenſtillſtandes regieren würde.

Die däniſche Politik, welche in der Aufhebung der Geſetze der proviſoriſchen Regierung ſchon einen großen Vortheil über die Herzogthümer gewonnen hatte, dachte vermöge jenes Artikels, ihre Plane zu

erfüllen, und zeigte sich ziemlich liberal in Beziehung auf die andern vier Mitglieder der Regierung; aber sie bestimmten als Oberhaupt derselben den Grafen Karl Moltke, den prinzipiellen Urheber alles Unglücks der neuesten Zeit.

So wie man nun dieses in den Herzogthümern in Erfahrung brachte, stieg aber auch die Erbitterung. Graf Moltke wagte es, sich nach Holstein zu einem vornehmen Freunde in der Nähe von Itzhoe zu begeben, aber sogleich versammelten sich die Bürger und Bewohner der Stadt und zogen aus, um ihn als Landesfeind zu ergreifen, so daß er schleunigst über die Grenze des Landes sich flüchten mußte.

Auf ähnliche Weise ging es auch dem Lewetzow in Plön; endlich erklärten aber die vier notablen Männer, die man für die gemeinsame Regierung, bezeichnet hatte, daß sie auf keinen Fall weder unter Aufhebung aller Gesetze der provisorischen Regierung, noch unter einem solchen Präsidenten die Regierung des Landes übernehmen könnten.

Jetzt mußten die Mächte nach andern Mitgliedern suchen; allein es zeigte sich bald, daß unter diesen Bedingungen überhaupt kein Mann von Ansehen in den Herzogthümern sich finden werde, welcher die Regierung übernehme, und zwar, weder von der Rechten noch von der Linken Seite.

Mehrere, denen diese an sich so bedeutende Stellung angetragen ward, lehnten es ab; ja die Landes-Versammlung selbst erließ eine Erklärung an die Centralgewalt, worin sie eröffnete, daß das Land weder den Grafen Karl Moltke als Statthalter, noch die Aufhebung der provisorischen Gesetze, als eine Waffenstillstands Bedingung annehmen könne.

Dieses Alles war vor der Frankfurter Debatte geschehen; Dänemark ward daher jetzt, da man doch das Ende des Kampfes in Frankfurt noch nicht vorhersehen konnte, zu neuen Verhandlungen bewogen, und weil alle Mächte einverstanden waren, weder Deutschland noch die Herzogthümer aufs Aeußerste treiben zu wollen, so mußte von Seite Dänemarks Graf Moltke aufgegeben, und die Aufhebung der Gesetze auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden.

Auf diese Weise gelang den Herzogthümern doch Etwas; jedoch der dänische Uebermuth gab Gelegenheit zu einem weiteren nachdrucksvollen Auftreten.

Das dänische Kabinet hielt nämlich die Preußen für gänzlich geschlagen, und die Herzogthümer für unfähig zu jedem Widerstande, und glaubte sich daher entscheidende Schritte erlauben zu dürfen.

Plötzlich begann also eine Reihe von dänischen Umtrieben, besonders im nördlichen Schleswig, welche die Sache der Herzogthümer in die äußerste Gefahr im Norden brachten.

In Dänemark wagte es sogar am 18. September eine königliche unmittelbare Kommission für die gemeinsame Regierung der beiden Herzogthümer, bestehend aus Moltke, Johannsen, und einem Pastor Hansen, einzusetzen, ohne sich um die Einsetzung der zwei Andern, die nach dem Waffenstillstande erforderlich waren, weiter zu bekümmern.

Diese Immediat-Kommission, die offenbar ein fait accompli gegenüber dem Schwanken der Diplomatie bilden sollte, erließ auch eine Proklamation, in welcher sie die Regierungs-Gewalt der Herzogthümer für sich ausschließlich in Anspruch nahm.

Jetzt entstand großer Unmuth in der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung. Sie veröffentlichte, auf Antrag des frühern Kanzler-Deputirten Rathgen, ein Manifest, worin sie sich aufs nachdrücklichste gegen die Anarchie, welche jene unmittelbare Kommission in die Verhältnisse der Herzogthümer zu bringen drohe, erklärte, und der provisorischen Regierung ihre volle Unterstützung versprach.

Es wurden Befehle gegeben, jedes Mitglied jener Kommission, welches von Allen, wo sie residirte, auf das Festland berübersommen werde, sofort polizeilich zu verhaften; ja selbst die Ritterschaft der Herzogthümer stellte eine förmliche Erklärung gegen die Immediat-Kommission und ein Vertrauens-Votum für die provisorische Regierung aus, und alle Maßregeln wurden ergriffen, um den Umtrieben zu steuern. Zugleich ward die Publikation des Staatsgrundgesetzes allenthalben vollzogen.

Gegen Ende September beschloß die Landes-Versammlung sogar, den Sitz der provisorischen Regierung von Rendsburg nach der Stadt Schleswig zu verlegen um ihrerseits Besitz von den Herzogthümern zu nehmen.

Endlich beschäftigte sich die Landes-Versammlung mit einem großen Eifer und einer Reihe von organischen Gesetzen, weil voraussichtlich die Gesetzgebende Gewalt während des Waffenstillstandes ruhen mußte; und da grundgesetzlich die Landes-Versammlung an demselben Orte tagen sollte, wo die Regierung war, so schloß dieselbe ihre Sitzung am 10. October in Kiel und ging gleichfalls nach Schleswig.

Freilich erhob sich dagegen eine heftige Opposition, denn Kiel war der einzige Ort, in welchen die öffentliche Meinung noch einen unmittelbaren Eindruck auf die Landes-Versammlung äußern konnte, während man in Schleswig um viele Meilen entfernter von Deutschland war.

Die Linke erklärte sich daher, wenn auch vergebens, gegen diesen Beschluß, der in mehrfacher Beziehung nicht heilsam gewirkt hat.

Indessen erschien die Landes-Versammlung am 12. October in Schleswig, und fing an hier ihre Sitzungen auf dem Schloß Gottorf zu halten.

Indessen war am 30. September der Reichs-Waffenstillstands-Kommissär Namens Stedmann in Rendsburg angekommen. Er hatte eine schwierige und in keinem Falle eine dankbare Aufgabe.

Zuerst mußte er versuchen, eine neue gemeinsame Regierung zu bilden, und zu dem Ende die Grenzen zwischen den deutschen und dänischen Forderungen einigermaßen ziehen. Darüber wurde im Geheimen viel hin und her verhandelt und man konnte nicht recht zu einem Beschlusse kommen.

Endlich war man einig, und jetzt ging Stedmann nach Schleswig, um die Einsetzung dieser Regierung zu betreiben.

Die Landes-Verſammlung hatte, wie ſchon geſagt worden iſt, ſich das Recht vorbehalten, die Aenderung der Regierung nur mit ihrer Zuſtimmung zulaſſen zu wollen.

Am 18. October wurde nun der Befehl der General-Gewalt der Landes-Verſammlung mitgetheilt, nach welchem die proviſoriſche Regierung ihre Gewalt niederzulegen, und an die neue Regierung abzutreten habe.

Die Landes-Verſammlung ſetzte darüber einen Ausſchuß nieder. Stedmann ſelbſt richtete darauf ein Schreiben an die Landes-Verſammlung, worin er in Erwägung brachte, daß die geſetzgebende Gewalt während des Waffenſtillſtandes ruhe und die Erwartung ausſprach, daß die Verſammlung ſich trennen werde.

Die Landes-Verſammlung im Gefühle, daß ihre Auflöſung nahe ſey, nahm noch raſch ein Geſetz über Einſetzung und Verantwortlichkeit der Miniſter an, und am 20. October wurde dann der Bericht abgeſtattet über den Brief und Antrag Stedmann's.

Die Majorität erklärte ſich mit dem Eintreten der neuen Regierung einverſtanden, und gab zugleich die Vertagung der Verſammlung zu. Die Minorität, deren Berichterſtatter Th. Olshauſen war, beantragte im Weſentlichen, daß die Landes-Verſammlung ihre Zuſtimmung zur Einſetzung der Regierung geben ſolle, unter der Bedingung, daß dieſelbe erkläre, die herzogliche Gewalt nach dem Staatsgrundgeſetze ausüben zu wollen.

Die Debatte, die ſich daran knüpfte, war ernſt, geſchloſſen, und ruhig; aber ſie endete mit der völligen Niederlage der Linken.

Die Majorität lehnte den Minoritäts-Antrag ab, und der Majoritäts-Antrag wurde mit demſelben Stimmenverhältniß angenommen, und die Vertagung der Landes-Verſammlung gleichfalls beſchloſſen.

Nun traten die Mitglieder der proviſoriſchen Regierung ab, und die neue gemeinſchaftliche Regierung beſtehend aus, Th. Reventlow Jersbek, Boyſen, Baron Heintze, Graf Moltke und Preuſſer wurde inſtallirt oder eingeſetzt.

Die erſtere Regierung nahm Abſchied vom Lande in einer angemeſſenen Proklamation; die zweite Regierung ließ ſich in Gottorf nieder. Die Landes-Verſammlung ging auseinander, und der erſte Akt des ſchleswig-holſteiniſchen Krieges war zu Ende.

Der Malmoer Waffenſtillſtand war angenommen und vollzogen worden. Die deutſche National-Verſammlung hatte ſich ſtillſchweigend unterworfen, Preußen war ſeinen Verpflichtungen nachgekommen; die Herzogthümer hatten endlich nachgegeben; Dänemarks Hilfsmittel waren ernſtlich angegriffen; die europäiſchen Staaten fürchteten den Krieg; die Völker wünſchten den Frieden; — und dennoch begleitete ſchon das erſte Auftreten jener gemeinſamen Regierung das Gefühl, daß an einen ſolchen Frieden durchaus nicht zu denken ſeyn werde.

Will man die folgenden Ereigniſſe ſich klar machen, ſo muß man ſich von den allgemeinen Gründen, welche jenes Gefühl hervorriefen, Rechenſchaft ablegen.

In der That war daſſelbe ein wohlbegründetes; es wiederholt ſich faſt immer die Erſcheinung, daß ein ſolches Gefühl um ſo richtiger iſt, je weniger es klar wird.

Und ähnlich war der Zuſtand der Dinge in jener Zeit und in den Monaten, die ihr folgten. Zuerſt iſt es hier nothwendig, die Lage der einzelnen Mächte beim Beginn der gemeinſamen Regierung, und dann den Weg, den ſie einſchlugen, zu betrachten.

Preußen, zunächſt die Macht, auf welche Alles ankam, ſtand am Ende des Jahres 1848 durchaus anders zur ſchleswig-holſteiniſchen Frage, als am Anfange deſſelben.

Während des ganzen Krieges und auch noch während der Verhandlungen über den Waffenſtillſtand, war es ſtets aufgetreten im Namen Deutſchlands. Es hatte, wo ſeine Stellung ſchwierig ward, ſtets ſeine Verpflichtungen gegen Deutſchland, die europäiſchen Gefahren, welche aus einer Vernachläſſigung derſelben entſtehen konnte, die Nothwendigkeit, die Sachen in Deutſchland nicht auf's Aeußerſte zu treiben, vorgeſchoben.

Die Nachgiebigkeit gegen Preußen in dieſer ganzen Angelegenheit war daher eine Freundſeligkeit gegen das deutſche Reich geweſen.

Jetzt aber hatten die Großmächte mit Preußen erreicht, was ſie wollten. Das deutſche Reich hatte offenkundig kein Gewicht mehr, und die großen Reden ſo wie die Beſchlüſſe in Frankfurt flößten Niemanden mehr eine Beſorgniß ein.

Das neue Element des europäiſchen Staatenſyſtems, die deutſche Macht war gebrochen, und für die europäiſche Diplomatie war derſelbe Zuſtand eingetreten, wie er es vor dem Jahre 1848 war.

Es waren mithin alle Schwierigkeiten der ſchleswig-holſteiniſchen Frage neu entſtanden, und Preußen hatte ſie, nachdem es fortfuhr im Namen des deutſchen Bundes weiter zu verhandeln, Alle, und zwar jetzt Alle allein übernommen.

In Preußens Händen hatten ſich dieſelben nun aber verdoppelt; denn Preußen war im vollſtändigen faktiſchen Beſitze der Herzogthümer.

Sein Einfluß bei der Gemeinſamen Regierung war entſchieden überwiegend; es hatte das ganze Heerweſen der Herzogthümer in ſeine Hand genommen; es ſchloß die Vertretung derſelben nach Außen hin gänzlich aus, und verhandelte ganz allein mit den übrigen Mächten.

Zugleich ſchien es damals, als ob der Reſt des Einfluſſes, den das deutſche Parlament behalten hatte, allein zu Gunſten Preußens verwendet werden würde.

Man fing an, an einen preußiſch-deutſchen Kaiſer zu denken; und ſo war es natürlich, daß die Großmächte anfingen, nicht mehr eine Einverleibung der Herzogthümer in Deutſchland und das Uebergewicht des Letztern im Norden, ſondern eine Einverleibung derſelben in Preußen, und eine allgemeine Uebermacht dieſes Staates zu fürchten.

Auf diese Weise entstand die Konstellation, von welcher schon früher gesagt worden ist. Preußen war in der schleswig-holsteinischen Frage gänzlich isolirt, und hatte allein den Druck aller andern Mächte, die kein Uebergehen Schleswig-Holsteins an eine einzelne Großmacht wollten, zu ertragen.

Indem nun zu gleicher Zeit durch die fortschreitende Schwächung der deutschen National-Versammlung die einzelnen deutschen Regierungen mehr und mehr zur Selbstständigkeit kamen, lief Preußen immer entschiedener Gefahr, im Falle eines Krieges auch von diesen bald oder ganz verlassen zu werden.

Endlich aber konnte es bei der auseinsprechenden Abneigung jener Mächte, unmöglich auf einen Erwerb der Herzogthümer rechnen; es konnte aber andererseits dieselben nicht untergehen lassen. So begann nun jene peinliche Lage Preußens, in welche es sich bereits während des ersten Kriegs mit Dänemark versetzt hatte, immer deutlicher hervorzutreten.

Unter diesen Umständen hatte Preußen ganz offenbar nur ein Mittel zu einem günstigen Ausgange in seiner Politik zu kommen. Da nach dem Falle Deutschlands, die Gegnerschaft der Großmächte sich noch wesentlich dieserwegen gegen Preußen wendete weil jene fürchteten, daß Preußen die Herzogthümer, und damit die Herrschaft über die Ostsee und den deutschen Handel im Westen durch die Beherrschung der Elbe an sich ziehen werde, so mußte es, nachdem es gegen den Willen der Großmächte diese Herzogthümer doch nicht für sich behalten, und sie eben so wenig direkt an Dänemark überliefern konnte, mit aller Kraft dahin streben, die Herzogthümer auf eigenen Füßen stehen und handeln zu lassen, und dabei statt der Rolle der allein handelnden Macht, vielmehr die Rolle eines unbetheiligten Vermittlers zu übernehmen.

Dieses war der einzige verständige Ausweg für die preußische Politik, denn die Folge konnte nur eine doppelte seyn. Entweder die Herzogthümer unterwarfen sich, freiwillig schon gezwungen der dänischen Gewalt, und dann blieb es für Preußen leicht, von den siegenden Dänen, die doch ihren deutschen Gegnern kaum gewachsen waren, die Herstellung des status quo ante nach dem Bundes-Beschluß vom Jahre 1846 zu erreichen.

Damit hätte Preußen in diesem Falle die Dankbarkeit der Herzogthümer erworben, die jedenfalls Schlimmeres von Dänemark zu fürchten hatten.

Oder die Dänen würden von den Schleswig-Holsteinern besiegt; und dann konnte Preußen leicht den Forderungen der letztern den entscheidenden Nachdruck geben.

In beiden Fällen hätte es die Sache in seiner Hand gehabt, denn in beiden Fällen hätte es als Leiter der ganzen Bewegung, den Dank und die Unterstützung der Großmächte um so gewisser erworben, je weniger es für sich selbst erwerben zu wollen schien. Von dieser Politik begriff man aber in Preußen nur die Hälfte.

Man erkannte allerdings, daß der sicherste und einzige Verbündete der preußischen Macht eben die Herzogthümer selbst seyn würden, und daß es daher vor Allem darauf ankomme, die Kraft dieser Herzogthümer zu wecken und zu ordnen. Man wollte aber um keinen Preis diese Herzogthümer sich selbst überlassen, aus Furcht, daß die Herzogthümer zu weit gehen möchten.

So verlor man sowohl die Zuneigung der Herzogthümer als das Vertrauen der Großmächte; und Alles, was in letzter Beziehung Preußen verlor, das gewann Dänemark.

In Dänemark nämlich, waren die Verständigen über den erreichten Waffenstillstand so wie über den Gang der Dinge ungemein froh. Jedermann begriff, daß Preußen gänzlich geschlagen sey.

Die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf die sieben Winter-Monate, in welchen Dänemark keinen Gebrauch von seinen Schiffen machen konnte, die Aufhebung der gesetzgeberischen Thätigkeit in den Herzogthümern, die eine innigere Verbindung der Herzogthümer durch die legislativen Maßnahmen unmöglich machte, der dauernde Besitz von Alsen, durch welchen man die ganze Oststüte beherrschte, und endlich die Bewältigung aller demokratischen Bewegung in den Herzogthümern, Alles dies gab den Dänen eine ungemein vortheilhafte Stellung.

Doch dieses Alles war keineswegs das Wichtigste; denn weit über das Gegenwärtige hinaus gingen die folgenden Erwägungen. Bisher hatte Preußen in Deutschland Namen gehandelt, die Verantwortlichkeit seiner Schritte auf Deutschland schieben, und eine selbstständige diplomatische Stellung neben Deutschland einnehmen können.

Dieses Eine war künftig fast unmöglich geworden. Alles was Preußen von jetzt an für die Herzogthümer that, mußte erscheinen als ein mehr oder weniger deutlicher Versuch, sich in seinem eigenen Namen der Herzogthümer zu bemächtigen.

Dänemark wußte, daß niemals die Großmächte einen solchen Versuch zugeben würden. Es schien daher in seinem Kampfe gegen die Herzogthümer vielmehr gegen die Ländersucht Preußens, als gegen die Herzogthümer zu kämpfen.

Es konnte andererseits sicher darauf rechnen, daß es die Großmächte bei jedem ernstlichen Angriffe von Preußen mit aller Kraft unterstützen würden. Es mußte sich allerdings vollkommen außer Stande fühlen, dem Stoße der deutschen Macht, auch nur irgend einen erheblichen Widerstand entgegen zu setzen; allein es wußte mit gleicher Bestimmtheit, daß die Großmächte niemals eine Besetzung Jütlands zugestehen würden.

Es konnte daher mit der größten Ruhe einen wiederausbrechenden Kriege entgegen sehen, besonders, da man in Dänemark keineswegs die militärische Kraft der Herzogthümer selbst recht hoch anschlug. Es wußte, daß Preußen in jedem Falle werde nachgeben müssen. Und endlich konnte man in Kopenhagen recht gut die Stimmung der entscheidenden Elemente in Berlin.

Man wußte, daß ein großer Theil der Nation unter dem Wiederausbruche des Kriegs sehr erheblich leiden, und daher sich demselben sehr abgeneigt zeigen werde.

Man wußte aber gleichfalls, daß in Preußen eine andere Parthei in jeder Weise gegen die Herzogthümer eingenommen und bereit ſey, Alles zu thun, um die Sache dieſer Lande an den Rand des Verderbens zu bringen.

Allerdings durfte im Jahre 1848 dieſe Parthei nicht wagen, ſo laut und offen hervorzutreten wie im Jahre 1849; aber im Geheimen wirkte ſie darum nicht weniger.

Dieſes war die Parthei des abſoluten Königthums, als deren Organ die Neue Preußiſche Zeitung galt. Dieſe Parthei erklärte geradezu die ganze ſchleswig-holſteiniſche Sache für eine Rebellion, erklärte ohne Bedenken, daß es eine Schmach für die preußiſche Regierung ſey, dem Aufruhr zu dienen, forderte die Einſetzung des Königs in Schleswig und das Aufgeben aller preußiſchen Unterſtützung, und lähmte damit die doch ſo nothwendige Energie der preußiſchen Politik.

Wenn die frühern Erwägungen dem däniſchen Kabinete die Gewißheit gaben, daß Preußen ſeinen Sieg über die Dänen nicht zur Bewältigung Dänemarks benutzen werde, und zu benutzen im Stande iſt, ſo ließ der Haß dieſer Parthei, der in dem Maße ſtieg, in welchem jene Angelegenheit verwickelter wurde, die Ueberzeugung zu, daß ſelbſt die Kriegführung für Dänemark niemals recht gefährlich werden könne.

Faßt man dieſes Alles zuſammen, ſo war es bereits am Ende des Jahrs 1848 klar, daß Preußen im Kriege gegen Dänemark nach Ablauf des Waffenſtillſtandes durchaus keinen günſtigen Erfolg zu gewärtigen habe. Und ſchon daraum, wegen dieſer geheimen, aber doch am Ende unleugbaren Ohnmacht Preußens in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage, Dänemark gegenüber, blieb es wahrſcheinlich, daß Dänemark den Krieg ſeiner Zeit wieder beginnen, daß Preußen ihn in jeder Beziehung gern vermeiden werde.

Allein die Wahrſcheinlichkeit des Ausbruchs dieſes Kriegs ſtieg durch ein zweites Moment. Dänemarks Grundforderung war die Trennung Schleswigs von Holſtein, und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark.

Es mußte ein Todfeind jeder Einrichtung ſeyn, welche dieſe Trennung und dieſe Einverleibung ſchwieriger machte.

Nun war allerdings durch den Waffenſtillſtand die geſetzgeberiſche Thätigkeit der ſchleswig-holſteiniſchen Oberbehörde gehemmt; allein es beſtand doch einmal als Thatſache, eine gemeinſame ſchleswig-holſteiniſche Regierung, und dieſe Regierung hatte das ganze vereinte Beamten-Perſonal der Herzogthümer unter ihrer Hand, neben ſich die vereinte ſchleswig-holſteiniſche Landes-Verſammlung.

Die Einheit der Herzogthümer war mithin eine Thatſache, und jede Thatſache iſt unter ſolchen Verhältniſſen eine Macht.

Blieb dieſe Thatſache der Einheit der Herzogthümer, ſo ward die Trennung derſelben, die Verbindung Schleswigs mit Dänemark immer unwahrſcheinlicher und immer ſchwieriger.

Wenn Dänemark alſo dieſen Zuſtand beſtehen ließ, ſo entfernte es ſich faſt täglich mehr von ſeinem eigentlichen Ziele. Der Waffenſtillſtand, obwohl nicht poſitiv günſtig für die Herzogthümer, erwies ſich ſo entſchieden ungünſtig für Dänemark, und ſelbſt bei ſchwierigern Verhältniſſen im Falle eines Kriegs, mußte Dänemark, wenn es Schleswig nicht aufgeben wollte, um jeden Preis dieſen Waffenſtillſtand ſo viel als möglich zu vernichten ſuchen, in jedem Falle aber ihn bei ſeinem Ablaufe kündigen. Dazu nun endlich kam ein Drittes, zwar nicht offen Hervortretenes aber doch Entſcheidendes.

Während des ganzen Jahrs 1848, hatte Rußland, Preußens abſolutiſtiſcher Nachbar, mit großen Bedenken den beiden Anaelpunkten zugeſehen, auf welchen ſich die preußiſche Politik dieſer Epoche bewegte; einerſeits den Verſuchen derſelben, ſich immer mächtiger in Deutſchland zu machen, andererſeits der konſtitutionellen Entwicklung ſeiner Verfaſſung.

Rußland wußte es nur zu gut, wie ſchwach es iſt, dem preußiſchen Staate gegenüber, wenn derſelbe ernſtlich will.

Es mußte daher um jeden Preis ſuchen, dieſem preußiſchen Rivalen ſeines ganzen Einfluſſes im Norden mit allen Mitteln zu bekämpfen. So lange das ganze Deutſchland in wilder Aufregung war, durfte Rußland nicht wagen, überhaupt nur ein Wort mitzureden: aber kaum merkte es, daß die Einigung der Deutſchen im Abnehmen begriffen ſey, als es auch ſchon bereit ſtand, mit ſeinem ganzen Nachdrucke ſich der Sache zu bemächtigen.

In Petersburg ward Niemand im Zweifel darüber, daß Preußen ſich durch die Art und Weiſe, wie es die Sache der Herzogthümer führte, in eine ausgangloſe, höchſt verderbliche Politik eingelaſſen habe. Preußen hatte allen ſeinen Einfluß in Dänemark verloren, und es ſtand ihm bevor, auch in Schweden nichts mehr zu gelten.

Seine Vertheidigung der Rechte der Herzogthümer war der letzte Punkt, durch dem es ſeine frühere Bedeutung im Norden feſthielt; ſie war zugleich das einzige Gebiet, auf welchem Preußen ſich noch nach Außen als Vertreter des ganzen Deutſchland beſchäftigen konnte.

Wollte man nun Preußen um den Reſt ſeiner Bedeutung bringen, ſo durfte man nur Dänemark anſpornen, die ganze preußiſche Vermittlung auf alle Weiſe zu mißachten, und mit jedem zuläſſigen Hohne von ſich zu weiſen; und endlich den Krieg mit Preußen wieder zu beginnen.

Man konnte mit mathematiſcher Gewißheit vorher berechnen, daß Preußen vielleicht einen Sieg erkämpfen, aber gewiß den erfochtenen Sieg wieder aufgeben werde; man konnte Dänemark in der Niederlage Preußens den Sieg ſeiner eigenen Sache zeigen; und auf dieſe Weiſe künftighin die ganze Unfähigkeit des preußiſchen Kabinets in den Angelegenheiten des Nordens ſelbſtſtändig mitſprechen; vor aller Welt Augen und beſonders für die däniſche und ſchwediſche Macht dokumentiren.

Fällt aber Preußen weg aus der Zahl der Mächte im Norden, so blieb Rußland fast ohne sein Zuthun die Hauptmacht auf der Ostsee; Preußen mußte, in der schleswig-holsteinischen Sache gänzlich geschlagen, jetzt sich allein nach dem Innern Deutschlands wenden, und dann hatte Rußland was es wollte; die herrschende Stellung im Kopenhagner Kabinet.

Das Testament Peter des Großen hatte damit einen wesentlichen Schritt seiner Verwirklichung entgegen gethan; Alles, was Preußen verlor, fiel Rußland in die offenen Hände. Es brauchte nur Dänemark zum Kriege zu reizen; und dieses Dänemark war nur zu gerne bereit, ja fast gezwungen dazu, der Uebereinstimmung seiner eigenen Wünsche mit denen von Rußland nachzugeben.

So geschah es, daß auch nach dem abgeschlossenen Waffenstillstande von Seiten Dänemarks keinen Augenblick an Frieden gedacht ward.

Dieses alles sah man in Preußen allerdings recht wohl ein; und so schwer auch der Haß der Reaktion auf der preußischen Theilnahme an der schleswig-holsteinischen Sache lastete, so konnte man sich doch nicht ganz zurückziehen.

Der Weg aber, den Preußen jetzt, und zwar, nach dem Abschluß des Waffenstillstandes einschlug, trug ganz den Charakter jener unsieligen, halben Politik, die es von jeher befolgt hatte.

Es suchte zuerst den Waffenstillstand durch äußerste Nachgiebigkeit gegen Dänemark zu einem Frieden zu machen; dieses hatte aber nur zur Folge, daß in den Herzogthümern das Vertrauen auf Preußen in Dänemark, die Achtung vor demselben mehr litt, als selbst für den nächsten Zweck, der Abschluß jenes Friedens, eben gut war.

In dem Gefühle nun, daß es dem Frieden mit einem unerreichbaren Schatten nachlaufe, und daß der Krieg das Ende des Waffenstillstandes seyn werde, beschloß es, die Herzogthümer selbst zu rüsten.

Wieder aber geschah dieses in solcher Weise, daß aufs Neue die Furcht entstand, die Herzogthümer würden am Ende eine preußische Provinz werden.

Abgesehen von der wachsenden Abneigung der Schleswig-Holsteiner gegen die Preußische Politik, brachte diese Rüstung Preußens nichts ein, als die größere Aufmerksamkeit der Großmächte auf sein Benehmen in den Herzogthümern, und die entstehende Meinung, wie es am Ende für das europäische Gleichgewicht besser seyn werde, wenn die Herzogthümer wieder an Dänemark kommen würden, als daß sie an Preußen fallen sollten.

So richteten sich alle Elemente gegen Preußen; und die Lage der Dinge zeigte schon im Jahre 1848, daß einerseits der Krieg durch die politische Lage Dänemarks, andererseits die Niederlage der Herzogthümer durch die politischen Verhältnisse Preußens ganz unvermeidlich wären.

Freilich sahen dieses damals nur Wenige ein; denn die deutschen Politiker gehörten der Mehrzahl nach nicht zu denjenigen, deren Blick gar zu weit trägt.

Die Wenigen aber, die laut und offen sich aussprachen, die das Verhältniß, in welches Preußen sich und die Herzogthümer gebracht hatte, beklagten, und trotz der schon bestehenden preußischen und der rasch emporwachsenden schleswig-holsteinischen militärischen Macht, welche schon allein den Dänen überlegen schien, doch immer und immer wieder, während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes, wie während der glänzenden Siege der schleswig-holsteinischen Truppen, ein klägliches Ende vorhersagten, wurden verlacht, und von Vielen sogar verklagt.

Dieses war die allgemeine Lage der Verhältnisse beim Eintreten des Waffenstillstandes; und wird nun leicht sowohl dasjenige, was während dieses Waffenstillstandes, als was während des Krieges im Jahre 1849 geschah, verständlich machen.

Am 22. October 1848 war, wie schon gesagt worden ist, in den Herzogthümern die neue gemeinsame Regierung an die Stelle der provisorischen Regierung getreten.

Die Majorität derselben bestand allerdings aus Mitgliedern der hohen Aristokratie des Landes; allein so entschieden diese Männer waren, gegen die Demokratie in aller Weise aufzutreten, eben so entschieden waren sie, die Rechte und die Zukunft der Herzogthümer gegen Dänemark zu vertheidigen.

Sie vertraten den eigentlichen Charakter des Adels in Schleswig-Holstein; und wenn sie auch für innere Entwicklung des Landes nichts thaten, so waren sie doch stets voran, wo es galt den dänischen Uebergriffen abzuwehren.

Ihre Stellung war also keine leichte, denn sie wurden und dieses mit einem vollen Rechte, von der Demokratie des Landes mit einem großen Mißtrauen betrachtet, und konnten, als ihr wesentlich feindlich gesinnt, angesehen werden.

Dieses nahm ihnen besonders in seiner Zeit einen großen Theil ihres Halts im Lande. Anderseits waren ihnen auch in Gesetzgebung und Verwaltung die Hände gebunden.

Endlich aber gingen diese Männer von dem gemeinschaftlichen Grundsatze aus, daß man in Preußen allein die Hoffnung für die Herzogthümer zu suchen habe. Natürlich ward es ihnen dadurch fast unmöglich, etwas Bestimmtes zu thun. Sie hatten nur negativ gewirkt in Abwehr gegen Dänemark, und hier freilich fing ihre Aufgabe immer schwieriger zu werden an.

Gleich bei ihrem Antritt, noch am 22. October 1848 erließ die gemeinsame Regierung eine Bekanntmachung, durch welche sie die bisherigen Verordnungen der provisorischen Regierung, deren administrative Maßnahmen; besonders aber das Staatsgrundgesetz als gültig anerkannten.

Zugleich wurde von ihr der Präsident der Landes-Versammlung, Namens Barqum, als ihr außerordentlicher Kommissär nach dem Norden der Herzogthümer abgeschickt.

Kaum erfuhr man aber dieses in Kopenhagen, als der dänische Waffenstillstands-Kommissär, der Kammerherr Reedtz sich sogleich an den deutschen Kommissär Stedmann wendete, und ihm Vorstellungen

machte, nachdem er ihn einlud, zu weitern Besprechungen nach Kopenhagen zu kommen.

Stedmann war unzweifelhaft ein vortrefflicher Mann, aber nicht in der Welt weniger als ein Diplomat. Er hätte voraussehen müssen, daß jede derartige Verbindung mit Kopenhagen seinen Einfluß in den Herzogthümern vernichten und die Achtung von der Festigkeit der preußischen Diplomatie in Kopenhagen sehr wenig befördern werde. Er sah aber dieses nicht ein und ging nach Kopenhagen.

Hier vereinbarte er mit Reedtz ein gemeinschaftliches Schreiben an die gemeinsame Regierung des Inhalts, daß während des Waffenstillstandes nichts dem Frieden Präjudicirliches geschehen dürfe, und die beiden Kommissäre sich gegen die Rechtsgültigkeit aller präjudizirlichen Bestimmungen erklären müssen.

Besonders aber müsse man diese Erklärung gegen die Aufrechthaltung der vier Verordnungen der provisorischen Regierung richten; über die Wahl zur deutschen National-Versammlung vom 18. April; über das Verbot der dänischen Farben »Kokarden« vom 23 September; über den Schutz der schleswig-holsteinischen Schiffe im Auslande vom 30. September; und über die schleswig holsteinische Handels-Flagge vom 21. October.

Eben so müsse man protestiren gegen das Staatsgrundgesetz im Allgemeinen, besonders gegen den Artikel 1. den untheilbaren und untrennbaren Staat Schleswig-Holstein betreffend, dann die Artikel 3. 55 und 140.

Die gemeinsame Regierung antwortete darauf am 3. November: Da sie die Giltigkeit unter Vorbehalt der definitiven Bestätigung durch den Frieden anerkannt habe, so könne durch jene Erklärung der Kommissäre der Rechtszustand jener Verordnungen nicht als beeinträchtigt angesehen werden.

Stedmann replizirte an demselben Tage fast ganz unverständlich: Alle Verordnungen und Gesetze der preußischen Regierung seyen einmal durch die Artikel 7. und 11. des Waffenstillstandes ohne Ausnahme ungiltig; er werde den Inhalt der Verträge heilig halten, wolle aber, »Alles thatsächlich und unvorgreiflich als Verwaltungsmaßregel gelten lassen, was die hohe Regierung anordnen werde.«

Damit war man natürlich um keinen Schritt weiter gekommen; aber die Dänen hatten jetzt, da die gemeinsame Regierung besonders das Staatsgrundgesetz anerkannt hatte und Ausübung erhielt, einen Vorwand, diese Regierung selbst anzugreifen, und die preußische Politik in Beziehung auf die Herzogthümer als eine unzuverlässige darzustellen.

Die Schleswig-Holsteiner dagegen hatten einen guten Grund an einer Politik zu zweifeln, die ihr Staatsgrundgesetz als bloße Verwaltungsmaßregel gelten lassen, und mit den Dänen im besten Einvernehmen stehen wollte.

So setzte sich Stedmann, um hier einen bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen zwischen zwei Stühlen nieder.

Der Unmuth über dieses Benehmen eines Mannes, der sicher seinem Gewissen nach handelte, der aber doch als ein deutscher und nicht als ein preußischer Kommissär betrachtet wurde, stieg in den Herzogthümern von Tag zu Tage.

Man warf ihm Schwäche des Charakters, Nachgiebigkeit gegen dänischen Uebermuth, und endlich sogar geheimes Einverständniß mit Dänemark vor.

Der Unwille der Herzogthümer ging so weit, daß bereits in der Mitte des Monats November von mehreren Orten, besonders aus Schleswig, Petitionen nach Frankfurt abgingen, welche die Rückberufung desselben verlangten.

Natürlich führten diese Bitten zu Nichts, denn es lag ja nicht in der Person Stedmanns, wenn die Lage der Herzogthümer schwieriger ward.

Während die Letztern den kleinen Krieg mit dem Kommissär Stedmann führten, bereitete sich auf einem andern Gebiethe ein großer Kampf gegen Preußen vor.

In Kopenhagen hatte bis dahin das März-Ministerium an der Spitze der Geschäfte gestanden. Allerdings besaß dieses Ministerium in Orla Lehmann einen höchst thätigen und gewandten Agenten seiner auswärtigen Diplomatie, in Tscherning einen wahrhaft genialen Kriegs-Minister, und Dänemark hatte diesen beiden Männern keinen geringen Theil seiner Erfolge gegen Preußen im Jahre 1848 zu verdanken.

Allein dieses Ministerium hatte zugleich große und mächtige Feinde im Lande so wie auswärts. Im Lande standen ihm die Trümmer der alten Bureaukratie gegenüber, die es nicht vergessen konnten, daß plötzlich jene Männer, aus dem Nichts aufgetaucht, die höchsten Stellen des Landes für sich in Anspruch genommen und die Bildung einer freien Verfassung unterstützt und geleitet hatten.

In Preußen und England aber hielt man das Ministerium für ziemlich intraitable, während es in Rußland prinzipiell gehaßt wurde, und man hier voraussetzte, daß man bei einem andern Ministerium jedenfalls in Kopenhagen einen bedeutend größern Einfluß erlangen werde.

So geschah es, daß nach dem vollendeten Waffenstillstande alle Kräfte sich vereinigten, das Ministerium Tscherning-Lehmann zu stürzen, und dieses Vorhaben gelang auch sogleich bei der Eröffnung des neuen Reichstags.

Das neue Ministerium trat jedoch in Beziehung auf die Herzogthümer wesentlich in die Fußstapfen des frühern, und die preußische Politik hatte sich wieder beschäftigt. Die Rede des neuen Minister-Präsidenten qualifizirte die Erbedung der Herzogthümer als eine Verschwörung; und stellte die bestimmtesten Maßregeln in Aussicht.

Es war vergeblich, daß Preußen sich Mühe gab, seinen alten Einfluß in Dänemark wieder zu erlangen, wogegen jetzt Rußland zum ersten Mal mit großer Klugheit handelnd auftrat. Von dieser Zeit an beherrschte Rußland die dänische Politik, und der Verlauf der Dinge in der Diplomatie gab bald sehr deutliche Anzeichen davon.

Seit der Ausführung des Waffenstillstandes hatte Preußen es für seine Hauptaufgabe gehalten, einen

Frieden anzubahnen, in der Erkenntniß, daß der Waffenstillstand es in eine höchst unbequeme Stellung gebracht habe.

Wenn in dieser Zeit Dänemark auf keine Unterstützung hätte rechnen können, so würde es haben nachgeben müssen. Allein man war in Kopenhagen über die Meinung Rußlands nur zu gut unterrichtet.

Es kam Rußland nicht etwa blos darauf an, Preußen durch Verwerfung aller seiner Friedens-Vorschläge zur Erneuerung eines Kriegs zu zwingen, in dem es durchaus zu keinem günstigen Ende kommen konnte; Rußland wollte vielmehr, Preußen während des Waffenstillstandes in den Augen der europäischen Diplomatie, und besonders in den Augen Deutschlands so tief herabsetzen, als irgend möglich ist, um die Vereinigung Deutschlands unter preußischer Oberhoheit unmöglich zu machen.

Diesen Plan verfolgte es nun vor Allem dadurch, daß es das neue dänische Kabinet reizte, alle Friedens-Vorschläge zu verwerfen, die ungemessenen Vorschläge zu machen, und namentlich die gemeinsame Regierung, die man ohnehin in Dänemark recht derzlich haßte, auf alle Weise anzugreifen.

So entstanden bald allerlei Störungen und Verkehr zwischen den Herzogthümern und Dänemark. Man ließ die Abgeordneten zu den Unterhandlungen, die in London gegen Ende des Monats November wieder, wenn auch nur in sehr lauer Weise, ihren Anfang nahmen, gar nicht zu, und während der preußische General Bonin durch große Härte gegen einzelne freisinnige Bewegungen im schleswig-holsteinischen Heere sich die Stimmung eines Theils der Bevölkerung sehr entfremdete, versuchten die dänischen Diplomaten, an allen Höfen die Herzogthümer als bloße Aufrührer, als verführt von einigen Advokaten und Professoren, besonders aber das Herzogthum Schleswig als wesentlich dänisch gesinnt darzustellen.

Zu gleicher Zeit begannen die dänischen Umtriebe im Norden Schleswigs, mit Einschüchterung der dortigen Deutschen, Verbindung der Dänen, dann Drohungen und Schmähungen aller Art.

Wenig half es dagegen, daß die gemeinsame Regierung ein Memoire zirkuliren ließ, worin sie die Ungerechtigkeiten der Dänen darstellte, daß die Demokratie sich in Vereinen, der Bürgerstand sich in Adressen, die allgemeine Stimmung in einem großen Unmuthe kund gab; denn während in den Herzogthümern selbst die Reaktion ihr Haupt täglich höher hob, und einige zwar unbesonnene aber gewiß nicht böswillige junge Leute, wegen einer an die Berliner-Truppen erlassenen Adresse ins Zuchthaus gesteckt, und harte Urtheile über eine Pionnier-Abtheilung, die sich in einem gleichen Sinne ausgesprochen hatte, vollzogen wurden, erschien plötzlich eine Proklamation des Königs von Dänemark vom 15. Dezember, worin er nach Anführung, wie die gemeinsame Regierung die Voraussetzungen, unter welchen sie eingesetzt, nicht erfüllt, und trotz der beiden Kommissäre Dänemarks und der deutschen Centralgewalt in einem offenkundigen Bruch der wesentlichsten Bestimmungen des Waffenstillstandes fortfahre, sich gegen den Ausbruch seines Namens durch die Regierung feierlichst verwahrte. »Wir können — heißt es in der Proklamation weiter — im gegenwärtigen Augenblick, besonders in Rücksicht auf das eigene Wohl der Herzogthümer Uns nicht entschließen, anders als auf dem Wege der Unterhandlungen diesen Mißbrauch der Macht zu hindern, und den gesetzlichen Zustand der Dinge wieder herzustellen.«

»Bis dahin, was nicht lange dauern werde, macht der König jedem seiner getreuen Unterthanen in Schleswig — der aus zwingender Nothwendigkeit und der für den Augenblick bestehenden Macht nachgibt, — die Zusage, daß solches nothgedrungene Nachgeben in keiner Weise als eine übereinstige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Gewaltmacht, und als ein Abfall von Pflicht und Eid betrachtet werden soll.«

Die gemeinsame Regierung antwortete hierauf in einer andern Proklamation vom 23. Dezember, worin sie sagte, daß »ihr Streben völlig verkannt worden sey, und zugleich erklärt, daß sie — mit der ganzen Machtvollkommenheit des Landesherrn ausgerüstet, die ihr legitim übertragene Gewalt zum Schutze gegen jeden faktischen Eingriff mit Kraft und Besonnenheit geltend zu machen wissen werde.

Dieses Alles hatte keineswegs den Anschein einer friedlichen Verständigung; allein es kam doch am Ende wenig auf die gemeinsame Regierung an, und Jedermann begriff, daß dieses ganze Verfahren wesentlich gegen Preußen gerichtet sey.

Preußen aber war in einer schwierigen Lage. Das Auftreten der gemeinsamen Regierung, die entschieden an den Gesetzen der provisorischen Regierung festhielt, und das eben so entschiedene Festhalten Dänemarks an den allerdings leicht zweifelhaften Bestimmungen der Konvention von Malmoe setzten das preußische Kabinet in die höchst mißliche Alternative, entweder gegen die gemeinsame Regierung oder gegen Dänemark vorgehen zu müssen.

Das Erstere hätte sein Ansehen im ganzen Norden auf immer gebrochen, und am Ende doch auch den Zerfall mit Frankfurt früher herbeigeführt, als man es in Berlin wünschte; das Andere hätte Preußen in einen ganz zielosen Krieg gestürzt.

Es suchte daher mit allen Mitteln eine Verständigung, besonders in London, und Bunsen ließ es weder an Thätigkeit noch an Geschicklichkeit fehlen.

Aber Dänemark blieb bei seinem hochfahrenden Tone. Es genügte sogar dem dänischen Kabinete nicht, daß, als die schleswig-holsteinische Landes-Versammlung am Schlusse des Monats Dezember zusammen kommen mußte, um das Budget, nämlich die Finanzberechnung für das nächste Jahr zu bewilligen; Stedmann in einem eigenen Schreiben sehr bestimmt erklärte, daß zwar die Reichsgewalt die gemeinsame Regierung stets als die gesetzmäßige Behörde anerkenne, daß sie aber die Proteste des Reichs-Kommissärs gegen die Erklärung dieser Regierung in Beziehung auf die Gültigkeit der Gesetze vollkommen billige, und daß die bevorstehende Landes-Versammlung sich nicht mit der Proklamation Sr. Majestät des Königs von Dänemark und den militärischen Maß-

Vzbrojení Slezwig Hollstýnské armády.

L'armamento dell'armata Selsvich Olsaziana.

A fölkészület a schleswig-holstein seregnek.

Die Ausrüstung der schleswig-holstein'stein Armee.

regeln auf der Insel Alsen befassen, und namentlich keinen Akt gesetzgeberischer Thätigkeit ausüben dürfe.

Die Landes-Versammlung am 27. Dezember eröffnet, fügte sich, wenn auch widerstrebend in dem Gefühle, daß jeder Widerstand die Lage der Dinge nur verschlimmern könne.

In Dänemark nahm man diesen Befehl des Reichs-Kommissärs auf, als einen Akt der Schwäche; in den Herzogthümern sah man darin die Erklärung, daß man auf Deutschland nicht mehr zu rechnen habe.

Die Sache selbst aber kam damit um keinen Schritt weiter; und obwohl Preußen jetzt ernstliche Versuche zu Friedensvorschlägen, besonders in London machte, so ward doch das Gefühl immer allgemeiner, daß an eine friedliche Ausgleichung nicht zu denken sey.

Das preußische Kabinet begriff schon im Anfange des Monats November, daß wirklich der erneuerte Krieg das Ende des Waffenstillstandes seyn werde, und die schwankenden Zustände Deutschlands ließen auf eine bestimmte Hilfe von Seiten der deutschen Mächte kaum rechnen.

Preußen selbst schien seine Truppen bedürfen zu müssen, und so geschah es nun, daß Preußen anfing, die Kräfte der Herzogthümer im vollsten Maße zur Anwendung zu bringen.

Der bisherige preußische Oberst Bonin ward an die Spitze des schleswig-holsteinischen Heerwesens gestellt; der Prinz von Augustenburg dankte ab, und zog sich auf das Land zurück. Eine große Anzahl preußischer Offiziere trat in das schleswig-holsteinische Heer ein, und mit äußerster Anstrengung wurde nun in demselben gerüstet.

Die allgemeine Wehrpflicht wurde zur Anwendung gebracht im größten Umfange. Es war ein erhebender Anblick zu sehen, wie plötzlich die ganze Masse der Jugend von Schleswig-Holstein ohne Unterschied des Standes die Muskete ergriff.

Grafen, Edelleute, Studenten, Handwerker, Bauren, Taglöhner, Alles trat ins Gewehr, und im ganzen Lande wurde exerzirt und rekrutirt.

Den nachhaltigen und tüchtigen Anstrengungen der Preußen verdankten die Herzogthümer beim Anfange des Krieges ein Heer, das mit dem frühern Heere gar nicht verglichen werden konnte.

Wenn das einerseits die Abhängigkeit von Preußen steigerte, so hob es andererseits den Muth der Herzogthümer. Dieses erstarkende Selbstbewußtseyn machte aber ein Nachgeben derselben gegen Dänemark noch unmöglicher.

So zogen sich gegen Ende des Jahres 1848 die Wolken dichter am Horizonte zusammen, und die diplomatischen Verhandlungen waren keineswegs geeignet, sie zu zerstreuen.

Das verhängnißvolle Jahr 1848 verfloß, ohne daß es eine Entscheidung brachte. Es hatte sich deutlich herausgestellt, daß Deutschland als Einheit unfähig sey, die Sache der Herzogthümer in seine Hand zu nehmen; daß Preußen nicht den Muth habe durchzugreifen; daß Dänemark nicht nachgeben, und sich immer fester an Rußland anschließen werde; endlich — daß die Herzogthümer nach und nach anfingen sich als Macht zu entwickeln.

Es war unter diesen Umständen klar, wie die Verwicklung der schleswig-holsteinischen Frage, anstatt abzunehmen, stets nur zunehmen mußte.

Die Folgen dieses Streites drohten unabsehbar zu werden, wenn man ihn fortdauern ließ. Von allen Mächten aber hatte England das größte Interesse, den Frieden zu wollen, und besonders den Frieden in den Herzogthümern.

Sein Hauptstappelplatz in Europa war und blieb das reiche Hamburg, dessen Handelsthätigkeit in jeder Weise durch den Krieg gelähmt wurde.

Die Stockung des Handels aber war der schwerste Schlag, der England überall treffen konnte. England sah sich also durch alle Verhältnisse gleich sehr darauf hingewiesen, einen Frieden zu bewirken.

Die Verhandlungen über den Frieden fingen daher mit dem Anfange des Jahres 1849 in London mit einem scheinbar erneuerten Eifer an; und man konnte es auch nicht wagen, England geradezu zu verletzen.

Allein bald zeigte sich, wie wesentlich verschieden die Grundlage jener Friedens-Unterhandlung von der eines Waffenstillstandes sey; denn sobald von der definitiven Ordnung der Frage die Rede war, traten die agnatischen Rechte wieder in den Vordergrund; es kam darauf an, wenn man, wie es England versuchte, die Initiative der Friedens-Unterhandlungen in die Hand nehmen wollte, hier eine Uebereinkunft zu treffen, die allen Rechten und Interessen so viel als möglich zugleich entsprechen könne. Und dieses versuchte man in London in folgender Weise.

Zuerst dachte man daran, die Forderungen der Herzogthümer dadurch zu befriedigen, daß man das Herzogthum Schleswig von Dänemark lostrennte, und die drei Königreichs Dänemark dadurch, daß man Schleswig nicht mit Holstein verbinde; so entstand nun die Idee eines selbstständigen Schleswig, welches dann mit Holstein zugleich in Personal-Union mit Dänemark bleiben sollte.

Da nun aber der König von Dänemark voraussichtlich ohne Leibes-Erben bleiben, und die gänzliche Trennung beider Herzogthümer von Dänemark mit seinem Tode nach dem Erbrechte der beiden Staaten eintreten müsse, so kam es darauf an, diese Personal-Union durch eine neue Königs-Linie zu sichern.

Zu diesem Zwecke war der Vorschlag aufgestellt worden, dem Haute Oldenburg die dänisch-schleswig-holsteinische Nachfolge zu übertragen, das Augustenburg'sche Haus, welches für die Herzogthümer berechtigt war, durch eine Entschädigung in Oldenburg abzufinden, und den Prinzen Friedrich von Hessen, der die weibliche Nachfolge von Dänemark in Anspruch nahm, mit einer Geldsumme zufrieden zu stellen.

Dieses war der Plan, den England entwarf, und so viel bekannt ist, war auch Preußen geneigt, im schlimmsten Falle darauf einzugehen.

Allein offenbar hatte man in England zweierlei Punkte nicht bedacht: nämlich, daß das Volk der Herzogthümer, so wie das Volk des Königreichs in keinem Falle sich einer solchen Verbandlung unterwerfen werde, dann, daß Rußland diese englische Anordnung niemals annehmen könne, denn einerseits würde das neue dänische Fürstenhaus durch die Einsetzung nach einem englischen Plane jedenfalls mehr von England als von Rußland abhängig geworden seyn; und gerade das Gegentheil wollte Rußland, und mußte es wollen; andererseits wäre aber Preußen gar mit einem zu leichten Kauf aus dieser schwierigen Lage heraus gekommen; Rußland war also entschiedener Gegner dieses Plans.

Inzwischen konnte und wollte aber Rußland nicht offen hervortreten. Zu Hilfe kam ihm die entschiedene Abneigung der Dänen, die weder ein selbstständiges Schleswig anerkennen, noch mit einem selbstständigen Holstein vereint seyn mochten.

Es war nicht schwer für Rußland, mit solcher Unterstützung seine Operationen anzufangen, und das dänische Kabinet, geleitet von dem russischen Kabinet, betrug sich dabei mit großer Geschicklichkeit; nachdem es jeder bestimmten Erklärung auswich, und wenn man Eines zugestanden hatte, so trat man sogleich wieder mit einer zweiten schwierigen Forderung auf.

Die gemeinsame Regierung aber erklärte es mit großer Bestimmtheit für eine ungesetzliche Behörde, und weigerte sich in irgend welche Verbindung mit derselben zu treten, um den Aufruhr gegenüber, keinen Fußbreit Boden zu verlieren.

Gegen die deutsche Centralgewalt benahm es sich vorsichtig, und begnügte sich, fortwährend über die großen Rechts-Verletzungen, denen es theils durch dieselbe, theils durch die Herzogthümer ausgesetzt sey, bittere Klage bei allen Kabinetten zu führen, welchen die Centralgewalt nichts als sehr überlich gemeint, aber dabei sehr unwirksame Nettrn entgegen zu setzen hatte; Daneben suchte Dänemark in Wien seine alten Verbindungen zu erhalten, und Preußen durch Hinweisungen auf den revolutionären Zustand der Herzogthümer in jedem energischen Einschreiten zu lähmen.

Aus der Ferne drohten dann Schweden und Rußland, daß sie jede Besetzung Jütlands durch Preußen nicht dulden würden; und auch Frankreich, wo, seit Ludwig Napolrons Präsidentschaft, Rußlands Diplomatie wieder einen Boden gefunden hatte, trat dieser Ansicht bei.

Auf diese Weise war der englische Plan im Grunde von vornehertein unmöglich geworten. Zugleich aber ließ Dänemark bei allen Höfen in jeder Weise gegen das Augustenburger Fürstenhaus intriguiren.

Ja es ging schon so weit, daß es seinen Gesandten eine dahin abzielende Instruktion mittheilte, nach welchen die Gesandten die Sache der Herzogthümer als eine Rebellion, die Vorschläge der Dänen als besonderer Vergünstigung darstellen sollten. Durch alles dieses gelang es nun, den Plan Englands unausführbar zu machen, bevor noch ein ernsthafter Vorschlag auftauchte; und Preußen, auch hier überfügelt, sah immer mehr und mehr die Nothwendigkeit eines neuen Krieges ein.

Indessen bedarf es hier keiner Auseinandersetzung, warum Preußen diesen Krieg fast um jeden Preis vermeiden wollte. Die Schwierigkeiten für eine Politik, die in der Erbedung Deutschlands nur nach einem Mittel suchte, ihrrn Einfluß zu vergrößern, und die dadurch gezwungen ward, sich als fester Damm jeder revolutionären Bewegung entgegen zu stellen, während sie zu gleicher Zeit die Erhebung in den Herzogthümern noch aufrecht zu halten schien, mußten fast täglich wachsen; und so war Preußen zum äußersten Nachgeben bereit.

Bunsen, der im Herzogthume Schleswig als Abgeordneter der deutschen National-Versammlung gewählt war, mußte sein Mandat in der Mitte des Monats Jänner niederlegen; und Stedmann wieder im Verein mit Reeds reklamirte sogleich dagegen, daß eine neue Wahl vollzogen werde.

Die preußische Cirkular-Note vom 23. Jänner zeigte, daß Preußen nicht nur die Prinzipien der Volkssouverainität in Deutschland, sondern auch nicht die Selbstständigkeit der Herzogthümer wolle; und so stellte es sich immer bestimmter heraus, daß die Herzogthümer auf ihre eigene Hilfe angewiesen waren.

In der That sahen sie dieses auch ein, und fingen an darnach zu verfahren.

Obschon keineswegs das Ende ihres Auftretens dem Anfange desselben ganz entsprach, so zeigte sich doch schon im Vergleich zu früher, daß sie mit viel größerer Entschiedenheit zu handeln bereit waren.

Schon im Anfange des Jahres 1849 waren die englischen Plane einer Trennung der Herzogthümer von einander und einer Unterwerfung derselben unter Dänemark gespräschreise unter das Volk gekommen; und brachten eine allgemeine Bewegung hervor.

Besonders im Norden Schleswigs, entstand ein heftiger Widerwille gegen jeden Gedanken an eine Vereinigung mit Dänemark.

Die deutschgesinnten Bewohner traten allenthalben zusammen, Adressen und Petitionen wurden entworfen und beschlossen. Die Aufregung und der Unwille verbreiteten sich immer weiter nach dem Süden. Zu viele Interessen wurden angegriffen, und so mußte man endlich der allgemeinen Stimme einen Ausdruck geben.

Schon am 13. Jänner versammelten sich mehrere der einflußreichsten Abgeordneten in Kiel zu einer Privatbesprechung. Th. Olshausen legte die Lage der Dinge auseinander und schlug vor, unter den gegenwärtigen so sehr dringlichen Umständen bald thunlichst die Landes-Versammlung wieder zu berufen.

Allerdings erklärten sich dagegen mehrere Mitglieder sehr entschieden, besonders der Herzog von Augustenburg; aber dennoch ging der Antrag durch, und in Folge desselben trat das Bureau der Landes-Versammlung am 15 Jänner zusammen, und erließ bereits am 18. Jänner eine Bekanntmachung, durch welche die Versammlung zum 26. Jänner berufen ward. Auch die Ritterschaft trat an denselben Tagen zusam-

men, ohne jedoch zu einem entscheidenden Entschluß zu kommen.

Die Stimmung war entschieden für die Einheit der Herzogthümer; und die gemeisame Regierung, um das Festhalten an ihren schleswig-holsteinischen Prinzipien zu zeigen, veröffentlichte gegen Ende des Monats Jänner die deutschen Grundrechte und die Wechselordnung.

Im ganzen Lande sah man den Zusammentritt der Landes-Versammlung mit großer Spannung entgegen, und es schien, als müsse sie diesmal etwas Gewaltiges und Durchgreifendes beroordringen.

Am 26. Jänner kamen die Abgeordneten in Schleswig zusammen. Aus allen Theilen der Herzogthümer waren eine Menge von Deputationen herbeigeeilt, um der Politik der Versammlung die Zustimmung des ganzen Volkes zu überbringen; und besondres sich gegen jeden Plan einer Treanung der Herzogthümer auf das nachdrücklichste auszusprechen.

Sogleich in der zweiten Sitzung war unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, ein Ausschuß niedergesetzt worden, um Vorschläge für die nächstens zu machenden Schritte der Landes-Versammlung einzubringen.

Ein zweiter Ausschuß wurde für die Finanzen niedergesetzt, und dieses mit besonderer Rücksicht auf die Möglichkeit eines Krieges.

Während der letztere Ausschuß auf seinem Gebiete arbeitete, entwarf nun der erste Ausschuß eine Adresse an die Centralgewalt, und zugleich ein Schreiben an die gemeinsame Regierung, welche den Inhalt der Politik der Landes-Versammlung darlegten.

In der Adresse wurde auf eine würdige entschiedene Weise noch einmal das Recht der Herzogthümer und die Verletzungen desselben durch Dänemark, besonders aber das Prinzip der Untheilbarkeit Schleswig und Holsteins hervorgehoben.

Die Adresse sagte nämlich: »Die verhängnißvolle Lage der Verhältnisse zwingt uns, es auszusprechen, daß eine Trennung Schleswigs von Holstein nicht erzwungen werden kann, es sey denn, daß das Reich entschlossen wäre, seine Waffen gegen die Herzogthümer zu richten.«

Das Schreiben hingegen verlangte von der gemeinsamen Regierung, daß sie die Absendung eines Mitglieds aus Schleswig-Holstein bei den Friedens-Unterhandlungen beantragen solle, und forderte erneuerte und umfassende Rüstungen von derselben, nachdem ihr zugleich zu diesem Ende ein genügender außerordentlicher Kredit bewilligt ward; und dieses Schreiben wurde auch einstimmig angenommen.

Allein die Adresse fand Opposition, und diese Opposition hatte eine tiefere Bedeutung; denn während in den Herzogthümern sich der Kampf gegen den Landesheern vorbereitete, wurden die Bewegungen in andren Theilen Europas immer ernstdafter.

In Italien berritete sich in Rom und Toskana die Republik vor, und in Oesterreich war es nicht unbekannt, daß Kossuth der Agitator in Ungarn gleichfalls an eine Republik denke.

Im Großherzogthume Baden und im Königreiche Sachsen gährte es ebenfalls in einem furchtbaren Zustande; die Linke in der National-Versammlung war den erstemen Schritten immer näher gedrängt worden, so daß eine europäische Entscheidung bevorzustehen schien.

Unter den Ländern aber, welche sich der Herrschaft ihrer Fürsten entledigt hatten, stand noch immer der Zeit wie der innern Organisation nach das kleine Schleswig-Holstein oben an.

Es war Gefahr genug vorhanden, daß es, obwohl es das fürstliche Prinzip noch immer anerkannte, endlich doch, zum Aeußersten gedränge, das Aeußerste thun werde.

Unter diesen Umständen konnte eine Berufung auf die deutsche Reichsgewalt in der obigen Weise leicht als eine förmliche Herausforderung des monarchischen Prinzips erscheinen, und man war also entschlossen, dieses um so weniger zu dulden, als schon damals Preußen mit sich selbst vollkommen einig schien, auf der Hand seiner National-Versammlung nichts annehmen zu wollen.

Die konservative Parthei, an deren Spitze die gemeinsame Regierung stand, kam daher wegen dieser erwähnten Schriftstelle in die größte Angst und Schrecken. Sie sammelte ihre Kräfte, und durch ihre energische Opposition sah sich der Ausschuß gezwungen, an eine mildere Abfassung des Entwurfs zu denken.

In diesem Augenblicke war die berühmte preußische Cirkular-Note veröffentlicht worden, in welcher man besonders die Schriftstelle verlese, worin es hieß: »Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwicklung des deutschen Bundes Oesterreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks einaeschlossen, als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein, mit dem Zusammentritt der übrigen deutschen Staaten zu einem engern Verein, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes.« Die deutsche, die demokratische schleswig-holsteinische Parthei vereinigten nun ihre Kräfte, und auf den Antrag Th. Olshausens setzte man einen Ausschuß nieder, der eine Erklärung über diese Cirkular-Note vom 23. Jänner entwerfen sollte.

So blieb nun die erste Adresse an den Reichs-Verweser verworfen, und es wurde am 5. Februar eine zweite Adresse vorgelegt, und diese auch angenommen.

Viel Aufsehen erregte es schon damals, daß der Departements-Chef des Aeußern, Namens Harbou erklärte, es sey ihm keineswegs angenehm und erscheine ihm nicht passend, daß die Landes-Versammlung sich mit diesen Sachen abgebe. Da es indessen aber geschehen ist, so enthalte er sich jeder weitern Bemerkung.

Die Parthei der Bewegung fing an, schon damals mit einem richtigen Takte zu fürchten, daß man die Landes-Versammlung und das Volk so viel als thunlich ist, außerhalb der Verhandlungen halten wolle; und als nun am 6. Februar das Antwortschreiben der gemeinsamen Regierung an die Landes-Versamm-

lung auf deren Schreiben vom 31. Jänner zurück kam, in welchem die Vornahme neuer Rüstungen abgelehnt, die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits dagegen angenommen ward, ohne daß sich die Regierung überhaupt nur über den zweiten Punkt, die Zuziehung eines schleswig-holsteinischen Mitgliedes zu den Friedens-Unterhandlungen, ausgesprochen hätte, da schien es klar, daß man von Seiten der Regierung keineswegs daran denke, den bisherigen Weg zu verlassen.

Jetzt stellte Th. Olshausen seinen Antrag, über dieses Schreiben der Regierung einen Ausschuß niederzusetzen, um über die geringe Berücksichtigung, welche die Anmuthungen der Versammlung erfahren, ihr Urtheil abzugeben.

Allein die Rechte wußte so zu operiren, daß dem Antrage die Dringlichkeit abgesprochen wurde, und um allen weitern Erörterungen zuvorzukommen, arbeitete man zugleich mit aller Kraft auf die Vertagung der Versammlung hin.

Der Finanz-Ausschuß legte seinen Bericht am 8. Februar vor, und am 9. Februar ward das Budget bewilligt.

Obwohl von Dänemark aus neue Aufrufe an die Schleswiger ergingen, und die Aufkündigung des Waffenstillstandes immer näher kam, beschloß dennoch die Landes-Versammlung am 11. Februar, sich abermals zu vertagen, trotz des entschiedenen Widerspruchs der Linken.

Nun hatte die Regierung vollkommen freie Hand. Preußen aber brauchte jetzt den Herzogthümern wenig mehr Rücksicht zu schenken, und konnte, nachdem in der Landes-Versammlung die Bewegungs-Partei geschlagen war, und die gemeinsame Regierung ihre Anhänglichkeit an die preußische Politik auf das deutlichste dokumentirt hatte, ohne Furcht vor jenem Gespenste einer nordalbing'schen Republik dem Kriege entgegen sehen; und so nahte die Waffenstillstands-Aufkündigungsfrist heran.

Indessen hatte diese Sitzung der Landes-Versammlung doch in den Herzogthümern selbst einen tiefen Eindruck zurückgelassen.

Während die leichtgläubige und kurzsichtige Masse sich auf den immer drohenden Krieg mit Dänemark freuete, betrachteten die besser Unterrichteten das Schauspiel, was beginnen sollte, mit einem tiefen Bedauern.

Sie konnten mit großer Sicherheit vorher berechnen, daß Dänemark in seinem Stolz auf russische Hilfe, und in seinem blinden Hasse gegen Schleswig-Holstein gewiß nicht nachgeben werde; sie konnten sich dabei mit Bestimmtheit vorhersagen, daß die einzige Möglichkeit für Preußen; Dänemark zur Nachgiebigkeit, und mithin zum Frieden zu zwingen, in einem entscheidenden Angriff Preußens auf die dänischen Länder zu finden sey.

Sie wußte aber zugleich, daß dieser Angriff nicht stattfinden werde; und zwar erstlich darum nicht, weil Preußens Politik nicht von der Art war, dem Drange der übrigen Großmächte zu widerstehen, wenn es Jütland und Finnen mit seinen Truppen besetzte; zweitens und wesentlich aber darum nicht, weil Preußen selbst nicht wußte, was es im geringsten Falle für die Herzogthümern fordern sollte; die preußische Politik wollte einen absoluten Widerspruch, und bemühte sich diesen Widerspruch durchzusetzen.

Sie wollte die Herzogthümer dem legitimen Fürsten, dem Könige von Dänemark erhalten, aber unter Bedingungen, welche dieser Fürst nun einmal absolut nicht annehmen mochte.

Das einzige Mittel, Dänemark zur Nachgiebigkeit zu zwingen, wäre gewesen, wenn Preußen die, durch die Herzogthümer selbst vollzogene Trennung derselben vom Königreiche in Aussicht gestellt hätte; Preußen aber verrtrat nichts eifriger, als die Aufrechthaltung der Verbindung derselben mit dem Königreiche.

Was konnte unter diesen Umständen den Herzogthümern, die sich Preußen ganz in die Hände gaben, der Wiederanfang des Krieges nützen?

Es war schon, bevor der Waffenstillstand aufgekündiget war, durchaus keine Aussicht zu einem günstigen Ausgange vorhanden. Blut und Gut, was man an diesen kommenden Krieg zu wenden bereit war, waren verloren.

Es gab Männer, welche dieses ohne aller Scheu offen aussprachen; aber man wollte sie nicht anhören; ja selbst die Linke der Landes-Versammlung, mit Ausnahme einiger Wenigen, sah nicht tief genug, um dieses zu begreifen.

So erklärte es sich nun, daß Olshausen damals in absoluter Minorität blieb, und daß alle mit einem großen Vertrauen dem Kriege entgegen gingen, der so glänzend anfing, und so klaglos enden sollte.

Indessen blieb doch Eines, was freilich erst ein ganzes Jahr später seine Früchte trug. Das Vertrauen auf die Regierung, besonders auf die Verwaltung der äußern Angelegenheiten, war bei Vielen erschüttert, und wenn in dieser Zeit die Regierung eine so große Majorität fand, so lag dieses einem großen Theile nach auch darin, daß die Meisten um keinen Preis eine Spaltung zwischen Regierung und Versammlung zulassen wollten, damit sich die Dänen nicht dessen erfreuen, und sich darauf berufen sollten.

So stand jetzt in Halbheit und Unklarheit die Sache, als die Aufkündungsfrist des Waffenstillstandes ihrem Ende nahe war.

Wenn man bedenkt, daß bei dem Wiederausbruch des Krieges das kleine Dänemark mit nicht viel mehr als einer Million Einwohner und höchst zerrütteten Finanzen dem gleichstarken Schleswig-Holstein, dem nächstigen Preußen, ja dem ganzen Deutschland sich entgegen stellte; wenn man zugleich sieht, wie Preußen alles mögliche that, um den Frieden zu erreichen, ja wie sogar England sich anstrengte, den Streit beizulegen, und wie trotzdem Dänemark in hochfahrender Weise den Krieg erklärte und sogar, obwohl geschlagen, doch straterich aus demselben hervorging; so wird man begreifen, daß hier wirklich Elemente in Bewegung waren, welche weit über die Grenzen des Gewöhnlichen in der Diplomatie hinausgingen.

Und gerade die Zeit der Aufkündigung, die mit dem Hin- und Herſchieben der Verhandlungen mehr als einen Monat wegnahm, iſt in einem hohen Grade lehrreich.

Preußen hatte nämlich in ſeiner Angſt vor dem ausbrechenden Kriege, ſich endlich im Monat Februar zu einem Mittel verſtanden, welches nach dem Stande der damaligen Politik die Verkehrtheit ſeiner ganzen Stellung ſehr deutlich zeigte.

Obwohl es die Herzogthümer als in der Revolution begriffen betrachtete, veranlaßte es dennoch die wenig politiſch gebildete gemeinſame Regierung, einen Verſuch zur direkten Verhandlung mit Kopenhagen zu machen.

Die Aufkündungsfriſt war am 20. Februar da, und man hoffte in Berlin durch jenen Schritt Dänemark zu bewegen, daß es den Waffenſtillſtand nicht kündige.

Die gemeinſame Regierung aber, durchdrungen von allen Prinzipien der Legitimität und Loyalität, ergriff dieſen Vorſchlag mit beiden Händen, um jene Grundſätze zu bethätigen.

Sie ſchickte den Grafen Reventlow-Farve, einen entſchiedenen Anhänger der Ariſtokratie, nach Kopenhagen mit einem ſehenden Briefe an den König.

Die ruſſiſche Geſandtſchaft, welche dieſen falſchen Schritt richtig berechnet hatte, ermangelte nicht vorher die beſtimmte Zuſicherung zu geben, daß der Graf in Kopenhagen gerne geſehen ſeyn werde.

Die naive Politik der gemeinſamen Regierung ging in die Falle. Graf Reventlow, der durchaus nicht geeignet war, die Tragweite ſeiner Sendung zu überſehen, kam in Kopenhagen an, und überbrachte höchſt demüthig das für das Land demüthigende Schreiben der Regierung, in welchem dieſelbe die äußerſte Taktloſigkeit beging, dem Könige zu erklären, daß ſie die Gewalt nur übernommen habe in der Hoffnung, dem Lande auf dieſem Wege die Segnungen einer, als legitim anerkannten Regierung wieder zuzuwenden; und daß der Zeitpunkt baldigſt herbeigeführt werden möge, in welchem es geſtattet ſeyn werde, das Land geſichert gegen fremde Verletzung der Herrſchaft ſeines königlichen Herzogs zurückzugeben.

Ja ſie fügte hinzu, der König wolle, wenn ſie, ohne daß zu wiſſen und zu wollen, Mißgriffe gemacht und Fehler begangen haben ſollte, dem Volke nicht entgelten, was ſie etwa verſehen haben möge.

Eine verkehrtere Weiſe des Auftretens, einem Volke wie dem däniſchen gegenüber, war gar nicht denkbar. In Kopenhagen mußte man eine ſolche Erklärung für ein Zeichen äußerſter Schwäche, wenn ſchon nicht direkt für eine Unterwerfung halten.

In den Herzogthümern erregte ſie dagegen, als ſie bekannt wurde, die ungemeinſte Erbitterung.

Das däniſche Kabinet aber erklärte einfach, daß der König das Schreiben der ſogenannten gemeinſamen Regierung nicht beifällig aufnehmen und beantworten könne.

Graf Reventlow ſelbſt, der nicht einmal Inſtruktionen hatte, mußte Kopenhagen verlaſſen, und die däniſche Regierung mußte glauben, daß es jetzt nur eines energiſchen Auftretens bedürfen werde, um die Sache zu ihren Gunſten zu Ende zu führen.

So geſchah es nun, daß der däniſche Miniſter-Präſident Graf Moltke am 24. Februar bereits in Volksthing die ämtliche Mittheilung machte, wie laut allerhöchſter Reſolution der Waffenſtillſtand von Malmoe am 26. Februar wirklich aufgekündigt werden ſolle.

Dieſe Erklärung verbreitete ſich raſch durch ganz Deutſchland, allein die ganze antideutſche Parthei, die Gefahren eines Krieges ſehr wohl vorherſehend, ſuchte noch immer die Wahrſcheinlichkeit des Krieges zu läugnen.

Selbſt der preußiſche Miniſter von der Heydt erklärte noch am 28. Februar in der Kammer, daß zwar die Kündigung wohl geſchehen werde, wie aber die Regierung hoffe, daß die Feindſeligkeiten bei dem Stande der Friedens-Präliminarien in London nicht wieder aufgenommen zu werden brauchen.

Eine gleiche Erklärung, erließ derſelbe an die Oſtſeeſtädte.

So gröblich konnte ſich das preußiſche Miniſterium über die wahre Sachlage täuſchen. Indeſſen wurde das Kündigungs-Dokument von Seite Dänemarks in aller Form veröffentlicht, und in demſelben die Konvention von Malmoe als eine ſolche bezeichnet, welche dem Aufruhr in den Herzogthümern nur neue Nahrung gegeben hatte.

Die Feindſeligkeiten ſollten am 26. März wieder beginnen. Jetzt mußte Preußen in der Noth ſeiner unſelbſtſtändigen Politik ſich wieder an England wenden; und England, welches wirklich den Krieg ſah, that ſofort das Seinige.

Auf Preußens Andringen erklärte ſich England in Kopenhagen auf das Beſtimmteſte gegen die Erneuerung der Feindſeligkeiten; ja ſelbſt Frankreich ſchloß ſich Dem an, und Preußen durfte auf friedliche Ausgleichung hoffen; denn was hatte Dänemark den drei Großmächten entgegen zu ſetzen? Offenbar nichts aus ſeinen eigenen Mitteln.

Allein freilich lag es in Rußlands höchſtem Intereſſe, Preußen nicht ſo leichten Kaufs aus ſeiner unglücklichen Lage herauskommen zu laſſen.

In England hatte man ſich für den Waffenſtillſtand erklärt, weil man eine Umwälzung in Deutſchland bei einem neuen Kriege fürchtete.

Rußland kannte aber das Terrain beſſer. Es wußte, daß Preußen die Kaiſer-Krone ausſchlagen und die National-Verſammlung von ſich ſtoßen werde; es ſah ein, daß zwar die militäriſche Macht der deutſchen Staaten Preußen folgen, daß aber Preußen, weil es gegen den Willen der Großmächte in Jütland ſich nicht halten könne, mit der ganzen Macht Deutſchlands einen Rückzug vor dem kleinen däniſchen Heere antreten, und dadurch ſich ſelbſt bei den Deutſchen ungemein ſchaden werde.

Rußland erwartete vielleicht bei dieſer Gelegenheit die Vernichtung der ſchleswig-holſteiniſchen Armee; denn es konnte die Schwächung Dänemarks durchaus nicht ungerne ſehen, da es immer noch von dem

Grundsatz ausging, daß dieses Dänemark ihm endlich als gewisse Beute in die Hände fallen müsse.

Rußland also versprach Dänemark seine beste Hilfe, und reizte es zugleich auf. Es gelang dem dänischen Finanz Minister zu gleicher Zeit eine Anleihe von Dreimalhunderttausend Pfund Sterling in London zu machen; und so erklärte sich jetzt das Kopenhagener Kabinet, daß es auf eine Erneuerung des Waffenstillstandes in keiner Weise eingehen könne.

Nur dazu verstand man sich, eine Feedauer desselben mit monatlicher Aufkündigung anzunehmen. Dieses war aber sehr wenig gewonnen. Eine russische Note kam in derselben Zeit in Berlin an, welche sich in sehr energischer Weise für das Recht Dänemarks aussprach, so daß Preußen nun anfing in seinen Forderungen so viel als möglich einzulaut zu werden.

Die Dänen, aufgefordert, Bedingungen zu stellen für die Verlängerung des Waffenstillstandes, forderten zuerst die Herstellung des status quo ante vor dem 24. März 1848, und Preußen gab nach; denn es konnte dieses noch scheinbar nach den Bundesbeschlüssen einräumen.

Allein kaum bemerkte man das Nachgeben in Kopenhagen, so spannte man die Seiten schon wieder höher. Zuerst wollte man die Besetzung Alsens beibehalten, und auch dieses wurde beinahe zugestanden; dann wollte man die Absetzung der gemeinschaftlichen Regierung, und die Bildung einer neuen Regierung, an welcher zwei Dänen neben zwei Deutschen gemeinschaftlich theilnehmen sollten.

Als auch diesem Begehren nachgegeben werden sollte, so forderte Dänemark die Besetzung von Rendsburg mit dänischen Truppen, endlich aber gar, daß die Preußen die Schleswig-Holsteiner selbst zwingen möchten, sich dem Frieden zu unterwerfen. So vielem konnte aber Preußen nicht nachgeben, und so mußte es, auf diesem Punkt gekommen, den mit so großen Opfern verniedenden Krieg beginnen.

England selbst war erzürnt, denn es fühlte sich jetzt von Rußland überflügelt. Man fing nun an, die Verlängerung des Waffenstillstandes aufzugeben, und der Krieg mußte wieder seinen Anfang nehmen. Er wurde also eröffnet, ohne daß man doch weder von preußischer noch von schleswig-holsteinischer Seite wußte, was man aber dann eigentlich thun sollte, wenn man gesiegt haben würde.

Während sich dieses in der hohen Politik bewegte und vorbereitete, änderte sich die innere Lage der Herzogthümer wenigstens auf einem Punkte sehr wesentlich.

Das Bureau der Landes-Versammlung hatte sich das Recht vorbehalten, die Landes-Versammlung in jedem Augenblicke zusammen zu berufen. Im Anfange des Monats März als die Aufkündigung des Waffenstillstandes von Seite Dänemarks geschehen war, trat das Bureau zusammen, um die Berufung der Versammlung zu berathen.

Am 6. März erließ es die Bekanntmachung, nach welcher dieselbe zum 16. März zusammen treten sollte. Sogleich bemächtigte sich der kleinen Diplomatie eine große Angst vor dieser Versammlung, und besonders Stedmann kam wie gewöhnlich in Verlegenheit, und wußte sich nicht besser zu helfen, als daß er sogleich wieder durch ein Schreiben vom 11. März an das Bureau die Bitte stellte, die Berufung der Versammlung möge verlegt werden.

Dieses Mal kam ihm aber dasselbe mit der Erklärung entgegen, daß es bei der Berufung der Versammlung sein Bewenden haben müsse. Dieses war jetzt die letzte That, welche Stedmann im Namen Deutschlands in Schleswig-Holstein bewirkt hatte.

Nun eilte im Auftrage der Centralgewalt Souchay aus Frankfurt herbei, um das Abtreten der gemeinschaftlichen Regierung und die Installation einer Statthalterschaft zu leiten.

Die Landes-Versammlung nahm die Entlassung der ersteren, und die Einsetzung der Statthalter Reventlow und Beseler ohne Schwierigkeit an.

Am 26. März traten diese beiden Männer ein, ohne daß sich das Mindeste änderte. Auch die Landes-Versammlung, obwohl in diesem höchst kritischen Zeitpunkte dastehend, hielt Sitzungen ohne alles Interesse. Keine einzige große Frage wurde vorgelegt, kein einziger Beschluß gefaßt, ja die Mitglieder wußten nicht einmal, wie die Sachen eigentlich standen.

Reventlow und Beseler aber, die neuen Statthalter fanden es höchst bequem, als bloße Verwaltungsbehörde betrachtet zu werden.

Es ist weder den Dänen noch den Preußen gelungen, diese beiden Männer zum Verdruße über ihre gänzliche Nichtachtung und dadurch zu irgend einem energischen Schritte zu reizen.

Man konnte sie ungestraft in vollster Unkenntniß über den Krieg, später über den Frieden, zuletzt über das Aufgeben von Schleswig lassen; ja man konnte sie von Berlin aus ohne Bedenken öffentlich eine Verwaltungsbehörde nennen, sie wurde dadurch nicht gereizter oder aufgeregt.

Ihre einzige Antwort darauf war, ein entschiedener Kampf gegen die Linke der Landes-Versammlung, welche den Ruin des Landes in diesem Verfahren erkennen mußte, und die demüthigsten Bitten an den König von Dänemark, es möge doch sein Land wieder in Gnaden aufnehmen.

Wohl gehört dieses der neuesten Zeit an, und die Fäden, die sich hier zu einem Knoten verschlangen, liegen tiefer, als daß man sie jetzt aufdecken könnte. Uebrigens bleibt es aber gewiß, daß die Herzogthümer an den Rand des Verderbens geführt worden sind.

Interessen waren die Unterhandlungen in London endlich gänzlich abgebrochen worden. Umsonst hatte England seine Bemühungen verfolgt, eine angemessene vertragsmäßige Verlängerung der Waffenruhe zu erwirken; Dänemark antwortete darauf mit seinen erneuerten und gesteigerten Ansprüchen.

Das deutsche Ministerium begriff, daß unter solchen Umständen an keinen Frieden zu denken sey, und so fand eine mächtige Bewegung der deutschen Heeres-Abtheilungen nach dem Norden statt.

Dänemark rüstete auch von seiner Seite mit aller Kraft. Man ließ den General Fabvier von

Pöplam Danských wojných kovabů do průliwu Ekenfördského.

Lemma dalle vaje da guerra danesi nel golfo di Eckernförder.

Bejárás a dáni hadhajíknak az Eckenförderi tengeröbölbe

Die Einfahrt der dänischen Kriegsschiffe im Eckernförder Meerbusen.

Nº 114.

Paris kommen in der Absicht, demselben das Ober-Kommando zu übergeben, was derselbe indessen aber ablehnte, da man sich seinen Plänen und Dispositionen nicht fügen wollte. Die Flotte wurde in guten Stand gesetzt und Truppen wurden aufgehoben.

Von Seite der Deutschen kam der preußische General Prittwitz am 23. März in Altona an, und der König von Dänemark ging am 22. März nach Sonderburg mit der Garde, worauf dann die Erklärung bekannt gemacht wurde, daß am 3. April der Krieg eröffnet werden würde.

Es war offenbar, daß dießmal der Krieg eine durchaus andere Gestalt annehmen werde, als wie es im Jahre 1848 der Fall war.

Die Herzogthümer hatten Alles gethan um sich ernstlich zu rüsten. Die allgemeine Wehrpflicht war eingeführt; die Truppen standen unter größtentheils sehr tüchtigen preußischen Offizieren, die Ausrüstung war neu und vortrefflich; der Muth des Landes so wie der Muth des Heeres war groß.

Man brannte vor Begierde mit den Dänen zu kämpfen. Aber auch in Dänemark hatte man die Zeit nicht vorübergehen lassen, und das beste dänische Heer, welches noch jemals ausgerüstet worden war, stand dem deutschen Heere gegenüber.

Die schleswig-holsteinische Armee mochte im Ganzen etwa 20,000 Mann zählen, während die dänische Armee auf 30,000 Mann angegeben war.

Bei dem tiefen Hasse der zwischen beiden Völkern bestand, konnte man annehmen, daß der Kampf, wenn er ausbrechen wird, ein furchtbar unblutiger werden müsse.

Die Dänen gaben sich noch immer der Täuschung hin, als wäre die Macht der Schleswig-Holsteiner eine unbedeutende, und ihr Heer noch das alte vom Jahre 1848, welches innerlich aufgelöst, ohne Verpflegung, ohne Disziplin nimmer im Stande seyn werde, sich den dänischen Angriffen entgegen zu stellen oder fest zu halten.

Die Dänen wünschten daher eifrig den Krieg, obwohl einsichtsvolle Männer erklärten, daß Schleswig-Holstein durch seine Begeisterung und seine materiellen Mittel einen Riesenschritt in der Bewaffnung gemacht habe; allein man lachte über diese vorsichtsweise gemachten Bemerkungen.

Ja dieser dänische Uebermuth ging so weit, daß der ausgezeichnete unter allen dänischen Offizieren, der talentvolle Tscherning, welchem Dänemark wesentlich und fast ganz allein seine ersten Erfolge gegen die Herzogthümer zu verdanken gehabt hatte, vom Kopenhagener Pöbel eine Katzenmusik erhielt, weil er in seiner geraden Weise öffentlich geäußert hat, man möge sich in Acht nehmen, das schleswig-holsteinische Heer sey nicht mehr das Heer, wie solches vor Bau und Flensburg war. Er fiel daher in Ungnade, und man entfernte ihn zuletzt gänzlich vom Heere, jedoch nicht zum Vortheil der dänischen Sache.

Der dänische Feldzugsplan wurde nun in folgender Weise festgestellt; allein um ihn zu verstehen, ist es nothwendig das geographische Bild beider Länder vor Augen zu haben.

Der Angriff Dänemarks auf Schleswig-Holstein, konnte von drei Punkten aus, aber nur gegen Schleswig geschehen. Zuerst konnte man vom Norden her über die jütische Grenze einrücken, und dabei die Festung Friedericia und Fühnen als Rückhalt betrachten.

Dann konnte man von Alsen aus in die Mitte des Herzogthums einfallen, und dadurch die Verbindung des Nordens mit dem Süden bedrohen.

Endlich konnte man mit der Marine die offene Bucht des Eckernförder-Hafens angreifen, Kiel bedrohen und Rendsburg allarmiren.

Jetzt wurde beschlossen, alle drei Wege zugleich zu betreten. Man ging bei diesem Plane von dem richtigen Grundsatze aus, daß man zwar weder von Alsen noch von Eckernförde aus bestimmte Erfolge erreichen, daß man aber doch die Schleswig-Holsteiner dadurch nöthigen werde, ihre Kräfte so sehr zu zertheilen, daß ein Angriff von Norden der fast unwiderstehlich wirken müsse.

Nach diesem Beschlusse wurden nun die Befehle gegeben, und am 3. April überschritten die dänischen Vorposten den Alsund und richteten ihr Feuer von den Düppeler Verschanzungen aus auf die Deutschen.

Zu gleicher Zeit erschien eine dänische Flotille, bestehend aus dem Linienschiff Christian VIII. der Fregatte Gefion, einer Korvette, zwei Dampfschiffen und mehreren kleinern mit Landungstruppen versehenen Schiffen im Eckernförder Meerbusen.

Man hatte von Seite der Dänen auf diesen Theil des Angriffs großes Gewicht gelegt, und in der That ließ sich, wenn Eckernförde einmal genommen und der Hafen von den dänischen Schiffen beherrscht war, von hier aus die ganze Mitte der Herzogthümer beunruhigen.

Die Lage von Eckernförde würde einen Angriff auf dasselbe, wenn dänische Schiffe am Strande lagen, erschwert haben, und die Nähe Kiels hätte bei der Wichtigkeit der letztern Stadt eine rückgängige Bewegung bedeutender Truppenmassen vom Norden her nothwendig gemacht.

So lange freilich die ganze Reichs-Armee in den Herzogthümern stand, hatte dieses nicht viel zu bedeuten; doch ein entscheidender Erfolg in Eckernförde mußte immer als Beweis gelten, daß die Herzogthümer allein nicht im Stande seyen, Dänemark einen hinreichenden Widerstand entgegen zu setzen.

Stand dieses fest, so war für die dänische Politik viel gewonnen, und besonders Preußen, welches sich auf die Kraft der Herzogthümer berufen, war noch isolirter in seiner Politik als es jemals gewesen ist.

Die Herzogthümer aber mußten alsdann von den Willen Preußens doppelt abhängig erscheinen, vor sich selbst und vor allen Andern. Darum erhielt der Angriff auf Eckernförde so ungemeine Bedeutung.

Ein Kampf bei Eckernförde war gewissermaßen die aufgeworfene Frage, ob die Herzogthümer eine militärische Position im Norden Schleswigs halten könnten oder nicht; und dieserwegen rückte Dänemark hier mit dem besten Theile seiner Seemacht an, in

der Gewißheit eines leichten und glänzenden Sieges. Denn der Hafen von Eckernförde, jetzt der halben Welt bekannt, war nur von zwei, nicht einmal fluthfreien Strandbatterien geschützt, die, im Innern des Hafen gelegen, das Einlaufen und die Bewegungen der Schiffe in keiner Weise hinderten.

Diese beiden, seitdem so berühmten Batterien hatten nur 12 Stücke Geschütz; dagegen hatte Dänemark auf seinem Linienschiffe 84 und auf seiner Fregatte 56 Kanonen.

Gegen eine solche Uebermacht schien ein Kampf kaum möglich. Zwar hatte Tscherning gewarnt, man möge sich vor den Strandbatterien in Acht nehmen; man könne diese Batterien aus Rasen aufgeworfen und mit entschlossenen, wenn auch nur mit wenigen Leuten besetzt haben und nicht leicht von Schiffen aus bewältigen.

Eben so warnend hatte sich auch ein anderer tüchtiger See-Offizier ausgesprochen, aber Beide wurden nur verlacht.

Der dänische Kommandant gab jetzt seine Befehle, und der Kapitän und Befehlshaber des Linienschiffes Christian VIII. erhielt das Oberkommando über die Expedition.

Schon am Nachmittage des 4. April, sah man die dänische Flotille in der Mündung des Eckernförder-Meerbusens. Auf dem Strande des Hafens, nahe bei Eckernförde, waren die beiden Batterien errichtet gewesen, welche denselben vertheidigen sollten.

Die sogenannte Nordbatterie, auf der Luisenburger-Landzunge, war mit zwei, vierundachtzigpfündigen Bomben-Kanonen und mit sechs achtzehn bis vierundzwanzigpfündigen Geschützen armirt.

Die Südbatterie, an der nach Kiel führenden Straße, zählte vier, achtzehn bis vierundzwanzigpfündige Kanonen.

Der preußische Offizier Jungmann hatte den Befehl über die Batterien. Derselbe mußte sich aber in der Nordbatterie aufhalten; und so führte in der Südbatterie der Unter-Offizier Preuß er, und nach diesem der Unter-Offizier Stinde das Kommando.

Diese Beiden, so wie die Artilleristen selbst waren junge, kaum eingetretene Schleswig-Holsteiner. In den beiden Blockhäusern der Batterien lagen ausserdem einige schleswig-holsteinische Infanteristen von einem Reserve-Bataillon.

Eckernförde selbst und die Umgegend hielten 3 bis 4000 Mann deutscher Bundes-Truppen, nämlich Koburger, Meininger, Reußen, Nassauer und Schleswig-Holsteiner besetzt; worüber der Herzog von Koburg-Gotha das Ober-Kommando führte.

Am 5. April Morgens um 7 Uhr lief der Kapitän mit dem Linienschiffe Christian VIII. und die Fregatte Geison, begleitet von zwei Kriegsdampfbooten bei einem günstigen Ostwinde in den Hafen ein.

Der Kapitän Namens Paludan legte sich jetzt mit dem Linienschiffe, nachdem er die Nordbatterie passirt hatte, nahe der Südbatterie; während die Fregatte rechts östlich ihren Standpunkt nahm.

Sogleich entwickelte sich ein heftiges Gefecht; und aus den 140 Feuerschlünden der Schiffe erfolgte Lage auf Lage gegen die zwei kleinen Schanzen, die ihrerseits das Feuer tapfer erwiderten.

Bald waren auf der Nord-Batterie drei Geschütze demontirt; und weil drei andere in der Weise gerichtet lagen, daß sie die Schiffe nicht bestreichen konnten, so vermochte diese Batterie überhaupt wenig noch zu wirken. Dagegen mußten nach einiger Zeit auch die feindlichen Dampfboote, die vor den Batterien kreuzten, wegen starker Beschädigung sich aus dem Gefechte begeben.

Der Kampf wurde jetzt immer heftiger, Vollkugeln, Bomben, Kartätschen schlugen in allen Richtungen ein, und beschädigten die Häuser der Stadt so wie der umliegenden Dörfer, so daß Schaaren von Frauen und Kindern im freien Felde Schuß suchten.

Die Anhöhen des Strandes waren mit Tausenden von Menschen bedeckt, die angstvoll den Ausgang der Schlacht erwarteten. Mit einer seltenen Kaltblütigkeit erwiderten die vier Kanonen der Süd-Batterie das Feuer der Schiffe. Fast keine einzige Kugel welche Preußer den Dänen zugeschickt hatte, wurde vergeblich abgeschossen, Schuß auf Schuß traf die Schiffskörper.

Man sah die Wirkung — die fliegenden Splitter und die getroffenen Taue. Zweimal wurde die deutsche Flagge von der Batterie beradgeschossen; aber der Unter-Offizier Preußer ließ sie zum dritten Mal aufrichten.

Es war gegen die Mittagszeit als der Herzog von Koburg-Gotha aus Gottorf ankam; er sah das Schlachtfeld, und eilte zurück, um die dort stationirten Geschütze zu holen.

Plötzlich signalisirte das Linienschiff Christian ein Dampfboot herbei, um die Schiffe aus dem Hafen zu schleppen. Dasselbe kam; aber in der Schußweite der Nord-Batterie angekommen, wurde es durch eine Lage derselben zum Rückzuge gezwungen.

Nun vermehrte sich der Muth der Deutschen, während er bei den Dänen sank. Beide Schiffe zogen nach einem sechsstündigen Kampfe die weiße Parlamentär-Flagge auf, worauf der Kapitän Paludan den freien Abzug verlangte, sonst würde er aber die Stadt beschießen.

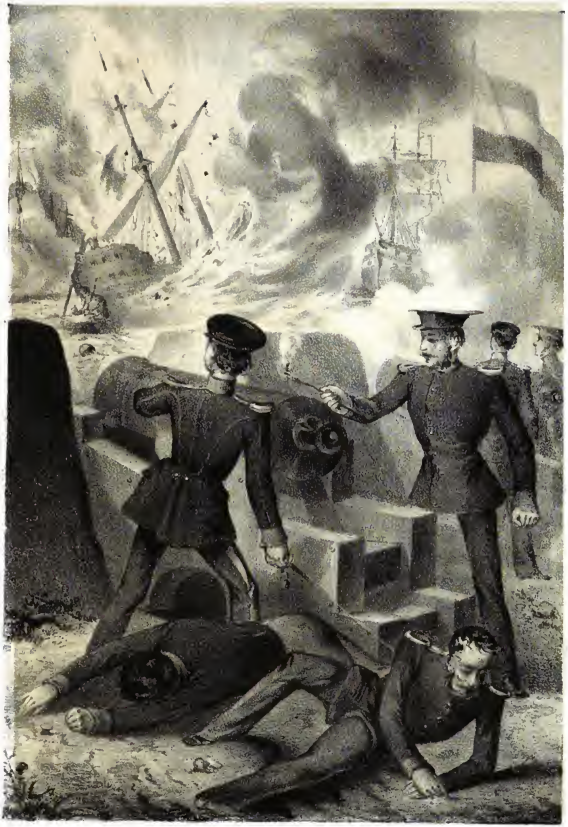
Niemand ging darauf ein; doch bewilligte man gegen 3 Uhr Nachmittags eine kurze Waffenruhe. Der Unter-Offizier Preußer, der in seiner Batterie nur einen Todten und mehrere Verwundete zählte, eiferte seine Mannschaften aufs Neue an, und erklärte, eher sein Leben zu opfern als die dänischen Schiffe aus den Augen zu lassen.

Der Herzog von Koburg-Gotha kam nun mit einer halben Feld-Batterie an, die am Strande, rechts von der Süd-Batterie aufgestellt wurde.

Gegen 4 Uhr fing der Kampf wieder aufs Neue an. Die Süd-Batterie, und die Feldgeschütze wirkten vortrefflich. Nochmals lief der Kapitän Paludan gegen 5 Uhr das Dampfboot herbei, und ließ die Anker seines Schiffes kappen.

Das Dampfboot versuchte sich zu nähern, wurde aber durch die Kugeln der Nord-Batterie abermals zurückgewiesen. Das Linienschiff Christian VIII. welches die Segel beigesetzt hatte, kam jetzt durch den

Boj prúliwn u Eckernförde.

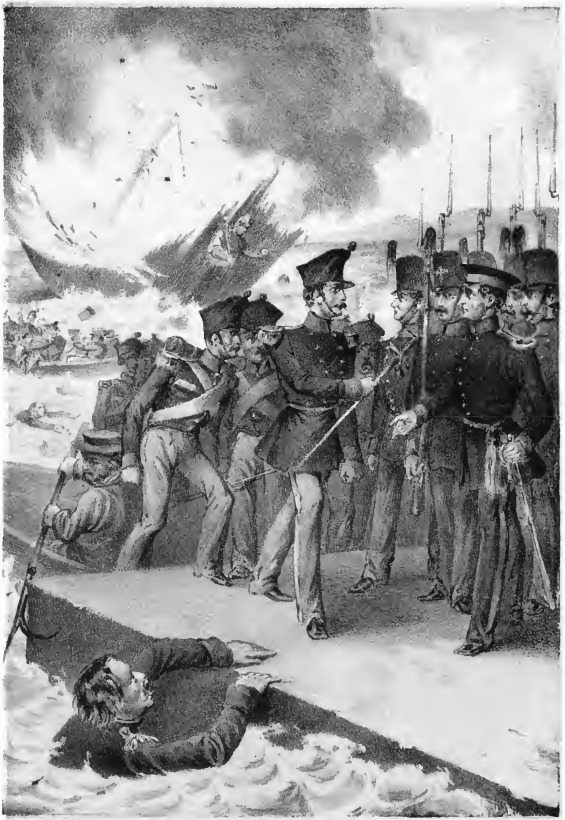


Il combattimento nel porto di Eckernförde.

A küzdelem az Eckenfordei révben.

Der Kampf in dem Hafen von Eckernförde.

Danský morský kapitan dá se slidem kovábu chitit.



Jl Capitano danese si rende come prigionero contutti.

A dáni kapitány hajós legenységivel megadja magát i suoi soldati.

Der dänische Kapitain gibt sich mit seiner Schiffsmannschaft gefangen.

Exploze Dánského řádového korábu Christian VIII

L'eplosione del vastillo di linea danese Christiano l'ottavo.

A fölvettetés a dánult sorhajotul Christian nyolczadignag.

Die Explosion des dänischen Linienschiffes Christian des VIII

Nº 117.

ziemlich scharfen Ostwind auf den Strand in die Nähe der Batterien, wo es nun mit glühenden Kugeln beschossen wurde.

Schon längst verrieth die Manoeuvres der Fregatte, daß auch ihr Zustand ein trostloser sey, und der Sieg der Schleswig-Holsteiner wurde nun immer mehr und mehr zur Gewißheit, wenn auch die Schiffe ihr Feuer gegen die Stadt hin richteten.

Endlich gegen 6 Uhr strich das Linienschiff wie die Fregatte die Flagge. Die Dänen hatten in dem langen Kampfe furchtbar gelitten; die Mannschaft war erschöpft und muthlos, und Alle sahen schon ihren Untergang immer deutlicher vor Augen.

Der Kapitän Paludan mit zwei Offizieren und etwa 650 Matrosen kam ans Land und gab sich gefangen, denn es hatte sich in der nahestehenden Gefahr gerettet wer nur immer konnte; indessen befanden sich aber noch bei 250 Mann am Bord des Linienschiffes, welches im Innern schon brannte.

Sogleich wurden jetzt Anstalten getroffen, die Mannschaften zu retten, wobei der tapfere Preuße, der Held des Tages zuerst an Bord eilte, um den Trostlosen Hilfe zu bringen.

Der Zustand des Schiffes war schrecklich, denn die Grundschüsse hatten im Raume gezündet; und der Wind hatte zugleich die Flamme verbreitet.

Die Zuschauer am Strande standen in einer athemlosen Spannung, da erfolgte gegen 8 Uhr Abends plötzlich eine furchtbare Explosion, eine ungeheure Feuersäule erhob sich, Masten, Segel, Holz und Menschen flogen hoch in die Luft. In einem Augenblicke lag von dem prachtvollen Schiffe nur der Kiel mit einem Theile des brennenden Vorderdecks auf dem Grunde.

In den Jubel des Sieges mischte sich jetzt der Schmerz über die Verunglückten, unter welcher sich auch der tapfere Unter Offizier Preuße befand, der nicht vom Deck gewichen war, um den Gefangenen hilfreiche Hand zu bieten.

Gleich darauf wendete man sich der Fregatte zu, welche von ihrem Kapitän Mayer mit der noch 300 Mann starken Besatzung ebenfalls übergeben wurde, worauf dann die schleswig-holsteinischen Seemänner dieses weniger beschädigte Schiff bestiegen, um im Namen des deutschen Reichs davon Besitz zu nehmen.

Ein denkwürdiger und beispielloser Sieg war also durch Muth und Ausdauer erkämpft worden. Ungefähr 30 schleswig-holsteinische Kanoniere, erst später von den wackern deutschen Brüdern unterstützt, hatten den Sieg über 140 feindliche Kanonen davon getragen, über 900 Gefangene gemacht, und eine der schönsten Fregatten Europa's erobert.

Die Bewohner des kleinen Eckernförde hatten willig ihre Stadt dem Bombardement dargeboten, um dafür einen schönen und glänzenden Sieg über ihre Feinde zu feiern.

Die Nachricht von diesem Tage verbreitete sich durch das ganze Land von einem lauten und einstimmigen Jubel begleitet.

Die Land-Armee, begeistert von diesem ersten großartigen Erfolge, eiferte und rief nach Schlachten, aber sie mußte lange Zeit warten, bevor ihr Wunsch in Erfüllung ging; denn während die Dänen, auf das böchste betroffen von der Niederlage ihrer Flotte, die einer Vernichtung derselben fast gleich kam, auf allen Punkten zurückwichen, gingen die Operationen des Landesherrn nur sehr langsam vor sich.

Nach der Masse von Truppen, welche bereits im Monat März aus ganz Deutschland in die Herzogthümer eingezogen waren, hätten die Dänen fast vernichtet seyn müssen; allein kaum war der Anfang der Feindseligkeiten als unausbleiblich erschienen, so liefen auch schon Noten aus Rußland und Frankreich in Berlin ein, welche eine Besetzung von Jütland durchaus verboten, und nur erlaubten, daß die deutschen Truppen, nur die nach dem Waffenstillstande von Malmoe bezeichneten Stellungen einnehmen sollten.

Preußen gab hier wie in allen Dingen nach; und so entstand die Besetzung Schleswigs durch deutsche Truppen, ohne daß an ein Vorrücken nach Jütland ernstlich gedacht wurde.

Die Besetzung sollte durchaus nach den bestimmten Instruktionen, welche der General Prittwitz erhalten hatte, den Charakter einer bestimmten Maßregel haben und behalten. Nur wenn die Dänen angreifen würden, sollte man von der Waffe Gebrauch machen.

Die ganze Kriegführung als solche war also damit aufgehoben, und die militärische Operation in dieser Zeit nichts als ein Versuch, neuen Verhandlungen die Bahn zu brechen.

Allerdings rückten die schleswig holsteinischen Truppen bis Hadersleben vorwärts, und dieses oft unter kleinen Scharmützeln; besonders bestanden sie am 9. April, nämlich dem Jahrestage der unglücklichen Schlacht bei Bau ein Gefecht mit den Dänen; doch brachte alles dieses keine Entscheidung.

Wichtiger zwar war die am 13. April erfolgte Erstürmung der Düppeler Schanzen, bei welcher Hannoveraner, Sachsen und Baiern im Kampfe standen.

Unter der Leitung des Oberst-Lieutenant von der Tann rückten in der Nacht vom 12. auf den 13. April vier bairische Bataillone Infanterie und ein Bataillon Jäger aus den im Sundewit eingenommenen Quartieren, und zu gleichem Zwecke waren vom linken Flügel aus fünf sächsische Bataillone unter dem General Heinz, einen wackern Haudegen, mit dem königlichen Prinzen Albert von Sachsen aufgebrochen, auch befand sich ein altenburgisches und ein kurhessisches Bataillon unter diesen Kämpfern.

Diese Truppen wurden durch acht bairische, sächsische und kurhessische Batterien unterstützt, denen zwei Schwadronen banseatische Kavallerie zur Bedeckung beigegeben waren, und welche die Mitte der angreifenden Heeres-Abtheilung bildeten.

Mit einer unglaublichen Sorglosigkeit verliefen die Dänen jedesmal zur Nachtzeit ihre Schanzen, um sich auf Alsen zur Ruhe zu begeben, und so blieben dann diese Schanzwerke nur schwach besetzt.

Als sich daher der rechte Flügel, nämlich die Baiern beim grauen Anbruche des Tages den Schanzen näherten und einen Sturmangriff mit dem

Bajonet ausführten, kamen ſie nur auf einen ſchwachen Widerſtand.

Der Lärm des Gefechts führte jedoch bald bedeutende Verſtärkungen aus dem Brückenkopf und über die Brücke von Alſen her in das bedrohte Bollwerk, und es galt nun, ſowohl die Baiern aus den ſchon gewonnenen Stellungen zu vertreiben, als auch den Angriff vom linken Flügel abzuſchlagen.

Die Sachſen und ihre Verbündeten hatten daher einen mörderiſchen Kampf zu beſtehen, als ſie zum Angriffe kamen, allein die Tapferkeit dieſer Truppen war unwiderſtehlich.

Dem heftigſten Geſchützfeuer, welches durch die däniſchen Kanonenboote unterſtützt ward, trotzend, wurden die Schanzen genommen, auch leiſtete die deutſche Artillerie vortreffliche Dienſte, doch gingen dabei zwei ſächſiſche Geſchütze verloren, die ſich auf einem ſumpfigen Grunde zu weit vorwärts gewagt hatten, und im Schlamme ſtecken blieben, die aber nachher, jedoch mit großer Aufopferung wieder zurückgewonnen wurden.

Der deutſche Heldengeiſt brauſete gewaltig auf, daß die todesmuthigen Schaaren ſich ſo den ſtiebenden Feinden noch auf die Brücke nachſtürzten, und mit ihnen zugleich nach Alſen hinüber bringen wollten; eine That, die wenn ſie gleich gelungen wäre, von unermeßlichen Folgen für die Entſcheidung des Krieges hätte ſeyn können da die Düppeler Anhöhen den Zugang zur Inſel Alſen beherrſchten; allein dem ſtanden jene unglücklichen Beſtimmungen des Waffenſtillſtandes entgegen, und ſo wurden die heldenmüthigen Deutſchen gezwungen, ein ganzes Vierteljahr lang vor der Inſel unthätig zu liegen.

Ja, als die trefflichen Bückeburger-Schützen einmal aus Verdruß über dieſe klägliche Stellung die däniſchen Wachtpoſten der Reihe nach, 26 an der Zahl vom Feſtlande aus niederſchoſſen, weil dieſe früher einen Bückeburger erſchoſſen hatten, da beſchwerte man ſich von Seite der Dänen, und eine Ordonnanz kam eiligſt aus dem Hauptquartier mit dem Befehle, kein Feuer mehr auf die Dänen zu geben. Dieſes war wohl hart genug, aber die Diplomatie hatte es gebothen, und der Deutſche gehorchte.

So ſtanden die Sachen, bis gegen Ende des Monats April hin, Niemanden zur Ehre, den Dänen aber zum großen Vortheile.

Indeſſen war vom General Prittwitz die ſchleswig-holſteiniſche Armee unter dem General von Bonin nach Norden vorausgeſchickt worden; ſie hielt Hadersleben beſetzt, von wo aus ſie ſich nach und nach gegen die jütiſche Grenze hinaufzog.

Die Schleswig-Holſteiner glühten vor Eifer, ſich mit den Dänen zu ſchlagen, und die Inſtruktionen des Generals Bonin machten einen Sonderangriff derſelben auf die Letzteren keineswegs unmöglich.

Am 20. April früh Morgens wurde ein Jägerkorps und ein Bataillon unter dem Kommando des Oberſt-Lieutenant Zaſtrow's detachirt, um eine Rekognoszirung der däniſchen Stellung bei Kolbing vorzunehmen.

Kolbing liegt an einem tiefen Einſchnitte der Oſtſee, und hier ſtanden die Dänen.

Nachdem Zaſtrow ſich von der Sachlage unterrichtet hatte, dachte er, nach der ihm gegebenen Inſtruktion, umzukehren. Allein kaum hatten die Deutſchen die Dänen geſehen, ſo erhob ſich ein Geplänkel, welches immer heftiger ward, und bald in einen förmlichen Kampf übergang.

Die Dänen hatten ſich in Kolbing ſtark verſchanzt; die Häuſer, die im Süden der Brücke liegen, waren verbarrikadiet und mit Schießſcharten verſehen; die Kaſtellzäger, einer der beſten Truppentheile der däniſchen Armee hielten dieſe Vorpoſten.

Zwei Kompagnien des zweiten Jägerkorps aber warfen ſich mit einem Hurrah auf dieſe Häuſer und jagten die Dänen hinaus, jedoch hinter dieſen Häuſern entſtand erſt der eigentliche Kampf.

Hier war die Brücke über die Kolbingau, der einzige Zugang zur Stadt, ſtark verpalliſadirt; das Thor war geſchloſſen, und ein Kreuzfeuer aus den umliegenden Häuſern empfing die Stürmenden. Doch nichts konnte die Andringenden mehr bemmen oder abhalten.

Ohne Geſchütz und ohne Sturmgeräth ſtürzten ſich die brezhaften jungen Männer auf die Brücke, ſtießen mit ihren Bajonetten durch die Palliaden, kletterten hinüber, drangen in die Häuſer, lieferten in den Straßen der Stadt den Dänen einen kurzen aber wüthenden Kampf, und um 11 Morgens war die Stadt erobert, und die Dänen zogen jetzt mit einem großen Verluſt raſch ab, nach Norden.

Unter den Offizieren zeichneten ſich Zaſtrow, den eine Kugel, mitten auf die Bruſt auf den Knopf des Waffenrocks traf, und der Hauptmann Delius, der Chef des Generalſtabs, beſonders aus.

Die jungen Truppen hatten ihre erſte Probe beſtanden, und die jütiſche Grenze war ſiegreich überſchritten, worauf nun der Einmarſch in Jütland erfolgte.

Als die Nachricht von der Einnahme Kolbings in dem ſchleswig-holſteiniſchen Hauptquartier beim General Bonin einkraf, rückte derſelbe, um jene Stellung nicht gänzlich exponirt zu laſſen, mit der ganzen ſchleswig-holſteiniſchen Armee nach, und nahm ſein Hauptquartier in Wonſild.

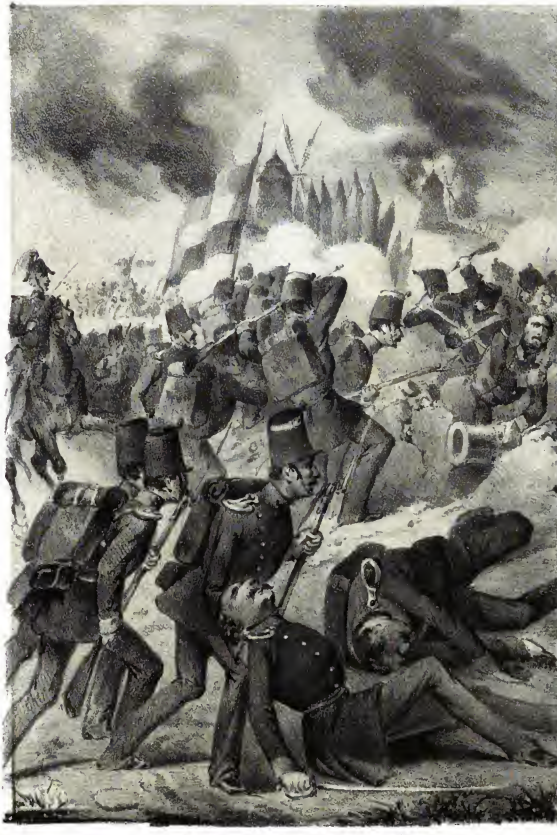
Die Vorpoſten wurden über Kolbing hinaus geſchoben, Kolbing ſelbſt aber wurde in größter Eile nur wenig verſchanzt. Die Preußen und die übrigen Deutſchen ſtanden jedoch noch tief im Schleswig'ſchen, ſo fern, daß ſie der ſchleswig-holſteiniſchen Armee keine Hilfe bringen konnten.

Dieſe letztere war ungefähr 11,000 Mann ſtark, während die Dänen dagegen bei Weile und Fridericia in fünf Brigaden über 20,000 Mann aufgeſtellt hatten.

Auf dieſes Verhältniß hin bauten ſie die Hoffnung, daß ſie mit einem raſchen und entſcheidenden Geſammt-Angriff die ſchleswig-holſteiniſche Armee würden vernichten können.

Es wäre auch viel gewonnen geweſen, wenn ihnen dieſes gelungen wäre. Die Schleswig-Holſteiner hatten ihrerſeits keinen andern Wunſch, als ſich mit ihrer ganzen Macht auf die Dänen zu werfen; denn ſo konnte man eine Entſcheidung erwarten.

Dobýti Düppelských sanz.



Lassalto dei forti di Düppel.

Mevostromlás a Düppeli sánczoknak.

Die Erstürmung der Düppeler Schanzen.

N° 118.

Wýpad Slezwig-Holstýnů na most u Kolbingu.

L'assalto dei slesvich Olsaziani al ponti di Kolbing.

Ahid tzimadás schleswig-holsteiniek által Kolbingnál.

Der Brücken-Angriff der Schleswig-Holsteiner bei Kolbing.

Bitwa u Kolbingu.

La battaglia di Kolbing.

Az ütközet Kolbingnál.

Die Schlacht bei Kolbing.

Am 23. April am Jahrestage der Schlacht bei Schleswig, hofften nun die Dänen ihr Ziel zu erreichen, und lieferten der ſchleswig-holſteiniſchen Armee die Schlacht bei Kolbing, wo ſich jetzt die beiden Armeen im offenen Felde und im ehrlichen Kampfe begegneten.

Die ſchleswig holſteiniſche Armee ſtand von Kolbing aus weſtwärts im Süden der Kolbingau, die ganz auf ſüdlichem Boden fließt. Kolbing ſelbſt war von der erſten Brigade beſetzt; in Vandrup ſtand der Stab der zweiten Brigade.

Von Kolbing aus laufen zwei Wege, der eine nach Fridericia, der andere gerade nördlich nach Veile.

Der Weg nach Fridericia war mit Schanzen und vorgeſchobenen Poſten gedeckt. Hier lag nun die Hauptſtärke der Schleswig-Holſteiner.

Die zweite Brigade, der linke Flügel der Armee, hatte zu ſeiner Deckung ein Defile, welches nur mit zwei Kompagnien des vierten Jäger-Corps, und mit einer Kompagnie des dritten Bataillons beſetzt war. Die Verbindung zwiſchen der Brigade und dem Haupt-Korps war blos durch zwei Bataillone die längs der Kolbingau ſtanden, gedeckt.

Würde es alſo gelingen, dieſen linken Flügel mit Uebermacht zu werfen, und denſelben gegen Kolbing hin aufzurollen, ſo würde die ganze ſchleswig holſteiniſche Armee verloren geweſen ſeyn. Es kam nur darauf an, die erſte Brigade, die am beſten mit Geſchütz verſehen war, in Kolbing durch einen Angriff feſtzuhalten.

Man konnte erwarten, daß dieſelbe ſich von Kolbing nicht entfernen werde, und daß daher, wenn nur der erſte Angriff auf den linken Flügel gelungen iſt, die Schlacht gewonnen ſeyn müſſe; und darauf bauten auch die Dänen ihren ſehr gut angelegten Schlachtplan.

Am Morgen des 23. April erſchien nun auf dem Wege von Fridericia der die erſte däniſche Brigade Schleppegrell und griff die äußerſten kleinen Schanzen der Schleswig-Holſteiner an.

Zugleich legten ſich mehrere Kanonenboote und eine Korvette in die Kolbingbucht und beſchoſſen die Stellung von der Seite. Die Brigade Moltke kam auf dem Wege von Veile her, und griff Kolbing im Weſten an; während aber hier gekämpft ward, marſchirte der General Ryl mit drei Brigaden nach Weſten, um mit dieſer Uebermacht den linken Flügel der Schleswig-Holſteiner zu werfen. Und hier kam er nun auf jenes Defile in welchem die erwähnten wenigen Kompagnien ſtanden.

Um 5 Uhr wurden die erſten Schüſſe gewechſelt. Die Dänen führten immer neue Truppen zum Angriff herbei; aber jene ſchleswig-holſteiniſchen Kompagnien hielten feſten Stand gegen eine Macht, die beinahe 14,000 Mann ſtark war.

Unter einem mörderiſchen Kugelregen zogen ſie ſich endlich zurück in ein Gehölz, welches den Zugang zur Stellung der zweiten ſchleswig-holſteiniſchen Brigade deckte.

Drei Stunden lang kämpften ſie allein gegen die Dänen unter harten und blutigen Verluſten.

Der Hauptmann Eichſtädt fiel; die Zahl der Verwundeten und Gefallenen mehrte ſich immer mehr, während die Dänen fortwährend neue Maſſen entwickelten; aber dennoch hielten die ſchleswig holſteiner ihren Stand, obgleich das Defile mit Kartätſchen und Paukugeln förmlich überſchüttet ward. ſo daß der General Ryl als er einen Gefangenen fragte, wie viel ihm gegenüber ſtehen, auf deſſen Antwort, es ſeyen nur drei Komagnien, denſelben einen Schlag in's Geſicht verſetzte mit dem Ausrufe: »Das lügſt du Hund,« und doch war es Wahrheit.

Man hatte es Ryl ernſtlich zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht, wenn auch mit großen Opfern, einen entſcheidenden Angriff machen ließ; vielleicht hätte die Sache ſich weſentlich anders geſtaltet.

Doch Ryl glaubte die ganze Brigade vor ſich zu haben, und ſo verlor er eine koſtbare Zeit; denn gegen 9 Uhr war es allerdings ſo weit gekommen, daß jene ſchleswig-holſteiniſchen Kompagnien ihre Munition verſchoſſen hatten, und zu weichen anfingen.

Aber da erſchien plötzlich der Oberſt Schau mit der ganzen Brigade in Schlachtordnung, war ſich ſelbſt mit ins Gefecht, wechſelte die Truppen, und brachte neue Munition. Verwundet am Beine, hielt dieſer tapfere Offizier ſich zu Pferde bis zur Mittagszeit.

Der ganze Flügel drang vor, und die Ryl'ſche Diviſion, erwartet und am Siege verzweifelnd, fing jetzt an vom Angriff zur Vertheidigung überzugehen.

Während dieſes auf dem linken Flügel ſich zutrug, war der Kampf bei Kolbing ſelbſt ſchon entſchieden. Durch kräftigen Angriff war es der Moltke'ſchen Brigade im Anfange gelungen, bis in die Stadt zu dringen, während die Brigade Schleppegrell die Verſchanzungen auf dem Wege nach Fridericia nicht hatte bewältigen können.

Hier ſtanden mehrere Kompagnien ſchleswig-holſteiner Jäger, und wehrten ſich gegen die Angriffe, welche zu gleicher Zeit zu Lande und zu Waſſer auf ſie gemacht wurden.

Ein junger däniſcher Huſaren-Lieutenant, Namens Caſtenſchiold, ſah mit ſeiner Schwadron dem Gefechte zu. Ungeduldig rief er endlich dem nächſten Hauptmanne, ob er denn nicht der Hantvoll Leute Herr werden könne? Der Hauptmann antwortete aber höhniſch, wenn' er glaube, daß dieſes ſo leicht ſey, ſo möge er es ſelbſt verſuchen.

Die breite Straße von Fridericia lief dicht neben den Schanzen vorbei. Caſtenſchiold rief nun, er werde mit ſeiner Schwadron vor den Schanzen vorbeiſprengen, und ſie in der Kehle faſſen; dann möge man von vorne zugleich angreifen.

Der Hauptmann winkte, und die Huſaren ſprengten Links der Straße auf die Schanzen los, die Säbel geſchwungen. Da ſpringt der kommandirende Offizier der Schleswig-Holſteiner auf die Schanze und ruft ſeinen Soldaten zu: »Den Erſten, der einen Schuß macht, beoor ich es befehle, den haue ich nieder! Achtung!« Die Huſaren brausten heran. Für einen Augenblick in der geſpannten Erwartung hörte das Schießen des Geplänkels auf.

Jenseits der Kolbingau schaute die dänische, dieß-seits der deutsche Generalstab zu; es war eine Minute lang, als hänge das Schicksal des Tages von dieſem Angriffe ab.

Immer näher stürmten die dänischen Reiter, so daß sie kaum mehr 40 Schritte von dem blutigen Kampfplatze entfernt waren. Da kommandirte der Deutsche plötzlich: Feuer! und die Gewehre krachten. Niederstürzte die ganze Schwadron als wäre sie mit einem gewaltigen Faustschlage zerſplittert worden, Roß und Mann durcheinander, und übereinander, todt, verwundet und gelähmt.

Einen Augenblick hüllte eine mächtige Staubwolke den furchtbaren Knäuel ein; dann lagen die entsetzten herrenlosen Rosse übereinander nach allen Seiten; und so war die ganze Schwadron in einer Sekunde vernichtet.

Dieſer war der glänzendste, wenn auch nicht der entſcheidende Augenblick des Tages.

Caſtenſchiold, unter ſein Roß gefallen, ſelbſt nicht verwundet ſtand auf; aber von den Schleswig-Holſteinern richtete keiner ſein Gewehr auf ihn; ſondern man ſah ihn aus Achtung vor ſeinem Muthe, unangetaſtet zu den Seinen zurückkehren.

Auf den erbeuteten Pferden brachten aber wenige Stunden ſpäter, die Deutſchen die Siegesbotſchaft nach Chriſtiansfelde und Hadersleben.

Inzwiſchen war die Moltke'ſche Brigade nach Kolbing hinein gedrungen. Bonin ließ die Artillerie auf einer Anhöhe auffahren, wo ſie den Uebergang über die Brücke beherrſchte, dadurch ward nun dem Vordringen der Dänen entſchieden Einhalt gethan. Die Dänen aber ſetzten ſich raſch feſt in der Stadt, ſchnitten dadurch die vorgeſchobenen Poſten ab, und wenn ſie dieſe Stellung behaupteten, konnten ſie der ganzen Stellung weſtlich gefährlich werden.

Hier war es nun, wo ſich die Schlacht entſchied. Die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen, von welchen beſonders das neunte Bataillon ernſtlich gelitten hatte, ſammelten ſich und die Offiziere ſtellten ſich an die Spitze einiger entſchloſſenen Kompagnien.

Mit gefälltem Bajonet wurde jetzt ein glänzender und entſchiedener Angriff auf die Dänen gemacht, die den Marktplatz ſchon genommen hatten, und ein wüthender Kampf entwickelte ſich.

Die Bürger, hingeriſſen vom Zorne, nahmen gleichfalls Antheil an dem Kampfe, und ſo wurde aus den Fenſtern auf die Schleswig-Holſteiner geſchoſſen.

Mehrere mit Schrot und Hagel verwundete Schleswig-Holſteiner wurden aus der Stadt getragen, bei welchem Anblicke ihre Kammeraden noch mehr in Wuth kamen. Die Häuſer wurden jetzt geſtürmt, die Dänen geworfen und geſchlagen; die ſchleswig-holſteiniſche Artillerie eröffnete ein mörderiſches Feuer auf jedes Haus, welches an dem Kampfe ſich betheiligt hatte.

Bald ſtanden viele Häuſer in Flammen, und verbreiteten einen furchtbaren Anblick; doch den Dänen deckte die Feuersbrunſt den Rückzug. Bonin konnte, des Sieges auf dem rechten Flügel gewiß, Verſtärkung nach dem linken Flügel ſchicken; dadurch war auch Ryl von der Defenſio zum Weichen gebracht worden; und ſo befand ſich um die Mittagszeit das ganze däniſche Heer im vollen Rückzuge.

Ungefähr 11,000 Schleswig-Holſteiner hatten, ohne die geringſte Unterſtützung mehr als 20,000 Mann geſchlagen. Der Verluſt der Dänen wurde auf 7 bis 800 Mann an Todten und Verwundeten mit etwa 120 Mann Gefangenen angegeben; der Verluſt der Schleswig-Holſteiner betrug etwa 380 Mann.

Moltke ging mit ſeiner und der Schleppegrell'ſchen Brigade nach Fridericia, Rye und Veile. Die ſchleswig-holſteiniſche Armee blieb vorläufig bei Kolding ſtehen.

Der Eindruck dieſes Sieges war ein mächtiger, denn es war das erſte Mal, daß die Schleswig-Holſteiner den Dänen allein gegenüber ſtanden; und ſie hatten geſiegt, obſchon nicht ohne Verluſte.

Der Muth ſtieg jetzt im Innern des Landes, und nach Außen mußte man die Ueberzeugung gewinnen, daß das kleine Schleswig-Holſtein doch Recht gehabt hat, wenn es ſtets mit Stolz behauptete, es ſelbſt allein ſchon ſey den Dänen gewachſen.

Wollte man das ſchleswig-holſteiniſche Heer nicht allein zum Herrn des Schlachtfeldes machen, ſo mußte man jetzt mit den preußiſchen Truppen nachrücken. Es kam alſo anders, als Manche gedacht hatten.

Man hatte erwartet die Niederlagen der Schleswig-Holſteiner würden den Einmarſch der Preußen ungefährlich für die preußiſche Politik machen; jetzt erforderten die Siege derſelben aber dieſen Einmarſch.

Schon am 24. April kam ein Befehl an dem General Prittwitz von Frankfurt aus, mit der Reichs-Armee in Jütland einzurücken; allein Prittwitz blieb ruhig ſtehen.

Erſt am 6. Mai kamen die preußiſchen Kolonnen vor Kolding an. Dänemark hatte auch jetzt noch nicht nachgeben wollen; und Preußen mußte wenigſtens den Schein des Ernſtes annehmen.

Prittwitz ging von Kolding nach Veile, und drängte die Dänen fort; die Schleswig-Holſteiner aber marſchirten mit ihrer ganzen Armee auf Fridericia.

Hier trafen ſie unterwegs das däniſche Heer in einer ſtarken Verſchanzung bei Gudſoe am 7. Mai. Dieſe Verſchanzung beherrſchte den Zugang zu der Feſtung Fridericia, und war ſo feſt, daß ein direkter Angriff auf dieſelbe ſchwer oder gar nicht möglich erſchienen.

Allein die Schleswig-Holſteiner umgingen den rechten Flügel der Dänen, und nun wichen dieſe nach einem ziemlich hitzigen, jedoch keineswegs entſcheidenden Gefechte nach Fridericia zurück.

Zu gleicher Zeit marſchirten die Preußen von Veile nördlich, das kleine Korps des Generals Ryl vor ſich betreibend, zuweilen auch einige Kugeln wechſelnd, ſtets aber in äußerſter Vorſicht, daß den Dänen nicht zu viel geſchehe. Es war alſo dieß kein Feldzug mehr zu nennen. Die Erbitterung über dieſe Politik mitten im Kampfe ſtieg ganz natürlich aufs Aeußerſte, ja ſelbſt unter den preußiſchen Truppen.

Tábor Slezwig-Hollstýnů před Frydergkem.

Il Campo dell'armata Slesvich Olsazia avanti Friderica.

Á Schleswig-Holsteiniak tábora Friderí

Das Lager der Schleswig-Holsteiner vor Friderika.

Ryl schiffte sich zuletzt mit seinem Korps ungefährdet ein, ohne einen Mann verloren zu haben, und erschien seiner Zeit in Fridericia wieder, um hier das Ende seiner Laufbahn zu finden.

Indessen war das schleswig-holsteinische Heer vor Fridericia angekommen; aber statt daß man dasselbe zur Verfolgung des Feindes hätte verwenden sollen, kettete man es fest an eine schwer zu nehmende Festung, die von der Seeseite offen blieb, und deren Besitz auch im günstigsten Falle nichts nützte.

So groß aber auch der Unmuth war, so mußte man doch gehorchen; und so begann nun jene thätige Unthätigkeit vor Fridericia, die in der Geschichte der Feldzüge wohl kaum ihres gleichen hat.

Die Schleswig-Holsteiner, an ihre fast unlösliche Aufgabe gebunden, dehnten sich allmälig rund um Fridericia aus. Es wurden in aller Gemächlichkeit Schanzen aufgeworfen und Parallelen gezogen; es wurde ein Lager gebaut und schweres Geschütz zu gänzlich nutzlosem Bombardement herbeigeschafft.

Am 16. Mai fing sodann dieses Belagerungsgeschütz zu spielen an. Die Festung antwortete; von beiden Seiten that man sich aber wenig zu Leide.

Der General Bonin richtete sich ein, als ob er hunderttausend Mann zu kommandiren hätte, während die Dänen doch numerisch stärker waren als die Schleswig-Holsteiner.

Die Truppen machten sich breit im Lager; und man errichtete daselbst Buden, Gastzelte und Wirthschaften. Krämer und Handelsleute kamen von Süden, dann auch viele Besuchende. Das Lager fing an, seinen militärischen Charakter zu verlieren; es war eine Stadt vor einer Stadt.

Niemand begriff, wohin das führen solle. Jedermann sah ein, daß man auf diese Weise die Festung nicht nehmen könne und so überlief man sich um so fröhlicher dem Lagerleben.

Noch erzählen diejenigen, welche in diesem Lager standen mit einem wahren Vergnügen von der schönen Zeit die sie hier erlebt hatten, und die Besucher werden sich immer noch des freundlichen lebendigen Anblicks erinnern, welchen dieses Heer darbot, das, man möchte sagen, wie zum Ausruhen im Grase hingestreckt lag.

Dazwischen trat wohl dann und wann ein heftiges Feuern der Batterien, welches oft mörderisch war. Die Bomben flogen dichtet in die Stadt und richteten daselbst großen Schaden an; viele Dänen fielen durch die trefflich bediente Artillerie der Schleswig-Holsteiner, und besonders zeichnete sich die Schanze des Lieutenants Christiansen durch unverdrossenen Muth und vortreffliche Wirkung aus.

Nach und nach rückten dabei allerdings die deutschen Belagerer immer näher, und die Stadt wurde zuletzt von der Landseite immer enger eingeschlossen; allein eine Entscheidung trat nicht ein, und die Dänen konnten daher täglich ungestört die Truppen wechseln und Zufuhren bringen.

Daß man dabei die eigentliche Kriegführung nach und nach aus den Augen verlor, war natürlich. Der Monat Juni kam, und noch war keine Entscheidung.

Kein Schritt war vorwärts oder rückwärts gethan! Umsonst warnten die Verständigen, umsonst drängten die Unmuthigen. Nichts rückte aus der Stelle; denn während das deutsche Schwert die Dänen fast vernichtet hatte, ging die Diplomatie ihren Weg.

Während die schleswig-holsteinischen Truppen die dänische Uebermacht auf allen Punkten schlugen, und die große deutsche Armee in voller Unthätigkeit langsam nach Jütland hineinmarschirte, waren die Friedens-Unterhandlungen durchaus nicht abgebrochen worden. Allein eben diese Unterhandlungen zeigten dem preußischen Kabinet, daß es gänzlich machtlos dem dänischen gegenüber dastehe.

Nicht etwa, daß die Niederlage der Dänen dieselben zur Bestimmung gebracht hätte; im Gegentheile gewannen sie immer mehr die Ueberzeugung, daß, je weiter Preußen nach Jütland hineinrücke, es um so entschiedener Gegner unter allen Großmächten finde; denn diese hatten den Krieg Preußens von jeher als eine Eroberung betrachtet.

So lange das deutsche Reich zu existiren schien, so lange konnte Preußen sich, seine Anträge und seine Gewalt hinter dasselbe zurückziehen.

Bis dahin war es Preußen weniger, das unter der Antipathie der Großmächte gegen diesen Krieg litt; es war diese Antipathie vielmehr nur ein Kampf dieser Großmächte gegen die in Deutschand entstehende sechste oder fünfte Großmacht.

Allein mit dem Monat März des Jahres 1849 ward es endlich ganz unzweifelhaft, wie Preußen sich zu diesem Deutschland verhalte.

Der König von Preußen verwarf die Kaiserkrone; an die Stelle der deutschen März-Verfassung setzte er die Mai-Verfassung und das Mai-Bündniß — ein preußisches System an die Stelle des deutschen Systems.

Durch dieses Mai-Bündniß mußte nun aber den Großmächten die langgehegte Befürchtung zur größten Wahrscheinlichkeit werden, daß Preußen sich nicht stark genug fühle, ganz Deutschland in sich aufzunehmen; daß es jedoch statt dessen nun versuchen werde, seinen eigenen Staat durch allmälige und langsame Acquisition einzelner deutscher Staaten zu vergrößern.

Dieser Grundgedanke der reinen Territorial-Politik, der aus Preußens Bestrebungen am deutlichsten hervorzuleuchten schien, warf sogleich seinen weiten und trüben Schatten über die ganze Stellung Preußens; besonders aber gab er dem Verfahren Preußens in Schleswig-Holstein ein ganz anderes Licht.

Und dieses ist der eigentliche Wendepunkt in der schleswig-holsteinischen Sache, der nicht blos den ganzen bedeutenden Feldzug in Jütland, sondern endlich auch den traurigen Waffenstillstand vom 10. Juli so wie denjenige, was darauf erfolgte, hervorgerufen hat.

England hatte bis dahin, wie schon oft gesagt worden ist, stets noch als vermittelnde Macht, die Sache der Herzogthümer gegen die russisch-dänische Politik vertreten.

Es wußte zwar, daß das Heer der Herzogthümer unter einem preußischen General, und daß die Leitung aller Angelegenheiten unter dem preußischen Ministerium stehe; allein bisher hatte es weniger Gewicht darauf gelegt.

Als nun aber im Monat April die dänische Armee von den Schleswig-Holsteinern zu Wasser und zu Lande geschlagen war, die Preußen in Jütland einrückten, und zugleich das preußische Kabinet seine Mai Verfassung und das Dreikönig-Bündniß vollzog; da fing auch England an zu fürchten, daß Preußen keineswegs deabsichtige, blos die Rechte der Herzogthümer zu bewahren, sondern daß es vielmehr wohl für sich selbst diese Herzogthümer zu besitzen strebe.

Wahr oder falsch — gleichviel. Diese Meinung war von einem ganz entscheidenden Einflusse auf den weitern Gang der Verhandlungen; und England zeigte sich also bald weniger geneigt als jemals, den preußischen Forderungen nachzugeben.

Kaum merkte man dieses von dänischer Seite, als man auch hier die Ansprüche höher steigerte. Jetzt aber ergriff das englische Kabinet einen, für die Herzogthümer wahrhaft verhängnißvollen Ausweg.

Es zeigte nämlich an, daß es Preußen in weitern Verhandlungen unterstützen werde, wenn Preußen sich dazu verstehe, die Einverleibung Schleswigs in Dänemark und die wesentliche Trennung beider Herzogthümer zuzugeben.

Gewiß gab es keinen Vorschlag, der Preußen ärger verletzt hätte; aber Preußen entschloß sich zum Nachgeben.

Die Absicht Englands war dabei jedenfalls, das Herzogthum Schleswig vor der preußischen Einverleibung sicher zu stellen. England handelte hier allerdings mit großer Kurzsichtigkeit, aber Preußen stimmte dennoch bei. So standen die Sachen schon im Monat April.

Die Gefahr für die Herzogthümer war schon damals so groß, daß der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, nämlich der Präsident Francke zum äußersten Mittel griff, und die ganze Sachlage in der National-Versammlung darlegte.

Francke erklärte, das Ministerium Arnim habe die dänischen Vorschläge — Trennung Schleswigs von Holstein, die Beiegung Schleswigs mit 4000 Mann Dänen und eventuell am Einrücken deutscher Truppen in Holstein, um das Herzogthum den Dänen zu unterwerfen — für annehmbar erklärt, und erkläre dieses noch fortwährend.

»Dieses ist, — sagte er — nicht Verrath an der schleswig-holsteinischen Sache, dieses ist geradezu Verrath an der deutschen Nation! Es läßt sich nicht daraus bezeichnen; es steht nicht an der Grenze des Verraths; aber es ist Verrath! Meine Herren, ich will Ihnen sagen, warum Graf Arnim kämpfen läßt — um Schleswig von Holstein zu reißen!« Mit Unwillen in Bezug auf solche Politik ornahm die Versammlung diese Rede.

Die Politik Preußens war jetzt bloßgestellt; aber Preußen kümmerte sich wenig darum, und die sogenannte Kreuzzeitung schrieb dagegen. »Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Preußen sich von der Schande bewahren werde zum zweiten Male von der Revolution ins Schlepptau genommen zu werden.«

Preußen erklärte auch wirklich in London, daß es die dänischen Vorschläge nicht unannehmbar finde, und bereit sey, auf dieser Grundlage zu verhandeln.

Die Statthalterschaft war in diesen ganzen Verhandlungen durchaus unbetheiligt, ja es ward ihr nicht einmal das Resultat derselben mitgetheilt; und so entschloß sie sich dahee ihrerseits unaufgefordert, ihre Meinung über den drohenden Frieden auszusprechen.

Sie erließ jetzt eine öffentliche Erklärung vom 12. Mai, worin sie mit großer Bestimmtheit aussprach, daß die Herzogthümer eine Einheit seyen, und daß sie an dieser Einheit festhalten wollen.

Das Staatsgrundgesetz sey die Grundlage aller öffentlichen Zustände der Herzogthümer; sie selbst sey auf Grundlage dieses Gesetzes eingesetzt; und diese Grundlage seiner stattlichen Existenz werde sich das Land nicht nehmen lassen.

Daher sey in diesem Staatsgrundgesetze vom 13. September 1848 für die Feststellung des Verhältnisses der Herzogthümer zum Königreich Dänemark die Grundlage zu finden, deren Anerkennung allein geeignet seyn werde, einen dauerhaften Frieden zwischen beiden Staaten herbeizuführen.

Dagegen werde das Verhältniß des Herzogthums Schleswig zum deutschen Reiche einer weitern Verhandlung mit dem Reiche vorbehalten bleiben. Nach diesem schlage die Statthalterschaft vor, daß eine Zusammenkunft von Delegirten des Königreichs Dänemark und der Herzogthümer vermittelt, und in derselben das Friedenswerk weiter berathen werde.

Die Zahl der beiderseitigen Abgeordneten dürfte auf acht oder zwölf Personen festzusetzen seyn; von welchen zwei oder drei von der Statthalterschaft und der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung, so wie von der königlich dänischen Regierung und vom dänischen Reichstage zu bezeichnen wären.

Allein was nützten solche gutgemeinte Rathschläge, wenn man sich durch die preußische Generalität alle effektive Macht aus den Händen nehmen ließ? Die preußische Regierung brachte jene Vorschläge gerade so wenig, als wären sie Zeitungs-Artikel gewesen; ja sie antworteten nicht einmal der Statthalterschaft.

Statt dessen aber erließ sie in denselben Tagen eine Aufforderung an das dänische Kabinet, einen Abgeordneten nach Berlin zu schicken, um künftighin die Verhandlungen in Berlin statt in London zu leiten, und erklärte endlich in einer Note vom 18 Mai geradezu, daß sie von jetzt an die Verhandlungen im dänischen Kriege unter Ablehen von der Reichsgewalt allein zu führen beabsichtige.

Es war unnütz, daß die Statthalterschaft noch einmal am 23. Mai um weitere Aufschlüsse bat, ja, sie erhielt nicht einmal eine Antwort mehr.

Dänemark dagegen, zufrieden mit der ganzen Nullität der Statthalterschaft, welche nicht die Kraft

hatte, sich in gehöriger Weise geltend zu machen, ließ sich in Berlin auf Unterhandlungen ein, und stellte jetzt, hauptsächlich auf Englands Betrieb die Forderung, daß eine Demarkations-Linie gezogen, und der südliche Theil von Schleswig von preußischen Truppen, der nördliche Theil hingegen von dänischen Truppen, besetzt werde.

Preußen begann auf dieser Grundlage die Unterhandlung, und während die deutschen Heere siegreich den Feind verfolgten, wurde die Trennung der Herzogthümer in Berlin verabredet.

In dieser Lage der Dinge, wurde die schleswig-holsteinische Landes-Versammlung noch einmal nach Schleswig berufen, und trat am 7. Juni daselbst zusammen.

Die Statthalterschaft fühlte sich isolirt. Sie hatte das Bedürfniß, der preußischen Politik gegenüber einen festen Halt im eigenen Lande zu finden. Dieses Land war nun zwar seinerseits willig genug; aber es blieb, nachdem so viel versäumt worden war, sehr schwer, das Richtige zu finden.

Die Statthalterschaft legte der Landes-Versammlung ein Schreiben vor, in welchem sie sich auf ihr Manifest vom 12. Mai berief. Dieses Schreiben sprach im Wesentlichen die Ueberzeugung aus, daß das Land an dem Staatsgrundgesetz festhalten, und daß es die Reichsgewalt anerkennen müsse.

Die Versammlung setzte darauf einen Ausschuß zur Beantwortung auf das Schreiben nieder. Während dieses Schreiben aber berathen ward, versuchte die Versammlung, die Regierung zur Vorlage organischer Gesetze zu bewegen.

Allein hier machte die Statthalterschaft den größten Fehler, den sie in Beziehung auf die innere Politik überhaupt machen konnte. Sie erreichte nichts und that nichts.

Es kam nicht bloß kein einziges organisches Gesetz zu Stande, sondern außer einem wenig geeigneten Bürgerwehr-Statut, wurde überhaupt kein Gesetz vorgelegt.

Und doch hatte das Land nicht einmal irgend eine angemessene Gemeinde-Ordnung. Die Gutsherrlichkeit bestand allenthalben fort. Patrimonial-Jurisdiction, gänzliche Abhängigkeit der Taglöhner, Hilflosigkeit derselben ꝛc.

Den Geschworenengerichten war keine Rede; die Justiz war mit der Verwaltung auf die dunkelste Weise gemischt.

Und statt dem abzuhelfen, verfolgte man gerichtlich das durchaus loyale, auf keinem Punkte in Gesetzlichkeit ausartende Bestreben der demokratischen Richtung, die besonders dem Taglöhnerstande sein Schicksal zu erleichtern trachtete.

Dieser große Fehler hatte eine zweifache, höchst traurige Folge, denn zuerst versäumte man die kostbare, unwiederbringliche Zeit, in welcher man die Herzogthümer durch gleichartige, gemeinsame und freisinnige Verfassungen hätte innig verbinden können.

Die tüchtigsten Männer verwendeten sich vergeblich dafür, daß die Statthalterschaft solche Schritte thun möchte — aber umsonst! Es blieb Alles beim Alten, und das stärkste Band, welches die Herzogthümer hätte vereinigen können, wurde auf diese beklagenswerthe Weise auf der Hand gegeben.

Wie ganz anders würde die Sache gestanden seyn, und wie viel ohnmächtiger würde jeder Versuch geblieben seyn, Schleswig von Holstein zu trennen, wenn man damals, besonders die Gemeinde-Freiheit und die volksthümliche Gerichts-Verfassung eingeführt hätte! Daß dieses nicht geschehen ist, wird ewig der härteste Vorwurf für die Statthalterschaft seyn, und die Zeit wird auch kaum ausbleiben, wo man bitter bereuen wird, die Einheit der Herzogthümer nicht auf der Grundlage erbaut zu haben, auf welcher sie allein Sicherheit finden konnte.

Die Statthalterschaft hat in diesem Punkte durch Unterlassung dem verbundenen Schleswig-Holstein mehr geschadet, als sie durch verkehrtes Handeln es jemals hätte thun können.

Die zweite Folge aber war, daß sich eine neue wachsende Opposition gegen die Regierung selbst erhob, die am Ende sowohl die reine Demokratie, als die rein schleswig-holsteinisch Gesinnten zusammenfaßte; denn nur zu deutlich sah man es einzusehen, daß auf diesem Wege im günstigsten Falle ein harter Kampf mit der Regierung um die Bewilligung seiner Institute entstehen, im ungünstigen Falle aber durch deren Nichteinführung die Herzogthümer verloren seyn würden. Intessen half aber alle Opposition und Alles Drängen nicht.

Die Statthalterschaft legte keine Entwürfe vor, und der Unmuth des Landes darüber führte das wahre Wohl der Herzogthümer um nichts weiter. Es bedeutete nicht viel neben dieser eigentlichen und wahren Lebensfrage der Herzogthümer, daß nun ein langdauernder Kampf über die Adresse der Versammlung an die Statthalter entstand.

Doch war dabei das ganze Land in ziemlicher Aufregung. Die Kurzsichtigen glaubten, weil das schleswig-holsteinische Heer die Dänen geschlagen habe, könne man jetzt auf endliche Erfüllung der Wünsche des Landes rechnen.

Eine Unzahl von Adressen lief ein, welche die Aufhebung der Personal-Union mit Dänemark verlangten. Man gab sich der kindlichen Hoffnung hin, daß, wenn nur der Ausschuß sich darüber aussprechen würde, das Weentliche der Sache erreicht sey.

Endlich am 1. Juli nahm man von mehreren entworfenen und darüber berathenen Adressen eine an, welche die Politik der Statthalter billigte, in welcher aber auch folgende Stelle vorkam.

»Wir hegen die Ueberzeugung, daß ein friedliches Verhältniß zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Dänen nicht früher dauernd hergestellt werden könne, als bis auch die Gemeinsamkeit des Fürsten ihr Ende haben wird.

Dieser Wunsch, welcher im Lande allgemein verbreitet ist, und dem jedenfalls eine sittliche Berechtigung zur Seite steht, greift einem Ereignisse vor, welches doch dem Laufe der Natur nach einst erfolgen muß.« u. s. w.

Daneben wurde wohl das Aufhören der Wirksamkeit der deutschen National-Versammlung beklagt, aber die Anordnung von Neuen Wahlen für dieselbe abgelehnt. Ein Theil der Linken stimmte nicht mit, weil sie meinte, daß damit viel verloren sey; die Rechte glaubte dagegen etwas Ungemeines geleistet zu haben; und doch hielten Statthaltereischaft und Landes-Versammlung nicht einmal ihr eigenes, von einem preußischen General und hundert höhern und niedern preußischen Offizieren kommandirtes Heer in ihrer Hand.

Die preußischen Minister ließen sich nicht einmal herab, der Statthaltereischaft auf ihr mehrmaliges Anfragen auch nur zu antworten.

Ja, bevor acht Tage nach dieser stolzklingenden Adresse vergangen waren, war das schöne schleswig-holsteinische Heer geschlagen, der Waffenstillstand, der Schleswig von Holstein trennte, angenommen, die Friedens-Präliminarien waren unterzeichnet, und die Sache der Herzogthümer für ein ganzes Jahr, vielleicht für länger unrettbar verloren.

Der General Bonin war, wie schon gesagt worden, mit dem schleswig holsteinischen Heere vor Fridericia gezogen, und lag hier, die Festung belagernd. Er schloß sie immer mehr und mehr ein, und dieses in einer Weise, was das höchste Bedenken erregen mußte.

Das Belagerungs-Korps war in drei Theile getheilt, nämlich: im Süden lag die Avant-Brigade; eine halbe Stunde davon die erste Brigade, eine ganze Stunde davon entfernt die zweite Brigade. Jede dieser Brigaden hatte ihre Schanzen; aber diese Werke standen auf keinem Punkte untereinander in Verbindung.

Von der ersten bis zur nördlichsten, zweiten Brigade namentlich lief nur ein gewöhnlicher Laufgraben; es war also durchaus keine Vorkehrung angebracht, um die Armee gegen eine Trennung zu schützen.

Das Heer und die Offiziere fühlten sich, wenn sie daran dachten, beunruhigt; im Kriegsrath wurde nun ernstlich gegen dieses Verfahren gesprochen, der General Bonin blieb aber bei seinem Willen unabänderlich fest stehen.

Schon am 2. Juli und später, fanden Ausfälle der Belagerten Statt, in welcher Jedermann eine Recognesirung hätte erkennen müssen; aber die Dispositionen wurden immer noch nicht geändert.

Am 4. und 5. Juli waren die Landungsplätze der Festung von dänischen Transportschiffen ungemein belebt gewesen. Es war nämlich das Korps des General Ryl, der von Helgenäs zu Wasser nach Fridericia ging.

General Prittwitz sah ihn abziehen, und meldete den Abzug an den General Bonin, in der Weise, daß Bonin ihn erst am Tage der Niederlage erfuhr.

An Bonin selbst kamen Meldungen über Meldungen, daß Truppen in die Stadt ziehen, aber keine einzige Maßregel wurde dieserwegen zur Abwehre getroffen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli, brach nun die dänische Armee über 20,000 Mann stark aus der Festung heraus, und warf sich auf den ungeschützten Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Brigade; durchbrach die Linie der Jäger, die hier standen nach einem wüthenden Kampfe, und sprengte so die Stellung der ganzen Armee.

Eben so warf sie die zweite nördliche Brigade aus ihren halbfertigen Schanzen, drängte sie unter einem furchtbaren Kampfe gegen den Randsfjord, machte einen Theil gefangen, und zersprengte den andern Theil.

Zugleich griff die dänische Hauptmacht das Centrum des Belagerungswalls an, stürmte die Schanzen, warf die Deutschen, wurde aber wieder geworfen. Das Blut floß bei diesem Kampfe in Strömen, denn die armen Schleswig-Holsteiner rangen wie Löwen mit dem übermächtigen Feinde mit Kugel, Bajonet und Kolben.

Hin und her wogte die Schlacht, bis endlich die Uebermacht siegte.

Die erste holsteinische Brigade hielt indessen einen Scheinangriff aus, und kam fast unverletzt auf dem Schlachtfelde an, als aber nicht mehr zu helfen war.

Die Schleswig-Holsteiner hatten 28 Stück Geschütz verloren, dann 300 Mann Todte und Verwundete, aber über 1500 Mann Gefangene gemacht.

Die Dänen hatten unter der Wuth der Schleswig Holsteiner furchtbar gelitten; denn sie verloren nicht nur ihren General Ryl, sondern auch gegen 1300 Mann an Todten und Verwundeten; ja die dänische Armee war in einem solchen Zustande, daß nach ihren einstimmigen Urtheile aller Sachkundigen sie noch am Tage nachher drei Bataillone feischer Truppen in die vollständigste Flucht geschlagen hätte.

Als das dänische Dampfschiff die Nachricht von diesem Siege nach Kopenhagen brachte, brach im Anfange lauter Jubel aus; als aber die Einzelheiten des Kampfes berichtet wurden, zeigte sich eine tiefe trauernde Stille in der Hauptstadt.

Neben dem General Ryl lagen über 90 Offiziere auf dem Schlachtfelde. Ein Kopenhagener Korps, in welchem viele Söhne angesehener Familien eingetreten waren, und welches 300 Mann zählte als es ausmarschirt war, zählte kaum mehr 30 Mann.

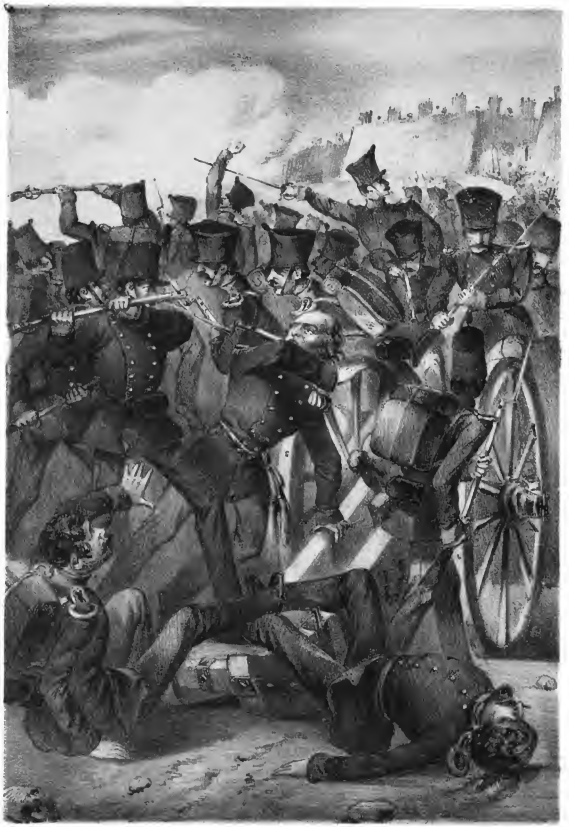
Die schleswig-holsteinische Armee dagegen war bereits um die Mittagszeit desselben Tages wieder gesammelt, und zog mit klingendem Spiele in Veile ein. Kein einziger Mann dieser Tapfern erschien matthlos, oder hielt sich für überwunden; nur hörte man die Worte: »Ja wenn es so geht, dann müssen wir wohl geschlagen werden.«

Das Gefühl, welches mit dieser Nachricht selbst das Land durchfloß, war nur das einer furchtbaren Erbitterung. Hier hatte man gesehen, unendlich viel glänzender als der Kolding, was die schleswig holsteinische Armee zu leisten im Stande sey. Ueberfallen von einer Uebermacht, zersprengt und in höchster Noth, hatte sie den Feind so zugerichtet, daß er, ohne einen

Rozbořeni šanz u Frydergky.

Come i fortini di Friderica vaño in aria.

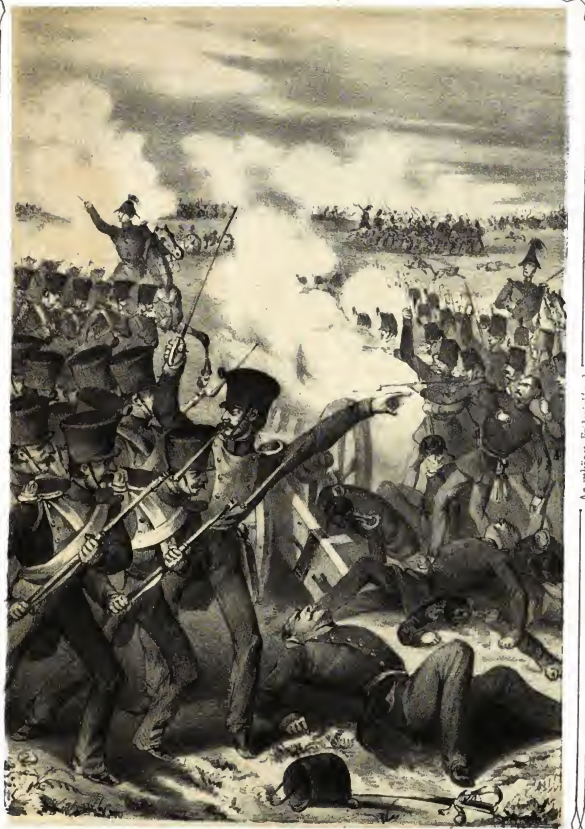
A sánczok szétúgrasztatása Fridericiánál.



Die Sprengung der Schanzen bei Friderika.

N° 122.

Bitwa u Fryderiky.



La bataille près Frédéric.

Az urközet Fridericiánal.

Die Schlacht bei Friderika.

Schritt weiter zu kommen, ſich in ſeine Feſtung zurückziehen mußte.

Die ſchleswig holſteiniſche Armee war nach wenigen Stunden wieder geordnet, ruhig und heiter wie früher; keine Unordnung, kein Verlaufen, keine Muthloſigkeit, kein Mangel an Disziplin war zu bemerken.

Erſt jetzt blickte das Land mit einem wahren Stolze auf ſein Heer, das einen Ueberfall ausgehalten hatte, wie jener bei Hochkirch war, und das ihn beſſer ausgehalten hatte. Erſt jetzt wußte man was man im Stande zu thun iſt, wenn der Schleswig-Holſteiner im offenen und ehrlichen Kampfe den Dänen treffen würde.

Niemals, ſo weit die neue Geſchichte reicht, hatte eine Niederlage einen ſolchen erhebenden Einfluß auf ein Heer gehabt; es war bei den Truppen wie im ganzen Lande durchaus nur, als ob man einen großen Sieg gewonnen hätte.

Und in der That, der gänzlich verſtummende Jubel der Dänen und der ruhige Stolz der Schleswig-Holſteiner bewieſen es, daß dieſe faktiſche Niederlage ein moraliſcher Sieg geweſen iſt.

Jetzt nun war es Zeit, die Scharte auszuwetzen, und ſo beſchloß die Landes-Verſammlung eine neue Reſerve-Brigade aufzuſtellen, und auch das Land war zu den größten Opfern bereit. Die Armee ſtand ungebrochen da, und dürfte alſo jetzt entſcheidendes erwarten.

Da kam aber plötzlich am 12. Juli die unerwartete Nachricht, daß das preußiſche Kabinet einen Waffenſtillſtand mit Dänemark abgeſchloſſen habe, und zwar am 10. Juli, als gerade die Nachricht von der Schlacht bei Fridericia in Berlin angekommen iſt.

Dieſer Waffenſtillſtand lautete dahin, daß Schleswig von Holſtein getrennt, eine Demarkations-Linie im erſtern Herzogthume gezogen, der nördliche Theil von ſchwediſch-norwegiſchen, der ſüdliche Theil von preußiſchen Truppen beſetzt, eine Landes Verwaltung aus einem däniſchen, einem preußiſchen und einem engliſchen Kommiſſär gebildet, und dieſer die ganze und ausſchließliche Verwaltung von Schleswig übertragen werde.

Dieſen Friedens-Präliminarien von demſelben Tage waren noch folgende Punkte beigegeben: daß Schleswig eine abgeſonderte Verfaſſung erhalten ſollte, ohne mit dem Herzogthume Holſtein vereinigt zu ſeyn, und unbeſchadet der politiſchen Verbindung, welche das Herzogthum Schleswig an die Krone Dänemarks knüpft. Die preußiſchen und ſchleswig-holſteiniſchen Truppen ſollten in 25 Tagen Schleswig räumen.

Die Regierung mußte von der Landes-Verſammlung die Mittel fordern um den Widerſtand zur Ausführung zu bringen, und die Landes-Verſammlung mußte ſie ihr unbedingt bewilligen; ſie mußte ſich über die Unrechtmäßigkeit jener preußiſchen Staatskarte erklären, der Regierung damit einen rechtlichen Rückhalt geben und ſich dann vertagen, um derſelben ganz freie Hand zu laſſen.

Dieſes Alles geſchah, und zwar mit einem Eifer der eines beſſeren Erfolgs werth geweſen wäre. Die Landes Verſammlung nahm am 19. Juli den Antrag einſtimmig an, nach welchem die Friedens-Baſis und die Waffenſtillſtands-Konvention für die Herzogthümer ohne alle Rechts-Verbindlichkeit, die Zuſtimmung Deutſchlands zu denſelben für eine Unmöglichkeit erklärt, und endlich die Verſicherung ausgeſprochen wurde, daß das Land ſeine Rechte auch fernerhin mit aller Kraft zu ſchützen wiſſen werde.

Der Staatshaltershaft wurden hierauf fünfthalb-Millionen zur Verfügung geſtellt, — die Reſerven ſollten einberufen, — die Wehrkraft vermehrt, und die nachträgliche Zuſtimmung der Landes-Verſammlung zu allen Maßregeln für die Vertheidigung des Landes der Regierung zugeſagt werden.

Darauf vertagte ſich die Landes-Verſammlung am 25. Juli. Wohl hatte jetzt die Regierung freie Hand; aber ſie hatte zugleich auch die größte moraliſche Verantwortung über ſich genommen.

Die Landes-Verſammlung hatte jene Bewilligungen in ihren geheimen Sitzungen nicht ohne einige Garantie von Seiten der Regierung gemacht.

Der Departements-Chef der auswärtigen Angelegenheiten von Hardou, hatte ſich offen, wie es dieſem äußerſt vorſichtigen Charakter möglich war, über daſjenige geäußert, was die Regierung thun wolle.

Man beabſichtigte, ſich diplomatiſch und militäriſch zu widerſetzen, das Heer zu ſtärken, und der preußiſchen Diplomatie beſonders, ſehr beſtimmte Erklärungen zu geben.

Man wollte die Geſammtſtärke des Heeres auf 27,000 Mann bringen, und mit dieſer Macht das ungemein ſtarke Dreieck zwiſchen Eckernförde, Kiel und Rendsburg beſetzt halten, um von da aus das Weitere zu beſtimmen; man wollte auch freilich Kiel verſuchen, um einen möglichſt friedlichen Ausgang herbeizuführen, und ſo ging mit dieſen Ausſichten die Verſammlung auseinander.

In der That ſchien die Regierung im erſten Augenblicke Wort halten zu wollen, und erklärte bereits in einem offenen Manifeſte vom 18. Juli, daß ſie dem Waffenſtillſtande und den Friedens-Präliminarien ihre Zuſtimmung nicht geben könne; ja ſie ſchickte ſogar am 20. Juli einen Proteſt nach Stockholm gegen die Beſetzung von Nord-Schleswig durch ſchwediſch-norwegiſche Truppen, und erklärte namentlich Preußen bereits am 15. Juli, daß ſie durchaus nicht im Stande ſey, jenen Waffenſtillſtand anzuerkennen.

Allein man kannte die Perſonen und Verhältniſſe von Schleswig-Holſtein ſehr gut in Berlin, und ſo antworte ſchon am 18. Juli Graf Brandenburg von Berlin aus, daß er die Auffaſſung der

---

Bei dieſer Nachricht von dem Waffenſtillſtande war man in den Herzogthümern in einem hohen Grade entrüſtet. Die Landes-Verſammlung hielt damals gerade ihre Sitzungen in Schleswig, während die Staathalterſchaft gleichfalls dort gegenwärtig war.

Einen Augenblick waren alle Partheien und Gewalten einig, und man war entſchloſſen zu widerſtehen; nur kam es auf die Mittel an, und dieſe lagen auch ſehr nahe.

Statthalterschaft von der wirklichen Sachlage, wie sie in ihrem Schreiben vom 15. Juli kundgegeben hatte, als von irrigen Voraussetzungen ausgehend, nur bedauern könne; daß die erste Bedingung, unter welcher sich die königlich preußische Regierung noch Mühe geben werde, die Rechte der Herzogthümer nach Kräften wahrzunehmen, die alleinige und gewonnene Ausführung des Waffenstillstandes sey, und daß, wenn die Herzogthümer glaubten ein Recht zu haben, sich thatsächlich zu widersetzen, die preußische Regierung den General von Bonin und die übrigen preußischen Offiziere sogleich aus dem schleswig-holsteinischen Heere abberufen werde.

Dieses war kurz und bündig; aber auch klar war es, was die Statthalterschaft jetzt zu thun hatte. Sie mußte einfach die preußischen Offiziere gehen lassen, und sich auf Remonstranz zurückziehen, die äußerste Anstrengung machen, ein neues Offiziers-Korps zu bilden, und sich von der preußischen Regierung unabhängig hinstellen.

Sie hatte Menschen, Geld und eine fast uneinnehmbare Stellung an der Eider, das Vertrauen des Landes und die Gewißheit, daß eine fremde Intervention nicht kommen werde; endlich hatte sie vor sich den wohlbekannten Satz; daß in schweren Zeiten die kühnste Politik stets die glücklichste ist.

Sie hatte, wenn sie dieses nicht that, Schleswig, und damit die Hälfte von Schleswig-Holstein aufgegeben, und die dänische Macht um dasjenige vermehrt, was sie verlor.

Sie hatte die Gewißheit, daß künftig überall auf sie nicht mehr gerechnet werden könne, wenn sie einer solchen Sache nachgab. Sie mußte also Alles, ja selbst den letzten Rest des Glaubens an ihre Fähigkeit im Lande verlieren.

Aber es gehörte politischer Muth und politische Einsicht dazu, das Erste zu wagen; im zweiten Falle dagegen ließ sich bequem dem preußischen Ministerium Alles aufbürden. Die Statthalterschaft indessen besaß weder den Muth, selbstständig aufzutreten, noch auch den Muth, selbstständig nachzugeben.

Sie erklärte den Waffenstillstand in demselben Augenblicke für ungiltig, unverbindlich, ihrer Ehre und dem Rechte des Landes widerstreitend, nachdem sie über seine Ausführung mit den Kommissären der Mächte im vollen Staatsrathe unterhandelte, und in allen Stücken nachgab.

Schon am 20. Juli antwortete sie dem Grafen Brandenburg, daß, wenn sie im Irrthume gewesen sey, sie nicht durch eigene Schuld sich in demselben befinde, und daß sie um bald geneigte nähere Belehrung bitte, und dafür ihre bereitwilligste Empfänglichkeit im Voraussetzen schon versprechen; daß sie endlich um nähere Verständigung bitte, bevor die Abberufung Bonins beschlossen werde.

Graf Brandenburg hatte so etwas doch wohl kaum erwartet, und würdigte daher jene Stimmung, die in fünf Tagen von dem höchsten Tone des Stolzes bis zum tiefsten Tone der absoluten Unterwerfung übergehen konnte, überall keiner Antwort, sondern ließ einfach im »Preußischen Staats-Anzeiger« eine Erläuterung zu den Waffenstillstands-Artikeln drucken, in welchen im Wesentlichen stand, daß die kontrahirenden Mächte Anfangs allerdings auch den Norden Schleswigs von aller militärischen Besetzung hatten frei lassen wollen, daß dieses aber nicht thunlich gewesen sey, und daß jene Besetzung des Nordens durch die Schweden und des Südens durch Preußen, so wie die Unterstellung Schleswigs unter die Landes-Verwaltung nur bestimmt sey, den Uebergang zu den neuen Zuständen zu vermitteln, und die Ausführung des künftigen Friedens auf zweckmäßige Weise vorzubereiten.

Dieses war wieder sehr klar gegeben. Die Statthalterschaft beeilte sich aber, so wie dieser Artikel in der preußischen Zeitung erschienen war, dem preußischen Minister zu schreiben, daß sie diesen Artikel als Wahrheit annehme, und nochmals um die Beibehaltung Bonins an seinem Posten bitte; welches Schreiben aber von dem charakterfesten und zum Theile auch stolzen Grafen von Brandenburg unbeantwortet blieb.

Die Regierung Schleswig-Holsteins war also selbst nicht im Stande, eine direkte Antwort von Berlin zu erhalten, und war jetzt sogar der Meinung, durch ihr kluges Nachgeben gar zu den Verhandlungen über den Frieden zugelassen zu werden.

Sie ging nun weiter, ja sie ging sogar mit der ganzen schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider zurück. Sie ließ sich auf direkte administrative Verhandlungen mit den Kommissären ein, und schickte, da der Zeitpunkt der Wiederberufung der Landes-Versammlung nahe kam, den Bürgermeister Balemann nach Berlin, um doch mündlich eine Antwort zu bekommen, mit den entschiedensten Versicherungen ihrer aufgedrungensten Willfährigkeit.

Und dabei erklärte sie zugleich, — kaum glaublich und dennoch wahr — daß sie den Friedens- und Waffenstillstands-Verträgen und sogar allen Handlungen, die in den Herzogthümern zur Ausführung jener Verträge vorgenommen seyen, oder vorgenommen würden, weder für sich, noch für die Einwohner des Landes eine verpflichtende Giltigkeit beilegen könne.

Auf ein solches Verfahren hin, daß sich selbst widersprach, war gar keine Antwort mehr möglich, und Balemann wurde eben so wenig mit einer mündlichen Erklärung beglückt, als das Departement selbst mit einer schriftlichen Antwort.

Das preußische Ministerium hatte auch vollkommen Recht, nachdem es auf die vollkommste Unselbstständigkeit dieser Regierung rechnete, und so überließ es dieselbe ihren Verlegenheiten und ging seinen Weg, der freilich eben so wenig zu einem Ziele führte.

Die schleswig holsteinische Regierung hatte indessen jetzt eine schwierige Aufgabe zu lösen, denn die Landes-Versammlung trat wieder zusammen, und sie hatte ihrerseits weder gethan, was diese erwartete, noch auch dasjenige, was sie selbst versprochen hatte.

Während nämlich diese Bemühungen der Statthalterschaft in einer solchen Weise resultatlos bleiben mußten, wurden die Verhandlungen über die Ausfüh-

rung der Präliminarien und des Waffenstillstandes in Flensburg eröffnet.

Von Seite der Dänen war der frühere Bundestags-Gesandte von Pechlin, von Seite der Preußen der Ober-Präsident von Bonin nach Flensburg geschickt worden, und hier wurde nun Tillisch als dänischer Kommissär angenommen, und unter drei vorgeschlagenen preußischen Beamten, der Graf von Eulenburg als preußischer Kommissär gewählt.

Schon glaubte man preußischer Seits Alles in der besten Ordnung, besonders als England den Konsul Lord Hodges als Odmann bestellt hatte.

Allein Dänemark hatte keineswegs eigene Lust, und fremden Auftrag. mit Preußen so leicht fertig zu werden. Kaum war man also über einige Punkte einig, als auch schon von Seite der Dänen über die Demarkations-Linie Streit erhoben wurde.

Die Preußen wollten dieselbe wo möglich im Norden Flensburgs, wenigstens unmittelbar südlich von Flensburg ziehen; die Dänen dagegen entblödeten sich nicht, ganz Angeln für dänisch zu erklären, und mithin eine Demarkations-Linie auf die Grundlage der Schlei zu fordern, worüber nun viel Streit war.

Endlich legte sich England ins Mittel, und es wurde eine Linie, südlich von Flensburg, fast quer durch Angeln angenommen, welche noch außer der Stadt fünf der wichtigsten Kirchspiele oder Pfarr-Bezirke von Angeln der dänischen Verwaltung unterlegte. Man neutralisirte dieses ganz einfach der Statthalterschaft, welche in Berlin durch den Bürgermeister Bartemann vertreten war, den aber Niemand anhörte, fruchtlose Reklamationen machte.

Die Statthalterschaft fing indessen jetzt doch an zu fürchten; denn sie fühlte, daß sie, was sie bereits gethan hatte, nicht recht verantworten könne. und wollte, was sie zu thun beabsichtigte, dem Lande gegenüber nicht allein verantworten.

Statt also die Zusammenkunft der Landes-Versammlung zum 8. August abzuwarten, berief sie dieselbe um einen Tag früher zusammen. Die Abgeordneten kamen in Schleswig zusammen und jetzt mußte es sich entscheiden, ob das Land mehr Muth und Kraft besitze als seine Regierung.

Allgemein war das Gefühl, daß ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der Herzogthümer gekommen sey. Besonders die armen Schleswiger fühlten, welcher furchtbar te nurigen Zeit sie entgegen gingen, wenn die Landes-Versammlung die Politik der Statthalterschaft billige.

In Holstein wurde eine große Versammlung aller Vertreter der Volks-Vereine in Neumünster abgehalten, und für die Departements-Chef des Krieges und des Aeußern eine Mißtrauens-Adresse beschlossen.

Die Spannung war groß. Um 11 Uhr wurde nun die entscheidende Sitzung der Landes-Versammlung im alten Schlosse zu Gottorf am 7. August eröffnet, und nach der Eröffnung der Förmlichkeiten ging die Sitzung sogleich in eine geheime Sitzung über.

Die Regierung erklärte hierauf ganz einfach, daß sie den Rückmarsch der schleswig-holsteinischen Truppen hinter die Eider, bis zum 8. August angeordnet habe, und an diesem Tage sollten die letzten Truppen das schleswigsche Gebiet verlassen.

Sie erklärte mithin also ganz einfach, daß sie nicht gethan habe, was der Versammlung in ihrer letzten Sitzung versprochen worden war; ja sie sah sich weiter noch genöthigt zu erklären, daß sie bis jetzt gar nichts für die Vermehrung der Wehrkräfte des Landes gethan habe, und daß sie mithin die ihr übergebenen Mittel gänzlich unbenutzt habe liegen lassen.

Sie mußte endlich erklären, daß sie durchaus außer Stande sey, über die Zukunft des armen Schleswig auch nur das geringste Positive anzugeben; daß man sie vielmehr von Berlin aus nur von einer einzigen Sache in Kenntniß gesetzt habe; nämlich der, daß man Bonin und die preußischen Offiziere abberufen werde, wenn sie nicht ihrerseits den Waffenstillstand ausführen würde.

Sie setzte endlich noch bei, daß sie kein Mittel habe, den Großmächten zu widerstehen, und gab zu verstehen, daß sie die Juli-Beschlüsse der Landes-Versammlung, nur als ein Schreckmittel, nicht aber als wirkliche und ausführbare Gedanken habe betrachten können; und bitte demnach zum Schlusse, die Versammlung möge den Rückzug der Truppen hinter die Eider gutheißen.

Jetzt erhob sich ein furchtbarer Sturm in der Versammlung, und die meisten Schleswiger, sahen sich nun in ihrer Noth gezwungen, mit der Linken zu gehen.

Ein Ausschuß wurde jetzt niedergesetzt, und die Majorität desselben nahm den Antrag an, daß der Rückmarsch der Truppen eingestellt werden solle. Die Mittagssitzung dauerte von 12 bis 4 Uhr, dann trat um 8 Uhr Abends die Versammlung wieder zusammen, und der Ausschuß-Antrag kam zur Berathung.

Es war keine Frage, daß dieser Ausschuß-Antrag die Frage über die Annahme des ganzen Waffenstillstandes überhaupt entscheiden mußte.

Wurde er angenommen, so mußte Schleswig-Holstein nun allein den Krieg gegen Dänemark, und gegen alle in den Waffenstillstand betheiligten Mächte führen.

Dieses wäre also ein Unsinn gewesen, wenn nicht zu gleicher Zeit eine Besetzung der Herzogthümer durch fremde Truppen als eine Unmöglichkeit angesehen werden mußte. Ergriff man auch jetzt noch dieses Mittel, so mußte man erwarten, daß, um dieses zu vermeiden, deutsche Truppen Holstein besetzen und Deutschland sich der Sache bemächtigen werde.

Dieses war die günstige Aussicht; allein, die Mittel sie zu erzielen, waren durch das Benehmen der Regierung bereits verloren.

Das Heer war nicht verstärkt worden. Das ganze Offiziers-Korps war durchaus in allen höhern Kreisen preußisch; Preußen konnte also jeden Augenblick die Herzogthümer durch Abberufung desselben fast entwaffnen.

Man hatte sich törichterweise, taub gegen jede Ermahnung, Preußen gänzlich in die Hand gegeben, und jetzt erntete man die Früchte dieser Hingebung.

Dazu kam noch, daß am 4. August auch die deutsche Centralgewalt ein Rundschreiben ergehen ließ, in welchem sie den Waffenstillstand zwar für einen beklagenswerthen erklärte, aber doch in Rücksicht, daß der Krieg kein deutscher Krieg geblieben sey, die Einstellung der Feindseligkeiten der einzelnen deutschen Staaten zur Pflicht machte.

Balemann endlich war am 7. August Abends aus Berlin in Kiel angekommen, und von da aus sogleich nach Schleswig abgereist. Er beschwor die Versammlung, den preußischen Forderungen nachzugeben, und die Politik der Regierung gut zu heißen; denn ihn hatte, wie man in Berlin es sehr gut wußte, dasjenige am meisten erschreckt, daß man es dort der Mühe nicht werth gehalten habe, ihn mit bestimmten Drohungen zu erschrecken.

Indessen kämpfte die Opposition mit der Aufbietung aller ihrer Kräfte; — aber es war umsonst.

Nachdem der Streit bis 4 Uhr Morgens, also acht Stunden gedauert hatte, gab die Versammlung nach, und mit 54 gegen 44 Stimmen wurde der, von der Regierung gemachte Schritt gut geheißen.

Um die Stimmung des Volkes zu beurtheilen, mag hier nicht überflüssig seyn anzugeben, daß unter diesen 54 Stimmen nicht weniger als 30 Beamte und 4 Prediger waren; und so hatte also die Regierung gesiegt.

Mit diesem Beschlusse war jetzt das Schicksal Schleswigs entschieden; es war aber auch vorauszusehen, daß Preußen in Schleswig seine Macht nicht gegen die Dänen gebrauchen werde.

Holstein war nun auf sich allein angewiesen. Ein tiefer Schmerz, ergreift die Schleswiger. Das Vertrauen zur Regierung war erschüttert; der letzte Rest zur Selbstständigkeit derselben war vernichtet, und sie konnte daher von jetzt an weder Dänemark noch Preußen gegenüber mit Nachdruck auftreten. Der Eindruck dieses Beschlusses war allenthalben ein zu gewaltiger.

Man sah eine furchtbare Zeit vor Augen, und sie ließ auch nicht lange auf sich warten, zu kommen. Was blieb also jetzt übrig? Die Lage der Dinge war sehr einfach.

Die Statthalterschaft mußte jetzt in Schleswig die Kommissäre walten lassen, wie es diesen beliebte; sie mußte in Holstein die Preußen herrschen lassen; sie mußte, nachdem sie ihre Bedeutung verloren hatte, es sich ruhig gefallen lassen, daß Preußen sie als eine höchste administrative Behörde für Holstein bezeichnete, und behandelte; sie mußte erwarten, daß von Dänemark aus auf sie und mit ihr auf die Herzogthümer selbst gar keine Rücksicht mehr genommen werde.

Die Statthalterschaft stand allerdings durch jenen Beschluß wieder allein an der Spitze des Landes, und die Landes-Versammlung war geschlagen; allein dafür war sie selbst, ohne es vielleicht zu wissen, das willige Werkzeug in einer höhern Hand.

Was von jetzt an geschiehe, das empfängt von dieser Regierung weder Rückhalt noch Impuls, und kann nur noch beiläufig als Durchgangspunkt anderer Bewegungen erscheinen.

So wie jener Beschluß bekannt ward, so war es klar, daß jetzt in den diplomatischen Verhandlungen Preußen allein den übrigen Mächten gegenüberstand; schon auch nur das Recht zu haben, auf die Herzogthümer und die revolutionären Gefahren bei gar zu rücksichtsloser Behandlung derselben hinzuweisen, und daß andererseits jetzt das Volk der Herzogthümer ohne direkte Unterstützung von seiner Regierung erwarten zu dürfen, auf sich selbst und die Eigenschaften, welche den Kern seines Wesens bilden, angewiesen blieb, um dem Drucke, den Dänemark ausübte, Widerstand zu leisten.

Dieses sind also die allgemeinsten Grundlagen der jetzt kommenden Dinge.

Schon am 6. August hatte der General von Prittwitz der Statthalterschaft erklärt, daß nun die Differenzen über die Demarkations-Linie erledigt seyen, und daß man jetzt einer Verständigung derselben mit den Kommissären der Regierungen über die administrativen Verhältnisse der Herzogthümer entgegen sehe.

Nachdem die Landes-Versammlung ihren Beschluß vom 8. August gefaßt hatte, war für die Statthalterschaft kein Grund mehr vorhanden, sich gegen die Kommissäre zu sperren; und so wurde bestimmt, daß am 12. August die Kommission ihre Thätigkeit in Flensburg beginnen solle; und dieses geschah auch.

Die Statthalterschaft und die übrigen Mitglieder der Regierung erklärten darauf laut und allgemein, daß sie die ganze Landes-Verwaltung als nicht zu Recht bestehend ansehen, und — fingen an zu gleicher Zeit mit derselben in Flensburg über die Theilung der Verwaltung der Herzogthümer zu unterhandeln.

In der Landes-Versammlung stellte ein Mitglied der äußersten Rechten, nämlich der schleswig'sche Ober-Gerichtsrath Mommsen den Antrag, die Versammlung möge beschließen, daß in dem Beschluß vom 7. und 8. August selbstverständlich keine Anerkennung des Waffenstillstandes enthalten sey, und die Erwartung aussprechen, daß die Statthalterschaft keinen Schritt vornehme, worin eine Anerkennung desselben enthalten sey, während diese doch schon mit den Kommissären konferirte.

Am 12. August kamen Tillisch und Eulenburg in Flensburg an, und mit Tillisch zugleich auch eine Anzahl dänischer untergeordneter Beamten.

Die Stimmung, besonders im Schleswig'schen war im höchsten Grade niedergeschlagen, während man in Dänemark triumphirte, und Preußen dankte Gott; so guten Kauf's davon gekommen zu seyn.

Indessen versuchte die Landes-Versammlung zum letzten Mal einen entscheidenden Schritt. Man war innigst überzeugt, daß das Anschließen an Preußen der Grund alles Unglücks sey.

Man wollte um jeden Preis eine Aenderung des Systems; man wollte eine Regierung welche wenigstens den Schein einer selbstständigen Politik habe,

und so beschloß man jetzt, der Regierung eine letzte entscheidende Schlacht zu liefern.

An der Spitze des Kriegswesens stand seit der Einsetzung als verantwortlicher Minister Jacobsen, ein früherer Hardesvogt aus Schleswig, der absolut keine Vorstellung vom Kriegswesen hatte; ja selbst niemals, auch nur in entferntester Berührung mit militärischen Verhältnissen, hatte er sich nur durch vermärzliche Opposition gegen Dänemark ausgezeichnet, und war persönlich ein eben so lieber als schwacher Mann.

Ein solcher Mann mußte bei dem vollständigsten Mangel aller Selbstständigkeit nothwendig in den ernsten Fragen, in welchen auch ein tüchtiger Mann seiner ganzen Energie bedurft hätte, ein Unglück für das Land werden.

Man war auch lange Zeit einig über die Unfähigkeit dieses Mannes; allein da bisher unter dem Kommando Bonin's die Waffen der Herzogthümer gesiegt hatten, so hatte man keine äußere Veranlassung gehabt, eine Klage über seine Verwaltung laut werden zu lassen.

Die Folge indessen davon, daß man in der Zeit eines offenen Krieges einen durchaus, aller militärischen Dinge unkundigen Mann an der Spitze des Kriegswesens ließ, war gerade dasjenige, was die eine Parthei wollte, während die andere Parthei es als Grund vieles bisherigen und künftigen Unglücks betrachtete, daß das Kriegs-Ministerium nicht blos gänzlich zu einer reinen Armee-Verpflegung herabsank, sondern daß es besonders dem preußischen General von Bonin absolut untergeordnet blieb.

Hauptsächlich auf diesem beklagenswerthen Mißverhältnisse beruhte die ganze Reihe der Maßregeln, welche seit der Schlacht von Fridericia, die Herzogthümer waffenlos, und sie zu absolut folgsamen Dienern der preußischen Politik gemacht hatte.

Bonin's, und damit denn auch preußischer Einfluß herrschte, ohne Gegengewicht in allen Maßregeln der Herzogthümer.

Man ließ dieses gelten, da es nicht zu ändern war, wenigstens in militärischer Beziehung. Allein jene Herrschaft fing an, nach und nach sich direkt auf unmilitärische Verhältnisse zu erstrecken.

Die Landes-Versammlung hatte in ihrer einhundert sechzigsten Sitzung einstimmig einen Dank der schleswig-holsteinischen Armee votirt.

Die Ausdrücke in diesem Manifeste an die Armee gefielen dem General Bonin nicht, weil er in ihnen eine geheime Anklage gegen die preußische Führung des deutschen Krieges in Jütland erblickte, und Niemand besser, als er es wissen konnte, wie weit dieselbe begründet war.

In Folge dessen unterließ der schleswig-holsteinische Minister es einfach, den beschlossenen Dank zu veröffentlichen.

Dieses war die äußere Veranlassung zu dem Angriff, der jetzt in der Landes-Versammlung gegen den Kriegs-Minister erhoben ward. Im Grunde aber war dieser Angriff ein Versuch, überhaupt die Herrschaft der preußischen Politik in Schleswig-Holstein zu brechen, und in diesem Sinne war nun auch der Kampf erhoben worden.

Am 10. August wurde die förmliche Anklage eingebracht. Die Debatte ging sofort auf die Unterlassung der beschlossenen Verstärkung des Heeres und besonders auf die Abhängigkeit des Kriegswesens von dem General Bonin.

Die Debatte war übrigens sehr aufgeregt, und Alles was mit Anstand über die ganze Politik der Statthalterschaft gesagt werden konnte, wurde gesagt. Es ergab sich aber einfach, daß von den beschlossenen Rüstungen nichts zur Ausführung gebracht ward.

Am besten aber charakterisirte das Wort eines ehrlichen aber nicht übermäßig begabten Landmann's die Lage der Dinge, nachdem er höchst naiv fragte: »Was denn der Kriegs-Minister thun solle, wenn der General einmal nicht wolle? Dieses war es eben, was man geändert wissen wollte, diese absolute Nullität des eigenen Kriegs-Ministers gegenüber, einem fremden General, dessen Truppen zwar die Schlacht von Kolding gewonnen haben, dessen Dispositionen aber die von Fridericia verloren hatten.

Doch was konnte dieses Alles jetzt nützen? Zwar hatte der Kriegs-Minister am 6. August durch öffentliche Bekanntmachung deutsche Offiziere zum Eintritt in das Heer aufgefordert; da aber derselbe Kriegs-Minister keine weitern Kriegsleistungen vornahm, so waren nur wenige gekommen, und Preußen hatte die Macht der Herzogthümer nach wie vor durch sein Offiziers-Korps in der Hand.

Die Anklage fiel durch mit 32 gegen 46 Stimmen, doch erklärten 13 Stimmen der Majorität, daß sie trotz dem kein Vertrauen zur Leitung des Kriegs-Ministers haben könnten.

Das preußische System hatte mithin einen zweiten großen Sieg erfochten. Jacobsen hat freilich um seine Entlassung, und die Regierung gab sich auch Mühe genug, einen zweiten passenden Kriegs-Minister zu finden; allein, da den Verhältnissen nach jeder Kriegs-Minister nur der Untergeordnete Diener des Generals Bonin seyn konnte, so wollte sich natürlich keiner finden, und die Regierung glaubte nun das übrige gethan zu haben.

In jedem Falle ging auf diese Weise auch dieser Sturm vorüber.

So war die Unselbstständigkeit der Regierung gegenüber entschieden, und was jetzt kam, konnte nur die einfache Abwicklung des mit dem Waffenstillstande begonnenen Prozesses der Theilung der Herzogthümer seyn.

Während unter diesen Verhältnissen sich innerhalb der, von allem Einfluß zurückgedrängten Landes-Versammlung die Partheien immer schärfer sonderten, gingen die Dinge in Flensburg ihren ruhigen Gang fort.

Die Verhältnisse der Landes-Verwaltung wurden geregelt; ein treffliches Einvernehmen fand gleich Anfangs zwischen dem dänischen und dem preußischen Kommissär statt, aber nichts Gutes für das arme Herzogthum Schleswig bedeutend.

Die Statthalterschaft verständigte sich bestens mit den Herren, und protestirte dabei gegen alle konsequenzen Desjenigen, was sie thaten. Am 20. oder 21. August war die Frage im Wesentlichen geordnet.

Jetzt arbeitete die Statthalterschaft jene Proklamation aus, die für so Viele so viel Unheil gebracht hat, und die am 23. August der Landes Versammlung vorgelegt ward.

In dieser Proklamation protestirte sie auf einmal gegen Frieden und Waffenstillstand, und erklärte, daß sie die allein berechtigte Gewalt sey, bis zum Abschluß eines definitiven Friedens, die Regierung der Herzogthümer zu führen.

Die Beamten aber wurden aufgefordert, ihre Stellen so lange zu verwalten, als sie dieses mit Pflicht und Gewissen zu vereinigen im Stande sind. Was sollten nun noch Pflicht und Gewissen die armen Beamten und Prediger thun? War es erlaubt, sie auf diese Weise indirekt zum Kampfe gegen eine eingesetzte Behörde zu veranlassen, ohne ihnen einen festen Rückhalt in einer offenen Sprache und klaren That zu geben? Was sollte aus diesem Auftreten in Worten, dem die Thaten geradezu widersprachen, Anderes folgen, als das Elend vieler Einzelnen und der unglückliche Gang der Dinge im Großen und Ganzen?

Die Landes-Versammlung übrigens nahm den Antrag zur Vertagung, der doch nur die Konsequenz des frühern entdielt, ziemlich ruhig an. Der Minister Harbou erklärte dabei, daß die Regierung über die Zukunft Schleswigs nichts sagen könne, weil sie sich selbst darüber in Ungewißheit befinde.

Und auf die ernste und dringende Frage mehrerer schleswigschen Beamten, wie sie sich denn nun eigentlich zu verhalten hätten, sagte er einfach, die Regierung sey außer Stande, den Beamten ihr Verhalten weiter vorzuschreiben, da der preußische Bevollmächtigte sich über die Art der Thätigkeit der Landes-Verwaltung nicht habe äußern können. Was war also das Loos dieser Armen?

Endlich wurde von der Landes Versammlung mit 58 gegen 28 Stimmen ein Amnestie-Antrag für die politischen Verbrecher an die Statthalterschaft angenommen; aber Bonin wollte ihn nicht bewilligen, da auch Militär-Personen darin begriffen waren, und so legte diesen Antrag die Statthalterschaft wieder ruhig zur Seite.

Die Versammlung vertagte sich dann, und das Bureau wurde mit der Wieder-Berufung im Falle der Nothwendigkeit beauftragt. Die Statthalterschaft ging mit allen Departements nach Kiel, ein unglückliches schwer bedrängtes Land hinter sich lassend, ohne Gewalt über ihr eigenes Heer, ohne Gehör in Berlin und Kopenhagen, ohne selbstständige Politik, und dennoch als die einzig möglich Regierung in den Herzogthümern.

Am 25. August wurde nun jene Proklamation der Statthalterschaft veröffentlicht; zugleich ward auch an demselben Tage die Landes-Verwaltung durch Pechlin und dem General Bonin feierlich in Flensburg eingesetzt, und die diesfälligen öffentlichen Bekanntmachungen wurden erlassen.

Die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung über die Beamten besagte aber sogleich, daß dieselben ihre Amtshandlungen von diesem Tage an nur als im Auftrage des Landes-Verwaltung und unter Verantwortlichkeit gegen dieselbe, vorzunehmen hätten, zugleich wurde erklärt, daß diejenigen, welche dieser Verpflichtung nicht im vollem Umfange genügen könnten, ungesäumt ihre Entlassung zu nehmen hätten.

Zugleich wurden drei Departements für die Verwaltung eingesetzt, und diese natürlich den dänisch Gesinnten übertragen. So war die Selbstständigkeit von Schleswig des alten Londoner-Protokolls endlich wirklich ausgeführt worden, — freilich aber unter entschiedener dänischer Verwaltung.

Nur ein Mann stand zwischen dem deutschen Element in Schleswig und dem Dänenthum, nämlich der Graf von Eulenburg, und dieser Mann, gehätschelt und geschmeichelt von den Dänen, verstand seinen Auftrag so, daß er durch entschiedene Beschützung des dänischen Elements unsäglliches Elend über Schleswig brachte.

Trotz allem dem Unglücke, welches man bereits in Schleswig erlitten hatte, war der Gang der Dinge doch im Allgemeinen von der Art, daß das Volk im Großen und Ganzen die besten Hoffnungen erblelt.

Noch stand die deutsche Gewalt da; noch konnte man auf Preußen hoffen; noch vor Allem glaubte man an eine entscheidende That der Statthalterschaft. Dazu kam, daß die Dänen mit ihrer üblichen Unklugheit hochfahrend und anmaßend auftraten, und die Menschen wie die Interessen verletzten, statt sie zu versöhnen.

Und endlich war wirklich die Gesammtmasse des Volks von dem Rechte des Landes innig überzeugt, mochten sonst auch die politischen Partheien sich gestalten wie sie wollten.

Die Fehler der Regierung erschienen daher im Allgemeinen als ein Unglück derselben, und das Land glaubte sich verpflichtet, ohne Murren dieses Unglück zu ertragen.

Vor allen Dingen aber gab Eines den Ausschlag. Die Dänen hatten nämlich von jeher behauptet, Schleswig sey seiner Gesinnung nach dänisch, und die Erhebung des Volkes sey im Grunde nie vom Volke selbst ausgegangen, sondern nur von redelustigen Advokaten, schreibsüchtigen Professoren und besonders von den ehrsüchtigen Anhange des Herzogs von Augustenburg.

Es lag ein tiefer Vorwurf in den Behauptungen. Das Volk von Schleswig beschloß mit jenem Instinkte, der einem ganzen Volke einen gemeinsamen Willen gibt, ohne daß er vorher berathet gewesen wäre, der Welt zu zeigen, welches eigentlich die wahre Meinung seiner Gesammtheit sey.

In diesem Sinne nahm es den jetzt unausbleiblichen Kampf mit der Landes-Verwaltung auf. Dieser war eben so sehr eine Ehrensache als eine politische

Nothwendigkeit, und obwohl ihn keine Schlachten und ruhmvollen Thaten auszeichnen, so bleibt er doch ein wichtiges und ehrenvolles Denkmal für die Kraft dieses deutschen Stammes, und ein schönes Denkmal deutscher Beharrlichkeit. Aber freilich wurde dieser Ruhm nicht ohne schwere Opfer gewonnen.

Die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung vom 25. August, der eine Proklamation des Königs vom 28. Juli nachfolgte, veranlaßte zuerst eine Erklärung der Beamten der Stadt Schleswig, in welcher dieselben aussprachen, daß sie allerdings in ihren Stellen bleiben wollten, in namentlicher Erwägung, daß die Landes-Verwaltung, nicht im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark als solchen, sondern in dessen Eigenschaft als Herzog die Regierung zu führen habe; der sich dann alle Beamten des ganzen Herzogthums anschlossen, in besonderen Erklärungen.

Dieses war im Grunde die Kriegs-Erklärung im Gebiethe der Verwaltung; denn die Landes-Verwaltung beabsichtigte keineswegs, eine solche Unterscheidung bestehen zu lassen.

Als nun in Folge dessen auch die wichtigsten Gemeinden des Herzogthums auftraten, und ganz einstimmig aussprachen, daß sie an den Landesrechten festhalten, daß sie dem Könige von Dänemark nur als Herzog von Schleswig gehorchen, und daß sie, wie einige dergleichen bestimmt aussprachen, nur die Statthalterschaft als die allein rechtmäßige Behörde anerkennen wollten, da mußte die Landes-Verwaltung schärfer auftreten.

Der Kampf brach jetzt zuerst in Husum los, wo der dortige Ammann, der die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung zur Veröffentlichung erhalten hatte, geradezu erklärte, daß er seine Mitwirkung für die Bekanntmachung dieses Aktenstücks bestimmt versagen müsse. Er wurde hierauf am 3. September seines Dienstes entlassen

Hierauf erklärte er, daßer als rechtmäßiger Beamter ohne Urtheil von seinem Amte nicht abgesetzt werden könne, und ebenso trat das ganze Amt, in welchem der offene und rechtschaffene Mann sehr geliebt war, für ihn auf; allein Alles blieb umsonst, und die Sache hatte bei der einfachen Absetzung sein Verbleiben.

Nun schickte die Landes-Verwaltung an seine Stelle einen gewissen Mohebagen; allein dieser wurde von der Bevölkerung der Stadt und des Amtes in einer solchen Weise empfangen, daß er nicht einmal das Amt antreten konnte, sondern sich gleich wieder nach Flensburg zurück flüchtete.

Der Vizegreffier Thomsen in Husum, und mit ihm der dortige Magistrat verweigerte eben so bestimmt die Bekanntmachung der königlichen Verordnungen, worauf nun auch dieser seines Amtes entsetzte, und an dessen Stelle ein gewisser Davids bestimmt ward, der aber glücklicherweise die Stadt wieder verlassen mußte.

Jetzt machte die Landes-Verwaltung den ersten entscheidenden Schritt auf der Bahn der Gewalt vorzugehen, und die Stadt Husum bekam Exekution.

Vermehrung derselben wurde angedroht und sogar eine Kontribution in Antrag gebracht; ja es wurde sogar gefordert, daß der Magistrat den schimpflich fortgejagten Davids mit einer Ehren-Deputation zurück bringen solle.

Da sich nun diese Männer weigerten dieses zu thun, so mußte ein preußischer Major dieselben von ihrem Amte suspendiren, und mit Gewalt drei neue Senatoren ernennen, während der Stadt-Sekretär Davids unter einer Eskorte preußischer Husaren nach Husum geführt, und die Stadt mit exekutivischer Gewalt von Seiten der Preußen bedroht wurde.

Die Bürger wendeten sich hierauf an das Obergericht, worauf dieses die Konstituirung des Davids für rechtlich ungültig erklärte; aber die Landes-Verwaltung behielt ihn bei, und so geschah sich, daß seit dem 17. September die Stadt Husum ohne alle Justizbehörde blieb.

Und doch war dieses Verfahren gegen Husum erst nur der Anfang weiterer Maßregeln und Verfolgungen der Schleswiger. In Tönningen geschah Aehnliches; in Tondern wurde der von der Landes-Verwaltung eingesetzte Amtmann, Graf von Pleffen von der Bürgerschaft sofort aus der Stadt vertrieben; in Apenrade wurde der dänische Postmeister, der an die Stelle des, wegen seiner deutschen Gesinnung der Landes-Verwaltung verhaßten Postmeisters Kaudsen gesetzt war, nur durch Anwendung von Waffengewalt in seinem Posten erhalten; in Schleswig wurde der dänische Stempel-Papier-Verwalter Kornerup-Bovel, den die Landes-Verwaltung an die Stelle des deutschen Verwalters stellen wollte, von den Bürgern weggejagt.

Am ärgsten aber ging es her in Flensburg. Hier war nämlich mit dem Abzuge der preußischen Truppen der lang verhaltene Grimm des dänischen Pöbels endlich wirklich aufgebrochen.

Matrosen und Schiffsleute, angereizt von einigen dänisch-gesinnten Kaufleuten, fingen Straßen-Verheerungen an, wie sie bisher in dem ruhigen Lande noch unerhört gewesen waeen.

Kein Deutscher konnte sich ohne Lebensgefahr auf der Straße sehen lassen; und man mußte sich bewaffnen, um Ruhe zu haben; ja es kam schon so weit, daß der deutsche Polizeimeister in seinem Hause belagert waeb.

Jedoch war dieser ein entschlossener Mann, nahm selbst ein Gewehr, ging mit einigen Gendarmen dem Pöbel entgegen, greift ihn an und säuberte so auf diese muthige Weise mehrmalen die Straßen und die Schiffsbrücke.

Es gab Todte und Verwundete; und endlos wäre dieser blutige Kampf gewesen, wenn nicht bei drittehalb tausend Schweden als Garnison angekommen wären.

Diese freilich stellten sich jetzt auf die Seite der Dänen, und der schwedische General Malmborg ging so weit, den Bürgern von Apenrade Steckprügel anzudrohen; also ein Zustand, der sehr traurig war. Der preußische Kommissär, statt sich der offenbaren Verletzungen der Deutschen auch nur im Ge-

ringsten anzunehmen, war vielmehr in einer traurigen Willfährigkeit bereitwillig, Alles zur Unterwerfung unter das Dänenthum beizutragen.

Die Stimmung darüber erhitzte und erbitterte sich wohl, aber die schwierigen Aufgaben der Landes-Verwaltung sollten erst noch kommen.

Dieselbe nämlich glaubte endlich entschieden ihre Stellung in Beziehung auf das Herzogthum darlegen zu müssen. Ungeachtet der Verbindung Schleswigs mit Holstein in verwaltender Beziehung gar nicht in der ganzen Einsetzung der Landes-Verwaltung berührt war, so schien dennoch der Graf von Eulenburg in schwer erklärlicher Weise bereit, seine höchst bereitwillige Zustimmung zu einer Reihe von Maßregeln zu geben, durch welche Schleswig von Holstein gegen alles Recht abgerissen werden mußte.

Dieses brachte nun auch die kälter Gesinnten gegen eine solche Verwaltung im hohen Grade auf.

Schon am 27. August befahl jene Landes-Verwaltung die Errichtung einer Central-Kasse in Flensburg, während bis dahin von jeder alle Abgaben nach Rendsburg eingeliefert wurden.

Sie befahl die Militär-Aushebungen im südlichen Schleswig einzustellen, und verbrieft sogar die schleswig-holsteinischen Kassenscheine in den Kassen anzunehmen. Sofort aber liefen aus dem größten Theile des südlichen Schleswig eine Reihe der bestimmtesten Erklärungen ein, daß man erstens seine Steuern noch wie früher, wie es gesetzlich vorgeschrieben sey, nach Rendsburg zahlen werde, da die Landes-Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen zu regieren verpflichtet sey, und nicht das Recht habe, neue Gesetze zu schaffen, und daß man die Kassenscheine im öffentlichen so wie im Privat-Verkehr als vollgültige Zahlungsmittel annehmen werde; und diesen Erklärungen schlossen sich sogar Hadersleben und Apenrade, trotz der schwedischen Besatzung an.

Die Landes-Verwaltung sah sich daher genöthigt, sich mit den Steuern zufrieden zu stellen, die sie mit Gewalt erboben hatte. Ihre Verlegenheit stieg; aber sie ging noch weiter.

Am 17. September endlich erließ sie die entscheidende Bekanntmachung, nach welcher auf einmal nicht weniger als 14 Gesetze der Statthalterschaft, darunter auch das Gesetz über die bisherige kirchliche und namentlich das Staatsgrundgesetz selbst, außer Kraft gesetzt wurden.

Nun traten alle Gemeinden und Städte Schleswigs einstimmig auf, und erklärten der Landes-Verwaltung ins Gesicht, daß sie zu solchen Maßregeln durchaus unbefugt sey, und daß sie insgesammt an dem Staatsgrundgesetze der Herzogthümer als an der Grundlage des geltenden Rechts entschieden festhalten würden.

Von da an mußte jene unselige Landes-Verwaltung rein der Gewalt sich anheim geben.

Es war jetzt ein kläglicher Anblick, die Besetzung von Tönningen, Husum, Friedrichstadt, Schleswig, Angeln, Cappeln und Eckernförde, im Namen des dänischen Königs durch das preußische Kriegsheer regiert zu sehen, und die Klage des armen Volkes anzuhören, während die Statthalterschaft jenseits der Eider nicht ein einziges Wort, nicht eine einzige Tröstung für dasselbe hatte. Dieselbe Statthalterschaft, welche den Waffenstillstand für unberechtigt erklärt und indirekt den Widerstand hervorgerufen hatte.

Zunächst erhob sich in Folge jener Bekanntmachung vom 17. September ein weiterer Kampf und zwar diesmal zwischen der Geistlichkeit und der Landes-Verwaltung.

Nach dem Inhalte dieser Bekanntmachung sollte nämlich das Reskript der provisorischen Regierung vom 13. geboben werden, nach welchem statt der frühern Fürbitte für Se. Majestät den König Friedrich dem VII., die durch ein Reskript vom 1. Februar 1848 eingeführt war, die kirchliche Fürbitte lauten sollte: »Für unsern Fürsten und alle Obrigkeit.«

Schon am 10. October traten in Folge dessen die schleswiger Geistlichen bei dem Superintendenten Nielsen in Schleswig zusammen; am 15. October gaben sie eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie die Aufhebung nicht als rechtsbeständig ansehen könnten.

Die Korrespondenz zwischen dem Grafen von Eulenburg und dem Superintendenten Nielsen, in welcher der Erstere nicht den Ruhm des Sieges davon trug, nahmen von Seiten desselben einen höchst unpassenden Ton an. Das Resultat war, nun auch gegen die Geistlichkeit mit der Absetzung zu verfahren.

Bald wurde der Pastor Haack in Hadebye abgesetzt, dann mehrere Prediger im Norden, worauf dann an ihre Stelle fanatische Dänen kamen.

Von den Geistlichen ging man über zu den Lehrern; und zwar zuerst in Apenrade, in Flensburg, in Hadersleben u. s. w. Die Kinder blieben jetzt ohne Unterricht, die Gemeinden ohne Seelsorger, und so verschlimmerte sich der Zustand immer mehr.

Eine Deputation aus Angeln, mit dem Pastor Schmidt an der Seite ging nach Berlin, um dem Könige von Preußen das Unglück des Landes zu klagen, wo sie auch sehr freundlich aufgenommen wurden.

Die Landes-Versammlung ging indessen ihren Weg mit Absetzung und Gesetzgebung vorwärts, griff in das Zoll- und Postwesen ein, und suchte auf alle nur mögliche Art Schleswig von Holstein zu trennen. Das Land widersetzte sich zwar, aber die Sache kam nicht weiter.

Unter allen Einzelheiten machte es doch besonders einen traurigen Eindruck, daß die Landes-Verwaltung, die mit dem Blute deutscher Truppen gewonnenen Schanzen von Düppel zuerst ihrer Besatzung beraubte, und sie dann bei Nacht und Nebel zerstören ließ. Die Untersuchungen, welche das schleswig'sche Obergericht darüber einleitete, wurden mit Hohn vereitelt. Es war eine traurige Zeit, aber das schleswig'sche Volk stand fest und dottte.

Es sah auf Holstein, das noch immer gerüstet da stand, es sah auf die Statthalterschaft, die wenigstens in Worten nichts aufgegeben hatte, und sah auf die Landes-Versammlung, die nach dem Staatsgrundgesetze am 1. November zusammen treten mußte.

Der 1. November kam heran, und die Politik der Statthalterschaft mußte sich jetzt in einer bestimmten Gestalt zeigen.

Während dieses Alles geschah, hatte Eulenburg nicht ermangelt, nach Berlin zu rapportiren, daß es immer schwürer werde, die Schleswiger in Gehorsam zu erhalten und dieserwegen um Verstärkung gebeten, damit er die Exekution gegen die Deutschen nachdrücklicher fortsetzen könne.

Seine Bitte wurde bewilligt und drei neue preußische Bataillone marschirten heran. Die Statthalterschaft machte einen schwachen Versuch sich dem zu widersetzen. Das preußische Kabinet erklärte aber ganz einfach, daß es den Durchmarsch unter allen Umständen erzwingen werde, und die Statthalter ließen die Truppen marschiren.

Im Eckernförder-Hafen lag noch die Fregatte Gefion, welche die Statthalterschaft natürlicher Weise als ein Eigenthum des Landes ansah; statt aber den Muth zu haben, offen und ehrlich zu fordern, was ihr zukam, ließ sie einige Kanonenboote heimlich in den Hafen einlaufen, um mit einem beigezogenem Dampfschiffe die Fregatte nach Kiel zu beingen.

Das preußische Ministerium aber erklärte einfach, daß diese Fregatte Preußen angehört, und daß es jede Berührung derselben als einen casus belli ansehe; und die Statthalterschaft zog schweigend, ohne ein Wort zu erwidern, von ihrem nächtlichen Versuche wieder ab.

Dieses waren wohl keine Präcedentien für ein energisches Verfahren, aber dennoch war man nun einmal auf diese Regierung angewiesen.

Am 1. November trat die Landes-Versammlung in Kiel zusammen, auf welche ein großer Theil des Volkes seine Hoffnung gesetzt hatte.

In beiden Herzogthümern hatte man beschlossen, die Eröffnung der Versammlung zum Anlaß einer großen Demonstration zu machen; denn aus nicht weniger als 75 Städten, Flecken und Gemeinden kamen Deputationen nach Kiel, wobei der Pastor Baumgarten das Wort führte.

Die Deputationen forderten Krieg; — der Krieg sey nicht blos gerecht, sondern er sey auch nothwendig; man wolle lieber Alles verlieren als diesen Zustand ertragen. Sie entwarfen eine gemeinsame Adresse, und trugen zuerst dem Statthalter Grafen von Reventlow ihre Sache vor, der sie aber mit inhaltslosen Reden entließ.

Hierauf empfing die Landes-Versammlung die Deputationen, und auch diese hatte weder Muth noch Kraft genug, um mehr als allgemeine Worte zu erwidern. Die Deputation, die größte des Landes, ging nun also am 5. November ohne Resultat wieder auseinander.

Am 1. November hatte die Landes-Versammlung ihre Sitzungen eröffnet, und die Erklärung der Regierung entgegen genommen, nach welcher die Friedens-Unterhandlungen, so viel der Statthalterschaft bekannt, noch nicht eröffnet seyen; übrigens halte sich die Regierung in nichts für gebunden.

Dieses war wenig, aber doch Alles, was die Versammlung erfuhr. Das Wichtige aber war das Verhältniß der preußischen Offiziere in den schleswig-holsteinischen Armee. Die Sache lag einfach so, daß durch die absolute Abhängigkeit dieser Offiziere, von Preußen die ganze Macht des Landes in den Händen Preußens lag.

Dieserwegen ward die Frage gestellt, wie eigentlich das Verhältniß derselben sey, besonders im Falle eines Krieges? Das Ministerium gab in einer geheimen Sitzung die gewöhnliche Antwort, daß es nichts bestimmtes darüber sagen könnte, daß Unterhandlungen im Werke seyen, daß es das Seinige thun werde. Mit allem diesem war aber nichts gewonnen.

Man hatte versucht, einen neuen Kriegs-Minister zu gewinnen, und man wendete sich zuerst an den hessischen General Schmidt, der aber nicht unter einem preußischen Ober-Kommando stehen wollte; dann wendete man sich an den Rittmeister Keudell, der vom großen General-Stabe in Berlin war, der aber auch den Antrag ablehnte.

Auf diese Weise hatte man also keinen Kriegs-Minister und keine eigenen Offiziere. Wie konnte man also vernünftiger Weise einen Krieg führen? Warum man freilich, entweder, wenn kein Krieg seyn sollte, Bonin nicht gehen ließ, oder, wenn man zuletzt den Krieg doch wollte, denselben nicht im Winter wieder aufnahm, da der Sommer die Herzogthümer in absoluten Nachtheil setzen mußte, und die Dauer der Landes-Verwaltung ihnen die Hälfte ihrer Kraft entzog; dieses sagte man nicht.

Das Ende war nun, daß die Landes-Versammlung sich schon am 9. November wieder vertagte. Was sollte sie aber auch mit Nebensachen sich abkämpfen, da sie die Hauptsache nicht zu ändern im Stande war.

Als nun die Landes-Versammlung sich ohne Ergebniß aufgelöst hatte, faßte die Landes-Verwaltung neuen Muth; und erließ am 12. November eine Erklärung, in welcher sie aussprach, daß sie, um alle Veranlassung zum Mißtrauen aus dem Wege zu räumen, öffentlich darauf hinweisen müsse, wie sie nur im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Schleswig die Regierung führe.

Das aber, worauf Alles ankam, das Wort als Herzog war wegelassen. Und nachdem sie dieses gethan hatte, fing sie an, ihr System mit erneuerter Strenge fortzusetzen.

Durch alle bisherigen Vorgänge hatte die Eiderdänen-Parthei eingesehen, daß sie bei der Nachgiebigkeit des preußischen Kommissärs im Stande seyn werde, Schleswig äußerlich in Recht und Verwaltung von dem Herzogthum Holstein zu trennen, und innerlich es dem dänischen Willen zu unterwerfen.

Sie ließ sich daher von jetzt an in keiner ihrer Maßregeln mehr stören; Eulenburg war nur dem Namen nach in Flensburg vorhanden, und die preußischen Truppen waren der Thatsache nach die Exekutoren des Kopenhagener Willens.

Man beschloß dafür in Kopenhagen nunmehr das Aeußerste zu versuchen. Alle Personen, die was immer

für eine ämtliche Stellung hatten, wurden abgesetzt, wenn sie sich nicht unbedingt unterwarfen; alle Rechte, die auf was immer für eine Art auf die Verbindung mit Holstein hinwiesen, wurden mit Füssen getreten; die Gemeinden wurden kriegsrechtlich behandelt, und die Einzelnen schonungslos verfolgt.

Umsonst richteten die hartbedrängten Schleswiger Adressen an den König von Preußen, Adressen an den Grafen Eulenburg, Adressen an die Landes-Versammlung und die Statthalterschaft; — umsonst setzten sie den dänischen Maßregeln einen Widerstand entgegen, der selbst von Tillisch, dem man große Klugheit und viel Festigkeit nicht absprechen konnte, zur Verzweiflung trieb, so daß er am Ausgange des Monats November, jenen, seiner Zeit so berühmten Brief an den dänischen Minister des Innern schrieb, in welchem er offen sagte, daß man, das heißt die Dänen, sich auf die preußischen Truppen nicht verlassen könne, daß die ganze Lage der Kommissäre zum äußersten verzweifelt sey, daß die Absetzung des schleswiger Obergerichts nicht vermieden werden könne, weil es aber an dem Rechte und nicht an der Gewalt festhielt, daß er mit dem Grafen Eulenburg darüber durchaus einverstanden sey, daß aber dennoch die Schwierigkeit der Lage so groß sey, daß die Kommissäre sie nicht zu lösen im Stande seyen; und daß daher vor allen Dingen ein Einfall der Statthalterschaft in Schleswig dadurch absolut verhütet werden müsse, daß man ihr erkläre, wie ein solcher als casus belli von den Großmächten angesehen werde.

Selten hat der passive Widerstand eine so glänzende Anerkennung gefunden; aber freilich führete er auch hier zu nichts.

Man hielt die Statthalterschaft mit nutzlosen Verhandlungen hin; man hielt Preußen von jedem Schritte ab; man wiederholte von Kopenhagen aus die allerbestimmtesten Instruktionen an Tillisch, sein System fortzuführen.

So gelang es, die Schleswiger mit Gewalt unterworfen zu halten, denn das Entscheidende, was allein hätte helfen können, die Kraft der Regierung, fehlte.

Auf diese Weise entstand ein Zustand, der im übrigen Europa keinen Namen und kein Beispiel hatte. Als im Laufe des folgenden Jahres der preußische Friede abgeschlossen ward, waren mehr als 150 Beamte aus Schleswig versetzet worden; unter ihnen 35 Prediger, von welchen 12 abgesetzt wurden, weil sie es verweigerten, eine von ihnen geforderte Abbitte in einem von der dänischen Propaganda begründeten und erhaltenen, in der niedrigsten Weise herausgegebenen Blatte abdrucken zu lassen.

Ganze Gemeinden waren ohne Seelsorger, ohne geistliche Amtshandlung. In der Stadt Apenrade wurde durch dreizehn Wochen, und während des ganzen Osterfestes kein deutscher Gottesdienst gehalten, und so war es auch in Hadersleben.

Der Tisch des Herrn blieb unbesetzt, und ebenso unterblieben Taufen und andere Ministerial-Handlungen; die Kirchen standen in den Städten wie auf dem Lande leer, und in den Schulen ging es nicht besser.

In Hadersleben blieben ungefähr 800 Kinder ganz ohne Unterricht, weil die Lehrer suspendirt waren. In Apenrade war es ebenso der Fall; denn hier waren allein im Ganzen 52 Beamte entlassen worden.

In Schleswig sollte ein, wegen gemeiner Verbrechen früher abgesetzter Polizeimeister gegen den Spruch des Obergerichts eingesetzt werden; in fast allen Städten waren die gesetzmäßigen Behörden theils vertrieben, theils abgesetzt gewesen.

Nur die preußischen Truppen hielten einen Ausbruch zurück. Und dennoch hielt Schleswig an Holstein fest; — dennoch zahlte ein Theil der Schleswiger seine Steuern nach Rendsburg; — dennoch kamen aus einem Theile des südlichen Schleswig die Wehrpflichtigen nach Rendsburg.

Es war also klar, daß dieses Verhältniß kein dauerndes seyn konnte. Aber die Statthalterschaft zögerte mit der Entscheidung so lange, daß sie am Ende in der Lage war, bei der dänischen, durch die Beherrschung von Schleswig hervorgebrachten Uebermacht nur noch durch besonderes Glück zum Siege gelangen zu können. Und doch mußte sie wissen, daß nur dem Muthigen das Glück folgt.

Die wiederholten ernsten Berichte des dänischen Kammerherren Friedrich Tillisch nach Kopenhagen, so wie die allbekannten Thatsachen des passiven Widerstandes der Schleswiger gegen die Maßregeln der Landes-Verwaltung stellten schon im Monat November mehr und mehr heraus, daß in den Herzogthümern vor allem eine Gefahr vorhanden sey; — nämlich, daß am Ende die Statthalterschaft, gedrängt von dem ganzen schleswigischen und holsteinischen Volke und aufs Aeußerste gebracht die Verzweiflung desselben, wirklich zu den Waffen greifend und den Waffenstillstand brechend, in Schleswig einrücken werde.

Die Statthalterschaft hatte dazu eine rechtliche Veranlassung in der Verletzung des Rechts, die sich die Landes-Verwaltung zu Schulden kommen ließ; sie hatte ihrerseits niemals den Waffenstillstand anerkannt, und konnte damals mit größter Sicherheit auf eine Erhebung des ganzen Schleswig zu ihren Gunsten rechnen.

Sie hatte außerdem den Winter vor sich, in welchem die dänische Marine gebunden war. Allen war allerdings konventionswidrig von dänischen Truppen besetzt; aber es war gewiß, daß sowohl die Preußen als die Schweden sich bei jedem Angriffe aus Schleswig zurückgezogen haben würden.

Alle günstigen Aussichten daher, die überhaupt noch von Seiten der Herzogthümer zu erhalten; waren in diesem Winter vorhanden, und das Volk mit seinem Takte fühlte das heraus, nachdem es den Krieg foderte.

Es ist nutzlos, zu fragen, welchen Erfolg ein solcher Angriff gehabt haben würde; allein, schlimmer als es kommen mußte, wenn man ihn nicht unternahm, konnte es auch im ungünstigsten Falle nicht werden; jedenfalls würde die Statthalterschaft, bei einiger Festigkeit besonders damals, wo die Mächte

noch nicht einig waren, wo Oesterreich in seinem Kampfe mit Ungarn kaum fertig war, wo Rußland sein Heer an der Theiß stehen hatte, und wo Preußen an seiner Union laborirte, gewiß angemessene Bedingungen von Dänemark erhalten haben.

Dieses waren die Aussichten für die Regierung von Schleswig-Holstein, wenn sie Muth und Einsicht bewies.

Aber gerade dieserwegen mußte jedes Auftreten derselben von Preußen so wie von Dänemark um jeden Preis verhindert werden; denn Preußen hätte durch den Bruch des Waffenstillstandes sich in die höchst unangenehme Lage versetzt gesehen, entweder gegen die Herzogthümer zu marschiren, um den Waffenstillstand aufrecht zu halten, oder mit den übrigen Mächten, besonders mit Rußland, sich zu überwerfen, wenn es dieses nicht that.

Dänemark aber hätte das kaum eroberte Schleswig gerade damals gewiß nicht wieder gewonnen, jedenfalls die großen Hülfsmittel, die es aus Schleswig für den letzten Krieg zog, verlieren müssen.

Mithin kam also Alles darauf an, die ihrer Stellung nach so gefährliche, ihren Personen und Prinzipien nach freilich so ungefährliche Statthalterschaft von jedem entscheidenden Schritt, in Beziehung auf Schleswig abzuhalten. Und wirklich ist nie ein großer Zweck mit kleinerer Mühe erreicht worden als hier.

Als man nämlich in Folge der ersten Bewegungen im Monat November bei Veranlassung der Landes-Versammlung in Berlin und Kopenhagen zu fürchten anfing, es könne am Ende wirklich die Regierung der Herzogthümer dem Drucke des Volkswillens nachgeben, beeilte man sich der Statthalterschaft zu verstehen zu geben, wie sehr die Anbahnung des Friedens durch eine unmittelbare Verhandlung mit Kopenhagen befördert werden könne, und legte es ihr fast in den Mund, demgemäß Abgeordnete dorthin zu schicken.

Die Statthalterschaft, ohne Ahnung von dem eigentlichen Sinn dieses Vorschlags, war auf der Stelle bereit diesem Vorschlage nachzukommen; und schickte schon am 16. November ein höchst unterwürfiges Schreiben nach Kopenhagen, in welchem der König gebeten wurde, um der Treue wegen, welche die Herzogthümer dem Könige stets gehalten haben, eine Verständigung durch Abgeordnete zuzulassen.

Man nahm jetzt dieses unterthänige Schreiben in Kopenhagen sehr wohlgefällig auf; aber statt daß die Sache als Staatsangelegenheit behandelt worden wäre, kam nur ein einfaches Handschreiben aus dem Kabinet des Königs, in welchem die wieder aufflebende loyale Gesinnung gelobt, und die Benennung der Personen zuerst gefordert ward, welche man empfangen, und deren allerunterthänigste Eingabe man entgegen zu sehen geruhen wolle.

Man bemerkte in Kiel nicht, oder übersah es absichtlich, daß dieses Schreiben weder von dem Könige, noch von einem Minister, sondern blos von dem Kabinets-Sekretär Blühme, und mithin als Antwort auf eine sogenannte Gnadensache in der für diese üblichen Weise ausgefertigt war.

Am 8. Dezember wurden von Seite der Statthalterschaft die drei Mitglieder der Landes-Versammlung, Mommsen, Prehe und Steindorff, dem königlichen Kabinete vorgeschlagen, und dabei die Eröffnung der Berathung als selbstverständliche Folge angenommen.

Sofort erwiderte das Kabinet des Königs durch den Sekretär Blühme, daß dieses ein Mißverständniß sey, und daß man aller Folgerungen daraus, als ob die bereits erbetene Verhandlung bereits bewilligt wäre, durchaus vorbeugen wolle; im übrigen sehe Se. Majestät der erwarteten Eingabe entgegen.

Diese kurze und sehr bedeutungsvolle Antwort wurde erst am 21. Dezember abgegeben.

Die Statthalterschaft aber blieb bei ihrem Verfahren, und die drei Vertrauensmänner waren, in gleicher Majestät wie die Statthalterschaft, sofort bereit am 27. Dezember den König zu bitten, er möge Männer aus dem dänischen Volke hinaustragen, mit ihnen zusammen zu treten, um eine Verständung auf dem Wege mündlicher Verständigung zu versuchen.

Wieder aber erst am 11. Jänner 1850 kam freilich die Antwort aus dem Kabinete an die drei Vertrauens-Männer, dieses sey keineswegs die Meinung gewesen, man erwarte nichts Anderes als eine schriftliche Eingabe derselben, und es könne selbst verständlich von Unterhandlungen zwischen Unterthanen einer und derselben Monarchie überall nicht die Rede seyn, man wolle also vor der Hand lediglich mit der landesväterlichen Huld die Ansichten und Wünsche derselben vernehmen.

Dieses war deutlich gegeben; aber nicht deutlich genug für die Regierung der Herzogthümer.

Die Vertrauens-Männer machten sich nun im Einverständnisse mit der Statthalterschaft wirklich die Mühe, ein Exposé oder Darlegung über die Wünsche und Rechte der Herzogthümer auszuarbeiten, was aber dänischerseits nur den Zweck haben konnte, um Zeit zu gewinnen.

Am 26. Jänner 1850 wurde diese Auseinandersetzung der Wünsche und Rechte der Herzogthümer abgeschickt.

Aber es kam, als hätten jetzt die Vertrauens-Männer endlich selbst ihre inhaltslose Sendung begriffen, und legten daher dieselbe, ohne auf eine Beantwortung zu warten, wieder in die Hände der Statthalterschaft zurück, die jetzt zwar glaubte, alles Mögliche für den Frieden gethan zu haben, aber darum doch keineswegs beschloß, etwas Entscheidendes für den Krieg zu thun.

Im Gegentheile, so wunderbar es klingen mag, beliebt sie den General Bonin bei; — duldete es, daß die Stellung der preußischen Offiziere nach wie früher eine unsichere blieb; — ließ daher Preußen, welches um den Frieden unterhandelte, die ganze Macht des Landes, und mithin auch die ganze Verantwortung für ihr Verfahren; setzte damit das preußische Ministerium außer Stand, eine bestimmte Stellung einzunehmen, nachdem Preußen durch sein General-Kommando noch wie vor dem Verdachte unterlag, die Herzogthümer für sich behalten zu wollen, und über-

zeugte endlich Dänemark gänzlich davon, daß es von dieser Regierung zwar starken Widerstand, aber nie einen starken Angriff zu erwarten habe.

Sie sank damit in den Augen der Diplomatie von einer Macht zu einer bloßen Administratio-Behörde herab; aber sie entging allerdings noch für ein Jahr der offenen Qualifikation einer revolutionären Behörde.

So scheiterte jener erste Versuch direkter Verhandlungen; die Statthalterschaft beklagte dieses Resultat und that nichts; die Dänen beklagten es nicht und handelten.

So nahm das Jahr 1850 ihren Anfang. Unter den Stellungen, welche die verschiedenen Mächte einnahmen bei dem Beginne dieses Jahrs, war entschieden die des Königreichs Dänemarks die vortheilhafteste. Hatte es in den vorhergehenden Jahren auch nicht gesiegt, so war es doch weit davon entfernt, überwunden zu seyn.

Es konnte ohne Bedenken seine Truppen ausruhen lassen, und seine Kräfte sammeln; es hatte sich als eine ungemein lebensfähige Macht gezeigt; es hatte mit kluger und zum Theil großartiger Benutzung der Verhältnisse und ihrer Gunst, Preußen auf allen Punkten aus dem Felde gedrängt; vor allen Dingen aber hatte es die Nothwendigkeit der Existenz Dänemarks aufs Neue zu einem Prinzip des europäischen Gleichgewichts gemacht.

Dazu kam, daß es faktisch in Schleswig herrschte, und daß es im Stande war, fast aus dem ganzen Herzogthume seine Armee zu rekrutiren.

Die Insel Alsen, diese ungeheure und sehr starke Meeres-Festung, welche den Zugang zu Jütland beherrscht, war in seinem Besitze geblieben und wurde immer mehr befestigt; und die Deutschen mußten durch das ganze unverantwortliche Verfahren der Landes-Verwaltung getrieben, zu Hunderten Schleswig verlassen.

Endlich hatte die Sendung der Vertrauens-Männer der dänischen Politik einen jener Triumphe bereitet, welche zwar mehr schmeicheln als nützen, aber die zugleich das Gebiet klar machen, welches gewonnen ist. Dänemark sah also mit Stolz und Zuversicht den kommenden Dingen entgegen.

Die Herzogthümer dagegen waren in einer höchst traurigen Lage. Ihre Regierung hatte mit Worten gegen den Waffenstillstand protestirt, aber ihn faktisch anerkannt.

Sie begriff fast instinktmäßig, daß sie den einzig günstigen Augenblick für die Sache der Herzogthümer verloren gebe; aber sie wagte ihn aus Furcht vor den Folgen ihres eigenen energischen Auftretens nicht zu erfassen.

Die Mittel des Landes fingen an angegriffen zu werden. Von Preußen war die Statthalterschaft mit großer Rücksichtslosigkeit behandelt worden, und in Ermanglung eigenen bestimmten Willens herrschte der General Bonin fast unabhängig im Lande.

Das Volk war leidend, das Vertrauen schwand; nur die Empörung über das Benehmen der Dänen hielt die Stimmung aufrecht. Das erste Vierteljahr dieses Jahres wurde zu der härtesten Probe für die Tüchtigkeit der Gesinnung der Herzogthümer.

Preußen endlich war aus seiner schwierigen, fast demüthigenden Stellung nicht gekommen. Die preußischen Staatsmänner begriffen insgesammt, daß Preußen keine Mittel mehr habe, die Sache der Herzogthümer über die Friedens-Präliminarien hinaus weiter zu führen; und es mußte schon als ein großer Vortheil angesehen werden, wenn diese nur erhalten würden.

Man sah gleichfalls sehr wohl ein, daß das einzige Mittel, dem preußischen Auftreten Nachdruck zu geben, darin liege, daß man die Herzogthümer in ihrem Verfahren gegen Dänemark nun frei und offen gewähren lasse.

Allein eine Partei in Preußen, der leider mehr an ihrem Parteiinteresse, als an der Zukunft des preußischen Staats gelegen war, wollte gerade dieses Gewährenlassen der Herzogthümer nicht; es sollte eben diese von einem Volke ausgegangene Erhebung nicht zu einem gedeihlichen Ende kommen.

Daher band man einerseits der verständigen preußischen Politik, andererseits den Herzogthümern die Hände.

Das Mittel dazu war, daß man den General Bonin in den Herzogthümern ließ, und diese dadurch waffenlos machte, während man andererseits schon bei dem Waffenstillstande Preußen verpflichtete; Bonin und mit ihm den Generalstab der schleswig-holsteinischen Armee abzurufen, so wie die Herzogthümer Miene machen würden, sich zu widersetzen.

Durch alles dieses verlor Preußen das einzige Mittel, direkt auf das dänische Kabinet einzuwirken, und seine ganze politische Stellung im Norden zu erhalten. Dänemark wußte dieses, und wußte es auch zugleich vorzüglich zu benützen.

Neben allen diesen Faktoren aber begann nun mit dem Beginne dieses neuen Jahres ein ganz neuer, in den Konkurs der deutsch- und nicht-deutschen Elemente an der Ost-See einzutreten, und dieses war Oesterreich.

Oesterreich hatte bisher, mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt, sich wenig um Schleswig-Holstein bekümmert. Allein mit jenem richtigen Blicke, der die österreichische Diplomatie in allen, auf Deutschland bezüglichen Verhältnissen von jeher ausgezeichnet, hatte es allerdings immer schon sich mehr auf die Seite Dänemarks geneigt, in dem sichern Gefühle, daß über kurz oder lang der Gegensatz mit Preußen zum Ausbruch kommen werde.

Mag man nun nun über die österreichische Politik urtheilen wie man will, immer muß man zugestehen, daß die Voraussicht, mit der es hier handelte, und die kluge Sicherheit seines Auftretens, wahrhaft bewunderungswerth waren.

Die Lage der Dinge in Beziehung auf Oesterreich und Preußen war im Grunde sehr einfach gewesen. Preußen hatte die Exekution der Bundesbeschlüsse und die Herstellung des status quo ante vom Bun-

destage übernommen, ohne daß auf Oesterreich dabei weiter gedacht worden wäre; Preußen hatte den Waffenstillstand von Malmoe, und den Waffenstillstand vom 2. Juli 1849 geschlossen; Preußen hatte sogar die Friedens-Präliminarien entworfen, und sollte jetzt in seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes die Sache weiter fortsetzen.

Preußen stand mithin in allen Dingen hier im Vordergrunde; der ganze deutsche Bund, und mit ihm demnach auch Oesterreich nahm dabei eine untergeordnete Stellung an. Dieses war es, was Oesterreich nicht dulden wollte und auch nicht dulden konnte.

Es kam darauf an, Preußen diese bevorzugte Stellung zu verleiden, und sie wenigstens mit ihm zu theilen. Preußen selbst hatte eben von derselben nicht viel Gewinn und auch eben nicht viel Ehre.

Das Auftreten Oesterreichs neben Preußen hatte daher nicht gerade große Eile, und es kam blos darauf an, daß Letzteres kein Resultat erziele. In der That brauchte auch Oesterreich die Dinge nur selbst gewähren zu lassen, um dieses verhindert zu sehen.

Gleich nach dem Beginne des Jahres 1850 eröffnete die Landes-Versammlung ihre Sitzungen, in welchen die Stimmung aufgeregter war als früher.

Das Leiden der Schleswiger, deren Bedrückung täglich härter wurde, die Kraftlosigkeit der Regierung, die laut auszusprechenden, zum Theil mit großen Opfern erbeuteten Wünsche Schleswigs für den Wiederbeginn des Krieges, und die gleichfalls stets wiederholte Protestation der Statthalterschaft gegen den Waffenstillstand, die vollkommene Ungewißheit der Beamten über ihr wahres Verhältniß, die auf allen Punkten ihre Absetzung und Vertreibung zur Folge hatte, gab der Opposition schon jetzt die Hoffnung, mit einem Antrage auf Wiedereröffnung der Feindseligkeiten durchzudringen.

Ein solcher Antrag ward eingebracht. Allein dieses Mal genügte noch die bestimmte Erklärung der Statthalterschaft, daß die Friedens-Verhandlungen von Seiten Preußens gerade jetzt aufgenommen würden, und daß man noch die Hoffnung auf eine direkte Verständigung mit Kopenhagen habe.

Denn wohlweislich hatte man in Kopenhagen mit dem Zuschlagen aller direkten Verhandlungen gewartet, bis die Landes-Versammlung vertagt sein würde.

Der Antrag ward abgelehnt und die Verhandlungen zu Berlin konnten jetzt ihren ungestörten Verlauf nehmen.

Freilich hatten sie aber keinen bessern Erfolg, als die schwachen Versuche der Statthalterschaft selbst.

In demselben Tage, an welchem jener Antrag in der Landes-Versammlung durchfiel, nämlich am 17. Jänner 1850, begannen in Berlin die direkten Friedens-Verhandlungen, welche Pechlin von Seite der Dänen führete.

Er überreichte eine Darlegung, in welchen er die Selbstständigkeit Schleswigs für innere Angelegenheiten, in allen wichtigen Beziehungen dagegen eine völlige Unterordnung Schleswigs unter Dänemark forderte.

Man konnte in Berlin nicht so weit gehen und nach einigen fruchtlosen Verhandlungen ruhte die Sache. Auch Englands Vermittlung beförderte sie nicht; doch war man von Seite Preußens sehr willig, alles nur mögliche einzuräumen, und so war am 30. Jänner der dänische Reichsrag eröffnet worden.

In der Eröffnungsrede, bei welcher das ganze diplomatische Korps gegenwärtig war, sagte man über die Herzogthümer: »Noch ist der Krieg nicht zu Ende, sondern nur gehemmt; doch hoffe man, daß die angefangenen Unterhandlungen zum erwünschten Ziele führen werden, wenn nur nicht irregeleitete Unterthanen bei einer großen Macht Unterstützung finden würden.« Aber dieses war nicht das Aergste.

Der König selbst in einem Zustande, den die Zeitungsblätter als eine Unpäßlichkeit bezeichneten, bediente sich über den König von Preußen solcher Ausdrücke, daß selbst die Zeitungen jener Zeit sie nicht haben wieder geben können.

Die Betroffenheit über diese rein persönliche Verletzung eines Königs durch den andern König war groß; allein jene offizielle Stelle war mehr; sie war eine diplomatische Verletzung. Allgemein erwartete man jetzt ein kräftiges Auftreten von Preußen.

In der That antwortete das preußische Kabinet durch eine scharfe Note vom 6. Februar; aber das dänische Kabinet ließ sich in seiner Ruhe keineswegs stören.

Preußen erreichte nichts als eine ausweichende Erklärung. Hätte es überall den Willen und den Muth gehabt, in dieser Sache etwas Selbstständiges zu thun, so war jetzt Veranlassung, ja bis zu einem gewissen Grade sogar Nöthigung dazu vorhanden.

Man erwartete daher irgend Etwas — aber man täuschte sich.

Zwar brach Preußen die Verhandlungen über den Frieden ab; aber England, in der klaren Einsicht, daß es bei einem neuen Kriege sich auf diesen Staat doch nicht werde verlassen können, forderte kurz und bündig, daß Preußen die Verhandlungen wieder aufnehme.

Das hieß ihm zumuthen, eine grobe Beleidigung ruhig hinnehmen. England muthete es dem preußischen Kabinete zu, und Preußen gehorchte.

Viele erstaunten darüber; aber man muß als charakteristischen Zug dieser Zeit hinzusetzen, daß Viele darüber erstaunten. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen.

Am 19. Februar überreichte Herr von Usedom seinerseits eine Darlegung als Antwort auf das dänische; die Ansichten gingen aber weit auseinander. Auf wiederholtes Drängen von Seiten der fremden Macht formulirten beide Theile ihre Friedens-Vorschläge.

Dänemark versprach Schleswig eine Verfassung; dafür aber sollte es mit Dänemark gemeinschaftlich haben die auswärtigen Angelegenheiten, das ganze Militärwesen, den Zoll, die Post, die Schulden und die Kosten der gemeinschaftlichen Verwaltung; die Verhältnisse von Rendsburg sollten aber durch eigene Artikel bestimmt werden.

Diese Vereinigung mit Dänemark sollte eine ewige seyn, Preußen umging aber diesen letzten Punkt. Das Militär, verlangte es, solle nicht außer Schleswig verwendet werden; Schleswig solle mit Dänemark nur die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten und den Souverain gemeinschaftlich haben. Man war offenbar durchaus nicht weiter gekommen.

Preußen indessen konnte jetzt freilich nicht wieder zurück; allerdings wurde, wie die preußische Denkschrift zur Erläuterung des Friedenstraktats vom 2. Juli 1850 später sagte: »dänischerseits damit der volksthümlichen Union Schleswigs mit Dänemark eine viel weitergehende Bedeutung gegeben, als Deutschland und Preußen sowohl vor als bei Abschluß der Präliminarien derselben beigelegt hatten.«

Nur war es wunderbar, daß Preußen und Deutschland eine so natürliche Sache nicht lange vorhergesehen hatten. Zugleich machte jetzt Dänemark einen weiteren Schritt. Es forderte im Februar die Zulassung des Herrn von Bülow als Bundestags-Gesandten in Frankfurt.

Preußen war entschieden dagegen; allein Oesterreich unterstützte dieses Begehren. Preußen fühlte sich somit jetzt auch in Frankfurt bedrängt. Es beantragte die Absendung des Herrn Bollpracht, als Kommissär der Bundes-Kommission, um über die Zustände der Herzogthümer Bericht abzustatten.

Bollpracht kam Anfangs März in Kiel an, durchreiste Schleswig, entkam glücklich einer Arretirung, welche die dänische Regierung gegen ihn in Aspenade befohlen hatte, und kam wieder in Frankfurt an, ohne irgendwo eine Spur seines Daseyns zurückgelassen zu haben.

Man blieb auf dem alten Flecke. Nichts ward befördert; Rußland und England foderten Abschluß des Friedens. Preußen wußte ihn durch diplomatische Kunst nicht zu erhalten, und wagte nicht, ihn durch die Waffen zu erzwingen.

In dieser Lage der Dinge blieb nur Eines übrig. Man mußte von Berlin aus den einzigen Hebel ansetzen, den Preußen noch besaß, um überall nur ein Ende zu machen; man mußte die Herzogthümer gewähren lassen, und ihnen den Krieg möglich machen.

Bei aller Aengstlichkeit und Unsäglichkeit, hatte die Statthalterschaft doch ein lebendiges Gefühl für die Lage der armen Schleswiger einerseits, und ihre eigene auf der andern Seite.

Die Dinge waren so mächtig, daß sie fast in jedem Augenblicke die ganze Kraft ihrer Bedenklichkeiten aufbieten mußte, um nicht gegen Dänemark loszuschlagen.

Das holsteinische Volk fing an, laut sein Mistrauen auszusprechen; die Schleswiger die eine Protestation gegen den Waffenstillstand durch Worte und eine gleichzeitige Anerkennung desselben durch die That nicht begreifen, fingen an zu schwanken; vor allen Dingen aber nöthigte die finanzielle Lage zu entscheidenden Schritten, und die vertriebenen Flüchtlinge drängten. Endlich konnte man doch kaum der Landes-Versammlung noch einmal mit dem leeren Nichts entgegentreten.

Aber trotz allem dem wagte die Statthalterschaft durchaus nicht das Getingste selbst zu thun.

Dasselbe Preußen, welches gewiß sehr gerne energische Schritte der Statthalterschaft gesehen hätte, wenn man es nicht darum fragte, mußte natürlich, darum befragt, sich gegen jede selbstständige Regung derselben erklären, da es in Friedens-Verhandlungen mit Dänemark stand, und den übrigen Mächten gegenüber für die Handlungen der Statthalterschaft in gewisser Weise verantwortlich war.

Dennoch hatte die Statthalterschaft nichts Eiligeres zu thun, als jedesmal, wenn sie etwas auf Schleswig Bezughabendes beabsichtigte, Preußen davon in Kenntniß zu setzen.

Einen wunderbaren Widerspruch konnte man sich kaum denken, und doch meinte die Statthalterschaft es in ihrer Art gewiß vollkommen ehrlich mit dem Lande, dem sie um jeden Preis, nur nicht um den wahrhaft volksthümlicher Verfassungen, besten wollte.

Schon Anfangs Jänner 1850 erklärte die Statthalterschaft, daß sie Seeuren und Rekruten aus Süd-Schleswig ziehen werde, worauf am 14. Jänner Preußen sich beeilte zu antworten, daß es sich nur dann im Stande sehe, zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes mitzuwirken, wenn die Statthalterschaft sich sorgfältig jedes faktischen, einseitigen Vorschreitens enthalte, welches eine Abänderung des jetzigen faktischen Zustandes der Waffenruhe herbeiwirken oder implicirten mußte.

Als später im Monat März die Statthalterschaft noch einmal sich an die preußische Regierung wendete, ihre finanzielle Noth klagte, und wirklich eine Eintreibung der Steuern im südlichen Schleswig in Aussicht stellte, kam hierauf eine weitere Antwort aus Berlin, daß die Vornahme von Regierungshandlungen von Seiten der Statthalterschaft im Herzogthume Schleswig nur für sich selbst als eine Störung und Aufhebung der wesentlichen Bedingungen der Waffenruhe angesehen werden müsse, und demnach auch alle Folgen eines gewaltsamen Bruches der Waffenstillstands-Konvention nach sich ziehen würde.

Ja als endlich die Statthalterschaft auch ihrerseits, um dem unendlichen Elende der Schleswiger abzuhelfen, ämtlich sich über das konventionswidrige und baebarische Verfahren der Landes-Verwaltung klagend nach Berlin wendete, und die Bitte aussprach, Preußen möge doch um Einstellung dieses Verfahrens wirken, kam die Antwort von der preußischen Regierung, daß sie ihrerseits sich gänzlich verwahren müsse gegen jede solche Zumuthung der Statthalterschaft in Beziehung auf die Landes-Verwaltung, nachdem sie nunmehr als eine ganz selbstständige und unabhängige Regierung dastehe.

Sollte man bei solchen Verhältnissen es für möglich halten, daß sich die Statthalterschaft dennoch immer nur nach Berlin wendete? Und immer und immer that sie es wieder bis endlich im Monate März die finanziellen Hilfsmittel Holsteins erschöpft waren und die Landes-Versammlung berufen werden mußte, um neues Geld zu schaffen.

Konnte man dieſer jetzt mit den vorliegenden Thatſachen entgegen treten? Das Geld des Landes war ohne allen Nutzen verbraucht worden, das Heer lag unthätig, während die Dänen ſich ſtark gerüſtet, Alſen befeſtigt, und außerdem die Schanzen bei Düppel zum Spotte Deutſchlands zerſtört hatten; dagegen aber die ſchleswig-holſteiniſche Armee weder ſo ſtark war, wie ſie ſeyn mußte, noch auch ein ſelbſtſtändiges Offiziers-Korps hatte.

Die Friedens-Verhandlungen in Kopenhagen waren mit halbem Spotte abgebrochen worden, und von Berlin aus ward die Regierung bei jeder Gelegenheit geſchulmeiſtert.

Endlich fingen die Schleswiger an zu erklären, daß ſie nicht länger im Stande ſeyen, einen ſolchen Zuſtand zu ertragen, und wiſſen müßten, woran ſie wären.

In dieſer Noth griff nun die Statthalterſchaft endlich zu dem Mittel, welches ſie lange ſchon früher hätte ergreifen ſollen, und ſah ernſtlich nach einem neuen General um; auch erklärte ſie, wenn das Verfahren der Landes-Verwaltung nicht geändert werde, nach Schleswig marſchiren zu wollen, auf die Gefahr hin, daß Preußen ſeine Offiziere abberufe.

Nun ward es Zeit in Berlin, gegen die Statthalterſchaft mit Beſtimmtheit aufzutreten. Schnell ward der, ſeiner Zeit unter den Diplomaten bekannte preußiſche General von Rauch, ein Liebling des Kaiſers von Rußland und in die geheimſten Verhältniſſe der Politik eingeweiht, von Berlin nach Kiel geſchickt, um der Statthalterſchaft in ganz beſtimmter Weiſe zu erklären, daß Preußen zu den allerentſchiedenſten Maßregeln greifen werde, wenn man ſich in Holſtein rühre; daß der Kaiſer von Rußland unter keiner Bedingung ein Auftreten der Statthalterſchaft erlauben werde; daß England auf dem Frieden beſtehe; daß endlich Oeſterreich ſich Dänemark heranziehe; daß mithin Schleswig-Holſtein bei dem leiſeſten Verſuche eines ſelbſtſtändigen Eingreifens von Preußen verlaſſen werden, und dann mit ganz Europa einen nicht eben gleichen Kampf auszuhalten haben werde.

Dieſes Alles war ſehr ſchlagend; aber Graf Reventlow benutzte die Gelegenheit, um dem preußiſchen General in einer ſehr entſchiedenen Weiſe die Wahrheit zu ſagen, und ihm darzuſtellen, wie die Poſition der Statthalterſchaft eine nicht mehr zu haltende Stellung ſey.

Eine heftige Szene fand jetzt ſtatt; der General von Rauch aber war viel zu ſehr Diplomat, um im geringſten dadurch gemüthlich offiziell zu werden.

Das Ende war, daß, nachdem der Graf Reventlow ſich ausgeſprochen hatte, der General von Rauch der Statthalterſchaft noch einmal das beſtimmte Verbot des preußiſchen Kabinets wiederholte, und daß die Statthalterſchaft ſich dieſem Verbothe einfach fügte.

General Rauch ging nun nach Flensburg, von da zurück nach Berlin und ſtarb noch in demſelben Jahre. Er hatte den Zweck ſeiner Sendung erreicht, denn die Statthalterſchaft ertrug das unerträgliche weiter, und jetzt blieb nur noch die Hoffnung, daß die Landes-Verſammlung den Dingen eine andere Wendung geben werde.

Indeſſen waren jedoch die Unterhandlungen zwiſchen Kopenhagen und Berlin nicht weiter gekommen. Das preußiſche Kabinet ſah ſich außer Stande auf die Vorlagen des däniſchen Kabinets einzugehen, und das däniſche Kabinet hatte keinen Grund irgend wie nachzugeben.

Dem preußiſchen Kabinete kam es darauf an, die Sache ſobald als möglich zu beenden, und dem däniſchen Kabinet lag daran, ſie ſo lange als möglich hinzuziehen, daß ſeine Stellung in Schleswig ſchon durch die Unthätigkeit der Statthalterſchaft vollkommen geſichert erſchien.

Man kam nun in Berlin jetzt auf einen anderen Plan. Man wollte nämlich von Seiten Preußens die genauern Beſtimmungen des Friedens ganz fahren, und die Verhandlungen über denſelben nun durch die Herzogthümer ſelbſt führen laſſen. Auch war es nöthig, den Herzogthümern doch irgend Etwas zu thun zu geben.

Man ließ daher den Herrn von Harbou nach Berlin kommen, und machte ihm bekannt, daß jetzt unter der Vermittlung Preußens, die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen mit Kopenhagen wünſchenswerth ſey.

Harbou war, nachdem der erſte Verſuch ſo ſchnöde abgewieſen war, acht Wochen ſpäter bereit nun darauf einzugehen. Zugleich wurde auch die Acquiſition eines neuen Generals in Ausſicht geſtellt.

Nach mehreren nutzloſen Retiminationen von Seiten Harbou's hatte die Sache dabei ihr Bewenden. Mit dieſer Errungenſchaft ging derſelbe am 20. März von Berlin nach Kiel zurück. Hier war am 19. März die Landes-Verſammlung berufen, und jetzt mußte ſich der Gang der nächſten Ereigniſſe entſcheiden.

Die zum 19. März 1850 berufene Verſammlung der Abgeordneten von Schleswig-Holſtein mußte einen andern Charakter annehmen, als alle bisherigen Zuſammenkünfte derſelben. Bisher war das allgemeine Prinzip derſelben das entſchiedene Vertrauen der großen Majorität zu der Statthalterſchaft, geſtützt durch die unzweifelhafte Gewißheit, daß jede andere Regierung des Landes eine Unmöglichkeit ſey.

Die Folge davon war geweſen, daß man dieſer Regierung ganz allein die Geſchicke der Herzogthümer in die Hand gelegt, daß man ihre großen Fehler ohne großen Widerſtand gertragen, daß man dadurch Ruhe und Ordnung im Innern in einer wahrhaft bewundernswerthen Weiſe erhalten, daß man aber auch ſich ganz ausſchließlich von der Regierungspolitik in der Hauptſache, wie in allen Nebenſachen abhängig gemacht hatte.

Umſonſt hatte bisher die Oppoſition dafür gekämpft, daß der Stimmung des Volkes und dem Willen der Landes-Verſammlung in dieſer letztern Beziehung etwas mehr Raum gegeben würde; die Re-

gierung hatte ſich dem ſtets entſchieden widerſetzt, und ſtets den entſchiedenen Sieg davon getragen.

Jetzt ergab ſich die Konſequenz dieſes Syſtems; das Land war am Rande des Abgrunds. Die Schleswiger beſonders waren in Verzweiflung; ſie waren daher auch entſchloſſen, jetzt mit äußerſter Anſtrengung die Regierung zu beſtimmten Schritten zu nöthigen.

Die Regierung dagegen verſtand das durch das Staatsgrundgeſetz gebeiligte konſtitutionelle Prinzip in ihrer Weiſe und ſtand keinen Augenblick an, bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß ſie der Landes-Verſammlung durchaus keinen Einfluß auf die einzelnen Maßregeln der Regierung geſtatten könne; ja ſie ließ ſich durchaus nicht vorſchreiben, dieſelbe zur eigentlichen Theilnehmerin ihres Auftretens zu machen, ſondern ſie trachtete ſie ganz als eine monarchiſche Regierung, und ließ ſogar die Miniſter, trotz entſchiedener Mistrauens-Botum an ihren Poſten.

Sie glaubte nur ſich und Preußen verantwortlich zu ſeyn; auch kannte ſie die Mittel ſehr gut, durch welche ſie im entſcheidenden Augenblicke die ganze Landes-Verſammlung zum Nachgeben zwingen konnte.

Sie war in großer Angſt vor einem europäiſchen Kriege, in noch größere aber vor der Demokratie; und da ſie ſelbſt außer Stande war, die Lage der Dinge zu überſehen, ſo folgte ſie blind den preußiſchen Anordnungen, nachdem ſie zugleich gegen jede derſelben proteſtiret.

Da nun Preußen gebeten hatte, ſich jeder Regierungshandlung in Schleswig zu enthalten, und noch einmal Friedensverhandlungen in Kopenhagen zu eröffnen, ſo war ſie dazu dennoch bereit, obgleich ſie den Sturm in der Landes-Verſammlung und die Klagen des verlaſſenen Schleswig vorausſah.

Die Frage daher, um welche es ſich handelte, war einfach die, ob die Landes-Verſammlung jetzt die Macht haben werde, jene Abhängigkeit von Preußen zu brechen, und die Regierung zu zwingen, etwas Entſcheidendes zu unternehmen auf die Gefahr hin, daß das Miniſterium, und daß vielleicht auch die Statthalterſchaft zurücktrete.

Als die National-Verſammlung am 19. März zuſammentrat, war Hardou in Berlin in jenen Verhandlungen begriffen. Die geheimen Sitzungen wurden eröffnet, und das Miniſterium ſtattete Bericht über die Lage des Landes, beſonders aber über die Verhältniſſe zu Berlin ab, woraus ſich ſpäter ergab, daß es nicht eben Alles mitgetheilt hatte.

Die Verſammlung ernannte einen großen Ausſchuß von 15 Mitgliedern, um über die Vorlage zu berichten. Zugleich forderte aber die Regierung eine ganz bedeutende Steuer vom Lande; welche die Landes-Verſammlung bewilligen ſollte.

Die Summe betrug über fünf Millionen Mark, welche durch eine Kriegsſteuer und durch eine gezwungene Anleihe beigebracht werden ſollten.

Natürlich machte die Verſammlung die Bewilligung dieſer Summe abhängig von der Zuſtimmung zu der Politik der Regierung.

Letztere erklärte in ihrer Motivirung, daß alle europäiſchen Regierungen gegen die Wiederaufnahme des Krieges ſeyen. Sie ſelbſt habe das Ihrige gethan, um Schleswig wieder der Verwaltung der Statthalterſchaft zu unterwerfen; und Preußen ſey feinerſeits dafür, nachdem es den Regierungen dargeſtellt habe, wie mit der bisherigen Landes-Verwaltung nicht weiter regiert werden könne.

Man wird aus der oben angeführten Antwort, welche die Statthalterſchaft auf ihr Anfragen von Preußen erhielt, beurtheilen können, in wie weit dieſes genau war. Die Statthalterſchaft hoffe daher, auch ohne Krieg in Schleswig wieder die Gewalt zu bekommen, übrigens ſey die Wiederaufnahme des Krieges keineswegs ausgeſchloſſen.

Jedoch ſolle derſelbe erſt dann Statt finden, wenn das däniſche Heer einrücke; in jedem Falle behalte ſich aber die Statthalterſchaft vor, darüber zu entſcheiden, wann das Einrücken Statt finden ſolle.

Im Uebrigen drabſichtige die Regierung jetzt zugleich für den Frieden zu wirken. Die bisherigen Verhandlungen in Berlin ſeyen zerſchlagen; die däniſchen Unterhändler hätten keine Inſtruktion; Preußen habe ſeine Vorſchläge als Ultimatum hingeſtellt; man könne gegenſeitig nicht weiter; und jetzt wünſcht Preußen, daß die Statthalterſchaft noch einmal die Unterhandlungen direkt mit Kopenhagen einleite.

Dieſes war die Vorlage der Regierung; aber der Ausſchuß in faſt abſoluter Einſtimmigkeit erklärte ſich entſchieden gegen dieſelbe.

Er ſprach es ganz offen aus, daß durch dieſe unſelige halbe Politik, die Statthalterſchaft das Vertrauen der Schleswiger gänzlich verliere, daß man durch dieſelbe eine Erſchlaffung des Volkes befürchten müſſe; daß demſelben die Mittel fehlten, der einer 30,000 Mann ſtarken Armee und der faktiſchen Trennung Schleswigs von Holſtein das Syſtem des Abwartens fortzuſetzen; daß endlich die Vorſtellungen von dem günſtigen Erfolge der Verhandlungen in Kopenhagen nur auf Illuſionen beruhten.

Vor allem machte man der Regierung zum Vorwurf, daß ſie ſelbſt jetzt noch das Verhältniß der fremden Offiziere nicht erledigt habe, ſo daß das Land eine Armee beſitze, ohne über dieſelbe beſehlen zu können; und endlich zeigte man, daß eine wirkliche Beſetzung von Schleswig, da die Regierung ſelbſt ſtets gegen den Waffenſtillſtand proteſtirt habe, eine vollendete Thatſache ſeyn würde, die ohne Zweifel den Forderungen der Herzogthümer bedeutenden Nachdruck geben müſſe.

Was die europäiſche Intervention betrifft, ſo ſey dieſe höchſt unwahrſcheinlich, weil eben die Intereſſen der einzelnen Mächte ſich zu entſchieden entgegen ſtehen.

Die Antwort der Regierung war einfach. Sie wolle auch unter Umſtänden das Einrücken in Schleswig; aber ſie werde ſich unter keiner Bedingung den Zeitpunkt derſelben vorſchreiben laſſen. Geld indeſſen müſſe man bewilligen, damit die Unterhandlungen mit Nachdruck geführt werden können.

Jetzt fingen die Debatten an, zuerſt über die Anträge des Ausſchuſſes. Die Oppoſition war ernſt

und würdevoll, aber sehr entschieden. Die Vertheidigung der Regierung dagegen kurz. Die Regierung selbst erklärte, daß sie die Landes-Versammlung auflösen werde, wenn sie nicht nachgebe.

Die Abstimmung fand am 30. März Statt. Der erste Antrag des Ausschusses, ein direktes Mistrauens-Votum gegen die Politik der Regierung, wurde mit 53 gegen 38 Stimmen angenommen.

Der zweite Antrag, daß das Einrücken des Heeres in das Herzogthum Schleswig durch die innere Lage des Landes so gebieterisch gefordert werde, daß Rücksichten auf auswärtige Verhältnisse davon nicht länger abhalten dürfen, wurde mit 48 gegen 43 Stimmen gleichfalls angenommen, und endlich der dritte Antrag: daß die Versammlung außer Stande sey, in der Behandlung der finanziellen Frage weiter vorzuschreiten, bevor eine Verständigung mit der Statthalterschaft in Betreff der zu befolgenden Politik eingetreten sey, wurde mit 60 gegen 34 Stimmen in gleicher Weise angenommen.

Die Regierung war aber trotzdem in keiner Weise gesonnen nachzugeben. Sie antwortete bereits am 2. April, nachdem ihr die Beschlüsse der Landes-Versammlung instinuirt waren, daß sie eine Abhängigkeit der Erledigung finanzieller Vorlagen von einer Verpflichtung gegen die Landes-Versammlung weder nach allgemeinen konstitutionellen Grundlagen, noch nach den besondern Verhältnissen des hiesigen Landes anerkennen könne; daß sie demnach die Versammlung auflösen, und eine neue nach dem Staatsgrundgesetze berufen werde; daß sie aber zu der Vaterlandsliebe der konstituirenden Landes-Versammlung das Vertrauen habe, daß diese der erhobenen Anklage ungeachtet, die erforderlichen Geldmittel bewilligen werde.

War diese Zumuthung auch keineswegs konstitutionell, so war sie doch die bequemste Weise, um über die ganze Sache wegzukommen. Die Versammlung setzte nun den alten Ausschuß zur Beantwortung dieser neuen Vorlage ein; und derselbe stattete schon am 3. April den Bericht ab.

Die Majorität desselben, nämlich 12 gegen 2 Stimmen erklärte, daß sie keine Veranlassung sehe, auf die Vorlage der Regierung einzugehen, da derselbe Inhalt und Zweck noch mit dem frühern gänzlich zusammenfalle; die Minorität von zwei Stimmen war aber für die Annahme.

Noch einmal entstand eine ernste und lebhafte Debatte, aber die Majorität der Versammlung stimmte noch wie früher zur Opposition gegen die Regierung. Jetzt entstand das Gerede, daß nicht bloß das Ministerium, sondern daß auch die Statthalterschaft abdanken wolle, wenn die Versammlung nicht nachgeben würde.

Dieses war die äußerste Eventualität, und in der That war sie auch ernstlich genug. Allein und mit Recht wurde geltend gemacht, daß man von Männern, wie Reventlow und Beseler ein solches Verfahren nicht erwarte; und daß, so wie so, wenn die Politik nicht geändert werde, die Herzogthümer doch verloren sind.

Nach einem lebhaften und starken Kampfe, wurde nun auch diesmal der Antrag der Majorität des Ausschusses, aber nur noch mit 41 gegen 40 Stimmen angenommen; und so hatte die Regierung eine zweite Niederlage erlitten; aber dennoch blieb sie bei ihrem Prinzip.

Statt einfach das Ministerium zu ändern, brachte die Statthalterschaft vielmehr zwei Gesetzentwürfe über die Kriegssteuer und die gezwungene Anleihe ein. Darüber ward nun ein neuer Ausschuß wieder zusammengesetzt. Zugleich wurde auch die Vorlage in Betreff der Neuwahlen gemacht, und einem Ausschuß von drei Mitgliedern zugewiesen.

Am 6. April erstattete der Ausschuß über das Finanzgesetz den Bericht; welcher der Lage der Sache nach einstimmig der Ansicht war; daß man auf die Vorlage eingehen müsse, da die Bedürfnisse des Landes feststehen.

Die Majorität von 4 Stimmen beantragte dann, die Mittel bis zur Berufung der neuen Versammlung zu genehmigen, und zu dem Ende die gezwungene Anleihe zu bewilligen, die Kriegssteuer jedoch zu verweigern. Die Minorität von drei Stimmen dagegen beantragte.

In Erwägung, daß Deutschland in seinen gegenwärtigen Organen entweder den Willen oder die Macht nicht besitzt, die von demselben anerkannten Rechte der Herzogthümer zu bewahren und einen entsprechenden Frieden zu bewirken; daß eine fernere Vermittlung Preußens vielmehr als alleiniger Ausgangspunkt einen Frieden darbietet, der das Fundamentalrecht der Herzogthümer, die Untrennbarkeit derselben, vernichten, und einer solchen Vernichtung eine völkerrechtliche und staatsrechtliche Geltung verleihen würde; in fernerer Erwägung, daß eine direkte Verhandlung mit Dänemark nur dann Aussicht auf Erfolg biethe, wenn die Berliner Waffenstillstands-Konvention vom 10. Juli rücksichtlich des Fortbestehens der Landes-Verwaltung im Herzogthume Schleswig und die preußisch-dänischen Friedens-Präliminarien außer Wirksamkeit getreten, und der ernste Wille des Landes, sein Recht auf das Aeußerste zu vertheidigen, mit der Gewißheit, einen dauernden Frieden und eine aufrichtige Versöhnung mit Dänemark zu schließen, gleichzeitig unzweideutig dargelegt würden: 1) an die Statthalterschaft den Antrag zu richten, daß dieselbe von einer fernern Vermittlung Preußens abstehend, die Leitung der politischen Verhältnisse des Landes und die Vertheidigung der Landesrechte selbstständig in die Hand nehmen möge; daß dieselbe demgemäß die Führung des Heeres schleunigst sicher stelle, das Heer in der erforderlichen Stärke zusammenziehe, und die Entfernung der preußischen Truppen aus Schleswig, wenn erforderlich, durch Einrücken in das Herzogthum bewirke; daß die Statthalterschaft mit der Entfernung der preußischen Truppen aus Schleswig-Dänemark solche Friedens-Vorschläge mache, so wie sie die Rücksicht einerseits auf die Lage der Verhältnisse, andererseits auf die Rechte des Landes bedinge und gebiethe; wenn dieses eine entsprechende Erwiederung nicht finde, das Herzogthum Schleswig besetzen und be-

bauren wolle; 2) an die Statthalterſchaft die Erklärung abgeben zu wollen, daß die Landes-Verſammlung durch die Genehmigung der Finanz-Vorlage vom 18. März bereitwilligſt diejenigen Geldmittel zur Verfügung ſtellen werde, welche bei einem Einverſtändniſſe der Regierung mit den vorſtehenden Anträgen erforderlich ſind.«

Dieſer Antrag der Minorität zeigt in der That die ganze öffentliche Meinung jener Zeit, beſonders die der Oppoſition in der Landes-Verſammlung.

Die Oppoſition verläugnete ſich nicht, daß ſie durch ihrem Kampf gegen die Statthalterſchaft, das Land in große Schulden bringe; ſie wußte anderer ſeits aber auch ſehr wohl, daß das Verfahren der Statthalterſchaft ſelbſt niemals zu einem gedeihlichen Ziele führen könne.

Sie ſuchte daher durch ihr Auftreten der öffentlichen Meinung und der Landes-Verſammlung den Antheil an der Beſtimmung über die Politik zu gewinnen, der ihr dem Rechte und der Natur der Sache nach zukam, und der gewiß heilſame Wirkung gehabt hätte.

Sie war auch keineswegs gegen eine Verſtändigung mit Dänemark oder entſchieden für einen Krieg mit demſelben. Im Gegentheil erklärte ſie noch während der Debatten, die in Folge jener Anträge Statt fanden, die Minorität des Ausſchuſſes und die bisherige Majorität der Verſammlung würden durchaus nachgeben, wenn ſie glaubten, daß die Statthalterſchaft irgend eine Hoffnung hätte, daß dieſe Behandlung mit Dänemark zu irgend einem günſtigen Ende führen könne; nur weil ſie das, belehrt durch den erſten Verſuch mit den Vertrauens-Männern, nicht glaube, wolle ſie neben den Unterhandlungen zugleich ernſtliche Maßregeln, und beſonders die Losſagung von Preußen.

Am 2. April erklärte ſich die Regierung über die Anträge. Viele hatten gehofft, daß bei dieſem baldem Nachgeben jetzt auch die Regierung ihrerſeits der Landes-Verſammlung entgegen kommen werde; allein, dieſe hatte durchaus nicht die Abſicht, das Prinzip einer konſtitutionellen Verfaſſung als eine Verpflichtung der Regierung, ſich nach dem Willen der Landes-Verſammlung zu richten, anzuſehen.

Sie erklärte vielmehr geradezu, die Regierung würde weder die halbe Bewilligung nach dem Antrage der Majorität annehmen, noch auch ſich nach dem Minoritäts-Antrage irgend welche Bedingungen vorſchreiben laſſen. Dieſes ſollte alſo mit andern Worten geſagt ſo viel heißen, als die Landes-Verſammlung möge ſich einfach unterwerfen.

Es wäre ſchwer zu ſagen geweſen, was jetzt geſchehen wäre, wenn nicht an demſelben Tage, an welchem die Regierung dieſe Erklärung abgab, der General Bonin ſeinen Abgang angezeigt, und der General Williſen als General in Kiel angekommen wäre, wovon am 9. April der Kriegs-Miniſter die Anzeige machte.

Dieſer bemerkte, daß Williſen ein ganz unabhängiger Mann ſey, durchaus ſich von ſeinen preußiſchen Verhältniſſen losgeriſſen habe, um ſich allein der ſchleswig-holſteiniſchen Sache anzunehmen. Jetzt ſey alſo die Hauptforderung der Landes-Verſammlung erreicht; die Armee ſey ſchlagfertig, und jetzt müſſe man das Geld haben.

In der That würde es außerordentliche Kraft erfordert haben, in dieſem Augenblicke der Regierung nicht nachzugeben, denn wer wußte am Ende, ob Williſen nicht gar zurücktreten würde, wenn die Regierung ihr Amt niederlege?

Die Oppoſition brachte dieſerwegen ſich ſelbſt zum Opfer, und ſtellte einen abgeänderten Antrag, nach welchem die Geldbewilligung zugeſtanden ward, jedoch, da die neue Verſammlung berufen werden ſolle, nur bis zu dem Zeitpunkte, wo dieſelbe zuſammen kommen ſolle; und dieſes ward auch angenommen.

Dann wurde auch die Vorlage zur Wahl der ordnungsmäßigen Verſammlung mit einigen Abänderungen angenommen; und ſo hatte die Regierung entſchieden geſiegt. Die Oppoſition ſchied mit einem ſchweren Herzen; das Ganze machte mehr einen trüben als einen erhebenden Eindruck.

Zwei Dinge waren gewiß; erſtlich daß von jetzt an die Landes-Verſammlung, in welcher Form ſie immer zuſammen kommen möge, ohne allen Einfluß auf die Politik der Herzogthümer bleiben werde; dann daß die Regierung den unſeligen Weg der nutzloſen, von Preußen durchaus abhängigen Verhandlungen ſo lange verfolgen werde, als es Dänemark gefalle.

Ein hervorragendes Mitglied der Verſammlung ſprach gegen den Schluß der Sitzung mit tiefer Rührung die Worte aus: »Ich habe mich gefragt, ob es vereinbart werden kann mir der Stellung eines Abgeordneten, dem Lande ſo große Abgaben aufzulegen, wenn das Geld ſo verwendet wird, wie es geſchieht;« und dieſes Mitglied gehörte nicht zur entſchiedenen Oppoſition.

Allein in der That war nach der ganzen Sachlage kein weiterer Kampf, kein weiterer Einfluß der Verſammlung auf die Regierung mehr möglich. Es war umſonſt, daß noch einmal alle bisherigen Täuſchungen, welche die Landes-Verſammlung erfahren hatte, dargelegt wurden.

Die Rechte und das Centrum fingen an, vor Anarchie Furcht zu bekommen, und ſo wurden alle Forderungen der Regierung bewilligt, wenn auch nicht mit einer ſehr großen Stimmenmehrheit. So war nun die Sache entſchieden, und die Regierung hatte von dieſem Augenblicke an allein die Gewalt ſo wie auch die Verantwortung.

Die kommende Landes-Verſammlung hätte, auch wenn ſie es wollte, nichts mehr ändern können, denn die Entwicklung der Dinge, welche bis dahin ein innerer Kampf waren, wurden jetzt ein äußerer Kampf.

Während in dieſer Weiſe die Statthalter die Leitung der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten ganz allein in die Hände nahmen, gingen in Berlin die Verhandlungen ihrem Ende entgegen.

Preußen auf das Aeußerſte gedrängt von den übrigen Mächten, mußte doch als Vertreter des deutſchen Bundes darauf beſtehen, daß die Rechte Deutſchlands gewahrt würden; däniſcherſeits aber wußte man ſehr gut, daß Preußen trotz dieſer Nothwendigkeit dennoch am Ende werde nachgeben müſſen; und ſo wollte man ſich dieſerwegen auf einen ſolchen Vorbehalt durchaus nicht einlaſſen.

Am 17. April 1850 gab Ufedom eine Darlegung, daß eine Art von Ultimatum ſeyn ſollte; es ſollte nämlich einfacher Friede zwiſchen Preußen und Dänemark angenommen werden, ohne unter Wahrung der Rechte des deutſchen Bundes.

Zugleich bekam die Statthalterſchaft in Kiel den Auftrag, den durch die Bewältigung der Landes-Verſammlung jetzt möglichen Verſuch mit Vertrauens-Männern in Kopenhagen zu machen, und dieſelbe ließ daher ſchon am 14. April ein Schreiben abgehen, worin ſie um Wiedereröffnung der Verhandlungen bat.

Darauf erhielt ſie Anfangs gar keine Antwort. Sie erließ daher eine Art von Denkſchrift für die verſchiedenen Höfe, vom 20 April, worin ſie erklärte, was für ſie die äußerſte Baſis ihrer Verhandlungen ſey, nämlich Aufgeben der Verbindung von Schleswig mit Deutſchland, Herſtellung einer gemeinſamen Volksvertretung für beide Herzogthümer und eine ſelbſtſtändige Verwaltung.

Daß Niemand weiter darauf Rückſicht nahm, ſtörte ſie in ihrem Syſteme der Abwartung nicht, Preußen aber erhielt nun eine ſo energiſche Aufforderung von Rußland, daß es wohl oder übel nachgeben mußte.

Am 28. April hatte die letzte Konferenz in Berlin Statt gefunden; in welcher Dänemark die Vorſchläge des Ufedom beſtimmt ablehnte.

Jetzt mußte Preußen ſich dazu verſtehen, gegen Dänemark den erſten Schritt, einen Schritt des äußerſten Nachgebens eines beſiegten Feindes zu machen.

Am 6. Mai mußte es den General von Below nach Kopenhagen ſchicken, und hier kaum 14 Tage nach ſeiner letzten Anwahe, mußte er erklären, daß er den Frieden mit der Weglaſſung der Klauſel, welche das Recht Deutſchlands auf die Herzogthümer bewahre, von Dänemark annehmen wolle.

Wahrhaft ein trauriges Schauſpiel für dieſen Staat Friedrichs des Großen und für das große Deutſchland. Indeſſen freueten ſich die Feinde Preußens dieſer ſeiner zweiten, vielleicht allerärgſten Niederlage.

Am 14. Mai kehrte der preußiſche General nach Berlin zurück, und konnte jetzt dem Berliner-Hofe Hoffnungen machen, daß Dänemark es zum Frieden zulaſſen werde. Die Baſis der weiteren Verhandlungen war von da an der einfache Friede zwiſchen Preußen in ſeinem Namen, und im Namen des deutſchen Bundes und Dänemark.

Die Herzogthümer waren jetzt aufgegeben; was thaten aber dieſe in dieſem entſcheidenden Augenblicke? Die Statthalterſchaft ſchickte den Grafen Reventlow-Farve und Heinzelmann dann Preba nach Kopenhagen, mit dem Auftrage, die Verhandlungen auf der Baſis der vereinigten Herzogthümer, der vereinigten Landes-Verſammlung und eines gemeinſchaftlichen Statthalters zu eröffnen.

Wie war es aber doch nur möglich von Dänemark mit Unterhandlungen von Kiel aus erreichen zu wollen, was Deutſchland und Preußen nicht hatten erreichen können — zu befördern, daß Dänemark Schleswig gutwillig an die Inſurgenten abgeben ſolle, daß es gegen Preußens Heer zwei Jahre hindurch vertheidigt hatte? Die Abgeordneten wurden in Kopenhagen mit Nichtachtung empfangen, und mit einem leiſen Spotte hingehalten.

Kein Menſch dachte däniſcherſeits auch nur einen Augenblick daran, auch nur in wieklliche Verhandlungen einzutreten. Bis zum 29. Mai hatte das däniſche Miniſterium, wie die Statthalterſchaft ſelbſt es eingeſtand, in gewiſſer, wenn auch bis jetzt noch in ſehr entfernter Weiſe eine Neigung kundgegeben, ein Proviſorium eintreten zu laſſen.

Der König, bei dem die Abgeordneten am 24. April eine Audienz gehabt, verwies ſie an den Grafen Moltke, deſſen ſehr entfernte Neigung zur weiteren Verhandlung ſich allerdings dadurch kund gab, daß er ſich kaum Geſprächsweiſe mit den Abgeordneten einließ.

Auf alle Bitte um wieklliches Eingehen erhielten ſie die regelmäßige Antwort, daß die Statthalterſchaft erſt ihre Feindensliebe durch Permittieung der Armee bethätigen müſſe.

Die Abgeſandten fanden dieſe Forderung höchſt wunderbar, die Dänen fanden ſie ſehr natürlich. In Kopenhagen verhöhnte man Jene öffentlich. Sie machten noch einmal eine Eingabe am 7. Juni, dann verließen Heinzelmann und Preba die Stadt Kopenhagen.

Graf Reventlow, der die Friedensliebe der Statthalterſchaft durch erneuerte Verſicherungen bethätigen zu können glaubte, wurde zuletzt am 13. Juni polizeilich weggewieſen.

Dieſer ganze Vorgang erſchien ſo natürlich, daß es der Landes-Verſammlung ſehr leicht geweſen war, ihn ganz genau vorherzuſagen; die Stellung der Statthalterſchaft aber war ſo ſchief überhaupt, daß ſie jetzt auftrat, als hätte ſie nun endlich das Aeußerſte verſucht. Sie ſah aber oder wollte nicht ſehen, was um ſie hervorging.

In Waerſchau hatte indeſſen die Konferenz der drei Fürſten des Oſtens Statt gefunden, und das preußiſche Kabinet hatte die directe Weiſung erhalten, jetzt den Frieden mit Dänemark abzuſchließen.

Um der Weiſung mehr Nachdruck zu geben, waren in London weitere Verhandlungen eröffnet worden, bei welchen es ſich zwar nicht betheiligte, die aber von einem großen Einfluße in Berlin wurden, weidort alle Gr ößmächte ſich gegen Erneuerung der preußiſchen Angriffe auf Dänemark erklärten.

Preußen beeilte ſich jetzt die Sache zu beendigen. Am 2. Juli wurde endlich jener Friede unterzeichnet, der einfach die Rechte, welche jede Macht vor dem Kriege gehabt, denſelben reſervirte, und dem Könige von Dänemark im Artikel 4 das Recht gab,

die Intervention des Bundes zu reklamiren; im Falle dieselbe ohne Wirkung bliebe, sollte es berechtigt seyn, seine militärischen Operationen auch auf Holstein auszudehnen.

Nach Artikel 5 sollten innerhalb sechs Monaten Kommissäre für die Grenzregulirung zwischen Schleswig und Holstein eintreten. Fast gleichzeitig erschien das Londoner-Protokoll vom 4. Juli, in welchem Rußland, England, Frankreich und Dänemark gemeinsam erklärten, es sey ihr Wunsch den Frieden im Norden hergestellt zu sehen.

Preußen war damit isolirt. Das Natürlichste war jetzt eine Verbindung der Herzogthümer mit Preußen.

Aber Preußen hatte durch seinen Frieden auch die Herzogthümer aufgegeben, und jetzt standen diese ganz allein da. Zwar ließ die Ratifikation des preußischen Friedens von Seiten der einzelnen deutschen Mächte auf sich warten, aber sie kam doch.

Was jetzt geschehen mußte war klar. Holstein mußte jetzt den Krieg gegen Dänemark unter den ungünstigsten Bedingungen allein führen, denselben Krieg, den man mit Aufopferung Schleswigs länger als ein halbes Jahr von Kiel aus vermieden hatte, und an den man nicht hatte glauben wollen, bis endlich Dänemark ihn mit allen Vortheilen aufnahm, die aus der Ueberraschung Schleswigs entstehen mußten. Dieses war die Frucht der Verzögerungspolitik.

Jetzt konnte nur noch außerordentliches Glück oder ein außerordentliches Talent helfen, aber Schleswig-Holstein hatte weder Glück noch Genius.

Wenn man den General Willisen als den bloßen General der Herzogthümer Schleswig-Holstein's ansieht und seine Thätigkeit, sein Glück und sein Unglück aus diesem Gesichtspunkte beurtheilt, so täuscht man sich. General von Willisen war der unbedingte Herrscher in Schleswig-Holstein, sobald er den Krieg wollte; er war zugleich eine politische und militärische Macht.

Alles, was die Herzogthümer für den Norden von Europa bedeuteten, lag in seiner Hand; er war für kurze Zeit, nach dem Abschlusse des Berliner-Friedens und des Londoner-Protokolls, die wichtigste Person vielleicht in ganz Europa.

Wenn er seine Stellung begreifen wollte, so konnte er für die Herzogthümer, für sich selbst und für das ganze Deutschland daß Außerordentlichste erringen. Aber es gibt Menschen, die nur zum Nachdenken über dasjenige geboren sind, was Andere in ihrer Stelle vollbracht haben würden.

Gerade zur Zeit als Willisen in den Herzogthümern ankam, hatte die Statthalterschaft zum Theil durch seine Ernennung die letzte Opposition der Landes-Versammlung beseigt: sie hatte Geld, Truppen, Macht und Leitung der Angelegenheiten zugleich in ihren Händen, ohne irgend ein Gegengewicht. Sie hatte die ganze Macht einer halb zivilen und halb militärischen Diktatur.

Der Ernst der Dinge ließ die Gefahr einer Störung der höchsten Leitung noch größer erscheinen, als die Mangelhaftigkeit der Einsicht, welche in ihr herrschte. Das Volk der Herzogthümer gehorchte unbedingt, obgleich ein sehr großer Theil desselben auf das innigste von der Verkehrtheit der Grundsätze und der Energielosigkeit der Regierung überzeugt war, wie nun daselbst die sonst so gehorsame, zu zwei Fünfteln aus Braunten zusammengesetzte Landes-Versammlung gezeigt hatte.

Diese allein herrschende Statthalterschaft aber hatte sich bis jetzt, wie wir gesehen haben, Preußen ganz in die Arme geworfen, trotz der entschiedenen Opposition der Majorität des Landes.

Bis zum Abschluß des Friedens vom 2. Juli war es daher Preußen, das in den Herzogthümern allein die faktische Gewalt hatte. So lange konnte auch der preußische General Willisen zu seinem ganzen Einfluße nicht gelangen. Jetzt aber hatte Preußen das Feld geräumt.

Der Hauptvertreter der preußischen Politik von Harbou, dessen Klugheit mit dem Rücktritte Preußens das Ende der schleswig-holsteinischen Erhebung kommen sah, nachdem es durch Preußens Theilnahme vorbereitet war, hatte seine Entlassung eingereicht, und Franke, bekannt aus der Frankfurter National-Versammlung, ein Mann von großer Gewandtheit, aber durchaus ein Verwaltungs-Beamter und nichts mehr, ohne tiefern Blick in die Verhältnisse und zu feieden mit der Thatsache seiner Verwaltung, war in den auswärtigen Angelegenheiten an seine Stelle getreten.

Schleswig-Holstein stand allein; es hatte in seiner ganzen Regierung nicht einen einzigen Mann, der den kommenden Dingen auch nur entfernt gewachsen gewesen wäre. Aber diese Regierung war unter Bonin gut gewöhnt geworden, dem kommandirenden Generale absolut zu gehorchen.

Im Felde mußte dieses doppelt der Fall seyn; und so war schon darum Willisen durch die Natur der Verhältnisse an die Spitze aller Dinge in den Herzogthümern gedrängt. Dazu kam noch, daß er wirklich ein hochbegabter Mann war, der sie Alle überfah, und seine Persönlichkeit vollendete, was die Verhältnisse begründeten. Er war der eigentliche Regent von Schleswig-Holstein, besonders in Allem, was die äußern Verhältnisse anbelangte.

Es ist unbestimmt, ob Willisen das wußte, als er nach Schleswig-Holstein kam; aber drei Momente hatten es ihn vollständig gelehrt.

Die Gewißheit davon nöthigte ihn, fast ohne Rücksicht auf die Regierung eine selbstständige Politik sich auszudenken. Er fing an, sich selbst ein Ziel zu bilden, und seine ganze militärische Stellung nur als Mittel für diesen Zweck zu betrachten.

Die Auffassung aber, die ihm ward, — war in jeder Weise eine verhängnißvolle. Er kam zu der Ueberzeugung, daß mit den Waffen der Herzogthümer auch im allergünstigsten Falle, auch bei völliger Vernichtung des dänischen Heeres, durchaus nichts Bestimmtes für die erstern gewonnen werden könne,

da dieſelben doch immer alle Mächte Europa's gegen ſich haben würden.

Er betrachtete daher ſein Heer als das Mittel zur Verbandlung mit Dänemark, und hat mit demſelben niemals ſo ſehr den Feind militäriſch bewältigen, als den Gegner diplomatiſch zur Annahme möglichſt günſtiger Bedingungen beſtimmen wollen.

So geſchah es, daß dieſem General ſein Heer das Untergeordnete ward; der Feldzug war ihm ein Friedens-Verſuch, nicht ein Ringen um den Sieg. Je weiter die Hoffnung auf diplomatiſches Nachgeben ſchwand, deſto weiter ſank ihm das Vertrauen zu ſeinem Heere, er achtete es nur in dem Maße, in welchem es ſeinen politiſchen Planen Nachdruck zu geben vermochte.

So entſtand ein Verhältniß, welches zu nichts Guten führen konnte. Und dazu kam, neben einer beſtändigen Verbindung mit Berlin, welche, an ſich durchaus natürlich und tadellos, doch großen indirekten Einfluß ausübte, noch ein anderes, welches nicht geringere Bedeutung hatte.

Williſen war, um kurz die Sache zu bezeichnen ein militäriſcher Doktrinär; er war überall kein Soldat. Von jeher mit der reinen Generalſtabs-Wiſſenſchaft beſchäftigt, ohne eigentliches Kommando, kannte er weder den Soldaten noch auch die Mittel, ſein Zutrauen und ſeine Liebe zu gewinnen.

Er hat nie gewußt, wie mächtig dieſe beiden Dinge ſind, er hat nie begriffen, daß ein Heer mit ſeiner Perſönlichkeit, mit der Perſönlichkeit ſeiner Abtheilungen, ihrer gemeinſchaftlichen Angewöhnung, ihrem Regiments- oder Bataillonsgeiſte etwas eigenthümlich Lebendiges ſelbſtſtändig Wirkendes iſt.

Er beging daher den großen Fehler, nie ſich mit dem Soldaten bekannt zu machen; er beging den zweiten nicht weniger großen Fehler, die alte Eintheilung der Bataillone und Brigaden nicht blos als er kam, ſondern auch ſpäter vor dem Feinde, beſtändig umzugeſtalten, und durch dieſe immer neue Schichtung der Maſſen und Elemente jenen eigenthümlich bindenden Kitt der Heeresglieder, der in der Schlacht ſo oft mehr werth iſt, als auch der beſte Führer, beſonders wo keine großen Ebenen regelmäßige Schlachten geſtatten, vollkommen aufzulöſen.

Dieſes war um ſo gefährlicher, als man ſehr viele Freiwillige aus Deutſchland aufnehmen mußte, und ſich ſo das alte Band, die Tradition der Schlachtengemeinſchaft des vorigen Jahres, faſt vollſtändig löſte.

So groß war der Einfluß dieſer unglückſeligen Maßregel, daß der gemeine Soldat ſich den General Bonin trotz der unverantwortlichen Schlacht von Fridericia zurückwünſchte.

Und endlich bewirkte der General durchaus keinen Generalſtab. Preußen hatte indirekt dafür geſorgt, daß die Herzogthümer ohne allen Generalſtab blieben.

Wer ein Heer kennt, weiß, daß man 30,000 Mann tüchtiger Leute und ſelbſt ein ganz tüchtiges Offiziers-Korps in einem Jahre ausbilden kann; aber ein Generalſtab iſt die Frucht langer Arbeit.

Dänemark dagegen beſaß einen ſehr guten, mit allen Verhältniſſen auf das Genaueſte bekannten Generalſtab, neben einer bedeutenden numeriſchen Uebermacht. So erſchien nun auf dem Kampfplatze ein doktrinärer General mit einem doktrinär umgewandelten Heere, ohne eigentlichen Generalſtab, denen mit etwa hundert Offizieren weniger, als es nöthig hatte, ohne ausreichende Artillerie, mit Vernachläſſigung des ſchon von Napoleon anerkannten Grundſatzes, daß man bei neuen Truppen auf tauſend Mann wenigſtens drei Geſchütze haben müſſe, mit ziemlich ſtarker Kavallerie, die in dem vorliegenden Terrain gar nicht zu benutzen war, und ohne perſönliche Zuneigung in ſeinem General, gegenüber einem ſtärkeren Feinde, der die See zugleich beherrſchte.

Die Ausſichten waren alſo nicht glänzend; aber der Muth der Truppen und eine energiſche Führung konnten Alles wieder gut machen.

Der erſte Bericht, den der General von Williſen an die Statthalterſchaft machte, und alle Freunde der ſchleswig-holſteiniſchen Sache zu einem ernſtlichen Nachdenken brachte, war des Inhalts: »Daß man, in der Erwartung eines friedlichen Ausganges, die Bataillone des Heeres auf 500 Mann reduzirt habe; daß man ſelbſt noch nach dem 27. Juni die Formation auf den Kriegsfuß aufgeſchoben: und ſie erſt dann angeordnet habe, als am 2. Juli plötzlich und unerwartet die Nachricht von dem wirklich abgeſchloſſenen Frieden eingegangen, ſo, daß man in dem kurzen Zeitraume von acht Tagen die Armee auf den großen Kriegsfuß habe ſetzen müſſen. Das war durchaus nicht geeignet, die weiter Sehenden irre zu machen.

Man wußte im ganzen Lande, ſchon ſeit langer Zeit her, daß Dänemark aus aller Macht rüſte; man klagte, daß es alle, irgend nur waffenfähige Mannſchaft aus Schleswig aushob; man war im Stande, wie ſich das ſpäter zeigte, als es nichts mehr nützte, die ſchleswig-holſteiniſche Armee auf 40,000 Mann zu bringen; man ging dem entſcheidenden Augenblicke für das ganze Schickſal der Herzogthümer, und einem ſtärkeren Feinde entgegen — und man war acht Tage vor dem Ausrücken noch auf dem Kantonnementsfuße. So lagen jetzt die Sachen in den erſten Tagen des Monats Juli, als der Krieg unvermeidlich geworden war.

Das Land war übrigens voll von Begeiſterung und dem beſten Willen, und ſo kamen auch trotz der däniſchen Gewaltmaßregeln viele Wehrpflichtige ſelbſt von dem Haderslebenſchen Bezirke zur Armee.

Die Statthalterſchaft erließ am 8. Juli eine Proklamation, worin ſie erklärte, daß jedem däniſchen Einbruche, unter welchen Verſicherungen er auch geſchehen möge, die Gegenwehr Folgen werde.

Am 10. Juli löſte ſich die Landes-Verwaltung auf, und Tillisch ſo wie Eulenburg verließen Flensburg. Van der Tann, berufen und geliebt in den Herzogthümern, kam mit mehreren baieriſchen Offizieren in Rendsburg an; die preußiſchen Truppen zogen ab, und die däniſchen Beamten im Süden Schleswigs flüchteten ſich.

Der König von Dänemark aber erließ eine Proklamation an die Schleswiger, und ein Manifest an die Holsteiner, in welchem er sie zum letzten Mal zur Unterwerfung aufforderte.

An ein Nachgeben war aber indessen nicht mehr zu denken. Die dänischen Kriegsschiffe legten sich vor den Häfen, und eine Abtheilung besiegte Fehmaern welches von den schleswig-holsteinischen Truppen gänzlich verlassen war.

Vor dem Kieler-Hafen erschien ein starkes russisches Geschwader, das neben dem dänischen in zwei Seemeilen Entfernung vom Lande ankerte. Die dänischen Streitkräfte setzten sich in Bewegung vom Norden, die deutschen Streitkräfte vom Süden.

Am 15. Juli kam der General Willesen aus Rendsburg selbst in Schleswig an, und ließ Eckernförde und seine berühmten Schanzen besetzen.

Am 14. Juli war der Haupttheil der Armee in Schleswig; — am 15. Juli rückte die Avantgarde in die Stellung von Jestedt und Wedelspang, und am 16. Juli konzentrirte sich die ganze Armee auf diesem Punkte.

Am 20. Juli nahm Willisen selbst sein Hauptquartier in Falkenberg, eine halbe Stunde südlich, und erließ von hier aus eine Proklamation an das Heer, in welcher er mit den Worten schloß: »Ich wiederhole Euch, daß ich mit dem letzten Mann ausharren werde. »Aber wie hat dieser General Wort gehalten! —

Schon diese ganze Bewegung hatte für diejenigen, welche die Bewegung der dänischen Armee und die Verhältnisse des Terrains kannten, etwas ungemein Beunruhigendes; und es war schon jetzt der Grund des Zweifels, der über die militärischen Fähigkeiten und den Willen des Generals entstand, darzulegen.

Die dänische Streitmacht bestand aus zwei Hälften, von welchen die erste Hälfte auf Alsen konzentrirt war, während die zweite Hälfte noch in Jütland stand.

Der General von Willisen war ein großer militärischer Schriftsteller, und wußte doch, daß man den Feind nicht seine getheilten Kräfte verbinden lassen darf.

Die Stellung bei Flensburg, die wenigstens ebenso fest war als die bei Jestedt, würde also eine solche Verbindung der beiden dänischen Armee-Korps unmöglich gemacht haben, weil sie den Uebergang von Alsen nach dem Festlande beherrschte; und die Nord-Armee der Dänen wäre dann ganz außer Stande gewesen, sich mit jener zu verbinden.

Gesetzt auch, man wollte einen bloßen Defensiv-Krieg führen, so wäre die Führung desselben durch die Befestigung dieses Punktes von selbst gegeben gewesen; es war also ganz unmöglich für die Dänen, im Norden weiter als bis nach Hadersleben zu kommen; und Schleswig wäre also so gerettet gewesen.

Von Kolbing aber nach Flensburg ist die Entfernung um einen Tagmarsch weiter als von Rendsburg. Die Macht von Alsen konnte sich nicht allein nach Flensburg wenden, um nicht von der Uebermacht erdrückt zu werden.

Im ungünstigen Falle für die Schleswig-Holsteiner war bei Bilschau und Oeversee eine starke Rückzugs-Linie; zwei Meilen südlicher die Stellung von Jestedt; dann die Schlei und endlich Rendsburg.

Es war also absolut unmöglich, alles dieses nicht anzuerkennen; aber was that der General Willisen? Er blieb bei Jestedt stehen, erlaubte dem Feinde, sich zu verbinden, Flensburg, die wichtigste Stadt von Schleswig einzunehmen, und ganz Angeln bis zur Schlei zu besetzen. Er ließ ihm — was fast unglaublich ist — die ganze Westküste offen, so daß die dänische Kavallerie bis nach Husum kam, während er immer noch ganz ruhig bei Jestedt stehen blieb, ohne sich zu bewegen.

Noch immer hat es Niemand begreifen, wie der General von Willisen, der weder den Auftrag noch das Recht dazu hatte, die ihm anbefohlenen militärischen Bewegungen politischen Ansichten unterzuordnen; es zu verantworten gedenkt, daß er gegen seine eigene Ansicht von der Wichtigkeit jener Bewegung nach Bau dieselbe nicht ausführete.

Der General von Willisen, den Niemand berufen hatte, nach zweijährigen nutzlosen Verhandlungen noch einmal den Unterhändler zu spielen, erlaubte sich, von Schleswig aus, an den General der dänischen Armee von Krogh ein Schreiben zu richten, in welchem er es für seine Pflicht erklärte, noch einmal einen Versuch zur Lösung des unseligen Streites zu machen; in welchem er es wage, dem feindlichen Generale offen zu gestehen, daß er seit vielen Tagen die Bewegung seiner Armee angehalten und große militärische Vortheile aus der Hand gegeben habe; um eine Verständung anzubahnen, die aber zu suchen nicht seine Sache war.

Eben so gestand er in einem veröffentlichten Armee-Berichte vom 16. Juli mit folgenden Worten: »Düesten nur militärische Rücksichten über Das entscheiden, was zunächst zu thun ist, so wäre nichts vortheilhafter, als die Bewegung schnell bis Bau fortzusetzen, und so dem Feinde seinen wahrscheinlichen strategischen Aufmarsch zu stören.

Es schrint aber angemessen, diesen großen militärischen Vortheil zu opfern, um die Aufrichtigkeit der Gesinnung, welche eine friedliche Lösung stets gewollt hat und noch will, auf das unwiderleglichste darzuthun.«

Als jener Armee-Bericht vom 16. Juli bekannt wurde, entstand eine tiefe geheime Verstimmung unter den vernünftigern, und ruhig überlegenden Männern, denn Schleswig schien unter solchen Umständen preisgegeben.

Immerhin war dadurch die Lage des schleswig-holsteinischen, in acht Tagen auf den Kriegsfuß gesetzten Heeres eine sehr bedenkliche, denn beide Flanken im Osten und Westen waren den Dänen offen, und ganz Angeln lieferte ihnen seine reichen Vorräthe und viele Rekruten.

General Willisen aber, der mehrere Tage ganz unthätig bei Jestedt stand, ließ nicht einmal eine

Malý morský boj před Nowoměstkym připlawem.

Le piccola battaglia navale avanti il porto di Neustadt.

A kistengeri csata az Ujhelyi rév előtt.

Der kleine Seekampf vor dem Neustädter Hafen.

Verſchanzung an den Hauptpunkten ſeiner Vertheidigung oder Defenſions-Linie anlegen.

Ja man mußte mit den neuen Truppen noch den Tag vor der Schlacht exerziren, um ſie zu gewöhnen, und ſie zugleich mit ihren Offizieren bekannt zu machen.

Obſchon ſich der General ſelbſt wenig um die Soldaten kümmerte, ſo war die Stimmung dennoch friſch, jedoch ſahen ſehr Viele der Entſcheidung mit einem großen Bedenken entgegen.

Indeſſen rückte das däniſche in ſchönſter Ordnung geſammelte Heer heran; welches nach ihrer Angabe 38,000 Mann unter Waffen, und gegen 90 Kanonen zählte.

Das Heer der Herzogthümer wurde auf ungefähr 27,000 Mann mit 72 Kanonen angegeben, doch fehlten gegen hundert Offiziere.

Wohl hatten ſich viele tüchtige ausländiſche zum Theil auch öſterreichiſche und ungariſche Offiziere angeboten; allein man ließ lieber die Truppen ohne Führer, als daß man ihnen Offiziere gegeben hätte, die im Geruche liberaler Anſichten ſtanden.

Eben ſo fehlte auch ein eigentlicher Generalſtab, denn van der Tann, der zum Partheigänger wie geſchaffen war, ward unverſtändiger Weiſe Chef deſſelben. So waren alſo hier große Gebrechen auf allen Seiten, allein das Heer war gut.

Bereits am 19. und 20. Juli nahmen die Plänkeleien und Scharmützel ihren Anfang. Die Dänen zogen ſich ungeſtört nach dem Weſten, um den linken Flügel zu beherrſchen, und auch im Oſten beſetzten ſie alle wichtigen Punkte.

Die Armee hatte, ehe die Schlacht kam, nur eine Rückzugs-Linie. Das Haupt-Korps mußte über Schleswig; der ganze rechte Flügel, der vorausſichtlich am meiſten gefährdet war, ſollte eine Meile von Schleswig, geteennt vom Hauptkeeps bei Miſſunde über die Schlei gehen. Die Entſcheidung rückte heran und das Land erwartete dieſe in einer athemloſen Spannung.

Während die Dinge ſo auf dem Lande ſtanden, hatten ſich zur See ſchon die Kräfte gegenſeitig in kleinen Gefechten gemeſſen. Eines dieſer See-Gefechte hatte einen zu eigenthümlichen Charakter und darf dieſerwegen hier nicht übergangen werden.

Von geringer Bedeutung war es, daß am 21. Juli die däniſche Dampfkriegs-Fregatte »Holger Danske« mit dem ſchleswig-holſteiniſchen Dampfſchiffe »Bonin« ein kurzes Gefecht beſtand, in welchem die erſtere zum Rückzuge genöthigt ward.

Auch bei Heiligenhafen wurden die däniſchen Kanonenboote mit einigem Verluſte zurückgeſchlagen. Trauriger aber war der Untergang des kleinen Schraubendampfſchiffes »Van der Tann,« welches unter der Führung des Lieutenant Lange von Neuſtadt ausgehend, eine däniſche Priie (Beute) gemacht hatte, und damit in den Hafen zurückkehren wollte.

Plötzlich erblickte der Kommandant ein großes däniſches Dampfſchiff, daß zwiſchen ſeinen Kues und dem Neuſtädter Hafen hinſteuerte.

Der Uebermacht weichend, kehrte der Lieutenant Lange um, und lief mit ſeinem gemachten Fang in den travemünder Hafen ein. Hier erklärte man aber demſelben, von Seiten Lübeck's, daß er auf einem neutralen Boden ſey, und daß er ſeine Beute fahren laſſen müſſe, zugleich wurde ihm auch plötzlich von Seite der deutſchen Hanſeſtadt, nämlich der Nachbarin des ohnehin bedrängten Schleswig-Holſtein eröffnet, daß er nun entweder ſein Schiff deſarmiren, oder es von den Lübecker Behörden beſetzen laſſen müſſe.

Umſonſt proteſtirte jetzt der Lieutenant gegen dieſes, alles Völkerrecht auf ſchreiende Weiſe verletzende Verfahren; umſonſt machte er geltend, daß man ja doch in Lübeck nicht bei Ruſſen und Dänen, ſondern bei Deutſchen ſey, die nachbaelich mit den Herzogthümeen verbunden ſeyen.

Aus denſelben Haſen, aus welchem einſt vor nicht dreihundert Jahren deutſche Flotten ausgereizelt hatten, um Kopenhagen zu erobern und Stockholm zu bändigen, mußte jetzt ein ſchleswig-holſteiniſches Kanonenboot, verteieben von Deutſchen, die See ſuchen, wo der Feind mit Uebermacht lauerte; denn indeſſen hatte das däniſche Dampfſchiff eine Korvette und einen Kutter dreheigeholt und ſich vor den Neuſtädteer-Hafen geiegt; wodurch alſo der Untergang des kleinen, nur mit zwei Kanonen bewaffneten Schiffes ganz gewiß war.

Lieutenant Lange, in der Alternative oder Nothwahl, entweder den Lübeckern oder den Dänen ſein Schiff laſſen zu müſſen, zog es vor, den Kampf mit den Dänen zu verſuchen. Er lichtete ſeine Anker, und ſteuerte gerade auf den Neuſtädter Hafen zu.

Jetzt geiff ihn die däniſche Flottille an; aber das kleine Boot wehrte ſich mit aller Keafr. Das däniſche Dampfſchiff wurde kampfunfähig; die Korvette konnte nicht to nahe an das Ufer, inzwiſchen teat auch die Nacht ein, und ſchon hoffte Lange mit ſeinem Schiffe den Hafen erreichen zu können; als es aber das Unglück wollte, daß der Lootſerd be m Ufer zu nahe brachte.

Das Hinteetheil des Schiffes ſtieß auf; die Maſchine arbeitete eine Minute lang foet, und zeigt neigte ſich das Schiff auf die Seite, wodurch die Kanonen unbrauchbar und jede weitere Vertheidigung unmöglich gemacht wueden.

Die Dänen konnten nun herankommen, aber Lange, in der Vorausſicht, daß der Feind jetzt das unbewehrte Fahrzeug in ſeiner Gewalt habe, entſchloß ſich, daſſelbe in die Luft zu ſprengen.

Die däniſche Korvette verlor während des Kampfes das Steuerruder, und wurde außerdem an Rumpf und Takelage ſo ſtark beſchädigt; daß ſie am folgenden Tage von einem däniſchen Dampfſchiffe in's Schlepptau genommen werden mußte.

So endete dieſes kleine Seegefecht unglücklich, aber nicht unrühmlich für die ſchleswig-holſteiniſche Flagge.

Dieſes geſchah am 22. Juli und den nächſtfolgenden Tag waeen bei Idſtedt die beiden Armeen einander gegenüber getreten.

Alle Vorbereitungen von Seite der Dänen waren getroffen, und so nahete der entscheidende Tag.

Die Schlacht von Idstedt gehört zu den blutigsten, welche die Geschichte der neuern Zeit kennt; denn der zehnte Mann auf beiden Seiten wurde gefangen, verwundet, oder blieb todt auf dem Schlachtfelde.

Diese Schlacht hat über das Schicksal des Herzogthums Schleswig entschieden, aber dennoch ist sie in ihrer Anlage, in ihrem Verlaufe und in ihrem Ende nur die unglückselige Konsequenz unglücklicher Voraussetzungen.

Sie zeigt im kleinsten Bilde alle Elemente der ganzen schleswig-holsteinischen Erhebung: Tapferkeit des Volks, Festigkeit desselben im Unglück, aber Zersplitterung seiner Kräfte, dargestellt in der ganzen Schlachtordnung, Halbheit in der Ausführung, und Kraftlosigkeit der höchsten Führung — vor Allem aber dasjenige, was jenes Jahr in allen Theilen auszeichnete, die entscheidende Ungunst des Geschicks.

Wenn man die Karte von dem Herzogthume Schleswig-Holstein vor sich ausbreitet, so findet man fast in der Mitte von Süden nach Norden hinaufgehend eine Linie, welche durch die Treene, den Hauptzufluß der Eider, gebildet wird. Die Treene ist fast ihrer ganzen Länge nach mit Sümpfen und Morästen umgeben, die nur an einzelnen Stellen einen Uebergang möglich machen.

Der Osten der Treene war von beiden Heeren fast ganz frei gegeben. Im Norden von Schleswig geht die Straße in der Nähe von zwei Seen vorbei, des kleinern Idstedter See's, der in nordwestlicher Richtung vor dem langen aber schmalen Langsee liegt, und nur durch einen ziemlich schmalen Landweg von dem Letztern getrennt ist.

Links am Idstedter-See liegt Idstedt und der Idstedter-Krug, mit dem kleinen Idstedter-Holze, wo die Straße nach Norden hinunter das Schlachtfeld verläßt.

Hinter dem Idstedter und dem westlichen Theile des Langsee's ist das Westerholz; im Norden des Langsees ist das Gryderholz, am östlichen Ende des Langsees liegt Wedelspang.

Der ganze Westen dieser Stellung ist durch die Treene und ihre Sümpfe gedeckt; im Südosten der Idstedter-Stellung liegen die Dörfer Silberstedt, und noch weiter hinaus Schubye. Dieses war die Stellung, in welcher der General Willisen den Feind erwartete.

Da nun der Langsee den ganzen rechten Flügel seiner Armee und die Treene den ganzen linken Flügel deckte, so waren die beiden Punkte, auf die es für die Vertheidigung ankam; zuerst die Straße besonders bei Idstedt-Krug, wo der Hauptangriff zu erwarten war, und dann die Passage zwischen dem Idstedter und dem Langsee; jener Punkt lag in der Fronte, dieser hot, wenn er forcirt war, eine große Gefahr für die ganze Linie überhaupt dar.

Es war daher fast mit absoluter Nothwendigkeit gegeben, daß während der neun oder zehn Tage, in welchen die Armee die Stellung in Besitz hatte, diese beiden Punkte wenigstens einigermaßen verschanzt werden mußten.

Wenn die Aufrichtigkeit der Gesinnungen des Generals von Willisen überall eine Defensive zuließ, so mußte sie auch Verschanzungen zulassen, wo sie der Natur der Verhältnisse nach geboten waren.

Es ist schwer zu erklären, aber es ist Thatsache, daß diese Verschanzungen in der Hauptstellung gar nicht, und in der zweiten Stellung zwischen beiden Seen gleichfalls nicht in irgend einer nennenswerthen Weise Statt gefunden haben.

Es ist ganz unbestritten, daß, wenn dieses geschehen wäre, daß der letzte Angriff der dänischen Garde, der nur den Rückzug der bereits geschlagenen dänischen Armee decken sollte, nimmer das ganze Schicksal der Schlacht gewendet hätte.

Diesen ersten und vielleicht größten Fehler des Generals von Willisen hat er selbst niemals, ja nicht einmal zu entschuldigen, viel weniger zu erklären versucht.

Die Anordnung des Generals von Willisen war folgende. Die erste Brigade war die westlichste, und hatte zur Aufgabe, den linken Flügel durch die Vertheidigung der Treene-Uebergänge, besonders bei der Fähre von Sollbrück zu decken.

Nordöstlich von dieser, hinter Idstedt-Krug, stand die Avantgarde. Die vierte Brigade, das eigentliche Centrum stand hinter dem Idstedter-See in konzentrirter Stellung.

Die dritte Brigade unter den General von der Horst stand in der Mitte des Langsee's, wo eine Laufbrücke über denselben ging — die für Geschütz nicht anwendbar war und keinen Brückenkopf hatte, so daß die ganze Brigade in Zügen von zwei zu zwei Mann hinüber seinen Stand verlassen mußte. Die zweite Brigade stand am äußersten Ende des Langsees.

So entwarf der General eine Stellung, denjenigen ähnlich, welche er selbst den österreichischen Generalen in den italienischen Kriegen unter Napoleon zum Vorwurf gemacht hatte; — er trennte nämlich die Armee in drei große Theile, die miteinander in sehr geringer Verbindung standen, wovon die Folge war, daß die dritte und zweite Brigade bei dem Hauptstoße der dänischen Armee gar nicht benutzt werden konnten, und als Siegare selbst besiegt wurden.

Die Dänen, welche sehr tüchtige Offiziere hatten, erkannten sogleich die Schwäche dieser Stellung, und warfen sich mit ihrer ganzen Kraft auf das Centrum, welches nur aus zwei Brigaden bestand.

General Willisen hatte seinen ganzen rechten Flügel aus der Hand gegeben, und auch den General von der Horst vom Haupt-Korps getrennt. Es war große Wahrscheinlichkeit, daß das Gros der dänischen Armee das Centrum brechen werde, wenn auch mit großen blutigen Opfern. Die zwei Brigaden des Langsees waren dann nutzlos, auch wenn sie ganz unbeschädigt waren, denn nur auf solche Weise konnte die Schlacht von den Dänen gewonnen werden.

Die Dänen fingen den Kampf bereits am 24. Juli an. Sie griffen zunächst den linken Flügel an, nachdem sie eine Abtheilung im Norden über die Treene setzten, um wo möglich die Fähre bei Sollbrück zu forziren; zugleich griffen sie auch die Stellung des Centrums bei Idstedt an.

Ihre Absicht war, wenn dieses gelingen würde, sich den Angriff auf die Fronte zu ersparen, und die ganze Stellung der schleswig holsteinischen Armee von Westen her aufzurollen. Allein hier trafen sie auf einen der tapferesten Offiziere der letztern, nämlich den General Bauditzin.

Das Gefecht fing des Morgens gegen 8 Uhr an; bald rückten mehrere Truppen heran; Artillerie wurde von beiden Seiten aufgefahren und der Kampf dauerte mit großer Hartnäckigkeit bis Abends um 6 Uhr; um welche Zeit die Dänen geworfen waren, und Idstedt war von den Deutschen wieder gewonnen.

Um 10 Uhr stand das Gefecht bei Hellgbeck mehrere Stunden, bis ein konzentrirter Angriff der Avantgarde den Feind warf. Eine kleine Jäger-Abtheilung von hundert Mann hielt während dieses Tages die Fähre von Sollbrück mit einem unerschütterlichen Muthe gegen die Angriffe mehrerer dänischer Bataillone den ganzen Tag, bis erst der Abend sie ablöste.

Die Dänen hatten einen starken Verlust erlitten, hatten dabei eingesehen, daß der linke Flügel auf diesem Wege nicht zu forziren sey; und mußten daher die Stellung in der Fronte angreifen. Diesen entschriebenen Angriff durfte man für den nächsten Tag den 25 Juli erwarten, wozu die ganze dänische Armee bereit war.

Der General Willisen, in der Voraussicht des Hauptkampfes hatte sich für denselben folgende Anordnungen gemacht. Der linke Flügel sollte einfach mit der ersten Brigade und der Avantgarde sich halten, ohne über Idstedt weit hinauszugehen; die Avantgarde besonders sollte Idstedt um jeden Preis halten.

Die ganze vierte Brigade sollte mit dem frühesten Tage aus ihrer konzentrirten Stellung am Idstedter-See ausrücken, und die obige Stellung der Avantgarde unterstützen. Diese ganze Heeresmasse sollte daher sich wesentlich vertheidigungsweise verhalten.

Den eigentlichen Angriff auf die Dänen, von denen man mit Sicherheit erwarten konnte, daß sie ihrerseits ihren Hauptangriff gegen die oben bezeichnete Position bei Idstedt richten würden, sollte nun nach dem ursprünglichen Plane des Generals von der Brigade von der Horst, welche hinter dem Langfee stand, und von der Brigade Abercron, die bei Wedelspang aufgestellt war, ausgehen.

Beide Brigaden sollten um 3 Uhr früh ausmarschiren. Die Brigade Horst sollte die Laufbrücke des Langsees passiren, und gerade nordwärts auf Stolk und Oberstolk marschiren, um dem Feind, der das Centrum angriff, hier in die Flanke zu fallen. Die östlichste Brigade Abercron sollte gleichfalls von Wedelspang aus auf Stolk und Oberstolk um 3 Uhr Morgens vordringen, und sich dort mit der Brigade von der Horst vereinigen.

Wirft man einen Blick auf diesen entworfenen Schlachtplan, so hatte er offenbar zwei sehr große Fehler, welche einen Sieg von vornehinein höchst unwahrscheinlich machen mußten

Endlich hatte das eigentliche Centrum bei Idstedt mit nur drei Brigaden die Aufgabe, der ganzen feindlichen Macht zu widerstehen; und dieses war bei der entschiedenen Ueberlegenheit derselben an Mannzahl und Kanonen ein höchst gefährliches Unternehmen mit Truppen, welche erst acht Tage vor dem Ausmarsche gesammelt worden sind. Dann aber war der Kern der Schlacht eigentlich der Sieg der östlichsten, Abercron'schen Brigade.

Kam diese in Unordnung, und gelang es ihr nicht bis nach Oberstolk zu kommen, und dort sich mit der Brigade von der Horst zu verbinden, so war nicht etwa blos die Offensive des Tages verloren, und die Brigade von der Horst in einem hohen Grade gefährdet, sondern es war auch gar keine Möglichkeit mehr vorhanden, in diesem Falle das Centrum durch jene Brigade zu unterstützen.

Sie konnte vollständig unterstützt bleiben, und doch die ganze Schlacht verloren werden, da das Centrum entschieden zu schwach war, um dem Feinde zu widerstehen, und da auch Willisen dieses Centrum nicht mit einer einzigen Schanze gegen die anerkanntesten Regeln der Kriegskunst versehen hatte.

Wäre aber gar jene Brigade Abercron im Norden des Langsees geschlagen worden, so hatte sie keine gesicherte Rückzugs-Linie, da die Laufbrücke über den Langsee ohne alle schützende Verschanzung geblieben, und, wie gesagt, nur für zwei und zwei Mann gangbar war. Die Brigaden Horst und Abercron hatten daher die Ehre, aber auch die sehr große Gefahr des Tages zu tragen; und so mußten die Fehler jener Anordnung des Generals Willisen durch seine Brigadiers wieder gut gemacht werden.

Kaum hatte der Feind um 3 Uhr Morgens den Kampf auf der ganzen Linie eröffnet, als auch schon dem General Willisen die Angst vor den Bedenklichkeiten, die jener Plan allerdings hatte, überfiel.

Als die Brigade Schleppegrell das Grydeholz im Norden des Langsee's besetzt hatte und von da aus einen ersten heftigen Angriff auf die Brigade Abercron eröffnete, ließ der General Willisen die letztere Brigade fast ohne alle weitern Befehle.

Abercron drang nicht vor, und als er wohl vordringen konnte, stand derselbe still, da der General Willisen ihm keine Ordonnanz zukommen ließ.

Von der Horst, ein Soldat im höchsten Sinne des Wortes, hatte den Plan vollkommen aufgefaßt, und ging sofort über den Langsee mit seiner ganzen Brigade, marschirte mit seinen Bataillonen gegen 5 Uhr geradezu auf Oberstolk und durchschnitt auf diese Weise die Brigade Schleppegrell.

Wenn jetzt Abercron von Osten her über den Langsee gekommen wäre, so wäre die ganze Brigade Schleppegrell verloren, der linke dänische Flügel vernichtet, und schon des Morgens um 7 Uhr die Schlacht

gewonnen gewesen. Es war der erste entscheidende Moment des Tages.

Schleppegrell ein tüchtiger Offizier, erkannte auf den ersten Blick die ganze äußerste Gefahr der dänischen Armee; sammelte, was er finden konnte, und rückte jetzt mit den Bataillonen Lassoe und Trepka auf Oberstkolk, um dieses Dorf dem von der Horst wieder zu entreißen.

Allein von der Horst warf das fünfte Jägerkorps nach Oberstkolk, und das neunte und zehnte Bataillon folgte nach Schleppegrell wurde geschlagen; er selbst fiel hier und mit ihm die Obersten Trepka und Lassoe.

Wenn jetzt Abercron gekommen wäre, so wäre der Tag gewonnen gewesen; aber Abercron kam nicht. Hier zeigte sich also auf die kläglichste Weise der ganz entschiedene Mangel in Allem, was man eine Einheit des Oberkommando's nennen konnte.

Abercron hatte seine Stellung natürlich leicht behauptet, als Schleppegrell abmarschirte; aber er hatte keine weitern Befehle. Horst hatte den Befehl, Oberstkolk zu nehmen, er nahm es auch, schlug den Feind, nahm ihm vier Kanonen mit dem Kapitain von Baggesen, doch auch er hatte für jetzt keine weitern Befehle mehr; denn der General Willisen kümmerte sich weiter nicht mehr um diese beiden Haupt-Brigaden, sondern verlor alle seine Aufmerksamkeit im Centrum, das er durch zu starke Schwächung in die höchste Gefahr gebracht hatte.

So wurde von der Horst vollständig isolirt in Oberstkolk — die dänische Brigade Irminger rückte gegen seine Rückzugs-Linie, und er mußte gegen den Langsee zurück.

Aber hier war für die ganze Brigade, wie schon gesagt worden ist, nur eine Laufbrücke für zwei und zwei Mann gangbar, mithin sah der Sieger von Oberstkolk keine Möglichkeit, einen geordneten Rückzug anzustellen; und die Brigade von der Horst wurde somit in gänzliche Unordnung gebracht.

Sie verlor gegen tausend Mann Gefangene, die nicht über den Langsee kommen konnten, und konnte auch ihre vier eroberten Kanonen nicht zurücknehmen. Sie kam gegen 7 Uhr ganz erstaunt über ihr Schicksal hinter dem Langsee wieder an, während der rechte Flügel den ganzen übrigen Tag trotz seiner Stärke von mehr als 5000 Mann in Plänkeleien zubrachte; ja die Einbaltslosigkeit war so groß, daß bei dieser Brigade noch am Nachmittage um 4 Uhr, als das Centrum schon lange zurückgezogen war, Niemand etwas von dem Schicksale dieses Centrums wußte.

Es war weder Nachricht noch Befehl vorhanden; der General Willisen hatte sich den ganzen Tag um diese fast den vierten Theil der Armee betragende Brigade, die für den Hauptangriff bestimmt war, durchaus nicht gekümmert. Ja wie erstaunt war man, als diese 5000 Mann plötzlich den Befehl erhielten, über die Schlei zurück, und gar bis nach Wittenier zu marschiren.

Während in dieser Weise das rechte Centrum und der rechte Flügel sich ganz allein überlassen blieben, hatten die Dänen ihren Hauptangriff gegen die Hauptstellung bei Idstedt mit großer Kraft eröffnet und nahmen Idstedt mit Uebermacht.

Die vierte Brigade hatte ihre Zeit nicht gehörig innegehalten; denn Willisen brachte sie erst gegen 7 Uhr nach Idstedt; und jetzt sollte das Dorf wieder genommen werden.

Der Major Garrelt ließ das dreizehnte Bataillon in Sektions-Kolonnen das stark besetzte Dorf angreifen, statt wie es sich gehört hätte, erst die Schützen voraus zu schicken.

Das Bataillon wurde mit einem fürchterlichen Feuer empfangen; die ersten Sektionen stürzten nieder, die folgenden kehrten um und warfen das vierzehnte Bataillon, das hinter ihnen stand. Diese Zögerung rächte sich bitter, obwohl man sie so leicht hätte vermeiden können.

Der Angriff auf Idstedt ward gänzlich abgeschlagen, und der erste große Theil der Schlacht, die Offensiv-Bewegung der schleswig-holsteinischen Armee war um ungefähr 8 Uhr Morgens zu Ende.

Doch war im Grunde noch nichts verloren; denn die vom General Willisen vergessenen Brigaden von der Horst und Abercron hatten ihre Stellung behauptet; ja die Letztere war sogar kaum recht im Feuer gewesen, und von der Horst konnte, nachdem er hinter dem See aufgestellt war, nicht mehr angegriffen werden.

Die Dänen hatten auf ihrem linken Flügel viel mehr gelitten, als sie auf dem rechten Flügel gewonnen hatten. Sie entwickelten jetzt neue Massen, um die Hauptstellung anzugreifen.

Willisen sah dieses kommen, aber statt von Abercron Verstärkung für sein Centrum kommen zu lassen, da der verfäumte Angriff derselben nicht mehr nachzuholen war, ließ Willisen ihn, so wie von der Horst ruhig stehen, und fing an, jetzt mit drei Fünftheilen seines Heeres den ganzen Rest der dänischen Macht aufhalten zu wollen.

Nachdem die Dänen Idstedt behauptet hatten, ließen sie nun ihre Artillerie gegen das Centrum Willisen's auffahren. Dagegen fuhr auch die schleswig-holsteinische Artillerie auf, und es entwickelte sich jetzt in der Mitte der Stellung ein furchtbarer Artillerie-Kampf.

Zugleich verfolgten die Dänen ihren Angriff auf den linken Flügel. Hier war ein kleines Gehölz westlich von Idstedt, das Buchholz genannt, und um dieses Gehölz wurde jetzt wüthend gekämpft.

Dreimal nahmen es die Dänen mit Uebermacht, und dreimal wurde es ihnen von der Avantgarde und der vierten Brigade wieder genommen.

Zum vierten Male endlich waren die schleswig-holsteinischen Truppen gezwungen es aufzugeben, und eine Stellung südlich gegen Schuby zu fassen. Die Dänen gingen nun vor bis nach Silberstedt; allein sie zogen sich rasch wieder zurück, und ließen, nachdem das Centrum noch immer fest stand, nur eine Abtheilung Tirailleurs auf diesem Punkte.

Das lebhafte Kleingewehrfeuer zog sich bis nach Schubye hin. Es war an sich ganz ohne Bedeutung; denn bei Idstedt stand noch immer das Centrum.

Allein jetzt zeigte sich besonders der Mangel eines tüchtigen Generalstabs. Als die Truppen fast in ihrem Rücken bei Schubye schießen hörten, wurden sie unruhig; dieses wurde dem General gemeldet, das dort schon zwei Bataillone Dänen stehen, er glaubte es aber noch nicht.

Ein Offizier nach dem Andern wurde hingeschickt; endlich ein höherer Offizier aus dem Generalstabe, aber Alle ließen sich täuschen. Da gab der General nach, nahm selbst zwei Bataillone und ging damit nach der bedrohten Gegend, zugleich gab er auch den Befehl, daß die Artillerie aus dem Centrum, die bisher seit drittehalb Stunden gegen das Geos der dänischen Artillerie und der Infanterie das Feld siegreich behauptet hatte, langsam abfahren, und daß die Bagage aus Schleswig aufbrechen solle.

Die Nachricht war aber falsch gewesen, würde man eine halbe Stunde länger bei Idstedt stehen geblieben seyn, und würden sich zwei Bataillone mehr in der Hand des Generals im Centrum befunden haben, statt daß man sie nutzlos bei Medelspang stehen ließ, wo sie gar keinen Feind mehr sahen — so wäre die Schlacht für Schleswig-Holstein gewonnen gewesen; aber so arbeiteten Unglück und Verkehrtheit einander in die Hände, und während der General gegen Schubye ging, um einen Feind zu schlagen, der nicht da war, schlug der Feind sein Centrum, welches bisher ungebrochen da gestanden war.

Die Dänen hatten nämlich während der furchtbaren Schlacht, die nun seit neun Stunden gewüthet hatte, ungeheure Verluste erlitten. Sie hatten gehofft im Centrum mit ihrer Artillerie durchzubrechen; allein die Kanoniere hatten mit ihren Geschützen bis 12 Uhr Stand gehalten.

Die Dänen, im rechten Flügel geschlagen, im linken Flügel zwar siegreich, aber doch ohne entscheidenden Erfolg und im Centrum unfähig vorzudringen, gaben jetzt den weitern Angriff auf und bereiteten sich zum Rückzuge.

Die Bagage fuhr bereits nach Flensburg ab, und die Gefangenen gleichfalls; der linke Flügel mußte hinter Silberstedt zurück, und es kam nur noch darauf an, den Rückzug des dänischen Centrums zu decken.

Zu dem Ende mußte die Garde vorrücken und einen Angriff auf die Artillerie im Centrume Willisen's machen. Gerade in diesem Augenblicke kam jener unglückselige Befehl, die Artillerie aus dem Centrum zurückzuziehen.

Dem Befehle gehorchend, marschierten zwei Batterien ab, und nur vier Kanonen blieben stehen. Die dänische Garde rückte heran. Jetzt — es war um 1 Uhr — erkannte General Willisen erst seinen verhängnißvollen Irrthum über die Bestrgung Schubyes durch den Feind, und befahl, im Centrum Stand zu halten.

Die letzten vier Kanonen wehrten sich mit Verzweiflung gegen die Garde; drei Angriffe derselben wurden abgeschlagen; bei dem vierten Angriffe gingen aber plötzlich jener halben Batterie die Kartätschen aus, und jetzt drang die dänische Garde vor, und nahm die Kanonen.

Zwei Schwadronen Dragoner machten einen verzweifelten Versuch, wenigstens die Geschütze zu retten, aber sie wurden geworfen, und nur der Hauptmann ward befreit. Die Dänen hatten der ganzen Stellung ihre Spitze genommen, und die schleswig-holsteinische Armee ging langsam zurück.

Auch diese Bewegung war im Grunde nicht ganz entscheidend; allein es gab, wie gesagt, einen Paß zwischen dem Idstedter-See und dem Langsee in der rechten Flanke des schleswig-holsteinischen Centrums.

Dieser Paß war unbeschützt und vom General Willisen vergessen worden. Hierauf richtete nun sofort der dänische Oberst Jeminger seinen Haupt-Angriff, und nahm ihn mit einigen Kartätschenschüssen, da nur einige Tirailleurs an demselben standen. Nun mußte das ganze Centrum zurück, und die Schlacht war nach 1 Uhr Mittags entschieden.

So endete dieser blutige Kampf, denn in der That war er mit dem Aufgeben des Centrums bei Idstedt vorbei.

Die Dänen waren durch den glücklichen Erfolg ihres Rückzug-Angriffs überrascht; sie hatten so große Verluste erlitten, daß sie gar nicht daran dachten, den ruhigen Rückzug der Schleswig-Holsteiner auch nur im geringsten zu stören.

Sie glaubten, daß sie mit der Behauptung des Schlachtfeldes das Aeußerste errungen hätten, während die schleswig-holsteinischen Bataillone mit klingendem Spiele in Schleswig einzogen. Die Reihen waren geordnet, der Muth war frisch, der Verlust war nicht so groß als jener der Dänen; der ganze rechte Flügel 5000 Mann stark, war vollkommen noch kampffähig.

Viele meinten, es würde sogar am folgenden Tage wieder zur Schlacht kommen, denn die Stellung bei Schleswig war durch die Deckung, welche die Schlei daebot, eben so gut als jene bei Idstedt; überdieß waren die Dänen vollständig erschöpft.

Dieses war für Schleswig-Holstein eben mehr eine verlorene Stellung als eine verlorene Schlacht; und hatte Willisen bei Idstedt ohne Verschanzungen sich aufgestellt, waeum nicht auch bei Schleswig vor einem gänzlich erschöpften Feinde?

Aber dieser General war keineswegs der Meinung, daß er, der die Armee in diesen zwei Tagen erst kennen gelernt hatte, in denen er nicht siegreich gewesen ist, künftig mit derselben siegreich seyn werde.

Wie einem geoßen Erstaunen, zu Theil mit einem wahren Grimme hörten die Armee und das Land den Befehl dieses Generals, alle Stellungen aufzugeben und sich bis zur Sorge, also bis auf Rendsburg zuelück zu ziehen.

Abercron mußte über Missunde zurück, und von da nach Wittensee; der General selbst ging nach Rendsburg. Eckernförde ward also aufgegeben, ohne nur einen Feind gesehen zu haben.

Die Schanzen wurden demolirt, und die Geschütze in solcher Eile abkommandirt, daß man einige derselben sogar vergraben hatte, welche dann später dem Feinde in die Hände fielen.

Die Dänen dachten indessen gar nicht daran, auch nur mit einem Flintenschusse ihren Feind zu beunruhigen. Nachdem sie um 2 Uhr Idstedt und Falkenberg besetzt hatten, rückten sie mit höchster Vorsicht erst gegen Abend nach Schleswig.

Zwei Bataillone derselben nahmen Besitz von dem nördlichen Theile der Stadt, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß sie hier den Feind nicht mehr treffen würden. Fast um 9 Uhr Abends kamen ihre Vorposten bei Gottorf an, während das Hauptquartier der Schleswig-Holsteiner bei Fleckeby stand; ja nicht ein einziger Bagage-Wagen wurde von ihnen erbeutet.

Aber Willisens Friedensliebe ließ sich nicht halten; er gab ganz Schleswig preis, und die Armee stand drei Tage später an der Seerge schlagfertig, um unter dem General einen Winterfeldzug zu machen, der Alles, nur nicht jene aufrichtige Friedensliebe erschöpfen mußte.

Die Folge aber blieb, daß die Dänen sofort sich in Schleswig festsetzten, daß sie Danewirke zu einer fast uneinnehmbaren Stellung machten, wozu ihnen der General von Willisen mit einer schlagfertigen Armee, zwei Meilen von ihnen stehend, die stärkste Festung im Rücken, und von Allem unterstützt, was ein reiches und starkes Land bietet, die volle Zeit von drei Monaten ließ, ohne anders, als mit Serreitpatrouillen seine Gegenwart und die von 38,000 Mann zu dokumentiren.

Die Schlacht von Idstedt war furchtbar blutig gewesen; denn die Dänen selbst gaben nach ihren eigenen Berichten ihren Verlust auf ungefähr 3800 Mann an. Ihre Stärke war 38,000 Mann, also hatten sie in diesem blutigen Kampfe den zehnten Mann verloren.

Der Verlust der schleswig-holsteinischen Armee betrug ungefähr 2800 Mann, worunter etwa 1200 Gefangene waren, die hauptsächlich von der Brigade Horst wegen der mangelnden Rückzugs-Linie über den Langsee verloren gingen.

Die vier Stück Kanonen, welche diese Brigade erobert, hatte sie wieder aufgeben müssen, da die Lauftbrücke nur für die Infanterie eingerichtet war; jedoch den gefangenen Kapitain von Baggesen konnte sie dagegen mitnehmen.

An Geschütz waren nur die vier Kanonen verloren gegangen, die auf der Straße zuletzt den Angriff der Garde eine Zeit lang allein abgehalten hatte; alles Uebrige war aber vollkommen in Sicherheit.

Die ganze schleswig-holsteinische Armee betrug ungefähr 38,000 Mann und war daher um ein Viertheil schwächer als die dänische Armee.

Die Nachricht von dieser Schlacht und ihren nähern Umständen brachte bei den Gebildeten eine geheime Erbitterung, bei der Masse des Volkes einen von da an unausbleiblichen Zweifel an dem Talente und dem guten Willen des Generals Willisen hervor.

Die allgemeine Stimme war — die Schlacht hätte nicht verloren werden müssen! Das allgemeine Urtheil war — die Schlacht wäre nicht verloren worden, wenn der General Willisen zu rechter Zeit seine Friedensliebe dintan gesetzt, die Wehrpflichtigen, so wie Dänemark dieses gethan hatte, mit dem Aufgebot alles Kräfte zu rechter Zeit unter die Fahne gerufen, und den Gang der Schlacht selbst zu übersehen im Stande gewesen wäre.

Die Kundigen, nachdem sie Alles zusammenhielten, was bisher von diesem General geschehen und unterlassen worden ist, verloren jetzt den letzten Funken von Hoffnung.

Schleswig-Holstein war also verloren. Und die kommenden Dinge sollten in einer nur zu traurigen Weise diese Befürchtungen bestätigen; obgleich das folgende Halbjahr in glänzendster Weise die Behauptung bestätigte, daß mit allem dem bisherigen Unglück weder der Muth noch die Kraft dieses unglücklichen Volks gebrochen waren.

Mit dem Abzuge des schleswig-holsteinischen Heeres aus Schleswig, zogen nun auch Hunderte von Deutschen ab, welche jetzt die Verfolgungen der Dänen fürchten mußten.

Holstein war voll von Flüchtlingen, die ferne von ihrem heimatlichen Boden fast ohne Hoffnung umherzogen; denn noch war ja die ganze Armee, die starke Festung, die ungeschwächte Kraft des Landes vorhanden — was ließ sich nicht Alles damit wieder gut machen? Aber freilich gehörte dazu Eines, nämlich ein fester und entschiedener Wille, und ein klares Verständniß der Verhältnisse. Und unter allen Dingen war es gerade das, was das General-Kommando und die Statthalterschaft am wenigsten hatten.

Wirft man einen Blick zurück auf den ganzen Feldzug der Dänen und besonders auf ihren Haupt-Angriff bei Idstedt, die äußerste Anstrengung aller ihrer Kräfte, die sehr nahe liegende Möglichkeit, jene Schlacht und damit Schleswig zu verlieren, so muß man annehmen, daß Dänemark Alles dieses nicht gewagt haben, nicht sein ganzes Schicksal auf einen Wurf gesetzt haben würde, wenn es nicht einen starken Rückhalt von Außen gehabt hätte. Und in der That war es wirklich so.

Schon gleich nach der Unterzeichnung des Friedens vom 2. Juli, hatte Rußland in Voraussicht der Waffenerhebung der Herzogthümer gegen Dänemark, das Letztere seiner ganz entschiedenen Beistände versichert, und demselben feierlich versprochen, daß es eine Trennung Schleswigs von Dänemark niemals zugeben werde.

Während die beiden Heere im Felde standen, kam eine starke russische Flotille vor dem Kieler-Hafen an; 14 Linienschiffe legten sich in einer ansehnlichen Reihe vor die Bucht neben die zwei dänischen Dampfschiffe, und es war eigenthümlich zu sehen, wie diese mächtigen Schiffe den kleinen Seegefechten, welche die schleswig-holsteinischen Kanonenboote den dänischen Dampfschiffen lieferten, gleichsam in der Nähe zusahen.

Allein noch wichtiger war es, daß zugleich eine russische Note sehr ernstlichen Inhalts nach Berlin abging, in welcher der Friede mit Dänemark auf

das bestimmteste gefordert, und das Recht Dänemarks auf Schleswig ganz ausdrücklich anerkannt, und die Versicherung ausgesprochen wurde, daß Rußland die Verbindung beider Theile mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde.

Schon dadurch kam Preußen in eine höchst unbequeme Lage. Zu gleicher Zeit aber bereitete sich auch von einer andern Seite ein Ungewitter vor.

Die Spannung zwischen Preußen und Oesterreich stieg täglich; die Diplomaten sahen den Augenblick kommen, wo der Bruch unvermeidlich, und dann unheilbar seyn werde.

Oesterreich aber beurtheilte die ganze Stellung Preußens mit einem eigenthümlich richtigen Blicke.

Preußen hatte seinen Frieden im Namen des Bundes geschlossen. Der Bund hatte also als solcher die Verpflichtung, die schleswig-holsteinische Sache beizulegen.

Preußen nahm aber von seiner Seite dieses Recht in Anspruch, das Recht jedes Andern ausschließend. Oesterreich forderte seinerseits von Frankfurt aus wenigstens eben so viel on der Exekution.

Der Streit zog sich hin, und schon damals ward der Gedanke einer gemeinsamen Intervention auf Grund der Bundes-Beschlüsse vom Jahre 1846 zum Vorschlag gebracht.

Allein noch war unter dem Ministerium Radowitz-Schleinitz die Kraft Preußens nicht vollständig gebrochen; Oesterreich mußte in Deutschland noch Preußen als gleich mächtig und gleich berechtigt anerkennen.

Wollte Oesterreich daher das Uebergewicht über Preußen gewinnen, so mußte dieses zunächst im Gebiethe der auswärtigen Politik geschehen; und hier war nun jenes Londoner-Protokoll ein trefflicher Anhaltspunkt. Allerdings hatte dasselbe durch den Nichtbeitritt aller deutschen Mächte an sich keinen Sinn; trat aber Oesterreich bei, so hatte es damit die ganze europäische Diplomatie in der wichtigsten Frage auf seiner Seite.

Es kam nur darauf an, diesen Beitritt in der Weise geschehen zu lassen, daß zugleich der deutsche Bund dabei durch Oesterreich vertreten ward; dann war Preußen auch auf dem Gebiethe der Bundesfrage von Oesterreich entschieden verdrängt.

Der Punkt, auf welchem Oesterreich dieses mit Recht erhalten zu können glaubte, lag nahe. Man mußte die Rechte des deutschen Bundes in das durch dieses Protokoll halb und halb garantirte Verhältniß hineindrängen.

Der österreichische Kommissär erhielt den Auftrag, dieses den Bevollmächtigten der übrigen Staaten anzuzeigen, und diese waren gerne bereit eine solche Veränderung anzuerkennen, um dadurch den Beitritt Oesterreichs zu erhalten.

Es wurde demnach im Artikel II. der Satz aufgenommen: daß die Großmächte die Absichten des Königs von Dänemark, die Erbfolge zu ordnen, anerkennen, insoferne dieselben nicht, die Beziehung des Herzogthums Holstein zum deutschen Bunde beeinträchtigen.

Damit erklärte sich auch der dänische Abgeordnete unter der ausdrücklichen Bemerkung freilich, daß sich dieses nur auf Holstein und Lauenburg beziehen könne. Die Unterzeichnung dieses Protokolls geschah am 23. April, und somit hatte Oesterreich dem Könige von Preußen den Vorrang abgewonnen, und Preußen stand jetzt ganz allein.

Die einzige Macht, die ihm noch genirt war, war England; allein England hatte das Verlangen zu allem selbstständigen Auftreten Preußens verloren. Es sah ein, daß Preußen einem allgemeinen Sturme Europa's nicht gewachsen sey, und daß dieser Sturm dennoch ausbrechen werde, so wie sich Preußen länger widersetze.

Es fing daher, zum Theil auch aus Ueberdruß an der gänzlich prinzipslosen Politik Preußens, geradezu dem preußischen Kabinete zu erklären, daß es seinerseits jetzt der schleswig-holsteinischen Sache ein Ende mache.

England hatte auch keine Lust, gerade damals mit Rußland einen Krieg anzufangen, und doch sah es vollkommen ein, daß dieses die unmittelbare Folge eines Sieges der Schleswig-Holsteiner seyn müsse.

Schon am 31. Juli trat daher England in diesem Sinne mit großer Bestimmtheit gegen Preußen auf; und eine zweite spätere Depesche war in einem noch bündigeren Tone abgefaßt.

Allein noch war auch Schleinitz am Ministertische. Er antwortete in ganz gleicher Bestimmtheit, daß er durchaus nicht auf irgend eine Maßregel eingehen könne und werde, welche die Rechte Deutschlands beeinträchtige.

Eben so ertzeblich war, auch eine Note Frankreichs, welche die vollständige Einheit und Selbstständigkeit der Herzogthümer aussprach, aber dafür auch eine vollständige Trennung von Deutschland forderte.

Es war demnach klar, daß so lange Preußen diesen Rest seiner Selbstständigkeit mit wirklicher Energie vertheidigte, eine Verdrängung der schleswig-holsteinischen Frage nicht auf diesem Wege erreicht werden konnte.

Von jetzt an mußten die übrigen Mächte Preußen, welches weder Ja noch Nein sagte, aufgeben, und es war klar geworden, daß die Beilegung der schleswig-holsteinischen Frage nur noch durch die Bevormundung Preußens von Oesterreich und dann im Namen des Bundes auf der Basis des alten Bundesrechts zu erreichen war; denn in der That würde England gewiß das Ministerium Radowitz gegen Oesterreich und Rußland mit derselben Kraft aufrecht gehalten haben, mit der es Friedrich den Großen im siebenjährigen Kriege unterstützte, wenn es irgend eine bestimmte Aussicht auf Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage durch Preußen vorausgesehen hätte.

England wußte also besser als die deutschen Mächte, in wie einem hohen Grade die schleswig-holsteinische Frage den Anstoß zu einem baltischen Kriege geben mußte.

Allein jetzt war England in der Lage, Preußen in seiner Opposition unterstützen zu müssen, ohne doch durch dieselbe zu irgend einem Ziele kommen zu können. Es hatte daher die Wahl, die haltlose Lage noch länger hinzuhalten, oder Preußen aufzugeben. Es that das Letztere; und nun nahte sich jetzt durch die kurhessische Frage der Fall des Ministeriums Radowitz, dieses Mittelding von Wollen und Nichtwollen, und damit auch der Sieg Oesterreichs in Deutschland.

Mit diesem aber war nun auch das Ende der schleswig-holsteinischen Erhebung gegeben.

Während dieses geschah wurde die Lage der Herzogthümer immer unbestimmter; und mit einem schmerzlichen Interesse verfolgt man die Entwicklung der Widersprüche, die sich der ganzen Leitung, sowohl der militärischen als der politischen immer entschiedener bemächtigten.

Obwohl im Monate August 1850 absolut gar nichts äußerlich geschah, so ward derselbe dennoch für die folgende Zeit durch dasjenige entscheidend, was man unterließ.

Was zuerst die militärische Leitung des Generals Willisen betrifft, so war diese von der Art, daß es gewiß Wenige gibt, welche so derbe und wohlverdiente Vorwürfe auf sich laden möchten, als dieser zum Unglück Schleswig-Holsteins geborne Mann mit sich genommen hat.

Man braucht durchaus kein Soldat zu seyn, um zu verstehen, wie es kam, daß Einige ihn des offenen Verraths, Viele des entschiedensten bösen Willens, Alle aber der gänzlichen Unfähigkeit zur Führung eines Heeres offen beschuldigten.

Er hatte sich nämlich, — wie gesagt wurde — ohne Noth bis an die Eider zurückgezogen. Seine unglückselige aufrichtige Friedensliebe, die wahrlich schon hinreichend dokumentirt war durch Schritte, welche jeden andern General vor ein Kriegsgericht geführt hätten, gab ihm jetzt die Ueberzeugung, daß es richtig sey, erstlich die Dänen an der Schlei, am Dannewirke und bei Eckernförde eine Stellung nehmen und befestigen zu lassen, die selbst für ein größeres Heer als das seinige uneinnehmbar erscheinen mußte.

Die Dänen, welche noch immer an einen solchen Plan an der Spitze des schleswig holsteinischen Heeres nicht recht glauben wollten, arbeiteten mit außerordentlicher Thätigkeit an ihren Verschanzungen.

Das alte Dannewirke wurde zu einer Festung, die rechts von den Sümpfen der Treene, links von der Schlei und von vorne durch Moräste und Gräben auf das stärkste geschützt war.

Der General Willisen hüthete sich wohl, sie in dieser Beschäftigung zu stören, obwohl das Heer in wenigen Tagen seine Verluste wieder ersetzt hatte. Die Dänen gingen weiter.

Sie fingen an, erdrückende Requisitionen auszuschreiben in ganz Südschleswig an Pferden, Lebensmitteln ꝛc. zu sie nahmen systematisch dem Lande die Mittel, auch im Falle eines Rückzugs ihres Heeres, der schleswig-holsteinischen Armee dienen zu können.

General Willisen sah immer ruhig zu, und obgleich er die Macht dazu hatte, so störte er die Dänen auf keinem Punkte in ihrem Vorhaben. Umsonst klagte und jammerte das Volk, umsonst knirschte das Heer: Willisen hielt jede Bewegung an, um zu beweisen, wie er die Diplomatie verstehe.

Umsonst sprach die öffentliche Stimme davon, daß Willisen wenigstens den Westen des Herzogthums Schleswig decken möge; Willisen blieb aber ruhig bei Rendsburg.

Inzwischen zeigten sich nach und nach dänische Patrouillen auf dem linken Treene-Ufer. Die Dänen besetzten mit einigen hundert Mann Husum am 6. August, Friedrichstadt am 7., und Tönningen am 10. August.

Die Einwohner schickten Deputationen über Deputationen nach Rendsburg nur um einige hundert Jäger bittend; den sie konnten sich damit hinter ihren tiefen Gräben mit einigen Kompagnien gegen eine große Uebermacht halten, wenn aber die Dänen so ganz frei kommen würden, so sind sie nicht nur verloren, sondern auch die Regierung verliert dann ihre junge Mannschaft, ihre Steuern und ihre Lieferungen.

Dieserwegen wollten sie gerne jedes Opfer bringen, und baten, man möge nur das Allergeringste thun. Willisen that aber nichts.

Er ließ vielmehr ruhig jeden wichtigen Punkt besetzen, und gestattete besonders, ohne einen Schuß zu thun, länger als einen Monat die vollständigste Befestigung Friedrichstadts durch die Dänen.

Friedrichstadt, berühmt durch sein unglückliches Schicksal, liegt zwischen der Treene und der Eider, an ihrem Zusammenflusse. Es ist fast von Natur eine Festung; gegen den Osten, gegen Rendsburg ist es beschützt durch die Deiche, die von tiefen und breiten Gräben umgeben sind, und nur zwei Wege führen bis an die Stadt.

In Kopenhagen wird jeder Kadett entlassen mit dem Grundsatze aller defensiven Kriegführung Dänemarks gegen den Süden, daß auf schleswig'schem Boden Friedrichstadt im Westen und Dannewirke im Osten die natürlichen Schutzwälle Dänemarks sind.

Willisen ließ den Dänen Friedrichstadt und Dannewirke, und gab ihnen die volle Zeit, sie mit allen Mitteln der Kunst zu befestigen. Der Verdruß des Landes über den General stieg daher immer mehr, denn die Dänen drückten dabei das Herzogthum immer härter.

Schon im Monat August berechnete man die Zahl der flüchtigen Familien auf tausend, endlich fingen die Dänen an, auch die Frauen auszuweisen; und so wurden aus Husum allein 56 Frauen und Kinder ausgewiesen; nach Verhältniß noch mehr oder weniger an anderen Orten.

Aber diesen General den das Unglück der Herzogthümer an die Eider gebracht hat, rührte dieses Unglück, daß ihm folgte, und welches er hätte ändern können durchaus nicht, und er stand immer ruhig bei Rendsburg; ja es gab sogar noch Einige, die ihn in seinem Nichtsthun noch vertheidigten.

Sie sagten nämlich, er lasse die Dänen im Westen festsitzen um die Hauptstellung schwächer zu machen, und sie dann am Danewerke anzugreifen. Aber er hatte bereits das ganze Vertrauen verloren, und die öffentliche Meinung hatte nur zu sehr recht: denn wirklich ließ er die Dänen sich ausbreiten, verstärkte seine Armee — aber er griff dennoch keineswegs die Dänen an.

Immer hofften die Herzogthümer auf einen Angriff, und dieß am meisten den 7. August, als das Laboratorium in Rendsburg mit einem solchen furchtbaren Stoße auffing, daß die ganze Stadt erschüttert, die Dächer zerrissen, die Fenster zerschlagen und mehrere Häuser demolirt wurden.

Es war eine furchtbare Katastrophe die nicht weniger als 87 Menschen das Leben kostete. Die Dänen welche glaubten, diese Verwirrung benutzen zu können, machten jetzt einen Angriff längs der ganzen Linie; als sie aber die Armee auf ihren Posten fanden, zogen sie sich wieder zurück.

Eben so resultatlos war das Gefecht bei Duvenstedt und bei der Stentermühle, wo die Dänen geworfen wurden.

Hier sah man zum ersten Male *Heinrich* von *Gagern* als Major im schleswig-holsteinischen Dienste. Der Staatsmann aus der Paulskirche und aus Gotha, hatte sich dieses Ende seiner Laufbahn gewählt, jedoch erweckte er mehr Neugierde als Erstaunen; seine Zeit war dahin, denn er konnte mehr weder nützen noch schaden.

Hätte er die Lage der Armee unter *Willisen* zu beurtheilen verstanden, so hätte er gewiß nicht seine Dienste angeboten, denn in der That verschlimmerte sich die Sache von Tage zu Tage; und doch war noch lange nicht das Maß voll, welches dieser General den Herzogthümern zu bieten hatte.

Die Statthalterschaft war indessen, wenn auch mit Mühe zu der Einsicht gekommen, daß die Führung *Willisens* in jeder Weise eine verderbliche sey; sie war aber jetzt in einer peinlichen Lage.

Sie hatte nicht den Muth sich zu sagen, daß die Herzogthümer verloren seyen, wenn sie unter diesem General bleiben würden, und eben so wenig den Muth, denselben zu entschiedenden Maßregeln zu zwingen. Sie belagerte ihn freilich fast täglich mit Bitten um Angriffe; allein sie kam natürlich damit nicht weiter.

Die Spannung stieg, aber der General wußte von *Bonin's* Zeit her, daß er dieser Regierung ohne Gefahr alles bieten könne. Er glaubte außerdem, daß die Herzogthümer dennoch verloren seyen, da ganz Europa gegen sie stehe.

Er hatte endlich wohl den Muth in Proklamationen und Versprechungen sein Wort zu geben, daß er mit dem letzten Manne ausharren werde, aber zu halten, was er auf diese Weise versprochen hatte, brabsichtigte er kaum, wie die Folge auch zeigte.

Im Gegentheile suchte er emsig nach einer Gelegenheit, seine Entlassung zu bekommen; zu irgend etwas Entschiedenem war er aber durchaus nicht zu bringen.

Er setzte jeder Forderung die Behauptung entgegen, daß die Armee zu schwach sey, und die Regierung hatte nichts darauf zu erwidern; so daß der General immer die Oberhand behielt.

Die beiden obersten Gewalten der Herzogthümer entfremdeten sich täglich mehr, und so war bei der Lage dieser Verhältnisse ganz bestimmt vorauszusehen, daß an einen glücklichen Ausgang nicht mehr zu denken sey.

Indessen stieg der Unmuth des Landes immer mehr. Es trug bisher eine ungeheure Last ohne Murren, aber es wollte auch, daß seine Kräfte nicht unnützer Weise vergeudet würden.

Ueber kurz oder lang mußte die Statthalterschaft der öffentlichen Meinung nachgeben, was ihr offenbar das Peinlichste vor Allem war.

Sie hatte einmal das Prinzip, es, wenn es seyn müßte, mit Allem, nur nicht mit der Meinung der Höfe verderben zu wollen, daß sie Allem, was demokratische oder liberale Tendenz genannt wurde, entschieden feindlich gesinnt sey.

Sie kam dadurch nach und nach in eine Lage, die nicht besser als durch die Worte der »Daily News« geschildert werden kann, welche Zeitung in einem Artikel sagte: »Ein großer Theil der demokratischen Partei unterstützte die Statthalterschaft, jeden Groll und jede Zwietracht vergessend.

Aber gerade diese Thatsache scheint die Diplomaten und mit ihnen die Statthalterschaft beunruhigt zu haben. Gewiß ist, daß die Statthalterschaft es für passend erachtete, öffentlich und offiziel Garantien zu geben, um zu zeigen, daß ihre Tendenz die Demokratie nicht begünstige.

Sie hat die Reihen der Armee fast aller Welt eröffnet, aber zu gleicher Zeit hat sie speziell alle Deutschen ausgeschlossen, die in Baden, Ungarn und Italien gedient haben.

Bei der Anstellung von Offizieren hat sie die Dienste zurückgewiesen von hervorragenden und ausgezeichneten Soldaten, weil sie als Demokraten in den verschiedenen deutschen Kammern oder in den Schlachten der Armeen der neuesten Zeit kompromitirt waren.

Der Moment nach der Schlacht bei Idstedt wurde benutzt, um einen Steckbrief gegen *Ronge* zu erlassen, und Prozesse zu beginnen nach der Weise derjenigen, die von der Central-Kommission des alten Bundestags gegen Demokratie und Demagogie eingeleitet wurden.

Folgendes in wenigen Worten ist die Lage der Angelegenheiten. Die Partei *Gagern*, das Zustemilieu *) herrscht mit ihren halben Maßregeln, ihrem halben Muthe und ihrer halben Hingebung.

Dieser Geist der Unentschlossenheit, oder vielmehr der Wunsch, halbwegs zwischen Energie und Lässigkeit, zwischen dem Schwerte und der Diplomatie stehen zu bleiben, braucht nur noch etwas länger angedauert — und die schleswig-holsteinische Sache ist verloren « So urtheilten Fremde, und sie urtheilten auch richtig.

*) Die richtige Mitte, Spottname für die gemäßigte polizeiliche Partei im neuesten Frankreich.

Hatte doch unter dieſer Regierung abgeſehen von den demokratiſchen Richtungen, daß im Allgemeinen gewiß hochgebildete Schleswig-Holſtein nicht einmal ein Geſchwornengericht und eine Landgemeinde-Ordnung erhalten können.

Welche Hoffnungen konnte die äußere und innere Entwicklung des Landes von dieſem Syſteme haben? Indeſſen trat aber eine dringende Frage immer näher, und dieſe war die Geldfrage.

Die bisherigen Mittel waren erſchöpft, und das Heer war vermehrt worden. Das Land mußte eine außerordentliche Anleihung machen, wozu man die Landes-Verſammlung berufen mußte.

Wohl war dieſes keine angenehme aber dennoch eine unumgängliche Nothwendigkeit, und ſo erließ nun die Regierung das Patent, auf welches am 9. September 1850 die Landes-Verſammlung zuſammen kam.

Die Elemente der Erhebung waren aufs Aeußerſte in Anſpruch genommen, und die Hoffnungen aufs äußerſte getäuſcht — und was ſchon im April und Mai 1848 den Freunden der ſchleswig-holſteiniſchen Sache von Männern, welche die Verhältniſſe kannten geſagt, und immer wiederholt worden iſt — Schleswig-Holſtein ging verloren; es ging verloren durch die Schuld ſeiner Regierung und durch die Schuld Preußens.

Nur eines war trauriger als dieſer beklagenswerthe Untergang Schleswig-Holſteins durch Preußen, und dieſes war der Niederzang eben dieſes Preußens ſelbſt.

Aber freilich das war ja gerade von jeher der Grund des Zweifels an dem glücklichen Ausgange der ſchleswig-holſteiniſchen Sache geweſen, daß man gerade von der Unfähigkeit Preußens, ſeinen hohen Beruf in Deutſchland zu erfüllen und ſich ſelbſt nicht zu verlieren, indem es ſich an Deutſchland hingab, überzeugt geweſen.

Wie traurig, daß man Recht haben mußte — mehr ſelbſt, als man es erwartete. Werfen wir zunächſt einen Blick auf die Konſtellation oder Stellung der Elemente, wie ſie bei dem Zuſammentritte der neuen Landes-Verſammlung der kommenden Bewegungen zum Grunde lag.

Was zuerſt die Statthalterſchaft betrifft, ſo hielt ſie trotz des Abgangs des Herrn von Harbou und trotz der dringendſten Abmahnungen der Freunde der ſchleswig-holſteiniſchen Sache, trotz der Niederlage ihrer Politik in der früheren konſtituirenden Verſammlung, abſolut an Preußen feſt in der Meinung, daß die preußiſche Politik noch immer ein Intereſſe an den Herzogthümern als ſolchen habe.

Es ſtörte ſie dabei nicht, daß Preußen durchaus die Regierung Schleswig-Holſteins außer aller Kunde der Verhältniſſe ließ, eben ſo wenig daß Preußen die Ratifikation des Friedens vom 2. Juli, dem ſie ſich widerſetzt hatte, mit allem Eifer betrieb. Zugleich aber wollte dieſe Regierung dennoch auch eine ſelbſtſtändige Politik befolgen.

Sie beabſichtigte neben dem Anſchluſſe an Preußen, welches die Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark ganz offen betrieb, zugleich die Fortſetzung des Krieges mit demſelben Dänemark. Ein ſolcher Widerſpruch konnte alſo zu keinem glücklichen Reſultate führen.

Die Landes-Verſammlung, in welche durch die Wahl viele neue Elemente hineingekommen waren, war mit dem Volke der Herzogthümer zugleich im höchſten Grade unmuthig über die Kriegführung, aber bereitwillig die größten Opfer zu bringen, wenn nur irgend etwas geſchah.

Dieſe Opfer forderte die Regierung und die Verſammlung brachte ſie, aber es geſchah dennoch nichts. Der General Williſen war der Einzige der ganz klar wußte, was er wollte.

Er wollte unter keiner Bedingung mit dem ihm zur Kriegführung anvertrauten Heere wirklich Krieg führen; dagegen wollte er, nachdem er die Schlacht von Idſtedt verloren hatte, jetzt eine aufrichtige Friedensliebe dadurch an den Tag legen, daß er bei der erſten beſten Gelegenheit den Platz als kommandirender General verließ, auf dem er ſein Wort gegeben hatte, mit dem letzten Mann ausharren zu wollen.

Er drängte die Statthalterſchaft beſtändig um ſeinen Abſchied, denn er wußte, daß es ſehr ſchwer ſeyn würde, jetzt einen neuen Kommandanten zu finden; aber ihm kam es ja auch nicht darauf an, die Herzogthümer zu vertheidigen, ſondern perſönlich in keine ernſtliche Kolliſion, beſonders mit der preußiſchen Politik zu kommen.

Die Statthalter dagegen, welche theils es für ſich ſelbſt wünſchten, theils auch der Landes-Verſammlung gegenüber ſich gedrängt ſahen, doch irgend etwas zu thun, drängten wieder den General zum Angriff.

Dieſer fand endlich den Ausweg, in den Kämpfen bei Miſſunde und Friedrichſtadt einen Theil des ſchleswig-holſteiniſchen Heeres ſich ruiniren zu laſſen, und dadurch der höhern Politik, ſich ſelbſt und den Freunden von Schleswig-Holſtein zu genügen, wenn er auch, wie er ſelbſt geſteht, recht gut wußte, daß er ſeinen militäriſchen Ruf dabei gänzlich einbüßen werde.

In Preußen ſelbſt breitete ſich indeſſen im tiefſten Geheimniſſe die Kataſtrophe des Eintritts von Manteuffel in das auswärtige Miniſterium, und damit das gänzliche Aufgeben der Politik Preußens als Großmacht vor. Dieſes mußte jetzt in jedem Falle beſtimmt über die Herzogthümer entſcheiden.

So lange das Miniſterium Radowitz noch in Berlin war, hatten die Herzogthümer noch einen gewiſſen freien Spielraum; es hatte noch einen Sinn, wenn die Statthalter, jede Intervention durch Preußen für unnöthig haltend, auf raſche und ſelbſtſtändige Aktion des Generals von Williſen drangen.

Allein ſchon während dieſer Zeit bereitete ſich der Sieg der neupreußiſchen Parthei und die Unterwerfung Preußens unter Oeſterreich vor.

Williſen war viel beſſer über dieſe Verhältniſſe in Berlin unterrichtet als die Statthalterſchaft,

denn er ſtand ja in einer beſtändigen und vertraulichen Korreſpondenz mit dem General Stockhauſen, nämlich dem preußiſchen Kriegs-Miniſter.

So wenig aber auch die Verſtändigen in den Herzogthümern Vertrauen zu Willisen beſitzen konnten, ſo waren doch die Dinge von der Art, daß es gefährlich ſchien, die Stellung dieſes Mannes anzugreifen; da man keinen andern General finden konnte, und die Regierung ſelbſt keine andere Kraft hatte, als ihn gewähren zu laſſen was er wollte.

Daher nun das Schweigen in den Herzogthümern über dieſen Mann; ein Schweigen, was gewiß ein großes Opfer war, welches man dem Ganzen brachte.

Der Graf Reventlow eröffnete die Landes-Verſammlung mit einer ſehr angemeſſenen Rede, worin er ſagte, daß die Herzogthümer an den zu Frankfurt wegen Neugeſtaltung des deutſchen Vaterlandes eingeleiteten Verhandlungen nicht betheiligt ſeyen, und daß das Departement der auswärtigen Angelegenheiten in keiner ämtlichen Verbindung mit fremden Regierungen ſtehe.

Weiters ſagte er: »Wir entbehren ihres Schutzes, ſind aber in unſern Entſchließungen unbehindert und vertrauen in dieſer vereinzelten Stellung auf die Gerechtigkeit unſerer Sache, und unſer gutes Schwert.«

Im übrigen forderte er die Verſammlung auf, die Mittel zur Fortſetzung des Krieges zu bewilligen. Wunderbar aber, wie er daneben ganz unverdohlen ſagte: »An dem fernern Ausbau der Organiſation zu arbeiten, erſcheine der Regierung nicht gerathen.«

Das Land hatte aber noch gar keine Sour einer neuen Organiſation erhalten, und die Schleswig-Holſteiner ſchämten ſich, die Einzigen in ganz Deutſchland zu ſeyn, die weder ein Strafgeſetz noch einen Strafprozeß, weder eine Schwurgerichts-Ordnung noch ein Gemeinde-Geſetz, weder außer jener im Jahre 1814 im däniſchen Sinne gegebenen Schulordnung eine neue Schulordnung noch eine Gerichts-Verfaſſung im Geiſte der neuern Zeit hatten.

Noch immer beſtanden hier in dieſem Lande der Ruhe und Ordnung die alten Privilegien, die alten Verhältniſſe; und wenn ſie alſo jetzt nicht einer neuern Geſtaltung der Dinge Platz machten, was ſollte dann erſt werden, wenn Dänemark zur Herrſchaft kommen würde.

Und welch ein klägliches Verhältniß, wenn das ſo viel verhaßte und verklagte Dänemark endlich gar den Herzogthümern dieſe Inſtitute geben wird, die ihre eigene Regierung ihnen drei Jahre beharrlich verſagt hatte? Und doch mußte man jetzt der Regierung gegenüber ſchweigen, denn ſie war zwar nicht beſſer, aber wohl unentbehrlicher als alle dieſe Inſtitute.

Der Anfang der Sitzung zeichnete ſich dadurch aus, daß der Graf Reventlow-Jersbeck einſt Mitglied der gemeinſchaftlichen Regierung nach dem Staatsgrundgeſetze, jetzt die auf ihn gefallene Wahl der großen Grundbeſitzer zwar annehmen, aber dabei erklären zu müſſen glaubte, daß er die Giltigkeit des Staatsgrundgeſetzes nicht anerkenne.

Dieſes war aber ein bedenkliches Zeichen; und daher ſchloß ihn nach einer kurzen und heftigen Debatte die Verſammlung aus.

Am 10. September nahmen die geheimen Sitzungen über die Kriegserforderniſſe ihren Anfang. Die Bedürfniſſe des Landes wurden der Verſammlung vorgelegt, und eine Kommiſſion darüber niedergeſetzt.

Die Regierung beantragte eine gezwungene Vermögensanleihe und zwar von ungefähr vier Perzent des geſammten Vermögens, auch beantragte ſie eine Staatsanleihe und endlich die Herausgabe eines neuen Papiergeldes.

Die allgemeine Stimmung in der Landes-Verſammlung war ſehr beſtimmt und entſchieden. Sie drückte das Abſolute und allgemeine Mißtrauen mit der Kriegführung des Generals aus. Sie wollte dem Lande die größten Opfer auferlegen, ſie wußte, daß das Land dieſelben tragen könne und werde; aber ſie wollte dafür auch Handlungen — Verſuche des Generals wenigſtens, die Dänen anzugreifen ſehen.

Dieſes wurde mit großer Beſtimmtheit bereits im Anfange der Sitzung ausgeſprochen, und die Staatshalterſchaft theilte dieſe Anſicht.

Der General Williſen wurde jetzt gedrängt, und er entſchloß ſich endlich, dem Lande dieſe Genugthuung zu geben; jedoch in der Art, daß er ſelbſt nicht ſiegte. So entſtand nun der Tag bei Miſſunde.

Der Feind hatte nämlich, ſeit dem 26. Juli in ganz ungeſtörter Ruhe, ſich in Eckernförde feſtgeſetzt, die Stadt befeſtigt, ſeine Schiffe in den Hafen gelegt, und dieſe Stellung ſehr ſchwer einnehmbar gemacht.

Die Fregatte Gefion lag hier ſeit anderthalb Jahren. Preußen hatte ſie, ein Schiff, welches die Schleswig-Holſteiner erobert hatten, für ſein Eigenthum erklärt, und hatte die preußiſche Flagge darauf aufgezogen.

Als die Dänen ankamen, forderten ſie, daß Preußen ſeine Flagge ſtreiche, und — kaum glaubbar, — Preußen ſtrich ſeine Flagge und zog die weiße neutrale Flagge auf.

Die Dänen quälten nun die Beſatzung der Fregatte in jeder Weiſe, aber Preußen kümmerte ſich nicht darum. So lag dieſes ſchöne Schiff zum Ruhme von Schleswig-Holſtein und zur Schmach von Deutſchland im Hafen von Eckernförde.

Die eckernförder Schanzen waren demolirt. Zwiſchen Eckernförde und Miſſunde hatten die Dänen, um die Verbindung herzuſtellen, bei Kochendorf eine ſtarke Verſchanzung mit einem Hütterlager angelegt; doch waren keine Kanonen aufgefahren.

Der Uebergang über die Schlei, der einzige Punkt, von welchem aus die Stellung der Dänen bei Schleswig angegriffen werden konnte, und den Williſen am 27. Juli mit 5000 Mann ganz friſcher Truppen geräumt hatte, ohne einen Feind zu ſehen, war jetzt von den Dänen beſetzt, eine Brücke gebaut, ein Brückenkopf angelegt und mit ſtarken Geſchütz verſehen worden.

Dieſes war die Stellung, welche von den ſchleswig-holſteiniſchen Truppen am 12. September ange-

griffen ward. Die Armee hatte ſich lange, faſt mit Verzweiflung, nach irgend einer militäriſchen Bewegung geſehnt. Die Begeiſterung war groß als man hörte, daß ein Angriff beabſichtigt werde.

Das Offiziers-Korps und die Gemeinen begriffen dasjenige, was ſie für den Plan des Generals hielten, er hatte aber die Meinung verbreitet, daß das Centrum der Dänen bei Daneoirke angegriffen ſey.

Man glaubte jetzt, daß es ſich darum handle, durch die Eroberung von Miſſunde es zu umgehen, ie feindliche Stellung bei Eckernförde unhaltbar zu machen, und ſo die Hauptſchlacht vorzubereiten.

Man glaubte wenigſtens die halbe Armee werde zu dieſem Zwecke marſchiren, — aber was geſchah? — Die halbe Armee war allerdings unter Waffen, aber nur ein Bataillon, nämlich das erſte bekam Befehl, einen Angriff vorzunehmen; und das zweite und fünfte Jäger-Korps wurde ihm beigegeben nebſt einigen Kanonen.

Das Bataillon rückte aus, und marſchirte auf Kochendorf, nahm die Schanze wie im Sturmwind mit gefälltem Bajonette, ſchlug eine däniſche Infanterie-Kolonne, die von Miſſunde her vorrückte, jagte ſie vor ſich her und ſtürzte ſie mit einem ſo gewaltigen Stoße auf den Brückenkopf, daß es dieſen im erſten Anlaufe nahm.

Jetzt eröffneten die Dänen ein mörderiſches Feuer von dem andern Ufer; aber die ſchleswig-holſteiner ließen ſich keinen Augenblick aufhalten. Mit dem Bajonette Alles vor ſich niederwerfend, drangen ſie auf die Brücke, wo ein heftiger Kampf Statt fand; aber der Sieg war nicht zweifelhaft. In zehn Minuten hatte der zehnte Theil des Heeres den Uebergang erobert, Miſſunde war den Schleswig-Holſteinern, und das uneinnehmbare, unangreifbare Daneoieke war nicht mehr zu halten.

Zu gleicher Zeit war Eckernförde genommen worden. Die Dänen welche hier nicht ſtark waren, flüchteten ſich auf ihre Schiffe, und ſchoßen von da aus einige Häuſer in Brand.

Die Fregatte Geſion lag ſo nahe am Strande, daß ſie hofften, ſie würde mit verbrennen, da eine Bombe auf ihrem Verdecke platzte; aber ſie litt dennoch keinen Schaden

Jetzt kam die Nachricht von Miſſunde her; wo es nun klar war, daß der ganze rechte Flügel der Dänen vollſtändig geſchlagen ſey. Der Jubel war ſchon ungeheuer; da eilte aber in demſelben Augenblicke eine Ordonnanz des Generals Williſen herbei mit dem Befehle, um jeden Preis ſich von Miſſunde und Eckernförde zurückzuziehen.

Der Obereſt Gerhardt an dem dieſer Befehl gekommen war, weigerte ſich, aber Alles blieb umſonſt, er mußte ſich zurückziehen.

Die Dänen merkten jetzt, wie die Sachen eigentlich ſtehen und landeten wieder bei Eckernförde, — gingen bei Miſſunde vor, — nahmen jene 70 Mann, welche den Brückenkopf und die Brücke behaupteten gefangen — brannten das Hüttenlager bei Kochendorf ab, und verließen die Verſchanzung.

Eine tiefe Empöeung bemächtigte ſich jetzt der Gemüther über dieſen Verluſt, und wer bisher noch gezweifelt hatte, dem ward jetzt die Sache klar.

Das Heer gehorchte nur noch aus Gewohnheit — der gemeine Soldat fing an, dem General zu fluchen, die Offiziere ſchwiegen — und ſo wurde die Stimmung immer düſterer, aber das Heer hielt dennoch feſten Stand, es wußte wohl, daß ſein Glück dahin ſey; aber es wollte mit Ehren fallen.

Die Statthalter waren, ſo weit ihre Stellung und ihre Auffaſſung das erlaubten, ſehr unzufrieden mit dieſer Operation; Graf Reventlow ging wieder nach Rendsburg. Es kamen Deputationen aus Weſten, welche das Unglück deſſelben erzählten.

Die Landes-Verſammlung wollte gleichfalls um jeden Preis eine eenſthaftere That, und ſo belagerte man den General Williſen auf alle möglichſe Weiſe, er aber weigerte ſich ſtandhaft mit den Worten: »Er könne mit ſeiner Armee nichts ausrichten, ſie ſey an der Zahl zu ſchwach, — ihm fehlen die nöthigen Geſchütze, Pontons, Train und noch mehr anderes Kriegsgeräthe.

Die Statthalter erklärten dagegen, daß ſie ſich nur wunderen müſſen, warum es dieſes nicht früher gelagt habe; übrigens ſolle es noch immer Alles haben, was er nur ſoeben wolle, jedoch ſolle er angreifen.

General Williſen gab jetzt auch dieſer Erklärung nach; allein die Tage von Friedrichſtadt bewieſen, in welchem Sinne er nachgegeben hatte.

Friedrichſtadt war, wie geſagt, von den Dänen ſtark befeſtigt, wobei ihnen die natürliche Lage noch in jeder Weiſe zu Hilfe kam.

Sie hatten im Grunde nur die Oſtſee im Auge, denn im Süden ſchützte ſie die Eider. Im Norden hatten ſie die Verbindung mit Huſum aufrecht gehalten, im Weſten waren ſie durch die eidverdeter Marſch geſchützt. Auf der Oſtſee aber führt nur ein einziger Weg zur Stadt, und dieſer Weg, die Straße nach Sneth, iſt ein Damm.

Hier ſchoben die Dänen eine kleine Batterie vor; — hinter dieſelben war eine ſtarke Schanze, hinter dieſer ein Blockhaus, wieder eine Infanterie-Schanze, und dann erſt kam der Teeene-Diich mit ſeinem Graben. Hier hinter dieſem Deiche fingen erſt die Hauptwerke der Dänen an, nämlich ein langer Schanzwall mit Infanteriemaſſen und Batterien beſetzt.

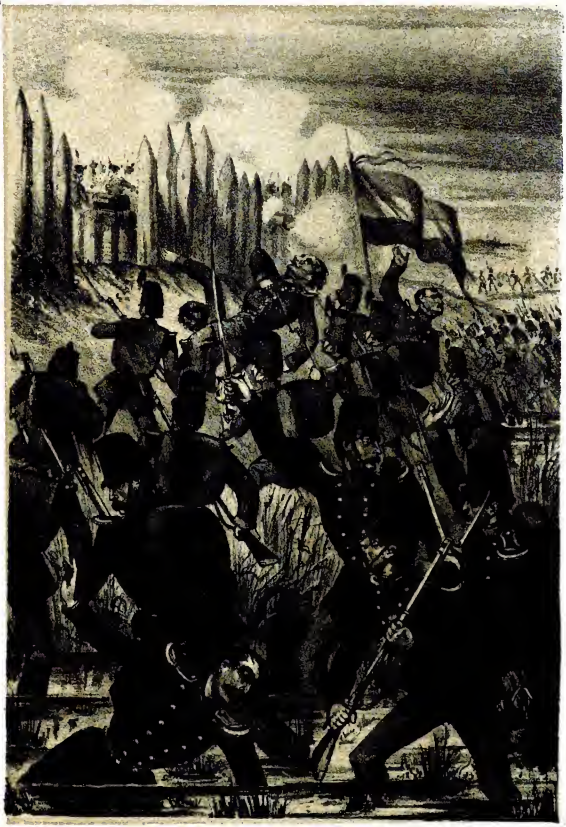
Alles dieſes war mit Gräben, Paliſaden und anderm Mitteln der Vertheidigung wohl verſehen; und hinter allem dieſen kam erſt die Stadt ſelbſt mit einem Graben von anſehnlicher Breite.

Auf dieſem Punkte, der in der That faſt uneinnehmbar genannt werden mußte, beſchloß nun der General Williſen — wie er ſagte — gegen ſeinen Willen, die Stadt anzugreifen.

Es war ſchlechtes regneriſches Wetter in dieſer Zeit, der Marſchboden war aufgeweicht; die Truppen mußten im Freien biouakiren, und die Geſchütze konnten nur mit äußeſter Anſtrengung vorwärts gebracht werden.

Boj u Frydrychstadtu.

Lattacco presso Friedrichstadt.



Á mejtámadás Fridrichváros nál.

Der Angriff bei Friedrichstadt.

N° 125.

Am 29. September, während die Landes-Versammlung in Kiel tagte, fing der Angriff an. Es konnte natürlich nichts seyn als ein furchtbarer Artilleriekampf und zu nichts führen als zur Einäscherung und Zerstörung der armen Stadt.

Es wurden Geschütze auf der Straße aufgefahren, vier Kanonenboote auf der Eider stazionirt, und eine schwere Batterie der Friedrichstadt gegenüber auf dem südlichen Ufer der Eider hergestellt; worauf ein fürchterliches Feuern und Kanonendonneren anfing, welches vom 29. September bis zum 4. October fast ununterbrochen fortdauerte.

Die halbe Stadt lag schon in Asche; Alles war vernichtet, nur nicht die Befestigungen der Dänen. Es war bekannt und auch Thatsache, daß das Hauptwerk der Dänen überall noch gar nicht berührt worden war, und dennoch kommandirte man den Sturm, was auch wirklich am 4. October geschah.

Die schleswig-holsteinischen Truppen mit dem halben Leibe im Wasser, drangen auf die Außenwerke vor; welches man wahrhaft den tollkühnsten, aber noch besser gesagt, den unvernünftigsten Angriff, der jemals geschehen ist, nennen konnte.

Die Truppen wußten es, daß man sie zur Schlachtbank führe, aber sie stürmten mit einem Muthe, den selbst ihre feindlich gesinnten Landsleute bewunderten, ja sogar die Dänen bewunderten, da kein Mensch auch die entfernteste Möglichkeit sah, mit diesem Sturme etwas auszurichten.

Nicht einmal die Palissaden der Vorwerke waren vernichtet, und dagegen mußten die Truppen mit dem Bajonette marschiren.

Die brennende Stadt im Hintergrunde erleuchtete das traurige Schauspiel. Nachdem schon über 300 Mann, und darunter mehrere der tapferſten Offiziere gefallen waren, hielt man erst an, und somit war der Sturm abgeschlagen.

General Willisen war gar nicht gegenwärtig, da er es in ordinein schon wußte, daß auf diesem Punkte die Stadt nicht zu nehmen sey, auch wußte er, daß die offene Verbindung mit Husum jeden Verlust der Dänen in Friedrichstadt wieder gut machen konnte.

Indessen stellte er seine Truppen vor der schleswigschen Stellung der Dänen auf, als erwarte er, daß die Dänen zum Schutze der Friedrichstädter Besatzung eine Diverſion machen würden; die Dänen aber wußten sehr gut, wie sicher Friedrichstadt sey, und ließen den General ruhig stehen.

So endete der Kampf bei Friedrichstadt; er war der letzte Kampf, den das schleswig-holsteinische Heer zu bestehen hatte. Von jetzt an glaubten auch die Freunde Preußens nicht mehr an dieſen General; es blieb aber noch Eines, er hatte nämlich zum Vorwande seiner Unthätigkeit die Schwäche des Heeres genommen.

Es war an der Landes-Versammlung, hier zu helfen. Sie wollte Anfangs als Bedingung ihrer Bewilligung eine bestimmte Erklärung über die militairischen Operationen. Sie gab sich aber zufrieden, als man ihr erklärte, daß man eine solche Mittheilung nicht machen könne, und bewilligte ohne alle weiteren Bedingungen statt der viel niedrigern Anforderung der Regierung aus eigenem Antriebe die Mittel zur Verwerbung des Heeres um zehntausend Mann.

Sie legte dem Lande die Vermögens-Anleihe von durchschnittlich vier Perzent des Gesammt-Vermögens auf, welche das Land unweigerlich bezahlte; ja sie ließ zugleich alle weitern Untersuchungen über die politischen Verhältnisse fallen; übergab noch einmal die Sache der Regierung, und vertagte sich dann am 5. October, nachdem sie zugleich eine Ansprache an das deutsche Volk erließ.

Doch am 3. October war der preußisch-dänische Friede in Frankfurt ratifizirt, die Bregenzer-Verträge waren geschlossen, Oesterreich und Preußen waren einig über die Nothwendigkeit einer gemeinschaftlichen Intervention in Holstein; es handelte sich also nur noch um die Form derselben.

Die Statthalter aber, froh über den Verlauf der Sachen in der Landes-Versammlung, eilten nach Rendsburg, um dem General die Bewilligung des Geldes und der Truppen mitzutheilen.

Der aber von Berlin her schon früher sehr gut unterrichtete General von Willisen, über die Vorgänge in Bregenz und Frankfurt unterrichtet den Statthaltern mit der Bitte um seine Entlassung.

Er äußerte dabei, daß er an seinem Rufe durch die Unternehmung auf Friedrichstadt wesentlich benachtheiligt sey, könne nicht angriffsweise verfahren, und kann überhaupt die Ansichten der Statthalter nicht durchführen. Die Rücksicht auf seinen Ruf, eben so sehr als die auf die edle und gerechte Sache nöthigten ihn, um einen Wechsel im Ober-Kommando zu bitten.

Die Statthalterschaft, die im Namen des Landes so große Opfer gebracht hatte, um diesen General zu gewinnen, war jetzt wohl sehr erbittert, allein für den Augenblick war ihr wirklich unmöglich, einen neuen General zu bekommen. Sie gab also nach, mußte aber versprechen, nicht mehr auf angriffsweise Bewegungen dringen zu wollen.

Der General konnte also jetzt ruhig bleiben, und konnte den Verlauf der Dinge in Deutschland ruhig ansehen. Würde der Minister Radowitz in Berlin siegen, und würde der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ausbrechen, so wäre er mit dem schleswig-holsteinischen Heere, welches jetzt auf 38,000 Mann gebracht ward, der wichtigste preußische General im Norden gewesen.

Würde der Minister Manteuffel siegen, und Preußen die Sache als verloren aufgeben, so ist der General von Willisen durch nichts kompromitirt, die schleswig-holsteinische Sache blieb vollkommen führerlos in den Händen der neuen Politik. Willisen würde dann endlich wirklich seinen Abschied nehmen, und konnte, nachdem er somit die Herzogthümer entwaffnet, des Dankes von Preußen und Oesterreich gewiß seyn.

Die neuern Schriften über die österreichisch-preußischen Verhandlungen, die damals Niemand durchschaute, die aber dem Generale Willisen sehr wohl bekannt waren, haben den Herzogthümern erst die Augen geöffnet.

Willisen wartete also unbekümmert um jene edle und heilige Sache ruhig den Zeitpunkt ab, wo die Entscheidung zwischen Radowitz und Manteuffel gefallen war.

Und kaum hatte er von dem General von Stockhausen den Bericht über die Niederlage der Kriegspartei und des Ministeriums Radowitz am 2. November in seinen Händen, als er sich auch gleich hinsetzte, und nochmals um seine Entlassung bat, nachdem er erklärte, daß er zurücktreten würde, wenn die Centralgewalt die Sistirung des Krieges befehlen, die Statthalterschaft aber die Fortsetzung desselben fordern sollte.

Dieß war sehr schlau berechnet, denn Willisen, welcher Manteuffel und Stockhausen von Berlin, und die Oesterreicher noch von Italien her sehr gut kannte, wußte, daß nach dem Falle von Radowitz, Oesterreich und Preußen den schleswig-holsteinischen Krieg inhibiren oder untersagen würden.

Er wußte auch, daß die Statthalter, wie dieß die sogleich anzuführenden Verhandlungen zeigen, wahrscheinlich dem sich widersetzen werden.

Er selbst hatte sich also, wie das mit seiner ganzen politischen und sittlichen Denkweise zusammending. bei Zeiten in den Fall gesetzt, nicht gegen deutsche, am wenigsten gegen preußische Truppen zu kämpfen. So war Willisen in Sicherheit, und zugleich entschieden ganz einfach die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen.

Nachdem nun am 3. October 1850 der Friede vom 2. Juli in Frankfurt von allen deutschen Mächten ratifizirt war, kam es darauf an, ihn wirklich auszuführen. Die Herzogthümer hatten aber diesen Frieden nie anerkannt. Der Krieg derselben gegen Dänemark war in den Augen von ganz Europa ein höchst gefährlicher Zustand im Norden.

Die Beschlüsse des Bunds mußten Holstein gegenüber zur Geltung gebracht werden. Es kam darauf an, welches von Beiden, ob Preußen oder Oesterreich das Ziel erreichen würde.

Der General Radowitz, damals noch am Ruder in Berlin, wußte durch seine persönlichen Verbindungen in Holstein, daß die großen Grundbesitzer und besonders die Ritterschaft den Frieden dringend wünschten; in welchem Sinne, davon hatte Graf Revantlow-Jersbeck, ein Verwandter des Generals durch seine Erklärung gegen das Staatsgrundgesetz ein bedeutsames Zeichen gegeben.

Er schickte dieserwegen den General Hahn, der in den Herzogthümern durch sein Kommando in Schleswig unter der Landes-Verwaltung in einem hohen Grade beliebt war, nach Kiel mit einer Note, worin er die Statthalterschaft aufforderte, sich jedes weitern Angriff-Verfahrens zu enthalten, und sich bereit zu erklären zu einen neuen militärischen Waffenstillstande die Hand zu bieten.

Die Statthalter beeilten sich zu antworten, daß sie sehr gerne zu einem Waffenstillstande die Hand bieten würden, wenn die dänischen Truppen das südliche Schleswig bis zur Demarkations-Linie räumen wollten.

Radowitz, der die Macht hatte, dieses von Dänemark zu erreichen, antwortete schon am 30. October, daß er das Schreiben der Statthalterschaft mit Befremden erhalten habe; daß »das Aufgeben jedes regressiven Verhaltens die erste und unerläßlichste Bedingung sey dafür, daß irgend ein Organ des deutschen Bundes dem Bundesgebiethe des Herzogthums Holstein wirksamen Schutz angedeihen lassen kann, daß es sich blos um einen militärischen Waffenstillstand handle, und daß die preußische Regierung, wenn die Statthalterschaft darauf bestehen würde, einen weiter gehenden Vertrag schließen zu wollen, sich jeder weitern Vermittlung zu enthalten habe.«

Darauf antwortete die Statthalterschaft, daß die Lage der Herzogthümer es ihr unmöglich machte, einen rein militärischen Waffenstillstand abzuschließen; daß überdieß in Deutschland kein gemeinsames Organ durch einen solchen Waffenstillstand werde erreicht werden können.

Zugleich mit der preußischen Note vom 30. October war aber auch eine Note des Grafen Thun von Frankfurt aus im Namen des Bundestags in Kiel angelangt, in welcher der Statthalterschaft unter Anfügung der betreffenden Bundesprotokolle erklärt wurde, daß die Bundes-Versammlung im Willen sey, den Friedens-Vertrag vom 2. Juli zur wirklichen Ausführung zu bringen, wie dieß in der Sitzung vom 25. October beschlossen worden sey.

Die Bundes-Versammlung erklärte daneben, daß sie den Bundes-Beschluß vom 17. September 1846 als Grundlage ihrer Thätigkeit betrachten, und daß sogleich eine Kommission des Bunds nachfolgen werde, um für den Vollzug jenes Beschlusses vom 25. October zu sorgen.

Die Staatshalterschaft antwortete, daß sie keinen dringenderen, und wie sie glaube, keinen verwegenern Wunsch auszusprechen habe, als Schleswig-Holstein und seinen Kampf mit Dänemark sich selbst überlassen zu sehen.

Diese Antwort wurde nun am 5. November an den Grafen Thun abgeschickt.

So hatte die Statthalterschaft jetzt endlich den kühnen Gedanken zur Ausführung gebracht, eine wirklich selbstständige Politik zu befolgen, was die Opposition so lange und so inständig gefordert hat. Allein es ist nicht hinlänglich, kühn zu seyn, sondern man muß es auch zu rechter Zeit seyn.

Die Zeit, welche die Statthalterschaft gewählt hatte, war eine sehr ungünstige, denn gerade als sie jene Antwort auf das Schreiben des Grafen von Thun erlassen, hatte in Berlin die Politik des Ministers Manteuffel gesiegt.

Das preußische Kabinet war nicht ohne Antheil an der obigen Antwort an den Bundestag — und dasselbe Kabinet unterwarf sich in denselben Tagen dem österreichischen Kabinete in einer Weise, die zum gänzlichen Untergange alles dessen führen mußte, was sich bisher an Preußen anschloß.

Schon am 9. November machte von Stockhausen den ersten Schritt, nachdem er auf die Aufforderung Oesterreichs alle Beurlaubten des preußischen Heeres, die im schleswig-holsteinischen Heere dienten, gegen 2000 Mann, wieder abberief.

Dieses war wohl ein harter Stoß; aber er konnte ertragen werden, wenn nur der General wollte. Die Statthalter hatten jedoch gerade auf diesem Punkte ihre Macht verloren; denn der General büthete sich wohl, jetzt gegen das fliegende Oesterreich aufzutreten.

Am 29. November wurden die Olmützer-Punktationen unterzeichnet, nach welchen Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich Kommissäre nach Holstein schicken, von der Statthalterschaft die Einstellung der Feindseligkeiten, die Zurückführung der Truppen hinter die Eider und die Reduktion der Armee auf ein Drittheil der jetzt bestehenden Stärke verlangen, und zugleich auf das königlich dänische Gouvernement dahin einwirken zu wollen beschlossen, daß dasselbe im Herzogthume Schleswig nicht mehr Truppen aufstelle als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich wäre.

In Folge dieser Punktation wurde von Seite Preußens der General von Thümen, von Seite Oesterreichs der Graf Mendorf-Pouilly zum Kommissär ernannt.

Das Korps des Feldmarschall-Lieutenants Legeditsch ward bestimmt in Holstein einzurücken. Ein preußisches Bataillon erhielt die Erlaubniß, dieses Korps zu begleiten, und die preußischen Garde-Pioniere hatten die Aufgabe, die Brücke bei Artlenburg über die Elbe zu schlagen, auf welcher die Oesterreicher hinüberzogen.

Braunschweig weigerte sich zwar scheinbar, die Oesterreicher durchzulassen, allein Preußen forderte es auf nachzugeben, und so war die Sache entschieden. Der Bundes-Beschluß vom 25. October kam unter österreichischer Anführung zur Vollziehung.

In den Herzogthümern war am 25. November die Landes-Versammlung noch einmal zusammengetreten, und beschäftigte sich zunächst mit den Landes-Angelegenheiten.

Es machte einen eigenthümlich niederschlagenden Eindruck, wie selbst jetzt noch die Regierung zum zweiten Male der Majorität der Landes-Versammlung erklärte, daß sie auf ihren Antrag um Amnestirung der politischen Verbrecher nicht eingehen könne; wie ferner ein Antrag auf Herstellung von Schwurgerichten von der Majorität noch einmal verworfen ward, und wie man sich mit umfangreichen Gesetz-Vorlagen abmühte, die nie zur Ausführung kommen konnten.

Ein Ausschuß wurde niedergesetzt, um über die allgemeine Sachlage zu berathen. Demselben theilte nun das Departement des Auswärtigen mit, daß die Olmützer-Punktationen abgeschlossen seyen, und daß man in zehn bis zwölf Tagen die Ankunft der Kommissäre erwarten könne; worin nun der Ausschuß erkannte, daß es mit dem selbstständigen Schleswig-Holstein zu Ende sey.

Nur ein Einziges könne noch helfen und dieses sey ein entscheidend kräftiger Angriff auf die Dänen, welche Meinung auch die Statthalter theilten. Beide begaben sich jetzt nach Rendsburg stellten dem General Willisen die Sachlage vor, erinnerten ihn, daß sie jeden seiner Wünsche erfüllt haben, und baten ihn um einen kraftvollen Angriff.

Der General aber, der von den Olmützer-Punktationen schon in Kenntniß war, bürthete sich wohl und gab — obwohl er früher versprochen hatte, bis auf den letzten Mann auszuharren, — seinen Abschied ein; der nun auch angenommen ward.

Willisen ging jetzt fort aus diesem Lande in welchem sein Name unter denjenigen genannt werden wird, die zum Unglück eines deutschen Stammes geboren sind.

Die Erbitterung des Heeres und des Volkes gegen ihn war groß, doch ließ sich dasselbe nicht herab, ihm seinen Haß zu zeigen, und nur in Neu-Münster wurde er unter einem heftigen Geschrei, Zischen und Pfeifen, welches von dem zusammengeströmten Volke am Bahnhofe ins unendliche getrieben wurde, fortgebracht.

Der General von der Horst übernahm jetzt das Ober-Kommando, allein es war nicht mehr möglich, jetzt der Sache eine andere Wendung zu geben.

Die Landes-Versammlung erhielt indessen den Antrag des Ausschusses, welcher folgenden Inhalts war. 1) »Die Landes-Versammlung möge gegen die Statthalterschaft aussprechen, daß sie eine kräftige eingreifende Kriegführung gegen Dänemark für dringend nothwendig halte, und erwarte, daß diese ergriffen werde, sobald die äußern Umstände es irgendwo zulassen. 2) Die Landes-Versammlung möge den Beschluß fassen, eine Reduktion des schleswig-holsteinischen Heeres, in seinem gegenwärtigen Bestande dürfe nicht ohne Einwilligung der Landes-Versammlung verfügt werden, und diesen Beschluß der Statthalterschaft mit dem Ersuchen vorlegen, demselben ihre Zustimmung in dem Sinne zu geben, daß er dadurch gesetzliche Kraft erhalte.«

Dieses war am 9. Dezember, worauf schon am nächstfolgenden Tage die Regierung die Antwort ertheilte, daß sie zwar die Uebereinstimmung der Landes-Versammlung mit der Politik der Regierung mit Genugthuung vernehme, aber in Beziehung auf die Reduktion des Heeres eine Theilung der Gewalt in diesem Augenblicke am wenigsten zugeben könne.

Der Ausschuß berichtete dann wieder über jenen Antrag der Regierung. Die Majorität gab nach wie immer, die Minorität bestand aber auf dem obigen Antrage.

Dann nahm die Landes-Versammlung selbst den ersten Antrag des Ausschusses an, und lehnte den zweiten Antrag ab. Dieses Alles geschah in geheimen Sitzungen.

Indessen stieg die Spannung immer mehr und mehr im Lande. Man wußte, daß die deutschen Truppen bald kommen würden; — man hatte die einzige Hoffnung auf einen Angriff des Heeres gesetzt, und dieser Angriff kam nicht.

In der That war es jetzt aber auch unmöglich; denn ein ungewöhnlich milder Winter war über das Land

gekommen; kein Fuß bedeckte die Gewässer, kein Schnee kam vom Himmel; — ein beständiger Nordost, wechselnd mit dem Südwestwinde brachte einen unendlichen Regen, die Wege waren tief aufgeweicht und fast grundlos zum befahren, — an ein fortschaffen der Kanonen war also gar nicht zu denken, ja nicht einmal das Linien-Militär konnte auf den Kolonnenwegen fortkommen.

Die Verschanzungen der Dänen waren auf diese Weiße wie von einem großen Morafte umgeben, und so blieb es wirklich unthunlich, nur irgend etwas vorzunehmen.

Tausende von Blicken richteten sich nach dem Himmel, Tausende von Hoffnungen knüpften sich an jeden kleinen Wechsel des Wetters; aber Alles war umsonst, und so überliefert mit gebundenen Händen die Jahrszeit das schleswig holsteinische Heer der deutschen Exekution.

Indessen war zur Mitte des Monats Dezember 1850 die Lage noch immer nicht ganz klar geworden. Die Statthalter, welche so viele Millionen in Händen hielten, hatten es nicht einmal verstanden sich genaue Berichte von den Konferenzen und Verhandlungen der Höfe zu verschaffen.

Sie konnten daher nichts weiter thun, als die Landes-Versammlung um die Mittel angehen, das Heer noch ferner zu erhalten, und die Landes-Versammlung bewilligte sie auch bis zum Anfange des neuen Jahres. Damit schloß sie jetzt ihre Sitzung, kam aber am 3. Jänner 1851 wieder zusammen.

Die brennenden Fragen traten aber sogleich wieder hervor, nämlich wie stehen die Verhandlungen mit den Höfen, — war noch immer kein Angriff denkbar.

Die Regierung hatte über das Erstere keine Nachricht, und das Zweite blieb noch so wie früher unmöglich. Dagegen verlangte die Regierung die Bewilligung von einem halben Perzent der Vermögens-Anleihe und der Steuern bis zum April des Jahres 1851.

Während diesen Verhandlungen waren die Kommissäre angekommen. Die Linke der Landes-Versammlung erklärte jetzt, daß sie ihrerseits nicht früher über die Steuern abstimmen werde, als bis man über die Verhandlungen der Kommissäre etwas Bestimmtes wisse.

Als aber die Rechte der Versammlung dennoch auf die Abstimmung drstand, so verließ die Linke den Saal, und machte dadurch die Versammlung beschlußunfähig.

Indessen gingen die Verhandlungen der Kommissäre mit der Statthalterschaft in dem rinen Theile des Schlosses zu Kiel ihren ordentlichen Weg fort; während die Landes-Versammlung in dem andern Theile des Schlosses ihre Sitzungen hielt.

Am 9. Jänner 1851 machte die Regierung der Landes-Versammlung die weitere Mittheilung über den Gang der Verhandlungen, um ihre Entscheidung zu veranlassen.

Es war Abend; die beiden Statthalter nahmen ihren Sitz neben dem Präsidenten. Der Departements-Chef fing nun an die Mittheilung der eingenen auf die Verhandlung mit den Kommissären bezüglichen Aktenstücke, ihre Forderungen und Versprechungen vorzutragen.

Die Vollmachten waren für den österreichischen Kommissär von Seiten Oesterreichs im Namen und im Auftrag des deutschen Bundes, für den preußischen Kommissär im Namen Preußens und seiner Verbündeten ausgefertigt.

Die Forderungen der Kommissäre bestanden in folgenden fünf Punkten: 1) Die Feindseligkeiten sofort einzustellen. 2) Zu diesem Zwecke sämmtliche Truppen hinter die Eider zurückzuziehen. 3) Die Armee auf ein Drittel der jetzt bestehenden Truppenstärke zu reduziren. 4) Die Landes-Versammlung aufzulösen, und 5) alle zum Behufe der Fortsetzung der Feindseligkeiten angeordneten Maßregeln einzustellen.

Dagegen erklärten die Kommissäre, daß die dänische Regierung bereit sey, gleichzeitig ihre Truppen aus Südschleswig zurückzuziehen; — so daß nur die zur Aufrechthaltung der materiellen Ordnung unerläßlichen kleinen Abtheilungen dort zurückbleiben.

Die Rechtsfrage wurde von den Kommissären als außerhalb ihrer Aufgabe liegend, spätern Verhandlungen zwischen dem deutschen Bunde und dem Landesherrn vorbehalten.

Als den Zweck ihres Wirkens erklärten die Kommissäre die Herstellung eines Zustandes, welcher dem Bunde erlaube, die Rechte des Herzogthums Holstein und des altherkömmlich berechtigte Verhältniß zwischen Holstein und Schleswig zu bewahren.

Dagegen wurde für den Weigerungsfall mit dem Einrücken einer österreichisch-preußischen Exekutions-Armee von 25,000 Oesterreichern und 25,000 Preußern gedroht. Für die Entscheidung der Statthalterschaft auf diese Forderungen war eine dreitägige Frist bis zum 9. Jänner Nachmittags um 2 Uhr festgesetzt, welche indessen später bis zum 11. Jänner um 2 Uhr Nachmittags verlängert wurde.

Nachdem der Departements-Chef diese Mittheilungen beendet hatte, nahmen die beiden Mitglieder der Statthalterschaft, welche sich nicht zu einigen im Stande waren, das Wort.

Auf der einen Seite stand der Graf Reventlow mit sämmtlichen Departements-Chef, welche für eine Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre einverstanden waren.

Das andere Mitglied der Statthalterschaft dagegen, Namens Beseler, war gegen die Annahme der österreichisch preußischen Forderung und für die Fortsetzung des Kampfes, für welche er eine schleunige Geldbewilligung in Antrag brachte.

Die beiden Statthalter setzten jetzt, jeder mündlich, ihre Ansicht der Versammlung vor, und Beseler übergab noch überdieß eine schriftliche Darlegung. Graf Reventlow beantwortete die Frage, ob eine Fortsetzung des Kampfes rathsam sey, mit dem entschiedensten Nein.

Das Motiv seiner Ansicht war vorzugsweise die Stellung in Deutschland — nämlich »Wer sich den deutschen Regierungen mit den Waffen in der Hand

entgegensetzt, kann nicht länger behauptet, daß er eine deutsche Sache führt.«

Das Versprechen der Großmächte, den status quo ante bellum herzustellen, wurde hervorgehoben. Etwas Anders hätte Schleswig-Holstein auch nicht verlangt. Eine Fortsetzung des Kampfes sey nicht möglich; sie führe nicht zur Erhaltung des Rechts, sondern zur Vernichtung.

Aehnlich erklärte sich eine von Franke unterzeichnete Mittheilung des Ministeriums, welche der genannte Departements Chef gleichfalls noch mündlich erläuterte.

Der Statthalter Beseler hingegen stützte sich auf die mangelhafte Legitimation der Kommissäre, welche als Bevollmächtigte Deutschlands nicht zu betrachten seyen.

Er motivirte ferner seine auf Fortsetzung des Kampfes gerichtete Ansicht, durch die Chancen welche die politischen Verhältnisse im gegenwärtigen Augenblicke für Schleswig-Holstein darbieten, durch die unabsehbar traurigen Folgen einer Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre.

»Wir sind nach göttlichen und menschlichen Gesetzen Widerstand zu leisten verpflichtet.« Beide Statthalter gaben nun der Versammlung die Entscheidung anheim.

Die Versammlung erwählte noch an demselben Abende einen Ausschuß, und dieser Ausschuß arbeitete die ganze Nacht, so wie den folgenden Tag.

Am 10 Jänner Abends nahm die entscheidende Sitzung ihren Anfang. Die Statthalterschaft war wieder gegenwärtig; — und so wurde jetzt der Bericht des Ausschusses vorgelegt, welcher abermals ein Majoritäts und ein Minoritäts-Votum enthielt.

Das Votum der Majorität lautete auf folgende Weise. »Die Landes-Versammlung wolle beschließen, über die in der geheimen Sitzung vom 9. dieses Monats regierungsseitig gemachten Mittheilungen, sich gegen die Staatsregierung dahin auszusprechen, daß 1) die Landes-Versammlung die von einem Mitgliede der Statthalterschaft dem Grafen Reventlow und dem Gesammt-Ministerium vertretene Ansicht als die Ansicht der Staatsregierung betrachte, 2) daß die Landes-Versammlung mit dieser Ansicht übereinstimme, 3) daß die Landes-Versammlung den Wunsch und die Erwartung hege, die Statthalterschaft werde nach einem freien und dem besten Ermessen dazu beitragen, daß bei der Ausführung der von den österreichisch-preußischen Kommissären im Auftrage und im Namen des Deutschen Bundes hinsichtlich eines interimistischen Zustandes zu treffenden Anordnungen und bei den hervorstehenden Verhandlungen zwischen dem deutschen Bunde und dem Landesherrn die Rechte und Interessen der Herzogthümer und der Staats-Angehörigen Geltung und möglichste Förderung finden; 4) daß die Landes-Versammlung ihrerseits die Landesrechte im Ganzen und im Einzelnen bei einer definitiven Ordnung der Verhältnisse gegen jedwede Verletzung verwahre, 5) daß sie das Präsidium ermächtige, diese Verwahrung nebst Vorbehalt auf geeignete Weise zur öffentlichen Kunde zu bringen.«

Die Minorität dagegen brachte in Antrag. Die Landes-Versammlung wolle beschließen: 1) An die Statthalterschaft die Erklärung zu richten, daß sie der von den verantwortlichen Departementschef in der geheimen Sitzung am 9. Jänner vorgelegten Politik ihre Billigung nicht ertheilen könne; 2) daß die Statthalterschaft auf die Forderungen der österreichisch-preußischen Kommissäre nicht eingehe, vielmehr sogleich das Erforderliche wahrnehme, um den angedrohten gewaltsamen Exekutionsmaßregeln durch den entschiedensten Widerstand begegnen zu können.

Der eventuelle Antrag der Minorität lautete. »In Veranlassung der Eröffnungen der Statthalterschaft, die an sie von den Kommissären Oesterreichs und Preußens gestellten Anforderungen betreffend, beschließt die Landes-Versammlung die Statthalterschaft aufzufordern; den gedachten Kommissären die Antwort zu ertheilen, daß in Folge des Beschlusses der deutschen National-Versammlung und mit ausdrücklicher Zustimmung sämmtlicher deutscher Regierungen im Vor-Sommer des Jahres 1848 die Bundes-Versammlung zu existiren aufgehört habe, daß die derselben zuständig gewesenen Rechte auf die Reichsgewalt übergegangen sind, daß eine verfassungsmäßige Reichsgewalt zur Zeit in Deutschland nicht vorhanden sey, mithin auch keine Vollmachten ertheilen könne, daß nur Anordnungen einer solchen Reichsgewalt, nicht aber Beschlüsse einzelner deutscher Reichsregierungen die schleswig-holsteinischen Staatsgewalten oder Staatsbürger zur Nachachtung verpflichten, daß also die Kommissäre als Bevollmächtigte des Deutschen Bunds für legitimirt nicht zu achten, und daß ihnen als Mandatoren einzelner Regierungen, jede Berechtigung abzehe, Gehorsam von den hiesigen Staatsgewalten zu verlangen.«

Diese Verhandlungen dauerten durch die ganze Nacht bis zum frühen Morgen des 11 Jänner, nämlich des Tags, an welchem die von dem Kommissären gestellte Frist zu Ende ging.

Das Bewußtseyn, daß es sich hier um die Entscheidung über die Lebensfrage für Schleswig-Holstein handle, hatte viele Mitglieder sichtbar ergriffen.

Man hörte Stimmen zittern, die sonst von einem klaren sichern Ton waren. Es war eine traurige ergreifende Verhandlung. Das Resultat konnte nach dem Ausfall der Entscheidung im Ausschusse kaum zweifelhaft seyn.

Nach dem Berichte sprachen die Abgeordneten Dr. Gülich, Rosenhagen, Olshausen, Fock, Wiggers, Heilberg, Lafrenz, Nieren und Dreis für den Widerstand, beben alle Chancen, oder Möglichkeitsfälle hervor, welche derselbe bei der gegenwärtigen politischen Weltlage hätte, machten auf die verderblichen Folgen aufmerksam, welche eine Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre haben würden, Folgen, die man gegenwärtig in Schleswig bereits vor Augen sehe; sie hielten der Versammlung die Gebote der Ehre und Pflicht vor, die es nicht erlaube, an der Spitze einer wahrhaft gerüsteten und muthigen Armee von 40,000 Mann sich auf

Gnade und Ungnade zu ergeben, während der Gegner noch 50 Meilen und weiter noch entfernt ſey, und uns drohe, daß er kommen werde; ſie beſchworen die Verſammlung, nichts zu übereilen, nicht zu früh die Waffen zu ſtrecken, beſonders erinnerte Wiggers die Schleswiger an ihre Pflicht, gegen die Majoritäts-Anträge zu ſtimmen.

Dieſes hatte aber zur Folge, daß von Ahlefeld und nach ihm mehrere andere Schleswiger dagegen proteſtirten, als ſey eine Abſtimmung für die Majorität eine Pflicht-Verletzung.

Der Berichterſtatter Schmidt, der Herzog von Auguſtenburg, Francke, Stein, der Präſident Barzum, und der Regierungsrath Lüders ſprachen mehr oder weniger ausführlich für die Unterwerfung und gegen den Widerſtand, den ſie für unmöglich erklärten, unmöglich wegen der deprimirten Stimmung des eigenen Volks, der Armee, des deutſchen Volks, unmöglich wegen der Schwierigkeit, ſich nach Norden ſo wie noch Süden zu vertheidigen, unmöglich wegen der dominirenden Macht des Abſolutismus.

Sie bielten die Folgen der Unterwerfung für nicht ſo gefährlich, wie die Minorität meinte, und hatten immer noch mehr oder weniger Vertrauen theils zu Preußen, theils zu dem deutſchen Bunde.

Auch in den Reihen der Linken fand die Anſicht, daß nur Unterwerfung übrig bleibe, an Clauſſen einen beredten Vertheidiger, der es für unmöglich erklärte, daß von Schleswig-Holſtein eine größere revolutionäre Bewegung ausgehen könne, was nur von Paris zu erwarten ſey.

Wir würden — ſagte er — uns bei den obwaltenden Umſtänden nur unnütz opfern. Clauſſen war hoffnungslos, ſeit die Bewegung im Frühjahre 1849 mißglückt; — auch mehrere andere Mitglieder der Linken traten ihm bei; und ſo fand die Abſtimmung gegen 5 Uhr Morgens ſtatt.

Der Präſident ſtellte die, Alles entſcheidende Frage voran: »Ob die Verſammlung ſich mit der in dem Schreiben des Geſammt-Miniſteriums dinſichtlich der Forderungen der Kommiſſäre vom 9. dieſes Monats ausgeſprochenen Politik einverſtanden erkläre? In namentweiſer Abſtimmung gaben 47 Stimmen ihr Ja, und 28 Stimmen dagegen ihr Nein. Der Antrag der Majorität des Ausſchuſſes wurde dann in ſeinen einzelnen Punkten angenommen.

Es war eine ernſte tiefergreifende Nacht, denn von 8 Uhr Abends bis zum anbrechenden Morgen 5 Uhr, hatte die Debatte gedauert. Die Lichter der Kronleuchter waren herabgebrennt; der große Saal war düſter; die Stimmung war eine trübe. Das Urtheil der ſchleswig-holſteiniſchen Erhebung war unterſchrieben, ſie hatte ihre Bahn durchgelaufen, und zuletzt trennte ſich die Verſammlung ſchweigend.

Am folgenden Tage wurden die Beſchlüſſe öffentlich bekannt gemacht, Beſeler gab ſeine Entlaſſung als Statthalter ein und Reventlow veröffentlichte die Proklamation, durch welche er die Landesrechte unter den Schutz des deutſchen Bundes ſtellte.

Die öſterreichiſchen und preußiſchen Truppen rückten ein — es wurde ihnen Rendsburg übergeben, — die bisherige Regierung trat ab, — eine oberſte Civil-Behörde wurde eingeſetzt — ein däniſcher Kommiſſär kam nach Kiel — die Truppen wurden reduzirt — das Staatsgrundgeſetz wurde aufgehoben — das Kronwerk wurde den Dänen überlaſſen — Friedrichsort von den Dänen beſetzt — General von der Horſt legte das Kommando nieder, und ſo war nun die ſchleswig-holſteiniſche Erhebung zu Ende.

Uebersicht.

„Die neueste Zeit umfassend.“

Die Pariser Revolution

im Jahre 1848.

Bild.		Seite.
№ 71.	Die Volksbewegung in Paris vor dem Palaste des Ministers Guizot.	11
» 72.	Die Zerstörung des reichvergoldeten Thronsessels im Königs-Saale.	15
» 73.	Die Herzogin von Orleans tritt mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres in den Sitzungs-Saal der Deputirten	16
» 74.	Die Flucht der königlichen Familie aus den Tuilerien zu Paris im Monat Februar 1848.	30
» 75.	Das feierliche Leichenbegängniß der am 22., 23. und 24. Februar 1848 gefallenen Opfer zu Paris, welches am 4. März statt fand.	36
» 76.	Die schaudervolle Ermordung des französischen Generals Bréa und seines Begleiters Maugin von den wüthenden Insurgenten	64
» 77.	Die tödtliche Verwundung des zur Ruhe ermahnenden Erzbischofs von Paris, in der Nähe einer Barrikade	68
» 78.	Das Volk erstürmt den Sitzungs-Saal der Deputirten in Paris	44
» 79.	Der grauenvolle Schauplatz in Paris nach dem erkämpften Siege gegen die Insurgenten	72
» 80.	Die Gefangennehmung des Prinzen Ludwig Buonaparte am Ufer bei Boulogne	96
» 81.	Der Prinz Ludwig Buonaparte und seine Mitschuldigen im Anklagestand versetzt, vor dem Pairshofe zu Paris	96
» 82.	Die Flucht des Prinzen Ludwig Buonaparte aus seinem Gefängnisse in der Festung Ham	98
» 83.	Die Eides-Ablegung des Prinzen Ludwig Buonaparte als Präsident der französischen Republik für die Dauer dis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852.	100
» 84.	Die Zerstörung einer sozialistischen Buchdruckerei, welche aufreizende Druckschriften verbreitete, durch die Pariser Nationalgarde	109
» 85.	Der König Ludwig Philipp empfängt Abends in seinem Schloß-Parke die Aufforderung der Pariser zur General-Lieutenantschaft, und liest diese seiner Familie beim Fackelscheine vor.	121
» 86.	Der feierliche Zug Ludwig Philipps, begleitet von dem gichtkranken Lafitte nach dem Stadthause zu Paris.	122
» 87.	Die Flucht der königlichen Familie aus den Tuilerien zu Paris im Februar 1848.	128
» 88.	Die Ueberfahrt Ludwig Philipps nach England, zum Dampfschiffe, begleitet von dem englischen Konsul.	140

Die Berliner März-Revolution

im Jahre 1848.

Bild.		Seite.
№ 89.	Die Eröffnung des preußischen Landtags im »weißen Saale« zu Berlin	145
» 90.	Die Volks-Versammlung unter den Zelten, einem Haupt-Vergnügungsort der Berliner	157
» 91.	Der blutige Zusammenstoß des Militärs mit dem Volke vor dem königlichen Schlosse zu Berlin.	165
» 92.	Der Bischof Neander an der Spitze einer Deputation vor dem Könige von Preußen.	168
» 93.	Der Barrikadenkampf in Berlin, in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848.	171
» 94.	Die feierliche Aufstellung der Todten-Särge der Märzgefallenen vor der neuen Kirche am Gensdarmenmarkt zu Berlin.	183
» 95.	Der feierliche Leichenzug mit den Märzgefallenen zur Begräbnißstätte am 22. März 1848.	184
» 96.	Die Berliner Preßfreiheit und das Treiben mit den censurfreien Tagsblättern und Flugschriften auf den öffentlichen Plätzen	185
» 97.	Die Erstürmung des Berliner Zeughauses durch das Volk	194
» 98.	Die Volks-Vertreter in der königlichen Gesellschaft im Garten-Palaste zu Potsdam	195
» 99.	Die Gewaltthaten der wüthenden Volkshäufen in dem Minister-Palaste zu Berlin.	196
» 100.	Der General Wrangel hält an der Spitze seiner Truppen eine warnende Ansprache an die Berliner.	198

Die Revolution im Großherzogthume Baden

im Jahre 1848.

Bild.		Seite.
№ 101.	Die Gefangennehmung des Republikaners Fickler auf seiner vorbedachten Abreise nach Konstanz im Bahnhofe zu Karlsruhe, veranlaßt durch den Volks-Abgeordneten Mathy.	245
» 102.	Der Tod des Generals von Gagern im Kampfe gegen die aufrührerischen Freischärler bei Kandern.	250
» 103.	Die Gefangenhaltung des Volks-Anführers Struve und seiner Begleiter.	263
» 104.	Die Eskortirung der gefangenen Republikaner zur gerichtlichen Aburtheilung nach Freiburg.	268
» 105.	Die Geschworenen-Verhandlung gegen die Anführer des Aufstandes vor dem öffentlichen Gerichtshofe zu Freiburg.	271
» 106.	Die Flucht des Großherzogs von Baden aus Karlsruhe im Dunkel der Nacht durch den Haardtwald	281
» 107.	Die Gefangennehmung des republikanischen Civil-Kommissärs Trützschler zu Heidelberg.	295

Die Erhebung Schleswig-Holsteins

seit dem Jahre 1848.

Bild.		Seite.
№ 108.	Der Einzug der Schleswig-Holsteiner in die Festung Rendsburg am 21. März 1848.	336
» 109.	Der Kampf der Dänen mit den Schleswig-Holsteinern am 8. April bei Bau.	340
» 110.	Der Sturm der Preußen auf Dannewerke bei Schleswig.	350
» 111.	Das Gefecht bei Flensburg am 25. April 1848.	350
» 112.	Der Rückzug der Dänen aus Flensburg am 25. April 1848.	350
» 113.	Die Ausrüstung der schleswig-holsteinischen Armee.	381

Bild.		Seite.
№ 114.	Die Einfahrt der dänischen Kriegsschiffe in den eckernförder Meerbusen.	387
„ 115.	Der Kampf im Hafen von Eckernförde am 5. April 1849.	388
„ 116.	Der dänische Kapitain gibt sich mit seiner Schiffsmannschaft gefangen.	389
„ 117.	Die Explosion des dänischen Linienschiffes Christian VIII. bei Eckernförde.	389
„ 118.	Die Erstürmung der Düppeler-Schanzen am 13. April.	390
„ 119.	Der Brücken-Angriff der Schleswig-Holsteiner bei Kolding am 21. April.	390
„ 120.	Die Schlacht bei Kolding am 23. April.	391
„ 121.	Das Lager der Schleswig-Holsteiner vor Fridericia.	393
„ 122.	Die Sprengung der Schanzen vor Fridericia.	396
„ 123.	Die Schlacht bei Fridericia.	396
„ 124.	Der kleine Seekampf vor dem Neustädter-Hafen.	419
„ 125.	Der Angriff bei Friedrichstadt.	431

	Seite.
Die denkwürdigen Tage in Paris im Monate Februar 1848.	3 bis 49
Der Pariser Straßenkampf im Monat Juni 1848.	49 — 77
Frankreich unter der Präsidentschaft des Prinzen Karl Ludwig Napoleon Buonoparte.	77 — 87
Karl Ludwig Napoleon Buonoparte, Präsident der Republik.	87 — 113
Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, König der Franzosen.	113 — 141
Die Berliner März-Revolution im Jahre 1848.	141 - 214
Die Revolution im Großherzogthume Baden im Jahre 1848.	223 — 298
Schleswig-Holstein. Das Land und das Volk so wie die staatsrechtlichen Verhältnisse zu Dänemark seit dem Jahre 1848.	299 — 436

	Seite.
Graf Arnim von Boitzenburg.	215
Maximilian, Graf von Schwerin.	215
Rudolph Camphausen.	216
Alfred von Auerswald.	217
David Hansemann.	218
Graf Brandenburg.	219
Der Regierungsrath von Unruh.	220
Der Oberlands-Gerichts-Direktor Temme.	220
Der geheime Ober-Tribunalrath Waldeck.	221

Als eine neue Folge der Anton Ziegler'schen Bilder-Chronik

wird nächstens erscheinen:

Das Denkbuch der Welt-Ereignisse

gesammelt

aus der Neuzeit.

Mit einer bilderreichen Darstellung aller denkwürdigen Begebenheiten der Länder und Völker, so wie kurzgefaßter Biographien merkwürdig gewordener Helden und Staatsmänner des In- und Auslandes.

Die Ausgabe geschieht bei dem Verfasser, wohnhaft auf der Wieden Schiffgasse № 916, so wie durch die dazu bevollmächtigten Zusteller in der bisher üblich gewesenen Ordnung in wöchentlichen Ablieferungen, jedesmal mit einem Bogen Text und zwei Bilder-Beilagen im Hoch-Quart-Format.

Preis einer Lieferung, zugestellt in die Wohnung oder den angegebenen Abgabsort ohne Nebengebühr zehn Kreuzer CM.

ÖNB
+Z105558400